Neue Zeitung

Unabhängiges Sozialistisches Organ

Mit den Beilagen: Der Betriebsrat * Technik, Natur und Völkerkunde, Reisen * Zur Unterhaltung.

Erscheint täglich früh 10 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich M. 9.—, monatlich M. 3.—. Zu beziehen durch die Geschäftsstelle, durch unsere Münchner und auswärtigen Filialen, sowie alle Postanstalten. • Anzeigenpreis die 30 Millimeter breite Nonpareillezeile Mk. 1.—, Reklamezeile, 90 Millimeter breit, M. 4.—. Münchner Anzeigen und Stellengesuche nach aufliegendem Tarif. Postscheck-Konto München 14325. • Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle Baaderstraße 1a. Verantwortlich für den politischen Teil Fritz Ehrhart, München, für die nichtpolitischen Beilagen Paul Wähner, München, für den Inseratenteil Valentin Neumeier, München. Sprechstunden der Redaktion von 11 bis 12 Uhr. • Fernsprecher: Schriftleitung und Expedition 22302, Druckerei und Anzeigen-Abteilung 26355. Druck und Verlag von Max Steinebach, München.

Einzelpreis 20 Pf. — Herausgeber Arbeitersekretär Otto Thomas. — Einzelpreis 20 Pf.

Nummer 338 — München, Montag, den 16. Februar 1920 — II. Jahrgang.

Koltschak erschossen.

London, 14. Febr. Der Kriegsminister erhielt die Bestätigung der Nachricht, daß Admiral Koltschak und sein Premierminister Pepelajew am 7. Februar, 5 Uhr morgens auf Befehl des Irkutsker revolutionären militärischen Ausschusses erschossen worden sind.

Die Lebensmittelversorgung Sowjetrußlands gesichert.

Moskau, 9. Febr. (Funkspruch.) Auf der Tagung des allrussischen Zentralexekutivkomitees hat der Volkskommissar für Ernährung, Zurjupa, die durch das Staatsmonopol während der letzten Saison erzielten Ergebnisse geschildert. Der Sowjetregierung stehen gegenwärtig 108 Millionen Pud Getreide, 30 Millionen Pud Heu und 23 Millionen Pud Kartoffeln zur Verfügung. Ueber 100 000 Pud Dörrgemüse ist vorhanden. Die einzig wichtige Frage sei heute die des Transports. Vorräte seien mehr als ausreichend vorhanden.

[…]volutionäre Arbeitsarmee.

M[…]au, 9. Febr. (Funkspruch.) Der Verteidigungsrat hat in der vierten Sitzung des Exekutivkomitees beschlossen, alle Personen vom 18. bis 50. Lebensjahr, die jetzt oder während der letzten zehn Jahre ein Mechaniker- oder Monteurgewerbe betrieben haben, zur Arbeitsarmee einzuberufen, um die Wiederherstellung der Lokomotiven und des Fahrparks in kürzester Zeit zu bewerkstelligen.

Das Sorgenkind der Kapitalisten.

Kopenhagen, 12. Febr. Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, wird in der nächsten Zeit eine skandinavische Valutakonferenz stattfinden, die das Sinken der Kronen-Valuta erörtern soll.

Die Auslieferungsnoten fertiggestellt.

London, 13. Febr. Der Oberste Rat hat in seiner heutigen Sitzung die Texte für die Antwortnoten an Deutschland über die Auslieferung der Schuldigen und an Holland über die Auslieferung des Exkaisers aufgesetzt.

Der Versailler Friedensvertrag.

Basel, 14. Febr. Die Basler Nationalzeitung meldet aus Paris: Es ist nicht mehr zu zweifeln, daß nach der Erklärung Lord Curzons England, Amerika und Italien in Anwendung des Versailler Vertrages den bestehenden Verhältnissen Rechnung tragen wollen und daß Frankreich dieser Strömung werde folgen müssen.

Der Ausnahmezustand.

Plauen i. V., 13. Febr. Heute früh nahmen die Arbeiter sämtlicher Betriebe die Arbeit wieder auf. — **Schriftleiter Puchta von der unabhängigen Volkszeitung wurde als Urheber des politischen Streiks verhaftet und nach auswärts gebracht.**

Die Kämpfe der Roten Armee.

Moskau, 9. Febr. (Funkspruch.) Frontbericht vom 8. Februar: An der Nordfront Kämpfe 20 Werst nördlich von Morjegorsk, wobei einige hundert Gefangene eingebracht wurden.

An der Westfront Kämpfe in Richtung Dünaburg. Im Abschnitt Rjeschitza wurde Brasny, 30 Werst östlich von Pytalowo erobert. Viele polnische Gefangene wurden eingebracht.

An der Südwestfront sind die Rottruppen bis zum Fluß Tiligul vorgerückt. Odessa wurde gestern besetzt.

An der kaukasischen Front stehen die Rottruppen 50 bis 60 Werst nordöstlich von Stawropol. An der transkaspischen Front haben die Rottruppen Chodeili, 100 Werst nordwestlich von Chiwa, eingenommen und nähern sich dem Aralsee. Im Abschnitt Fergana haben sich 600 bewaffnete und 2000 unbewaffnete Flüchtlinge den Rottruppen angeschlossen.

Die Auslieferungsfrage.

Arbeiter! Genossen!

Die Ueberreichung der Auslieferungsliste durch die Entente enthüllt mit einem Schlage die

wahre Lage Deutschlands.

Die deutsche Regierung erklärt mit schamloser Offenheit, daß sie nicht imstande ist, auch nur einen Finger zu rühren, um den Kriegsverbrechern, den Hohenzollern, den Hindenburg und Ludendorff, den Tirpitz und Bethmann ein Haar zu krümmen. Sie erklärt, daß ihre Beamten nicht gehorchen werden und daß ihre Soldateska meutern wird, wenn es gelte, die Verbrecher auszuliefern. Die Regierung enthüllt damit,

daß sie auf Gnade und Ungnade den Ludendorffern ausgeliefert ist,

daß, was die herrschenden Klassen anlangt, der Stand vom **4. August 1914**, die Solidarität für den Imperialismus vollkommen wieder hergestellt wird.

Die Regierung selbst hat diese ihre Lage herbeigeführt. Die einzige Kraft, die die Ludendorffer niederwerfen konnte, **das revolutionäre Proletariat**, ist von ihr **gemeinsam mit den Ludendorffern blutig zu Boden geschlagen worden.** In diesem Augenblick hält die Regierung das revolutionäre Proletariat unter dem **Ausnahmezustand, füllt ihre Gefängnisse und Zuchthäuser** mit Tausenden der besten Revolutionäre, **unterdrückt die revolutionäre Presse,** verbietet ihre Versammlungen und hängt ein Riesenheer von Häschern und Spitzeln tagtäglich an ihre Fersen.

Dieselbe Regierung, die die nationale Solidarität anruft zum Schutz der Kriegsverbrecher, die die passive Ressistenz proklamiert, um sie zu retten, dieselbe Regierung, die um dieser

paar Hundert Verbrecher

willen die arbeitenden Massen Deutschlands vor die schwersten internationalen Konflikte stellt, hat **nicht mit der Wimper** gezuckt, als es galt, durch die Unterschrift unter den Versailler Vertrag den **wirtschaftlichen Ruin des Landes und die doppelte Bedrückung der deutschen Arbeiter durch das einheimische und das Ententekapital zu besiegeln.**

Dieselbe Regierung, die heute sowohl von den Regierungen der Ententeländer wie von den Ludendorffern des eigenen Landes als ein Haufen Schmutz mit Füßen getreten wird, **hat im November 1918 die Brücken** zu Sowjet-Rußland abgebrochen und dadurch **die Rückendeckung des deutschen Proletariats gegen den Entente-Imperialismus preisgegeben.**

Was ist die Aufgabe des revolutionären deutschen Proletariats in diesem Augenblick gegenüber seiner Regierung und seinen herrschenden Klassen, was ist seine internationale Aufgabe?

Die deutschen **Arbeiter dürfen weder den Ebert-Leuten** samt Ludendorffern, noch **dürfen sie den Entente-Imperialisten in die Hände arbeiten.** Der Versailler Vertrag, kraft dessen die Entente die Auslieferung der deutschen Kriegsverbrecher verlangt, trägt die Unterschrift der deutschen Konterrevolution, er trägt nicht die Unterschrift der deutschen Revolution. Die Kommunistische Partei sagte dem deutschen Proletariat im Juni: Ob die deutsche Regierung den Vertrag unterzeichnet, ob sie ihn nicht unterzeichnet; beides wird gleich verhängnisvoll sein für die deutsche Arbeiterklasse. Die einzige Aufgabe der deutschen Arbeiter bestand im Juni darin, **rastlos weiter zu wirken am Sturze der Ebert-Regierung,** um dadurch eine **neue Grundlage zu schaffen** für das Verhältnis des deutschen Proletariats zum Entente-Imperialismus. Heute, wo diese Regierung vor die Forderung gestellt ist, die in Versailles gegebene Unterschrift zu erfüllen, ist die Stellung des revolutionären Proletariats ihr gegenüber dieselbe.

Das Proletariat kann weder die Erfüllung des Vertrages, noch seine Nichterfüllung zum Gegenstand seines Kampfes machen. Es kann nur kämpfen für sein eigenes Ziel, das ist: Für die Niederringung der Ebert wie der Ludendorff, die heute zu einer scheußlichen militaristischen Fratze verschmolzen sind. Das Proletariat kann weder dafür kämpfen, daß die Hohenzollern und ihre Paladine der Entente ausgeliefert werden zur Veranstaltung eines militaristischen Hexensabbats diesseits, wie jenseits des Rheins. Es kann ebensowenig die Hand rühren für die Rettung der Kriegsschlächter, die im Augenblick die Straflosigkeit und den Triumph der Ludendorffer bedeuten würde. Wir Kommunisten haben vom ersten Tage der Revolution ab **Revolutionstribunale gefordert zur Aburteilung nicht nur der Hohenzollern, der Hindenburg und Ludendorff, der Bethmann und Tirpitz, sondern auch ihrer sozialpartiotischen und demokratischen Mitverbrecher und Hehler, der Scheidemann und David und wie sie alle heißen.** Die revolutionären deutschen Arbeiter können als ihre eigene Losung nur die ausgeben:

Revolutionstribunale für alle Kriegsverbrecher!

Sie können diese Losung nur verwirklichen, indem sie ihren Kampf zum Sturz der Bourgeoisie und zur Aufrichtung der Arbeiterherrschaft rastlos weiterführen.

Von diesem Wege dürfen sich die deutschen Arbeiter um kein Haarbreit abdrängen lassen. Sie dürfen sich nicht zum Spielball eines oder der beiden imperialistischen Lager machen, die in diesem Augenblick ihre Kriegstänze um die Häupter der Hindenburg und Ludendorff aufführen. **Sie müssen den Kampf gegen beide imperialistische Lager führen,** indem sie **die Aufgabe der Weltrevolution an ihrem Teil unverrückbar im Auge behalten.**

Der Kampf um die Häupter der Ludendorff und Hindenburg, wie er heute gemeinsame Sache des siegreichen und des besiegten Imperialismus ist, so ist er letzten Endes eine gemeinsame Sache des Weltproletariats. Letzten Endes sind weder der Imperialismus der Entente, noch der deutsche Imperialismus die berufenen Ankläger oder Verteidiger der deutschen Kriegsverbrecher; das Richteramt über sie kann **nur das internationale Proletariat** übernehmen, **vollstrecken** kann es nur die **Weltrevolution.**

Der augenblicklichen

Gefahr der Entzündung eines neuen Kriegsfeuers

müssen die Proletarier diesseits und jenseits des Rheins gemeinsam entgegentreten.

Dem chauvinistischen Hexensabbat müssen sie entgegenstellen **die feste und drohende Stimme der Revolution.**

Der Kriegsgefahr müssen sie begegnen durch die Revolutionsgefahr.

Den barbarischen Kriegstänzen der Regierungen und der bürgerlichen Klassen diesseits wie jenseits des Rheins mögen entgegendonnern die Schlachtrufe der Arbeiter:

Sturz aller kapitalistischen Regierungen!
Diktatur des Proletariats!

Anfang Februar 1920.

Kommunistische Partei Deutschlands
(Spartakusbund).

Christentum und Sozialismus.

Von Joseph **Kral** (Gauting).

Die Neue Zeitung bringt in ihrer Nummer vom 2. Februar einen längeren Artikel „Christentum und Sozialismus“, der sich mit meinem bei Keller & Co. in Dillingen erschienenen Werke „**Der christliche Sozialismus**, die Versöhnung von Sozialismus und Christentum“ beschäftigt. Ich fühle mich verpflichtet, dazu Einiges zu sagen, einmal um darzulegen, daß es sich mit der materialistischen Geschichtsauffassung doch nicht so einfach verhält, wie der Verfasser des Artikels anscheinend meint, und dann, um zu sagen, was ich bezw. mein Buch eigentlich will. Aus dem Artikel der Neuen Zeitung muß ich schließen, daß der Verfasser das Werk zu sehr mißverstanden hat.

Der Verfasser des Artikels „Christentum und Sozialismus“ macht mir etwas leichtfertig den Vorwurf, mein Werk sei eine „Sammlung von Schiefheiten, Unrichtigkeiten und Fälschungen und mache den Eindruck, daß hier auf Unkenntnis spekuliert wird.“ Er begründet diese Behauptung, daß ich die sozialistische Literatur wie sie sich von Marx her entwickelt habe, nicht kenne, damit, daß ich in der Hauptsache nicht aus den Quellen direkt schöpfte, und dann damit, daß ich von Karl Engels statt von Friedrich Engels schrieb, ein Druckfehler, den man als solchen schon auf den ersten Blick gelten lassen müßte, wenn er nicht gerade sehr gelegen gewesen wäre. Ich überlasse es vollkommen den Lesern, sich aus meinem Buche selbst ein Bild zu machen. Daß dieses anders aussehen wird, als in dem Rahmen des Zeitungsartikels der Neuen Zeitung, halte ich für sicher.

Es wird vom Verfasser des Aufsatzes über mein Buch behauptet, daß die materialistische Geschichtsauffassung mit der materialistischen Weltanschauung nichts zu tun habe. Darin sieht er eine völlig falsche Grundlage meines Werkes und seinen Grundirrtum.

Es würde zu weit führen, die komplizierte Frage der materialistischen Geschichtsauffassung in dieser Entgegnung zu behandeln. Wer sich mit der Frage näher befassen und die Sache im Lichte katholischer Forschung besehen will, findet in dem Buche des Wirtschaftlers Heinrich Pesch, S. J. „Liberalismus, Sozialismus und christliche Gesellschaftsordnung“ dazu reichlich Gelegenheit. Uebrigens gibt es ja auch eine große sozialistische Literatur, die durchaus einen anderen Standpunkt einnimmt, als der Autor des in Rede stehenden Aufsatzes. Dieser spielt den Verfasser der Marxschen Kapitalkritik, Pastor W. **Hohoff**, dem mein Buch gewidmet ist, gegen mich aus. Dieser soll die materialistische Geschichtsauffassung mit dem Gottesgedanken für wohl vereinbar halten und einen philosophischen Materialismus bei Marx bestreiten.

Das ist grundfalsch. In seinem Werke: „Die Bedeutung der Marxschen Kapitalkritik“, das mir übrigens nicht nur aus anderen Büchern bekannt ist, wie der Herr Gegner meiner Ansichten annimmt, schreibt Hohoff auf Seite 11: „Alles, was wir in Vorstehendem von Marx gesagt haben, gilt — wohlgemerkt — nur von Marx, dem Oekonomen (dieses Wort ist fett gedruckt); als solcher steht er einzig und unerreichbar da; es gilt aber nicht von Marx dem Philosophen. Seine Philosophie ist „materialistisch“ und darum inkonsequent und unhaltbar“.

Der Kritiker meines Buches schreibt: „Für den Sozialismus als Gesellschaftsform kann jede transzendale kosmische Weltanschauung ebensowohl eintreten, als eine materialistisch fundamentierte Philosophie“. Das ist vollständig richtig und um das zu beweisen habe ich ja mein Werk geschrieben. Allerdings bleibt da die Frage noch offen was man unter „Sozialismus“ versteht. Da gehen die Meinungen auch in der sozialistischen Welt sehr auseinander.

Ich bekenne mich vollkommen und aus innerster Ueberzeugung, die sich nicht nur auf das Studium der Originalwerke, sondern auch deren Kritik erstreckt, zu den Grundlehren des Oekonomen Karl Marx. Seine Philosophie lehne ich hingegen ab und darin bin ich nicht nur mit Hohoff, sondern auch mit sehr vielen anderen Sozialisten einig.

Gewiß enthält der historische Materialismus, wie ihn Marx und Engels entwickelten, einen sehr starken berechtigten Kern — das habe ich ja auch in meinem Buche erklärt —, aber es ist nach meiner Ansicht falsch und trägt nur zu absolut überflüssigen Streitereien bei, wenn behauptet wird, daß die sog. materialistische Geschichtsauffassung mit dem Materialismus nichts zu schaffen habe. Ich sage überflüssigen Streitereien, denn wenn wir uns auch nicht einig sind darin, ob und inwieweit Marx und seine Schule im Materialismus seine historische Begründung suchte, so sind wir uns doch darin einig, daß er recht hat mit den wirtschaftlichen Forderungen, daß die Schlüsse, die er in wirtschaftlicher Beziehung zog, also seine Wirtschaftslehre, alles weniger als materialistisch genannt werden kann. Daß der Sozialismus der vergangenen Jahrzehnte im großen und ganzen grob materialistisch und atheistisch geworden war, hat seine Ursachen absolut nicht im ökonomischen Marxismus. Hohoff ist vollkommen beizustimmen wenn er sagt: „Entweder hat Marx mit seiner Wert- und Mehrwertlehre recht, dann ist die Kirche und die Scholastik glänzend gerechtfertigt. Oder Marx Werttheorie ist falsch, dann hat die kirchliche Wissenschaft und Gesetzgebung des ganzen Mittelalters in der Wucherfrage schwer geirrt, und alle Anklagen, aller Hohn und Spott, der gegen sie geschleudert worden ist und noch heute wird, ist vollständig berechtigt. Das Marxsche Lebenswerk ist die gründlichste Apologie der Wucherdoktrin der Kirche..“

Die Neue Zeitung sagt, daß mein Buch nicht die Plattform darstelle, die man betreten könnte, weil ich Fragen der Gesellschaftsordnung mit letzten religiösen philosophischen Fragen verknüpfe, denn im Grunde wolle ich nicht mehr und nicht weniger als beweisen, daß die Kirche die Verwirklichung des Sozialismus darstellt.

Dieser Satz zeigt mir wiederum deutlich, daß ich gewaltig mißverstanden worden bin.

Es ist meines Erachtens grundfalsch, wenn gesagt wird die Frage der Gesellschaftsordnung habe mit den letzten Dingen, also doch auch mit Religion und Kirche nichts zu tun. Das würde vielleicht dann der Fall sein können, wenn die Frage der Gesellschaftsordnung eine rein wirtschaftstechnische Frage wäre. Das ist sie aber nicht, sondern in noch viel höherem Maße eine sittliche, eine rechtliche, eine allgemein kulturelle Frage. Das nach den verschiedensten Richtungen hin. Die Frage der Gesellschaftsordnung berührt sehr wohl, und zwar sehr einschneidend auch das religiöse und kirchliche Gebiet und damit die Frage nach den letzten Dingen. Das habe ich in meinem Buche des langen und breiten ausgeführt. Die Auffassung über die Gesellschaftsordnung hängt mit der allgemeinen Lebensauffassung, der Weltanschauung sehr eng zusammen. Für den Christen wurzelt seine Lebens- und Weltauffassung und der Zweck des Lebens und aller Dinge in der Antwort der ersten Katechismusfrage: „Wir sind auf Erden um Gott zu dienen und dadurch selig zu werden“, für den Materialisten, den Atheisten hingegen in dem Gedanken der Inschrift über dem Portal des freireligiösen Friedhofes, ich glaube Berlins, wo es heißt: „Macht Euch hier das Leben schön, kein Jenseits gibt's, kein Wiedersehn“.

Eine Gesellschaftsordnung, die sich darüber hinweg setzt, daß es Grundprinzipien christlicher Welt- und Lebensauffassung gibt und diesen nicht Rechnung trägt, hat den Todeskeim in sich.

Ein Katholik, ein Christ, kann Sozialist, ja er muß ein unversöhnlicher Gegner der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sein aus seinem Glauben heraus, aber der Sozialismus darf nie und nimmer in Widerspruch zu den Prinzipien seines Glaubens und seiner Kirche stehen. Die Prinzipien und Forderungen eines Sozialismus im Sinne des Christentums habe ich in meinem Buche genau umschrieben, vielleicht entschließt sich die Redaktion der Neuen Zeitung sie zur Diskussion zu stellen.

Es gibt eine Plattform, auf der sich alle zusammenfinden können, die herauswollen aus sittlichem Elend, kapitalistischer Knechtung, ganz gleich welchen Glaubens und welcher Richtung sie sind.

Der christliche Sozialismus stellt eine Reihe von Prinzipien und Forderungen auf für eine neue Gesellschaft in sozialistischem Sinne, Prinzipien und Forderungen, denen jeder Sozialist beistimmen kann. Mit der Religion hat der christliche Sozialismus nur insoweit etwas zu tun, als er völlige religiöse Freiheit und wohlwollende Neutralität gegen die Religion verlangt. Die Erziehung zu Religion, zu praktischer Toleranz, zu Nächstenliebe und zu Friedensgeist, mit einem Worte zu religiösen und sittlichen Menschen, ist hingegen Aufgabe der Kirche und der Religionsgemeinschaft selbst. Eine reinliche Scheidung von Politik und Religion auf dieser Basis kann beiden nur zum Vorteile dienen.

Mein Buch verfolgte in erster Linie den Zweck zu beweisen, daß Sozialismus und Religion, oder genauer, Sozialismus und katholische Kirche, unter gewissen Bedingungen wohl vereinbar sind. Darum die vielen Zitate in dem Buch. Gerade diese sind seine Stärke gegenüber den Gegnern im christlichen Lager, sie sind sein Fundament.

Wenn mein Werk dazu beiträgt, und ich habe guten Grund, das anzunehmen, daß es die Riesenquader hinwegräumen hilft, die auf beiden Seiten einer Versöhnung von Sozialismus und Christentum in den Weg gelegt worden sind, ist sein Hauptzweck erfüllt.

* * *

Wir bringen die obige Zuschrift des Herrn Josef Kral und möchten dazu heute nur folgendes bemerken. Die Namensverwechslung mag als ein Schreibfehler angesehen werden. Von der Fälschung des Zitates auf Seite 1 des Buches erwähnt Herr Kral kein Wort. Das wäre uns aber sehr wichtig gewesen. Was die Stellungnahme Hohoffs zur materialistischen Geschichtsauffassung angeht, so müssen wir bei unserer Annahme bleiben, nämlich, daß Hohoff in der Tat unter bestimmten Voraussetzungen der materialistischen Geschichtsauffassung zustimmt. Er wünscht auf Seite 16 seines Buches, daß man an Stelle des Wortes materialistische Geschichtsauffassung ökonomische Geschichtsauffassung sage, dann wäre eine Verständigung und Uebereinstimmung wohl mögli[illegible] Auf Seite 14 und 15 seines Buches sagt Hohoff: „A[illegible] kürzesten formuliert ist die Marxsche Geschichtstheorie in dem viel zitierten Satz: Die Produktionsweise des materiellen Lebens **bedingt** den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt. Diesen Satz kann jeder unbedenklich unterschreiben. In diesem Sinne fassen auch wir die materialistische Geschichtsauffassung auf und nur in diesem Sinne stehen wir auf dem Standpunkt, daß die materialistische Geschichtsauffassung mit transzendentalen Anschauungen in Uebereinstimmung gebracht werden kann. Daß Hohoff in seinen letzten Verankerungen nicht mit Marx übereinstimme, haben wir ausdrücklich betont, wir haben hervorgehoben, daß eben nur diese letzten Fragen den Gegensatz bilden. Daß Hohoff Marx philosophischen Materialismus bestritten habe, haben

---

82

Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.

Aus dem Manuskript übertragen von Hermynia **Zur Mühlen**.

(Fortsetzung.)

3.

Der Mensch ist ein Herdentier; es ist ein Grundsatz seines Wesens, daß, wenn eine Gruppe Leute irgend etwas mit Eifer und Energie betreibt, der einzelne, der dies nicht tut, der sich nicht von der allgemein herrschenden Stimmung erfassen läßt, für die anderen zur Zielscheibe des Spottes und Zornes wird, während er im eigenen Herzen Verwirrung und Bestürzung empfindet. Dies trifft sogar dann zu, wenn die Gruppe nichts anderes leistet, als sich betrinken; und um wieviel mehr ist dies der Fall, wenn sie sich darauf vorbereitet, die Demokratie zu retten!

Der einzige Ausweg für den einzelnen besteht darin, daß er sich an den Glauben klammert, seine Ueberzeugung sei dennoch die richtige, und dies werde auch eines Tages anerkannt werden, mit anderen Worten, er wendet sich an eine andere Gruppe Menschen, die ihm in der Zukunft Beifall spenden werden. Ist er dieses zukünftigen Beifalls gewiß, so vermag er den gegenwärtigen Spott und Hohn zu ertragen, wie aber, wenn er zu zweifeln beginnt, wenn ihn der Gedanke verfolgt, die Menschen der Zukunft könnten mit denen der Gegenwart einer Meinung sein? Einer Meinung mit diesen Leuten, die hier in Reih und Glied marschieren und Bajonette in Hunnenbäuche stoßen lernen?

Eine der Tatsachen, die diesen Zweifel in Jimmies Seele trieb, war der Anblick Emil Forsters. Emil war einer seiner Helden gewesen; Emil, der hundertmal mehr wußte, als er — und der zog jetzt in den Krieg! Das Bataillon marschierte bis zum Rathaus und legte dort die Gewehre ab; als Emil herauskam, trat Jimmie auf ihn zu. Der junge Teppichzeichner war äußerst erfreut und forderte ihn auf, mit ihm zu Mittag zu essen. Als sie zusammen die Straße entlang schritten, fragte Jimmie, was das Ganze zu bedeuten habe, und Emil erwiderte: „Es bedeutet, daß ich einen Entschluß gefaßt habe.“

„Sie wollen gegen die Deutschen kämpfen?“

„So seltsam es klingen mag, ich will sie um ihres eigenen Wohles willen bekämpfen. Bebel schrieb in seinen Memoiren, die einzige Möglichkeit, in einem autokratischen Lande den demokratischen Fortschritt zu erzwingen, sei eine militärische Niederlage. Und ich glaube, Amerika ist vorherbestimmt, Deutschland diese Niederlage beizubringen.“

„Ja — — aber — — — Sie haben doch immer das Gegenteil gepredigt.“

„Ich weiß, bisweilen komme ich mir deshalb auch recht töricht vor. Doch hat sich alles verändert, und man darf die Augen nicht vor Tatsachen schließen.“

Jimmie schwieg wartend.

„Besonders Rußland“ — beantwortete Emil die unausgesprochene Frage. „Was hat die Verwirklichung des Sozialismus für einen Sinn, wenn man sich dadurch unter die Räder einer Militärmaschine wirft? Das wäre Torheit — dies muß ein jeder einsehen. Was ist Rußland heute für eine Hoffnung geblieben?“

„Die deutschen Sozialisten . . .“

„Scheinen völlig machtlos zu sein; mehr noch, wir müssen nun einmal einsehen, daß sie zum größten Teil keine wahren Revolutionäre sind — bloß Politiker, die nicht gegen den Strom zu schwimmen wagen; was immer auch der Grund sein mag, sie haben weder ihr eigenes Land noch Rußland gerettet. Sie können wahrlich nicht verlangen, daß wir ihnen eine dritte Möglichkeit geben; es käme uns allzu teuer zu stehen.“

„Aber“ — meinte Jimmie — „tun wir nicht gerade das, um dessentwillen wir sie tadeln? Wir werden patriotisch, unterstützen eine kapitalistische Regierung . . .“

„Wenn es sich darum handelt, eine Regierung zu unterstützen,“ erwiderte Emil, — so besteht ein großer Unterschied darin, wozu sie unsere Unterstützung verwendet. Wir kennen sehr genau die Fehler unserer Regierung, wissen jedoch auch, daß wir all dies ändern können, sobald das Volk hierzu bereit ist, und hierin liegt der Unterschied. Ich habe eingesehen, daß das deutsche Volk, wenn wir den Kaiser schlagen, diesen zum Teufel jagen wird, und dann können wir mit den Deutschen vernünftig verhandeln.“

4.

Sie schritten eine Weile schweigend dahin; Jimmie versuchte, diese neuen Ideen in sich zu verarbeiten. Sie waren ihm neu; nicht, daß er sie nicht schon öfter gehört hätte, doch hatte er sie noch nie aus dem Munde eines Deutschen vernommen. „Wie stellt sich Ihr Vater dazu?“ fragte er schließlich.

„Er ist der Gleiche geblieben, und das erschwert alles sehr; es kostet Mühe, Streitigkeiten auszuweichen. Er ist alt, neue Ideen wollen ihm nicht recht einleuchten. Dabei sollte er der Erste sein, der derartiges begreift — sein Vater war einer der alten Revolutionäre, wurde in Dresden ins Gefängnis geworfen. Sie wissen wohl nicht viel von der deutschen Geschichte?“

„Nein,“ — entgegnete Jimmie.

„In jenen Tagen kämpften die Deutschen um die Freiheit, sie wurden von den Truppen besiegt, die echten Revolutionäre in die Verbannung geschickt; etliche kamen nach Amerika, darunter auch mein Großvater. Die Kinder dieser Verbannten jedoch haben das Unrecht vergessen, das den Eltern angetan worden war — sie blickten sentimental auf ein Deutschland zurück, das nur in Erzählungen und Liedern existiert — eine Art Weihnachtsbaum-Deutschland. Sie wissen nichts von dem heutigen Deutschland, dem Deutschland der Eisen- und Kohlenkönige, das in sich alle Grausamkeit des Feudalismus mit moderner Zulänglichkeit und Wissenschaft vereinigt — das Raubtier mit dem Gehirn eines Ingenieurs.“

In Gedanken versunken strebten sie weiter. Plötzlich brach Emil aus: „Dieser Krieg ist für mich eine Offenbarung gewesen, die furchtbarste, die man sich vorstellen kann. Es ist, als liebte man eine Frau und müßte zusehen, wie sie verrückt, wie sie zu einem wilden Tier wird. Denn auch ich glaubte an das Weihnachtsbaum-Deutschland, liebte es, verteidigte es, konnte nicht glauben, was in den Zeitungen stand. Wenn ich zurückblicke, scheint mir, die deutschen Kriegsherren hätten meinem Geist eine Falle gestellt — ihr Einfluß hätte bis nach Amerika herübergereicht, mich, gezwungen, so zu denken, wie es ihnen paßte! Vielleicht bin ich nun ins andere Extrem übergegangen — ich mißtraue allem, was deutsch ist. Mein Vater beschuldigte mich dessen gestern abend; er sang ein altes deutsches Lied: „Wo man singt, da laß dich ruhig nieder, böse Menschen haben keine Lieder“; und ich sagte, die Nation, die dies verkündet, sei die gleiche, die singend in Belgien einmarschiert sei!“

„Teufel!“ — rief Jimme. Er konnte sich vorstellen, wie der alte Hermann Forster diesen Ausspruch aufgenommen hat.

Der junge Teppichzeichner lächelte etwas traurig. „Er meint, es komme daher, weil ich die Uniform angezogen habe. Doch verfolgten mich diese Gedanken schon seit langem und trieben mich plötzlich zum Entschluß. Ich wurde für diensttauglich erklärt, mußte mich so oder so entschließen. Ich beschloß, zu kämpfen und meldete mich sofort.“ Emil schwieg einen Augenblick, schaute fragend auf den Freund: „Und Sie?“ —

Jimmie gehörte natürlich zu jenen, die jeder Musterung scheu auswichen, zu den verhaßten Drückebergern. Sonst hätte er es Emil mitgeteilt, und beide hätten gelacht; dies war aber ein Emil in Khaki, ein patriotischer Emil, man wird gut daran tun, ein wenig mißtrauisch zu sein. „Sie haben mich noch nicht; ich bin nicht mehr gar so überzeugt. Doch bin ich noch lange nicht bereit, Soldat zu werden, könnte es nicht ertragen, wenn man so mit mir herumkommandierte, wie der Kerl es mit euch tut.“

Fortsetzung folgt.

wir nicht behauptet. Auch Hohoff kann natürlich Marx nur aus der Geistigkeit erklären, aus der Marx herkommt. Im übrigen bleiben wir schon dabei, daß insbesondere der erste Teil des Buches von Kral, d. h. der Teil, wo er den von Marx begründeten wissenschaftlichen Sozialismus behandelt und interpretiert, unter allen Umständen als schief und falsch bezeichnet werden muß. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß unsere Aufgabe nicht darin besteht, den Kampf gegen politische und ökonomische Gewalten auf transzendentale Glaubensfragen auszudehnen. Wir sind der Ueberzeugung, daß es vom Standpunkt des Christentums und vom Standpunkt auch der katholischen Kirche durchaus möglich ist, mit einer sozialistischen Gesellschaftsordnung überein zu stimmen. Wir gehen noch weiter. Wir sind der Meinung, daß katholische Pädagogik und auch katholische Soziologie für denjenigen wertvolle Mittel sind, der nicht aus liberalistischer Neurasthenie revolutionär ist, der vielmehr die Revolution als ein geschichtliches Stadium ansieht, aus dem sich neue soziale Formen entwickeln müssen, in denen auch nichts von dem verloren gehen soll, was Gutes sich im Laufe der Geschichte entwickelt hat.

Wir wären törichte und unfruchtbare Kritiker, wollten wird die Werte leugnen oder blind ignorieren, die im Katholizismus vorhanden sind. Vielleicht würden wir das Buch des Herrn Kral und seine vorsichtige Begründung des sozialistischen Standpunktes besser verstehen, wenn wir beim Lesen desselben an die Schwierigkeiten gedacht hätten, die die sozial anders gerichteten Kreise im Katholizismus heute noch haben. Es ist aber nicht unsere Sache, Verständnis für das Rückständige zu besitzen, sondern dagegen zu kämpfen. Und hier meinen wir wiederum das sozial rückständige, die soziale Unbeweglichkeit, die sich aus der Gemeinsamkeit des katholischen Denkens in allen Gesellschaftsschichten erklärt. Wir möchten nur nochmals feststellen, daß wir nicht geneigt sind gegen die katholische Weltanschauung zu kämpfen, zunächst gilt unser Kampf nur den politischen und sozialen Gewalten, allerdings auch dann, wenn diese, wie in der Bayerischen Volkspartei und im Zentrum sich als katholische Partei geben. Ist dieser Kampf zu Ende gekämpft, dann glauben wir an eine Verständigung, wie auch Herr Kral eine solche in dem von uns abgedruckten Abschnitt seines Buches für möglich hält. Sein Kampf muß aber gegen den Kapitalismus in erster Linie gerichtet sein, dann besitzt er die meiste Aussicht auch den kapitalistischen Liberalismus zu überwinden. Und dann gehört zur Verständigung ein gegenseitiges Verstehenwollen. Das wünschen wir gerade auf den Gebieten, wo es sich um die feinsten seelischen Dinge handelt.

Zur Charakteristik der Agrarfrage in Sowjetrußland.

Am 1. November 1918 waren von dem Landbesitz, der vor der Revolution den Bauern nicht gehörte, 82 Prozent oder 14,15 Mill. Desjatinen, aufgeteilt, während 2,26 Mill. Desjatinen oder 18 Prozent noch nicht aufgeteilt blieben. Von diesen gingen 669 805 Desjatinen (5 Prozent) an Sowjets- oder Agrarkommunen über.

Die Aufteilung der Wiesen wurde entweder pro Kopf (Esser) oder nach dem Viehbestand der einzelnen Wirtschaft (in den Podolsker und Bronowitzker Kreisen) vorgenommen. In einer Reihe von Kreisen aber blieben die Wiesen nicht aufgeteilt zur gemeinsamen Nutzung.

Seit Herbst 1918 geht die Sowjetregierung immer mehr zur Erhaltung des Großbetriebes in der Form von Sowjetgütern, Artel- (Genossenschafts-) Betrieben und Agrarkommunen über. Trotz des Widerstandes, der von den Bauern dieser Politik entgegengesetzt wird, hat sich diese neue Betriebsform rasch entwickelt. Anfang Februar 1919 gab es schon 1510 Artelbetriebe und Agrarkommunen, Ende Juli über 5000. Es sollen ihnen mehr als 2 000 000 Desjatinen gehören. Wenn die Wirtschaft der Kommunen und Genossenschaften, vor allem auf den Sowjetländereien, vielfach noch mangelhaft sein sollte, durch Mangel an Fachkräften, landwirtschaftlichen Maschinen, Zuchtvieh, so ist dennoch diese Wendung in der Agrarpolitik sicher ein Fortschritt, und es unterliegt keinem Zweifel, daß diese neuen Wirtschaften nach Ueberwindung der Anfangsschwierigkeiten eine feste Grundlage für die Ernährung Rußlands bilden werden. Man rechnete in Sowjetkreisen Mitte 1919 damit, daß diese Wirtschaften 50 Millionen Pud Getreide liefern können würden, was ungefähr den Betrag ausmacht, den das Kommissariat für Volksernährung im Jahre 1918 zu liefern imstande war.

Wie stellten sich die weiteren Entwicklungsaussichten der russischen Landwirtschaft? Wird Rußland auch in Zukunft größere Getreidemengen ans Ausland abgeben können?

Im Jahre 1916 wurde in Rußland eine Agrarzählung veranstaltet, der wir folgende Angaben entnehmen, um die landwirtschaftlichen Perspektiven Rußlands kurz zu charakterisieren.

Die mit den sechs wichtigsten Getreidearten und Kartoffeln bebaute Fläche betrug 1916 im europäischen Rußland 64 561 046 Desjatinen (zu 109,25 Ar). Von der Gesamtfläche waren bestellt mit Roggen 29 Prozent, mit Weizen 22 Prozent, mit Kartoffeln 3,3 Prozent, mit Hafer 18 Prozent, mit Gerste 11,5 Prozent, Hirse 3,1 Prozent, Buchweizen 2,5 Prozent, mit Hülsenfrüchten 3,6 Prozent, Wiesen 2,7 Prozent. Auf Getreide und Hülsenfrüchte entfallen also 63,5 Prozent des Gesamtackerlandes, auf Futterpflanzen 32,2 Prozent und auf Handelsgewächse 4,2 Prozent der Fläche.

Die Fläche der Handelsgewächse verteilte sich: auf Zuckerrüben mit 0,7 Prozent, auf Flachs, Hanf, Sonnenblumen usw. mit 2,5 Prozent.

Will man die Frage beantworten, in welchem Maße der landwirtschaftliche Betrieb in Rußland den eigenen Bedarf zu befriedigen imstande ist und darüber hinaus noch für den Export produzieren kann, so muß man zunächst feststellen, wie groß eigentlich der eigentliche Verbrauch vor dem Kriege gewesen. Im Durchschnitt der fünfjährigen Periode 1909—13 betrug der Verbrauch pro Kopf: Roggen 9,1 Pud, Weizen 6 Pud, Hafer 5,6 Pud, Gerste 2, 3 Pud, zusammen 23 Pud oder 368 Kilo.

Um diese Getreidemengen zu erzielen, mußte man nach dem durchschnittlichen Ernteertrag (in Pud pro Desjatine: 53 Roggen, 49 Weizen, 59 Gerste und 55 Hafer) folgende Getreideflächen pro Person haben:

Getreidefläche pro Kopf der Bevölkerung in Desjatinen:

Tatsächlicher Anbau nach der Zählung von 1916: Roggen 0,20, Weizen 0,15, Hafer 0.12, Gerste 0,08, zusammen 0,55.

Notwendige Fläche für den eigenen Bedarf: Roggen 0,17, Weizen 0,12, Hafer 0,10, Gerste 0,04, zusammen 0,43.

Ueberschuß an Erntefläche: Roggen 0,03, Weizen 0,03, Hafer 0,02, Gerste 0,04, zusammen 0,12.

Daraus ergibt sich, daß in Rußland 1916 die Erntefläche um 20—25 Prozent größer war, als sie für den unmittelbaren Verbrauch bei normaler Durchschnittsernte notwendig gewesen wäre. Dabei muß man noch bemerken, daß die Anbaufläche 1916 und 1917 für die Gouvernements Sowjetrußlands ungefähr um 4 Millionen Desjatinen geringer war als vor dem Kriege.

Das gleiche Resultat ergibt sich aus folgender Betrachtung: 1913 waren im europäischen Rußland einschließlich Nordkaukasien. Bestellt in Millionen Hektar Roggen 29,1, Weizen 25,1, Hafer 17,0, Gerste 12,2, zusammen 83,4. Geerntet in Millionen Tonnen: Roggen 24,7, Weizen 22,8, Hafer 16,0, Gerste 12,1, zusammen 75,6.

Rechnet man im europäischen Rußland eine Bevölkerung von 150 Millionen, deren Verbrauch mit 380 Kilo Getreide pro Jahr angenommen wird, so ergibt sich ein Gesamtverbrauch von rund 57 Millionen Tonnen. Auf diese Weise ergibt sich ein Getreideüberschuß von 18 Millionen Tonnen oder von rund 30 Prozent. Das Jahr 1913 war ein besonders gutes Erntejahr. Unter normalen Verhältnissen darf man mit einem Ueberschuß von rund 25 Prozent rechnen.

Allerdings wird bei dieser Rechnung ein Verbrauch von rund 380 Kilo zugrunde gelegt, während der Verbrauch der deutschen Bevölkerung vor dem Kriege sich auf 452 Kilo stellte, was rund 20 Prozent mehr ausmacht. Würde der Konsum der russischen Bevölkerung auf die Höhe des Vorkriegsverbrauches der deutschen Bevölkerung steigen, so würde die Ausfuhr nur gering sein können. Aber man muß auch in Betracht ziehen, daß die Ernteerträge in Rußland sehr niedrig sind. Es betrug in Doppelzentnern pro Hektar die Ernte in:

Deutschland 1914: Roggen 20,7, Weizen 17,2, Hafer 19,8, Gerste 19,0.

Ungarn 1913: Roggen 12,8, Weizen 11,9, Hafer 14,4, Gerste 11,7.

Vereinigte Staaten von Amerika: Roggen 10,2, Weizen 10,2, Hafer 12,8, Gerste 10,5.

Europäisches Rußland 1913: Roggen 9,1, Weizen 8,5, Haber 9,9, Gerste 9,4.

Daraus erhellt, daß, wenn die Ernteerträge in Rußland nur auf die Höhe der ungarischen, die doch auch nicht besonders hoch sind, gebracht werden, eine um ein Drittel höhere Ernte zu erlangen wäre. Auf der gleichen Fläche würde man erzielen an Roggen 346,3 Millionen Doppelzentner, an Weizen 321,3, an Gerste 65,9, an Hafer 200,1 Millionen Doppelzentner. Zusammen wären es 93,35 Millionen Tonnen Getreide, d. h. um rund 22 Prozent mehr als der Ertrag in Rußland wirklich war. Rußland braucht also seine Erträge bloß auf die Höhe der ungarischen zu bringen, um einen mehr als doppelt so hohen Export leisten zu können wie vor dem Kriege, wenn sein Eigenverbrauch pro Kopf der Bevölkerung weiterhin mit 380 Kilo in die Rechnung eingestellt wird. Steigerte es seinen Eigenverbrauch pro Kopf auf die Höhe des vorkriegsmäßigen deutschen, so könnte es dann immer noch eine Ausfuhr von zirka 25 Prozent seiner Ernte leisten. Es erhellt also aus dieser Berechnung, daß Rußland sehr wohl wieder einen erheblichen Anteil an der Getreideversorgung Europas gewinnen kann, wenn es Zeit bekommt, die Methoden seiner landwirtschaftlichen Produktion zu reformieren. Daß die Sowjetregierung dazu bisher nicht viel machen konnte, daß sie infolge ihrer dauernden militärischen Bedrohung durch den Ententeimperialismus gar nicht zum wirtschaftlichen Aufbau imstande war, liegt auf der Hand. Der imperialistische Krieg gegen Rußland bewirkt also, daß über Europa dauernd die Gefahr der Hungersnot lastet, weil sein landwirtschaftlich fähigstes Gebiet, Rußland, an friedsamer Arbeit gehindert wird.

Wir sind heute bereits angesichts der Verschiebung von Nominal- und Realeinkommen bei einer Lebenshaltung der großen Massen angelangt, die eine weitere Verschlechterung kaum zuläßt. Mit dem fortschreitenden Verbrauch der letzten Handelsvorräte an Wäsche, Kleidern und Gebrauchsgütern der verschiedensten Art, deren Erneuerung für das gesamte Proletariat einschließlich des größten Teiles der Staats- und Privatbeamten nicht möglich ist, wird sich erst der traurige Zustand unserer Volkswirtschaft offenbaren. Schon heute ist es klar, daß die vorgesehenen direkten und indirekten Steuern, die noch nicht entfernt zur Bestreitung der Reichs-, Staats- und Kommunalausgaben reichen, bei diesen Volksschichten bereits das Maß ihrer angespanntesten Zahlungskraft weit überschreiten. Die Eintreibung wird zum Teil gar nicht, zum Teil nur unter sehr großen Schwierigkeiten möglich sein. Die Auspowerung eines großen, vielleicht des größten Teiles des Volkes wird so furchtbar sein, daß nicht nur die kulturelle Entwicklung unabsehbar geschädigt, sondern auch die physische Existenz gefährdet wird, wenn wir nicht den Kampf um eine sozialistische Umgestaltung der wirtschaftlichen Struktur siegreich durchführen. Deutschland ist zu weit entwickelt, als daß es sich in die Formen des Agrarstaates, die es längst überwunden hat, zurückbilden könnte.

Die Unmöglichkeit jedoch, die Finanzverhältnisse des Reiches im Rahmen der bestehenden Gesellschaft zu ordnen, rückt uns immer mehr in die Nähe eines Staatsbankrotts. Das Volk spielt mit dieser Idee. Doch steht zumeist keine klare Vorstellung derartigen Geschehens vor unserem Auge und wenn ich mit einigen Bemerkungen versuchen will, diesen Zustand zu umreißen, so bin ich mir doch angesichts des Mangels brauchbarer historischer Analogien — wir kennen bisher keinen Staatsbankrott in einem modernen industriell hoch entwickelten und kreditwirtschaftlich organisierten Lande — darüber klar, daß es sich nur um logisch begründete Annahmen handeln kann. Ich glaube aber, daß sich dadurch wenigstens ein ungefähres Bild formt, das durch Weiterdenken und Einwendungen von anderer Seite schärfere Umrisse gewinnen kann.

In jedem Staatswesen, dessen Finanzen einigermaßen geordnet sind, ist das Augenmerk darauf gerichtet, den eingegangenen Verpflichtungen unbedingt nachzukommen Jede Stockung in der Wahrnehmung der Zahlungstermine bedeutet im Dasein eines kaufmännischen Unternehmens eine Gefährdung seines Kredites, d. h. bei der heutigen ausgesprochenen Form der durchgebildeten Kreditwirtschaft eine Gefährdung seiner Existenz. Jeder geringste Zweifel aber an der Fähigkeit eines Staates, den übernommenen Verpflichtungen pünktlich und voll Genüge zu leisten, erschüttert nicht nur den Staatskredit an sich, sondern bei der allein schon durch die Währung bedingten größeren oder geringeren Abhängigkeit jeder wirtschaftlichen Betätigung vom Staate auch den in- und ausländischen Kredit aller Unternehmungen, Privatpersonen usw.

Für Genossen Römer.

Die von der K. P. D., Ortsgruppe Ingolstadt einberufene Versammlung protestiert gegen die Verurteilung des Genossen Römer (München), der, ohne daß ihm das Geringste nachgewiesen werden konnte, bloß für seine kommunistisch-propagandistische Tätigkeit zu Zuchthaus verurteilt wurde. Sie ist erstaunt, daß die bayerische Regierung, die unter mehrheitssozialistischer Firma arbeitet, es mit der Begnadigung nicht ebenso eilig gehabt hat, wie im Falle des Mörders Grafen Arco und nicht mindestens ebenfalls sofort die Strafe in eine Ehrenhaft umgewandelt hat, geschweige denn den Rechtsbruch in juristischen Formen ganz geheilt hat.

Resolution.

In der Betriebsversammlung vom 9. Februar erhebt die Belegschaft der Firma flammenden Protest gegen das Zuchthaus-Urteil gegen Genossen Karl Römer. Der Urteilsspruch auf Ehrlosigkeit gegenüber dem Urteil auf Ehrenhaft für den Mörder Arco wirkt wie ein Peitschenhieb auf uns Arbeiter. Wir verlangen deshalb vom Gesamtministerium im Namen der Menschlichkeit, daß das Urteil aufgehoben und die Ehrlichkeit seiner Gesinnung anerkannt wird.

Die Arbeiterschaft der Firma J. A. Maffei.

München

Obacht, Arbeiter- und Betriebsräte! Der Aufforderung einer großen Zahl revolutionärer Betriebsräte folgend, Betriebsräte-Bildungskurse einzuführen, hat sich ein Ausschuß aus den Betriebsräten gebildet, der die Vorarbeiten erledigt. Im Laufe der nächsten Woche wird bekannt gegeben, wann die Kurse beginnen. Wir weisen schon jetzt darauf hin, daß an den Kursen nicht nur Betriebsräte, sondern alle Arbeiter, die Interesse dafür zeigen, teilnehmen könen.

Auswanderung nach Sowjetrußland. Am 10. Februar fand im Saale des Großen Wirtes in Schwabing eine öffentliche Versammlung der Auswanderer nach Sowjetrußland statt. In dieser Versammlung, zu der so viele Genossen kamen, daß sich der Saal als viel zu klein erwies, referierte Genosse Seeger aus Fürth, der Mitglied des Zentralrates der Vereinigung Ansiedlung „Ost“ in Leipzig ist. Er schilderte erst die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in der deutschen kapitalistischen Republik, die Unterdrückung der Bewegung der Arbeiter, die Schuldenlast, die uns schier erdrückt und den Mangel an jeglichen Rohstoffen. Diesem Bild des deutschen Zusammenbruches stellte er die Entwicklung der Arbeiterrepublik Rußland entgegen. Dort hat sich die Macht der Produktivtätigen entfaltet, dort ist die Republik, die sich von allen Schuldenlasten, die eine Weltkapitalsmacht auf ihre Schultern gewälzt hatte, befreit hat. Er widerlegte die Tartarennachrichten, die die Kapitalistenpresse der ganzen Welt über „russische Zustände“ verbreitete hatte. Die Vereinigung Ansiedlung „Ost“, die die Grundlage zur Organisation der gesamten deutschen Auswanderung nach Rußland darstellt, da dieses nur mit einer Stelle die Einwanderungsverhandlungen deutscher Genossen abschließt, hat im Mai 1919 drei Delegierte nach Sowjetrußland geschickt, die die Siedlungsmöglichkeiten untersuchen und Vereinbarungen mit der Sowjetregierung treffen sollten. Die Genossen kamen im Monat Juni an Ort und Stelle und unterhandelten mit dem Genossen Litwinow. Die Unterhandlungen waren schon nahe am Scheitern, was an den mit altem Geist erfüllten Bürokraten lag, mit denen die Aemter noch besetzt waren. Die Delegation ging deshalb zu Lenin, und dieser erklärte sich bereit, uns sofort 50 Millionen Rubel zur Verfügung zu stellen, sobald 3000 Familien angekommen sind und außerdem werde er uns dann zu jeder Zeit Kredit, so viel wir gebrauchen, zinsfrei zur Verfügung stellen.

Es wurde uns nun endgültig eine Landfläche im Rayon des Flusses Moloma im Gouvernement Nord-Dwinks zugewiesen. Es ist dies ein Gebiet, das zu neun Zehntel aus Wald besteht, ein Zehntel ist Ackerland. Als bei den Verhandlungen die Verpflegung und die Belieferung mit Lebensmitteln erörtert wurde, erklärte die Kommission, da unsere besten Kräfte an der Front stehen, können wir keine Garantien übernehmen, ob die Behörde, die ihnen die Verpflegung zu überweisen hat, einwandfrei arbeitet und alles so organisiert, daß kein Mangel eintritt. Die Produkte sind vorhanden, aber

wir müssen sie selbst herbeischaffen. Aus diesem Grunde ist es dringend notwendig, daß wir uns eine einwandfreie Einkaufskommission zusammenstellen, darum müssen unsere Genossen, die diese Aufgabe übernehmen werden, sich die dazu nötigen Sprachkenntnisse unbedingt aneignen. Vor allem aber müssen die mit dieser Aufgabe betrauten Genossen ehrlich sein. Die Forderung um Lieferung von Pelzen, Filzstiefeln, Wagen und Zugtieren wurde von der Sowjetregierung abgelehnt, da diese vor allem für die Rote Armee bereitgehalten werden müssen. Nach der Demobilisierung würden wir berücksichtigt. Nun darf nicht vergessen werden, daß diese Vereinbarungen im Jahre 1919 im Juni getroffen wurden. Heute beherrscht Sowjetrußland ganz Großrußland mit seinen reichen Schätzen. Aus dem Kontrakt, den die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik mit dem Ansiedlungsverein „Ost“ abgeschlossen hat, entnehmen wir einige Abschnitte: Vom Moment der Ankunft der deutschen Kolonisten auf der ihnen angewiesenen Siedlungsfläche an zählen sie als russische Staatsbürger mit allen von den letzteren erworbenen Rechten und Pflichten russischer Kolonisten. Die Kolonisten müssen gesund, physische Arbeit gewöhnt sein und der ihren Lebensunterhalt durch eigene Arbeit erwerbenden Bevölkerung angehören. In Bezug auf den Charakter ihrer Tätigkeit auf der ihnen angewiesenen Landfläche sind die deutschen Kolonisten verpflichtet: a) eine Produktionswirtschaft großen Maßstabes auf kollektiver Grundlage zu schaffen (§§ 7 und 8 der Bestimmungen über die Sozialisierung des Bodens); b) mittels der Arbeit ihrer Mitglieder Bedingungen zu schaffen, die das Wachstum der produktiven Kräfte des Rayons fördern im Sinn der Hebung der Ertragbarkeit des Bodens, der landwirtschaftlichen Technik und des Niveaus der landwirtschaftlichen Kenntnisse.

Die Ueberfahrt der deutschen Kolonisten mit ihren Familien innerhalb der Grenzen der russischen Republik bis zur Endstation der Eisenbahn oder des Wasserweges geschieht zu den allgemeinen Uebersiedlungstarifen. (Die Fahrpreise im Uebersiedlungstarif lauten auf ein Zehntel des Fahrpreises vierter Klasse des Personentarifes.) Maschinen, Werkzeuge, Sämereien wie auch Bagage der Kolonisten werden gratis befördert. Der Verein verpflichtet sich, den übersiedelnden Familien aus Deutschland das unentbehrliche tote landwirtschaftliche Inventar zu verschaffen, besonders landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, deren Einführung zollfrei geschehen wird. Den Kolonisten werden folgende besondere Vorzüge eingeräumt:

1. Die Beförderung von Vertrauensmännern, die der Verein „Ost“ oder eine Gruppe seiner Mitglieder zur Inaugenscheinnahme des Ansiedlungsgebietes oder zur Informierung über die örtlichen Bedingungen entsenden wird, wird unentgeltlich vorgenommen.

2. Die Kolonisten werden von staatlichen und Gemeindeabgaben im Laufe von 5 Jahren befreit, gerechnet vom Halbjahr, das auf die Ansiedlung folgt; im Verlaufe von weiteren 5 Jahren werden Steuern nur zur Hälfte erhoben.

3. Die Kolonisten werden auf die Zeit von 3 Jahren, gerechnet vom 1. August 1922 an, vom Militärdienst befreit.

4. Die Kolonisten sind auf dieselbe, in Punkt 6 angegebene Zeit von der Pferde-, Wagen- und Geschirrstellung in die Armee befreit.

5. Nach erfolgter Ansiedlung der Kolonisten auf ihrem Ansiedlungsplatze und nach Einreichung eines Wirtschafts- und Organisationsplanes seitens des Kollektives stellt die Regierung der R. S. F. S. R. an den Ansiedlungsverein „Ost“ eine Unterstützung von 50 Millionen Rubel für allgemeinnützliche und Aufklärungszwecke zur Verfügung.

6. Sämtliche Arten von Kredithilfe werden dem Kollektiv zinsfrei erwiesen.

Mit diesen Ausführungen war ziemlich klargelegt, welche Aussichten und Hoffnungen für die Mitglieder des Ansiedlungsverein „Ost“ bestehen. Der Referent berichtigte weiter über die Vorarbeiten, die der Verein bereits geleistet hat; die Organisation, den Aufbau nach dem Rätesystem, die Anschaffung eines großen Lagerraums in Leipzig, der dazu dient, die landwirtschaftlichen Maschinen, Werkzeugmaschinen usw., die zum Teil angeschafft wurden und noch angeschafft werden müssen, aufzuspeichern. Ein großes Gewicht wurde darauf gelegt, daß alle Berufe, die unbedingt benötigt werden, zur Verfügung stehen, Aerzte, Lehrer, Hebammen, Sanitätspersonal. Dies alles muß schon vor Antritt der Fahrt genau organisiert sein. Dann ist es unbedingt nötig, daß möglichst viele Siedler sich die russische Sprache aneignen. Die Leute, die den Warenverkehr vermitteln müssen, können dies nur fertigbringen, wenn sie die Sprache sowohl schriftlich als auch mündlich beherrschen. Das allerwichtigste ist aber, daß alle Auswanderer eine sozialistische Weltanschauung haben. Das Handeln der Siedler muß unbedingt sozialistisch sein. Denn für die ersten Jahre werden schwere Aufgaben zu lösen sein, die nur durch gemeinsames opferwilliges und rastloses Schaffen zu bewältigen sind.

Als die Delegierten im vorigen Jahre in Moskau große Fabriken besichtigten, die von Arbeitskräften vollkommen verwaist waren, da das gesamte arbeitende Volk an der Front stand, wurde der Wunsch nach deutschen Industriearbeitern ausgesprochen. Die Sowjetregierung hat später auch der deutschen Regierung mitgeteilt, daß in Rußland Arbeitsgelegenheit für 800 000 Arbeiter ist. Sie versprach, an Deutschland Rohstoffe zu liefern, wenn dieses Arbeiter vermitteln würde. Dieses Anerbieten wurde in Deutschland bald bekannt, aber die Regierung hat es immer wieder dementiert. Am Ende hat sie doch klein zugeben müssen, dieses Angebot bekommen zu haben, wollte aber die Wirkung dadurch schwächen, daß sie veröffentlichen, es handle sich doch nur darum, daß die russische Sowjetarmee Soldaten und Munitionsarbeiter bekomme. Dabei konnte unsere Delegation feststellen, daß ganze Fabrikbezirke darniederliegen und auf Arbeiter warten. Außerhalb Moskau führte man sie in eine Automobilfabrik, die von den Amerikanern während des Weltkrieges errichtet wurde, da diese spekulierten, nach dem Kriege dort fruchtbaren Boden für ihre großen Unternehmungen zu besitzen. In dieser Fabrik stehen 2000 neue Drehbänke und 800 Maschinen. Die Uebersiedlungsmöglichkeiten von Industriearbeitern nach der Sowjetrepublik sind noch günstiger als für die Siedler. Sie werden selbstverständlich den russischen Arbeitsgenossen gleichberechtigt. Die Lebensmöglichkeiten für die Arbeiterschaft sind nicht so, wie unsere kapitalistische Presse sie schildert. Was diese schreibt, trifft nach dem Grundsatz der russischen Arbeiterkommune „Wer nicht arbeitet, soll nicht essen“, nur für die Spekulanten und Faulenzer zu. Der Staatsbürger, der seine Pflicht als Arbeiter nach seinen Kenntnissen und Fähigkeiten erfüllt, hat auch Anspruch auf alle Genüsse des geistigen und wirtschaftlichen Lebens. Der Arbeiter erhält für jeden Bedürfnisanspruch eine Legitimation. Den Antrag auf Lieferung aber kann nur die Arbeitsstelle stellen. Auf diese Art ist es dem, der nicht arbeitet, nur möglich, Waren zu erstehen, die nicht rationiert sind und auf die Preise zutreffen, mit denen die bürgerliche Presse der ganzen Welt vor Rußland schrecken will. Nach diesen Spekulantenpreisen kosten ein Paar Stiefel 2000—3600 Rubel, ein Anzug 3000 bis 5000 Rubel, 1 Pfund Brot 45 Rubel, 1 Stückchen Würfelzucker 1 Rubel. Die Arbeiter bezahlen folgende Preise für die gleichen Waren: 1 Paar Stiefel 250—360 Rubel, Anzug 300—500 Rubel, 1 Pfund Brot 1 Rubel 20 Kopeken, 1 Pfund Zucker 2 Rubel. Dabei beträgt das Einkommen eines Handarbeiter 50—60 Rubel pro Tag. Menschewiki und andere Konterrevolutionäre haben in den Betrieben Sabotage getrieben. Die Regierung führte aus diesem Grunde Arbeitsprämien ein. Die werden aber in alten russischen Rubeln ausbezahlt. Die Saboteure rechneten immer damit, daß die Bolschewikiregierung gestürzt werde und glaubten mit diesen Rubeln, die bei der Sowjetregierung ziemlich wertlos sind, spekulieren zu können.

Die deutsche Regierung hat bis vor kurzem unsere Auswanderungsbestrebungen im stillen gehindert. Seit kurzer Zeit ist aber ein Umschwung eingetreten, da die Ententeländer bereits daran sind, mit Rußland Handelsbeziehungen anzuknüpfen. Aus diesem Grunde wird es nun möglich, alle Vorarbeiten rascher und großzügiger zu erledigen. Die Zuschriften von Genossen, die auswandern, sind ungeheuer viel und ich konnte sie nicht alle erledigen. Aus diesem Grunde bin ich hierher gefahren, um in dieser Versammlung auf einfachere Art diese Arbeit zu erledigen. Der Referent wies darauf hin, daß es nötig sein wird, für Bayern, vielleicht sogar für Südbayern, eine eigene Vereinigung zu bilden, da sonst der Verwaltungsapparat zu schwerfällig wird. Da die Sowjetregierung nur mit einer Stelle verhandelt, ist es jedoch unerläßlich, daß diese Vereinigung mit Leipzig in Interessengemeinschaft steht. Nach Schluß des Vortrages ließen sich eine beträchtliche Zahl der Anwesenden in den Verein aufnehmen, der sich in nächster Zeit selbständig in München konstituieren wird. Die Aufnahmegebühren betragen: Eintrittsgeld 5 Mark; Extrabeitrag 20 Mark, zahlbar am Tage des Eintritts. Der Monatsbeitrag beträgt 1 Mark. Wegen Vereins- oder politischer Betätigung verhaftete Mitglieder sind für die Zeit ihrer Haft vom Beitrag befreit. Für München können vorläufig Anfragen an Genossen J. Förg, Belgradstraße 40/3, gerichtet werden.

Warnung vor dem Schwindelpräparat „Feuerjoh“. Die Preisprüfungsstelle macht darauf aufmerksam, daß ein Kohlenspar-Pulver in Beuteln zum Verkauf gebracht wird, hergestellt von der Firma Cohrs, Fabrik für chem. Produkte, in Berlin N. 37, Schönhauserstr. 9. Auf der Vorderseite des Päckchens ist aufgedruckt „Erhöht die Heizkraft! Bis 25 Prozent Ersparnis an Kohlen!“ Auf der Rückseite: „Feuerjoh (dies der Name des Mittels) nützt die Kohle vollständig aus. Feuerjoh erspart bis 25 Prozent des Heizmaterials! Feuerjoh verhütet Kohlengasvergiftungen. Feuerjoh ist unentbehrlich in der Zeit der Kohlenknappheit und darf auch später in keinem Haushalt fehlen.“ Der Inhalt besteht nach der chemischen Untersuchung lediglich aus Kochsalz, vermischt mit einem schwarzen organischen Farbstoff. Es ist vollständig ausgeschlossen, daß der angepriesene Zweck auch nur im entferntesten erreicht wird. Das Mittel muß vielmehr als ein vollkommen wertloses Erzeugnis bezeichnet werden, dessen Preis in keinem Verhältnis zum Wert seiner Bestandteile steht. Vor Ankauf und Verwendung dieses Mittels muß daher im allgemeinen Interesse gewarnt werden.

Textil-Notstandsversorgung. Die Vorberechtigungsscheine der Beamten zum Einkauf der Waren der Textil-Notstandsversorgung sind durch Bekanntmachung des zuständigen Reichskommissars vom 30. v. Mts. als ungültig erklärt worden. Die Beamtenvereine dürfen solche Scheine nicht mehr ausstellen. Bisher ausgestellte Scheine sind den zuständigen Stellen (Wohlfahrts-Bezirksausschüssen usw. — siehe amtliche Bekanntmachung des Stadtrats in der Tagespresse vom 18. Dez. v. J.) zur Prüfung der Bedürftigkeit des Antragstellers vorzulegen. Als Bedürftigkeitsgrenze ist in München 8000 Mk. Einkommen für Verheiratete und 6000 Mk. für Ledige festgesetzt.

„Der Ansiedler“. Die zuständige Geschäftsstelle und Sammelstelle für das bayerische Siedlungskartell ist der Bayerische Ansiedlerverband, der für alle Siedlungsinteressen eine eigene Zeitschrift „Der Ansiedler“ herausgibt. Diese Zeitschrift kann bei jeder Postanstalt bestellt werden und ihr Bezug ist durch gemeinsame Verordnung der Ministerien des Innern, der Landwirtschaft und für soziale Fürsorge allen untergeordneten Stellen aus Regiemitteln gestattet. Die Geschäftsstelle des Bayerischen Ansiedlerverbandes befindet sich in München, Goethestraße Nr. 53, 1. Stock.

Erhöhung der Friedhofgebühren. Der Stadtrat erhöhte nach Kommissionsbeschluß die Bestattungsgebühren bei Beerdigungen für Erwachsene in der ersten Klasse auf 2290 Mk., in der zweiten Klasse auf 1620 Mk., in der dritten Klasse auf 715 Mk., in der vierten Klasse auf 360 Mk., in der fünften Klasse auf 203 Mk. und bei Feuerbestattungen dementsprechend auf 1200, 920, 705, 445, 203, 197 Mk.; in der fünften Klasse wurden nur die Selbstkosten berechnet.

Gewerkschaftliches

Dreißig Jahre Bäckerorganisation in München. Mit 7. Februar 1920 waren es 30 Jahre, seitdem der Organisationsgedanke in die Reihen der Münchener Bäckergehilfen getragen wurde. Am 7. Februar 1890 fand die erste Versammlung der Münchener Bäckergehilfen im alten Kreuzbräu statt, in welcher ein Hamburger Hetzapostel das „Neue Evangelium“ predigte. Fünf Tage später erfolgte die Gründung des Fachvereins der Bäcker Münchens. Es ließen sich 350 Mitglieder einzeichnen. Welche Verhältnisse damals im Münchener Bäckergewerbe vorhanden waren, davon spricht das Buch Bebels „Die Lage der Bäckereiarbeiter Deutschlands“ eine trostlose Sprache. Löhne von 3 Mark und 20-stündige Arbeitszeit waren keine Seltenheit. Die Schlafräume spotteten jeder Beschreibung, auch in allen anderen Orten Deutschlands, so daß die Reichsregierung sich gezwungen sah, 1896 ein Bäckerschutzgesetz zu erlassen. Der Durchführung dieses Schutzgesetzes (12-stündige Arbeitszeit) und der Beseitigung der angedeuteten Mißstände, galt die Hauptarbeit des Fachvereins. 1897 erfolgte der Uebertritt zum deutschen Bäckerverbande. Erst unter dessen Aegide war es im Jahre 1899 möglich, an eine ernsthafte Verbesserung der Lage der Bäckergehilfen Münchens heranzugehen. In einem vierwöchentlichen Streik wurde die Kost im Hause des Meisters beseitigt und die Arbeiterschaft von einem Teil des Dienstbotenjoches befreit. Von da ab bis zum Jahre 1913 wurden die Bewegungen immer durch Vereinbarungen und Tarife zum Abschluß gebracht. Aber genau wie die Beseitigung der Kost und Logies, so forderte auch die Einführung der sechstägigen Arbeitswoche wieder einen größeren Kampf. In einem 14-tägigen Streik mußte in die siebentägige Arbeitswoche Bresche gelegt werden. Der weiteren Entwicklung stellte sich dann der Krieg entgegen. Nicht aus Liebe zu den Bäckergehilfen erfolgte die Beseitigung der Nachtarbeit, sondern die Kriegswirtschaft zwang uns diese Maßnahme auf. Sie wird auch die einzige sein, die für die Arbeiterschaft eines Berufes zum Vorteil war. Erst die Revolution brachte uns Vorteile, die nicht so schnell durch unsere eigene Kraft hätten erreicht werden können. Sie auszubauen und zu erhalten, ist die jetzige Aufgabe der Organisation, die mittlerweile auch zu einem Machtfaktor geworden ist. Heute gehören nicht nur die Bäckergehilfen, sondern auch die Konditoren, die Arbeiterschaft in der Schokoladen-, Zuckerwaren-, Keks-, Lebkuchen-, Teigwaren- und Marmeladenindustrie diesem Verbande an. Reichstarife für diese Industrien und für die Konsumbäckereien und Ortstarife für die Bäcker und Konditoren bestimmen heute die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Beschäftigten. Diese Tarife enthalten heute Löhne von 100 bis zu 159 Mark für männliche Beschäftigte und 45 bis 82 Mark für die Arbeiterinnen. An der Entwicklung der Organisation in München hatten auch die Kollegen in den oberbayerischen Orten und Städten regen Anteil genommen. Was an persönlichen Opfern gebracht werden mußte, das wissen die Veteranen der Organisation, von welchen noch 6 Gründungsmitglieder mit tätig sind. Zu wünschen ist, daß die Organisation so wie bisher auch in kommender Zeit den Anforderungen der Mitglieder Rechnung tragen kann. Ist es bisher gelungen, den Backstubensklaven zum Menschen empor zu heben, so muß es uns auch noch gelingen, den Menschen zum „freien glücklichen“ Bemeisterer der Erde zu machen. Diesem Ziel gilt der Kampf in den kommenden Jahren. Je mehr sich uns in diesem Kampf anschließen, desto schneller werden wir zum Ziele kommen! Hoch die Organisation!

Zur Tarifbewegung im Versicherungsgewerbe. Der Zentralverband der Angestellten schreibt uns: Den Kollegen und Kolleginnen geben wir hiermit zur Kenntnis, daß der Termin vor dem Reichsarbeitsministerium, in dem der Tarifvertrag zum Abschluß gelangen wird, am Montag, den 16. Februar, stattfindet. Erfreulicherweise haben die bisherigen Feststellungen ergeben, daß der größte Teil der Angestellten den Lockungen der Arbeitgeber zur Unterzeichnung der Reverse, nach denen sie den zwischen dem G. k. A. und dem Arbeitgeberverband abgeschlossenen Tarifvertrag anerkennen sollten, widerstanden haben. Wir bitten die Kollegen und Kolleginnen, sich auch noch die letzten Tage in Geduld zu fassen. Es wird den Bemühungen des Zentralverbandes der Angestellten gelingen, vor dem Arbeitsministerium wirklich auskömmliche Bezüge für die Angestellten zu erzielen, weil der Arbeitgeberverband hier nicht mit seinem diktatorischen Machtwillen durchdringen wird.

Tarifbewegung der Angestellten in der Metallindustrie Bayerns. Der Zentralverband der Angestellten schreibt uns folgendes: Am Mittwoch, den 11. d. Mts., fand eine außerordentlich stark besuchte Versammlung der Angestellten der Münchener Metallindustrie statt, in der über den Verlauf der bisherigen Verhandlungen in Nürnberg berichtet wurde. Die Versammlung faßte nach eingehender lebhafter Aussprache einstimmig nachfolgende Entschließung: „Die am 11. ds. Mts. in München versammelten Angestellten der Metallindustrie haben mit großer Entrüstung den Bericht über die Nürnberger Verhandlungen entgegengenommen. Sie sehen in dem Verhalten der Arbeitgeber eine bewußte Verschleppungspolitik und den offenen Versuch, der Zerstörung des Tarifverhältnisses und der Zersplitterung der Angestelltenschaft. Diese Versuche weisen die Angestellten mit aller Entschiedenheit zurück. Die Angestellten-Gewerkschaften werden beauftragt, ungesäumt durch das Ministerium für soziale Fürsorge die Arbeitgeber zur Verhandlungsbereitschaft auf der bisherigen Grundlage des Geltungsbereiches des Tarifes zu veranlassen. Die Angestelltenschaft bekundet unzweideutig ihren entschlossenen Willen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln diese Grundlage herbeizuführen. Sie ist nicht gewillt, die offenkundige große Not, in die sie durch das Verhalten der Arbeitgeber geraten sind, noch länger zu ertragen. Die Verhandlungen der Metallindustrie müssen daher in allerkürzester Frist beginnen und durch beschleunigte Verhandlungen ein Tarifabkommen erreicht werden, das den Angestellten eine den heutigen Verhältnissen entsprechende Lebenshaltung gewährleistet.

Den Angestellten-Gewerkschaften sprechen die Angestellten der Metallindustrie ihr volles Vertrauen aus und bevollmächtigen die Verbände bei voller Handlungsfreiheit ihre Sache gerecht und mit allem Nachdruck zu vertreten.“

Versammlungs-Kalender.

Freie Jugendgruppen Groß-München.

Montag: Diskussionsabend über Schulfragen; Winthirbaracke. Gruppe Pasing: Friedrichstraße 17.

Dienstag: Gruppe „Altstadt“, Corneliusstraße 2; Gruppe „Süd“, Tumblingerschule; Gruppe „Neuhausen“, Winthirbaracke; „Nordwest“: Schwindschule; Gruppenabend für „Allach“ fällt aus.

Mittwoch: Gruppe „Giesing“: Lohehof, Lohestraße; Gruppe „Westend“ Bergmannschule; Gruppe „Schwabing“ Zur Goldtante; Gruppe „Haidhausen“ Balanschule; Gruppe „Pasing“ Zur Linde.

Alle Abende beginnen um 7 Uhr. Erscheint pünktlich.

Montag, den 16. Februar 1920.

Freidenkerverein Darwin. Abends 7 Uhr im Gasthaus zu den drei Hirschen, Landsbergerstraße 18, Vortrag von Genossen Amon Hans über „Kirche und Schule“.

Schluß des redaktionellen Teils.

Der Betriebsrat

Das Betriebsrätegesetz in Norwegen.

Der Sieg der proletarischen Revolution in Rußland in der Form der Rätediktatur hat in allen kapitalistischen Ländern die Frage der Arbeiterräte auf die Tagesordnung der Arbeiterklasse gestellt. Auch dort, wo große Massenkämpfe gegen das Kapital noch nicht stattgefunden oder eben erst begonnen haben, wendet sich die klassenbewußte Arbeiterschaft mit lebhaftem Interesse und größter Sympathie den Arbeiterräten zu, in denen sie den Hebel der sozialistischen Umwälzung und die Organe ihrer künftigen Klassenherrschaft erkannt hat. Aber der „gründliche" Gang der deutschen Revolution und die damit verbundene reformistische Verkrüppelung insbesondere der dem ökonomischen Kampf dienenden Arbeiterräte, hat der Bourgeoisie und den sozialpatriotischen Verrätern der Arbeiterklasse die Idee und die Möglichkeit gegeben, die Sympathie der Arbeiter für die Räte auf ein totes Gleis zu lenken, indem sie ihnen die Errichtung von Betriebsräten, die Einführung eines „Mitbestimmungsrechts" und der „Wirtschaftsdemokratie" auf friedlichem Wege, mitten im bürgerlichen Staate vortäuschen. Dergleichen Versuche sind in letzter Zeit in den meisten der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder, unter anderem in Frankreich, in Italien und in der Schweiz, zur Diskussion gestellt worden; ihren grellsten Ausdruck fanden sie bis jetzt in Norwegen durch die Schaffung des Entwurfs für ein förmliches Betriebsrätegesetz, das als ein klassisches Dokument des Arbeiterbetrugs nähere Betrachtung verdient.

Bereits im Dezember 1918 — im Zeitpunkt des ersten Anlaufs der deutschen Revolution — setzte die norwegische Regierung eine Kommission ein, die über „den Anteil der Arbeiter bei der Betriebsleitung und Betriebsausnutzung" beraten sollte. In der Kommission saßen Vertreter der Arbeitgeber und Arbeiter, Politiker und Beamte; ihre Beschlüsse wurden zum Teil gegen eine Minderheit von Arbeitgebern, zum Teil gegen die Stimmen der Arbeitervertreter gefaßt, die jedoch den Entwurf „in Erwartung baldiger besserer Gesetze" unterstützten. In der Einleitung zu dem Entwurf wird ausgeführt, daß die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt in ein kritisches Stadium getreten seien. Lohnerhöhungen und Arbeitsverkürzungen hätten sich als in jeder Beziehung unzureichende Heilmittel erwiesen: der Kampf zwischen Kapital und Arbeit habe trotz aller Scheinkonzessionen in dieser Richtung an Heftigkeit immer mehr zugenommen. Die Produktion leide unter der Arbeitsunlust, passiven Resistenz und direkten Sabotage der Arbeiter: „die zunehmende Arbeitsunlust und die Unlust, irgendwelche Anstrengung der Kräfte und Talente zu machen, wirken bei der langen Dauer dieses Zustandes auf die Arbeiterbevölkerung „demoralisierend". Keine Besserung sei möglich, solange die Arbeiter sich selbst als Lohnsklaven betrachteten, die nur Mehrwert für die „Ausbeuter" schafften.

Die Kommission findet deshalb, daß ein Vergleich zustande gebracht werden muß, so daß eine Zusammenarbeit beider Faktoren möglich wird, um eine größere Produktivität hervorzurufen". Weiter heißt es in der Einleitung: „Die Mehrheit in der Kommission sieht es überhaupt für unmöglich an, fernerhin in irgend einer Form eine Produktionsordnung aufrechtzuerhalten, die eine Unterordnung der Lohnarbeiter unter willkürliche Befehle des Betriebseigentümers voraussetzt, der den Betrieb, wesentlich oder ausschließlich mit den eigenen Profitinteressen vor den Augen leitet".

Zwar sei es klar, daß eine Umordnung der bisherigen Produktionsart auf den heftigsten Widerstand der Arbeitgeber stoßen werde, indessen „könne es leicht verhängnisvoll werden, die hervorbrechende soziale Bewegung anzuhalten, statt sie zu regulieren und auf neue, fruchtbringende Wege zu leiten".

Der Entwurf selbst ist in kurzen Zügen folgender: Jeder industrielle Betrieb und jeder Handelsbetrieb, der mindestens zehn Angestellte beschäftigt, hat einen Betriebsrat zu wählen. Im Betriebsrat sitzen Vertreter des Eigentümers, der Angestellten und der Arbeiter. Der Eigentümer wird durch seine eigene Person repräsentiert, die zwei anderen Gruppen durch mindestens drei, höchstens aber neun Vertreter. Wahlberechtigt in der Gruppe A der Arbeiter und der Gruppe B der Angestellten ist jeder in der Fabrik Beschäftigte, der das 18. Lebensjahr erreicht hat und nicht öffentlich-rechtlich das Stimmrecht verloren hat. Wählbar ist jeder Stimmberechtigte, der über 23 Jahre alt ist und mindestens sechs Monate vor dem Wahltermin im Betrieb gearbeitet hat. Die Wahlen finden einmal jährlich statt, getrennt in den beiden Gruppen und geheim.

Die bisherigen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeiter sollen bestehen bleiben, die Betriebsräte dürfen in ihre Rechte und Befugnisse nicht eingreifen. Diese Bestimmung dient hauptsächlich dem Schutz der noch sehr festgefügten und konservativen Fachvereine der Arbeiter.

Der Betriebsrat wirkt beratend und kontrollierend mit. Seine Aufgaben sind:

Ueberwachung und Durchführung von Gesetzesvorschriften, administrativen Vorschriften, beim Arbeitsreglement und bei Tarifabkommen.

Aufsicht über die Arbeitsstätte.

Aufsicht über das Lehrlingswesen.

Unfall- und Hygienewesen.

Behandlung, und wenn möglich, Beilegung von Mißständen, die dem Rat bekannt werden.

Beschließen kann der Rat über:

1. Größere Veränderungen oder Verbesserungen des Betriebs, Einführung neuer Arbeitsmethoden, Anschaffung neuer Maschinen.

2. Lohnfragen, Akkordarbeit, Arbeitszeit, Ueberstunden, Arbeitseinschränkung, Ferien. Der Betriebsrat kann vom Eigentümer die Vorweisung der Geschäftsbücher, Lohnlisten, Kalkulationen und anderer Materialien fordern, jedoch darf der Rat nicht verlangen, daß ihm Betriebs- und Fabrikationsgeheimnisse ausgeliefert werden.

3. Disziplinarfragen und Bestimmungen über Erstattung für mangelhafte Arbeit oder zerstörtes Material.

4. Wohlfahrtseinrichtungen für die Arbeiter und Angestellten.

5. Anstellung von Werkmeistern, Aufsichtsbeamten und Vorarbeitern.

6. Entlassung und Kündigung von Beamten und Arbeitern. Doch kann auch der Betriebsinhaber Entlassungen vornehmen, wenn der Betrieb aufgelöst wird oder wenn ein organisierter Streik oder eine organisierte Aussperrung stattfindet.

Diese ziemlich weitgehend klingenden, in Wirklichkeit aber beschränkten und die Profitwirtschaft nicht antastenden Kompetenzen der Betriebsräte werden noch vollends illusorisch gemacht durch die Art, wie die Beschlüsse der Räte gefaßt werden sollen. Jede der drei Gruppen (Unternehmer, Arbeiter, Angestellte) stimmt getrennt von den beiden anderen. Soll ein Beschluß Gültigkeit haben, so muß er mit Majorität in jeder einzelnen Gruppe gefaßt sein. Mit anderen Worten: der Unternehmer hat gegen jeden Beschluß des Rates das Vetorecht!

In jedem Amtsbezirk und in jeder Handelsstadt wird ein Distriktsrat gewählt. Gewählt zwar nur zum Teil: der Vorsitzende des Distriktsrats wird von den Versammlungen des Amtsbezirks bezw. von der Kommunalverwaltung ernannt! Im Distriktsrat soll jede bedeutendere Industrie und jeder Handelszweig vertreten sein. Jede solche Abteilung soll aus Repräsentanten bestehen, einem für die Arbeitgeber, einem für die Beamten und Angestellten und einem für die Arbeiter. Die Vertreter der Gruppen A und B werden getrennt nach denselben Regeln wie bei den Betriebsratswahlen von den Angestellten und Arbeitern des Distrikts gewählt. Die Vertreter der Arbeitgeber werden nach einem Pluralwahlrecht in öffentlicher, schriftlicher Wahl gewählt, und jeder Arbeitgeber hat soviel Stimmen wie er Angestellte beschäftigt.

Der Distriktsrat wird auf zwei Jahre gewählt. Er fungiert als Berufungsinstanz für die Betriebsräte, die innerhalb der ersten drei Tage nach Abhaltung der Betriebsratssitzung vom Unternehmer oder von einer der Gruppen A und B angerufen werden kann. Außerdem hat er Statistiken über die Ernährungs- und Erwerbsverhältnisse des Distrikts aufzunehmen, Vorschläge zur Verhütung von Erwerbslosigkeit usw. zu machen und seine Erfahrungen wiederum an eine höhere Instanz, den Industrie- und Handelsrat weiterzuleiten. Ein Teil der Kommissionsmitglieder hatte weiter verlangt, der Distriktsrat solle über die Zulässigkeit der Errichtung neuer Betriebe im Distrikt entscheiden, über die persönliche Qualifikation eines Antragstellers zur Leitung eines Betriebs, über die Notwendigkeit eines solchen; der Vorschlag blieb Vorschlag.

Der Industrie- und Handelsrat ist die oberste „Räte"-instanz des Landes. Seine Aufgabe soll sein, „Kapital und Arbeit in gemeinsamem Wirken zu vereinigen". Der Vorsitzende dieses Rates wird vom König ernannt. Zu den Vertretern der Unternehmer, Arbeiter und Angestellten tritt noch ein Vertreter der Konsumenten hinzu, der vom Storting (Parlament) gewählt wird, während die übrigen Mitglieder in schriftlicher Abstimmung von den Repräsentanten der entsprechenden Gruppen in den Distriktsräten gewählt werden. Der Industrierat, dessen Wahlperiode drei Jahre dauert, soll der Regierung in Fragen der Industrie und des Handels zur Seite stehen und auch beratende Instanz für alle unteren Räte sein.

Man sieht: die Technik, die Einzelheiten des Arbeiterbetrugs und der „Sicherungen" des Kapitals sind von denen des deutschen Betriebsrätegesetzes ziemlich verschieden; der Zweck ist der gleiche: Scheinkonzessionen, um die Arbeiter von ihrem revolutionären Ziel abzulenken und sie noch fester ins kapitalistische Joch zu spannen.

Rundschreiben der Zentrale der K. P. D. über die Stellung zum Betriebsrätegesetz.

Ende Januar 1920.

Nach der Annahme des Betriebsrätegesetzes.

Das Betriebsrätegesetz ist nunmehr in aller Form im Parlament erledigt. Die Partei hat nunmehr klare, bestimmte Losungen für die Führung des Kampfes um revolutionäre Betriebsräte zur Kontrolle der Produktion auszugeben und durchzuführen. Der entscheidende Gesichtspunkt für die Führung dieses Kampfes ist: außerhalb des Gesetzes und wider das Gesetz, da, wo die Kräfte dazu ausreichen und solange sie ausreichen, — vom Boden des Gesetzes, gegen das Gesetz, da, wo die Kräfte nicht ausreichen und da, wo der Versuch, außerhalb des gesetzlichen Bodens revolutionäre Betriebsräte aufrechtzuerhalten, am Widerstand der Unternehmer und der Regierung gescheitert ist. Im einen wie im anderen Falle ist der leitende Gesichtspunkt der, daß die revolutionären Kräfte da wirken müssen, wo die Massen der Arbeiter und Angestellten stehen.

Folgendes sind die praktischen Losungen, die sich aus diesem Gesichtspunkt ergeben:

1.

Da, wo revolutionäre Betriebsräte bereits bestehen, die die Mehrheit der Arbeiter und Angestellten ihres Betriebes hinter sich haben, haben sie die Pflicht, mit aller Kraft um ihre Fortexistenz und um die Ausdehnung ihrer Einwirkung auf Betriebsführung und Produktion zu kämpfen.

2.

Da, wo solche revolutionäre Betriebsräte bisher noch nicht bestanden, aber die Mehrheit der Arbeiter und Angestellten im Betrieb für sie zu haben ist, da soll sogleich zu ihrer Wahl geschritten werden.

Gelingt es dem Unternehmer, dem revolutionären Betriebsrat den Garaus zu machen und seine Auflösung zu erzwingen, so müssen die Arbeiter und Angestellten an den Wahlen zu den gesetzlichen Betriebsräten teilnehmen und in ihnen revolutionäre Arbeit verrichten, deren Ziel die Sprengung des Rahmens des Gesetzes ist.

3.

Da, wo die überwiegende Mehrheit der Arbeiter und Angestellten noch nicht gewillt ist, unabhängig vom Betriebsrätegesetz revolutionäre Betriebsräte zu wählen und für sie zu kämpfen, da muß vom Boden des Betriebsrätegesetzes aus der Kampf gegen das Gesetz aufgenommen werden. Dieser Kampf muß an die konkreten Verhältnisse und an die praktischen Nöte in jedem einzelnen Betrieb und an die allgemeinen Nöte der Gesamtwirtschaft (Kohlennot, Verkehrsnot, Lebensmittelnot, Preiswucher usw.) praktisch anknüpfen. Unsere Genossen haben die Aufgabe, die in jedem Falle angemessenen praktischen Losungen auszugeben und ihre Durchführung zu leiten.

4.

Für die Wahlen zu den Betriebsräten, sei es revolutionären, sei es gesetzlichen, ist es geboten, daß unsere Genossen allenthalben eigene Kandidaten aufstellen. In den Betriebsräten selbst ist der Zusammenschluß unserer Genossen zu kommunistischen Fraktionen erforderlich. Ihre Aufgabe wird es sein, die Betriebsräte vorwärts zu treiben zum Kampf um die Kontrolle der Produktion und dadurch, durch Propaganda wie durch Tat, für den Kommunismus zu werben. Sie müssen zeigen, und zwar durch praktische Vorschläge, durch unablässige Anstöße, wie die kapitalistische Desorganisation von unten her durch die kommunistische Ordnung überwunden werden kann.

5.

Dieser Kampf wird ein zähes Ringen sein, bei dem die Arbeiter nicht nur auf Gewalt und List des Einzelunternehmers, sondern auch auf die Gewalt der Staatsmaschinerie stoßen werden. Dieser Kampf ist daher nicht nur wirtschaftlich im Einzelbetrieb zu führen, er ist auch zu führen durch politische Aktionen, gegen alle politischen Machtpositionen der Bourgeoisie. Unsere Genossen dürfen sich in diesem Kampf durch noch so häufige Fehlschläge, durch noch so viele vergebliche Anläufe nicht entmutigen lassen. Dieser Kampf wird seiner Natur nach ein Stellungskampf, ein Schützengrabenkrieg sein müssen, der aber früher oder später in Bewegungskrieg, das heißt in geschlossenen politischen Kampf umschlagen muß.

6.

Die Gewerkschaften machen jetzt schon Anstalten, eigene Kandidaten für die Betriebsräte in Gewerkschaftsversammlungen aufstellen zu lassen. Unsere Genossen werden bei dieser Gelegenheit verstehen lernen, von welch enormer praktischer Wichtigkeit es ist, daß sie in den Gewerkschaften im Sinne des Kommunismus arbeiten. Da, wo diese Arbeit versäumt worden ist und es nicht gelingt, unsere Genossen auf den gewerkschaftlichen Vorschlag zu bringen, so mögen unsere Parteiangehörigen jedenfalls als Partei im Betrieb ihre Kandidaten aufstellen.

7.

Es ist gleich im Anfang nötig, eine Zusammenfassung der Betriebsräte im Rahmen des Praktisch-Möglichen herzustellen. Dazu taugt natürlich das Schema der Unabhängigen durchaus nicht. Es schwebt vollkommen in der Luft. Eine solche eingehende Gliederung nach Industrien und Industriegruppen läßt sich erst im Laufe der Erringung revolutionärer Betriebsräte durch den Kampf aufbauen und vollenden erst am siegreichen Ende dieses Kampfes.

Das, was heute getan werden kann, was sofort ins Werk gesetzt werden kann, das ist die Zusammenfassung der Betriebsräte jedes Ortes zu Vollversammlungen. Diese mögen in kurzen Abständen zusammentreten und nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch die politischen Fragen, die die Arbeiter und Angestellten angehen, behandeln. Es sollte versucht werden, diese Vollversammlungen zu Zentren der kommunistischen Propaganda, zur Tribüne der kommunistischen Klärung der Arbeitermasse und zum Mittelpunkt der Ausführung gemeinsamer Aktionen aller Arbeiter in der Richtung der Produktionskontrolle zu machen.

Es ist anzunehmen, daß die Unternehmerschaft und die Regierung der Errichtung und der Tätigkeit von Vollversammlungen der Betriebsräte nicht passiv zusehen werden. Die Vollversammlungen werden also um ihre Existenz zu kämpfen haben. Sie werden weiter darum zu kämpfen haben, ihre Tätigkeit im Bereich der Produktion auszubreiten.

Unter Umständen wird die Regierung versuchen, die Vollversammlungen aufzulösen. Wenn die Möglichkeit dazu besteht, so sollte versucht werden, sie illegal aufrecht zu erhalten.

Es wird die Sache der „Kommunistischen Rätekorrespondenz" sein, den Kampf der Betriebsräte fortlaufend zu leiten.

8.

Da, wo nur Minderheiten im Betrieb für die Wahl revolutionärer Betriebsräte zu haben sind, da hat es keinen Sinn, sie ins Leben zu rufen; denn die Wirkung wäre nur die, daß sie getrennt werden von der überwiegenden Masse der Belegschaft im Betrieb, ohne Einfluß auf sie. Ihre Beschlüsse wären daher ohne jede praktische Bedeutung, und ihre Propaganda würde sich selber ab[illegible]. Es ist klar, daß der Unternehmer die indifferenten Arbeiter [illegible] ausspielen würde und daß sie dabei den Kürzeren ziehe[illegible]. In solchen Fällen soll die revolutionäre Minderheit, wie [illegible] gesagt, den gesetzlichen Betriebsrat als Sprungbrett benutzen, um die Arbeiterschaft im Betrieb darüber hinaus vorwärts zu treiben.

9.

Das Gesetz trennt die Arbeiter von den Angestellten. Es [ist] von der größten Wichtigkeit, daß darnach getrachtet wird, sei es durch Bildung eines gemeinsamen Wahlkörpers, sei es, wo das nicht möglich ist, durch ständige und enge Zusammenarbeit mit den Betriebsräten der Angestellten, die praktische Einheit der Arbeiter und der Angestellten im Betrieb herzustellen.

10.

Es ist schließlich von enormer Wichtigkeit, daß die Betriebsrätebewegung aufs Land getragen wird, unter Landarbeiter und Kleinbauern.

Verantwortlich für die Beilage „Der Betriebsrat" F. Ehrhart, München.

Zweite Februar-Verteilung.

I. Spezereiwaren.

Abgabezeit: 16. Februar mit 22. Februar 1920.
Versorgungsberechtigt: Bis zum 27. Januar gemeldete Eintragungen in der Spezereiwarenkundenliste.

Febr.-Marke	Waren	Preis der Einheit ₰	Preis für 1 Pfd. ₰
2	250 g Gerstenfabrikate u. zwar:		
	Gerstengrütze	37	73
	oder Gerstengraupen	36	71
	oder Gerstenflocken	38	75
		23	92
4	125 g Weizengries		
Z 2	375 g Zucker (einschl. Umsatzsteuer)		
	a) Grieszucker	78	104
	b) Hut- oder Plattenzucker	81	108
	c) Würfelzucker, alle Sorten	88— [illegible]	119

Zwischenmarken: Im Lebensmittelamt nur an Personen, die erst nach dem 27. Januar versorgungsberechtigt geworden sind.

II. Säuglingsnahrung.

Säugl.-Marke	Abgabezeit: 16. mit 29. Februar 1920.		
	A. für Kinder bis zum vollendeten 3. Lebensmonat		
A-Z 2	500 g Zucker	—	s. oben
A 3	500 g Haferflocken	—	130
	B) für Kinder vom vollendeten 3. Lebensmonat bis zum vollendeten 1. Lebensjahr:		
B-Z 2	500 g Zucker	—	s. oben
B 5	500 g Weizengries	—	92
B 6	250 g Kindergerstenmehl	40	80
	C) für Kinder im 2. Lebensjahr:		
C-Z 2	500 g Zucker	—	s. oben
C 5	500 g Kindergerstenmehl	—	80
C 6	250 g Weizengries	46	92

Zuschläge für **Umsatzsteuer** oder **Tüten** dürfen bei sämtlichen vorgenannten Preisen nicht erhoben werden.

Am 13. Februar 1920. (R782

Lebensmittelamt München.

Neuauflage der Kundenliste für Spezereiwaren.

In der Zeit **vom Montag**, den 16. Februar **mit Samstag** den 21. Februar 1920 können sich die Versorgungsberechtigten unter Vorlage der neuen Spezereiwaren-Versorgungsausweise in die Kundenliste eines zugelassenen Geschäftes, das durch Plakat des Lebensmittelamtes kenntlich gemacht ist, nach eigener Wahl eintragen. Alle Vordrucke der Versorgungsausweise müssen vom Haushaltungsvorstand ordnungsgemäß **ausgefüllt** sein, da sonst die **Annahme der Belegkarten unzulässig** ist. Die Kleinverkaufsgeschäfte haben die Beleg- und Stammkarten mit **gutleserlichem Firmenstempel** zu versehen. Die **Versorgungsberechtigten sind regelmäßig an das gewählte Geschäft bis zu einer Neuauflage der Kundenliste gebunden.** Nach Ablauf der Auflagefrist sind **nachträgliche Eintragungen** erst wieder von einem vom Lebensmittelamt noch bekanntzugebenden Zeitpunkt an zulässig. Wer nicht mit Ablauf des 21. Februar eingetragen ist, hat keinen Anspruch auf Berücksichtigung bei der ersten Verteilung auf Grund der neuen Kundenliste. **Im Monat März bleibt die alte Kundenliste in Kraft.**

Am 12. Februar 1920. (R786

Lebensmittelamt München.

Bestellung von Kunsthonig.

Bestellzeit: Vom Montag, den 16. mit Donnerstag den 19. Februar 1920.

Annahme der Bestellmarken: In allen zugelassenen Abgabestellen.

Marke: Bestell- und **Bezugsmarke 29** der Lebensmittelkarte.

Einsendung der Bestellmarken: Durch die Abgabestellen bis spätestens 28. Februar 1920 an eine zugelassene Verteilungsstelle (Großhändler).

Am 12 Februar 1920. (R788

Lebensmittelamt München.

Fettversorgung.

In der Woche vom 18. mit 21 Februar 1920 einschließlich erhalten die Versorgungsberechtigten auf die laufende **Fettmarke Nr. 29** sowie auf die gültige **Fettzwischenmarke 50 Gramm Butter und 50 Gramm Margarine.**

Militärurlauber-, Schwerstarbeiter- und Heimkehrermarken sind **ausschließlich mit Margarine** zu beliefern.

München, 18. Februar 1920. (R787

Lebensmittelamt München.

Münchener Filialen der Neuen Zeitung.

Au: N. Heckner, Krämerstraße 9.
Au: Schmidl Max, Kiosk Fraunhoferbrücke.
Au: Höfler J., Tegernseerlandstraße 14 (Ostfriedhof).
Bahnhofviertel: A. Heyn, Zeitungsgeschäft, Goethestraße 37.
Bahnhofviertel: A. Diemer, Zeitungsgeschäft, Arnulfstraße 6.
Bahnhofviertel: Lehmann V., Zeitungshandlung, Bayerstr. 87.
Ebenau: Max Garde, Trivastraße 24.
Giesing: M. Göttel, Sommerstraße 16.
Giesing: Höfler Johann, Zigarrengeschäft, Tegernseerlandstraße 76.
Haidhausen: Melder Josef, Schreibwarengeschäft, Zweibrückenstraße 37.
Haidhausen: Schwarz K., Schreibwarengeschäft, Weißenburgerstraße 27.
Haidhausen: Grünspann R., Schreibwarengeschäft, Pariserstraße 2.
Haidhausen: Hötzenecker J., Kiosk, Max Weberplatz.
Haidhausen: K. Strobl, Schreibwarengeschäft, Preysingstraße 50.
Innere Stadt: Zeitungszentrale, Färbergraben 27.
Innere Stadt: Kirmayr, Zeitungsgeschäft, Schäfflerstraße 11.
Innere Stadt: W. Gruber, Zeitungsgeschäft am Isartor.
Innere Stadt: Grünwald Kiosk, Viktualienmarkt.
Innere Stadt: Weiß K., Thalkirchnerstr. 2, nächst d. Sendlingertorpl.
Neuhausen: Eisenberger Fanny, Blutenburgstraße 73/0.
Nordend: Preis Franz, Schreibwarengeschäft, Amalienstraße 34.
Nordend: Drexler Grete, Görresstraße 29.
Nordend: Burkhardt M., Schreibwarengeschäft, Schwindstraße 17.
Nordend: Biller G., Zeitungsgeschäft Schleißheimerstraße 34.
Nordend: Pregler L., Schreibwarengeschäft, Schleißheimerstr. 79.
Nordend: A. Ganslgruber, Schreibwarengeschäft, Gabelsbergerstr. 21.
Nordend: Herder, Schreibwarengeschäft, Schellingstraße 99.
Nordend: A. Heinzanger, Zigarrengeschäft, Barerstr. 60.
Nordwest: G. Haaser, Zeitungsgeschäft, Karlstraße 52.
Nordwest: Kroll Max, Kiosk, Stieglmaierplatz.
Nordwest: Knier, Schreibwarengeschäft, Kreittmayrstr. 15.
Nordwest: J. Kienle, Schreibwarengeschäft, Rupprechtstraße 7.
Ramersdorf: Wagner Max, Weiskopfstraße 16.
Sendling: Hasler August, Tändlerei, Lindwurmstraße 96.
Süden: Diebling F., Volksbuchhandlung, Pestalozzistraße 27.
Süden: H. Schütz, Zigarrengeschäft, Fraunhoferstr. 9.
Schlachthausviertel: Rosa Weibner, Reifenstuelstraße 9.
Schlachthausviertel: Joh. Leisch Nachflg., Lindwurmstraße 72.
Schlachthausviertel: B. Pflüger, Zigarrengeschäft, Tumblingerstr. 22.
Schwabing: Adler Johann, Schreibwarengeschäft, Ungererstraße 4.
Schwabing: A. Schettler, Schreibwarengeschäft, Hohenzollernstraße 62.
Westend: Fuchs Anna, Schreibwarengeschäft, Landsbergerstraße 8.
Westend: Schmid Franz, Trappentreustraße 10.
Westend: Maier Wally, Zeitungsgeschäft, Ligsalzstraße 2.

Auswärtige Filialen der Neuen Zeitung:

Bestellungen auf die „Neue Zeitung“ nehmen nachfolgende Filialen entgegen.

Aibling: Gall Friedrich, Delphinstraße.
Augsburg 3.: A. Pfeiler, Wertachstr. 2½.
Arzberg (Oberfr.): Paul Wohlhab, Marplatz 96.
Brannenburg: Johann Michael, Strelehaus.
Buchloe: S. Wolgschaft, Bahnhofsbuchhdlg.
Bruckmühl: Lorenz Brandner.
Burghausen: Baumgartner, Buchhandlung.
Burghausen: Anna Allerberger, Kapuzinerstraße 257½.
Burglengenfeld: Kammerl Jos., Friedhofstr. 384/1 L.
Dachau: Gumbert Elise.
Donauwörth: Bahnhofbuchhandlung.
Erlangen: J. G. Jordan, Bahnhofsbuchhandlung.
Freising: J. G. Jordan, Bahnhofsbuchhandlung.
Fürstenfeld-Bruck: Schmelcher, Schöngeisingerstr. 23.
Füssen: Willy Klebsch, Tirolerstraße 27.
Füssen: J. G. Jordan, Bahnhofsbuchhandlung.
Gunzenhausen: J. G. Jordan, Bahnhofsbuchhandlung.
Garmisch: Ther. Gebhardt, Loisacherstr. 196.
Hammerau bei Reichenhall: Xaver Neulinger.
Hausham: A. Wurmsaher, Meyerhoferhaus 34.
Hengersberg bei Deggendorf: Elise Bernreiter.
Hunfeld: Johann Weiß.
Hof a. S.: **Friedr. Lang**, Oelnitzerstr. 4.
Immenstadt: J. G. Jordan, Bahnhofsbuchhandlung.
Ingolstadt: Lindermeier J.
Ingolstadt: W. Kuffer, Sebastiansplatz 13/1.
Kempten: J. G. Jordan, Bahnhofsbuchhandlung.
Kolbermoor: **Therese Hagenstein.**
Klardorf bei Schwandorf, Max Scheuerer.
Kulmbach: J. G. Jordan, Bahnhofsbuchhandlung.
Landsberg a. L.: J. Blank, Bergstr. 427.
Landshut: Georg Schweiger, Wagnergasse 11.
Landshut II: Attenkofer, Buchhandlung.
Leonberg, Oberpfalz: Simon Salbeck.
Lindau-Reutin: Ludwig Bosch in Reutin, Straußbühl 1/11.
Mainburg: Therese Kroiß.
Marktredwitz: Müller, Badweg 291.
Marienstein (Post Schaftlach): **Anton Mayer, Bergmann.**
Memmingen: Martin Sterler, Weberstr. 35/1.
Meßmerskreith (P. Haidhof): **Jos. Schmid.**
Miesbach: Elise Vogl, Haidmühlstraße 100¼.
Mühldorf: Schernhammer, Brückenstr. 28.
Neu-Ulm: Kramer Anton, Wallstr. 35.
Neu-Ulm: J. G. Jordan, Bahnhofsbuchhandlung.
Nürnberg: Henning Aug., Buchhandlung, Tucherstraße.
Oberstdorf i. Allgäu: J. G. Jordan, Bahnhofsbuchhandlung.
Pasing: Reinhardt, Bahnhofbuchhandlung.
Passau: Wagner J., Freyungerstraße 50.
Pfaffenhofen a. I.: Johann Huber, Hohenwerterstr. [illegible]
Pfeffenhausen bei Landshut: Gaßer Hermann.
Pfarrkirchen: Mich. Enghuber, Postmünstererstr. 12.
Plattling: Michael Kuchler.
Pongholz (Winklerling): Xaver Helder, Bergarbeiter.
Pöttmes: Albert Käufl, Haus-Nr. 199.
Prien a. Chiemsee: Durner, Bahnhofbuchhandlung.
Rabenstein bei Zwiesel: Georg Frisch, Glasmaler.
Regensburg: Fr. Hagen, Rote Hahnengasse B. 64.
Rehau (Oberfr.): Josef Schreier, Fichtig 185 a.
Reichertshofen: Häusler, Zeitungskiosk.
Rosenheim: Franz Schmid, Innstraße 61.
Rotthalmünster: Emilie Kaseder, Hs. Nr. 8.
Siegsdorf bei Traunstein: Aug. Brandauer.
Simbach: A. Pfeiler, Buchhandlung
Selb: Hans Flügel, Blumengeschäft, Ludwigstraße.
Schleißheim I: Karl Reiner.
Schliersee: Elise Rieder.
Schwaben: Andr. Kellner, Haus-Nr. 30
Schwarzenbach a. S.: **O. Hohenberger**, Marienstraße.
Starnberg: Bahnhofsbuchhandlung.
Straubing: G. Hermannsdörfer, Bahnhofbuchhandlung.
Tölz: Jos. Späth, Fischergasse 12
Treuchtlingen: Marie Bickel, Bahnhofbuchhandlung.
Trostberg: Balghuber Franz.
Wasserburg: M. Stadler, Nagelschmiedstr. 145.
Wallgau: B. Gegenfurtner, Hausnummer 35 ein Fünftel.
Weiler i. Algäu: Gustav Oder.
Zwiesel: Maria Marchalitzky, Hafnerstadt 64.

Verantwortlich für die Redaktion: Fritz Ehrhart, München. Verantwortlich für den Inseratenteil: Valentin Neumeier, München. Druck und Verlag von Max Steinebach, München.

Neue Zeitung

Organ für das arbeitende Volk

Mit den Beilagen: Der Betriebsrat ✱ Die Konsum-Kommune ✱ Zur Unterhaltung und Belehrung.

Erscheint täglich früh 10 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich M. 15.—, monatlich M. 5.—. Zu beziehen durch die Geschäftsstelle, durch unsere Münchner und auswärtigen Filialen, sowie alle Postanstalten. • Anzeigenpreis die 30 Millimeter breite Nonpareillezeile Mk. 1.50, Reklamezeile, 90 Millimeter breit, M. 6.—. Münchner Anzeigen und Stellengesuche nach aufliegendem Tarif. Postscheck-Konto München 14325. • Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle Baaderstraße 1a. Verantwortlich für den politischen Teil Fritz Ehrhart, München, für die nichtpolitischen Beilagen H. Renmann, München, für den Inseratenteil Valentin Neumeier, München. Sprechstunden der Redaktion von 11 bis 12 Uhr. • Fernsprecher: Schriftleitung und Expedition 26392, Druckerei und Anzeigen-Abteilung 26355. Druck und Verlag von Max Steinebach, München.

Einzelpreis 30 Pf. Herausgeber Arbeitersekretär Otto Thomas. Einzelpreis 30 Pf.

Nummer 397 — München, Samstag, den 24. und Sonntag, den 25. April 1920 — II. Jahrgang

Die 3. Internationale und die K.A.P.D.

Vom **Westeuropäischen Sekretariat** der Kommunistischen Internationale erhalten wir folgende Erklärung:

Von Seiten der „Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ wird die Nachricht verbreitet, sie sei in die Dritte Internationale aufgenommen.

Demgegenüber stellt das Westeuropäische Sekretariat der Kommunistischen Internationale Folgendes fest:

Die Kommunistische Arbeiterpartei hat den Antrag zur Aufnahme bei ihm gestellt. Das Sekretariat hatte demgegenüber die selbstverständliche Pflicht, diesen Antrag entgegenzunehmen und die Unterlagen zu beschaffen, die der Exekutive der Kommunistischen Internationale die Entscheidung darüber ermöglichen.

Die Haltung der Kommunistischen Arbeiterpartei in den vergangenen Wochen war folgende:

1. Sie hat die Verbindung mit den Kappoffizieren hergestellt und dadurch die Gefahr von Lockspitzeln provozierter Putsche hervorgerufen.

2. Sie hat in Verbindung mit diesen Kappoffizieren wiederum Konzessionen an den Nationalbolschewismus gemacht und hat diesen Nationalbolschewismus auch weiter dadurch Vorschub geleistet, daß sie die durch ihren Nationalbolschewismus bekannten Gruppen in ihre Reihen aufgenommen hat.

3. Sie vertritt den individuellen Terror und die individuelle Sabotage.

4. Sie sieht ihre vermeintliche Aufgabe in der Bekämpfung der der Kommunistischen Internationale angeschlossenen Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) mit allen, auch terroristischen Mitteln.

Wie demgegenüber die Entscheidung der Kommunistischen Internationale über den Aufnahmeantrag der K.A.P.D. lauten wird, kann aus folgendem Auszug aus der Antwort des Exekutivkomitees auf das Schreiben der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wegen Anschluß an die Kommunistische Internationale entnommen werden:

„. . . in den Beschlüssen ihres Kongresses (findet sich) kein Wort über die Vereinigung mit der Kommunistischen Partei Deutschlands (mit dem Spartakusbund). Die Einheit des revolutionären Proletariats erfordert solche Verbindung. Man kann jedoch die Diktatur des Proletariats und die Sowjetmacht in Wirklichkeit nicht anerkennen, ohne tatsächliche, ernste, gewissenhafte Schritte dazu zu unternehmen, daß die Avantgarde des Proletariats des gegebenen Landes, die durch langen und schweren Kampf (wie gegen die Opportunisten, so auch gegen die Syndikalisten und die angeblich linken Halbanarchisten) ihre Fähigkeit, die Arbeiterklasse zu einer solchen Diktatur zu führen, bewiesen hat, von allen bewußten Arbeitern unterstützt, ihre Autorität gefestigt, ihre errungene Tradition sorgfältig behütet und entwickelt werde. Der Spartakusbund in Deutschland, der von solchen Führern wie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, gegründet worden ist, ist gerade ein solcher, der die internationale Bedeutung einer Avantgarde erhalten hat, und der Versuch, ihn zu umgehen, wie dies die Unabhängigen in Deutschland tun, ist unmöglich.“

Den 18. April 1920.

Westeuropäisches Sekretariat der Kommunistischen Internationale.

Resolution betr. kommunistischer Tageszeitung.

Die letzten Wochen haben das Fehlen einer kommunistischen Tageszeitung besonders spürbar gemacht. Für ganz Süddeutschland ist die Frage einer großen Tagespresse jetzt dringender als je. Um sofort Abhilfe zu schaffen schlagen wir vor, daß die von dem Genossen Thomas in München herausgegebene Neue Zeitung als Organ der K.P. Württembergs mitbenutzt und entsprechend ausgebaut wird. Der Vorstand wird beauftragt beim Landesausschuß dementsprechenden Antrag auf sofortige Durchführung zu stellen. Gleichzeitig sollen die anderen württembergischen Gruppen zu gleichen Vorgehen veranlaßt werden, ebenso wie die anderen süddeutschen Bezirke: Baden, Hessen und Hanau. Sämtliche Genossen werden aufgefordert die Neue Zeitung, München, Baaderstraße 1a, ab 1. April bei der Post zu abonnieren (monatlich 3.50 Mark).

Begründung: Die Neue Zeitung ist eine vorzüglich geleitete großzügige kommunistische Tageszeitung, die in der Lage ist ganz Süddeutschland schnell über die Ereignisse zu informieren und im kommunistischen Sinne aufzuklären.

Kommunistische Partei Eßlingen.

Keine Amnestie für die Rote Garde im Ruhrrevier.

Das Reichskabinett lehnt eine allgemeine Amnestierung der Roten Garde im Ruhrrevier und Vogtland ab. Von Einzelamnestierungen soll in allen Fällen, denen kein gemeines Verbrechen zu Grunde liegt, durch den Reichspräsidenten weitgehender Gebrauch gemacht werden.

Wie dieser weitgehende Gebrauch aussieht, wissen wir ja in Bayern zur Genüge. Und was die deutsche Justiz unter gemeinen Verbrechen versteht, lehrt der Fall Römer. Die Genossen im Ruhrgebiet können sich aber auf lange Strafen gefaßt machen.

Begreifliches und Unbegreifliches.

Es gibt keinen wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands, wenn man ihm die Schutzwehr nimmt, die es sich zur Aufrechterhaltung seiner staatlichen Ordnung geschaffen hat. Die Kommunisten verhindern den Wiederaufbau, sie wollen nicht, daß unsere Wirtschaft wieder in Gang komme, weil damit die Revolution zum Stillstand käme und ihr Ziel unmöglich würde.

Dieses Zitat entstammt einem Aufsatz mit der Ueberschrift: „Unbegreiflichkeiten“, der in Nr. 12 des Bayerischen Kurier erschien. Der Bayerische Kurier bringt oft Artikel, die den klaren Beweis dafür bilden, daß er selbst da, wo er ein richtiges Urteil haben könnte, es nicht hat. Wenn er z. B. kürzlich in einem Artikel über das Verhältnis des deutschen Bolschewismus zu den Westmächten, die Behauptung aufstellt, daß die deutschen Kommunisten mit den Regierungen des Westens gemeinsam agitierten, so lügt er. Auch seine jetzige Behauptung steht nicht auf gutem Fuß mit der Wahrheit, wie wir ihm gleich beweisen werden.

Die Kommunisten verhindern den Wiederaufbau. In Wahrheit ist die Sache so, daß die Kommunisten einen Wiederaufbau im kapitalistischen Sinne für unmöglich halten, daß sie der Ueberzeugung sind, daß wir an einem weltgeschichtlichen und insbesondere wirtschaftspolitischen Wendepunkt angelangt sind, der erst überwunden werden muß, bevor ein Wiederaufbau, d. h. ein Neuaufbau überhaupt möglich ist. Vor wenigen Tagen ist in der Sitzung des Hauptausschusses der Nationalversammlung von dem Reichsfinanzminister Dr. Wirth über den Reichshaushaltsplan eine Uebersicht abgegeben worden. Danach ergibt sich für das Etatsjahr 1920 eine notwendige Summe von 40 Milliarden Mark. Es ergibt sich ferner, daß allein bei der Reichspost und Eisenbahn ein Fehlbetrag von 12,9 Milliarden Mark vorhanden ist, der ebenfalls im Jahre 1920 aufgebracht werden müßte. Das sind zusammen 52 Milliarden Mark. Aus dem Bericht ergibt sich, daß den laufenden Einnahmen des ordentlichen Haushaltes in Höhe von 25 Milliarden Mark fortdauernde und einmalige Ausgaben von 2,95 Milliarden Mark gegenüberstehen, sodaß ein Defizit von 2,95 Milliarden Mark verbleibt und hier wird hinzugefügt, daß, obwohl sorgfältige Veranschlagung und vorsichtige Ueberlegung bei der Aufstellung dieser Ziffern angewandt wurden, ihr Wert bedingt sei, denn die wirtschaftliche Entwicklung weist bis zum heutigen Tage noch keine Stetigkeit auf. Wir brauchen nur die Frage zu stellen, wofür diese Summen benötigt werden und woher sie genommen werden sollen. Der größte Teil dieser Summe wird gebraucht für die Verzinsung und Abtragung der Schuldtitel, die sich der alte und neue Kapitalismus in der Zeit des Krieges angeeignet hat. Hervorgebracht müssen diese Summen werden aus der Arbeit, die in der Gesellschaft geleistet wird. Die Arbeiter im weitesten Umfange des Wortes und wir schließen hier die Bauern ohne weiteres mit ein, sind demnach verurteilt, jährlich 40—50 Milliarden Mark aufzubringen, um den Zins und die Schulden an den Kapitalismus zu decken. Demgegenüber geben wir eine Darstellung des englischen Staatshaushalt-Etats. Wir entnehmen einem Telegramm folgendes:

„Laut Telegraff erklärte Chamberlain im Unterhause, daß folgende Erhöhungen in den Einnahmen im Vergleich zum Voranschlag zu verzeichnen seien: Für die Wirtschaftssteuer 7,5 Millionen, für die Lustbarkeitssteuer 2,5 Millionen, für die Stempelabgabe 10,5 Millionen, für Einfuhrabgaben 45,5 Millionen. Die schwebende Schuld betrug im Jahre 1919: 1,412,223,000; Ende März 1920: 1,312,295,000, d. h. 100 Millionen weniger. Der Beschluß, nicht mehr von Amerika Geld zu leihen, hatte das beste Ergebnis für den englischen Kredit. In Zukunft sollten nur noch Anleihen zum Zwecke der schwebenden Schuld aufgenommen werden. Ueber die Steuererhöhung sagt Chamberlain: die Einkommensteuer soll stark erweitert werden, ein besonderer Gesetzentwurf wird eingbracht. Die hohen Einkommen sollen viel schwerer belastet werden. **Verheiratete mit einem Einkommen von nicht mehr als 250 Pfund und Unverheiratete mit nicht mehr als 150 Pfund, sollen von der Steuer frei bleiben.** Ein besonderer Ausschuß wird die Tariferhöhung für die Telefongespräche erwägen. **Die Steuer der auf der Börse gehandelten Effekten soll verdoppelt werden.**“

Die sogenannte Ordnungspresse kann sich nicht genug tun in der Aufregung über die Steigerung der Löhne. Sie gibt sich nicht die geringste Mühe, die soziologischen Ursachen dieser Bewegung zu begreifen und führt sie auf die Hetzarbeit zurück. Es darf wohl auf Grund einer Zusammenstellung einmal festgestellt werden, wie sich denn das Industriekapital heute rentiert.

Es wurden Dividenden verteilt:

Fusion Mechanische Seilerwarenfabrik Füssen — Bindfadenfabrik Immenstadt	15 %
Holzindustrie Hermann Schütt, A.-G. in Czersk	15 „
Metallwerke Aktiengesellschaft vorm. Luckau & Steffen in Hamburg	15 „
J. Elsbach & Co. in Herford	12 „
Bonus	5 „
Spinnerei A.-G. vorm. Joh. Friedr. Klauser in M.-Gladbach	18 „
Hannoversche Waggonfabrik A.-G.	20 „
Sektkellerei J. Oppmann A.-G. in Würzburg	20 „
Dittersdorfer Filz- und Kratzentuchfabrik	22½ „
Textilosewerke und Kunstweberei Claviez A.-G. in Adorf (Vgtl.)	25 „
Steingutfabrik Colditz A.-G.	26 „
W. Hirsch A.-G. für Tafelglasfabrikation in Radeberg	14 „
Bonus	12 „
Konsolidiertes Braunkohlen-Bergwerk „Caroline“ bei Offleben A.-G. zu Magdeburg in Völpke	30 „
Vogtländische Tüllfabrik A.-G. in Plauen	34 „
Aachener Lederfabrik A.-G.	40 „
Veith-Werke A.-G. in Sandbach b. Höchst i. O.	20 „
Bonus	30 „

Man sieht daraus, daß die Profitwirtschaft des Industriekapitals trotz aller Lohnbewegungen in einer ganz unerhörten Weise sich gesteigert hat.

Im Handelsblatt der Frankfurter Zeitung vom 16. April 1920 lesen wir unter der Ueberschrift: „Einkehr! Umkehr! zu den Riesengewinnen der Industrie“.

„Es wird immer klarer, daß die meisten Werke nur noch den letzten Weg, den der **Gewinnverteilung an die Werkbesitzer und Belegschaften** gehen, während sie sich immer mehr entfernen von der alten finanziellen und technischen Konsolidierungspraxis, desgleichen von der Steigerung der Leistungsfähigkeit. **Für die Preisverbilligung** tun sie überhaupt **nichts** mehr, sondern betreiben fast

sämtlich eine Politik der uferlosen Verteuerung. Sie erwidern auf Vorhaltungen, daß man bei den heutigen Baustoff-, Einrichtungs- und Lohnkosten aus Betriebsüberschüssen allein keine umfassende Lagerhaltung, Erneuerung und Werksverbesserung betreiben könne, und greifen daher, soweit sie Aktiengesellschaften sind, zu dem einstweilen noch brauchbaren Mittel der Neu-Emission, wobei die meisten noch immer nicht ahnen, wie heimtückisch die Aufnahme unkündbaren Kapitals einmal in gesundeten Zeitläuften auf die Werke zurückwirken kann. Also gießt man aus an Dividenden und Ausbeuten, soviel man kann, borgt aber gleichzeitig ein mehrfaches davon, und das oft zu so niedrigen Bezugskursen, daß sie

Alle Macht den Räten!

eine glatte Verschwendung darstellen. Statt an der Kontraktion des Geldwesens mitzuarbeiten, verschlimmert man den allgemeinen Inflationszustand, auf Kosten der eigenen Solidität. Es sind nicht nur Gründe der Bequemlichkeit, der Gefallsucht und des Tantiemehungers, nicht nur Widerstandslosigkeit gegen die Zeitseuchen, was auf solche Weise sich in den breitesten Kreisen der Groß- und Kleinindustrie, sowie des Handels austobt, wenngleich wir nur bei den Aktiengesellschaften und Gewerkschaften die ziffernmäßigen Unterlagen zu sehen bekommen. Der entscheidende Grund ist ebenso oft die klägliche Steuerangst, genährt durch politischen Unverstand und durch Mangel einer willigen Einsicht in die Konsequenzen eines fünfjährigen verlorenen Krieges. Man streut aufgespeicherte und neu hereingekommene Gewinne schleunigst aus, damit der Staat nicht an der Quelle und also erfolgreich zupacken kann, sondern bestenfalls die versprengten Bruchteile erfaßt, dann aber in schwächerer Progression und größerer Unvollständigkeit."

Also für die Preisverbilligung tut die moderne Industrie überhaupt nichts mehr und streut aufgespeicherte und neu hereingekommene Gewinne schleunigst aus, damit der Staat nicht an der Quelle und also erfolgreich zupacken kann, sondern bestenfalls die zersprengten Bruchteile erfaßt, damit er weniger von den Gewinnen für sich erhalten kann.

Wir konstatieren, daß die sogenannte Ordnungspresse in Wirklichkeit nichts anderes tut, als den Wucher des Industrie- und Finanzkapitals zu unterstützen, daß sie nichts anderes tut, als das klare Erkennen zu trüben, damit es der kapitalistischen Räuberbande möglich ist, mit Hilfe der parlamentarischen Demokratie, mit Hilfe ihrer bezahlten Söldlinge, das Heraufkommen einer neuen Ordnung zu verhindern, einer Ordnung, die mit diesem Industriekapital allerdings endgiltig Schluß machen würde, und die auch das Aufbringen derartiger Milliardensummen von den Arbeitern unmöglich und unnötig machen würde. Das ist die Ordnung, an deren Aufrechterhaltung der Bayerische Kurier im Bündnis mit der München-Augsburger Abendzeitung alle alten Kräfte aufruft und für deren Aufrechterhaltung er selbst vor einer ununterbrochenen Verleumdung der kommunistischen Bewegung nicht zurückschreckt. Vor wenigen Tagen ging eine Notiz durch die Presse, wonach Kommunisten den Westmächten gegenüber erklärt haben sollen, daß sie an der Zerstückelung Deutschlands ein Interesse hätten. Wir brauchen nicht besonders zu betonen, daß auch diese Behauptung eine Lüge ist. Es ist ausgerechnet die Ordnungspresse Bayerns, die diese Behauptung verbreitet. Wir Kommunisten sind uns vollkommen darüber klar, daß hinter all diesem blöden Geschrei der sogenannten Ordnungsstützen sich nichts anderes verbirgt, als die blasse Angst davor, daß ihre Kornkammern geöffnet werden könnten, und daß ihre Dividenden-Ausschüttungen ein Ende nehmen könnte.

Wir lesen in der Frankfurter Zeitung vom 12. Februar 1920 eine Schilderung von Ray Beveridge über seine Erfahrungen, die er beim Besuch von Berliner Volksschulen zusammen mit Oberst Conley, Capt. Whitacker und dem englischen Parlamentarier Hay machte. Aus diesem Bericht kann man entnehmen, wie das deutsche Volk dahin stirbt. In dem Bericht heißt es:

„In den öffentlichen Schulen Berlins allein siechen über 200 000 Kinder aus Mangel an geeigneter Nahrung dahin, Tausende von Kindern sind krank und dem Tode nahe . . . .

Zuerst statteten wir der 155. Berliner Volksschule unseren Besuch ab. Gerade als wir eintraten, sagte ich zu Capt. Whitacker und Mr. Hay, daß mir der eigenartige Ausdruck der Augen bei den Kindern aufgefallen sei . . . Kleine, im Wachstum zurückgebliebene krummbeinige, hohläugige, unterernährte Kinder standen zum Gruß auf, als wir eintraten.

Als Capt. Whitacker ein Kind nach dem andern aufrief und die kleinen Hände ergriff, machte er mich darauf aufmerksam, daß sie ausnahmslos eiskalt waren. Er sah ihnen in die Augen und lenkte meine Aufmerksamkeit auf ihre trockene spröde Haut, die lose und schlaff um die Muskeln herumhing, auf den hervortretenden Unterleib und die krummen Beine. Er zeigte uns bei einem der Kinder eine starke Drüsenentzündung und machte uns besonders auf die ungewöhnliche Blässe aufmerksam, die starke Blutarmut anzeigte, und darauf, daß viele Kinder, die wir da vor uns sahen, das typische Merkmal des allmähligen Verhungerns zeigten; es waren speziell diejenigen, bei denen Gesicht, Brust und Glieder ganz ausgemergelt erschienen, während der Unterleib stark hervortrat. Ihre hohlen Augen, ihre abgezehrten Gesichter, trockene, rissige, schlaffe Haut und besonders ihre allgemeine Mattigkeit waren deutliche Zeichen der jahrelangen Unterernährung.

Am folgenden Tage besuchten Capt. Whitacker, Dr. Matthey (ein Amerikaner) und ich die 120. Volksschule. Hier fanden wir eine Klasse von 54 Jungen im Alter von 6—7 Jahren in einem beklagenswerten Zustand vor. Die Aufzeichnungen des Lehrers zeigten, daß täglich 17—19 Schüler krankheitshalber fehlten. In der Klasse sind vier Jungen, die an ausgesprochener Lungentuberkulose leiden, und Capt. Whithacker versicherte mir, daß ohne Ausnahme ein jedes Kind in dieser Klasse infolge hochgradiger Abzehrung und Blutarmut sofortiger Hilfe bedürfe . . . .

Das ganze Volk ist schwach, erschöpft, abgemagert und blutarm. Die Reichen mögen ja noch dem Schlimmsten entrinnen, aber die Frauen und Kinder der Mittelklassen und die armen Leute in Deutschland sind einem langsamen Verhungern ausgesetzt."

Auf der einen Seite also Riesengewinne des Finanzkapitals, Verteilung dieser Gewinne nach einem System, um sich den Verpflichtungen gegenüber der Gesellschaft möglichst entschlagen zu können. Und über dieses System breiten sich die schützenden Arme der Ordnungsblöcke aus und eine politische Presse verteidigt diesen Morast im Namen des Christentums. Auf der anderen Seite verhungern die Kinder unseres Volkes. Und dann wagt es der Bayerische Kurier zu behaupten, wir Kommunisten verhindern den Wiederaufbau. Das ist der Unterschied, daß es die Ordnungsblöcke für diese Unordnung sind, die von den Schwätzern

Nieder die bürgerliche Demokratie!

des Christentums und den Schwätzern des Sozialismus offen und heimlich unterstützt werden, die die kapitalistische Kloake verteidigen, das ist die Ordnung, die sie aufrechterhalten wollen. Da aber, wo unsere Kinder sterben, wo unser Volk zu Grunde geht, da sind die Quellen der kommunistischen Bewegung. Auf der einen Seite Ordnungsblöcke, Maschinengewehre und Minenwerfer zur Erhaltung einer Wirtschaftsordnung, die alles andere als eine Ordnung ist, die täglich tausende und abermals tausende aus diesen Riesengewinnen dazu benutzen, um Plakate anzuschlagen und eine käufliche Presse dafür zu bezahlen, damit die Profite rechtzeitig gesichert werden können. Auf der anderen Seite eine Bewegung des Proletariats, der Massen des arbeitenden Volkes, die sterbend durch den Nebel der Lügen, durch das Blut der aufgezwungenen Bürgerkriege, sich hindurchringen muß, um eine Ordnung zu schaffen, die allein imstande ist, ein menschliches Dasein wiederum zu ermöglichen.

O. Th.

Engstes Zusammenwirken mit Sowjet-Rußland!

Die Streikbewegung im In- und Ausland.

Deutschland.

Düsseldorf, 23. April. Die Angestellten der Düsseldorfer Banken beschlossen am 21. April den Ausstand bis zum Tarifabschluß.

Berlin, 22. April. Heute wird in den Gastwirtsbetrieben Großberlins die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem sich gestern in einer Versammlung 2235 Angestellte für die Wiederaufnahme der Arbeit, 1281 Angestellte für die Fortsetzung des Streikes ausgesprochen hatten.

Oesterreich.

In **Wien** begann der Streik der Industrieangestellten. In Betracht kommen 70 000 Angestellte. Die Arbeiterschaft ist am Ausstand nicht beteiligt. Die Veranlaßung zu dem Streik bildet die Ablehnung der Forderungen der Angestellten durch die Unternehmer. Lebenswichtige Betriebe sind vorläufig ausgenommen doch wurde beschlossen, daß diese am 26. ebenfalls in Streik treten sollen. Die Provinz beschloß, sich dem Ausstand am 23. April anzuschließen.

Italien.

In **Piemont** wird die Arbeit vielfach wieder aufgenommen. Zwischenfälle ereigneten sich nicht.

Nach der Corriere della Sera ist der Generalstreik in Turin weiter im Abflauen. Man rechnet mit einer baldigen Lösung des Konfliktes, nachdem sich die Eisenbahner für die Wiederaufnahme der Arbeit ausgesprochen haben.

Mailand, 23. April. Die Blätter berichten über die Verhältnisse im Post- und Telegraphenwesen, daß dasselbe namentlich in Rom durch die Obstruktion der Angestellten außerordentlich leide. Die Verbindungen mit Oberitalien sind nur mit Mühe aufrecht zu erhalten. Tausende von Telegrammen können nicht auf dem Draht befördert werden. In gleicher Weise häufen sich in Rom die Postsäcke mit Korrespondenz usw., so daß die dortige Postverwaltung die Beförderung von Wertsachen, Paketen und Drucksachen gesperrt hat. Man nimmt an, daß die Post- und Telegraphenarbeiter nach Erhalt ihrer Bezüge endgültig von der Obstruktion zum Streik übergehen werden.

Generalstreik in Elsaß-Lothringen.

Paris, 23. April. Nach einer Havasmeldung aus Mühlhausen ist der Befehl zum Generalstreik um Mitternacht gegeben worden. Die Eisenbahner verließen vormittags die Arbeit. In der Stadt ist der Verkehr unterbunden. Die Textil-Fabriken, Metallwarenfabriken, elektrischen Unternehmungen und die großen Geschäfte sind geschlossen.

14

Die Kosaken.

Eine Erzählung aus dem Kaukasus von Graf Leo N. Tolstoi.

Aus dem Russischen übersetzt von Dr. H. Röhl.

(Fortsetzung.)

11.

Am Nachmittag kehrte der Hauswirt vom Fischfang heim, und als er erfahren hatte, daß er für das Quartier Bezahlung erhalten werde, besänftigte er seine Frau und befriedigte Wanjuschas Forderungen.

In dem neuen Quartier kam alles in Ordnung. Die Wirtsleute siedelten in die Winterstube über und überließen dem Junker für drei Rubel monatlich die Sommerstube. Olenin aß ein wenig und schlief ein. Vor dem Abend wachte er auf, wusch und säuberte sich, speiste, zündete sich eine Zigarette an und setzte sich an das Fenster, das nach der Straße führte. Die Hitze hatte nachgelassen. Der schräge Schatten der Hütte mit ihrem geschnitzten Firstbalken breitete sich über die staubige Straße hin und bog sich sogar am Erdgeschoß des anderen Hauses hinauf. Das steile Schilfdach des gegenüberliegenden Hauses glänzte in den Strahlen der untergehenden Sonne. Die Luft wurde frisch. Im Dorfe war es still. Die Soldaten waren untergebracht und allmählich zur Ruhe gekommen. Die Viehherde war noch nicht herangetrieben und die Leute noch nicht von der Arbeit heimgekehrt.

Olenins Quartier lag beinahe am Rande des Dorfes. Ab und zu ertönten irgendwo in der Ferne jenseits des Terek, in den Gegenden, aus denen Olenin herkam, dumpfe Schüsse — in der Tschetschnja oder in der kumückischen Ebene. Olenin fühlte sich nach einem dreimonatigen Biwakleben sehr behaglich. Auf dem soeben gewaschenen Gesichte empfand er eine wohltuende Frische, an dem kräftigen Körper eine nach dem Feldzuge ihm ungewohnte Reinheit, in allen ausgeruhten Gliedern Ruhe und Kraft. In seiner Seele war es gleichfalls frisch und hell. Er erinnerte sich an den Feldzug, an die hinter ihm liegenden Gefahren. Er erinnerte sich daran, daß er sich in der Gefahr wacker benommen hatte, daß er nicht schlechter gewesen war als andere, und daß er in die Kameradschaft der tapferen Kaukasuskämpfer aufgenommen worden war. Die Moskauer Erinnerungen waren bereits Gott weiß wo. Das alte Leben war weggewischt, und ein neues hatte begonnen, ein ganz neues Leben, in dem es noch keine Verfehlungen gab. Er konnte hier als ein neuer Mensch unter neuen Menschen sich eine neue, gute Meinung von sich selbst erwerben. Er empfand das jugendliche Gefühl einer des äußeren Anlasses ermangelnden Lebensfreude, und indem er bald durch das Fenster nach den Knaben blickte, die im Schatten beim Hause Kreisel spielten, bald in sein neues, aufgeräumtes Quartier, dachte er daran, wie angenehm er sich dies ihm neue Leben im Kosakendorfe einrichten werde. Auch nach den Bergen und dem Himmel schaute er, und in all seine Erinnerungen und Träumereien mischte sich ein ernstes Gefühl für die Erhabenheit der Natur. Sein Leben hier hatte anders begonnen, als er es bei der Abreise aus Moskau erwartet hatte, aber unerwartet gut. Die Berge, die Berge, die Berge, das war bei allem, was er dachte und fühlte, eine mitklingende Saite.

„Er hat eine Hündin geküßt! Er hat am Kruge geleckt! Onkel Jeroschka hat eine Hündin geküßt!" schrien plötzlich die unter dem Fenster Kreisel spielenden Kosakenkinder, indem sie sich nach einer Nebengasse wandten. „Er hat eine Hündin geküßt! Er hat seinen Dolch vertrunken!" schrien die Knaben, die sich zusammendrängten und zurückwichen.

Dies Geschrei galt dem Onkel Jeroschka, der, das Gewehr auf dem Rücken und einige Fasanen am Gürtel, von der Jagd heimkehrte.

„Das ist meine Sünde, Kinderchen! Meine Sünde!" erwiderte er, während er hurtig die Hände hin und her schwenkte und in die Fenster der Häuser auf beiden Seiten der Straße blickte. „Meine Hündin habe ich vertrunken, das ist meine Sünde!" fügte er hinzu. Offenbar ärgerte er sich, tat aber so, als sei ihm das alles gleichgültig.

Olenin wunderte sich über das Benehmen der Knaben gegen den alten Jäger; in noch größeres Erstaunen aber versetzte ihn das ausdrucksvolle, verständige Gesicht und der starke Körperbau des Mannes, den sie Onkel Jeroschka genannt hatten.

„Großväterchen! Kosak!" redete er ihn an. „Komm doch einmal hier heran."

Der Alte blickte nach dem Fenster und blieb stehen.

„Guten Abend, lieber Freund," sagte er und hob seine Mütze ein wenig über den kurzgeschorenen Kopf.

„Guten Abend lieber Freund," antwortete Olenin. „Was rufen dir denn da die Kinder zu?"

Onkel Jeroschka trat ans Fenster.

„Sie necken mich alten Mann. Das tut nichts. Ich habe das gern. Mögen sie ihr Vergnügen über den Onkel haben," sagte er mit der festen volltönigen Klangfarbe, mit der alte und ehrwürdige Leute zu reden pflegen. „Du bist ein Offizier bei den Linientruppen, nicht wahr?"

„Nein, ich bin Junker. Aber wo hast du die Fasanen geschossen?" fragte Olenin.

„Im Walde habe ich die drei Hühnchen erbeutet," antwortete der Alte und wendete dem Fenster seinen breiten Rücken zu, auf welchem, mit den Köpfen am Gurte befestigt und mit ihrem Blute den Tscherkessenrock befleckend, drei Fasanen hingen. „Hast du noch keine gesehen?" fragte er. „Wenn du Lust hast, so nimm dir ein paar. Da!" Und er reichte zwei Fasanen durchs Fenster hinein. „Aber wie ists, bist du ein Jäger?" fragte er.

„O ja! Ich habe während des Feldzuges selbst vier Stück geschossen."

„Vier Stück? Das ist viel!" sagte der Alte spöttisch. „Aber bist du Trinker? Trinkst du Rotwein?"

„Wieso? Nun ja, den trinke ich ganz gern."

„Ei, ich sehe, du bist ein wackerer Junge! Wir beide werden schon Freunde werden," sagte Onkel Jeroschka.

„Komm herein," sagte Olenin. „Wir wollen Rotwein trinken."

„Na ja, ich werde hereinkommen, antwortete der Alte. „Nimm die Fasanen."

Man konnte es dem Alten am Gesichte ansehen, daß ihm der Junker gefiel, und er hatte sofort begriffen, daß man bei dem Junker umsonst trinken und ihm deshalb ein paar Fasanen schenken konnte.

Nach einigen Augenblicken erschien in der Tür des Zimmers Onkel Jeroschkas Gestalt. Nun erst erkannte Olenin die ganze Riesenhaftigkeit und Kraft in dem Körperbau dieses Mannes, obgleich sein rotbraunes Gesicht mit dem gewaltigen völlig weißen Barte ganz durchfurcht war von den mächtigen Runzeln, welche das Greisenalter und die Strapazen hineingegraben hatten. Die Muskeln der Beine, der Arme und der Schultern waren so voll und rundlich, wie es sonst nur bei einem jungen Menschen der Fall zu sein pflegt. Auf seinem Kopfe waren unter den kurzen Haaren tiefe, vernarbte Schmarren sichtbar. Der sehnige, dicke Hals war wie bei einem Stiere mit würfelig sich schneidenden Falten bedeckt. Die schrumpfigen Hände waren zerschlagen und zerkratzt. Er schritt leicht und gewandt über die Schwelle, entledigte sich des Gewehres, stellte es in eine Ecke, überschaute und taxierte mit einem schnellen Blicke die im Zimmer untergebrachten Besitztümer und trat, die in den Porschni steckenden Füße auswärts setzend, geräuschlos in die Mitte des Zimmers. Mit ihm zugleich drang ins Zimmer ein starker, aber nicht unangenehmer, gemischter Geruch von Rotwein, Schnaps, Schießpulver und geronnenem Blute.

Onkel Jeroschka verbeugte sich vor den Heiligenbildern, strich sich den Bart zurecht, trat auf Olenin zu und streckte ihm seine schwarze, dicke Hand hin.

„Koschkildü!" sagte er. „Das heißt auf tatarisch: „Guten Tag!" „Friede sei mit euch!" in ihrer Sprache."

„Koschkildü! Ich kenne das," erwiderte Olenin und gab ihm die Hand.

„Ei, du kennst es nicht, du kennst die Ordnung nicht! Dummkopf!" sagte Onkel Jeroschka mit einem vorwurfsvollen Kopfschütteln. „Wenn jemand zu dir „Koschkildü" sagt, so mußt du erwidern: „Allah rasi bo sun", „Gott schütze dich." So antwortet man, mein Väterchen, aber nicht „Koschkildü!" Ich werde dich alles lehren. Da war früher einmal einer von euch Russen, ein gewisser Ilja Moseitsch, bei uns, und ich war mit ihm befreundet. Das war ein braver Junge. Ein Trinker, ein Spitzbube, ein Jäger, und was für ein Jäger! Ich hatte ihn alles gelehrt."

Keine Zeitung erscheint, Telephon und Telegraph funktionieren noch. Die Stadt ist sehr lebhaft, die Ordnung wurde nicht gestört. Nach einer Havasmeldung aus Straßburg funktioniert die Elektrizität seit Mitternacht nicht. Seit heute Vormittag ist der Ausstand allgemein. Nur die Post hält einen beschränkten Dienst aufrecht. Einige Züge sind angekommen und abgegangen. Nach weiteren Havasmeldungen aus Saargemünd und Metz scheint in Lothringen der Generalstreik nicht allgemein durchgefürt worden zu sein.

Amerika.

Der Eisenbahnerstreik ist im Abflauen, doch scheint die Lage durchaus noch nicht normal zu sein. Das Eisenbahnamt will, nur mit den als gesetzlich anerkannten Arbeiterverbänden verhandeln, die bekanntlich gegen diesen Streik sind.

Die intellektuellen Proletarier und der Kommunismus.

Aus der soeben vom Westeuropäischen Sekretariat der Kommunistischen Internationale herausgegebenen Schrift: „Die Entwicklung der Weltrevolution" von Karl Radek.

Die Erfahrung der russischen Revolution hat gezeigt, daß das zur Macht gelangte Proletariat nicht imstande ist, auf das in den Intellektuellen (den Technikern, Aerzten, Agronomen und den Männern der Wissenschaft) kristallisierte intellektuelle Kapital der Gesellschaft zu verzichten. Es wird darauf auch in den Ländern des entwickelten Kapitalismus nicht verzichten können. Ungeachtet der Prahlerei der Vertreter der „zivilisierten" Länder mit der Stufe der Kultur, die sie erreicht haben, ist die wirkliche Kultur, die die Volksmassen auch in diesen Ländern besitzen, sehr niedrig: das Wissen der Volksmassen, die organisatorischen Fähigkeiten, die sie besitzen, haben sie zum größten Teil dem Kapitalismus abgerungen: es bezieht sich mehr auf den Kampf gegen den Kapitalismus als auf die Leitung des Wirtschafts- und Staatsbetriebes, die ein Privileg der herrschenden Klasse waren, das sie zum großen Teil durch besoldete Intellektuelle ausübte. Die Arbeiterklasse wird sich die völlige Fähigkeit der Leitung der Produktion erst im Prozeß der sozialen Revolution erwerben. Sie wird also in den kapitalistisch entwickelten Ländern nicht minder wie in Rußland genötigt sein, die kulturellen Kräfte, die der Kapitalismus hinterläßt, zu benützen zum Aufbau des sozialistischen Staates. Daraus ergibt sich, daß die Interessen der proletarischen Revolution es erfordern, daß die kommunistischen Parteien jetzt schon alle möglichen Bemühungen unternehmen, um möglichst starke Teile der Intellektuellen für die Sache des Proletariats zu gewinnen. Die Bedingungen dafür sind im Westen viel günstiger als sie in Rußland waren, trotz aller revolutionären Traditionen, die in der russischen „Intelligenz" lebten. Die russische Intelligenz war revolutionär in der vorkapitalistischen Zeit, als sie, die Trägerin der europäischen Kultur, unter der Barbarei des zaristischen Feudalismus und Bürokratismus zu leiden hatte. Sie huldigte dem Sozialismus, dessen Formen und Inhalt sie dem jeweiligen Volksmassen anpaßte, in denen sie den möglichen Träger des Kampfes gegen den Zarismus sah: sie war „volkstümlich", als der Bauer der Träger des Kampfes zu sein schien, sie wurde marxistisch, als das moderne Proletariat in Rußland auf dem Kampfplatze erschien. Aber je mehr die Bourgeoisie sich aus dem unwissenden, abergläubischen Kaufmann in den modernen Bourgeois mit seinen liberalen Bestrebungen entwickelte, und je mehr der kapitalistische Entwicklungsprozeß Massen der Intellektuellen direkt in seinen Dienst nahm, ihnen Aussichten auf gesellschaftlichen Aufstieg gewährte, desto größer waren die Scharen der Intellektuellen, die sich vom revolutionären Kampf ab und dem Liberalismus zuwandten. Dies geschah schon in dem letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts in der Form des Bernsteinismus, in dem letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts in der Form des philosophischen Idealismus, nach der Revolution von 1905/07 in der Form des menschewikischen Liquidatorentums, des kadettischen „Wjechismus" (Wiecki hieß ein Sammelwerk der Intellektuellen, die sich entschieden von jeder revolutionären Traditiun der russischen Intellektuellen abwandten). Der Krieg 1914/17 gab den Intellektuellen die Möglichkeit als Angestellte der bürgerlichen Organisationen zur Bedienung der Front einen großen Teil der gesellschaftlichen Macht an sich zu reißen. Die Märzrevolution 1917 eröffnete ihnen Aussichten auf die vollkommene Beherrschung eines pseudodemokratischen Bauernstaates. Alle diese Aussichten machte die Arbeiterrevolution vom November 1917 zunichte. Dazu kamen noch zwei Tatsachen in Betracht. Die Intellektuellen, die in der russischen Arbeiterrevolution nur einen barbarischen Ausdruck des militärischen Zusammenbruchs, nicht einen Anfang der Weltrevolution sahen, glaubten nicht, daß die Arbeiterregierung sich überhaupt halten wird. Dazu kam, daß die Arbeiterrevolution, die durch das Fegfeuer des Brester Friedens gehen mußte, ihre nationalen Gefühle erniedrigte. Darum waren die Intellektuellen als geschworne Gegner der Arbeiterrevolution, und die siegreiche Arbeiterklasse mußte mit voller Rücksichtslosigkeit ihren Widerstand brechen, ihnen tausend Wunden schlagen, bis sie versuchen konnte, sie in ihre Dienste zu nehmen.

Ganz anders sieht die Lage im Westen aus. Die Intellektuellen sitzen hier nicht auf dem aufsteigenden, sondern absteigenden Ast der Geschichte. Wenn sie durch die Entwicklung des Kapitalismus zu seinen Sklaven schon vor dem Kriege gemacht wurden, so nimmt ihnen das Resultat des Weltkrieges sogar die Sicherheit des Sklaven, daß ihn morgen der Sklavenhalter als teures Arbeitstier ernähren wird. Die steigende Teuerung gestaltet die Lage der breiten Schichten all der Techniker, Privat- und Staatsbeamten, Aerzte, die nicht die wenigen führenden Stellungen bekleiden, immer schlimmer. Während sie auf feste Löhne angewiesen sind, steigen alle Preise immerfort. Die Lage des Teils der Intellektuellen, die von geistiger Arbeit lebten, der Schriftsteller, Journalisten, Maler usw., wird schlimmer als die des industriellen Proletariats. In den besiegten Ländern erlebten die Intellektuellen, die bisher die Hauptträger des nationalen Gedankens waren, eine vollkommene Dämmerung ihrer Götter. Ueber ihre sich verschlimmernde soziale Lage trösteten sie sich vor dem Kriege durch die imperialistischen Aussichten: der Imperialismus, der dem Kapital ihres Landes neue große Gebiete der Welt unterwerfen sollte, sollte auch ihnen die Möglichkeit freier Anwendung ihrer Kräfte gewährten. Alle die Träume sind ausgeträumt: die deutsche Nation, ihr Stolz, **soll Dünger des anglosächsischen Kapitals werden.** Ein Teil glaubt sich dagegen wehren zu können durch Irredentismus, nationalen Kampf. Er stößt zur Reaktion. Ein anderer versteht die Aussichtslosigkeit jedes Revanchegedankens. **Soll die deutsche Nation von ihrer Erniedrigung auferstehen, dem Schicksal der Parias der Welt entgehen, dann muß die Welt anders werden, dann gilt es, sich auf die Seite jener zu stellen, die sie zu ändern bemüht sind, die die Menschheit zum solidarischen Wiederaufbau vereinen wollen.** Es gärt in einem Teil der Intellektuellen Zentraleuropas stark. Sie sind noch unklar, wirr; aber sie erwachen aus ihren nationalistischen Träumen, beginnen, die individualistischen Marotten zu überwinden. Anders, aber nicht minder tief ist die geistige Krise der besten der Intellektuellen Frankreichs, Englands, Amerikas. Die Söhne der imperialistisch gesättigten Länder sahen in diesem Weltkriege den Kampf um die Demokratie, um eine friedliche Weltordnung, in der die Macht des Gedankens die der brutalen Gewalt ersetzen sollte. Es war nicht pure Heuchelei, wenn diese Elemente den kriegsfeindlichen Sozialismus bekämpften, den Pazifismus während des Krieges an den Nagel hängten: sie glaubten, daß er den roten Wellen des Krieges siegreich entsteigen wird, zusammen mit einer gerechten Gesellschaftsordnung. Ihr Götze Wilson liegt nicht nur physisch paralysiert, ein mitleiderregendes Häufchen Unglück, ein Wrack. Die ganze Szene beherrscht die Gestalt des senilen Tigers, des Symbols einer neue Kriege gebärenden Revanchepolitik, die Gestalt Wilsons, Churchills, des gedankenlosen militärischen Draufgängers, der, gestützt auf die Scharen gesinnungs- und sinnloser Raubritter der Harmworthspresse, den Pogrom der Denikinschen Hänge- und Sengebanden und die Aus-

Bewaffnung der Arbeiterschaft!

Entwaffnung der Bourgeoisie!

Aufruf an die Opferwilligkeit!

Genossen! Wieder wenden wir uns an eure nieversiegende Opferwilligkeit, an euer so oft bewiesenes Solidaritätsgefühl und bitten um eure Unterstützung.

Die für ihre revolutionäre Ueberzeugung in Zuchthäusern und Gefängnissen schmachtenden Genossen zermürben sich in der Sorge um ihre Angehörigen, die sie der schlimmsten Not preisgegeben wissen, ohne ihnen Trost und Hilfe gewähren zu können.

Die wahrhaft verzweifelte Lage der ihres Ernährers beraubten Familien machen eine schnelle und durchgreifende Hilfeleistung zur moralischen Pflicht. Ihr alle wißt, wie schwer es für jeden ist, das zum täglichen Leben Notwendigste zu beschaffen. Denkt, wieviel schwerer für diese armen Märtyrer der Revolution. Die Frauen, die Kinder, Waisen und Witwen sind dem größten Elend ausgesetzt, wenn wir nicht alle mit vereinten Kräften daran gehen, ihnen dieses trostlose Dasein etwas zu erleichtern.

Daher wenden wir uns an euch, geistige und werktätige Proletarier, in der Hoffnung, daß unsere Bitte einen vollen Widerhall finden wird. Durch eure tatkräftige Unterstützung muß es uns gelingen, unsere Fürsorge auch auf die Angehörigen der Inhaftierten und auf die Hinterbliebenen der Revolutionsopfer auszudehnen.

Frauenhilfe für politische Gefangene
I. A.: I. Bauer, 1. Vors.

Verteilungskommission der Sammlung Hinterbliebener gefallener Revolutionäre
I. A.: A. Demmer.
Gewerkschaftsverein München.

An alle Betriebsräte!

Eine moralische Pflicht aller Proletarier ist es, sich den obigen Aufruf des Vereins Frauenhilfe für politische Gefangene zu eigen zu machen. Betriebsräte, ihr seid es wieder, die diese Hilfsaktion für die armen Hinterbliebenen der Revolutionsopfer in die Hand nehmen müßt, wenn den Kindern und Frauen geholfen werden soll. Ruft sofort Betriebsversammlungen ein, schildert euren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Notlage all der Märtyrer der Revolution, um sie zu regelmäßigen Beiträgen an den Verein Frauenhilfe zu gewinnen.

Ihr aber, Genossinnen und Genossen, folgt der Parole eurer Betriebsräte und gedenkt an jedem Zahltage eurer Mitschwestern und Mitbrüder in den Gefängnissen und der notleidenden Familien.

Aktionsausschuß der Betriebsräte Münchens
I. A.: Eugen Ruf, 1. Vorsitzender.

„Was willst du mich denn lehren?" fragte Olenin, dessen Interesse für den Alten immer reger wurde.

„Auf die Jagd werde ich dich führen, Fische fangen werde ich dich lehren, die Tschetschenzen werde ich dir zeigen, und wenn du ein Liebchen willst, so werde ich dir eines verschaffen. Siehst du, so ein Kerl bin ich! Ich bin ein lustiger Kauz!" und der Alte lachte. „Ich werde mich hinsetzen, mein Väterchen, ich bin müde, Karga?" fügte er in fragendem Tone hinzu.

„Was bedeutet karga?" fragte Olenin.

„Das bedeutet „gut" auf grusinisch. Ich rede nun einmal so; es ist eine Redensart von mir, mein Lieblingswort. „Karga, karga", so pflege ich zu reden, das heißt im Scherze. Aber wie stehts, mein Väterchen, laß doch Rotwein bringen. Hast du einen Soldaten als Burschen? Ja? Iwan!" rief der Alte. „Bei euch heißt ja jeder Soldat Iwan. Deiner heißt Iwan, wie?"

„Ja, es ist auch ein Iwan. Wanjuscha! Laß dir, bitte, von den Wirtsleuten Rotwein geben und bring ihn her."

„Das ist alles eins, Wanjuscha und Iwan. Woher gibts bei euch bei den Soldaten lauter Iwans? Iw[illegible] wiederholte der Alte. „Väterchen, fordere doch vom angebrochenen Fasse. Die Leute hier haben den besten Rotwein im Dorfe. Aber mehr als dreißig Kopeken für ein Achtel gib nicht, hörst du wohl? Sonst freut sie sich, die Hexe. Unser Volk ist ein verflucht dummes Volk," fuhr Onkel Jeroschka in vertraulichem Tone fort, als Wanjuscha hinausgegangen war. „Sie halten euch nicht für Menschen. Du bist für sie schlechter als ein Tatar. Sie sagen: „Die Russen sind Weltliche". Aber meiner Ansicht nach, wenn du auch ein Soldat bist, bist du doch immer ein Mensch, und hast ebenfalls eine Seele in dir. So urteile ich darüber. Ilja Mosseitsch war ein Soldat, aber was für ein goldener Mensch war er! Ists nicht so, mein Väterchen? Darum mögen mich die Unsrigen auch nicht leiden; aber mir ist das ganz gleich. Ich bin ein lustiger Kerl; ich habe alle gern; ich bin Jeroschka; so stehts, mein Väterchen!"

Und der Alte klopfte dem jungen Manne freundlich auf die Schulter.

12.

Wanjuscha hatte inzwischen bereits seine Hauswirtschaft in Ordnung gebracht und sich sogar beim Kompaniebarbier rasieren lassen und die Hosen aus den Stiefeln herausgezogen, zum Zeichen, daß die Kompanie in bequemen Quartieren garnisoniere; nun befand er sich in bester Stimmung. Er betrachtete Jeroschka mit Aufmerksamkeit, aber ohne Wohlwollen, wie ein wildes, nie gesehenes Tier, schüttelte den Kopf über den von ihm beschmutzten Fußboden, nahm unter einer Bank zwei leere Flaschen hervor und begab sich zu den Wirtsleuten.

„Guten Abend, liebe Frauen," sagte er; denn er hatte sich vorgenommen, besonders sanftmütig zu sein. „Der Herr hat mir befohlen, Rotwein zu kaufen; gießt mir welchen ein, ihr guten Frauen."

Die Alte erwiderte nichts. Das Mädchen stand vor einem kleinen tatarischen Spiegel und legte sich ein Tuch um den Kopf; sie blickte Wanjuscha schweigend an.

„Ich bezahle Geld dafür, werte Frauen," sagte Wanjuscha und rüttelte die Kupfermünzen in seiner Tasche. „Wenn ihr gut seid, so werden wir auch gut sein; so ist es doch am besten," setzte er hinzu.

„Wieviel?" fragte die Alte kurz.

„Ein Achtelchen."

„Geh, Mädchen, und zapfe ihnen welchen ein," sagte Mutter Ulitka, zu ihrer Tochter gewendet. „Aus dem angebrochenen Fasse fülle ein, liebes Kind!"

Das Mädchen nahm die Schlüssel und eine Karaffe und ging mit Wanjuscha aus dem Zimmer.

„Bitte, sage mir: was ist das für eine Frauensperson?" fragte Olenin, auf Marianka zeigend, die gerade beim Fenster vorbeiging.

Der Alte winkte mit den Augen und stieß den jungen Mann mit dem Ellbogen an.

„Warte einmal!" sagte er und bog sich aus dem Fenster heraus. „Hm, hm!" hustete und rief er. „Marianuschka! Ach, süße Marianka! Liebe mich doch ein wenig, mein Herzchen! Ich bin ein Spaßvogel —" fügte er zu Olenin gewendet im Flüstertone hinzu.

Ohne den Kopf zu wenden, mit gleichmäßiger und kräftiger Schwenkung der Arme, ging das Mädchen an dem Fenster vorbei, mit jenem eigentümlichen, koketten, energischen Gange, den die Kosakinnen an sich haben. Sie ließ nur langsam ihre schwarzen, leicht beschatteten Augen über den Alten hinstreifen.

„Liebe mich ein wenig, und du wirst glücklich sein!" rief Jeroschka und sah mit zwinkernden Augen den Junker fragend an. „Ich bin ein forscher Kerl, ein Spaßvogel!" fügte er hinzu. „Ein Mädchen wie eine Königin! Was?"

„Eine Schönheit!" sagte Olenin. „Rufe sie hierher."

„Nein, nein!" entgegnete der Alte. „Die ist dem Lukaschka als Braut zugedacht, Luka, das ist ein wackerer, junger Kosak, ein Dschigit; eben erst hat er einen Abreken totgeschossen. Ich werde für dich eine bessere finden. Eine solche werde ich dir verschaffen, die ganz in Seide und Silber geht. Was ich gesagt habe, das tue ich auch; ein bildschönes Mädchen werde ich dir verschaffen."

„Aber Alter, was redest du!" sagte Olenin. „Das ist ja Sünde."

„Sünde? Wo ist Sünde?" antwortete der Alte entschieden. „Ein hübsches Mädchen ansehen soll Sünde sein? Mit ihr gehen Sünde? Oder sie zu lieben Sünde? Ist das bei euch so? Nein, mein Väterchen, das ist nicht Sünde, sondern Seligkeit. Gott hat dich geschaffen, Gott hat auch das Mädchen geschaffen. Alles hat er geschaffen, Väterchen. Also ist es keine Sünde, ein hübsches Mädchen anzusehen. Dazu ist sie geschaffen, daß man sie liebe, sich ihrer freue. So urteile ich darüber, lieber Freund."

Nachdem sie über den Hof gegangen war und sich in die dunkle, kühle, mit Fässern angefüllte Vorratskammer begeben hatte, trat Marianka mit dem üblichen Gebete an ein Faß heran und senkte den Heber hinein. Wanjuscha, der in der Tür stand, lächelte bei ihrem Anblick. Es kam ihm überaus lächerlich vor, daß sie nur ein Hemd trug, das hinten hinabgelassen und vorn aufgeschürzt war, und noch lächerlicher, daß sie am Halse Halbrubelstücke hängen hatte. Er dachte bei sich, daß das nicht russische Mode sei, und daß es bei ihnen zu Haus, bei den Gutsleuten ein gewaltiges Gelächter geben würde, wenn man ein Mädchen so sähe. „La fille, comme c'est tres bien," dachte er zur Abwechselung auf französisch; „das werde ich gleich dem Herrn sagen."

„Was stehst du mir da im Lichte, dummer Kerl!" rief das Mädchen plötzlich. „Reiche mir lieber die Karaffe her."

Nachdem Marianka die Karaffe ganz mit kühlem, rotem Weine gefüllt hatte, gab sie sie Wanjuscha.

„Das Geld gib der Mutter," sagte sie und stieß Wanjuschas Hand mit dem Gelde zurück.

Wanjuscha lächelte.

„Weswegen seid ihr so böse, ihr lieben Frauen?" sagte er gutmütig und verlegen, während das Mädchen das Faß zumachte.

Sie lachte.

„Seid ihr etwa gut?"

„Ich und der Herr, wir sind sehr gut," erwiderte Wanjuscha im Tone vollster Ueberzeugung. „Wir sind so gut, daß, wo wir auch gewohnt haben, uns überall unsere Wirtsleute dankbar geblieben sind. Denn er ist ein Edelmann."

Das Mädchen blieb stehen und horchte auf.

„Ist er denn verheiratet, dein Herr?" fragte sie.

„Nein, unser Herr ist noch jung und unverheiratet; denn die adeligen Herren können sich nie jung verheiraten," entgegnete Wanjuscha lehrhaft.

„Warum nicht gar! So ein Büffel hat sich dick und fatt gefressen, und zum Heiraten ist er zu jung! Er ist wohl der Anführer von euch allen?" fragte sie.

„Mein Herr ist Junker; das bedeutet: er ist noch nicht Offizier. Aber er hat an und für sich einen Rang, höher als ein General, der doch eine hohe Persönlichkeit ist. Daher kennt ihn nicht nur unser Oberst, sondern sogar der Zar selbst," erläuterte Wanjuscha stolz. „Wir sind nicht solche, wie die andern ärmlichen Liniensoldaten; unser Papa war selbst Senator; tausend und mehr Bauern gehörten ihm, und wir bekommen jedesmal tausend Rubel geschickt. Darum hat man uns auch überall gern. Sonst, wenn einer auch meinetwegen Hauptmann ist, aber kein Geld hat, was hat er davon?"

„Geh, ich will zuschließen," unterbrach ihn das [illegible].

Wanjuscha brachte den Wein hin und teilte [illegible] mit, [illegible] „la fille, c'est tres joulie," und ging sogleich mit [illegible] hinaus.

(Fortsetzung folgt.)

hungerung von Millionen zum Banner des englischen Liberalismus macht. Lloyd George, der „Erneuerer des englischen Liberalismus", zappelt in den Netzen des konservativen Imperialismus, und wenn von den Spalten der führenden englischen liberalen Presse, wenn von den Spalten einer „Nation" und eines „Manchester Guardian" die Stimme der Ueberreste bürgerlicher Vernunft erklingt, so nur, damit man konstatieren kann, daß sie die Stimme der in der Wüste Schreienden ist. Vor den Augen der angelsächsischen Welt der Sieger sterben Tausende Kinder Ost- und Mitteleuropas, während Amerika doch genug Lebensmittel hat, und die neuen Zäsaren organisieren Kordone des Todes, senden vom Kriege übriggebliebenen Massen-schrapnells und Gasbomben nach Rußland, damit mit diesen sonst nicht verkaufbaren Produkten des technischen Genies der Menschheit die russischen Bauern und Arbeiter aller Brotsorgen enthoben werden. (In den Kassenbüchern dieser Befreier des russischen Volkes werden die Sendungen zum Kriegspreise notiert, damit das russische Volk in der Zukunft noch die Befreiung entsprechend hoch einschätze und ..... verzinse.) Man müßte an der Menschheit verzweifeln, wenn man daran zweifeln würde, daß dieser Zustand der europäischen „Kultur" die besten Elemente der Intellektuellen in die Reihen der Weltrevolution treiben muß.

Es ist Aufgabe der Kommunistischen Internationale, zu diesen Schichten zu gehen, im ehrlichen geistigen Kampf ihnen über die letzten Vorurteile hinwegzuhelfen, sie zu unseren bewußten Mitarbeitern zu machen. Sie sind heimatlos, denn ihre geistigen Heime sind verbrannt, verwüstet. Es gilt, ihnen breit die Tore des großen Tempels des Kommunismus zu öffnen, der immer die Zuflucht der Besten der Menschheit in all ihren Krisen war. Es ist damit zu rechnen, daß der Bruch mit den bürgerlichen Gedankenformen und dem Gefühlsleben nicht leicht und nicht ohne Uebergänge stattfinden wird. Die Kommunistische Internationale wird zu wachen haben, jede Symptome der Schwächung des proletarischen Kampfgedankens, der geistigen Desorganisation, abzuwehren. Nicht durch geistige Kompromisse, durch Schmeicheln ihrem Aberglauben wollen wir diese intellektuellen Elemente gewinnen. Umgekehrt, von vorneherein gilt es ihnen zu sagen, daß sie nicht als Träger des Geistes zu einer blöden Masse hinabsteigen, die den Erlöser erwartet. Die Arbeitermassen müssen sich selbst erlösen, selbst aus ihrem Geist die Sterne bilden, die leuchtend über ihren Köpfen ihnen den Weg der Befreiung zeigen werden. Aber auch die intellektuellen Proletarier gehören zu diesem eine neue Welt schaffenden Volke. Sie sind ihm nötig, wie dieses der formellen Bildung bare Volk ihnen nötig ist, damit sich ihre Gedanken und Gefühle des Schmutzes, der Korruption entledigen, der ihnen anhaften muß aus der Zeit der Prostitution im Dienste des Kapitalismus. Gelingt es unseren bewußten Bemühungen, die besten der Intellektuellen uns geistig zu assimilieren, so werden wir desto leichter die große Masse der Intellektuellen, die auf der Suche nach Brot zur Arbeiterklasse kommt, den neuen Aufgaben, dem Dienst der Volkssache, anpassen können.

Die proletarische Diktatur bedroht die Intellektuellen nicht. Wie sie ein Teil der besitzlosen, leidenden Masse sind, können sie eine Abteilung des als herrschende Klasse organisierten Proletariats werden. Von ihnen hängt es ab, ob sie es werden, aber auch von unserer Arbeit unter ihnen.

Telegramme.

Die Konferenz in San Remo.

Von der Konferenz zu San Remo ist wenig Neues zu berichten. Nach einer Meldung des Matin legten Nitti und Lloyd George dem französischen Ministerpräsidenten nahe auch die deutsche Regierung zur Konferenz einzuladen. Amtlich ist hierüber noch nichts bekannt und es dürfte wohl auch diese Nachricht wie die meisten bisher veröffentlichten Journalistenmache sein, die sich auf Vorzimmergerüchte stützen.

Paris, 23. April. Havas meldet aus San Remo: Die Konferenz setzte die Ausarbeitung des Friedensvertrages mit der Türkei fort, die, wie man glaubt, heute zu Ende gehen wird. Der Sonderberichterstatter der Journal des Debats in San Remo meldet, daß die deutschen Angelegenheiten schon der Gegenstand besonders arbeitsreicher Verhandlungen zwischen den Ministerpräsidenten gebildet hätten. **Die Meinungsverschiedenheiten seien ernst.**

Die Lage in der Türkei.

Paris, 23. April. Der Sonderberichterstatter des Intransigeant berichtet aus San Remo, Denizelos habe, von England und Italien unterstützt, bei Aufteilung der Türkei einen großen Teil erhalten. Griechenland werde die gesamte europäische Türkei mit Ausnahme der Bannmeile von Konstantinopel zugesprochen.

Was die zur Zeit in San Remo versammelten imperialistischen Raubstaaten in der Türkei erwartet, mag nachstehende Meldung verdeutlichen:

Amsterdam, 23. April. Laut Telegraaf meldet die Times aus Konstantinopel: Die nationalistischen Truppen haben den Smyrnaabschnitt teilweise geräumt, um sich mit den regulären Truppen gegen Anzavur Pascha zu vereinigen. Im Bezirk von Belikesi, 80 Kilometer nördlich des Sees von Marmora wird seit drei Tagen heftig gekämpft. Der Kampf scheint ungünstig für Anzavur Pascha zu stehen, denn er ist in Richtung auf Panderma zurückgegangen. Aus Konstantinopel sind Mannschaften und Munition an ihn abgesandt worden, da die Regierung den Offizieren der regulären Truppen nicht traut. Sie ist damit beschäftigt, Freiwilligenkorps gegen die Nationalisten zusammenzustellen. Auch in Thrazien ist es sehr unruhig. Damad Ferid Pascha, der zum Gouverneur von Rodosto ernannt wurde, hat sein Amt dort nicht angetreten und ist zurückgekehrt, da sein Leben gefährdet war. Jaffar Tajar Bey, der Militärgouverneur von Adrianopel hat, vermutlich durch die Niederlage Anzavur Paschas wieder revoltiert.

Hoch die deutsche Räte-Republik,
Hoch die Diktatur des Proletariats
in Stadt und Land.

Der staatsgefährliche Kommunismus.

Neuenburg (Schweiz), 23. April. Der Regierungsrat des Kantons Neuenburg hat die Abhaltung des für übermorgen anberaumten kommunistischen Kongresses verboten, da sein Ziel der öffentlichen Ordnung zuwiderlaufe.

Die Angst vor dem Kommunismus scheint doch überall groß zu sein.

Die englische Arbeiterdelegation für Sowjetrußland.

London, 23. April. Die nach Sowjetrußland bestimmte englische Arbeiterabordnung, darunter 2 Frauen, reist am 27. April ab.

Streiflichter.

Von Otto Graf.

Das ganze nationalistische Deutschland von vorn bis hinten empörte sich über die Besetzung deutscher Städte durch die Franzosen.

Zum Lachen! Kein denkender Mensch konnte was anderes erwarten. Noch immer hat auch die deutsche Regierung das Wesen des Friedensvertrages nicht begriffen.

Seine Wirtschafts-, seine Finanz-, seine antimilitärischen Bestimmungen sind nichts als Rettungsversuche für das kapitalistische System der Entente, besser gesagt Frankreichs.

Darum die Forderung Frankreichs: Die Reichswehr muß zurückgezogen werden. Die Reichswehr stört die Kohlenproduktion. Ohne Produktion aber keine Verwirklichung des Vertrages. Nur die Arbeiterschaft ist fähig die Produktion zu heben.

Frankreich fürchtet den deutschen Kommunismus. Aber diese Gefahr scheint ihm noch leichter als die unmittelbare der vertragssabotierenden Demokratie. Gegen eine Arbeiterregierung wurde die Entente wohl kaum marschieren. Sie marschiert aber gegen die Demokratie mit ihrer reaktionären Reichswehr, gegen die sogenannte Demokratie, die keine Garantie bietet.

* * *

Es gibt immer noch welche, die glauben, daß die Außenentwicklung die Entwicklung im Innern bestimmt. Während gerade umgekehrt ein Schuh daraus wird.

Die Außenpolitik wird von der Innenpolitik bestimmt.

* * *

Die Räte sind die Kampf- und Aufbauorganisation der Arbeiter; genau so wie es seinerzeit für das revolutionäre Bürgertum (1792, 1848) das Parlament war. Das Rätesystem bedeutet seiner Entstehungs- und Wirkungsweise nach den schroffsten Gegensatz zum Parlament.

Das Parlament erfaßt den einzelnen Menschen, den „Staatsbürger", eine Rücksicht auf seine Stellung im Produktionsprozeß.

Das Rätesystem aber erfaßt den werktätigen Menschen dort, wo er tätig ist, im Betrieb, in der Fabrik, in seiner Arbeitsgemeinschaft. Und dadurch ist vermieden, daß die herrschende Klasse eine Wahlkreiseinteilung zu ihren Gunsten regelt, ist vermieden, daß die herrschende Klasse die nur ihr zu Gebote stehenden Beeinflussungsmittel: Schule und Kanzel, daß sie diese weiter benützen kann.

Der Parlamentarier erhält sein Mandat auf längere Zeit. Und während dessen ist er unabhängig. Der Rätedelegierte kann jederzeit zurückberufen werden. Er unterliegt somit der dauernden Kontrolle seiner Wähler.

Das Rätesystem läßt also den Willen seiner Wählermasse — im Gegensatz zum Parlament — jederzeit klar erkennen!

Das Parlament ist nur Gesetzgebungsmaschine; die ausführende Gewalt ist ihm entzogen. Die „Auslegung" der Gesetze ist dem Beamtenapparat überlassen.

Die Räte sind die Träger der gesamten wirtschaftlichen und politischen Gewalt.

Kleine Nachrichten.

Am 5. und 6. Mai wird in Berlin die nächste Parteikonferenz der M. S. P. stattfinden. Scheidemann wird referieren und im Uebrigen tagt die Konferenz, wie sich das für die Partei der Ministeranwärter geziemt, im Herrenhaus.

Der preußische Minister des Innern bedankte sich nach seiner Rückkehr aus dem Ruhrrevier bei der Sicherheitspolizei für deren Eingreifen bei den Unruhen. Selbstverständlich betonte der Minister, um der Sicherheitswehr das Begrüßungstelegramm erfreulicher zu gestalten, daß er für die Einreihung in den Staatshaushalt energisch eintreten und sich für eine zufriedenstellende Lösung der Bekleidung und Unterkunftsfrage mit allen Mitteln einsetzen werde.

Im Reichsministerium fand unter Geßlers Vorsitz eine Besprechung mit den verschiedenen Vertretern der Marinebehörden,

---

Attackiert das Kino!

Meint nicht, daß ich Euch eine Freude schmälern wollte! Wieweit bin ich davon! Freue ich mich selbst über jeden und jedes, dem es gelingt, in Euren Augen ein Leuchten zu wecken. O, ich weiß um alle Eure Leiden. Kenne Eure Sehnsüchte nach den heiteren Sensationen des Lebens. Weiß, daß Ihr nach der Schufterei eines langen Tages des Zaubers bedürft, um Mut für den folgenden zu finden. Der Suggestionskraft einer anderen, farbigeren Welt, die Euch über die Mühen, Kümmernisse, Enttäuschungen hinwegträgt! Ich weiß auch, daß Euch das gute Theater unerreichbar ist. Darum seht Ihr Erfüllung Eurer Träume auf der magischen Leinwand des Kinos.

Aber habt Ihr schon einmal nachgedacht, während Ihr gebannt auf den Stühlen saßet? Seid Ihr Euch bewußt geworden der Komödie, die man da mit Euch spielt? Wenn man Euch zwingt, stundenlang das alberne Gehabe bürgerlicher Nichtstuer anzusehen, die den Arbeiter verachten, deren Beschäftigung das Saufen, Fressen, Huren und Geldvergeuden ist. Gauner, die die Hundertmarkscheine nur so aus dem Aermel schütteln und mit Millionärgeste fortgeben. Habt Ihr es gemerkt, wie man sich über Euch belustigt.

Ihr Einfältigen! Gegen Bezahlung erlaubt man Euch, die Ketten, die Peitsche, die Euch züchtigt, aus der Nähe zu bewundern. Habt Ihr den Schlag im Gesicht gefühlt? Nein. Alles dieses nein! Sonst würdet Ihr aufbegehrt haben. Nicht wahr? Hassen wollt Ihr doch und kämpfen, daß es einmal neue Zeit werde. Fort also mit Nachsicht, Träumereien und Gedankenlosigkeit. Hier ist auch ein Weg, der Euch dem Ziele näherführt. Kein Mensch kann Euch zwingen, diesen erbärmlichen Kotau vor dem Mammon länger zu machen, als Ihr wollt. Was gehen uns stellenlose Offiziere, ausrangierte Grafen und arbeitsscheue Millionäre an? Wir haben genug davon! Verbietet dem Gelichter die Frechheit, sich in diese grelle Beleuchtung zu wagen. Oder fette Bürgerweiber, die sich bis zum Mittag im Bett stehlen und am Schluß aus Geilheit Gift nehmen, umdienert von einer Schar Mädchen und Lakaien.

Arme Marie! Armer Johann! Ausgeliefert den Launen und Schikanen der „Gnädigen" oder des „Herrn Ernst." Habt Ihr dies alles vom Morgen schon vergessen, weil Ihr am Abend nach dem Kino lauft, um es Euch nochmals anzusehen? Könnt Ihr es ertragen, wenn Eure menschliche Erniedrigung, Sklaven eines anderen zu sein, öffentlich aller Augen preisgegeben wird? Und Du Mutter, gegangen durch mühselige Jahre einer Ehe, ist Dir das gleiche Leid deiner Jugend so rasch aus der Erinnerung gekommen? Was haben diese feinen Weiber in dem erborgten Luxus eines Modemagazins so besonders Interessantes für Dich? Die immer auteln und keine Arbeit kennen, als ihren Mops zu parfümieren. Und Ihr alle, die Ihr das bittere Abendbrot und einen Apfel dazu verschlingt, während das lockende, glänzende Dasein des Bürgers an Eurem Auge vorüberzieht; wie ist Euch zumute, wenn Ihr in jedem Akt eine übervolle Schlemmertafel, ein lachendes Fest, ein Sektgelage, hungernden Magens ansehen müßt?

Packt Euch nicht die Wut? Fühlt Ihr nicht, daß Ihr bekämpft werdet? Lehnt sich nicht in Euch etwas auf gegen diese Schamlosigkeit? Wollt Ihr noch länger in Eurem Elend Objekt sadistischer Augenweide sein? Was würde der Bürger tun, wenn man ihm jeden Abend hungernde, frierende, siechende, vor Not verkommene Menschen oder tief unglückliche Kriegskrüppel zeigen würde! Würde er da auch hingehen?

Darum Schluß nun endlich damit! Laßt Euch nicht länger mehr verhöhnen! Duldet nicht, daß der Müßiggang, das Verbrechen und der bürgerliche Schmarotzer sich öffentlich für Geld zeigen darf! Daß Museen des Kitsches, Bordelle des Geschmackes wie Heuschreckenschwärme die Stadt überfallen, wie stagnierende Gewässer die Luft verpesten.

Kameraden! Arbeiter! Genossen! Beim nächsten Male zischt, johlt, schreit, lärmt, pfeift! Nehmt dazu den Hausschlüssel mit. Macht es, wie die schwarz-weiß-roten Jünglinge, wenn es gilt, einen Wilhelm-Film zu sabotieren. Das Kino hat so viele Möglichkeiten, Euch ein Vergnügen, eine Entspannung zu sein. Aber solange es kapitalistischer Profitgier und Dummköpfen ausgeliefert ist, wird sich nichts daran ändern. hy.

Theater, Konzert, Vorträge.

Spielplan der Münchener Theater für die kommenden Tage.

Kammerspiele. Sonntag, 25., vormittags 11 Uhr: Kunterbunt 1. Vorm.; nachmittags 4 Uhr: „Der Floh im Panzerhaus"; abends halb 8 Uhr: „Der Raub der Sabinerinnen". Montag bis Donnerstag,tag, abends halb 8 Uhr: „Der Raub der Sabinerinnen". Freitag, 30., abends halb 8 Uhr: Zum 1. Male: „Die lustigen Weiber von Windsor", Lustspiel in 5 Akten von Shakespeare. Samstag, 1. Mai,, abends halb 8 Uhr: „Die lustigen Weiber von Windsor". Sonntag, 2., vormittags 11 Uhr: Kunterbunt, 2. Vorm.; nachmittags 4 Uhr: „Der Raub der Sabinerinnen"; abends halb 8 Uhr: Die lustigen Weiber von Windsor.

Münchener Schauspielhaus. Sonntag, 25., nachmittags halb 4 Uhr, bei ermäßigten Preisen: „Dr. Wespe"; abends halb 8 Uhr: „Kain". Hierauf: „Die Höhe des Gefühls". Montag, 26., abends halb 8 Uhr: „Kain". Hierauf: „Die Höhe des Gefühls". Dienstag, 27., abends halb 8 Uhr: „Der Widerspenstigen Zähmung". Mittwoch, 28., abends halb 8 Uhr: „Kain". Hierauf: „Die Höhe des Gefühls". Donnerstag, 29., abends halb 8 Uhr: „Kameliendame". Freitag, 30., abends halb 8 Uhr: „Der Widerspenstigen Zähmung". Samstag, 1. Mai, abends halb 8 Uhr: „Kameliendame". Sonntag, 2. Mai, nachmittags halb 4 Uhr, bei ermäßigten Preisen: „Der Kaufmann von Venedig"; abends halb 8 Uhr: „Kameliendame".

Volkstheater. Sonntag, 25., nachmittags halb 4 Uhr, bei ermäßigten Preisen: „Die versunkene Glocke"; abends halb 8 Uhr: „Die drei Zwillinge" *). Montag, 26., abends halb 8 Uhr: „Die drei Zwillinge" *). Dienstag, 27., abends halb 8 Uhr: Zum 1. Male: Die Rutschbahn". Schwank von Heinz Gordon und Kurt Götz. Mittwoch, 28., nachmittags 3 Uhr, zum Besten der Katholischen Jugendfürsorge: „Hermann und Dorothea" von Goethe. Abends halb 8 Uhr: „Lang, lang ists her". Donnerstag, 29., abends halb 8 Uhr: Geschlossene Vorstellung für das R. J. R. List (E. V.): „Schwester Chrysantheme". Freitag, 30., abends halb 8 Uhr: „Die drei Zwillinge. *). Samstag, 1. Mai, abends halb 8 Uhr: „Lang, lang ists her". Sonntag, 2. Mai, vormittags 11 Uhr: 32. Musikalische Morgenaufführung; nachmittags 4 Uhr, bei ermäßigten Preisen: „Das unvermählte Ehepaar"; abends halb 8 Uhr: „Die Rutschbahn". —
*) Gastspiel Ludwig Schmitz vom Nationaltheater in Mannheim.

Lustspielhaus. Von Sonntag, den 25. April bis Sonntag, den 2. Mai, täglich abends 7 Uhr: „Ein Walzertraum".

Münchener Urania. Der nächste Vortrag der Münchener Urania „Die Schönheit des Lebendigen" von Dr. M. Wilh. Meyer, mit farbigen Lichtbildern und kinematographischen Vorführungen aus dem Leben der Tiefsee, findet Sonntag, den 25. April, vormittags 10 Uhr in den Sendlingertorlichtspielen statt. Es sei darauf hingewiesen, daß auch Jugendlichen der Besuch dieser Vorführungen gestattet ist.

der oldenburgischen Regierung und dem Zivilgouverneur von Kiel statt. Wie zu erwarten war, wurde dabei festgestellt, daß die Verhältnisse in Kiel und Wilhelmshaven durchaus zufriedenstellend seien. Nur sei auf die Dauer ein regelmäßiger Dienstbetrieb ohne Offiziere nicht möglich. Man kam zwar darin überein, daß kompromittierte Offiziere künftig nicht mehr zum Dienst zugelassen werden dürften Das ist aber schließlich nicht allzu ernst zu nehmen, was der nächste Putsch der Reaktion zweifellos beweisen dürfte.

In der Nationalversammlung wurde nach langer Debatte ein Antrag der beiden sozialdemokratischen Parteien abgelehnt, der die Streichung des Absatzes im Paragraph 2 will, wonach den Soldaten das Wahlrecht genommen wird. Künftighin werden also Soldaten nicht wahlberechtigt sein. In die Debatte hiefür trat auch Reichswehrminister Geßler ein, der dabei dem Hause die Mittelung machte, daß am vorhergegangenen Tage eine Abordnung der Marinebrigade Münster bei ihm erschienen und unter Drohungen, die Aufhebung der Haftbefehle gegen Kapp und Ehrhardt forderte und dem „Wunsche" Ausdruck gegeben habe, daß Ehrhardt an der Spitze seiner Truppen bleibe. Geßler erklärte im Bewußtsein seiner Würden, daß er die Forderungen natürlich abgelehnt habe. Wir erinnern uns, daß auch ein gewisser Noske eines Tages mit derselben würdebewußten Entschiedenheit die Forderungen rebellischer Militärs ablehnte und darauf am nächsten Tage Heimatlos gemacht wurde. Wir glauben, daß Herrn Geßler ein ähnliches Schicksal erwartet. Inzwischen hat auch schon in anderen Teilen des Reiches, wie Dresden, Leipzig und Breslau, gegen die Entlassung von Offizieren Einspruch erhoben, zu dem noch wirtschaftliche Forderungen kommen, die die Reichswehr stellt. Geßler wird also wenig Freude erleben an seinen Garden.

Den beim Kapp-Putsch beteiligten „Herren" scheint man langsam auf die Spur zu kommen. So wurden verhaftet: in Berlin Kapitänleutnant Erhardt. in Hamburg der Kieler Bürgermeister Dr. Lindenmann, in Greifswald Hauptmann Gänse und in Teltow Rechtsanwalt Bredereck. Hauptmann Hahn und Major Gilsa vom Reichswehrministerium wurden beurlaubt. Weitere Personalveränderungen in der Heeresleitung stehen bevor. Differenzen sollen bei der Beurlaubung angeblich nicht mitspielen und der als reaktionärer Sitz bekannte Major Gilsa hat sich entschlossen, nach Oberbayern zu gehen und später einen Posten in der Reichswehr zu übernehmen. Ohne Zweifel wird er der jetzigen Bayerischen Regierung sehr willkommen sein.

In den Regierungsbezirken Düsseldorf, Abensberg und Münster wurde das Standrecht aufgehoben, nachdem der größte Teil der Arbeiter, teils vertrieben, teils durch die Reichswehr sonstwie erledigt ist.

Aus einer amtlichen Mitteilung geht hervor, daß im Ruhrgebiet noch immer 26 Bataillone, 17 Eskadronen und 12 Baterien in einer Gesamtstärke von 17 429 Mann angesammelt sind.

Zwischen Frankreich und Deutschland wurde ein Schiedsgerichtshof eingesetzt, der für Streitigkeiten über Vorkriegsschulden und Vorkriegsverträge sowie für Entschädigungsforderungen von Angehörigen der Alliierten an das Reich wegen ihrer von deutschen Kriegsmaßnahmen betroffenen Privatrechte, sowie für bestimmte Streitigkeiten auf dem Gebiete des gewerblichen Schutzrechtes zuständig ist. Die Adresse dieser Stelle ist bis auf Weiteres: Paris, Avenue de la Bourdonnais 50.

Die Wiedergutmachungskommission teilte der Berliner Ententekommission mit, daß sie weitere Kohlenlieferungen Deutschlands an die Niederlande nur dann bewilligen werde, wenn Frankreich voll beliefert würde. Das bedeutet, daß unter diesen Umständen das ganze Kreditabkommen mit den Niederlanden hinfällig wäre, so daß Deutschland wieder einmal um eine Hoffnung, Lebensmittel zu erhalten, ärmer wird. An einen Anschluß mit Sowjet-Rußland aber denkt unsere Regierung nicht.

Der amerikanische Kredit, von dem wir gestern als in Aussicht stehend berichteten, ist inzwischen abgeschlossen worden. Die Höhe beträgt 45 Millionen Dollar.

Eine Versammlung von Erwerbslosen, die in Hamburg einberufen worden war, wurde von der Polizei verhindert. Demonstrationen wurden zerstreut, die Führer verhaftet.

Die Schlesische Volkszeitung veöffentlicht einen streng vertraulichen Geheimbefehl des polnischen Kommissärs zum Schutze Schlesiens, aus dem hervorgeht, daß diese Organisation sich mit antideutschen Putschabsichten trägt.

In Linz wurde am 21. April die Länderkonferenz eröffnet, an welcher Delegierte aller politischen Parteien aus sämtlichen Ländern Oesterreichs teilnehmen. Es wurde der Verfassungsentwurf des Staatssekretärs Mayr besprochen. Sämtliche politischen Parteien erhoben gegen die Bestimmungen des Entwurfs Einspruch. Die Beratungen kamen nicht zu Ende und werden fortgesetzt.

Im englischen Oberhause erklärte Lord Milner bei Besprechung der Friedensverträge mit Oesterreich und Bulgarien, daß man mit dem völligen Ruin Oesterreichs rechnen müßte, nachdem die Donaumonarchie nun einmal so zerstückelt worden sei. Milner glaubt, daß sich dieser Ruin nicht wird aufhalten lassen, womit für diesen Gemütsmenschen die österreichische Frage erledigt sein dürfte.

Im Unterhause betonte Chamberlain die starke Finanzlage Englands und hob hervor, daß für das folgende Jahr eine weitere Verminderung der Schuld um 300 Millionen Pfund (6 Milliarden Friedensmark) zu erwarten sei. Ein Gesetz über die Kapitalsabgabe lehnte dieser imperialistische Staatsmann ab, da er diese für Unrecht hält. Die englischen Arbeiter werde ndiese merkwürdige Einstellung entsprechend zu würdigen wissen.

Albert Thomas, der Leiter des internationalen Arbeiterbüros, glaubt, daß eine Weigerung des Sowjetkongresses, die Kommission des Völkerbundes zu empfangen, auf die englische Arbeiterschaft einen verhängnisvollen Eindruck machen würde. Wir glauben aber, daß der Eindruck, den die Tätigkeit dieses „Arbeitervertreters" bei der Arbeiterschaft in der ganzen Welt hervorruft, ein viel verhängnisvollerer ist, als es diese Weigerung der Sowjetregierung jemals werden könnte.

Marschall Foch erklärte einem amerikanischen Berichterstatter, daß er die deutsche Reichswehr und die Zeitfreiwilligen Organisationen mit größtem Mißtrauen betrachte, da beide von absolutem reaktionärem Geiste beseelt und der republikanischen Regierung nicht günstig gesinnt seien; er glaubt, daß in diesen Organisationen die deutschen Monarchisten Aehnliches schaffen wollen, wie seinerzeit Stein und Scharnhorst in den Befreiungskriegen.

Wilson scheint nun doch von seiner Neigung zur Sonderpolitik geheilt zu sein, wenigstens erklärte er, daß er seine Ansichten den Alliierten solange nicht kundgeben könne, bis der amerikanische Senat den Friedensvertrag ratifiziert habe. Die Ratifikation aber wird Wilson als Präsident aller Wahrscheinlichkeit nach nicht mehr erleben.

Das amerikanische Heer wird laut Senatsbeschluß auf 17 043 Offiziere und 280 000 Mann vermindert.

Ein amerikanisches Transportschiff ist mit 1100 Offizieren und Mannschaften unterwegs, um die den Vereinigten Staaten zugefallenen deutschen Kriegsschiffe zu übernehmen.

Der ungarische Ministerpräsident ließ eine Einladung an die internationale Kommission der Arbeiterpartei und die Parlamentskommission des Gewerkschaftskongresses ergehen, um die Beschuldigungen, die der ungarischen Regierung zur Last gelegt werden, nachzuprüfen. Die Kommissionen beschlossen, der Einladung zu folgen und sich von den Horty und Konsorten einseifen zu lassen.

Der Führer der Aufständischen in Mexiko, Obregon, der auch nach der Präsidentschaft strebt, ist, von den Truppen verfolgt, nach Sonora, der neuen Republik, geflüchtet.

In Genua sind bereits 2 Schiffe mit Erzeugnissen aus Sowjetrußland eingetroffen.

Deutschland

Der 1. Mai.

Berlin, 23. April. In Berlin wird am 1. Mai vollständige Arbeitsruhe herrschen. Mit Ausnahme der lebenswichtigen Betriebe ruhen sämtliche Betriebe, auch die Straßenbahnen.

Berlin, 22. April. In einer stürmischen Stadtverordnetensitzung wurde gestern der Antrag auf Sonntagsdienst am 1. Mai und Schließung der Schulen von beiden sozialdemokratischen Parteien angenommen.

Danzig, 23. April. Der Antrag der sozialdemokratischen Partei, den 1. Mai als gesetzmäßigen Feiertag zu erklären, wurde abgelehnt. Der in der deutschen Nationalversammlung vorliegende Tarifvertrag mit den Lohnbediensteten der Eisenbahnverwaltung soll auch für den Freistaat nach seiner Annahme in der Nationalversammlung entsprechende Geltung haben.

Eine erschütternde Demonstration.

Berlin, 23. April. Die Kriegsblinden versammelten sich gestern im Kasino des Arbeitsministeriums, um gegen das Militärversorgungsgesetz Stellung zu nehmen. Sie beaupten in dieser Versammlung, in der neuen Vorlage nicht genügend berücksichtigt worden zu sein und namentlich bei der Klassifizierung der Kriegsbeschädigten schlecht abgeschnitten zu haben. Nach der Entschließung bildete sich ein Zug von ungefähr 400 Kriegsblinden mit ihren Frauen, Krankenschwestern und Führerhunden, der zum Reichstag zog. Hier entsandten sie eine Abordnung zur Nationalverammlung, die die Beschwerden der Kriegsblinden vortrug. Es wurde ihnen wohlwollende Erwägung zugesprochen. Darauf zerstreute sich der Zug, der einen Mitleid erweckenden Eindruck machte, in aller Ordnung.

Wohlwollende Erwägung! **Das ist alles, was diesen** Bedauernswerten zugesichert wird.

Die Rückkehr der Kriegsgefangenen.

Berlin, 23. April. Die Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Der Dampfer „Capetown Maru" mit deutschen Kriegsgefangenen aus Ostsibirien wird Wladiwostok Ende April verlassen. Es verbleiben dann nur noch 400 deutsche Gefangene östlich des Baikalsees. Der deutschen Fürsorgekommission in Wladiwostok ist es gelungen Verbindung mit den Lagern in Mittelsibirien aufzunehmen, 14 000 aus der Umgebung von Irkutsk stammende deutsche Gefangene werden voraussichtlich Ende Juni in Wladiwostok eintreffen und von dort aus auf dem Seewege abtransportiert werden. Es besteht die Möglichkeit, daß es der Kommission gelingen wird, Briefe und Pakete für die deutschen Kriegsgefangenen in Mittelsibrien zu vermitteln. Ende April wird der Dampfer „Une Maru", Ende Mai der Dampfer „Nahkan Maru" aus Hamburg nach Ostasien abgehen. Postsendungen mit der Aufschrift „Für Dampfer nach Ostasien" und der Adresse der Kriegsgefangenen sind an die Dienststelle der Admiralität in Hamburg zu richten. Eine Gewähr für die Ankunft der Postsendungen kann natürlich nicht übernommen werden.

München

Protektionswirtschaft. Gerade die Kreise, die tagtäglich die Worte vom arbeitsscheuen Gesindel im Munde führen, sind es, die durch ihre rücksichtslose Protektionswirtschaft schwere Schuld gegenüber den darbenden Erwerbslosen auf sich geladen haben. Es ist in München wohl kaum ein Amt, in dem man nicht Frauen und Mädchen nachweisen kann, die ohne Bedürfnis dort eine Stellung einnehmen, um die sich Kriegsteilnehmer, Krüppel und Familienväter umsonst bemühen. Wir wollen aus der Fülle dieser Fälle nachstehend einige Beispiele bringen. Im Rathaus sitzt eine Tochter des Herrn Stadtrat Königsbauer, die Gattin eines Landgerichtssekretärs in der Erwerbslosenfürsorge. An der Kasse für Volksspeisung arbeitet eine Stadtsekretärsgattin. Um ein Taschengeld zu haben, geht ein Frl. Hofmann, die Tochter eines Apothekers (Privatier) in die Seifenverteilungsstelle. Frl. Stübinger, die Tochter des Direktors vom Konsumverein 1864 ist im Zimmer 164 der Milchverteilungsstelle beschäftigt. Frau Lebbe, die Frau eines Goldarbeiters ist kinderlos un dhat deswegen zu Hause Zeitlang. Aus diesem geht sie zur Arbeit in die Verteilungsstelle für Säuglingsnahrung, Zimmer 105. Die kinderlose Frau Wilhelm, deren Mann in der deutschen Bank beschäftigt ist, arbeitet im Zimmer 149. Welch egoistische Hartnäckigkeit der Beseitigung dieser Mißstände entgegengesetzt wird, lassen folgende Beispiele erkennen. Der Angestelltenausschuß hat einer Frau, da sie Modistin und Schneiderin ist, die Kündigung beantragt. Man hat diese nicht ausgeführt sondern eine Versetzung an das Tiefbauamt und von dort, da sie keine Kontoristin ist, an das Standesamt München 1 vorgenommen. Am 1. April 1920 hat man sie endlich, als unersetzliche Person, in der Zentralkartothek für Erwerbslosenfürsorge untergebracht.

Der Bildungsausschuß des Gewerkschaftsvereins ve[illegible] 6 Vorträge über „Die astronomische Entwicklung von [illegible], Mond und Erde", mit Lichtbildern von Dr. Aug. Kühl und zwar am:
29. April: Grundlagen für unser Wissen vom Werden der Welt.
6. Mai: Der Ur-Sonnennebel.
14. Mai: Entstehung des Sonnen- und Erdsterns.
20. Mai: Erlöschen des Erdsterns.
27. Mai: Entstehung des Mondes.
4. Juni: Entstehung der festen Erdkruste und Beginn des Lebens.

Versammlungs-Kalender.

Samstag, den 24. April 1920.

Zinngießer. Abends 7 Uhr im Restaurant Königsbauer, Mitgliederversammlung.

Montag, den 26. April 1920.

Freidenkerverein Darwin. Abends 7 Uhr im Gasthaus zu den drei Hirschen, Landsbergerstraße 18, Lichtbildervortrag von Amon Hans.

Dienstag, den 27. April 1920.

Freidenker Verein Darwin. Abends 7 Uhr im Gasthaus zum Ostbahnhof, Orleansplatz, Lichtbildervortrag von Gen. Amon Hans.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei.

Betriebsratskurse! Samstag, den 24. April findet der Kursus von 5—7 Uhr in der Gewerbeschule, Liebherrstraße, statt. Führungen am Sonntag, den 25. April, vormittags 9,30 Uhr durchs Deutsche Museum von Nr. 76—160. Am Samstag, den 1. Mai fällt der Kursus wegen der Maifeier aus.

Schluß des redaktionellen Teils.

Münchener Filialen der Neuen Zeitung.

Au: N. Heckner, Krämerstraße 9.
Au: Schmidl Max, Kiosk Fraunhoferbrücke.
Au: Höfler J., Tegernseerlandstraße 14 (Ostfriedhof).
Bahnhofviertel: A. Heyn, Zeitungsgeschäft, Goethestraße 37.
Bahnhofviertel: A. Diemer, Zeitungsgeschäft, Arnulfstraße 6.
Bahnhofviertel: Lehmann V., Zeitungshandlung, Bayerstr. 87.
Ebenau: Max Garbe, Trivastraße 24.
Giesing: M. Göttel, Sommerstraße 16.
Giesing: Höfler Johann, Zigarrengeschäft, Tegernseerlandstraße 76.
Haidhausen: Melder Josef, Schreibwarengeschäft, Zweibrückenstraße 37.
Haidhausen: Schwarz A., Schreibwarengeschäft, Weißenburgerstraße 27.
Haidhausen: Grünspann R., Schreibwarengeschäft, Pariserstraße 2.
Haidhausen: Hötzenecker J., Kiosk, Max Weberplatz.
Haidhausen: K. Strobl, Schreibwarengeschäft, Preysingstraße 50.
Innere Stadt: Zeitungszentrale, Färbergraben 27.
Innere Stadt: Kirmayr, Zeitungsgeschäft, Schäfflerstraße 11.
Innere Stadt: W. Gruber, Zeitungsgeschäft am Isartor.
Innere Stadt: Grünwald Kiosk, Viktualienmarkt.
Innere Stadt: Weiß A., Thalkirchnerstr. 2, nächst d. Sendlingertorpl.
Innere Stadt: F. Koch, Sendlingerstraße 24.
Innere Stadt: Niederhüber, Maximiliansstraße 5.
Neuhausen: Eisenberger Fanny, Blutenburgstraße 75/0.
Nordend: Preis Franz, Schreibwarengeschäft, Amalienstraße 54.
Nordend: Drexler Grete, Görresstraße 29.
Nordend: Burkhardt M., Schreibwarengeschäft, Schwindstraße 17.
Nordend: Biller G., Zeitungsgeschäft Schleißheimerstraße 34.
Nordend: Pregler L., Schreibwarengeschäft, Schleißheimerstr. 79.
Nordend: A. Ganslgruber, Schreibwarengeschäft, Gabelsbergerstr. 81.
Nordend: Herder, Schreibwarengeschäft, Schellingstraße 99.
Nordend: A. Heinzinger, Zigarrengeschäft, Barrerstr. 60.
Nordwest: G. Haaser, Zeitungsgeschäft, Karlstraße 52.
Nordwest: Kroll Max, Kiosk, Stieglmeierplatz.
Nordwest: Unier, Schreibwarengeschäft, Kreittmayerstr. 15.
Nordwest: J. Kienle, Schreibwarengeschäft, Rupprechtstraße 7.
Ramersdorf: Wagner Max, Weiskopfstraße 16.
Sendling: Hasler August, Tändlerei, Lindwurmstraße 96.
Süden: Diehling F., Volksbuchhandlung, Pestalozzistraße 27.
Süden: H. Schütz, Zigarrengeschäft, Fraunhoferstr. 9.
Schlachthausviertel: Rosa Weidner, Reifenstuelstraße 9.
Schlachthausviertel: Joh. Leisch Nachflg., Lindwurmstraße 72.
Schlachthausviertel: B. Pfliger, Zigarrengeschäft, Tumblingerstr. [illegible]
Schwabing: Adler Johann, Schreibwarengeschäft, Ungererstraße 4.
Schwabing: A. Schettler, Schreibwarengeschäft, Hohenzollernstraße 62.
Westend: Fuchs Anna, Schreibwarengeschäft, Landsbergerstraße 6.
Westend: Schmid Franz, Trappentreustraße 10.
Westend: Maier Wally, Zeitungsgeschäft, Ligsalzstraße 8.

Auswärtig Filialen der Neuen Zeitung:

Bestellungen auf die „Neue Zeitung" nehmen nachfolgende Filialen entgegen.

Aibling: Gall Friedrich, Delphinstraße.
Augsburg 3.: K. Pfeiler, Wertachstr. 2½.
Arzberg (Oberfr.): Paul Wohlhab, Marplatz 96.
Brannenburg: Johann Michael, Strelehaus.
Buchloe: S. Wolgschaft, Bahnhofsbuchhdlg.
Bruckmühl: Lorenz Brandner.
Burghausen: Baumgartner, Buchhandlung.
Burglengenfeld: Kammerl Jos., Friedhofstr. 354/I.
Dachau: Gumbert Elise.
Donauwörth: Bahnhofbuchhandlung.
Erlangen: J. G. Jordan, Bahnhofsbuchhandlung.
Freising: J. G. Jordan, Bahnhofsbuchhandlung,
Fürstenfeld-Bruck: Schmelcher, Schöngeisingerstr. [illegible]
Füssen: Willy Klebsch, Tirolerstraße 27.
Füssen: J. G. Jordan, Bahnhofsbuchhandlung.
Günzenhausen: J. G. Jordan, Bahnhofsbuchhandlung.
Garmisch: Ther. Gebhardt, Loisacherstr. 198.
Hammerau bei Reichenhall: Xaver Neulinger.
Hausham: Marie Killi, Schellerstraße 46/2.
Hengersberg bei Deggendorf: Elise Bernreiter.
Heufeld: Johann Weiß.
Hof a. S.: Friedr. Lang, Oelnitzerstr. 4.
Immenstadt: J. G. Jordan, Bahnhofsbuchhandlung.
Ingolstadt: Lindermeier J.
Ingolstadt: W. Kuffer, Sebastiansplatz 15/I.
Kempten: J. G. Jordan, Bahnhofsbuchhandlung.
Kolbermoor: Therese Hagenstein.
Klardorf bei Schwandorf, Max Scheurer.
Kulmbach: J. G. Jordan, Bahnhofsbuchhandlung.
Landsberg a. L.: J. Blank, Bergstr. 427.
Landshut: Georg Schweiger, Wagnergasse 11.
Landshut II: Attenkofer, Buchhandlung.
Leonberg, Oberpfalz: Simon Salbeck.
Lindau-Reutin: Ludwig Bosch in Reutin, Straußbühl 1/11.
Mainburg: Therese Kroiß.
Marktredwitz: Müller, Badweg 291.
Marienstein (Post Schaftlach): Anton Mayer, Bergmann.
Memmingen: Martin Stetter, Weberstr. 85/1.
Meßmerskreith (P. Haidhof): Jos. Schmid.
Miesbach: Elise Vogl, Haidmühlstraße 100½.
Mühldorf: Schernhammer, Brückenstr. 28.
Neu-Ulm: Kracher Anton, Wallstr. 55.
Neu-Ulm: J. G. Jordan, Bahnhofsbuchhandlung.
Nürnberg: Henning Aug., Buchhandlung, Tucherstraße.
Oberstdorf i. Allgäu: J. G. Jordan, Bahnhofsbuchhandlung.
Pasing: Reinhardt, Bahnhofbuchhandlung.
Passau: Wagner J., Freyungerstraße 50.
Pfaffenhofen a. J.: Johann Huber, Hohenwarterstr. [illegible]
Pfeffenhausen bei Landshut: Galler Hermann.
Pfarrkirchen: Mich. Enghuber, Postmünstererstr. 11.
Plattling: Michael Kuchler.
Pongholz (Winkerling): Xaver Helder, Bergarbeiter.
Pöttmes: Albert Käufl, Haus-Nr. 199.
Prien a. Chiemsee: Durner, Bahnhofbuchhandlung.
Rabenstein bei Zwiesel: Georg Frisch, Glasmaler.
Regensburg: Fr. Hagen, Rote Hahnengasse B. 68.
Rehau (Oberfr.): Josef Schreier, Fichtig 185 a.
Reichertshofen: Häusler, Zeitungskiosk.
Rosenheim: Reinhardt Vollrath, Münchnerstraße 76.
Rotthalmünster: Emilie Kaseder, Hs. Nr. 8.
Siegsdorf bei Traunstein: Aug. Brandauer.
Simbach: K. Pfeiler, Buchhandlung.
Selb: Hans Flügel, Blumengeschäft, Ludwigstraße.
Schleißheim I: Karl Reiner.
Schliersee: Elise Rieder.
Schwaben: Andr. Kellner, Haus-Nr. 50.
Starnberg: Bahnhofsbuchhandlung.
Straubing: G. Hermannsdörfer, Bahnhofbuchhandlung.
Teisbach b. Dingolfing: A. Watzlsberger.
Tölz: Jos. Späth, Fischergasse 12.
Treuchtlingen: Maria Bickel, Bahnhofbuchhandlung.
Trostberg: Baighuber Franz.
Wasserburg: M. Stadler, Nagelschmiedstr. 145.
Wallgau: B. Gegenfurtner, Hausnummer 56 ein Fünftel.
Weiler i. Algäu: Gustav Oder.
Zwiesel: Maria Marchalitzky, Hafnerstadt 64.

Kartoffel-Abgabe.

1. Der Endzeitpunkt für die Belieferung der Kartoffelmarke „51" wird auf Montag, den 26. April festgesetzt.

2. Nach Maßgabe der Kartoffelkundenliste werden gegen die Marke „52" des Kartoffelversorgungsausweises für den 1. Versorgungszeitraum 1920 in den Geschäften, in deren Kundenliste die Verbraucher eingetragen sind, 2 Pfund Kartoffeln (Ausland- und Inlandkartoffeln gemischt) ab Dienstag, den 27. April abgegeben. Der Endtermin wird seinerzeit bekannt gemacht.

3. Preis: Pfund 33 Pfg.

4. Der Verkauf von Kartoffeln auf Marken an Lagerkartoffelbesitzer und die Annahme von Kartoffeln durch diese ist strafbar. Bei der Abgabe ist der Kartoffelversorgungsausweis (Stammkarte nebst Marken) vorzuweisen.

5. Die Verbraucher werden ersucht, ihre Marken je nach den zur Verfügung stehenden Mengen einzulösen. 19019

München, den 23. April 1920.

Lebensmittelamt München.

Bestellung von Süßstoff.

In der Zeit vom Freitag, den 23. bis Freitag, den 30. April 1920 kann in solchen Drogerien, Filialen der Konsumvereine und des Beamtenwirtschaftsvereins die durch amtliches (blaues) Plakat des Lebensmittelamtes kenntlich gemacht sind, durch Abgabe der Bestellmarke „32" und Abstempelung der Bezugsmarke „32" Süßstoff bestellt werden. Die Abgabe der Bestellmarke in einem nicht zugelassenen Geschäft gibt keinen Anspruch auf späteren Bezug.

Die zugelassenen Abnahmestellen haben die eingenommenen Bestellmarken in einem Umschlag bis spätestens Dienstag, den 4. Mai 1920 einzuliefern, und zwar die Drogerien an die Geschäftsstelle des Bayerischen Drogistenverbandes, Goethestr. 41, die zugelassenen Filialen der Konsumvereine an die Geschäftsleitung der Konsumvereine. Auf dem Umschlag ist die genaue Zahl der Bestellmarken deutlich zu bemerken.

Am 21. April 1920.

Lebensmittelamt München.

Verband der Buchbinder u. Papierverarbeiter Deutschlands, Zahlstelle München.

Montag, den 26. April, abends 7 Uhr im Kolosseum

Versammlung

Tagesordnung:

1. Bericht vom Gewerkschaftsverein.
2. Berichterstattung über die Reichstarif-Verhandlungen. Referent: Kollege Faust.
3. Verschiedenes.

Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig.

Die Ortsverwaltung.

Theater-Spielplan.

Samstag, den 24. u. Sonntag, den 25. April 1920.

Prinzregententheater.
Samstag: Maria Magdalena. 7½ Uhr. (23101—23800).
Sonntag: Parsifal. 4 Uhr.

Residenztheater.
Samstag: Die Menschenfreunde. 7½ Uhr.
Sonntag: Der Unmensch. 7½ Uhr.

Nationaltheater.
Samstag: Der Corregidor. 7 Uhr.
Sonntag: Weh dem der lügt. 7 Uhr.

Schauspielhaus.
Samstag: Erstaufführung. Kain. Die Höhe des Gefühls. 7½ Uhr.
Sonntag: nachm.: Dr. Wespe. ½4 Uhr.
abends: Kain. Die Höhe des Gefühls. 7½ Uhr.

Lustspielhaus.
Samstag: Ein Walzertraum. 7 Uhr.
Sonntag: nachm.: Ein Walzertraum. 3 Uhr.
abends: Ein Walzertraum. 7 Uhr.

Gärtnerplatztheater.
Samstag: Letzte Liebe. 7½ Uhr.
Sonntag: nachm.: Eine Ballnacht. 3 Uhr.
abends: Letzte Liebe. 7½ Uhr.

Kammerspiele.
Samstag: Der Raub der Sabinerinnen. 7½ U.
Sonntag: nachm.: Der Floh im Panzerhaus. 3½ Uhr.
abends: Der Raub der Sabinerinnen. 7½ Uhr.

Volkstheater.
Samstag: Lang, lang ist's her. 7½ Uhr.
Sonntag: nachm.: Die versunkene Glocke. 3½ Uhr.
abends: Die 3 Zwillinge. 7½ Uhr.

Kleines Operettentheater.
Samstag: Wenn Männer schwindeln. 7½ Uhr.
Sonntag:

Blumensäle.
täglich: Der junge Ludwig. 7 Uhr.

Deutsches Theater. Varieté 7 Uhr.

PÖHNERT'S BORAXIL

DAS • BESTE • FÜR • DIE • WÄSCHE

MÖBEL
gegen bequeme Teilzahlung
HALLER
G. m. b. H.
Hochbrückenstr. 2/I u. II
Ecke Tal.

Wanzen
sowie jedes andere Ungeziefer wird bei vollständiger Ausrottung vertilgt. (Kein Schwefel.)
Internationale Desinfekt.-Anstalt
München
Augustenstr. 31, Tel. 52601
Verkauf von sämtlichen Präparaten

Alt-Papier,
Zeitungen, Bücher, Hefte, Akten, Stampf, Flaschen verschied. Art, Metall und Metallabfälle, Lumpen usw. kauft stets und holt frei ab. Jos. Duschl's Rohprodukten und Altpapier-Großhandlung, Dachauerstr 21/0, 2. Hof links, Tel 10186.

Schönheitsfehler,
Sommersprossen, Leberflecken, Pickel, Mitesser, Wimmerl, Ausschlag, Flechten, Gesichts- und Nasenröte usw. beseitigt Haut-Kräuter-Milch-Paracela. Neueste kosmet. Erfindung von unfehlbar sich. Wirkung. Mißerfolg ausgeschlossen. Preis Mk. 5.— un Mk. 12.—. Auskunft gratis. Institut Hermes München 7, Baaderstraße 8

Wo
wird jeder Damen- u. Herrenhut innerhalb 8 bis 10 Tagen **wie neu** hergerichtet?
Nur bei
Wege
Augustenstr. 9,
Eigene Werkstätte.
Den ganzen Tag geöffnet.

Gegen
Bartflechten
Krätze, Hautjucken und Flechten hilft schnell und sicher die flüssige Sufarol-Seife
Kein Geruch. — Beschmutzt keine Wäsche.
Flasche Mk. 6.—.
Paul-Heyse-Drogerie, München
Paul Heysestraße 25, Ecke Landwehrstraße.

ADOLF SCHUSTERMANN
Zeitungsnachrichten-Bureau
Berlin SO. 16, Rungestr. 22-24
Grösstes Nachrichten Bureau mit Abteilungen für Bibliographie, Politik, Kunst, Wissenschaft, Handel u. Industrie. Liest neben Tageszeitungen des In- u. Auslandes die meisten Revuen, Wochenschriften, Fach-, illustrierte usw. Blätter.
Das Institut gewährleistet zuverlässigste und reichhaltigste Lieferung von Zeitungsausschnitten für jedes Interessengebiet. Prospekte gratis.

Ausstellung
zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, veranstaltet vom Deutschen Hygiene-Museum Dresden u. der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechts-Krankheiten, Zweigverein Bayern.
Geöffnet ab 25. April bis Ende Mai,
täglich von 10 bis 7 Uhr.
Eröffnung
Sonntag, den 25. April 1920, vormittags 10 Uhr im Glaspalast.
Am selben Tage vormittags 11 Uhr erste Führung durch Herrn Professor Dr. L. v. Zumbusch.
Montags und Donnerstags nur für weibliche Besucher. Alle übrigen Tage für Allgemeinbesuch.
Werktags täglich ärztliche Führungen nachmittags 1/2 6 Uhr
Eintrittspreis Mark 1.50.

Gummi-Regenmäntel
Gummi-Schuhe
werden unter billigster Berechnung repariert
Gummiwaren-Fabrik **Anton Luber, München**
Lindwurmstrasse 88 — Telephon 50458

Dr. med. Boeckel
Spezialarzt für Psycho - Magneto - Hypno - Therapie
Trautenwolfstr. 8, part. (Haltestelle Franz-Josefstr.)
Sprechzeit 9—12 und 3—5 1/2. Sonntags 10—12.
— Telefon 30276 —
Arzneilose Behandlg. v. Nerven-, Gemüts- und inneren Leiden
speziell auch in veralteten, durch andere Heilverfahren nicht gebesserten Fällen (u. a. auch bei üblen Angewohnheiten, Bettnässen etc., Missbrauch von Alkohol, Nikotin, Morphium etc., Stuhlträgheit, Störungen der sexuellen Funktionen etc.)

Schützt Eure Kleider, Möbel und Betten vor
= Mottenfrass =
durch den langbewährten
Persia Mottenschutz
Fortuna Drogerie, München, Lindwurmstr. 21

Argentinien
ein Land der Zukunft
von A. Arent, mit vielen Abbildungen, einer Karte und einem Porträt des Verf., 3. Aufl. Der Verf., der lange in Argentinien lebte, erklärt auf Grund eingehender Studien, Ar. in überzeugender Weise als ein Land der Zukunft für europ. Ansiedelung. Preis geheftet M. 18.—, Leinenb. M. 22.50, Porto 35 Pfg. Zu beziehen durch sämtliche Buchhandlungen oder beim Verlag Max Steinebach, München, Baaderstraße 1 und 1a, Postscheckkonto München 654.

Herren- u. Damengarderoben
fertigt aus mitgebrachten Stoffen
Heinrich Jäger
Müllerstraße 52/2, Ecke Pestalozzistraße
Telefon 27251
Uebernahme aller einschlägigen Arbeiten, Reparaturen, Wenden, Modernisieren Umarbeiten von Militär- in Zivilkleider. — Prompte Bedienung — Tadellose Ausführung — Mäßige Preise.

Alles liest die Neue Zeitung
Inserate haben grossen Erfolg

Wohin verkaufen Sie
Papier-Abfälle
Große u. kleine Posten
Sofortiges Einstampfen
Rufen Sie
Telefon-Nr. 55585
München, Oberanger 44
Münchener Stampfpapier- und Hadernsortieranstalt
Adolf von der Heiden.

Neu eröffnet!
Jede kluge Hausfrau
macht ihre Einkäufe im
Rosenthal Nr. 15
Kaufhaus M. v. d. Heiden
Braune Rabattmarken.

Der kleine Laden
[illegible]
bietet Wirten und Verbrauchern billigst an: Spanischer Weißwein und Rotwein 1/1 Flasche M 25.40, verzeuert, Goldstück Weinbrand 1/1 Flasche M 48.—, Weinbrand, 1/1 Flasche M 45.—, 45 % Zwetschgenwasser, M 49.—, Jamaica-Rum-Verschnitt, 1/1 Flasche M 42.—, Liter M 55.—, Arac de Batavia Verschnitt 1/1 Flasche M 42.—, per Liter M 55.—, Sekt „Grand Monopol", M 50.—, Malaga, M 27.60, Virginia, 100 Stück M 170.—, Feinschnitt und Light Tob. 25 Gramm M 6.20, Zigarren, erstklassige Preislage: ab 75 ₰, Zigaretten in der Preislage von 19—29 Pfennig. Echter Marco-Polo-Tee.
Weinhandlung Stachus, Karlsplatz 21
am Stachus

Kupfer, Messing
Zinn, Zink, Blei
Quecksilber
und alle anderen Metalle kauft zum Tagespreise
Hilsenbeck, München
Reichenbachstr. 32, Lilienstraße 50, Kapuzinerstr. 14 und Rosenheimerstraße 64.

Max Steinebach
München
Baaderstr. 1 und 1a,
Telefon 26355
Verlagsanstalt
Buchdruckerei

Wo werden Herren- u. Damenhüte in Filz, Velour, Stroh u. Panama umgearbeitet?
Lieferzeit innerh. 8 Tagen.
Den ganzen Tag geöffnet.
Schefthaler, Türkenstraße 35.
Eigene Werkstätte.

Möbel Wohnzimmer Schlafzimmer Küchen
Einzelne Möbel! Erstklassige Arbeiten!
München, Humboldtstr. 17 u. 19.
Trambahnlinie 12, 17, 5, 15.
Möbelschreinerei Fritz Richter, Lager.

An das Postamt, hier.
(Am Postschalter abgeben.)

Hiermit bestelle ich ein Exemplar
„Neue Zeitung"
Eingetragen im bay. Zeitungsverzeichnis, 8 Nachtrag unter der Nr. 850c.
für das 2. Vierteljahr 1920. — Preis monatlich M. 5.—

Name: ....
Straße: ....
Postamt: ....

Andreas Wörle MÜNCHEN Baaderstr. No 1
Besen-, Bürsten- und Pinsel-Fabrik, Falkner

In meinem Verlage ist erschienen:
Die Entwicklung der
Genossenschafts-Theorie
im Zeitalter des Kapitalismus
Von Dr. J. L. Sassen
:: Preis Mk. 8.— ::
Verlag von Max Steinebach
Baaderstr. 1a München Baaderstr. 1a

KAIN-VERLAG MÜNCHEN
BAADERSTRASSE 1a.
Kain-Kalender 1912 u. 1913
von ERICH MÜHSAM
zum Preise von je Mark 1.—, sowie
KAIN
herausgegeb. von Erich Mühsam
Jahrgang 1911, 1912, 1913 Preis per Jahrgang M. 5.—
Jahrgang 1914, Heft 1—4 Preis per Heft 50 Pfg.
sind noch in wenigen Exemplaren vorrätig.

Verantwortlich für die Redaktion: Fritz Ehrhart, München. Verantwortlich für den Inseratenteil: Valentin Neumeier, München. Druck und Verlag von Max Steinebach, München.

Neue Zeitung

Organ für das arbeitende Volk

Mit den Beilagen: Der Betriebsrat * Die Konsum-Kommune * Literatur-Beilage * Frauen-Beilage

Erscheint täglich früh 10 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich M. 19.50, monatlich M. 6.50. Zu beziehen durch die Geschäftsstelle, durch unsere Münchener und auswärtigen Filialen, sowie alle Postanstalten. • Anzeigenpreis: die 30 Millimeter breite Nonpareillezeile Mk. 1.50, Reklamezeile, 90 Millimeter breit, Mk. 6.— Münchener Anzeigen und Stellengesuche nach aufliegendem Tarif. Postscheck-Konto München 14325. • Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Baaderstraße 1a. Verantwortlich für den politischen Teil: Fritz Ehrhart, München, für die nichtpolitischen Beilagen: H. Neumann, München, für den Inseratenteil Valentin Neumeier, München. Sprechstunden der Redaktion von 11—12 Uhr • Fernsprecher: Schriftleitung und Expedition 22392, Druckerei und Anzeigenabteilung 26355. Druck und Verlag von Max Steinebach, München.

Einzelpreis 30 Pf. — Herausgeber Arbeitersekretär Otto Thomas. — Einzelpreis 30 Pf.

Nummer 472 — München, Mittwoch, den 21. Juli 1920 — II. Jahrgang

Bolschewistischer Vormarsch in Asien.

Teheran, 19. Juli. Da die armenische Regierung dem Ultimatum der Moskauer Regierung keine Folge geleistet hat, bekam die 11. bolschewistische Armee den Befehl zum Vorrücken. Sie hat bereits die Provinz Karabag besetzt. Der Vormarsch geht weiter auf Zangezu, nachdem Gerusi eingenommen ist. Das Ziel dieser Operation ist die Vereinigung mit den nationalistischen Streitkräften Mustafa Kemals.

Paris, 19. Juli. Havas meldet aus Teheran: Die Lage in Persien ist unsicher. Die Regierungstruppen hatten die Bolschewisten in der Gegend von Sari geschlagen, sodaß sie die Stadt räumen mußten, die Bolschewisten besetzten später aber die Stadt wieder.

Die [illegible] Kämpfe.

Kopenhagen, 20. Juli. Der Vormarsch der Bolschewisten [illegible] weiter seinen vergeblichen [illegible] an der Nordfront [illegible] Geschwindigkeit von 20 bis 30 [illegible] bedeutet einen Vormarsch bis auf 150 Kilometer auf [illegible] Die Streitkräfte, die von Molodetschno aus [illegible]ngen, bestürmen bereits Nowo-Grodek, südlich davon [illegible]nowitschi und weiter dem Oginskikanal, wo sich noch alte deutsche Stellungen befinden.

Im Süden sind die Russen im Besitze von Kamenez-Podolsk, haben aber die Grenze von Ostgalizien noch nicht überschritten. Auf der mittleren Front steht ein Generalangriff gegen Kowel bevor.

Basel, 19. Juli. Nach einer Warschauer Meldung hat sich die polnische Armee nach heftigen Rückzugsgefechten westlich der Linie Wilna-Grodno-Bialystock zurückgezogen. Die Bolschewisten marschieren auf Suwalki. Um die Grenzfestung Dubno wird gegenwärtig schwer gekämpft. Die [illegible] ist augenblicklich durch einen Gegenangriff in die [illegible] der Polen gelangt.

Königsberg, 20. Juli. Nach einer Meldung der Kopenhagener Berlinske Tidende haben die Polen die Festung Grodno in der Nacht zum Samstag geräumt.

Rotterdam, 20. Juli. Die Times meldet: Der polnische Heeresbericht vom Sonntag gibt den Verlust von Tarnopol zu. An der Straße nach Lemberg stehen die Polen in schwerem Kampf mit der 12. russischen Armee.

Kongreß der 3. Internationale in Baku.

Stockholm, 19. Juli. Das Exekutivkomitee der dritten Internationale, dem die Sowjetregierung die allgemeine Propaganda übertrug, lud die Vertreter des Proletariats von Persien, Armenien und der Türkei auf den 15. August 1920 zu einem Kongreß nach Baku ein.

Mobilmachung in Griechenland.

Paris, 19. Juli. Wie aus Athen gemeldet wird, werden unter die Waffen gerufen die Rekruten der Jahresklasse 1921, die Reserven von 1905 und von der Jahresklasse 1918 bis 1920, die in Griechenland Naturalisierten.

Die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Sowjet-Rußland.

London, 19. Juli. Dem Daily Telegraaph wird aus Kopenhagen gemeldet, daß ein britisches Torpedoboot in Reval angekommen ist, um die Mitglieder der russischen Delegation unter Krassin nach England zu bringen. Guten Informationen zur Folge hat die russische Regierung in einigen Staatsbanken ungefähr 25 Millionen Rubel in Gold deponiert. Die Summe soll zur Bezahlung der Waren bestimmt sein, welche Großbritannien Rußland liefern wird.

Sowjetrußland und Polen.

London, 19. Juli. Daily Telegraph glaubt zu wissen, daß England von Sowjetrußland auf den englischen Vorschlag betreffend den russisch-polnischen Frieden eine Antwort erhielt. In der Antwort, die ziemlich umfangreich sein soll, soll gesagt sein, daß Rußland keiner Nation das Recht einräume, zwischen der Sowjetregierung und Polen zu intervenieren. Die Sowjetregierung werde aber auf einem Waffenstillstand mit Polen eingehen, wenn Polen ihn verlangt, denn Rußland wolle Frieden.

Die neue bayerische Regierung.

Von Otto Thomas.

I

[illegible] sprechend ihrem [illegible] bildung erlangt.

Wenn man die neue Regierung [illegible] beurteilen will, muß man, so glaube ich, [illegible].

Als im Jahre 1914 [illegible] preußisch-feudalen Staats[illegible] stand und deren Grund[illegible] die preußisch-deutsche Bürokratie und das deutsche Offizierskorps war. Das preußisch-konservative Staatsprinzip hatte im modernen Deutschland die Führung und so erschien der deutsche Kapitalismus in einer Ordnungsform, die dem kapitalistischen Wesen der übrigen Welt aufs lebhafteste entgegengesetzt war. Das deutsche Bürgertum hatte keine Revolution gehabt, sein wirtschaftliches Wollen war durch die „Revolution von Oben" durch Bismarcks staatsmännische und kriegerische Tätigkeit erreicht worden. Das Wesen des Bürgertums und der Demokratie, seiner politischen Form, ist aber das Geschäft und damit die staatliche [illegible]losigkeit, wie wir es in den demokratischen St[illegible] des Westens vor uns hatten. Im Weltkriege kämpften nun nur zwei imperiali[illegible] miteinander, sondern auch zwei Staatsprinzipien, das feudale und das bürgerliche. Der mitteleuropäische Imperialismus brach im Kriege zusammen, damit auch zugleich das feudale Staatsprinzip. Deutschland wurde eine demokratische Republik, am 8. November 1918 wurde die letzte Vollendung der 1848er Revolution am Abendhimmel der bürgerlichen Welt in Deutschland erstmals sichtbar und das deutsche Bürgertum stellte sich mit einem Salto mortale auf „den Boden der gegebenen Tatsache".

Aber die bürgerliche Republik wurde zur Tatsache, als bereits ein neues Gesellschaftsprinzip im Aufsteigen begriffen war. Das Prinzip der Arbeit, getragen von der großen Arbeiterklasse Deutschlands, deren Geisteswelt trotz allem eingelagert war halb in der feudalen Staatsordnung, vier Zehntel in der kapitalistischen republikanischen Denkweise des Westens und zu eines Zehntel in der eigenen proletarischen Ideologie. Diese letztere begann und [illegible] noch am Erwachen. In dem ungeklärten, gesch[illegible] Rußland hatte ein Volk innerhalb zweier Jahre eine jahrhundertelange Entwicklung durchschritten und gelangte zum Siege der proletarischen Idee. Die Revolution des Ostens ist im letzten [illegible] auch die proletarische Revolution des [illegible] Das Proletariat hat hier nur [illegible]

[illegible]

[illegible] Form wieder zur Herrschaft kom[illegible] ten, gelungen sie im industriearmen Bayern wie[illegible] Herrschaft.

Der eine Versuch der alten Kräfte im Reich hätte beinahe dazu geführt, die Arbeiterklasse ganz zum Siege kom[illegible]

[illegible] ist der Erfolg, das zeigt, um so mehr [illegible] zu rechnen, daß zahlreiche Geistige aus ursprünglich andern Schichten die historische Notwendigkeit dieser Entwicklung einsehen und sich selbst umstellen auf diese neue geschichtliche Notwendigkeit.

Das Bürgertum hat in Deutschland seine [illegible] Aufgabe nicht zu lösen vermocht, preußische Junker haben sie gelöst. Es scheint, daß es der Arbeiterklasse ähnlich [illegible] weil sich ihr Troß und ihre bisherige Führung nicht aus der kleinbürgerlichen Behaglichkeit zu erheben vermag zu ge[illegible] Tat. Daher die täglich u[illegible] Strömung, die nichts an[illegible] Hinströmen eigentlich klassenfremder Elemente zur Idee des Arbeiterstandes. Die Idee des Arbeiterstandes ist von Lassalle im „Arbeiterprogramm" entwickelt worden. In tausenden Versammlungen hat die alte Sozialdemokratie dieses Thema abgehandelt, als aber die Zeit erfüllet war, da trat sie als Kommis und Hausbursche in das demokratische Gemüsegeschäft der bürgerlichen Republik ein und redete jeden Tag, jedes historischen Sinnes bar, von dem langsamen Hineinwachsen in den Sozialismus, nicht sehend, daß die Welt ringsum in Auflösung begriffen ist und nach einer sozialistischen Tat geradezu schreit.

Im Internationalen Verlag in Zürich ist soeben eine Schrift in deutscher Sprache erschienen, die von einem russischen Revolutionär im Jahre 1905 verfaßt [illegible] Sie führt den Titel: „Ueber proletarische [illegible] Gedanken, die gerade heute im Zeit[illegible] Marxisten, eine Anerkennung, die [illegible] wie sehr in der russischen Revolution [illegible] klassische Philosophie ihre Verwirklichung [illegible] treu der letzten These von Karl Marx über Ludwig Feuerbach:

„Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt aber darauf an, sie zu verändern."

Mag nun dies verändern dem oder jenem Philister [illegible] angenehm sein oder nicht, es liegt [illegible]

[illegible] Interesse bringt jedes Mitglied der [illegible] Stände, das sich nicht ein für allemal durch einen [illegible] Blick über sein ganzes persönliches Dasein erhoben und hin

weggesetzt hat, von vornherein in eine prinzipielle feindliche Stellung zu der Entwicklung des Volkes, zu dem [illegible] [illegible], zu den Fortschritten der Kultur, zu eben [illegible] [illegible] Siegen des [illegible] lichen Lebens. Dieser Gege[illegible] der höheren Stände und der Kulture[illegible] ist es, welcher die hohe und notwen[illegible] [illegible] höheren Stände hervorruft — — —" Die Bourgeoisie tritt zwar [illegible] in der Rolle der Trägerin von Bildung und [illegible] [illegible] aber das Recht der Ausbeutung für sich, das [illegible] auf Kosten anderer zu leben — und [illegible] ist unzweifelhaft ein Hemmschuh des Fortschritts. „Dies sind die Gründe — sagt Lassalle — weshalb die Herrschaft des vierten Stand[illegible] über den Staat eine Blüte der Sittlichkeit, der Kultur und Wissenschaft herbeiführen muß, wie sie in der Geschichte noch nicht dagewesen."

„Dieser Gegensatz des persönlichen Interesses und der Kulturentwicklung der Nation ist es, der bei den unteren Klassen der Gesellschaft zu ihrem Glück fehlt. Insofern aber und insoweit die unteren Klassen der Gesellschaft die Verbesserung ihres Klassenloses anstreben, insofern und insoweit fällt dieses persönliche Interesse statt sich der geschichtlichen Bewegung entgegen zu stellen und dadurch zu jener Unsittlichkeit verdammt zu werden, seiner Richtung nach vielmehr durchaus zusammen mit der Entwicklung des gesamten Volkes, mit dem Siege der Idee, mit den Fortschritten der Kultur, mit dem Lebensprinzip der Geschichte selbst — — — —." Und dann beweist Lassalle, daß die Arbeiterklasse mehr Sittlichkeit aufweist, nicht allein ihrem Wesen und ihre[illegible] Auffassung von den [illegible] des Bewußtseins.

„Die egoistischen Triebe der Bourgeoisie ersticken ihr Bewußtsein, ihr „bewußtes Verhältnis zum Leben", sie bewirken, daß sie den Staat als ein Werkzeug der Ausbeutung der Individuen betrachtet. Diese Auffassung und diese Zielsetzung des Staates beruhen auf einem beschränkten Gefühl und sind der Wissenschaftlichkeit fremd. Nach der Auffassung der Arbeiterklasse ist der Staat diese Einheit der Individuen in einem sittlichen Ganzen, eine Einheit, welche die Kräfte aller Einzelnen, welche in diese Vereinigung eingeschlossen [illegible] [illegible] nicht ein Werkzeug der [illegible] ein Werkzeug zur Aus[illegible] [illegible] Staat soll alle Kräfte der [illegible] [illegible]tigen Sieg über die [illegible] [illegible]tischen; die Erwei[illegible] [illegible]

[illegible] [illegible] höhere [illegible] [illegible] vollkommeneren Differenzierung (d. h. einer [illegible] Arbeitsteilung) und Integrierung (d. h. [illegible] der Solidarität unter den Individuen und einer Konzentration der gesellschaftlichen Produktion). In der befreiten Gesellschaft entwickelt sich dabei eine gesteigerte innere Kraftentfaltung des Lebensaktes, begleitet von einem Gefühl höherer Lust, größerer Glückseligkeit."

(Schluß folgt.)

[illegible]

[illegible] die inhaftierten Genossen laufen [illegible] Und dabei sind die meisten derer, [illegible] hinter Gefängnismauern schmachten, daß Ihr sie [illegible] [illegible] vergessen habt, gerade sie, die am bewußtesten [illegible] [illegible] für Eure Sache eingetreten sind.

Die Familien der Inhaftierten leiden Not. Die Inhaftierten selbst sind nun schon weit über ein Jahr von der Außenwelt abgeschnitten, das Leben, das sie führen ist traurig und freudlos.

Sie leiden für Euch, Genossen!

Beweist Ihr es dadurch, daß Ihr erneut spendet, dadurch daß Ihr die Beschaffung kleiner Freuden für sie ermöglicht, daß Ihr an sie denkt, daß Ihr ihrer nicht vergessen habt!

[illegible]

Nur zufällig hat gerade der oder jener Genosse das Unglück, inhaftiert zu sein. Euch Allen, wenn Ihr es ernst mit der Sache meint, droht stündlich das gleiche Schicksal.

Und auch Ihr würdet dann froh und dankbar sein, wenn Ihr fühlen würdet, daß Eure freien Brüder Eurer gedenken.

Gebt Spenden für die inhaftierten Genossen:

[illegible] Neuen Zeitung, die sie dann an die Frauenhilfe weiterleitet.

[illegible]

Die Vorstände der Bergarbeiterverbände.

Berlin, 20. Juli. Nach einer Mitteilung in der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts haben sich die Vorstände der Bergarbeiterverbände des Ruhrreviers für die Erfüllung des Spaer Abkommens ausgesprochen. Die weiteren Verhandlungen beginnen Freitag in Berlin.

Rußlands Antwort auf die englische Note.

Amsterdam, 20. Juli. Die Times meldet über die Antwort der Sowjetregierung auf die Vorschläge Lloyd Georges, daß die bolschewistische Regierung sich weigere, an der Konferenz in London teilzunehmen, weil England nicht unparteiisch sei. Ferner habe sie Bedenken gegen die Zulassung von Delegierten der Ostseestaaten zu der Konferenz. Der vorgeschlagene Waffenstillstand sei nicht günstig für Polen, welches durch direkte Verhandlungen mit der Räteregierung viel günstigere Grenzen würde erhalten können. Moskau weigere sich auch, einige Bedingungen betreffend die Streitkräfte des Generals Wrangel und die Flüchtlinge in Südrußland anzunehmen und verlangt die bedingungslose Kapi[illegible] [illegible]

[illegible]

London, 19. Juli. Wie der Daily Telegraph aus Kopenhagen meldet, traf ein britisches Torpedoboot [illegible] ein, das die Mitglieder der russischen Delegation, bestehend aus Krassin, Kohen und Hiorgin nach England bringen soll.

Kamenew — Delegierter für England.

Amsterdam, 20. Juli. Die Blätter erfahren, daß der Präsident der Moskauer Sowjets, der frühere Oberbefehlshaber des bolschewistischen Heeres, Kamenew, als Chef der Handelsdelegation nach London kommt, und daß Krassin ihn als Assistent zusammen mit einer Anzahl Handels- und Finanzsachverständiger begleiten wird. Krassin und Kamenew seien am 18. Juli aus Moskau nach Reval abgereist, von wo sie mit einem englischen Kriegsschiff nach England fahren werden.

Die Lage in Irland.

London, 19. Juli. Aus Cork wird Daily Telegraph gemeldet, demobilisierte Soldaten wollten die Ermordung eines Kameraden rächen und griffen uniformierte [illegible] an. Freiwillige Sinnfeiner kamen den überraschten Soldaten zu Hilfe. Schließlich traf ein Panzerauto mit Militär ein, das das Feuer auf die Menge eröffnete. Mehrere Personen wurden verletzt, darunter drei Soldaten.

Amsterdam, 19. Juli. Nach einer Londoner Meldung wurde in der Nacht zum Sonnabend der [illegible] Londonderry von 100 bewaffneten maskierten [illegible] angehalten und dabei die amtliche Post [illegible]. Bei [illegible]ton Port ereignete sich ein ähnli[illegible].

Die Streikbewegung im In- und Ausland.

Deutschland.

Berlin, 19. Juli. Nach dem Achtuhr-Abendblatt haben die Grubenarbeiter des [illegible] Bitterfeld die Verhandlungen mit den Regierungsvertretern abgebrochen und wollen weiterstreiken, bis die Verhandlungen der Regierung mit den Grubenarbeitern Mitteldeutschlands in Halle ein günstiges Ergebnis haben. Infolgedessen dauert auch der Ausstand in [illegible] fort.

Böhmen.

Reichenberg, Böhmen, 19. Juli. In Stadt und Bezirk wurde, wie bereits angekündigt, der Generalstreik proklamiert. Nur die Lebensmittelgeschäfte sind geöffnet. Die [illegible] anschließen. Unter den von den [illegible] Forderungen steht die an erster Stelle, [illegible] der Verbesserung der Ernährung befaßt.

Arzt und Menschenfreund.

Wir entnehmen der Münchener Medizinischen Wochenschrift vom 4. Juni den Abdruck des nachfolgenden [illegible], den der alldeutsche Professor Geheimrat von Gruber, ein [illegible] gut bezahlter Arzt, der in einer Villa wohnt und mit einer Engländerin verheiratet ist, an seinen Berliner Kollegen Professor Bumm richtete. Es braucht wohl nicht eigens hervorgehoben zu werden, daß der ebenfalls als [illegible] sattsam bekannte Verleger dieser Wochenschrift mit dem Inhalt des Briefes einverstanden ist.

Der Brief lautet:

München, den 22. Mai 1920.

[illegible] geehrter Herr Kollege!

[illegible]

[illegible] ren Weise [illegible] infolge des [illegible] unseres ganzen Besitztumes im Ausl[illegible] unserer heimischen Bodenschätze, infolge [illegible] Industrie und des Handels — mit dem von uns [illegible] arbeiteten den Tisch nicht mehr decken können. Vom [illegible] aber kann und darf das deutsche Volk nicht leben wollen und völlig unvereinbar mit seiner Ehre wäre es gar, wenn wir jene anbetteln würden, welche durch ihren längst [illegible] planten gemeinsamen Raubanfall, durch die Hungerblockade durch die mit teuflischer Ueberlegung ausgedachten Bestimmungen des sogenannten Versailler Friedens uns in das entsetzliche Elend der kommenden Tage gestürzt, welche uns 6 Jahre lang bis heute mit Verleumdung, Schimpf und Schande überhäuft haben. Das Leben ist der Güter Höchstes nicht! (Aber der Herr Geheimrat lebt gut. D. Red.) Ohne [illegible]

Lodz, das gelobte Land.

Roman von Reymont.

Berechtigte Uebersetzung von A. von Guttry.

(Fortsetzung.)

„Mein treuer Herr Borowiecki!

Herzlichen Dank für den letzten Brief. Großpapa hat er eine große Freude gemacht, mich hat er einfach gerührt und fortgerissen. Wie gut Sie sind! Durch einen Boten gar die Blumen zu schicken."

Er lächelte höhnisch. Die Blumen hatte er nämlich von seiner Geliebten in solchen Mengen bekommen, daß er nicht wußte, was damit anfangen. Er schickte sie der Braut.

„Wie schön diese Rosen sind! Sie sind doch nicht aus Lodz! Vielleicht [illegible] sie gar aus Nizza kommen lassen, [illegible] damals? Das würde mich sehr freuen und [illegible] weil ich mich mit [illegible] Sie. [illegible] nach zwei Wochen sind die Blumen [illegible] — das ist [illegible] habe ich es [illegible] Großpapa [illegible] über mich und [illegible], er würde es Ihnen mitteilen, darum sage ich Ihnen lieber sofort die Wahrheit. Sie sind mir doch nicht böse darum?"

„Die liebe Anna," flüsterte Karl, vom Gefühl überwältigt, und [illegible] mit glänzenden Augen weiter.

„Die [illegible] ist schon erledigt. Es liegt in [illegible] Ich habe es nämlich [illegible] Auf unseren Namen [illegible]

[illegible] ben? So ungeduldig [illegible] zu sehen [illegible]

Herr Stawski hat alles verloren, weil ihm die Gesellschaft sein Gut verkauft hat. In nächster Zeit soll er nach Lodz fahren, er wird Sie auch besuchen."

„Noch ein Krüppel!" flüsterte Karl unwillig.

„Er hat irgendeine Idee, eine Erfindung, und verspricht sich damit in Lodz ein Vermögen zu machen."

„Idiot! Nicht der erste und nicht der letzte."

„Ich muß schließen, weil mir die Augen zufallen und Großpapa immer ruft, ich soll schlafen gehen. Gut Nacht, mein goldener König, gut Nacht! Morgen schreib ich ausführlicher. Gut Nacht!

Anka."

In der Nachschrift wurden die Ueberbringer des Briefes noch besonders [illegible]

[illegible] Das ist gut, sehr gut [illegible] zwanzigtausend [illegible] sich zu besinnen, [illegible] sie ihre Mit-[illegible]

[illegible] best, vielleicht von denen, die ich kenne, [illegible] . . . aber . . . was geht sie mich an? . . . Liebe ich sie denn? Habe ich sie je geliebt? Wenn ich die Frage offen stelle!" dachte er, sich alles ins Gedächtnis zurückrufend.

[illegible] wartet auf den Herrn Direktor", [illegible]

[illegible] hinter seinen [illegible] Palais, im [illegible]

[illegible]

Am Ende des Parkes, an einer roten Fabrikmauer, glitzerten in der Sonne die Treibhausfenster durch die niedrigen Sträuche und Bäume herüber.

Traurig war der Park und schlecht erhalten.

Ein Lakai in schwarzer Livree öffnete vor Borowiecki die Tür zum Vorzimmer, das mit Teppichen ausgelegt und von oben bis unten mit Photographien von Fabriken, von Arbeitergruppen und mit Karten der Buchholzschen Besitzungen behängt war.

Vier Türen führten ins Innere des Hauses und eine eiserne Wendeltreppe ins obere Stockwerk.

„Wo ist der Herr Rat?"

„Oben, in seinem Arbeitszimmer."

Der Lakai ging voran, schlug die Portieren zurück, öffnete die Türen, und Borowiecki ging langsam durch die prachtvollen, mit ernsten und schweren Möbeln ausgestalteten Räume. Durch die herabgelassenen Stores drang fast gar kein Licht herein. Tiefste Stille umgab ihn, selbst den Laut seiner Schritte dämpften die Teppiche.

Ein feierlicher, kalter Ernst lag über der Wohnung. Die Möbel standen in dunkeln Ueberzügen da, die Spiegel, die Lüster, die Kandelaber, sogar die Bilder waren mit Ueberzügen verdeckt und verschwammen in der Dämmerung, in der nur die bronzenen Ornamente der Majolikaöfen und das Gold des Plafondstucks funkelten.

„Herr von Borowiecki!" meldete ernst der Lakai in einem Zimmer, wo am Fenster, in einem tiefen Fauteuil, den Strickstrumpf in der Hand, Frau Buchholz saß.

„Guten Morgen, Herr Borowiecki!" ließ sie sich zuerst vernehmen, nahm die Stricknadel heraus und reichte ihm die Hand mit einer automatischen Bewegung.

„Guten Morgen, Madame!" Er küßte ihre Hand und ging weiter.

„Pudel! [illegible] schrie ihm der Papagei nach, der mit den [illegible]

[illegible] [illegible]cki im Eßzimmer an. [illegible] aus grünem, wunderbar ver-[illegible] mit dem von ihm unzer-[illegible]

völkische Ehrliebe gibt es übrigens auch gar kein gesundes [illegible] verkommen — dabei würde ich mittun — nicht die Menschlichkeit derjenigen an, [illegible] lichkeit in beispiellos unmenschlicher W[illegible] treten haben; rufen Sie nicht [illegible] christlicher Sittlichkeit, der kein Wort gewagt hat [illegible] Hungersperre und gegen den „Versailler Frieden"!

Mit kollegialer Hochachtung Ihr ergebener

Max Gruber.

Zum besseren Verständnis und zur menschlichen Würdigung dieses Briefes sei den Wenigen, die dies noch nicht wissen sollten, gesagt, daß der alldeutsche Professor Gruber mit zu denen gehörte, die sich am lautesten und unter Einsetzung ihres ganzen Einflusses für die Anwendung des rücksichtslosen U-Boots-Krieges erklärten.

Angehörige dieses Professors scheinen auf jeden Fall nicht lungenkrank zu sein, das überläßt dieser Menschfreund denen, die in Elendslöchern hausen und an Unterernährung leiden müssen. Jeder aber, der noch einen Funken menschlichen Fühlens in sich hat, alle die, deren Kinder, in Konsequenz der von Herrn von Gruber befolgten Politik, an dieser furchtbaren Seuche elend zu Grunde gehen, sie alle mögen sich die Worte dieses alldeutschen Arztes einprägen: „Ich halte es für unabwendbar, daß in der einen oder anderen Weise 10—15 Millionen aussterben."

Denn das Leben ist der Güter höchstes nicht.

Herr von Gruber aber lebt immer noch und wirkt weiterhin als anerkannt tüchtiger Arzt zum Segen und zum Wohle derer, deren gesellschaftliche Stellung es ihnen ermöglicht, sich die Elendsseuche vom Halse zu halten.

[illegible]arbeiterrechte.

Regensburg, 11. Juli. Am Sonntag, 11. Juli, fand eine öffentliche Landarbeiterversammlung in Triftling statt, in welcher Genosse Unfried aus Stuttgart über „Warum organisieren wir uns" referierte. Schon vor Beginn der [illegible] erie diese zu verbieten, [illegible] Einberufer [illegible] anzumelden verpaß. [illegible] Arbeiterschaft für die Abhaltung [illegible] und fand diese auch statt. [illegible]

[illegible] der zu den [illegible]risten übertritt, gekündigt wird. Die Arbeiter in [illegible] sind jedoch mit dem Genossen Fanderl einverstanden und sind gegen die Machenschaften des Gauleiters [illegible]. Hier der Brief:

„Von den Mitgliedern der Ortsgruppe Triftling ging uns Meldung zu, daß Du am 11. Juli eine kommunistische Landarbeiterversammlung einberufen hast, und somit mit dem Deutschen Landarbeiterverband nichts mehr zu tun hast. Wir haben bei der Hauptverwaltung beantragt, den Ausschluß aus der Organisation."

So kämpfen mehrheitssozialistische Gewerkschaftsbeamte [illegible] Gewerkschaften nützen wird, dürfte fraglich sein. Wie lange wollen die Gewerkschaften eine derartige Illoyalität dulden?

Kommunistische Theorie und Praxis.

[illegible] bezwecken hätt[illegible] auf den Genossen T[illegible] da ja hier [illegible] zugegeben wird, daß dieser von den Kündigungen keine Kenntnis hatte.

2. Es ist nicht richtig, daß von der Redaktion und dem Herausgeber nichts unternommen worden sei. Sofort nachdem Genosse Thomas von der Kündigung in Kenntnis gesetzt wurde, hat er mit dem Firmeninhaber Rücksprache genommen. Auf Grund der Aussprache hat der gekündigte Betriebsrat dem „Genossen" Thomas gegenüber ausdrücklich darauf verzichtet, daß noch [illegible] unternommen werden und erklärte sich ausdrücklich mit seiner Entlassung einverstanden, nachdem er selber sehe, daß keine Arbeit für das gesamte Personal vorhanden sei. Dabei bedarf es keines Hinweises darauf, daß der Druckereibetrieb Steinebach nicht aus den gleichen Gründen verkleinert werden muß, wie dies in der Industrie der Fall, daß vielmehr der Wegfall früherer Druckereiaufträge eine Einschränkung erforderte. Der Buchdrucker Scharl, der zugleich Betriebsrat ist, hat die Notwendigkeit der Verkleinerung dem Genossen Thomas gegenüber ausdrücklich anerkannt, ihm kam es hauptsächlich auf die formelle Tatsache an, daß Thomas als Betriebsrat nicht verständigt worden sei.

3. Die Entlassung erfolgte so, daß die zuletzt in den Betrieb eingestellten Platz machen mußten. Abgesehen davon, daß der Genosse Thomas nicht verständigt wurde, hat die Firma Steinebach also das Betriebsrätegesetz loyal eingehalten und der gekündigte Buchdrucker Scharl hat in der Aussprache mit Thomas ausdrücklich auf eine nochmalige Aufnahme der Frage verzichtet.

4. Nun können wir allerdings der Münchener Post nicht zustimmen, wenn sie in der Einsendung „aus dem Betriebsrat der Druckerei Steinebach" aussprechen läßt, daß hier ein Feld sei, die kommunistischen Theorien in die Praxis umzusetzen. Aber wir wollen auf die Bösartigkeit des Parteiressentiments in der Zuschrift nicht eingehen. Aber fragen dürfen wir die Münchener Post, ob sie eine solche Zuschrift auch gebracht hätte, wenn es nicht zufällig der Betrieb der Neuen Zeitung gewesen wäre, dem Genossen Thomas aus einem ganz kleinen beschränkten Hirn heraus eins auszuwischen?

Dürfen wir darauf aufmerksam machen, daß wir Kenntnis haben von Beschwerden großer Gewerkschaften wegen Aufnahmen kritischer Artikel bei der Preßkommission der Münchener Post, weil diese Beschwerden mit dem Inseratengeschäft in Widerspruch geraten wären? Wir haben von solch kleinlicher Polemik stets abgesehen, obgleich man bei solchen Gelegenheiten auch die Frage stellen könnte, wohin denn die rein geschäftliche Taktik des alten Schlages führt. Da [illegible] ist, wie das andere, überlassen wir eine der[illegible] und der Ho[illegible]

[illegible]

Nachdem die Kündigung des Setzers Scharl im Einvernehmen mit dem in Betracht kommenden Personal bereits beschlossen war, brauchte sich Scharl in seiner Eigenschaft als Betriebsrat zur Geschäftsleitung erklärte, ohne daß die geringste Provokation vorausgegangen war, daß, falls bei der nächsten Lohnzahlung der zehnprozentige Steuerabzug vorgenommen würde, die Setzmaschinen und die Rotationsmaschine sabotiert würden, sodaß der Druck der Zeitung unmöglich sei. Ich wäre auf diese Aeußerung des Scharl hin zur sofortigen Entlassung berechtigt gewesen. Ich habe davon abgesehen, um nicht den Anschein zu erwecken, als ob ich aus der Situation finanzielle Vorteile ziehen wolle, sondern es bei der bereits beschlossenen Kündigung bewenden und Scharl sogar noch die Urlaubstage ausgezahlen lassen. Eine besondere Befragung des Scharl in seiner Eigenschaft als Betriebsrat kam nach dem Vorgefallenen für mich also nicht mehr in Frage.

München, 20. Juli 1920. Max Steinebach.

[illegible]

Die Eisenbahndirektion München teilt mit: ab [illegible] Juli verkehren an den Sonntagen [illegible] 93 Augsburg ab 8.60 Uhr, Weilheim an 9.45, [illegible] 7.25, ab 7.45, Augsburg [illegible] ab 5.70, Garmisch-Partenkirchen ab 6.39, [illegible] hof an 8.55 täglich.

[illegible] In der [illegible] Aichach wurde ge[illegible] gen die [illegible] Sitzung beigezogen [illegible] waren sich darüber [illegible] und keineswegs anerkannt werden [illegible] Landwirtschaft erklärten, daß diese Pr[illegible] gar nicht verlangt werden. Es wurde ei[illegible] gegen die Preispolitik an die Regierung ge[illegible] wieder, daß die kleinen Bauern die [illegible] mitmachen wollen, daß nur die Großgrundbesitzer und der Handel hinter dem Lebensmittelwucher stehen. Es ist bestimmt anzunehmen, daß sich noch mehrere ländliche Kommunalverbände diesem Protest des Kommunalverbandes Aichach anschließen werden.

Kondensierte Milch. [illegible] in vielen Geschäften ungezuckerte amerikanische [illegible] die Verwendbarkeit dieser Milch [illegible] Die Milch ist qualitativ sehr gut, sie ist frisch, hat keinen [illegible] die ungezuckerte [illegible] im Geschmack vorzuziehen, da bei der gezuckerten [illegible] den Zucker [illegible] bei Verwendung zu Kaffee, Kaffee entspricht diese Milch ca. 4 Liter frischer Vollmilch (22 Eßlöffel). Bei Verwendung [illegible] entspricht sie 5 Liter Kuhmilch. Der Liter Milch würde demnach auf ca. M. 2,40 bezw. M. 1,90 kommen. Für 1 Tasse Kakao zum Beispiel genügt 1 Eßlöffel der kondensierten Milch. Bei Verwendung zu Tee empfiehlt sich die Milch [illegible] zu verwenden und zwar auf 1 Tasse etwa [illegible] den. Der Bezug der Milch empfiehlt sich auch zurzeit deshalb, weil wie bekannt, die Anlieferung von frischer Milch sehr gering ist und die ungezuckerte Kondensmilch sich auch für Kinder und Kranke ausgezeichnet verwenden läßt.

Laufende Teuerungszulagen nach Ortsklassen ab 1. 8. 20. für Kriegshinterbliebene der Unterklassen. Auf Veranlassung der Kasse für Mil. Hinterbliebene geben wir bekannt, daß ab 1. August die Hinterbliebenengebühren (Witwen-, Waisen-, Kriegselt[illegible] widerrufliche Zuwendungen) erhöht werden und zwar [illegible]

[illegible] werden kann, wenn eine [illegible] die amerikanische Lebensmittel[illegible] mittelschweres [illegible] wodurch in Deutschland Lebensmittel [illegible] von Amerika [illegible] bereits in manchen Teilen [illegible] Kreisen bekannt gemacht worden. [illegible] Deutsche, wie Freunde oder Verwandte in Amerika [illegible] genügend oder überhaupt nicht von diesen [illegible] der Beschaffung notwendiger Lebensmittel [illegible] Um nun die nötigen [illegible] len der Bevölker[illegible] Zufuhr von Lebensmitteln [illegible] Bayerischen Landeshilfsvereins vom Roten Kreuz in [illegible] Zeit auch in allen ihren Geschäftsstellen kleine Broschüren [illegible] haben, aus denen leicht ersichtlich ist, auf welche Art und Weise di[illegible]

— Karl setzte sich dicht neben Buchholz, mit dem Rücken gegen die Wand.

Buchholz hob seine roten Habichtsaugen und heftete sie eine Zeitlang auf sein Gesicht.

„Krank bin ich," flüsterte er, auf seine Beine zeigend, die in weißen Flanell eingewickelt, wie zwei Ballen rohen Stoffes auf einem Taburett dicht am Feuer lagen.

„Immer dasselbe? Rheumatismus?"

„Ja, ja." Ein schmerzlicher Krampf verzerrte das graugelbe, runde Gesicht.

„Schade, daß der Herr Rat nicht für den Winter nach San Remo gefahren sind, oder überhaupt irgendwo nach dem Süden."

„Das nützt doch nichts, und Schaja und alle, die nur darauf lauern, daß ich so schnell wie möglich krepiere, würden bloß eine Freude haben. Pedel, richten", schrie er zum Lakai, auf sein Bein zeigend, das vom Taburett herunterglitt. [illegible]

„Ich meine, daß es nur wenige gibt, die Ihren Tod herbeiwünschen, vielleicht sogar keiner in Lodz; ich bin sogar sicher, daß es keinen gibt."

„Was erzählen Sie mir da, a[illegible]llen, daß ich sterbe, alle, deshalb werde ich ge[illegible] allen zum Trotz, noch lange leb[illegible] denken, ich habe keine [illegible]der? Was?"

„Wer hätte sie nicht?"

„Wie viel würde Schaja für meinen Tod geben, was glauben Sie?"

„Ich vermute bloß, daß er für Ihren Ruin, wenn er möglich wär, sehr viel geben würde, sehr viel, trotz seines Geizes."

„Glauben Sie?" Haß funkelte in seinen Augen.

„Ganz Lodz weiß es."

„Selbst dann würde er noch jemand betrügen [illegible] Geld würde er es bezahlen, oder mit [illegible]

Er senkte den Kopf auf die Brust [illegible] den Aermeln geflickten Schlafrock, und [illegible]

[illegible] wagte Borowiecki nicht [illegible] anfing.

Er schaute an den [illegible] ausgeschlagenen und von [illegible] den entlang. Ein [illegible] Ein riesiger Mahagonischreibtisch stand in der Ecke zwischen zwei [illegible]

„Ich höre", brummte Buchholz schroff

„Wir sprachen von Schaja."

„Lassen wir das. Pedel! Hammer soll herkommen. Was soll denn das heißen, in fünf Minuten soll ich die Pillen einnehmen, und der Narr ist immer noch nicht da. Kennen Sie die gestrigen Neuigkeiten?"

„Ich habe verschiedenes gehört. Herr Knoll erzählte es mir im Theater."

(Fortsetzung folgt.)

Theater.

Anton Wildgans: „Armut". Neue Bühne.

Vier Menschen sind in äußerer Not. Sie sind übel daran. Der Vater, ein kleiner Beamter, erkrankt und stirbt. Die Tochter im Geschäft kann die Familie allein nicht ernähren. Der Sohn besucht das Gymnasium. „Standesgefühl und Ehre" der Mutter, einer Offizierstochter, verlangen Lüge und Schein nach außen. Arbeiten [illegible]

[illegible] schöne Tochter aber ihren [illegible] ererbter, noch heute in ge[illegible]schauung drehi in der Dich[illegible] Aber dazu kann es nicht [illegible]

[illegible] der innere Bildung und Kultur besitzt, denn nur [illegible]

alle Zeit bestehen bleiben kann. Gerade weil den anderen Gesellschaftsklassen diese Grundlage fehlt, weil sie in ihrer Erziehung und Entwicklung auf äußeren Besitz, äußere Form das Hauptgewicht gelegt und damit Egoismus und Habgier gezüchtet haben, sind sie dem Untergange geweiht. Jetzt ist die Zeit ihrer [illegible] entweder im neuen, in unserem Geiste auf- oder zugrunde zu gehen.

Wiederum war der starke Kontakt zwischen Bühne und Zuhörer vorhanden. Ein Beweis, wie unsere Künstler den literarischen Werken Leben zu geben verstehen und damit selbst künstlerisch gefährliche Stellen mildern. Wir müssen ihnen Dank und Anerkennung zollen für ihre Hingabe und Hilfe an [illegible] Kulturarbeit.

Elsbeth Bruck.

„Im Weißessel". — Kammerspiele.

Zur Herstellung eines Kindsessels gehört viel [illegible] Schreiner, Tischler, Färber, Gerber usw., bis der Polst[illegible] ihn fertig macht. Aber alle diese Arbeit hat kein [illegible] zum Schluß nicht einer darauf sitzt. Das ist die Auffassung des Grafen [illegible] in Feudalismus und [illegible]

Neue Bühne. Die Vorstellungen beginnen ab Samstag, den [illegible]

Lebensmittelschecks zu erlangen sind und wie mit denselben nach Erhalt am besten zu verfahren ist. Diese Broschüren liegen bereits an folgenden Stellen auf: Bayerischer Frauenverein vom Roten Kreuz, Nymphenburgerstraße 159, Bayerischer Landeshilfsverein vom Roten Kreuz, Briennerstraße 53, Rotes Kreuz, Abteilung Flüchtlingsfürsorge, Schrammerstraße 7, wo auch sonstige weitere Anfragen mit Bezug auf dieses System gerne beantwortet werden. Die American Relief Administration Warehouse sind kein geschäftliches Unternehmen und falls ein Überschuß nach Verrechnung aller Ausgaben seitens dieser Organisation sich schließlich ergeben sollte, so würde ein solcher an die Quäker abgeführt werden, welche soviele tausende schlecht ernährte deutsche Kinder mit Nahrung versorgen.

Schinderhannes. Im Märzenkeller der Stadt Wien, der berühmten Singspielhalle des Herrn Friediger, ist zurzeit der dortige Direktor [illegible], mit dessen roher Brutalität wir uns ein [illegible]. Am [illegible], den 11. Juli gab es im B[illegible] einen Wortwechsel, in dessen Verlauf Jaßdorfer der Köchin [illegible] „Schnitzel" fehlen wollten. Die Köchin entgegnete [illegible] Herrn und Gebieter, daß das nicht nötig sei, er besorge das [illegible] daraufhin die Köchin in der [illegible], wobei er ihr Zähne ausschlug, sie an den Haaren [illegible] zog und elend zurichtete. Die Köchin ist eine 43jährige Frau. Ein „mutiger Mann" fürwahr. Für diesen Helden wäre wirklich das Beste wenn er mit Stockhieben bestraft würde umsomehr, als er, nachdem ihm von verschiedenen Seiten Vorhalt gemacht wurde, erklärte, jetzt zahlen wir eben was es kostet. So sieht ein Teil unserer edlen Arbeitgeberschaft im Gastwirtsgewerbe Münchens aus. Schwer ist es zu verstehen, daß es solch niederträchtige Menschen gibt, die sich an einer Frau vergreifen. Nichts ist vergessen, Herr Jaßdorfer! Wir werden ihn schon kriegen und was sagt Herr Friediger zu seinem „Direktor". Könnte man für den Herrn nicht einen Posten im städtischen Schlachthof schaffen?

Unentgeltlicher Schwimmunterricht an Kinder minderbemittelter Eltern. Die Direktion der städt. Badeanstalten hält während der Sommerferien unentgeltliche Schwimmkurse im Karl Müllerschen Volksbad an der Dantestraße und Ungererbad ab. Anmeldungen werden entgegengenommen bis längstens Mittwoch, den 21. Juli 1920, abends 6 Uhr und zwar im Karl Müllerschen Volksbad, Zweibrückenstraße 31 für Knaben und Mädchen, im Bad an der Dantestraße für Knaben und im Ungererbad für Knaben und Mädchen.

Schlecht verpflegt? Die Polizeiwehr scheint recht schlecht verpflegt zu werden, wenn schon die Herren Vizewachtmeister derselben zum Kartoffelstehlen gehen. Dies geschah nämlich im 22. Bezirk unserer Stadt. Als der Flurausseher am 19. Juli am Abend bei eintretender Dämmerung einen Mann, der sich Kartoffel aus einem Acker geholt hatte, festhalten wollte, um seine Person festzustellen, haben die Spaziergänger dies zu verhindern gesucht. Sie meinten wohl, daß es sich um irgend einen armen Teufel handle, den der Hunger zu diesem Schritt trieb. Der Aufseher stellte aber fest, daß es sich um einen Herrn Vizewachtmeister handle, einem ledigen noch dazu, wohnhaft in der Hohenzollernstraße 56. Jetzt standen die Spaziergänger freilich auf der Seite des Aufsehers und sie ließen dem Hüter der Ruhe und Ordnung manch kräftiges Wort hören. Er durfte froh sein, daß er die Erregung und Wertschätzung der Leute nicht noch auf eine andere Weise zu spüren bekam.

Schlichtungsausschuß. Der Schlichtungsausschuß München-Stadt gibt bekannt, daß der Wortlaut der von ihm abgegebenen Schiedssprüche sowie der von ihm getroffenen Vereinbarungen der Parteien gemäß Paragraph 28 der R.V.O. über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten nunmehr [illegible] durch Anschlag auf die Dauer von 8 Tagen im Flur des Schlichtungsausschusses München-Stadt, Promenadeplatz 6, 3. Stock, veröffentlicht werden.

[illegible]

Mittwoch, den 21. Juli 1920.

Internationaler Bund der Kriegsbeschädigten. Bezirk Haidhausen-Giesing-Au. Abends 7 Uhr findet im Gasthaus zum Radlwirt, Lilienstraße 66, Versammlung statt. Die wichtige Tagesordnung macht das Erscheinen aller Genossen zur Pflicht.

Verband der Buchbinder. Abends 7 Uhr im Kolosseum Versammlung.

Deutscher Metallarbeiterverband. Frauenversammlung im großen Saale des Gewerkschaftshauses.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands. Abends halb 8 Uhr im Kolosseum allgemeine Mitgliederversammlung.

Donnerstag, den 22. Juli 1920.

Deutscher Metallarbeiterverband. Im Eberlbräu, Sendlingerstraße, außerordentliche Schmiedeversammlung.

Freidenkerverein Darwin. Abends 8 Uhr im Restaurant Müllerbad, Hans Sachsstraße, Gesamtausschußsitzung. Alle Genossen des engeren und erweiterten Ausschusses haben bestimmt zu erscheinen. Alle weiteren Sitzungen fallen an diesem Tage aus.

Freitag, den 23. Juli 1920.

Internationaler Bund der Kriegsbeschädigten. Bezirk Innere Stadt. Abends 7 Uhr findet im Restaurant Ambergerhof, Corneliusstraße 2, Versammlung statt. Die wichtige Tagesordnung macht das Erscheinen aller Genossen zur Pflicht.

Sektion der Damenschneider und Schneiderinnen. Abends halb 8 Uhr im Saale des Gewerkschaftshauses, Pestalozzistraße 40, Sektinosversammlung.

[illegible] Partei

[illegible] — Ortsgruppe München

Mittwoch, den 21. Juli, abends 7 Uhr.

Sektion Bahnhof. Restaurant Mitterer-Hof, Mittererstraße.
Sektion Gärtnerviertel. Restaurant Ambergerhof, Ecke Müller-Corneliusstraße.
Sektion Au. Restaurant Frühlingsgarten, Asamstraße 6.
Sektion Pasing. Rest. Münchner Hof, Münchnerstraße.
Verkehrssektion Westend. Restaurant Ludwigsvorstadt, Kazmairstraße 41.
Betriebssektion Kraus Marsfeld. Nach Arbeitsschluß im Restaurant Bürgersaal, Nymphenburgerstraße 91.
Betriebssektion Kraus, Sendling. Nach Arbeitsschluß im Sendlingerhof, Lindwurmstraße 171.
Sektion Thalkirchen. Rest. Pullacher Hof, Thalkirchnerstraße.

Donnerstag, den 22. Juli, abends 7 Uhr.

Betriebssektion Ertel u. Sohn. Rest. Astallerhof, Ecke Astaller- und Guldeinstraße.
Sektion Giesing. Rest. Kriegerheim, Untere Grasstraße 18.
Sektion Milbertshofen. Gasthaus Radlerburg, Belgradstraße.
Sektion Nymphenburg. Rest. zur Rose, Hirschgartenallee.
Sektion Schwabing. Rest. Feilitzschhof, Feilitzschstraße.
Sektion Lehel und Bogenhausen. Rest. Kupferhammer, Emil Riedlstr.
Sektion Sendling. Jeden Donnerstag im Restaurant Sendlingerhof, Lindwurmstraße 171.

Freitag, den 23. Juli, abends 7 Uhr.

Sektion Brudermühl. Gasthaus Herzog Siegfried, Brudermühlstr. 19.
Sektion Neuhausen. Rest. Bürgersaal, Nymphenburgerstraße.
Sektion Haidhausen. Rest. zur Stadt Meriko, Wörthstr. 30.
Sektion Westend. Rest. Ganghofer, Ecke Ganghofer- und Tulbeckstr.
Bayr. Motorenwerke. Rest. Schützenliesl, Linprunnstr.

K. P. D. Regensburg. Jeden Freitag Versammlung im Metropol.

K. P. D. Ortsgruppe Selb. Jeden Montag abends von halb 8 Uhr ab Diskussionsabend in der Zentralhalle.

K. P. D. Ortsgruppe Rosenheim. Diskussionsabende an jedem Mittwoch abends 7 Uhr. Ausgenommen am ersten Mittwoch des Monats, an dem regelmäßig Mitgliederversammlungen stattfinden. Parteilokal: Perhohner-Klause.

K.P.D. Augsburg. Sektionsversammlungen.
Dienstag, 20. Juli nachmittags 5 Uhr.

Betriebssektion M. A. N. und L. A. R. Gesellschaftsbrauerei, Georgenstraße.

KPD. Ortsgruppe Walchensee. Jeden Mittwoch, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung. Es ist Pflicht jedes Genossen, in derselben stets zu erscheinen. — Neuaufnahmen können beim Schriftführer, dem Genossen Seb. Watzal, Hotel Post, stets vollzogen werden. Auch können Genossen Neueintretende in die Versammlungen mitbringen.

KPD. Ingolstadt. Mittwoch, abends 7 Uhr, im Gasthaus Schwabenwirt Funktionärsitzung und Referentenzirkel.

Schluß des redaktionellen Teils.

Verantwortlich für die Redaktion: Fritz Ehrhart, München. Verantwortlich für den Inseratenteil: Valentin Neumeier, München. Druck und Verlag von Max Steinebach, München.

Neue Zeitung

4. Jahrg. | Erscheint täglich außer an Sonn- u. Feiertagen — Bezug durch alle Postanstalten u. den Verlag — Auslieferung für München nur durch die Zeitungszentrale Färbergraben Nr. 27/28 — Schriftleitung und Verlag München, Baaderstraße 1a — Fernruf Nummer 24958 — Sprechstunden von 11—12 Uhr. | Dienstag, 18. Oktober 1921 | Bezugspreis frei ins Haus monatlich Mk. 6.50 — Einzelnummer 30 Pfg. — Anzeigenpreis für die 10-gespaltene Nonpareillezeile Mk 1.50, kleine Anzeigen u. Familienanzeigen Mk. 1.—, Stellengesuche Mk. 0.70.— Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle Werktag v. 8—4 Uhr. Samstag bis 1 Uhr — Postscheckk. München 345.2. | Nr. 45

Telegramme

Oberschlesien

TU. Oppeln, 18. Okt. In Interalliierten Stellen ist nunmehr bekannt geworden, daß England der Genfer Entscheidung rückhaltlos zugestimmt hat und daß die Teilung Oberschlesiens also unabänderlich sei.

Vor neuen Unruhen?

TU. Oppeln, 18. Okt. Aus dem Kreise Tarnowitz wird gemeldet, daß vor kurzem polnische Kavallerie in den polnischen Grenzorten gesehen worden sein soll.

Nicht nachzuprüfende Gerüchte wollen wissen, daß die Polen über die Korfantylinie vorzustoßen beabsichtigen. In einzelnen Orten sollen von den Mitgliedern der polnischen Gemeindewache an die Polen Gestellungsbefehle verteilt worden sein.

In der Nacht zum Sonntag wurden in dem Schloß Hause von Maczeikowitz 40 Gewehre abgeladen. Die Interalliierte Kommission in Kattowitz sollte davon telephonisch benachrichtigt werden, war jedoch nicht erreichbar. Das deutsche Plebiszitkommissariat in Myslowitz wurde nachts mit Handgranaten beworfen, wobei sämtliche Fensterscheiben zertrümmert wurden.

Die Krisis im Reich

Berlin, 18. Okt. Die Stimmung für den Rücktritt des Kabinetts Wirth hat an Einfluß gewonnen und man kann jetzt sagen, daß die Demission des Kabinetts sehr wahrscheinlich geworden ist. Dr. Wirth hat die Absicht geäußert, jedenfalls die Entscheidung erst zu treffen, wenn der Beschluß des Obersten Rates notifiziert sein werde. Man muß annehmen, daß er dann nach Beratung mit den Fraktionen seinen definitiven Beschluß faßt und zurücktreten wird, wenn sich eine neue Regierung tatsächlich gebildet hat.

Das Ergebnis der interfraktionellen Konferenz.

TU. Berlin, 18. Okt. Die gestrige interfraktionelle Konferenz der Koalitionsparteien hat zu keinem positiven Ergebnis geführt. Alles ist noch in der Schwebe. Man ist weder über die Finanzprobleme zu einer Einigung gelangt, noch vor allem über die Frage, ob die Regierung Wirth ihre Demission nehmen soll oder nicht.

Buchdruckerstreik in Berlin

Berlin, 18. Okt. Da die Berliner Verleger-Organisation sich mit dem Verlag Rudolf Mosse in dem das Druckerei-Personal streikt, solidarisch erklärt haben, sind heute morgen nur die drei sozialistischen Blätter erschienen, sowie die Kreuzzeitung und die Deutsche Zeitung.

Eisenbahnerbewegung im Mitteldeutschland

Halle, 17. Okt. In der Eisenbahn-Hauptwerkstätte wurde heute die Urabstimmung über den Streik vorgenommen. Für den Streik stimmten 1087 dagegen 200 Arbeiter. Bei den Verhandlungen zwischen der Eisenbahndirektion und den Angestellten ist eine Einigung nicht zu Stande gekommen.

Der deutsch-amerikanische Friedensvertrag

Newyork, 18. Okt. Trotz des Widerstandes der Wilsonschen Gruppe gegen den Sondervertrag mit Deutschland ist dessen Ratifikation für die nächste Woche zu erwarten.

Der Belagerungszustand ist aufgehoben!?

Reichspolitik

Die politische Lage in Deutschland wird von zwei Fragen beherrscht. Im Innern geht die Politik der Ordnungsparteien der Mitte davon aus, die soziale Revolution zu bannen, außenpolitisch ist sie gerichtet auf die Wiedergutmachung, d. h. die Verzinsung und Abtragung der Lasten, die der Krieg den Völkern auferlegt und die vornehmlich von den Völkern der besiegten Länder aufgebracht werden sollen. Die Mitte wird rechts und links flankiert.

Einmal von den deutschnationalen Monarchisten, die in der Herstellung der alten Staatsform glauben, innerpolitisch die Revolution am besten bändigen zu können, außenpolitisch aber an den Knauf des Degens denken, um die Belastung des kapitalistischen Deutschland durch kriegerische Experimente aus der Welt schaffen zu können. Links steht die kommunistische Partei, die drohende Verkörperung der sozialen Revolution, mit dem Ziele der Umwälzung der sozialen Eigentumsordnung der bürgerlich. Welt.

Die Mitte ist heute die eigentliche Basis der bürgerlich-kapitalistischen Eigentumsinteressen. Sie ist es so lange, bis das kapitalistische Bürgertum in der Mitte keine sichere Stütze mehr findet, dann wird es noch rechts Schutz suchen, d. h. dann tritt der soziale Konflikt aus seiner Bindung durch die Mitte heraus, es beginnt der offene Bürgerkrieg.

Der Eintritt der Sozialdemokratischen Partei in die Regierung ebenso wie ihr Austritt erfolgte jeweils nur unter dem Gesichtspunkt der Verhinderung der offenen Austragung der sozialen Klassengegensätze.

Mit dieser Hauptaufgabe beschäftigt, die innere bürgerliche Ruhe und Ordnung wieder herzustellen, konnte sie eine auswärtige Politik kaum in Angriff nehmen. Sie mußte sich als Parteiapparat in den inneren Organen des Staates befestigen, soweit das überhaupt möglich war, und nahm derweil die Ohrfeigen ohne Murren entgegen, die außenpolitisch von den Siegermächten, innenpolitisch von den bockigen Konterrevolutionären ihnen ausgeteilt wurden. Denn die Konterrevolution befestigte sich teilweise so, daß sie die Dienste der Sozialdemokraten nicht mehr bedurfte. (Siehe Bayern.)

Gleichwohl, das bürgerliche Interesse, mehr noch das der Kleinbürger, beließ der sozialdemokratischen Bürokratie eine politische Bedeutung, daß diese mehr denn je zu einem Fundament der Mitte wurde.

Als im Vorjahre die Sozialdemokratie aus der Reichsregierung austrat, geschah dies aus Furcht vor einem inneren Konflikt, der zu erwarten war, wenn die SPD. in der Regierung verblieben wäre.

Als der Beschluß von Görlitz vorlag, kam die Regierung Wirth ins Gedränge. Denn wenn ein Partner zu weit geht in seiner freiwilligen Unterwerfung, dann hat er keinen Boden mehr, auf dem er für sich etwas gewinnen kann.

Deshalb begann das Spiel mit den Unabhängigen.

Das Spiel mit den Unabhängigen war von vornherein nicht ernst gemeint. Sie wurden benötigt, um der Deutschen Volkspartei gegenüber wieder mehr Terrain zu gewinnen. Und sie waren mit von der Partie.

Sozialdemokratie und Unabhängige denken in ihren Spitzen nicht an den Sozialismus, ihre Politik ist eine Schaukel, die hin und her pendelt, um die Revolution zu vermeiden.

Der Pakt mit der Deutschen Volkspartei wird bald fertig sein. Die ehrlich gemeinte Opposition innerhalb der SPD. gegen den Beschluß von Görlitz durchschaut nicht die Politik der Führer. Den Führern war diese Opposition sogar angenehm, sie hatte ihre Opposition hinsichtlich der Vereinbarungen mit der Deutschen Volkspartei nötig.

Die Kommunisten haben dieser Politik gegenüber eine besondere Aufgabe.

Wenn die Politik der Regierung Wirth-Rathenau gelingt, so bedeutet das ein zweites Hinausschieben der Revolution, bedeutet eine Versklavung der deutschen Arbeiterschaft, eine Aufhebung auch aller sozialen Errungenschaften der Novemberrevolution, und der Vorgang im Leunawerk ist dann nur ein Symbol.

Dann werden die Arbeiter zum Büffeln gezwungen, und den Bauern werden Hypotheken aufgehalst werden, die alles bisher Dagewesene übersteigen.

Gelingt der Plan Wirth-Rathenau nicht, gelingt es nicht, den Sinn des Görlitzer Beschlusses zu verwirklichen, dann bricht die Politik der Mitte außen- und innenpolitisch zusammen.

So rasch und glatt die Loslösung der Deutschen Volkspartei von den Deutschnationalen vor sich ging, so rasch würde auch der Zusammenschluß sich wieder vollziehen, das kapitalistische Bürgertum würde sich die bewaffnete Macht der Reaktion erneut sichern.

Unser Bestreben muß darauf gerichtet sein, diese Politik des Görlitzer Beschlusses zuschanden zu machen.

Würde die unabhängige Partei in die Regierung eintreten, so kommt das Kompromiß mit der Deutschen Volkspartei nicht zustande, es sei denn, daß die USPD. auch das mitmachen würde, was man im Reich ohne weiteres auch noch annehmen kann. Denn wer A sagt, sagt auch B.

Das Bündnis der Deutschen Volkspartei mit den Sozialdemokraten beider Richtungen muß den Arbeitern in seinem ganzen Raffinement und mit all seinen schwerwiegenden Folgen enthüllt, der Arbeiterschaft in den sozialistischen Parteien klargemacht werden.

Deswegen muß die Opposition in der SPD. von den Kommunisten unterstützt werden, die geeignet ist, das Görlitzer Traktat zu zerstören.

Von diesem Gesichtspunkt ist auch die Politik der Kommunisten in Sachsen und in Thüringen zu bewerten. Sachsen und Thüringen sind politische Dokumente des Protestes gegen Görlitz.

Wäre es möglich, diese Politik auf das Reich zu übertragen, so müßte es geschehen, damit reine Bahn geschaffen wird, damit der Kampf mit der Industrie auch außerhalb des Parlamentes aufgenommen werden könnte, der Kampf um das bürgerliche Eigentum, um die Produktionsmittel und um die Diktatur des Proletariats

Die Berliner Stadtverordneten-Wahlen

Berlin, 17. Okt. Nach vorläufigen Berechnungen des Städtischen Wahlbureaus sind bei den Stadtverordnetenwahlen am Sonntag insgesamt 1672513 Stimmen abgegeben worden, von denen auf die bürgerlichen Parteien 845 773, auf die sozialistischen Parteien 826740 Stimmen entfallen. Danach werden die bürgerlichen Parteien mit geringer Mehrheit, vielleicht infolge der Listenverbindungen auch nur in gleicher Stärke mit den sozialistischen Parteien in das Stadtparlament einziehen. Jetzt schon ihre genaue Stärke angeben zu wollen, wäre verfrüht, da erst noch die Sitzungen des Kreiswahlausschusses am 20., 22. und 25. ds. Mts. abgewartet werden müssen.

Der Dollar — 167

Berlin, 18. Okt. An der heutigen Börse setzten die ausländischen Zahlungsmittel ihre stürmische Aufwärtsbewegung fort. Holländische Gulden, die mit 53½ begonnen hatten, waren um 12 Uhr 57, Dollar, mit 158 beginnend, um 12 Uhr 167, englische Pfunde 610 bis 655, französische Franken 1125 bis 1250, Schweizer Franken 30 bis 32½

Valuta und Reparationszahlungen

Wien, 17. Oktober. In der gestrigen Sitzung der Völkerbundsliga kam das Rohstoffproblem zur Erörterung. Dabei wurde festgestellt, daß die Deutschland auferlegten Reparationszahlungen in ihrer Durchführung ein unüberwindliches Hindernis für die Wiederherstellung der Ordnung auf dem internationalen Valutenmarkt bild.

Das Wiesbadener Abkommen

Paris, 16. Okt. Wie Petit Parisien mitteilt, wird die Reparationskommission heute eine Vollsitzung abhalten und eine endgültige Entscheidung über das Wiesbadener Abkommen treffen. Der deutsche Vertreter bei der Reparationskommission wird der Sitzung beiwohnen.

Teuerung in Oesterreich

Wien, 18. Okt. Wie die Montagsblätter melden, sollen die Verhandlungen der Regierung mit den österreichischen Bundesangestellten zu einer Einigung geführt haben, indem bereits für Oktober die Teuerungszulagen um mehr als das Doppelte, der Grundgehalt um ein Drittel erhöht werden. Die Mehrauslagen von 3 Milliarden sollen durch eine 150prozentige Erhöhung aller Bahntarife der Telegramm- und Telephongebühren, sowie der Monopolpreise für Tabak gedeckt werden.

Kämpfe gegen ungarische Banden

Wien, 18. Okt. Amtlich wird verlautbart: Heute vormittags wurde eine im steirischen Grenzort Wartegg, südöstlich Fehrings, eingefallene ungarische Bande nach langem Feuerkampf durch Alpenjäger und Gendarmpatrouillen zurückgetrieben.

Der indische Aufstand

TU. **Paris**, 18. Okt. Der indische Aufstand breitet sich auch auf die Städte außerhalb der Provinz Malabar aus. Eine Meldung besagt, daß die Offensive, die die britische Regierung schon seit Wochen vorbereitet hat, in kurzem beginnen wird.

Arbeiterbewegung

Lohnbewegungen im Reich

Einheitliche Lohnbewegung in Köln.

Nach einer Meldung der „Kölnischen Zeitung" haben infolge der sprungartig gestiegenen Preise aller Bedarfsartikel die Gewerkschaften alle bis zum 31. Oktober abgeschlossenen Tarifverträge gekündigt. Insbesondere werden erwähnt: die Eisen-, Stahl- und Metallindustrie, die chemische Industrie, Holzindustrie und Papier erzeugende Industrie. Die verlangten Lohnerhöhungen belaufen sich auf 30 bis 40 Prozent. Es ist erfreulich und verdient Nachahmung, daß die Gewerkschaften dazu übergehen, die Tarife zu einheitlichen Terminen zu kündigen und damit Lohnbewegungen zeitlich zusammenfallen zu lassen. Die organische Verknüpfung und einheitliche Durchführung dieser Bewegungen würde die Stellung der Arbeiterschaft in allen beteiligten Verbänden gewaltig stärken.

8000 Bauarbeiter streiken in Leipzig.

Nachdem seit dem 1. Oktober in Leipzig die Zimmerer im Ausstand stehen, haben nunmehr auch die Bauarbeiter wegen Ablehnung ihrer Lohnforderungen die Arbeit niedergelegt. In Betracht kommen etwa 8000 Ausständige.

Günstiger Schiedsspruch für die Magdeburger Gastwirtsgehilfen.

In der Lohnbewegung der Magdeburger Gastwirtsgehilfen, die sich ähnlich wie in Berlin in der Hauptsache auf die Frage feste Entlohnung oder Trinkgeld (Bedienungsgeld) zuspitzt, fällte der Schlichtungsausschuß einen Schiedsspruch, der auch für die übrigen derartigen Kämpfe in Deutschland nicht ohne Bedeutung ist. Der entscheidende Absatz heißt:

„Der Antrag der Arbeitgeber auf Einführung des Bedienungsgeldes wird abgelehnt. Die Parteien haben sofort auf der Grundlage der festen Entlohnung in Verhandlungen einzutreten."

Der Hamburger Buchdruckerstreik.

Hamburg, 18. Okt. Der Buchdruckerstreik ist beigelegt. Die Hamburger Zeitungen sind gestern wieder erschienen.

Holzarbeiterstreik in Ziegenhals.

In Ziegenhals (Schlesien) streiken seit Mittwoch die Holzarbeiter. Die Unternehmer weigern sich, das geringe Zugeständnis von 15 Prozent Lohnerhöhung zu bewilligen.

Sägewerkarbeiterstreik in Bützow.

Infolge Ablehnung ihrer Lohnforderungen traten die Sägereiarbeiter in Bützow in Mecklenburg am Freitag in den Streik.

Fabrikarbeiterstreik in Spremberg.

Bei der Aktiengesellschaft für Isolationsmaterialien in Spremberg streiken 600 Arbeiter, da die Firma die geforderten Teuerungszulagen nicht gewähren wollte.

Streik in der Berliner Hutbranche.

Die Angestellten der Berliner Hut- und Mützenbranche traten in den Ausstand, da die Unternehmer einen Schiedsspruch, der den Angestellten wesentliche Lohnerhöhungen zuerkannte, nicht annehmen wollen.

Der Streik in Neutitschin

Wie die „Morgenzeitung" berichtet, dauert der Streik der Arbeiterschaft in der Hutfabrik der Firma Brüder Böhm noch teilweise an. Die Firma Hückel besteht auf ihrer Forderung, daß die Sammlungen für den russischen Hilfsfonds nicht im Betrieb stattfinden dürfen. Da die Arbeiterschaft den entgegengesetzten Standpunkt einnimmt, sind die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen worden.

Gewaltige Aussperrung in Württemberg

Obwohl die ansteigende Teuerung es erforderlich macht, daß die Arbeiter immer von neuem Lohnforderungen stellen müssen, ist es den Gewerkschaften noch nicht gelungen und sie haben auch noch keinen Versuch gemacht, diese Bewegungen zusammenzufassen und sie nach einheitlichem Plane zu führen. Diese Zersplitterung der Arbeiterkämpfe gibt dem Unternehmertum seinerseits die Möglichkeit, zum Angriff gegen die Arbeiterschaft überzugehen. Neben dem gewaltigen Unternehmervorstoß in der chemischen Industrie Deutschlands haben jetzt die württembergischen Unternehmerverbände mit einem Feldzug gegen die Arbeiter begonnen. Die Lohnstreiks einiger Bauarbeitergruppen in Stuttgart, Heilbronn und Göttingen haben sie dazu benutzt, um sämtliche Arbeiter im Bau- und Tiefbaugewerbe Württembergs auszusperren. In Heilbronn sind außerdem noch 400 Kanalarbeiter ausgesperrt worden. Auch der Arbeitgeberverband der Holzindustrie bittet seine Mitglieder, sich mit den Bauindustriellen solidarisch zu erklären. Wie berichtet wird, erfolgte die Bauarbeiteraussperrung im Einverständnis mit den staatlichen Behörden. Sollte sich dieser Sachverhalt bestätigen, so läge hier ein derartiges Verhalten des kapitalistischen Staates vor, daß die gesamte deutsche Arbeiterschaft zur aktiven Solidarität mit ihren württembergischen Kollegen greifen muß.

Handweberstreik in Rumburg

In Rumburg sind die Handweber wegen Lohndifferenzen in den Ausstand getreten. Es arbeiten nur die Weber in drei oder vier Fabriken, welche die höheren Löhne bereits bewilligt haben. In allen übrigen Betrieben stehen die Handweber im Ausstand.

Die Textilarbeiterstreiks in Frankreich

Der Streik in Roubaix-Tourcoing dauert unverändert fort. Täglich werden 50 bis 100 Kinder der streikenden Arbeiterfamilien im Pariser Bezirk und in Nordfrankreich (außerhalb des Streikgebietes) untergebracht. Die Unternehmer versuchen mit allen Mitteln, die Arbeiterschaft zu spalten. Zu diesem Zwecke lassen sie Flugzettel über das Elend der Kinder in Rußland und Zeitungsartikel aus dem „Populaire" verbreiten, in denen die Kommunisten angegriffen werden.

Aehnliche Versuche werden aus Troyes und Romilly gemeldet; die Spaltungsversuche waren auch hier bisher ergebnislos.

Die amerikanischen Eisenbahner vor dem Streik?

Paris, 15. Okt. Wie Newyork Herald aus Chicago erfährt, stellten dort die Eisenbahner ein Ultimatum, in dem sie für den 30. Oktober mit dem Streik drohen, falls die Lohnverhandlungen nicht wieder aufgenommen werden. Harding hat die Mitglieder des Eisenbahn-Arbeiterausschusses, welcher die Interessen des Publikums vertritt, zu sich geladen, um sie über den drohenden Eisenbahnerstreik zu befragen. Sie berieten dann mit dem zwischenstaatlichen Handelskomitee und setzten ein Unterkomitee ein, welches die Beratungen nächste Woche fortsetzen soll.

Chicago, 15. Okt. Vier Verbände des Zugspersonals und der Weichensteller-verband wurden aufgefordert, in den allgemeinen Streik einzutreten, der am 30. Oktober beginnen soll. Die Eisenbahner sind von den Streikenden in vier Gruppen geteilt. Das Personal von 17 Eisenbahnen tritt am 30. Oktober in den Streik, nach je 24 Stunden wird der Streik der anderen Gruppen erklärt.

Der Kongreß der soz. Partei Italiens in Milano

NW. **Milano**, 16. Okt. (Intel.) Der erste Redner des vierten Verhandlungstages, Benlini, verteidigte die Taktik der Reformisten, indem er vor allem hervorhob, daß im Interesse der unter dem Fascismus arg leidenden Bauern und Landarbeiter eine Teilnahme der Partei an der Regierung unbedingt nötig sei, da allein dadurch eine Bekämpfung der Faszisten möglich sei. Maffi (Gruppe Lazzari) sagte, daß der Parteitag von Bologna (1919) ein Kongreß der Täuschungen gewesen sei, der Parteitag von Livorno ein Kongreß der Leidenschaften. Heute ist der Kongreß von Milano ein Tag der Unentschlossenheit und Verwirrung. Er kritisierte heftig die Taktik der Partei wegen ihrer Propaganda der Resignation, die den revolutionären Teil der Massen abtöte. Er befürwortete die Annahme der Beschlüsse des 3. Kongresses der Kommunistischen Internationale, die gefaßt wurden, nachdem die italienische Frage erschöpfend behandelt wurde. Er griff nicht nur Turati und Treves, sondern auch Serrati an, dessen Anträge von Zweideutigkeiten strotzen, während jene Lazzaris eine klare Richtung bezeichnen. Viel unterbrochen von allen Seiten, erklärte er: „Es existiert nun einmal ein Antrag Bentivoglio und dieser muß einmal durchdringen. (Der Antrag fordert bedingungslose Unterwerfung unter die Beschlüsse Moskaus und wurde zu Livorno eingebracht.) Auch wenn unser Antrag auf Ausschluß der Reformisten nicht die Mehrheit erringt, so werden wir trotzdem in der Partei bleiben, um für unsere Ideen zu wirken."

In der Nachmittagssitzung erklärte Riboldi (Gruppe Lazzari), das von Moskau begonnene Werk müsse weiter geführt werden. Die Vertreter der S. P. J. in Moskau (Lazzari, Maffi und Riboldi) hätten Gelegenheit gehabt, die italienische Frage gründlich zu erörtern. Gegenüber Serrati stellt er fest, daß der 3. Kongreß in einigen Fragen Entgegenkommen gezeigt habe. Nicht an Moskau, sondern an der Parteileitung liege der Fehler, die immer eine schwächliche Haltung gezeigt hatte. Der nächste Redner, Fritz Adler, wurde von der einen Seite mit lebhaftem Beifall, von der anderen Seite mit fürchterlichem Lärm empfangen. Er wollte im Namen der 2½-Internationale sprechen, doch mit Rufen, wie: „Sie sind um ein paar Stunden zu spät gekommen", usw., verhinderte man ihn am Sprechen. Erst als der Vorsitzende die Erklärung abgab, daß er nicht im Namen der 2½ Internationale, sondern in seinem eigenen sprechen werde, durfte er eine kurze Rede halten, in der er die Grüße Oesterreichs überbrachte, die Notwendigkeit einer Internationale betonte und mit den Worten schloß: „Es lebe die Internationale!" Nach ihm erhielt der frühere Anschlußfreund und jetzige Reformist Bentivoglio das Wort, der erklärte, warum er jetzt Reformist sei. Der nächste Redner Serrati polemisierte gegen Lazzari, Maffi und Riboldi. Er war so aufgeregt, daß er einen kommunistischen Journalisten beschimpfte, was Anlaß zu Exzessen und Handgemenge gab. Anstatt der angekündigten Enthüllungen, brachte er bloß eine kleinliche Kritik der Dritten Internationale. Er erklärte sich für die Diktatur des Proletariats, doch gegen die Spaltung.

Milano, 16. Okt. (Intel.) Der erste Redner in der Vormittagssitzung des letzten Kongreßtages, Modigliani, bezog sich auf seine mehr als 25jährige Parteitätigkeit und konnte nicht glauben, daß jetzt alle Reformisten und somit auch er aus der Partei ausgeschlossen werden sollen. Er verteidigte die Tagesordnung der Reformisten gegenüber derjenigen Lazzaris (sofortiger Ausschluß der Reformisten) und Serratis, dem er den Vorwurf macht, daß seine Resolution die Gefahr in sich berge, daß alle Reformisten nach dem Kongreß ausgeschlossen werden. Er behauptet, jetzt sei die Zeit der Taten, d. h. die Zeit der Mitarbeit an der Regierung und nicht die der Phrasen. Er wirft der Geschäftsleitung vor, Verhandlungen mit der Regierung gepflogen und sich, wenn auch indirekt, an der Regierung beteiligt zu haben. Man müsse bis zum Schluß konsequent sein und darum sei eine Eventualität des Eintrittes in die Regierung vorhanden. Angesichts dieser Eventualität stellt er sofort ein Regierungsprogramm auf, beginnend mit der Anerkennung Sowjetrußlands, Ausführung von öffentlichen Arbeiten zur Behebung der Arbeitslosigkeit, Förderung des Genossenschaftswesens und antifaszistische Politik. Er sprach sich gegen Gewalt und gegen die Diktatur des Proletariates aus. Er erklärte, daß es nur zwei logische Tendenzen gebe: Kommunisten und Reformisten; was dazwischen sei, das sei nichts. Den Schluß seiner Rede bildete eine Lobpreisung der Einheit der Partei und der Gedankenfreiheit des Einzelnen. (Lebhafter Beifall; er wurde von seinen Gesinnungsgenossen umarmt.) Als nächster Redner unterbreitete Panebianco eine neue Tagesordnung, von der er behauptete, daß sie die Parteieinheit bewahren könne. Nach ihm kam Ramella zum Wort, der im Namen des Gewerkschaftsbundes die Partei vor einer neuen Spaltung warnte. Alessandri begründete die Tagesordnung der Unitaristen. Hierauf betrat Turati die Rednertribüne. Er gab im Voraus die Erklärung ab, daß er eine ganz klare Doktrine besprechen wolle, in der Hoffnung, daß sie ebenso aufrichtig vom Kongreß aufgenommen werde, wie er sie darlege. Er glaube, daß innerhalb der Partei eine Verständigung möglich sei, daß sich die Maximalisten ja grundsätzlich von den Kommunisten unterscheiden, die aus der Partei ausgetreten sind. Alle müßten mehr oder weniger an der Regierung mitarbeiten. Die Geschäftsleitung habe sich sogar offen für eine bessere Regierung ausgesprochen. Er selber gehe mit einer gewissen Angst an die Regierungsarbeit, aber wir gehen als Massen in die Mitarbeit und nicht als Individuen. Somit kann auch diese Mitarbeit als revolutionäre Tat betrachtet werden. Von Rußland sprechend erklärte Turati diesen Versuch als Wahnsinn und sagte: „In Anbetracht dessen, daß in einem Jahre kein Mensch mehr von der Dritten Internationale sprechen wird, soll man uns nicht von einer Spaltung reden". Die Ausführungen Turatis wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Serrati, stutzig darüber, stellte einen Antrag, daß alle Nichtdelegierten den Saal verlassen sollen. Der Antrag wird angenommen und der Saal geräumt.

Hierauf sprach der Maximalist Baratono, der zwischen Maximalisten und Kommunisten einen Unterschied feststellte. Gegenüber der Behauptung Modiglianis sagte er, daß die Maximalisten keine Liste der auszuschließenden Reformisten angelegt haben. Er sprach gegen die Mitarbeit an der Regierung und verlangte eine Geschäftsleitung mit weitgehenden Vollmachten. Lazzari verlangte vom Kongreß, er solle der Dritten Internationale beitreten und damit die Solidarität mit der russischen Revolution bekunden. Die Reformisten wollen nicht diesen Beitritt, somit sind sie Feinde der russischen Revolution. Er bedauerte, daß die Geschäftsleitung nicht den Bericht der Moskauer Delegierten veröffentlicht habe, weil man daraus ersehen könnte, daß die Delegierten in Moskau Serrati verteidigt haben. Jetzt aber würden sie das nicht mehr tun, da Serrati gegen den Appell der Dritten Internationale stumm geblieben sei. Zur Begründung seines Antrages führte er aus, daß er eine neue Partei machen wolle, die für die Revolution arbeit enwerbe. Wenn die Reformisten gegen diese Tagesordnung stimmen, so sind sie gegen die Revolution. Bei diesen Worten verließen die Reformisten demonstrativ den Saal. Lazzari sprach ruhig weiter und bat den Kongreß, der Dritten Internationale im Interesse der italienischen und der Weltrevolution beizutreten. Wenn die Partei nicht beitrete, dann verleugne sie ihre ganze Vergangenheit. Hierauf sprach Maffi gegen die Reformisten und die Mitarbeit an der Regierung. Dann wurde der Kongreß um 10 Uhr abends geschlossen.

Vorläufiges Resultat der Abstimmung 4 Uhr früh:

Resolution Serrati: 45 000 Stimmen für die Diktatur, gegen Regierungsarbeit, für Parteieinheit).

Resolution Turati: 20 000 Stimmen (gegen Diktatur, für Regierungsarbeit).

Resolution Alessandri: 9000 Stimmen (für Einheit).

Resolution Lazzari: 3000 Stimmen (für Ausschluß der Reformisten und für die Dritte Internationale).

Ausständig noch 12 000 Stimmen.

Ausland

Wiederherstellung der telegraphischen Verbindung zwischen Rußland und dem Ausland

RW. Der Vertreter der russischen Delegation bei der Rigaer Post- und Telegraphenkonferenz machte einem Mitarbeiter der Zeitung „Machowik“ Mitteilungen über die Arbeiten der Konferenz.

Die Konferenz beschloß, für jedes Land eine fixe Telegraphentaxe festzusetzen, unabhängig von dem Wege, den die Telegramme nehmen. Die Taxe zwischen Rußland und Deutschland beträgt 41 Centimes für ein Wort, unabhängig davon, ob die Telegramme über Polen, Lettland oder andere Länder gesandt werden.

Es ist Rußland gelungen, statt der einzigen telegraphischen Verbindung über Riga, die es bis jetzt hatte, noch eine Reihe anderer telegraphischer Verbindungen zu erhalten, über Finnland, Schweden, Norwegen, Dänemark und die Leitung Moskau—Riga—Memel. Polen hat sich verpflichtet, Rußland die Leitung Moskau—Warschau—Berlin zur Verfügung zu stellen.

Hervorzuheben ist, daß sämtliche Delegierte Rußland gegenüber die größte Zuvorkommenheit an den Tag legten. Dies ist dadurch zu erklären, daß die ausländischen Staaten ein großes Interesse an der Wiederaufnahme der telegraphischen Verbindung mit Rußland haben, da die Mehrzahl der Auslandskabel in Europa infolge des Fehlens der telegraphischen Verbindung mit Rußland außer Betrieb war.

Dadurch läßt es sich erklären, das Rußland ein beträchtlicher Teil des internationalen Depeschentarifs übertragen wurde, wie aus einigen Beispielen ersichtlich ist: Die Taxe für ein Wort zwischen Dänemark und Rußland, unabhängig davon, ob die Depesche in Dänemark oder in Rußland aufgegeben wird, beträgt 46 Centimes, davon erhält Dänemark 6 und Rußland 26 Centimes. Die Taxe zwischen Rußland und Deutschland beträgt 41 Centimes, davon erhält Rußland 26 und Deutschland 8 Centimes. Die Taxe zwischen Rußland und England ist 56 Centimes, davon erhält Rußland 26 und England 8, die Kabeltaxe von 22 Centimes wird zwischen Rußland und England geteilt. Die Taxe zwischen Rußland und Lettland beträgt 34 Centimes, davon erhält Rußland 26 und Lettland 8 Centimes. Die Taxe zwischen Rußland und Polen beträgt 39 Centimes, davon erhält Rußland 30 und Polen 8 Centimes.

Diese Taxen treten am ersten Januar 1922 in Kraft. Bis zu dieser Frist haben auch die Randstaaten Maßnahmen zu treffen, damit ihre Telegraphenleitungen den Anforderungen des telegraphischen Verkehrs mit Rußland genügen.

Was die Bezahlung für die Radiotelegramme anbetrifft, so werden auf einen Vorschlag Rußlands hin die Radiotelegramme zur Hälfte vom Aufgabeund zur Hälfte vom Empfangslande bezahlt. Dieser Vorschlag wurde von der Konferenz trotz des Einwandes des französischen Vertreters angenommen, der eine Bezahlung für die Transitländer verlangte, d. h. eine Bezahlung für die Atmosphäre.

Da wir noch über keine so starke Radiostation verfügen, die uns den direkten Verkehr mit Amerika gestatten würde, so haben wir mit Norwegen ein Abkommen getroffen, laut dem es sich verpflichtet, unsere Radiotelegramme nach Amerika weiterzugeben, für eine Taxe von 1,56 Frs. pro Wort. Die Kabeltaxe, die niedriger ist als die Telegrammtaxe.

Auf diese Weise haben wir jetzt eine Verbindung mit Amerika, und zwar eine billigere, als wenn wir die Kabel benützen wollten. Uebrigens ist dieses Abkommen nur temporär, da wir schon mit dem Bau einer sehr starken Radiostation begonnen haben, die uns eine Verbindung selbst mit den entferntesten Ländern gewährleisten wird.

Rüstungen der Reaktion gegen Sowjetrußland

Kriegsvorbereitungen gegen Sowjetrußland.

RW. Uzhorod, 18. Okt. In Osteuropa werden die Kriegsvorbereitungen gegen Sowjetrußland mit unverschämter Offenheit weiter betrieben. Die Tschecho-Slowakei hat sich scheinbar endgültig entschlossen, Karpathorußland Polen zu überlassen. Gleichzeitig mit den ukrainischen Truppenkonzentrationen werden bei den Engpässen der Karpathen die seit zwei Jahren unbenützten Eisenbahnlinien mit fieberhafter Arbeit in Stand gesetzt. Die beschädigten Eisenbahnlinien werden durch ukrainische Soldaten ausgebessert. Nördlich von Voloc und Jassina, in unmittelbarer Nähe der Pässe, wurden Lebensmittel- und Munitionsmagazine errichtet.

Gleichzeitig bereitet man auch in Karpathorußland selbst den Krieg gegen Sowjetrußland vor. Seit Wochen halten sich zwei Beauftragte der „Ukrainischen Volksrepublik“ in Uzhorod auf, die auf Grund eines „sozialdemokratischen Programmes“ Vorarbeiten zur Organisierung der weißen Garden leisten. Diese nach der „Ukrainischen Volksrepublik“ gravitierende sozialdemokratische Partei, die unter der Leitung eines gewesenen Petljura-Majors Puza steht und gleichzeitig zu der Internationale 2½, zu Tusar, zu Petljura und zu General Averescu Beziehungen aufrecht erhält (sie nennt sich Kleinrussische unabhängige sozialistische Partei), hielt am 9. Oktober in Uzhorod einen Kongreß ab, an dem außer den Konfidenten von Petljura noch mehrere ukrainische Offiziere und ein Deputierter der in Jugoslawien untergebrachten Wrangel-Armee teilnahmen.

Der Kongreß beschloß, daß die Partei in Karpathorußland 15 sozialdemokratische „Volksaufklärungsbureaus“ aufstellen und eine große Anzahl Propagandaschriften ausgeben wird. Hunderte von ukrainischen Agitatoren, die Riesenbeträge bei sich führen, gehen in die Dörfer. Die Kommunisten dürfen hingegen nicht nur keine Agitation betreiben, sondern nicht einmal Gewerkschaftskonferenzen in den Dörfern abhalten, da die Gendarmerie in den Dörfern die meisten Ortsgruppen auflöste.

Vereinigung der kommunistischen Arbeiterschaft in der Tschecho-Slowakei

Brünn, 17. Okt. Am 9. Oktober fand in Iglau die Vereinigungskonferenz der deutschen und tschechischen Gruppen des Iglauer Kreises statt. Die Konferenz war von 59 Delegierten, welche 16 Organisationen vertraten, beschickt, und führte die organisatorische Vereinigung aller Kommunisten des Kreises durch.

Industriekrise in der Slowakei

Bratislava, 17. Okt. Die Sperrung von Betrieben und die Aussperrung der Arbeiterschaft nehmen in der Slowakei einen geradezu erschreckenden Umfang an. In der Bratislavaer Patronenfabrik wurden in der vergangenen Woche 500 Arbeiter entlassen; als Entschädigung wurde ihnen der Lohn von 14 Tagen bis 5 Wochen ausbezahlt. In Trnava droht die Arbeiterschaft infolge fortwährender Aussperrungen in den Generalstreik zu treten. Die Ziegelwerke in Trnava haben bereits einen großen Teil der Arbeiter entlassen. In der gesamten Textilindustrie in Kesmark hat die Arbeiterschaft Lohnforderungen gestellt, welche wahrscheinlich auch zu einem Konflikt führen werden. In den nächsten Tagen soll auch über die Einstellung der Erzgruben in Spisk verhandelt werden. Angeblich lohnt sich die Förderung infolge ausländischer Konkurrenz nicht mehr.

Die Frage der russischen Hilfsaktion im Baseler Nationalrat

RW. Basel, 17. Okt. In der Sitzung des Nationalrates vom 12. Oktober reichte das kommunistische Mitglied Weber einen begründeten Antrag ein, die Regierung möge 20 000 Franken dem Hilfswerk für die Hungernden in Rußland zur Verfügung stellen. Der Regierungspräsident bezeichnete den Antrag als eine politische Kundgebung. Er versuchte, die Sowjetregierung an der Hand des dem „Temps“ entnommenen Materiales zu disqualifizieren. Es entspann sich eine ausführliche Debatte, wonach die Abstimmung erfolgte. Der sozialdemokratische Vorschlag, den Antrag Weber zur Ausarbeitung zu überweisen, wurde mit 63 Stimmen gegen 48 der Reaktionäre angenommen. Damit wurde zum ersten Male in der Schweiz der offizielle Standpunkt der Bundesregierung niedergestimmt.

Die bulgarische Regierung will Kolarow ermorden lassen

Athen, 17. Okt. Das Organ der Kommunistischen Partei Griechenlands teilt auf Grund einer Mitteilung aus Sofia mit, daß die Regierung dem Abgeordneten Damianow den Auftrag gegeben hat, den Sekretär der Kommunistischen Partei Bulgariens, Kolarow, ermorden zu lassen. Zu diesem Zwecke erhielten die Männer, die zum Meuchelmord gedungen wurden, 200 000 Levas.

Der Sekretär der Parteisektion, Pleven-Karotazilow, wurde von der Polizei in Haft genommen. Seitdem fehlt jede Nachricht über seinen Aufenthalt. Man fürchtet, daß er durch die Agenten der Regierung ermordet worden ist.

Der Kampf der französischen Arbeiter gegen die Rüstungen der Reaktion

RW. Paris, 17. Okt. Die Firma „Fonderie Parisienne“ in Choisy-le-Roi (bei Paris) übernahm eine Bestellung auf die Herstellung von 800 000 Granaten. Als die Arbeiterschaft davon Kenntnis erhielt, beschloß sie, die Munitionsfabriken mit allen Mitteln zu verhindern. Ein Teil der Arbeiter, die Modelltypen fabrizieren sollten, hat schon die Herstellung der Modelle verweigert. Die revolutionär orientierte Metallarbeitergewerkschaft unterstützt die Bewegung des Seine-Departements.

Außer Rumänien und Polen hat in der letzten Zeit Spanien große Mengen von Kriegsmaterial in Frankreich bestellt.

RW. Paris, 16. Okt. Vor 15 Tagen sind siebenhundert Arbeiter der Gießerei Petit-Wicard in Saint-Ouen in den Streik getreten, weil die Direktion eine Bestellung auf Munition von der Regierung übernommen hat. Wie der erste derartige Streik in der Fabrik Lepoutre (in Roubaix), so endete auch der Ausstand in der Fabrik Petit-Wicard mit vollem Erfolg. Die Direktion verzichtete auf die Effektuierung der Bestellung und verpflichtete sich, in der Zukunft keine Bestellung auf Kriegsmunition zu übernehmen.

Die kapitalistische Ordnung

Aus Fort Dodge (Jowa) in Amerika wird gemeldet: Die „Mason City Globe Gazette“ berichtet, daß nach behördlicher Untersuchung nachgewiesen wurde, daß in den letzten drei Monaten über 100 000 Gallonen (Gallone = 5 Liter) Milch in den Kanal geschüttet worden sind, um die Preise der Milch auf gleicher Höhe zu erhalten.

Kohlennot in Sicht

Washington, 25. Sept. Infolge der Machinationen der Kohlenmagnaten wurde die Kohlenproduktion in der letzten Zeit künstlich beschränkt. Große Massen von Grubenarbeitern sind arbeitslos, viele Tausende arbeiten nur halbe Zeit, um ja nur den Profit der Kohlenbarone zu erhöhen. Durch das Fehlen jedweder Reserven und Vorräte werden die Preise unermeßlich in die Höhe getrieben.

In den Kreisen der Bergarbeiter wird eifrig die Frage des Zusammengehens mit den Eisenbahnern im Kampfe für die Nationalisierung der Erz- und Kohlengruben sowie der Eisenbahnen beraten. Die Abstimmung der Eisenbahner wegen des Generalstreiks, die 90 Prozent für den Streik ergab, wird sicherlich einen großen Einfluß auf die bevorstehende Konferenz der Kohlengrubenarbeiter haben.

Der englische Volkswirtschaftler Sir George Paish erklärte in London:

„Russland ist wieder und wieder Europa in Zeiten der Hungersnot mit seinen Getreidevorräten zu Hilfe geeilt.

Jetzt lässt man das russische Volk Hungers sterben.

Was tun die Regierungen, um Russland zu helfen! — Sie bringen das Leben des russischen Volkes in Gefahr und unseres.

Die Welt ist eins! Sie kann sich nicht erholen, wenn Russland zugrunde geht.“

Proletarier! Hört diese Worte eines ehrlichen Wissenschaftlers! Helft Sowjetrussland — Ihr helft Euch selbst!

München

Kirchweih

Der beliebteste aller katholischen Feiertage macht sich im Stadtbild Münchens dadurch bemerkbar, daß die Zahl der nicht ganz Nüchternen etwas größer war als sonst. Von den Messerstechereien, die nun einmal zu einer richtigen Kirchweih gehören, die im Dorf immer gleich nach der Kirchweihpredigt kommen, ganz zu schweigen.

Das günstige Wetter, das das Oktoberfest auszeichnete, ließ auch die Auer Herbstdult wenigstens in diesen ersten Tagen nicht im Stich. War es auch empfindlich kühl, — was tats, — der eine sorgte so, der andere so für seine Unterhaltung. Auf jeden Fall konnte die Dult am Sonntag einen Massenbesuch aufweisen, der natürlich im kleinen Rahmen nicht hinter dem des Oktoberfestes zurückblieb.

Am Samstag Nachmitag schon war die Dult gut besuch. Der billige Büchermann, der diesmal aber gar nicht so billig ist wie er sagt, war das Ziel vieler. Die Hausfrau bewegte sich mehr im Manufakturviertel bei den billigen Kleidern und bei all den andern Sachen, die auch gar nicht so billig waren.

Der Vergnügungspark auf dem Prater bringt nicht viel Neues. Unangenehm fällt auf der rechten Praterseite das Fehlen des Bavariatheaters auf, das zurzeit in Memmingen weilt. Es gab durch seine hohe Fassade dem Platz einen festen Abschluß, der sich durch die dort aufgestellte Schiffsschaukel nicht erzielen ließ. Die Schausteller und Schießbudenbesitzer sind meist die alten, man begrüßt hier wie auf dem Oktoberfest die Schießhalle der Geschwister Kumpp, das obligate Marionettentheater und anderes, was wir unseren Lesern nicht zu erzählen brauchen, denn sie werden, wie wir vermuten, wie auch bei dem Oktoberfest die Gelegenheit nicht versäumen, alter Münchner Tradition den schuldigen Tribut zu zahlen.

Der Schnittwarenhändler **Julius Göppinger** von Reutlingen bezieht mit der diesjährigen Herbstdult ununterbrochen 50 Jahre lang die Auer Dult. Insgesamt war er also mindestens 118 mal auf den Dulten anwesend. Göppinger ist durch seine anständige Geschäftsführung und seinen echt schwäbischen Humor in weiten Kreisen der Dultbesucher beliebt. Nach dem Feldzug 1870/71 besuchte er erstmals als selbständiger Handelsmann die Auer Oktoberdult im Jahre 1871, nachdem er schon vorher einige Jahre lang mit seiner Mutter gekommen war. Er stand noch am Maximiliansplatz, später dann in Haidhausen zu den Jakobidulten und zu den Frühjahrs- und Herbstdulten jeweils in der Au. Mit Rücksicht auf dieses seltene Jubiläum hat der Stadtrat ihn durch ein Glückwunschschreiben und Blumengebinde geehrt und ihm für diese Dult die Stadtgebühr erlassen. Möge es dem Jubilar vergönnt sein, in voller Rüstigkeit und Frische noch recht viele Dulten zu besuchen.

Die Kundgebungen für Oberschlesien

Wir berichteten schon in unserer gestrigen Ausgabe auszugsweise über die von den Münchener bürgerlichen Parteien einschließlich der Mehrheitssozialisten im Wagner-Hotel veranstalteten Kundgebung für Oberschlesien. Man hätte meinen sollen, daß der ohnehin schon nicht gerade riesige Saal lange vor Beginn der Versammlung überfüllt gewesen wäre. Man hätte meinen sollen, daß das sogenannte patriotische Gefühl von den Mehrheitssozialisten bis zu den Deutsch-Nationalen hinüber mehr tapfere Kämpen auf den Plan gerufen hätte. Dem war aber nicht so. Der Saal war dicht gefüllt, wie bei einer der üblichen Volksversammlungen. Und unter den Anwesenden war die Zahl derer, die meinten, daß es wieder den üblichen Protest und das übliche Niemals gäbe und daß man sich dann mit der Teilung Oberschlesiens zufrieden geben werde, auch nicht gering. Mit dieser Erkenntnis begnügte man sich, ohne sich weiter über die Gründe dieser [illegible] klar zu

werden und daraus die Konsequenzen zu ziehen. Nur ein kleines mißvergnügtes Häuflein Nationalsozialisten hatte sich auf der Galerie postiert und gab seinem Aerger über die bisher angewandte Methode: „Preisend mit viel schönen Reden" in mehr oder minder kräftigen Zwischenrufen Ausdruck. Ob man das Problem Oberschlesien allerdings dadurch löst, daß man antisemitische Flugblätter in allen Farbtönungen von der Galerie regnen läßt, bleibe dahingestellt.

* * *

Dr. Kleiner aus Kattowitz ist ohne Zweifel ein glänzender Redner und bringt aus Kattowitz nicht nur eine große Portion Begeisterung, sondern noch eine größere bürgerliche Ideologie mit. Selbst von reaktionären Voraussetzungen ausgehend, von der deutschen kapitalistischen Regierung zu verlangen, daß sie nunmehr den Kampf gegen den Versailler Friedensvertrag aufnehme, ist hirnverrissene Utopie, die wohl dem gläubigen Herzen des Referenten alle Ehre macht, aber mit einer jetzigen Verhältnissen entsprechenden Realpolitik in unserem Sinne — und das ist die einzig mögliche —, nicht das geringste zu tun hat. Das ganze Rezept ohne Gebrauchsanweisung kristallisierte sich in der üblichen Resolution, die protestiert gegen —— gegen —— gegen ——. Und in hundert Jahren wird die Großmutter ihren Enkeln beim trauten Zwielicht erzählen und schließen: „Und wenn sie nicht inzwischen gestorben sind, so protestieren sie heute noch."

* * *

Nach der Rede Dr. Kleiners ergriff Professor Kerschensteiner, der auch die einleitenden Worte gesprochen hatte, noch einmal das Wort und teilte mit, daß der Bayerische Landtag zu dieser Versammlung zwei Vertreter entsandt habe, nämlich seinen Präsidenten Königbauer und den Vize-Präsidenten Auer.

Als der Name Auer fiel, brach ein großer Tumult aus und Zurufe, die sich auf die immer noch ungeklärte Scheckgeschichte Auers mit der Vieheinkaufs-Gesellschaft bezogen, setzten ein. Dem Eingreifen des Versammlungsleiters gelang es dann jedoch, die Ruhe herzustellen und eine Erklärung des Münchener Stadtrates zu verlesen, der gleichfalls zu der Genfer Entscheidung über Oberschlesien Stellung genommen und eine Entschließung angenommen hat, in der er sich für das Verbleiben Oberschlesiens beim Reiche ausspricht.

Im Anschluß an die Versammlung fanden die Umzüge statt, über die wir bereits gestern kurz berichteten. X

Polizeiterror und kein Ende

Wie sehr recht ein Teil der sozialistischen Presse hatte, als sie bei Rücktritt Pöhners erklärte, der Firmenträger ist gegangen — das System aber geblieben, beweist folgender unglaublicher Fall von Rechtsbeugung. Ein Jugendgenosse, Mitglied der K. J. jener jungproletarischen Jugendorganisation die sich von jeher der besonderen Aufmerksamkeit der Polizei erfreute, war Anfangs September nach Augsburg gefahren, um die dortige K. J. zu besuchen; er wollte bei dem am 4. Sept. stattfindenden Intern. Jugendtag sprechen. Die Zusammenkunft der Jugend-Genossen wurde am erwähnten Tage von der Sipo ausgehoben und 12 Genossen verhaftet; unter ihnen befanden sich auch der Münchner Genosse. Nach 1stündiger Festnahme wurden alle wieder auf freien Fuß gesetzt. Fünf Wochen später, vor ca. 3 Tagen, erhielt nun dieser Münchner Jugendgenosse in aller Frühe den Besuch zweier Kriminalbeamten. Diese durchsuchten den Wohnraum und trotzdem sie nicht das geringste belastende finden konnten, forderten sie den Genossen auf, unverzüglich zur Polizeidirektion zu folgen. Nachdem der Jugendgenosse im Laufe des Tages nicht mehr nach Hause zurückkehrte zogen seine Angehörigen in der Polizei Erkundigungen ein, und wurde ihnen dort der Bescheid erteilt, daß der Festgenommene sich in Polizeihaft befinde, und wegen „Bolschewistischer Propaganda" aus Bayern ausgewiesen werde. Trotz eingelegter Haftbeschwerde wurde der Geosse nicht entlassen, und jede Zusammenkunft mit seinen Angehörigen verweigert. (Ein Haftbefehl gegen ihn hat niemals vorgelegen). Als am nächsten Morgen, seine Angehörigen ihn nochmals besuchen wollten, wurde ihnen erklärt, die Ausweisung des festgenommenen Genossen erfolge binnen 6 Stunden. So hatten diese kaum Gelegenheit, das Notwendigste ihrem Sohne mitzugeben, da er noch am selben Tage um ½3 Uhr nachm., wie ein Verbercher unter starker Bedeckung per Schub bis Aschaffenburg über die Grenze geschafft wurde.

Pöhner ist weg — seine Epigonen führen die „bestrenomierte Firma Pöhner Nachfolger", die sich eines glänzenden Rufes erfreut, im Sinne ihres Vorgängers weiter. Das Horthregiment besteht weiter, — Massenverhaftungen — Ausweisung — Zuchthaus, — Gefängnis, sind weiterhin die Mittel zur Erhaltung der reinsten „Demokratie" der Welt — zur Erhaltung von Ruhe und Ordnung.

Vorsicht bei Inbetriebsetzung von Wohnnngszentral-Heizungen

Infolge der großen Koksnot sind im Sommer 1919 in einer großen Anzahl Wohnungen Einzelöfen als Ersatz für Zentralheizung aufgestellt und verschiedentlich an die vorhandenen nicht benützten Zentralheizungskamine angeschlossen worden. Nachdem nunmehr die Zwangswirtschaft in Koks aufgehoben ist, ist mit einer größeren Inbetriebsetzung von Wohnungs-Zentralheizungen wieder zu rechnen. Es wird deshalb darauf hingewiesen, daß die Anschlüsse der Einzelöfen von den Zentralheizungskaminen überall entfernt werden müssen, damit nicht Rauchgase durch die Einzelöfen in die Wohnräume austreten können.

Um mittellosen Erfindern bei der Anmeldung und Verwertung ihrer Schutzrechte behilflich sein zu können, beabsichtigt der Deutsche Erfinder-Schutzverband, München, Jahnstr. 20, eine Unterstützungskasse ins Leben zu rufen. Diese Kasse soll unter behördliche Aufsicht gestellt werden. Es wäre zu wünschen, wenn sich die Industrie, der Handel und wohlhabende Leute mit Geldmitteln an dieser gemeinnützigen Sache beteiligen würden. Durch gute Erfindungen wird der wirtschaftliche Aufbau unseres Vaterlandes sehr gefördert. Der Verband ladet Interessenten zu einer Besprechung ein am Mittwoch Abend 8 Uhr im Restaurant Domhof, Kaufingerstr. 15.

Die Betriebsrätezentrale gibt bekannt, daß die inhaftierten Genossen in Niederschönenfeld für die Weihnachtszeit Kinderspielzeug zum Verkauf anfertigen. Proben sind in der Betriebsrätezentrale ausgestellt. Dortselbst werden auch Bestellungen entgegengenommen.

Praktische Arbeiterkurse München.

Der Winterlehrgang 1921/22 der Praktischen Arbeiterkurse, welcher neben sehr lehrreichen Kursen eine Reihe von technischen und technisch-wirtschaftlichen aufweist, beginnt mit Montag, den 24. Oktober. Sämtliche Kurse finden in den Räumen der Technischen Hochschule statt. Anmeldungstermin für alle Kurse vom Freitag, den 14. Oktober bis Freitag, den 21. Oktober von 6—8 Uhr abends in der Techn. Hochschule „Hörsaal 107, Eingang Theresienstr.

Zur Aufhebung des Belagerungszustandes. Die Polizeidirektion macht darauf aufmerksam, daß die Bestimmungen des Reichspreßgesetzes sowie die ortspolizeilichen Vorschriften über den Anschlag von Plakaten (§ 109 a. a. O.) von der Aufhebung des Ausnahmezustandes nicht berührt werden. Es müssen sonach auch weiterhin Presseerzeugnisse u. a. die Bezeichnung von Name und Wohnort des Druckers, Verlegers u. s. w. enthalten; ferner dürfen Plakate nur an den polizeilich genehmigten Stellen angeschlagen werden. Wild angeschlagene Plakate werden durch die Polizeiorgane abgenommen.

Residenzmuseum. Vom 17. mit 27. Okt. cr. ist das Museum wegen Reinigungsarbeiten geschlossen. Ab Sonntag, 30. Okt. beginnt die Winterbesuchszeit: an Wochentagen von 10—2 Uhr, an Sonn- und Feiertagen von 10—1 Uhr. Eintrittspreis 2 Mark.

Neue Reichsbriefmarken.

Das Reichspostministerium hat sich entschlossen, aus Anlaß der Deutschen Gewerbeschau München 1922 besondere Ausstellungs-Briefmarken herauszugeben. Während im Ausland, vor allem in Amerika, schon bei großen Ausstellungen besondere Briefmarken erschienen sind, ist dieser Beschluß des Reichspostministeriums, der der umfassenden wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung der Deutschen Gewerbeschau Rechnung trägt, für Deutschland eine Neuheit. Die Briefmarken der Deutschen Gewerbeschau, über deren künstlerische Ausführung die Verhandlungen noch schweben, werden insbesondere in Sammelkreisen starke Beachtung und Nachfrage finden.

Versammlungen

Eine Betriebsräte-Vollversammlung findet Freitag, den 21. Oktober, abends 7 Uhr im Festsaal des Mathäser statt.

Beerdigungen

18. Oktober.

Ostfriedhof. Wilhelm Wilhelm, ehem. Eierhändler „73 J. 4 Mt. 2½ U.; Maria Gruber, Pflasterermeisterswitwe, 57 J. 7 Mt. 9 U. Feuerb. — **Alter nördl. Friedhof.** Maria Braumüller, Privatiere, 66 J. 2½ U. — **Waldfriedhof.** Theodor Hilf, Kaufmann, 66 J. 4 U. — **Südfriedhof.** Maria Moll, Rentnerswitwe, 74 J. 3½ U. — **Nordfriedhof.** (Schwabing). Luzie Wolter, Opernsängerin, 25 J. 4 U. — **Westfriedhof** (Mosach). AnnaPreßler, Kinderfrau, 70 J. 2 U.; Wilhelmine Westenhuber, Feuerwerkersgattin, 35 J. 2¾ U.; Anna Maier, Oekonomenskind, 4 Mt. 3 U.; Alfons Lachenmaier, Stationsgehilfenskind, 5½ Mt. 2½ U. — **Ostfriedhof.** Franziska Eckner, Hofpostillonswitwe, 78 J. 4 U.

19. Oktober.

Ostfriedhof. Elise Reibel-Retf, Maurerswitwe, 78 J. 9 Mt. 3½ U.; Johann Aschauer, Stellwärter, 60 J. 4 M. 2½ U.; Johann Scherdtel, Lokomotivführer a. D., 82 J. 1 U. Feuerb. — **Sendlinger Friedhof.** Anna Staufer, Schlossermeisterstochter, 28 J. 3½ U.— **Berg am Laim.** Elisabeth Zollner, Magistratsarbeitersgattin, 44 J 9 U, früh, **Westfriedhof** (Mos.). Anna Loos, Insp.-gattin, 70 J. 3½ U.; Josef Schnell, Bauerssohn, 20 J. 8 Mt., kommt nach Reitham; Josef Seidl, Fuhrmannskind, 3½ Mt. 2½ U. — **Nordfriedhof** (Schwabing). Anna Preßel, 4 Mt.

Wetterbericht. Pfalz und Südwestbayern leicht bewölkt; Ost, und Südbayern noch vorwiegend heiter.

Amtliches

Ferngespräche mit Italien.

Halbamtlich wird gemeldet: Der deutsch-italienische Fernsprechverkehr ist nach Schluß der Tagung des Völkerbundes wieder aufgenommen worden.

Gerichtssaal

Generalstreiknachklänge

Anläßlich des Generalstreiks bei der Ermordung Gareis (10. 6. 21) hat die Streikleitung der Gewerkschaften im Einverständnis mit den drei sozialistischen Parteien zur Orientierung über die damalige Lage Extrablätter an die werktätige Bevölkerung vertreiben lassen.

Darunter befanden sich u. a. „der Aufruf zum Generalstreik" und „der Aufruf zum Abschluß des Generalstreiks". Ebenso ein Flugblatt des D. Eisenbahnerverbandes „Keiner gehe an seine Arbeit!"

Da diese natürlich polizeilich nicht genehmigt waren, und auch nicht genehmigt worden wären, wurde eifrig von der Polizei nach den Verteilern gefahndet.

Mit welcher Gründlichkeit einzelne Polizeiorgane die Spur Gareis — pardon, wollte sagen, der Flugblattverteiler aufnahmen, ergibt sich daraus, daß ein Mann zur Anzeige gebracht wurde, dem ein einzelnes Flugblatt in die Hand gedrückt wurde, das er auf Verlangen einem anderen Straßenpassanten weitergab.

63 dieser Flugblattverteiler, aus allen Berufsklassen heraus, haben wegen dieser Uebertretung Strafmandate in der Höhe von 200—300 Mk. erhalten. Darunter auch der Geschäftsführer der Druckerei, in der diese hergestellt wurden. Sogar der Chauffeur und Mitfahrer dieser Druckerei wurden mit Strafen bedacht.

Auf ihren Einspruch zum Schöffengericht München wurden die Strafen sämtlicher 63 Angeklagten auf 50 Mk. herabgesetzt. 3 Mann wurden freigesprochen, darunter der Chauffeur und Mitfahrer.

In Nürnberg wurden die Verteiler aus der damaligen Zeit von dem dortigen Schöffengericht freigesprochen. Diesem Erkenntnis konnte sich das Münchener Schöffengericht nicht anschließen. Gegen das freisprechende Urteil in Nürnberg soll nach einer Mitteilung des Staatsanwaltes Berufung zum Landgericht eingelegt worden sein.

Augsburg

12 Uhr Polizeistunde.

Die Polizeistunde wurde für die Stadt Augsburg an Samstagen auf 1 Uhr morgens, im übrigen auf 12 Uhr nachts festgesetzt.

Nürnberg

Ein Schritt auf dem Weg zu Groß-Nürnberg.

Wie man hört, ist der Stadtrat Nürnberg mit den Gemeinden Eibach und Reichelsdorf in Unterhandlungen zwecks Einverleibung getreten, die einen günstigen Verlauf nehmen und so gut wie abgeschlossen sind. Aehnlich liegen die Verhältnisse bezüglich Steins, in dieser Angelegenheit dauern die Verhandlungen noch an.

Provinznachrichten

Bayreuth, 14. Okt. (Also doch Ortsklasse B.?) Es kursiert das erfreuliche Gerücht, daß Bayreuth in die Ortsklasse B. versetzt worden sei.

Erlangen, 14. Okt. (Von der Universität.) Im vergangenen Sommersemester stieg nicht nur die Zahl der immatrikulierten Studenten auf 1800, sondern auch zahlreiche akademische Veranstaltungen, wie besonders der Allgemeine deutsche Studententag, wählten Erlangen zum Tagungsort. Die relativ noch billigen Lebensverhältnisse, die zahlreichen noch gut eingerichteten Institute und Seminare in allen Fakultäten üben ihre Anziehungskraft aus und ermöglichen ungestörtes und erfolgreiches Studium.

Regensburg, 14. Okt. (Keine Hausangestelltensteuer). Der Stadtrat hat die Einführung einer Hausangestelltensteuer abgelehnt.

Starnberg, 14. Okt. (Oppau-Spende.) Das Ergebnis der Sammlung für Oppau in der Stadt Starnberg ist 584 720 M.

Konkurse in Bayern. Kaufmann Jos. Welsch, Alleininhaber der Firma Josef Welsch, Delikatessengeschäft in München, Konkursverwalter: Rechtsanwalt Justizrat Heinrich Gebhardt, Anmeldefrist: 29. Oktober. Prüfungstermin: 8. November. — Alex. Hoffmann, Inhaber der Firma „Süddeutsche optische Anstalt Alex. Hoffmann" in München, Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. E. Wilmersdoerffer, Anmeldefrist: 28. Oktober, Prüfungstermin: 8. November 1921.

Gewerkschaftliches

Generalversammlung des Z. D. A. Ortsgruppe München.

Die am Freitag, den 14. Oktober tagende Generalversammlung nahm zu Beginn der Tagesordnung die Abrechnung für das 2. Vierteljahr 1921 entgegen. Der durch die Rechnungsführerin, Kollegin Demmel, erstattete Bericht schließt bei der Hauptkasse mit 221 685 M und bei der Lokalkasse mit 146 561 M 25 ₰ ab. Namens der Rechnungsprüfer bestätigte Kollege Trutzel die Richtigkeit der Abrechnung. Der Antrag auf Entlastung wurde einstimmig erteilt. Für die Wahl der Vertreter zum Ausschuß der Ortskrankenkasse München-Stadt nahm die Versammlung von der bekanntgegebenen Vorschlagsliste ohne Erinnerung Kenntnis. Als neuer Fachgruppensekretär wurde Kollege Christian Klaiber einstimmig bestätigt und die wunschgemäße Verlängerung der vorläufigen Anstellung des Kollegen Oswin Gebbert ebenfalls gutgeheißen. Unter Punkt Verschiedenes entwickelte sich eine lebhafte Aussprache über die in der Generalversammlung des Konsum-Vereins Sendling-München vom 11. Oktober angeblich als unbedingt notwendig bezeichnete Verlängerung der Verkaufszeit in den Lägern. An der Aussprache beteiligten sich die Kollegen Mendheim, Fritsch, Wagner, Buchner, Richter, Friedewald, Sedlmayer, Schmidbauer, Haid, Vollmann und Seifried.

Streik der Bautechniker.

Der Bund der techn. Angestellten und Beamten trat heute in den Streik. Das Landeseinigungsamt fällte mit Mehrheit einen Schiedsspruch, den die Techniker ablehnten. Die Begründung des Schiedsspruches spricht aus, daß auch der gefällte Schiedsspruch die herrschende Teuerung nicht ausgleichen kann. Der Ausgleich könne nur bei späteren Verhandlungen geschaffen werden. Vorerst ist nur das Vertragsgebiet München vom Streik erfaßt.

Die selbständigen Bauführer werden im allgemeinen Interesse gut tun, wenn sie sofort der Lokalbaukommission mitteilen, daß ihre persönliche Verantwortung während des Streikes gegenüber den Behörden ruht. Verantwortung für etwaige Unglücksfälle treffe die ausführende Firma, nicht den verantwortlichen Bauführer.

Meine Freundinnen

Von Fr. Edel-Schwatzer.

Als Kind hatte ich zwei Freudinnen. Ella und Marianne. Schön waren sie und klug. Es war eine Freundschaft mit Küssen und Schwüren ewiger Treue. Wir lachten und sangen und tuschelten uns tausend Geheimnisse ins Ohr, und fanden, es war eine Lust, zu leben.

Das Leben riß uns auseinander.

Nach vielen, vielen Jahren sah ich sie wieder. Ihre Augen hatten den strahlenden Glanz verloren. Sie lachten nicht mehr und hatten wohl auch das Singen verlernt. Anklage blickten ihre Augen und Bitternis war um ihren Mund.

Und sie erzählten mir von ihrem Leben. Ihre Geschichte war nicht lang und ganz alltäglich. Und sie war so traurig, eben weil sie so alltäglich war.

Ella steht noch an derselben Stelle in der Fabrik, wo sie vor zwanzig Jahren stand. Ihre Vorgesetzten nennen sie eine brauchbare Arbeiterin und die anderen — eine griesgrämige alte Jungfer.

Ich kannte ihre Familie. Sie war das, was der Pfaff eine glückliche nennt. Robust der Vater und die Brüder, sanft und duldend die Frauen, die Mutter und das Mädel. Die Mutter hatte sich abgerackert und geschunden ihr Leben lang. Darum war sie so zeitig verblüht. Und als dann die Kinder groß geworden waren, besorgte die Mutter den Haushalt und Ella mußte an ihre Stelle in die Fabrik — Geld verdienen — wie die Brüder. Wenn dann abends alle zu Haus waren und vergessen hatten, dann gingen wohl die Brüder fort, das Leben zu suchen — da draußen in den Straßen der Großstadt.

Der eine ging zu seinem Mädchen, der andere in eine politische Versammlung, der dritte blieb zu Hause und las oder erzählte manchmal etwas, während Ella die Strümpfe der Brüder stopfte und ihre Hosen flickte. Und Sonntags, wenn die Brüder hinauszogen in Wald und Flur, dann konnte sie auch nicht mit. Sie hatte keine Zeit. Es gab so viel zu tun und zu ordnen und dann war wieder mal Waschtag, weil wochentags keine Zeit dazu war. Für sie stand eben die Tretmühle nie still. Auch für Stunden nicht. Kaum wußte ihr einer Dank. Ein einziges Mal hatte sie die Brüder gebeten, sie mitzunehmen. Da hatten sie sich eines Sonntags alle zusammen aufgemacht. Aber wenn Ella ausruhen wollte, dann wollten die Brüder vorwärts, und wo Ella hinwollte, da wollten wieder die Brüder nicht hin. Dann hörte sie, wie die Brüder sagten: wenn die Frauensleute dabei sind, wird doch nichts Ordentliches. Und die unmutigen Gesichter der Brüder vergällten ihr den schönen Tag, auf den sie sich doch so lange gefreut hatte.

Künftig blieb sie wieder zu Hause und flickte den Brüdern die Hosen. O, es ist etwas Schönes um so ein trautes Familienleben!

Keiner fragte nach den Wünschen, die sich hinter ihrer Stirn kreuzten. Keiner verstand die Sehnsucht in ihren Augen, die dem verirrten Sonnenstrahl folgten und die den blauen Himmel suchten.

Jetzt sind die Brüder längst verheiratet und die Eltern tot. Jetzt könnte sie hinausfliegen in die Welt, wenn sie wollte. Aber sie will gar nicht mehr. Ihre Jugend ist verwelkt und ihr Lachen schon lange, lange erstorben.

Und Marianne? Eigentlich wars ihr gut gegangen. Keine Fesseln engten sie ein, kein Hindernis wurde ihr in den Weg gelegt. Frei durfte sie dem folgen, wozu ihr hochfliegender Sinn sie trieb. Aus den Quellen der Wissenschaft hat sie getrunken. Die weite Welt mit ihren Schönheiten und Wundern durfte sie sehen. Ihre Arbeiten schufen ihr einen Namen, der sogar von den Gelehrten mit Achtung genannt wird. Und doch ist auch sie nicht glücklich. Einsam ist sie. Nur einen kurzen Sommer lang war sie glücklich. Sie liebte und glaubte sich wieder geliebt.

Der Mann ihrer Liebe schien ihrer wert. Denn auch sein Name hatte schon guten Klang in der Wissenschaft. Jung und lachend trat er in ihr Leben. Einen Sommer lang — — Fast täglich war sie mit ihm zusammen. In den Ferien zogen sie, zwei gute Weggenossen, hinaus in die Welt. Mit den reifenden Aehren wuchs ihre Liebe. Voll war ihr Herz und schwer wie die reifenden Aehren. Demütig und still wartete sie auf ein großes Glück. In dieser Zeit wurde sie zur Dichterin. Heute schämt sie sich ihrer kleinen Lieder. Und sie waren doch das Schönste, schöner als alle wissenschaftlichen Arbeiten, die sie geschrieben. Denn in ihnen lachte das Glück.

Eher als sie mußte er zurück in die dumpfe Stadt. Ein frohes „Auf Wiedersehen" rief er ihr zu. Noch einmal ging sie allein zu den Plätzen, wo sie glücklich gewesen war.

Eine Woche, nachdem sie wieder daheim war, stellte er ihr seine Braut vor — — — ein hübsches, liebes Mädel, die zwar von der Wissenschaft nichts verstand, aber — sie war so „häuslich erzogen".

Jetzt ist er schon lange verheiratet. Seine Frau kocht ihm noch immer seine Leibspeisen und wärmt ihm die Filzpantoffeln und sorgt streng dafür, daß sich niemand erdreistet, das Mittagsschläfchen des Familienhauptes zu stören. Es ist ein Idyll. Und von diesem geruhigen Leben hat er ein dickes Bäuchlein bekommen. Und das Asthma dazu.

Heute könnte er nimmer auf Berge klettern. Er mags auch gar nicht. Die Gipfel sind so hoch und da droben ists so kalt. Aber am Ofen ists warm. Er ist kein Gipfelstürmer, er begnügt sich mit dem, was er hat. Und die braven Philister am Stammtisch im „Goldenen Löwen" schätzen ihn hoch als eine Stütze des heiligen Philistertums. —

Sagt selbst, was hätte dieser Mann mit einer geistig hochstehenden Frau anfangen sollen? Und wenn er die züchtige Hausfrau rühmte und sagte „Die Frau gehört ins Haus", da war keiner, der ihm widersprochen hätte.

Marianne aber blieb einsam, weil sie kein Gänschen war. Weil keiner den klugen Gefährten in ihr schätzte. Und sie friert in ihrer Einsamkeit. — — —

Die Sonnenfinsternis in Moskau

Vom Jugendgenossen Kriwzow.

„Großmutter, sieh mal durch den Scherben."

„Wo werd' ich denn, der Himmel bewahre mich, teuflisches Blendwerk das! Wirf's fort; es ist nicht zum Guten, der Pope, Vater Wasilli hat noch gestern in der Kirche gesagt, daß sie schwindeln, die Bolschewiki die, der liebe Gott wird es nicht zulassen, daß die liebe Sonne weggemacht wird. Und die Nachbarinnen haben geschwätzt, daß der Welt Ende kommt. Nicht umsonst hat Gevatter Dimitri sich mit dem selbstgebrannten Schnäpschen einen ordentlichen Rausch geholt. Zum letztenmal sagt er, jetzt ist mir nichts mehr leid, da betrinke ich mich." —

Dieses Gespräch hörte ich, wo glaubt ihr wohl? Mitten in Moskau. Ich stand mit einem Genossen auf dem Minsker Platz.

Wir sehen uns um.

„Die Finsternis ist man bloß ausgedacht", fuhr die Alte fort und ergriff den Jungen bei der Hand, der vor Schreck seinen Glasscherben verloren hatte, „die Finsternis . . ."

„Bei dir im Kopf ist Finsternis!" platzte der Genosse schließlich heraus, „schau mal nach oben!" „Herrje" schrie die Alte und zitterte, „Sünde habe ich auf mich geladen! Wahrlich, da hat einer vom Sonnchen ein Stück abgebissen!"

„Siehst du wohl. Da 'hast du die Lehre. Nicht wir faseln und reden Unsinn, sondern dein Pope (Pfaffe). Nun, ihr seid wenig daran schuld, daß ihr so verfinstert seid. Die Popen haben sich dabei ordentlich Mühe gegeben . . ."

Film-Weltausstellung in Los

Wie der „Tägl. Korr." mitteilt, soll im nächsten Jahre in Los Angeles, der bekannten amerikanischen Filmstadt, eine Weltausstellung des Films abgehalten werden, die sich neben jeder andern Weltausstellung sehen lassen kann, was die Ausdehnung und Pracht anlangt. Die Anregung dazu geht von dem Vorsitzenden der „Etical Motion Picture Soaiety", Herrn Edward M. Langley, aus.

Alles was die Herstellung, die Verleihung und sonst das Wesen des Films betrifft, soll hier in einer Ausführlichkeit gezeigt werden, wie sie der Ausdehnung dieser jüngsten aller Weltindustrien entspricht. Die Ausstellung soll eine sog. Weltausstellung sein, aber nur den Namen „First American Film Exposition" führen.

Die Gebäulichkeiten und Ausstellungsräume sollen 20 acres füllen. Douglas **Fairbank**, dessen Name auch außerhalb Amerikas Klang hat, wird die Pläne bis ins einzelne ausarbeiten, und die oberste Leitung wird Frank Davisson bekommen, der schon einmal in ähnlicher Stellung tätig war. — Ausländische Aussteller werden auch zugelassen.

Theater

„Der Vertrag von Nizza"

Lustspiel von Louis Verneuil.

Deutsch von Rudolf Lothar.

Deutsche Uraufführung im Schauspielhaus.

Gearbeitet wurde dies Stück nach bewährtem Rezept. Erst wird eine psychologisch und sonstwie unmögliche Verbindung angestrebt. Bei den nutzlosen Bemühungen findet sich, was zusammengehört. Dies hat sich in Paris für Unterhaltungstheater so als praktisch erwiesen. Der Vorteil ist eine gewisse Stilsicherheit, die uns fehlt.

Da findet sich meist Möglichkeit, die Gelegenheiten, bei denen man mehr oder minder geistreiche Zweideutigkeiten vorträgt, abwechseln zu lassen. Die billigen Witze gehören auch zum ständigen Inventar. Sie amüsieren so gut und so schlecht, wie entsprechende Filme oder Witzblätter.

Mehr will der Autor auch nicht. Er will nicht Literatur oder Theater in unserem Sinne. Die Verwirrung entsteht bei uns, weil die gleichen Theater hohe Kunst probieren und dann wieder diese Unterhaltungsware, ganz nett, flott und nicht ungeschickt herausbringen. Das vorliegende Stück gehört nicht zu den besten seiner Art.

Dieses Unstäte des Spielplans aber schädigt unsere Theaterkultur, auch unser Stilgefühl. Den Schaden haben alle Teile. W. M.

Mitteilungen der Theater- und Konzert-Kanzleien

Im Theatermuseum (Clara Ziegler-Stiftung), Königinstraße 25, ist von heute ab ein Teil der Neuerwerbungen dieses Jahres ausgestellt. Es handelt sich in erster Linie um graphische Szenen, Bilder vom Ende des 17. Jahrhunderts bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts. Fast alle werden der Freigebigkeit einiger Gönner des Museums verdankt.

Münchner Spielplan

Dienstag, den 18. Oktober.

Nationaltheater. ½8 U.: **Ein Heldenleben, Josefslegende.**

Residenztheater. ½8 U.: **Ernst.**

Prinzregententheater. 7 U.: **Wilhelm Tell** (VB 30 501—31 500; ThG 51 951 bis 52 400).

Schauspielhaus. ½8 U.: **Der Vertrag von Nizza.**

Kammerspiele. ½8 U.: **Ein Sommernachtstraum.**

Volkstheater. ½8 U.: **Die Scheidungsreise.**

Münchner Theater. ½8 U.: **Kirchweihkinder.**

Theater am Gärtnerplatz. ½8 U.: **Die Frau im Hermelin.**

Lustspielhaus. ½8 U.: **Der lachende Ehemann.**

Museum. ½8 U.: **Elisabeth Gund-Lautenburg.** Schweizer Volkslieder.

Nachlaß Karl Liebknechts

2)

Von Franz Pfemfert.

Ein leuchtendes Zeichen erhellte die Nacht. Der Name Karl Liebknecht war nun der Inbegriff antimilitaristischer Bewegung überhaupt. Doch für seinen Träger selbst bedeutete es wenig mehr als eine winzige Episode des Kampfes. Hatte Karl Liebknecht, vereint mit Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Clara Zetkin, seit dem ersten Kriegstage rastlos gearbeitet, um die wenigen, verstreuten Gesinnungsfreunde zu sammeln, so galt es ihm jetzt, in unterirdischer, illegaler Arbeit — Flugblätter schreibend und verbreitend, Geheimversammlungen abhaltend, die zerstörten Verbindungen mit den ausländischen Bruderparteien wieder herstellend — alles zu tun, um die Massen für einen wirksamen Widerstand gegen den Krieg zu organisieren. Das war keine leichte, keine applausverheißende Aufgabe. Das war ein mühseliges, gefahrvolles, an Enttäuschungen reiches Ringen mit einer Uebermacht von Verblendung und egoistischer Mutlosigkeit. Es galt ja nicht, Zustimmung zu suchen für wohlklingende Resolutionen! Es galt Kämpfer zu finden, die bereit waren, mit ihrem ganzen Sein einzustehen! Und mit Karl Liebknecht sein, das hieß für jeden Arbeiter: Bruch mit der Partei, Bruch mit der „Disziplin", Bruch mit der Mehrheit der Genossen, die in der „Verteidigung des Vaterlandes" ihre „heilige" sozialdemokratische Pflicht erblickten. Mit Karl Liebknecht, das war . . . Heldentod im Schützengraben oder war Gefängnis. Mit Karl Liebknecht, das war: die Feuerprobe als revolutionärer Sozialist bestehen. Und wie Unzählige schwenkten da ab!

Doch Karl Liebknecht resignierte nie. „Keine Anstrengung ist zu groß, ist groß genug!" Mochte das Parlament noch so raffinierte Methoden ersinnen, ihn mundtot zu machen: Liebknecht wußte oft mit einem einzigen Zwischenruf das patriotische Idyll zu zerstören. Mochte eine Armee von Spitzeln ihm auf den Fersen sein: die Versammlungen fanden statt und die Flugblätter wurden gedruckt und verbreitet. Mochten die Führer der Sozialdemokratie alles unternehmen, ihn und seine hämmernde Kritik von den Arbeitern fernzuhalten: Liebknecht durchbrach die Schranken, die von der Parteibürokratie überall errichtet waren. Die (während der Kriegszeit illegal erschienene) Schrift „Klassenkampf gegen den Krieg" möge dem Leser eine Vorstellung geben von den aufreibenden, hartnäckigen Kämpfen, die Karl Liebknecht innerhalb der Partei zu führen gezwungen war.

1916. Der 1. Mai.

In der zerlumpten Uniform des Armierungssoldaten demonstriert Karl Liebknecht auf dem Potsdamer Platz zu Berlin gegen das militaristische Deutschland. Schon sind Tausende mit ihm. Schon stimmen Tausende öffentlich ein in seinen Ruf: „Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!" Schon Tausende — doch auf der anderen Seite noch immer die kriegs- und siegestrunkenen Millionen!

Karl Liebknecht wird verhaftet und ins Militärgefängnis gebracht. In seiner Wohnung werden Exemplare von dem Flugblatt beschlagnahmt, das zur Rebellion gegen den Krieg aufruft. Jetzt glaubten die Gewaltherrscher, die gefährlichste Stimme ersticken zu können. Die Presse erhält einen Wink — einige kurze Hetznotizen gegen den Störer, die Mitteilung von seiner Verhaftung — damit ist die Angelegenheit abgetan. Und der bewährte Reichstag entledigt sich in der Sitzung vom 11. Mai 1916 Karl Liebknechts prompt durch Preisgabe der Immunität, nachdem der offizielle Sprecher der Sozialdemokratie Deutschlands, Herr Dr. Landsberg (später Revolutions-Minister), diese Leistung vollbracht hat:

„Meine Herren, Sie haben es in Liebknecht mit einem Manne zu tun, der durch Appell an die Massen die Regierung zum Frieden zu zwingen suchte, eine Regierung, die bereits wiederholt ihre Friedensbereitschaft vor aller Welt ausgesprochen hat . . . Wie wir zu diesem Kriege stehen, meine Herren, das wissen Sie. Er ist für uns ein Kampf um die Heimat . . . Das, meine Herren, ist die Stimmung des deutschen Volkes. Und diese Stimmung kann durch ein Blatt Papier (Herr Landsberg meint das Flugblatt) nicht erschüttert werden . . . Wie grotesk ist diese ganze Unternehmung . . .! Wie kann sich jemand einbilden, durch eine Demonstration auf dem Potsdamer Platz, durch ein Flugblatt hohe Politik zu machen, in die Geschicke der Welt eingreifen zu können? Wenn wir der krankhaften Nervosität, von der dieses ganze Vorgehen, von der jede Zeile des Flugblattes Zeugnis ablegt, unsere klare, nüchterne Ruhe entgegenstellen, dann dienen wir dem Reich am allerbesten . . ." (Sitzungsprotokoll Seite 1027/1028.)

Eine derartig sozialdemokratische Rede fand — noch im Mai des Jahres 1916! — zustimmende Aufnahme bei den meisten deutschen Arbeitern (und ich zitiere sie nur aus diesem Grunde; ich zitiere sie nicht, um von dieser Stelle aus dagegen zu polemisieren). Der Wall schien noch immer unerstürmbar. Und nach der Verhaftung Liebknechts zweifelten selbst manche Freunde, ob es richtig gewesen war, daß der Führer einer Bewegung, die ohnehin durch die „Schutzhaft" wertvoller Mitarbeiter beraubt war, sich so deckungslos gefährdete. Karl Liebknecht ließ Erwägungen dieser Art nicht zu. Er fühlte sich nur als einfacher Soldat der Revolution. Solidarität und Pflichtgefühl wiesen ihm den Platz in der ersten Reihe. Als „absurd" verwarf er die Zumutung, die Genossen zur Demonstration aufzurufen und selber ihr fernzubleiben. Gewiß wußte er im voraus, daß die Militärdiktatur alles aufbieten würde, den verhaßten Gegner unschädlich zu machen. Er rechnete weder mit der Gnade der Justiz noch mit seiner Immunität als Abgeordneter. Und er, dem es ein leichtes gewesen wäre, sich nun, als Gefangener, auf die Devensive zu beschränken — eine Taktik, die ihm kein Mensch verübelt hätte —, er wird bewußt „unklug", er gibt jede „Chance der Verteidigung" preis, um von seiner Zelle aus den Kampf gegen den deutschen Militarismus und Imperialismus in verschärfter Form fortzusetzen.

Anklagen wollte man ihn? Er wurde der unerbittlichste Ankläger! Aburteilen? Unbarmherzigere, härtere Urteile, als der gefangene Armierungssoldat Liebknecht sie fällte, sind nie über die Weltseuche Militarismus gesprochen worden! Des „vollendeten Landesverrats" wollte man ihn überführen? Er zog die Volksverräter, die Weltbrandstifter, die Urheber des Massenmordes vor den Richterstuhl der Geschichte. Strengster Ausschluß der Oeffentlichkeit sollte verhindern, daß Liebknecht zum Proletariat sprechen könnte. Auf dem „legalsten" Wege wußte der gefürchtete Ankläger diese Absicht zu durchkreuzen: die Eingaben zu den Akten wandten sich an die revolutionäre Avantgarde der Welt, das Aktenbündel, das mit dem Zuchthausurteil über Karl Liebknecht für die Militärjustiz abgeschlossen schien, enthält das Todesurteil über den deutschen Militarismus*).

„. . . Mögen Opfer fallen! . . ."

Karl Liebknecht hätte nicht nötig gehabt, der Militärjustiz gegenüber irgendwie Prinzipielles preiszugeben; ein wenig „Vorsicht", ein Sichbeschränken auf die Abwehr der Anklage: „ehrenvolle Festungshaft" wäre das Prozeßergebnis geworden. Die vier Jahre Zuchthaus sind nicht die Strafe für das der Anklage zugrunde liegende Delikt, —: sie sind die Rache für die furchtbaren Wunden, die Liebknecht dem Feinde zugefügt.

(Fortsetzung folgt.)

*) Das Buch „Zuchthausurteil" ist die wörtliche Wiedergabe der Prozeßakten, Urteile und Eingaben Karl Liebknechts.

Sowjetrussland

Die künftige Tätigkeit der neuen Staatsbank

RW. Am 7. Oktober erließ die Allrussische Exekutive ein Dekret bezüglich Errichtung der Staatsbank, deren Aufgabe die Förderung der Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft ist. Ein Mitarbeiter der „Rosta" besuchte den Leiter der neuen Staatsbank, Scheinmann, der über seine künftige Tätigkeit und die Bedeutung der Staatsbank für die wirtschaftliche Wiederherstellung der Republik folgendes ausführte:

„Die Notwendigkeit der Errichtung der Staatsbank ergab sich aus den neuen wirtschaftlichen Verhältnissen, die durch die Einführung der neuen Wirtschaftspolitik bedingt sind. Das Recht der Erweiterung einzelner Produktionszweige, ihre Vertrustung, die Privatunternehmungen, denen bereits ein breites Tätigkeitsfeld eingeräumt ist, das Anwachsen der Genossenschaften, all dies zusammen erfordert die Organisierung des Kredits im weitesten Maßstabe.

Die Kreditgewährung an die Industrieunternehmungen zwecks Erhöhung ihrer Produktivität ist eine der Grundaufgaben der Staatsbank. Wir werden allen Industrieunternehmungen Kredit gewähren, die ihre Existenzberechtigung als Produktionseinheit beweisen, unabhängig davon, ob diese genossenschaftliche oder Privatunternehmungen sind. In unser Tätigkeitsfeld fallen hauptsächlich Aufgaben allgemeinen Charakters zur Gesundung des Wirtschaftslebens.

Das Emissionsrecht bleibt wie früher dem Finanzkommissariate vorbehalten. Erst nach Schaffung einer gesunden Wirtschaftsgrundlage werden auch Aufgaben rein finanziellen Charakters in unsere Tätigkeit miteinbezogen. In erster Linie kommt die sorgfältige Regulierung der Emissionspolitik und der damit verbundenen Valutaprobleme in Betracht.

Eine unserer laufenden Aufgaben ist die Herstellung von Beziehungen mit dem Auslande zur Durchführung von Bankoperationen im internationalen Maßstabe. Wir halten es für notwendig zu erklären, daß mit Beginn der Tätigkeit der Staatsbank eine Reihe von Regierungsdekreten außer Kraft treten, die die Valutaoperationen der Privatleute beschränken.

Die Staatsbank, die alle Uebertragungsoperationen im internationalen Maßstabe übernimmt, garantiert die absolute Unantastbarkeit von Valutawerten, wobei äußerst günstige Uebertragungsbedingungen vorgesehen sind. Bekanntlich hat die allrussische Exekutive 2000 Milliarden Rubel als Grundkapital der Staatsbank angewiesen. In den Verwaltungsapparat der Bank wurde eine Reihe bekannter Fachleute, unter anderen der bekannte Finanzfachmann Kutler aufgenommen, die auf dem Gebiete des Bankwesens große Erfahrungen haben."

Die Verpachtung v. Ländereien an eine ausländische Gesellschaft

RW. Eine große tschechische Maschinenbaugesellschaft hat bei der Staatswirtschaftsplankommission einen Vorschlag eingereicht, ihr im Kuban- und Terekgebiet 36 000 Hektar Land zu überlassen, die von derselben mit Motorpflügen bearbeitet werden sollen, unter der Bedingung, daß der Staat Brenn- und Schmiermaterial selbst beistellt und eine Reparaturwerkstätte im Arbeitsgebiete errichtet. Die Arbeit soll nicht später als im nächsten Frühjahr beginnen. Der Vorschlag wurde gutgeheißen und die Bestätigung eingereicht.

Die Vorteile der Naturalentlohnung

RW. Die Djadkowskower Kristallglasfabriken, die früher mit zwei Glasöfen nur 4000 Stück Fabrikate erzeugten, liefern jetzt nach Einführung der Naturalentlohnung 20 000 Stück Fabrikate, wobei nur ein Ofen im Betrieb steht.

Letzte Nachrichten

Der drohende Eisenbahnerstreik in Amerika

Newyork, 18. Okt. (Reuter.) Wenn die Aufforderung zum Eisenbahnerstreik in vollem Umfang befolgt wird, so werden am 30. Oktober über eine halbe Million Eisenbahnangestellte in den Ausstand treten. Am zweiten November würden etwa 2 Millionen Angestellte infolge der vollständigen Einstellung des Eisenbahndienstes feiern. Wie gemeldet, haben über 90 Prozent der Angestellten bereits für den Streik gestimmt. Während die Eisenbahngesellschaften in einer früheren Bekanntmachung eine 12 Prozentige Lohnherabsetzung angekündigt hatten, gaben sie gestern bekannt, daß noch weitere Herabsetzungen notwendig seien. Die Arbeiterführer erklären, daß dies der größte Streik in der Geschichte der Vereinigten Staaten sein werde.

Paris, 17. Okt. Wie Newyork Herald aus Chicago erfährt, haben 11 Verbände von Nebenberufszweigen der Eisenbahner, namentlich Maschinisten, Schmiede usw. inoffiziell erklärt, daß sie bereit seien, sich der Streikbewegung anzuschließen.

(Siehe auch Seite 2.)

Rüstungen für den nächsten Weltkrieg

London, 17. Okt. „Daily Expreß" berichtet, die britische Regierung und die Regierungen der Dominions seien übereingekommen, daß es, falls die Washingtoner Konferenz nicht zu einem Einvernehmen über die Probleme des Stillen Ozeans führen sollte, es notwendig sein würde, eine starke Flotte für den Fernen Osten zu schaffen. Diese Flotte würde sich zusammensetzen aus Schlachtkreuzern, Zerstörern u. U-Booten. Ihre strategische Basis würde Singapore sein.

Die Konferenz von Washington wird, wie wir bereits in einem Artikel darlegten, keinerlei Erfolg bezüglich der Abrüstung bringen können.

Der griechische Rückzug

Konstantinopel, 18. Okt. Der griechische Generalstab verlegte nach Meldungen aus Kleinasien seinen Sitz von Eskischehir nach Smyrna.

Verantwortlich für Schriftleitung und Verlag: Otto Graf,
Druck: Max Steinebach, München

Arbeiter verbreitet die „Neue Zeitung" und Ihr helft Euch selbst!

Amtliche Anzeigen

Oeffentliche Zustellung.

Mathels Otto, Agent in Rodalben, Kläger, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Jansohn in München, klagt gegen Schmidhäusler Heinrich, Kaufmann, zuletzt in München, zurzeit unbekannten Aufenthalts, Beklagten, nicht vertreten, wegen Forderung mit dem Antrage zu erkennen:

1. Der Beklagte ist schuldig, an Kläger 27 775 Mk. 20 Pfg. — siebenundzwanzigtausendsiebenhundertfünfundsiebzig Mark zwanzig Pfennige — nebst 5 vom Hundert Zinsen seit 1. Februar 1921 zu zahlen.
2. Der Beklagte trägt die Kosten des Rechtsstreites.
3. Das Urteil ist evt. gegen Sicherheitsleistung vorläufig vollstreckbar.

Der Kläger ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreites vor die III. Zivilkammer des Landgerichts München I auf Dienstag, den 13. Dezember 1921, vorm. 9 Uhr, Zimmer 91, mit der Aufforderung, einen bei diesem Gerichte zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten zu bestellen. Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

München, den 10. Oktober 1921.

Der Gerichtsschreiber des Landgerichts I.

Bekanntmachung.

A. Handelsregister.

I. Neu eingetragene Firmen.

1. **Trockenplattenfabrik Kranseder & Cie., Aktiengesellschaft.** Sitz München. Der Gesellschaftsvertrag ist am 10. Sept. 1921 abgeschlossen. Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und der Fortbetrieb des unter der Firma: „Trockenplattenfabrik Kranseder & Cie. Gesellschaft mit beschränkter Haftung in München seither bestehenden Betriebes, die Herstellung und der Vertrieb von Trockenplatten und anderen photographischen und chemischen Bedarfsartikeln, die mittelbare oder unmittelbare Beteiligung an anderen Unternehmungen gleicher oder verwandter Art, sowie deren Erwerb. Grundkapital: 1 200 000 ℳ, eingeteilt in 1000 auf den Inhaber lautende Stammaktien zu 1000 ℳ und 200 auf den Inhaber und 1000 ℳ lautende Vorzugsaktien, die in bestimmten Angelegenheiten je 10 Stimmen haben und bei der Gewinnverteilung und der Liquidation nach näherer Maßgabe des Gesellschaftsvertrages bevorrechtigt sind. Alle Aktien werden zu 100 Proz. ausgegeben. Sind mehrere Vorstandsmitglieder bestellt, sind zwei oder eines mit einem Prokuristen vertretungsberechtigt, doch kann der Aufsichtsrat einzelnen Vorstandsmitgliedern die Befugnis der Alleinvertretung erteilen. Vorstand: Dr. Lübbo Cramer, Chemiker in München. Der Vorstand besteht nach Bestimmung des Aufsichtsrates aus einem oder mehreren Personen, die vom Vorsitzenden des Aufsichtsrates oder dessen Stellvertreter bestellt werden. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft, insbesondere die Berufungen der Generalversammlungen erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger. Die Aktiengesellschaft übernimmt das gesamte Reinvermögen der Firma: „Trockenplattenfabrik Kranseder & Cie., Gesellschaft mit beschränkter Haftung in München nach Maßgabe der beigehefteten Bilanz mit Nutzen und Lasten vom 1. Januar 1921 an zum Preise von 1 000 000 ℳ. Von den Forderungen und Verbindlichkeiten der übernommenen Firma Trockenplattenfabrik Kranseder & Cie., Gesellschaft mit beschränkter Haftung in München, werden nur die aus der Anmeldung und deren Beilagen ersichtlichen durch die Aktiengesellschaft übernommen. Die Gründer, welche alle Aktien übernommen haben, sind: 1. die Bayerische Diskonto- u. Wechselbank Aktiengesellschaft in Nürnberg, 2. August Wegeler, Fabrikant in München, 3. Leo Well, Rechtsanwalt in München, 4. Franz Pertele, Großkaufmann in München, 5. Dr. Lübbo Cramer, Chemiker in München. Die Mitglieder des 1. Aufsichtsrates sind: 1. August Wegeler, Kaufmann in München, 2. Ludwig Pertele, Bankdirektor in Nürnberg, 3. Heinrich Rahn, Bankdirektor in Schweinfurt, 4. Leo Well, Rechtsanwalt in München. Von den mit der Anmeldung eingereichten Schriftstücken, insbesondere vom Prüfungsbericht des Vorstandes und Aufsichtsrates und der Revisoren kann bei Gericht, von dem der Revisoren auch bei der Handelskammer München Einsicht genommen werden. Geschäftslokal: Lindwurmstr. 125—131.
2. **„Dißmeier" Filmgesellschaft mit beschränkter Haftung.** Sitz München. Der Gesellschaftsvertrag ist am 13. September und 12. Oktober 1921 abgeschlossen. Gegenstand des Unternehmens ist die Anfertigung der Vertrieb der Verleih und Verkauf von Films sowie Vornahme aller damit zusammenhängenden Geschäfte. Stammkapital: 20 000 ℳ. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, sind zwei oder einer mit einem Prokuristen vertretungsberechtigt. Geschäftsführer: Ernst Liebe, genannt Schedera, Filmregisseur und Paul Baumann, Privatgelehrter, beide in München. Die Bekanntmachungen erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. Geschäftslokal: Ottostraße 16.
3. **„Auslese" Edelwein-Vertriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung.** Zweigniederlassung München, Hauptniederlassung Bingen. Der Gesellschaftsvertrag ist am 27. Juni und 30. Juli 1921 abgeschlossen. Gegenstand des Unternehmens ist der Handel, Import und Export von Schloß-Abzügen, Hochgewächsen, Edelbränden und zwar im Großen und im Kleinen auf eigne Rechnung und in Kommission. Stammkapital: 100 000 ℳ. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, sind zwei oder einer mit einem Prokuristen vertretungsberechtigt, doch sind die Geschäftsführer Dr. Julius Schülein und Dr. Ernst Goldschmidt je allein vertretungsberechtigt. Geschäftsführer Dr. Julius Schülein, Fabrikdirektor und Dr. Ernst Goldschmidt, Syndikus, beide in München. Die Bekanntmachungen erfolgen durch den Deutschen Reichs-Anzeiger.
4. **August Kurz mit beschränkter Haftung & Co. Kommanditgesellschaft.** Sitz München. Kommanditgesellschaft. Handel mit Weinen, Spirituosen und der Betrieb einer Brennerei. Beginn 12. Oktober 1921. Persönlich haftende Gesellschafterin August Kurz mit beschränkter Haftung in Bingen. 2 Kommanditisten.
5. **Ludwig Schöpplein & Co.** Sitz München. **Offene Handelsgesellschaft.** Beginn: 1. April 1921. Leder- und Lederabfallgroßhandlung. Augustenstr. 86. Gesellschafter: Ludwig Schöpplein, Lederhändler, Gerhard Fiebler, Kaufmann, beide in München.
6. **Elite Damenkonfektion Gesellschaft mit beschränkter Haftung.** Sitz München. Der Gesellschaftsvertrag ist am 26. September 1921 abgeschlossen. Gegenstand des Unternehmens ist der Vertrieb von fertigen Damen-Garderoben, die Massenanfertigung von Damen-Garderoben und die Beteiligung an ähnlichen Unternehmungen. Stammkapital: 20 000 ℳ. Geschäftsführer: Josef Holzfurtner, Damenschneider in München. Die Bekanntmachungen erfolgen im Deutschen Reichs-Anzeiger. Geschäftslokal: Reichenbachstraße 8/I.
7. **Großeinkaufsgesellschaft Bayerischer Lebensmittelhändler mit beschränkter Haftung.** Sitz München. Der Gesellschaftsvertrag ist am 3 und 11. Oktober 1921 abgeschlossen. Gegenstand des Unternehmens ist Beschaffung und Vertrieb von Kolonialwaren, Produkten und Fabrikaten der Lebensmittelbranche, Tabakerzeugnissen, Lebens-Haushaltungs- und Wirtschaftsbedürfnissen. Stammkapital: 500 000 ℳ. Geschäftsführer: Karl Leander, Kaufmann in München. Prokuristen: Bruno Schmidt und Hans Lindner, Gesamtprokura. Geschäftslokal: Brunnstraße 8.
8. **Scicali & Zampiero.** Sitz München. Offene Handelsgesellschaft. Beginn: 13. Oktober 1921 Großhandel mit Obst und Südfrüchten, Großmarkthalle. Gesellschafter: Germano Zampiero, Kaufmann in München und Enzo Scicali, Kaufmann in Catania.

II. Veränderungen bei eingetragenen Firmen.

1. **Aktienbrauerei zum Löwenbräu in München.** Sitz München. Prokura des Karl Heller gelöscht.
2. **Deutsche Megola-Werke, Gesellschaft mit beschränkter Haftung.** Sitz München. Weiterer Geschäftsführer: Dr. phil. Wolfgang Felix Ewald in München.
3. **Neuhöfer & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung.** Sitz München. Die Gesellschafterversammlung vom 17. Juni 1921 hat die Erhöhung des Stammkapitals um 200 000 ℳ auf 300 00 ℳ beschlossen.
4. **Heimat Hochbild, Gesellschaft mit beschränkter Haftung.** Sitz München. Geschäftsführer Rudolf Freiherr von Imhof gelöscht. Neubestellter Geschäftsführer: Romuald Kirchinger, Rechtsanwalt in München.
5. **Dalepo, Bayer. Photo-Industrie, Gesellschaft mit beschränkter Haftung.** Sitz München. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Liquidator: der bisherige Geschäftsführer.
6. **„Münchner Kunsthort", Institut zur Verwertung und Begutachtung von Kunstbesitz. Gesellschaft mit beschränkter Haftung.** Sitz München. Prokura des Ernst Wengenmayr gelöscht. Dr. Franz Paul Bernhuber und Ludwig Welß, Gesamtprokura.
7. **Chemische Fabrikation Solv, Gesellschaft mit beschränkter Haftung.** Sitz München. Geschäftsführer Fritz Funk gelöscht. Nunmehriger Geschäftsführer: Franz Karg, Kaufmann in München.
8. **Continental Bodega Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung.** Zweigniederlassung München. Die Gesellschafterversammlung vom 31. Mai 1921 hat Aenderungen des Gesellschaftsvertrages nach näherer Maßgabe des eingereichten Protokolls, im besonderen die Erhöhung des Stammkapitals um 2 000 000 ℳ auf 3 000 000 ℳ, die vom 20. Juli 1921 die Aenderung der Firma beschlossen. Diese lautet nunmehr: „National Bodega Co.", Gesellschaft mit beschränkt. Haftung.
9. **Trockenplattenfabrik Kranseder & Cie., Gesellschaft mit beschränkter Haftung.** Sitz München: Die Gesellschafterversammlung vom 10. September 1921 hat Aenderungen des Gesellschaftsvertrages hinsichtlich der Firma und des Gegenstandes des Unternehmens beschlossen; letzterer ist die Durchführung der Liquidation der bisherigen Gesellschaft. Die Firma lautet nun: Wegeler, Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Liquidator: Der bisherige Geschäftsführer. (s. oben I. 1.)
10. **J. Ellersdorfer & Co.** Sitz München. Offene Handelsgesellschaft aufgelöst. Nunmehriger Alleininhaber: Kaufmann Armand Sellier in München.
11. **Denkmäler-Verlag Dr. Hein Kohlschein, Kommanditgesellschaft.** Sitz München. Dr. Hein Kohlschein und Heinrich Rümer-Andreae als persönlich haftende Gesellschafter gelöscht. Neu eingetretene persönlich haftende Gesellschafter: Robert Schreiber, Verlagsbuchhändler in Eßlingen und Ferdinand Schreiber, Verlagsbuchhändler in München. Geänderte Firma: Deutsche Meister-Werke Robert & Ferdinand Schreiber, Kommanditgesellschaft. Eintritt fünf weiterer Kommanditisten. Einlagen von vier Kommanditisten sind [illegible]
12. **Gebrüder Thomaß, Bierbrauerei zum Thomasbräu.** Sitz München. Der Name des Gesellschafters Karl Thomaß lautet nun Dr. Karl Thomaß. Name, Stand und Wohnort der Gesellschafterin Emmy Thomaß ist infolge der Verehelichung nun: Emmy Siemsenkamp, Fabrikbesitzersgattin in Crefeld. Prokura des Dr. Karl Thomaß gelöscht. Ludwig Dedel, Gesamtprokura mit August Schneidt, oder dem Gesellschafter Dr. Karl Thomaß. Der Ausschluß der Vertretungsbefugnis des Dr. Karl Thomaß ist aufgehoben; dieser ist nun je in Gemeinschaft mit einem der Prokuristen August Schneidt, Karl Schlegl, Josef Maab und Ludwig Dedel zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt.
13. **August Terne.** Sitz Eibsee. Erbengemeinschaft hinsichtlich der Firma aufgehoben. Seit 9. März 1921 offene Handelsgesellschaft unter der geänderten Firma: Brüder Terne. Gesellschafter: August Terne, Spediteur in Partenkirchen, Karl Terne, Hoteldirektor in Eibsee, Alois Terne, Privatmann in Mittenwald, Hans Terne, Hoteldirektor in Eibsee, Ludwig Terne, Anwesensbesitzer in Schmölz.
14. **Orth & Leimer Lederfabrik.** Sitz München. Gesellschafter Josef Leimer gelöscht. Neu eingetretener Gesellschafter: Jakob Orth jun., Kaufmann in München. Geänderte Firma: Orth & Sohn Lederfabrik.
15. Lauber & Hachenburger Zweigniederlassung München. Prokurist: Johannes Hofmann.
16. „Minerva" Werbeschreibbüro Propaganda-Druckerei und Reklamebüro Josef Lechl. Geänderte Firma: Werbebüro Minerva Josef Lechl.
17. Bayerische Textil-Werke Bernhard N. Nestler. Sitz Tutzing. Prokurist: Lothar Lindemann. Dieser und die eingetragenen Prokuristen Oskar Plochmann und Max Wunder haben je Gesamtprokura mit einem anderen Prokuristen.
18. **Otto Schmitt.** Sitz München. Seit 1. September 1921 offene Handelsgesellschaft unter der geänderten Firma: Schmitt & Wiest. Gesellschafter: Kaufmann Otto Schmitt — bisher Alleininhaber — und Kaufmann Franz Wiest, beide in München.
19. **Industrialisierungs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung.** Sitz München. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Liquidator: der bisherige Geschäftsführer.
20. **Hermann Fiebler.** Sitz München. Geänderte Firma: **Christian Ellerich vorm. Hermann Fiebler.**
21. **Norddeutsche Tiefbaugesellschaft mit beschränkter Haftung.** Zweigniederlassung München. Prokura des Josef Madersbacher und Paul Loewy gelöscht.
22. **„Rapha" Großvertrieb Kosmetischer und Pharmazeutischer Artikel Lampel & Co.** Sitz München. Hans Oberwimmer als Inhaber gelöscht; nunmehriger Inhaber: Heinrich Kurz, Kaufmann in München. Forderungen und Verbindlichkeiten sind nicht übernommen.

III. Löschungen eingetragener Firmen.

1. **Cigarettenfabrik „Corso" Richard Müller.** Sitz München.
2. **Raymond H. Thurmann.** Sitz München.
3. **Holzindustrie Unterammergau Gg. Mayer.** Sitz Unterammergau. Prokura des Anton Schädle gelöscht.

B. Vereinsregister.

1. **Bayerischer Pfadfinderbund eingetragener Verein Landesverband zur Förderung der Pfadfinderbewegung.** Sitz München.
2. **Bayerischer Pionier-Verbund eingetragener Verein.** Sitz München.
3. **Vaterländische Vereinigung des 23. Stadtbezirkes München eingetragener Verein.** Sitz München.
4. **Münchener Gesellschaft für Rassenhygiene, eingetragener Verein.** Sitz München.

C. Genossenschaftsregister.

Heimstättenbund „Am Marienstern" Baugenossenschaft für Kleinwohnhäuser, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. Sitz München. Die Generalversammlung vom 30. Juli 1921 und 8. Oktober 1921 hat Aenderungen des Statuts nach näherer Maßgabe des eingereichten Protokolls beschlossen, besonders folgende: Gegenstand des Unternehmens ist der Ankauf von Grundstücken zur Errichtung von Heimstätten und zum Gartenbau, sowie die Beschaffung guter, billiger Kleinwohnungen, ausschließlich für Minderbemittelte zu Eigentum, Dauermiete und Erbpacht. Haftsumme: 300 ℳ. Höchstzahl der Geschäftsanteile: 10. Wendelin Sommer aus dem Vorstand ausgeschieden. Neubestelltes Vorstandsmitglied: Anton Bareth, Kassenangestellter in München.

München, den 15. Oktober 1921.

Amtsgericht.

Terminsbestimmung.

1. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll durch den unterfertigten K. Notar als ernannten Versteigerungsbeamten das nachbezeichnete, zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks auf den Namen des Kaufmanns Karl Seewald in München im Grundbuch eingetragene Grundbesitztum Pl.-Nr. 1023¹/₁₈ in der Steuergemeinde München-Schwabing am **Donnerstag den 1. Dezember 1921, vorm. 9 Uhr** in den Amtsräumen des Notariats München XV dahier, Karlsplatz 8/I links versteigert werden. Der Versteigerungsvermerk ist im Grundbuch am 2. September 1921 eingetragen worden. Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebotes nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden. Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.
2. Das Grundbesitztum liegt in der Steuergemeinde München-Schwabing, gehört zum Bezirk des Amtsgerichts München; ist eingetragen im Grundbuch für Schwabing Bd. 76 Bl. 1472 S. 427 ff. und besteht aus: Pl.-Nr. 1023¹/₁₈ Bauplatz an der Osterwaldstraße zu 0,040 H.ktar.

München, den 22. September 1921.

Notariat München XV.

Justizrat Dr. Walter, Notar.

Bekanntmachung.

Am Dienstag den 18. Oktober werden an den nachverzeichneten Verwahrungsorten öffentlich gegen bar versteigert:

a) Zwangsweise: vormittags 9 Uhr in der Versteigerungshalle der Gerichtsvollzieherei:

1 Klavier, 1 Biedermeierzimmer, 2 Büfetts, 3 Bücher- und 5 Kleiderschränke, 2 Standuhren, 3 Kredenzen, Schreibtische, 1 Sekretär, 1 antike Uhr, 2 große Bibliothekschränke, 3 Diwans, 1 Klub- und 1 Ledersofa, verschiedene Stühle, 2 Fauteuils, 1 Konsol- und 3 andere Spiegel, Tische, Kommoden, 1 Truhe, Oelgemälde, Bilder, 1 Freischwinger, Teppiche, Schlummerrollen, Sofakissen, Vorhanggarnituren, 1 Küchenschrank, 1 Schreibpult, 11 Stehlampen und 40 Seidenschirme, 17 Stück Perlen- und Halsketten, eine Partie verschiedene Bücher, 1 Pelzstuber mit Nutriakragen, 6 Damenröcke, 1 Mantel, 2 Sommerkleider, 3 Pelzmäntel, 1 Kragen, 4 Teepuppen, eine Partie Wäsche, Geschirr, Krüge, Gläser, Nippsachen, 1 Silbertasche, 11 große Koffern, 1 Samovar, 1 Spieldose 3 Schreibmaschinen, 1 Duplikating-Apparat, 6 Reitpeitschen, 19 Rollen Dekorationsleinwand u. v. a.

b) Gemäß § 1234 BGB. bezw. 368 HGB.: 9150 Stück Zigaretten, 750 Stück Zigarren, 15 Pakete Zigarettentabak, 25 Pakete Rauchtabak.

c) Zwangsweise: nachmittags 2 Uhr in Riem, Zusammenkunft am Bahnhof: 1 gr. Weidenkorb;
Nachmittags 2½ Uhr Baumstraße 4:
2 Konservenschlußmaschinen.
Nachmittags 3 Uhr Säbenerstr. 9/1, 2. Aufg.:
1 große Schreibmaschine.

München, den 15. Oktober 1921.

Gerichtsvollzieherei.

Einzelpreis 40 Pfg.

Neue Zeitung

4. Jahrg. | Erscheint tägl. ch außer an Sonn- u. Feiertagen — Bezug durch alle Postanstalten u. den Verlag — Auslieferung für München nur durch die Zeitungszentrale Färbergraben Nr. 27/28 — Schriftleitung und Verlag München, Baaderstraße 1a — Fernruf Nummer 24953 — Sprechstunden von 11—12 Uhr. | Mittwoch, 7. Dezember 1921 | Bezugspreis frei ins Haus monatlich M 6.50 — Einzelnummer 40 Pfg. — Anzeigenpreis für die 8-gespaltene Nonpareillezeile Mk. 2.50, für die 4 gespalt. Reklamzeile Mk 8.— Familienanz. M 1.50, Stellenges. M. 1.00 — Anz.-Ann. i. d. Geschäftsst. Werk. tags 8—1 Uhr Samstag bis 1 Uhr. Postscheck. München 145 2 | Nr. 87

Vor folgenschweren Entscheidungen

Es ist fühlbar, daß die Entwicklung der Dinge in Deutschland in kurzem den Höhepunkt erreicht haben wird. Vorbote dessen, was kommen wird, war die Stinnesreise nach London, der unmittelbar darauf die des Herrn Rathenau folgte. Ueber Stinnes' Reise verlautbarte wenig, ein Zeichen, daß er es verstanden hatte, seine Pläne mit maßgeblichen Stellen Englands durchzusprechen, und des weiteren ein Zeichen, daß ein Bekanntwerden des Reiseergebnisses erst dann gewünscht wird, wenn die Ketten so stark um das deutsche Volk geflochten sind, daß gegenüber einer englisch-Stinnes'schen Industriealliianz nennenswerter Widerstand nicht mehr geleistet werden könnte.

Befürchtungen dieser Art wären es wohl auch, die Dr. Wirth veranlaßten, das dank des Verhaltens seiner Partei inoffizielle Kabinettsmitglied Dr. Rathenau ebenfalls nach London zu schikken, um die von Stinnes eingeleiteten Verhandlungen durch offizielle Verhandlungen, wenn nicht zu stören, so doch abzulösen.

Es sei gleich vorweg genommen, daß, mag nun ein Abkommen zwischen Stinnes und der englischen Großindustrie oder der Reichsregierung mit dem offiziellen England zu Stande kommen, dessen Wirkung auf das deutsche Proletariat eine vollkommen gleiche wäre. Hier wie dort handelt es sich um eine Verschacherung der deutschen Arbeitskraft an das Ausland und ob diese Verschacherung nun auf der Grundlage der Denkschrift der britischen Industriellen geschieht oder aber auf einer Art zweiten Wiesbadens, spielt keine Rolle.

Die Entsendung Rathenaus nach London ist somit eine interbourgeoise Angelegenheit, eingeleitet einzig und allein deshalb, um der von Stinnes geplanten Diktatur über den Staat dadurch einen Riegel vorzuschieben, daß seitens der Regierung ähnliches in die Wege geleitet wurde.

Der Erfolg wird zeigen, zu wem die maßgeblichen englischen Kreise mehr Vertrauen haben, zu Stinnes oder zum Reich. Es wird sich schon in den nächsten Tagen zeigen, wenn das Ersuchen der deutschen Regierung um eine Anleihe von 25 Millionen Pfund Sterling — befriedigt oder aber — was wahrscheinlicher ist — abgelehnt sein wird.

In dieser Situation, die für die deutsche Regierung keineswegs angenehm ist, hat nun Dr. Wirth vor den Vertretern der deutschen Presse eine große Rede gehalten, deren Zweck recht eindeutig ist. Dr. Wirth bemühte sich, den Pressevertretern, nachdem er über den Sinn der Presse, wie er ihn sich denkt, gesprochen hatte, klar zu machen, daß er, bei aller Opposition gegen ihn und die Regierung, doch erwarte, daß in den kommenden schweren Tagen sich der Kampf gegen ihn auf sachlicheren Bahnen bewegen möge, daß er seitens der Presse bei den Steueraufgaben, die seiner harren, unterstützt werde.

Die Sachlage ist nun die: es ist, selbst wenn seitens der Entente ein Entgegenkommen bei künftigen Zahlungen gefunden würde, absolut unwahrscheinlich, daß dieses Entgegenkommen sich schon auf die nächsten Zahlungen erstrecken werde. Die jüngste Note der Reparationskommission weist darauf hin, daß mit allem Nachdruck von Deutschland die Einlösung der übernommenen Verpflichtungen gefordert werden wird.

Ein Moratorium, selbst wenn es zu Stande käme, würde den Druck, der auf Deutschlands Wirtschaft lastet, keineswegs beheben, so daß also dadurch eine nennenswerte Sanierung der deutschen Finanzen nicht zu erwarten ist.

Die Forderung der Großindustrie auf Verstaatlichung der Eisenbahnen wurde zwar in den letzten Wochen nicht wiederholt, sie wurde aber auch nicht zurückgenommen, so daß sich die Vermutung gebieterisch aufdrängt, die deutsche Großindustrie will nur warten, bis uns das Wasser bis zu den Lippen reicht, um dann mit größerer Aussicht auf Erfolg und mit stärkstem Nachdruck diese erpresserische Forderung erneut zu erheben.

Die deutsche Regierung sieht sich, getrieben vom Ausland, gezwungen, schließlich doch Steuern aufzulegen, die den Besitz belasten, sie sieht sich gezwungen, wenigstens den Versuch zu machen, die Substanz der Wirtschaft anzutasten.

Die zehn Forderungen der Gewerkschaftskommission und des Afabundes jedoch kann sie nicht berücksichtigen, da innerhalb der Koalition nur ganz wenige Abgeordnete zu finden sein werden, die diese Forderungen zur eigenen Parole erheben möchten.

So steht das Kabinett Wirth auf tönernen Füßen, unfähig, eine den Gesamtinteressen des werktätigen Volkes gemäße Politik aufzunehmen, unfähig aber auch, aus inner- wie aus außerpolitischen Erwägungen, den Industriemagnaten alle Trümpfe unbestritten zu lassen.

Dr. Wirth, ebensowenig wie irgend eine andere bürgerliche Regierung werden aber in der Lage sein, den Großindustriellen wirksam entgegenzutreten. Jeder Versuch, sie an ihrer empfindlichsten Stelle, am Geldbeutel, zu treffen, wird kläglich mißglücken müssen.

Und wenn sich Dr. Wirth hundertmal die Mithilfe der Presse sichern will, so steht es doch fest, daß er, selbst wenn er ernstlich dazu den Willen hätte, für solche Pläne keine Gefolgschaft fände.

Es gibt heute nur eine Politik, die uns retten könnte. Sie ist vorgezeichnet durch die Forderungen der Gewerkschaften. Sie bedingen aber eine Regierung, die jenseits steht vom bürgerlichen Lager, die gewillt ist, da zuzupacken, wo zugepackt werden muß, die dem Volksganzen zuliebe vor dem Besitz keinen Kotau macht, die dort die Steuerschraube ansetzt, wo sie, richtig gehandhabt, heute einzig und allein angesetzt werden kann.

Herr Dr. Wirth mag darum mit der Presse konferieren was er will, er wird sich keinesfalls, selbst den unwahrscheinlichen Fall vorausgesetzt, daß die Pressevertreter seinem Appell Gehör schenkten, die Gefolgschaft jener zu sichern vermögen, die das Wohl des werktätigen Volkes vertreten.

Dr. Wirths Politik hat sich stets als zweideutig erwiesen. Er hat schöne Worte für die Arbeiterschaft in Hülle und Fülle zur Verfügung, all seine Taten aber laufen auf das Gegenteil hinaus. Er lieferte einen neuen Beweis dafür in der Ernennung der Mitglieder der Kredithilfskommission, die ausnahmslos aus Vertretern des Großkapitals besteht und in der er nicht einmal die Attrappe eines Arbeitervertreters für nötig erachtet.

Es wird heute um die Freiheit des Proletariats geschachert. Gespannteste Aufmerksamkeit ist am Platze und rücksichtslose Abwehrbereitschaft!

Explosionskatastrophe

Eine Dynamitfabrik in die Luft geflogen

TU. Saarlouis, 7. Dez. In der Saarwellinger Dynamitfabrik, vorm. Alfred Zobel u. Co., explodierte gestern kurz vor 12 Uhr ein Oelbehälter. Die Rettungsarbeiten für die unter den Trümmern liegenden Arbeiter konnten noch nicht aufgenommen werden, da mit neuen Explosionen zu rechnen ist. Infolge der Detonation wurden die sämtlichen Fensterscheiben in der ganzen Umgegend zertrümmert. Eine große Anzahl Leichtverletzter konnte sich aus dem brennenden Werk retten, während unter den Trümmern noch viele Tote begraben liegen sollen. Ueber die Entstehungsursache ist bis zur Stunde noch nichts bekannt.

TU. Saarbrücken, 7. Dez. Das Unglück entstand durch die Explosion eines Nitrokörpers. Beim Versuch, das Feuer zu löschen, erfolgten weitere Explosionen, die schwere Zerstörungen anrichteten. Im Augenblick der Explosion befanden sich etwa 120 Menschen im Fabrikgebäude, von denen eine Anzahl leicht verletzt flüchtete. Das Feuer konnte am Nachmittag gelöscht werden. Bisher sind 13 Tote geborgen. Es muß mit einer größeren Anzahl Toter, etwa 60 gerechnet werden. Der Materialschaden ist ungeheuer. Das Fabrikgebäude ist ganz zerstört. Auch die umliegenden Gebäude wurden schwer beschädigt.

Die Kreditaktion der Reichsregierung

TU. Berlin, 7. Dez. Die Anfrage der Reichsregierung, die feststellen soll, ob Aussichten für einen englischen Kredit bestehen, ist an das Präsidium der Bank von England gerichtet. Die Anfrage ist bereits vor einigen Tagen herausgegangen. Es besteht in unterrichteten Kreisen volle Klarheit, daß, wenn der Schritt der Regierung ein negatives Ergebnis haben sollte, die Aussichten für die Gestaltung der finanziellen Lage außerordentlich trübe sind; ist es doch ein offenes Geheimnis, daß wir für unsere Reparationszahlungen vom 15. Januar und 15. Februar so gut wie nichts zur Verfügung haben. Das Berliner Tagblatt schreibt: In hiesigen maßgebenden Kreisen rechnet man damit, daß eine Antwort aus London nicht vor Ende dieser oder Anfang nächster Woche in Berlin eintreffen wird. Die Meldung, daß die Kreditaktion der Industrie als gescheitert anzusehen sei, wird von unterrichteter Seite als vollkommen falsch bezeichnet.

Die Koalitionsführer beim Reichskanzler

TU. Berlin, 7. Dez. In der Reichskanzlei sind heute vormittag um 11 Uhr die Vertreter der beiden Koalitionsparteien, die Abg. Dr. Spahn für das Zentrum und Hermann Müller für die Sozialdemokraten zu einer Besprechung mit dem Reichskanzler erschienen, zu der jedenfalls mit Rücksicht auf die Verhandlungen, die Dr. Rathenau in London führte, als Vertreter der Demokraten Dr. Koch zugezogen war. Es handelt sich nach der Information um die Frage der Begleichung der Januar-Reparationsrate und im Zusammenhang damit der immer dringender werdenden Einigung über die Steuerfragen.

Dr. Rathenau noch in London

TU. Paris, 6. Dez. (Berl. Tagebl.) Aus London wird gemeldet, daß Dr. Rathenau seine Abreise verschoben hat, um das Resultat einer wichtigen Sitzung der Finanzkommission abzuwarten, die am heutigen Dienstag stattfinden soll. Die Finanzkommission, deren Mitglieder Lloyd George, Chamberlain, Winston Churchill, Sir Robert Horne, Sir Worthyngton Evans, sowie einige Sachverständige des Schatzamtes sind, soll nach einer Information des Matin die Absicht haben, grundsätzlich einem Moratorium für Deutschland zuzustimmen.

50000 Mk. Belohnung für Boldt

TU. Hamburg, 7. Dez. (Deutsche Tagesztg.) Die auf die Ergreifung des aus dem Untersuchungsgefängnis entwichenen Oberleutnants zur See a. D. Boldt ausgesetzte Belohnung ist vom Oberreichsanwalt auf 50 000 M erhöht worden

Streik in Wien

Wien, 7. Dez. Gestern um ½10 Uhr vormittags traten die Wiener Telephon-Mechaniker, etwa 600, infolge unbefriedigenden Verlaufes der Verhandlungen mit der Staatsverwaltung wegen Erhöhung gewisser Neben-Gebühren in den Streik und schalteten die Akkumulatoren aus, sodaß der gesamte Telephon-Verkehr unterbrochen wurde. Da infolge des Streikes der Mechaniker die telegraphischen Anlagen in der Telegraphenzentrale nicht besetzt waren, mußte auch der Telegraphendienst eingestellt werden. Alle übrigen Gruppen der Telegraphen- und Telephon-Angestellten schlossen sich dem Streik nicht an. Um 7 Uhr abends wurde der Streik beendet.

Streik-Ende in der Tschechei

Wien, 7. Dez. Der gestern ausgebrochene Streik im Kohlenrevier Mährisch-Ostrau, der einen allgemeinen Bergarbeiterstreik in der Tschechoslowakei nach sich zu ziehen drohte, ist gestern aufgrund einer Vereinbarung, die eine Rückkehr zum Akkordlohn bedeutet, beendet worden.

Vertrauensvotum für Briand

TU. Paris, 7. Dez. Briand führte im Senat aus, es wäre sehr leicht zu sagen, Deutschland müsse zahlen. Umso schwerer aber sei die wörtliche Durchführung der Bestimmungen zu erzwingen. Man müßte sich hüten, daß man dem Teil Deutschlands, der aufrichtig wünscht, den Frieden dauernd zu erhalten und die Verpflichtungen zu erfüllen, Schwierigkeiten bereite. Der Senat erteilte darauf mit 249 gegen 12 Stimmen Briand ein von ihm gefordertes Vertrauensvotum.

Zusammenbruch der Pfälzer Bank

TU. Ludwigshafen, 7. Dez. (Berl. Morgenbl.) Die Pfälzische Bank hat Devisenverluste erlitten, die auf 340 Millionen Mark beziffert werden. Da eine Fortführung der Pfälzischen Bank als selbständiges Unternehmen mangels genügender Betriebsmittel nicht mit Erfolg sich bewirken läßt, ist, wie die Bank in einer Erklärung mitteilt, die Ueberleitung der Geschäfte auf die Rheinische Creditbank und an einigen Plätzen, insbesondere im rechtsrheinischen Bayern, auf die Deutsche Bank in die Wege geleitet worden.

Der Stand des Dollars

TU. Berlin, 6. Dezember. Im heutigen Devisenverkehr stand der Dollar am Vormittag 231, mittags ging er auf 227 zurück.

Der Zahlungsbefehl

Eine Note der Reparationskommission

Die Reparationskommission hat unter dem Datum des 2. Dezember folgende Mitteilung an die deutsche Regierung gelangen lassen:

„Die Reparationskommission erinnert die deutsche Regierung an die mündlichen Erklärungen, die sie dem Reichskanzler anläßlich ihres Berliner Aufenthaltes gegeben hatte, und die kurz wiederholt, folgende sind:

1. Nachdem die Reparationskommission von den Arbeiten des Garantieausschusses Kenntnis genommen und die von dem Reichskanzler gegebenen Erklärungen sowie die seiner Vertreter bezüglich der Maßnahmen, die die deutsche Regierung vorgenommen hat oder vorzunehmen gedenkt, um die am 15. Januar und 15. Februar fälligen Zahlungen sicherzustellen, angehört hat **besteht sie ausdrücklich bei der deutschen Regierung darauf, daß letztere all ihre Aufmerksamkeit unverzüglich den erforderlichen Maßnahmen schenkt, um die fälligen Zahlungen am Verfalltage sicherzustellen.** Die deutsche Regierung möchte die schweren Folgen bedenken, die notwendigerweise daraus für Deutschland entstehen, wenn es am Fälligkeitstage seine Zahlungen nicht erfüllt. Die Reparationskommission fordert die deutsche Regierung dringend auf, **entweder bei den Staatsbürgern, die notorisch Besitz im Auslande haben, oder bei den ausländischen Geldverleihern alle Anstrengungen zu machen, um die erforderliche Ergänzung ausländischer Devisen zu erhalten.**

2. Die Reparationskommission ist überzeugt, daß die Schwierigkeiten, die der deutschen Regierung begegnen, Schwierigkeiten sind, die eng mit der **neuerlichen Baisse des Kurswertes der Mark verknüpft sind und einen mehr finanziellen als wirtschaftlichen Charakter haben; sie sind in hohem Maße durch die Tatsache bedingt, daß die deutsche Regierung es versäumt hat, bei Zeiten die erforderlichen Mittel zu ergreifen, um das Budget derart ins Gleichgewicht zu bringen, daß die öffentlichen Ausgaben nicht in einem immer größer werdenden Maße durch die der Regierung von der Reichsb. gewährten Kredite und durch die Vermehrung des Papiergeldumlaufs, die die Folge dieser Kredite gewesen ist, gedeckt werden.**

Die Reparationskommission fordert die deutsche Regierung dringend auf, **unverzüglich alle erforderlichen Maßnahmen zur Gesundung der Finanzlage zu ergreifen.**

gez. Dubois, Bradbury."

Was bedeutet diese Note?

Die Note der Reparationskommission an die deutsche Regierung fordert die unverzügliche Ergreifung von Maßregeln, um die Zahlung der am 15. Januar und am 15. Februar fälligen Zahlungen sicherzustellen. Sie macht auf die schweren Folgen aufmerksam, die für Deutschland entstehen, wenn diese Zahlungen nicht pünktlich geleistet werden. Die Mitteilung macht weiter darauf aufmerksam, daß die deutsche Regierung es versäumt hat, Einnahmen und Ausgaben anders als durch Vermehrung des Papiergeldes und durch Kreditnahme bei der Reichsbank in Einklang zu bringen.

Was bedeutet diese Note für die Arbeiterschaft? Sie bedeutet, daß jeder Tag, den die Arbeiterschaft zögert, um die Erfassung der Sachwerte und die schleunige Heranziehung der Besitzenden zur Zahlung zu erzwingen, die schwersten Gefahren für die Massen heraufbeschwört.

Sie bedeutet, daß, wenn die Arbeiterschaft länger duldet, daß die Regierung vor der Stinnesgruppe zu Kreuze kriecht, der Augenblick sicher ist, wo diese der Regierung und der Arbeiterschaft die Pistole auf die Brust setzen und ihre Bedingungen diktieren können.

Sie bedeutet, daß die Arbeiterschaft keine kostbare Zeit mehr verlieren darf, daß die Gewerkschaften und die politischen Parteien von den Massen zum Handeln gezwungen werden müssen.

Das Existenz-Minimum

(Nach Dr. R. Kuczynski.)

In der soeben erschienenen „Finanzpolitischen Korrespondenz" teilt Dr. Kuczynski die Höhe des Existenzminimums für November 1921 mit. Er sagt:

„Die meisten Preise waren niedriger als zur Zeit unserer Großväter. In Berlin konnte man eine gute Zigarre um 2 Goldpfennige kaufen, ein Ei für 4 Goldpfennige, einen Liter Milch für 7, ein Vierpfundbrot für 10 Goldpfennige, ein Pfund Fleisch für 20 Pfennig, einen Zentner Briketts für 30, eine vorzügliche Flasche Wein für 40, ein Pfund Butter für 60 Goldpfennige. Kein Wunder, daß unsere Großverdiener, deren Einkommen (in Goldmark) nicht geringer ist als vor dem Kriege, sich jeden Luxus erlauben und ihre gierigen Hände sogar nach der Reichseisenbahn strecken.

Die große Masse der Bevölkerung spürt von dem Segen der billigen Preise nichts. Ein Berliner Maurer muß sich mit dem Tagelohn von 1 Goldmark begnügen."

In **Papiermark** umgerechnet, waren die Kosten des Existenzminimums im November 1921 viel höher als je zuvor. Die meisten Nahrungsmittel waren um 25 oder 33 Prozent, Margarine um annähernd 66, Schmalz um 75 Prozent teurer als im Vormonat. Gegenüber der Vorkriegszeit betrugen die Kosten für:

Brot (auf Marken)	das 15 fache,
Milch	„ 22 fache,
Speck	„ 33 fache,
Kartoffeln	„ 25 fache,
Schmalz	„ 25 fache.

Als wöchentliches Existenzminimum errechnet Dr. Kuczynski für den Mann 244 M. (im Frieden 16,75), für das Ehepaar 378 M. (im Frieden 22,30 M.), für das Ehepaar mit zwei Kindern 509 M. (im Frieden 28,30 M.). Das entspricht einer Steigerung um das 17—18 fache seit 1913. An dem Existenzminimum in Großberlin gemessen, war Mitte November die Papiermark 6 Pfennige wert.

Valutawahnsinn.

Im „Matin" wird geschrieben, daß ein Schweizer Franken 1000 österreichische Kronen und ebensoviel polnische Mark und 50 deutschen Mark gleichkommt. Es wird dann weiter ausgeführt, daß ein Schweizer Arbeitsloser am Tage 6,50 Schweizer Franken Erwerbslosenunterstützung erhält.

„Eine beträchtliche Zahl dieser Zahlreichen hat einen genialen Ausweg gefunden, ihre traurige Lage zu verbessern. Ihre Unterstützung beträgt in österreichischer Währung 7000 Kronen oder 350 deutsche Mark pro Tag. Sie überschreiten die Grenze und leben in einem komfortablen Hotel. Der schweizerische Arbeitslose verfügt so über ein Jahresgehalt von 2,3 Millionen österreichischen Kronen. In Wien muß sich einer der ersten Gelehrten der Welt mit 300 000 Kronen begnügen. Warum geht er nicht nach der Schweiz zu den Arbeitslosen."

Diese Darstellung kennzeichnet den lächerlich geringen Wert, den die Arbeitskraft des deutschen und österreichischen Arbeiters heute hat. Es muß aber gesagt werden, daß die Schweizer Arbeitslosen in ihrer übergroßen Anzahl nicht mit Kind und Kegel die Fleischtöpfe des Auslandes aufsuchen können. Das Elend der 134000 schweizerischen Arbeitslosen in der Schweiz ist nicht minder groß als das der deutschen.

Kuli.

„Folksgazet" berichtet, daß **belgische Schiffahrtsgesellschaften** seit einiger Zeit ihre Schiffe nach Hamburg schicken, um sie dort mit deutscher Besatzung zu versehen. In holländische Valuta umgerechnet, beträgt der Lohn der unter holländischer Flagge fahrenden Seeleute:

Holländer	135 Gulden im Monat,
Belgier	85 Gulden im Monat,
Deutsche	25 Gulden im Monat.

25 holländische Gulden sind 2500 deutsche Papiermark. Wie das Blatt weiter berichtet, ließen die Schiffahrtsgesellschaften den Vorteil dieser Kulilöhne nicht etwa in den Fracht- oder Personentarifen zum Ausdruck kommen, sondern sie buchten ihn selbstverständlich als Gewinn. Sie könnten auf diese Weise, wenn sie sich noch mehr der billigen deutschen Arbeitskräfte bedienen, sogar gegen die deutschen Schiffahrtsgesellschaften erfolgreich konkurrieren.

Dies krasse Beispiel der Geringschätzung der deutschen Arbeitskraft läßt das Interesse der Ententekapitalisten an der Ausbeutung der deutschen Arbeitskraft deutlich werden.

Amerikanische Löhne.

Wie uns ein amerikanischer Genosse aus Los Angelos (Kalifornien) mitteilt, gelten in Amerika die Plasteres für Neubauten (Stukkateure) als die bestbezahlten Arbeiter. Sie erhalten heute ebenso wie in den vergangenen Jahren einen Stundenlohn von 1,25 Dollar. Dies wären, umgerechnet in Papiermark, über 350 Mark, also ein Lohn, der fast 30 mal so hoch ist als in Deutschland für den gleichen Beruf.

Der Durchschnittslohn für Arbeiter in den Stahlwerken beträgt 3 Dollars für den Tag. Um diesen Lohn zu erreichen, muß der Arbeiter 12 Stunden Tagesarbeit leisten. Der Stundenlohn beträgt also im Durchschnitt 25 Cents. Dieser Lohn, der etwa das Zehnfache des deutschen ausmacht, erklärt, weshalb deutsche Stahlwaren bis zu 40 und 50 Prozent unter den amerikanischen Preisen auf den überseeischen Märkten angeboten werden.

Es versteht sich von selbst, daß ein amerikanischer Arbeiter, der zehnmal mehr Lohn erhält als sein deutscher Kollege, deswegen nicht etwa zehnmal besser lebt, da die Lebenshaltungskosten in den Vereinigten Staaten entsprechend hoch sind. Man kann annehmen, daß der reale Wert des amerikanischen Arbeitslohnes im Durchschnitt 100 Prozent höher ist als der des deutschen.

Gegen menschewistische Verleumdungen — für die proletarische Einheitsfront

(Eigener Drahtbericht.)

Gelsenkirchen, 6. Dez.

Samstag abend sprach in einer öffentlichen Massenversammlung in **Essen** der Genosse **Eberlein-Berlin** über das Thema: **„Provokateure und Verbrecher".** Die Redaktion des „Ruhr-Echo" und die Unterbezirksleitung Essen der K. P. D. hatten die SPD. und die Redaktion der „Essener Arbeiter-Zeitung" öffentlich und schriftlich aufgefordert, in der Versammlung zu erscheinen, um ihre in der Arbeiter-Zeitung tagtäglich aufgestellten Lügen und Verleumdungen auch Aug in Aug gegenüber dem Genossen Eberlein öffentlich vor den Arbeitern zu vertreten. Nach alter Methode lehnten aber die „Herrschaften" ab, um einer noch größeren Blamage aus dem Wege zu gehen. Die Versammlung war sehr gut besucht und zollte dem Referenten restlose Zustimmung.

Treffend mit Beweismaterial wies Genosse Eberlein all die gegen die Kommunistische Partei und ihn persönlich aufgestellten Lügen und Verleumdungen zurück. Nicht die K. P. D. hat die Märzaktion entfacht, sondern sie war durch den Einmarsch der Schupo provoziert, wie ja die Herren Severing und Hörsing selbst eingestanden. Daß die Märzaktion zum „Putsch" und damit zur Niederlage wurde, lag daran, daß die Arbeiterschaft in anderen Teilen Deutschlands ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit nicht erkannt oder versäumt hatte, vor allem aber, weil die „sozialistische" Partei und Gewerkschaftsbürokratie keine Schritte zur Unterstützung der im blutigen Kampfe stehenden Brüder unternommen hatten. Der Verrat durch die SPD. wurde gekrönt damit, daß Hörsing den mordenden Schupo-Banden seinen verbindlichsten Dank und Anerkennung für ihre „Arbeit" aussprach. Genosse Eberlein beleuchtete dann auch noch die gegenwärtige Situation und behandelte die Frage der Einheitsfront. Die Arbeiter aller proletarischen Parteien müssen sich trotz der Rechts-Sozialisten zusammenschließen auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes und in geeinter Front gegen das kapitalistische System kämpfen. Einig und geschlossen wird die Arbeiterklasse siegen! Der reiche Beifall der Versammlung bewies auch hier wieder, daß die Einheitsfront des Proletariats in der Tat im Werden begriffen ist. — Nochmals wurden die Vertreter der anderen Arbeiterparteien aufgefordert, in der Diskussion zu sprechen. Es meldete sich aber nur ein Vertreter der „Betriebsorganisation" zum Worte, der glauben machen wollte, daß sämtliche Arbeiterparteien und ihre Führer nichts taugen, daß wir aus den Gewerkschaften austreten sollten und nur in der Bezirksorganisation, durch Kampf im Betriebe zum Siege kommen könnten. Hatte sich schon in der Versammlung großer Widerspruch gegen diese Ausführungen erhoben, in umso klarerer, entschiedener Weise gab dann Genosse Eberlein Antwort und betonte im Besonderen, daß die neun Millionen freigewerkschaftlich Organisierter für die Beseitigung der arbeitsgemeinschaftlichen Gewerkschaftsbürokratie eintreten müßten, daß nur diese große organisierte Masse imstande ist, das kapitalistische System über den Haufen zu rennen, um einer neuen, auf höherer Kultur stehenden Weltwirtschaftsordnung Platz zu machen. — Als der Versammlungsleiter die Versammlung geschlossen und die Masse sich bereits anschickt, nach Hause zu gehen, erhob sich Genosse Eberlein noch einmal ud rief mit lauter, begeisterter Stimme: „Die Kommunistische Internationale, die Weltrevolution, sie leben hoch, hoch, hoch!", worin die Menge stürmisch einstimmte. Mit dem Gesange der Internationale leerte sich der Saal.

Dieser Tage fand auch in **Gelsenkirchen** eine öffentliche Versammlung statt, um gegen die Klassenjustiz, gegen die zunehmende Teuerung und Verelendung, sowie zugleich für die proletarische Einheitsfront zu demonstrieren. Genosse **Reysters** von der USPD. sprach in überaus sachlichen Ausführungen über die jetzige Situation und betonte besonders, daß nur eine einige Arbeiterschaft durch Kampf und Gewalt das herrschende System vernichten könne. Alsdann sprach als zweiter Redner Genosse **Schütz** von der K. P. D., schilderte die verräterische Taktik der SPD. von Kriegsbeginn bis heute, das Wüten der Klassenjustiz und betonte ebenfalls die Notwendigkeit der Einheitsfront. Beiden Referenten wurde stürmischer Beifall gezollt auf eine Diskussion wurde verzichtet und eine Resolution der K. P. D. einstimmig angenommen.

Die Arbeiterschaft des Ruhrgebiets ordnet ihre Reihen, formiert ahren Aufmarsch zur Einheitsfront. Die Streiks und Bewegungen der letzten Tage zeigten dies mit aller Deutlichkeit. Die Arbeiterschaft von ganz Deutschland muß sich diesem Beispiel anschließen, muß die Einheitsfront Wirklichkeit werden lassen, denn nur dadurch ist uns der Sieg gewiß!

Höchste Zeit zur Aktivität!

Die sozialdemokratische „Volksstimme" schreibt: **„Es ist höchste Zeit aktiv zu handeln.**

Wir dürfen es nicht zur Verzweiflung der Massen kommen lassen. Was wir augenblicklich durchzusetzen haben, ist eine sofortige Steuergesetzgebung, die die ungerechte Bevorzugung des Kapitals beseitigt, die die sofortige Einziehung der noch ausstehenden Einkommensteuer vorbereitet und durchsetzt und die vor allem mit der Erfassung der Sachwerte und der vom ADGB. vorgeschlagenen Sozialisierung Ernst macht.

Wollen wir es nicht zur Auslieferung deutscher Sachwerte an die Entente kommen lassen, in planloser Weise (Herrn Stinnes ist die Auslieferung der Eisenbahn, zumal unter seiner Beteiligung an dem Objekt, angenehmer als die Beteiligung des Reiches an dem ihm gehörenden Objekten), **so dürfen wir keinen Augenblick mit der Erfassung der Sachwerte mehr zögern.**

Aber auch Umbildung der Reichsbetriebe zu Selbstverwaltungskörpern, die uneingeengt von bürokratischer Bevormundung arbeiten, ist notwendig und möglich, auch ohne die „hilfreiche" Hand der Privatkapitalisten.

Die Stunde ist da, nutzen wir sie, wenn wir nicht haltlos in die blutigsten Kämpfe gleiten wollen.

Was in diesen Tagen geschieht, wird entscheidend sein auf Jahre hinaus."

Aber was tun die Sozialdemokraten? Ihre Aktivität beschränkt sich darauf, aus Dokumenten, die sie von der Polizei bekommen, Aktionen gegen die Kommunisten einzuleiten.

Ihre Aktivität beschränkt sich darauf, mit der Bourgeoisie in mehr oder weniger kameradschaftlicher Weise zusammenzuarbeiten, und die Opposition in der SPD. stellt ab und zu fest, daß die jetzige Politik der SPD. eine Gefahr sei, daß man aktiv handeln müsse, aber praktisch läuft sie im gleichen Schritt und Tritt wie die Hermann Müller, Severing usw.

Arbeiterbewegung

Das Gebot der Stunde

Unter dieser Ueberschrift sagt die „Sattler-, Tapezierer- und Portefeuiller-Zeitung" einiges über das Kreditangebot der deutschen Industrie, sowie die Aufgaben der Arbeiterklasse, die daraus entspringen.

Zu den in verschiedener Form aufgetauchten Kreditprojekten, die alle darauf hinauslaufen, das deutsche Staatseigentum sowie die Arbeiterschaft mehr denn je deutschen und ausländischen Kapitalisten auszuliefern, sagt das Blatt folgendes:

„Diese Herrschaften würden dann mit einem Schlage alle wirtschaftliche und politische Macht in die Hände bekommen, mindestens so weit, wie diese nicht durch den Einfluß der Arbeiterorganisationen beschränkt werden kann."

Ueber die Verhandlungen zwischen den englischen und deutschen Kapitalisten und die sich daraus ergebenden Aufgaben des Proletariats bemerkt die Sattlerzeitung:

„Mögen diese Verhandlungen ausfallen, wie sie wollen, **es steht fest, daß dem deutschen Volke neues Unheil droht.** So oder so, wir müssen bereit sein, alle Angriffe abzuwehren, von wem sie auch kommen. Und nicht nur das; bereit sein müssen wir, nach der Abwehr des Angriffes zum Gegenschlag auszuholen, um unsere Position zu festigen und zu erweitern."

Wie man sieht, haben manche Führer der Gewerkschaften das volle Bewußtsein der gewaltigen Gefahr, die den breiten Schichten des arbeitenden Volkes heute droht.

Ob sie daraus die Konsequenz ziehen und nicht mit Worten, sondern mit Taten zur Abwehr schreiten werden, oder ob sie es vorziehen, mit vollem Bewußtsein — also auch mit voller Verantwortung — das arbeitende Volk den hungrigen Wölfen der internationalen und deutschen Bourgeoisie auszuliefern, bleibt abzuwarten.

Ausland

Französische Munition für Polen

Danzig, 5. Dez. Im Danziger Hafen ist der französische Munitionsdampfer „Gebweiler" eingelaufen. Den Arbeitern wurden für die Löscharbeiten besonders günstige Bedingungen zugesichert.

So wurde für sechsstündige Tagesarbeit der volle Lohn und 5 Mark Tageszulage angeboten. Es verlautet, daß die durch die Arbeitslosigkeit stark leidenden Hafenarbeiter sich zu den Verladearbeiten melden und daß der Munitionsdampfer bereits in den Hafen bugsiert und mit drei Kränen gelöscht wird.

Eine Funktionärversammlung der K. P. D. Groß-Danzigs hat daraufhin zu den Munitionstransporten über Danzig nach Polen Stellung genommen und beschlossen, die Gewerkschaften, sozialistischen Parteien, die Hafenarbeiter und Eisenbahner aufzufordern, die Löschung und die Weiterbeförderung von Munition zu verweigern und zu verhindern.

In einer beschlossenen Resolution heißt es:

„Die Munition, die jetzt der „Gebweiler" und ihm ununterbrochen folgend noch weitere Dampfer bringen werden, wird zu imperialistisch, kapitalistischen Kriegsabenteuern in Polen gegen Sowjetrußland oder in den oberschlesischen Bezirken, wie auch zur Niederwerfung von Verzweiflungsakten der geknebelten polnischen Arbeiterschaft, Verwendung finden."

Litwinow über die Resultate seiner Stockholmer Reise

Stockholm, 4. Dez. Vor seiner Abreise nach Reval machte Litwinow, der Stellvertreter des Volkskommissärs für auswärtige Angelegenheiten, einem Vertreter der Stockholmer „Rosta" folgende Mitteilungen über die Resultate seiner Stockholmer Reise:

„Die konkreten Aufgaben, die ich mir gestellt hatte, habe ich gelöst. Gleichzeitig habe ich mich auch bemüht, die Möglichkeiten einer Erweiterung der Basis der Handelsoperation zwischen Rußland und Schweden festzustellen. Die Frage der Zusammenarbeit Rußlads mit den westlichen Staaten geht jetzt vom Gebiete der theoretischen Voraussetzungen auf das Gebiet der alltäglichen Praxis über. Jetzt steht die Frage auf der Tagesordnung, welche Länder an der Wiederaufrichtung des wirtschaftlichen Lebens Rußlands teilnehmen und in welchem Maße sie dies tun werden. Es handelt sich nicht um einzelne kommerzielle Transaktionen, sondern um ein Programm, das für eine Reihe von Jahren festzustellen ist.

Mein kurzer Aufenthalt in Schweden hat mich davon überzeugt, daß eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Rußland und Schweden nicht nur durchaus nötig, sondern auch unvermeidlich ist. Die Vorurteile und Voreingenommenheiten gegen das neue Rußland sind noch nicht völlig überwunden, aber die rasche Ueberwindung dieser Vorurteile wird Schweden durch seine eigene wirtschaftliche Lage diktiert.

Die neuen wirtschaftlichen Vorschläge, die mir von schwedischer Seite gemacht wurden, zeigen, daß die Notwendigkeit dieser Zusammenarbeit sowohl von der schwedischen Regierung als auch von den breiten Bevölkerungsschichten anerkannt wird. Ich bin der Ansicht, daß die Verhandlungen, die Kerschenzew über den Abschluß eines Uebereinkommens mit der schwedischen Regierung begonnen hat, die notwendigen Vorbedingungen einer gemeinsamen Arbeit auf wirtschaftlichem Gebiete sind, und ich bin sicher, daß diese Verhandlungen zu einem Resultate führen werden, das beide Seiten befriedigt."

Der Aufstand in Ostkarelien

Die Aufständigen in Ostkarelien sollen nun, wie aus Stockholm gemeldet wird, von der Sowjetregierung energisch bekämpft werden. Es wurden bereits 3000 Mann in das Aufstandsgebiet entsandt, weitere 12 000 Mann sollen in den nächsten Tagen folgen.

Die finnische Regierung hat nun offiziell die Partei der Aufständischen ergriffen unter dem Vorgeben, keine Unruhe an seiner Grenze dulden zu können, fordert es einen Schiedsspruch vom Völkerbund, den sie ersucht, eine Abordnung in das aufständige Gebiet zu senden.

Die Liquidierung der Bandentätigkeit in Weißrußland

Wilna, 5. Dez. Laut Meldungen Wilnaer Blätter berichten an der Grenze aufgefangene Ueberläufer zersprengter weißrussischer Banden, daß im ganzen Grenzgebiete der Sowjetrepubliken durch die intensive Tätigkeit der Sowjetorgane die Banden vollständig vernichtet worden seien. Auch die Zivilbevölkerung hat sich gegen die Banden gewendet und unterstützt die Sowjetorgane. (WM.)

Die täglichen Lügen über Sowjetrußland

Moskau, 5. Dez. „Daily Mail" und andere bürgerliche Zeitungen brachten im November aus Riga und Reval die Nachricht, daß von einem Sozialrevolutionär ein Attentat gegen Tschitscherin verübt worden sei. Infolgedessen seien dreitausend Mitglieder der Partei der Sozialrevolutionäre verhaftet worden. Außerdem sollen sich Lunatscharsky, Skljansky und andere Mitglieder der Sowjetregierung unter den Verhafteten befinden. Das Volkskommissariat für Aeußeres erklärt die Nachricht von dem Attentat und von den Verhaftungen für falsch. Auf Tschitscherin ist kein Attentat verübt worden. Auch Massenverhaftungen wurden nicht vorgenommen. Ebenso wenig sind Lunatscharsky oder Skljansky verhaftet worden. Beide Meldungen sind reine Erfindungen. Die Skrupellosigkeit dieser lügenhaften Nachrichten geht schon daraus hervor, daß, obwohl mehr als ein Dutzend ausländischer Korrespondenten in Moskau weilt und mehr als 20 ausländische Vertretungen das Recht haben, chiffrierte Telegramme abzusenden und in ständiger Verbindung mit ihren Regierungen stehen, niemand sonst über ein Attentat berichtete.

Bayern und Grenzlande

Starnberg, 5. Dez. (Stromsperre). Die Isarwerke geben bekannt, daß sie infolge der andauernden Trockenheit und der ungenügenden Kohlenzufuhr gezwungen sind, von heute ab an jedem Montag in der Gegend von Starnberg, Weilheim und Penzberg vom Eintreten der Tageshelle bis zum Einbruch der Dunkelheit den Strom abzuschalten.

Deggendorf, 5. Dez. Die hier versammelten Beamten der bayerischen Heil- und Pflege-Anstalten nehmen in einer Kundgebung Veranlassung, der Staatsregierung von der tiefgehenden Beunruhigung Kenntnis zu geben, welche die Beamten der bayerischen Heil- und Pflegeanstalten wegen der verspäteten Regelung ihrer Besoldungsverhältnisse ergriffen hat. In der Kundgebung wird auf die schweren Nachteile infolge der verspäteten Ueberführung in die neue Besoldungsordnung in finanzieller Hinsicht hingewiesen. Es sei notwendig daß die Kreistage sofort veranlaßt werden, die Personaletats für die Heil- und Pflegeanstalten unverzüglich aufzustellen und zureichende Vorrückungsmöglichkeiten schaffen. Schließlich brachte die Versammlung einmütig zum Ausdruck, daß eine Förderung der standespolitischen Belange sämtlicher Verwaltungsbeamten sowie der Schutz des Berufsbeamtentums sich nur im Rahmen der im bayerischen Beamtenbund gegebenen, alle Beamte ohne Unterschied der Dienststellung umfassenden vertikalen Gliederung ermöglichen läßt.

Aus der Pfalz. Das Hilfswerk für Opau wurde durch gewissenlose Diebe schwer geschädigt. In eine Baracke, in der Textilwaren und andere Gegenstände zu Gunsten der Geschädigten aufbewahrt wurden, wurde eingebrochen und Sachen im Werte von 40 000 *M* entwendet. Von den gewissenlosen Dieben fehlt jede Spur.

Wegen Hinterziehung der Umsatzsteuer wurde eine Viehhändlerin in Kandel zu 9000 *M* Geldstrafe verurteilt.

Am 10. Dezember tritt der Kreistag der Pfalz zur Beratung des Haushaltsplanes für 1921 zusammen.

Teuerungszahlen für November 1921. Die Teuerungszahlen der 9 bayerischen Eildienstgemeinden erreichten nach den Berechnungen des Bayer. Statistischen Landesamt folgenden Stand: München 1160 Okt. 21 = 1494 Nov. 21, Nürnberg 1157 — 1418 Augsburg 1036 — 1269, Ludwigshafen 1181 — 1378, Schweinfurt 1060 — 1229, Amberg 1091 — 1205, Straubing 963 — 1128, Zweibrücken 1124 — 1428, Selb 1120 = 1346.

München

Tagung der Gas- u. Wasserfachmänner

Zusammenbruch der Kohlenversorgung?

Die durch die Kohlenpreise und Kohlennot veränderte Wirtschaftslage machte die Tagung der Bayer. Gas- und Wasserfachmänner notwendig.

Zu derselben waren erschienen ca. 60 Direktoren der bayer. Gas- und Wasserwerke, ferner waren das Handelsministerium durch Oberregierungsrat Schäfer, die Landeskohlenstelle durch Oberbaurat Ludwig und Obering. Grill, der Deutsche Verein durch seinen 1. Vorstand, Baurat Tillmetz und das Gasinstitut durch Professor Dr. Bunte, Karlsruhe und Dr. Menke und das Landesamt für Gewässerkunde durch Regierungsrat Häußler und Regierungsrat Dr. Reutler vertreten.

Der Vorstand, Baurat Stephan, München, eröffnete die Sitzung, begrüßte die Kollegen und Gäste und trat sofort in die Tagesordnung ein.

Herr Oberbaurat Ludwig, Vorstand der Landeskohlenstelle, führte aus, daß, wenn Frost und Wagenmangel noch weiter anhält, wir vor einem vollkommenen Zusammenbruch der Kohlenversorgung stehen. Der Bezug von Auslandskohle wäre wegen der schwankenden Valuta außerordentlich schwer, obwohl die letzte Inlands-Kohlenpreiserhöhung bei Steinkohlen 50—60%, bei Braunkohlen 40—45% beträgt. In Oberschlesien sind uns nur 22% der Förderung geblieben, sodaß die Aussichten auf Besserung bei anhaltender Kälte trostlos sind. In der schlimmsten Lage sind die Gaswerke wegen Fortfall der Saarkohle, des mährisch-ostrauischen Gebietes und durch die Verhältnisse in Oberschlesien. Von der Ruhr ist nichts zu erhalten. Nach Ansicht des Vortragenden wäre nur aus dieser schwierigen Lage herauszukommen, durch Erhalt von Saarkohlen, wenn dafür vom Reich eine Unterstützung zu erlangen wäre.

In der Aussprache wurde vorgeschlagen, einen Appell an die Eisenbahnverwaltung und an das Bahnpersonal zu richten, um mit „Leistung von Mehrarbeit" für einen ständig flüssig bleibenden Wagenumlauf zu sorgen. Weiter soll ein „Appell an die Bergleute" gerichtet werden, um zu erreichen, daß einerseits Ueberschichten gefahren werden und anderseits wieder beste sortierte Kohlen, mit 10% weniger Steinen wie früher, geliefert werden. Der gute Koks ist seit seiner Freigabe verschwunden; die Anforderungen der Entente an Koks haben sich von 273 000 To. auf 536 000 To. erhöht, wofür zwar weniger Förderkohlen, aber nicht weniger Gaskohlen zu liefern sind. (Wobei zu bemerken ist, daß die Bergleute und Eisenbahner nicht daran denken, diesen Wünschen, die bestenfalls doch nur Palliativmittel sind, zu entsprechen).

Zum Schluß der Vormittags-Sitzung machte Stadtbaurat Spitzfaden, Fürth, eine Reihe kurzer Mitteilungen über Organisations- und Verwaltungsfragen. Dieselben betrafen die Maßnahmen betreffend Feuerversicherung, die Verordnung des Reichsschatzministers, betreffend steuerfreie Rückstellungen für Werkserhaltungen, sowie das Ablese- und Einziehungsverfahren bei Konsumenten u. a.

Nach einer 1stündigen Mittagspause machte Baurat Henle-München im Anschluß an das Ergebnis einer Umfrage des Frankfurter Wasserwerkes bei einer Anzahl deutscher Städte längere Ausführungen mit Lichtbildern über die Einwirkung der Hitzperiode auf die Ergiebigkeit der verschiedenen Wasserversorgungsanlagen und den Verbrauch in den einzelnen Versorgungsgebieten.

Zum Schlusse der Sitzung bildete ein Vortrag über die Verwendung und Wirtschaftlichkeit des Gases in der Industrie von Dipl.-Ing. Pauly, Nürnberg, in welchem in interessanter Weise die modernen Ausführungsarten von industriellen Gasfeuerungen anhand von Lichtbildern erläutert wurde.

Nach einigen allgemeinen Mitteilungen, von denen insbesondere die in nächster Zeit infolge der Kohlenpreissteigerung eintretende Gaspreiserhöhung und die Zwangswirtschaft der Benzolbewirtschaftung hervorgehoben seien, schloß der Vorstand die in jeder Hinsicht anregende Tagung.

Gefährdung der Lichtversorgung. Die anhaltende Trockenheit und Kälte droht die Münchner Kraftversorgung in absehbarer Zeit stillzulegen, wenn kein Witterungswechsel eintritt. Der Wetterbericht sagt Witterungsumschlag voraus. Aber es hat sich in den letzten Tagen schon öfter getäuscht. Die erwarteten Schneefälle sind ausgeblieben.

Für die politischen Gefangenen! Am 3. Dezember veranstaltete die Sektion Nord der KPD. eine Weihnachtsfeier, deren Ertrag — 471 *M* — den klassenbewußten politischen Gefangenen zu Gute kommt.

Aus dem Vielen, zur Unterhaltung Gebotenen seien besonders die Vorträge der Kinder Lotte Hagemeister und Liesl Lallinger erwähnt. Sie ernteten stürmischen Beifall. — Als Antwort auf die vielen verlogenen Darstellungen im Landtag und der bürgerlichen Presse gab hierauf G. Daske einen kurzen Ueberblick über das Leben in Niederschönenfeld. Nach seinen Ausführungen (er selbst hat 1½ Jahre in Niederschönenfeld studiert), rühren die in letzter Zeit in die Presse lanzierten „Briefe von Festungsgefangenen" zum Teil von der Anstaltsleitung, zum anderen Teil von Personen her, die sich, um der traurigen Behandlung zu entgehen, Bewährungsfrist „unter allen Umständen" erkaufen wollen. Nicht bestritten wird das ganz unqualifizierbare Verhalten einzelner Festungsgefangener. Aber gerade diese „Herren" sind die heutigen Schützlinge und Kronzeugen der Anstaltsverwaltung. Es erübrigt sich wohl, auf die Handlungen dieser Häftlinge näher einzugehen. Feststeht, daß das bayer. Justizministerium keine Ursache hat, auf solche „Helfer in der Not" stolz zu sein. Eine nicht geringe Rolle bei der Belastung der Kommunisten in Niederschönenfeld nehmen die Totschläger und sonstigen Mordwerkzeuge ein. Hier sei bemerkt, daß selbst Dr. Müller-Meiningen am 23. November 1921 im Haushaltungs-Ausschuß des bayer. Landtag erklärte, er habe die politischen Gefangenen in Niederschönenfeld vor Mördern geschützt. Tatsache ist, daß sich ein Fliegerhauptmann außerordentlich um die Freilassung eines politischen Gefangenen bemühte und dessen Mutter erklärte, bis Ende Februar müsse ihr Sohn

---

Maria Schweidler, die Bernsteinhexe

Von Wilhelm Meinhold

(Fortsetzung.)

Sechzehntes Kapitel.

Wie die kleine Maria Paaschin vom Teufel übel geplaget wird und mir die ganze Gemein abfällt.

Ehe ich weiters gehe, will ich zuvorab vermelden, daß der durchläuchtigste König Gustavus Adolphus, wie wir alsbald die Zeitung bekamen, auf der Swine an die 300 Kra[illegible] niedergehauen und darauf zu Schiff nacher St[illegible] gefahren ist. Gott wölle ihm ferner gnädig sein, Amen.

Nunmehro aber nahm meine Noth von Tage zu Tage zu, angesehn der Teufel [illegible] lustig wurde, wie er nie nicht gewesen. [illegible] daß Gottes Ehren auf unser [illegible] hätten, aber [illegible] zusuchen. D[illegible] Tage nach der Ankunft des durchläuchtigsten Königs G. A. kam das Geschreie, daß meiner Tochter ihre kleine Päte von dem leidigen Satan besessen sei und gar erbärmlich auf ihrem Lager haushalte, so daß sie niemand nit halten könne. Machte sich mein Töchterlein allsogleich auf nach ihrer kleinen Päte, kam aber allsobald weinend zurücke: daß der alte Paasch sie gar nit zu ihr gelassen, sondern sie fast hart angeschnauzet und gesaget, sie sölle ihm nie wieder in sein Haus kommen, inmaßen sein Kind es von dem Stuten (Semmel) gekriegt, so sie ihm am Morgen verehret. Und es ist wahr, daß mein Töchterlein ihr einen Stuten geschenket, indeme die Magd den Tag vorher nacher Wolgast gewesen war und ein Tüchlein voll Stutens mitgebracht.

Solche Bothschaft verdroß mich fast heftig, und nachdeme ich meinen Priesterrock angezogen, machte ich mich auf den Weg zum alten Paaschen, umb den leidigen Satan zu beschwören und solchen Schimpf von meinem Kinde abzuwenden. Fand also den alten Mann auf der Dielen (Flur), wie er an der Bodenleiter stand und weinete, und nachdeme ich den Frieden Gottes gesprochen, fragete ihn allererst, ob er in Wahrheit gläube, daß seine kleine Marie es von dem Stuten gekriegt, so ihr mein Töchterlein verehret? Er sagete: Ja! und als ich darauf zur Antwort gab: daß denn ich selbsten es auch hätte kriegen müssen, item Pagels sein klein Mädchen, angesehen wir auch von den Stuten gessen, schwieg er stille, und sprach mit einem Seufzer: ob ich nit wölle in die Stube gehen und sehen, wie es stünd. Als ich dannenhero mit „dem Frieden Gottes" hereintrat, stunden an die sechs Menschen umb der kleinen Marie ihr Bette, und hatte sie die Augen zu und war so steif wie ein Brett, weshalben Stoffer Wels (als er denn ein junger und wähliger Kerl ist) das Kindlein auf ein Bein ergriff und es von sich reckete, wie einen Zaunpfahl, damit ich sähe, wie der Teufel es plagete. Als ich nun ein Gebet anhob und Satanas merkete, daß ein Diener Christi angekommen, fing er an so schröcklich in dem Kindlein zu rumoren, daß es ein Jammer anzusehen war. Denn sie schlug also mit Händen und Füßen umb sich, daß sie kaum vier Kerls halten kunnten, item ging ihr das Bäuchlein so auf und nieder, als wenn ein [illegible] Geschöpf darinnen säße, so das letzlich die alte [illegible] Lise Kolken sich oben auf das Bäuchlein setzete. Als es nun ein wenig besser wurd und ich das Kindlein aufforderte, den Glauben zu beten, umb zu sehen, ob es wirklich der Teufel sei, so sie besessen (man nahm nämlich in jener schrecklichen Zeit an, daß, wenn der Kranke die drei Artikel und außerdem einige auf das Erlösungswerk bezügliche Bibelsprüche nachsprechen konnte, er nicht besessen sei, weil niemand Jesum einen Herrn heißen könne ohne durch den heiligen Geist!), würd es noch ärger denn zuvor, angesehen sie anhub mit den Zähnen zu knirschen, die [illegible] verkehren und also greulich mit [illegible] Füßen zu schlagen, daß sie ihren Vater, so [illegible] ein Bein hielt, fast mitten in die Stuben warf, und darauf sich den Fuß gegen das Bettholz zerstieß, daß das Blut ihr herfürsprang, und die alte Lise Kolken mit ihrem Bäuchlein [illegible] und nieder flog, als ein Mensch, so in einer [illegible] (Schnukel) sitzet. Und als ich hierauf [illegible] wurd, sondern den Satan beschwore, aus ihr zu fahren, finge sie allererst an zu heulen und darauf wie ein Hund zu bellen, item zu lachen, und sprach endiglich mit grober Baßstimmen, als sie ein alter Kerl führet: „Ick wieke nich." (Ich weiche nicht).

(Fortsetzung folgt.)

heraus sein, weil sonst sein Leben gefährdet sei. Zum gewünschten Termin (4 Wochen vor vollendeter Strafzeit) wurde tatsächlich Sch. entlassen und der Kapp-Putsch mit allen seinen Folgen für die Genossen in Niederschönenfeld kam. Erinnert sei auch an das Sipo-Aufgebot des Oberstaatsanwalts Menzel im Dezember 1920. Ebenso an das äußerst provozierende Auftreten des Werkführers Fetsch und einiger Beamten. Daß bei solch „guter Behandlung" (Fetsch schlug den Festungsgefangenen Bindel blutig nieder und veranlaßte ihn durch allerlei Versprechen von der Stellung des Strafantrags Abstand zu nehmen) die Kommunisten keine Ursache haben, der Verwaltung dankbar zu sein, ist wohl nur zu verständlich. Ebenso verständlich ist der Widerstand der bayerischen Regierung gegen den Untersuchungsausschuß des Reichstags. Denn der Staat ist in Gefahr, wenn die Wahrheit ans Licht kommt. Aufgabe des klassenbewußten Proletariats ist es, hier Klarheit zu schaffen und mit allem Nachdruck zu fordern: **Die Freilassung der politischen Gefangenen!**

Was die Polizei erzählt. Sie teilt mit: Es besteht vielfach die Anschauung, daß seit Aufhebung des Ausnahmezustandes die Veranstaltung von Umzügen im Stadtbezirk München an keine behördliche Erlaubnis gebunden sei.

Demgegenüber macht die Polizeidirektion darauf aufmerksam, daß Umzüge, die sich innerhalb des sogenannten befriedeten Bannkreises des Landtagsgebäudes bewegen, der Genehmigung bedürfen.

Der befriedete Bannkreis des hiesigen Landtagsgebäudes umfaßt den durch folgende Straßen und Plätze begrenzten Raum unter Einschluß dieser Straßen:

Karlsplatz, Bayerstraße, Bahnhofplatz, Dachauerstraße, Augustenstraße, Theresienstraße, Ludwigstraße, Galeriestraße, Wagmüllerstraße, Triftstraße, Thierschstraße, Rumfordstraße, Müllerstraße, Sendlingertorplatz, Sonnenstraße.

Gesuche um Genehmigung müssen schriftlich und spätestens acht Tage vor der Veranstaltung bei der Polizeidirektion, Zimmer Nr. 322/III, eingereicht werden.

Betriebsräte! Gewerkschaftsgenossen! Am Mittwoch, den 7. Dezember beginnt in der Blumenschule der Kurs über „Gewerbliches Arbeitsrecht". Vortragender Arbeitersekretär Karl Schmidt. 1. und 2. Abend: Gewerbliches Arbeitsrecht. 3. Abend: Bürgerliches Gesetzbuch in Bezug auf Arbeitsvertrag. 4. Abend: Gewerbegerichtsgesetz. Teilnehmerkarten sind entweder in der Betriebsräte-Zentrale oder am Kursabend im Lokal erhältlich. Ferner verweisen wir auf die in nächster Zeit stattfindenden Führungen durch die Münchener Gemäldegalerien. Die Führungen, geleitet von namhaften Kunstkritikern, finden voraussichtlich an den Sonntagen vormittags statt. Für die jeweilige Führung, welche 4 Sonntage umfaßt, wird der geringe Betrag von 8 ℳ erhoben. Einzeichnungslisten liegen ebenfalls in der Betriebsräte-Zentrale auf.

Sozialistische Akademiker. Die 2. Zusammenkunft der Gemeinschaft Sozialistischer Studenten findet Freitag, 9. Dezember, abends 8 Uhr im Gasthaus zur Alpe, Schellingstr. 43 statt. Es sprechen je ein Genosse der S. P. D. und K. P. D. über „Historische und gedankliche Entwicklung der proletarischen Jugendbewegungen."

Alle sozialistisch gesinnten Studierenden sind herzlich eingeladen.

Influenza. Wie wir erfahren, ist die Zahl der Influenzakranken in München in den letzten Tagen ganz bedeutend gestiegen. Aerztlicherseits führt man diese Erscheinung auf die anhaltenden trokkenen Ostwinde zurück.

Berichtigung. In unserem Artikel „Der Schmied von Kochel" sind einige sinnstörende Druckfehler unterlaufen. Statt Hirtenszene muß es heißen: Hexenszene. Statt: „Die Musik im Stile des alten Fritz ist jetzt breiter muß es heißen: beritten.

Wetterbericht. Auffrischende Westwinde, Tauwetter, Niederschläge.

Gewerkschaftliches

Eine schwere Niederlage des Metallarbeiter-Verbandes

Ein Düsseldorfer Metallarbeiter schreibt uns:

Seitdem Herr Dißmann den Metallarbeiterverband führt, steht er in stetem erbitterten Kampfe gegen Proletarier. Nicht das Zerschmettern des Kapitals, nein, das Vernichten der Kommunisten ist seines Strebens und seines Mutes höchstes Ziel. Und er konnte Siege melden, wie Hindenburg noch kurz vor dem Zusammenbruch. Während Herr Dißmann Kommunisten jagte, schlugen die Unternehmer den Metallarbeitern schmerzende Wunden.

An dieser Stelle machten wir schon aufmerksam auf die Strategie der Niederlagen, mit der die Verbandsleitung im Industriegebiet brillierte. Als der Verband der Maschinisten und Heizer eine Offensive gegen das Kapital einleitete, fiel der Metallarbeiterverband der Bruderorganisation in den Rücken. Als in Gelsenkirchen, Dortmund, Hörde, Bochum Konflikte ausbrachen, ließ der Verband die Beweggründe einzeln abwürgen, er half abwürgen, indem er durch Drohungen und Versprechungen die Mitglieder zwang, Bedingungen des Kapitals anzunehmen.

Dabei war die Situation nie so günstig für einen allgemeinen Kampf, wie gerade in den letzten Monaten, denn die Werke waren mit Aufträgen überhäuft, der Begehr nach Waren ging weit über die Erzeugnismöglichkeit hinaus. Dazu warf das Exportgeschäft glänzende Gewinne ab. Dißmann hat die gute Gelegenheit mit Krakehl gegen die Kommunisten ertan. Ihm kann das Kapital danken, daß er nun im rheinisch-westfälischen Industriegebiet einen großen, einen entscheidenden Sieg über die Metallarbeiter errang.

Wegen abgelehnter Lohnforderungen traten die Metallarbeiter in Düsseldorf in den Streik, geschlossen, sämtliche Organisationen in einer Front. Das Kapital, der Zentralverband der Industriellen ließ keinen Zweifel darüber, daß er nicht wegen der materiellen Forderung den Kampf aufnahm, sondern um eine Machtprobe zu liefern. Eine der Situation gewachsene Führerschaft mußte erkennen, was auf dem Spiele stand und welche Mittel eingesetzt werden mußten. Das Kapital selbst wies sogar den Weg. In anderen Orten und für nicht am Streike beteiligte Gruppen bewilligte man Forderungen ohne lange Verhandlungen. Man wollte unter allen Umständen den Kampf in Düsseldorf lokalisieren und begrenzen. Hier ein Sieg, war ja ein Sieg auf der ganzen Linie. Die mit der Kommunistenverfolgung beschäftigte Verbandsleitung merkte anscheinend nichts, kam nicht dahinter, daß sie nur durch eine schnelle, entschiedene Erweiterung der Kampffront den Plan des Kapitals durchkreuzen, dem Unternehmertum beträchtliche Zugeständnisse abzwingen konnte. Man ließ die Düsseldorfer allein kämpfen. 3 Wochen lang hielten sie in musterhafter Geschlossenheit in dem harten Ringen aus, Freigewerkschaftler, Christen, Hirsch-Dunckeraner. Es gab keine Streikbrecher. Insgeheim wurden die Christen und Hirsch-Dunckeraner bearbeitet, man wollte sie aus der Einheitsfront herausholen. Ihren Widerstand brachen dann die neuen Verhandlungen mit dem Ergebnis kleiner Zugeständnisse — und der Drohung möglicher Maßregelung. Sie erlagen den Einflüssen, beschlossen das Angebot der Unternehmer anzunehmen. Die Funktionäre und Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes waren mit über 80 Prozent für Fortsetzung des Kampfes. Der Beschluß der anderen Organisationen zwang sie, sich trotzdem zu unterwerfen. Sie mußten sich unterwerfen, weil der Hauptvorstand vollständig versagt hat, weil er es unterließ, sofort den Kampf auf die erforderliche breite Basis zu stellen. Hätte er das getan, dann mußten die Unternehmer nachgeben. Die Christen und Hirsch-Dunckeraner wären gar nicht in die Lage gekommen, fahnenflüchtig zu werden.

Was der Verband nun an Streikgeldern erspart hat, wird er bald multipliziert an Gemaßregelten- und Arbeitslosenunterstützung zahlen. Das wird wahrscheinlich so schnell eintreten, daß er (Dißmann) keine Zeit haben dürfte, die Tatsachen und die hervorgehobenen Zusammenhänge zu leugnen.

Die Mitglieder selbst müssen dafür sorgen, daß dies die letzte große Niederlage war, in die sie ein auf Kommunistenhaß eingestellter Vorstand hineintreiben ließ.

Gerichtssaal

Ad. Hitler gegen „Münchner Post" und „Süddeutsche Presse"

Vor dem Schöffengericht in der Au fand am Montag unter dem Vorsitz des Amtsg.-Rats Frank ein Beleidigungsprozeß des Führers der hiesigen Nationalsozialisten gegen die beiden Zeitungen statt. In Nummer 178 der „Münchener Post" vom 3. August 1921, sowie in der „S. Pr." wurde ein Flugblatt abgedruckt, das offenbar von der Opposition innerhalb dieser Partei verfaßt und an die Parteimitglieder der Nationalsozialisten versandt wurde, als im Juli dr. Js. im Hause „Hitler" unter den Nationalsozialisten eine „Revolution" ausgebrochen war.

Das Flugblatt trug die Ueberschrift: Adolf Hitler — Verräter, in dem es u. a. hieß: „Machtdünkel und persönlicher Ehrgeiz haben dem hl. Adolf Hitler nach seiner sechswöchentlichen Reise von Berlin, über deren Zweck er sich bis heute noch nicht ausgesprochen hat, auf den Posten gerufen. Er glaubt die Zeit für gekommen zu erachten und im Auftrag seiner dunklen Hintermänner Uneinigkeit und Zersplitterung in unsere Reihen zu tragen und dadurch die Geschäfte des Judentums und seiner Helfer zu besorgen. Es zeigt sich immer mehr, daß sein Zweck kein anderer war, als die nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei nur als Sprungbrett für unsaubere Zwecke zu benützen, und deren Führung vollständig an sich zu reißen und sie im geeigneten Augenblick auf ein anderes Gleise zu schieben. Das beweist am besten ein Ultimatum, das er vor einigen Tagen an die Parteileitung stellte und in dem er u. a. vollständige alleinige Diktatur und den Rücktritt des Ausschusses und des Gründers und Führers der Partei, Werkzeugschlosser Ant. Drexler als 1. Vorsitzenden forderte. Diesen Posten verlangte er für seine Person; ferner verlangte er, daß innerhalb der nächsten 6 Jahre keinerlei Einigungsverhandlungen mit den übrigen National- und Deutschsozialisten geführt werden. Diese Forderungen allein schon bedeuten weiter nichts als die Partei klein zu erhalten und ihr einen weiteren Ausbau unmöglich zu machen. Welche Geldgeber ihn dabei stützen, ist unbekannt. Tatsache ist nur, daß H. — der Oesterreicher ist — mit den dortigen Kaiser-Karl-Kreisen in Verbindung steht. Er wurde bereits vor längerer Zeit einmal öffentlich als „Karlist" bezeichnet, stellte damals zum Schein Klage und zog diese wieder zurück.

Ein weiterer Punkt ist seine Berufs- und Geldfrage. Auf Fragen seitens einzelner Mitglieder von was er denn eigentlich lebe und welchen Beruf er früher gehabt habe, geriet er jedesmal in Zorn und Erregung. Eine Beantwortung dieser Frage ist bis heute noch nicht erfolgt. Sein Gewissen kann also nicht rein sein, zumal doch sein übermäßiger Damenverkehr, bei denen er sich des öfteren schon als „König" von München bezeichnete, sehr viel Geld kostet.

Ferner wird in dem Flugblatt behauptet, daß Hitler den Gründer der Nationalsozialisten, Werkzeugschlosser Drexler als „charakterlos", Idioten und als einen „gemeinen Hund" bezeichnet haben soll.

Es heißt dann weiter, und wie führt er den Kampf? Echt jüdisch! Er verdrehe alle Tatsachen und stelle die Sache so hin, als ob Drexler nicht revolutionär genug sei.

Bei seinen Umtrieben hat H. einen Kampfgenossen gefunden, Herrn Esser. Dieser Mann, der nachgewiesen ein Spitzel der Sozialdemokratie ist, den H. wiederholt schon als Schädling der Bewegung bezeichnete, um seinen Sturz herbeizuführen, der ferner dem „Völkischen Beobachter" durch seinen Sauhirtenton das Verbot trotz wiederholter polizeilicher Verwarnungen absichtlich herbeiführte, diesen Mann nahm sich plötzlich Hitler, um seine dunklen Pläne durchzuführen. Das merkwürdigste ist, daß Hitler selbst erklärte:

„Ich weiß, daß Esser ein Lump ist, aber ich behalte ihn mir solange, als ich ihn brauchen kann."

Nationalsozialisten! Urteilt selbst über solche Charaktere. Es wird dann noch vor Hitler gewarnt und als Unterschrift trägt dieses Flugblatt:

Die Nationalsozialisten Münchens.

Das Flugblatt, das die „M. P." veröffentlichte und mit einem besonderen Kommentar versah, bilden den Gegenstand der Privatklage.

Privatkläger Adolf Hitler ist persönlich mit seinem Rechtsbeistand, dem deutschnationalen Rechtsanwalt J. R. Dr. von Zezschwitz erschienen.

Die Verteidigung des Redakteurs Kirchpfennig führt Rechtsanwalt Alwin Sänger, Redakteur Haugg von der „Südd. Pr." wird von Rechtsanwalt Graf Pestalozza vertreten.

Rechtsanwalt Sänger erklärt, den Wahrheitsbeweis antreten zu wollen. Bei dieser Gelegenheit wird auch die Sache zur Sprache kommen, daß Herrn Hitler ein Personalakt über den bekannten Graf Bothmer angeblich von der hiesigen Polizeidirektion in die Hand gespielt worden sei.

Wir werden den Prozeßverlauf in der nächsten Nummer berichten.

Der als erster Zeuge vernommene frühere Vorsitzende und Gründungsmitglied Anton Drexler, bekundet, daß die Bewegung noch sehr klein gewesen sei, als er Hitler als einen Feuerkopf und idealen Menschen kennen gelernt habe. Seit dem Eintritt H. in die Bewegung sei diese an Mitglieder ganz erheblich gewachsen. H. sei ein durchaus uneigennütziger Mensch, für Vorträge habe er niemals etwas erhalten. Zwischen Hitler und ihm seien wohl Meinungsverschiedenheiten vorgekommen, doch seien sie sich in den Zielen einig gewesen. Zeuge gibt auf Befragen zu, daß er geäußert haben kann: „Wenn H. in mein Inneres sehen könnte, würde es anders ausschauen." Er halte Hitler für keinen Anhänger Kaiser Karls. Das Flugblatt sei in der Mitgliederversammlung verworfen worden und H. einstimmig zum ersten Vorsitzenden gewählt worden.

Zeuge Esser, Schriftleiter vom „Völkischen Beobachter", war früher Mitglied der Sozialdemokr. Partei, erklärte, die Behauptung in dem Flugblatt, daß er ein Spitzel der sozialdemokratischen Partei sei, ist unrichtig. Es sei richtig, daß H. an ihm Kritik geübt habe, doch könne er nicht behaupten, daß Hitler ihn als Lumpen bezeichnet habe. Es sei lächerlich, wenn behauptet wird, H. habe Beziehungen zu Kaiser Karls Kreisen. Er könne bestätigen, daß H. eine einfache Lebensweise führe. H. werde oft zum Mittag und Abendtisch eingeladen, da man die dürftigen Verhältnisse des H. kenne.

Auf die Frage, ob H. diktatorische Gewalt anstrebe, legt der Kläger die Abschrift eines Schreibens an den alten Ausschuß vor, die verlesen wurde. Er verlangte darin eine sofortige Einberufung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung, ebenso, daß die Statuten auf die Dauer von 6 Jahren eine Aenderung nicht erfahren dürfen. Ebenso daß ein Zusammenschluß mit den Deutschnationalisten (mit dem Sitze in Zeitz) zu unterbleiben habe.

Der nächste Zeuge Popp, ein früherer Hauswirt des Hitler, bestätigt dessen einfache Lebensweise.

(Forts. folgt.)

Die Firma Isidor Bach vor dem Wuchergericht

Vor der Wucherstrafkammer beim Landgericht München 1 begann am Montag die Verhandlung gegen den Kleiderfabrikanten Alfred Bach, Inhaber der Firma Isidor Bach wegen wucherischer Preistreiberei. Da zur Verhandlung an 60 Zeugen geladen sind und eine Reihe von Sachverständigen, wird mit einer 14tägigen Verhandlungsdauer gerechnet.

Dem Eröffnungsbeschluß nach liegt dem Angeklagten folgendes zur Last: Vom Juli 1915 bis Ende 1918 hat der Angeklagte in seinem Geschäft Kleidungsstücke zu Preisen, die einen übermäßigen Gewinn enthielten, zum Kaufe angeboten und verkauft. Die Firma Bach, die bei Ausbruch des Krieges ein großes Lager an fertigen Waren besaß, ließ vom Juli bis August 1915 sein gesamtes Lager von vorrätigen Anzügen, Paletots und Ulster um 3—7 ℳ hinaufsetzen, ebenso Ende 1915 die gesamten Kinder- und Knabenanzüge, sowie Arbeitsmäntel um 150 ℳ. Bei Einführung der Bezugsscheine ließ Bach alle Waren bis 25 ℳ für das Stück höher zeichnen und wiederholte diese Aufschläge mehrmals, trotzdem der Verkauf zu höheren Preisen als den am 1. Februar 1916 gültigen Preisen verboten war. Ebenso wurden im Februar 1917 die Kommunionanzüge von 67 auf 108 ℳ, anfangs 1918 auf 164 ℳ gezeichnet, im Sommer 1917 Knaben und Burschenanzüge von 7.50 ℳ auf 21 ℳ, von 9,50 auf 26 bis 100 ℳ.

Ebenso machte Bach im Juli und November 1917 bei größeren Lieferungen an die Geschützwerke in Freimann Aufschläge, die auf eine ungerechtfertigte Bereicherung erkennen lassen.

Obwohl am Anfang des Krieges das ganze Geschäftshaus mit fertigen Waren von oben bis unten voll war, hielt er anfangs 1915 mit dem Verkaufe zurück. Im Jahre 1916 ließ er Stoffe und Fertigwaren aus seinem Münchner Detailgeschäft entnehmen für eine in Nürnberg zu errichtende Filiale. Er setzte die Warenanhäufung fort, obwohl er wußte, daß er das Geschäft nicht in Nürnberg eröffnen werde. Ebenso hielt er in seinem Tuchlager zurück. Am 23. November 1918 besaß er noch 32 548 Anzüge, Ulster, Hosen, Knabenanzüge und sonstige Konfektionswaren. 37 400 Meter Stoffe und die gleiche Meterzahl an Futterstoffen.

Der erste Verhandlungstag befaßte sich hauptsächlich mit der Vernehmung des Angeklagten.

(Fortsetzung folgt).

Kuppelei. Frau Gertrude Harrach, geb. Liepe, gesch. Dr. Denervand, gesch. Prager, gesch. Dr. Harrach, wurde am 1. Dezember 21 nach 8stündiger Verhandlung von dem Landgericht München 1, 2. Strafkammer, unter Zubilligung mildernder Umstände wegen des Verbrechens der Kuppelei (es handelt sich um ihre eigene Tochter aus 1. Ehe, Jutta Denervand) zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Die Verhandlung, die zum Teil recht dramatisch verlief, bot ein beklagenswertes Bild kapitalistischen Sittentums.

Parteikalender

F. A. Ost. Morgen Donnerstag abends 8 Uhr Monatsversammlung im Klublokal.

Bezirk Au-Giesing: Die Sektions-Versammlungen welche auf kommenden Donnerstag abends 8 Uhr fallen, finden betr. der am Donnerstag abends stattfindenden großen öffentlichen Volksversammlung im Münchner Kindlkeller nicht statt.

Kommunist. Jugend München

Der Gruppenabend der Gruppe Sendling der Kommunistischen Jugend Ortsgruppe München fällt wegen der am Donnerstag stattfindenden komm. Versammlung

nicht aus.

Es ist Pflicht aller Mitglieder, um ½7 Uhr im Restaurant Valley, Ecke Valley- und Abelestraße zu erscheinen, da wichtige Arbeit erledigt werden muß. Pünktliches Erscheinen ist im Interesse der Mitglieder, damit die öffentliche Versammlung evt. noch besucht werden kann.

Die Gruppenleitung.

JUNG PROLET

Kindergruppen

Das Verbot der proletarischen Kindergruppen im August hatte unsere Arbeit für einige Monate unterbrochen. Doch ließen wir die Zeit nicht ungenutzt verstreichen und bereiteten alles für eine Wiedereröffnung der Kindergruppen vor. Am 15. Oktober begann denn auch unsere Arbeit wieder mit Volldampf. Bereits heute bestehen in München vier Kindergruppen mit 300 Kindern. Die Arbeit wickelte sich bisher glatt ab, da die uns zur Verfügung stehenden Helfer und Helferinnen im vollsten Maße ihre Pflicht erfüllten. Auch unter den Eltern der Kinder fanden wir viel Verständnis für unsere Arbeit. Eine jüngst stattgefundene Elternversammlung sprach der Leitung der Kindergruppen ihr vollstes Vertrauen aus. Um einen Teil wenigstens der Verantwortung, die diese Arbeit uns aufgebürdet hat, uns zu nehmen, ging die Elternversammlung an die Wahl eines Elternbeirats, der uns in unserer umfangreichen Arbeit unterstützt. Als Ziel aller Arbeit in den Kindergruppen können wir wohl bezeichnen: Erziehung der Kinder zu guten Proletariern. Wir wollen den Kindern nicht den Klassenkampf predigen, wir wollen sie nicht in Kämpfe gegen Elternhaus und Schule führen, wir wollen sie zu echten Menschen machen, die ihrer Klasse bewußt sind. Diese Ziele glauben wir am besten durch gemeinsames Zusammenwirken der Kinder erreichen zu können; sei es beim Spiel, beim Reigentanz und bei der Unterhaltung, immer sollen sich diese jungen Geschöpfe klar sein, daß sie Brüder sind, daß sie einander helfen müssen. Hoffen wir, daß unsere Arbeit auch weiterhin von vollem Erfolg begleitet ist. O.

Die Gepeitschten

Von Jost Wildi.

Ihr seht nicht die blutigen Striemen, die man ihnen geschlagen, sie sind euch verborgen — denn sie tragen sie auf der Seele.

Du Vater, du Mutter, sieh zu, ob nicht auch dein Kind eine solche gepeitschte Seele hat und sieh zu, wie viele Striemen **deine** Schuld sind.

Ich sehe euer fragend Gesicht.

Beantwortet es euch selbst, indem ihr zurückblicket in die Vergangenheit der Erziehung euer Kinder.

Denke daran, was ihr tatet, wenn euer Kind schlechte Zeugnisse nach Hause brachte. Ohne zu beachten, daß der Wissensdrang eures Kindes sich auf ganz andere Gebiete erstreckte, als man sie in der Schule behandelte, gabt ihr ihm harte Worte, ja nicht selten körperliche Züchtigungen. Die Striemen am Körper verschwanden, doch die auf der Seele eures Kindes nicht . . .

Euer Kind verließ die Schule, und ihr zwangt es, nicht selten seinen Neigungen zuwider, zu einem „existenzsicheren, ehrbaren Beruf".

Euer Sohn kam nach Hause, beklagte sich über schlechte Behandlung von seiten des Lehrherrn bei euch. Doch was gabt ihr ihm oft zur Antwort? „Wenn du fleißig wärest und den festen Willen deinem Meister gegenüber zum Ausdruck brächtest, etwas ordentliches zu lernen, dann käme so etwas nicht vor. Wenn du so weiter machst, dann bringst du es zu nichts."

Seht ihr nicht den Peitschenhieb!

Euer Kind wird verschlossen gegen euch, es wird „undankbar". Macht ihr es nur mit euren Söhnen so? Nicht selten ist es noch schlechter mit der weiblichen Jugend!

Was braucht denn eure Tochter des Sonntags hinaus in die Natur, obgleich sie ebenfalls die Woche über in der Fabrik, im Kontor sitzt. Was braucht sie Konzert und Theater oder gar eine Versammlung. Wie hohnvoll klingt es gegen das innerste Wesen der Jugend, wenn die Mutter spricht, meine Tochter soll eine **gute Hausfrau** werden,

Seht ihr die Peitsche in euren Händen, hört ihr das Klirren der Sklavenketten, die an **euren** Füßen sind und mit denen ihr nun euer Kind ebenfalls fesselt!

Manche Eltern glauben sich frei von dieser Anklage, lassen sie doch ihrem Sprößling Klavier spielen lernen oder eine fremde Sprache.

Seht aber einmal zu, inwieweit ihr dabei **Zwang** ausübet. Ihr zwingt in vielen Fällen eure Tochter, eine Sprache oder Musik zu erlernen, nicht beachtend, ob sie Liebe und Verständnis dafür besitzt, und auf der anderen Seite enthält man ihr das Lesen guter Bücher vor.

„Was nützt dir denn ein Schiller und Goethe!" Ach, wenn man so etwas nur bei den sogenannten Spießern vorfinden würde! Aber wie oft sieht man es unter den Sozialisten, Kommunisten oder Freidenkern. Wir aber sagen euch, ihr seid keine Kommunisten und Freidenker, ihr seid es bloß dem Namen nach!

Was wundert ihr euch, daß die Arbeitermassen heute nicht jenen Geist besitzen, der notwendig ist, um diese Gesellschaftsordnung zu stürzen?

Die Schule ist es, die die Arbeiter so erzieht, ja; aber Hand in Hand mit der heutigen Schulerziehung geht eure Verständnislosigkeit für das Wesen der Jugend und die Knechtung ihrer Seele!

Euch hat man so erzogen; wollt ihr nun euren Kindern das gleiche Los zuteil werden lassen?

Du Vater, du Mutter, sieh zurück auf dein Leben und sieh vorwärts in die Zukunft deiner Kinder, dann handle. Das fordern von euch Alten die Jungen!!

Der wißbegierige Junge

„Vater, was sind das für Gebäude?"

„Das ist eine Ziegelei, mein Junge."

„Wem gehört sie, Vater?"

„Mir, mein Kind."

„Gehören alle die großen Haufen dir, Vater?"

„Ja, jeder Stein ist mein Eigentum."

„Ach, wird es lange gedauert haben, bis man alle diese Steine formte! Hast du sie allein gemacht?"

„Nein, die Männer, die dort arbeiten, haben die Steine für mich gemacht."

„Gehören dir auch die Männer?"

„Nein, Junge, das sind freie Arbeiter! Niemand kann andere Menschen zum Eigentum haben, es sei denn, daß es Sklaven wären."

„Was ist denn ein Sklave, Vater?"

„Ein Sklave, mein Junge, ist ein Mann, der sein ganzes Leben lang für einen anderen arbeiten muß und nur Nahrung und Kleidung dafür bekommt."

„Warum arbeiten denn die Männer so schwer? Macht es ihnen denn Vergnügen, so schwere Karren zu schieben?"

„Ich glaube nicht, daß es ihnen Vergnügen macht; wenn sie es aber nicht tun, haben sie nichts zu essen."

„Sind die Männer reich, Vater?"

„Nein, sie sind nicht reich."

„Haben sie auch Pferde und warme Kleider, und gehen sie auch an die See, wenn es ihnen zu warm wird?"

„Nein, denn sie müssen viel arbeiten, um leben zu können."

„Wie meinst du das: leben zu können?"

„Nun, sie müssen arbeiten, um Geld zu verdienen für Essen und Trinken, Kleidung und Wohnung."

„Haben es diese Menschen denn besser als Sklaven?"

„Sicher, Junge, es sind freie Menschen, die nicht für mich zu arbeiten brauchen, wenn sie nicht wollen. Sie können davongehen, wenn es ihnen in den Sinn kommt."

„Und wenn sie davogehen, brauchen sie dann nicht mehr zu arbeiten?"

„Ja, natürlich, dann müssen sie wieder bei einem anderen arbeiten."

"Und kriegen sie denn von dem anderen mehr als nötig ist, um leben zu können?"

„Das glaube ich nicht."

„Wieso haben es diese Menschen denn besser als Sklaven?"

„Weil sie frei sind und einen eigenen Willen haben."

„Gibst du ihnen etwas, wenn einer von ihnen dich verläßt?"

Nicht das mindeste. Das einzige ist, daß ich einen anderen an seinen Platz stellen muß, und den kann ich immer bekommen, wenn ich will."

„Dann brauchst du auch nicht so vorsichtig mit ihnen umzugehen, wie wenn er dein Sklave wäre?"

„Nein, das ist auch so."

„Erzähl mir eins, Vater. Warum ist es besser für die Menschen, wenn sie frei sind?"

„Frage doch nicht so einfältig, Kind."

Eine bescheidene Frage

Am Donnerstag, den 10. Nov. 21, war Trauerfeier für die gefallenen Krieger. Die größeren Betriebe hatten ab 2 Uhr frei, um den Feierlichkeiten beizuwohnen.

Ich selbst arbeite in einem solchen Betrieb. Nachdem bei den Bestattungsfeierlichkeiten des Exkönigs die Schule geschlossen (!) war, so blieb ich auch am Tage der Kriegerfeier am Nachmittag dem Schulunterricht fern. Diese Freveltat trug mir in der Schule neben einer derben Ohrfeige 2 Stunden Karzer ein. Ob meine Gesinnung zur **Monarchie deshalb wächst, bezweifle ich.**

Peter Träzler, Implerstr. 34.

Auch wir bezweifeln es. Interessant aber ist für uns der enorme Aufwand von Gefühl. Zu deutsch heißt dieses Vergehen doch: Die gefallenen Soldaten sind uns wurscht, aber um den König ist es doch schade. Und das an einer öffentlichen Schule, **von Staats wegen! Die Redakt.**

Organisation

Schwabing. In Schwabing fand am Donnerstag, den 1. Dezember, eine öffentliche Bezirksversammlung statt. Ein Genosse referierte über die Wege des Jungproletariats. Die Versammlung war mäßig besucht.

Burghausen. Am Samstag, den 26. Novbr. fand hier eine Versammlung der kommunistischen Jugend statt. Ein Genosse aus München sprach über die Aufgaben des Jungproletariats. Als Erfolg waren zwei Neuaufnahmen zu verzeichnen. Die erst kürzlich gegründete Ortsgruppe arbeitet unter schweren Verhältnissen. Der vorerst noch kleine Kreis verspricht durch seine Tatkraft dereinst eine feste revolutionäre Ortsgruppe zu werden. E. W.

Augsburg. Am Sonntag, den 27. Nov., fand in Augsburg eine gutbesuchte Versamlung der kommunistischen Jugend statt. Ein Genosse aus der Bezirksleitung referierte über die politische Lage und die aus ihr erwachsenden Aufgaben der arbeitenden Jugend. Die Ausführungen wurden von allen Anwesenden gebilligt. Die Augsburger Organisation ist mit neuer Kraft an den Aufbau des Unterbezirks gegangen. Der Erfolg kann schon heute in neugegründeten Ortsgruppen gebucht werden O.

Versammlungen

Gruppe Schwabing:

Gasthaus Goldtante, Kaiserstraße. Jeden Mittwoch halb 8 Uhr.

Gruppe Sendling:

Gasthaus Valley, Ecke Valley-Aberlestraße. Jeden Donnerstag 7 Uhr.

Gruppe Westend:

Gasthaus Meraner Hof, Ecke Astaller-Guldeinstraße. Jeden Mittwoch 7 Uhr.

Gruppe Alte Heide:

Gasthaus Familienheim, Wilhelm Hertzstraße. Jeden Freitag 7 Uhr.

Gruppe Altstadt:

Gasthaus Buttermelcherhof, Buttermelcherstr. Jeden Donnerstag 7 Uhr.

Gruppe Nord:

Gasthaus Wingererburg, Ecke Wingerer-Heßstraße. Jeden Freitag 7 Uhr.

Ingolstadt:

Gasthaus Gründl. Jeden Montag 7 Uhr.

Theater

Moral

Lustspiel von Ludwig Thoma.
(Schauspielhaus, Neueinstudierung.)

„Es ist viel wichtiger, wenn das Volk an unsere Moral glaubt".
L. Thoma, „Moral".

Der Sittlichkeitsverein ist gegründet und drei gar köstliche Typen der männlichen Gesellschaft stellen sich vor. Da ist der germanische Gymnasialoberlehrer und der nationalliberale Industrielle, beide Mitglieder des neuen Sittlichkeitsvereins, der Rentier Beermann, Kandidat der vereinigten Liberalkonservation — der Präsident des Moralklubs.

Moral ist eine nutzbare Sach', die sich trefflich zur Schaustellung eignet.

Aber, o Schicksal, es gibt — trotzdem Germanenblut in ihren Adern rollt — die Mme. N non de Hauteville — (vulgo Therese Hochstätter).

Also eine Polizeigeschichte. Das Frauenzimmer wird verhaftet. Ein Typ eines Polizeiassessors mit halbhirnigem Schreiber. — Er selbst, der Herr Polizeipräsident. — Aber, o Ehre, o Ruf, das Tagebuch der Hauteville mit der Liste ihrer Gäste aus dem — Sittlichkeitsverein fällt in den Rachen des Gewaltigen.

Gewaltiger? — O nein. Das Schicksal ist gütig. Es gibt so sonderbare Fügungen, — es gibt einen Erbprinzen, der sich bei der Verhaftung hinter der Kleiderschranktüre versteckt hielt.

Der Ausgang ist ersichtlich — die Sache wird vertuscht. Der Hüter der behördlichen Sittlichkeit, der Herr Polizeipräsident spricht: „Wir unterscheiden sehr wohl zwischen amtlichen — und sagen wir — persönlichen Empfindungen . . . Es gibt eine Moral, über die man sich privatim sehr anregend unterhalten kann. Die darf meinethalben unbegrenzt sein. Aber es gibt auch eine öffentliche Moral, die wir zu überwachen haben. **Die hat sehr präzise Grenzen.** Zum Beispiel: Den Skandal . . .

So siegt das staatserhaltende Prinzip.

Der Dichter des köstlichen Lustspieles erlitt 1914 den Tod, was seine kämpferische Einstellung betrifft. Erst in diesem Jahr erfolgte der körperliche. „Moral" gehört noch seiner besten satyrischen Epoche an. Es ist ein Lustspiel. Von alters her pflegen die Dichter in Lustspielen mit geißelndem Spott auf die Zeit herniederzuprasseln. Wenn in der menschlichen Gesellschaft und im besonderen der herrschenden Klasse, die Lüge, die Heuchelei zum herkömmlichen Gebrauch geworden ist, dann hilft nur mehr der vernichtende Spott.

Moral? — O, ihr Spötter, wie sehr habt ihr recht: „Kein Laster ist so widerwärtig wie die Tugend, die sich vor der Oeffentlichkeit entblößt. Das Laster hat wenigstens die Scham sich zu verstecken."

Es gab bei der Neueinstudierung des Lustspieles „Moral" von Thoma im Schauspielhaus ein herzhaft lachendes Haus. Das Publikum wurde sichtlich hingerissen durch den beißenden Spott. Leitung und Darsteller taten ihr Bestes, soweit dies in ihren Kräften stand. Einige Unebenheiten im ersten Akt wurden durch den darstellerisch wie szenisch besseren zweiten ausgeglichen. Alles in allem: ein geglückter Abend. Hätte auch hier, wo befreiendes Lachen über jene Zeitlüge „Moral" Ausdruck hinreißender Kritik ist, allzuscharfe Einzellupen tätigen Sinn? — L. Rosenberger.

Schaubühne (Steinickesaal Adalbertstraße 15). In der Eröffnungsvorstellung am Donnerstag, den 8. Dezember abends 7½ Uhr „Der Tor und der Tod" von Hugo von Hoffmannsthal", Leonce und Lena" von Georg Büchner, werden die Hauptrollen dargestellt von den Damen Conchita Clarens, Anni Ernst, Maria Harduug, Eva Sinding; den Herren Erwied Asdor, Raimund Janitschek, Theo Shal, Carl Sick, Erhart Stettner, Spielleitung: Eugen Felber. Bühnenbilder und Lichttechnik: Dr. Kurt Gutzeit.

Lustspielhaus. Der Vorverkauf zu der Morgenaufführung nächsten Sonntag, den 11. Dezember 11 Uhr vormittag. Erstes Konzert in München des beliebten Tenors am Nationaltheater Herr Fritz **Kraus**, hat in regstem Maße eingesetzt.

Münchner Spielplan

Mittwoch, den 7. Dezember 1921.

Nationaltheater 7: Hoffmanns Erzählungen
Residenztheater 7: Rosmersholm
Prinzregententheater 7: Das vierte Gebot (DB. [illegible])
Schauspielhaus halb 8: Moral
Kammerspiele halb 8: Der Bär, Sysistrata
Münchner Theater halb 8: Er und seine Schwester
Volkstheater halb 8: Börsenfieber
Theater am Gärtnerplatz halb 8: Der blaue Mazur
Nachm. 3 Uhr: Rübezahl
Lustspielhaus halb 8: Boccacio, nachm. halb 4 U. Aschenbrödel
Odeon halb 8: Konzert-Gesellschaft für Chorgesang, Dir: Schm[illegible]
Tonhalle halb 8: Mahlen 9. Symphonie, Dir. F. C. Adler .

Sowjetrussland

Die Finanzpolitik und die Finanzorganisation im vierten Jahr der Revolution

RW. Als das Proletariat im Oktober 1917 die Macht ergriffen hatte, sah es sich genötigt, um seine Diktatur zu befestigen, vor allem den Staatsapparat des früheren Systems zu zerschlagen. So hat das Proletariat auch den Finanzapparat umgebildet, um sich auf ihn bei der Durchführung seiner Ziele zu stützen. Die Vielgestaltigkeit der Finanzinstitute zwang die Sowjetmacht, den Finanzapparat zu vereinfachen. So kam es, daß die neue Finanzabteilung das Kassawesen, die Banken, die Steuerverwaltung usw. aufsog. Es wurde eine vollkommen neue Finanzorganisation gebildet.

Diese Organisation war dazu berufen, eine Finanzpolitik zu verwirklichen, die den Interessen der Arbeiterklasse entsprach. Die Sozialisierung der gesamten Großindustrie, die Beseitigung des privaten Handels, die Naturalisierung des Arbeitslohnes, alles dies verdrängte das Geld aus dem Umlaufe und es schien, daß das Absterben des Geldverkehres nahe bevorstehe. Im Zusammenhange damit starben auch die entsprechenden Teile des früheren Finanzapparates ab.

Mit der Beseitigung des privaten Handels und Verkehrs entfiel der Kredit, mit der Politik der Naturalisierung verschwand immer mehr das Geld. Zum Schluß wurden die Banken als Kreditorganisationen aufgelöst, ebenso der Steuerapparat, da er vollkommen nutzlos u. überflüssig geworden war. Das einzige, was vom Finanzapparate übrig blieb und ausgestaltet wurde, waren die Verrechnungs- und Buchhaltungsabteilungen, die sich in die Zentralbuchhaltung der Sowjetwirtschaft verwandeln sollten.

Mit dem Beginn der neuen Wirtschaftspolitik, seit dem März 1921, mit der Wiedereinführung des privaten Warenverkehrs und dem Auftreten des freien Marktes mußte sich aber die frühere Tätigkeit des Finanzapparates grundlegend ändern. Es entstand naturgemäß aus Kauf und Verkauf die Nachfrage nach Geld.

Es ist heute allgemein anerkannt, daß die Befestigung des Geldwesens ein unentbehrliches Glied in der Kette der Maßnahmen zur Wiederherstellung unserer Wirtschaft ist. Ohne festes Geldsystem gibt es kein Kalkulieren, weder auf dem Gebiete der Staatswirtschaft noch auf dem Gebiete der Privatwirtschaft. Ohne ein gesundes Geldwesen gibt es keine Berechnung der Gestehungskosten und sind Kreditverhältnisse nicht möglich.

Der erste Schritt der Sowjetmacht auf dem Gebiete der neuen Finanzpolitik war das Dekret vom 13. Juni 1921, das den Geldverkehr mit Hilfe laufender Rechnungen und Ueberweisungen zuließ. In der Folge wurde eine Reihe von Maßnahmen unternommen, die den Zweck hatten, Geldsteuern einzuführen und die Ordnung im Staatsbudget wieder herzustellen.

Es wurde eine Reihe von Steuern eingeführt. Dadurch sowie durch die Wiedereinführung der Bezahlung für die öffentlichen Einrichtungen (Eisenbahn, Post, Telegraph) sollte ein Teil der verborgenen Geldmassen ans Tageslicht gebracht und so dem staatlichen Kassenwesen die Arbeit auf dem Gebiete der Notenausgaben erleichtert werden. Auf diese Weise flossen schon einige Milliarden Rubel in die Staatskasse.

Weil es aber nicht möglich war, durch Steuern allein das Geldwesen wieder herzustellen und die Notenemission erheblich einzuschränken, schritt die Sowjetregierung zur Einschränkung ihrer Ausgaben für den staatlichen Verwaltungsapparat. Aus dem Budget wurde alles, was nicht unbedingt notwendig war, ausgemerzt. Die Ausgaben, die für weniger wichtige Unternehmungen bisher gemacht wurden, werden eingeschränkt, ein Teil der Ausgaben wird aus örtlichen Quellen gedeckt.

Das komplizierte Problem der Sanierung des Staatsbudgets und der Regulierung der Emissionstätigkeit veranlaßte die Sowjetregierung, einen Finanzplan für das Jahr 1922 auszuarbeiten.

Am vierten Jahrestage der Oktoberrevolution setzte der Rat der Volkskommissäre den Finanzplan fest und bestimmte damit die Ausgaben, die für die proletarische Regierung und ihre Wirtschaft gemacht werden sollen.

Zum Zwecke der Befestigung des Geldverkehrs stellte die Sowjetregierung in der letzten Zeit den Bankkredit wieder her. Schon am 26. Juli 1921 wurde vom Rat der Volkskommissäre ein Dekret über die Finanzierung der Genossenschaften herausgegeben, das den Grundstein auf dem Gebiete des Kreditwesens bildet.

In zweiter Linie steht die Frage der Finanzierung von Privatunternehmungen.

Kurz nach dem vierten Jahrestage der Oktoberrevolution, am 15. Nov. 1921, nimmt die Bank des proletarischen Staates ihren Betrieb in vollem Umfange auf.

In der nächsten Zeit wird, um dem Staate neue Einnahmen zu bringen, eine staatliche Versicherung gegen Feuerschäden und andere Elementarereignisse gegründet werden. Alle diese Maßnahmen auf finanziellem Gebiete alle diese Neugründungen (Staatsbank, staatliche Versicherung und Steuerverwaltung) verlangen eine Umorganisation des durch die Revolution geschaffenen Finanzapparates.

Man darf annehmen, daß es der Sowjetregierung gelingt, auch auf diesem Gebiete eine starke und mächtige Organisation zu schaffen, die es ihr ermöglicht, ihre Politik in vollem Umfange zum Durchbruch zu bringen und dem finanziellen Zerfall ein Ende zu setzen.

Abrechnung des Zentral-Komitees der „Roten Hilfe"
für den Monat September 1921

Einnahmen		
Organisationen der 3. Internationale	911 486.—	Mk.
Sammlung der K. P. D.	124 887.75	"
Sonstige Organisationen	417.05	"
Diverse Eingänge	4 [illegible]5.80	"
Postkarten-Erlös	2401.—	"
	1 039 627.60	Mk.
Kassenbestand v. 1. 9. 1921	91 440.10	"
Bestand a. d. Post-Scheck	52 570.18	"
	1 183 637.88	Mk.

Ausgaben		
Gau Ost	148 000.—	Mk.
Gau Süd-Ost	14 000.—	"
Gau Süd	22 600.—	"
Gau West	93 000.—	"
Gau Nord	28 000.—	"
Gau Mitte	394 294.—	"
Rechtsanwaltskosten	69 474.55	"
Verwaltungskosten	56.48	"
Herstellungskosten	1 475.—	"
	770 900.03	Mk.
Kassenbestand v. 30. 9.	412 737.85	"
	1 183 637.88	Mk.

Die von der K.P.D. gesammelten 124 887.75 Mk sind von den Parteibezirken nach folgender Aufstellung aufgebracht:

Bezirk		Betrag	
Bezirk	1 Berlin-Brandenburg	28 813.95	Mk.
"	2 Lausitz, Forst	—.—	"
"	3 Pommern, Stettin	1 523.90	"
"	4 Ostpreußen, Königsberg	3 111.—	"
"	5 Danzig	—.—	"
"	6 Schlesien, Breslau	5 261.90	"
"	7 Oberschlesien, Gleiwitz	—.—	"
"	8 Ostsachsen, Dresden	—.—	"
"	9 Erzgeb.-Vogtl., Chemnitz	12 000.—	"
"	10 Westsachsen, Leipzig	4 06[illegible].95	"
"	11 Halle-Merseburg	25 132.90	"
"	12 Magdeburg-Anhalt	—.—	"
"	13 Thüringen, Erfurt	334.95	"
"	14 Niedersachsen, Hannover	3 000.—	"
"	15 Mecklenburg-Schwerin	190.50	"
"	16 Wasserkante, Hamburg	11 515.60	"
Bezirk	17 Nordwest, Bremen	—.—	Mk.
"	18 Ost-Westfalen, Bielefeld	874.30	"
"	19 Westl. Westfalen, Bochum	2 [illegible]88.—	"
"	20 Niederrhein, Remscheid	7 463.50	"
"	21 Mittelrhein, Köln	—.—	"
"	22 Hessen-Waldeck, Cassel	10 [illegible]29.05	"
"	23 Hessen, Frankfurt	1 753.40	"
"	24 Pfalz, Ludwigshafen	—.—	"
"	25 Baden, Mannheim	270.—	"
"	26 Württemberg, Stuttgart	5 533.45	"
"	27 Nordbayern, Nürnberg	1 408.90	"
"	28 Südbayern, München	—.—	"
		124 887.75	Mk.

Die Richtigkeit der Aufstellung bestätigt
für das Zentral-Komitee: **J. Schlör;**
für die Revisionskommission: **Peters.**
30. September 1921

Einnahmen der Gau-Komitees im Monat September 1921:

	Gau Ost Berlin	Gau Süd-Ost	Gau Süd	Gau Nord	Gau West D'dorf	Gau Mitte Halle	Gesamt-Betrag
Vom Zentral-Komitee	148 000.—	14 000.—	22 600.—	28 000.—	93 000.—	394 000.— 294.—	[illegible]99 894.—
Sonstige Einnahmen	—	10 908.75	—	14 997.—	16 651.70	5 061.69	47 619.14
Alter Kassenbestand	634.85	41 891.40		5 901.13	3 441.55	113 [illegible]14.41	165 5[illegible]3.34
	148 634.85	66 800.15	22 600.—	48 89[illegible].13	113 093.25	513 070.10	913 [illegible]96.48

Ausgaben der Gau-Komitees im Monat September 1921:

	Gau Ost Berlin	Gau Süd-Ost	Gau Süd	Gau Nord	Gau West D'dorf	Gau Mitte Halle	Gesamt-Betrag
Familien-Unterstützung	39 521.20	14 100.—	—	19 026.25	64 995.—	303 314.40	440 956.85
Notstand-Unterstützung	67 400.25	1 010.—	—	8 285.—	23 420.10	11 631.40	106 746.95
Reise-Unterstützung	17 017.30	485.—	—	935.10	2 704.55	2 923.—	24 064.95
Gefangenen-Unterstützung	650.—	—	—	86.40	—	1532.30	2 2[illegible]8.70
Justiz	8 687.30	3 406.05	—	6 063.70	—	—	18 157.05
Verwaltungskosten	350.55	316.70	—	100.—	2 636.50	4 580.52	8 [illegible]38.27
Bekleidung	11 927.15	1 064.60	—	—	—	—	12 991.75
Diverse	2 808.20	1 221.35	—	—	11 506.70	—	15 5[illegible]6.25
	148 361.95	21 633.70	—	29 396.45	105 256.85	323 981.63	628 760.57

Unterstützung wurde gezahlt an:

Mitglieder	Gau Ost Berlin	Gau Süd-Ost	Gau Süd	Gau Nord	Gau West D'dorf	Gau Mitte Halle	Gesamt-Betrag
K. A. P.	62	12	—	1	wurden	129	2[illegible]4
K. P. D.	313	62	—	101	nicht	908	1 384
U. S. P.	8	—	—	—	aus-	13	26
S. P. D.	2	—	—	—	gegeben	1	8
A. A. U.	12	—	—	—		34	46
Syndikalisten	—	—	—	—		—	—
Unorganisierte	14	—	—	2		162	182
	411	74	—	104	—	1 256	1 845

Die Stuttgarter Staatsanwaltschaft beschlagnahmte Kassenbuch und sämtliche Unterlagen, sodaß eine Abrechnung unseres Gau-Komitees Süd für den Monat September noch nicht möglich ist.

Verantwortlich für Schriftleitung u. Verlag: **Otto Graf.**
Druck: Max Steinebach, München

Einzelpreis 1 Mark

Neue Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunist. Internationale)

5. Jahrg. | Erscheint täglich außer an: Sonn- u. Feiertagen — Bezug durch Postanstalten und Verlag — Auslieferung für München durch die Zeitungszentrale, Färbergraben 27/28 Expedition und Redaktion München, Hotterstraße 8 (Laden). Sprechstunde der Redaktion: von 11 bis 12 Uhr. | Donnerstag, 4. Mai 1922 | Bezugspreis frei ins Haus monatl. Mk. 18,— Anzeigenpreis für die 9-gespalt. Nonpareillezeile Mk. 3.— für die 3-gespalt. Reklamezeile Mark 10 — Stellengesuche u. Angebote Mark 1.50 — Anzeigen-Annahme bis 12 Uhr mittags täglich in der Geschäftsstelle, Hotterstr. 3 — Tel. 51154. | Nr. 102

Die Neuner-Kommission.

Die von der Berliner Konferenz der drei Internationalen eingesetzte Neunerkommission tritt voraussichtlich am 5. Mai endlich zu einer Sitzung zusammen. Der Berliner Konferenz, dem ersten schüchternen Schritt zur Bildung der internationalen Einheitsfront des Proletariats folgt der zweite fast noch zaghafter.

Als einziges Ergebnis der Berliner Besprechung neben der von der SPD sabotierten gemeinsamen Kundgebung vom 20. April hatte die Neuner-Kommission, bestehend aus je 3 von jeder der drei Exekutiven ernannten Delegierten, zum hauptsächlichen Auftrag die schleunige Vorbereitung und Ausrufung des in Berlin von allen Internationalen grundsätzlich beschlossenen Weltkongresses des Proletariats erhalten. Wie aber die 2. Internationale, die das unzulängliche Ergebnis von Berlin vor allem verschuldet hat, den Zusammentritt des Weltkongresses noch während der Tagung von Genua mit allen Mitteln verhindert hat, ja, sich nicht scheute, an dieser Frage die Berliner Konferenz scheitern zu lassen, so hat sie, voran die SPD im Bunde mit dem belgischen Sozialpatrioten Vandervelde, die Einberufung der Neunerkommission möglichst herauszuziehen versucht. Der schon von zwei Wochen an sie und die Wiener Arbeitsgemeinschaft, der die Einberufung der Neunerkommission schon längst oblegen hätte, gerichteten Aufforderung der Vertreter der Kommunistischen Internationale, die Kommission schleunigst zusammentreten zu lassen, hat die 2. Internationale durch den Mund des Herrn Wels technische Schwierigkeiten solange entgegengesetzt, bis diese Entschuldigung schließlich versagen und sie in die Tagung einwilligen mußte.

Inzwischen ist aber auch die den kapitalistischen Ministern der 2. Internationale, den gegenwärtigen, gewesenen und künftigen, unerträglich dünkende Gefahr, daß ein Kongreß des Weltproletariats die Kreise des Genueser Kongresses, des Weltimperialismus stören könnte, glücklich vermieden — um den Preis allerdings, daß bei dem unvermeidlichen Versanden der Konferenz von Genua das Chaos der Welt noch unentwirrbarer wird, als es bis heute war. Die Illusion, mit der die Arbeitsgemeinschaftler der 2. Internationale ihre Sabotage des Weltkongresses zu rechtfertigen versuchen, die Illusion, als könne vom Genua der kapitalistischen Mächte der Wiederaufbau der Welt ausgehen, ist gründlich verflogen. Statt zehnjährigem Gottesfrieden, — hinter dessen pazifistischer Phrase Lloyd George die Vorherrschaftsgelüste des britischen Imperialismus geschickt verbirgt, — Zerfall der Welt in immer feindlicher sich gegenüberstehende Mächtegruppen, wachsende Kriegsgefahr; statt Ordnung der Wirtschaft und Regulierung der Wechselkurse — größerwerdende Anarchie und tollere Valutaschwankungen als je zuvor; statt Hilfe und Aufbau für das hungernde und darbende Sowjetrußland — Raub- und Untersuchungsgelüste schlimmer als in Versailles: das ist bis jetzt Genua. Und das einzige positive Ergebnis Genuas, das, wenn die Arbeiterschaft Hand anlegt, zukunftverheißend ist, das deutsch-russische Abkommen wird von der SPD in trautem Verein mit Breitscheid von der USP als Abweichung von der kapitalistischen Erfüllungspolitik Wirths, von der Verständigung mit dem Entente-Imperialismus abgelehnt.

Je weniger Genua gebracht hat, je mehr es die internationalen Gegensätze sich zuspitzen läßt, umsomehr muß in den einzelnen Ländern die Unternehmer-Offensive sich verschärfen. In England geht die Aussperrungs-Kampagne fort. In Frankreich lastet der Druck des militaristischen Imperialismus Poincares auf dem Proletariat. In Deutschland wirkt das Steuerkompromiß sich in unerträglicher Teuerung, in zunehmendem Elend aus, während die Regierung dem nächsten Verfallstermin dem 31. Mai, entgegensieht, sich überlegend, ob sie durch neue Steuerlasten auf die Schultern der breiten Massen doch noch die Wünsche der Reparationskommission erfüllen könne.

Das gleiche Verhängnis, die gleiche Not schmiedet heute die Arbeiter aller Länder in allen ihren Schichten mehr und mehr zusammen. Die unwiderstehliche Sehnsucht nach der großen, einheitlich alle Länder und alle Parteien umfassenden Kampffront der Proletarier gegen den gleichen Feind zwingt letzten Endes auch die widerstrebenden Sozialpatrioten der 2. Internationale, sich mit den verhaßten Kommunisten, den wirklich kämpfenden Teilen des internationalen Proletariats, zusammenzutun.

Noch schwebt die Berliner Konferenz, losgelöst von den Massen, in der Luft. Noch ist die Forderung des Weltkongresses nur ein Wort. Noch ist die Neunerkommission nur ein Organ der leitenden Körperschaften, nicht das Werkzeug und Sprachrohr der Massen selbst. Erst wenn jede Werkstatt, jede Gewerkschaft, wenn die Parteien des Proletariats in immer dringenderem Appell die Neunerkommission anrufen, sie zwingen und vorwärts peitschen, daß sie den Weltkongreß des Proletariats zustande bringe, damit er der gemeinsamen Not wehre, erst dann wird sie mit den Massen verwachsen, der Ausdruck und das Organ ihres Kampfwillens und selbst ein Machtfaktor sein, der auch den Wels und Vandervelde entgegentreten kann.

Am 5. Mai ist die erste Sitzung der Neunerkommission. An den Massen der Arbeiterschaft liegt es, daß sie nicht ein geheimes Konventikel werde, das nach ein paar Sitzungen ergebnislos auseinanderläuft, sondern daß sie hinausführe über die Berliner Konferenz der drei Internationalen zum Weltkongreß der Arbeiter aller Länder.

•

Berlin, 1. Mai. Der von der Berliner Konferenz der drei sozialistischen Internationalen eingesetzte Neunerausschuß ist jetzt vollständig gebildet. Ihm gehören an von der 2. Internationale Macdonald (England), Vandervelde (Belgien), Wels (Deutschland); von der Wiener Arbeitsgemeinschaft Dr. Adler (Oesterreich); Bracce (Frankreich); Crispien (Deutschland); von der Kommunistischen Internationale Frossard (Frankreich), Radek (Rußland) und Klara Zetkin (Deutschland).

Mit dem Säbel gegen die Berliner städtischen Arbeiter.

Berlin, 3. Mai. (WTB.) In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurde eine neue Magistratsvorlage über Lohnregelung, Manteltarif usw. vorgelegt. Als im Laufe der Sitzung die Demonstration vor dem Rathause bekannt wurde, bemächtigte sich der Unabhängigen und kommunistischen Stadtverordneten eine außerordentliche Erregung, sodaß die Sitzung unterbrochen werden mußte. Nach Wiedereröffnung der Sitzung gab der Mehrheitssozialist Heimann für sämtliche Fraktionen mit Ausnahme der USP. und KPD. eine Erklärung ab, in der die Vorgänge in der heutigen Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung bedauert und verurteilt wurden. Der Unabhängige Dittmann erklärte darauf, daß die Ereignisse vor dem Rathause weit wichtiger seien als das, was hier verhandelt werde. Arbeiterblut sei geflossen. Nachdem auch von anderen Stadtverordneten Erklärungen abgegeben worden waren, wurde die Sitzung fortgesetzt und die Magistratsvorlage mit 101 gegen 92 Stimmen angenommen. Die Unabhängigen und Kommunisten drohten in der Versammlung, heute die städtischen Arbeiter zum Generalstreik aufzufordern.

Berlin, 2. Mai. (WTB.) Heute Nachmittag demonstrierten die städtischen Arbeiter gegen die Ablehnung des letzten Schiedsspruches durch die Stadtverordnetenversammlung vor dem Rathaus. Es wurden verschiedentlich Reden gehalten und gegen 7.30 versuchten die Demonstranten die Postenkette zu durchbrechen. Die Schutzpolizei ging mit aufgepflanztem Bajonett und gezogenem Säbel vor. Dabei wurden etwa 10 Personen verletzt. Die Verwundeten wurden in das Rathaus getragen. Einige von ihnen mußten in die Krankenhäuser verbracht werden. Gegen ½10 Uhr zogen die Demonstranten ab. Es wurden 10 Verhaftungen vorgenommen.

Berlin, 2. Mai. Die städtischen Arbeiter drohen aus Anlaß der gestrigen Vorfälle mit dem Generalstreik. Nach der „Zeit" ist bei den Eisenbahnern der Streik bereits Tatsache geworden. Am Bahnhof auf der Elbingerstraße erschienen bereits die gestrigen Abendschichten nicht mehr zur Ablösung.

Das ist die Front, die sie erstreben!

Erbost über die Störung der reaktionären Pläne in der Berliner Stadtverwaltung macht der „Vorwärts" seine Frontstellung gegen die USP. und KPD. Man wolle kein Chaos in Berlin. Die SPD. müsse praktisch Arbeiterpolitik treiben, durch eine „Zusammenfassung aller der Parteien", die dasselbe wollten, müsse die SPD. ihre Politik fortsetzen. Der Ball ist, wie gewünscht, aufgefangen worden. Die Demokraten schlagen eine Blockbildung der Mitte vor. Der Block soll eine Front herstellen von der Volkspartei bis zu den Mehrheitssozialisten. In dieser Front sei weitgehende Uebereinstimmung in allen Fragen der praktischen Deckungspolitik vorhanden. Im „Berliner Tageblatt" tritt Dr. Michaelis für eine Arbeitsgemeinschaft auf derselben Grundlage ein. Das ist die Einheitsfront, die die SPD.-Führer gegen den Willen der Mitgliedschaften bilden wollen.

Die Stinnespartei mit der SPD. zufrieden.

Auf dem Vertretertag der Stinnespartei des Wahlkreises Hessen-Nassau in Marburg hielt der Landtagsabgeordnete Dr. Kalk-Biebrich eine Rede über die politische Lage in Preußen, die ausklang in eine wahre Lobeshymne auf die SPD., die durch „aktive Mitarbeit am Staat" für einen wirklichen Aufbau des lieben deutschen Vaterlandes gewonnen worden sei. Der Beschluß des Görlitzer SPD.-Parteitages habe die Bahn frei gemacht für die große Koalition. Es sei letzten Endes der wachsenden Einsicht der SPD. für die Ueberbrückung der Klassengegensätze zu verdanken, daß auf dem Wege über die Koalition wieder eine Stärkung des bürgerlichen Einflusses festzustellen sei.

Das Lob des Stinnesmannes hat die SPD. reichlich verdient. Was sagen die Arbeiter der SPD. dazu, daß sich die Deutsche Volkspartei bereits öffentlich dessen rühmen darf, daß sie die braven SPD.-Führer als Mittel zur Befestigung ihrer Macht hat ausnutzen können.

Wie die Republik ihre Offiziere aushält.

Es wird immer wieder gejammert, welche Riesensummen Deutschland für die Besatzungskosten an die Entente, den sogenannten „Feindbund", zahlen muß. Die Millionen und Abermillionen, die den wirklichen und erbitterten Feinden der Republik gezahlt werden, und die viel leichter und schneller gespart werden könnten, gibt der deutsche Michel aus Steuergeldern, ohne mit der Wimper zu zucken, hin. Es sind die Löhne, die nach dem verlorenen Kriege den Offizieren der Ebertrepublik dafür gezahlt werden, daß sie sich noch immer mit dem Nimbus der Edelsten und Besten der Nation umgeben dürfen.

Gegen die mit Entbehrungen, Streiks, Maßregelungen errungenen, von neuen Teuerungswellen stets überholten Gehaltsaufbesserungen der Arbeiter und Beamten vergleiche man die Ruhegehälter, die die deutsche Republik für die vor dem 1. Januar 1921 verabschiedeten ehemals aktiven Offiziere freiwillig zahlt, ohne durch einen Streik oder gewerkschaftliche Kämpfe dieser Mordbeamten dazu gezwungen worden zu sein. In der letzten Nummer des „Forum" finden wir eine Wiedergabe der Zahlen, die im „Deutschen Offiziersblatt" der Wochenschrift des Offiziersbundes, von der mit Recht so genann- Deutschen Offiziersbundes, von der mit Recht so genannten Versorgungsabteilung bekanntgegeben wurden. Es gibt vom Leutnant bis zum General Teuerungszuschlag, Kinderzuschläge und wiederum Teuerungszuschläge hierfür. Ein Leutnant erhält als Ruhegehaltsfähiges Diensteinkommen schon nach einer Dienstzeit bis zu 2 Jahren 16,620 Mark, also das höchste Arbeitseinkommen eines Beamten der Besolungsgruppe I, bezw. das mittlere oder mindeste Arbeitseinkommen eines Beamten der Besoldungsgruppe 2—4. Ein Oberstleutnant gar erhält als ruhegehaltsfähiges Diensteinkommen 62,200 Mark, das heißt also 2,200 Mark mehr als das höchste Arbeitseinkommen eines Beamten der höchsten Besoldungsgruppe 12, der bestenfalls 60,000 Mark pro Jahr für einen täglich 8- u. mehrstündigen aufreibenden Dienst erhält. Der General Ludendorff erhält jährlich einen Ruhegehalt von nicht weniger als 145,000 Mark, außer den verschiedenen Teuerungs- u. Kinderzulagen. Ein General-Feldmarschall erhält als Nachkur für das Stahlbad des Weltkrieges jährlich mindestens 200,000 Mark und alle die Hohenzollern, Wittelsbacher und sonstigen Generalstäbe vom Rang der v. Tirpitz, v. Stein, v. d. Goltz usw. erhalten dafür, daß sie als Offiziere und Heerführer („Gott strafe England") Deutschland ins Verderben geführt haben, pünktlich am Ersten eines jeden Vierteljahres die Rate ihrer Pension zwischen 150,000 bis 250,000 Mark.

Das deutsche Volk muß jetzt die ungeheuren Summen aufbringen, die uns die Wiederherstellung der Kriegsverwüstungen, d. h. die „Reparation" für die viereinhalbjährige Vernichtungsarbeit des deutschen Generalstabes kosten. Damit die monarchistischen Kriegsoffiziere gut leben können, muß das deutsche Volk immer weiter sich verbluten. Und wie sie — was auch die Enthüllungen des Eisner-Fechenbach-Prozeß in München wiederum klipp und klar bewiesen — mit aller Frechheit und Hohn den Kriegsausbruch heraufbeschworen, so suchten sie auch jetzt gemästet von dem Gelde ihrer republikanischen Versorgungsansprüche durch monarchistische Wühlereien und Verschwörungen unter den Augen sozialdemokratischer Minister und Abgeordneten den Sturz der republikanischen Verfassung und die Wiederkehr der Monarchie zu erzielen, deren Segen die wilhelminischen Offiziere und proletarischen Massen auf verschiedene Art nachwirkend noch heute verspüren.

•

Verwandlung des preussischen Kadettenkorps in ein „Reichsdankes-Alumnat".

„Den preußischen Leutnant macht uns keiner nach" und das preußische Kadettenkorps wohl auch nicht. Das haben die Vorgänge in der Kadettenanstalt Lichterfelde kürzlich wieder einmal bewiesen, wo sich die noch nicht ausgewachsenen kleinen Leutnantchen so rüpelhaft und re-

aktionär betragen haben, daß selbst der alte Papa Boelitz, Mitglied der Deutschen Volkspartei, früher Kappist und jetziger hervorragender Mitarbeiter im Bund für nationale Einheitsfront (ehemalige Liga zur Bekämpfung des Bolschewismus) sich genötigt sah „zur Wahrung der Schuldisziplin“ väterlich mild und weise einzuschreiten.

Das preußische Kadettenkorps darf nicht untergehen, und so geht denn an alle Gönner des Kadettenkorps und Freunde einer straffen Jugenderziehung (!) ein Aufruf heraus im Namen eines Kuratoriums für die Umwandlung des Kadettenkorps in ein Reichsdankes-Alumnat (!) „Seine — des Kadettenkorps — charakteristischen Vorzüge, die über alle Zeitumstände und Parteimeinungen erhaben sind, dürfen nicht verloren gehen. Wurde im Kadettenkorps doch — wie wohl selten — der Jugend das anerzogen, was allein eine innere Genesung unseres Volkes ermöglicht, Schlichtheit (!) der Lebensführung, Kraft und Gesundheit, Willensstärke und Entschlossenheit, Pflichtgefühl und Vaterlandsliebe.“

Es handelt sich um die Unterstützung von „fraglos national wertvollen Bestrebungen“, und wer das nicht aus dem reaktionär lümmelhaften Betragen der Lichterfelder Kadetten und ihrer Unterstützung durch die deutschnationale Presse bemerkt hat, der ersieht es aus der Liste der Kuratoriums-Mitglieder. An erster Stelle findet sich ein Vertreter des Siemens-Konzern, Herr Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Harries, Vertreter der Deutschen Bank: Herr Oskar Schlitter, der Vorsitzende der Landwirtschaftskammer von Brandenburg: Graf v. d. Schulenburg, ein Mitinhaber des Bankhauses Krause und Co. v. d. Planitz d. Generaldirektor d. Gute-Hoffnungshütte, Kommerzienrat Dr. Rensch, Generalmajor Kempfe und einer der Hauptorganisatoren und Geldgeber der Oberschlesischen Orgesch-Armee, Graf Edwin Henckel von Donnersmarck.

Und noch aus einer Tatsache kann man erkennen, daß es sich wirklich um „fraglos national wertvolle Bestrebungen“ handelt. Während es nämlich beim Steuerzahlen und gegenüber Lohnforderungen der Arbeiterschaft immer heißt, die Großindustrie steht vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch, hat sie für derartige „fraglos national wertvolle Bestrebungen“ immer noch Geld und nicht zu knapp übrig. Wir ersehen aus einer Aufstellung:

Geldgeber	Summen:
Kriegspatenschafts-Verband	1,200,000 Mk.
Firma Siemens und Halske	937,500 Mk.
Alte Kadettenkorps-Stiftungen	500,000 Mk.
Firma Krupp	225,000 Mk.
Bergwerks A.G. Gelsenkirchen	150,000 Mk.
Gute-Hoffnungs-Hütte	100,000 Mk.
Phönix-A.G	100,000 Mk.
Duisburger Kabelwerk	25,000 Mk.
Deutscher Eisenbau-Verband	20,000 Mk.
Aus Einzelsammlungen	21,000 Mk.
	3,278,500 Mk.

daß sofort, schon im allerersten Anfang 3½ Millionen Mark aufgebracht werden konnten. Ja, offenbar stehen diesem „Reichsdankes-Alumnat“ alias preußisches Kadettenkorps, auch staatliche Mittel zur Verfügung, denn die private Unterstützung der Kapitalisten wird nur insoweit und nur deshalb angerufen, da, wie der Aufruf erklärt, die erforderlichen Beiträge nicht ausschließlich aus Staatsmitteln zusammengebracht werden könnten.

Im ganzen ist die Gründung eines „Reichsdankes-Alumnates“ durch Reaktion und Schwerindustrie ein Verbrechen gegenüber dem deutschen Volk. Ganz abgesehen, daß hier ein Eingreifen der Entente geradezu provoziert wird, hat das deutsche Volk über und über genug an seinen Leutnants und Kadetten, die man uns allerdings anderswo kaum nachmacht. Und die Arbeiterschaft, insbesondere weiß, daß es sich bei der Erziehung der preußischen Kadetten um die Züchtung von Landknechtsführern im Interesse des Kapitals handelt und sie wird bei ihren Lohnforderungen die Ausflüchte der Unternehmer und ihr Interesse an einer „sparsamen“ wirtschaftlichen Betriebsführung richtig beurteilen können, die das Geld noch immer recht locker im Beutel haben, wenn es sich um die Unterstützung von „fraglos national wertvollen Bestrebungen“ handelt. Das Geld, das den Arbeitern am Lohn angeknappst wird, kommt immer und restlos der Orgesch und sonstigen „fraglos national wertvollen Bestrebungen“ zugute.

Die Republik der Mörder.

In der Republik der Wirth-Bauer haben die monarchistischen und nationalistischen Mörder Freistatt. Kein Wunder daher, daß die Attentate gegen Revolutionäre an der Tagesordnung sind. Aber nicht nur Revolutionäre werden massakriert, sondern auch die Nationalisten von der anderen Farbe. Hoch in Blüte steht der Mordpatriotismus in Oberschlesien. Die Entente gebraucht dort für ihre Politik sehr viel Material, mit dem sie den Chauvinismus im eigenen Lande anfeuern kann. Die deutsche Orgesch liefert das Material gegen Deutschland. Muß-Preußen, die ihre polnische Gesinnung nicht verbergen, werden ins Jenseits spediert. Das verlangt der preusische Patriotismus. So toll sind die Dinge geworden, daß die Rechtsparteien, die SPD. und der ADGB. selbstverständlich eingeschlossen, sich veranlaßt sahen, eine allgemeine Warnung an die deutsche Bevölkerung Oberschlesiens zu richten, man solle sich jeder Gewalttat gegen Polen enthalten. Anscheinend hat dem Faße der Duldung nationalistischer Gewalttätigkeiten die folgende Geschichte den Boden ausgeschlagen.

Die Entente wird energisch in der Forderung nach Aufdeckung eines scheußlichen Ueberfalls durch deutsche Zeitfreiwillige, dem sechs Muß-Preußen polnischer Gesinnung zum Opfer gefallen waren. Angehörige eines Zeitfreiwilligen-Bataillons unter Major Kinzel hatten die Sechs verhaftet, in einen Wald geführt, sie ermordet, die Leichen geschändet und verscharrt. Nach längerer Zeit wurden die übel zugerichteten Leichen aufgefunden. Bisher war die deutsche Justiz noch nicht in der Lage, die Sache aufzuklären, obwohl man weiß, daß Rostocker Studenten in der Hauptsache das Zeitfreiwilligen-Bataillon gebildet hatten. Man weiß heute noch nicht einmal, wer für die ganze Expedition verantwortlicher Befehlshaber ist. — Es erfolgte keine Aufklärung, aber eine ganze Reihe von weiteren Morden bildeten Glieder einer fortlaufenden Kette.

Die Regierung Wirth-Bauer, die Regierung der Severing und Genossen, die Kommunistenhatz als Sport betreiben, sie sind in allererster Linie verantwortlich für das schmalose Gebahren der Orgesch, deren Absicht zu sein scheint, neue kriegerische Verwicklungen hervorzurufen.

Orgeschwaffen.

In Schmargendorf bei Berlin wurden in einem Keller, der zum Schein als Möbellager benutzt wurde, große Mengen von Waffen und Munition aufgefunden. Vorläufig sind beschlagnahmt worden 11 Kisten mit je 40 Karabinern, 153 Kisten mit Kartuschenhülsen, ferner Maschinengewehr-Munition, M.-G.-Gurte, Infanterie-Munition und verschiedenerlei sonstiges Kriegsgerät. Der Besitzer der Waffen, ist natürlich nicht aufzufinden, der Besitzer des Hauses gibt an, der Raum sei seinerzeit an einen Kaufmann vermietet worden. Die Orgesch hat Geld; sie kann Waffen kaufen und sie findet Verstecke für ihre Rüstungen gegen das Proletariat.

Man braucht keinen Kredit.

Die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ der Junker, höhnt über die Bemühungen der Regierung, für Deutschland einen Kredit bei der Entente loszureißen. Das Blatt verweist darauf, daß das Reich im Frühjahr 1920 in Holland einen Kredit von 200 Millionen Gulden beschafft habe. Er sei für die Einfuhr von Rohstoffen und auch für Getreide bestimmt gewesen. Das Reich selbst habe den Kredit in beschränktem Maße für die Einfuhr von Mais in Anspruch genommen. Vergeblich sei jedoch vom Reich der Kredit wie Sauerbier den deutschen Industriellen angeboten worden. Man danke für den Kredit auf Krücken des Reiches. Weiter wird bemerkt, die deutsche Industrie und die deutschen Banken fühlten sich stark genug, sich selbst Kredit im Auslande in genügendem Ausmaß zu verschaffen. Die Reichsregierung möge die Kapitalisten Deutschlands in Zukunft mit ihren Liebesdiensten verschonen. — Hoffentlich zieht die Regierung aus dieser Anweisung die erforderlichen Lehren und läßt die „Starken“ endlich ordentlich für den Steuersäckel bluten!

Die Maifeier in Frankfurt a. M.

Die gemeinsam veranstaltete Maifeier war, obwohl in den städtischen Betrieben, der Post und Eisenbahn die Arbeit nicht ruhte, von mehr als 50 000 Arbeitern besucht. Der Opernplatz war bereits eine halbe Stunde vor Beginn von einer dichten Menschenmenge besetzt. Von der KPD. sprachen Genossin Käthe Pohl und Arthur Ewert, von der SPD. Wendel, Kaiser, Broßwitz, von der USP. Dißmann und Hüttmann. Nach den Ansprachen, die sich mit den auf dem Berliner Arbeiterkongreß der drei Internationalen in den Vordergrund gestellten Tagesproblemen der Arbeiterschaft befaßten, formte sich ein Demonstrationszug, der mit Hochrufen auf die Einheitsfront des Proletariats, den Achtstundentag und Sowjetrußland durch die Hauptstraßen zog. Während des Vorbeimarsches, der über eine Stunde dauerte, ruhte der Trambahnverkehr.

Am Nachmittag fand im Schauspielhaus eine von unserer Partei veranstaltete Aufführung von Büchners Drama „Dantons Tod“ statt. Am Abend wurden in den verschiedenen Teilen der Stadt 15 Versammlungen, für die die drei Parteien die Redner gestellt hatten, abgehalten. Auch hier sah man wieder den unerschütterten Willen des Proletariats zur Einheitsfront.

Kommunistische Wahlerfolge in Frankreich

Aus Paris wird gemeldet: Die kommunalen Wahlen in Ivry brachten einen erheblichen kommunistischen Erfolg. Die kommunistische Liste erhielt 1100 Stimmen, die bürgerliche nur 650. Dafür erfreuen sich die Rechtssozialisten eines Sieges bei einer kommunalen Wahl in einem Bezirk von Lyons. Dort siegten die Rechtssozialisten mit 3900 Stimmen über die Kommunisten, die nur 3700 erhielten. Aber die Sieger können sich auf ihren Erfolg nicht viel einbilden. Das gesamte Bürgertum hat nämlich in diesem Bezirk auf die Aufstellung eigener Kandidaten verzichtet und trat gleich im ersten Wahlgang für die Sozialdemokraten ein. Mit den Stimmen der Fabrikanten und Pfarrer haben also die Sozialdemokraten die Kommunisten überflügelt. Die große kommunistische Minorität gegenüber der gegnerischen Einheitsfront ist durchaus zufriedenstellend.

Die bisherige Taktik der Teilkämpfe hat die Kampfkraft der Arbeiterschaft zersplittert und immer wieder gezeigt, daß der Kampf um die Existenz und Lebensmöglichkeit Eurer Familien nur durch die einheitliche Zusammenfassung der Kämpfe zur Abwehr des brutaler auftretenden Unternehmertums geführt werden kann. Schickt deshalb zum allgemeinen Gewerkschaftskongreß nur Kollegen, die für eine Kampfführung, wie sie in Eurem Interesse ist, eintreten! Wählt bei den Delegiertenwahlen deshalb kommunistische Kollegen!

Unerschütterter Kampfwillen der Landarbeiter in Thüringen!

Eine am 28. April in Gotha tagende Landarbeiter-Konferenz nahm Stellung zum Scheitern der Verhandlungen und der dadurch geschaffenen Lage. Als Vertreter der Regierung nahm daran teil der Ministerialrat Bärwinkel (USP). Er versuchte den Streik abzuwürgen, indem er versprach, daß die Regierung nach Abbruch des Streikes einen unparteiischen Schlichtungsausschuß einsetzen wolle, der über die Streitfragen zu entscheiden habe.

Die Landarbeiter aber verlangten von ihm, daß dieser unparteiische Schlichtungsausschuß vor Abbruch des Streiks eingesetzt werde, damit sie zu seinen Ergebnissen Stellung nehmen könnten. In einer Resolution, die mit 225 gegen 3 Stimmen angenommen wurde, fordert die Konferenz die Regierung nochmals auf, die Schupo und Technische Nothilfe zurückzuziehen. Sie verlangte weiter, daß die sozialistische Regierung, die Arbeitgeber zwinge, die Forderungen der streikenden Landarbeiter zu bewilligen, „andernfalls der Kampf bis zum Siege durchgeführt wird!“

Der Kampfwille der Landarbeiter Thüringens ist also ungebrochen, nachdem sie schon mehr als 5 Wochen im Streik stehen!

Die oberbayerische Kreisregierung als Schützerin der Ausbeuter!

Die Kinder der kämpfenden Metallarbeiter sollen verhungern.

München, 2. Mai. Bekanntlich hatte der Münchener Stadtrat mit den Stimmen der sozialistischen Mehrheit beschlossen, daß die Kinder der ausgesperrten, bezw. streikenden Metallarbeiter Milch und Brot zu verbilligten Preisen erhalten sollen. Die oberbayerische Kreisregierung hat nun diese Beschlußfassung als unzulässig erklärt und staatsaufsichtliches Einschreiten angedroht, wenn der Beschluß nicht innerhalb von 8 Tagen aufgehoben werden sollte.

— Metallarbeiter! Arbeiter Bayerns. Die oberbayerische Kreisregierung zeigt hier deutlich, daß sie eine reine Klasseninstitution zugunsten der Ausbeuter, also ein offenes Instrument gegen die kämpfenden Metallarbeiter ist. Im Interesse eines Sieges der Ausbeuterschaft schmeißt man alle „Demokratie“ und die Beschlüsse über den Haufen und droht mit „staatsaufsichtlichem Einschreiten.“ Die oberbayerische Kreisregierung tut damit als offene Interessenvertretung der Kapitalisten dar, daß sie brutal und ohne jede Menschlichkeit die Niederlage der Metallarbeiter durch die Aushungerung ihrer Kinder herbeizuführen sucht.

Arbeiter! Was spricht deutlicher gegen den verfluchten wirtschaftlichen Schwindel, gegen die heutige Taktik der Gewertschaften!

Nur der geschlossene Klassenkampf nur die Erkenntnis, daß der heutige Staat als reine Ausbeutervertretung wirkt, kann der gesamten Arbeiterschaft aus dem Elend helfen! Jeder Arbeiter muß aus diesem Vorgehen der oberbayerischen Kreisregierung lernen.

Bajuwarisches.

München, 3. Mai. Für gestern Abend war in den Münchener Kindlkeller eine sozialistische Versammlung einberufen, in der der frühere Elsässer und jetzige französische Sozialistenführer Grumbach als Redner sprechen sollte. Die Polizeidirektion München hat diese Versammlung aus Gründen der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung verboten.

— Die Münchener Polizeidirektion macht sich im Dienste der Reaktion nachgerade lächerlich. Daß französische Rechtssozialisten die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährden könnten um das anzunehmen, muß die Münchener Polizeidirektion von einer kindlichen Harmlosigkeit sein. Jedenfalls ist dieses Verbot — wie andere in letzter Zeit — ein Zeichen dafür, daß die bayerische Regierungsreaktion sich unter Lerchenfeld systematisch zu immer größerer Frechheit entwickelt.

Aus der Partei.

Warnung.

Seit einigen Tagen treiben zwei geriebene Schwindler in den Arbeiterparteien Thüringens ihr Unwesen. Der eine hat Papiere auf den Namen Hermann Tittel aus Magdeburg. Weiter nennt er sich noch Büchner, Schlotheim und Schmidt, Gotha. Er ist etwa 38 Jahre alt, 1,68 bis 1,70 Meter groß. Anzug: schwarz und weiß gestreifte Hose, blaues Jakett und grünen Ulster. Als Kopfbedeckung trägt er eine blaue Marinemütze mit Schild. Auf beiden Armen ist er stark mit Marinebildern tätowiert. Als Ausweis legt er den Ortsgruppen eine Mitgliedskarte der Kommunistischen Partei auf den Namen Hermann Tittel vor, die von der Ortsgruppe Gotha, Bezirk 3, ausgestellt ist. Beklebt ist diese mit vier Mitgliedsmarken, ferner einen Schein der Roten Hilfe auf gleichen Namen lautend. Er hat es verstanden, verschiedene Ortsgruppen auf dem Thüringer Wald nicht unwesentlich zu prellen. Der zweite nennt sich Schüler aus Wien. Er gibt bei den Genossen an, daß er infolge der schlechten wirtschaftlichen Lage sich in Oesterreich nicht mehr halten konnte. Schüler reist in Begleitung einer Frau und eines Kindes. Nähere Angaben fehlen. Schüler hat in Gera das Gewerkschaftskartell und die USP und in Rudolstadt die KPD beschwindelt. Bemerkenswert ist, daß Schüler bereits seit 1919 seine Schwindeleien in Deutschland betreibt.

Wir ersuchen alle Ortsgruppen der drei Arbeiterparteien oder der Gewerkschaften bei ihrem Auftauchen, ihnen die Papiere abzunehmen.

Dazu teilt uns der Bezirk Nordbayern mit: Zur Zeit treibt sich ein Schwindler in den bayerischen Ortsgruppen herum und brandmarkt die Genossen. Er nennt sich Schieler, ist sehr groß und kräftig mit schwarzem Schnurbart, hat seine angebliche Frau bei sich. Wir warnen. J. A.: Staimer.

München

Die bayerische Regierung verbietet die Ernährung der Metallarbeiter-Kinder.

In der Erkenntnis, daß es im Kampfe der Klassen gilt, die noch unbeteiligten Kinder zu schützen und nicht die Zukunft der kommenden Generation durch uneinbringliche gesundheitliche Schädigung infolge von Unterernährung aufs Spiel zu setzen, hatte die sozialistische Mehrheit des Stadtrats, die verbilligte Abgabe von Milch u. Brot an die Kinder der streikenden Metallarbeiter beschlossen. Der Beschluß war gefaßt **gegen die Stimmen der patentierten Vertreter der christlichen Nächstenliebe.**

Nun hat auch die bayerische Regierung offen Farbe bekannt, daß sie nichts anderes ist und sein will, als eine Klassenregierung der ausbeutenden Bourgeoisie. Sie hat die Ausführung des Stadtratbeschlusses auf Grund einseitiger Information durch die Arbeitgeber verboten. Natürlich verschanzt sich das Regierungsverbot hinter formalem Paragraphenvorwand; aber selbst der rechtskundige bürgerliche zweite Bürgermeister hat den Rechtsvorwand der Regierung gegen den Stadtrat als unstichhaltig bezeichnet, da die Stadt die Mittel zu ihrer Verbilligungsaktion gar nicht aus den Mitteln der Erwerbslosenfürsorge nimmt, wie regierungsseits behauptet wird.

Die sozialistische Stadtratsmehrheit hat darum auch in der letzten Stadtratssitzung beschlossen, der Regierungsanweisung, den früheren Beschluß der Verbilligung von Brot und Milch für die Metallarbeiterkinder aufzuheben, nicht Folge zu leisten.

Versammlungsverbot und Verhaftung Grumbachs.

Unter den in München üblichen Begründungen, daß erregte Bürger Arbeiterversammlungen stören könnten, hat die Polizei die von der MSP. einberufene Versammlung, in der Gen. Grumbach aus Paris am 2. Mai sprechen sollte, verboten. Dem Verbot würde mit dem hier ebenso üblichen provozierenden Aufmarsch der Polizeitruppenmacht demonstrativer Nachdruck verliehen.

Grumbach wurde gestern früh verhaftet, auf der politischen Abteilung der Polizei verhört und später wieder freigelassen.

Aus den Demonstrationsversammlungen der SPD.

Bei der „machtvollen Kundgebung" gegen ungeheure Teuerung, gegen den Wucher und gegen die Preistreiberei sprach im Hackerkeller, Martin Gruber. In einem einstündigen Vortrag, der sich in der Hauptsache damit befaßte, festzustellen, was heute ein Ei, ein Brot, usw. kostet, wich er geschickt, allen wesentlichen Problemen des Klassenkampfes aus. Man sah dem Referenten an, daß für ihn die soziale Frage gelöst ist. Es hat jedenfalls noch nicht im kongreten etwas von dieser Not gespürt. Nein, gerade diese Not der Massen sind ja für ihn der Quell seines zufriedenen Daseins. Das Schlagwort, „Nur die Arbeit kann uns retten", wäre wohl zuerst an ihm selbst einmal notwendig, in die Tat umgesetzt zu werden. Von den großen Problemen, Sachwerterfassung, Steuerpolitik, 10 Punkte des ADGB. etc., keine Rede. Ein aufmerksamer Zuhörer mußte sich sagen, daß dieser Retorik nicht an diejenige eines Zehnerrates heranreicht. Den Höhepunkt demagogischer Handlungsweise erreichte der Umstand, daß der Vorsitzende Wimmer erklärte, daß eine Diskussion nicht stattfinde. Daß es sich um keine Versammlung, sondern nur um eine Demonstration handle. Ein Antrag zur Geschäftsordnung wurde niedergewürgt. Hierauf verlaß Wimmer eine langatmige Entschießung, die nichts sagte und für die er im geheimen wohl schon einen diskreten Zweck wußte. Als die Masse von Herrn Wimmer richtig abgewimmert war, da stellte der Hochedle dann die Abstimmung so ein, daß er zuerst fragte, wer gegen eine Diskussion sei, der solle die Hand erheben, die rückwärts im Saale befindlichen hatten überhaupt nichts verstanden, und so wurde die Diskussion abgelehnt. Merk dir das Arbeiter, eine Partei, die zu solchen Mittel greifen muß, hat sich selbst gerichtet. Ist denn diesen „Auch-Arbeitervertretern" nicht bekannt, daß in jener Versammlung der Kommunistischen Partei der Vorsitzende auffordert, es dürfen sich nur Gegner zu Worte melden. Merkst Du was, geneigter Leser, wenn man mit Stinnes geht, dann kann man keine Oposition gebrauchen. Ein linksstehender Genosse, der sich nach abgewürgter Diskussion das Wort verschaffen wollte, wurde mit „kommunistischem Schlawiner" von der Knüppelgarde der Kämpfer für Freiheit und Unterdrückung bezeichnet.

Aber wir sagen diesen Herren, ihre Zeit wird bald, sehr bald kommen und dann werden die gleichen Massen, die sie heute noch stützen, ihren Wahn einsehen, und über sie hinweg zur Tagesordnung schreiten.

— F. S. —

Aufklärung über Kirchenaustritt.

Auf viele Anfragen über Kirchenaustritte, diene zur Kenntnis:

Kirchenaustritte können nur persönlich bei dem zuständigen Standesamte des Einzelnen vollzogen werden. Dazu ist nötig als Ausweis: Trauschein, Invalidenkarte oder sonstige amtliche Ausweise. Formulare zum Austritt aus der Kirche gibt es durch die Freidenkerorganisationen nicht mehr. Auskunft über Aufnahmen zur Freidenkerorganisation und Feuerbestattung erteilen:

für Westend: Friedrich Glas, Tulbekstr. 42/2,
„Au": Ludwig Fischer, Boosstraße 14/2, Seitenbau,
„Haidhausen": Mich. Hirschberger, Sedansstraße 24/1,
„Steinhausen und Bogenhausen": Josef Maier, Trogerstraße 20/2, Rckg.,
„Schwabing": Joseph Hopfensberger, Franz-Josephstraße 29/0, Rckg.,
„Giesing": Hans Hierlager, Martinsplatz 2/3,
„Altstadt": Karl Rötsch, Reichenbachstraße 5/2, Rckg.,
„Neuhausen": Anton Mühlbauer, Schlörrstraße 34,
„Sendling": Max Sedlmaier, Dittramszellerstr. 14/0,
„Ramersdorf": Alf. Frenkle, Lothringerstraße 24/4.

Eröffnung der Deutschen Gewerbeschau.

Gegenüber verschiedenen Gerüchten legt die Ausstellung Wert darauf, festzustellen, daß die Ausstellung pünktlich am 13. ds. Mts. eröffnet werden wird.

Verbilligung von Milch und Brot für die Minderbemittelten. Der Stadtrat hat durch Beschluß vom 2. Mai mit Rücksicht auf die in den letzten Tagen erfolgte neuerliche Preissteigerung für Milch und Brot den Wert der Gutscheine zum Bezuge von verbilligter Milch und verbilligtem Brot mit Wirkung ab 1. Mai 1922 wie folgt festgesetzt:

für 1 Pund Brot	auf 1.80 Mk.,	(bisher 1.60 Mk.)
für ½ Liter Milch	auf 2.— Mk.,	(bisher 1.50 Mk.)
für ¾ Liter Milch	auf 3.— Mk.,	bisher 2.25 Mk.)
für Erwerbslose:		
für ½ Liter Milch	auf 1.— Mk.,	(bisher 0,75 Mk.)
für ¾ Liter Milch	auf 1.50 Mk.,	(bisher 1.15 Mk.)

Die Einkommensgrenzen zum Bezuge des verbilligten Brotes werden mit Wirkung ab 1. Mai 1922 erhöht und zwar: für alleinstehende selbständige Personen mit eigenem Haushalt auf 9000 Mark, (bisher 5400 Mark); für Ehepaare auf 15000 Mark, (bisher 7800 Mark). Für Kinder und sonstige im Familienhaushalt befindliche unterhaltsberechtigte Familienangehörige werden diese Einkommensgrenzen um 4000 Mark, (bisher 2400 Mark), in die Höhe gesetzt. Im Uebrigen haben die bisherigen Bestimmungen über Milch- und Brotverbilligung auch künftig Gültigkeit.

Unterbringung erholungsbedürftiger Kinder in Wöllershof. Am 20. April kehrten 73 Münchner Kinder von dem Erholungsheim Neustadt a. W.N. (Wöllershof) zu ihren Eltern nach München zurück. Die Knaben hatten sich in einem nahezu sechswöchentlichen Kuraufenthalt vortrefflich erholt. An Gewicht nahmen zu: 2 Knaben um 1 Pund, 11 um 2 Pfund, 15 um 3 Pfund, 21 um 4 Pfund, 11 um 5 Pfund, 6 um 6 Pfund, 3 um 7 Pfund, 2 um 8 Pfund, 1 um 12 Pfund, 1 Knabe blieb in seinem Gewichte gleich.

Die Zahl der unterstützungsberechtigten Erwerbslosen ist in der Woche vom 24. bis 29. April 1922 von 1093 auf 1055 gesunken.

Betrieb und Gewerkschaft

Die Afa und der Kommunismus.

(Ein Wort an alle nichtkommunistischen Kollegen.)

Kollegen! In einer der letzten ZdA.-Versammlungen (Gruppe Grohandel) kam durch den Mund des Koll. Verbandssekretär Blaiber in erfreulicher Weise zum Ausdruck, daß im Z.d.A. eine entschiedene großzügigere und kaufmännische Auffassung von der gesamten wirtschaftlichen und politischen Lage herrscht, als man sie sonst von unseren Gewerkschaftsführern zu hören pflegt. „Gegen Stinnes — für Tschitscherin und den internationalen Zusammenschluß des Proletariats" und „unsere Rettung liegt im Osten" — das waren die mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Schlußfolgerungen des Koll. Klaiber. Er wird auch deshalb heute einem Protest seine Unterstützung nicht versagen, den wir Euch vorläufig auf diesem Wege unterbreiten.

Der Afa-Bund veröffentlichte in den sozialistischen Zeitungen (u. a. in der „Morgenpost" Nr. 49, welche übrigens durch den kommentarlosen Abdruck eine eigentliche Stellungnahme zu den von ihrer Exekutive in Berlin eingeleiteten Einigungsvorstoß verrät) einen Artikel, der den Aufruf der KPD.-Zentrale (Abt. Gewerkschaften) zum Metallarbeiterstreik zurückweist. Das ist, wenn es sich zunächst auch um eine Angelegenheit des ADGB. handelt, solange gutes Recht des Afabundes, als er die Forderungen der KPD.-Zentrale vom proletarischen Interessenstandpunkt aus sachlich zu widerlegen vermag. Sonst bekommt die bei jedem Anlaß betonte parteipolitische Neutralität des Afa-Bundes ein merkwürdiges Gesicht. Eine solche Widerlegung wird aber — weil sie angesichts der zu einer sicheren Niederlage führenden Kampftaktik der MAV.-Führer unmöglich ist — gar nicht erst versucht. Es wird lediglich — unter Verwendung der ältesten Ladenhüter von Schlagworten, wie „Anmaßung", „Putschtaktik", „Provokateuren" etc. — behauptet, die KPD.-Zentrale wolle die Gewerkschaften zertrümmern oder beiseiteschieben. Das Widersinnige solcher abgestandenen Redensarten leuchtet Euch, Kollegen, und jedem ein, der aus der komm. Literatur oder aus persönlichen Beobachtungen nur einigermaßen die Stellung der KPD. zu den Gewerkschaften kennt. Im vorliegendem Falle sind jene Redensarten umso unverantwortlicher, als der fragliche KPD-Aufruf (s. „N.Z." v. 3. April 1922) ja den Sieg des MAV. sichern will, die Führung des Kampfes ausdrücklich dem Vorstand des MAV. zugesteht und —

Die Hasenjagd von Holley Grove.

Wir entnehmen diese Erzählung dem Buche von Franz Jung „Joe Frank illustriert die Welt", das als Band 10 der Literarischen Aktionsbibliothek im Verlag „Die Aktion", Berlin-Wilmersdorf, erschienen ist.

Wir wissen zu wenig von den Kämpfen der amerikanischen Arbeiter. Das sind keine hohlen Maulhelden. Auch nicht Leute, die große Worte machen, wenn es mal zu einem blutigen Aderlaß gekommen ist. Sie wissen, noch weit härtere Kämpfe stehen bevor. Seit 20 Jahren führen die Miner, die Bergarbeiter, den härtesten Kampf um ihre Organisation, und von diesen besonders die Arbeiter der Kohlengruben v. Westen Virginia in den Ortschaften im Tal des tosenden New River, in Logan County, in den Counties Mercer, Wyoming und Mingo. Dort herrschen die Kohlengesellschaften unbeschränkt. Sie setzen die Gouverneure ein und die Sheriffs. Die Gerichte sind ihnen unterstellt. Sie unterhalten ein Heer von bewaffneten Beamten, die kontraktlich verpflichtet sind, auf die Arbeiter im Falle des Befehls zu schießen. Dann die bewaffnete Grubenpolizei. Jede Grube hat 200—300 Mann Detektivs, eine bewaffnete Streikbrecherbande, die solange die Arbeiter ruhig sind, als Geheime Jagd machen auf Arbeiterorganisatoren. Sie besteigen die Züge und sehen sich die Leute an, und erwischen sie einen, holen sie ihn heraus und verknüppeln ihn, daß er tot liegen bleibt. Die Kohlengesellschaften, denen fast der ganze Distrikt gehört, verbieten jedem, das Land zu betreten. Sie stellen für die einzelnen Pountis Pässe aus, so daß die Arbeiter darin sitzen wie in der Falle. Seit 1912 wird in diesen Gegenden ununterbrochen gekämpft, und viele Tausende von Toten sind auf beiden Seiten schon zu verzeichnen. Aber mit dem Ende 1913, seit dem ersten Auftreten der Mutter Jones, sind offene Kämpfe daraus geword., regelrechte Schlachten, die der Kontinentalkrieg etwas niedergehalten hat, die jetzt aber mit verschärfter Erbitterung entbrennen.

Damals, 1913, wurde jene Hasenjagd veranstaltet, die Mutter Jones in das Gegegenteil kehrte. Das organisierte Wüten der Grubenpolizei in Logan County war derart geworden, daß sie die Unionisten schlugen, wo sie sie trafen, sie brannten die Hütten nieder, trieben Weiber und Kinder mit der Peitsche aus den Häusern, die Eigentum der Grubengesellschaft geworden waren, daß in einzelnen Gruben die Unionisten die Arbeit einstellten und mit dem wenigen, was sie hatten, mit Frau und Kind vor die Stadt zogen, um die Gelegenheit abzuwarten, fortzukommen. Bei Holley Grove am New River, wenige Meilen unterhalb Painx Creek schlugen sie zwei Zeltlager auf. Dort veranstaltete der alte Baldwin, der amerikanische Streikbrecherkönig und damals noch Distriktchef der gesamten Grubenpolizei, seine Hasenjagd. Mit einer Streitmacht von über 1000 Mann zog er runter nach Holley Grove, umzingelte die Lagernden, die „widerrechtlich" auf dem Grund und Boden der Gesellschaft sich befanden, und ließ gegen das Lager, in dem auch Frauen und Kinder sich aufhielten, Maschinengewehrfeuer eröffnen. Und wie da ein Kampf auf Leben und Tod entbrannte, sprang Mutter Jones eine Arbeiterin aus Painx Creek, die schon sehr viele Jahre dort in Fron gestanden war, in den reißenden eisigen Fluß und stampfte sich vorwärts gegen Paint Creek hinauf. „Denn das können sie mir nicht verbieten, im Wasser zu gehen!" hat sie dabei gerufen. Und sie kam richtig hinauf, und wie die Jungens dort hörten, wo der alte Baldwin mit seiner Garde Hasen jagte, da ließ jeder alles stehen und liegen und nahm, was er gerade zu fassen bekam: Eisenstangen, Plöcke, Bohrer und Schaufel, nicht jeder hatte sein Schießeisen bei sich, und mit Mutter Jones an der Spitze hinunter nach Holley Grove. Dort trieben die Detektivs die wie scheu gewordenen Miners vor sich her. Wie die aber sahen, daß Unterstützung kam, machten sie kehrt, und alles, Frauen und Kinder, lief gegen die Baldwinleute an. Mutter Jones eroberte das erste Maschinengewehr und die andern alle nach, und die Armee des alten Baldwin verlor bei dieser Jagd mehr als achthundert Tote. Merkt euch das. Auch bei uns planen die Kohlenbarone, die Großunternehmer, Gewalt. Selbstschutz nennen sie das. Sipo und technische Nothilfe bereiten die Armee des alten Baldwin auf dem Kontinent vor.

Die Liquidierung des Analphabetentums.

Kulturarbeit in den Sowjetrepubliken.

In den „Iswestija" vom 21. Februar berichtet der Vorsitzende der Allrussischen Komission zur Liquidierung des Analphabetentums Meschninskaja über die Tätigkeit dieser Kommission. Nach Erscheinen des Dekrets vom Dezember 1919 über die Liquidierung des Analphabetentums begann in ganz Rußland die Liquidierungsarbeit und in den Jahren 1920/21 gelang es Vorbedingungen zu schaffen, die eine erfolgreiche Arbeit ermöglichten.

Eine Reihe von Büchern und Broschüren wurde herausgegeben. Es gelang, Lehrmaterial zu beschaffen, wir konnten eine genügende Anzahl von Lehrkräften mobilisieren, so daß es möglich wurde, von 29 Millionen Analphabeten 5.5 Millionen das Lesen und Schreiben beizubringen. Gleichzeitig mußten wir darauf bedacht sein, auch das politische Analphabetentum zu liquidieren. Wir benützen die Lehrzeit nicht nur dazu, um die Leute Lesen, Schreiben und Rechnen zu lehren, sondern bereiten sie auch dazu vor, Zeitungen, leichtverständliche Bücher zu lesen, und trachten sie zum Besuche der Klubs und Bibliotheken u. zur Fortsetzung ihrer Studien zu veranlassen. Die Allrussische Kommission zur Liquidierung des Analphabetentums hat etwa 25 000 Lehrer des neuen Typus zur Liquidierung des Analphabetentums ausgebildet.

Gewisse Umstände erschwerten allerdings die Arbeit so z. B. die Nichteinhaltung der Bestimmung, daß Fabrikarbeiter auf zwei Stunden freizugeben sind damit sie die Analphabetenkurse besuchen können.

In der Roten Armee, wo diese Hindernisse nicht vorlagen, zeigte es sich, wie günstig die Arbeit der Liquiderung vor sich gehen könne. Den 1. Mai werden wir als den Tag feiern, wo alle Roten Soldaten und Seeleute Lesen und Schreiben können.

Die Liquidierung des Analphabetentums unter den Völkern des Ostens war in vielen Fällen auch gleichzeitig mit der ersten politischen Aufklärungsarbeit, die hier geleistet wurde, verbunden Auch die Liquidierung des Analphabetentums unter den westlichen Völkern hat sehr große Bedeutung. Die Rückkehr der Kriegsgefangenen Polens die in Rußland Lesen und Schreiben gelernt haben, wird einen großen Eindruck auf das polnische Proletariat machen.

jetzt kommt der wunde Punkt für unsere Führer des Afa-Bundes — neben den Führern vor allem die hinter ihnen stehenden Massen anruft, die Schritte der Führer nachzuprüfen, wo nötig weiterzutreiben. Das und nichts anderes ist es, was die KPD.-Zentrale empfiehlt, was ihre Anhänger als Gewerkschafter wollen und was ihnen von unseren Gewerkschaftsführern als „Zersplitterung" angekreidet wird: Der Appell an die ewig schlummernde Kraft des Millionenheeres von organisierten Hand- und Kopfarbeitern; die Mahnung, nicht unbesehen alle Maßnahmen der Führer zu schlucken, sondern von den ihnen zustehenden Rechten rücksichtslos Gebrauch zu machen, wenn die Arbeitsgemeinschaftspolitik ein chronisches Massen-Elend, die Flucht aus den Gewerkschaften und deren Zerfall heraufbeschwört — zum Wohlgefallen des festzusammengeschmiedeten Unternehmertums! Nicht Schwächung also, nein, eine Belebung des Gewerkschaftsgedankens wollen wir durch die, unseren selbstherrlichen Führern allerdings wenig sympathische Weckung des Kampfgeistes!

Kolleginnen und Kollegen, wollt Ihr das nicht?

Soll in unseren „neutralen" Gewerkschaften des Afa-Bundes die wirtschaftsfriedliche SPD.-Taktik ausschlaggebend bleiben, die aus unserer heut auf die Bedürfnisse des Erfüllungskabinetts zugeschnitten ist, also letzten Endes trotz aller „parteipolitischen Neutralität" auf gewisse politische Wirkungen hinausläuft? Sollen wir Kopfarbeiter, die wir uns doch einer größeren Intelligenz, eines kritischen Blickes rühmen, sollen wir rückständiger sein, wie unser Eingangs erwähnter Kollege und Führer vom Z.d.A.? Wenn nicht, dann ist es Zeit, unseren Führern im Afa-Bund klarzumachen: Wir haben keine Zeit mehr für Eure überlebten Tiraden gegen Kampfesgenossen, deren Strategie heute in Genua von unseren politischen und wirtschaftlichen Todfeinden als überlegen empfunden wird. Schließt Euch diesen Kämpfern an, statt sie mit Kot zu bewerfen — dann geht es vorwärts! W.

Lohnbewegung in der Putzbranche!

Am 20. April fanden vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts zwischen dem Landesverband für Münchner Putzgeschäfte und dem Deutschen Bekleidungsarbeiterverband, Filiale München, Lohnverhandlungen in der Putzbranche statt. Nach eingehenden Verhandlungen fällte das Schiedsgericht einen einstimmigen Schiedsspruch, der die sehr niederen Löhne in dieser Branche den verwandten Branchen etwas näher brachte. Die Löhne sind zur Zeit: der Höchstlohn für eine Verarbeiterin (perfekte Garniererin) 8 M, für eine erste Arbeiterin 6.70 M herunter bis 3.80 M im 4. Berufsjahr.

Die Arbeitgeber lehnten den Schiedsspruch einstimmig ab mit der Begründung, daß im Putzgewerbe nicht solche Löhne bezahlt werden können und wenn sie die Löhne bezahlen müßten, dann müßten sie dreiviertel ihrer Arbeiterinnen entlassen. Das Publikum merkt bei dem Einkauf von Damenhüten nicht, daß die Preise sich nicht den übrigen angepaßt haben und die Arbeitgeber verlangen auch dementsprechend die Preise.

Die Eltern, die für ihre Kinder eine Lehrstelle suchen, werden die Stellungnahme der Arbeitgeber zu würdigen wissen. Je größer der Luxus auf der einen Seite, umso niederträchtiger die Ausbeutung auf der anderen Seite.

Deutscher Bauarbeiter-Verband, Sektion der Fliesenleger.

Seit 12. April 1922 stehen die Fliesenleger Münchens im Kampfe gegen die Unternehmer wegen Arbeitszeitverlängerung. Bei der gegenseitigen Stellungnahme ist an eine baldige Beendigung des Kampfes nicht zu denken. Nachdem es sich um eine Spezialgruppe handelt, ist es ihnen nicht möglich, die Kontrolle der Bauten in der Form durchzuführen, wie es schließlich notwendig wäre. Wir ersuchen daher sämtliche Bauarbeiter, Baunebenberufe, überall darauf zu achten, daß keine Fliesenlegerarbeiten ausgeführt werden. Wenn solche dennoch stattfinden sollen, ist sofort an oben bezeichnete Adresse Meldung zu erstatten. Bauarbeiter übt Solidarität und unterstützt die Fliesenleger in ihrem Kampfe. J. A.: Waiwod.

Aus der Tarifbewegung der Angestellten.

Für die Provinzmetallindustrie fanden am Mittwoch in der Münchener Handelskammer Verhandlungen statt. Um 10 Uhr abends erklärte die Arbeitgeberkommission, in der am Donnerstag tagenden Arbeitgeberversammlung über den Verhandlungsverlauf Bericht zu erstatten, nachdem ihre Vollmachten bereits erschöpft seien. Inzwischen hat die Arbeitgeberversammlung 45 Prozent Gehaltserhöhung für April genehmigt, jedoch die von der Angestelltenvertretung geforderte Durchschnittsstaffelung und alle übrigen Punkte abgelehnt. Die Angestelltenorganisationen werden zu der Sache Stellung nehmen.

Die Tarifverhandlungen für die Städtemetallindustrie (Nürnberg-Fürther Arbeitgeberkartell) beginnen am Dienstag, den 2. Mai, vormittag 8½ Uhr im Landeseinigungsamt in Nürnberg, die Tarifverhandlungen für die chemische Industrie am Samstag, den 29. April, vormittags 9 Uhr, am Landeseinigungsamt in München.

Den am 20. April für das Speditions- und Transportgewerbe gefällten Schiedsspruch haben die Arbeitgeber nur für männliche Angestellte und Lehrlinge anerkannt, während sie den Abschlag für die weiblichen Angestellten, der bisher 15 v. H. betrug und auf 12 v. H. herabgewindert wurde, ablehnten. Infolge der einmütigen Stimmung unter den Angestellten, die nicht gewillt sind, sich einem derartigen Angebot der Arbeitgeber zu fügen, wurden die Organisationen beauftragt, das Landeseinigungsamt anzurufen.

Für die kaufmännischen Angestellten der Mitropa wurden für April Gehälter von M 2100 bis 5200 festgelegt. Nähere Auskünfte erteilt der Zentralverband der Angestellten. Verwaltung München, Pestalozzistraße 40/42 (Gewerkschaftshaus, Zimmer 40/II)

Die Angestellten der Zentralheizungsindustrie haben den am Dienstag, den 25. April gefällten Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses München-Stadt in einer gut besuchten Versammlung am Mittwoch abend angenommen.

Lohntafel für Hausangestellte.

Auf die bisher bestehenden Löhne der Hausangestellten wurde laut einstimmigem Schiedsspruch am Schlichtungsausschuß eine hundertprozentige Zulage gewährt. Danach betragen die Löhne ab 1. 4. 22: im ersten Lehrjahre 56 M; im zweiten Lehrjahre 70 M. Jugendliche Arbeitskräfte von 14—16 Jahren 80 M, von 16—18 Jahren Jahren 84 M. Im Elternhause angeleitet, als Arbeitskraft im Dienstverhältnis 80 M. Hausmädchen neben der Frau oder Köchin a) über 18 Jahre 104 M, b) über 20 Jahre 120 M. Alleinmädchen, mit zwei bis vier Dienstjahren 116 M. Alleinmädchen, selbständig in häuslichen Arbeiten und im Kochen, im ersten halben Jahre 160 M, im zweiten halben 180 M. Köchin, einfache, bürgerliche Küche, mit Hausarbeit daneben, im ersten halben Jahre 160 M, im zweiten halben Jahre 180 M. Köchin mit fachlicher Vorbildung 270 M. Einfaches Zimmermädchen, im ersten halben Jahre 150 M, im zweiten halben Jahre 160 M. Perfektes Zimmermädchen, mit fachlicher Ausbildung, 240 M. Einfaches Kindermädchen 140 M. Selbständiges Kindermädchen 240 M. Jungfer, perfekt 300 M. Haushälterin, für kleinen, einfachen Haushalt 200 M. Haushälterin für großen Haushalt, 360 M. Zugehmädchen bei voller Verpflegung 130 M, außerdem Wohnungsgeld 60 M. Herrschaftsdiener, mit Kleidung, Wäsche und voller Verpflegung: Anfangsdiener 180 M, mittlerer Herrschaftsdiener 240 M, Kammerdiener 360 M. Ueberstunden für Diener nach 9 Uhr abends 2 M, nach 10 Uhr abends 4 M. Ueberstunden für Hausangestellte: vor 10 Uhr abends 1 M, nach 10 Uhr abends 3 M. Stundenlohn: Zugehefrau ohne Verpflegung 4,40 M, Wasch- und Putzfrau ohne Verpflegung 6 M, Putzfrau beim Parkettreinigen ohne Verpflegung 7 M. Wird Verpflegung gewährt, so unterliegt die Festsetzung des Verpflegungssatzes derf reien Vereinbarung.

Preiserhöhung für Oberschlesische Kohlen u. Ruhrprodukte. Veranlaßt durch eine neuerliche Erhöhung der Werkpreise und Frachtsätze, sowie durch eine mit den Arbeitnehmerorganisationen des Kohlenhandels für den Monat April durch Tarifvertrag vereinbarte Lohnerhöhung und durch eine Erhöhung der Fuhrwerksleistungen erhöhen sich gleich den übrigen Kohlensorten nunmehr auch die Kleinverkaufspreise für Oberschlesische Kohlen und Ruhrprodukte mit Wirksamkeit vom 1. April 1922 ab wie folgt: Ruhranthrazit: Nuß 1 94,90 M pro Zentner, Nuß 2 102,45 M pro Zentner, Nuß 3 95,05 pro Zentner. Eiformbriketts 96 M pro Zentner. Oberschlesische Steinkohlen: 80,75 M pro Zentner.

Die Preise verstehen sich bei Lieferung in Säcken frei ins Haus. Bei Zustellung in offenen Fuhren tritt eine Ermäßigung um 70 ₰ pro Zentner ein. Bei Selbstabholung ab Lage des Händlers mit Gleisanschluß ermäßigen sich die Preise um 6,50 M pro Zentner, bei den übrigen Händlern um 3,50 M pro Zentner. Bestände, die aus Werklieferungen vor dem 1. April 1922 stammen, sind noch zu den bisherigen, mit Beschluß vom 16. bezw. 21. März 1922 festgesetzten Preisen zuzüglich 2,80 M pro Zentner für Fuhrwerks- und Lohnerhöhungen zu verkaufen. (Bis zum nächsten Winter werden Kohlen für den Arbeiter sagenhafte Produkte sein).

Pasinger Rundschau.

Mehrheitsparteilicher Terror in Pasing.

Die Hauptversammlung der Baugenossenschaft Kleinwohnungsbau) im Münchner Hof. Nach Verlesung des Protokolls der letzten Hauptversammlung, in dem vieles Interessante fehlte, wurden die übrigen Punkte der Tagesordnung rasch erledigt. Von größerem Interesse war eine Feststellung des Vorsitzenden Nimmerfall, der auch 1. Vorstand der Genossenschaft ist, daß bei einem Holzgeschäft die Leitung derselben über den Löffel barbiert wurde. Natürlich sind die Mitglieder die Leidtragenden, wenn die Sache schief geht. Am Schlusse kam ein Antrag eines Genossen, der lautete:

„Die Mitglieder der Genossenschaft können Gärten nur durch die Gartenkommission erwerben."

Dieser Antrag wurde von einem Mitglied der Vorstandschaft als eine Übertölpelung der Mitglieder bezeichnet und zwar nur aus parteipolitischer Gehässigkeit gegen den Antragsteller, der früher, ebenso wie seine Frau, Vorstandsmitglieder der SPD. in Pasing waren. Die Feststellung einer Tatsache in der Begründung des Antrages wurde vom gleichen Vorstandsmitglied mit einer gemeinen Beschimpfung meiner Frau quittiert. Diese Gemeinheit wurde vom Vorsitzenden gerügt; als die Beleidigte aber das Wort zur Aufklärung erbat, wurde es ihr schroff verweigert. Das sind ein paar Feststellungen von Schikanen, die sich Mehrheitler gegen Andersdenkende erlauben. Es wäre höchste Zeit, daß diese Leute mehr Duldsamkeit üben, oder sind die andern keine vollwertigen Mitglieder der Genossenschaft? Oder muß man unbedingt das Mitgliedsbuch der MSP. in der Tasche haben? MSP.-Mitglieder haben zwei bis drei Gärten, mir wurde der Meinige bis zur Hälfte wieder abgenommen, ich soll ihn zu Unrecht erworben haben!!! — Thalmeier Josef, Stadtrat in Pasing.

Vereins- und Versammlungs-Kalender

KJ. Schwabing: Donnerstag, ½8 Uhr, Goldtante, Ecke Kaiser- und Römerstraße, Gruppenabend. Thema: Utopische Sozialisten. Referent Rues.

Referentenkurs: Donnerstag, 4. Mai, abends ½8 Uhr, im Gasthaus Maiblume, Ecke Mai- und Kapuzinerstraße.

Sektion Aubing: Donnerstag, 4. Mai, abends 7 Uhr, im Rest. Gifthütte, Sektionsversammlung.

KPD.-Fabrikarbeiter: Donnerstag, den 4. Mai 1922, abends 7 Uhr, Rest. Westermühle, Holzstraße, Fraktionssitzung. Tagesordnung: Die Wahlen zum Gewerkschaftskongreß. Der wichtigen Tagesordnung halber ist es Pflicht eines jeden Genossen, zu erscheinen.

KJ. Schwabing: Donnerstag, 4. Mai, abends ½8 Uhr, Goldtante, Ecke Kaiser- und Römerstraße, Gruppenabend. Thema: Utopische Sozialisten. Referent Rues.

KJ.-Mitgliederversammlung: Freitag, ½8 Uhr, Jugendheim, Landsbergerstraße 18, Mitgliederversammlung des Unterbezirks München. Tagesordnung: 1. Bericht der prov. Unterbezirksleitung. 2. Neuwahl der Unterbezirksleitung. Erscheinen aller Mitglieder und Funktionäre Pflicht. Nach der Mitgliederversammlung Reigenabend und Zentrale Sitzung.

Sektion Straßenbahner: Obleute und Zehnerräte am Freitag, abends 5 Uhr, bestimmt im Rest. Westermühle erscheinen.

Sektion Milbertshofen: Abends 7 Uhr im Gasth. z. Wirtsgirgl Sektionsversammlung. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung wird es jedem Genossen zur Pflicht gemacht, zu erscheinen. Freitag, 5. Mai.

Freidenkerverein Darwin, Bezirk Haidhausen: Freitag, den 5. Mai, abends 7¼ Uhr, im Gasthaus Lindners Bierhalle (Pariser-, Rosenheimerstraße) Mitgliederversammlung und Vortrag des Genossen Gebelein. Thema: Entwicklung und Ausartung im Papsttum — Möncherei und Klösterei. Es ist Pflicht aller Mitglieder, zu erscheinen. Der Ausschuß erscheint eine Stunde früher.

Jugendabteilung des Z.d.A.: Freitag Jugendabend, Heim Rest. Eichtalgarten, Klenze Buttermelcherstraße.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wendel Thomas München; f. d. Münchner Teil. Dr. Wolfgang Martin München; für Expedition und Inserate August Streu München. Druck und Verlag Verlagsgenossenschaft Volkswille G. m. b. H., Augsburg und München.

Film

Erstaufführungen der Woche. Detektiv-, Verbrecher- und Sensationsdrama sind im Film abgespielte Themen, daß nur der seltene Kinobesucher sich damit unterhalten kann. Der beste davon ist diesmal „Die Fremde aus der Elstergasse" (Kammerlichtsp.). Obwohl das Kitschige gestreift wird, gelingt es im allgemeinen guter Darstellung, es zu bannen. — „Der verräterische Handschuh" (Rathauslichtsp.) und „Der König des Abgrunds (Lichtschauspielh.) stützen sich auf die athletische Kraft ihrer Hauptdarsteller; im letzteren, einem älteren Italiener, ist dies allzu primitiv verarbeitet. — „Der Mord aus Verworfenheit" (Lichtschauspielhaus) ist überaus unerfreulich, auch unlebendig nach Gerichtsakten verarbeitet. — Aehnlich unfroh geht man aus „Der Totenschein" (Imperial-Th.) „Das Geheimnis der Bettler" (ebendort) lehnt an die Muster der großen Orientalfilme an mit Tempelgeheimnis, Suggestiv-Verfolgung usw.; für ein Münchner Produkt ist er achtbar. — Der Streit um die Ruine (Sendlingertorlichtspiele) als Schluß des Hapura-Reisefilms bringt nichts Neues und enttäuscht.

Eine wirklich künstlerische Qualität weist nur der schwedische Film „Schweres Blut" (Regina-Lichtspiele) auf. Dieser Liebesroman aus dem Lande der Tausend Seen spricht eine starke Sprache vom Leben und der eigenen sittlichen Kraft dieser Leute, umgeben von erhabener Schönheit dieser Natur. Man erlebt Land und Leute, kein Machwerk. Schlicht und stark ist das Spiel, packend die Fahrt durch die wilden Stromschnellen mit unaufdringlichem Symbol. Erhaben die Landschaftsbilder. R. M.-L.

Eine regelrechte Filmoperette ist „Miß Venus" (Zachs Lichtsp.) und bringt in „berlin-amerikanischem" Milieu alles Typische der Gattung. Flotte Regie und vorzügliche Choreographie, dazu nach der Noto-Filmmethode (Noten laufen über eine Visierlinie), erreichtes völliges Zusammenstimmen von oft guter Operettenmusik mit dem Bilde. Auf den zweifelhaften Gesang würde man gern verzichten. Er wird nie mit dem Photobilde zur Einheit werden und kann höchsten in einigen grotesken Effekten od. als Stimm-Ensemble im Orchester wirken. M. M.

Theater

Münchner Spielplan am Donnerstag:

Nationaltheater 6: Die Meistersinger.

Schauspielhaus ½6: Die Stützen der Gesellschaft.

Kammerspiele ¼8: Der Floh im Panzerhaus. ¾10: Der Frechdachs.

Münchner Theater ½8: Der siebte Bua.

Volkstheater ½8: Liselotte von der Pfalz.

Theater am Gärtnerplatz ½8: Wenn Liebe erwacht.

Lichtspielhaus ½8: Die Kaiserin.

Jahreszeiten 8: Konzert Nicolai Reinfeld (Tenor) u. Alexander Tetschnikoff (Violine).

Museum ½8: Klavier: Carl Maria Savery.

Verschiedenes

(4 Bundestag des deutschen Arbeiter-Esperantisten-Bundes.) Düsseldorf stand zu Ostern im Zeichen des grünen Sterns. Dort tagte vom 14. bis 17. April im Volkshaus der 4. Bundestag des deutschen Arbeiter-Esperantisten-Bundes, der von 80 Ortsgruppen mit 2000 Mitgliedern beschickt wurde und einen glänzenden Verlauf nahm.

Der Bericht des bisherigen Bundesvorsitzenden überzeugte alle, daß die bewältigte Arbeitsleistung eine ungeheure war.

Der Bundestag beschloß gemäß des Einigungsvorschlags München-Dresden den Namen in „Arbeiter-Esperanto-Bund für das deutsche Sprachgebiet" abzuändern. Ab 1. Juli erscheint als Beilage zum deutschsprachlichen Mitteilungsblatt das Uebungsblatt „Senacica Revue".

Mit dem Pressedienst wurde Kamerad Viktorin in Mainz beauftragt, der künftig alle sozialistischen Tageszeitungen mit den wesentlichen Berichten aus der Esperanto-Bewegung versorgen wird.

Der nächste Bundestag findet 1924 in Chemnitz statt. Zu erwähnen wäre noch, daß die Stadt Düsseldorf für den Kongreß M 10 000.— spendete.

Die französische Behörde war sehr entgegenkommend, insbesondere wurden keinerlei Ausweisschwierigkeiten bereitet. Alles in allem zeigte, daß die Esperanto-Bewegung unter der deutschen Arbeiterschaft immer mehr an Boden gewinnt. Der Aufschwung der Bewegung ist umso anerkennenswerter, als er zeigt, daß die Arbeiterschaft trotz der wirtschaftlichen Not auch noch für geistige, zukunftsstarke Ideen Verständnis zeigt.

Einzelpreis 6.— Mark

Neue Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunist. Internationale)

5. Jahrg. | Erscheint täglich außer an Sonn- u. Feiertagen — Bezug durch Postanstalten und Verlag — Auslieferung für München durch die Zeitungszentrale, Färbergraben 27/28. Expedition und Redaktion München, Holzstraße 1 (Laden). Sprechstunde der Redaktion: von 11 bis 12 Uhr. | Donnerstag, 19. Okt. 1922 | Bezugspreis monatl. 150 M. (davon 110 durch die Post u. 40 direkt an den Verlag: Postscheck. 29139 Amt München) In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung oder Rückzahlung. — Anzeigen-Annahme bis 12 Uhr mittags tägl. in der Geschäftsstelle, Holzstr. 3 — Tel. 51154. | Nr. 218

Schutz der Orgesch — Kommunistenhatz.

Die „Rote Fahne" berichtet:

Gestern abend und heute morgen wurden von der Abteilung Ia des Polizeipräsidiums weitere schwerwiegende Verhaftungen von Führern und Funktionären der Kommunistischen Partei vorgenommen. Unter den Verhafteten befinden sich:

August Thalheimer, Mitglied der Reichszentrale der KPD.; Heinrich Brandler, Sekretär der Zentrale; Heinrich Süßkind, Redakteur der „Roten Fahne"; Borowski, Redakteur des Chemnitzer „Kämpfer"; Robert Siewert, Bezirkssekretär der Chemnitzer KPD., Vorsitzender der kommunistischen Landtagsfraktion in Sachsen; Golke, Kassierer der Berlin-Brandenburger Parteiorganisation der KPD.; Stadtverordneter Dr. Rosenberg, Stadtverordneter Leo Ostrowski; Stadtverordneter Crist; Hermann Grothe, Vorsitzender des Reichsausschusses der Deutsch. Betriebsräte; Schneider (Neukölln) vom Proletarischen Gesundheitsdienst. Auch diese Liste ist wiederum unvollständig, es sind noch eine ganze Reihe Funktionäre und Führer unserer Partei von den Beamten des Polizeipräsidenten Richter der Freiheit beraubt worden.

Wie wahllos verhaftet wird, das zeigt die Tatsache, daß man auch die Genossen Siewert und Borowski aus Chemnitz, die zur Tagung des Zentralausschusses unserer Partei nach Berlin gekommen waren, eingesperrt hat. Ein bürgerliches Mittagsblatt fabelt bereits von einer Zusammenkunft, die die Kommunisten gestern abend gehabt hätten, und bei der wichtige Papiere beschlagnahmt worden seien. Das ist natürlich Unsinn. Man hat einfach wahllos fünf Genossen, die sich nach einer Sitzung in ein Cafe begeben hatten, verhaftet.

Von den gestern verhafteten Funktionären ist nur der Genosse Dörr wieder entlassen worden. Alle anderen Genossen befinden sich nach wie vor in der Haft. Sämtliche Mitglieder unserer Berliner Bezirksleitung und der Reichszentrale, soweit sie nicht Abgeordnete sind, werden verfolgt. **Eine große Unterdrückungsaktion gegen die Kommunistische Partei** hat eingesetzt. Die Abteilung Ia des Polizeipräsidiums versucht im Auftrage des Polizeipräsidenten Richter und zweifellos im Auftrage der Regierung die legale Betätigung der Berliner Kommunistischen Partei lahmzulegen.

Ein neues Ausnahmegesetz.

tu. Berlin, 17. Oktober. Wie der „Telegraph-Union" mitgeteilt wird, schlugen in der heutigen Sitzung des Aeltestenausschusses des Reichstages, der heute Vormittag zusammentrat, die Vertreter der Deutschen Volkspartei vor, den unter dem Vorsitze des Abgeordneten Dr. Spahn stehenden Ausschuß zusammentreten zu lassen. Dr. Spahn ging bereitwillig darauf ein, sodaß man erwarten darf, daß der Ausschuß schleunigst einberufen wird zur Beratung des Gesetzentwurfes zum Schutze der Versammlungsfreiheit.

*

Der geplante Gesetzentwurf, von dem hier die Rede ist, soll die Aufgabe erfüllen, einmal den ungestörten Aufmarsch der deutschen Faszisten, der Orgeschritter und Hakenkreuzler, zu sichern und zum andern für die polizeiliche Hetzjagd auf die Kommunisten eine bessere juristische Ausrede zu schaffen.

Sturm im preußischen Landtag.

Berlin, 17. Oktober. (WTB.) Die Sitzung des preußischen Landtages verlief stürmisch. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Katz (Kommunist) als ersten Punkt die Vorgänge vor dem Zirkus Busch am vergangenen Sonntag auf die Tagesordnung zu setzen. Die Schärfe seiner Ausdrücke und die Bezeichnung Hindenburgs als Massenschlächter brachten ihm einen Ordnungsruf ein. Redner wurde, da seine Redezeit abgelaufen war, unter lärmenden Zwischenrufen der äußersten Linken das Wort entzogen. Als Heilmann (Soz.) den Wunsch aller Parteien ausdrückte, festzustellen, wer bei diesen Vorgängen vor dem Zirkus eine verächtliche Rolle spielte, erhoben die Kommunisten einen tosenden Lärm, der längere Zeit anhielt. Nur mit Mühe gelang es dem Präsidenten, sich verständlich zu machen und den Antrag auf Schluß der Geschäftsordnungsdebatte zur Abstimmung zu bringen. Die Debatte wurde gegen die Stimmen der Kommunisten geschlossen. Der Antrag Katz wurde ebenfalls gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Die verhafteten Kommunisten.

tu. Berlin, 17. Oktober. Aus Anlaß der Vorgänge am Zirkus Busch sind insgesamt 163 Personen polizeilich festgenommen worden. Nach Feststellung ihrer Personalien und nach ihrer polizeilichen Vernehmung wurden 148 der Festgenommenen wieder entlassen, 15 der Festgenommenen sind dem Richter vorgeführt worden und zwar wegen Landfriedensbruch, Körperverletzung und Widerstand gegen die Staatsgewalt.

Protest aus den Betrieben.

Berlin. In Ausführung einer Entschließung der gestrigen kommunistischen Protestversammlung sprachen vormittags im Berliner Polizeipräsidium die Vertreter einiger kommunistischer Betriebsräte vor, um die Freilassung der Kommunistenführer zu fordern. Der Deputation wurde erklärt, daß nur der Richter zu ermessen habe, ob dieser oder jener Gefangene wieder auf freien Fuß gesetzt werden soll.

Der Berliner Polizeibericht.

Das Berliner Polizeipräsidium teilt in durchsichtiger Sensationsmache mit:

Die Abteilung Ia des Polizeipräsidiums suchte gestern u. a. auch den Redaktionsstab der „Roten Fahne", fand ihn aber nicht. In der vergangenen Nacht entdeckte ihn aber eine Streife des Polizeipräsidiums im Cafe Bellevue, wo er mit mehreren Funktionären eine Zusammenkunft hatte. Dort saßen zunächst zehn Mann, die alle Aktentaschen mit Papieren bei sich hatten, in einer Besprechung beisammen. Als die Beamten eintraten, waren nur noch fünf Mann anwesend. Es waren der Chefredakteur Süßkind und die Redaktionsmitglieder Borowski, Siefert, Brandler und Thalheimer. Die Herren wurden alle fünf zunächst nach der Wache des Potsdamer Bahnhofs und dann zu ihrer Vernehmung nach dem Polizeipräsidium gebracht.

Dazu ist festzustellen, daß Thalheimer und Brandler nicht Redakteure der „Roten Fahne", sondern Mitglieder bezw. Sekretäre der Zentrale der KPD. sind, die mit der Sonntagsdemonstration nichts zu tun hat. Siewert und Borowsky dagegen waren nur anläßlich der Zentralausschußsitzung aus Chemnitz nach Berlin gekommen. Die Berliner Polizei geniert das nicht, sie verhaftet darauf los, nur weil die Betreffenden Kommunisten sind.

Das Verhalten der Polizei.

Aus zahlreichen Berichten über die Demonstration geht hervor, daß die Organisation der Schupo nicht geklappt habe. Es zeigt sich besonders, daß die Schupomannschaften häufig mit dem brutalen Vorgehen mancher Schupooffiziere nicht einverstanden waren, die blindwütig gegen die Arbeiter vorgingen. Die zwei Schupobeamte, die tot gemeldet waren, wahrscheinlich um die Mannschaften aufzuhetzen, von denen die bürgerliche Presse berichtete, daß sie Herzstiche und Schädelspaltungen erlitten haben, sind bereits wieder dienstfähig geschrieben.

Das Stinnesorgan über die Versammlung im Zirkus Busch.

Selbst die „D.A.Z.", das Berliner Stinnesorgan, ist der Meinung, daß die Versammlung am Sonntag gegen das Gesetz zum Schutze der Republik verstieß und verboten werden mußte. Das Blatt schreibt:

Eine andere Frage ist: ob man die Versammlung schon früher hätte verbieten sollen. Unseres Wissens hat der preußische Staatskommissar Weismann dazu geraten, der Polizeipräsident aber, auf das Gutachten des Oberregierungsrats Weiß hin, sich nicht für das Verbot, sondern für den Schutz der Versammlung entschlossen — ohne ihn durchzuführen. Ein Verbot auf Grund der kommunistischen Drohungen wäre allerdings rechtlich unhaltbar gewesen; wenn auch derartige Konstruktionen schon öfters vorgenommen worden sind. Zu untersuchen wäre aber wohl gewesen, was es mit diesem „Bund für Freiheit und Ordnung" eigentlich auf sich hat und welche Bestrebungen jetzt hinter der einst harmlos und zwischenparteilich gegründeten Organisation stehen. Die Einladung an die Redaktionen zu der Sonntagsversammlung ging auffälligerweise nicht von dem Bunde, sondern von dem „Landesverband Groß-Berlin des Nationalverbandes Deutscher Soldaten" aus. Die in der Versammlung gehaltenen Reden und die ganze nationalistische, monarchistische und antisemitische Aufmachung scheinen uns zu bestätigen, daß der im vorigen Frühjahr gegründete Bund inzwischen in ein ganz anderes Fahrwasser geraten ist und daß die Abgeordneten der Mittelparteien, die noch da sind, sich schleunigst zurückziehen sollten. Es erscheint uns als ein Hohn, daß während der Geltung des „Gesetzes zum Schutz der Republik" eine derartige antirepublikanische Veranstaltung von der Polizei gefördert und geschützt wird.

Gegen die Orgeschverbrecher und ihre Helfershelfer.

(Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, 18. Okt. Der Kampf des Proletariats gegen die Teuerung und Verelendung soll erwürgt werden. Das ist der tiefere Sin der Orgeschdemonstration und der anschließenden Kommunistenhatz, die sich über das ganze Reich erstrecken soll. Die Lebensinteressen der werktätigen Bevölkerung sind in Gefahr. Darum ruft die Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands zu energischer Abwehr gegen die Orgeschangriffe auf.

Die kommunistische Partei formuliert folgende Forderungen: Sofortige Freilassung und Entschädigung der verhafteten Arbeiter und Arbeiterführer.

Fort mit Severing und Richter und ihrer politischen Polizei. Sofortige Unterdrückung aller reaktionären Organisationen.

Ein Aufruf des Fünfzehnerausschusses der Betriebsräte fordert ebenfalls zum Abwehrkampf auf: Eine Vollversammlung der Berliner Betriebsräte wird einberufen mit folgender Tagesordnung:

Die Verhaftung der Reichsausschußmitglieder der Betriebsräte Grothe und Börner.

Die Delegiertenwahlen zum Reichsbetriebsrätekongreß.

Der Fünfzehnerausschuß wendet sich an die Arbeiter der Berliner Betriebe und der Arbeiterschaft ganz Deutschlands. Er sagt:

„Die Reichsbetriebsrätebewegung soll gemeuchelt werden. In allen Gauen des Reichs haben die Arbeiter erkannt, daß nur durch die Zusammenfassung des Proletariats ein Ausweg aus der täglich ansteigenden Verelendung möglich ist. Deshalb soll die Bewegung der Betriebsräte durch Verhaftung der Ausschußmitglieder zerschlagen werden. Gegen die Hilfeleistung des kapitalistischen Staates für die Orgesch muß die Arbeiterschaft schärfsten Protest einlegen. Die Arbeiterschaft hat erkannt, daß die neue Kommunistenverfolgung nur ein Ablenkungsmanöver ist, das die Reichsbetriebsrätebewegung, die dem Unternehmertum und seinen menschewistischen Helfern unangenehm zu werden beginnt, schädigen soll. Eben darum muß aber die gesamte klassenbewußte Arbeiterschaft Deutschlands entschlossen auf dem einmal beschrittenen Weg verharren und erst recht sich den Reichsbetriebsrätekongreß und die Kontrollausschüsse schaffen.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands! Laßt Euch durch keinerlei Verwirrungsmanöver ablenken, die Einheitsfront zu schaffen, die Euch die Macht gibt, dem Kapital den Kampf anzusagen. Alle Umtriebe der Reaktion, alle Schergendienste der Severing und Richter müssen durchkreuzt werden durch Euren entschlossenen Willen, den Reichsbetriebsrätekongreß zustande zu bringen und die Kontrolle der Produktion zu erobern!

Die Ursachen der Kommunistenhetze.

Die Kommunistische Partei ist in einen Zeitabschnitt neuer Verfolgungen und Unterdrückungen eingetreten. Die Organe der Regierung haben sich entschlossen, in planmäßiger Weise eine Unterdrückungsaktion einzuleiten, weil sie die Zeit für gekommen halten, um der kommunistischen Bewegung die Möglichkeit weiterer Ausbreitung zu nehmen. Diese Tatsache wird durch die neuen Verhaftungen scharf und klar und für jedermann sichtbar hervorgehoben. Die Mitglieder der Reichszentrale und der Berliner Zentrale unserer Partei und die Funktionäre und tätigen Mitglieder werden eingesperrt, weil unsere Partei sich gegen eine offen monarchistische und antirepublikanische Kundgebung wandte, die zu verbieten die Pflicht der republikanischen Behörden gewesen wäre. Unsere Partei soll in den Zustand der Illegalität versetzt werden.

Der politische Hintergrund dieser Verfolgungsära ist ebenfalls deutlich umrissen. Wir haben bereits darauf hingewiesen. Nach langem Kuhhandeln und Sträuben des Bürgertums hat man sich geeinigt, Herrn Ebert, den Sozialdemokraten, bis 1926 ins Präsidium der Republik zu bestätigen. Der Preis, den die Sozialdemokraten für dieses Zugeständnis, das ihnen die Stinnespartei macht, zu zahlen hat, ist die **Auslieferung der Kommunistischen Partei** an die Illegalität, die **Auslieferung der kommunistischen Arbeiter** an die **Reaktion**, ist das Kommunistengesetz in der Praxis und vielleicht auch in Gestalt von Paragraphen. Herrn Richters Verhaftungsaktion, die unerhörten Bedrückungen unserer Berliner Parteiorganisation, die Verfolgungen, Schikanen und Belästigungen, denen wir ausgesetzt sind, all das ist der Beginn des neuen Kurses gegen die revolutionäre Arbeiterschaft, zu dem die Vereinigte Sozialdemokratie sich bereit erklären mußte, um der Koalition mit Stinnes willen, um ihr Bündnis mit dem Bürgertum nicht zu gefährden, um ihren Ebert als Repräsentanten der deutschen Geldsackrepublik zu erhalten. **Judas bekam für seinen Verrat 30 Silberlinge, die VSPD. bekommt für ihre neue Judasrolle Ebert bis 1926 und die Große Koalition.**

Ein besonders grelles Licht auf die Zusammenhänge wirft die Verhaftung des Vorsitzenden des Reichsausschusses der deutschen Betriebsräte, Hermann Grothe. Diese Verhaftung enthüllt die wahren Ursachen der neuen Verfolgungsperiode. Wer glaubt daran, daß die Kommunistische Partei deshalb unterdrückt und ihre Funktionäre verhaftet werden müssen, weil die Versammlung einer reaktionären Mörderorganisation 4 Monate nach dem Rathenaumord von revolutionären Arbeitern „gestört" wurde! Die Verhaftung Grothes zeigt, daß man die Kommunisten unterdrücken will, um die Bewegung zur Selbsthilfe des Proletariats zu unterdrücken. Die Verhaftung Grothes beweist: **Man will die Betriebsrätebewegung niederschlagen**, weil man weiß, was diese Bewegung im kommenden Winter noch bedeuten wird. Mit anderen Mitteln, mit den Mitteln der Verhaftung und der Unterdrückung setzen die Behörden der Republik den Kampf gegen diese Bewegung fort, der von den Führern des ADGB. und der Sozialdemokratie begonnen und in der

fanatischsten und gehässigsten Weise geführt worden ist. Die Bourgeoisie und ihre Helfershelfer wissen, welch ernste Gefahr die Betriebsrätebewegung für sie bedeutet. Sie wissen, daß die Arbeiterschaft, die über die Gewerkschaftsführer und die sozialdemokratischen Führer hinweg zur Selbsthilfe gegen das System des Wuchers und der Verelendung schreitet, unüberwindlich wird.

Die Arbeiterschaft in ganz Deutschland wird deshalb diesen Schlag gegen die Betriebsrätebewegung als einen Schlag gegen ihren wirtschaftlichen Kampf, gegen ihren Existenzkampf empfinden. Nicht um die Person Grothes handelt es sich, der mit der Demonstration am Sonntag überhaupt nichts zu tun hatte, sondern um den Reichsausschuß der Betriebsräte, dessen Arbeit durch die Verhaftungen erschwert und verhindert werden soll. Die Arbeiter in den Betrieben werden diesen Schlag zu beantworten wissen.

Und warum verhaftet man die kommunistischen Funktionäre? Warum will man die Kommunistische Partei niederschlagen? Aus demselben Grund, der für die Verhaftung des Führers der Betriebsrätebewegung ausschlaggebend war. Die Kommunistische Partei ist heute die einzige Partei in Deutschland, die an der Spitze der wirtschaftlichen Bewegung, an der Spitze des Existenzkampfes der deutschen Proletarier steht. Der Kampf der Kommunistischen Partei richtet sich gegen die Regierung der Brotpreiserhöhung, der Volksauswucherung, gegen die Regierung der Besitzenden, die mit lächerlichen Maßnahmen, wie die Devisenordnung, die Not der Massen verhöhnen. Während die Sozialdemokratie durch die Koalition auf Gedeih und Verderb mit dem Bürgertum verknüpft ist und durch diese Koalition gezwungen wird, in jeder entscheidenden Situation auf der Seite des Bürgertums gegen das Proletariat zu kämpfen, ist die Kommunistische Partei als revolutionäre Klassenkampforganisation durch keinerlei Rücksichten verhindert, den Kampf gegen das Bürgertum wirtschaftlich und politisch in der schärfsten Weise zu führen. Das Elend der Massen steigt aber beinahe stündlich und dieses Elend zwingt die Massen, nachzudenken. Sie sehen den Verrat der sozialdemokratischen Führer und sie fassen immer mehr Vertrauen zur Kommunistischen Partei, die ihnen keine reformistischen Versprechen vorgaukelt, sondern die den Massen in allen wirtschaftlichen Nöten zur Seite steht, um ihnen den Weg des revolutionären Kampfes gegen das Bürgertum zu weisen, als den Weg zum Aufstieg und zum Sieg des Proletariats über seine Bedrücker.

Angsterfüllt und zornig sehen die sozialdemokratischen Führer diesen wachsenden Einfluß der Kommunisten. Angsterfüllt schaut auch das gesamte Bürgertum auf die Kommunistische Partei und hofft, daß ihre Unterdrückung die Massen auf dem Wege des geduldigen Abwartens, der der Weg zum Hungertode ist, halten werden. Deshalb will man jetzt die Kommunistische Partei unter irgendeinem Vorwand niederschlagen.

Aber der Vorwand selbst ist schlecht gewählt! Noch haben die Massen nicht vergessen, wie man nach dem Rathenaumord die großartigen Reden gegen die blutige Reaktion schwang, noch haben sie nicht vergessen, wie aus dem Munde des Reichskanzlers der Kampf gegen rechts gepredigt wurde und wie die Niederschlagung der Reaktion die Rettung der Republik in jedem Artikel und in jeder Rede sozialdemokratischer Führer zum höchsten Ziel ward. Längst haben Sozialdemokraten und Demokraten diesen Kampf wieder aufgegeben, weil sie wirtschaftlich mit der Reaktion im Bunde stehen. Die arbeitenden Massen aber werden es als keine ausreichende Begründung der Kommunistenhetze ansehen, daß man den Kommunisten vorwirft, sie hätten eine Orgeschversammlung sprengen wollen.

Der „Vorwärts", der Rücksicht auf diese Massenstimmung nehmen muß, zieht jetzt selbst gegen den Bund für „Freiheit und Ordnung" zu Felde. Die Kommunisten, die gegen diesen Bund nicht nur auf dem Papier zu Felde gezogen sind, werden aber von dem Parteigenossen der „Vorwärts"-Redakteure, von Herrn Polizeipräsidenten Richter in den Kerker geworfen. An diesem Zwiespalt enthüllt sich die ganze Fadenscheinigkeit dieses Vorwandes, mit dem die neue Kommunistenverfolgung eröffnet wurde. Wenn die „Deutsche Allgemeine Zeitung" sogar, das Organ des Stinnes, den Behörden heftige Vorwürfe macht, weil sie die antirepublikanische Kundgebung am Sonntag erlaubten, wie will man denn noch vor den arbeitenden Massen die Unterdrückung der Kommunistischen Partei, der einzigen Partei, die den Kampf gegen die Reaktion wirklich führt, rechtfertigen.

Deswegen schauen wir trotz aller Verhaftungen und trotz aller Bedrückungen hoffnungsfreudiger denn je in die Zukunft. Man kann noch Hunderte unserer Funktionäre verhaften, man kann noch Hunderte unserer Mitglieder aus der aktiven Parteiarbeit reißen, das wirtschaftliche Elend aber kann man damit nicht aus der Welt schaffen und die deutschen Faszisten schlägt man damit nicht nieder. In Verfolgungen und Bedrückungen aller Art ist die Kommunistische Partei Deutschlands stark und groß geworden. An ihrer Wiege stand der blutige Noske und der blutige Wels. Ihre Entwicklung wurde begleitet mit tausenden von Zuchthausjahren für ihre Mitkämpfer. Wer glaubt daß eine neue Verfolgungsära heute die Kommunistische Partei erschüttern könnte!

Die Arbeiterschaft selbst wird nicht dulden, daß die Kommunistische Partei, ihre Führerin im Klassenkampfe, von der Bourgeoisie und ihren sozialdemokratischen Schergen niedergeschlagen wird. Die Arbeiter wissen, daß jeder Schlag gegen die Kommunistische Partei ein Schlag gegen ihren eigenen wirtschaftlichen und politischen Befreiungskampf bedeutet. Die Arbeiter wissen, daß die Niederschlagung der Kommunistischen Partei die Niederschlagung der deutschen Arbeiterbewegung wäre. Deswegen werden sie sich um uns scharen, weit über den Rahmen unseres parteimäßigen Einflusses hinaus und werden den Severing, Richter und Konsorten ein Halt zurufen, das diesen Leuten nicht lieblich in den Ohren tönen wird.

Die Arbeiter in den Betrieben werden nicht dulden, daß man die Bewegung der Betriebsräte niederschlägt, die ihre eigene Bewegung gegen die Verelendung ist. Sie werden nicht dulden, daß die Kommunistische Partei niedergeschlagen wird, deren Kampf der Kampf der deutschen Arbeiterklasse für den Sozialismus ist.

An die deutsche Arbeiterschaft!

Der Zusammentritt des Reichsbetriebsrätekongresses um 4 Wochen verschoben.

Auf Antrag einer ganzen Reihe von Betriebsräteausschüssen sieht sich der Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte veranlaßt,

den für den 22. Oktober angesetzten Reichsbetriebsrätekongreß um höchstens vier Wochen zu verschieben.

Die Betriebsrätebewegung hat im ganzen Reich einen so starken Umfang angenommen, daß wir es für gerechtfertigt erachten, **zur besseren technischen Vorbereitung des Kongresses und** der Wahlen den Kongreß später zusammentreten zu lassen.

Kollegen!

Seit der Aufruf der Berliner Betriebsräte und der Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte ins Land gegangen ist, sind kaum sechs Wochen verstrichen.

Während dieser Wochen ist die Teuerung gewachsen. Keine der von der Regierung angekündigten Maßnahmen gegen Wucherer und Schieber ist durchgeführt worden, keine kann durchgeführt werden.

Nur die Selbsthilfe der Arbeiterschaft kann der Arbeiterschaft nützen — und die Arbeiterschaft muß diesen Weg der Selbsthilfe weitergehen.

Arbeiter! Kollegen! Genossen!

Hier und dort haben sich Kontrollausschüsse gebildet, die versucht haben, für die werktätige Bevölkerung wenigstens einige Erleichterungen ihres unerträglichen Daseins zu erzwingen.

Auf diesem Wege müssen die Arbeiter fortschreiten, soll der Reichsbetriebsrätekongreß etwas Positives leisten können.

Die augenblicklichen Aufgaben für die Kontrollausschüsse liegen klar:

für den Winter müssen Kartoffeln und Kohlen beschafft werden, Kleidung und Schuhwerk und Wohnraum für die werktätige Bevölkerung.

Mit diesen Aufgaben haben sich die **Kontrollausschüsse** vor dem Reichsbetriebsrätekongreß zu beschäftigen.

Wo keine Kontrollausschüsse bestehen — dort müssen die Arbeiter sie sich schaffen.

Es gilt, die wenigen Wochen bis zum Reichsbetriebsrätekongreß intensiv auszunützen und überall Organe der Arbeiterschaft zu bilden.

Es gilt, in Länderkongressen, wie es der heutige Thüringer ist, wie es der am 29. Oktober stattfindende Rheinisch-Westfälische sein wird, ebenso der Mitteldeutsche Betriebsrätekongreß in Halle am 5. November, die örtlichen Kontrollausschüsse zusammenzufassen und nicht nur die Wahlarbeit zum Reichsbetriebsrätekongreß zu organisieren, sondern vor allem jene wirtschaftlichen und praktischen Aufgaben zu erledigen, die wir oben angezeigt haben, und wie sie schon im ersten offenen Brief der Berliner Betriebsräte klar vorgezeichnet werden.

Kollegen! Arbeiter!

Es gilt, die Zeit zu nützen! An die Großbetriebe sind wir verhältnismäßig leicht herangekommen. Aber deren Tätigkeit darf nicht bestehen in der bloßen Aufnahme von zustimmenden Resolutionen. Schafft Ihr Euch nicht die Organe der proletarischen Selbsthilfe — so wird der Reichsbetriebsrätekongreß ohnmächtig bleiben.

Erfaßt Ihr nicht auch die mittleren und kleinen Betriebe, erfaßt Ihr nicht auch die **Landarbeiter und Kleinbauern** — so werdet Ihr die **Kontrolle der Produktion** nicht durchzuführen imstande sein.

Jeder Großbetrieb muß Patenschaften für die in seinem Bereich liegenden Klein- und Mittelbetriebe übernehmen und praktisch betätigen.

So stehen vor der deutschen Arbeiterschaft noch viele, schwere Aufgaben, daß jeder klassenbewußte Proletarier keinen Augenblick zu verlieren hat.

Alle Mann an die Arbeit, Kollegen!
Auf, zum Kampf um die Kontrolle der Produktion!
Auf, zur Vorbereitung des Reichsbetriebsrätekongresses!

Erfurt, 15. Oktober 1922.

Der Reichsausschuß der Deutschen Betriebsräte.
J. A.: Hermann Grothe.
Der 15er-Ausschuß der Berliner Betriebsräte.
J. A.: Hartmann.
Die Betriebsrätekonferenz von Groß-Thüringen.

Die Selber Bauarbeiter beschicken den Reichsbetriebsrätekongreß.

Die gutbesuchte Zahlstellenversammlung des Bauarbeiterverbandes in Selb, beschloß nach einem Referat des Vorsitzenden, Genossen Josef Fröhlich, und lebhafter Diskussion, den Reichsbetriebsrätekongreß durch zwei Delegierte zu beschicken. Gewählt wurden die Genossen Josef Fröhlich und Paul Reißner. Zur Finanzierung führt nach Beschluß jeder Bauarbeiter 35 M ab. Die Sammlung ist bereits in vollem Gange.

Die Regensburger Bürokratie sabotiert Beschlüsse.

Die **Betriebsräte des Fabrikarbeiterverbandes Regensburg** hatten in einer, gegen die Stimme des Geschäftsführers, einstimmig angenommenen Resolution die Einberufung einer Vollversammlung der Betriebsräte zur Wahl der Delegierten für den Reichsbetriebsrätekongreß gefordert. Der Ortsausschuß des ADGB. Regensburg steckte sich gegenüber dieser Resolution hinter den Vollzugsrat und ließ den Antrag glatt ablehnen. Die Regensburger Arbeiter werden sich die Sabotage der arbeitsgemeinschaftlichen Bürokraten nicht bieten lassen und zur Verteidigung ihrer Lebensinteressen **den Weg der proletarischen Selbsthilfe** beschreiten.

Was geht vor?

Die Abgeordneten Sobottka, Rogg, Schneider, Schönebeck, Charpentier, Plenge haben im Preußischen Landtage folgende kleine Anfrage eingebracht:

„Seit Anfang Oktober werden im rheinisch-westfälischen Industrie-Gebiet Schutzpolizeitruppen in größerer Zahl aus anderen preußischen Gebieten zusammengezogen. Dies geschieht, obgleich bei Beratung des Gesetzes, betr. die sofortige Bereitstellung von Mitteln zur Durchführung der staatlichen Polizeiverwaltung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet versichert worden ist, es handle sich lediglich um die Uebernahme der tatsächlich schon vorhandenen Polizeikräfte auf den Etat daß also eine Erhöhung der Kopfstärke nicht vorgenommen werden solle.

Die Arbeiterschaft ist wegen der Zusammenziehung von Polizeikräften im rheinisch-westfälischen Industriegebiet stark beunruhigt. Sie befürchtet, daß das Unternehmertum ihren berechtigten Lohnforderungen nunmehr noch größeren Widerstand entgegensetzen wird und daß es sich um die Vorbereitung einer Aktion handelt, wie sie im März 1921 gegen die mitteldeutsche Arbeiterschaft unternommen wurde.

Ist das Staatsministerium bereit, binnen 8 Tagen sämtliche seit Inkrafttreten des genannten Gesetzes nach dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet verlegten Polizeimannschaften zurückzuziehen?

Berlin, den 14. Oktober 1922.

Die Kolonisierung Deutschlands.

Die deutschen Arbeiter sollen fronen, die deutschen Kapitalisten stecken Milliardenprofite ein.

In der Zeitung „Information" wird eine Darstellung der französischen Absichten in der Reparationsfrage gegeben. Es wird gesagt, was unter einer Sicherheit verstanden werden soll. Die Besetzung des Rheinlandes, die eventuell vor Ablauf des Moratoriums zu Ende gehe, müsse verlängert werden. Falls Deutschland die Finanzreform in einer gegebenen Frist nicht durchführt, die Inflation nicht aufzuhalten vermag und die Mark weiter sinken läßt, müsse Frankreich dazu ermächtigt werden, sein einziges Pfand, die Rheinlande vor dem Bankerott des Reiches zu bewahren, indem es das Gebiet am linken Rheinufer durch eine Zollgrenze vom Reich abtrennt und in diesem besetzten Land eine besondere Finanzverwaltung einführt. Ein besonderes Budget würde geschaffen, die kranke Mark würde durch eine besondere Münze ersetzt werden. Endlich wäre weitere Voraussetzung eines langfristigen Moratoriums der Abschluß einer Anzahl von **Wirtschaftsabkommen zwischen deutschen und französischen Industriellen.**

Was es mit dieser „Zusammenarbeit deutscher und französischer Industrieller" auf sich hat, geht aus einer Meldung des „Echo de Paris" hervor, in der es heißt:

Es handelt sich hier (beim Vorschlag des französischen Arbeitsminister Le Trocquer) nicht um Wiederaufbauleistungen, sondern um eine Fronarbeit in ganz Frankreich, um Kanalbauten und Flußregelungen, die mit deutschen Arbeitern und deutschem Material durchgeführt werden sollen.

Die deutsche Regierung hat bereits ihre prinzipielle Zustimmung zu diesem Raubzug auf die deutsche Arbeitskraft gegeben, indem sie den Staatssekretär Fischer beauftragt hat, in Paris die Vorfragen finanzieller Natur zu besprechen. Die deutsche Regierung gibt also ihre Zustimmung dazu, daß deutsche Arbeiter wie Sklaven verpflanzt werden! Was aber sagen die deutschen Gewerkschaften dazu? Werden sie ihre Zustimmung dazu geben, daß die französischen und die deutschen Industriellen gemeinsam das deutsche und das französische Proletariat ausplündern? Während der Pariser Korrespondent der „Times" schreibt: „Wir hören von Vorschlägen, daß die französische Farbenindustrie mit der deutschen Farbenindustrie zusammen arbeiten soll, die französischen Eisenindustriellen mit den deutschen Kohlengrubenbesitzern und daß die französische Kaliindustrie zusammen mit der deutschen Kaliindustrie ein Weltmonopol aufrichten soll." Während also die internationale Vertrustung des Kapitals Riesenfortschritte macht, treiben die Gewerkschaften Arbeitsgemeinschaftspolitik und bereiten so die **große Koalition vor.**

Die deutsche Arbeiterschaft darf sich aber nicht willenlos den internationalen Ausbeutern verschachern lassen, sie muß selbst die Zügel des Wirtschaftslebens ergreifen und die **Kontrolle der Produktion** zur Durchführung bringen.

Die Hungervorlage im Reichstag.

Laut „Berliner Tageblatt" ist dem Reichstag das Gesetz zugegangen, daß im Reich für das erste Drittel der Getreideumlage der Preis für die Tonne Roggen auf 20 500, Weizen auf 22 500, Gerste auf 19 000 und Hafer auf 18 000 M festgesetzt sei.

Der Reichsrat macht wenig Umstände. Er nimmt die **Verdoppelung des Brotpreises** bereits als beschlossene Tatsache an und er denkt dabei, die „Vereingten Sozialdemokraten" werden sich wohl auch im Reichstag ein wenig zieren, um dann mit Achselzucken und Bedauern ihre Zustimmung zu dem Brotwucher zu geben.

Das deutsche Proletariat erhält aber durch den Verrat der Sozialdemokraten in dieser wichtigsten Lebensfrage die sehr eindringliche Lehre, sich seine Führer zu besehen. Dieselben Sozialdemokraten, die Himmel und Hölle gegen den bevorstehenden Reichsbetriebsrätekongreß in Bewegung setzen, stimmen der Verdoppelung des Brotpreises zu. Einen Ausweg aus der täglich mehr um sich greifenden Not wissen sie nicht anzugeben, von der **Kontrolle der Produktion** aber wollen sie nichts wissen, weil sie ernstlich dem kapitalistischen System zu Leibe rückt und weil sie von den Kommunisten propagiert wird. Es ist höchste Zeit, daß die deutsche Arbeiterschaft erkennt, wie hier ihre wichtigsten Interessen aus engstirnigem Führeregoismus preisgegeben werden.

Wozu dieser Schwindel?

Einzelne Provinzpressen der SPD. wagen nicht, ihren Lesern zu sagen, daß die sozialdemokratischen Minister nicht den Mut aufbrachten, gegen die Erhöhung der Getreideumlagepreise zu stimmen. So schreibt der schlesische „Landbote", Organ der SPD. und des DLV. in Schlesien, am 15. Oktober folgendes:

„Das Reichskabinett hat sich für eine Erhöhung ausgesprochen, die sozialistischen Minister haben den Parteibeschlüssen entsprechend, dagegen gestimmt."

Wir glauben dem „Landboten" gerne, daß die sozialistischen Minister deshalb nicht „die gekränkte Leberwurst spielen" und „den Krempel hinwerfen". Im Gegenteil. Sie werden kleben bleiben, bis sie den Fußtritt von Stinnes, Richthofen und Konsorten bekommen. Das zeigte sich besonders darin, daß sie nicht gegen die Erhöhung der Preise stimmten, sondern durch Stimmenthaltung zum Ausdruck brachten, daß sie sich fügen wollen.

Einzelpreis 35 Mark

Neue Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunist. Internationale)

6. Jahrg. | Erscheint täglich außer an Sonn- u. Feiertagen — Bezug durch die Postanstalten und den Verlag — Auslieferung für München durch die Zeitungszentrale, Färbergraben 27—28. — Expedition und Redaktion München, Hotterstraße 3 (Laden). Sprechstunde der Redaktion: Täglich von 11 bis 12 Uhr vormittags. | Montag, 8. Januar 1923 | Bezugspreis monatlich mit illustrierter Beilage „Sichel u. Hammer" 809 Mk., davon 409 an die Post und 400 direkt an den Verlag: Postscheckkonto 29139 Amt München). In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung oder Rückzahlung. — Anzeigen-Annahme bis 12 Uhr mittags tägl. in der Geschäftsstelle, Hotterstr. 1. — Tel. 51154. | Nr. 6

Kampf dem Faszismus!

J. D. Die nationalsozialistische Bewegung in Deutschland existiert, stellt eine wirkliche Gefahr vor, und es ist deshalb nötig, sich ihre Entstehungs- und Verbreitungsmöglichkeit klarzumachen, um ihr zu begegnen.

Weshalb gab es keine solche Bewegung in den Jahren 1918 und 1919? Weil in diesen Jahren der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat in seiner einfachsten, eindeutigsten, leichtest verständlichen Form ausgetragen wurde, als Machtkampf mit der Waffe in der Hand. Seitdem die erste hohe Welle der deutschen Revolution abgeebbt ist, seitdem insbesondere der Klassenkampf die komplizierten taktischen Formen angenommen hat, die er heute besitzt, seitdem die großen, eindeutigen Losungen (hie Demokratie — hie Diktatur) aus dem Tageskampfe verschwunden sind und die eigentlichen Tagesforderungen an ihre Stelle getreten sind, all die „wirtschaftlichen" Forderungen und die in ihrer schillernden Unbestimmtheit weniger als die großen, einfachen Losungen aufrüttelnden politischen Parolen (wie etwa die der Arbeiterregierung), seitdem ist der Scheidungsprozeß zwischen den Klassen schmerzhafter geworden, nämlich langsamer und unklarer, aber dafür auch gründlicher: 1918 liefen mit Spartakus noch Massen, die heute bei Hitler sind, und die nicht nur keine fortgeschrittenen Elemente des Proletariats vorstellen, sondern im Gegenteil — erst recht wenn sie sich radikal gebärden — Abfall der Bourgeoisie, wildgewordene Spießbürger sind, die eine revolutionäre Partei benützt, wenn wirkliche proletarische Massen im revolutionären Kampfe um die Macht stehen, die aber ins Lager des Gegners übergehen, sowie die die Klassen in ihren Tiefen aufwühlenden Kämpfe vorbei sind. So war es in Rußland, wo sozialrevolutionäre und anarchistische Kleinbürgerschichten im November und Dezember 1917 mit den Bolschewiken gingen und sich dann — mit der Waffe — gegen sie wandten. So ist es in Italien, wo ein großer Teil der heutigeen Faszisten noch 1920 mit den Kommunisten ging.

So ist es auch teilweise in Deutschland.

Aber in Deutschland liegen die Verhältnisse trotzdem wesentlich anders, als in Rußland oder Italien. Hier in Deutschland, haben wir schon zahlenmäßig ein so starkes Industrieproletariat, daß die nationalsozialistische Bewegung sich nur zu einem gewissen Grade aus eigentlichen Arbeitern rekrutiert und zwar Gegenden, in denen die Industriearbeiter aus bäuerlichen oder kleinbürgerlichen Schichten kommen und ideologisch noch nichts Proletarisches an sich haben.

Dazu kommt, daß die gesamte wirtschaftspolitische Situation in Deutschland für den Nationalsozialismus günstig ist. Des Kleinbürgers ökonomische Weisheit besteht in einem einzigen Wort: Sparen. Aber die Träume der seligen Sparagnes, die immer nur reaktionäre Utopien waren, haben heute, bei der ewigen Preissteigerung, mit ihren unberechenbaren Sprüngen jede Realisierungsmöglichkeit verloren. Sparagnes kann sich nicht mehr Talerstücke im Strumpf aufbewahren, um sich eine Aussteuer zu kaufen. Sie kann auch nicht Hundertmarkscheine sich anknapsen, um nach fest vorherberechneter Frist sich irgend ein kleinbürgerliches Befriedigungsobjekt, sei es ein Schaukelstuhl, ein Schlafrock oder ein Mops, anzuschaffen. Und so geht es nicht nur den ganz kleinen Sparern, sondern erst recht den etwas größeren, die ihr schäbiges „Kapital" in Hypotheken, „mündelsicheren" Papieren, Pfandbriefen, Obligationen angelegt hatten und vor dem Kriege von den Zinsen kleinbürgerlich-„ehrbar" dahinvegetierten. Denn abgesehen davon, daß diese Zinsen heute nicht einmal dazu ausreichen, um die beim Abholen abgelaufenen Stiefelsohlen zu bezahlen, genügt ein Blick in die einschlägigen Blätter, um zu zeigen, daß jetzt die Hypotheken und Obligationen, und zwar ebenso in der Industrie, wie für Städte und Landschaften, massenweise gekündigt werden. Das besagt aber, daß die „ehrlichen" Sparer, die früher einmal ihre 75 000 Mark in solchen „bombensicheren" Papieren auf Zinsen legten, heute eine lächerliche Summe in Papiermark zurückerhalten — und nun jemanden als Sündenbock finden müssen für ihre automatische Proletarisierung.

Dieser Sündenbock ist leicht gefunden. Einmal nämlich sieht auch ein ganz Dummer auf den ersten Blick, daß die Geldentwertung im Zusammenhang steht mit den Reparationszahlungen. Von dieser „tiefen" Einsicht aus läßt sich auf der Stelle ein brillanter Blitzableiter für den stupiden, aber rabiaten Spießbürger finden: „Ja, wenn man eben keine so schlappe Regierung hätte, die den verdammten Franzosen und Engländern einfach gibt, was sie fordern — dann wäre alles anders." Aber mit dieser nationalistischen Walze allein kommt man nicht aus. Und da zweitens wiederum auch ein ganz Dummer sieht, daß die Großkapitalisten — worunter die Nationalsozialisten wie die Deutschnationalen, ihre Milchbrüder die Bank- und Handelskönige verstehen wollen — trotz der Not der Kleinbürger glänzend bestehen, so wird von den Führern der nationalsozialistischen Bewegung die Parole „Gegen das Kapital!" ausgegeben, trotzdem die ganze Bewegung vom Industriekapital ausgehalten wird. Denn das Industriekapital benutzt diese Bewegung bewußt als Gegengewicht gegen die Sozialdemokratie, seinen zweiten getreuen Knecht, um zwei Eisen im Feuer zu haben, um eine organisierte Schutz- und Kampftruppe gegen das Proletariat zu haben und um — den sozialdemokratischen Führern die Argumente der Einschüchterung ihren Arbeitern gegenüber in die Hand zu geben, die mit dem Schreckgespenst des deutschen Faszismus die Arbeiterschaft nicht aktivisieren, sondern passiv machen sollen und wollen (ganz wie in Italien es die Turatileute tun). Und schließlich haben die Nationalsozialisten noch ein drittes Rezept auf ihrer Walze, das altbewährte: „Haut den Juden!" Da im Bankkapital Juden eine große Rolle spielen, ist es leicht genug, zumal auch in gewöhnlichen Schieberkreisen viele Juden zu treffen sind, eine antisemitische Hetze zu inszenieren, die unter der Losung: „gegen den jüdischen Wucher" segelt.

Fragt man sich nun, welche Aussichten die naionalsozialistische Bewegung hat und welches Gewicht ihr beizumessen ist, so ist nach obigen Andeutungen die Antwort einfach. Sowie das Uebel an der Wurzel gepackt wird, wird die Gefahr bedeutend gemildert werden. Das Uebel an der Wurzel packen, heißt aber: mit der bisherigen faulen Erfüllungspolitik auf Kosten der Besitzlosen brechen; das bedeutet aber wiederum: die Politik treiben, die wir Kommunisten mit der zentralen politischen Losung seit mehr als Jahresfrist anstreben. Es ist, wenn man die Frage so beantwortet, klar, daß an der Existenz der deutschen faszistischen Bewegung in erster Linie die Sozialdemokraten mit ihrer elenden Koalitionspolitik schuld sind. Es ist weiterhin klar, daß diese kleinbürgerlich-nationalistisch-antisemitische Bewegung eine wirkliche Gefahr vorstellt, die aktiv (durch aktive proletarische Politik) welche auch die Interessen der proletarisierten Mittelschichten „von selbst" wahrnimmt bekämpft werden muß. Diese Gefahr ist groß und aktuell in Bayern, sie wird aber auch aktuell für das ganze Reich, je länger nach Stinnesschen Rezepten unter Zustimmung von ADGB. und VSPD. weiter gewurschtelt wird, zumal. schwerindustrielle Kreise die Ausbreitung der Hitlerei finanzieren.

Daß aber die Gefahr eigentlich — in Deutschland wie anderswo — leicht gebannt werden kann, zeigt ein Umstand, den die Herren Sozialdemokraten, sei es aus Dummheit, sei es aus politischer Demagogie, nicht begreifen und falsch interpretieren, der Umstand nämlich, daß die Nationalsozialisten sich „revolutionär" aufputzen und sogar ihre „Sympathien" für die Kommunisten zu beteuern sich ab und zu veranlaßt sehen. Sie tun das natürlich nicht — wie die geistreichen SPD.-Marxisten schreien — deshalb, weil sich „Rechts- und Linksbolschewismus" „berühren", sondern deshalb, weil der rabiate Spießbürger radikale Phrasen braucht und, wie wir am Anfang betonten, bei Bewegungen objektiv revolutionär verwendet werden kann und wird. Aber dieses Spielen mit radikalen („revolutionären") Phrasen, selbst das Firmenschild „sozial", das die Hitler und Konsorten ihren Bewegungen anhängen müssen, ist für diese Bewegungen gefährlich; sowie das wirkliche Proletariat in große Klassenkämpfe eintritt, wird der größte Teil der deutschen Faszisten mit dem Proletariat gehen (bis zu einem gewissen Punkte, von wo ab sie objektiv gegenrevolutionär wirken werden), und zwar werden desto größere Teile desto entschiedener und weiter mit dem Proletariat gehen, je größer und entscheidender die Kämpfe sind. Dem Spießbürger, erst recht dem rabiaten Spießbürger, imponiert nur Aktivität und Handeln. Wird das Proletariat handeln, so wird der rabiate Spießbürger die erste Wegstrecke mit ihm gehen. Wird aber das Proletariat passiv bleiben und die Bourgeoisie allein aktiv sein, oder gar, wie sie es beginnt, zu entscheidenden Schlägen ausholen, so werden die rabiaten Spießbürger und auch alle sonstigen nationalistisch-faszistischen Elemente mit der Bourgeoisie gehen.

Die Frage des deutschen Faszismus und dessen Liquidierung liegt also ganz in der Hand des deutschen Proletariats.

In Sowjet-Rußland . . .

Moskau, 31. Dez. Auf dem allrussischen Kongreß der Ingenieure trat Kschischanowsky, einer der angesehensten Mitarbeiter der Elektrisierung in Rußland, mit einem Bericht über die Wirtschaftslage Rußlands hervor, indem er erklärte, einerseits sei die Mechanisierung der Arbeit notwendig, andererseits die Steigerung der Produktionsfähigkeit der Arbeiter. Die Erhöhung der Produktionsfähigkeit wird nicht durch die Beseitigung des Achtstundentages erreicht, wie es in den kapitalistischen Ländern geschieht, sondern durch eine Aufbesserung der Arbeitslöhne, welche augenblicklich den Vorkriegsdurchschnitt erreicht haben. An einer großen Zahlenreihe bewies der Referent die Erhöhung der Produktionsfähigkeit im letzten Jahre.

Während als Folge des proletarischen Aufbaus in Rußland die proletarische Lebenshaltung zu steigen beginnt, geht sie in den Staaten des kapitalistischen Niederganges immer weiter abwärts, das Elend der arbeitenden Massen ins Unerträgliche steigernd.

Die Krise in der Tschecho-Slowakei.

Mährisch-Ostrau, 6. Jan. **Hier fanden große Arbeitslosentumulte statt wegen Nichterhöhung der Arbeitslosenunterstützung. Die Demonstranten wurden von Gendarmerie mit gefälltem Bajonett vertrieben. Das Geschäftsleben stockte den ganzen Tag über.**

Die tschechoslowakische Ausbeuterschaft wälzt wie die Ausbeuter der andern Länder die volle Last der kapitalistischen Krise auf die Arbeitermassen ab. Gegen die hungernden Arbeitslosen marschieren die Bajonette der vom Kapital bezahlten weißen Garden.

Die deutschen Arbeiter können aus dem Vorgehen der internationalen Ausbeuterschaft die Notwendigkeit der Erkämpfung der Produktionkontrolle ersehen, die ihnen allein die Abwehrkraft gegen die Ausbeutermacht bringt.

Die internationale Konferenz der revolutionären Metallarbeiter.

Von W. Warow (Moskau).

** Unsere zweite Konferenz fand am 4. bis 7. Dezember in Moskau statt. Eigentlich ist das die erste Konferenz, weil wir im vorigen Jahre nur eine Beratung der Metallarbeiterdelegierten der Komintern und der RGJ. hatten.

An der Konferenz nahmen 46 Delegierte in Vertretung von 18 Ländern teil, 38 Delegierte hatten als offizielle Vertreter der revolutionären Minderheiten von Metallarbeiterverbänden und der Zentralorgane der an die RGJ. angeschlossenen Metallarbeiterverbände beschließende Stimme; 8 Delegierte, die keine spezielle Vollmacht besaßen, wurden mit beratender Stimme zugelassen.

Nach Ländern und Organisationen teilten sich die Delegierten folgendermaßen: Vereinigte Staaten von Amerika 2 Delegierte (1 von der Minderheit der Maschinistenassociation, 1 von dem Verband der Vereinigten Metallarbeiter Amerikas); Kanada 1 (Lokalverband); England 5 (Minderheit des Vereinigten Verbandes der Maschinenbauer); Deutschland 7 (Minderheit des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, und die Sektion der Union); Frankreich 4 (Unitäre Metallarbeiter-Föderation und die Föderation der Luftschiffahrer, Stellmacher und Schmiede); Italien — 2 (Minderheit der Metallarbeiter-Föderation); Australien — 1 (Sektion des Vereinigten Verbandes der Maschinenbauer); Belgien — 1 (Minderheit des Metallarbeiter-Verbandes); Schweden — 2 (Minderheit des Metallarbeiter-Verbandes); Oesterreich — 1 (Minderheit des Metallarbeiterverbandes); Tschecho-Slowakei — 2 (Sektion des Metallarbeiter-Einheitsverbandes und Minderheit des reformistischen Metallarbeiterverbandes); Jugoslawien — 1 (Metallarbeiterverband); Bulgarien — 1 (Metallarbeiterverband); Japan — 1 (Metallarbeiterverband Tokio); Finnland — 2 (Metallarbeiterverband); Estland — 1 (Metallarbeiterverband); Rußland — 10 (Allrussischer Metallarbeiterverband); Lettland — 1 (Metallarbeiterverband). Auf diese Weise waren auf der Konferenz vertreten: 11 selbstständige Organisationen mit einer Mitgliederzahl von ungefähr 550 000 und revolutionäre Minderheiten, die nach der bescheidensten Einschätzung ungefähr 600 000 organisierte Metallarbeiter zusammenfassen.

Auf der Konferenz kamen die Grundfragen des weiteren Kampfes und die propagandistisch-organisatorischen Arbeiten der revolutionären Metallarbeiter zur Besprechung. In den angenommenen Thesen kommt die völlig ablehnende Haltung der Konferenz zur Spaltung der Metallarbeiterverbände und zur Bildung einer selbstständigen Internationale zum Ausdruck. Indem die Konferenz die klar zutage tretende Agressivität der Amsterdamer gegen die revolutionären Arbeiter, ihren reaktionären Kurs während des immer zunehmenden Angriffes der Kapitalisten aller Länder gegen den Vortrupp des internationalen Proletariats, gegen die Metallarbeiter feststellt, bestätigt die Konferenz gleichzeitig die Richtigkeit der Taktik der Einheitsfront und des Kampfes gegen die Spaltungstendenzen Amsterdams. Dieser Beschluß wurde von allen Delegationen einmütig gefaßt. Nur der Delegierte der französischen Unitären Metallarbeiter-Föderation — der ein Syndikalist ist, und sich außerdem noch unter dem frischen Eindrucke der Schlacht in Le Havre und des Verrates der Reformisten befand, die die Opfer von Le Havre den Revolutionären, und nicht der Bourgeoisie zur Last legten — forderte die sofortige Schaffung einer revolutionären Metallarbeiter-Internationale. Auf das einmütige Drängen der ganzen Konferenz schloß sich aber auch der französische Delegierte der Mehrheit an. Indem sich die Konferenz gegen die Spaltung, gegen die Bildung einer selbständigen Internationale aussprach, betonte sie in ihren Resolutionen, daß die Zeit der angestrengten Arbeit zur Zusammenfassung der revolutionären Elemente der Metallarbeiter aller Länder da ist.

Der sich entfaltende Akkumulationsprozeß der klassenbewußten revolutionären Kräfte in den revolutionären Metallarbeiterverbänden, und außerhalb derselben muß in der Vereinigung aller revolutionären Elemente auf Grund eines einheitlichen Aktionsprogrammes zum Ausdruck kommen.

Nach dem Beschluß der Konferenz darf die anti-reformistische Propaganda unter allgemeinen politischen Parolen die Tätigkeit der revolutionären Metallarbeitergruppen nicht erschöpfen. Es müssen verschiedene konkrete und wesentliche Forderungen der heutigen Arbeiterbewegung aufgegriffen und erkämpft werden. In erster Linie müssen die revolutionären Metallarbeiter die Aufhebung der Gildenform der Verbandsorganisationen und den Uebergang zur fortgeschrittensten Organisationsform der Verbände zum Prinzip der Industrieverbände erreichen. Es ist sehr bezeichnend, diesen Beschluß der Konferenz mit jener Resolution zu vergleichen, die der Metallarbeiter-Internationale durch ihren Generalsekretär Konrad Ilg zur Organisationsfrage vorgelegt wurde. Nach seinem Standpunkte kann die Frage der Organisationsform durch die Internationale nur im Wege eines kameradschaftlichen Rates beschlossen werden (Schweizer Metallarbeiter-Zeitung

vom 25. November 1922). Diesem kameradschaftlichen Rat, der dem Wesen nach nichts anderes bedeutet als den Unwillen und das Unvermögen, die Reihen des Proletariats zum Zwecke der Kampffähigkeit umzuordnen, müssen die revolutionären Metallarbeiter ihre klare Forderung entgegenstellen: eine Industrie, ein Verband.

Vollkommen unerläßlich ist endlich der Kampf um die Betriebsräte und die Erhöhung der Bedeutung der Betriebsräte als wichtige Organe der Arbeiterbewegung. Die deutschen Verhältnisse fordern z. B., daß die revolutionären Metallarbeiter unter allen Umständen an der Betriebsrätebewegung teilnehmen und die französischen und englischen Verhältnisse fordern die Ergreifung der Initiative zur Einführung der Betriebsräte als völlig widerstandskräftige Institutionen. Es ist selbstverständlich, daß in den alltäglichen Verteidigungskämpfen gegen das angreifende Kapital, wo es sich um die Verteidigung des Lohnniveaus und des Achtstundentages handelt, die Anhänger der RGJ. unter den Metallarbeitern in der ersten Reihe kämpfen müssen. In diesem Sinne sind die Direktiven der Internationalen Konferenz gehalten.

Die Konferenz bildete ein internationales Fraktionszentrum, das sich in keiner Weise den Namen und die Rolle einer Metallarbeiter-Internationale anmaßt, und die in der Ausübung der internationalen proletarischen Solidarität ein Beispiel geben soll. Dieses Zentrum wird zur Herstellung der engsten Verbindung und zur nahesten Bekanntschaft zwischen den revolutionären Metallarbeitern aller Länder beitragen. Es wird alle Ereignisse an den Fronten des Klassenkampfes der ganzen Welt aufmerksam verfolgen und wird bestrebt sein, jeden Kampf zwischen den Metallarbeitern und dem Kapital zur gemeinsamen Sache aller Metallarbeiter aller Länder zu machen.

Wir wiederholen: Das internationale Zentrum der revolutionären Metallarbeiter maßt sich keineswegs die Rolle einer Metallarbeiter-Internationale an, aber es wünscht zweifellos die Rolle eines idealen Musters der künftigen Internationale, d. h. einer echten revolutionären internationalen Metallarbeiter-Organisation zu erfüllen, die schon im Schoße der alten Berner Internationale im Wachsen begriffen ist.

Die Berner Internationale ist den Jahren nach nicht allzu alt. Sie war aber schon seit ihrer Geburt zu einer ideellen Altersschwäche und Machtlosigkeit verurteilt.

Nach dem Abbruch der Pariser Konferenz.

Das Scheitern der Pariser Konferenz am schroffen Gegensatz der imperialistischen Lebensinteressen Englands und Frankreichs hat eine Situation in der politischen Konstellation Europas hervorgerufen, aus der sich einschneidende Wirkungen auf die Weltpolitik des nächsten Jahres ergeben werden. Gegenüber Englands Isolierung sammelt Frankreich seine Hilfskräfte, um sich, die ihm eine Unterstützung der Durchführung seiner Pläne sein können. Es hat deshalb sofort, wie die nachfolgende Meldung zeigt, Beratungen mit den Vertretern Belgiens und Italiens abgehalten:

Paris, 5. Jan. Wie Havas mitteilt, wird sich Poincare heute mit dem belgischen Ministerpräsidenten besprechen, auch mit den italienischen Vertretern wird er Rücksprache nehmen.

Der belgische Vasall Frankreichs und das faszistische Italien — das sich, im Gegensatz zur vergangenen italienischen Regierung, von der Anlehnung an England sich nun Frankreich zugewandt hat — werden die französischen Pläne unterstützen. Das hat die Gruppierung auf der Konferenz bewiesen. Das französische Kabinett ist sich allerdings noch nicht völlig darüber klar geworden, welche Maßnahmen es zur Verwicklichung des Expansionsdranges des französischen Schwerkapitals an sofortigen Maßnahmen gegen Deutschland durchführt. Das französische Kabinett tagt unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik. Seine Beschlüsse werden sicherlich das Höchstmaß dessen darstellen, was die französischen Imperialisten glauben, aus den gegenwärtigen machtpolitischen Verhältnissen herausholen zu können. Da kann Frankreich auf Englands schwankende Position in der Orientfrage bauen. Es kann diese als einen der Faktoren benützen, der Frankreichs Position gegenüber dem isolierten, auf seine europäischen und orientalischen Machtinteressen Rücksicht nehmenden England stärkt. Es ist noch nicht abzusehen, wie weit England in der Vertretung seiner kapitalistischen Interessen Frankreich Zugeständnisse machen wird. Ist auch England gezwungen, mit Frankreich erneut in eine Kuhhandelei einzutreten, so wird es Zugeständnisse an die Pläne des französischen Schwerkapitals und seiner politischen Vertretung nur im knappestem Ausmaße machen. Diese werden keine Verkleisterung der Gegensätze bedeuten, sondern durch die Verschleppung auf Grund der machtpolitischen Verhältnisse eine weitere unausbleibliche Verschärfung des offenen Interessengegensatzes im Gefolge haben. Der Kampf zwischen England und Frankreich ist ein Machtkampf der imperialistischen Staaten, der — in Vertretung ihrer kapitalistischen Lebensinteressen — nicht ausgeglichen werden kann.

Die Regierung Cuno, deren Vertreter in Paris ungehört vor der Türe stehen blieb, weiß in einer amtlichen Erklärung zum Ergebnis der Pariser Konferenz nichts anderes zu sagen, als daß sie gewillt ist, bis ans äußerste ihrer Kraft zu gehen. Die deutsche Regierung vermag nicht, wie die russische Sowjetregierung, die imperialistischen Gegensätze der Siegerstaaten zu ihren Gunsten auszuwerten. Sie versagt kläglich an dem einander widerstreitenden Interessen der deutschen Kapitalgruppen, die nach Reparationsprofiten auf Kosten der Wirtschaftszerrütung und der verschärften Ausbeutung des Proletariats drängen.

Ein Aufruf der rheinisch-westfälischen Betriebsräte.

Der 23er-Ausschuß der Betriebsräte von Rheinland-Westfalen hat an die Arbeiterschaft einen Aufruf gerichtet, der klar und eindeutig den Weg zeigt, den die Arbeiterschaft in ihrem Kampfe gegen die Verelendung betreten muß.

Nach einer Würdigung des Kampfes der 30 000 Ludwigshafener Anilinarbeiter und der Brandmarkung des Verrats der Gewerkschaftsbürokraten heißt es:

„Die Cuno-Regierung schickt sich an, den ihr von **den Industriegewaltigen unter Führung von Stinnes diktierten Kriegsplan gegen das Proletariat zur Ausführung zu bringen . . .**

Das Stinnesorgan, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung", tritt mit zynischer Offenheit für **sofortigen Lohnabbau** in den Hauptindustrien ein. „**Die Arbeitslosigkeit in vielen Industriezweigen verschärft sich.** Eine Reihe von Unternehmungen schließen die Betriebe, um so wieder eine große Reservearmee von ausgehungerten gefügigen Lohnsklaven zu haben, die der Arbeiterschaft bei den bevorstehenden Kämpfen gegen Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung in den Rücken fallen sollen.

Wie auch die Reparationsverhandlungen in Paris ausfallen mögen, ob der Dollar steigt oder fällt, eins ist sicher, **die Lasten für die Arbeiter, Angestellten und Beamten werden um so größer.** Die Steuern steigen, die Lebenshaltung verteuert sich bis ins Unerträgliche und die große Masse des Volkes verelendet."

Zum Schluß fordert der Aufruf die Arbeiter auf, die Spitzenorganisationen zu zwingen, sich an die Spitze der Abwehraktion zu stellen. Weigern sich die Führer, dann muß die Arbeiterschaft über diese Führer hinweg die geschlossene proletarische Kampffront herstellen.

Neue Erhöhungen der Post- und Telegraphengebühren.

Berlin, 6. Jan. **Der Reichsrat nahm die Vorlage über Erhöhung der Post- und Telegraphen-Gebühren gemäß den Beschlüssen der Ausschüsse, die die Regierungsvorlage genehmigt hatten, unverändert an.**

Reaktionäre Provokation.

Die Antwort der klassenbewußten Arbeiter.

Berlin, 6. Jan. Wie die Blätter aus Halle melden, erlassen die bürgerlichen Parteien eine gemeinsame Kundgebung zu einer Massendemonstration am kommenden Sonntag vor dem Kaiser-Wilhelm-Denkmal gegen das ein Dynamit-Anschlag vor einigen Tagen verübt worden war. Gleichzeitig erlassen die sozialdemokratische und die kommunistische Partei und die Gewerkschaftskartelle an die Arbeiter, Angestellten und Beamten einen Aufruf, am Sonntag sich zur selben Zeit wie die bürgerlichen Parteien zu einer Massendemonstration einzufinden.

*

In Halle wurde vor einigen Tagen auf das Kaiser Wilhelm-Denkmal ein Sprengattentat verübt, das von reaktionärer Seite ausging und den provokatorischen Zweck hatte, Gelegenheit zur Einleitung einer verlogenen Hetze gegen das klassenbewußte Proletariats Halles zu bieten. Die Demonstration der reaktionären Parteien beweist, daß sie die von ihnen bezahlten Provokationen auch in diesem Sinne ausnützen wollen. Der Beschluß der Haller Arbeiterschaft, zu gleicher Zeit und am gleichen Ort eine Gegendemonstration zu veranstalten, wird dafür sorgen, daß der reaktionäre Plan kläglich scheitert.

Der Mieterstreik in Leipzig.

Der Mieterstreik breitet sich aus: In Leipzig hat die Mieterschaft fast ausnahmslos gemäß der Streikparole die Miete zurückgehalten. Nachrichten aus dem ganzen Lande zeigen, daß die Mieter Sachsens mit den Leipziger Mietern sympathisieren und auch nicht zurückhalten, sie im Streik finanziell zu unterstützen. Die Forderungen der Leipziger Mieterschaft sind auch von den anderen Mietern Sachsens zu den ihrigen gemacht worden. Die ungeheuren Belastungen, die die Mieter jetzt zu tragen haben, lösten automatisch die hervortretende Forderung nach dem uneingeschränkten Kontroll- und Mitbestimmungsrecht über die Verwendung der Miete aus. Die gesamten Forderungen der Mieter stehen in keinem Widerspruch mit dem Reichsmietengesetz und ihre Erfüllung würde eine Niedrighaltung der Mieten unbedingt zur Folge haben. Die Mieterschaft ist wohl in der Lage, den Kampf bis zu einer Neuregelung der gesamten Mietsverhältnisse einschließlich der immer brennender werdenden Wohnungslosigkeit durchzuführen. Während das Leipziger Gewerkschaftskartell und die VSPD. eine zweideutige Stellung gegenüber dem Streik einnimmt, und dadurch auch diesen Wirtschaftskampf ernstlich gefährden, hat die **Kommunistische Partei** seit Beginn des Kampfes ihre volle Solidarität mit den Streikenden tatkräftig bewiesen. Die KPD. hat im Gegensatz zur verräterischen Haltung der VSPD. und der Gewerkschaftsbürokratie erneut gezeigt, daß sie die einzige ist, die in jedem Falle bereit ist, die Interessen der Minderbemittelten wahrzunehmen.

Der Leipziger Rat als Hauswirt droht übrigens seinen Mietern mit dem Hinauswurf u. übertrifft mit dem rigorosen Vorgehen gegen seine Mieter sogar das private Hauskapital. Dafür hat Sachsen aber auch eine sozialdemokratische Regierung, die es mit ansieht, wie Arbeiter, die sich gegen die Abwälzung aller Lasten auf ihre Schultern wehren, mit Frau und Kind auf die Straße gesetzt werden. Wenn aber die Leipziger Mieter ihre Sache mit der gebotenen Energie weiterführen, wird die Sächsische Regierung gezwungen sein, eine weniger mieterfeindliche Haltung einzunehmen. Uebrigens haben auch in **Braunschweig** die Mieterverbände zum Streik gegen die Hausbesitzer aufgerufen.

Die Justizrüstungen gegen das Proletariat.

Nachdem man sich amtlich darüber ausschwieg, ob die süddeutschen Justizminister tatsächlich zur Verhandlung des Reichsjustizministers Dr. **Heinze** mit der bayerischen Regierung nach München kämen, liegt nun die offiziöse Meldung vor, daß die Zusammenkunft tatsächlich stattgefunden hat. Diese Justizministerkonferenz befaßte sich mit der Erörterung der schwebenden Justizangelegenheiten, vor allen Dingen im Zusammenhang mit der Frage des Republikschutzgesetzes und der Schöffengerichte. Wie die offiziöse Meldung mitteilt, ging die Konferenz nach „harmonischem" Verlauf auseinander, nachdem die Uebereinstimmung konstatiert wurde.

Die Tatsache, daß diese Justizministerkonferenz ausgerechnet in München stattfand und anschließend an Heinzes Verhandlungen mit dem deutschnationalen Justizminister Bayerns, zeigt ihren politischen Charakter klar auf. Das Mitglied der Stinnesregierung, Herr Dr. Heinze wollte durch die Vereinbarungen und Zugeständnisse das Band zwischen der Regierung des deutschen Schwerkapitals und den bayerischen Reaktionären festigen. Die Justizminister der übrigen süddeutschen Staaten benützen dies, um sich gleichfalls hinter die reaktionäre Heinze-Gürtner-Justiz zu stellen.

Die Regierung Cuno beweist gegenwärtig in der Oeffentlichkeit, daß sie gegenüber der kleinbürgerlichen Regierung Wirth sich offen hinter die reaktionären Forderungen Bayerns stellt. Sie ist bereit, der Unterstützung durch Bayern als Gegenleistung eine Stärkung all ihrer reaktionären Machtpositionen zu bieten. Der Reichsjustizminister Heinze erklärte ja einem Vertreter der „Münchener N. Nachrichten" u. a.:

> **„Er habe den sicheren Eindruck gewonnen, daß die bayerische Regierung nichts anderes anstrebe, als die Erhaltung jener Stellung der bayerischen Justizverwaltung und Rechtspflege, die Bayern nach der Reichsverfassung und im Rahmen der Reichsgesetzgebung zukomme."**

Sehr klar veranschaulicht die „Deutsche Zeitung" den Zweck von Heinzes Besuch:

> **„Es wird sich bei der Aussprache zwischen Dr. Heinze und Gürtner darum drehen, daß unter keinen Umständen irgendwie von den Sicherungen abgegangen werden kann, die das Reich Bayern in der Durchführung der Schutzgesetze gemacht hat."**

Diese Aeußerung des deutschnationalen Blattes besagt bei den heutigen Verhältnissen, daß die reaktionäre Freiheit der bayerischen Justiz — die sich heuchlerisch mit der Maske des unpolitischen Richtertums schmückt — noch erweitert wird. Das bayerische Proletariat wird in einem gesteigerten Justizfeldzug gegen die Vertreter der klassenbewußten Arbeiterschaft bald die Früchte dieser Konferenz zu kosten bekommen.

Aus dem Heim-Hitlerparadies.

Obwohl der bayerische Landwirtschaftsminister Wutzlhofer selbst im Landtage feststellen mußte, daß das milchreiche Bayern allen andern Teilen Deutschlands mit seinen Milch- und Butterpreisen weit voraus ist und daß in Bayern der Milchwucher besondere Blüten treibt, hat das Landwirtschaftsministerium einer neuen Milchpreiserhöhung auf 250 M. zugestimmt. Herrn Wutzlhofers große Offensive gegen die agrarischen Wucherforderungen scheiterte kläglich an dem Verlangen der in Bayern herrschenden Kreise, den Großbauern und dem agrarischen Großhandel neue Profitsteigerungen in den Rachen zu werfen. Herr **Heim**, der Vorsitzende der Landesbauernkammer, muß ja dafür sorgen, daß den großbäuerlichen Interessenten neue Milchprofite gewährt werden.

Der gleiche Bauerndoktor Heim ist aber bereit, für eine verschärfte Ausbeutung der industriellen Arbeiterschaft bei jeder Gelegenheit einzutreten, um die Produktion des deutschen Kapitals und dessen Profite zu steigern. Wohin das Unternehmertum durch die verschärfte Ausbeutung treibt, zeigt sich in allen Betrieben, daß es auch die Produktion auf Kosten einer mangelnden Betriebssicherheit erhöhen will. Eine Statistik der Stadt **Nürnberg** offenbart, daß die im Jahre 1921 schon ganz ungeheuerlich gestiegene Zahl der **Betriebsunfälle** im Jahre 1922 um **weitere 900** in den Nürnberger Betrieben **gestiegen** ist.

Zum Wucher von Heims Freunden und der Ausbeutungssteigerung des Unternehmertums machen die bezahlten Hakenkreuzgarden die Begleitmusik, die mit freundlichster Genehmigung der polizeilichen Instanzen gegen das klassenbewußte und revolutionäre Proletariat losgelassen werden.

Die orgeschbayerische Jagd auf Sowjetfahnen.

Die Kommunistische Jugend Unterfrankens wendet sich in einer **öffentlichen Anfrage** an die Kreisregierung:

„Der Kommunistischen Jugend, Ortsgruppe Nürnberg, wurde am 3. Dezember 1922 am Würzburger Hauptbahnhof ohne vorheriger Warnung die Gruppenfahne beschlagnahmt.

Eine diesbezügliche Beschwerde an die Kreisregierung von Unterfranken zu Händen Regierungspräsidenten Herrn von Henle ist noch heute unbeantwortet. Ebenso ist auch bis heute noch kein offizielles Verbot bekannt, welches die Beschlagnahme begründen könnte.

Die Kommunistische Jugend Nordbayern richtet an die in Betracht kommenden Behörden die Frage, ob sie sich nicht verpflichtet fühlt, unser Schreiben zu beantworten?

Wir wollen nicht annehmen daß unser Schreiben, ehe es in die richtige Hand kam, in den Papierkorb fiel, und sehen der baldigen Antwort entgegen.

Kommunistische Jugend Deutschlands.
Unterbezirk „Unterfranken 3".

Der Regierungspräsident v. Henle wird wohl zu sehr mit den Vorbereitungen zum polizeilichen Schutz der geheiligten Hakenkreuzfahnen beschäftigt gewesen sein, als daß er Zeit gefunden hätte, sich mit der Eingabe der Kommunistischen Jugend zu befassen.

Der kapitalistische Kindermord.

Eine ärztliche Untersuchung der **Volksschüler** in **Langendreer** ergab, daß von den Kindern einer zu Ostern zur Entlassung kommenden Klasse **die Hälfte je acht Kilo unter Normalgewicht hatte. Drei Fünftel waren blutarm, ein Drittel skrofulös.**

Trotzdem sollen die Proletarier nach der Rede Cunos in Hamburg höchstmögliche Produktionssteigerung durchführen. Der „Wiederaufbau" ist ein gefräßiges Tier. Nicht zuletzt: die Proleten erlauben es ja.

Eine Falschmeldung über Genossen Lenin.

Verschiedene bürgerliche Agenturen verbreiten neuerlich Nachrichten über eine Verschlimmerung im Gesundheitszustande Lenins und wollen von einer neuen Berufung Professor Klemperers nach Moskau wissen. Auf unsere Erkundigung wurde uns bei der hiesigen Botschaft der Sowjetrepublik mitgeteilt, daß daß diese Meldungen **völlig aus der Luft** gegriffen seien. Nicht nur sei Professor Klemperer **nicht** nach Moskau gerufen, sondern auch Professor Förster, der den Genossen Lenin in der letzten Zeit behandelte, ist eben in diesen Tagen nach **Deutschland zurückgekehrt, da die fortdauernde Besserung** im Befinden Lenins seine Anwesenheit in Moskau überflüssig mache.

Attentat auf den tschechischen Finanzminister.

Prag, 5. Jan. Morgens gegen 8.45 Uhr wurde gegen den Finanzminister Dr. **Raschin** in dem Augenblick, als er vor seiner Wohnung das Auto bestieg, ein **Attentat** verübt. Der 21jährige Versicherungsbeamte Joseph **Soupal** gab auf den Minister zwei Schüsse ab, von denen einer den Minister rückwärts in der Hüfte traf und ihn schwer verletzte. Der Urheber des Anschlages gehört keiner politischen Partei an. Als Grund gibt er die politische Tätigkeit Raschins an. Er habe sich bereits vor längerer Zeit zu dem Attentat entschlossen.

Für die Pfälzer Ausgesperrten!

Die Roten französischen Gewerkschaften überweisen neue 3 Millionen Mark.

Der Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte erhielt am 29. Dezember vom Roten Französischen Gewerkschaftsbund (CGTU.) eine weitere Summe von 6000 Franken (3 198 000 M) zur Ueberweisung an die gemaßregelten Ludwigshafener Arbeiter.

Die bei der Redaktion des Züricher „Kämpfer“ eingegangenen und bis jetzt überwiesenen Summen betrugen im ganzen 2 Millionen Mark.

Die neue Quitung der „Humanitee“ vom 27. Dezember über die gesammelten Beträge zur Unterstützung der Ludwigshafener Arbeiter weist weitere 662 Franken auf.

Ein Kampfgruß belgischer Streikender.

Seit dem 9. November streikten die Bergarbeiter der Grube 4 in Roux (Becken von Charleroi). Sie traten geschlossen in den Solidaritätsstreik, als das Unternehmertum eines ihrer Betriebsausschußmitglieder maßregelte, weil er einigen Arbeitern wegen deren Leistung von Ueberschichten Vorhaltungen machte. Auch dort hat die Gewerkschaftsbürokratie es abgelehnt, durch Verbreiterung des Kampfes diesen zu einem raschen Sieg zu führen.

Diese Streikenden sandten an die Ludwigshafener Klassengenossen folgenden Gruß:

„Die Belegschaft der Grube 4 Monceau-Fontaine in Roux, die heute, am 16. 12. 22 im Volkshaus zu Roux versammelt ist, nimmt Kenntnis von dem Aufruf der RGJ., betreffs der 40 000 Streikenden in der Pfalz und beschließt einstimmig: 1. Den im Kampfe stehenden Klassengenossen, die als Antwort auf die Brutalitäten der Unternehmer so energisch Stellung nahmen, den brüderlichen Gruß zu übersenden.

Sie bedauert, in diesem Moment nicht imstande zu sein, sie finanziell zu unterstützen, da sie aus demselben Grunde im Streik steht. Hofft, daß wir durch gemeinsame Abkommen dahin kommen werden, über die Grenzen hinweg zusammen für die Respektierung des Achtstundentages zu kämpfen.“

Während die Bourgeois sich international verständigen, um den Achtstundentag zu beseitigen, müssen wir, die Proletarier aller Länder, alles tun, um durch internationale Abwehr darauf zu antworten.

Weg mit den Dienstdauervorschriften!

Die Dienstdauervorschriften des Reichsverkehrsministers haben sowohl bei dem Personal wie bei den Eisenbahndirektionen vielfach eine Auslegung gefunden, die vom Minister nicht beabsichtigt war. Infolgedessen hat sich bei dem Personal eine starke Erregung bemerkbar gemacht, die zu einer scharfen Opposition gegen die Dienstdauervorschriften führte. Am Donnerstag trugen die beteiligten Gewerkschaften im Reichsverkehrsministerium ihre Wünsche auf Zurückziehung der Dienstdauervorschriften oder die Herausgabe genauerer Richtlinien vor. Die Besprechungen werden fortgesetzt und man hofft nach Neujahr in neuen Verhandlungen diese Streitfrage endgültig zu regeln.

Der ADGB. hat trotz des Protestes der Eisenbahner in die Aufhebung des Achtstundentages bei der Eisenbahn eingewilligt. Rücksichtslos wurden von Groener die „Dienstvorschriften“ durchgedrückt. Es ist lächerlich, zu behaupten, daß sich die Groener untergeordneten Dienststellen Verschärfungen erlauben, die von oben nicht beabsichtigt wären. Aber der wachsende Widerstand der Eisenbahner zwingt eben die reformistischen Führer, Einspruch zu erheben, um die Eisenbahner zu vertrösten. Dies dürfen daher nicht nachlassen und müssen einig und geschlossen die Aufhebung der Dienstdauervorschriften erkämpfen.

Für den Industrieverband in der Nahrungs- und Genußmittel-Industrie.

Nach uns zugegangenen Mitteilungen verhandeln zur Zeit die Hauptvorstände des Zentralverbandes der Fleischer, der Bäcker und Konditoren und des Verbandes des Lebensmittel- und Getränkearbeiter über den Zusammenschluß dieser drei Organisationen. Bekanntlich haben sich die letzten Verbandstage der Fleischer und Bäcker für die Bildung eines Industrieverbandes ausgesprochen. Der frühere Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter hat durch die Aenderung seines Namens in „Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter ebenfalls seine Bereitwilligkeit zur Verschmelzung zu erkennen gegeben. Der Zusammenschluß dieser drei Organisationen, so sehr er an sich zu begrüßen ist, ist trotzdem nur als Anfangsstadium zu einer besseren Organisationsform zu bewerten. Ein wirklicher Industrieverband der Nahrungs- und Genußmittelindustrie muß in sich vereinen die Arbeiter der Backwaren-, Fleischwaren-, Margarine-, Fischwaren-, Süßwaren-, Tabak- und Getränke-Industrie. Die Arbeiter der Speisehäuser, der Lebensmittel-, Groß- und Kleinhandlungen, der Mühlen und aller sonstigen in Lebensmittelbetrieben Beschäftigen.

Der größte Teil dieser Arbeitergruppen gehört zur Zeit dem Fabrikarbeiter-Verband an. Die Bürokraten dieses Verbandes mit Brey an der Spitze, deren verräterisches Vorgehen gegen die streikenden Ludwigshafener Arbeiter den Abscheu des gesamten internationalen klassenbewußten Proletariats erweckt hat, sind in Gemeinschaft mit ihren Kollegen im Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Cafeangestellten und im Tabakarbeiter-Verband die gefährlichsten Saboteure eines einheitlichen und mächtigen Industrieverbandes sämtlicher Arbeiter der Nahrungs- und Genußmittel-Industrie.

Die wirtschaftliche Entwicklung wird die Arbeiter dieser Industrien zum energischen Kampf gegen diese Saboteure zwingen. Schon jetzt werden die niedrigsten Löhne in der Lebensmittelindustrie bezahlt. Alle Kämpfe derselben gingen im letzten Jahre mit ganz geringer Ausnahme verloren. Eine große, einheitliche mit Klassenbewußtsein erfüllte Industrieorganisation wird viel besser als die kleinen, zersplitterten Verbände in der Lage sein, auch die wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder besser wahrzunehmen.

Hungerstreik von Kriegsopfern!

Wie die PPN. melden, haben die 88 Insassen des Versorgungskrankenhauses Leipzig-Gohlis beschlossen, am 5. Januar in den Hungerstreik zu treten, wenn das Reichsarbeitsministerium nicht sofort die Beibehaltung der bisherigen Verpflegungssätze, ein zeitgemäßes Taschengeld und die Aufhebung der Verordnung bewilligt, nach der Angehörige von in Lazaretten gestorbenen Kriegsteilnehmern zur Beitreibung der Bestattungskosten gepfändet werden können. Den Anlaß zu diesem Beschluß gab die neue Beköstigungsverordnung des Reichsarbeitsministeriums. Die Insassen des Krankenhauses erklären, daß sie den Kampf um die Besserung ihrer Lage konsequent durchführen werden.

Armen Invaliden, Opfern des Krieges „für das Vaterland“, bleibt nur der Hungerstreik als letztes Mittel der Verzweiflung, um sich gegen Kostverschlechterung und unwürdige Bestimmungen zu wehren.

Mieterstreik in Leipzig.

TU. Leipzig, 2. Jan. Der von den Behörden für Groß-Leipzig festgesetzte Zuschlag von 4 100 % zur Grundmiete hat unter der Leipziger Mieterschaft lebhaften Unwillen hervorgerufen. Um zu der Streitfrage Stellung zu nehmen, hatte der Mieterschutzverband zehn öffentliche Versammlungen einberufen. Es gelangte überall eine Entschließung zur Annahme, in der gesagt wird, daß die Mitglieder des Leipziger Mieterschutzverbandes, der zirka hunderttausend Mieter umfaßt, geschlossen in den Mieterstreik treten und die Zahlung der Miete solange verweigern, bis den berechtigten Ansprüchen der Mieterschaft Rechnung getragen und die hohen Zuschläge bedeutend herabgesetzt werden. Die übrigen Mieter Leipzigs werden aufgefordert, sich dem Streik anzuschließen.

Christlich-deutschnationale Arbeiterführer.

Von den Angestellten der christlichen Arbeiterbewegung sind, wie der „Textilarbeiter“ mitteilt, nicht weniger als 380 Angestellte, darunter 79 Gewerkschafsangestellte, Mitglieder der deutschnationalen Volkspartei. Und da sage noch einer, daß die christliche Arbeiterbewegung nicht unpolitisch sei. Sie trieft ja geradezu vom Oel des Kapitalismus. Ob bewußt oder unbewußt, die Politik des Arbeiterverrats bleibt stets in gleicher Weise ein Verbrechen, dessen Größe nur durch die Dummheit der Genasführten ermöglicht und erreicht wird.

An alle jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen in allen Ländern!

Zum vierten Male jährt sich der Tag des Kampfes und des Gedenkens, naht

der 15. Januar,

der schwarze Tag, an dem unsere teuersten Vorkämpfer

Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

von der Reaktion niedergestreckt wurden. Die Arbeiterjugend muß zeigen, daß sie nicht vergessen, daß ihre besten Streiter meuchlings aus den Reihen gerissen wurden und es laut verkünden, daß sie sie rächen will. Karl Liebknechts unerschrockene kühne Tat für die proletarische Revolution, sein unermüdliches Wirken für die revolutionäre Jugendbewegung, Rosa Luxemburgs scharfes Wissen, das dem Kampf der Arbeitermassen revolutionäre Organisation, Mittel und revolutionäres Ziel gab, soll uns auch jetzt führen, da die Gefahr für die Arbeiterklasse riesengroß ist!

Die wirtschaftliche Offensive der Kapitalistenklasse braust über die ganze Welt und übt einen unerhörten Druck auf die Arbeiterschaft aus. Der Militarismus wächst täglich. Kriegsgefahren drohen, da die imperialistische Gier der kapitalistischen Staaten unersättlich ist, und auf dem Altar des Profits sollen in neuen Kriegen im Dienste der Bourgeoisie abermals Millionen, vor allem junge Proletarier, einen schrecklichen Tod und Siechtum finden. Um aber ihren Unterdrückungsplan vollkommen durchzuführen, verstärkt die Bourgeoisie allerorts die Reaktion und übt den größten Terror auf die Arbeiterschaft aus. Schon herrscht die weiße Schreckensherrschaft gegen die Werktätigen in Polen, den Randstaaten, am Balkan, Amerika, Finnland, Ungarn, schon hat der Faszismus in Italien gesiegt, in Deutschland schickt sich die Bourgeoisie an, das gleiche Beispiel zu wiederholen, in der Tschechoslowakei, in Frankreich, Oesterreich, überall werden die reaktionären Bestrebungen immer drohender und frecher. Die Arbeiterjugend und ihre revolutionären Jugendorganisationen leiden unter dieser Reaktion am meisten. Sie sind der Gegenstand besonders wütender Angriffe der bürgerlichen Regierungen und kapitalistischen Schreckensmänner. Denn der Kapitalismus weiß, wer die Arbeiterjugend hat, hat die Armee und hat die Zukunft und mit Besorgnis sieht er auf die unermüdlichen, erfolgreichen Bemühungen der KJJ. in allen Ländern, die Arbeiterjugend zu gewinnen und klassenbewußt zu erziehen.

Dem bürgerlichen Militarismus, der imperialistischen Kriegsgefahr, der Reaktion kann man nicht mit Reden und pazifistischen Verschwörungen begegnen, wie es die Sozialdemokraten aller Länder tun. Die Gefahr ist nur abwendbar, wenn die Arbeiterschaft als geschlossene Masse in geeinter Front, bereit zur revolutionären Tat, ihr im Kampf entgegentritt.

Nicht ruhen und rasten im Kampf gegen bürgerlichen Militarismus und Imperialismus, Reaktion und Weißen Schrecken!

Alle Kräfte zusammengenommen und den Kampf verstärkt!

Darum wollen wir den Todestag unserer großen Führer zum Anlaß nehmen, aufs neue den von ihnen erhobenen Ruf auf unsere Fahne zu schreiben.

Gegen den Militarismus und Imperialismus!
Nieder mit der Reaktion!

Junge Arbeiter! Genossen! Eilt in großer Zahl und geschlossenen Zügen herbei am 15. Januar, beteiligt Euch an den Versammlungen und Kundgebungen der Kommunistischen Jugend und Kommunistischen Partei und bringt zum Ausdruck, daß ihr nunmehr nicht länger gewillt seid, wehrlos die Schläge des Kapitalismus hinzunehmen, sondern, daß Ihr in geeinter Front im Geiste unserer getöteten Führer kämpfen wollt bis zur Verwirklichung ihrer Ziele!

Es lebe die Weltrevolution!

Moskau, den 15. Dezember 1922.

Exekutivkomitee der Kommunistischen Jugend-Internationale.

---

warten nur auf Befehl. Wenn es gilt, Sowjet-Rußland gegen fremde Angriffe zu beschützen, wenn die Stunde des Kampfes für die Befreiung der unterdrückten Arbeitenden anderer Länder schlägt: wir halten unsere Waffen bereit.“

Die Rede ist zu Ende. Die Soldaten, Arbeiter, Bauern besiegnl mit lebhaftem Hurra den Schwur von Budjoni.

In dieser Nacht erzählt Budjoni von seinem Leben, von seinen Kämpfen und wir durchleben mit ihm in Gedanken einen Abschnitt aus dem großen Epos der Revolution. Er stammt aus dem Kosakengebiet, aber er hatte kein Land. Er war nur ein Inorodez (Landloser), Pächter eines reicheren Kosaken. Dort arbeitete er, bebaute den Boden im Schweiße seines Angesichts, auf daß er imstande sei, die Pacht zu zahlen und kärglich sein Leben zu fristen.

Der Krieg kam. Budjoni wurde als Soldat fortgeschleppt. Er wurde Reiter. Bei Ausbruch der Kerenski-Revolution war er schon Wachtmeister. Es bildeten sich Soldatenräte, und Budjoni wurde vom Regiment in den Rat gewählt. Dort hört er erst von Revolution, vom Boden, Freiheit, von Reichen und Armen, von Ausbeutung und Klassenkampf. Und nun sieht er die Dinge der Welt mit anderen Augen an. Jetzt empört ihn, was ihm bisher durch Gewohnheit und Abstumpfung als natürlich galt. Er geht nach Hause in sein Dorf unter seinesgleichen. Landlose Habenichtse. Sein Dorf, die ganze Gegend ist gegenrevolutionär. Das wohlhabende Kosakentum rebelliert. Es will nichts von Revolution hören, es sehnt den Zaren zurück.

Die Pächter, die armen Bauern sind gleichgültig. Und Budjoni spricht ihnen vom Land, vom Rechte der Arbeit, von Reichen und Armen. Und siehe, sie verstehen es wohl; wenn das reiche Kosakentum gegen die Revolution zu den Waffen greift, dann müssen wir für die Revolution auch das Schwert ergreifen. Und als die Flammen des Bürgerkrieges über das Kosakengebiet auflodern, eilt schon Budjoni an der Spitze einer kleinen Partisanreitergruppe den Roten zu Hilfe. Der Klasseninstinkt lehrt die Armen früh, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur ein Werk der Arbeiterklasse sein kann. Und siehe, die Reichen, die Weißen umzingeln das Dorf. Den Dorfarmen mangelte es an Nahrung, an Munition, an Ausdauer. In einigen Stunden sinken sie schon unter den Schlägen der Säbel und Gewehrkolben der Weißen blutig nieder. Sie wissen jetzt, was Weißer Terror, was Gegenrevolution bedeutet. Und Budjoni reitet mit seinen Partisanen zur Attacke gegen die heranstürmenden Weißen, er zerstreut sie, säubert das Dorf . . .

So lehrt die Praxis den Bauern, den Begriff der Proletariersolidarität zu erfassen. Budjoni streift indessen schon mit 300 bis 400 Männern herum, lockert und schwächt die Reihen der Weißen. Nach kurzer Frist verfügt er bereits über ein ganzes Regiment. Unter den Armen wandert sein Name von Mund zu Mund, und auch dort drüben, im andern Lager, lernt man den Namen des Roten Reiterpartisanen kennen.

*

So begann die Geschichte. Das russische Dorf schuf sich selbst seinen Führer. Das arme russische Bauerntum, dieses unendliche, Millionen zählende Menschenmeer wachte auf, geriet in Wallung. Die Zeiten sind mit großen Kämpfen, mit großen Dingen schwanger und in der Geschichte bricht eine neue Periode an. In solchen Zeiten gebärt die Masse selbst ihren politischen, ihren militärischen Führer. Und der russische ungebrochene Acker ist üppig und fruchtbar. Aus diesem Boden, aus dieser Masse wuchs der Rote Reitergeneral hervor: der sich zuerst seine Armee schaffen mußte und nachher erst General wurde.

Wie ist diese Armee entstanden, wie ist sie geboren? Der Kampf selbst, der Bürgerkrieg selbst schuf sie. Der arme Bauer, der Pächter des Reichen, wurde von selbst Partisan. Viele flohen auch vom Feinde selbst herüber. Und man sprach auch den gefangengenommenen Weißen Gemeinen viel davon, daß es Reiche und Arme gibt, daß der Acker denen gehört, die ihn im Schweiße ihres Angesichts bebauen. Die Sache wurde ihnen gleich klar. Und Budjoni war Wachtmeister, wußte in Soldatenangelegenheiten Bescheid. Er wußte, was eine Eskadron, ein Regiment, eine Brigade, Division, ein Armeekorps und auch, daß Disziplin notwendig ist. Er hat zwar über Taktik, über Strategie aus Büchern, in der Schule nichts gelernt, aber er sah im großen imperialistischen Kriege, wie es zugeht, er kannte sein Land wie sich selbst. Hügel, Versteck, Wald, Wasser und Weide waren seine vertrauten Freunde und er arbeitete mit einer so frappanten ungewohnten, unerwarteten Taktik, mit einer so erfinderischen Strategie, die aus seinem bäuerlich-nüchternen Verstande entsprang und sich so jederzeit der Lage anschmiegte, daß er gar oft alte zaristische Generale, Stabsoffiziere in Verlegenheit brachte.

Die Geschichte seiner Kämpfe zu erzählen? Erzählen, wie er mit List und Ränke, mit Kraft und Losschlagen die ersten Maschinengewehre vom Gegner an sich riß, wie er bei Zarizyn die Umzinglung durchbrach, wie er mit einem Armeekorps gegen drei rang, wie er die erste Kanone von Denikin erbeutete, wie er in drei Wochen mit zehntausend Mann siebzigtausend Gegenrevolutionäre gefangen nahm, wie er die gegnerische Front durchritt, wie er in einer Nacht 90 Werst hinter sich ließ, da er einen Aeropark erbeuten wollte. Sollten wir von gewagten Attacken, von tapferen Ueberlistungen, von großen Kämpfen, von Verwundungen berichten? Oder davon, wie er seinen Telegraphen- und Telephonapparat in den des Gegners einschaltete, den gegnerischen Kampftruppen Befehle erteilte, die ihre Front zerstreuten, um sie dann durch Ueberrumpelung zu vernichten?

Er erzählt ohne jedwede Einstellung, Pathos, Deklamation davon, daß er nicht nur seine eigenen Soldaten und Offiziere, sondern von Gefangenen auch die Namen der Offiziere und Unteroffiziere seiner Gegner erfuhr, und als er dreimal in Gefangenschaft gerät, er bei einem Weißen Regiment behauptete, er diene bei dem andern und bewies diese seine Behauptung damit, daß er den Tauf- und Familiennamen einer jeden Charge vom General bis zum letzten Korporal aufzählte. So glaubte man nicht, konnte man nicht glauben, daß er zu den Roten gehöre und man ließ ihn laufen. Dies geschah ihm dreimal. Er stand Aug in Aug seinem General aus dem imperialistischen Kriege gegenüber. Er sprach mit ihm auch telephonisch. Der alte General war selbstverständlich ein Weißer, sein ehemaliger Wachtmeister aber Roter General.

„Du, Budjoni, wenn Du zu uns herüberkommst, kannst auch hier General werden. Du gerätst früher oder später doch in unsere Hände und wirst dann lebendig begraben. Es ist für Dich besser, wenn Du Dich ergibst.“

„Du, General Potapew, ich sage Dir aber, es ist besser, wenn Du Dich ergibst, sonst werden wir Dich mitsamt Deiner Armee in zwei Wochen in das Schwarze Meer jagen.“

Und der ehemalige Wachtmeister hielt sein Wort. Er jagte seinen gewesenen General ins Meer.

*

Aus dem Volksepos wurde nachher Kriegsgeschichte. Von Zarizyn bis zum Fuße des Kaukasus, von Astrachan bis Lemberg focht die Reitergruppe des ehemaligen Wachtmeisters und es gab eine Zeit, da er schon am Fuße der Karpathen die rote Fahne schwenkte.

„Als ich glaubte, die Sowjetmacht sei erledigt, dachte ich daran, das Partisanentum ständig zu unterhalten. Und sollten tausend Zaren herrschen, wir würden mit dem bewaffneten Bauerntum gegen sie kämpfen bis zum neuen Sowjet.“

Und daher konnten Tausende Höllenscharen die Macht der Sowjets nicht besiegen. Die Arbeiterrevolution erweckte auch 150 Millionen Bauern. Diese Masse gab sich selbst Führer und würde alles zum blutigen Chaos zerstampfen, was ihre Macht angreift.

Daß Budjoni heute der Kommandant der 1. Roten Reiterarmee ist, daß der ehemalige Kosakenpächter heute eine Armee führt, bedeutet soviel, daß auch das russische Dorf endlich erwacht ist. Der russische Arbeiter hat es aus seinem jahrhundertelangen dumpfen Schlafe erweckt.

Die Situation in Lausanne.

Die neuerliche „Entspannung" in Lausanne scheint, trotzdem es in kleineren Fragen zu einigenden Beschlüssen kam, keine solide Grundlage zu haben. Um die Frage des Mossulgebietes klaffen die Gegensätze noch wie zuvor. Die Ausbeutungspläne des englischen Kapitals für dieses Petroleumgebiet diktieren der englischen Delegation die scharfe Haltung gegenüber den Türken.

Nach einer „EE."-Meldung wird die letzte türkische Note über die Mossulfrage von Lord Curzon **überhaupt nicht beantwortet** werden. Er hält die Debatte im Augenblick für geschlossen. Die Konferenz würde nunmehr über die endgültige Grenze der Türkei zu entscheiden haben. Auf englischer Seite betont man, daß das Projekt eines Friedensvertrages redigiert, wobei die bisher erzielten Ergebnisse der Kommissionsverhandlungen berücksichtigt, während für die kritischsten Punkte eine bestimmte entscheidende Lösung vorgeschlagen werden soll. Falls die Türken dies Projekt ablehnen sollten, würden die Alliierten feststellen, daß **jedes Einvernehmen unmöglich** und die Verhandlungen nur auf ausdrückliches Verlangen der Türken wieder aufgenommen werden könnten.

Eine neue russische Denkschrift überreicht

WTB. Lausanne, 31. Dez. Die russische Abordnung überreichte heute nachmittag dem Präsidenten der Konferenz eine umfangreiche Denkschrift, in der sie lebhafte Kritik an der Orient-Politik der Alliierten übt und ausführlich das russische **Programm** für einen wirklichen Frieden im Orient darlegt. Die Denkschrift beginnt mit einem nachdrücklichen Protest gegen den Ausschluß Rußlands von den Verhandlungen. Hierauf folgen fünf Abschnitte. 1. Ueber den Friedensvertrag von Sevres. 2. Die Orientfrage in der Vergangenheit. 3. Weltkrieg und Aufteilung der Türkei. 4. Grundlagen eines dauerhaften Friedens im Nahen Orient. 5. Balkan und Donaubund.

Nach einer eingehenden Kritik des Vertrages von Sevres stellt die Denkschrift fest, daß die Ziele der alliierten Unterdrückungspolitik nur teilweise verwirklicht werden konnten, da **der Triumph der Sowjetrevolution** in Rußland dem türkischen Volke die Möglichkeit zum Widerstande gab. Die Mächte lösten die Meerengenfrage in einer Weise, die die Dardanellen zum Stützpunkt gegen die Länder des Schwarzen Meeres machten. Die Konflikte im Orient könnten aber nur aufhören, wenn die imperialistischen Mächte darauf verzichteten, die Mohammedaner als untergeordnete Völker zu behandeln. So müßten die Türken durchaus unabhängig sein. Die russische Delegation erklärte jetzt bereits jede Konzession, die außerhalb des üblichen Rechts stehe und der Türkei durch den Druck der Mächte **aufgezwungen wurde**, als moralisch und juristisch wertlos. Was die künftige Grenze der Türkei betreffe, so müßte sie sich an den nationalen Pakt halten. Die Minderheitenfrage werde nur auf einer besonderen Konferenz zu lösen sein, die die Lage der religiösen und nationalen Minderheiten in allen Ländern untersuchen müsse.

Solange die flagrante Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker auf dem Balkan und an der Donau fortbestehe wie sie in verschiedenen Verträgen nach dem Balkankriege vor dem Weltkrieg begangen wurde, sei der Friede nicht gesichert. Die Verträge von London und Bukarest 1913, die Verträge von St. Germain, Trianon und Neuilly haben ohne Befragung der Völker ganze Länder und Provinzen anderen Staaten einverleibt. Sowjetrußland könne jedoch die territorialen Veränderungen, die entgegen dem Selbstbestimmungsrecht vorgenommen wurden, nicht anerkennen. Es gebe nur ein Mittel, um im Donaugebiet und auf der Balkanhalbinsel zu friedlichen Zuständen zu gelangen: die Völker dieser Gebiete müßten sich **unter Beibehaltung ihrer Autonomie zu einem föderativen Staat zusammenschließen.**

Tschitscherin an das amerikanische Volk.

Der russische Volkskommissar für Aeußeres, Tschitscherin, richtete eine Botschaft folgenden Inhalts an das amerikanische Volk: Das russische Volk hofft und wünscht glühend, während des kommenden Jahres in **friedlicher und ruhiger Weise** seine Produktion wiederherzustellen und das Glück Rußlands neu zu schaffen. Es ist dies eine Aufgabe von allgemeinem Interesse. Will das amerikanische Volk sich abseits dieser Aufgabe halten? Das russische Volk hat keinen dringenderen Wunsch, als sich die Mitwirkung des amerikanischen Volkes zu sichern. Um arbeiten zu können, braucht Rußland den Frieden. Ich kam nach Lausanne, um den Frieden im Schwarzen Meer sowie die **Sicherheit der Uferstaaten** herzustellen, um die **Schließung dieses Meeres** für fremde Kriegsschiffe zu erreichen und um mit den Uferstaaten zu einem Einverständnis zu gelangen, wodurch unsere gegenseitige Sicherheit garantiert werden sollte. Ich kam, um ein Friedenswerk zu vollbringen. Unsere Hoffnungen konnten sich nicht in vollkommener Weise verwirklichen. Die fremden Kriegsschiffe werden in Zukunft an unserem südlichen Ufer kreuzen können, und daraus werden sich gegenseitige Seerüstungen ergeben. Unsern Friedenshoffnungen setzen andere ein System der ständigen **militärischen Drohung entgegen, aber** unsere Hoffnungen werden dennoch nicht getäuscht werden. Die Seeabrüstung wurde in Washington beschlossen, und Rußland arbeitet in diesem Sinne. Die Abrüstung kann teilweise oder vollständig sein — sie muß aber allgemein sein, nur dann wird sie wirksam sein. **Die allgemeine Abrüstung zur See ist die einzige positive Lösung der Meerengenfrage!"**

Krise in der KP. Norwegens.

Der bürgerlichen englischen Reuter-Agentur wird aus Kristiania gemeldet: Der Vorstand der norwegischen Kommunistischen Partei schlägt dem bevorstehenden Parteitag vor, die Bedingungen abzulehnen, die der 4. Moskauer Weltkongreß gestellt hat, sowie aus der 3. Internationale auszutreten. Die Parteileitung erklärt, daß die Durchführung der Moskauer Forderungen das Ende der Selbstbestimmung der einzelnen Landesparteien bedeuten würde. Denn die Moskauer Exekutive würde dann imstande sein, in alle Angelegenheiten der Parteien sich einzumischen.

Es liegen noch keine authentischen Nachrichten vor, wieweit diese bürgerliche Meldung zutrifft. Klar ist es, daß ein Teil der norwegischen Führerschaft stark reformistische Neigungen hegt. Es war in Norwegen möglich, daß die kommunistische Parlamentsfraktion für eine Zwangsschlichtungsordnung stimmte und ein liberales Ministerium wohlwollend unterstützte. Der Moskauer Weltkongreß hat eine Reihe von Forderungen gestellt, deren Durchführung unbedingt nötig ist, um die norwegische Partei zu einer wirklich kommunistischen zu machen. Unter anderem beschloß der Weltkongreß den Ausschluß solcher Journalisten, die in dem führenden norwegischen Parteiorgan (das übrigens immer noch „Sozialdemokraten" heißt) ständig gegen die 3. Internationale schreiben. Die Klärung innerhalb der KP. Norwegens ist unbedingt erforderlich. Sollten gewisse Führergruppen die Gelegenheit benützen, der 3. Internationale den Rücken zu kehren, so werden die wirklich klassenbewußten Arbeiter Norwegens sich umso entschiedener für die kommunistische Internationale erklären.

An alle Ortsgruppen des Bezirkes Südbayern!

Der Bezirk 28 ruft zum Samstag, den 6. und Sonntag, den 7. Januar 1923, nachmittags 3 Uhr am Samstag beginnend, den

Bezirksparteitag

nach Augsburg ein.

Tagungslokal: Gesellschaftsbrauerei, Georgenstraße.

Tagesordnung:

1. Bericht vom Weltkongreß und Zentralausschuß. Referent Gen. Eisenberger.
2. Geschäftsbericht. Referent Gen. Werner.
3. Gewerkschaftsbericht.
   a) Bericht vom Kongreß der Profintern. Referent Gen. Schneck-Stuttgart.
   b) Betriebsrätebewegung. Referent Gen. Götz.
   c) Gewerkschaftsbericht vom Bezirk. Referent Gen. Ermannsreiter.
4. Russenhilfe.
5. Bildung. Jugend. Frauen.
6. Anträge.

Jede Ortsgruppe muß die ausstehenden Monatsberichte mitbringen, sowie die ausgefüllten Kartothekkarten der Gewerkschaftsfraktionen.

Abrechnung für Parteitagsmarken ebenfalls.

Die Bezirksleitung Südbayern.

Todesurteil gegen den polnischen Präsidentenmörder.

WTB. Warschau, 31. Dez. Der Mörder des Präsidenten Narutowicz Niwiadomski ist zum Tode verurteilt worden.

Der Segen Mussolinis.

Die Faszistenregierung in Italien hat bei den Staats- und Gemeindeangestellten eine zehn- bis dreizehnprozentige Lohnsteuer eingeführt, die jährlich 60 Millionen Lire abwerfen soll. — Die Amnestie Mussolinis bezieht sich ausschließlich auf faszistische Verbrecher, die aus „nationalen Beweggründen" gehandelt haben. Proletarische Kämpfer sind von der Amnestie ausgeschlossen. — Eine oppositionelle bürgerliche Zeitung in Rom behauptet, daß die Faszistenregierung für den gesamten Postverkehr von und nach dem Ausland eine geheime Zensur eingeführt hat.

Kurze Meldungen.

Die Beziehungen der Kleinen Entente.

TU. Prag, 31. Dez. Der bulgarische Ministerpräsident Stambulinski, der sich in Dresden aufhielt, ist gestern in Prag eingetroffen und vom tschecho-slowakischen Präsidenten empfangen worden.

Chinesische Regierungskrise.

Peking, 31. Dez. Nachdem der Senat die Ernennung des Generals Tschang Tjao Tjeng zum Ministerpräsidenten gebilligt hat, ist das gesamte Kabinett zurückgetreten.

Kein Bäckerstreik in Berlin.

TU. Berlin, 2. Jan. Eine von den Berliner Bäckern stark besuchte Versammlung beschloß, von einem Lieferungsstreik Abstand zu nehmen und die Vorschläge des Magistrats anzunehmen.

Ein Ueberfall auf eine Bankfiliale.

TU. Braunschweig, 30. Dez. Die Filiale der Commerz- und Privatbank in Vechede bei Braunschweig wurde abends von Räubern überfallen. Diese drangen in dem Augenblick in die Räume, als die Beamten der Filiale mit der Abrechnung beschäftigt waren. Die Beamten wurden unter Drohungen mit Revolvern zur Herausgabe des Geldes gezwungen. Nach vorläufigen Meldungen spricht man von einer Gesamtbeute von einer Million Mark Bargeld.

Ein Eisenbahnunglück in Schlesien.

TU. Breslau, 31. Dez. (Lokalanzeiger.) Ein Eisenbahnzusammenstoß ereignete sich auf der Strecke Breslau-Kamenz. Der Personenzug, der den Breslauer Hauptbahnhof in Richtung Kamenz verläßt, fuhr kurz vor der Station Schönborn auf einen Güterzug auf. Drei Wagen desselben wurden in Stücke gerissen, weitere Wagen wurden beschädigt. Die Maschine des Personenzuges entgleiste. Durch den Anprall war der Gasometer explodiert, wodurch der Tankwagen und der vordere Personenwagen Feuer fingen, das aber durch die Geistesgegenwart des Lokomotivführers sofort gelöscht werden konnte. Das Zugspersonal trug nur geringe Verletzungen davon, und von den Passagieren wurden etwa 10 Personen gleichfalls leicht verletzt. Tote sind nicht zu beklagen; der Materialschaden ist sehr groß. Der Unfall ist auf falsche Weichenstellung zurückzuführen.

Ein Großfeuer.

TU. Stuttgart, 2. Jan. In der Neujahrsnacht ist das Goetheanum in Dornach bei Basel in Flammen aufgegangen. Um 10 Uhr wurde von einem Wächter Rauch bemerkt und sofort die Feuerwehr alarmiert. Nach einer offiziellen Mitteilung des Goetheanums ist Kurzschluß als Brandursache ausgeschlossen, vielmehr sprechen verschiedene Anzeichen für eine Brandlegung von außen her. Um Mitternacht durchbrach das Feuer in einer riesigen, weithin sichtbaren Flamme die große Kuppel womit das Schicksal des Baues besiegelt war. Der Bau war staatlich versichert. Der Wiederaufbau soll schnellstens in Angriff genommen werden.

John Reed.

Von B. Reinstein.

In Serbien machte er den ganzen Schrecken des serbischen Rückzuges mit. Wiederum hätte es ihm beinahe das Leben gekostet, da er infolge der erlittenen Entbehrungen schwer erkrankte. Alles, was er im Kriege gesehen hatte, machte ihn zum überzeugten Internationalisten und Antimilitaristen. Er kehrte auf einige Zeit nach Amerika zurück, um eine Vortragsreise zu unternehmen. In seinen Vorlesungen enthüllte er die Grausamkeiten der Ententeländer, sowie der Zentralmächte, wodurch er die Anhänger der einen wie auch der anderen gegen sich aufbrachte und die Massen der vorgeschritteneren Arbeiterschaft unter das Banner der Revolution zog. Das Material, das er in der Türkei und in den Balkanstaaten gesammelt hatte, bearbeitete er in seinem später erschienenen Werk „Der Krieg in Osteuropa". Nach Europa zurückgekehrt, kam er 1915 zum erstenmal nach Rußland. Hier wurde er wegen seiner gewagten Enthüllungen gegen die zaristischen Beamten und wegen einer Materialsammlung, die die Verwaltungsbehörden als unverkennbare Urheber der Judenhetzen bloßstellte, verhaftet und wiederum beinahe erschossen. Die Zarenregierung verheimlichte seine Verhaftung. Lange Zeit hindurch blieben die Nachforschungen, die die Vertreter der amerikanischen Regierung und Presse nach ihm anstellten, furchtlos. Zu guter Letzt aber wurde er gefunden und befreit.

1916 nach Amerika zurückgekehrt, nahm Genosse Reed seine Vorlesungs- und literarische Tätigkeit wieder auf und wirkte unter anderem als einer der ersten Schriftleiter der revolutionären Zeitschrift „The Masses", die späterhin in „The Liberator" umbenannt wurde. 1917, nach Eintritt Amerikas in den Krieg, begann die amerikanische Regierung zaristische Verwaltungsmethoden anzuwenden, und die Arbeiter- und sozialistische Presse zu unterdrücken. Die Schriftleitung der „Masses", darunter auch Genosse Reed, wurde wegen eines Artikels mit scharf-antimilitaristischem Inhalt, betitelt: „Bereite für deinen Sohn, den Soldaten, die Zwangsjacke vor"! zur gerichtlichen Verantwortung gezogen. Genosse Reed, der von der Verhaftung der Redaktion der „Masses" nichts wußte, war inzwischen schon wieder in Rußland. Er traf bald nach dem Kornilow-Putsch ein und begann an Ort und Stelle den Zersetzungsprozeß des Kerenskiregimes und das Heranreifen der Oktoberrevolution zu studieren.

Besonders stark und unauslöschlich war der Eindruck, den die Organisation der russischen Betriebsräte und ihr Kampf gegen den damals noch bedeutenden kompromißlerischen Einfluß in den Gewerkschaften auf ihn machten. Er studierte eingehend die Entwicklung der Ereignisse an der Front, sowie in Petrograd und Moskau im Zusammenhang mit der Einberufung der Demokratischen Beratung, die Bildung des „Vorparlaments" und dessen Auflösung. Am 25. Oktober wohnte er erst der Eröffnung des historischen Zweiten Allrussischen Sowjetkongresses im Smolny-Institut bei und eilte dann, als der Kampf im Winterpalais begann, dorthin, um zu beobachten, wie die Menschewiki und Sozialrevolutionäre mit dem Stadthaupt Schröder an der Spitze angezogen kamen, um zusammen mit dem Kabinett Kerenski zu „sterben". Er lächelte oft über diese Tragikomödie und erzählte, wie die Matrosen und Rotarmisten diesen „Helden" gutmütig rieten, „sich den Märtyrerkranz an anderer Stelle zu suchen". Er war einer der ersten, der das Winterpalais betrat und wohnte der Verhaftung der Regierung Kerenskis bei. Er war bei den Kämpfen bei Gatschina und Zarskoje-Sjelo und bei dem Begräbnis der Opfer der Oktoberrevolution in Moskau zugegen. Späterhin beteiligte er sich an der Arbeit der Abteilung für internationale revolutionäre Propaganda am Volkskommissariat des Aeußern. Nach der unfreiwilligen Auflösung der Konstituierenden Versammlung, als ein bewaffneter Aufstand der Sozial- und anderer Gegenrevolutionäre erwartet wurde, bewachte Genosse Reed zusammen mit Bela Kun und anderen mit dem Gewehr in der Hand Tag und Nacht das Gebäude des Kommissariats des Aeußern.

Als er auf dem dritten Allrussischen Sowjetkongreß auftrat, wußte er bereits, daß in Amerika gegen ihn eine Anklage wegen antimilitaristischer Agitation angängig gemacht war. Er beschloß, unverzüglich nach Amerika zu reisen und sich dem Gericht zu stellen, obgleich er wußte, daß ihm zwanzigjährige Zuchthausstrafe bevorstand, sollte man ihn auch nur laut einem einzigen der gegen ihn vorgebrachten Gesetzparagraphen schuldig befinden. Ende Januar 1918 reiste er über Finnland ab, wo er das von den finnischen Weißgardisten besetzte Gebiet durchkreuzen mußte. Nach langem Leidensweg traf er in Norwegen ein. Hier mußte er einige Monate bleiben, da die amerikanische Regierung sich fürchtete, ihm auch nur die Einreise zu gestatten, damit er sich beim Gericht melden konnte, und sich weigerte, seinen Paß zu visieren. Inzwischen wurde seine Angelegenheit in Amerika ohne sein Beisein verhandelt, die Geschworenen konnten jedoch zu keinem endgültigen Urteil kommen. Als es ihm endlich gelang, sich die Erlaubnis zur Einreise nach Amerika zu erwirken, stellte er sich sofort nach seiner Ankunft dem Staatsanwalt und forderte die Ansetzung der Gerichtsverhandlung. Nach seiner Verhaftung und Freilassung gegen Bürgschaft widmete er sich agitatorischer und literarischer Tätigkeit. Das Ergebnis war das Buch über die Oktober-Revolution unter dem Titel „Zehn Tage, die die Welt erschütterten".

(Schluß folgt.)

Budjoni, der Rote Reitergeneral.

Von Ludwig Magyar.

Der Extrazug der Delegierten des 4. Kongresses saust durch die unendlichen russischen Steppen gegen Petersburg. An den Bahnhöfen feiernde Massen. Rote Fahnen, Tannenzweige, Blumen. Ueber fernen Dörfern blitzen Raketen auf. Dieses Fest gehört schon dem ganzen Volke. Das russische Volk feiert den Oktobersieg.

In der einen Abteilung des Waggons unterhalten sich Soldaten. Das Rasseln des Zuges verschluckt die Worte, ich höre nur hier und da einzelne Bruchstücke. Zarizin . . ., Krim . . ., Wrangel . . ., Denekin . . ., Lemberg . . ., Warschau . . . Der Zug hält. Twer. Auf dem Perron Arbeiter, Soldaten. Begrüßungsreden. Jetzt spricht der Delegierte aus Amerika, nach ihm der Deutsche, der Engländer, der Ungar. Der Führer der Parteiorganisation von Twer sagt etwas befangen:

„Genossen! In unseren Kreisen weilt auch der Kommandant der 1. Reiterbrigade, Genosse Budjoni."

Die Arbeiter und Soldaten lauschen gespannt auf jedes einzelne Wort des Redners in Uniform.

„Arbeiter! Soldaten! Bauern! Genossen! Erlaubt, daß ich auch in Eurem Namen unseren teuren Gästen unsere Kampfbereitschaft mitteile. Wir halten unser Pulver trocken. Wir

Taktische Probleme unserer Partei*).

Von Wendelin Thomas.

Wenn ich in dem vorhergehenden Artikel auf zwei Gefahren hinwies, so sah ich die größere Gefahr, wie schon angedeutet, in der Gewöhnung an legale und schließlich die Verneinung revolutionärer Mittel im Klassenkampf. Die Geschichte der Arbeiterbewegung gibt uns doch in der Entwicklung der Sozialdemokratie ein geradezu sprechendes Beispiel. Ursprünglich für revolutionäre Mittel, befreundete sie sich auch mit anderen, legalen, auf die sie schließlich den Hauptwert legte, und nach und nach sagte sie sich von allen nicht legalen Mitteln vollkommen los. Das Verhalten der Sozialdemokratie zu Beginn des Krieges war das Produkt ihrer taktischen Einstellung. Das Wort Revolution war 1914 schon lange verpönt, sodaß, als sich der preußische Militarismus anschickte, uns auf diesen Waffentanz zu schikken, nicht eine einzige sozialdemokratische Zeitung mit irgendwelchen Gegenmitteln drohte, die der organisierten Arbeiterschaft doch unbestritten zur Verfügung standen. Und weil keine Zeitung, kein Führer, zu irgendwelcher Antikriegsaktion aufrief, deshalb unterblieb sie, obwohl mancher Proletarier erstaunt gewesen sein mag über die Praxis der theoretisch revolutionären Sozialdemokratie. Die Schande des Krieges selbst hat noch nicht einmal mehr die Sozialdemokratie bewegen können, sich zu der Notwendigkeit der Anwendung revolutionärer Mittel zu bekennen und so kam es, daß das Kriegsende, die zum überaus größten Teil aus den wirtschaftlichen Verhältnissen und nur zum geringen Teil aus dem bewußten Willen des deutschen Proletariats entsprungene Revolution, abermals eine Arbeiterschaft sah, die, weil sie sich nicht zu den für die Revolution notwendigen Mitteln bekannte (zur Revolution selbst bekannte sie sich) diese auch nicht im proletarischen Sinne meistern konnte. Wo so zwar die gute Absicht auf das Ziel, aber nur mangelhafte Einsicht bezüglich der anzuwendenden Mittel vorlag, mußte das Verhalten der sozialdemokratisch eingestellten Arbeiter unrevolutionär und konterrevolutionär wirken. Der größte Teil von ihm sah in der Revolution nur einen bedingten Freund, und zwar soweit, als er ihm seine früher mit legalen Mitteln anzustrebenden Ziele zu verwirklichen ermöglichte. Darüber hinaus war ihm die Revolution wegen ihrer notwendigen Mittel verhaßt und sie ist ihm heute noch verhaßt. Und mit der Revolution die Revolutionäre. Ein Ausfluß dieses Hasses war der Mord an Liebknecht, Rosa Luxemburg, Jogiches und vielen anderen unserer Besten, die ausschließlich auf das Schuldkonto der konterrevolutionären Arbeiterschaft zu setzen ist. Muß den ehrlichen Proletarier nicht schon dieser Tatbestand schrecken, der ganz konsequent wieder die Folgen einer der Sozialdemokratie gleichen Entwicklung ist?

Man werfe uns nicht Aengstlichkeit im allgemeinen vor. (Es ist dies zu wiederholten Malen in unserer Presse geschehen.) Unsere Warnung ist kein Ausfluß der Angst um das Leben eines Revolutionärs. Aber für die Sache des Proletariats ist es einfach unerträglich, daß ein Teil seiner Männer oder Frauen in der Zeit der Revolution von Proletariern erschlagen wird. Wenn im Gegensatz zu Mahnungen zur Vorsicht von Seiten der Gegner opportunistischer Mittel in unserer Partei, die man als übergroße Aengstlichkeit bezeichnet, die Befürworter der Arbeiterregierung u. a. m. für sich den „Mut der Tat", den „Mut der Konsequenz" in Anspruch nehmen, dann darf man den kriegskreditbewilligenden Sozialdemokraten von 1914—1918 wahrlich den Mut nicht absprechen. Allerdings: es war ein sehr trauriger Mut.

Alle politischen Teilforderungen sind eine mehr oder minder große Gefahr für den ideellen Bestand einer Partei. Je mehr Energie auf die Erringung irgend einer Position verwendet, je mehr Propaganda für sie gemacht wird, umso näher liegt die Möglichkeit, daß gerade der Wunsch und der Wille, diese Position zu erringen, das politische Denken, Fühlen und — Handeln der Masse beherrscht. Mag dabei auch immer wieder das Endziel betont werden, (die Sozialdemokratie hat dies bekanntlich auch immer getan und tut es noch) so ist doch die Masse so sehr auf die Erringung eines sich gesteckten Etappenziels so verpicht, daß sie es um jeden Preis zu erringen versucht. Nun ist das sog. Etappenziel gar kein Ziel, sondern es ist irgend ein Weg, über den wir gut und schnell zum Ziel gelangen wollen. Zeigt die Geschichte oder zwingt sie sogar objektiv zu einem andern Weg, dann sehen wir ihn nicht, oder wollen ihn nicht sehen. Die relative Notwendigkeit, unter irgendwie gegebenen Verhältnissen das Etappenziel zu erstreben, wird in unserer Auffassung zur absoluten Notwendigkeit, es unter allen Umständen zu erreichen.

Ein weiteres Beispiel aus der Geschichte der Arbeiterbewegung soll das belegen.

Die Sozialdemokratie hatte, und wenn sie es ehrlich meint, hat sie auch heute noch ein revolutionäres Ziel. Sie empfahl der politisch rechtlosen Masse als Etappenziel die Erringung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Proporzionalwahlrechts im Reich und in den Ländern. Wir brauchen hier nicht zu prüfen, ob das Wahlrecht ein politischer Fortschritt für das Proletariat gewsen wäre, wir wollen die Angelegenheit nur daraufhin prüfen, wie sie sich in der Entwicklung, im Kampf um das Endziel, ausgewirkt hat. Es verging keine Gelegenheit, ohne daß diese Forderung erhoben wurde, im Parlament hallten die überzeugendsten Reden, Lieder wurden auf das Wahlrecht gedichtet und von Millionen gesungen, es wurden Demonstrationen veranstaltet, die sehr oft blutig verliefen und — als der Krieg ausbrach, da raunte es bei den Prominenten, daß der preußische König seinem Volk, das so tapfer sein „Vaterland" verteidigte und eine solche „politische Reife" an den Tag legte, gewiß das Wahlrecht „schenken" werde. Und die Wirkung bei der Masse? Nun, sie lag 50 Monate in Dreck und Blut, schoß, stach, raubte und plünderte, und als die Revolution dieser Völkerschmach ein Ende machte, als die Arbeiter- und Soldatenräte die Diktatur des Proletariats ausübten, da fand die Mehrheit des Parlaments jener Räte, der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte im Dezember 1918, keine größer Forderung an die Geschichte als die — Wahl zur Nationalversammlung. Faktisch war das deutsche Proletariat weit über das „Etappenziel" hinausgestoßen, d. h., die Geschichte hat es auf einen andern Weg gewiesen. Aber blind gegen diese Tatsache kannte es nur einen Weg, und zwar einen inzwischen tatsächlich zum Ziel gewordenen Weg. So festigte das Proletariat nicht seine Position, die ihm noch alle Mittel zum siegreichen Weiterstoßen in die Hand legte, sondern es bezog eine weit rückwärts liegende Position und überließ das besetzt gewesene Feld dem absolut geschlagenen Feind, der sich mit den vorgefundenen Machtmitteln schnell erholte und Schlag um Schlag gegen uns führte.

Gewiß, die Gefahr der Verkennung unserer Aufgaben in der Revolution ist heute nicht so groß wie 1918, weil wir nämlich neben der theoretischen Erziehung durch die Parteien auch eine praktische Erziehung durch die Revolution und die Konterrevolution haben. Aber wenn wir uns mit den Befürwortern der neuen Taktik auf die „lange Sicht" einstellen, dann müssen wir sagen, daß die Lehren der Revolution verblassen, dies umsomehr, als die politische und wirtschaftliche Konstellation in Zukunft der heutigen in Form und Inhalt, ohne Berücksichtigung der Intensität, nicht zu gleichen braucht, ja voraussichtlich auch nicht gleiche wird.

Nach all dem Gesagten bleibt nur noch übrig, einem Einwand zu begegnen, der gegen die Opposition erhoben wird: sie negiere alles, sie mache keine positiven Vorschläge. Das ist nicht zutreffend, wenn man die bisher für gut gehaltene Taktik nicht als ein „Nichts" bezeichnen will. Dadurch, daß man den status quo bejaht, verneint man doch nicht alles, sondern nur die Notwendigkeit des Abweichens von ihm bezw. das Abweichen in einer bestimmten Richtung. Nur wer den status quo verneint, aber auch keine Vorschläge für irgend einen andern Zustand macht, verneint alles. Des weiteren verneinen wir die subjektive Reife zur Revolution und müssen sie, leider, mit jedem Tage mehr verneinen, weil sie bei fehlender geistiger Erkenntnis nicht vorhanden sein kann. Die fehlende geistige Erkenntnis aber ist eine Folge der physischen Verelendung des Proletariats. Auf der anderen Seite hat diese Ursache aber zur Wirkung die zunehmende objektive Reife der Dinge zur Revolution. Und so bejahen wir die täglich zunehmende objektive Reife. In einem Satz gesagt:

Wir rüsten uns nicht für unsere, sondern für die Revolution!

*) Vergleiche Nr. 4 und 5 der „BAZ."

Zur taktischen Diskussion in unserer Partei.

Die Frage der Arbeiterregierung.

Da die begrüßenswerte Diskussion parteitaktischer Probleme jetzt einigermaßen innerhalb unserer bayerischen Mitgliedschaft in Fluß geraten ist, zitieren wir zur Frage der Arbeiterregierung nochmals die Resolution des letzten Zentralausschusses:

„. . . Im Zusammenhang mit der Taktik der Einheitsfront steht die Frage der Arbeiterregierung. Die Kommunisten sind bereit, an einer Arbeiterregierung teilzunehmen unter der Voraussetzung, daß sie, gestützt auf die Klassenorgane des Proletariats und auf die bewaffnete Arbeiterschaft, den Kampf gegen die Bourgeoisie aufnimmt. Die Kommunisten sind überzeugt, daß eine solche Arbeiterregierung, möge ihre Entstehung und ihr Ausgangspunkt sein, welche sie wollen, zu diktatorischen Maßregeln gezwungen sein wird, und sie sind entschlossen, von der Arbeiterregierung aus alle notwendigen Schritte zu tun, die zur proletarischen Diktatur führen.

Der Zentralausschuß unterstreicht angesichts der mit der Taktik der Einheitsfront verbundenen Gefahren die notwendigen Voraussetzungen der Anwendung der Taktik der Einheitsfront und der Losung Arbeiterregierung: die Bewahrung des klaren kommunistischen Gesichts, der vollständigen organisatorischen Selbständigkeit der Partei und der strengsten Kampfdisziplin."

Die ganze Resolution der letzten Zentralausschußsitzung der KPD. wurde in unserer Zeitung am 23. Dezember gebracht

---

Die Klärung in der KP. Frankreichs

Das Organ der Linken in der KP. Frankreichs, „Les Cahiers Communistes", teilte kürzlich mit, daß im Dezember die ernstliche Spaltungsgefahr für die Kommunistische Partei Frankreichs bestanden hat. Die von Soutif und Auclair geführte Clique versuchte, die Partei zur Auflehnung gegen die Beschlüsse des 4. Weltkongresses zu veranlassen. Aber es waren gerade die führenden Genossen des Zentrums, Frossard, Cachin, Sellier und Ker, die durch ihre energische Haltung diese Pläne zum Scheitern brachten Der Ausschluß des bisherigen Zentralmitgliedes, Soutif, hat die Gefahr endgültig beseitigt. Die Versuche Soutifs, in den Organisationen weiter zu intrigieren, und die Mitglieder gegen die 3. Internationale aufzuhetzen, bleiben erfolglos.

In ein rechtes Wespennest hat der Beschluß des 4. Weltkongresses getroffen, daß die französischen Kommunisten verpflichtet sind, sofort aus den Freimaurerlogen auszutreten. Es zeigt sich nun, daß ein erheblicher Teil bekannter französischer Genossen diesen Brutstätten der radikalen Bourgeois-Politik angehörte. Unsere französische Parteipresse ist aber in der Lage, ständig neue Austritte von Kommunisten aus der Freimaurerloge zu melden. Wer aber seine Freimaurerbeziehungen höher stellt als die kommunistische Disziplin, wird unbedingt ausgeschlossen. Die erdrückende Mehrheit der Mitglieder im ganzen Lande ist dafür, daß die Partei wirklich gereinigt wird und daß sie alle Brücken zum bürgerlichen Radikalismus hinter sich abbricht. Bezeichnend ist ein Beschluß, den kürzlich die Pariser Organisation faßte, wo sie sich entschieden dagegen verwahrt, daß man in der Frage der Amnestie für politische Gefangene irgendwie mit bürgerlichen Intellektuellen gemeinsame Sache macht. Der Kampf für die Amnestie müsse durchaus als Teil des proletarischen Klassenkampfes aufgefaßt werden. Es besteht begründete Hoffnung, daß der bevorstehende neue französische Parteitag die Auseinandersetzungen und inneren Schwierigkeiten der KPF. abschließend erledigt.

Die christlichen Bonzen bei der Rückaktion.

Essen, 5. Jan. (MTB.) Hier tagte eine außerordentliche Konferenz der Arbeiterabgeordneten der Zentrumspartei des Reichstages, des Preußischen Landtages, des Staatsrates und des vorläufigen Reichswirtschaftsrates. Die ungewöhnlich gespannte außenpolitische und wirtschaftliche Lage sowie die tiefgehende Erregung der Arbeiterzentrumswähler über die Schwierigkeiten und Hemmnisse, die besonders in den letzten Monaten auf sozialpolitischem Gebiete und bei der Besetzung von Verwaltungsstellen zutage traten, gaben dieser Konferenz ihr Gepräge. Es bestand Einmütigkeit darüber, daß die verzweifelte außenpolitische Lage des Vaterlandes Opfer von allen Kreisen erfordert. Die Vertreter der christlichen Arbeiterschaft gaben ihrer Empörung darüber Ausdruck, daß bestimmte Interessentengruppen diese Opfer einseitig auf die Schultern der breiten Massen abwälzen wollen. Von Tag zu Tag wachsen für die Arbeiterschaft und die anderen herabgleitenden Schichten des Volkes die Schwierigkeiten, auch nur das nackte Leben zu fristen. Die katastrophale Preisentwicklung für die notwendigsten Lebensmittel und Bedarfsgegenstände treibt die Dinge auf die Spitze. Gleichzeitig mehrt sich der Widerstand gegen die Bestrebungen der Arbeitervertreter, auf den Gebieten der Ernährungs-, Wohnungs-, Steuer- und Sozialpolitik den darbenden Schichten Erleichterungen zu verschaffen. Die Konferenz setzte einen Ausschuß ein, der unverzüglich bestimmte politische und parlamentarische Aktionen vorbereiten soll.

*

Es wird den christlichen Bonzen nicht gelingen, das Feuer, das unter den christlichen Arbeitern ausgebrochen ist und durch Hunger und Elend genährt wird, mit ihren leeren Phrasen zu löschen.

Der Kampf der Bergarbeiter unvermeidlich.

Die seit längerer Zeit geführten Verhandlungen zwischen den Bergarbeitern und dem Reichsarbeitsministerium sind neuerdings gescheitert. Das Reichsarbeitsministerium verzichtet nunmehr auf Neubildung des Schiedsgerichts, bis sich das Reichskabinett mit dieser Angelegenheit befaßt hat, d. h. bis die republikanische Stinnesregierung sich klar ist darüber, ob sie es auf einen Kampf nach dem Thyssen'schen Rezept mit der in der wichtigsten deutschen Industrie beschäftigten Arbeiterschaft ankommen lassen kann. Am Freitag wurde im Reichskabinett auch bereits verhandelt, ohne daß ein abschließendes Resultat erzielt worden wäre. Zu Montag werden weitere Verhandlungen erwartet.

Am Sonntag finden allein im Ruhrgebiet über 100 Bergarbeiterversammlungen statt. Am Montag und Dienstag wird sich eine Konferenz der Bergarbeiterverbände in Bochum damit beschäftigen, ob es angesichts der Haltung der Unternehmer und des Reichsarbeitsministeriums nicht notwendig wird, das Arbeitsverhältnis für alle deutschen Bergreviere zu kündigen. Hand in Hand hiermit geht die Tatsache, daß das für einige Wochen außer Kraft gesetzte Ueberschichtenabkommen am 15. Januar wieder in Kraft treten soll, wogegen sich die Bergarbeiter natürlich ebenfalls wehren. Leider finden sie hierzu nicht die Unterstützung der Gewerkschaftsbürokratie, die dieses Abkommen als Aequivalent für die geforderten Mehrlöhne in petto hält.

Die Bergarbeiter werden also in ihrem Kampf um ausreichende Löhne und menschenwürdige Arbeitszeit nur auf ihre eigene Hilfe angewiesen sein. Verstehen sie diese aber richtig anzuwenden, dann kann der Ausgang eines eventuellen Kampfes nicht fraglich werden.

Gegen die Notgemeinschaft.

Der Landesausschuß der freien Gewerkschaften für Sachsen hatte sich an dem Landesausschuß der Notgemeinschaft beteiligt und die Mitglieder aller Verbände aufgefordert, einen Stundenlohn in zwei Raten abzuliefern.

Das Gewerkschaftskartell Leipzig lehnte eine Beteiligung an der Notgemeinschaft für sein Gebiet ab, verwies auf die Aufgaben des Staates gegenüber den Armen und Sozialrentnern, „stellte es aber in das Ermessen jedes Arbeiters, ob er einen Beitrag zu der Sammlung leisten will." Die „Leipziger Volkszeitung" vom 4. Januar nimmt zu diesem Kartellbeschluß Stellung, nennt ihn eine Halbheit und erklärt, daß es die Aufgabe der Gewerkschaftsleitungen gewesen wäre, „die Genossen vor der Beteiligung an diesen Sammlungen zu warnen". Die „LV." verweist insbesondere darauf, daß die Arbeiterklasse durch den Lohnabzug sowieso schon vier Fünftel der gesamten Einkommensteuer aufbringe, während die Bourgeoisie sich von allen Lasten drücke.

Die „Deutsche Notgemeinschaft" ist unter aktiver Mitwirkung der Zentralarbeitsgemeinschaften des ADGB. und der „AfA" zustande gekommen. Obwohl auf dem Gewerkschaftskongreß in Leipzig klar und deutlich der Wille der Mitgliedermassen dahin zum Ausdruck kam, Schluß mit aller Arbeitsgemeinschaft zu machen, sind die Spitzenkörperschaften direkt erpicht darauf, der Bourgeoisie ihre Unentbehrlichkeit nachzuweisen. Daß diese Arbeitsgemeinschaft auf Kosten der Arbeiterschaft geht, kümmert diese Amsterdamer Helden nicht im geringsten.

Die Notgemeinschaft als Mittel, den Staat und die nicht steuerzahlende Bourgeoisie von ihren Verpflichtungen gegenüber den Arbeitsinvaliden zu entbinden, führt zu den gefährlichsten Auswüchsen. Durch Ueberstunden durch Sonntagsarbeit sollen die Arbeiter für die Opfer der kapitalistischen Gesellschaft sorgen, damit diese es nicht muß. Die Unternehmer stellen wohl einen gewissen Betrag in Aussicht. Es steht aber von vornherein fest, daß diese Ueberstundenschiebungen nur neue Wege sind, den Achtstundentag zu beseitigen, den Unternehmern Extraprofite zu verschaffen. Es ist eine Schande, daß eine Körperschaft, die vorgibt, die Arbeiterinteressen zu wahren, derartige Abkommen trifft.

Die Arbeiter, deren Lage von der der Arbeitsinvaliden nicht viel unterschieden ist, müssen sich überall grundsätzlich gegen diese Notgemeinschaft und deren Auswirkungen einstellen. In dieser Einstellung kommt ihnen die Aeußerung des Leipziger VSPD.-Organs sehr zustatten, wenn diese auch gleichzeitig die unentschiedene unklare Haltung dieser Leute in einer ... wichtigen Frage illustriert.

Kurze Meldungen.

Rücktritt des belgischen Ministerpräsidenten

Brüssel, 6. Jan. Zu dem von der Presse gebrachten Gerücht von Rücktrittsabsichten des belgischen Premierministers wird aus ermächtigter belgischer Quelle erklärt, daß Theunis nicht die Absicht habe, bei seiner Rückkehr aus Paris zurückzutreten, jedoch könne man für die Zukunft keine Mutmaßung äußern.

Der Markthallenstreik in Berlin.

Berlin, 5. Jan. Laut Tageblatt lehnte der Oberbürgermeister in Berlin das zur Beilegung des Streikes in den Berliner Markthallen mit den Vertretern der Standinhaber geschlossene Kompromiß ab. Die Standinhaber beschlossen, im Streik zu verharren. Nach dem B. T. sollen nachmittags neue Einigungsverhandlungen stattfinden.

Die Revision im Hardenprozeß

Berlin, 5. Jan. In dem Prozeß gegen die Verüber des Anschlages auf Harden legte der Oberstaatsanwalt gegen den Spruch der Geschworenen Revision beim Reichsgericht ein.

Ein abgestürzter Fliegerkurier.

TU. Paris, 5. Jan. Ein gestern nachmittag abgestürzter französischer Flieger, der als englischer Kurier [illegible] der englischen Abordnung nach London bringen sollte, ist abgestürzt. Der Flieger wurde tot aufgefunden.

München

Bezahl und schufte weiter!

Zur Milliardenvorlage des Münchener Stadtrates.

In Nr. 2 der „NZ." vom 3. Januar berichteten wir bereits über die im Haushaltsausschuß des Stadtrates beschlossenen Gebühren. In seiner ersten Sitzung dieses Jahres war die erste Tat des Stadtrates, seine Faust auf den Geldbeutel der Bevölkerung zu legen, um sich aus deren Taschen, zur Deckung der 2,181 Milliarden-Vorlage, **1,39 Milliarden durch Gebührenerhöhungen** zu verschaffen.

Außer den bereits, gegen die Stimmen der Kommunisten, bewilligten Gebühren wurden erhöht die Preise für elektr. Lichtstrom von 140 auf 200 M, für Kraftstrom von 100 auf 150 M, für Leucht- und Heizgas von 96 auf 126 M, für Wasser von 10 auf 13 M; während die Erhöhung der Straßenbahntarife auf 70, 100 und 130 M schon mit Neujahrsanbruch in Kraft getreten war. Trotz dieser hohen Tarife trifft die Straßenbahn ein Defizit von 803 Millionen aus dem Gesamtdefizit von 908 Millionen, für welches die übrigen Werke mit ihren Gebühren aufzukommen haben. Trotz des Nachweises durch den Verwaltungsrat, daß 40 Prozent der Fahrgäste bereits abgewandert seien, und der für jeden Laien offenkundigen Tatsache, daß die meisten Wagen, besonders bei schönem Wetter, leer fahren, versuchte der verantwortliche Direktor Scholle nachzuweisen, daß von einem Rückgang keine Rede sein könnte, da die Einnahmen seine Erwartungen — die scheinbar mit vollständig leeren Wagen rechnete — übertroffen hätte.

Festgehalten zu werden verdient, daß St.-R. Nußbaum (VSPD.), bei dieser Vorlage sich wieder als beredester Advokat für die Erhöhungen aussprach u. er mußte es sich gefallen lassen, daß der Demokrat Hübsch ihm ebenfalls den Nachweis lieferte, daß die Sozialdemokratie als Hauptbefürworterin der Gebührenerhöhungen, die Bevölkerung rücksichtslos ausbeute. Gleichwohl gefiel sich der „Genosse" Nußbaum in der Rolle, die bürgerlichen Einwendungen gegen diese Gebührensätze, mit der ihm eigenen, sattsam bekannten Phraseologie, die kritiklos alles zu begründen vermag, abzutun. Selbst die Bayer. Volkspartei, die neben den beiden Einspännern Jodlbauer und Humar, die Gebühren gemeinsam mit den Sozialdemokraten bewilligte, stellte in ihrem Sprecher Scharnagel einen Waisenknaben gegenüber dem „Arbeitervertreter" Nußbaum. Als Rechtfertigung der Haltung seiner Fraktion führte er an, daß es in Oesterreich Städte mit höheren Gebühren gibt. Ein feiner Trost für alle Lohn- und Gehaltsempfänger!

Gegen die Vorlage stimmten die Kommunisten, Unabhängigen und Demokraten.

Genosse Weigel begründete die Ablehnung der Kommunisten. Er hob hervor, daß die von den Komunisten im Stadtrate seit Jahr und Tag erhobenen Warnungen, nun zum Schaden der Bevölkerung sich erfüllten, daß nämlich die städtischen Werke und Betriebe durch die bisher geübte Finanz- und Gebührenpolitik unverweigerlich dem Ruin zugeführt werde. So sei die Fortführung der Straßenbahn aufs Ernsthafteste gefährdet, die Fortführung der übrigen Werke sei ebenfalls nur noch eine Frage der Zeit. Genosse Weigel bezeichnete die Ausführungen des Auchsozialisten Nußbaum als eine Leichenrede für die städt. Betriebe und eine Beileidsrede für die zahlungsunfähige Bevölkerung. Den in der Deckungsvorlage enthaltenen Lohn- u. Gehaltserhöhungen für die städt. Arbeiter, Angestellten und Beamten, stimmten die Kommunisten bis zu Gruppe 11 zu. Genosse Weigel erklärte hierzu, daß es nicht angängig sei, daß die höheren Gruppen ebenfalls an der Erhöhung teilnehmen und führte als Beispiel das Gehalt des stets die schwere Notlage der Stadt betonenden 2. Bürgermeisters Küfner an, das z. Zt. 6½ Millionen Mark beträgt. Mit aller Schärfe wandte sich Gen. Weigel auch gegen die geplante Einschränkung der Schulen und die Aufhebung der Schulbäder, für welche die VSPD. und BVP. den Preis von 2 M auf 20 M hinaufsetzten.

Die von Gen. Weigel bezüglich der Steuerverhältnisse gestellten Anfragen werden wir noch besonders bringen.

---

19 K + P + D 23

Unter vorstehender Spitzmarke brachte die Münchener Post in ihrer Nr. 3 vom 4. Januar, ihr Unbehagen über die glänzend besuchte öffentliche Versammlung der KPD. zum Ausdruck. Um ihren geistigen Tiefstand aber ganz besonders zu unterstreichen, müssen aus Mangel an sachlicher Kritik, sogar die rote Farbe. der vom Minister Schweyer, dem Meister vom Kleister, beschlagnahmten, bezw. mit Hakenkreuzplakaten überklebten, kommunistischen Versammlungsplakate herhalten.

Die Schriftleitung ganz aus dem Häuschen gebracht zu haben scheint aber, das der Versammlung zu Grunde liegende Thema der Weltrevolution, was lt. Redaktionsbeschluß der Münchener Post „nur ein Bildwechsel im politischen Warenhaus" ist.

Daß die Kommunisten im gleichen Zusammenhang von dem, vom Rosenstrauß-Auer gleiteten Blatt, trotz dessen Verbindungen mit dem hakenkreuzlerischen Meuchelmörder Arco und dem National„sozialisten" Otto Graf, der Sympathie mit den Hitler-Gardisten bezichtigt werden; ist schon ein Meisterstück geistigen Kretinismusses.

Der mit Hilfe der Sozialdemokratie ermorderte Gustav Landauer, sagte Anfang 1919 im provisorischen Nationalrat: Ich kenne in der ganzen Zoologie kein widerlicheres Reptil, als die deutsche Sozialdemokratie".

Wir schließen uns diesen Worten an!

Milchpreis ab 8. Januar 1923. Der Milchwirtschaftliche Landesverband hat den Werkmilchpreis ab 8. Jan. 1923 von 129 M auf 155 M, den Rampenpreis von 180 M auf 206 M pro Liter erhöht. Die Preisprüfungsstelle hat auf Grundlage dieses Rampenpreises folgenden Preis begutachtet: Lieferpreis des Großhandels an den Kleinhandel pro Liter 229 M, Abgabepreis des Kleinhandels an den Verbraucher pro Liter 250 M, 0,75 Liter 187,50 M, ½ Liter 125 M, ¼ Liter 62,50 M und ein Achtel Liter 31,50 M. Dieser Preis hat die Bedeutung eines Richtpreises, d. h. er ist entsprechend herabzusetzen, wenn er nach den besonderen Verhältnissen des einzelnen Geschäftes einen übermäßigen Gewinn enthalten würde, wobei anzuerkennen ist, daß der Münchener Milchhandel an seinen Forderungen erheblich eingebüßt hat. Zum Zwecke der behördlichen Preisüberwachung werden die Milchhandelsgeschäfte wiederholt auf die Verpflichtung hingewiesen, den Abgabepreis im Laden anzuschreiben, Milch, die noch zum alten Preis eingekauft wurde, **ist noch zum alten Preis abzugeben.**

Richtpreise für oberbayer. Kohlen, mitteldeutsche Briketts und Ruhrprodukte. Für die ab 1. Jan. vom Werk abgegangenen Kohlen werden folgende Richtpreise festgesetzt: Oberbayerische Kohlen: Würfel, Brocken, Grob, Stück und Nuß 1 2489 M; mitteldeutsche Briketts 2784 M; Ruhrprodukte: Anthrazit Nuß 1 4034 M, Anthrazit Nuß 2 4302 M, Anthrazit Nuß 3 4038 M; Eiform-Briketts 4551 M. Die Preise verstehen sich per Zentner bei Zustellung in Säcken frei Haus des Verbrauchers. Bei Zustellung in offenen Fuhren tritt eine Ermäßigung von 30 M per Zentner ein. Bei Selbstabholung vom Lager eines Händlers mit Gleisanschluß ermäßigen sich obige Preise um 202 M, bei den übrigen Händlern um 150 M. Anmerk. d. Redak.: „Freue Dich, o Christenheit."

Gegen den Schleichhandel mit Wohnungen. Unter dieser Ueberschrift veröffentlichte die Münchener Zeitung in ihrer Nummer 352 eine Mitteilung, daß in Leipzig zukünftig sämtliche Wohnungsumzüge polizeilich überwacht werden. Hierzu teilt uns der städt. Nachrichtendienst mit, daß der Stadtrat München bereits im November 1919 eine diesbezügliche Anordnung betr. Vornahme und Uebernahme von Umzügen erlassen und veröffentlicht hat, die heute noch in Kraft ist.

Gebühren für die städt. Schulbrausebäder. In den städt. Schulbrausebädern wurde bisher für ein Kind die geringfügige Badegebühr von 2 M erhoben. Um die Schließung dieser für die körperliche Wohlfahrt unserer Jugend so wohltätige Einrichtung zu vermeiden, muß die Gebühr ab 8. Januar 1923 auf 20 M pro Bad erhöht werden. Bedürftige sind nach wie vor frei. Der Satz ist immerhin noch sehr gering, wenn man bedenkt, daß ein Brausebad in den städt. Badeanstalten zurzeit 80 M kostet. Die Kommunistische Fraktion stimmte gegen diese Erhöhung. Wir verweisen unsere Leser auf den Bericht über die Verhandlungen im Stadtrat in gleicher Nummer.

Behandlung der Schulversäumnisse. Durch Gesetz vom 1. Oktober 1922 wurde § 58 des Polizeistrafgesetzbuches (vom 26. Dez. 1871) dahingehend abgeändert, daß Schulversäumnisse sowohl im Verwaltungsstrafverfahren wie durch gerichtliches Strafverfahren mit empfindlichen Geldstrafen oder mit Haft geahndet werden können. Eine Verordnung des Kultusministeriums gibt den zuständigen Behörden die Möglichkeit zu schärferem Vorgehen gegen säumige Schüler wie gegen die Erziehungsberechtigten, also gegen die Eltern, die Lehr- und Dienstherren und sonstigen Arbeitgeber. Von einem bestimmten Maß unentschuldigter Versäumnisse ab, kann eine Verlängerung der Schulpflicht ausgesprochen werden. — Unliebsame Beobachtungen hinsichtlich des Schulbesuches machen eine strenge Handhabung der einschlägigen Vorschriften und Strafmöglichkeiten zur gebieterischen Pflicht, wenn nicht die Grundlagen unserer Kultur und jeder Aufstiegsmöglichkeit gefährdet werden sollen.

Anm. d. Red.: Wir bemerken hiezu, daß es der Regierung durch derartige „Besserungs"maßnahmen kaum gelingen dürfte, den Schulbesuch zu heben, an dessen Ursache sie selbst die Schuld trägt. Einerseits durch die durch den Krieg bedingte Verwahrlosung der Jugend, andererseits durch die wirtschaftliche Verelendung breitester Volkskreise, die es heute vielen Eltern unmöglich macht ihre Kinder, infolge des Mangels an Schuhen und Kleidern zur Schule zu schicken.

Schenkungen. Durch Vermittlung des Münchener Schuhwarenhändler-Vereins und des Vereins der Schuhwarengroßhändler in München wurden von den diesem Verein angeschlossenen Mitgliedern dem Stadtrat München zur Versorgung notleidender Kinder Schuhe, teils kostenlos, teils so verbilligt zur Verfügung gestellt, daß eine größere Anzahl von Schulkindern mit Schuhen versorgt werden kann. Der Gewerkschaftsverein München hat die von der Landesbekleidungsstelle angebotenen 900 Paar Schuhe dem Stadtrat München zur Versorgung der Minderbemittelten überlassen. Ebenso hat der Bayerische Beamtenbund 100 Paar und der Zentralverband der Gemeindebeamten Bayerns 50 Paar der gleichen Schuhe zur Verfügung gestellt. — Die Firma Julius Klein, Schuhwarenhaus Kaufingerstraße 15, hat als Spende für die Versorgung notleidender Schulkinder 10 000 M übermittelt. Ein ungenanntseinwollender Spender hat 5000 M zur Unterstützung Kriegsbeschädigter dem Referat 14 übersandt.

Erhöhung der Beiträge in der Invalidenversicherung.

Das städt. Versicherungsamt teilt mit, daß ab 1. Jan. 23 die Lohnklassen und Beiträge in der Invalidenversicherung von Grund aus geändert wurden. Künftighin kommen folgende Lohnklassen und Wochenbeiträge in Betracht:

Die bisherigen Beitragsmarken dürfen für Zeiten nach dem 1. Januar 1923 nicht mehr verwendet werden und sind bei den Postanstalten in neue Beitragsmarken umzutauschen.

Vom 1. Jan. 1923 ab kommt dann auch die Doppelversicherung der höheren Angestellten und des Büropersonals bei der Invaliden- und Angestelltenversicherung, gleichzeitig aber auch die bisherige Verdienstgrenze von 2000 M und die Altersgrenze von 16 Jahren für den Beginn der Versicherungspflicht in Wegfall. Künftig unterliegen ohne Rücksicht auf das Alter und die Höhe ihres Entgeltes der Invalidenversicherung nur mehr Arbeiter, Gesellen Hausgehilfen und Hausgewerbetreibende unbedingt, Gehilfen und Lehrlinge dann, wenn sie nicht angestelltenversicherungspflichtig sind. Wer nicht invalidenversicherungspflichtig ist, hat, mit wenigen Ausnahmen, Beiträge zur Angestelltenversicherung zu entrichten.

Ab 1. Januar 1923 kommt auch die Altersrente in Wegfall. An ihre Stelle tritt die Invalidenrente, die künftig jeder Person gewährt wird, welche das Alter von 65 Jahren vollendet, die Anwartschaft aufrecht erhalten und die Wartezeit erfüllt, d. h. im allgemeinen mindestens 200 Beitragswochen zurückgelegt hat. Anträge auf Rente sind beim städt. Versicherungsamt, Thalkirchnerstraße 54, Zimmer 133—135, zu stellen. Es empfiehlt sich, daß auch die bisherigen Empfänger von Altersrente einen Antrag auf Invalidenrente stellen, da ihnen evt. an Stelle der Altersrente die höhere Invalidenrente gewährt werden kann.

Vereins- und Versammlungs-Kalender

(Der Preis für die unter dieser Rubrik veröffentlichten Anzeigen beträgt für jede Zeile 30 M. Die Aufnahme findet nur bei Vorauszahlung statt.)

Achtung! An alle Parteifunktionäre der KPD. betr. Gedächtnisfeier für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg am Sonntag, den 14. Januar, vorm. ½10 Uhr in der Tonhalle. Die Vorverkaufskarten müssen am Montag, den 8. und Dienstag, den 9. Januar im Ortsbüro abgeholt werden.

Die Ortsleitung.

Sektion Nord. Dienstag, 8 Uhr: Restaurant Hasen. Sympathisierende eingeladen.

Sektion Neuhausen: Mittwoch, den 10. Jan. 7½ Uhr in der Volkartsbierhalle Bezirksversammlung mit Referat.

KPD. Straßenbahner. Montag, abends 6½ Uhr im Rest. Westermühle, Holzstraße, sehr wichtige Fraktionssitzung. Alle Genossen haben vollzählig zu erscheinen.

KPD. Bezirk Westend. Sekt. 1 und 2 Bahnhof. Am Dienstag, den 9. Jan. im Gasthof Hohenburg, Ecke Ganghofer- und Gollierstraße, findet unsere Jahresschlußversammlung statt. **Erscheinen eines jeden unbedingt notwendig. Die neuen Parteibücher** werden in der Versammlung **ausgegeben. (Kein Bierzwang.)**

J. A. Der Bezirksführer.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten. Bez. Gärtnerplatz, Rumfordstraße 17 Rest. Belvedere, Dienstag, den 9. Jan. **abends** 8 Uhr Hauptversammlung mit Neuwahl. Erscheinen ist **Pflicht**

Bezirks-Ausschuß. J. A. Mittermeier.

Fraktion der Schuhmacher. Dienstag, den 9. Jan. 4 **Uhr in** der Westermühle, wichtige Sitzung. **Zahlreiches Erscheinen erwartet**

Der Obmann.

Arbeiter-Samariter-Kolonne München. Dienstag, den 9. Jan. 23 Wiederbeginn der ärztlichen Vorträge und **praktischen** Verband. Uebung im Turnsaal Blumenschule **der Abt. 1 und 2** und am Donnerstag, den 11. Januar 23 **in der Baracke Schwind**schule der Abt. 3.

Bild Bühne Buch

Münchener Spielplan am Montag:

Nationaltheater 7: Hamlet.
(Vb. 14001—14 650.)
Residenztheater ½8: Münchener Fasching.
(Vb. 3101—3200).
Prinzregententheater 5: Parsival.
(Vb. 24 501—24 700).
Schauspielhaus ½8: Peer Gynt.
Kammerspiele 7: Fräulein Julie, Amphytrion. 10: Ingeborg.
Münchener Theater 7½: Die Brüder von St. Bernhardt.
Volkstheater 7½: Der kühne Schwimmer.
Lustspielhaus ½8: Alt Wien.
Deutsches Theater: 7½: Variete-Programm.
Colosseum: 7½: Variete-Programm.

Sendlingertor-Lichtspiele: Eine versunkene Welt.
Rathaus-Lichtspiele: Knud Rasmussens letzte Fahrt.
Lichtspiele Dachauerstraße 16: Lumpazi Vagabundus.
Regina-Lichtspiele: Maria Antoinette.
Karlsplatz-Theater: Sodoms Ende.

Nationaltheater: Hans Pfitzners Spieloper „Das Christelflein" wird am Dienstag, den 9. Jan. unter persönlicher Leitung des Komponisten aufgeführt. Die Partie des „Christelflein" singt aushilfsweise als Gast Frl. Jungkurth vom Landestheater in Stuttgart. Die Aufführung beginnt um 5½ Uhr.

Moosburg

Am 2. Weihnachtsfeiertag fand im Gasthaus z. Erler eine öffentliche Versammlung der KPD. statt. Genosse Achatz referierte über das Thema: Die Not des schaffenden Volkes. Er schilderte eingehend die Ursachen, die zu den heutigen Verhältnissen geführt haben, dabei ausgehend vom Kriege und der Stellung der deutschen Sozialdemokratie dazu. Beleuchtete sodann die durch deren Hilfe verursachte Steuerbelastung des schaffenden Volkes, die zwecks Erfüllung des Versailler Vertrages und zwecks Wiederaufbau des kapitalistischen Deutschland, alle Kosten auf die Schultern der Arbeiter ablädt, die auch während des Krieges die Kosten getragen haben. Zur Gegenüberstellung streifte er noch die Verhältnisse in Rußland. Der einzige Diskussionsredner, ein MSP.-Mann versuchte mit alten Schlagworten diesen Tatsachen aus dem Weg zu gehen. Gen. Achatz wies im Schlußwort noch besonders auf die Notwendigkeit der Einheitsfront hin. Der starke Beifall der Versammlungsbesucher, die den ganzen Saal füllen, bewies am besten, die wachsende Erkenntnis der Notwendigkeit proletarischer Einheitsfront.

Chronik.

Aichach. (Ein gemeingefährlicher Betrüger.) der sich Tanner v. Heimhausen, Ottershausen oder Gundamsried auch Weichenrieder oder Weicheneder nennt, treibt sich in der Gegend herum, bietet sich den Bauern zur Reparatur von Uhren an, die er aber nicht mehr zurückbringt. Die hiesige Amtsanwaltschaft hat gegen ihn einen Haftbefehl erlassen.

Pfaffenhofen. (Selbsthilfe der Aerzte.) Die Aerzte des Bezirkes kündigen an, daß sie Begleichung ihrer Rechnungen innerhalb vier Wochen erwarten Bei späterer Bezahlung müsse ein Zuschlag verlangt werden, der sich nach der am jeweiligen Zahltag gültigen amtlichen Teuerungszahl berechnet.

Pfaffenhofen. (Wieder ein Opfer der Schußwaffe). Beim Reinigen einer geladenen Pistole wurde in Lamsham ein Mann namens Johann Hartl durch einen sich plötzlich entladenden Schuß, der ihm in den Kopf drang, so schwer verletzt, daß er bald darauf verstarb.

Verantwortlich für den polit. Teil: Wendelin Thomas; Augsburg, für den Münchener Teil: J. V.: Stretz, München; für Expedition und Inserate August Stretz, München. Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft „Volkswille" e. G. m. b. H., Augsburg und München.

Deutscher Baugewerksbund: Baugewerkschaft München u. Umgebung (vor. Deutsch. Bauarb.-Verb.)

Donnerstag, den 11. Januar, abends halb 7 Uhr

2 Gruppen-Versammlungen

für die Maurer und Putzer aller Art, soweit sie unter den Tarifvertrag des Baugewerbes fallen, in den Kolosseums-Bierhallen, Festsaal, Eingang Jahnstrasse;

für die Baubilfs-, Erd- und Tiefbauarbeiter sowie der Sektionsmitglieder der Einschaler, Zementarbeiter, Gerüstbauer etc. im Münchner Kindl-Keller, Rosenheimerstrasse.

Tagesordnung: 1. Bericht über die Verhandlungen in Nürnberg bezüglich Festsetzung des Lohnes für das bayerische Baugewerbe. 2. Diskussion und Beschlussfassung hierüber.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert, dass die in Frage kommenden Mitglieder rechtzeitig in ihrer Versammlung erscheinen.

Die Betriebsräte und Baudelegierten werden für rege Agitation des Versammlungsbesuchs ersucht.

Zutritt zu den Versammlungen haben nur Mitglieder obenbezeichneter Organisation, wenn sie mit ihren Beiträgen nicht über 8 Wochen im Rückstande sind, gegen Vorzeigung der Kontrollkarte. Die Ortsverwaltung. I. V.: F. Dobler.

Einzelpreis 35 Mark

Neue Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunist. Internationale)

6. Jahrg. | Erscheint täglich außer an Sonn- u. Feiertagen — Bezug durch die Postanstalten und den Verlag — Auslieferung für München durch die Zeitungszentrale, Färbergraben 27—28. — Expedition und Redaktion München, Hotterstraße 3 (Laden). Sprechstunde der Redaktion: Täglich von 11 bis 12 Uhr vormittags. | Dienstag, 16. Januar 1923 | Bezugspreis monatlich mit illustrierter Beilage „Sichel u. Hammer" 809 Mk., davon 409 an die Post und 400 direkt an den Verlag: Postscheckkonto 29189 Amt München). In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung oder Rückzahlung. — Anzeigen-Annahme bis 12 Uhr mittags tägl. in der Geschäftsstelle, Hotterstr. 1. — Tel. 51154. | Nr. 13

Zwei Fronten in Deutschland.

Die revolutionäre Januarfront von 1923 gegen die Augustfront 1914.

(Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, 15. Jan. Gegen die bürgerliche Kundgebung vor dem Reichstage, bei welcher der Reichskanzler Cuno die gebräuchlichsten Regierungsphrasen unter Beifallsgedröhne abgab, hatte die Kommunistische Partei eine Demonstration auf dem Alexanderplatz einberufen. Während die Versammlungen, die die Sozialdemokratie gleichzeitig abhielt, fast nicht besucht waren — sie hatte sich zwischen zwei Stühle gesetzt und weder gewagt, ihrer Berliner Mitgliedschaft die offene Einheitsfront mit den Kriegshetzern anzubieten, wie es die meisten ihrer parlamentarischen Führer für richtig hielten, noch ermannte sie sich dazu, die Kundgebung gemeinsam mit den Kommunisten durchzuführen — waren zur kommunistischen Demonstration Zehntausende gekommen, die den Alexanderplatz voll besetzten. Das ist umso bemerkenswerter, als die Gewerkschaftskommission aufgefordert hatte, die Versammlungen der VSPD. zu besuchen. Unser Berliner Parteivorstand hatte diese Zustimmung im Namen der organisierten Berliner Arbeiter zurückgewiesen, die keineswegs gewillt seien, den Burgfrieden mit der Bourgeoisie mitzumachen. Der Verlauf der kommunistischen Demonstration war eine glänzende Bestätigung für die Kundgebung der Berliner. Die Mehrheit der Berliner Arbeiter demonstrierte für die Forderungen der KPD.

Bis zum Abend lagen zahlreiche Meldungen aus dem Reiche vor über ähnliche kommunistische Demonstrationen, die überall die wahre Stimmung der Massen zum Ausdruck brachten. So besonders in Leipzig, in Stuttgart und in Hamburg.

*

Der nationale Trauertag Deutschlands ist vorüber. Die Arbeiterschaft hat überall gesprochen. In ganz Deutschland gibt es nur noch zwei Parteien: Die nationalistische Bourgeoisie und ihre Mitläufer — und die kommunistische Arbeiterschaft. Was dazwischen liegt, wird aufgerieben. Der Wiederbelebung der Augustfront 1914 stellt die revolutionäre Arbeiterschaft die Januarfront von 1923 entgegen. Mit ihr oder gegen sie, gegen das Bürgertum oder mit ihm, eine andere Entscheidung gibt es nicht mehr.

Die rheinischen Kommunisten über den Kriegszustand.

Essen, 15 Jan. 1923.

Die Bezirksleitung der KPD. Rheinland-Westfalen-Süd hat einen Aufruf erlassen, der zu der neuen Lage Stellung nimmt. Der Aufruf schildert die wachsende Not des deutschen Proletariats, und lehnt die Politik Ebert-Cunos ab. Die Regierung Cuno mit Fritz Ebert ruft, wie 1914, zur nationalen Einheitsfront auf. Aber der Hauptfeind steht im eigenen Lande. Niemals wieder wollen wir auch nur einen Blutstropfen für imperialistische Interessen des deutschen Kapitalismus hergeben. Fort deshalb mit dem nationalen Einheitsrummel! Die Befreiung aus Not und Elend kann nur der gemeinsame Klassenkampf, zusammen mit den Brüdern in Frankreich, England, Belgien und Italien und vor allem zusammen mit den Brüdern in Sowjetrußland, bringen. Die Verelendung der arbeitenden Schichten Deutschlands und die Kriegsgefahr ist nur dadurch zu beendigen, daß die kapitalistische Regierung beseitigt wird, und daß die deutsche Regierung in die Hände der arbeitenden Schichten, der Arbeiter, Angestellten und Beamten kommt. Der Aufruf schließt mit der Mahnung, die deutsche Arbeiterregierung zu schaffen, die allein den Achtstundentag sichern, das Proletariat von ungeheuren Steuerlasten befreien, die kapitalistische Sachwerte erfassen und die Reparationslasten dem deutschen Kapital auferlegen kann. Eine Arbeiterregierung wird im Bund mit dem proletarischen Sowjetrußland ganz anders vor die arbeitenden Massen Englands, Frankreichs, Belgiens, Italiens hintreten und eine andere Lösung des Vertrages von Versailles durchsetzen. Es lebe die gemeinsame Kampffront des arbeitenden Volkes!

Unruhen im neubesetzten Gebiet.

TU. Essen, 15. Jan. Der Befehlshaber der 47. franz. Inf.-Div. hat der deutschen Polizei einen Befehl übermittelt, daß die öffentlichen Anschläge über die Beschlüsse der französischen Kommunisten gegen die Ruhrbesetzung von den Plakatsäulen zu entfernen sind. Des weiteren ordnete der Befehlshaber an, daß zwei französische Plakate, die abgerissen wurden, wieder zu ersetzen sind. Die Plakate müssen fortan Tag und Nacht durch Polizeibeamte bewacht werden. Der Befehlshaber hat schärfere Maßnahmen angedroht für den Fall, daß der Polizei eine Nachlässigkeit nachgewiesen werden sollte.

Gestern nachmittag wurde der Stadtkreis Buer, der bisher von französischen Truppen nicht besetzt war, mit vier Schwadronen französischer Kavallerie belegt. In dem genannten Kreis befinden sich die fiskalischen Bergwerke „Bergmannsglück", „Westerholt" und „Scholven".

Auch in den Außenbezirken von Bochum trafen französische Truppen ein.

In Steele wurde eine aufgezogene französische Fahne bereits nach einer Stunde heruntergerissen und zerfetzt. Der Bürgermeister mußte sich bei dem Kommandanten entschuldigen und einen Aufruf anschlagen lassen, der vor weiteren Ausschreitungen warnt.

Die ersten Zusammenstöße.

Berlin. Wie die Morgenblätter melden kam es nach den Kundgebungen des gestrigen Tages in Berlin verschiedentlich zu Demonstrationen gegen die Entente, besonders in einigen Fällen vor Gebäuden, in denen Mitglieder von Ententekommissionen wohnen. Die Polizei verhinderte aber größere Ausschreitungen. Kommunisten, die von ihrer Kundgebung zurückkamen, holten verschiedentlich durch Erklettern der Fassaden schwarz-weiß-rote Fahnen herunter, die dann später bei der kommunistischen Kundgebung auf dem Andreasplatz verbrannt wurden. Ernstere Zwischenfälle haben sich indes nirgends ereignet.

München, 15. Jan. In der Nacht zum Sonntag kam es im Gärtnerplatzviertel zu einem Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten, wobei zwei Personen verletzt wurden und eine Gruppe Nationalsozialisten in ein Haus flüchten mußte. Die alarmierte Polizei befreite die in dem Haus belagerten Nationalsozialisten, „nahm sie vorläufig fest" und räumte den Gärtnerplatz.

Ernste Zusammenstöße ereigneten sich, als sozialistische Demonstranten mit schwarzrotgoldenen und roten Fahnen zur Feldherrnhalle in die Stadt zogen. In einem entstehenden Handgemenge wurden die Fahnen zerrissen und die Fahnenstange zerbrochen. Im Laufe der Zusammenstöße wurde der Kriminalkommissar Guggenberger durch sozialistische Demonstranten erheblich verletzt.

Die Wiederkehr von Einwohnerwehren.

Der „Regensburger Anzeiger" schreibt, man hege in den Kreisen der Bayerischen Volkspartei sehr ernsthaft den Gedanken, ob die Zeitverhältnisse es nicht ratsam erscheinen lassen, die alten Selbstschutzorganisationen in der Form vom Staate legalisierter und von ihm finanziell unterstützter Einwohnerwehren wieder aufleben zu lassen. Den Anlaß zu den Erwägungen gäben die von Grund aus veränderte außenpolitische Lage und die damit aufgetauchten innerpolitischen Gefahren. Die Hindernisse gegen den seinerzeitigen Weiterbestand der bayer. Einwohnerwehren sind gefallen, der Rechtsbruch der Franzosen gibt uns nunmehr freie Hand den dringendsten nationalen Lebensnotwendigkeiten Rechnung zu tragen.

Auf alle diese alarmierenden Ereignisse, Vorbereitungen und Vorstöße antwortet die „bayerische Sozialdemokratie mit einer törichten Kommunistenhetze. Unter der Ueberschrift „Sowjetstern und Hakenkreuz" bezichtet sie den kommunistischen Versuch, eine Einheitsfront der Arbeiter herzustellen, als das Werk von Sowjetagenten, die die Geschäfte der inneren und äußeren Feinde „Deutschlands" besorgen. Sie faselt davon, daß Radek im Ruhrgebiet seine Hand im Spiele haben soll und untersteht sich in diese schwersten Zeiten der deutschen Arbeiterschaft, diesen Unsinn der aber von ihr als wahr hingestellt wird, als Tatsache zu denunzieren. Es wird aber bei den bayerischen Arbeitern so wenig verfangen, wenn einige Redakteure der SPD.-Zeitungen in ihrer Angst vor den Hitlergarden und vor der Revolution die revolutionäre Vorhut und die konterrevolutionäre Seuche als verbrüdert hinstellen wollen, so wenig es im Norden des Reiches den Vorwärtsredakteuren gelungen ist, die Kundgebungen zu gemeinsamer Abwehr aller Arbeiter zugunsten der Einheitsfront mit der Cunoregierung zu verhindern. Das Wiederaufleben der Einwohnerwehr bekämpft sie auf dem Papier mit dem Argument: „Soll durch bayerische Eigenart England wieder an die Seite Poincares gedrängt werden?" Dies im Augenblick, wo die Münchner Polizei bei den ersten Zusammenstößen offen auf die Seite der Faszisten gestellt hat.

Burgfriede als oberstes Gesetz.

Die vier an der Arbeitsgemeinschaft beteiligten Bergarbeiterverbände erlassen einen Aufruf an die Bergarbeiter des Ruhrgebietes, die Vereinbarungen zwischen den Organisationen der Arbeitnehmer und der Unternehmer müßten mehr denn je für jeden organisierten Arbeiter Gesetz sein. Der Burgfrieden als oberstes Gsetz für die Bergsklaven — das könnte der Unternehmersippschaft so passen. Und die freien Gewerkschaften sagen Ja und Amen dazu.

Moskau funkt an Amsterdam für die internationale Einheitsfront.

Ein Schritt der Kommunistischen Internationale.

Die Exekutive der Kommunistischen Internationale und das Vollzugsbüro der Roten Gewerkschaftsinternationale haben folgendes Funkentelegramm, datiert Moskau, den 13. Januar, an die Sozialistische Internationale in in London und an die Gewerkschaftsinternationale in Amsterdam gerichtet:

„Mit Rücksicht auf die drohende Lage in Europa, die die Arbeiterklasse in neue unerhörte Leiden stürzen kann, andererseits mit Rücksicht auf ihre Beschlüsse im Haag betreffend einen allgemeinen Streik im Falle von Kriegsgefahr, macht das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale und das Vollzugsbüro der Roten Gewerkschaften den Vorschlag, mit ihren Vertretern unverzüglich Verhandlungen über eine gemeinsame Aktion zur Abwehr eines neuen Krieges einzuleiten. Die Exekutive bestimmt zu ihren Vertretern Clara Zetkin, Cachin, Newbold und Radek, die Rote Gewerkschaftsinternationale Heckert, Dudilieux und Watkins. Wir bitten um sofortige Antwort nach Moskau und gleichzeitig durch die Zentralen der deutschen und französischen Kommunistischen Partei und der französischen Unitarischen Arbeiterföderation."

Die zweite und die Amsterdamer Internationale haben nun Gelegenheit, zu zeigen, wie weit es ihnen mit den Haager Resolutionen ernst ist. Vergeblich hatten die Delegierten der russischen Gewerkschaften im Haag den Friedenskongreß darauf aufmerksam gemacht, daß man nicht allgemein theoretisch über Kriegsgefahren sprechen, sondern sich lieber auf die ganz akute spezielle Kriegsgefahr in der Reparationsfrage und im nahen Osten vorbereiten solle. Die Mahnungen Radeks und Losowskis waren damals vergeblich. Nun zeigt es sich, wie recht die russischen Genossen im Haag hatten. Aus der Ruhrbesetzung können sich Folgen ergeben, die heute noch unabsehbar sind. Jetzt ist die Stunde, in der jede Arbeiterorganisation zeigen kann, wie weit es ihr Ernst mit dem Kampf gegen Krieg und Kapitalismus ist.

Kundgebungen in Paris.

Paris, 14. Jan. Heute nachmittags veranstaltete die kommunistische Partei zusammen mit den kommunistischen Gewerkschaften eine Kundgebung gegen den Imperialismus und dem Krieg anläßlich der Ruhrbesetzung.

Klassenkrieg!

Von P. Vaillant-Couturier (Paris).

** Welch herrliche Gemeinheit! Man verhaftet in Massen. Es lebe Daudet de la Dauderière!

Doch welche Geschichte!

In demselben Augenblick, wo man überall um uns herum Totengesänge anstimmte, in demselben Augenblick, wo die gesamte bürgerliche Presse eifrig über unser nahebevorstehendes Ende orakelte, in demselben Augenblick proklamiert man mit einem Male wieder unsere Existenz, unsere kraftstrotzende Gesundheit, unsere Macht, indem man uns mit Verfolgungen beglückt!

Demnach sind die Brücken zur Bourgeoisie wohl gründlich und für allemal abgebrochen! Bravo!

Niemals zuvor fühlten wir uns so gesund und so kräftig wie heute!

Verliert man überhaupt dabei, wenn man von einer Krankheit geheilt wird, von der gewisse Leute hofften, daß sie chronisch sein möge? Seit vierzehn Tagen, wo die Gefahr droht, hatten diejenigen, die um die Gefahr wußten und uns verlassen haben, vollauf Zeit, um — wieder einmal! — ihr Gewehr umzuschultern. Vielleicht bedauern sie heute ihr Vorgehen. Dennoch sind und bleiben sie gerichtet!

Mögen alle diejenigen, die nicht von ihrem Kampfposten geflohen sind, sondern in der Kommunistischen Partei brüderlich vereint bleiben, mit Festigkeit, erhobenen Hauptes und starken Herzens die Herausforderung aufgreifen, die der internationalen Arbeiterklasse soeben ins Gesicht geschleudert wurde.

Was zurzeit das Eisenhüttenkomitee mit der nunmehr erreichten Helfershelferschaft der deutschen Schwerindustriellen anzettelt, ist ein riesiges Heldengedicht über die Ausbeutung der Völker.

Es ist ein Komplott gegen die innere und äußere Sicherheit der Arbeiterklasse aller Länder. Nichts mehr und nichts weniger.

Heute keine Groschen in der Staatskasse für die Kriegskrüppel und die zerstörten Gebiete? Und auch morgen kein Groschen in der Kasse?

Denn es wird kein einziger Groschen hereinkommen . . . .

Schon kündigt man — so groß ist das Vertrauen, das man in das eigene Ruhrverbrechen setzt! — einen neuen gewaltigen Steuerraubzug am Volke an . .

Und welche Ironie! Herr Poincaré — Poincaré der Rachetäter, aber nicht an der Front, sondern in sicherem Versteck in Bordeaux! — Poincaré der Knecht der verkuppelten Raubpolitik des Eisenhüttenkomitees und der Herren Stinnes und Arnold [illegible] Ludendorffs!

Von Iswolski bis Ludendorff, welch ein schicksalsvoller Weg!

Jeder einzelne erhält [illegible] Rache! Jedem das Seine!

Mit uns: die armen Teufel, die Arbeiter, die ewigen Opfer des [illegible] Regimes.

Mit Herrn Poincaré die Schwerindustriellen [illegible] Generäle jenseits des Rheins, die Mörder von [illegible] lionen Franzosen!

„Wir machen den Schwindel nicht mehr mit!“

Massenkundgebung der Augsburger Kommunisten gegen die nationalen Phrase.

Die Augsburger Arbeiterschaft hat gesprochen. Tausende waren am Sonntag morgen auf dem kleinen Exerzierplatz aufmarschiert, Tausende sind mit den roten Fahnen durch die Straßen der Stadt gezogen, zur gleichen Stunde, wo die Faszisten und Sozialpatrioten mit ihrem Anhang den Spießbürgern und politischen Kindsköpfen ihre „nationale Trauer“ ausließen, zur Stunde, wo im ganzen Reich Schindluder im Namen der verelendeten und gedrückten Nation unter Anführung der Kriegsverbrecher und schwarzrotgoldenen Novemberhelden getrieben wurde, zur Stunde, wo Millionen laue und eingeschüchterte Arbeiter sich in den Stuben verkrochen, zur gleichen Stunde sind die Augsburger roten Arbeiter aufmarschiert und haben ihr Wort gesprochen, das das Wort der revolutionären Proleten ist: **Wir machen den Schwindel nicht mit!** Unter begeisterter Zustimmung sprach unser Genosse Kreß vom Fünfzehnerausschuß der Betriebsräte in Berlin und begeistert wurde folgende Entschließung angenommen:

Die revolutionären Arbeiter von Augsburg haben sich am 14. Januar 1923 auf dem Exerzierplatz versammelt, um zur gleichen Stunde, wo das Bürgertum und entgleiste Arbeiterführer in der Stadt und im ganzen Lande „nationale Trauerfeiern“ über die Ruhrbesetzung abhalten, leidenschaftlich kund zu tun: Die Zeiten von 1914 sind vorüber,

wir lehnen den Rummel ab,

den Rummel der Leute, die uns in den Krieg gehetzt und nach dem Zusammenbruch in der bürgerlichen Demokratie zum Wiederaufbau dieses Kapitalismus neuerdings unterdrücken wollen und verrecken lassen.

Wir sind entschlossen, die verbrecherischen französischen Bürger und Kapitalisten, die jetzt ihre Soldaten aus Profitgier ins Ruhrgebiet einmarschieren lassen, um durch ihre Poincareregierung den Widerstand der französischen revolutionären Arbeiter zu brechen versuchen, ebenso zu bekämpfen wie unsere deutschen Unterdrücker.

Das kann aber nicht geschehen in einer nationalen Front mit den Kriegsverbrechern, Sozialpatrioten und Faszisten, die jetzt Oberwasser bekommen möchten, das kann nur im Klassenkampf der revolutionär geeinten Arbeiter um ihre eigene Regierung geschehen. Wir haben nichts vergessen, was hinter uns liegt, ein Verräter, wer jetzt in Burgfriedensduselei sich einfangen läßt, oder gar nationalistisch mittut. Der erste Schrei der Kriegsverbrecher wirbt um die „Einheit des Volkes“, um den „Würdigen Widerstand“ gegen die „Franzosen“,

der erste Schlag wird gegen uns gerichtet sein

wenn wir den kleinbürgerlichen Kindsköpfen und Narren und ihren nationalistischen Anführern und Drahtziehern, die nur dem Großkapital dienen, auf den Leim gehen, und auf uns niedersausen, wenn die nationale Trauer abgelöst sein wird vom nächsten Reparationsgeschäft.

Unser Weg ist der Weg aller klassenbewußten Proleten der 3. Internationale. Unser heißer Gruß den Brüdern in Frankreich, die die französische Schieberrepublik niederwerfen will, weil sie Poincare' Widerstand entgegensetzen.

Wir fordern die Arbeiterverbände auf, sofort zusammenzutreten und gemeinsam den Generalstreik gegen Cuno und Poincare zu erklären gegen deutsche und französische Bourgeoisie, für eine verbündete deutsche und französische Arbeiterregierung die im Verein mit Sowjetrußland dem internationalem Verbrechen gegen die Werktätigen im Geldsackinteresse ein für allemal ein Ende setzt.

Dann zogen wir durch die Stadt, wo die Trauerfahnen schwarz-weiß-rot und weißblau hauptsächlich von den Banken wehten. Die Polizei verhinderte den Marsch vor die Sängerhalle. Wir ließens dies mal zu, es ging um anderes. Auf dem Stefansplatz beschloß Fritz Rück die Demonstration mit einer Ansprache an die Demonstranten. Er nahm das Gelöbnis ab, daß an der Mauer der Augsburger revolutionären Arbeiterschaft der bayerische Faszismus einen unübersteigbaren Wall finden solle.

Die Polizei zieht blank gegen Jugendliche

Von Jugendgenossen wird uns mitgeteilt: Nach Auflösung der kommunistischen Demonstration wollten wir gestern durch die Stadt mit unseren Fahnen nach Hause. Daran hinderte uns aber die Polizei. Drei Schutzleute zogen blank. Dies geschah zu einer Zeit, wo gerade von der nationalistischen Kundgebung der Augsburger Bürger die Haufen der Faszisten mit den Kriegsfahnen schwarz-weiß-rot unter Gejohle von der Polizei unterstützt durch die Stadt zogen. Das ist die bayerische Handhabung der Gesetze zum Schutze der Republik.

„Trauertag“ in München.

„München-Schwabing im Zeichen der Trauer“.

An allen Ecken und Enden schwulstigster, phrasengeschwängerter Nationalismus und Chauvinismus angeboten und zur Schau getragen. Modetag mit Nationalistenkorso! Von der Aufforderung zum Beflaggen hatten nur die Staatsgebäude davon Gebrauch gemacht. Selten sah man an einem Privathaus eine Flagge. Bestenfalls an den Wohnungen der „Würdenträger“, Regierungsräte und sonstiger, der Regierung materiell Nahestehender, wie ehemaliger Hoflieferanten usw. usw.

Am Vormittag versammelten sich „hohe und höchste Herrschaften“ im Odeon, um mit Hilfe des Zylinders, des Helmes, der Uniformen, Orden, Lackschuhe (soweit vorhanden) und Amtsmiene, ihrer nationalen Trauer Ausdruck zu verleihen. Republikanisches Cerkle monarchistischer Minister, Beamter, Offiziere, Landtagsabgeordneter und Damen.

Punkt 12 Uhr, nach vollbrachter Andacht, „Volksvorstellung“ für diejenigen, die noch nicht zu den obengenannten Kategorien gehören oder aus sonstigen Gründen daran verhindert waren: Ort der Handlung: Platz vor der Feldherrnhalle. Ganz im Hintergrunde, kaum sichtbar: das Siegestor. Hauptdarsteller: Landtagspräsident Königbauer unter Assistenz der bereits Genannten. Sonstige Mitwirkende: Nationalsozialisten und andere, im übrigen Reiche verbotene Verbände, wie Roßbach, Stahlhelm, Organisation C., aufgelöste Einwohnerwehr usw. usw. Außerdem grüne und blaue Polizei, inklusive der Spitzel; Offiziere im Dienst und außer Dienst; letztere trotzdem in Berufskleidung, beide auf Beschäftigung mit Kriegszulage wartend. Im übrigen waren anwesend Statisten aller Art, Heiden, Juden, Christen, Publikum. Alle zusammen bildeten „das Volk“, an welches der Tenor des bayerischen Landtages, Herr Königbauer, seinen Leidens- und Haßgesang absetzte. Militärmusik durch Sipoangehörige ausführt, dazu Gesang, weil es der Mode des Tages entsprach oder aus Angst vor der beobachtenden Umgebung. Wo blieb die „heilige Begeisterung“? Kein Sturm der Entrüstung Vergewaltigter erfüllte die Menschen und die Luft. Die von den hakenkreuzlerischen Statisten in die Menge geworfenen Stichworte, Rache, Rache, blutige Rache, glitten von den Menschen wie von den Kulissenwänden, Residenz und Theatinerkirche, ohne Echo ab.

Die aufgespeicherte „Entrüstung“ ward abgegeben. Spannung und Hochdruck entladen.

*

Folgt Auflösung der so „harmonisch verlaufenen Trauerfeier“: Rennen zur Trambahn, zum verspäteten Frühschoppen und zum würdigen, nationalen — Mittagessen.

Massenbeschwörung auf dem Königsplatz. „Verrat an Hitler.“

Nachmittags: Stelldichein aller das kapitalistische Vaterland liebenden sogen. nationalen Verbände. Anschläge an den Telegrammtafeln bürgerlicher Zeitungen für die „deutschen Männer und Frauen“ zur „Massentrauer“. Aufrufe der Parteileitung der Hakenkreuzler durch Flugblätter an alle Nationalsozialisten und Antisemiten. Und sie kamen alle: Biertimpfel, Studenten der Universität und Hochschule in voller Wichs, Kriegsgewinnler, Schieber, Alt- und Neureiche, Minister in und außer Dienst, Devisenhändler und Börsenmakler, aktives und inaktives Militär, Gymnasiasten, Schreiber, Professoren, Lehrer, Händler, Hausierer und sonstige Geschäftsleute, Beamte und deren Bürodiener, ausgediente Feldwebel, viele, sehr viele Damen, Pfaffen, Landtagsabgeordnete, Veteranen und Kinder. Es war ein buntes Bild. Jede Gattung mit ihren Fahnen und Farben. Bunt durcheinander gemischt. Das Kleinbürgertum in all seinen Spielarten. Daneben Standarten, mitelalterliche Hellebarden, Vereinsabzeichen, Bänder, Orden, Sporen, Helme aus Stahl und Leder, Bauchgurten und Armbinden.

Ein malerisches Bild — aber welche Gesichter!

Manch einem war anzusehen, daß er in einem anderen Lager stehen müßte. Auf viele von ihnen treffen die Mühsam'schen Worte zu:

„. . So ziehen sie jetzt im Vaterland den Obern nach, die Aermellöcher ihres grauen Rocks geflickt mit Eicheln, Rautenzeug und Edelweiß aus Blech, den Kopf im überstülpten Stahlhelm breitgedrückt, hinschreitend wie die Polizei der Nemesis. **Und dieser Zug verstärkt von Bürgermob und Bengeln, die der Schule überdrüssig sind und Lorbeeren suchen wollen auf dem Schlachtgefild der Ruh und Ordnung und des Aktienkapitals . . . .“**

— — — — — — — — — —

Militärmusik, miltärische Kommandos, die „Feier“ konnte vom Stapel gehen.

Es sprach aber nicht Hitler, sondern Sanitätsrat Pittinger als Spitzenvertreter der „nationalen Verbände“ und nach ihm irgend ein geistlicher Rat!

Thema: „Treue um Treue“. Die Anwesenden mußten 4 Gelöbnisformeln im Geiste von 1914 hersagen, wie vor einem Auszug in die Schlacht! Durch Handerheben und Entblößen des Hauptes mußten die Erschienenen den Eid bekräftigen durch die Worte: „Ja, wir wollen es“.

Zum Schlusse eine Beschwörung,

„der Geist aus der anderen Welt“

wurde zitiert. Er machte sich zum Sprecher der „Toten an die Lebendigen“. Man glaubte sich ins schwärzeste Mittelalter versetzt.

Versuchte Massensuggestion in kitschigster „Volksausgabe“.

Nach diesem Trauergelöbnis der Anwesenden, wenn es nötig sein sollte, das Schicksal der Toten zu teilen, begann bei anbrechender Dunkelheit der Abmarsch. Führung der Stoßtrupps der Hakenkreuzler, Roßbach, Oberland und anderer Formationen durch Offiziere in Uniform, offene Beteiligung „republikanischer“ Reichswehrangehöriger in diesen Verbänden.

In den Straßen zur inneren Stadt und im Hofgarten Abnahme von Paraden im Stechschritt, vor aufgestellten Fahnen und höheren Offizieren.

Dazwischen Gruppen entrüsteter Nationalsozialisten über den „Verrat an Hitler“, der schon vorher empört abgezogen war, da man ihn nicht hatte sprechen lassen. Heftige Worte wie: Schweinerei, Ausmisten, Wegfegen, waren der Text für das wiederholt geäußerte Lied: „Sind wir dazu da, um diesen hohen Herren die Kastanien aus dem Feuer zu holen?“

Auf allen Wegen begleitete der Schlachtgesang: „Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen“ Abziehende und Passanten. Die Nachfeier fand vor dem Hotel „Vier Jahreszeiten“ zu Ehren der Entente-Kommission statt, zu deren Schutz Sipo zu Fuß und Pferd aufgestellt war. Abwechselndes Pfeifen und Johlen beschloß dort die erhebende feierliche Kundgebung. Da und fern hörte man noch den Gesang: „Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen“ — — —

Schlußrefrain: Das Proletariat zahlt's schon!

Das Rechtsdrängen im „Heimatland“

Daß die nationale Einheitsfront am äußersten rechten Flügel brüchig ist, beweist auch ein Aufsatz der letzten Nummer des „Heimatland“, darin wird die schleunigste Einberufung des Landtages gefordert, der die Wahl eines Staatspräsidenten beschließen soll, denn Bayern müsse von einer starken Persönlichkeit geführt werden, deren Autorität groß genug sei, um der Reichsregierung den Rücken zu steifen. Das bayerische Volk brenne darauf, diesen starken Mann zu wählen, denn es wolle in dieser schicksalsschwangeren Periode einen Mann seines Vertrauens am Staatsruder sehen, nicht eine Marionette des Landtags, der in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung der Volksstimmung nicht mehr entspreche.

Auflösung des Landtags, Neuwahlen, „Staatspräsident“ Diktator, Zweikammersystem und Volksreferendum „gegen den Parlamentarismus“, daß sind die Parolen der Oberland-Hitlerleute, kurz, sie brennen darauf, „italienisch“ zu sprechen. Herr von Knilling, die „Marionette“ soll daran glauben, wie Facta, die italienische Marionette dran glauben mußte, es hilft ihm wenig, daß er Arm in Arm mit Hitler das bayerische Vaterland neuer Herrlichkeit entgegen führen wollte. Beruhigen wir uns aber nicht beim häuslichen Streit der Konterrevolutionäre, sie werden sich wieder finden, Herr Knillig wird sich biegen oder brechen, erneuter als je zeigt sich die Lage, strengere Bereitschaft als je ist das Gebot der Stunde.

„Ein großes einiges Volk!“ oder das Geschäft beginnt.

1.

„Einig im nationalen Willen“. „Bis zum äußersten durchhalten“. „Zurückstellung aller Partei- und Sonderinteressen“, „Treu gegen Schmach und Unrecht“, „Wahrt die Würde der Nation“. „Nie und nimmer“. „Ehre verlieren ist die beste Wehr“, „Lieb Vaterland sollst ruhlos sein“. „Nieder mit den Novemberverbrechern“, „Der Gott der Eisen wachsen ließ“ usw.

„Im Augenblick lerne Deutschland vom Indier Gandhi, dem Meister unangreifbaren, beharrlichen Widerstands!

Faßt möglichst wenig „Resolutionen!“ Aber kehrt in eurem Umgang und Verkehr jeden mit eisernem Besen weg, der nicht vaterländisch handeln will.“

Obacht vor kommunistischen Spitzeln! Sie haben eine höllische Freude, heißlodernde Leidenschaft mit kalter Berechnung zu mißbrauchen.“

Der Pfarrer Traub in der München-Augsburger Abendztg.

2.

Traub hat ganz recht, in unserem „Ruhrecho“ lesen wir schon:

„Gastwirte in Essen erzählen, daß sie noch selten mehr Alkohol ausgeschänkt haben, als am Mittwoch vor der Besetzung Essens, nach der nationalistischen Hetzarbeit der Preisfechterei des Kapitalismus, von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten. Am Mittwoch wurde in den Kundgebungen beschlossen, daß die Straßen beim Einzug der französischen und belgischen Truppen leer bleiben, die Vergnügungslokale an diesem Tage alle geschlossen sein sollten. Donnerstag abend aber waren die Vergnügungsstätten in Essen nach dem Einzug der Truppen überfüllt und die Straßen voll von Neugierigen und Besoffenen von deutschen Bürgern.“

*

Im letzten Augenblick ist der nationalen Einheitsfront am „Trauersonntag“ ein fürchterlicher Stoß versetzt worden! Die Berliner Operettentheater (und nicht nur Berliner), so schreibt eine bürgerliche Korrespondenz, haben „endgültig zu verstehen gegeben, daß sie der Aufforderung der Regierung, den Sonntag als nationalen Trauertag anzuerkennen, nicht nachkommen können, weil sie ihren Unternehmungen den Einnahme-Ausfall nicht zumuten können.“

Der Einmarsch der Franzosen ins Ruhrgebiet — als Operette, bei der sich gut verdienen läßt?

Der nationale Trauertag — ein Kassenerfolg?

Wer könnte die Patrioten in ihrer Trauer besser kennzeichnen, wie die nationalen Direktoren der Operettentheater?

„Ja teurer Freund, Du stehst betroffen.
Das Volk wie katzenjämmerlich,
Das gestern noch so schön besoffen.“

3.

Die Bevölkerung ist durch die Mitteilung beglückt worden, daß in der kommenden Woche der Preis für den Zentner Briketts von 1800 auf über 3000 M und für Steinkohle und Koks von 3400 auf über 5000 M erhöht wird. Selbstverständlich ist an diesem schamlosen Wucher der Einmarsch der Franzosen ins Kohlenrevier schuld.

In Essen fanden Verhandlungen zwischen den einzelnen Zechen und der Ingenieurkommission statt, um die Fortsetzung der Kohlenlieferungen sicherzustellen. Von seiten der Zechenverwaltungen wurde erklärt, daß sie nur dann in der Lage seien, die Lieferungen fortzusetzen, wenn sie eine schriftliche Erklärung erhielten, daß ihre Lieferungen bar bezahlt und bevorschußt würden. Sonst könnten die Arbeitslöhne nicht bezahlt werden!“ Die Festsetzung der Lieferungsbedingungen bleibt der besonderen Vereinbarung mit der Kommission vorbehalten. Die Vorschüsse sollen dekadenweise in der Höhe von 80 Proz. den Zechen zur Verfügung gestellt werden. Die Kommission der Zechen stellt sich den Franzosen vom Montag ab zur Verfügung.

Das Geschäft beginnt. Die Kohlenmagnaten haben zum Teil ihre Wirtschaftssabotage schon aufgegeben. Wenn die französischen Regierung den Industriellen jetzt diese Lieferungen bezahlt, dann wird sie es schon verstehen, von der deutschen Regierung sich diese Beträge mit Zinsen und Zinseszinsen zurückzahlen zu lassen. Zahlungen Deutschlands aber heißen Zahlungen der deutschen Arbeiterschaft.

Nationalsozialistische Personalien.

Die Nationalsozialistische Partei ziert jetzt der Kaufmann Max Weber, es verlohnt sich, über ihn einiges zu sagen. Bekanntlich ist er heute einer der rührigsten Agitatoren der bayer. Nationalsozialisten. Vorher war er, nachdem ihm sein Spitzelhandwerk gelegt worden war, als Wachtmeister in der Kriminalpolizei München tätig. Das, obwohl er eine lange Liste von Zuchthausstrafen in seiner Vergangenheit aufzuweisen hat. Ueber die Spitzeltätigkeit des Weber brachte der seinerzeitige „Sprengstoffprozeß“ nach der Märzaktion in München einige Aufklärung:

Bei der Verhandlung entspann sich etwa folgendes Gespräch zwischen dem Verteidiger Graf Pestaloza und dem Oberkriminalkommissar Säufert (S. ist Mitglied der OC. und wurde nach dem Rathenaumord sogar aus der Münchener Polizei als zu stark kompromittiert entlassen).

Graf Pestaloza: Stehen Sie mit einem gewissen Max Weber in dienstlichem Verhältnis?

Säufert: (Bekommt einen roten Kopf.)

Graf P.: Sie geben keine Antwort, kennen Sie den Herrn Max Weber?

Säufert: Jawohl, ich kenne ihn.

Graf P.: Wiederholt nochmals seine erste Frage.

Der Vorsitzende: Herr Oberkriminalkommissar, hierauf können Sie die Antwort verweigern.

Säufert verweigert die Aussage.

Max Weber war damals Mitglied der bayerischen Bezirksleitung der Partei. Als er nach seiner Entlassung vom Sekretär kurzerhand aus dem Bezirksbüro hinausgeworfen wurde, sagte W.: „Wie könnt Ihr mich herauswerfen, ich bin der Verbindungsmann zwischen KPD. und Freikorps Oberland“, was —nebenbei bemerkt — noch ein bezeichnendes Licht wirft auf seine Beziehungen mit dem jetzigen SPD.-Führer Graf. Man muß Max Weber zugestehen, sein Weg vom Zuchthäusler über Polizeispitzel und bayerischen Beamten zum nationalsozialistischen Agitator ist folgerichtig.

Der Kampf Poincares gegen das französische Proletariat.

Aufruf der CGTU. an die französische Arbeiterklasse!

Gegen die kapitalistische Piraterei! Gegen den militaristischen Imperialismus und den Krieg!

** Die Exekutivkommission der CGTU. (Einheitliche Allgemeine Arbeitskonföderation) faßte in ihrer außerordentlichen Sitzung am Mittwoch, den 10. Januar, folgenden Beschluß:

Die EK. erhebt den schärfsten Protest gegen den Angriff, den die Regierung dieses Landes im Auftrag des Eisenhüttenkomitees und der Kapitalisten durch die militärische Besetzung der Ruhr vorbereitet.

Sie denunziert den Versailler Friedensvertrag, in dessen Namen ein derartiges Attentat verbrochen werden kann, als eine Quelle ständiger Konflikte, die den Frieden der Welt bedrohen.

Gegen die verbrecherische Offensive, die die Völker in ihrer Existenz bedroht, gegen die Knechtung und Versklavung, denen man sie unterwerfen will, indem man ihnen die erdrückende Steuerlast eines Krieges aufbürdet, dessen Gesamtkosten sie bisher tragen mußten und weiter tragen sollen, appelliert die E.K. an das proletarische Gewissen, damit es sich gegen ein derartiges Raubunternehmen und die darin liegenden Gefahren aufbäume.

Indem sie die Klasseninteressen des Proletariats der beiden Länder über die Interessen der französischen und deutschen Kapitalisten stellt, lehnt sie es auch ab, das proletarische Gewissen zu verwirren und stellt die internationale Solidarität der Arbeiter weit über die nationalistischen und chauvinistischen Rivalitäten.

Sie lehnt es ferner ab, in der Zwiespältigkeit der entfesselten Imperialismen Partei zu ergreifen und bekundet, daß die Arbeiter dieses Landes bereit sind, all ihren Leidensgenossen über die Landesgrenzen hinweg die Hand zu reichen zwecks Verhinderung eines neuen kriegerischen Zusammenstoßes, bei dem nur das Proletariat allein wieder das Opfer sein würde.

Sie fordert alle Arbeiter auf, wachsam zu sein, um in ihren Organisationen die Reihen zu schließen und sich bereit zu halten, um den durch die Ereignisse gebotenen Kampfesparolen folgen zu können.

Indem die EK. Kenntnis nimmt von den erbärmlichen Willkürakten einer im Solde der schlimmsten Reaktionäre stehenden Regierung, bringt sie ihre Empörung zum Ausdruck und erklärt, daß sie nicht dulden wird, daß man die Arbeiterbewegung büttelt und enthauptet.

Indem sie sich ausdrücklich in der Verantwortung mit den verfolgten Genossen solidarisiert, die nur auf Grund eines Mandats gehandelt haben, das ihnen von der Gesamtheit der der CGTU. angeschlossenen Organisationen ordnungsgemäß ausgestellt wurde, erklärt sie sich zugleich auch im voraus solidarisch mit den der Klassenjustizanklage zugrunde liegenden Tatsachen, die man eventuell gegen sie zusammenzupfuschen versuchen sollte.

Sie denunziert der öffentlichen Meinung, der Meinung aller rechtschaffenen Leute den flagranten Angriff auf die elementarsten Freiheiten, der in den vorgenommenen Verhaftungen und Haussuchungen zum Ausdruck kommt.

Stark durch ihr gutes Recht wird die französische Arbeiterklasse trotz dieser erbärmlichen Provokationen auch fernerhin ihren Kampf ungeschwächt fortsetzen und sich mit allen Mitteln jeder Verschwörung gegen den Weltfrieden entgegenwerfen.

Die Exekutivkommission der CGTU.

„Komplott" gegen die innere und äußere Sicherheit des Staates.

Ein Gesetz aus der französisch. Kaiserzeit

** Die Anklage, die die kriegslustige imperialistische Regierung des unheilvollen Poincare gegen unsere Genossen zu erheben gedenkt, lautet auf **„Komplott gegen die innere und äußere Sicherheit des Staates!"** (§§ 76 und folgende, 87 und folgende, 91 und folgende und 59 und 60 des Strafgesetzbuches.)

Wir wollen hier zunächst nur unterstreichen, daß man unsere Genossen, weil sie den Imperialismus der Regierung Poincares des Kriegswütigen bekämpft haben, auf
Grund eines Gesetzes aus der französischen Kaiserzeit bestrafen will.

Wir lassen den Text dieses veralteten Gesetzes hier folgen:

§ 76. Wer Verschwörungen anzettelt oder mit fremden Mächten oder ihren Agenten Einverständnis pflegt, um sie zu veranlassen, gegen Frankreich feindselige Handlungen zu begehen oder Krieg gegen es zu führen, oder um ihnen die Mittel dazu zu verschaffen, wird mit dem Tode bestraft.

Diese Strafe tritt auch dann ein, wenn die genannten Verschwörungen oder Einverständnisse nicht zu feindlichen Handlungen geführt haben.

§ 87. Das Attentat, das bezweckt, entweder die Regierung nach der Thronfolgerung zu zerstören oder zu ändern, oder die Bürger oder Einwohner zur Bewaffnung gegen die kaiserliche Regierung anzureizen, wird mit der Strafe der Deportation nach einem befestigten Ort bestraft.

§ 89. Das Komplott, das in den §§ 86 (Attentat gegen das Leben des Kaisers) und 89 aufgeführten Verbrechen bezweckt, wird, sofern es von einer ausgeführten oder durch Vorbeitungen angefangenen Tat gefolgt ist, mit der Strafe der Deportation bestraft. Ist es zu keiner ausgeführten oder durch Vorbereitungen angeführten Tat gefolgt, so tritt Zuchthausstrafe ein.

Komplott liegt dann vor, sobald der Entschluß zur Handlung zwischen zwei oder mehreren Personen besprochen oder verabredet wurde."

Die Verhaftungen.

** Die Regierung Poincare scheint gegen die Kommunisten eine große Staatsaktion unternehmen zu wollen. Die Vorbereitungen, die sie gegen den „inneren Feind" traf, entsprechen denjenigen, die zum Angriff auf den „äußeren Feind" im Ruhrgebiet unternommen wurden.

Die Existenz des gemeinsamen Aktionsausschusses der CGTU. und der KPF. machte der Regierung große Sorgen. Nachdem im französischen Ministerrat die Entscheidung über die Ruhrbesetzung gefallen war, entschied man sich ebenfalls zum Angriff auf die Kommunisten. Wie aus einem amtlichen Communique hervorgeht, wollte die Regierung eine Sitzung des Aktionskomitees unmöglich machen, in der die Delegierten der Essener Konferenz Bericht erstatten sollten. Eine extra zu dem Zweck ins Ministerium des Innern einberufene Sitzung, an der teilnahmen: der Justizminister, der Innenminister, der Staatsanwalt und der Generalstaatsanwalt, der Leiter der Pariser politischen Polizei, beschloß die Verfolgung folgender Kommunisten: Monmousseau, Generalsekretär der CGTU., d. h. Kommunistischer Gewerkschaftsverband, Maranne, Bezirkssekretär von Seine und Oise, Pietri, Sekretär des Jugendverbandes, Gourdeaux, Mitglied der Zentrale der KPF., Treint, Sekretär der KPF., Lartigue, Sekretär der CGTU. Diese Genossen wurden denn auch am Mittwoch, den 10. Januar, in früher Morgenstunde in ihren Wohnungen verhaftet. Zugleich fanden Haussuchungen bei ihnen statt.

Weiter wurden in St. Quentin drei weitere Gewerkschaftsführer: Massot, Sekretär des **Pariser Metallarbeiter-Verbandes, Jacob,** Sekretär des **Text.-Verb. u. Semard,** Sekretär des **Eisenbahner-Verbandes,** verhaftet, die sich auf der Rückreise von Essen nach Paris befanden. Ein weiterer Sekretär der CGTU., **Cazals,** wurde laut „Humanite" festgesetzt.

Zugleich fanden Haussuchungen in den Räumen der „Humanite" und der CGTU. statt. In der „Humanite" wurden das Zimmer und die Schränke des Genossen Cachin erbrochen, trotz der Immunität, die die Gesetze der „demokratischen" französischen Republik den Kammerdeputierten zusichert.

Bei der ersten Vernehmung wurde den Verhafteten eröffnet, daß gegen sie die Anklage auf „Komplott gegen die innere und äußere Sicherheit des Staates" erhoben sei. Wir bringen an anderer Stelle den Wortlaut der Paragraphen des Gesetzes aus der kaiserlichen Zeit, die gegen unsere Freunde in Frankreich angewendet werden sollen. Nach den uns bisher zugekommenen Nachrichten haben die verhafteten Genossen folgende Anwälte zur Verteidigung genommen: Monmousseau den Rechtsanwalt Torres. Maranne den Redakteur der „Humanite", Delhay, Treint den Genossen Maurice Paz, Pietri den Abgeordneten Vaillant-Couturier und den internationalen Sekretär des Verbandes ehemaliger Kriegsteilnehmer, Albert Fourier. So scheint sich die Sache unserer Genossen zu einem großen Hochverratsprozeß entwickeln zu wollen.

Dieser Gewaltstreich der Regierung Poincare hat die Arbeiterschaft ganz Frankreichs bis ins Innerste aufgewühlt. Die „Humanite" atmet einen prächtigen Kampfgeist. Die wichtigsten Verbände haben bereits in ihren Zentralkomitees Stellung zu dem brutalen Akt genommen, und überall kommt derselbe Wille zum Ausdruck:

Jetzt erst recht! Der gemeinsame Aktionsausschuß tagt weiter er ruft die Arbeiter in ganz Frankreich auf zu wuchtigen Protestkundgebungen gegen die innere und äußere Gewaltpolitik der Poincare-Regierung. Es bilden sich neue Aktionsausschüsse im ganzen Lande. Die Zentralen der CGTU. und der Kommunistischen Partei Frankreichs wenden sich in Aufrufen an die französische Arbeiterklasse.

Poincare hat Wind gesät, er wird Sturm ernten. Die Regierung der Loucheur und Schneider, die Regierung des Hütten- und Kohlenkomitees wähnt die kommunistische Bewegung zerstören zu können. Stärker als je wird der Kommunismus in Frankreich aus dieser seiner ersten großen Schlacht hervorgehen. Im „Populaire", dem Blatt der französischen Sozialdemokratie, klagt Leon Blum, daß die französische Regierung die Geschäfte der Kommunisten führe. „Alles sieht so aus", schreibt er, „wie wenn die Regierungen, die auf einander folgen, es sich zur Aufgabe machen, dem französischen Kommunismus Leben und Kraft zu verleihen. Indem man den Drohungen der Royalisten nachgibt, macht man das Spiel des Kommunismus."

Jedem französischen Arbeiter wird jetzt die Verbindung klar werden, die zwischen der äußeren und inneren Politik Poincares besteht. Die französischen Genossen haben sehr gut erkannt, daß es um die gemeinsame Versklavung der deutschen und französischen Arbeiter geht. In den Appellen ihrer Zentralkomitees rufen sie uns zu: Reichen wir uns über die Grenzen hinweg die Hände zum gemeinsamen Kampf gegen den internationalen Kapitalismus.

Die Karrikatur vom 4. August 1914

Die Sonnabendsitzung im Reichstag.

Im Reichstag, dessen Fahnen auf Halbmast gesetzt waren, nahm der große Einheitsrummel am Sonnabend einen kläglichen Verlauf. Selten lag über einem sogenannten „großen Tag" eine so nüchterne Stimmung, wie während der heruntergehaspelten nationalistischen Tiraden, mit denen der größte Teil der Sitzung ausgefüllt war. Darüber täuschte auch das demonstrative Erheben von den Plätzen nicht hinweg, an dem sich zu Beginn der Sitzung, während der patriotischen Einleitungsrede des Präsidenten Loebe auch der größte Teil der Sozialdemokratie sich beteiligte. Die mit Spannung erwartete Rede des Reichskanzlers Cuno war lauwarm gehalten und wurde stockend im Geheimratston abgelesen. Cuno gab eine Wiederholung der offiziösen Darstellung des französischen Gewaltstreichs unter Betonung des Bruches des Versailler Vertrages. Erst bei den Zwischenrufen von kommunistischer Seite: **„Die Rechtsverletzung und Gewaltpolitik haben die Franzosen von Euch erst gelernt. Denkt an Brest Litowsk!"** kam etwas Leben in die Bude. Ueber ein paar schwach gespielte Kraftgesten kam der Kanzler nicht hinaus. Deutschland könne sich gegen Gewalt nicht wehren, sei aber nicht gewillt, sich dem Friedensbruch zu fügen, oder gar bei der Durchführung der französischen Absichten mitzuwirken. Die Verantwortung für die entstehenden Folgen, falle allein auf die Regierungen, die den Einmarsch befohlen haben. (Zuruf bei den Komm.: **„Und auf Cuno"**, Pfuirufe bei der Mehrheit.) Da der Gewaltpolitik Frankreichs äußerlich fast nichts entgegengesetzt werden könne, müsse innerlich um so mehr an dem Willen und Entschluß zur Einigkeit festgehalten werden. Er richte keinen Appell an die anderen Völker, da mehr als je über den Geschicken der Völker und Nationen harte Interessenfragen walten. Frankreich setze heute die brutale Expansionspolitik Ludwigs des 14. und Napolions fort, um das Rheinland von Deutschland loszureißen. Bei allem Leid und allem tätigen Willen müsse aber Besonnenheit jeden Einzelnen vor unbesonnenen Schritten bewahren. Auf den Appell am Schluß, daß jeder bereit sei, sein Aeußerstes herzugeben, riefen die Kommunisten der applaudierenden Mehrheit zu: **„Ihr Heuchler! Die kapitalistische Verständigung auf Kosten des Proletariats ist ja schon im Gange."**

Die Rede fand die lebhafteste Unterstützung von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten.

Für die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft gab Stresemann eine Erklärung ab, die sich in Form und Inhalt mit der Kanzlererklärung deckte.

Für die Sozialdemokratie sprach Hermann Müller. **Er billigte die Haltung der Cuno-Regierung.** Wenn er versuchte, die deutschen Nationalisten an ihre frühere Gewaltpolitik z. B. an die Chinaexpedition zu erinnern — ein Versuch, der von den Rechtsparteien mit großer Unruhe aufgenommen wurde —, so konnte das nicht über die tatsächliche Einheitsfront hinwegtäuschen, in der sich die Sozialdemokratie auch heute mit den deutschen Imperialisten befindet. Hermann Müller erklärte ausdrücklich:

„Meine Partei erklärt, daß sie nach wie vor ihren ganzen Einfluß ausüben wird, damit Deutschland im Rahmen seiner Leistungsfähigkeit zur Zahlung der Reparationen bereit ist."

Und andererseits:

„Wir sind bereit, jede vernünftige wirtschaftliche Lösung zu unterstützen; wir werden die Regierung auch in allen Maßnahmen zur Abwehr französischer Gewaltaten unterstützen."

Für die völkische Gruppe gab Graefe eine Erklärung ab, die besagte, daß es nicht bei Protesten bleiben dürfe, sondern der **passive Widerstand** organisiert werden müsse.

Für die Kommunistische Fraktion sprach

Genosse Frölich:

Die Ruhrbesetzung durch den französischen Imperialismus beweist, daß der Versailler Vertrag nur das **Werkzeug des imperialistischen Krieges** ist. Wir sind gegen den Versailler Vertrag, weil er neue imperialistische Konflikte hervorruft, weil er nicht Wiederaufbau, sondern **Zerstörung der Wirtschaft** und Versklavung und Ausplünderung der Arbeiterklasse bedeutet. Woher nimmt die deutsche Bourgeoisie das Recht zum Protest? Sie hat selbst gewaltige Eroberungen in Belgien und Frankreich geplant. Was heute durch Frankreich geschieht, war während des Krieges das Ziel der Stinnes, Thyssen, Klöckner gegenüber Frankreich. Die deutsche Bourgeoisie hat den Gewaltfrieden von Brest-Litowsk auf ihrem Gewissen. Sie hat auch den Versailler Vertrag unter der Voraussetzung abgeschlossen, daß er für einen Vernichtungskrieg gegen Sowjetrußland die Bahn freimache.

Der nationalistische Rummel der Bourgeoisie kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die französische Politik den Wünschen des Herrn Stinnes und seiner Kumpane sehr nahe kommt. Herr Stinnes hat nicht nur einmal die Ruhrbesetzung herausgefordert, ja zu erzwingen versucht. Er steht in sehr intimen Beziehungen zur französischen Schwerindustrie, die Poincare den Nacken steift. Das führende Blatt der Schwerindustrie, die „Deutsche Bergwerkszeitung", konnte sich noch im Dezember erdreisten, folgendes zu schreiben:

„Die Gefahr für das Saargebiet und die Pfalz nimmt im gleichen Maße ab, in dem die Franzosen weiteres deutsches Gebiet unter gleiches Zwangsregiment stellen."

Nach diesen Tatsachen muß das deutsche Proletariat den Entrüstungsrummel der Bourgeoisie und ihrer Vertreter im Reichstag einschätzen.

Man sagt jetzt wieder zum werktätigen Volk: In der Stunde der Gefahr müssen alle brüderlich zusammenstehen, alle Opfer bringen! Wo sind die Opfer der entrüsteten Bourgeoisie?

Die Herren Kohlenbarone benutzen die „nationale Trauer", um die Kohlenpreise um 50 Prozent zu erhöhen.

Sie werden unter dem Schutz der französischen Bajonette die Löhne weiter drücken und die Arbeitszeit verlängern. Wir stehen im Kriege und da gilt für die Arbeiterklasse das Wort Karl Liebknechts:

Klassenkampf gegen den Krieg!
Kein Burgfrieden, sondern Burgkrieg!

Wir fühlen uns in dieser Stunde eines mit unseren französischen Brüdern (Pfuirufe bei den Nationalisten und auf den Tribünen), die den Kampf gegen Poincare aufgenommen haben und rufen den deutschen Arbeitern zu, sich an diesen Tapferen ein Beispiel zu nehmen. Wir setzen der bankerotten Erfüllungspolitik die Politik des gemeinsamen prolet. Wiederaufbaues der Arbeiterklasse entgegen. Der erste Schritt dazu ist der Kampf gegen die eigene Bourgeoisie.

Die Sozialdemokratie macht heute wieder die Politik von 1914.

Sie befindet sich in tatsächlicher Einheitsfront mit der Bourgeoisie. Wir haben die Sozialdemokratie aufgefordert, mit uns zusammen die proletarische Pflicht zu erfüllen und haben eine glatte Absage bekommen. Jetzt heißt es, das Wort Liebknechts wahrzumachen: in der Stunde des Angriffs von außen sofort den Angriff gegen die eigene Bourgeoisie zu richten. Nicht nationale Einheitsfront, sondern Einheitsfront des Proletariats, Sturz der Regierung Cuno. Konstituierung des Proletariats als Nation und Rettung der Nation durch das herrschende Proletariat!

Nach der Rede Frölichs wurde dem Abg. Ledebour trotz Protest der Kommunisten und Sozialdemokraten das Wort verweigert. Man wollte das Vertrauensvotum annehmen, ohne daß es den Parteien bisher im Wortlaut vorgelegen hatte, und jede Kritik des eigenen Antrages unterbinden. Darum sollte Ledebour als Vertreter der kleinen USP.-Fraktion im Gegensatz zu dem Redner, der ebenso kleinen deutschvölkischen Fraktion das Wort abgeschnitten werden. Genosse Stöcker protestierte ebenso entschieden wie Ledebour selbst gegen diese schamlose Vergewaltigung, aber der Schlußantrag wurde mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien unter stürmischen Pfuirufen der Kommunisten angenommen.

Der Mißtrauensantrag der kommunistischen Fraktion:

Die Erklärung der Reichsregierung entspricht nicht den Anschauungen des Reichstages, insbesondere mißbilligt der Reichstag, daß die Reichsregierung nicht durch eine wirkliche Besteuerung des Besitzes: Kapitalsteuer, Sachwerterfassung, Goldzwangsanleihe, Erfassung der Außenhandelsgewinne, Rückführung der Außenhandelsdevisen, Verhinderung der Kapitalflucht die dringendsten Reparationszahlungen sichergestellt hat, daß die Regierung durch ungeheure Verbrauchs- und Verkehrssteuern, Steigerung aller Tarife, Brotpreissteigerung, Geldentwertung, maßlose Teuerung, Arbeitszeitverlängerungen die Lage der arbeitenden Schichten immer tiefer herabgedrückt hat und jetzt erneut durch die bewußt herbeigeführte Konfliktspolitik (Begünstigung der Produktionssabotage, Einstellung aller Sachlieferungen) neue schwere Lasten, verschärfte Teuerung und Massenarbeitslosigkeit den Arbeitern, Angestellten und Beamten aufbürden wird,

wurde gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Das Vertrauensvotum der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft:

Der Reichstag erhebt gegen den Rechts- und Vertragsbruch der gewaltsamen Besetzung des Ruhrgebiets feierlichen Protest. Der Reichstag wird die Regierung bei der Anwendung jeder entschlossenen Abwehr dieses Gewaltaktes zweckdienlichen Maßnahme mit allen Kräften unterstützen,

wird mit 311 Stimmen der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft und des größten Teiles der Sozialdemokraten gegen 12 Stimmen der Kommunisten, der Deutschvölkischen und Unabhängigen bei 16 Enthaltungen eines Teiles der Sozialdemokraten angenommen. Eine ganze Anzahl Sozi[illegible]raten (ehemalige Unabhängige) hatten sich aus dem [illegible]saal entfernt oder waren gar nicht zur Sitzung erschien[illegible] [illegible]mmung zeigte die Sozialdemokratie in voller [illegible] Auflösung.

München

Die freien Gewerkschaften zur Ruhrbesetzung.

Sonntag vormittags hatten Afa und ADGB. eine allgemeine Funktionärkonferenz zusammenberufen. In der Ansprache des Vorsitzenden hieß es: Wir wollen keinen deutschnationalen Rummel. Es scheint, als ob eine Geschichtsepoche gekommen wäre, die wir niemals vergessen werden, wir werden die Dinge behandeln, wie es dem Anschen und der Macht der Arbeiter entspricht — aber weder das Referat Kaufmanns noch der Beschluß der Konferenz hielt, was in der Ankündigung versprochen worden war. Es ist nur zu hoffen, daß schon die Lehren des Trauertages den Münchenern Funktionären des ADGB. gezeigt haben, wohin die Entwicklung in Deutschland und insbesondere in Bayern geht und daß

Halbheiten von jetzt an mehr denn je Verbrechen sind. Das Referat Kaufmanns war eine dieser Halbheiten. Es ist ganz beherrscht von den pazifistischen Parolen, „nie wieder Krieg", zur Stunde, wo der Bürgerkrieg in München schon auszubrechen droht, wo die französische Besetzung ganz Europa in neuen Kriegszustand versetzt hat. Dazu einige unklare Redensarten über eine notwendige Gemeinwirtschaft, wahrscheinlich nach höflicher Anfrage von Stinnes-Gnaden als erreichbar gedacht. Dazu noch eifrige nationalistische Versicherungen, um der Novemberverbrecherhetze zu entgegnen: „Die Arbeiterschaft hat ausgehalten bis zum Letzten im Krieg" u. dergl. mehr. Was soll man von dem politischen Programm eines Gewerkschaftsführers in „Deutschlands schwerster Stunde" halten, dessen Trauerkundgebung über die Zeit, in dem Jammer ausklingt: „Rathenaus Kopf fehlt uns heute?" Mit Verlaub, uns fehlt ein ganz anderer Kopf. Uns fehlt ein revolutionärer Kopf der Gewerkschaftsführung, der in dieser Stunde nicht so versagt, wie der Wasserkopf ihrer jetzigen Bürokratie.

In der Entschließung kam noch viel stärker als im Referat die Unfähigkeit eines die Stunde meisterndes Wort zu sagen, zum Ausdruck.

Soll man es wirklich glauben, am 14. Januar 1923 fordern die Münchener Gewerkschaftsfunktionäre mit anderen Worten, **gegen die französische imperialistische Regierung soll ihr notorisch als solches bekanntes Werkzeug, der Völkerbund helfen. Gegen die deutschen Kapitalisten wird ihr Vollzugsausschuß die deutsche Cunoregierung als Hilfe angerufen.** Wir taten Unrecht, den Beschluß als Halbheit zu bezeichnen, er ist in seiner Konfussion keine Halbheit, er ist im gegenwärtigen Augenblick, wo die Arbeiterschaft auf den ADGB. sieht, ein ganzes Stück — ein Verbrechen!

Es wird angetreten zum Demonstrationszug. Eine ansehnliche Zahl schwarz-rot-gelber Fahnen wird entfaltet. Zwei kommunistische Banner ziehen gleichfalls mit, eine Demonstration der Gewerkschaftsfunktionäre. Obwohl unsere Genossen der Anschauung sind, daß man zu Demonstrationen nur die Gesamtarbeiterschaft aufrufen soll, haben sie sich dennoch beteiligt, um die Einheitsfront der Arbeiterschaft gegen die Reaktion zum Ausdruck zu bringen. Der Zug geht in aller Ruhe in die innere Stadt. Bei der Residenz angekommen, wird er am Odeonsplatz durch die Polizei weitergewiesen, weil an der Feldherrnhalle soeben die bürgerliche Demonstration sei. In großem Bogen geht nun der Zug zum Wittelsbacherplatz. Dort angekommen, schließt Schiefer die Kundgebung mit einem Hoch auf die Republik. Ein Hoch auf die Weltrevolution wird noch von einem Genossen ausgebracht. Die Hakenkreuzler u. Bürgerlichen dringen auf die Arbeiter ein. Sie wollen ihnen die Fahnen entreißen. Es gibt Verwundete. Bis zum Stachus pflanzt sich der Krawall fort. Die Hakenkreuzlerkenkreuzler waren durchweg mit Stöcken, Schlagringen und sonstigen Waffen ausgerüstet, während die Arbeiter ganz unbewaffnet waren. Dagegen die grüne Polizei schwer bewaffnet aufmarschiert! Sie schnitt den Demonstrationszug mitten durch, so daß nur der kleinere Teil auf den Wittelsbacher Platz gelangte. Dadurch erhielten die Hakenkreuzler das Uebergewicht. Durch die Sympathien der Polizei schwoll ihnen der Mut. Ein Schupobeamter riß ein schwarz-rot-gelbe Fahne herunter und trat sie mit Füßen. Verschiedene Fahnen gingen dabei in Stücke. Um die beiden kommunistischen Banner wurde ebenfalls gekämpft; jedoch gelang es den kommunistischen Funktionären die wiederholten Angriffe der Hakenkreuzler abzuschlagen.

Die Arbeiterschaft hat daraus die notwendigen Lehren zu ziehen.

*

Vielleicht ist den Gewerkschaftsfunktionären und Betriebsräten der VSPD. dieser Angriff doch ein Beweis, daß mit Entrüstungs- und Protestresolutionen die Gefahr des täglich zu erwartenden Ausbruches des Bürgerkrieges nicht gebannt werden kann. Nur die Schaffung einer gemeinsamen Abwehrfront aller Arbeiter kann diesen unerhörten Provokationen nationalistischer Abenteurer und ihrer polizeilichen Hilfsorgane die Spitze brechen. Möge diese Einsicht nicht zu spät kommen. Es ist Aufgabe der Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte, ihre Führer zur Aufgabe ihrer bisherigen Einstellung zu zwingen, um auf dem Boden der Gewerkschaften die Abwehr des Proletariats zu organisieren.

Aus der Angestelltenbewegung.

Im Versicherungsgewerbe hielt der Arbeitgeberverband Deutscher Versicherungsunternehmungen bei den Verhandlungen am Mittwoch seine grundsätzlichen Forderungen auf Abänderung des bisherigen Reichstarifvertrages aufrecht. Alle Angestelltenorganisationen waren sich darüber einig, daß ein weiteres Verhandeln über die strittige Fragen keinen Zweck hätte. Bei der Sitzung am Donnerstag wurden dem Arbeitgeberverband die wichtigsten Forderungen überreicht. Der Zentralverband der Angestellten legte vor allem Nachdruck auf folgende Punkte: „Abweichungen vom Reichstarifvertrag (§ 13) sind nur hinsichtlich der Bezahlung möglich. Falls der Verhandlungsweg oder das Schlichtungsverfahren zu keiner Regelung der geldlichen Leistungen führen, ist jederzeit der Uebergang zu örtlicher Gehaltsvereinbarung zulässig. Die Besetzungszulage und die örtlichen Zuschläge sind an dem betreffenden Platze zu regeln. Die Klasseneinteilung ist in unserm Sinne abzuändern." — Vom Reichsarbeitsministerium wurden für verbindlich erklärt: Die auf die Septembergehälter bezügliche Entscheidung der vereinbarten Schiedsstelle vom 23. September und die Vereinbarung vom 20. September über die Ortszuschläge beide mit Wirkung vom 1. September 1922, ferner der die Dezemberbezüge betreffende Schiedsspruch vom 21. Dezember.

Eine Versammlung der Vertrauensleute sämtlicher Fachgruppen des Zentralverbandes der Angestellten, Ortsgruppe München, beschäftigte sich am Freitag abend mit den Gehaltsforderungen für Januar 1923. Nach eingehender Aussprache beschloß die Versammlung mit überwiegender Stimmenmehrheit, an die Arbeitgeber eine Forderung von 70 v. H. gegenüber Dezember zu stellen.

Versammlung der Zimmerer Münchens.

Die Zimmerer nahmen in einer sehr gut besuchten Mitgliederversammlung am 11. dieses zu der für den Monat Dezember gewährten Teuerungszulage Stellung. Der Schiedsspruch welcher am 10. ds. Mts. in Nürnberg gefällt wurde, sieht folgende Lohnerhöhung vor. Für Facharbeiter ab 9. Januar einen Stundenlohn von 430 *M*, in der Ortsklasse 1 und ab 24. Jan. 470 *M*, Hilfsarbeiter erhalten um 5 % weniger gleichfalls jugendliche Arbeiter von 18 bis 19 Jahren und von 16 bis 18 Jahren 10 % weniger. Sämtliche an der Diskussion beteiligten Redner sprachen für die Ablehnung des Schiedsspruches und bemerkten, daß das kein Ausgleich der Teuerung gegenüber ist, welche im Monat Dezember eingetreten ist. Die Teuerung, soweit dieselbe auf Grund der Inderziffer festgestellt wurde, beträgt für Dezember 53,6 %, die Lohnzulage gegenüber vom 9.—24. Januar 23 %, vom 24. Januar bis zu den weiteren Lohnverhandlungen im Monat Februar weitere 11,3 %, im Durchschnitt 26½ %, also nahezu um die Hälfte weniger als die Teuerung eingetreten ist.

Sehr scharf wurde kritisiert betreff der Werkzeugzulage, bekanntlich müssen die Zimmerer das Werkzeug selbst stellen, die jetzige Zulage beträgt pro Stunde 3,40 *M*, zu einer Erhöhung für diese Zulage waren die Arbeitgeber nicht zu bewegen, obwohl von Monat zu Monat eine 100 %tige Steigerung nachzuweisen ist. Die Zimmerer protestierten auf das entschiedenste gegen das Verhalten der Unternehmer, und verlangten, daß es wie im übrigen Deutschland es der Fall ist, die Unternehmer das Werkzeug selbst stellen. Bei der Abstimmung wurde der Schiedsspruch in seinem vollem Inhalt gegen 1 Stimme abgelehnt. Die Versammlung brachte einmütig zum Ausdruck, daß sie nicht gewillt sind, selbst dann, wenn die Unternehmer glauben, in den Wintermonaten ihr Spiel treiben zu können, mit der Arbeit dem Hungertod entgegen zu gehen, sondern lieber ohne Arbeit verhungern.

Noch einige Worte zu den hohen Löhnen im Baugewerbe. Bei allen Lohnverhandlungen wird, von Seite der Unternehmer nachzuweisen versucht, daß die hohen Löhne es sind, die das Bauen von Wohnungen unmöglich macht. Einige Beispiele werden der Oeffentlichkeit zeigen, daß nicht die hohen Löhne es sind, sondern der Wucher, welcher mit Baumaterial getrieben wird. Der Lohn eines Zimmerers ist seit 1. Juli 1914 um 493fache gestiegen, die Holzpreise in der gleichen Zeit 2200 bis um das 3500fache, alle übrigen Artikel Kalk, Steine, Zement usw. weit über das 1000fache. Es wird wohl nicht festgestellt werden können, daß die hohen Löhne das Bauen unmöglich machen, sondern das Wucher- und Schiebertum mit den Baustoffen wird es eindämmen. Bis heute hat sich noch keine Instanz gefunden, dem Wucher entgegenzutreten, sondern hier wird ganz ruhig zugesehen und nichts gemacht, was für das allgemeine Volkswohl dienlich wäre, sondern es wird zugesehen, wie Tausende von Familien keine Wohnung haben und man versucht es damit zu begründen, es kann nicht weiter gebaut werden weil die Löhne zu hoch sind. Es wäre angebracht, hier einmal nach dem Rechten zu sehen. Von Tag zu Tag und Stunde zu Stunde, kann man die Preisregulierung beabachten, der Arbeiter ist gezwungen, die Preise zu bezahlen von der Stunde, wo derselbe in Kraft getreten ist, und in 5 bis 6 Wochen später wird dann ein Teil desselben ausgeglichen.

Wie lange soll nun diesem Treiben noch zugesehen werden.

Lohnbewegung im Schneidergewerbe. Am 11. Januar wurde in einer Versammlung der Herren- und Damenmaßschneiderei und am 9. Januar in der Herrenkonfektionsbranche, zu dem Ergebnis der zentralen Lohnverhandlungen Stellung genommen.

In der Herren- und Damenmaßschneiderei wurde für die Woche vom 7. bis 13. Januar auf den bestehenden Lohn eine Teuerungszulage von 10 % und ab 13. Januar auf alle Löhne im Durchschnitt 40 % bewilligt, ergibt einen Spitzenlohn von 400 *M* für einen Herrenmaßschneider und 420 *M* für einen Damenschneider. In der Herrenkonfektions ist der höchste Lohn für die Schneider 298 *M*. In beiden Versammlungen wurde das Ergebnis scharf kritisiert, weil es den Teuerungsverhältnissen nicht entspricht. Besonders in der Herrenkonfektion, wo die Arbeiter mit diesem Lohn weit unter dem Lohn anderer Berufe, ja sogar weit unter dem Lohn der Frauen einzelner Berufe stehen. Die Kleiderfabrikanten, eine kapitalkräftige Unternehmerschaft, die für die Kleider horenthohe Preise verlangt und sich dabei auf die hohen Löhne der Arbeiter beruft, nützen den flauen Geschäftsgang rücksichtslos aus, um die Löhne der Arbeiter zu drücken. Das Publikum muß hohe Preise bezahlen und die Arbeiter bekommen einen so niederen Lohn, daß sie sich kaum noch ernähren können und sich viele Entbehrungen auferlegen müssen.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen protestieren entschieden gegen das rücksichtslose Vorgehen des Kleiderfabrikantenverbandes und verlangen von ihrem Verband, bei einer günstigen Gelegenheit den Unternehmern die richtige Antwort zu geben.

Der Brotwucher. Die Preisprüfungsstelle hat in ihrer Sitzung einen Brotpreis von 150 *M* für das Pfund festgesetzt. Der neue Brotpreis tritt am 15. Jan. in Kraft. Vom gleichen Tag an kostet eine Semmel 25 *M*. Markenfreies Hausbrot kostet bereits seit dem letzten Mittwoch 230 *M*.

Milchfälschung. Die Bauersehefrau Anna Huber von Attenhausen setzte im Mai vorigen Jahres der von ihr nach München gelieferten Milch, die sie sich als Vollmilch bezahlen ließ, öfters Magermilch bei, teilweise entrahmte sie die Milch, wie die in München vorgenommenen Proben ergaben. Vom Schöffengericht Wolfratshausen wurde sie wegen Milchfälschung zu 5 Tagen Gefängnis und 7000 *M* Geldstrafe verurteilt. Auf Berufung des Amtsanwaltes erhöhte das Landgericht München 2 die Gefängnisstrafe auf drei Wochen und die Geldstrafe auf 20 000 *M*, da die in sehr guten Vermögensverhältnissen lebende Angeklagte aus reiner Gewinnsucht gehandelt hat.

Unfälle. In der Tegernseerlandstraße wurde eine acht Jahre alte Schreinerstochter, in der Breisacherstraße der sieben Jahre alte Straßenreinigerssohn Maurer von einem Lastauto überfahren und schwer verletzt.

Vereins- und Versammlungs-Kalender

(Der Preis für die unter dieser Rubrik veröffentlichten Anzeigen beträgt für jede Zeile 30 *M*. Die Aufnahme findet nur bei Vorauszahlung statt.)

Achtung! Gewerkschaftsdelegierte treffen sich am Dienstag, den 16. Jan abends 6 Uhr im Ortsbüro zwecks wichtiger Besprechung.
Die Ortsleitung.

Arbeiter-Stenographenverein Arends. Die Kurse beginnen am Mittwoch, den 17. Jan. abends 7 Uhr in der Siboldschule, am 18. Jan. in der Tumblingerschule.

Arbeiter! Parteigenossen! Besucht restlos die Protestversammlung der KJ. heute abend „kleiner Bauer", Ursulastraße; Mittwoch Kuglfang, Dachauerstraße; Freitag Sendling im Kochelbräu, Schmiedkochelstraße und Kaisertal, Wirthstr. Erhebt mit Protest gegen die **„weiße Schmach" von Neuherberg,** gegen die Klassenjustiz der bayerischen Gerichte!

Arbeiter-Samariter-Kolonne München. Jeden Dienstag ärztliche Vorträge und praktische Verband-Uebung im Turnsaal Blumenschule der Abt. 1 und 2. Jeden Donnerstag in der Baracke Schwindschule von 7—9 Uhr abend.
Die Kolonnen-Führung.

Bild — Bühne — Buch

Münchener Spielplan am Dienstag.

Nationaltheater 6: Die Walküre. (26 Abt. 1).
Residenztheater ½8: Tartüff. (Vb. 18 601—1800).
Prinzregententheater 7: Julius Caesar. (Vb. 11 201—11 900; 18 301—18 600.)
Schauspielhaus ½8: Lumpazi Vagabundus.
Kammerspiele 7: Trommeln in der Nacht.
Münchener Theater 7½: s'freien zu Dreien.
Volkstheater ½8: Die Königin der Nacht.
Theater am Gärtnerplatz 7½: Die Straßensängerin.
Lustspielhaus ½8: Madame Sherry.
Deutsches Theater: Variete-Programm.
Kolosseum: Variete-Programm.

Sendlingertor-Lichtspiele: Ein schwerer Junge.
Rathaus-Lichtspiele: Knud Rasmussens letzte Fahrt.
Lichtspiele Dachauerstraße 16: Atlantida.
Regina-Lichtspiele: Maria Antoinette.
Leo-Lichtspiele: Der schwarze Harlekin.
Karlsplatz-Theater: Totenkopfreiter. — Der Tod versöhnt.

Verantwortlich für den polit. Teil: J. V. Alex. Abusch, Augsburg, für den Münchener Teil: J. V.: Strek, München; für Expedition und Inserate August Strek, München. Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft „Volkswille" e. G. m. b. H., Augsburg und München.

Werbt Abonnenten!

Einzelpreis 35 Mark

Neue Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunist. Internationale)

6. Jahrg. | Erscheint täglich außer an Sonn- u. Feiertagen — Bezug durch die Postanstalten und den Verlag — Auslieferung für München durch die Zeitungszentrale, Färbergraben 27—28. — Expedition und Redaktion München, Hotterstraße 3 (Laden). Sprechstunde der Redaktion: Täglich von 11 bis 12 Uhr vormittags. | Samstag, 20. Januar 1923 | Bezugspreis monatlich mit illustrierter Beilage „Sichel u. Hammer" 809 Mk., davon 409 an die Post und 400 direkt an den Verlag: Postscheckkonto 29139 Amt München). In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung oder Rückzahlung. — Anzeigen-Annahme bis 12 Uhr mittags tägl. in der Geschäftsstelle, Hotterstr. 1. — Tel. 51154. | Nr. 17

Wehrt der kommenden Hungersnot!

In 8 Tagen nur noch Gerstenbrot!

Vor dem Zusammenbruch der Brotbewirtschaftung.

Die Großbauern liefern Gerste statt Weizen.

München, 18. Jan. (Amtlich.) In der letzten Sitzung des Kommunalverbandsausschusses kam es zu einer aufklärenden Aussprache über die Getreidebewirtschaftung. Rechtsrat Pfeiffer stellte fest, daß bei der letzten Getreideanlieferung nicht weniger als 97 % Gerste waren. Auf Protest habe die Landesgetreidestelle erwidert daß im allgemeinen 30 Prozent Gerste und 70 Prozent Roggen angeliefert werde, doch könne das festgestellte Mischungsverhältnis (10 Proz. Weizen, 20 Proz. Gerste und 70 Prozent Roggen) für München nicht garantiert werden. Man stehe vor dem Zusammenbruch der öffentlichen Brotbewirtschaftung. Obermeister Hofmann stellte noch fest, daß heute fast sämtliche Mühlen ohne Roggen seien, so daß man vielleicht schon in acht Tagen reines Gerstenbrot haben werde.

Ungeheuerliche Preissteigerung für Schlachtvieh.

München, 18. Jan. (Amtlich.) Bei geringer Zufuhr und lebhafter Kauflust brachte der Mittwochviehmarkt im Schlachthof Preissteigerungen, die alles bisher Dagewesene übertreffen. Seit einer Woche erhöhten sich die Pfundpreise für lebendes Großvieh um 100 M, für geschlachtete Kälber um 150 M und für geschlachtete Schweine sogar bis zu 190 M. Auf dem Großviehmarkt wurde trotz dem geringen Vorrat reichlich der dritte Teil zu Exportzwecken angekauft. Das Angebot an Kälbern, Schafen und lebenden Schweinen war schon lange vor Schluß der Marktzeit restlos ausverkauft. Es kosteten das Pfund Lebendgewicht bei Ochsen 445—750 M, bei Kühen 255 bis 620 M, bei Kälbern 700—720 M, bei Schweinen 750 bis 840 M.

▪

In acht Tagen, Prolet, nur noch Gerstenbrot! Die öffentliche Brotbewirtschaftung zusammengebrochen! Für München kann nicht garantiert werden. Der dritte Teil des Viehes ins Valutaland verschoben, Hungersnot in Bayern, im Bauernland Bayern — das sagt dir der amtliche Bericht, offen, zynisch und du, wirst du es schlucken, wirst du es zulassen?

Gestern noch hat der Ernährungsminister Luther großmäulig erklärt, daß die Brotversorgung bis Juli gesichert sei, die Kartoffelversorgung befriedige, Gefrierfleisch vorbereitet werde usw.!!! und hat damit die Gewerkschaften, die sich gern beruhigen lassen, wieder abgeführt. Heute schon muß der amtliche Bericht die Alarmmeldung, daß in einer Woche die öffentliche Versorgung mit Weizenbrot zu Ende sein wird, verbreiten. In Bayern werden die städtischen Proleten, die Arbeiter, die Beamten, die Angestellten Gerstenbrot essen müssen, weil die bayerischen Großbauern unter dem Schutz der Regierung ihr Getreide lieber den Spekulanten verkaufen, die es ins Ausland oder nach dem Westen verschieben. Das ist das Opfer für die bedrohte Nation und die gefügige Presse wird schreien, daß die Franzosen schuldig sind an dem Zusammenbruch der Brotversorgung.

Die Arbeiterschaft fordert von der Bayerischen Regierung, daß sie auf der Stelle eingreift und die öffentliche Brotversorgung sichert.

Die vorhandenen Getreide- und Mehlvorräte müssen sofort beschlagnahmt werden und für die unbemittelte Bevölkerung sichergestellt.

Da es sich herausgestellt hat, daß die erste Getreideumlage versagt hat, ist sofort eine neue Umlage schleunigst durchzuführen, die nicht wieder wie die erste zu einem Wuchergeschäft für die Agrarier werden darf.

Wir fordern sofortiges Verbot der Luxusbäckerei, wir fordern ein sofortiges Reichsverbot für die Lebensmittelausfuhr und strenge Maßnahmen gegen jede Uebertretung.

Wir fordern schließlich die Arbeiterorganisationen auf, sofort zu einer gemeinsamen Bekämpfung der zu erwartenden Hungersnot zusammenzutreten. Alle diese Maßnahmen können wirksam nur unter Kontrolle der Betriebsräte in Stadt und Land durchgeführt werden.

Die Betriebsrätevollversammlungen sind sofort einzuberufen. Wo die reaktionäre Mehrheit dies verhindert, wird die Kommunistische Partei die Betriebsräte selbst aufrufen.

Hunger

Schreckensurteil im Leipziger Hochverratsprozeß.

Leipzig, 19. Jan. In dem Hochverrats-Prozeß gegen die vier Kommunisten Schatz, Mixdorf, Müller und Henzel wurde am Mittwoch vom Reichsgericht das Urteil verkündet. Sämtliche vier Angeklagten wurden wegen Beihilfe zum Hochverrat in Verbindung mit dem Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz zu je 5 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Angeklagten waren beschuldigt, sich an den Unruhen in Mitteldeutschland im März 1921 beteiligt und insbesondere an den Sprengstoffanschlägen gegen die Saalezeitung und das Polizeipräsidium in Halle sowie an den Sprengungen in Ammendorf teilgenommen zu haben. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt.

Beisetzung des Gen. Hagemeister.

Am heutigen Tage wird der von der bayerischen Reaktion zu Tode gequälte Genosse Hagemeister im Ostfriedhof beigesetzt. Die Erde schließt sich über dem Opfer der niederträchtigsten Justizschmach, die Niederschönenfeld zur Marterstätte für politische Kämpfer umgeschaffen hat. Keine Amnestie, keine Straferleichterung, nur den blinden, wütenden Haß verbissener Pfaffen und Staatsanwälte, die Rache an denen, die die Herrschaft des Geldsacks und Weihrauchkessels bedrohten, kennen die Herren Bayerns. Nichts ist grausamer als eine herrschende Klasse, die einmal ihrem eigenen Untergang ins Auge sehen mußte. Und ihren Untergang sahen die bayerischen Orgeschritter, Bauernwucherer und Kapitalsmagnaten in jenen revolutionären Kämpfen als unausweichliches Schicksal, an denen sich Genosse Hagemeister tapfer und treu beteiligt hat. Er fiel dem Feinde in die Hände, der ihn gemordet hat in jahrelanger Quälerei.

Das bayerische Proletariat wird sich am Grabe des Gestorbenen nicht dem Schmerze überlassen. Es wird ungebeugten Kampf- und Siegeswillen geloben. In allen großen Städten Bayerns, in München, Nürnberg, Augsburg, wird die bayerische Arbeiterschaft, wird die kommunistische Partei Stellung nehmen zu dem Justizmord, sie wird die Arbeiterschaft aufrufen, zu verhindern, daß nicht die übrigen Gefangenen in Niederschönenfeld den Weg Hagemeisters gehen.

Arbeiter, gebt dem toten Kämpfer das letzte Geleit.

Die Einäscherung findet in München um 4 Uhr im Ostfriedhof statt.

Treffpunkt halb 4 Uhr Aussegnungshalle.

Ruhrbesetzung und Folgen.

Die Sieger.

Die Imperialisten haben von jetzt ab beschlagnahmt:

Zolleinnahmen, sowie die künftigen Vereinnahmungen, die aus den Staats- und Gemeindeforsten herrührenden Einnahmebestände, sowie die künftigen Vereinnahmungen und das Holz aus den Hieben und auf den Lagerplätzen, die aus der Kohlensteuer herrührenden Einnahmebestände.

Ueber Zuwiderhandlungen entscheiden die Militärgerichte. Kein Beamter oder Angestellter der beteiligten Dienststellen darf ohne Genehmigung der Delegierten der Rheinlandskommission seinen Dienstsitz oder seinen Dienstbereich verlassen.

*

Bochum, 19. Jan. Die französische Besatzungsbehörde hat einen Teil des Rathauses mit dem Stadtverordnetensitzungssaal als Quartier für Truppen in Anspruch genommen, sodaß weder Magistrat noch Stadtverordnetensitzungen stattfinden können. Der Präsident des Finanzamtes Dr. Schludius wurde heute von der französischen Besatzungsbehörde verhaftet, nach dem er vergeblich aufgefordert worden war, die finanziellen Unterlagen des Oberfinanzkreisamtes den französischen Sachverständigen vorzulegen. Er wurde unter Bewachung im Automobil fortgeführt. Heute nachmittag wurde in Altenessen ein Schutzpolizeibeamter von den Franzosen verhaftet, weil er einen französischen Offizier nicht gegrüßt hatte.

Warum der Dollar emporschnellt und die Mark vernichtet wird.

Den Blättern wird aus Essen gemeldet, daß das Reich für das besetzte Ruhrgebiet einen Vorschuß von einer Milliarde Mark zur Verfügung gestellt hat, aus dem **Entschädigungen für infolge der Besetzung** erlittene Schäden gezahlt werden sollen.

Die Ruhrzechenbesitzer haben mit Vertretern der Regierung verhandelt über Kredite. Nicht über Kredite, die dem Reiche in der furchtbarsten Lage helfen sollen. Nein! Das Reich soll den Kohlenbaronen, den Stinnes, Thyssen, Haniel, Klöckner, Krupp Kredite geben. Angeblich, damit sie die Bergarbeiter bezahlen können. Die Regierung sagt ja! Noch ist die Empörung der Oeffentlichkeit wach, über die Enthüllungen die die Kommunistische Presse von der Luderwirtschaft des Reiches gegen die Kohlenbarone, denen sie 40 Milliarden Kohlensteuer geschenkt hat, und schon wagt die Cunoregierung neue Milliarden-Geschenke an die Zechenbesitzer.

Woher nimmt das bankerotte Reich solche Kredite? Es läßt die Druckmaschinen laufen, daß die Achsen glühen. Es überschwemmt das Land mit Papiergeld. Der Dollar steht über 20 000. Er muß bei solcher Wirtschaft weiter steigen, galoppierend. Die Preise hinterher. Der Hunger mit.

Ein Telegramm im Wirtschaftsteil der „Frankfurter Zeitung“ zeigt, warum der Dollar steigt, die Mark vernichtet wird, die Hungersnot unausbleiblich ist:

„Aus Berlin, 18. Jan., telegraphiert unser Korrespondent: Der Devisenmarkt stand während des Vormittags unter dem Eindruck von ausländischen Meldungen, deren Markkurs noch erheblich unter den hiesigen Kursen lagen. Die wenn auch geringer gewordenen Ansprüche des Reiches, die sich aus dem letzten Kassenausweis erkennen lassen, wurden ebenfalls beachtet **wie die Meldung, daß möglicherweise den Ruhrzechen ein Reichskredit für die Lohnzahlungen gewährt werden. In beiden Fällen muß natürlich zunächst weiter auf die Reichsbank zurückgegriffen werden, was auf den Notenumlauf und damit auf das Auslandsurteil über die Mark auch heute noch einen gewissen Einfluß hat.** Die Meldungen, daß die Brotversorgung bis Ende Juni gesichert sei, wenn auch für Fett und Gefrierfleisch möglicherweise noch Mittel nötig sein würden, fanden ebensowenig Beachtung wie die Ausführungen führender Kohlenfachleute in der heutigen Zentralausschußsitzung der Reichsbank darüber, daß die Kohlenversorgung sowohl für die Industrie- wie Hausbrand für die nächste Zeit als gesichert anzusehen sei.

*

Die ausländischen Kapitalisten sind Spekulanten, sie lassen sich durch den Widerstandsrummel keinen Sand in die Augen streuen, sie sehen die Katastrophenpolitik an als das was ist, sie sehen klarer, weil sie von fern sehen, sie glauben nicht an die Versicherung, daß die „Lebensbewegung gesichert“ sei, sie kennen ihre Pappenheimer und Cuno. Deutschland steht vor der furchtbaren Katastrophe, wenn nicht eingegriffen wird, zunächst wenigstens das Existenzminimum für alle Arbeitenden durch Beschlagnahme des vorhandenen gesichert wird, damit es nicht durchs hhasol im Westen verschwindet und an den anderen Grenzen verschmuggelt wird.

*

Mit großem Tamtam war in der Presse mitgeteilt worden, die **Verlegung des Kohlensyndikats** und die Zertrümmerung des technischen Apparats der Kohlenverteilung sei **mit Zustimmung aller Vertreter der Arbeiter zustande** gekommen. Dazu erklärt der sozialdemokratische Abgeordnete Limbertz in der „Essener Arbeiterzeitung“:

Er und der Vertreter der Afa im Aufsichtsrat des Kohlensyndikats hätten gegen die Maßnahme gestimmt und gegen die Maßnahme in der Generalversammlung gesprochen.

Also in diesem Falle, wie in so vielen anderen, wird die Oeffentlichkeit ganz bewußt belogen und beschwindelt. Bemerkenswert ist, daß sich die sozialdemokratische Presse über die unverschämte Fälschung der kapitalistischen Presse sorgsam ausschweigt. Alle jene Leute, die Fälschungen unwidersprochen passieren lassen, die das Volk nicht aufklären über das gemeingefährliche Treiben des Schwerkapitals, sind Helfershelfer. Herr Limbertz **deutet** in seiner öffentlichen Erklärung **geheimnisvoll** an, daß sich hinter den Maßnahmen des **Kohlensyndikats ganz gefährliche Anschläge gegen das Volkswohl** verbergen. Aber er sagt nicht, um was es sich handelt. Obwohl das Treiben unmittelbar in einen neuen mörderischen Krieg hineintreiben kann, hält Herr Limbertz „die Zeit zur Abrechnung mit den Katastrophenpolitikern“ für noch nicht gekommen. Er fordert nur auf, gegenüber den Provokateuren und Saboteuren nationalistischer Couleur einen scharfen Trennungsstrich zu ziehen.

So wird die Oeffentlichkeit irre geführt.

Der nationale Proteststreik im Ruhrgebiet.

In Rheinland-Westfalen haben die freien Gewerkschaften Remscheids den von den reaktionärsten Schichten der Bourgeoisie inszenierten nationalistischen Rummel nicht mitgemacht und richteten einen Aufruf an die Arbeiterschaft, in dem sie den „nationalen Proteststreik“ der Gewerkschaftsführer für eine Solidarisierung mit dem Unternehmertum erklärten. Sie forderten die Arbeiterregierung und den schärfsten Kampf gegen den nationalen und internationalen Kapitalismus. Auch die Krupp-Arbeiter der Abteilung Union Essen haben gegen die Regierung und die Sozialchauvinisten Stellung genommen, ebenso auch die Essener Metallarbeiter und andere revolutionäre Arbeiter in den Betriebsversammlungen. — Die Arbeiter von Zeiß in Jena stellten sich einmütig hinter die Forderung der Berliner Betriebsräte, gegen die Besetzung des Ruhrgebietes, gegen Nationalismus und Regierung Cuno, für proletarische Einheitsfront, Erfassung der Sachwerte und Arbeiterregierung. Um den Kampf für diese Forderungen erfolgreich vorzubereiten, forderte die Versammlung vom Vollzugsausschuß der Jenaer Betriebsräte, sofort in einer Betriebsrätevollversammlung zur Lage Stellung zu nehmen und Maßnahmen von den Spitzenorganisationen zu fordern.

In einer VSPD.-Versammlung in Deutsch-Eylau hatte der kommunistische Redner, Genosse Drescher-Elbing, solchen Erfolg, daß die sozialdemokratische Resolution zu Fall gebracht und mehrere Aufnahmen für die KPD. in dieser VSPD.-Versammlung gemacht wurden.

Verrat an der Arbeiterpresse

übt derjenige, der bis heute seinen Verpflichtungen noch nicht nachgekommen und die Nachzahlung für Januar mit 400 M noch nicht geleistet hat. Um Weiterungen zu vermeiden, werden die Säumigen hiermit nochmals aufgefordert, sofort den Restbetrag für den Bezug der Zeitung für Monat Januar mit 400 M auf unser Postscheckkonto München Nr. 29139 einzuzahlen. Formulare sind bei jeder Postanstalt erhältlich.

Verlag und Expedition.

Rote Pariser Massendemonstration.

Fort mit Poincare — Hoch die Räterepublik!

Aus **Paris** wird uns gemeldet: Dem Ruf der Kommunistischen Partei und der Roten Gewerkschaftskommission, gegen die Gewaltpolitik Poincares zu demonstrieren, sind 20 000 Arbeiter gefolgt. Eine große Zahl von Rednern sprach in Saint-Oven zu den Massen im Sinne der internationalen Solidarität. Mit besonderem Beifall wurde die Rede des Genossen Cachin begrüßt, dessen Immunität von der nationalistischen Parlamentsmehrheit aufgehoben wird, weil er es wagte, dem nationalen Rummel entgegenzutreten. Cachin führte u. a. aus: „Wenn Herr von Lubersac sich mit den deutschen Industriemagnaten trifft, so ist das Patriotismus. Aber wenn die Bergleute und Metallarbeiter der beiden Länder sich vereinen, so ist das Hochverrat. Unsere deutschen Genossen haben uns gesagt: Wir werden kein Wort sprechen und keinen Schritt tun, der unseren Kapitalisten nützen könnte. Wir wollen keine Einheitsfront mit der deutschen Bourgeoisie, aber wir wollen die Einheitsfront mit den französischen Arbeitern.“ Cachin fuhr fort: „Weil wir ein Aktionskomitee geschaffen haben behauptet Poincare, daß wir uns gegen die Sicherheit des Staats verschwören. **Es stimmt, das Aktionskomitee besteht aus revolutionären Kommunisten und Gewerkschaftlern, die den Willen haben, die gegenwärtige Regierung davonzujagen, die bürgerlichen Machthaber zu stürzen und sie durch das Proletariat zu ersetzen. Wir machen daraus kein Geheimnis;** die „Humanite“ sagt dies jeden Morgen und wir betonen es in allen unseren Reden. Weil wir unsere tiefe Anhänglichkeit an die 3. Internationale gezeigt haben, gehen wir ins Gefängnis. Umso besser! Ich ermahne Euch, Genossen, Eurer Pflichten bewußt zu sein und sich auf die Ereignisse vorzubereiten, die morgen kommen können. Bleiben wir solidarisch mit den Proletariern Deutschlands. Beide Proletariate müssen geeint in der Aktion sein.“

Nach der Rede Cachins sang die Menge die „Internationale“ und rief: **Hoch die Räterepublik!** Hoch Cachin!

Nach Abschluß der Versammlung bildete sich ein Demonstrationszug, der mit roten Fahnen und den Rufen Nieder der Krieg! Nieder der Mörder Poincares! durch die Straßen zog. Es kam zu heftigen Zusammenstößen mit der Polizei, wobei eine Anzahl von Arbeitern verletzt wurden.

Die Verhaftungen unserer französischen Genossen werden fortgesetzt, in Rouen die Genossen Quenain und Cueff.

Für die nächsten Tage hat der Pariser Aktionsausschuß gegen den Krieg weitere 30 Versammlungen des Proletariats angekündigt. Die Versammlungen sollen den Protest der Arbeiterschaft gegen die Ruhrbesetzung und gegen die Verhaftung der führenden französischen Genossen kundtun.

Die Amsterdamer gegen die Einheitsfront zur Abwehr der Kriegsgefahr.

Eine offizielle Erklärung der Amsterdamer Internationale zu der Aufforderung der 3. Internationale, eine gemeinsame Aktion gegen die Ruhrbesetzung einzuleiten, liegt noch nicht vor. Das offizielle Organ der französischen Amsterdamer, „Peuple“, kündigt aber bereits an, daß die Antwort ablehnend sein wird!

Pest und Cholera Donner und Doria.

Sie haben nichts gelernt und nicht vergessen. Die Brunnenvergiftung nimmt Dimensionen an! Was sie 1914 mehr an Macht besaßen, ersetzen sie jetzt durch größeren Irrsinn. Die widerlichsten Auswüchse von Anno dazumal werden übertroffen. **Die „mannhafte“ Haltung der Cunoregierung, die gleichzeitig ihre Diktatur vorbereitet u. gleichzeitig durch ihre Wirtschaftspolitik die Krise von Stunde zu Stunde verschärft, braucht die allgemeine Besoffenheit, damit in die Katastrophe hineingetaumelt werden kann.** Sie sind alle wieder da, sie leben noch. In der Staatsbürgerzeitung verkündet ein Herr Lebius, der bekannt ist durch seine Mordhetze gegen die Republikaner, als bestes Rezept „Verbreitung von Cholera und Pest. Die Möglichkeit hierzu liegt vor, weil an jeder Universität die Keime dieser Krankheiten in Kulturen gezüchtet werden.“

Es genügt offenbar nicht, daß die deutschen Soldaten während des Krieges in Belgien und Frankreich Syphilis und Tripper verbreiteten (ohne die Keime dazu in den Universitätskliniken zu nehmen). Der gute Mann geht aufs volle. Nur vergißt der saubere Bursche zu sagen, wie sich eigentlich die deutsche Bevölkerung die Verbreitung dieser auf den Universitäten gezüchteten Seuchen vorstellt. Es wäre gut, eine Verbreiterung des Raumes in den Irrenanstalten vorzunehmen, um Narren, wie diesen Lebius, die mit ihrem hirnlosen nationalistischen Geschwätz **haltlose Dummköpfe verrückt machen könnnen, wenigstens** unschädlich zu machen.

Auswüchse wie dieser Pestverbreiter sind keine Seltenheit! Wie stark der Irrsinn um sich greift, geht daraus hervor, daß die Kriegshetze — anfangs in der nationalistischen Presse etwas eingedämmt durch das **Bewußtsein der Widerstandsunfähigkeit, die jetzt auch schon langsam schwindet** — erstarkt, und daß allerorts die Kriegstrompete geblasen wird, besonders in Bayern. Täglich irgendein ausgegrabener Militär, unter großem Trara vorgeführt, Umzüge mit der patriotischen Liederwalze. Auch unter die Leitartikelschreiber gehen die Herren Veteranen schon wieder. Heute z. B. wendet sich wieder ein abgetakelter General a. D. in den „M. N. N.“ an das „Deutsche Volk“ und versichert ihm: „**Du darfst nicht wehrlos bleiben**, daß du großes tapferes deutsches Volk die welsche Frechheit dulden mußt, zeigt die ganze Größe deiner Erniedrigung!“ Dazu wird der Rummel in allen Parlamentsbuden fortgesetzt, mit dem Opfer von Dortmund wird das größte Schindluder getrieben. Dieselben Leute, die kalt Zehntausende Arbeiter deutscher Nation niedergemacht haben, die jetzt schon sich anbieten an die Faszisten und ihr „Nieder mit den Novemberverbrechern“, fabrizieren jetzt aus dem Tod des Opfers ihrer Hetze und der französischen Gewaltherrschaft ein Reizmittel. Unsere Antwort auf all dies ist:

Als der deutsche Militarismus die Lusitania versenkt hatte, da jubelten deutsche Spießer, deutsche Frauen und deutsche Mädels, und sie brüllten in die Welt hinaus: Gott strafe England!

Als der deutsche Militarismus in Belgien eingebrochen war, johlte die patriotische Meute: Heil dir, im Siegerkranz!

Als die Ordnungsbestien Rosa Luxemburg geschändet, sie und Karl Liebknecht viehisch ermordet hatten, da hielten die Gütigen und Pietätvollen Sektgelage ab.

Als der Noske in Berlin, Bremen usw. Tausende von Proletariern erschlagen hatte, da stellten ihm SPD.-Funktionäre und Monarchisten Vertauensvoten aus.

Als auf Gebot Severings der General Watter ins Ruhrgebiet einmarschiert, Hunderte von Proletariern erschlagen, Tausende in die Gefängnisse gesteckt worden waren, da schrieb der patriotische Pöbel: Hurra! Hurra!

Als fanatisierte deutschnationale Jünglinge den Erzberger und Rathenau ermordet hatten, da wurden Hunderte von Siegesfeiern veranstaltet, und die Patrioten erhoben sich auch damals um sich gegenseitig zuzuprosten.

Eine feine Gesellschaft, die in nationalistischer Verhetzung des betrogenen und ausgebeuteten Volkes sich zusammenfindet: Verbrecher im Glorienschein des falschen Patriotismus, Helden der Verräterei, des Profitmachens und skrupelloser Verhetzung. Fort mit ihnen und ihrer Regierung!

Berliner Gastwirtspatriotismus.

Es wird weiter getanzt!

Berlin. Im Verfolg des Tanzverbotes und der Einführung der Polizeistunde fand gestern von den beteiligten Interessentengruppen eine Versammlung statt, in der gegen das Verbot protestiert und gedroht wurde, im Falle seiner Durchführung sämtliche Gaststätten zu schließen.

*

In Bayern sind öffentliche Tanzvergnügen verboten. Die **Konjunktur** für die intimen Schlemmereien beginnt.

Kommunistische Notstandsabhilfeforderungen.

Reichstagssitzung vom 17. Januar 1923.

Bei Eröffnung der Sitzung benützte der sozialdemokratische Reichstagspräsident **Loebe** die Gelegenheit in Anknüpfung an ein vom Salzburger Landtag eingegangenes Protesttelegramm gegen die Besetzung des Ruhrgebietes wiederum eine nationalistische Ansprache zu halten. Sodann erhielt der Präsident die Ermächtigung einen Initiativ-Antrag der Parteien auf die Tagesordnung zu setzen, der ein Ermächtigungsgesetz verlangt für die Reichsregierung

mit Zustimmung des Reichsrates diejenigen gesetzlichen Maßnahmen anzuordnen, die sich zur Abwendung der aus der wirtschaftlichen und sozialen Not für die Allgemeinheit drohenden Gefahren als notwendig erweisen. Die Verordnungen sind dem Reichstag unverzüglich zur Kenntnis zu bringen und auf sein Verlangen außer Kraft zu setzen. Hierzu liegt von kommunistischer Seite folgende Entschließung **Koenens** und Genossen vor:

Der Reichstag wolle beschließen:

Die Reichsregierung wird aufgefordert:

1. **Sofort die gestundeten Kohlensteuerbeträge bei den Schuldnern einzuziehen, zugleich sind einzuziehen die inzwischen erwachsenen Verzugszinsen. Die Schuldbeträge sind dabei entsprechend der inzwischen eingetretenen Geldentwertung zu erhöhen.**
2. **Sofort die noch rückständigen Beträge der Einkommen-, Vermögenssteuer usw., sowie den von den Betriebsunternehmern vereinnahmten, aber noch nicht abgelieferten Umsatz- und Lohnsteuern einzutreiben. In den Fällen, wo die Verrechnung noch nicht abgeschlossen ist, ist sofort ein Betrag von mindestens 75 % des mutmaßlichen Steuerbetrages einzuziehen.**
3. **Dem Reichstage schleunigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Kontrolle der gesamten Produktion (Verwendung der Rohstoffe, Ausnutzung der Produktionsmittel, Verfügung über Kapital und Gewinn usw.) durch die Betriebsräte geregelt wird.**
4. **Dem Reichstag schleunigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Kontrolle der Preisgestaltung Ausschüssen unterworfen wird, die aus den Konsumenten zu bilden sind.**
5. **Dem Reichstag schleunigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, der wirksame Maßnahmen trifft zum Schutze der Arbeiter und Angestellten vor Arbeitslosigkeit und ihren Folgen.**
6. **Dem Reichstag schleunigst einen Gesetzentwurf vorzulegen durch den der Kohlenbedarf der minderbemittelten Bevölkerung sichergestellt und die Kohlenpreise dem Einkommen angepaßt werden.**

Der Bund der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

Aeußerungen des Gen. J. Stalin.

** Die Vereinigung der Unabhängigen Sozialistischen Sowjetrepubliken zu einem einheitlichen Bundesstaat, die sich Ende Dezember 1922 auf dem 1. Bundeskongreß der Sowjets vollzogen hat, stellt eine neue Phase in der Entwicklung der Vereinigungsbewegung dar, die bereits 1918 begonnen hat.

In den Jahren des Bürgerkrieges und der Intervention, als die Existenz der Sowjetrepubliken von tödlicher Gefahr bedroht war, waren diese Republiken gezwungen, ihre Anstrengungen militärisch zu vereinigen, um sich für ihre Existenz zu wehren. Diese Phase der militärischen Vereinigung wird Ende 1921 und Anfang 1922 von einer neuen Etappe abgelöst, als die kapitalistischen Großmächte, nachdem sie den Glauben an die Macht der Intervention verloren hatten, nunmehr versuchen, die Wiederherstellung des kapitalistischen Eigentums in Sowjetrußland nicht auf militärischem, sondern auf diplomatischem Wege zu erreichen. In Genua und im Haag bildete die diplomatische Einheitsfront der Sowjetrepubliken das unvermeidliche Mittel gegen den diplomatischen Druck des Kapitalismus. Das nach der Genueser Konferenz auf diesem Boden entstandene Abkommen der 8 Unabhängigen Sowjetrepubliken und der Republik des Fernen Ostens muß bezeichnet werden als Schöpfung dieser diplomatischen Einheitsfront. Aber des weiteren erwiesen sich die alten Vertragsverhältnisse zwischen der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR.) und diesen Republiken als ungenügend; es ergab sich die Notwendigkeit, zu neuen Beziehungen einer engeren Vereinigung überzugehen.

Zu den Faktoren, die die Sowjetrepubliken auf den Weg der Vereinigung drängten, ist in erster Linie der innere Wirtschaftszustand der Republiken, als Folge des 7jährigen Krieges, sowie die ungenügenden finanziellen Mittel zur rationellen Ausnutzung und Hebung der Grundzweige der Produktion. In derselben Richtung wirkt auch die historisch entstandene natürliche Arbeitsteilung in der Wirtschaft der Republiken sowie die Einheitlichkeit des Verkehrsnetzes der ganzen Föderation, die eine planmäßige Ausnutzung im Rahmen der ganzen Föderation erheischt.

Ferner wurde die Vereinigung von der äußeren Lage der Sowjetrepubliken diktiert. Die Gefahr des Angriffes seitens der kapitalistischen Mächte erfordert eine einheitliche Armee und eine einheitliche miltärische Front — insbesondere jetzt, da der Bestand der Roten Armee auf 600 000 Mann abgebaut worden ist. Außer der rein kriegerischen Gefahr droht den Sowjetrepubliken seitens der kapitalistischen Großmächte die Gefahr der wirtschaftlichen Isolierung. Die Tatsachen, die der Lausanner Konferenz vorangingen, zeugen, ebenso wie Genua und Haag, vom Bestreben der Entente, die Sowjetrepubliken zu isolieren. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit der Vereinigung der Außenbeziehungen.

Die Bildung eines einheitlichen Bundes der Sozialistischen Sowjetrepubliken wird schließlich von der Natur der Sowjetmacht selbst diktiert. Im Gegensatz zu jeder bürgerlichen Regierung ist die Sowjetregierung so aufgebaut, daß sie ihrem inneren Wesen nach international ist und die werktätigen Massen der einzelnen Nationalitäten zur Vereinigung in eine sozialistische Familie drängt.

All diese Faktoren zusammengenommen haben den Boden für die Vereinigung vorbereitet.

Die Initiative der Vereinigung gehört den Republiken selbst. Bereits vor drei bis vier Monaten haben die Republiken Aserbeidschan, Georgien und Armenien die Frage der Schaffung eines Republikenverbandes aufgeworfen; den kaukasischen Republiken schlossen sich die Ukraine und Weißrußland an.

Am 10. Dezember 1922 wurde die Vereinigung von dem Sowjetkongreß der Kaukasischen Föderation beschlossen; am 13. Dezember vom Sowjetkongreß der Ukraine. Nachdem dieser Beschluß auch vom letzten Allrussischen Sowjetkongreß angenommen war, fand am 30. Dezember in Moskau der 1. Bundeskongreß der Sowjets statt, auf dem der Bund der Sozialistischen Sowjet-Republiken geschaffen wurde.

Diesem Bunde traten bei: die RSFSR. als einheitliches föderatives Gebilde, die Transkaukasische Republik, ebenfalls als föderatives Ganzes (Aserbeidschan, Georgien, Armenien) die Ukraine und Weißrußland. Die 2. Sowjetrepubliken Buchara und Choresm (Chiva), die nicht sozialistische, sondern Volksrepubliken sind, sind dem Bunde nicht angeschlossen. Die RSFSR. bildet den größten Bestandteil des Bundes.

Die Grundlage des Bundes bildet das Prinzip der Freiwilligkeit und der Gleichberechtigung der Republiken unter Beibehaltung des Rechtes des freien Ausscheidens aus dem Republikenverband.

Die obersten Organe des Bundes der S.-S.-Republiken sind: das Bundes-Zentralexekutivkomitee, das proportional der Bevölkerung gewählt wird, und der Bundes-Rat der Volkskommissare, der vom ersteren als dessen Vollzugsorgan gewählt wird. Was die einzelnen Kommissariate betrifft, so werden die Kommissariate für Außenhandel, für das Heerwesen, für die Marine, für das Verkehrswesen und das Auswärtige Amt verschmolzen, sodaß die besonderen Kommissariate in den einzelnen Republiken aufgehoben werden; dagegen bleiben die Kommissariate für Finanzen, Volkswirtschaft, Verpflegungswesen, Arbeit und Inspektion in jeder einzelnen Republik gesondert bestehen, aber so, daß sie nach den Direktiven der entsprechenden Kommissariate im Bundeszentrum wirken. Die übrigen Kommissariate, wie die für das Bildungswesen, für Ackerbau, Justiz, innere Angelegenheiten usw., die auf die Sitten und Bräuche, die Kultur, die besonderen Formen der Landesbebauung und der Gerichtsbarkeit der einzelnen Völker Bezug haben, werden für jede der verbündeten Republiken als selbständig belassen. Dadurch wird u. a. die Freiheit der nationalen Entwicklung der Völker gesichert, die dem Bund der Sowjetrepubliken angehören.

Das ist die Form des friedlichen Beisammenwohnens und des brüderlichen Zusammenwirkens von mehr als 50 Nationalitäten im Rahmen eines einheitlichen Staates, der nun an der Grenze zwischen Europa und Asien aufgerichtet ist. Das ist die Lösung der nationalen Frage, die von den Sowjetrepubliken gefunden wurde. Das, was der alten gelobten bürgerlichen Demokratie zu vollbringen nicht gelungen ist, hat die neue Sowjetdemokratie mit einem Schlage vollbracht. Die Völker, die früher vom Zarismus mit Stock und Knute im Rahmen eines einzigen Staates gehalten wurden, und die mit allen Fibern nach Selbständigkeit strebten, diese Völker haben sich nun selbständig zu einem einheitlichen Staatsbunde zusammengeschlossen, um der Welt den Weg zu zeigen zur Bildung der sozialistischen Welt-Sowjetrepublik.

Um die Einheit des Fabrikarbeiterverbandes.

Die Pfälzer Mitglieder einig.

Den reformistischen Führern des Fabrikarbeiterverbandes fällt es nicht leicht, ihre verräterische Haltung während des Streikes der Ludwigshafener Arbeiter zu verteidigen. Daß bei dem spontanen Ausbruch des Kampfes nicht alle Paragraphen des Gewerkschaftsstatuts befolgt wurden, genügt nicht, um die Ungeheuerlichkeit zu rechtfertigen, **daß Führer der freien Gewerkschaften den Kämpfenden in den Rücken gefallen sind.**

Weil dem so ist, muß der „Proletarier", das Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, den erbärmlichen Verrat des Fabrikarbeiter-Hauptvorstandes auf Grund einer Lüge verteidigen. Der „Proletarier" schreibt in seiner Nr. 2:

„Der kommunistische Betriebsrätekongreß richtete sich in allen seinen Bestrebungen gegen die Gewerkschaften. Er hat sich angemaßt, die wirtschaftliche Interessenvertretung der organisierten Arbeiterschaft an sich zu reißen. Die dort anwesenden Delegierten haben nicht für die Gewerkschaften gewirkt, sondern gegen sie, indem sie eine zweite Organisation, eine politische Partei, gegen die Gewerkschaften mobil machten. Aus Anlaß dieses Kongresses erfolgte die Entlassung einiger Delegierten. Kann der Verband für Leute eintreten deshalb, weil sie sich für die Zerstörung des Gewerkschafts- und Betriebsrätewesens betätigt haben?"

Jeder Arbeiter, der die Ereignisse in der Arbeiterbewegung verfolgt, weiß, daß dies erstunken und erlogen ist. Weder richtet sich die Bewegung der Betriebsräte gegen die Gewerkschaften, noch hat sich der Betriebsrätekongreß „angemaßt", die wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeiter an sich zu reißen. Die Betriebsräte wissen aber, daß es bei allen wirtschaftlichen und politischen

Wenn das VSPD.-Proletariat den Geist von 1914 wieder heraufbeschwören will, muß sie auf den stählernen Widerstand des gesamten Proletariats stoßen.

*

Nicht mit der deutschen Bourgeoisie gegen die französischen Bajonette, sondern von vornherein gegen die deutsche Bourgeoisie, und dann mit den französischen Proletariern gegen die französischen Imperialisten.

Kämpfen der Arbeiterklasse auf ihre aktivste Mitarbeit ankommt und daß sie, die in den Massen der Betriebe wurzeln, dazu berufen sind, **das starke Rückgrat der proletarischen Kampffront zu bilden.**

Auf Lügen begründet also der „Proletarier" seine Verteidigung und schreibt:

„Sie haben es abgelehnt, für drei gewissenlose Menschen Tausende von Proletariern auf die Straße zu schicken.

Sie haben es abgelehnt, für die Delegierten des kommunistischen Kongresses, also für die Bekämpfung des Verbandes, die Verbandsgelder zur Verfügung zu stellen."

Was Wunder, daß eine Bürokratie, die sich derartiger Kampfmittel bedient, bei allen ehrlichen Arbeitern ausgespielt hat. Die Pfälzer Arbeiterschaft ist einig und entschlossen, die Einheit und die Schlagkraft der Organisation zu wahren, wie aus folgendem Situationsbericht hervorgeht:

Ludwigshafen, 15. Januar 1923.

In der Woche vom 8. bis 14. Januar fanden in allen 21 Ortsvereinen der Zahlstelle Ludwigshafen des Verbandes der Fabrikarbeiter Mitgliederversammlungen statt, die sämtlich fast vollzählig von allen Mitgliedern des Fabrikarbeiterverbandes besucht waren, so daß wegen Ueberfüllung an einigen Orten Parallelversammlung arrangiert werden mußten, die sich ohne Ausnahme, stets einstimmig, hinter die Beschlüsse der Generalversammlung vom 7. Januar stellten. Diese Mitgliederversammlungen zeigten die Geschlossenheit und Einmütigkeit der 16 000 Mitglieder, die sich der Diktatur des Hauptvorstandes nicht beugen. Zu all diesen Versammlungen wagten die reformistischen Bürokraten nicht, zu erscheinen. In zwei Orten, die vom Streik weniger berührt waren, hatten sie selbst Versammlungen festgesetzt, aber im letzten Moment wieder abgesagt. Aber so ganz verlassen sind die fünf abgesetzten Angestellten denn doch nicht. Die Anilinkönige haben ein weitherziges Verständnis für sie. Die 21 Sklavenbedingungen, die die Gewerkschaftsführer unterzeichnet haben, besagen zwar, daß jedwede Propaganda, Besprechungen und Versammlungen innerhalb der Fabrik untersagt und mit sofortiger Entlassung bedroht ist. Aber seit Montag laufen die fünf entlassenen Verbandsbeamten in den Betrieben der Anilinfabrik herum, um Vertrauensmänner zu werben. Und damit glauben sie das Vertrauen der Mitglieder und ehrliche Vertrauensmänner werben zu können.

Nach dieser saueren Arbeit beriefen sie auf den 11. Januar eine „Vertrauensmännersitzung" ein, zu der nur geladene Gäste Zutritt hatten. Versehentlich wurden auch einige zur rechtmäßig gewählten Ortsverwaltung stehende Kollegen eingeladen, da der Kreis der Getreuen doch zu gering ist. Zu dieser Vertauensmännerversammlung sind erschienen: Die entlassenen Beamten, 4 (in Worten: vier) Arbeiter aus den Betrieben, die gewillt sind, den Segen der Anilinkönige in Empfang zu nehmen und 2 Kollegen, die die bestehende Ortsverwaltung zur Information hingeschickt hatte. Der Bericht der abgesetzten Beamten entsprach auch ganz der Situation. Sie sind überzeugt, daß von den 16 000 Mitgliedern doch wohl noch 500 bis 600 den entlassenen Angestellten treu bleiben, und eine neue Ortsverwaltung bilden werden.

Indes hat die von den beiden Generalversammlungen ergänzte und erneut bestätigte Ortsverwaltung ihre Tätigkeit nach dem Willen der Gesamtmitgliedschaft aufgenommen und mit der Beitragskassierung begonnen, wobei sich zeigte, daß die Hoffnungen der früheren und jetzt entlassenen und ausgeschlossenen Beamten auf eine große Zahl Indifferenter sich nicht bestätigen. Die Fabrikarbeiter in Ludwigshafen liefern den Beweis, daß sie ihrer gewerkschaftlichen Organisation, trotz des Verrats und der Feindschaft der reformistischen Führer, treu bleiben. Die Ortsverwaltung hat beschlossen, von der nächsten Woche an ein eigenes Verbandsorgan herauszugeben, das an Stelle des seitherigen Verbandsorgans den Mitgliedern gratis zur Verfügung gestellt wird. Die Mitglieder der übrigen Zahlstellen des Fabrikarbeiterverbandes, oder sonstige Interessenten, können dieses Blatt durch die Ortsverwaltung der Zahlstelle Ludwigshafen zum Preise von 30 M pro Exemplar beziehen. Die Adresse der Ortsverwaltung ist: Friedrich Baumgärtner, Lokal Rutsch, in Ludwigshafen a. Rh., Kurzestraße 4.

Allen Mitgliedern des Fabrikarbeiterverbandes in allen Zahlstellen im Reiche obliegt jetzt aber die Pflicht, in Ortsverwaltungssitzungen Vertrauensmänner- und Mitgliederversammlungen des Verbandes gegen das verbandszerstörende Wüten des Hauptvorstandes Einspruch zu erheben und die Gewaltdiktatur der Bürokratie zu brechen. Ueberall müssen Proteste und Entschließungen gefaßt werden, die vom Hauptvorstande fordern, sein Treiben einzustellen, oder wenn er das nicht kann, von der Bildfläche zu verschwinden. **Die Mitglieder müssen beweisen, daß sich ihre Kampfesorganisationen nicht zerstören, aber auch nicht mißbrauchen lassen.**

Dieser Bericht beweist besser als alles andere, daß die Pfälzer Arbeiter nach wie vor klar sehen, und daß die ganze wilde Hetze des „Proletarier" wirkungslos an ihnen abprallt.

Wenn die Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes einig und geschlossen zusammenstehen, haben sie es in der Hand, **die Einheit und Geschlossenheit der Organisation** gegen alle Zerstörungsabsichten zu erhalten.

Wer unterschlägt Streikgelder?

Als vor kurzem bekannt wurde, daß ein elender Wicht ca. 100 000 M der Ludwigshafener Streikgelder unterschlagen habe, benutzten die Demagogen des ADGB. und ihre willigen Helfers-helfer in den sozialdemokratischen Schreibstuben diese Gelegenheit, um der verhaßten Streikleitung und der Komm. Partei eins auszuwischen. Sehr schnell konnte festgestellt werden, daß weder Streikleitung noch unsere Partei etwas mit dieser Unterschlagung zu tun hatten. Anstatt aber ihre Verleumdungen zu berichtigen, logen diese Herrschaften feste weiter; der Ortsausschuß des ADGB. in Bonn gab noch ein separates Rundschreiben heraus, in welchem er auf die „Unterschlagungen größerer Summen seitens kommunistischer Führer" hinwies, obwohl ihm längst bekannt war, daß der Schuft, welcher die Unterschlagung beging, niemals zur Komm. Partei gehörte. Um die streikenden Arbeiter der Pfalz dem Anilinkapital auszuliefern — so wollte es die berühmte Arbeitsgemeinschaft — waren auch die schofelsten Mittel nach Art des Reichslügenverbandes seligen Angedenkens recht.

Wo jedoch in Wirklichkeit diejenigen sitzen, welche tatsächlich Unterschlagungen begehen, erhellt uns folgendes Schreiben der Zentralstreikleitung in Ludwigshafen an den ADGB.:

Einschreiben!

An den
Vorstand des Allg. deutsch. Gewerkschafts-Bundes,
z. Hd. des Herrn Leipart.

Werte Kollegen!

Der Ortsausschuß des ADGB. erhielt von verschiedenen Seiten Geldbeträge überwiesen, die er nach dem Wunsche und dem Auftrage der Geldgeber an die Zentralstreikleitung des Ludwigshafener Streikes zur Auszahlung von Streikunterstützung übermitteln soll. Die uns bisher bekannt gewordenen Beträge sind folgende: Von Opladen 150 000.—, von den Eisenbahnern in Basel-Lörrach 100 Schweizer Frank, Neckarsulm 92 000 M. Trotzdem alle drei Geldgeber aufforderten, diese Summen der Zentralstreikleitung auszuhändigen, weigern sich die Beamten **Rauschert und Bonert,** dies zu tun. Auf Anfrage der Zentralstreikleitung bei diesen Beamten, bestätigten sie den Empfang von zwei Beträgen, während sie den Empfang des dritten Betrages bestreiten. Es ist möglich, daß sie noch weitere Beträge für uns erhalten haben, davon uns aber keine Mitteilung machen. Nur dadurch, daß die drei Geldgeber sich an uns wendeten, nachdem in den öffentlichen Quittungen ihre Sammlungen nicht aufgeführt waren, haben wir von der Geldüberweisung in diesen drei Fällen Kenntnis erhalten.

Auf unsere persönliche Vorstellung bei den beiden Beamten gaben sie den Empfang von zwei Summen zu, verweigern aber die Herausgabe des Geldes. Sie begründen ihr Verhalten damit, daß nach Beendigung des Streikes keine Zentralstreikleitung mehr bestehe. Dabei wissen die beiden Beamten sehr wohl, daß noch rund 3500 Gemaßregelte aus dem Streik vorhanden sind, darunter die gesamte Zentralstreikleitung mit Ausnahme dessen ersten Vorsitzenden, der indes anderweitig Arbeit erhielt und dessen Stelle der Unterzeichnete alsdann übernahm. Die Zentralstreikleitung hat indessen ihre Funktionen zur Durchführung der Unterstützungsaktion weiterzuführen. Aber selbst dann, wenn keine Streikleitung mehr bestände und auch keine Unterstützungen mehr auszuzahlen wären, hat der Ortsausschuß des ADGB. keinen Anspruch auf diese Gelder, da diese durch Aufruf und Aufforderung des Reichsausschusses der Betriebsräte und der Kommunistischen Partei gesammelt wurden. Gerade dadurch, daß sich der ADGB. und auch das hiesige Ortskartell gegen diese Sammlungen gewendet, haben sie jedes Recht verwirkt, Gelder der Unterstützungsaktion für sich in Anspruch zu nehmen. Die Verweigerung der Herausgabe dieser Gelder kommt einer bewußten und beabsichtigten Unterschlagung gleich, die auf derselben Stufe steht, wie der Beschluß der Industriellen, die 3500 Gemaßregelten 6 Monate lang in keinem Betrieb aufzunehmen, um sie auszuhungern. Die Entziehung der gesammelten Gelder für die Gemaßregelten durch die Beamten des ADGB. dient dem gleichen Zwecke.

Wir wenden uns mit diesem Schreiben an den Vorstand des ADGB. mit der Aufforderung den Ortsausschuß Ludwigshafen zu veranlassen die Gelder innerhalb 8 Tagen nach Uebermittlung dieses Schreibens an die Zentralstreikleitung abzuliefern, oder wir sehen uns genötigt, durch die bürgerlichen Gerichte die Herausgabe dieses Geldes zu erzwingen. Dabei ändert sich nichts an dem niederträchtigen Verhalten des Ortsausschusses, nach wochenlangen Klagen vor Gerichten bei gesteigerter Geldentwertung zur Unterstützung der Industriellen zur Aushungerung der Arbeiter einen wesentlichen Anteil beigetragen zu haben.

Einer sofortigen Antwort entgegensehend, zeichnet
mit kollegialem Gruß

Die Zentralstreikleitung,
i. A.: Probalka, Vorsitzender.
Ludwigshafen a. Rh., 11. Januar 23,
Kurzestraße 4.

Die deutsche Arbeiterschaft wird zu erzwingen wissen, daß derartige Charaktergestalten aus der deutschen Arbeiterbewegung verschwinden.

Tribüne der proletarischen Kultur

Beilage zur kommunistischen Presse Bayerns.

Von der Zukunftsmenschheit.

Von Anatole France.

(3. Fortsetzung.)

„Wie denn?" fragte ich.

„Ganz einfach durch Operation. Wenn diese einmal an einer genügenden Zahl von Individuen vorgenommen ist, wird das Fehlen jenes Darmes sich vererben und schließlich wird er bei der ganzen Rasse nicht mehr vorhanden sein."

Diese Leute behandelten mich freundlich und sprachen höflich zu mir. Doch konnte ich nicht leicht in ihre Sitten und ihre Ideen eindringen. Ich merkte, daß ich selbst sie in keiner Weise interessierte, und daß ihnen meine Ansichten ganz gleichgültig waren. Je mehr Höflichkeiten ich ihnen sagte, desto mehr nahm ihre Sympathie für mich ab. Als ich Cheron einige ganz diskrete und aufrichtige Komplimente gemacht hatte, schaute sie mich sogar nicht mehr an.

Morin setzte mir darauf kurz die Prinzipien der modernen Gesellschaft auseinander.

„Sie beruht", sagte er, „auf der gänzlichen Abschaffung des Privateigentums."

„Ist Ihnen das nicht unerträglich?" fragte ich.

„Warum soll uns das unerträglich sein, Hippolyte? Früher erhob in Europa der Staat die Steuern. Er verfügte über eigene Hilfsquellen. Heute kann man ebensogut sagen, daß er alles besitzt und daß er nichts besitzt. Ja noch richtiger, daß wir alles besitzen, da der Staat nichts anderes ist als wir selbst und nur die Verkörperung des Kollektivismus."

„Aber", fragte ich, „besitzen Sie gar nichts, gar nichts; nicht einmal diese Teller, aus denen Sie essen, nicht einmal Ihr Bett, Ihre Bettücher, Ihre Kleider?"

Bei dieser Frage lächelte Marin.

„Du bist noch naiver als ich glaubte, Hippolyte. Wie? Du denkst, daß wir unsere Möbel nicht besitzen? Was für eine Vorstellung machst du dir denn von unserem Geschmack, unseren Anschauungen, Bedürfnissen, unserer Lebensweise? Hältst du uns für Mönche, wie man früher sagte, für Leute ohne jeden individuellen Charakter, die unfähig sind, ihrer Umgebung eine persönliche Note zu verleihen? Du irrst, mein Freund, du irrst. Wir besitzen die zu unserem Gebrauch und unserer Bequemlichkeit nötigen Gegenstände und wir hängen mehr an ihnen als die Bürger der vergangenen Aera an ihren Nichtigkeiten, denn wir haben einen ausgeprägteren Geschmack und lebhafteren Formensinn. Alle unsere nur ein wenig verfeinerten Genossen besitzen Kunstgegenstände und halten viel auf sie. Cheron besitzt Gemälde, die ihre ganze Freude ausmachen, und sie würde es sehr übel nehmen, wenn das Bundeskomitee ihr den Besitz streitig machte. Dort im Schrank bewahre ich alte Zeichnungen, fast das komplette Werk Steinlens, eines der geschätztesten Künstler der vergangenen Aera. Ich würde sie um keinen Preis hergeben.

Woher kommst du, Hippolyte? Man erzählt dir, daß unsere Gesellschaft auf der gänzlichen Aufhebung des Privateigentums begründet ist, und du denkst, daß sich diese Aufhebung auch auf die Mobilien und Gebrauchsgegenstände erstreckt. Naiver Mensch, das Privateigentum, das wir gänzlich unterdrückt haben, ist doch nur der Besitz an Produktionsmitteln, wie Grund und Boden, Kanäle, Wege, Minen, Material, Werkzeug usw. Nicht der Besitz einer Lampe oder eines Lehnstuhls. Wir haben nur die Möglichkeit beseitigt, daß die Früchte der Arbeit zugunsten eines Menschen oder einer kleinen Anzahl von Menschen unterschlagen werden, nicht aber den natürlichen und unschuldigen Besitz von Dingen, die uns lieb sind."

Darauf erklärte mir Morin die Verteilung der geistigen und körperlichen Arbeiten unter die Glieder der Gemeinschaft, je nach ihren Fähigkeiten.

„Die kollektivische Gesellschaft", fügte er hinzu, „unterscheidet sich von der kapitalistischen nicht nur dadurch, daß in der ersteren jeder arbeitet. Während der vergangenen Aera gab es viele Leute, die nicht arbeiteten, doch sie waren immerhin in der Minderzahl. Unsere Gesellschaft unterscheidet sich von der früheren hauptsächlich aber in dem Punkte, daß in jener die Arbeit nicht gut organisiert war, und daß viele unnütze Dinge verfertigt wurden. Die Arbeiter produzierten ohne Ordnung, ohne System, ohne Einvernehmen. In den Städten lebten eine Menge Beamte aller Art, Kaufleute, Angestellte, die arbeiteten ohne zu produzieren. Soldaten gab es damals auch. Die Früchte der Arbeit waren nicht gut verteilt. Die Zölle und Tarife, die man einführte, um das Uebel zu verbessern, verschlimmerten es nur. Jedermann litt. Jetzt sind Produktion und Konsum genau geregelt. Schließlich unterscheidet sich unsere Gesellschaft von der alten noch dadurch, daß wir aus den Maschinen nur Nutzen ziehen, während sie im kapitalistischen Zeitalter oft unheilvoll für die Arbeiter waren."

Ich fragte, wie es möglich gewesen sei, eine Gesellschaft zu konstituieren, die ganz aus Arbeitern bestände.

Morin machte mich darauf aufmerksam, daß die Fähigkeit zu arbeiten allen Menschen eigen und eines der wesentlichsten Merkmale ihrer Rasse sei.

„In den barbarischen Zeiten, und bis zum Ende der vergangenen Aera haben die Aristokraten und Reichen stets eine Vorliebe für manuelle Arbeiten gezeigt. Ihre geistigen Kräfte haben sie wenig und nur ausnahmsweise geübt. Sie neigten stets zur Beschäftigung wie Jagd und Krieg, an denen der Körper mehr teil hat als der Geist. Sie ritten, fuhren, fochten und schossen mit der Pistole. Man kann also sagen, daß sie mit den Händen arbeiteten. Ihre Arbeit aber war unfruchtbar und schädlich, weil ein Vorurteil ihnen jede nützliche und wohltätige Beschäftigung verbot, und auch weil die nützliche Arbeit damals meistens unter unwürdigen und mißlichen Verhältnissen errichtet wurde. So war es denn nicht allzu schwer, dadurch, daß man die Arbeit wieder zu Ehren brachte, jedermann Geschmack an ihr zu verleihen. Die Menschen der barbarischen Zeitalter waren stolz darauf, den Säbel oder das Gewehr zu tragen. Die Menschen von heute sind stolz darauf, den Spaten oder Hammer zu handhaben. Es liegt in der Menschheit ein Kern, der sich kaum ändert."

Da Morin mir gesagt hatte, daß ihnen die Zeit des Geldumlaufs schon ganz aus dem Gedächtnis entschwunden sei, fragte ich ihn:

„Wie machen Sie denn ohne Geld Geschäfte?"

„Wir tauschen die Produkte mittels Gutscheinen, die den geleisteten Arbeitsstunden entsprechen, ähnlich demjenigen, den du bekommen hast, Genosse. Der Wert der Produkte wird nach der Arbeitszeit berechnet, die ihre Herstellung erfordert hat. Brot, Fleisch, Bier, Kleider, ein Aeroplan kosten X Stunden, X Arbeitstage. Von jedem Gutschein, den wir bekommen, behält die Gemeinschaft, oder wie man früher sagte, der Staat, eine bestimmte Anzahl von Minuten zurück, um sie für unproduktive Arbeiten anzuweisen, für Nahrungs- und Metallvorräte, für Versorgungsanstalten, Irrenhäuser usw. usw."

„Und die Zahl dieser Minuten", unterbrach Michel, „wird fortwährend erhöht. Das Bundeskomitee führt viel zu viel große Arbeiten aus, die wir tragen müssen. Die Vorräte sind zu groß. Die öffentlichen Magazine laufen über von Reichtümern aller Art. Dort liegen unsere Arbeitsminuten und halten ihren Schlaf. Ja, es gibt auch bei uns noch viele Mißstände."

„Zweifellos könnte manches besser eingerichtet sein" erwiderte Morin. „Der infolge der allgemeinen und systematischen Arbeit angewachsene Reichtum Europas ist ungeheuer."

Ich war begierig zu erfahren, ob diese Leute als Maßstab für den Wert der Arbeit nur die Arbeitszeit hätten, und ob sie den Arbeitstag eines Erdarbeiters oder eines Kalkeinrührers ebenso hoch bewerteten, als den eines Chemikers oder Chirurgen. Ich fragte unbefangen danach.

„Das ist einmal eine dumme Frage", rief Perceval.

Doch der alte Morin klärte mich auf.

(Fortsetzung folgt.)

Aus dem Hakenkreuzlermarsch

Von Herrn Ernst von Wolzogen.

Hallo, was trappt und stampft denn da
In Schritt und Tritt mit Tschingdara,

Die Hitlergarde alt und jung,
Der Handwerksmann, der Ladenschwung,
Studenten — und noch ärger:
Arbeiter (!) schreiten Hand in Hand (!)
Mit dem eh'maligen Leutenant (!!)

Was ist denn unsre Waff' und Wehr? . .

Der Gummiknüttel und die Ehr' —
Damit wird's durchgerissen.
Was ist denn unsere Artollerie?
Der Glaube, der da wanket nie,
Und unser gut' Gewissen.

Was ist denn unser Feldgeschrei? . .

Fort mit der Judentyrannei,
Kampf allen, die nur raffen!
Ihr, denen heut vor Deutschland graust,
Herbei mit Kopf und Herz und Faust —
Das Hakenkreuz wird's schaffen!!!

„Verhindern Sie die Revolution, wenn Sie können, meine Herren!"

Von Jac London.

Wir entnehmen die folgende Stelle aus dem soeben deutsch erschienenen Buche des amerikanischen Dichters Jac London **„Die eiserne Ferse"**, (Seeverlag Konstanz, Preis broschiert gegenwärtig 1200 Mk.), das wir unseren Lesern gut empfehlen. Jac London behandelt darin die Probleme des Kommunismus sehr klar und gründlich in Romanform, die angeführte Stelle entstammt einer Anklagerede die ein junger Revolutionär in einem amerikanischen Klub, dem snobistischen „Klub der Wißbegierigen" hält.

„Ich traf Männer, die den Namen Christe, den Namen des Friedensfürsten, in ihren leidenschaftlichen Schriften gegen den Krieg anriefen, und die ihren Privatdetektiven (Pinkertons) Gewehre in die Hand gaben, um Streikende in ihren eigenen Fabriken niederzuschießen. Ich traf Männer, die sich mit Entrüstung von der Rohheit des Preiskämpfens fernhielten, die aber gleichzeitig an der Fälschung von Nahrungsmitteln teilnahmen, wodurch jährlich mehr Säuglinge getötet wurden, als der bluthändige Herodes je getötet hat.

Dieser feine, aristokratisch aussehende Ehrenmann war der stumme Direktor und das Werkzeug von Trusts, die heimlich Witwen und Waisen ausplünderten. Dieser Ehrenmann, der kostbare Bücher sammelte und ein Gönner der Literatur war, zahlte dem hängebackigen, finsterblickenden Besitzer einer Zeitungsdruckerei Schmiergelder. Und dieser Herausgeber, der patentierte medizinische Neuheiten veröffentlichte, nannte mich einen schurkischen Demagogen, weil ich ihn aufforderte, in seiner Zeitung die Wahrheit über diese patentierten Heilmittel zu schreiben. Dieser Mann, der erhaben und ernst über die Schönheit des Idealismus und die Güte Gottes sprach, hatte eben erst seine Teilnehmer um ihren Geschäftsgewinn betrogen. Dieser Mann, eine Stütze der Kirche und gewichtiger Förderer der äußeren Mission, ließ seine Ladenmädchen zehn Stunden den Tag um einen Hungerlohn arbeiten und ermutigte sie geradewegs zur Prostitution. Dieser Mann, der Lehrstühle auf Universitäten dotierte und prächtige Kapellen errichtete, schwor einen Meineid wegen Dollars und Cents. Dieser Eisenbahnmagnat brach sein Wort als Bürger, als Ehrenmann und als Christ, als er einen geheimen Rabatt bewilligte, und er bewilligte viele solcher geheimen Abzüge. Dieser Senator war das Werkzeug und der Sklave, die kleine Puppe eines brutalen ungebildeten Druckereibesitzers; so war dieser Direktor, und so dieser höchste Gerichtsherr. Und alle drei fuhren mit der Eisenbahn auf Freikarten; und so besaß dieser schlaue Kapitalist die Druckerei; den Prinzipal derselben und die Eisenbahnen, die diese Freikarten ausgaben.

Und so geschah es, daß ich mich anstat im Paradiese, in einer trockenen Geschäftseinöde befand. Vom Geschäfte abgesehen, fand ich nichts als Stumpfsinn. Ich fand keinen sauber, vornehm und mit lebendiger Seele, obgleich ich viele fand, die lebendig waren — von Verderbtheit. Was ich fand, war ungeheuerlicher Eigennutz und Herzlosigkeit und plumper, gieriger, geübter und praktischer Materialismus."

*

„Fünf Mann können für tausend Brot backen. Ein Mensch kann für zweihundertfünfzig Menschen baumwollene und für dreihundert wollene Kleider produzieren und für tausend Menschen Schuhe und Stiefel. Man sollte daraus den Schluß ziehen, daß bei richtiger Führung der Gesellschaft der zivilisierte Mensch weit besser daran sein müßte, als der Höhlenmensch. Aber ist er's? Wir wollen sehen. In den Vereinigten Staaten leben heute fünfzehn Millionen Menschen in dürftigen Verhältnissen; hiermit ist der Zustand gemeint, in dem durch Mangel an Nahrung und angemessener Wohnung die völlige normale Arbeitsfähigkeit nicht mehr beibehalten werden kann. In den Vereinigten Staaten arbeiten heute, trotz all ihrer sogenannten Arbeitergesetzgebung, drei Millionen Kinder. In zwölf Jahren hat sich ihre Zahl verdoppelt. Und beiläufig möchte ich Sie, die Führer der Gesellschaft, fragen, warum Sie nicht die Ziffern von 1910 veröffentlicht haben. Ich will für Sie antworten. Sie taten es, weil sie sich fürchteten. Die Darstellung des Elends würde die Revolution beschleunigt haben, die sich gerade jetzt vorbereitet.

Aber um auf meine Anklage zurückzukommen. Wenn die Produktionskraft des modernen Menschen tausendmal größer ist als die des Höhlenbewohners, warum gibt es dann heute in den Vereinigten Staaten fünfzehn Millionen Menschen, die keine genügende Wohnung und keine hinreichende Nahrung haben? Warum arbeiten dann heute in den Vereingten Staaten drei Millionen Kinder? Meine Anklage ist berechtigt. Die kapitalistische Klasse hat falsch gewirtschaftet. Angesichts der Tatsache, daß der moderne Mensch im Verhältnis armseliger lebt als der Höhlenbewohner, ist keine andere Schlußfolgerung möglich, als die, daß die kapitalistische Klasse falsch gewirtschaftet hat; daß Sie, meine Herren, falsch gewirtschaftet, daß Sie eine verbrecherische und selbstsüchtige Wirtschaft geführt haben. Und auf diese Anklage können Sie mir von Angesicht zu Angesicht ebenso wenig antworten, wie Ihre ganze Klasse den anderthalb Millionen Revolutionären in den Vereinigten Staaten. Ich fordere Sie auf, zu antworten. Sie können es nicht! In diesem Punkte werden Sie zungenlahm sein, obschon Sie über andere Dinge weitschweifig genug reden werden.

Sie haben in der Verwaltung Fehler begangen. Sie haben aus der Zivilsation ein Schlachthaus gemacht. Sie sind blind und geizig gewesen. Sie sind so ohne zu erröten in den Hallen der gesetzgebenden Körperschaft aufgestanden und haben erklärt, daß ohne die Arbeit von Kindern ein Gewinn unmöglich sei. Nehmen Sie nicht mich dafür beim Wort. Das steht alles in den Urkunden gegen Sie aufgezeichnet. Sie haben ihr Gewissen beschwichtigt mit Phrasen über schöne Ideale und herrliche Moralitäten. Sie triefen von Macht und Besitz, trunken von Erfolg; aber Sie haben nicht mehr Hoffnung gegen uns als die Drohnen, die sich um die Honigkufe zusammengeballt haben, wenn die Arbeitsbienen auf sie springen, um ihr fettes Leben zu vernichten. Sie haben unheilvolle Fehler gemacht in der Verwaltung der Gesellschaft, und deshalb muß sie ihnen abgenommen werden. Einundeinehalbe Million Arbeiter in Amerika sagen, daß sie auf dem Wege sind, sich mit dem Rest der arbeitenden Klasse zusammenzutun, um Ihnen die Verwaltung zu entreißen. Das bedeutet die Revolution, meine Herren. Verhindern Sie diese, wenn Sie können."

---

10 Pfennige.

Drei mehr als wohlgenährte Frauen saßen mit einem fetten Mann im Cafe. Sie tranken Schokolade und aßen Kuchen. Behagliches Grinsen lag auf den leeren Gesichtern, sie kauten vergnügt, man sah schier, wie ihr stets mit guten Speisen gefüllter Magen verdaute.

Ein Kriegskrüppel trat an ihren Tisch, einbeinig, mit eingefallenen Wangen, todtraurigen Augen. Er bot Streichhölzer und Pflaster zum Verkauf an.

Die eine „Dame" griff in ihre Börse, legte mit den ringgeschmückten Fingern zehn Pfennig in die Hand des Krüppels. Dieser sagte: „Danke". — Ja, das war das Unglaubliche an dem kleinen, alltäglichen Vorfall — er sagte: „Danke"!

Zehn Pfennig gaben sie ihm für den verstümmelten Leib, für ein ganzes zertrümmertes Leben. Zehn Pfennig für die eigenen heilen Glieder, für die Kriegsprofite, die ihnen gestatten, sich anzufressen. Zehn Pfennig — dafür hatte der Mann seine Genossen gemordet, hatte jede Minute sein Leben aufs Spiel gesetzt, während sie daheim saßen, dick und fett wurden vom Elend der anderen.

Und der Mann, dessen hohle Augen Hunger und Krankheit in die Welt hinausschrien, schleuderte den „Wohltätern" nicht die zehn Pfennig ins Gesicht, nein, er duckte sich, verzog mühselig den Mund zu einem Lächeln, sagte: „Danke"!

Was war der Mann? Ein Narr, ein Verrückter?

Und jählings schien er nicht mehr als einzelne Gestalt im Cafe zu stehen, zu Tausenden strömten Seinesgleichen herein — Lahme, Blinde, Männer ohne Hände und Füße und andere, deren eingefallene Züge und hagere Leiber die Fron des Tages verrieten. Und alle duckten sich vor den angefressenen Fetten, nahmen die Brocken, die ihnen diese gnädig zuwarfen, sagten: „Danke"

Waren sie denn alle blind, auch jene, deren körperliche Augen heil waren? Alle wahnsinnig, auch jene, die normal anmuteten?

Wann werden sie sehen lernen, wann die Wahrheit erkennen, und die angefressenen Satten zum Teufel jagen?

Hermynia zur Mühlen.

Riesenwaffenfund in Berlin.

Mitte Dezember wurden in der Wohnung eines gewissen Franke, Brunnenstraße 83, eine Unmenge Waffen von der Schutzpolizei beschlagnahmt, darunter ca. 350 000 Schuß Infanteriemunition. Bis heute hat weder die Polizei noch die bürgerliche Presse es für notwendig gehalten, davon der Oeffentlichkeit Mitteilung zu machen. Freilich, es handelt sich ja um einen Reaktionär, Mitglied eines Schützenvereins, Komplizen von Offizieren, der sich so unvorsichtig benahm, daß die Polizei zugreifen mußte.

Einzelheiten über diesen Fall Franke sind interessant, weil sie typisch sind für die Unverfrorenheit reaktionärer Waffenschieber und die gewollte Blindheit der Behörden. Schon 1919 hat der Rote Soldatenbund eine Menge Waffen, darunter 30 Gewehre, dort ausgehoben. Trotzdem konnte Franke seine Waffenschiebungen unter der harmlosen Marke einer „Reparaturwerkstätte für Jagdgewehre" betreiben, bis er es vor kurzem großzügig ausbaute, anstandslos die behördliche Konzession zum Handel erhielt und sein Büro offen „Waffen- und Munitionshandlung" nannte. Seitdem betrieb er einen schwunghaften Waffenhandel im großen. Besonders nachts kamen Autos vorgefahren, die Insassen hupten dreimal ein verabredetes Zeichen, und dann begannen die Aus- und Einladungen der Waffenkisten. Die wiederholten Beschwerden der Hausbewohner wurden einfach nicht beachtet.

Die Aufdeckung erfolgte ganz zufällig und war fast nur der unerhörten Frechheit der aufladenden Personen zu danken. An dem fraglichen Abend luden Männer Kisten auf einen Wagen; die Kisten hatten das Format von Munitionskisten. Das beobachteten 2 Grüne und fragten, was denn am Sonntag da eigentlich aufgeladen würde. Die Antwort war „Munition". Die Beamten ließen ruhig weiter aufladen und beschlagnahmten in dem Augenblick, wo die Leute abfahren wollten, die Ladung und brachten sie nach dem Revier in der Woltastraße. Kurz darauf erschien ein Lastkraftwagen, auf dem Franke saß, und es wurden sodann verschiedene Grüne mobil gemacht, die die Wohnung Frankes von A bis Z ausräumten (natürlich nur, soweit es sich auf Waffen bezog), und die Kisten ebenfalls nach der Wache in der Woltastraße brachten. Am Montag früh kam dann noch einmal ein Auto. Franke hat in seiner Wohnung 350 000 Schuß Infanteriemunition, dann Gewehre, Karabiner und Sprengmunition gehabt. Es ist von einer Hausbewohnerin auch gesehen worden, daß ein Maschinengewehr aufgeladen wurde.

Bis heute haben wir noch nichts wieder davon gehört. Wahrscheinlich ist Franke inzwischen längst wieder stillschweigend freigelassen. Bezeichnend für die Auffassung der Polizei, die die ganze Angelegenheit am liebsten vertuschen oder gar den Kommunisten in die Schuhe schieben möchte, ist die Aeußerung eines Kriminalkommissars: „Das wären Waffen und Munition gewesen, die für einen kommunistischen Putsch in Bayern gebraucht werden sollten."

*

Unsere Genossen und alle Arbeiter können daraus sehen, wie die Reaktion arbeitet, und daß es nur offener Augen bedarf, um wenigstens teilweise ihre Rüstungen festzustellen. Es ist Pflicht aller Arbeiter, die irgend etwas verdächtiges bemerken, dies sofort der Partei oder der Zeitung mitzuteilen. [illegible] Polizei ist in solchen Fällen kein Verlaß.

Der Mut der SPD.

Wenn man die „Münchner Post", die „Fränkische Tagespost" oder die „Schwäbische Volkszeitung" in die Hand nimmt, sieht es beinahe so aus, als ob die bayerischen Sozialdemokraten den Willen hätten, ernsthaft und energisch gegen die Nationalsozialisten vorzugehen. In der Wirklichkeit liegen die Dinge anders. Schon wiederholt haben die SPD.-Führer in den Verhandlungen über den proletarischen Selbstschutz, dem Versuch der Kommunisten gegenüber, eine wirkliche Einheitsfront gegen die nationalsozialistischen Knüppelgarden zustande zu bringen, bewiesen, daß sie vor jeder ernsthaften Bekämpfung der faszistischen Pest sich zu drücken versuchen.

Einen erneuten Beweis für dieses Versagen sozialdemokratischer Führer erbringt folgendes Rundschreiben des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes:

Rundschreiben Nr. 119. Berlin, 21. Dez. 1922.
Betr. bayerische Faszistenbewegung.
An die
Vorstände der Zentralverbände.
Werte Genossen!

Von unserer nordbayerischen Landeskommission werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß die bayerische Faszistenbewegung anscheinend in den kleineren Orten Bayerns mit größerer Arbeiterzahl einen guten Nährboden findet. Trotz gewerkschaftlicher Zugehörigkeit ist die übergroße Mehrheit der Arbeiter politisch indifferent und zeigt vielfach Neigung den Hitlerleuten nachzulaufen, sich sogar aktiv an dieser Bewegung zu beteiligen. Da durch die Partei an diese Arbeiter nicht heranzukommen ist, müssen die Gewerkschaften versuchen, mit allen Kräften Aufklärung zu schaffen. Soweit Ortsausschüsse des ADGB. vorhanden sind, werden sie durch die bayer. Landeskommissionen fortlaufend informiert. In den meisten Orten bestehen aber keine Ortsausschüsse und deshalb erscheint es geboten, daß die Bezirksleiter der einzelnen Verbände durch die Zentralvorstände angewiesen werden, auch ihrerseits jede Gelegenheit zu benutzen, um gegen die Hitlerbewegung zu wirken. Eine umgehende Anweisung in diesem Sinne würden wir begrüßen.

Mit Gruß!

Der Vorstand des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes.
gez. Ernst Schulze.

Dieses Rundschreiben des ADGB. zeigt, daß sich die SPD.-Führer vom Kampf gegen die Nationalsozialisten drücken möchten und die Geschichte den Gewerkschaften zuschieben!

Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen ganz energisch von ihrer Partei verlangen, daß diese sich nicht hinter den Gewerkschaften verschanzt, sondern den ganzen Parteiapparat zum Kampfe mobil macht.

Der wahre Hochverrat am deutschen Volk

Anbaustreik proklamiert.

Die württembergische Landbundfiliale, der Bauern- und Weingärtnerbund, bringt in seinem Organ am 13. Januar ein Artikel, in dem es heißt:

„Wir fordern hiermit unsere Mitglieder zu Folgendem auf:

1. Es verpflichte sich ein Jeder, keinerlei Zuckerrüben im Jahre 1923 zu bauen, es sei denn, daß bei einem neuen Rübenbauvertrag über die Forderungen der Rübenpflanzer, welche durch den Verband vertreten werden, eine Einigung erzielt worden ist. Es bezieht sich dies auf Anbauverträge jeder Art.

2. Es ist strengste Disziplin zu halten und solchen, die sich den Beschlüssen der Organisation nicht fügen, in nachdrücklicher Weise zu erklären, warum es notwendig ist und für welchen Zweck unser Vorgehen geht!"

Die Proklamierung des Anbaustreiks für Zuckerrüben erfolgt, obwohl gleichzeitig mitgeteilt wird, daß der Preis für den Doppelzentner Zuckerrüben z. Zt. 2000 M beträgt und daß Ende Januar eine zweite große Nachzahlung, deren Höhe noch nicht ganz feststeht, weil noch nicht klarliegt, in welchem Umfange das Reich Kredit gibt, zur Auszahlung kommt. Danach soll der Streik nichts anderes bedeuten als einen Druck auf die Regierung für die Gewährung großer Kredite für die Herren Großbauern.

Die demokratische Regierung wird als treue Schildhalterin der kapitalistischen Interessen gerne auf das großschnauzige Geschrei der Körner und Konsorten hereinfallen. Desto mehr muß die werktätige Bevölkerung den Kampf aufnehmen gegen die Regierung, gegen die kapitalistischen Ausbeuter, für eine Arbeiterregierung, für die entschädigungslose Enteignung der Großbauern und Junker.

Rußlands Getreideproduktion eine Gefahr für die deutschen Junker.

Die „Landwirtschaftliche Korrespondenz" macht darauf aufmerksam, „daß die russische Landwirtschaft eines Tages mit der Ausfuhr wird beginnen können". Sie erklärt dazu: „so sehr das im Interesse der Brotversorgung des deutschen Volkes zu begrüßen wäre, so sehr muß man in landwirtschaftlichen Kreisen diesem Zeitpunkt mit Sorgen entgegensehen."

Damit bestätigt zunächst die „Landwirtschaftliche Korrespondenz", was wir anläßlich der Rußlandhilfe immer wieder betonten, daß die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion in Rußland im Interesse auch der deutschen arbeitenden Bevölkerung liegt. Deshalb muß die eingeleitete Produktionshilfe für Rußland energisch fortgesetzt werden. Gleichzeitig muß die arbeitende Bevölkerung jedem Versuch der Junker und Großbauern auf Absperrung der Einfuhr von russischem Getreide durch hohe Schutzzölle energisch entgegentreten und durch Erkämpfung einer Regierung der Arbeiter und Kleinbauern in Deutschland ein enges Hand- in Hand-Arbeiten mit dem Rußland [illegible] und Bauern ermöglichen.

München

An die gesamte Arbeiterschaft Münchens!

Beisetzung des Landtagsabgeordneten Genossen August Hagemeister.

Am Samstag, den 20. Januar 1923 nachm. 4 Uhr findet im Ostfriedhof die Trauerfeier mit anschließender Verbrennung statt.

Sammeln der abgeordneten Deputationen, Delegierten, Organisationen, Fahnen- und Kranzträger um 1/2 4 Uhr vor der Aussegnungshalle.

Wir fordern alle Arbeiter und Arbeiterinnen Münchens auf, sich recht zahlreich beim letzten Geleit des Genossen Hagemeister zu beteiligen.

Bezirksleitung der KPD. Südbayern.
Ortsleitung der KPD. München
Landtagsfraktion der KPD.

Aufruf!

Arbeiter! Angestellte!

Wie durch die Presse bereits bekannt ist, hat die Willkür der Festungsanstalt Niederschönenfeld durch die schnöde Behandlung des Festungsvorstandes Dr. Hoffmann des dortigen Gefängnisarztes ihr erstes Opfer erreicht.

Der Genosse August Hagemeister mußte unter den schlimmsten Verhältnissen, die man sich für einen kranken Menschen vorstellen kann, in der Festung in Einzelhaft aus dem Leben scheiden.

Arbeiter! Angestellte!

Schickt am Samstag nachmittags 1/2 4 Uhr aus euren Fabriken eure Deputationen zum Begräbnis des Gen. Hagemeister und legt somit öffentlich Protest ein gegen die Behandlung der Niederschönenfelder Gefangenen.

Arbeiter! Angestellte!

Wir fordern Euch zugleich auf, zur Deckung der Begräbniskosten und Unterstützung der Familie allgemeine Sammellisten laufen zu lassen. Es ist Pflicht sämtlicher revolutionärer Arbeiter unsere Vorkämpfer auf das kräftigste zu unterstützen.

Die Sammlungen sind abzuliefern beim deutschen Metallarbeiterverband, Pestalozzistr. 42 (Gewerkschaftshaus), Büro Auskunft nachmittags 3—6 Uhr.

Bezirkskonferenz der KJ. Südbayerns.

Die Bezirksleitung der Kommunistischen Jugend Südbayerns beruft am Samstag und Sonntag, den 24. und 25. Februar nach München eine Bezirkskonferenz ein. Die Tagesordnung ist folgende:

1. Bericht vom Reichsausschuß.
2. Betriebsrätebewegung und unsere Arbeit in den Betrieben.
3. Gegner.
4. Stellung zum Reichskongreß der KJD.
5. Schulentlassung.
6. Landpropaganda.
7. Bericht der Bezirksleitung und Neuwahl.
8. Verschiedenes.

Die Ortsgruppen der KJ. werden aufgefordert, Stellung hiezu zu nehmen. Die Parteigruppen, in denen noch keine Jugendorganisation besteht, ersuchen wir ebenfalls einen Genossen zu entsenden, durch Vornahme von Sammlungen die Finanzierung desselben bis dorthin zu ermöglichen. Alle Anfragen sind zu richten an die Bezirksleitung der KJ. Südbayern, München, Schmiedkochelstr. 28/?

Quittung.

Die Stadtratsfraktion der KPD. übergab der Ortsleitung für den Kampffonds den Betrag von 3000 M, worüber hiermit Quittung erfolgt.

Die Ortsleitung

Der Entrüstungsrummel ohne Volk.

Aus Kochel wird uns geschrieben:

Zwei Tage lang fegte nun nach dem Sonntag der „Nationalen" ein Schneesturm durchs Land, alle Schwüre, Hoch- und Niederrufe der bezylinderten, uniformierten und befrakten „Stützen" Deutschlands, ganz besonders Münchens mitnehmend, um sie an den Kaminen, Dachlucken, an den Zäunen und Baumkronen zerfetzend der Auflösung oder den eilenden Wolken einzureihen. Es hat als natürliches Symbol den künstlich entfachten, versagten Entrüstungssturm der „Ueberdeutschen" abgeschlossen.

Die Ueberdeutschen! — — — Mit welchem Aufwande von Zeitungsgeschmier, Kundgebungsaufrufen und allen möglichen Klimbim, versuchten sie noch einmal wie 1914 das Volk aufzupeitschen, zum „heiligen, gerechten" Zorn gegen die „Feinde" und das Volk hat nicht gehört; ihnen die Gefolgschaft verweigert.

Draußen auf dem Lande, bei Bauern, Handwerkern und besonders bei den Arbeitern, fanden sie überhaupt keinen Anklang. Weil das breite Volk sich von dieser Sorte „Volksführern" losgesagt hat. Weil es muß, durch jahrelanger, blutiger und hungernder Erfahrung, daß diese Männer [illegible] Phrasen dreschen und einen Blitzableiter [illegible] für ihre Taten, sowie die Wirklichkeit verbergen.

. . . Und die Bauern sind nicht so veranlagt, wie das Großbürgertum, sie sind keine Heuchler und zeigen kein falsches Gesicht. Sie bleiben ruhig.

Keine Maus wurde draußen in der Provinz der geheuchelten Entrüstung aufgescheucht.

Denn die Bauern wissen, daß sie die Lasten nicht tragen werden. Preiserhöhungen sollen sie vor Schaden bewahren.

Die Industriellen, die Bank- und sonstigen Kapitalisten standen an der Spitze der Bewegung, unterstützt von den von ihnen befohlenen Redakteuren, den von ihnen mit Geld ausgehaltenen Hitlergardisten und von den Kriegsverlierern, welche glauben, daß das Volk ihre Unfähigkeit in der Kriegsführung vergessen haben, um doch auch wieder ein Wort lallen zu können.

Sie alle brachten wohl nochmal Menschen auf die Beine: untergehende Mittelständler, einige verärgerte Proleten und besonders jene Großstadtpflanzen, die bei jeder Gaudi dabei sein wollen. Die während der Revolutionszeit stets die radikalsten Krakehler waren, weil damals die Sonne auf seiten der Revolutionäre stand. Heute sind sie am weitesten „rechts" zu finden, eben weil es dort die größte Gaudi gibt und sie auch am ungeschorensten „arbeiten" können. Die meisten Nachlaufer waren die Denkfaulen. Diejenigen, die nicht denken wollen, um urteilen zu können; die heute noch aus Bequemlichkeit den Marktschreiern glauben. Würden sie erst denken, dann . . dann kämen sie nicht dazu, den Komödienspielern nachzulaufen. Dann würden sie begreifen, daß die ganze Aufmachung falsch ist, denn diejenigen, welche die Entrüstung auf diese Bahn schoben, haben keinen Schaden daran, wenn Frankreich das beste Stück Deutschlands besetzt.

Die Börsen zeigen das wahre Gesicht. Nicht nur die Auslandsdevisen steigen unerhört, was die Kapitalisten wollen, auch die Aktien machen unglaubliche Sprünge nach oben und die Warenpreise klettern rasend schnell.

Die breiten Schichten der Lohnsklaven, die Besitzlosen, sie wissen wie die große Kluft zwischen Preise und Einkommen erschreckend erweitert wird. Sie wissen, daß das Kapital die nationale Einheitsfront nur benötigt, um das Volk weiterhin „vernebeln" zu können, daß das Kapital aber nicht daran denkt, die schweren Lasten des Reiches gemeinsam mit den breiten Schichten zu tragen, sondern daß es dem Volke schonungslos auch den auf ihn fallenden Teil dieser Lasten aufbürdet.

Das Volk weiß auch, daß gerade diese Kreise wiederholte Male schon gewünscht haben, die Feinde möchten das Ruhrgebiet, oder andere Teile besetzen, um „Ruhe" zu schaffen, wenn hungernde Massen mit geballten Fäusten Recht und Brot fordern, oder wie beim Kapputsch, aufgerufen von der davongejagten Reichsregierung, die Reaktion niederschlagen wollten.

Alles ist unvergessen! Auch unvergessen alle Morde und Zuchthausurteile an Arbeiter,

die seit drei Jahren die Arbeiterschaft über sich gehen lassen mußte. Unvergessen dann noch die Brüderlichkeit zwischen den „Ludendorffen" und „Franzosen" im schmieden der Pläne zur Niederringung der russischen Arbeiterregierung. Unvergessen schließlich noch die so leicht überwindlichen „nationalen" Gegensätze zwischen französischen und deutschen Großindustriellen beim Abschließen von Verträgen, die dem deutschem Volke das Blut aus den Adern saugen. (Stinnes-Lubersac.)

Das Volk, es weiß diese Heuchelei dieser Kreise; es sieht den ganzen Betrug, der mit dem Rummel eingeleitet wurde. Und es erkannte sogleich, daß durch diesen Rummel ihm ein „nationales Fühlen" vorgespielt werden sollte, wie jene um das „Wohl und Wehe" des Volkes besorgt seien. Es erkannte aber auch, daß jene nun erst recht nicht auf den kleinsten Luxus verzichten, sondern als wirkliche Parasiten erst recht „leben" wollen auf Kosten der Lohnsklaven, der Kriegsopfer, überhaupt der Besitzlosen.

Und weil die Aufmachung so groß und so falsch war, blieb die Arbeiterschaft den "Kundgebungen" ferne; draußen in der Provinz vollständig, während das Stadtproletariat sich zu wirklichen Protestkundgebungen aufraffte. Sie blieb abseits stehen, in dem Bewußtsein, daß die Feinde nicht nur vom Auslande kommen, sondern seit jeher im Volke sitzen, sowie daß beide gleich gefährlich und ausbeutend sind.

Darum versagte auch der mit allen Mitteln inszenierte Entrüstungsrummel; es versagte das Wachrufen des Geistes von 1914. Das nächstemal wird die Niederlage der „Volksbefreier" noch größer, sein denn die Vernunft des Volkes auch auf dem Lande wächst rasend schnell. Mit geballten Fäusten standen sie noch abseits, weil sie niemanden haben, der sie sammelt und führt, aber ringend nach voller Klarheit der Wege, die führen zur Abschüttelung des [illegible] und fremdländischen, des internationalen Kapitalistischen [illegible]

Einladung

für die am Sonntag, den 21. Januar 1923, vormittags halb 10 in der Tonhalle, Türkenstraße, stattfindenden

**Karl Liebknecht-
Rosa Luxemburg
Gedächtnisfeier**

Gedächtnisansprache, Rezitation, Massengesang und Orgelspiel.

Kommunist. Partei Deutschlands, Ortsgruppe München.
— Eintritt zur Unkosten-Deckung 50 ℳ —

Der Ueberschuß wird für die politischen Gefangenen verwendet.

Vollversammlung des Gewerkschafts-Vereins München.

(Fortsetzung.)

Zum Weltfriedenskongreß sprach Dr. Quidde nur in großen Auszügen. Sein Hauptaugenmerk verlegte er darauf, den Versammelten klar zu machen, daß die Einheitsfront der Arbeiter nur so zustande kommen könne, wenn mit den bürgerlichen Parteien ein Kompromiß geschlossen würde. Das einzige Kampfmittel der Gewerkschaften sei der Generalstreik und daraus begründete er, daß eine Einheitsfront mit der revolutionären Arbeiterschaft unmöglich sei. Er versuchte dies folgendermaßen zu beweisen. In Rußland herrscht das revolutionäre Proletariat und dort hätte man nicht einmal die Freiheiten, die jeder kapitalistische Staat gewähre. Seine ganze Rede war so eingestellt, daß die Gewerkschaften sich auf den bürgerlichen Kompromißstandpunkt zu stellen hätten und daß Rußland mit seinen Anhängern, das revolutionäre Proletariat, stets die Zersplitterer der Einigkeit sind.

Dr. Quidde gab in kurzen Zügen den Beschluß der Haager Konferenz der Generalstreik als einziges Mittel gegen jeden Krieg an. Aber nur gegen den Krieg; wo ein einzelnes Land in den Generalstreik trete, kann das vor dem internationalen Schiedsgericht als Landesverrat ausgelegt werden. —

Das heißt mit anderen Worten: Laut Beschluß der Haager Konferenz haben die Gewerkschaften Pazifismus zu befolgen und nur gegen den Krieg ihre Waffe zu ergreifen; das Kapital aber, das sie ja auch mit den Bürgerlichen vereinigen sollen, ungeschoren lassen. Auch müßte vor allem, ehe in einen Generalstreik getreten wird, die öffentliche Meinung befragt werden. Es ist dies geradezu ein Hohn, wenn man bedenkt, mit welchem Schwindel während und nach dem Kriege in den bürgerlichen Zeitungen, öffentliche Meinung und Begeisterung nach Gutdünken der Großkapitalisten gemacht wurde. Diese Herren verstehen es wahrhaftig, sich immer wieder ein Hintertürchen offen zu lassen, für alle Fälle. Glänzend zeigt dies auch noch die Klausel, daß von einem Lande, das kurz vorher große Opfer brachte, kein Generalstreik verlangt werden kann.

Zum Schluß sprach Dr. Quidde noch von der Gründung eines internationalen Schiedsgerichtes, das die Uneinigkeiten beizulegen hätte. Nimmt man an, es wäre ein Schiedsgericht vorhanden, was dann? „Glaubt ihr, wenn das Großkapital irgend eines Staates sich stark genug fühlte, einen Konkurenten mit Waffengewalt unschädlich zu machen, es wird sich um die Proteste eines Schiedsgerichtes kümmern?“ Ebensowenig, wie es sich am Anfang des Weltkrieges gekümmert hat, ob eine Waffe völkerrechtlich ist oder nicht. Darum Arbeiter, erkennt endlich, daß mit pazifistischer Gefühlsduselei nichts erreicht wird, daß nicht der Krieg euer Hauptfeind ist, sondern das Großkapital, der Grund und Keim zu allen Kriegen, und das zu bekämpfen ihr lernen müßt.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Der Antrag, die Kartellbeiträge um 100 % zu erhöhen, wurde einstimmig angenommen, sodaß sie für männliche Mitglieder nun monatlich 31,20, für weibliche 23,20 ℳ betragen.

Ein weiterer Antrag, der diesjährige Geschäftsbericht solle in Druck erscheinen und den historischen Werdegang des letzten Jahres enthalten, wurde nach kurzer Aussprache angenommen. Er wird 32 Druckseiten stark werden.

Zu Punkt 3:

Die Aussprache über das Drei-Schichtensystem verlief erfolglos, nach längerer Aussprache wurde Schluß der Debatte beantragt.

Zum Schluß kam noch der Antrag, für den verstorbenen Kämpfer August Hagemeister in der Gewerkschaft die Ueberführungskosten aufzubringen. Es konnte nicht gut aus moralischen Gründen abgelehnt werden. Aus diesen Motiven heraus, beschloß man, alles zu tun. um, „wenn möglich“, die Gelder zusammenzubringen.

Und damit wurde um 3/4 11 Uhr die Versammlung geschlossen.

Aus der Angestellten-Bewegung.

Für die kaufmännischen Angestellten des Münchener Zeitungsgewerbes wurde für Januar 1923 eine Gehaltserhöhung von 50 v. H. gegenüber Dezember frei vereinbart.

Der Verlag der im Besitz von Stinnes befindlichen „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ in Berlin forderte in einem Rundschreiben große Betriebe auf, ihren leitenden Angestellten einen Jahresbezug auf das genannte Blatt als Weihnachtsgeschenk zu überweisen. Das Rundschreiben, das sich noch dazu auf die Zuschrift eines leitenden Angestellten stützt, lautet:

„Mir fällt es außerordentlich schwer, den Bezugspreis für Ihre Zeitung zu zahlen. Ich will gar nicht in Abrede stellen, daß der Preis berechtigt, ja vielleicht niedrig ist, aber mein Einkommen hat sich nicht in dem Maße vermehrt, und für mich bedeutet es heute ein Opfer, wenn ich das Blatt weiter halte ... Bei meiner Firma sind verschiedene leitende Angestellte, die blutenden Herzens das Abonnement haben aufgeben müssen ... Keine Seltenheit ist es, daß ein leitender Angestellter über die wichtigsten Tagesereignisse nicht unterrichtet ist. Wo soll das hinführen? Wie sollen Handel und Industrie auf die Dauer bestehen, wenn nicht wohlunterrichtete leitende Angestellte, und ein kräftiger Nachwuchs vorhanden sind?“

Ist es für die leitenden Angestellten, die zum Teil in der sogenannten Vereinigung der leitenden Angestellten (Vela) „organisiert“ sind, nicht mehr als beschämend, daß ausgerechnet ein Organ der Schwerindustrie für sie bei den Unternehmern bettelt, um auf diese eigenartige Weise gleich zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen? Auf der einen Seite lehnt die Vela einen gemeinsamen Kampf Schulter an Schulter mit der Masse der „gewöhnlichen“ Angestellte ab — weil es doch nicht „standesgemäß“ ist und der „gehobenen“ Stellung der Leitenden nicht entspricht —, auf der anderen Seite fischt man im trüben und sucht bei jeder Gelegenheit durch wehmütige Anbiederung bei der Kapitalswelt etwas herauszuschlagen. Es gibt doch noch „nationale“ Männer!

Richtpreise für oberbayerische Kohlen und mitteldeutsche Briketts. Von der Preisprüfungsstelle werden folgende Kleinverkaufspreise als angemessen begutachtet: Oberbayerische Kohlen: Stück, Grobe, Brocken, Würfel und Nuß 1 alte Lagerbestände 3438 ℳ per Zentner, für Werklieferungen ab 12. Jan. 1923 3798 ℳ. Mitteldeutsche Briketts: alte Lagerbestände 3280 ℳ, für Werklieferungen ab 12. Jan. 1923 3717 ℳ per Zentner.
Bei Zustellung in offenen Fuhren tritt eine Ermäßigung von 30 ℳ für den Zentner ein, bei Selbstabholung vom Lager eines Händlers mit Gleisanschluß um 202 ℳ, bei den übrigen Händlern um 150 ℳ.

Die Zahl der unterstützungsberechtigten Erwerbslosen ist in der Woche vom 8. bis 13. Januar 1923 von 1788 auf 2042 gestiegen.

Arbeitersport

Turn- und Sportverein München-Ost e. V.

Sonntag, den 21. Jan. nachm. 3 Uhr Vereinsgeneralversammlung im Bürgerbräustüberl, Kellerstr. 4. Ehrenpflicht ist es, daß die Mitglieder zahlreich erscheinen.

Vereins- und Versammlungs-Kalender

(Der Preis für die unter dieser Rubrik veröffentlichten Anzeigen beträgt für jede Zeile 30 ℳ. Die Aufnahme findet nur bei Vorauszahlung statt.)

KPD. Fraktion der Holzarbeiter. Montag, den 22. Jan. abends 7 Uhr Fraktionssitzung in der Westermühle, Holzstraße.

KPD. Bzirk Westend 1 und 2. Montag, den 22. Jan. abds. 1/2 8 Uhr müssen sämtliche Partei- und Zeitungsfunktionäre im Alpenhof, Ecke Kazmair- und Ligsalzstraße erscheinen. Wichtige Besprechung.

Sektion Süden: Montag, 22. Jan. 1/2 8 Uhr in der Westermühle wichtige Sektionsversammlung. Sämtliche Mitglieder haben zu erscheinen. Präsenzliste liegt auf. Genossen laßt eure Sektion wieder das werden, was sie früher war.

Bild Bühne Buch

Münchener Spielplan am Samstag.

Nationaltheater 6: Götterdämmerung.
Residenztheater: 1/2 8: Dame Kobold.
Prinzregententheater * 7: Hamlet
Schauspielhaus 1/2 8: Lumpazi Vagabundus.
Kammerspiele 1/4 8: Fräulein Julie, Der Fremde und der Bauer.
Münchener Theater 7 1/2: s'freien zu Dreien.
Volkstheater 1/2 8: Die Königin der Nacht,
Theater am Gärtnerplatz 7 1/2: Die Straßensängerin
Lustspielhaus 1/2 8: Madame Sherry.
Deutsches Theater: Variete-Programm.
Kolosseum: Variete-Programm.

Sendlingertor-Lichtspiele: Gentlemans Gauner.
Rathaus-Lichtspiele: Maciste und der Hypnose-Schwindel.
Lichtspiele Dachauerstraße 16: Christoph Kolumbus.
Regina-Lichtspiele: Der Frauentanz.
Karlsplatz-Theater: Bummellotte, Erstaufführung.

Theaterbericht. Stilistisch und künstlerisch sehr verschiedenwertiges drängte sich in Erstaufführungen weniger Tage.

„Königin Tamara“ von Knut Hansum im Schauspielhaus. Allerhand: Eindrücke aus dem nahen Orient am Kaukasus, wo ehemals orientalisches Christentum und der Islam in ständiger Fehde um Land und Leute ringen in jener sattsamen Mischung demütig ergebener Menschlichkeit, fast müder Abgeklärtheit und dem Auflodern haßerfüllter Blutinstinkte. Gesehenes und Nachgefühltes gibt Hansum, der viel gereifte Norweger und mischt dieses Lebendige um ein dramatisches Gerüst, den folgenreichen aber gut ausgehenden Konflikt eines Prinzgemahls, einer gekränkten Männlichkeit gegen die Königin. Leidenschaften werden zu offenem Kampf und Verrat getrieben und versanden wieder in Ueberflüssigkeit. Es bleibt Konstruktion. Um so peinlicher bleibt es, wenn um der Kämpfe der gekränkten Eitelkeiten willen so gänzlich unbeachtet blutige Metzeleien stattfinden, wo die Volksmassen den Blutzoll zahlen müssen für die Launen der Herren und den Fanatismus der Priester. Ein altes Bild mit Geltung bis zum heutigen Tag, vom Dichter aber kaum bemerkt: höchst peinliche, gedankenlose Staatsaktion. Ueber die Leere und Künstlichkeit des dramatischen Gerüstes kommt Regie und Darstellung mit Auftrumpfen in starken Akzenten nicht hinweg. Sie werden dadurch noch fühlbarer. Unter den Begleiterscheinungen gelang einiges, anderes blieb infolge Fehlbesetzungen unwirksam.

„Madame Sherry“, die neue Operette des Lustspielhauses, deren Autoren es sich weder textlich noch musikalisch zu merken lohnt, gibt um das übliche Klischeegerüst die Gruppierung der üblichen brettlhaften Karrikaturen der Zeit von gestern.

„Tageszeiten der Liebe“ von Dario Niccodemi, einem Italiener, in den Kammerspielen sind Handfestigkeiten gegenüber höchst gepflegter geistiger Geschmack. Mit den einfachsten Mitteln, nur zwei Personen, die die Linie des gesellschaftlichen Tones nicht überschreiten. Mit einer geschickt gedachten Voraussetzung der Situation werden im intellektuell gepflegtesten Redespiel ohne Zuhilfenahme von Pariser Zweideutigkeiten Stationen werdender Liebe durchgangen: Der Beginn am Frühmorgen, die Wirrungen am hellichten Tag, und die Einigung am Spätabend. Grete Jakobson und Forster Larrinaga besaßen Geist und Ton und jene leichte Menschlichkeit um diesen zivilisierten Scherz kunstgewerblich geschmackvollendeter Mache zum Erfolg zu verhelfen. M.

Immenstadt

Immenstadt. Im Gasthaus zum Engel fand am 14. Jan. eine Versammlung der proletarischen Freidenker statt. Nachdem Genosse Egger bei der Eröffnung der Versammlung auf die Bedeutung der Bewegung hingewiesen hatte, erhielt der Referent Gen. Max Gehrmann, ehemaliger kath. Geistlicher München das Wort: Er ging in seinem Referat von den Grundzügen der Evangelien aus, bezeichnete mit Recht das heutige Christentum als dogmatisch und die Führer der Kirche als wissentliche Religions-Geschichtsfälscher, deshalb scheiden wir Freidenker aus Kirche und Christentum.

Der Vorsitzende der Ortsgruppe, Genosse Egger, dankte dem Referenten im Namen der Ortsgruppe, forderte denselben auf, in 4 Wochen wiederzukommen, was Genosse Gehrmann versprach. Um 12 1/2 Uhr schloß die für uns imposante und lehrreiche Versammlung.

Aus dem Würmgau

Arbeiterschaft und Hakenkreuz.

Dieses Thema behandelte Gen. Buchmann am 13. Jan. in einer öffentlichen Versammlung in Planegg. Ausgehend von der Mussolini-Bewegung in Italien ging der Referent zur Hitler-Kloake in Bayern und Reich über. Genau so wie es Mussolini verstanden hat, der Arbeiterschaft sofort den Zehnstundentag zu bringen, werden es auch die Deutschen Faszisten wagen, dies Beispiel nachzuahmen. Italien ist ein zweites Horthy-Ungarn, Deutschland sollte wohl ein drittes werden. Dies muß an der Front der Arbeiter zerschellen und muß verhindert werden. Der Beifall zeigte, daß die Anwesenden den Darlegungen des Referenten beipflichten. Gen. Knödler beleuchtete die letzten Vorgänge in Planegg. Die Diskussion ergab, daß alle den Kampf gegen das Symbol des Mordes und Totschlag, gegen das Hakenkreuz aufzunehmen bereit sind. Scharfe Kritik wurde an den Gewerkschaften geübt; welche immer noch zögern, den Kampf aufzunehmen. So blieb auch hier der Vorsitzende des Kartells unserer Versammlung fern. Aber trotz alledem! Folgende Resolution wurde einmütig gutgeheißen und beteuert sie bei keiner papierenen zu belassen.

Resolution:

Die versammelten Arbeiter von Planegg erklären sich, nach dem Referat des Genossen Buchmann einmütig bereit, folgende Auffassung mit aller Kraft durchzusetzen:

Der Faszismus ist das Ergebnis des Zerfalls der kapitalistischen Anarchie. Er kann nur bekämpft werden von der gesamten, klassenbewußten Arbeiterschaft sämtlicher Arbeiterorganisationen. In der durch die Ruhrbesetzung hervorgerufenen schweren wirtschaftlichen und politischen Lage der deutschen Arbeiterschaft, ist notwendig der Abwehrkampf der Arbeiterschaft gegen den deutschen Kapitalismus sowohl wie, mit Hilfe der internationalen Arbeiterklasse, gegen den französischen Imperialismus. Voraussetzung hierzu ist, der Kampf zur Bildung einer Arbeiterregierung, zur Durchführung der proletarischen Forderungen.

Verantwortlich für den polit. Teil: J. V. Alex. Abusch, Augsburg, für den Münchener Teil: J. V.: Stretz, München; für Expedition und Inserate August Stretz, München. Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft „Volkswille“ e. G. m. b. H., Augsburg und München.

Allgemeine Funktionärversammlung der freien Gewerkschaften, des Afabundes u. des ADGB. München
am Sonntag, den 21. Januar, vormittags 10 Uhr, im „Mathäserbräu-Festsaal“, Eingang nur von der Zweigstrasse aus
Tagesordnung: **Der Ueberfall** auf die Funktionäre der freien Gewerkschaften am Sonntag, den 14. Januar cr.
Zutritt mit Betriebsratsausweis bezw. Mitgliedsbuch. Erscheinen des letzten Mannes erforderlich. Die Mitglieder des Ausschusses des Gewerkschaftsvereins und der Vollzugsrat der Betriebsräte werden ersucht, bereits um 9 Uhr anwesend zu sein.

Einzelpreis 35 Mark

Neue Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunist. Internationale)

6. Jahrg.	Erscheint täglich außer an Sonn- u. Feiertagen — Bezug durch die Postanstalten und den Verlag — Auslieferung für München durch die Zeitungszentrale, Färbergraben 27—28. — Expedition und Redaktion München, Hotterstraße 3 (Laden). Sprechstunde der Redaktion: Täglich von 11 bis 12 Uhr vormittags.	Montag, 22. Januar 1923	Bezugspreis monatlich mit illustrierter Beilage „Sichel u. Hammer" 809 Mk., davon 409 an die Post und 400 direkt an den Verlag: Postscheckkonto 29139 Amt München). In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung oder Rückzahlung — Anzeigen-Annahme bis 12 Uhr mittags tägl. in der Geschäftsstelle, Hotterstr. 1. — Tel. 51154.	Nr. 18

Versammlungsverbote — Orgeschtreiben — Arbeiteraufmarsch!

Die bayerische Regierung verbietet!

Die von der Kommunistischen Partei Nürnbergs auf Montag den 21. Januar einberufenen öffentlichen Volkversammlungen mit dem Thema „Die Schande von Niederschönenfeld" sind von der Polizei im Auftrage der Regierung verboten worden. Ebenso wurde die auf Montag angesetzte Gedächtnisfeier für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verboten.

Ueber die Schande von Niederschönenfeld, die die Schande der bayerischen Regierung ist, soll nicht öffentlich gesprochen werden, der Mord an Hagemeister soll geheim bleiben. Die nationalistische Hetze verträgt solche Tatsachen nicht, die klarer als alles andere den Burgfrieden als Lüge enthüllen. Auch Gedächtnisfeiern unterdrückt die bayerische Reaktion.

Das ist die Antwort auf die Selbsthilfe der Nürnberger und Augsburger Arbeiter gegen die Nationalsozialisten.

Die Abrechnung in Nürnberg.

Auch in Nürnberg gedachten die Nationalsozialisten nach dem Münchner Rezept die Hetze gegen die Arbeiterschaft durchzuführen. In Riesenplakaten luden sie zu einer Versammlung ein für Freitag abend. „Nieder mit den Novemberverbrechern" schrie es in großen Lettern von den Plakaten, gewaltige Abrechnung sollte gehalten werden mit den proletarischen Parteien und ihren Führern. Es kam jedoch anders. Die Nürnberger Arbeiter leisteten der Einladung der Nationialsozialisten Folge und in der gut besuchten Versammlung waren neben den Stoßtrupps der Hakenkreuzler und einer großen Zahl Neugieriger Nürnberger Proletarier erschienen, bereit und gewillt, bei der Abrechnung der Nationialsozialisten mitzuwirken.

Ob es ein Blick über die Zusammensetzung der Versammlung war oder anderes — in den Worten des nationalsozialistischen Referenten Streicher suchte man vergebens die angekündigte Abrechnung. Nichts als ein blödes antisemitisches Geschwafel leierte der große Held der Nürnberger Faszisten herunter. In der Diskussion sprachen für die kommunistische Partei die Genossen Grönsfelder und Völkel. Unter starkem Beifall rechneten sie scharf mit den nationalsozialistischen Helden ab, zeigten die Ursachen der Judenhetze, die nur dazu bestimmt ist, Verwirrung in die Reihen der Arbeiterschaft zu tragen und stellten der nationalen Einheitsfront die Kampffront des Proletariats gegen die Bourgeoisie gegenüber. Immer unruhiger wurden die Hakenkreuzler, mit allen Mitteln versuchten sie, die kommunistischen Redner zu stören, was schließlich dazu führte, daß die ganze Versammlung eine große Auseinandersetzung zwischen einzelnen Gruppen und Versammlungteilnehmern wurde. Den Arbeiterfäusten gegenüber wagten die Stoßtrupps nicht, von den mitgebrachten Gummiknüppeln und den übrigen Waffen Gebrauch zu machen. In ihrer höchsten Verzweiflung griffen die Hakenkreuzler zu dem Mittel, durch Benutzung von Wasserspritzen die Räumung des Saales, die Beendigung der Versammlung und die Besiegelung ihrer Niederlage zu erzwingen.

Selbstverständlich hatte sich die Polizei besonders stark in der Nähe des Versammlungslokals eingefunden. Herr Gareis hatte seine nationalistischen Schützlinge mit einem Polizeikordon vor der Abrechnung der Nürnberger Arbeiterschaft zu sichern versucht. Ihren Heldenmut bewiesen die Polizisten durch Verhaftung verschiedener Arbeiter, die als Troshäen vom Kampfplatz geschleppt wurden.

Der Ausgang ihrer öffentlichen Versammlung wird den Münchner Nationalsozialisten gezeigt haben, daß die Abrechnung mit dem Proletariat einen anderen Ausgang nehmen kann, als die Hakenkreuzler in ihrem nationalistischen Taumel es sich vorstellen. Vielleicht werden die wenigen aus dem nationalistischen Lager, die aus Arbeiterkreisen stammen und die sich von den Phrasen der Hitler und Streicher imponieren ließen, zum Nachdenken darüber veranlaßt, in welchem Lager die wirklichen Feinde der Arbeiterklasse stehen. Nicht der revolutionären Vorhut des Proletariats, nicht den „Novemberverbrechern", sondern der nationalistischen Hetze, dem Hakenkreuz und der Bourgeoisie gilt der Kampf. Auch die sozialdemokratischen Arbeiter in Bayern können aus dem Verlauf der Nürnberger Versammlung erkennen, daß die nationalsozialistische Hetze überall dort wirkungslos bleiben muß, wo die Arbeiterschaft aktiv auf dem Plan erscheint. Es gilt, diese im Kampf mit den Nationialsozialisten gemachten Erfahrungen in dem Sinne auszuwerten, daß die Arbeiterschaft ganz Bayerns zur Abwehr des nationalistischen Ansturms die **proletarische Einheitsfront schließt.**

Nach dem Begräbnis Hagemeisters

(Worte von Meister Guntram von Augsburg.)

. . . . . Damit er künftig nie mehr den Frieden stören kann, soll er vernichtet werden, sagen die einen;

muß er an die Kette gelegt werden und in den Kerker wandern, sagen die anderen;

haben wir das Recht, ihn zu beherrschen und ihm Leben und Atem vorzumessen, und er soll nicht zu viel atmen und leben, so sagen alle.

Und so haben sie getan, ob sie es zugeben oder nicht!

Aus der „Frankfurter Zeitung" vom 17. Januar 1923, erstes Morgenblatt.

Die Hitlerparade.

Der „Völkische Beobachter" bringt folgenden Aufruf:

Parteitag der Nationalsozial. Deutschen Arbeiterpartei in München.

Der Termin für die Parteitagung ist nunmehr endgültig festgesetzt auf Samstag, den 27., Sonntag, den 28. und Montag, den 29. Januar 1923. Es finden statt: Am Samstag, den 27. Jan., abends, in München eine Reihe von Massenversammlungen (mindestens zehn); am Sonntag, den 28. Jan. die Fahnenweihe der Sturmabteilungen; am Montag, den 29. Januar, abends, die Generalmitgliederversammlung der Partei.

Das nähere Programm wird noch im „Völkischen Beobachter" bekanntgegeben.

Die Parteilung.

Die Ankündigung des nationalsozialistischen Parteitages zeigt, daß es sich um eine großangelegte Aktion handelt, die sich wahrscheinlich nicht auf Festreden und Fahnenweihe beschränken wird, sondern die man zu einem Versuch der Verwirklichung nationalistischer Terrorgelüste erweitern wird. Die Notwendigkeit, irgend etwas zu tun, ist für die Hitlergarden um so stärker geworden, als der Austritt Hitlers aus den Vereinigten Vaterländischen Verbänden, seine Differenzen mit der Bauernschaft und der Führer der bayerischen Konterrevolution die Gefahr der Isolierung für die Nationalsozialisten in sich birgt. Hitler versucht dieser Gefahr durch verschärfte Hetze gegen die Arbeiterschaft, durch Androhung des weißen Terrors gegen die Arbeiteorganisationen und durch erhöhte Aktivität abzuwenden. Er will sich die Zufriedenheit seiner Auftraggeber und die Sympathien der konterrevolutionären Kleinbürger und Geheimbündler erhalten, durch die Verschärfung der Hetze gegen Juden und Revolutionäre. Gegenwärtig weilt Hitler in Berelien, um mit seinen Gesinnungsgenossen die Taktik des Vorgehens und die Art des Losschlagens zu vereinbaren. Der Parteitag und der damit verbundene offene Aufmarsch der Hakenkreuzler in München sollen den Auftakt zur vollen Verwirklichung des weißen Schreckens in Bayern geben.

Für die Arbeiterschaft bedeutet dies erhöhte Alarmbereitschaft. Die bayerische Regierung, die Hitler gewähren läßt, die den Abenteurer braucht zur Verwirklichung ihrer eigenen abenteuerlichen monarchistischen Pläne überläßt den Nationalsozialisten die Straßen. Die bayerische Arbeiterschaft darf es nicht dulden, wie am hellen lichten Tag der Arbeitermord vorbereitet wird. Gegen den Faszisten-Aufmarsch muß die proletarische Einheitsfront geschlossen werden, der Aufmarsch kampfentschlossener Arbeiterbataillone muß den faszistischen Sturmtrupps und der Regierung, die sie gewähren läßt, zeigen, daß Bayern nicht Horthyungarn ist und daß das bayerische Proletariat fest entschlossen ist, den Sieg des Faszismus in Bayern mit allen Mitteln zu verhindern.

Die Augsburger Arbeiter fordern die Betriebsrätevollversammlung

Während im Ludwigsbau das Bürgertum sich an nationalen Phrasen und später in den Weinstuben Augsburgs an geistigen Getränken berauschte, war ein großer Teil der Augsburger Arbeiterschaft in die vier von der Kommunistischen Partei einberufenen öffentlichen Versammlungen gekommen. Im Mohrenkopf, Elysium, in Pfersee und Lechhausen schilderten die Genossen Schmidt (Kempten), Aschenbrenner (München), Karl (Nürnberg) und Rück (Augsburg) den zahlreich Erschienenen die politische Situation und gaben die Forderungen der Kommunistischen Partei bekannt. Besonderen Beifall [illegible] bei den Versammelten die Forderung [illegible] Betriebsrätevollversammlung [illegible] Kampf gegen die nationale Einheitsfront und gegen die faszistische Gefahr organisieren soll. In sämtlichen Versammlungen wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen:

Die am Freitag, den 19. Februar im Mohrenkopf Augsburg versammelten Arbeiter nahmen eingehend Stellung zu den politischen Ereignissen und erklären:

Die verbrecherische imperialistische Besetzung des Ruhrgebietes und die gefährliche Widerstandsgeste der vereinigten deutschen Bürger, Kriegsverbrecher und Sozialpatrioten hat schon jetzt, nach wenigen Tagen katastrophale Wirkungen ausgelöst:

Dollar und Preise schnellen unaufhaltsam nach oben. Die Börsen feiern Orgien, die Arbeiterschaft bleibt als Opfer am Platze, der Reallohn stürzt in sich zusammen.

Dazu die alarmierende amtliche Nachricht, daß die Brotversorgung vor dem Zusammenbruch stehe, daß in 8 Tagen vielleicht schon das Kriegsgerstenbrot wiederkommen wird, weil unter den Augen der Regierung sogar das Umlagegetreide zurückgehalten und der Spekulation ausgeliefert worden ist. Niemand kann sich heute noch die weitere Entwicklung ausmalen.

Das Bürgertum bereitet deshalb schon für seine Regierung Ausnahmegesetze vor. Wenn diese nicht genügen, werden die Hitlergarden zu Hilfe gerufen werden, die schon jetzt unter der Parole „Nieder mit den November-Verbrechern" offene Mordhetze gegen die ganze Arbeiterklasse treiben. **Bei den bisherigen Zusammenstößen** hat die Polizei schon **überall für die Nationalisten Partei ergriffen.**

Die Arbeiterschaft bleibt auf die Selbsthilfe angewiesen. In der zwölften Stunde fordert sie alle Arbeiterparteien und Organisationen zu gemeinsamer Kampffront auf, sie verlangt außerdem sofort eine Vollversammlung der Betriebsräte mit Vertretern der Gewerkschaften. Der Selbstschutz gegen politische und wirtschaftliche Todesgefahr ist sofort zu organisieren.

Die Stimmung sozialdemokratischer Arbeiter.

In der Mohrenkopf-Versammlung erklärte der Sozialdemokrat Bittner zu den Ausführungen des kommunistischen Redners: „Durch die Rede des Referenten zieht sich eine Anklage gegen die Sozialdemokratie, ich teile sie. In der heutigen schnellebigen Zeit ist es unmöglich, von der Demokratie noch etwas für die Arbeiterschaft zu erwarten. Sie stürzt immer tiefer ins Chaos. Nur eine geschlossene Arbeiterpartei wird dem Zusammenbruch entgegentreten können, den das Großbürgertum sehr gut übersieht. Ich kann nicht begreifen, daß unsere Führer sich gegen die gemeinsame Front so sträuben. Sie wissen doch genau, was auf dem Spiele steht, 90 % unserer Mitgliedschaften **verurteilen ihre Politik. Nur die einige Arbeiterschaft wird uns retten!**

Das Verbrechen im Ruhrgebiet.

Am 19. Januar wurde auf dem Nachhauseweg der Krankenpfleger Kowalsky vor dem Amtsgerichtsgefängnis in Langendreer von einem französischen Posten erschossen.

An der Eisenbahnbrücke Horst wurden auf dem Wege nach Altendorf von der Zeche heimkehrende Bergleute von französischen Soldaten beschossen. Nach kurzem französischem Anruf feuerten die Franzosen auf die Bergleute. Ob jemand getroffen wurde, läßt sich noch nicht feststellen, da noch nicht alle Bergleute heimgekehrt sind.

Die Belegschaft der Möllerschächte legte die Arbeit nieder infolge der Besetzung durch französische Truppen.

Die Belegschaft der Zeche „Sterkrade" befindet sich im Ausstand, weil belgische Besatzungstruppen ihren Wagenpark auf dem Zechenplatz aufgestellt haben. Die Belegschaft erklärte, unter den belgischen Bajonetten nicht arbeiten zu wollen.

Die Beamten- und Betriebsräte vieler Ruhrzechen erheben in einer Entschließung schärfsten Einspruch gegen die Maßnahmen im Ruhrgebiet und erklären den Besatzungsbehörden, daß jede Maßregelung eines Beamten oder Arbeiters aus betrieblichen Gründen die Arbeitsniederlegung sämtlicher Arbeiter und Beamten zur Folge haben würde.

Im Ruhrorter Hafen wurden gestern wieder Kohlenschiffe durch die französische Kontrollkommission beschlagnahmt. Insgesamt sind 32 000 Tonnen Schiffsraum mit Kohlen beschlagnahmt worden.

In Bochum fand gestern die Beerdigung des bei dem Zwischenfall umgekommenen 15jährigen Schlosserlehrlings Bermin statt unter Beteiligung vieler Tausender. Magistrat und Stadtverordnete waren fast vollzählig vertreten. Viele Kränze wurden gespendet, der Geistliche sprach ergreifend.

Aus Essen wird gemeldet: Die 5 Herren der Kohlenindustrie die von General Fournier vorgeladen waren, haben eine neue Vorladung zur Fortsetzung der begonnenen richterlichen Vernehmung [illegible] erhalten.

[illegible] ist auf eine Einladung des französischen Generals in dessen Hauptquartier in Bredeney bei Essen erschienen. Der General erklärte ihm, nachdem er ihm wiederum den bekannten Befehl auf Lieferung von Reparationskohle erteilt hatte, daß er ihn verhaften könne, jedoch von einer solchen Verhaftung vorläufig Abstand nehme.

*

[illegible] dagegen [illegible] wird schon jetzt blutig gebrochen. [illegible] Standes der nationalen Einheitsfront [illegible]

Der Befehl an die Eisenbahner.

Die Reichsregierung hat den deutschen Eisenbahnern verboten, für die Franzosen Kohle zu transportieren.

Der Zweck dieser verrückten Maßregel ist vollkommen durchsichtig. Die bankerotte Cuno-Regierung will einen neuen Konflikt mit den französischen Imperialisten herbeiführen, will „vergewaltigt“ werden, um dann bequem abzutreten, oder einer Koalitionsregierung mit den Sozialdemokraten Platz zu machen u. dadurch — „nicht wir, sondern die Sozialdemokraten wollen sich unterwerfen“ — den Faszistenbanden Oberwasser verschaffen. Vor Dixmuiden und an der Yser haben die deutschen Durchhalter fast Säuglinge, grüne Gymnasiasten und junge Studenten als Kanonenfutter niederkartätschen lassen. Heute wollen die deutschen Durchhalter die Eisenbahner als Kanonenfutter verwenden lassen. Die Cunomannen haben es leicht, von Berlin aus den Eisenbahnern blödsinnige Befehle ins besetzte Gebiet zu geben. Die deutschen Arbeiter haben keinen Anlaß, für diese nationalistische Regierung auch nur einen Handstreich zu tun. Die Kriegsspiele, die das Kabinett der Platzhalter des Stinnes veranstaltet, müssen diesem Ausschuß der deutschen Ausbeuter versalzen werden. Immer notwendiger wird die Arbeiterregierung, welche aufräumt mit den blödsinnigen Methoden einer verbrecherischen Ausbeuterclique, die nichts zu verlieren hat, und die das Leben Tausender von Proletariern um ihrer Profite willen kalt aufs Spiel setzt.

Lieber sterben, als französisch verderben!

„Eine machtvolle nationale Kundgebung der Augsburger V.V.V.“

„Ein Familienfest“.

Die V.V.V. (Vereinigte vaterländ. Verbände) im ganzen Land feiern den Zusammenbruch und die kommende Hungersnot mit „Reichsgründungsfeiern“. Auch die Augsburger durften da nicht zurückstehen. In Schritt und Tritt mit Tschingdrarah „Die Hitlergarde alt und jung, der Handwerksmann, der Ladenschwung, Studenten — und noch ärger; Arbeiter (!) schreiten Hand in Hand, mit dem eh'maligen Leutenant“ zogen sie am Freitag in den Ludwigsbau, dazu als Festredner Herr Kahr („daß wir wieder eine deutsche Wehrmacht bekommen“) und Herr Dr. Bauer, Präsident der V.V.V. Bayerns („Weg mit der Menschenfurcht“), dazu ein Pfarrer Pflanzelt, ehemaliger Feldgeistlicher („Der Augustgeist von 1914 muß wieder kommen, aber auch der Geist des Christentums, lieber sterben, als französisch verderben“). Der Vorsitzende begrüßte bei Eröffnung der Versammlung auch die Gegner mit dem Hinweis, daß die V. V. V. kein Parteigezänke wolle, der Abend solle ein Familienfest werden! Daher werde auch von jeder Diskussion abgesehen und jede geplante Störung nachdrücklichst verhindert werden.

„Hoch die Monarchie!“

So zogen sie nach der Familienfeier nachts noch vor das Theater wie anno 1914, wo die Rührtrommeln dort den Kriegszustand verkündeten. Oberlandleute im Stahlhelm, Nationalsozialisten mit dem Hakenkreuzbanner, deutsche Spießer und Bürger im Paradeschritt. „Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen, Frankreich und die ganze Welt! Wir wollen aus dem Versailles von 1919 wieder ein Versailles von 1871 machen!“ Und der deutsche Spießer war beglückt dabei. Wie hätte wohl der Zug, der Freitag abends vom Ludwigsbau zum Theater zog, ausgesehen, wenn all die Millionen toter Kämpfer, Krüppel, Waisen und verhungerter Kinder vorbei defiliert wären, der ganze bleiche, düstere Zug der Millionen Hungernden und Invaliden? Wenns ihm schlecht geht, dann macht er Romantik, um Hunger und Elend zu vergessen; dann „kennt er keine Parteien mehr“, vergißt daß er vier Jahre lang im Krieg gestanden und belogen und betrogen ward, wie nie ein Volk zuvor.

„Erst in den frühen Morgenstunden trennten sich die bemoosten Häupter.“

Ueber die Nachfeier berichten die „Augsburger Neuesten“:

„Der Abend stand denn auch bei allem studentischen Frohmut, der das Herz des Alten Herrn schon mit der Anlegung von Mütze und Band ergreift, und der allem Kopfhängen feind ist, unter dem Eindruck des Ernsts der Tage und empfing sein Gepräge von dem Geiste opferwilliger Entschlossenheit und vertrauensvollen Hoffens auf den endlichen Sieg der gerechten Sache . . . Das volle Gelingen der Veranstaltung war gesichert, sie fand erst in den frühen Morgenstunden ihren Abschluß. Nun erst trennten sich die letzten der bemoosten Häupter. Alles in allem genommen war die Veranstaltung geglückt . . .“

Lieb Vaterland magst ruhig sein.

Die Augsburger Kriegsopfer gegen den neuen Krieg.

In den Augsburger Versammlungen der KPD. wurde überall eine Entschließung der Kriegsopfer angenommen, die zeigt, daß es nur einige verführte unter den Kriegsopfern sind, die aus begreiflicher Verbitterung über ihr Elend jetzt mit den Kriegshetzern ziehen:

„Die Mitglieder des Internationalen Bundes der Kriegsopfer (Sektion Deutschland) erheben schärfsten Protest gegen die Gewaltmaßnahmen, die Frankreich infolge der Besetzung des Ruhrgebietes Deutschland gegenüber getroffen hat. Mehr als bisher werden die Kriegsopfer unter dem Druck dieser Maßnahmen zu leiden haben. Die deutsche Regierung hat es vorzüglich verstanden, die Kosten des Krieges auf das arbeitende Volk abzuwälzen, selbst die Kriegsopfer wurden dabei nicht verschont und ihrer Renten beschnitten, um die Reparationskosten zu bezahlen. In der nationalistischen Hetze, welche gegenwärtig in ganz Deutschland, insbesondere aber in Bayern getrieben wird, sehen wir die größte Gefahr, daß wieder ein neuer imperialistischer Krieg heraufbeschworen wird. Deshalb geloben wir, gemeinsam mit dem revolutionären Proletariat auf dem Wege, den uns der Reichsbetriebsrätekongreß gezeigt hat, den Kampf gegen den französischen Imperialismus und nicht zuletzt gegen die deutschen Kapitalisten aufzunehmen.

Internationaler Bund der Kriegsopfer
Ortsgruppe Augsburg.
J. B. Wiedemann.

Gerstenbrot im Getreideland.

Die bürgerliche und sozialdemokratische Presse schweigt die amtlichen Nachrichten über den Zusammenbruch der Brotversorgung tot.

Die Regierung rührt sich nicht.

Giebt es in einer Woche Gerstenbrot im Agrarland Bayern.

Die vorhandenen Getreide- und Mehlvorräte müssen sofort beschlagnahmt werden und für die unbemittelte Bevölkerung sichergestellt.

Da es sich herausgestellt hat, daß die erste Getreideumlage versagt, ist sofort eine neue Umlage schleunigst durchzuführen, die nicht wieder wie die erste zu einem Wuchergeschäft für die Agrarier werden darf.

Wir fordern sofortiges Verbot der Luxusbäckereien, wir fordern ein sofortiges Reichsverbot für die Lebensmittelausfuhr und strenge Maßnahmen gegen jede Uebertretung.

Wir fordern schließlich die Arbeiterorganisationen auf, sofort zu einer gemeinsamen Bekämpfung der zu erwartenden Hungersnot zusammenzutreten. Alle diese Maßnahmen können wirksam nur unter Kontrolle der Betriebsräte in Stadt und Land durchgeführt werden.

Die Betriebsrätevollversammlungen sind sofort einzuberufen. Wo die reaktionäre Mehrheit dies verhindert, wird die Kommunistische Parti die Betriebsräte selbst aufrufen.

Ein markenfreies 4 Pfundbrot in Berlin 1000 Mark!

Der Zweckverband der Bäckermeister Groß-Berlins schreibt: Die unhaltbare Steigerung auf dem Mehlmarkt um 55 bis 60 Prozent in sieben Tagen verlangt von uns eine sofortige Heraufsetzung der markenfreien Gebäckpreise und zwar bereits ab Sonnabend, den 20. Januar 1923. Es kosten: markenfreies Brot 1000 M. (bisher 700 Mark), Schrippen 40 (27 M.), Hörnchen usw. 45 M. (30 M.), Schnecken 50 M. (35 M.), Blechkuchen 90 M. (60 M.), Einback 700 M. (480 M.), Zwieback 1000 M. (720 M.), Abbacken von Kuchen 100 bis 125 M.

Auch diese erhöhten Preise dürften kaum längere Zeit gelten, da neue Erhöhungen schon eingetreten sind, die in diesen Preisen noch keine Berücksichtigung erfahren haben.

*

Diese Preise werden schon in den nächsten Tagen umgeworfen werden. Sie entsprechen erst einer 3—4000 fachen Teuerungszahl, der Dollar steht aber auf dem 5—6000 fachen, das Brot wird also bald auf 2000 Mk. und darüber getrieben werden auch in Bayern, das der Teuerung langsamer folgt, weil es die allerniedrigsten Kulilöhne durchpreßt, muß es schließlich so kommen. Es ist nur eine Frage von Tagen! Wird die Arbeiterschaft jetzt endlich sehen, daß die Katastrophe da ist. Wird es sich zur Wehr setzen — oder will es die Hungersnot?

Auer ist ganz toll geworden.

Er gründet eine vaterländische Streikkasse

Auer übertrumpft sich selbst. Alles was dieser nationalistische Hetzer den Proletenn je zugemutet hat, wird übertroffen durch folgenden Aufruf für eine „vaterlänmische Streikkasse, den die „Münchener Post“ veröffentlicht:

„Die Zukunft Deutschlands ist durch die Haltung der Bewohner des Ruhrgebietes gegenüber den frevelntlich eingebrochenen Franzosen bedingt. Bisher haben Zechenbesitzer und Grubenarbeiter in gleichem Maße den Lockungen und Drohungen der Feinde widerstanden. Das überrascht uns nicht und erfüllt uns mit Genugtuung.

Aber es wird möglich sein, daß die Arbeiter in ihrem Widerstand ausharren, wenn erst Frost, Hunger und Krankheit in ihr Heim einziehen?

Um ihr Ausharren zu ermöglichen, ist die Gründung einer vaterländischen Streikkasse nnötig. Es gilt, unseren Brüdern im Ruhrgebiet, denen so furchtbare Opfer zugemutet werden, zu zeigen, daß wir ihnen nicht nur durch Resolutionen und Demonstrationen zur Seite stehen. Jeder Deutsche muß seine Ehre darein setzen, je nach seinen Verhältnissen zur Unterstützung der in der Verteidigung ihres Landes Streikenden beizusteuern. Ohne die Beiträge der Millionen deutscher Arbeiter wird es nicht möglich sein, das dafür nötige Geld zusammenzubringen. Auch sind sie durch ihr eigenes Interesse veranlaßt, zu hindern, daß, was sie in den letzten fünfzig Jahren auf sozialem Gebiet errungen haben, durch die sozialpolitisch rückständigen Franzosen vernichtet werde. Wenn jeder Unverheiratete auch nur den Lohn einer Stunde hergibt, um seinen Brüdern im Ruhrgebiet zu helfen, kann Deutschland gerettet werden; jeder Verheiratete möge selbst beurteilen, wieviel er geben kann. Die bürgerlichen KFlassen werden es an Mithilfe nicht fehlen lassen, wenn die Arbeiter vorangehen.

München, 19. Januar 1923.

Die Epedition der Münchener Post nimmt die Beiträge entgegen. Von Prof. Brentano 25 000 M., E. Auer 10 000 M.

Das sind alle Schurkereien der völkerbefreienden SPD. zusammen, gegen diese neue Zumutungen in die Arbeiter. Mit dem Hungergeld der Verelendetsten will dieser Bursch die Ruhrarbeiter retten, während Cuno in Berlin Milliarden-Kredite den Ruhr-Großkapitalisten zuschanzt und dazu noch die tölpische Hetze „gegen die rückständige französische Sozialpolitik“ aus dem Schiebereldorado, aus dem Ebertstaat der Hungersnot für die Massen. Eine Zwangsjacke für diesen Tollhäusler.

Der Steuerraub.

Die Proleten zahlen 72 % und 28 %.

Die Gesamteinnahmen an Reichseinkommensteuern betrugen nach den jetzt vom Reichsfinanzministerium herausgegebenen Zahlen in Milliarden Papiermark im Januar 3489, Februar 4431, März 7816, April 4299, Mai 5746, Juni 8811, Juli 7687, August 9933, September 13 851, Oktober 21 285, November 29 119.

Diese Einkommensteuern setzen sich aus drei Posten zusammen:

1. Einnahmen aus dem Verkauf von Einkommensteuermarken,
2. im Überweisungsverfahren abgeführte Steuern,
3. Einnahmen von den sich selbst Einschätzenden.

Die beiden erstgenannten Einnahmeposten werden von den Arbeitern und Angestellten getragen, denen die Steuer bei der Lohn- und Gehaltszahlung abgehalten wird. In kleinen Betrieben und bei Einzelbeschäftigten werden in der Regel Einkommensteuermarken geklebt. In Großbetrieben werden die Steuerabzüge an die Finanzämter ohne Verwendung von Steuermarken überwiesen.

Für die Monate April bis Juli und für die Monate August-Oktober hat das Reichsfinanzministerium die Steuereinnahmen nach den drei erwähnten Quellen zusammengestellt. Von den Gesamteinnahmen während der Monate April-Juli im Betrage von 23 544 Milliarden sind an Ueberweisungen und Steuermarken 13 223 Milliarden Mark = 56,2 Prozent eingegangen. Im August sind von den Gesamteinnahmen von 9933 Milliarden an Ueberweisungen und Steuermarken 5675 = 57,1 Prozent, im September von den Gesamteinnahmen in Höhe von 13 851 Milliarden an Ueberweisungen und Steuermarken 8079 Milliarden = 58,3 Prozent, im Oktober von insgesamt 21 895 Milliarden sind eingegangen an Ueberweisungen und Steuermarken 15 757 Milliarden = 72 Prozent. Die Lohn- und Gehaltsempfänger, denen also ein Teil ihres Lohnes in Form von Steuern geraubt wird, haben bereits im Oktober beinahe drei Viertel aller Reichseinkommensteuern aufbringen müssen. Das gesamte Unternehmertum mit seinen Riesenprofiten hat noch nicht ein Viertel an das Reich abgeführt. Dabei ist zu beachten, daß die gewaltigen Dividenden, die von allen Unternehmungen verteilt wurden, bei weitem sämtliche Löhne übertreffen. Weiter ist zu beachten, daß die hohen Einkommen nach dem Gesetz mit 50 und 60 Prozent Einkommensteuer belastet werden sollen. Welche ungeheuren Schiebungen müssen hier von den Kapitalisten unternommen worden sein, um ihr Anteil an den Einkommensteuern so herabzudrücken.

Mit anderen Worten: Die Arbeiter zahlen die Schupo, Sipo, Blaupo usw., sie zahlen die Reichswehrgarden, sie zahlen die Klassengerichte, sie zahlen dem Hundsfottgroener und seiner Bürokratie, sie zahlen dem Poststingl, sie zahlen allen diesen Reaktionären, Bürokraten und — der Regierung, dem Cuno und Knilling selbst den Gehalt! (oder doch 72 Prozent davon) durch Steuern allein, sie erhalten außerdem durch ihre Arbeit die Schieber und Ausbeuter, die dann aus dem Mehrwert nach Rücklage und Luxusleben die restlichen 28 Prozent bezahlen.

Noch ein Bombengeschäft.

Aber noch mehr. Der Lohnabzug gestaltet sich für die Unternehmer zu einem glänzenden Extrageschäft. Der Steuerabzug wird etwa zu ein Drittel durch Steuermarken und zu zwei Drittel durch Ueberweisung vorgenommen. Die Unternehmer halten alle Steuern pünktlich ein. Die einbehaltenen Beträge werden aber regelmäßig erst nach zwei, drei und häufig erst nach vier Monaten an die Finanzämter abgeliefert. Die ungeheuren Milliardenbeträge, die den Arbeitern und Angestellten geraubt werden, werden von den Unternehmern zu Devisenspekulationen benutzt, sie entwerten je nach dem langsameren oder schnelleren Verfall der deutschen Mark auf ein Drittel, ein Viertel, ja ein Zehntel ihres Wertes.

Man kann sich leicht ausrechnen, welches pompöse Unternehmergeschäft in der verzögerten Ablieferung der Steuern für die Kapitalisten herausspringt. Daneben ist noch die Tatsache zu verzeichnen, daß die sich selbst Einschätzenden, also die Unternehmer und Finanzbarone im Jahre 1922 die Steuern vom Einkommen der Jahre 1920 und 1921 zahlen. Wiederum ungeheure Valutagewinne. Ihre Steuern von 1922 werden sie mit der stillschweigenden Duldung seitens der deutschen Regierung frühestens im Mai und Juni 1923 zu zahlen beginnen.

Diese einfachen, durch das Reichsfinanzgesetz bestätigten Tatsachen zeigen jedem Arbeiter, er möge parteipolitisch stehen wo er will, daß die gesamten Lasten aus dem verlorenen Kriege und der heutigen Wirtschaft restlos auf die schon in größter Not lebenden Arbeiter und Angestellten abgewälzt wird und daß die Unternehmer, genau wie während des Krieges, im Kriege und jetzt nach dem Kriege am Elend des schaffenden Volkes sich mästen.

Und noch eins kommt hinzu. Alle Warenpreise sind ins Ungeheure gestiegen und übersteigen für bestimmte Rohmaterialien die Friedenspreise bei weitem. (Z. B. übersteigt der Preis für Graugußeisen im Verhältnis zum Friedenspreis bereits um 55 Prozent, Kupfer ist verhältnismäßig heute 12 Prozent teurer als im Frieden, Walzeisen muß ebenfalls relativ um 16 Prozent teurer bezahlt werden wie im Jahre 1914.) Dagegen betragen nach den eigenen Angaben des Zentralverbandes der deutschen elektrotechnischen Industrie die Löhne für gelernte Arbeiter nur noch 20 Prozent, die Löhne für ungelernte Arbeiter nur noch 27 Prozent im Verhältnis zu den Löhnen aus den Jahren vor dem Kriege.

Will die deutsche Arbeiterschaft nicht willenlos zusehen, wie sie immer weiter und weiter im Elend verkommt, während eine kleine Schicht der Fettverdiener durch direkten und indirekten Betrug am gesamten schaffenden Volke sich mästet, **so muß die Arbeiterschaft den Kampf gegen ein solches Schandsystem aufnehmen.** Den Unternehmern müssen restlos ihre Schwerte entrissen werden, die Steuern müssen restlos auf die Besitzenden abgewälzt, sämtliche Betriebe unter Kontrolle der Arbeiter gestellt werden. Die gesamte Arbeiterschaft muß die Gewerkschaftsbürokratie zwingen, ihre Bittgänge bei Ebert und Co. aufzugeben, den Kampf geschlossen mit den Millionenmassen des organisierten Proletariats aufzunehmen. Dem geeinten, mit Millionenkraft geführten Stoß der Gewerkschaften kann nichts widerstehen.

Die internationale völkerbefreiende Sozialdemokratie — daß Gott erbarm'!

Von R. Fuchs.

Vier Wochen sind erst vorüber, da versammelten sich die Herren von der Zweiten Internationale und die Herren von der Zweieinhalbten im Haag. In geheimen Verhandlungen bereiteten sie das Brautmahl, und bevor noch die offizielle Hochzeit stattfand, sollte das Wunder geschehen. Das Knäblein sollte die Welt erblicken: die robuste proletarische Aktion gegen den Krieg.

An der Haager Konferenz nahmen die Vertreter der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale teil, und es flogen nur so die Zahlen herum, die von der Kraft zeugten, die sie repräsentieren. Vierundzwanzig Millionen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, 35 Millionen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter — so hörte man von allen Seiten — und alle sie, die Repräsentierten und die Repräsentanten, bereit, todesmutig der Kriegsgefahr ins Auge zu schauen. Und die, die das Versprechen abgaben, gegen die Kriegsgefahr das internationale Proletariat zu sammeln — es waren keine heißblütigen lockigen Jünglinge. Wenn man sich den Saal anschaute, so konnte man sagen: Jeder der Männer im Rate, nicht minder als 300 Jahre alt. Und was die Weisen und Erfahrenen beschließen, das wird ausgeführt.

Die Kriegsgefahr ist da. Weit ins deutsche Land — in dessen arbeitsamsten Teil, sind die Truppen des französischen Imperialismus gestoßen. Sie legen die Hand auf die deutsche Kohle und richten sich allmählich im Ruhrgebiet ein. Schon liegt ein Toter auf der Straße von Bochum. Was wird da werden, wenn die Politik Poincares, seine gewaltigen Eingriffe in die Wirtschaft, auf den Widerstand der deutschen Bourgeoisie stoßen wird, der Bourgeoisie, die, um nicht zu zahlen, bereit ist, für eine gewisse Zeit Opfer zu bringen? Was wird werden, wenn dieser Zusammenstoß die Räder stillsetzt und die Fabriken verödet? Poincare ist zweifellos einstweilen nach der Ruhr gekommen, um die Bergherren zu zwingen, zu zahlen — nicht um im Ruhrgebiet zu bleiben. Aber wenn er sie nicht zwingen kann, wird er sich an der Ruhr festsetzen, um eine neue Verwaltung aufzubauen, die ihm ermöglichen würde, das, was er will, zu erreichen.

Wird das die deutsche Bourgeoisie dulden und dulden können? Die Herren Kohlenbarone aus dem Ruhrgebiet werden sich vielleicht abfinden lassen, wie sie es im Saargebiet getan haben. Oder sie werden einen Trust mit den französischen Eisenkönigen schließen. **Aber die deutsche Wirtschaft wird in dieser Zeit Unsägliches zu leiden haben.** Die ganze Schwere des Konfliktes wird auf den Rücken der mittleren Industrie fallen, die mit Kohlen nicht versorgt und die sie nicht imstande ist, von London zu kaufen. Der Proletarisierung des Mittelstandes, des Nährbodens des deutschen Nationalismus, wird Bankrott auf Bankrott der mittleren Industrie folgen. Die Welle des Nationalismus wird in Deutschland steigen, und mag er noch so blöd sein in seinen geistigen und politischen Formen. Er ist der Schmerzensschrei und der Rettungsversuch einer breiten Schicht des Mittelstandes. Und es ist noch die Frage, ob die Entscheidung der Politik der Regierung in den Händen der Schwerindustrie oder dieser nationalistischen Massen liegen wird, die zum Teil bewaffnet sind und geheimen Nationalistenorganisationen angehören.

Die polnische Regierung will zweifelsohne keinen Krieg. Sie hat in ihm mehr zu verlieren als zu gewinnen. Sie dementiert aufs nachdrücklichste die Schwindelnachrichten von der Mobilisation. Aber es ist eine Frage, ob bei der Erhitzung der europäischen Atmosphäre die Schicksalsfrage Europas nicht aufgerollt wird an der polnischen Grenze.

Die Atmosphäre ist mit Elektrizität geladen. **Was macht in dieser Situation die völkerbefreiende internationale Sozialdemokratie,** die erst vor ein paar Wochen den Rütlischwur geleistet hat, gegen den Krieg den Massenstreik zu organisieren? Auf die Anfrage der Kommunistischen Internationale vom 13. Januar ist bis heute **keine Antwort erfolgt.** Aber inzwischen haben einzelne Teile dieser glorreichen Gesellschaft diese Antwort schon erteilt.

Da haben wir die **deutsche Sozialdemokratie,** die Sozialdemokratie des Landes, das das Objekt des Kampfes darstellt, die Sozialdemokratie des Landes, dem die größte Gefahr droht, von der ein Land bedroht werden kann: daß sein Boden von Pferdehufen zerrissen, von Granaten durchpflügt wird. Ist die deutsche Bourgeoisie unschuldig an dieser schweren Krise, die Deutschland jetzt erlebt? Der Sozialdemokrat, Herr **Paul Levi,** antwortet darauf in der sozialdemokratischen „Leipziger Volkszeitung": „Wir sind überzeugt, daß dieser Zustand, der den Nationalisten endlich den ersehnten Widerstand der Nation bringt, von den Männern der Regierung, wenn nicht geschaffen, so doch nicht vermieden worden ist." Er stellt den Konflikt dar als den Triumph des Herrn Stinnes und fordert zum Kampf auf gegen die Cuno-Regierung. Herr Levi ist ein Sozialdemokrat jungen Datums. Vielleicht spuken in seinem Kopf noch die Ueberreste der alten kommunistischen Ideologie. Da hören wir Herrn Hermann Wendel, den Herold von Parvus, des Beraters des Reichspräsidenten Ebert. Wendel schreibt in der „Glocke": „Heute wissen wir, daß die Selbstsucht der besitzenden Schichten Deutschlands, die sich an Krieg und Zusammenbruch ungeheuer bereichert haben, an der Verhedderung der Reparationsfrage ihr gerüttelt Maß Schuld trägt", und Herr Wendel ruft aus: „Einheitsfront mit den Hakenkreuzottern, den Blausäurespritzern, den Ministermördern, den Nationalunken jeden Kalibers? Einheitsfront mit Helfferich, Wulle, Ehrhardt, Hitler? Danke sehr." Aber zur gleichen Zeit wie Herr Wendel sein „Danke sehr" ausspricht, erklärt der preußische **Minister Severing:** „Danke schön? Nein, bitte schön!" und er ruft die Sozialdemokratie auf, die **Große Koalition mit Stinnes zu bilden, um der Ruhrgefahr zu trotzen.**

Aber sind das vielleicht Streitereien zwischen Literaten? Nein. Die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage zerfällt in zwei Teile, von denen der eine der Regierung das Vertrauen ausspricht, der andere sich vor der Verantwortung ins Klosett flüchtet. Die Sozialdemokratie ist ein Haufen von Führern, die sich gegenseitig aufheben, wenn sie die hinter ihnen stehenden Massen in Passivität und Ohnmacht halten. Herr Wendel schreibt in seinem Artikel für die Einheitsfront der Internationale: **„Aber wie können sich die deutschen Arbeiter mit den französischen verbinden, wenn sie durch ihre Partei mit der deutschen Bourgeoisie verbunden werden?"**

Und jetzt die andere Seite der Medaille. Es sei nochmals hingewiesen auf die Zerklüftung der belgischen Sozialdemokratie. Die einen der tapferen Mannen von Brüssel treten zynisch und offen für die Okkupation des Ruhrgebietes ein. Die anderen waschen ihre Hände, wie Pilatus, in Unschuld, und schließlich einigt man sich auf eine Resolution, die gegen die jetzige Besetzung des Ruhrgebietes protestiert, sich aber für die Pflicht Deutschlands ausspricht, die Reparationen zu zahlen, und mit dem Zaunpfahl winkt für den Fall, daß Deutschland diese Pflicht nicht erfüllt.

Blicken wir nach Frankreich! Während die französischen Kommunisten ins Gefängnis gesperrt werden, fällt den Herren Renaudel, Blum, Jouhaux, Dumoulin kein Haar vom Kopfe. Herr Poincare weiß, man schießt nicht mit Kanonen auf Spatzen. Weswegen soll er sie einsperren? Die braven Leute appellieren doch vom rüstigen Beelzebub an seine lahme Großmutter: an den Völkerbund, den Herr Clemenceau zusammen mit Lloyd George und dem Paralytiker, Wilson gezeugt hat. Was ist der Völkerbund? Frankreich plus England plus Italien. Wenn England und Italien in der Dunkelkammer der diplomatischen Verhandlungen Herrn Poincare nicht bändigen konnten, wie kann das der Völkerbund in dem offenen Rat tun? Werden vielleicht die Niederlande und die Schweiz, Schweden und Dänemark Herrn Poincare an die Kandare nehmen? Die französischen Amsterdamer rufen den Völkerbund an, weil sie nicht Gott anrufen können. Aber der Völkerbund geht mit den stärksten Bataillonen wie der liebe Herrgott, und seine Anrufung ist eine Lufterschütterung.

Der „Vorwärts", der alle diese internationale Kundgebungen „daß Gott erbarm" zitiert, druckt mit großem Stolz die Beschlüsse der englischen Labour Party ab. Aber lese man doch diesen Beschluß aufmerksam. Er fordert die Zurückziehung aller Okkupationsheere aus dem besetzten Gebiet. Sehr brav! Aber Frankreich will sie nicht zurückziehen, sondern verstärkt sie. Fordert die Labour Party daß daraufhin England seine Truppen zurückzieht, um Frankreich zu isolieren? Gott behüte! Die Patrioten aus der Labour Party wissen sehr gut, daß, wenn Frankreich im Ruhrgebiet bleibt, daß dann auch England bleibt, um den Kuchen zu teilen. Und darum fordern sie nicht die Zurückziehung der englischen Truppen, sondern sie fordern, daß die englischen Okkupationsbehörden den Durchzug französischer Soldaten durch die von ihnen besetzten Gebiete nicht dulden. Nun, es wird das Herz des Herrn Poincare zerreißen, wenn er seine Truppen auf deutsche Kosten und auf deutschen Bahnen rund herum um die Okkupationszone bringen muß.

Und während die Parteien der Zweiten Internationale und der Zweieinhalbten Internationale so ihren Willen zur vollkommenen Untätigkeit demonstrieren, berät in Amsterdam die Amsterdamer Kommission. Sie studiert die Kriegsgefahr. Wir fürchten, daß die Kanonen sprechen werden, bevor die gelehrten Herren von Amsterdam ihre Studien beendet haben.

Die Kommunistische Internationale hat den Amsterdamern, hat der Wiener und der Londoner Internationale vorgeschlagen, **die Aktion gegen die Kriegsgefahr gemeinsam zu organisieren.** Die Aussichten dieser gemeinsamen Aktion sind sehr trübe. Die sozialdemokratische Internationale ist, soweit es sich um ihre Führer handelt, an die Bourgeoisie ihrer Länder gebunden. Desto größer ist die Pflicht der Kommunisten. Wir sind die Minderheit der Arbeiterklasse. Wir werden allein vielleicht nicht imstande sein, den Krieg zu verhüten. Aber wir müssen alles tun, was in unserer Macht liegt, damit, wenn die Massen in den Krieg geschleppt werden, sie einen Konzentrationspunkt in den Kommunistischen Parteien haben sich um uns sammeln zum Kampfe, der den Krieg des Kapitalismus in den Sieg der proletarischen Revolution verwandelt.

Die Stimme der französischen Arbeiterschaft.

Aufruf des Zentralen Pariser Aktionsausschusses an das französische Proletariat.

An alle Arbeiter!

Jedesmal, wenn die Bouregeoisie einen Gewaltstreich vorbereitet, fabriziert sie auch eine regelrechte Verschwörung und wirft die Funktionäre der Arbeiter in die Gefängnisse. Poincare la Guerre (so nennen unsere französischen Genossen Poincare, d. h. übersetzt ungefähr Poincare der Kriegsverbrecher) ist ebenfalls dieser Tradition gefolgt.

Die neue angebliche Verschwörung verfolgt nur ein einziges Ziel: Sie will vor den Augen der französischen Arbeiter den wahren Charakter der Ruhrbesetzung verhüllen.

Aber diese Ruhrbesetzung ist eine wirkliche Verschwörung, die von den Magnaten des Eisenhüttenkomitees angezettelt wurde und gegen die Arbeiter in Frankreich und Deutschland gerichtet ist. Poincare-la Guerre ist deren Ausführungsorgan.

Die Reparationen sind jedoch nur ein Vorwand

Die Besetzung des Ruhrgebiets wird dem Lande nichts einbringen. Das weiß auch Poincare! Er hat es selbst in der Kammer ausgesprochen. Er erhöht alle direkten Steuern um 20 Proz., weil er weiß, daß die Eexpedition keinen Groschen in die französischen Staatskassen hinüberleiten wird.

Das Eisenhüttenkomitee will das Ruhrgebiet. Es besitzt bereits das lothringische Eisenerz. An dem Tage, wo es im Besitz der Ruhrkohle sein wird, wird es auch auf dem Eisenmarkte die Hegemonie besitzen.

Die deutschen Großkapitalisten, die Stinnes und die Thyssen, sind bereit, sich mit ihm zu verständigen. Sie fürchten die Besetzung nicht; nur die Arbeiter haben sie zu fürchten.

Die französischen und die deutschen Kapitalisten werden ihre Verständigung verwirklichen, und das Proletariat beider Länder wird dafür die Kosten zu zahlen haben.

Die Metallindustriellen und Zechengesellschaften werden sich die Schundkonkurrenz der deutschen Arbeiterschaft zunutze machen, um damit die französischen Arbeiter an die Wand zu drücken.

Von neuem werden sie gegen die Arbeiterlöhne anstürmen, von neuem werden sie mit ihrem zehnprozentigen Lohnabbau kommen als Nachfolger und Vorläufer von weiteren Lohnherabsetzungen. Ihre Offensive gegen den Achtstundentag wird unwiderstehliche Gewalt gewinnen.

Französischer Arbeiter!

Wenn Du die Dinge treiben läßt, so wartet morgen auch Deiner das traurige Los des deutschen Arbeiters. Sein Elend wird auch das Deinige sein. Gleich ihm wirst auch Du erleben, daß die Entbehrungen Deine Kräfte zermürben und Dein Heim verwüsten, während die französischen und deutschen Stinnes immer reicher werden.

Die kapitalistische Presse, die jeden Morgen die Lüge in Millionen von Exemplaren verbreitet, verbirgt Dir die Wahrheit.

Die Männer, die die Regierung soeben in den Kerker geworfen hat, haben das Verbrechen begangen, ihre Lügen zu denunzieren und Dich zum Kampfe aufzurufen zur Verteidigung Deines Lebens. Ihr weiteres Verbrechen besteht darin, daß sie sich mit den Vertretern der revolutionären Arbeiter Deutschlands, Englands, Belgiens, Hollands und der Tschechoslowakei zusammengefunden haben, um den gemeinsamen Abwehrkampf zu organisieren.

Der Marquis von Lubersac darf den Alldeutschen Stinnes empfangen. Er darf mit ihm Verhandlungen pflegen, und die Regierung billigt dieses Vorgehen.

Aber wenn ein französischer Arbeiter mit einem deutschen Arbeiter Verabredung trifft, so ist dies ein schweres Verbrechen, und die Lügenpresse denunziert ihn als Landesverräter.

Die deutschen [illegible] unsere eingekerkerten Genossen komplottiert haben sollen, sind dieselben die als erste die Verbrechen des deutschen Imperialismus denunziert haben. Nicht sie führen eine antifranzösische Kampagne. Sie haben gleich uns nur ein Ziel: die Verteidigung der bedrohten Arbeiterklasse.

Poincare behauptet, daß die Besetzung des Ruhrgebietes nicht den Krieg bedeute.

Aber sie hat bereits eine ganz bedrohliche Lage geschaffen. Die Alliierten von gestern sind heute zu Gegnern geworden. Der britische Imperialismus befindet sich von nun an in Abwehrstellung gegen den Imperialismus des französischen Eisenhüttenkomitees. Das ist zwar nicht der sofortige Krieg, aber die Kriegsdrohung, die von neuem über der Welt schwebt.

Arbeiter und Bauern Frankreichs!

Unser Aktionskomitee hat sich konstituiert, um Euch gegen diese Ruin- und Kriegsgefahren zu schützen.

Es steht erst am Anfang seiner Aufgabe, und schon ist die Bourgeoisie aufgescheucht.

Stärkt es durch Eure Unterstützung und antwortet in Massen auf seinen Ruf. In allen Städten Frankreichs müssen sich weitere Aktionskomitees bilden. Sie sollen Aufklärung um sich verbreiten, sie dürfen sich nicht vor der Rache der Bourgeoisie fürchten.

Sie sollen sich in voller Selbstbeherrschung und mit wohlüberlegter Ueberzeugung darauf vorbereiten, die genauen Parolen, die ihnen zugestellt werden, auszuführen

Der Augenblick ist nicht mehr fern, wo jedermann in voller Geschlossenheit und Disziplin mit uns in dem durch die Umstände gebotenen Kampf aufstehen muß.

Nieder mit dem Imperialismus, dem Erzeuger des Krieges!

Es lebe die internationale Solidarität der Arbeitenden!

Paris, 14. Januar 1923.

Das Zentrale Aktionskomitee.

Die deutschnationale Volkspartei auf Bettelwegen

Die Herren Helfferich und Hergt haben kein Geld in ihrer Kasse. Seitdem die Großindustriellen und Großagrarier andere und bequemere Handlanger gefunden haben, fehlen den Helfferich und Genossen die Stipendien. Stinnes und Konsorten finanzieren die Deutsche Volkspartei, die Escherich-Organisationen, die Deutschvölkischen und die Nationalsozialisten Roßbachs und Ehrhardts. Die Deutschnationale Volkspartei hat sich zwischen zwei Stühle gesetzt und klagt nun in beweglichen Tönen um Geld. Sie läßt den folgenden Bettelbrief hinausflattern:

Deutschnationale Volkspartei
Hauptgeschäftsstelle
Rundschreiben Nr. 134
Ws./La.

Berlin, den 22. Dez. 22.
Bernburgerstr. 24.

An alle
Landesverbände und Kreisvereine

Vertraulich!

Richtlinien für den Opfertag und die Opferwoche.

Die Notlage der Partei.

Sehr starke Einschränkung, fast Zusammenbruch der Hauptgeschäftsstelle. Vom 1. Januar nicht mehr besetzt: Rednervermittlung, Vortragswesen, Vereinswesen, Archiv. In einem Jahre 124 Parteibeamte, darunter unsere besten, aus dem Parteidienst geschieden. Tüchtige Kräfte vorhanden, können aus finanzieller Not nicht eingestellt werden. Starke Einschränkung der Tätigkeit der Ausschüsse, die z. T. ganz eingehen, z. T. auf die Hälfte zusammenschrumpfen. Mitgliedsbeiträge der Landesverbände, die außerdem ganz unregelmäßig und unzureichend eingehen, können uns nicht mehr am Leben erhalten. In der gleichen schweren Not befindet sich ein Drittel unserer Landesverbände. Nur wenn der Opfertag für die Parteileitung großen Betrag (50 bis 60 Mill.) und das gleiche für Landesverbände erbringt, kann die Gesamtorganisation am Leben erhalten bleiben. Die großen Schwierigkeiten bei der Durchführung der Opferwoche sind uns bekannt, wie z. B. Einziehen der Mitgliedsbeiträge im Januar (Einführung des Umlageverfahrens usw.) Diese Schwierigkeiten müssen unter allen Umständen überwunden werden. Es handelt sich hierbei um ein einmaliges großes Sonderopfer, das über das Schicksal der Parteiorganisationen entscheiden wird. Gerade in der jetzigen Zeit, wo wir zur Rettung des Vaterlandes stärkeren Einfluß gewinnen müssen, ist nicht Abbau, sondern Ausbau der Organisation erforderlich. Auch die hervorragendsten Führer können nichts erreichen, ohne Kampfinstrument, und das ist eine straffe Organisation . . ."

Warum klopft man nicht bei Valutaschiebern, bei Wilhelm in Amerongen oder Ludendorff auf den Busch? Fürchtet man, vergeblich anzuklopfen? Die „deutsche Treue" wird leicht klamm, wenn sie materiell Opfer erfordert. Darum suchen die Helfferiche aus kleinen Töpfen 50 bis 60 Millionen zusammenzubetteln. Das Geld herzugeben wäre für Ludendorff und Wilhelm II. eine Kleinigkeit, aber die Helden der Nation können sich beherrschen.

Auch die bayerische Volkspartei hat den Dalles.

Vor uns liegt ein Rundschreiben des „Wirtschaftsbeirates der bayerischen Volkspartei" vom Dezember, das von „allen führenden Persönlichkeiten und Firmen unserer bayerischen Heimat" im Hinblick „auf die große Not" eine **namhafte Spende** zum Zwecke der Partei erbettelt. Beim damaligen Geldwert betrug der Jahresbedarf der Partei 15 Millionen Mark, es dürfte dem **Dir. Butz Göggingen, G. Haindl** Augsburg, **M. Benz** Augsburg, **Komerzienrat Dom** München, **Dietz** Nürnberg, **H. Reit** Nürnberg usw. und den anderen unterschriebenen Geldreichen nicht schwer werden diese Linie, für die **„stärkste Bayer. Partei"** und ihre segensreiche Tätigkeit um „Ruhe u. Ordnung" doch nicht schwer werden diese Summe aufzubringen. Herr **Georg Haindl** muß allerdings in seinen Augsburger Pumpbriefen, die uns zufällig in die Hände fielen ernste Töne anschlagen: „Durch die trostlose Entwicklung der Währungsverhältnisse ist die führende Partei Bayerns **in eine äußerst schwierige Lage gekommen, sie steht vor der Frage, ob sie ihre Parteieinrichtungen aufrecht erhalten kann**".

„Wie die Dinge heute liegen", schreibt Herr Haindl, „ist es keineswegs nur im Parteiinteresse, hier zu helfen, sondern die gesamte bürgerliche Politik **und Wirtschaft habe erhebliches Interesse, die BVP. und ihre Organisationen zu stützen.**

Die Unterstützung der Geldsäcke dürfte nicht ganz rechtzeitig eingetroffen sein, denn die bürgerliche Presse wendet sich dieser Tage bettelnd an die Kleinen Leute um Spenden für die Erhaltung der Ordnungspartei — der Geldsäcke.

Chronik.

Nürnberg (M: [illegible] ...ateuber explodiert.) In einer Gießerei in der Bayreutherstraße ist in einem Schmelzofen ein Granatzünder explodiert, wobei ein verh. Schmelzer an Rücken und Brust [illegible] Verletzungen erlitt. Er wurde ins Krankenhaus gebracht. [illegible] der in den Ofen kam, ist noch unaufgeklärt.

München

Adolf Hitler ist verschnupft.

Nach verschiedenen Blättermeldungen ist Hitler aus der „Vereinigung vaterländischer Verbände“ ausgetreten. Als Grund werden, die von uns bereits in der letzten Dienstagnummer der „Neuen Zeitung“ und „BAZ.“ geschilderten Vorfälle auf dem Königsplatz angegeben. Trotz der Verstimmung und Empörung der Hitlerleute, daß man Hitler bei der „Nationalen Feier“ nicht sprechen ließ, soll das „freundschaftliche Verhältnis“ mit diesen Verbänden „nach wie vor“ das Gleiche sein.

Berlin wird beglückt

Nun ist Hitler nach Berlin gefahren um mit seinen dortigen Freunden über „die nächsten Maßnahmen“ zu sprechen.

Die „Rote Fahne“ berichtet darüber folgendes:

Wie wir zuverlässig erfahren trifft **Hitler**, der Führer der bayerischen National-Sozialisten, im Laufe des heutigen Vormittags in Berlin ein. Hitler wird heute Abend in Charlottenburg mit Führern der sozialistischen Verbände eine interne Zusammenkunft haben, die über die nächsten Maßnahmen der Faszisten zu beraten hat.

Wie die „Deutsche Zeitung“ bereits vor einigen Tagen mitteilt, findet am Sonnabend, den 20. Januar, in Wilmersdorf ein „Vertretertag nationaler Organisationen“ statt. Hitler soll dort ebenfalls das Wort ergreifen. Am Samstag Abend wird Hitler in einer Schulaula des Berliner Westens öffentlich sprechen. Was wird der Sozialdemokrat Severing tun?

Die Völkischen und „nationale“ Einheitsfront.

Im Zirkus Krone sprach Hitler über das Thema: „Zwei Fronten in Deutschland.“

In seinen Ausführungen, die sich eigentlich nur mit den Juden beschäftigte, ging er auf den Inhalt seines angesagten Themas gar nicht ein.

Zur Einheitsfront gegen die französische Raubpolitik seien „die Nationalsozialisten nicht bereit, denn sie können denjenigen, die Deutschland in diese Notlage gebracht haben, niemals verzeihen, für sie gäbe es keine Gemeinschaft mit Lumpen und Verrätern.“

Auer und Genossen wie wird euch?

Ein beigezogener Engländer sprach Hitler seine begeisterte Bewunderung aus und gelobte in England sein Beispiel, nach seiner Rückkehr, nachzuahmen. — „Gott straf Albion.“

Die Klenzeschule.

Am 12. Januar ließ der „Herr“ Lehrer Schnitzler von der 8. Schulklasse der Klenzeschule das „berühmte“ Deutschlandlied singen. Der kleine Albert Ramminger sang nicht mit und wurde deshalb nach den Noten dieses melodiereichen Liedes verprügelt. Frau Ramminger — die Mutter beschwerte sich deshalb bei dem „Herr“ Lehrer und erhielt nachstehendes bezeichnendes Schreiben.

In Beantwortung Ihrer Zeilen, mache ich Sie darauf aufmerksam, daß Ihnen keinerlei Recht zusteht, in der Schule auch nur das Geringste zu bestimmen oder dreinzureden. Das Deutschlandlied ist vom Reichspräsidenten Ebert als Nationalhymne erklärt worden. Dies zu Ihrer Kenntnis.

Ich verbitte mir den Vorwurf der Ungerechtigkeit, auch den der Beeinflussung durch Ihren Zimmerherrn. Die Schule untersucht, bevor sie handelt. Was Sie persönlich mit Herrn Kellner haben, ist Ihre Privatsache und kann uns gleichgültig sein. — Ich lasse mir von Ihnen keine Grobheiten machen. Ihr Bub ist Schüler und kein Parteivertreter. Er hat das zu lernen, was das Gesetz und die Vorschrift gebieten, nicht was Sie für gut finden. — (!)

Ich fürchte mich vor Ihren Drohungen nicht. Der Weg der Beschwerde zur vorgesetzten Behörde steht Ihnen jederzeit offen.

Ich tue meine Pflicht, tun Sie die Ihre! —

Werner, Vorsitzender des Lehrerrats. — Joseph Schnitzler, Lehrer an der Klenzeschule.

Am 18. Januar nun sollte die Klasse das Lied auswendig lernen. Wieder verweigerte dies der kleine Ramminger. Zur Strafe prügelte nun der Hakenkreuzler Schnitzler aufs neue und zwar in barbarischer Weise den Jungen. Ein ärztliches Zeugnis stellte folgende Tatsache fest:

Abschrift.

München, 18. [illegible] 1923.

Dr. med. Friedr. Bauer
München, Augustenstraße 53.

Aerztliches Zeugnis!

Der Schüler Albert Ramminger wurde heute von mir untersucht, weil er in der Schule Schläge bekommen hat.

Sowohl die linke wie die rechte Hand zeigen Spuren von Tatzenschlägen.

Am Gesäß finden sich eine ganze Anzahl roter Striemen und ist das Gesäß auch leicht geschwollen, [illegible] infolge der Schmerzhaftigkeit dem Jungen das Sitzen unmöglich ist.

Ich halte eine Ueberschreitung des Züchtigungsrechtes für gegeben.

gez. Dr. Bauer.

Der hautüchtige Jugendbildner ist Hitlerianer vom reinstem Wasser. Als Offizier im Felde hat er bei Wein und Weißbrot die Feinde mit dem M . . . erschlagen — jetzt haut er seine Schüler umeinander, daß es raucht.

Seine vorgesetzte Behörde wird sich mit dem Fall beschäftigen müssen.

Die nimmersatten Bauern, Müller und Bäckermeister!

Der neue Brotpreis. Ab Montag kostet ein Pfund markenfreies Hausbrot 280 *M* und eine Semmel 30 *M*.

Nur so weiter!

Eine Trambahnfahrt 100 *M*. Am 23. Januar kommt eine neue Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise. Es gibt dann tagsüber nur mehr zwei verschiedene Fahrpreise: für 2 Teilstrecken 100 *M*, darüber hinaus 130 *M*. Der Sonntagstarif ist 100 *M*, der Nachttarif (ab 12 Uhr) 150 *M*, der Frühtarif 100 *M*. Eine Monatsnetzkarte kostet ab 1. Februar 20 000 *M*, eine Streckenkarte für 2 Teilstrecken 3000 *M*, eine Wochenkarte für 2 Teilstrecken und täglich 2 Fahrten 750 *M*, für Kriegsbeschädigte 250 *M*. Auch die Preise für Schülerkarten werden erhöht.

Die Stadt München setzt ihre „Einsparungen“ an sozialen und hygienischen Einrichtungen fort.

Die Brause- und Wannenbadeanstalten an der Kirchenstraße, Pilgersheimerstraße, Plinganserstraße, Schulstraße und Westendstraße bleiben in Zukunft am Montag den ganzen Tag geschlossen. Dienstag und Freitag sind sie von nachm. 2 Uhr bis abends 7½ Uhr, an Samstagen von 9—12 Uhr und 2—7½ Uhr abends geöffnet. Die Betriebszeiten der übrigen Badeanstalten bleiben unverändert.

Eingegangene Sammlungen für die Beisetzungskosten für Hagemeister bei der „Neuen Zeitung“:

Rodenstock	17821.— *M*
Maler der Firma Stolz	540.— *M*
Maschinenhaus Bayer. Hof	210.— *M*
Schreiner Bayer. Hof	230.— *M*
Baustelle Bayer. Hof	1750.— *M*
Eisinger	200.— *M*
Stretz	1000.— *M*
Westermayer	300.— *M*
Kirmair	200.— *M*

Neuausstellung der Angestelltenversicherungskarten.

Zahlreiche Firmen, die größere Posten von Versicherungskarten für Angestellte beim Versicherungsamt zum Umtausch aufgeliefert haben, sind der ihnen erteilten Aufforderung, diese Karten bis zu einem bestimmten Termin wieder abzuholen, noch nicht nachgekommen. Das Versicherungsamt macht darauf aufmerksam, daß die noch nicht abgeholten Karten bis spätestens 25. Januar 1923 beim städtischen Versicherungsamt, Thalkirchnerstraße 154 Zimmer 156 abgeholt sein müssen, widrigenfalls ihre Zustellung auf Kosten der säumigen Firmen erfolgt.

Arbeitersport

Turn- und Sportverein München-Ost e. V.

Sonntag, den 21. Jan. nachm. 3 Uhr Vereinsgeneralversammlung im Bürgerbräustüberl, Kellerstr. 4. Ehrenpflicht ist es, daß die Mitglieder zahlreich erscheinen.

Vereins- und Versammlungs-Kalender

(Der Preis für die unter dieser Rubrik veröffentlichten Anzeigen beträgt für jede Zeile 30 *M*. Die Aufnahme findet nur bei Vorauszahlung statt.)

KPD. Fraktion der Holzarbeiter. Montag, den 22. Jan. abends 7 Uhr Fraktionssitzung in der Westermühle, Holzstraße.

KPD. Bzirk Westend 1 und 2. Montag, den 22. Jan. abds. ½8 Uhr müssen sämtliche Partei- und Zeitungsfunktionäre im Alpenhof, Ecke Kazmair- und Ligsalzstraße erscheinen. Wichtige Besprechung.

Sektion Süden: Montag, 22. Jan. ½8 Uhr in der Westermühle wichtige Sektionsversammlung. Sämtliche Mitglieder haben zu erscheinen. Präsenzliste liegt auf. Genossen laßt eure Sektion wieder das werden, was sie früher war.

KPD. Bezirk Westend 1 und 2. Montag, den 22. abends ½8 Uhr müssen sämtliche Partei- und Zeitungsfunktionäre im Alpenhof, Ecke Kazmair- und Ligsalzstraße erscheinen. Wichtige Besprechung.

Achtung! Funktionäre der KPD. Dienstag, den 23. Jan. abends ½8 Uhr im Eberlbräu, wichtige Funktionärversammlung. Erscheinen sämtlicher Funktionäre unbedingt erforderlich.
Ortsleitung.

Sektion Nord. Dienstag abends ½8 Uhr im Gasthaus zum Hasen Versammlung. Sympathisierende können eingeführt werden.

Sektion Neuhausen. Mittwoch, 24. Jan. Bezirksgeneralversammlung. Zahlreiches Erscheinen ist erforderlich.

Sektion Gärtnerviertel. Mittwoch, pünktlich abends 7 Uhr im Gambrinus, Sendlingerstraße Sektionsversammlung.

Arbeiter-Samariter-Kolonne München. Jeden Dienstag von 7—9 Uhr im Turnsaal Blumenschule ärztliche Vorträge und praktischer Verband. Uebungen der Abteilungen 1 und 2. Jeden Donnerstag in der Baracke Schwindschule der Abt. 3.
Die Kol.-Führung.

Bild — Bühne — Buch

Münchener Spielplan am Montag:

Nationaltheater ½8: Leben ein Traum.
Residenztheater ½8: Das Konzert. (Vb. 9301—9800).
Prinzregententheater 7: Des Meeres und der Liebe Wellen.
Schauspielhaus 7¼: Die Zarin.
Kammerspiele 7½: Don Gil von den grünen Hosen.
Münchener Theater 7½: s'freien zu Dreien.
Volkstheater 7½: Der kühne Schwimmer.
Theater am Gärtnerplatz: ½8: Die Fledermaus.
Lustspielhaus ½8: Madame Sherry.
Jahreszeiten ½8: Tänze Irene van Ameyden und Schülerinnen.
Leo-Lichtspiele: Jolly, der Teufelskerl.

Sendlingertor-Lichtspiele: Gentlemann Gauner.
Rathaus-Lichtspiele: Maciste und der Hypnose-Schwindel.
Lichtspiele Dachauerstraße 16: Christoph Kolumbus.
Regina-Lichtspiele: Der Frauentanz.
Karlsplatz-Theater: Bummellotte, Erstaufführung.

Aufmarsch des Proletariats in Kempten.

Der Rosenstrauß-Auer hat mit seiner Versammlung im Kolosseum am 13. Januar „Glück“ gehabt. Da er erst nachts um 10½ Uhr mit der Bahn vor irgendwoher kam, dann anderthalb Stunden sprach, konnte es sich einer unangenehmen Diskussion seitens der Kommunisten leicht entziehen. Der Geist von Auers Ausführungen läßt sich leicht ausführen, wenn man erfährt, daß der größte Teil seiner Zuhörer nach Versammlungsschluß geschlossen in den Stadtpark zog und dort das Deutschlandlied und anderes nationalistisches Geschrei gröhlte. Um zu beweisen, daß das klassenbewußte Proletariat Kempten mit Auers nationalistischen Piraden nicht einverstanden ist, rief die Kommunistische Partei die Arbeiterschaft zu einer öffentlichen Versammlung für Mittwoch, den 17. Jan. in den großen städt. Kornhaussaal. Dem Genossen **Eisenberger** war das Thema gestellt: **„Ruhrbesetzung, Raudipatrioten, Räte-Rußland.“** Die Bourgeoisie am Ort tobte darüber und lag sich bald selber in den Haaren, wurden dem Stadtrat heftige Vorwürfe gemacht, daß er den Kommunisten einen städt. Saal zur Verfügung stellte (wenn auch gegen gute Bezahlung!) und der „demokratischen“ Zeitung „Allgäuer Tagblatt“ wurde am Zeug geflickt, weil sie das Versammlungsinserat aufgenommen hatte. Eine wüste Hetze, ganz besonders gegen Gen. Risenberger ging los. Vor allem von einem Professor Kaspar Hoeß aus, die sich in Form eines Protestes der sogenannten „VVB.“ (Vereinigung Vaterländischer Verbände) in der bürgerlichen Presse breitmachte. Das angegriffene „Allg. Tagblatt“ konnte aber sofort nachweisen, daß **Herr Kaspar Hoeß Unterschriften mißbraucherisch unter seinen** „Protest“ brachte, deren Inhaber garnicht **einverstanden waren.** Na, kurz u. gut: obwohl **unsere großen Plakate von den Anschlag**tafeln von einigen Hakenkreuzrittern und Raudipatrioten abgerissen wurden, obwohl die Bürger aufforderten, **das kom**munistische Gift zu meiden, war doch bereits um 7 Uhr der Saal zum brechen voll. Eisenbergers zweistündige Rede **wurde unter** atemloser Spannung, des öfteren **von Beifallsstürmen unter**brochen, angehört, daß es eine Freude **war, den guten revo**lutionären Geist des Kemptener Proletariats am Schlusse **der** Versammlung feststellen zu können. Die Forderung **des Rück**tritts der Regierung Cuno, **der Auflösung des Reichstages und** Bildung einer Arbeiterregierung, **wurden mit Jubel aufgenom**men. Mit einem begeisterten Hoch auf die nationale und **inter**nationale proletarischen Front gegen unsere Unterdrücker, **ging das** Kemptener Proletariat **nach Versammlungsschluß heim, in** den Augen den festen Entschluß, sich nie **mehr in die Reihen der** nationalistischen Meute treiben zu lassen, **um zur höheren Ehre** des heiligen Profits, **in neuen, imperialistischen Kriegen zer**fetzt zu werden. Der Aufmarsch zur Kemptener **Arbeiterschaft** hat aber auch bewiesen, daß die nationalistischen Sprüche **der** VSPD. für sie nicht mehr gelten. Und der Rest **von Proleta**riern, der immer noch dem „Zehnstunden-Benedikt“ nachläuft, wird kaum mehr zu überzeugen sein, **davon, daß die VSPD.** heute wieder denselben Verrat an der **Arbeiterschaft begeht, wie** im August 1914 und während des ganzen Krieges. **Das Kemp**tener Proletariat muß sich in der **kommunistischen Partei sam**meln, um der gesteigerten Forderung **des Klassenkampfes für** die nächste Zukunft gewachsen zu sein.

Rosenheim. Auch die Rosenheimer Spießbürger **wollten** ihren Rummel haben. Der Stadtrat und **das Bezirksamt trom**melten daher eine Protestkundgebung **zusammen, bei der der Rosen**heim-Wildenwarther Bürgermeister **Dr. Kreuter sprach und sich** bemühte, **die anwesenden Kleinbürger und Beamten im Geiste von** 1914 zu inspirieren. **Tags vorher hatte der Rosenheimer Anzeiger** sein Möglichstes getan, dazu **von der Kanzel warmer Zuspruch** und noch nicht genug — **ein Unternehmer zahlte jedem seiner Ar**beiter **eine Maß Bier** als Begeisterungsanzahlung. **Zur selben** Zeit tagte eine Betriebsräte-Versammlung, die in der **nachstehenden** einstimmig angenommenen Resolution **ihren Standpunkt klarlegte.** Die Arbeiterschaft zielklar und sich **in der Einheitsfront zusammen**findend auf der einen Seite, auf der anderen Seite **ein ebenfalls** proletarisiertes und unter den heutigen Verhältnissen **leidendes**, aber mit einer nationalen Blende verschenes Kleinbürgertum. — Nachstehend die **Resolution der Betriebsräte: Entschließung.** Die heute den 14. Januar 1923 im **Gewerkschaftshaus Rosenheim** tagende Betriebsräte-Versammlung und **des Gewerkschaftsaus**schusses befaßte sich mit der politischen Lage **Deutschlands, die sich** weiter zugespitzt hat durch den Vormarsch der französischen **Sol**dateska, den Söldlingen imperialistischer Raubpolitik. **Die Ver**sammlung, die von allen Vertretern der Betriebe und **Gewerkschaft** besucht ist, stellt sich auf folgenden Standpunkt: **Angesichts der** großen Gefahren, die entstehen für **das arbeitende Volk durch die** Besetzung des Ruhrgebietes, ist einheitliches und **geschlossenes** Handeln des deutschen und internationalen **Proletariats äußerst** notwendig. Nicht allein die imperialistische Raubpolitik **des** Ententekapitalismusses, sondern auch **die Ausbeutungspolitik der** deutschen Kapitalisten brachte ungeheuerliche Not und **Verelendung** über das deutsche arbeitende Volk, deren **Lebenslage dadurch um** über 50 **Prozent** unter der **Vorkriegszeit** sinken **mußte und mit** dem 10prozentigen Steuerabzug 72 Prozent aller Steuern **zu** tragen **hat, alles** Folgen einer falschen **Erfüllungspolitik. — Die** Vertreter der Arbeiterschaft erklären, **nichts gemein zu haben mit** dem 70 Millionen-Volk **das** der Rosenheimer Anzeiger **meint,** welches sich **als Vorspann benützen lassen soll, für bürgerlich**-kapitalistische Interessen.

Verantwortlich für den polit. Teil: J. V. **Alex. Abusch**, **Augsburg**, für den Münchener Teil: J. V.: **Stretz**, München; für Expedition und Inserate **August Stretz, München**. Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft **„Volkswille“** e. G. m. b. H., Augsburg und München.

8. Jahrgang Nr. 87

Einzelpreis 15 Pfg.

Neue Zeitung

Bayer. Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommun. Internationale)

mit der illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der rote Stern“

Die Neue Zeitung erscheint täglich außer Montags. Bezugspreis frei Haus monatlich 2.40 Mk., wöchentlich 60 Pfg. Durch die Post bezogen 2.40 Mk. ohne Zustellgebühr Expedition u. Verlag Neue Zeitung München, Lindwurmstr. 203, / Telefon 72024 Geschäftsstelle für Nürnberg, Prechtelgasse Numm. 16 / Fernsprecher Numm. 20259

München, Mittwoch, 1. Juli 1925

Anzeigenpreis für den Millimeter Höhe und Spalte 10 Pfg., Spaltenbreite 28 mm, für Reklame im Textteil 50 Pfg. Gelegenheitsanzeigen ermäßigte Preise / Postscheckkonto München Nr. 47280, Wilhelm Olschewski, Neue Zeitung / Redaktion München, Lindwurmstr. 203, Telefon 72024 / Erfüllungsort München

Das Erwachen in Asien

Zuspitzung der Lage in China / Die chinesische Arbeiterschaft voran / Indien vor der Revolution?

Ueber die Lage in China erhalten wir folgende Meldung:

London, 28. Juni. „Der Hauptkampf ist in Schanghai, wo der Streik bereits drei Wochen andauert; unter den Streikenden sind 15000 Industriearbeiter. Die Differenzierung der Bewegung tritt immer klarer zu Tage. Auf der einen Seite stehen die revolutionären Arbeitermassen, die revolutionäre Studentenschaft und die Kleinhändler; auf der anderen Seite die Bourgeoisie und die schwankenden Intellektuellen, welche immer mehr zum Kompromiß mit den Auslandsmächten neigen, was auf den schärfsten Widerstand in der Arbeiterschaft und Studentenschaft stößt.

Neuere Meldungen berichten aber schon,

daß die zwischen dem chinesischen Kommissar für auswärtige Angelegenheiten und den Japanern angeknüpften Verständigungsverhandlungen unter dem Druck der Arbeiterschaft und den Studenten zerschlagen sind.

Die Japaner erklären, daß die von den Arbeitern der japanischen Baumwollspinnereien gestellten Forderungen auf Erhöhung der Löhne, Streikrecht, Organisationsfreiheit nicht annehmbar seien. Unterdessen hat sich der Streik auch auf englische Fabriken ausgedehnt. Der chinesische Kommissar hat die von den Eigentümern der japanischen Baumwollspinnereien als Entschädigung für die Verwundeten und Geschädigten der Unruhen angebotenen 10000 zurückgewiesen.

Der Streik ist in Honkong auf dem Gebiet der englischen Konzession allgemein. Die Engländer setzen für Spitzelmeldungen über die Führung des Streiks einen Preis von 250 Pfund aus.

Aus Peking kommt die Meldung, daß General Feng an England offen den Krieg erklärt hat. Die Pekinger Studentenschaft bildet militärische Gruppen und organisiert die militärische Ausbildung. Für den 30. Juni wurde ein eintägiger Generalstreik für ganz China als Nationaltrauertag und als Protest gegen das in Schanghai am 30. Mai veranstaltete Blutbad beschlossen.

Bürgerliche Zeitungen lassen sich aus Indien melden, daß in Bengalen

Anzeichen einer bolschewistischen Revolution

zu bemerken seien. Die Möglichkeit der Revolution werde begünstigt durch die Tatsache, daß die Bolschewisten im benachbarten Afghanistan die Kontrolle über die Luftstreitkräfte und die Artillerie haben. Dazu hätten die Bolschewisten ein ausgedehntes System von Knüppelwägen und Telephonlinien hergestellt. Durch ihre ausgezeichneten Verbindungen mit indischen Revolutionären sei es den Bolschewisten gelungen, die „rechte Hand“ des Emirs von Afghanistan als Führer für ihre Propaganda zu gewinnen. Die Reise Lord Readings nach England soll in der Hauptsache auf die drohende Revolution zurückzuführen sein?

40000 indische Eisenbahner in Streik

Seit über zwei Monate stehen über 40000 indische Eisenbahner für ihre elementaren Rechte und die Anerkennung ihres Verbandes im Streik. Die Regierungsbehörden haben die Familien der Streikenden aus den Wohnungen geworfen. Die indischen Eisenbahner haben sich um moralische und materielle Unterstützungen an die englischen Gewerkschaften gewandt.

Chinesische Proteste in Berlin

Berlin, 29. Juni

Bekanntlich hat die chinesische Gesandtschaft am 20. Juni im Auswärtigen Amt eine Note übergeben, in der über die am 18. Juni in Berlin vorgenommenen Verhaftungen chinesischer Studenten Beschwerde geführt und eine Untersuchung gefordert wurde. Der Berliner Polizeipräsident hat diese Verhaftungen für ungerechtfertigt erklären müssen. Nun ist der Polizeirat Hennings der Abteilung Ia (Politische Polizei) des Berliner Polizeipräsidiums aus dieser Abteilung in eine andere versetzt worden. Seine Versetzung wird mit der Protestnote der chinesischen Gesandtschaft in Zusammenhang gebracht.

(Inprekorr.) Moskau, 28. Juni. Das Manifest der Internationalen Arbeiterhilfe über die Hilfe für China fand in China eine begeisterte Aufnahme. Die Föderation der chinesichen Eisenbahner erklärte dazu: „Eure Unterstützung stärkt unseren Kampfwillen. Das chinesische Proletariat begreift es wohl, daß der Endsieg des nationalrevolutionären Kampfes vollkommen von der Unterstützung seitens des internationalen Proletariats und vom Zusammengehen mit ihm abhängt.“

Der Pekinger Studentenverband faßte über das Manifest der J.A.H. eine Resolution, worin erklärt wird: „Die Unabhängigkeit und die Freiheit Chinas kommen der Unabhängigkeit und der Freiheit der internationalen Arbeiterklasse gleich. Alle unterdrückten Völker und Klassen Asiens, Afrikas, Amerikas und Europas sind Soldaten einer Armee.“

Beide Erklärungen schließen mit dem Ausdruck eines brüderlichen Dankes.

FLAMBO

(„The New Leader“)

Das „Recht auf Arbeit“.
Die Kindersklaverei in Shanghai.

Kapitalist (zu einem chinesischen Streikenden): Jawohl, ich werde das Recht dieses Kindes auf Arbeit verteidigen, sogar bis zum Tod — — zu deinem Tod natürlich.

Solidarität der tschechischen Arbeiter

Prag, 28. Juni

Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei erließ im Zusammenhange mit den chinesischen Ereignissen einen Aufruf an alle Arbeiter und Arbeiterinnen der Tschechoslowakei und fordert sie zur materiellen und moralischen Unterstützung der Kämpfenden auf.

China den Chinesen

Leipzig, 27. Juni. Im überfüllten Saal fand eine Massenkundgebung „China den Chinesen“ statt. Unter stürmischem Beifall sprach ein kommunistischer und ein sozialistischer Student aus China und weiter ein Vertreter der K.P.D. Ein Telegramm, indem den kämpfenden Massen in China die proletarische Solidarität versichert wird, wurde abgesandt. Die Versammlung nahm entsprechende Resolutionen an. Anschließend marschierten sämtliche Versammlungsteilnehmer in gewaltigem Demonstrationszug — etwa 5000 Arbeiter — zum Reichsgerichtsplatz, um zugleich gegen den Staatsgerichtshof zu demonstrieren und die volle Amnestierung zu fordern.

Wo bleibt der „Volksblock der Armen“ im Kampfe gegen den Zollwucher?

Es ist knapp zwei Monate her, da tönte Deutschland wieder von den Anpreisungen des großen Republikaners Marx für den Reichspräsidentenposten. Nicht genug wußte man seine „soziale“ Einstellung, sein weiches Herz für die Interessen des arbeitenden Volkes, das ihn wählen sollte, zu preisen.

Wir stimmen für Marx als den Mann, der die Diktaturgelüste des Großkapitals und der großen Landwirtschaft abgewiesen hat. Wir stimmen für Marx, weil er von der Notwendigkeit des sozialen Fortschritts überzeugt ist.“

Diese großen Worte kann man im Wahlaufruf des Parteivorstandes der S.P.D. nachlesen.

„Die Arbeiterschaft wird einen Mann wählen, der über genügend politische Erfahrung und einen sozialen Sinn verfügt, um die wirtschaftlichen Machtbestrebungen des Großkapitals in ihre Schranken zurückzuweisen — Wilhelm Marx“

Hunderte von solchen Zitaten kann man in der sozialdemokratischen Presse der Apriltage finden. Das Schlagwort vom „Volksblock der Armen“ tauchte auf, darauf berechnet, alle, die gegen die wucherischen Steuer- und Zollpläne waren, um den großen Kämpfer für die Unterdrückten, Milhelm Marx, zu sammeln. Und was für Beschimpfungen hagelten gegen die Kommunisten, die sich nicht zum Glauben an die soziale Gesinnung des Volksblockkandidaten und seiner Partei, des Zentrums, durchringen konnten.

Hindenburg hat gesiegt und die Gefahren der politischen und wirtschaftlichen Reaktion sind, nach der Volksblockpresse, größer geworden. Desto entschiedener und geschlossener müssen also der Volksblock auftreten, desto mehr müßte Marx seiner „politischen Erfahrung“, seinem „sozialen Sinn“ freies Spiel lassen — natürlich zuerst in der Führung seiner eigenen Partei.

Sonderbar ist aber der Dinge Lauf. Man müßte meinen, daß auch in der Politik bürgerlicher Parteien zwei Monate keine so lange Zeit sind, um unbedingt einen Umfall notwendig zu machen. Eine wie glänzende Gelegenheit also hätte jetzt der „Volksblock der Armen“ im Kampf gegen die „Diktaturgelüste des Großkapitals und der großen Landwirtschaft“, kurz, gegen alle die Gefahren, gegen welche der Wahlaufruf der S.P.D. Herrn Marx angepriesen hat! Augenblicklich droht die Durchpeitschung der Zollvorlage, die nach dem Urteil weiter bürgerlicher Kreise für die breiten Massen unerträglich ist. Die Kommunistische Partei kämpft dagegen:

sie und der „Volksblock der Armen“ haben zusammen die Mehrheit im Reichstag. Was für Hindernisse gibt es also noch, die Zollschande mit einem Schlage außerhalb des Bereiches des Möglichen zu rücken?

Ein kleines Hindernis ist es nur — die Haltung der Partei des Präsidentschaftskandidaten. Eine kleine Episode als Charakteristikum! Der Wahlaufruf der S.P.D. für Marx nimmt ausdrücklich Stellung gegen die neuen Steuervorlagen der Regierung — gegen die „schwere Belastung der Armen und Arbeitenden durch Lohnsteuer, Wiederherstellung der Friedensmieten, Verdoppelung der Tabak- und Biersteuern“. Vor wenigen Tagen wurde über die letzteren im Steuerausschuß des Reichstages verhandelt.

Und wer stimmte für die Steuerausbeutung? Die Partei des Herrn Marx!

Und was tut das Volksblock-Zentrum im Kampfe um die Zölle? Es „kann reden rechts, es kann reden links", ihm bricht schier das Herz über die Not der Zentrumsarbeiter im Rheinland, aber es handelt — als Koalitionspartei der Rechtsregierung. Als Redner in der Zolldebatte schickt es seinen Professor Dessauer vor, den selbst ein demokratisches Blatt eine Enttäuschung der Demokratie nannte. Und der Sinn seiner Rede war klar und eindeutig:

„Eine Zollvorlage ist unaufschiebbar notwendiges Mittel zum Abschluß von Handelsverträgen — an Freihandel nicht zu denken — die notwendigen Industriezölle nicht ohne die notwendigen Agrarzölle durchführbar — für rasche Erledigung der Zollvorlage!"

Gegen wen pustet sich also der „Vorwärts" auf? Gegen wen richten sich die großen Töne der sozialdemokratischen Zollredner? Wenn die Zollvorlage durchgeht:

wer anders kann dies ermöglichen als der Verbündete der Sozialdemokratie, der arme Volksblockbruder, die Partei des Präsidentschaftskandidaten?

Innerhalb von zwei Monaten dieser Widerspruch zwischen Worten und Taten dürfte doch etwas mehr sein, als selbst der allzeit opferbereite schwarz-rot-goldene sozialdemokratische Arbeiter vortragen kann.

Noch mehr verwundern wird er sich, wenn er den „Vorwärts" liest und seine Meinung über die Brotwucherrede des Zentrums-Dessauer vernimmt. Wie liebevoll verzeihend der „Vorwärts" hinweggeht über die „kunstvoll abgewogene Rede", in der Dessauer „die Schwierigkeiten der eigenen Partei andeutete, ohne sie jedoch deutlich auszusprechen"! Wahrhaftig, man kann lange suchen, bis man ein derartiges Prachtstück von Verlogenheit und Heuchelei wiederfindet!

Braucht das deutsche Proletariat noch mehr, um den Lug und Trug des „Volksblocks" zu durchschauen?

In Preußen aber braut das Zentrum Arm in Arm mit allen Volksblockparteien die Regierung der größten Koalition, die Regierung von den Sozialdemokraten bis zu den Hindenburgern.

Der Volksblock zeigt damit seinen wahren Charakter, nämlich die Verkuppelung der in ihm gesammelten Arbeitermassen an die Großbourgeoisie. Das ist nur möglich durch die Beteiligung der S.P.D. Und die ist nur möglich durch das Schweigen der S.P.D. Sind sie zufrieden mit dem, was bei ihrer Politik des kleineren Uebels herausgekommen ist an Lohn, Arbeitszeit und Arbeiterrecht?

Die deutschen Eisenbahner für die chinesischen Arbeiter

Köln. Die Kölner Tagung des Deutschen Eisenbahnerverbandes hat folgende von einem Kommunisten eingebrachte Entschließung gegen wenige Stimmen angenommen: „Die Generalversammlungsdelegierten des D.E.V. senden brüderliche Grüße an die in schweren Kämpfen stehenden Gewerkschaftsorganisationen des chinesischen Proletariats von Kanton und Schanghai. Die deutschen Eisenbahner, die selbst unter dem schärfsten Druck des internationalen Ausbeutertums zu leiden haben, fühlen sich solidarisch mit den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern in Südchina im Bund mit den unterdrückten Kleinbauern und Studenten, die entschlossen und mutig den Kampf gegen die kommunistischen Ausbeuter aufgenommen haben. Wir rufen ihnen zu, in ihrem schweren Befreiungskampf auszuharren bis zum endgültigen Siege."

Der Parteitag der S.P.D.

Revision des Parteiprogramms

Der Parteivorstand der S.P.D. hat jetzt die Tagesordnung des zum 13. September nach Heidelberg einberufenen Parteitages veröffentlicht. Ueber „Probleme der europäischen Politik" spricht Crispien. Es handelt sich um die Verschärfung der Hetze gegen Sowjetrußland nach Kautskys Rezept und um Hintertreibung der internationelen gewerkschaftlichen Einheit. Interessant ist, daß Hilferding über das Parteiprogramm referiert. Die Revision des Parteiprogramms, das Streichen der sozialistischen Ziele, das „Verbrennen der alten Manuskripte", soll endlich vollzogen werden. In eingeweihten Kreisen spricht man sogar von einer Aenderung des Namens, die S.P.D. will eine Deutsche Labour Party werden, wie es schon auf dem letzten Parteitag Peus (Dessau) verlangte. Die „Sachsenfrage" soll so nebenbei im Sinne des Parteivorstandes geregelt werden. Dem Parteitag wird sich eine Frauenkonferenz anschließen.

Kämpft für die Amnestie

„Rußland, die leuchtende Ausnahme"

Einem Interviewer vom „Sundey Worker" erklärte das sozialdemokratische Parlamentsmitglied Wheatley u. a.:

„In Frankreich, Deutschland, Amerika usw. haben wir den Kapitalismus am Ruder. Rußland ist die große leuchtende und hervorragende Ausnahme. Es befinden sich nun innerhalb des Dominions Kolonien des englischen Weltreichs mit Elementen, die eine gesunde fortschrittliche Politik vertreten. Von ungefähr 6 Dominionregierungen besitzen wir 5 mit einer Labourverwaltung. Mir liegt daran, diese Labourregierungen zu unterstützen, gerade so wie ich Rußland unterstützen möchte. Und wenn wir durch irgend einen Plan, nennen Sie es „Weltreichsvorzugssystem", wenn Sie wollen, ihnen zu Hilfe eilen können und uns wechselseitig dabei auch im Inlande helfen können, so bin ich durchaus dafür."

Die S.P.D.-Presse wird, wie wir es ja von ihr gewohnt sind, dieses begeisterte Bekenntnis zu Rußland und seinen Verhältnissen totschweigen oder in ihrer Gemeinheit den englischen Sozialisten als von den Bolschewiki gekauft verleumden. Oder erklärt sie ihn lieber für irrsinnig? —

Englische Sozialisten über Indien und China

Ueber Indien und China sagte Wheatley:

Ich begrüße immer den Geist der Revolution als ein Zeichen der Gesundheit, und ich würde es ablehnen, irgendwelche Gewalt auzuwenden, wie z. B. die Inder zu zwingen, innerhalb des Weltreichs zu verbleiben."

Ueber China:

„Ich beantrage die chinesische Lage als eine sehr bedeutungsvolle Angelegenheit.

Ich hoffe, es geht um einen offenen Kampf gegen den Kapitalismus.

Aber ich fürchte, es handelt sich nur um einen starken Protest, gegen den einen kleinen Punkt, wo der kapitalistische Imperialismus auf China drückt."

Wheatley hatte dabei das englische Weltreich als einen den Fortschritt des Sozialismus organisatorisch begünstigenden Faktor bezeichnet. Darauf erwiderte ihm ein anderer Sozialist, Gallacher, auch Mitglied der Abeiterpartei:

„Ich, der ich ein enger Kampfgenosse Wheatleys während vieler Jahre war, behaupte,

daß das englische Weltreich begründet ist auf Sklaverei und Ausbeutung von Millionen von Kolonialsklaven und zerbrochen werden muß als Voraussetzung zu der Emanzipation des englischen Arbeiters."

„Zwischen unseren beiden Anschauungen gibt es keine Gemeinschaft .... Denn die Wirklichkeit stellt uns der Tatsache gegenüber, daß Millionen Menschen, die Inder, Aegypter und Sudanesen, für ihre „Befreiung" kämpfen, während die britischen Imperialisten sie durch die

brutalsten Methoden der Unterdrückung

in Banden halten. Ich stehe auf Seiten der östlichen Völker, die für ihre Emanzipation kämpfen. Wo steht Wheatley?

Ich behaubte ferner, daß die „Wirklichkeit" sagt, daß ohne die „Befreiung" der versklavten Kolonialvölker es keine Befreiung der britischen Arbeiter geben kann. Die Bande des Weltreichs sind Bande der hohen Finanz. Je stärker das Weltreich wird, desto stärker werden die Bankiers und desto stärker ihre Organe der Unterdrückung — die Armee, die Flotte und die Luftflotte. Die britischen Kapitalisten hätten niemals die Macht bekommen, die sie jetzt haben, wenn nicht wegen der Tatsache, daß sie ihren ungeheueren Reichtum zusammenraffen aus dem Schweiß und Blut der versklavten Kolonialvölker."

Die Kampffront gegen Hunger und Sklaverei für Vollamnestie und Gewerkschaftseinheit

Die Kampffront gegen Wucherzölle und hohe Steuern, gegen das schändliche Spiel mit der Hindenburgamnestie wird immer größer. Aus a[illegible]en des Reiches laufen ununterbrochen Meldungen aus den Betrieben aus Arbeiter- und Bauernversammlungen ein, die fordern:

Weg mit den Wucherzöllen und hohen Steuern! Her mit der Vollamnestie für alle proletarischen politischen Gefangenen!

Ebenso allgemein wird der Ruf auf Einigung der Gewerkschaftsbewegung. In den Arbeitern wächst zusehends die Erkenntnis, daß, um die drohenden Gefahren abzuwehren, eine geschlossene Kampffront notwendig ist. So bringen wir heute folgende Meldungen:

München, 29. Juni

Eine Versammlung der Firmen Robenstock & Merkel faßte einstimmig eine Entschließung, daß die Versammlung in der Entwicklung der derzeitigen Lohnkämpfe einen verschärften Angriff von Seiten der Unternehmer gegen die gesamte Arbeiterschaft sieht, und verlangt von Seiten der Gewerkschaften insbesondere vom A.D.G.B., daß er parlamentarische und außerparlamentarische Maßnahmen trifft

1. **Für die Zurückeroberung des starren Achtstundentages,**
2. **Für höhere Löhne.**
3. **Anschluß an das anglo-russische Einheitskomitee,**
4. **Für das Bündnis mit Sowjetrußland,**
5. **Für die Freilassung aller politischen Gefangenen,**
6. **Gegen die neuen Massensteuern — Umsatzsteuern usw.**

Die anwesenden Kollegen und Kolleginnen verpflichten sich überall diese Forderungen zu erstreben und als Delegierte zum Gewerkschaftskongreß nur solche Kollegen zur Opposition zu wählen, welche für diese Forderungen eintreten.

Nürnberg

Die proletarischen Freidenker faßten auf ihrer Kreiskonferenz in Nordbayern folgende Resolution:

Die am 28. Juni in Nürnberg stattfindende Konferenz der Proletarischen Freidenker Nordbayerns nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der Absicht von der Hindenburgamnestie alle proletarischen politischen Gefangenen möglichst auszuschließen.

Sie fordert die Generalamnestie für alle politischen Gefangenen.

Leipzig. — Die Belegschaft der Firma Jahn hat von dem Aufruf der Berlin-Moabiter Betriebsräte und von der offenen Anfrage der K.P.D. an den A.D.G.B. Kenntnis genommen. Die Belegschaft erklärte das Aktionsprogramm gegen Zoll- und Steuerwucher, das in der offenen Anfrage enthalten ist, als Grundlage der Kampftaktik und versprach ihre Unterstützung. Die Belegschaft fordert vom A.D.G.B., daß er nun endlich von den bloßen Worten zu ernsthaften Maßnahmen übergeht, um die drohende Verschlechterung der proletarischen Lebenslage zu verhindern.

Leipzig. Die Versammlung der 250 Mann starken Belegschaft der Siemens-Bau-Union, Baustelle Karlsplatz hat mit Empörung von dem geplanten Schandamnestiegesetz, das nur 180 Gefangene von den vielen Tausend befreien will, Kenntnis genommen und fordert die gesamte deutsche Arbeiterschaft auf, den Kampf für die volle Amnestie zu beginnen. Die Belegschaft erklärt, daß sie bis zur Befreiung aller proletarischen politischen Gefangenen nicht rasten noch ruhen wird. Die von der roten Hilfe vorgeschlagenen Amnestielisten müssen von den Arbeitern Mann für Mann unterzeichnet werden.

Das Frankfurter Stadtparlament für die Amnestie!

Auf Antrag der kommunistischen Stadtverordneten beschloß die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung folgenden Antrag:

„Die Stadtverordneten-Versammlung von Frankfurt a. M. erhebt schärfsten Protest, daß von der Reichsregierung zur Amnestierung der politischen Gefangenen bisher nichts veranlaßt worden ist. Die Stadtverordneten-Versammlung sieht in der Verzögerung eines alle politischen Gefangenen umfassenden eingreifenden Amnestiegesetzes eine unmenschliche, gegen aufrechte für ihre Ueberzeugung eintretende Proletarier sich richtende Härte und ferner in der furchtbaren Klassenjustiz eine Maßnahme, die die sozialen Aufgaben der Gemeinden ernstlich berührt.

Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht deshalb die Reichsregierung und den Reichstag um beschleunigte Durchführung der Amnestie aller politischen Gefangenen, damit die frevelhaft von ihren Angehörigen gerissenen Proletarier zu ihren Familien zurückkehren können"!

Die Gemeindevertretung in Fechenheim fordert Vollamnestie!

Der Antrag der kommunistischen Fraktion der Gemeindevertretung Fechenheim, der von Reich und Ländern Vollamnestie fordert, wurde gegen die Stimmen der Bürgerlichen angenommen!

Stinnes soll durch Preußische Seehandlung saniert werden

Stinnes steckt in Schwierigkeiten, dem Mann muß geholfen werden. Die Preußische Staatsbank erbarmt sich seiner und pumpt ihm rund 20 Millionen Mark. Die „Vossische", die diese Tatsache meldet, schreibt noch:

„Da es sich um ein Lombardgeschäft mit unseren Großbanken und sonstigen erstklassigen Häusern handelt, wird die Seehandlung im Punkte der Unterlagen Entgegenkommen zeigen, also etwas von ihren gewöhnlichen Bedingungen zugunsten der Banken abweichen. Die Zinsen, die die Staatsbank für dieses (zunächst für eine Frist bis zu einem halben Jahr in Aussicht genommene) Lombarddarlehen berechnet, weichen nicht erheblich von dem jetzt üblichen Niveau ab."

Stinnes kriegt also sein Geld, d. h. besser gesagt, das Bankenkonsortium, das ihn sanieren will. Und weil die Welt nun einmal schnöde und ohne genügenden Profit nix zu machen ist, kriegen die Banken das Geld billiger wie andere, damit sie auch noch ein Geschäft machen.

Die Seehandlung wird ihr Geld schon wiederkriegen, die „erstklassigen Häuser" werden schon dafür sorgen. Das heißt, sie werden die Zinsen für das gepnmpte Geld wie das gepumpte Geld selbst aus den Arbeitern herausholen, die den ganzen Kitt zugunsten „erstklassiger Häuser", „ehrlicher rheinischer Schiffer" und der Seehandlung bezahlen müssen.

Die Reichsbank pumpt Krupp?

Die Frankfurter „Volksstimme" weiß zu melden, daß die Firma Krupp von der Reichsbank eine große ungedeckte Anleihe bekommen habe, weil sich Krupp ähnlich wie Stinnes in „ernsten Schwierigkeiten" befunden habe.

Warum soll Krupp auch nicht?

Kutisker und Stinnes pumpen von der Seehandlung, andere pumpen von Amerika, also kann Krupp auch von der Reichsbank Zaster kriegen. Die Arbeiter bezahlen ja doch am Ende.

Krupp legt still

Essen, 28. Juni. (Eig. Meldung) Die Firma Krupp hat neue Stillegungen vorgenommen und weitere stehen in Aussicht. Das Martinswerk 7 wurde stillgelegt. Auf Martinswerk 1 und 4 sind größere Kündigungen erfolgt. In allen Kruppschen Stahlwerken werden in dieser Woche zwei Feierschichten eingelegt. Die Stillegung des Knappelwalzwerkes 3 im Hafengelände ist geplant.

Zum Freispruch im Rathenauprozeß

Berlin, 29. Juni.

Die „Rote Fahne" vergleicht mit dem Urteil die 3 Todesurteile im Tschekaprozeß und das Urteil im Mecklenburger Spitzelprozeß und schreibt dann:

„Gilt in der Hindenburgrepublik ein Polizeispitzel mehr als ein demokratischer Minister? Die „Vossische Zeitung" bebt vor Empörung. Aber was diese Empörung wert ist, zeigt die Stellungnahme der Demokraten zur Hindenburgamnestie, zeigt der Ausspruch des Demokraten Brodauf: „Es kommt keiner heraus!" Nämlich kein proletarischer Gefangener. Tilessen ist frei, Küchenmeister ist frei, Glaas ist frei, Brandt wird bald frei sein. Nach dem Amnestieentwurf der Lutherregierung würden nur diejenigen freikommen, die mit Handgranaten Rathenau ermordeten. Denn sie gelten weder als Mörder noch Sprengstoffverbrecher, ihre Tat geschah vor dem Oktober 1923."

Der „Vorwärts" schreibt in einer ganz kurzen Notiz:

„Die deutschen Richter haben längst aufgehört, im Volke irgendweiches Vertrauen zu genießen. Es wird kaum ein einziger Spruch eines Gerichtes in politischen Prozessen auch nur einen Verteidiger finden."

Der „Vorwärts" vergißt dabei nur sich und seine Verteidigung des Tscheka-Urteils.

Justizterror gegen Reichsbannerleute und Kommunisten

Vor dem Bernburger Schöffengericht standen neun Arbeiter unter Anklage des Landfriedensbruchs. Nach der Anklage sollen die Arbeiter ein völkisches Auto überfallen und die Faschisten geschlagen haben. Deswegen wurden die Arbeiter Lezius zu sechs Monaten, Sielez zu drei Monaten und Geisler ebenfalls zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Zwei der Verurteilten gehören dem Reichsbanner Schwarzrotgold an, der andere ist Mitglied der Kommunistischen Partei.

Genossenschafts-Beilage

Was bedeutet die Genossenschaft für die Hausfrau

Von Clara Zetkin (Moskau)

** Könnte man nicht meinen, daß alle Familienmütter diese Frage mit einem Loblied auf die wirtschaftlichen Vorteile und die ideelle soziale Bedeutung der Genossenschaften beantworten würden? Wer diese Meinung bejahte, der vergäße, daß in den Ländern, wo die Großbesitzenden über die Habenichtse und Wenigbesitzenden herrschen und sie ausbeuten, das Interesse der Frauen an den sozialen Zuständen und Einrichtungen ein sehr verschiedenes, ja ein gegensätzliches ist. Entscheidend dafür ist, ob die Frauen zur Klasse der Großbesitzenden und Herrschenden gehören, deren Wirtschaft auch ohne gesellschaftsnützliche Arbeit und Verdienst ihrerseits aus einer großen, vollen Kasse geführt wird, oder aber ob die Frauen mit dem Lohn oder Gehalt des Mannes, dem eigenen Gehalt und Lohn haushalten müssen.

Deckung des Bedarfes an Lebensmitteln, Wäsche, Schuhe, Kleidern, Kohle usw. durch die Genossenschaft bedeutet **Geldersparnis**. Sie bedeutet das sogar dann, wenn die Preise gleich denen der Einzelgeschäfte sind. Es ist bekannt, daß die Genossenschaften gute, solide Waren liefern, daß Maß und Gewicht stimmt, Vorzüge, die auf Verbilligung hinauslaufen. Wie wichtig ist das alles für die Hausmutter, die so oft schlaflose Nächte und sorgenvolle Tage hat, weil sie sich vergeblich fragt, wie sie mit dem Haushaltgelde auskommen soll, auch wenn sie jeden Pfennig zehnmal umdreht, ehe sie ihn ausgibt. Einkauf bei der Genossenschaft bedeutet recht häufig Zeitersparnis. Die genossenschaftlich organisierte Hausfrau weiß, wo sie vorteilhaft einkauft, und jeder Konsumverein läßt es sich angelegen sein, viele Filialen zu errichten, um den Mitgliedern weite Wege zu ersparen. So verläuft und versteht die Proletarierin nicht Zeit, um in entfernt liegenden Marktständen und Läden einzuholen. Wie wertvoll für die von Hausgeschäften abgehetzte und aufgezehrte Frau, die mit jeder Minute für sich geizt, und deren Arbeitstag trotzdem sich oft genug bis in die Nacht erstreckt!

Den materiellen Nutzen der Genossenschaft wird die Hausfrau besonders wohltuend empfinden in Zeiten sozialer Notstände und Kämpfe. Die Genossenschaft mißbraucht nicht Warenmangel und Wirtschaftskonjunkturen zur Erzielung von Spekulationsgewinnen. Sie kann vorübergehend unter bestimmten Bedingungen Brot und andere Artikel des dringendsten Lebensbedarfes unter den Teuerungspreisen halten, bei Arbeitslosigkeit usw. Kredit gewähren, ohne sich in irgendwelcher versteckten Form Zins und Zinseszins dafür zu sichern. Sie kann aus ihren Gewinnen und Ueberschüssen Streikende, Ausgesperrte, politisch Kämpfende materiell unterstützen, Beiträge für deren Kriegskasse leisten, kann aus ihren Warenbeständen Lebensmittel, Kleidung usw. für die Kinder der mit dem bourgeoisen Klassenfeind und dem schwarzen Elend Ringenden zur Verfügung stellen. Sie kann ihnen auch moralisch, agitatorisch ein starker Beistand sein.

Kurz zusammengefaßt: Die Genossenschaft kann sich als ein außerordentlich wichtiges Werkzeug und Hilfsorgan der Arbeiter, Angestellten, Beamten usw. in Klassenkämpfen gegen die ausbeutenden, wucherischen Großkapitalisten und ihren Staate erweisen. Daß dies tatsächlich und tatkräftig geschieht, ist ein Lebensinteresse der Hausfrauen. Jeder Sieg der Ausgebeuteten über ihre Ausbeuter bewirkt eine Milderung auch der drückenden Sorgen- und Mühelast der Proletarierinnen und Kleinbürgerinnen.

Jedoch der erwachenden, denkenden Frau genügt heute nicht nur die Erleichterung ihres Loses. Sie will ihre **Befreiung**. Sie sehnt sich nach ihrem Werden und Wirken als Vollmensch, sie fordert, daß sich die ganze soziale Welt mit ihren Verpflichtungen und Rechten ihr als Heim erschließe. Unschätzbar ist, was die Genossenschaft in dieser Beziehung gerade für die Hausfrau leistet. Sie ist eine politische, soziale Schule für Hunderttausende, sie müßte es im höchsten Sinne des Wortes für Millionen werden. Ihr bildendes, erzieherisches Werk steht im schroffsten Gegensatz zu dem Einfluß der heutigen individuellen Hauswirtschaft, die Zeit und Kraft der Frau verschlingt.

Die Hauswirtschaft hat aufgehört, der Boden für eine vielseitige produktive Tätigkeit zu sein, an der sich die Fähigkeiten entwickeln. Sie überlastet die Frau mit eintönigen Beschäftigungen, aus denen nur selten Neues entsteht. Sie nimmt das Sinnen und Trachten der Hausmutter für Kleines und Kleinliches gefangen, hält es im engsten Kreis fest und isoliert es von den Menschen und Vorgängen außerhalb der eigenen vier Pfähle. Sie verkümmert und erdrückt das Empfinden, Denken und Tun der Frau. Das Mitfühlen und Miterleben der guten Hausmutter, ihr Gemeinschaftsbewußtsein verkrüppelt zu egoistischem Familiensein. Die Erkenntnis ihrer Solidaritätspflicht geht nicht über die nächsten Ihrigen hinaus. Es bleibt ihr unbekannt, wie unlöslich ihr persönliches Schicksal mit der Lage ihrer Klasse verbunden ist.

Die Genossenschaft ist eine Brücke, über die hinweg viele Zögernde, schüchterne Hausfrauen den aus ihrem **Heim** in die Oeffentlichkeit, zur **Gemeinheit** finden. Sie ist ein Bindeglied zwischen der einzelnen Familienwirtschaft und der Wirtschaft, dem Leben und Weben der Gesellschaft. Ihre Literatur, ihre Versammlungen, ihre Propaganda lassen den Hausfrauen den täglichen Anschauungsunterricht der gefüllten Läden und der leeren Küchenkästen und Kleiderschränke verstehen. Dank der Genossenschaft erfahren viele, die noch keinen politischen Artikel lesen, daß das Brot nicht etwa teurer geworden ist, weil es Mißernte gab, sondern weil die Großgrundbesitzer einen hohen Einfuhrzoll auf billiges Auslandsgetreide durchsetzten.

So lernen sie den Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Politik kennen, den entscheidenden Einfluß, den die Klassengegensätze zwischen Borgeoisie und Proletariat, zwischen Großbürgertum und Kleinbürgertum auf die sozialen Zustände und auf die Lebenshaltung der einzelnen ausüben. Die Stärke und Macht der Vereinigung vieler Schwachen und Ausgebeuteten kommt ihnen zum Bewußtsein, wenn die Genossenschaft als Großeinkäufer billigere Preise und Qualitätswaren erhält, deren sich der Kleinabnehmer im Einzelladen nie erfreuen würde.

Und die ängstliche, verschüchterte Hausmutter empfängt vom Genossenschaftsleben noch mehr. Die Lehre, daß Wirtschaft nicht gleichbedeutend sein muß mit Profit, mit dem Vorteil einzelner auf Kosten vieler, daß das Wohl der Gesamtheit über dem Nutzen weniger stehen sollte. Das Recht, im Zusammenwirken mit vielen ihre Meinungen, Forderungen, Interessen zu vertreten, selbst aktiv durch die Beteiligung an Verwaltung und Geschäftsführung zu gestalten. Mit dem Recht kommt der Mut, kommt die Erkenntnis der Pflicht, das zu tun. In dem erweiterten, wirtschaftlichen, politischen, sozialen Horizont, den das Genossenschaftsleben gibt, erhebt sich das Klassenbewußtsein, das Wissen um die brüderliche Solidarität der Ausgebeuteten und Unterdrückten. Die tätige, konsequente Genossenschaftlerin muß zur revolutionären Kämpferin gegen die kapitalistische Profitwirtschaft und ihren bürgerlichen Staat werden, es sei denn, daß sie sich selbst und dem Ideal der Genossenlichkeit untreu wird. Der Weg der Hausfrau kann bei dem genossenschaftlichen Wirken für den materiellen Vorteil ihrer kleinen Wirtschaft beginnen. Er muß enden mit dem Kampf gegen die bürgerliche Ordnung, mit dem Kampf für die Eroberung der Staatsmacht als Mittel zur Umwälzung der Wirtschaft und Gesellschaft.

So kann das Hausmütterchen von der Genossenschaft das Höchste, das Wertvollste für ihren Lebensinhalt empfangen. Den Kampfeswillen, den zwingenden Antrieb zur Kampfestat für ihre Befreiung und die geistig-soziale Ausrüstung für den Kampf.

Aber freilich! Ob die Genossenschaft der Hausfrau in Wahrheit und Tat alles bietet, was sie als Dienerin des revolutionären proletarischen Klassenkampfes ihr materiell und ideel bieten sollte, das steht auf einem anderen Blatt. Das hängt davon ab, welcher Geist in ihr lebt und sie leitet. Ob der Geist gemeiner individualistischer bürgerlicher Gewinn- und Dividendenjägerei für eine beschränkte Personengruppe, ob der Geist reformistischer und letzten Endes kapitaldemütiger „Neutralität“, bei der der revolutionäre Wille in billigem Syrup erstickt, oder aber der Geist des revolutionären proletarischen Klassenkampfes, der sich als Träger wahrer echter Genossenschaftlichkeit weiß. Denn diese Genossenschaftlichkeit kann sich erst verwirklichen, wenn Dank der proletarischen Revolution die ausbeutende Bourgeoisie nicht mehr Herrin ist im Hause des Staates und der Wirtschaft, wenn die Genossenschaft sich verwandelt in einen gesellschaftlichen Aufbau- und Verteilungsapparat, der der Umwälzung zum Kommunismus und seiner Durchführung dient.

Die Hausfrau darf es nicht gott- und führerergeben hinnehmen, welcher Geist in ihrer Genossenschaft herrscht. Sie muß diesen Geist begreifen lernen als ihren eigenen Geist, als den Geist ihrer Brüder und Schwestern. Die Genossenschaft ist, was die Frauen und Männer aus ihr machen, die ihre Mitglieder sind. Dieser Stand der Dinge legt der Haufrau als überzeugte Genossenschafterin die ehrenvolle Pflicht auf, sowohl unablässig und systemathisch den offenen wie den verschleierten bürgerlichen, antirevolutionären Geist in den Genossenschaften zu bekämpfen als auch dem Genossenschaftsideal und der Genossenschaftsorganisation neue Scharen von Frauen und Männern zuzuführen, die klassenbewußt, zielklar gegen den Kapitalismus kämpfen. Gemeinsam mit höchster Energie dafür zu ringen, daß über der internationalen Genossenschaftsbewegung nicht länger jene lügnerische Regenbogenfahne weht, deren Träger von einer Ueberwindung der Gegensätze zwischen den Nationen und von dem ewigen Völkerfrieden faseln, ohne mit einer Silbe der Grundlage der Feindschaft der Nationen gegeneinander zu gedenken und der Wurzel der imperialistischen Raubkriege dieser Periode: des unversöhnlichen Klassengegensatzes zwischen Besitzenden und Besitzlosen, wie Wenigbegüterten. Die Fahne dieser Art Genossenschaft trügt, wie ihre Weisheit.

Die Herren und Damen rühmen den Einfluß der 50 Millionen Genossenschaftsmitglieder in 31 verschiedenen Ländern. Sie verschweigen, daß sie als Führer nicht nur darauf verzichtet haben, die 50 Millionen gegen das letzte große Völkermorden zu mobilisieren, daß sie Schlimmeres, Unverzeihlicheres getan: die Millionen ins Lager der macht- und geldfiebernden Bourgeoisie trieben. Die Herren und Damen vergessen, daß nach der biblischen Legende der Regenbogen erst als himmlisches Friedenszeichen erschien, nachdem die Sintflut alles Lebende verschlungen. Das soziale Friedenszeichen kann nicht früher erglänzen, bis daß die proletarische Revolution die Klassengegensätze ausgetilgt hat. Dieses Friedenszeichen wird nicht die genossenschaftliche Regenbogenfahne sein, das Symbol süßlichen Friedensgeschwätzes und verschwisterter bürgerlicher und reformistischer reaktionärer Praxis. Es kann nur aufleuchten, als das glühende Rot des Banners, das die Kommunistische Internationale dem revolutionären Klassenkampf des Proletariats heute zum Kampf, morgen zum Sieg vorausträgt. Unter diesem Banner müssen sich in der Genossenschaft die Hausfrauen sammeln.

Klassenbewußte Genossenschaftsmitglieder!

Verlangt in allen Konsumvereinen

die sofortige Einberufung von Generalversammlungen, Vertreterversammlungen und Verteilungsstellen-Versammlungen, wo zu den

Schutzzöllen der Bourgeoisie

Stellung genommen wird. Es darf nicht bei der Protest-Resolution des Stettiner Genossenschaftstages bleiben! Wirkliche Abwehrmaßnahmen müssen die Genossenschaften mit den Gewerkschaften unter Führung der K.P.D. organisieren. Verlangt in allen Versammlungen auch Bericht über den Genossenschaftstag in Stettin!

Zwingt die Genossenschaftsbürokratie zur Einberufung der Versammlungen durch die Sammlung der statutarisch notwendigen Unterschriften!

Unsere Errungenschaften in drei Jahren

(Die Arbeiterinnen in den Genossenschaften)

Von Ostrowskaja

** Erst im Jahre 1921 wurde die Notwendigkeit der Teilnahme der werktätigen Frauen (der Arbeiterinnen und der Bäuerinnen) an den Genossenschaften nicht nur als Mitglieder, sondern auch als Mitglieder der Verwaltungen, Revisionskommissionen und Teilnehmerinnen an genossenschaftlichen Kursen hervorgehoben.

Im Winter 1923 waren 1299 Arbeiterinnen und Bäuerinnen in Verwaltunnen, in Vevisionskommissionen und unter den Revollmächtigten. 215 Arbeiterinnen lernten genossenschaftliche Arbeit in den Genossenschaften selbst als Praktikantinnen, und in Sonderkursen gab es 148 Arbeiterinnen als Teilnehmerinnen. Im März 1925 wurden unter den Bevollmächtigten in den Verwaltungs- und Kontrollorganen bereits 4517 weibliche Mitglieder gezählt, ferner 1015 Praktikantinnen und 1621 Teilnehmerinnen an allen möglichen Kursen. So wächst die Anzahl der Arbeiterinnen und Bäuerinnen in den Verwaltungs- und Kontrollorganen, und es tritt die Aktivität der werktätigen Frauen in den Genossenschaften zutage.

Vor kurzem fand die Versammlung der Bevollmächtigten der Genossenschaftszentrale (Zentrosojus) statt, also der Kongreß der Vertreter der Konsumvereine unserer gesamten Union. Und auf ihr wurden gleichfalls Arbeiterinnen und Bäuerinnen in ihre Verwaltungs- und Kontrollorgane gewählt.

Unter den Kandidaten der Leitung wurde auch die Arbeiterin Katkow (die Mitglied der Verwaltung der Zentralarbeitergenossenschaft von Nikolajew war) gewählt. Unter den Mitgliedern der Revisionskommission des Zentrosojus befindet sich die Genossin Jessipow, eine Kosakin und Vorsitzende des Konsumvereins ihrer Ansiedlung.

In den Rat der Bevollmächtigten wurden auch drei Bäuerinnen uud Arbeiterinnen als Mitglieder und drei Bäuerinnen und Arbeiterinnen als Kandidatinnen gewählt.

Es wächst auch die Anzahl der weiblichen Mitglieder. So gab es beispielsweise in der Ukraine im Januar 1924 7906 weibliche Mitglieder, ein Jahr darauf 96706. Im März, zur Zeit der Delegiertenversammlung des Zentrosojus, waren nach den Angaben aus der Ukraine bereits 165000 Arbeiterinnen und Bäuerinnen Mitglieder von Konsumgenossenschaften.

Was ruft bei den Arbeiterinnen und Bäuerinnen Interesse für die Genossenschaft hervor! Womit ist das Anwachsen auch ihrer Teilnahme an den Verwaltungs- und Kontrollorganen zu erklären?

Insgesamt gibt es in den Verwaltungs- und Kontrollorganen, in den Ladenkommissionen, an Praktikantinnen und an Teilnehmerinnen an Genossenschaftskursen und Genossenschaftsabteilungen der Delegiertenversammlungen 13021 Arbeiterinnen und Bäuerinnen.

Was zieht die Arbeiterin und die Bäuerin zur Genossenschaft an?

Die Hilfe für unseren genossenschaftlichen Ausbau durch die Arbeit in den Ladenkommissionen, durch die Arbeit in den Verwaltungs- und Kontrollorganen, die Hilfe auch für sich selbst beim Erhalt der notwendigen wirtschaftlichen Belehrung, das ist es, was die bewußteren und für die gesellschaftliche Arbeit reifer gewordenen werktätigen Frauen in die Reihen der Genossenschafter zieht.

Durch die Genossenschaft zur Befreiung von der Küche und vom Trog, mögen dies die Arbeiterinnen wissen! Sie wissen auch, daß das Anwachsen der Zahl der weiblichen Genossenschaftsmitglieder ein Anwachsen der Genossenschaftsanteile bedeutet, und daß das Anwachsen der Genossenschaftsanteile die Vergrößerung des Gesellschaftskapitals zur Organisierung gesellschaftlicher Speisesäle, Wäschereien, Kinderheime, Krippen, „Mutter- und Kind-Ecken“, usw. bedeutet. Mehr weibliche Mitglieder, die daran am meisten interessiert sind, bedeutet auch mehr Aufmerksamkeit für diese Fragen in den Verwaltungen der Konsumgenossenschaften. Also, näher an die Fragen des Alltagslebens und durch sie zur Freimachung des Denkens, der Kräfte und der Zeit der Arbeiterin von der Küche und vom Troge für das gesellschaftliche Leben und die gesellschaftliche Arbeit.

Befreites Land

Der DLV. zur Zollvorlage

Was ist zu tun?

Der Deutsche Landarbeiterverband tut sich sehr viel darauf zugute, **daß er die Agrarzölle ablehnt.** Auf die Gründe der Ablehnung: Verteuerung der gesamten Lebenshaltung des Proletariats und auch Beeinträchtigung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Waren auf dem Weltmarkte und damit Massenarbeitslosigkeit, brauchen wir nicht näher einzugehen, weil diese Gründe in unserer Presse ausgiebig behandelt worden sind. Was aber setzt der DLV. dem Zollprogramm der Junker entgegen? Folgendes „Sanierungsprogramm":

„1. Zu einer gesunden Wirtschaftsführung in der Landwirtschaft gehört in erster Linie die Notwendigkeit, die landwirtschaftlichen Betriebs- und Produktionsmittel preiswert herstellen zu können. Das ist gegenwärtig nicht der Fall, weil die Industrie ihre Erzeugnisse mit Kalkulationssätzen berechnet, die jeder Berechtigung entbehren. Deswegen ist anzukämpfen gegen die jetzige Preispolitik der Industrie und zu verlangen, daß sich die Industriellen auf den früher geltenden kaufmännischen Grundsatz besinnen, der da heißt: „Großer Umsatz, kleiner Nutzen." Neben dem Kampf gegen die gegenwärtige Preispolitik ist auch allen Bemühungen und Versuchen zu widerstehen, Industriezölle aus eigenem Willen, und ohne daß ein Zwang vorliegt, zur Einführung zu bringen.

2. Es ist einer gesunden Lohnpolitik mit dem Ziel zuzustreben, die Kauffähigkeit der Massen zu steigern. Die stärkere Kauffähigkeit der breiten Masse wird und muß auch der Landwirtschaft mancherlei Nutzen bringen.

3. Es ist tatkräftig dahin zu wirken, daß der Landwirtschaft alle erdenklichen Vergünstigungen und Erleichterungen in der Gewährung und Beschaffung von Krediten eingeräumt werden. Auf dem vom Reichsernährungsministerium mit der Beschaffung von Landmaschinen auf Kredit beschrittenen Wege ist weiter fortzufahren.

4. Die landwirtschaftlichen Produkte sind auf kürzestem Wege und unter weitestmöglichster Ausschaltung des Zwischenhandels den Verbraucherkreisen zuzuführen. Der genossenschaftliche Warenumsatz ist in stärkerem Maße zu fördern und zu pflegen.

5. Es ist eine Betriebsführung anzustreben, die sich alle Ergebnisse der betriebswissenschaftlichen Forschung und alle Errungenschaften der Technik zu eigen macht. Besonders schwebt uns ein stärkeres Streben nach Mechanisierung des landwirtschaftlichen Betriebes und der Verwendung künstlicher Düngestoffe, mit denen bereits glänzende Erfolge erzielt worden sind, vor."

Die SPD.-Presse schreibt natürlich, daß dieses Programm ihrer getreuen Anhänger in der Leitung des DLV. sehr schön ist und **„ernsteste Beachtung"** verdient.

Jeder Landarbeiter, jede Landarbeiterin muß sich aber klar machen:

1. Der DLV. ist genau wie SPD. und ADGB. **nicht** eindeutig und scharf **gegen Industriezölle,** sondern es ist „allen Versuchen zu widerstehen, Industriezölle aus eigenem Willen, und ohne daß ein Zwang vorliegt, zur Einführung zu bringen". Industriezölle wirken aber genau so preisverteuernd wie Agrarzölle und gerade die Waren, die in der Landwirtschaft gebraucht werden (Maschinen, Ackergeräte, künstlicher Dünger) werden durch Industriezölle stark verteuert. Außerdem liegt ein ganz bestimmter Zollentwurf vor, der ganz bestimmte Industriezölle schon festgesetzt hat und eben — im Interesse der Schwerindustriellen — behauptet, daß „Zwang" vorliegt. Es darf sich für den DLV. als Vertretung der Landarbeiterschaft also nicht mehr um allgemeine Redensarten handeln, sondern

der DLV. muß die Agrar- und Industriezölle und damit zugleich die Luther-Regierung mit ganz konkreten Gegenforderungen und Kampfmobilisierung der gesamten Landarbeiterschaft beantworten.

2. Der DLV. macht in seinem „Sanierungsprogramm" **keinerlei Unterschied zwischen Großagrariern und Kleinbauern,** er fordert allgemein „für die Landwirtschaft" alle erdenklichen Vergünstigungen in der Beschaffung von Krediten und weiterhin modernste Technik. Die Landarbeiter und Kleinbauern haben aber jahrelang erfahren, daß die glänzendsten technischen Einrichtungen ihnen heute, im kapitalistischen Staate, keinerlei Erleichterung ihrer Lebenslage bringen, sondern im Gegenteil Schaden. **Landarbeiter** werden trotz modernster Maschinen **11, 12, ja 14 und 16 Stunden bei elendestem Hungerlohn** ausgebeutet, oder sie fliegen, weil die Maschine menschliche Arbeitskräfte erspart, auf die Straße. Die Kredite fließen nicht den Kleinbauern, sondern den Junkern zu, und wenn einem **Kleinbauer** wirklich **Kredite** durch die Genossenschaftskasse angeboten werden, dann sind sie **so spärlich und mit so hohen Zinsen** verbunden, daß er lieber auf die ganze Kreditgeberei verzichtet. **Die Forderungen des DLV. dienen also nur den Großagrariern,** nicht aber den Landarbeitern und Kleinbauern.

3. Nach einer „gesunden Lohnpolitik" strebt der DLV. in Worten, so lange er besteht. Dabei aber sind **die Löhne der Landarbeiterschaft immer erbärmlicher geworden.** Die Arbeitsgemeinschaftspolitik des DLV. hat den Verband völlig ins Schlepptau der Junker-Interessen gebracht.

Der Vorschlag des DLV. entspricht aus diesmal, bei der Stellungnahme zu der unerhörten **Zollwucher-Vorlage der Luther-Regierung,** der unrevolutionären und darum arbeiterfeindlichen Einstellung der Sozialdemokratie.

Die Landarbeiterschaft hat also noch sehr kräftig zu arbeiten, um **ihre gewerkschaftliche Organisation,** die im Kampfe gegen das ganze Ausbeuter-System unentbehrlich ist, **zu einer wirklichen Interessenvertreterin der Werktätigen,** und nicht der Ausbeuter, zu machen.

Landarbeiter und Kleinbauern gehören in eine Front mit dem Industrieproletariat.

Sie müssen bei jeder Stellungnahme, wie z. B. zur Zollvorlage, deutlich den Trennungsstrich zu der Ausbeuterklasse der Junker ziehen und den **Schwindel der allgemeinen „landwirtschaftlichen" Interessen** (gegenüber der „Industrie", die auch die Industrieproletarier umfaßt) überall klar aufdecken.

Alle Zölle müssen **bekämpft** werden. Wuchtige Demonstrationen, eindeutige Ablehnung jeglichen Zolles durch die Gewerkschaften, die die Arbeiter selbst durch ihre Aktivität erzwingen müssen, sind ein wichtiger Teil dieses Kampfes. Da die Zölle nur ein Mittel sein sollen, um die Profite und Extraprofite der Agrar- und Industriekapitalisten zu steigern, muß rücksichtslos um **höhere Löhne** und den **Achtstundentag** gekämpft werden. Die durch die Kapitalisten selbst verschuldete Wirtschaftskrise, die durch die Annahme des Dawes-Paktes auf die Dauer immer tiefer dringt, kann nur bekämpft werden durch die **Kontrolle der gesamten Produktion,** und insbesondere **des Außenhandels,** durch die Arbeiter und Kleinbauern selbst. In dem Interesse der Kleinbauern liegen insbesondere auch die Forderungen, die die Kommunisten im Reichstag und in verschiedenen Landtagen gestellt haben, die **für die Kleinbauern Steuererlaß und Gewährung zinsloser Kredite sowie Herabsetzung der Pachtzinsen verlangen.** Auch um diese Forderungen muß der stärkste außerparlamentarische Kampf, zusammen von Kleinbauern und Proletariat, geführt werden.

Wie lebt die Landarbeiterin?

Bei der Beratung des Haushalts für Ernährung und Landwirtschaft kamen letzthin im **Reichstag** einige Fälle zur Sprache, die für die Zustände im Reiche der Junker bezeichnend sind. Ein ostelbischer Gutbesitzer hat eine hochschwangere Frau, die bereits elf Kinder zur Welt gebracht hatte, als „tragende Sau" beschimpft. Ein anderer hat einer schwangeren Frau den Viehstall für die Niederkunft angewiesen, wo sie tatsächlich das Kind gebar. Wieder andere Gutsbesitzer traktieren die Landarbeiterfrauen und Dienstmädchen mit Maulschellen und Reitpeitschen.

Die deutsche Landwirtschaft beschäftigt

annähernd vier Millionen weibliche Arbeitskräfte.

Gut die Hälfte davon sind Dienstmädchen. Ein kleinerer Teil ist tätig als Gutssekretärin, Kinderfräulein, Wirtschafterin oder Privatlehrerin, der Rest setzt sich zusammen aus den werktätigen Tagelöhnerfrauen und Hofgängerinnen. Die Hauptursache an der drückenden sozialen Lage des Landproletariats ist der Mangel an Klassenbewußtsein, zumal bei den weiblichen Arbeitskräften, obgleich gerade sie alle Ursache hätten, den Junkern zu zeigen, daß sie sich bei der schweren Landarbeit ein Paar sehr derbe Fäuste erarbeitet haben.

Früher nahmen sich die Junker **das Recht der ersten Nacht heraus.** Sie bestimmten auch, wie die fronenden Untertanen untereinander heiraten sollten. Heute sind diese Zustände glücklich überwunden, aber man glaube nur nicht, daß jetzt die Sittlichkeit in den junkerlichen Gefilden zu Hause sei. **Viele Dienstmädchen hüllen sich in tiefstes Schweigen, wenn sie nach der Herkunft ihrer unehelichen Kinder befragt werden.** Die Scheune ist ein verschwiegener Ort, viele Gutsarbeiterfrauen können recht häufigen Besuch des Gutsherrn in der Wohnung rühmen, wenn der Mann auf Arbeit ist. Gesprochen darf darüber nicht werden,

sonst droht die Entlassung!

Die Ochsengrafen und Schnapsbrenner wissen schon, wie man sich für billiges Geld amüsiert. Welche **Löhne** erhalten aber die weiblichen Arbeitskräfte in der Landwirtschaft? **Mädchen,** die in die häusliche Gemeinschaft aufgenommen sind, bekommen im Alter von 14 bis 15 Jahren etwa **15 Mark monatlich,** von 16 bis 17 Jahren **18 Mark,** von 18 und 19 Jahren **25 Mark,** von 20 und darüber **30 Mark. Leuteköchinnen und Mädchen, die melken,** sollen nach den Tarifen einen Zuschlag erhalten. Mädchen, die nicht in Kost und Unterkunft beim Junker sind, erhalten bei einem Alter von 18 Jahren und darüber 15 Pfennig die Stunde, unter 18 Jahren 6 bis 12 Pfennig. Dazu an Deputat je nach der Gegend und den Abmachungen jährlich 10 bis 13 Zentner Getreide und 30 oder 40 Zentner Kartoffeln. **Verheiratete Landarbeiterfrauen** bekommen einen **Stundenlohn von 20 Pfennig.** Aber fast in jeder Provinz befinden sich starke Unterschiede, ja, die nebeneinander liegenden Güter weichen mitunter in der Bezahlung der Frauen ganz erheblich voneinander ab. Jeder Kreis und jede Provinz hat andere Grundsätze und Tarifverträge.

Die Arbeitszeit der **Milchmädchen** beginnt bereits um **3 Uhr früh und endet zwischen 7 und 8 Uhr abends.** Aber nach dieser Zeit hat die „gnädige" Frau, die sich je nach dem früheren militärischen Grad ihres Ehegesponstes „Frau Major", „Frau Rittmeister", „Frau Hauptmann", „Frau Oberstleutnant", „Frau Oberst" oder „Frau General" mit dem dazugehörigen Strammstehen titulieren läßt, auch noch diese und jene Wünsche, daß die Mädchen

überhaupt nicht zur Ruhe kommen.

Die Leuteköchinnen scheuern und kochen schon um 4 Uhr früh, wenn sie abends um 9 Uhr ihre Ruhe haben wollen. Die Titulierungen der Mädchen als „Schweinemagt", „Hühnermagd", „Entenmagd", „Kuhmagd" und „Klein- und Großmädchen" stehen sehr im Widerspruch zu den Titulierungen der Frau „Major", deren Mann vielleicht im Kriege in irgendeinem Bureau Titel und Orden eroberte.

Die Klagen über

gewaltsame Nötigung der verheirateten Frauen zur Arbeit

nehmen kein Ende. Die Frauen sollen sich zur Arbeit verpflichten, was sie wegen der geringen Bezahlung oft nicht tun wollen. Die Junker lassen sich aber dadurch nicht abschrecken. **Sie drücken die Löhne der männlichen Gutsarbeiter derart herunter, daß die Frau zur Mitarbeit gezwungen ist.**

Hochschwangere Frauen rackern von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang unter ganz erbärmlichen Schikanen. Sie tragen in großen Tragbahren Steine von den Aeckern, daß sie keuchend unter der schweren Last zusammenbrechen, sie laden in der glühenden Hitze die schweren Garben auf den Erntewagen, und sie bringen das Getreide in die Scheunen oder Mieten unter, helfen bei der Dreschmaschine und bei der Aussaat. Und diese Frauen verden als „tragende Sau" beschimpft!

Deutsche Kleinbauern protestieren gegen den Bauernmord in Bulgarien

Dem „Einiges Volk", Organ der Arbeitsgemeinschaft der schaffenden Landwirte, Pächter und Siedler entnehmen wir folgenden Protest:

An die

Kgl. Bulgarische Gesandtschaft

Berlin W. 62,
Kurfürstendamm 257.

Herr Gesandter!

Aus allen Teilen Deutschlands treffen beim Reichssekretariat der unterzeichneten Bauernbünde zahlreiche Zuschriften unserer Bezirksverbände und Ortsgruppen ein, die nachdrücklichen Protest erheben gegen den Terror, mit dem die bulgarische Regierung die Bauern und Arbeiter Bulgariens verfolgt. Zahlreiche Mitglieder unserer Bünde, die während des Krieges 1914 bis 1918 Seite an Seite mit dem bulgarischen Bauern gekämpft und sie achten gelernt haben, drücken in Einzelzuschriften ihre Empörung aus.

Das Reichssekretariat dieser unterzeichneten Bauernbünde schließt sich, indem es Ihnen, Herr Gesandter, Mitteilung von diesen Zuschriften macht, voll und ganz in den Protesten an. Insbesondere erheben wir flammenden Einspruch gegen das von dem Kriegsgericht in Sofia, gegen die Arbeiter- und Bauernführer gefällte Todesurteil. Bulgarien kann nicht mehr als Kulturstaat betrachtet werden, wenn es nicht abläßt von der blutigen Unterdrückung der werktätigen Bevölkerung in Stadt und Land.

Badischer Pächter- und Kleinbauernverband, Sitz Freiburg i. Br.
Bund schaffender Landwirte — Meckl. Kleinbauernbund.
Deutscher Siedler- und Pächterbund.
Arbeitsgemeinschaft der schaffenden Landwirte, Pächter und Siedler. gez. Putz.

Der Aufstieg der russischen Landwirtschaft

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" macht in einer Wirtschaftsübersicht über den Welt-Getreidemarkt am 20. Juni Ausführungen über Sowjet-Rußland, die dem deutschen Stinnes-Blatt genau so ins Gesicht schlagen wie der von ihm nur genannten amerikanischen Presse, und die im übrigen für sich selbst sprechen. Es heißt in der „DAZ.":

„ . . . Je mehr die Wahrscheinlichkeit an Boden gewinnt, daß die Vereinigten Staaten im kommenden Wirtschaftsjahr ihre führende Stellung im Getreidehandel kaum behaupten werden können, um so deutlicher muß die Vermutung ausgesprochen werden, daß Rußland seine Ausfuhrtätigkeit aus der neuen Ernte in absehbarer Zeit wieder aufnehmen wird. Auch in dieser Hinsicht haben die Chikagoer Sensationsmeldungen der letzten Monate versagt! Weder hat Rußland die mit Emphase angekündigte „totale Mißernte auch im neuen Wirtschaftsjahr", noch ist die drüben als unausbleiblich angemeldete „Getreideknappheit und Versorgungsnot in den europäischen Zuschußgebieten gegen Ende des laufenden Erntejahres" Tatsache geworden. Die amerikanische Presse — das sollte stets beachtet werden — ist nun einmal auf „Schlager", auf Sensationslust eingestellt, und selbst die ernsthafte amerikanische Fachpresse hält sich von der Untugend der Uebertreibung nicht immer fern.

Auf Rußland zurückkommend, sei festgestellt, daß die dortigen Aussichten ohne jeden Zweifel sich ganz erheblich gebessert haben. Diese Auffassung der Lage wird uns von soeben aus Rußland heimgekehrten Augenzeugen in glaubhafter Weise bestätigt! Nach halbamtlicher Berechnung soll die diesjährige Ernte, vorausgesetzt, daß keine ungewöhnlichen Zwischenfälle sich ereignen werden, nicht weniger als etwa 9 Millionen Tonnen (alle Getreidearten zusammengenommen) mehr betragen als im Vorjahr! Eine amtliche Schätzung des voraussichtlichen Ausfuhrüberschusses (ebenfalls aller Getreidearten) kommt auf die Zahl von 4,8 Millionen Tonnen, wovon 3,8 Millionen Tonnen allein auf die Ukraine entfallen, wo allerdings die Verhältnisse besonders günstig sind und der Stand der Saaten durchschnittlich bis gut angegeben wird. Auch die Kondition der Sommergetreidesaaten in den wichtigsten Ausfuhrdistrikten wird als verheißungsvoll bezeichnet.

Wir haben den Eindruck, daß die hiernach bestehende hohe Wahrscheinlichkeit, daß Rußland dem Weltmarkt gegenüber — nach längerer Pause — wieder Verkäufer werden wird, bisher in den Erwägungen und Berechnungen der kommenden Wirtschaftsperiode und der Preisbildung nicht hinreichend gewürdigt worden ist. Die englische Fachpresse vermeidet es ängstlich, zu diesem Zentralproblem der kommenden Getreideweltbilanz Stellung zu nehmen und schwingt sich erst in den letzten Tagen zu der schüchternen Mitteilung auf, daß die Lage in Rußland doch wohl besser sei, als man bisher vorausgesetzt habe. Für Deutschlands Versorgung besonders ist eine Ausfuhrfähigkeit Rußlands von geradezu ausschlaggebender Bedeutung, namentlich in Hinsicht auf den Artikel Roggen, der ja begreiflicherweise in den westeuropäischen Einfuhrgebieten eine verschwindende Rolle spielt. Die auffallende Mattigkeit des Roggens in Nordamerika mag bei den vorstehend geschilderten Erwägungen schon mitgesprochen haben."

Die Hochschutzzölle, für die die „DAZ." eintritt, schneiden uber systematisch die Ausfuhr russischen Getreides nach Deutschland ab oder erschweren dem russischen Arbeiter- und Bauernstaat die zum Aufbau der russischen Wirtschaft notwendige Getreideausfuhr. Auch aus dem Grunde der **Hilfe für Sowjet-Rußland,** das den deutschen Arbeitern und Kleinbauern das leuchtende Vorbild ist, dessen Interessen zugleich die Interessen des Weltproletariats sind, heißt es für die deutsche Arbeiter- und Kleinbauernschaft:

Kampf jeglichem Zoll!

Aus München

Das Märchen vom Reichtum und der Not

Es war einmal Bruder und Schwester
Der Reichtum und die Not;
Er schwelgte in tausend Genüssen,
Sie hatte kaum trocken Brot.

Die Schwester diente dem Bruder
Viel hundert Jahre lang;
Ihn rührt es nicht, wenn sie weinte
Noch wenn sie ihr Leben besang.

Er fluchte und trat sie mit Füßen,
Er schlug sie ins sanfte Gesicht;
Sie fiel auf die Erde und flehte:
Hilfst du, o Gott, mir nicht?

Wie wird das Lied wohl enden,
Das ist ein traurig Lied!
Ich will nichts weiter hören,
Wenn nichts für die Schwester geschieht!

Das ist das End vom Liede,
Vom Reichtum und der Not:
An einem schönen Morgen
Schlug sie ihren Bruder tot!

Glaßbrenner.

Bolschewistenfresser Sollmann

Uns wird geschrieben: Mit allen Mitteln der Lüge, der Verleumdung und des Terrors der Parteibürokratie haben es die sozialdemokratischen Führer bis jetzt verstanden, den sozialdemokratischen Arbeitern die Wahrheit über die russische Revolution und die Bestrebungen zur Schaffung einer internationalen Gewerkschaftseinheit vorzuenthalten. Noch auf dem letzten Münchener Afa-Kongreß konnte es sich Oudegest, der Sekretär der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale leisten, die Zusammenarbeit zwischen den englischen und russischen Gewerkschaften — dieses bedeutsamste Ereignis in der internationalen Arbeiterbewegung der letzten Jahre! — als eine interne Angelegenheit zu bezeichnen! Doch wird diese Wanzentaktik nicht mehr lange möglich sein. Den Bonzen der sozialdemokratischen Parteibürokratie wird bereits schwül zumute. Sie fürchten, daß die sozialdemokratischen Arbeiter, die sie ja nur als willenlose Parteischäflein bedrachten, durch eigene Reisen nach Rußland kopfscheu werden, an der antibolschewistischen Autorität ihre Führer zu zweifeln anfangen und sich aus ihrer Vormundschaft befreien. Darum wird Alarm geblasen. Die **Auersche Lügenpost**, die mit allen Mitteln zu verhindern versuchte, daß die Münchener Betriebsräte eine Delegation nach Rußland schicken, druckt in ihrer Nummer 140 vom 22. Juni einen Aufruf der S.P.D. Ober Rheinprovinz ab, in dem die Parteimitglieder aufgefordert werden, alle Angebote zu „sogenannten Studienreisen" nach Rußland abzulehnen. Solche Reisen können nur von Partei zu Partei festgelegt werden. (Hört ihr das Angstgeschrei der Auer, Wels, Dittmann?) Außerdem seien die Mitglieder solcher Delegationen bei ihren Beobachtungen in Rußland nicht frei. Dann wolle man nicht durch die „Gestellung" der Reisekosten in eine gewisse finanzielle und moralische Bindung durch eine „andere Partei" geraten.

Diese Hetzepistel, der die Angst vor der Wahrheit auf der Stirne geschrieben steht, hat natürlich niemand anderen zum Urheber als **Sollmann**, den nationalistisch-antibolschewistischen Hetztrompeter der S.P.D. geschaßten Minister der großen Koalition Stresemann-Hilferding, leitendes Mitglied der Reichszentrale für Heimatdienst, von der er natürlich finanziell und moralisch n i c h t abhängig ist, freiwilliger Spitzel der preußischen Polizei und Chefredakteur der „Rheinischen Zeitung", deren fröhliche, sozialverräterische Urständ Karl Marx, der die alte Rheinische Zeitung zweimal redigiert hat, glücklicherweise nicht mehr erlebte. Sollmann, der beim Einmarsch der Reichswehr in Sachsen der Regierung Zeigner mitteilte, daß die Operationen der Reichswehr gegen Bayern gerichtet seien, der an der Bewilligung der 700 Millionen Entschädigung an die Hyänen der Ruhrindustrie hervorragend beteiligt war, dieser Sollmann ist wahrhaftig zu einer Hetzkampagne gegen die Wahrheit genügend legitimiert. Für ihn versteht es sich von selbst, daß zwar die Bürokraten der S.P.D. in finanzielle und moralische Abhängigkeit von kapitalistischen Spekulanten wie Barmat, Parvus und von Reptilienfonds wie den der Reichszentrale für Heimatdienst kommen, nicht aber, daß sozialdemokratische Arbeiter mit Unterstützung der kommunistischen Arbeiterinternationale nach Rußland reisen dürfen. Sollmann möchte eine Bonzendelegation nach Rußland schicken, wenn man schon so tun muß, als ob man kein Feind des neuen Rußland sei. Diese Bonzendelegation würde den sozialdemokratischen Parteischäflein natürlich vorschreiben, wie sie über die russische Revolution und die Diktatur des Proletariats zu denken haben. Eine solche Bonzendelegation haben wir schon einmal erlebt, als die D i t t m a n n und C r i s p i e n nach Rußland reisten, von wo sie, Pfahlbürger, die sie sind, mit der philisterhaften Feststellung zurückkamen, daß Sowjetrußland kein Paradies sei, wo man sich durch kommunistische Lebkuchenberge durchfressen könnte. An solchen Delegationen haben die sozialdemokratischen Arbeiter nicht das geringste Interesse. Sie müssen selber sehen, was sich in Rußland abspielt. Darum ist es notwendig, daß sie ihre Vertrauensmänner in den Betrieben und in den Gewerkschaften nach Rußland schicken. Im übrigen, wenn sich Sollmann darüber aufregt, daß die Kommunisten sozialdemokratische Arbeiter in den Betrieben zu Studienreisen nach Rußland einladen und nicht die Parteiinstanzen der S.D.P., so vergißt er oder vielmehr verschweigt er wieder, daß der A.G.D.B. ja längst aufgefordert wurde, eine deutsche Gewerkschaftsdelegation nach Rußland zu schicken. Wenn es Sollmann wirklich so sehr um die Wahrheit über Rußland zu tun ist, dann hat er ja Gelegenheit, auf dem kommenden Gewerkschaftskonkreß seine Freunde von der S.P.D. zu veranlassen, die Wahl einer solchen deutschen Gewerkschaftsdelegation vorzunehmen, die sich dann auch nicht in die finanzielle und moralische Bindung von der S.P.D. zu begeben braucht! Gelegenheit, sich als Freund des neuen Rußland zu erweisen, gibt es also genug, Herr Sollmann!

Geschäftswelt und Arbeiter!

Ein Faustschlag des Münchener Kaufhauses Hermann Tietz ins Gesicht der Münchener Arbeiterschaft

Die Münchener Geschäftswelt nimmt in Bezug anf Erteilung von Inseraten-Aufträgen für die „Neue Zeitung" eine Haltung ein, die auf die Dauer der arbeitenden Bevölkerung nicht unbekannt bleiben darf. Ein k l e i n e r Teil ist es nur, der den Mut besitzt, o f f e n zu erklären, daß er in der kommunistischen Zeitung nicht inseriert. Der g r ö ß e r e Teil macht allerhand A u s f l ü c h t e, ohne offen Farbe zu bekennen, um die Arbeiterschaft noch weiter als Kundschaft zu behalten. Sie inserieren in den kapitalistischen Zeitungen. Die kommunistische Presse existiert für diese Geschäftsleute nicht. Leider fehlt den Arbeitern noch die solidarische Erkenntnis ihrer Interessen. Die Arbeiterin und der Arbeiter kaufen, ohne daran zu denken, wie die Interessen ihrer Klasse am besten gefördert werden. Gleichgültig wandern Arbeiter in Geschäfte zum Einkauf ihrer Bedürfnisse, ohne daran zu denken, daß sie das Gros der konsumierenden Masse sind, daß sie ihr mit Schweiß getränktes Geld wahllos zu Geschäftsleuten tragen, die sich ins Fäustchen lachen über den Arbeiter, der ihre Geldkasse anschwellen läßt und die den Arbeiter nur als Konsumenten gerne sehen. **Dem Arbeiter fehlt das Selbstbewußtsein seines eigenen Wertes auch als Käufer,** er denkt nicht daran, daß er bei einigem Willen und Energie dem Warenverkäufer auch seinen Willen aufzwingen kann.

Die „Neue Zeitung" ist das Kampforgan der klassenbewußten bayerischen Arbeiterschaft. Sie verzichtet darauf, den Inseratenteil zur Erzielung hoher Profite zu heben, aber sie hält sich für verpflichtet, dem Arbeiter die Wahrung der Interessen seines Klassenorgans zum Bewußtsein zu bringen.

Gegenüber der feindlichen Haltung einzelner Münchener Geschäftshäuser diene heute folgendes zur Kenntnis der Arbeiter. Die Firma T i e t z München erklärte in diesem Frühjahr, daß sie nicht in der „Neuen Zeitung" inseriere, weil sie sich die Fensterscheiben durch die Völkischen nicht einschlagen lassen will(!). Diese heldenhafte Haltung hat die Firma nun aufgegeben und einen anderen Grund entdeckt. Sie erklärt durch ihre Direktion, daß sie **wegen der politischen Einstellung der „Neuen Zeitung" zum Großkapital nicht in der „Neuen Zeitung"** inseriere. Die arbeitende Bevölkerung, ob Kommunist oder Nichtkommunist, kennt das Großkapital nur als Reservoir des vom Arbeiter geschaffenen Mehrwertes und hat keine anderen Berührungspunkte und keine Gemeinschaft mit ihren Ausbeutern, den Dividendenschluckern und Couponabschneidern. Das arbeitende Volk kann keine andere Haltung gegenüber seinen Aussaugern einnehmen, als es ihm Karl Marx gelehrt hat. Auch die Firma Tietz wird die denkende Arbeiterschaft nicht eines anderen belehren. **Mit ihrer Motivierung begibt sich diese Firma auf die politische Bahn und schiebt ihr Kaufhaus in den politischen Kampf,** indem sie zugibt, daß **ausschließlich politische Motive bei der Vergebung von Inseratenaufträgen für sie maßgebend sind. Eine weitere Erklärung lehnte die Direktion in provozierender Weise ab. Auf die Mitteilung unseres Geschäftsführers daß wir diese Haltung der Münchener Arbeiterschaft bekannt geben werden, erfolgte die zynische Antwort es sei ihm gleichgültig.**

Arbeiterinnen und Arbeiter Münchens merkt Euch diesen Faustschlag ins Gesicht merkt es Euch bei Eueren Einkäufen, daß die **F i r m a T i e t z** hiermit klar ausspricht, daß sie **keinen Wert auf Arbeiterkundschaft legt.**

Berücksichtigt bei Euren Einkäufen diejenigen Geschäfte, die Euch nicht nur als Ausbeutungsobjekte zum Zwecke der Anhäufung des Großkapitals betrachten. Tragt Eure sauer verdienten Groschen nicht zu den Geschäftshäusern, die sich zynisch und offen als Eure Feinde bekennen, aber doch mit Euren Schweißpfennigen ihre Geldsäcke füllen.

Die Arbeiter als die ausschlaggebende große Masse der konsumierenden Bevölkerung müssen von denjenigen Geschäftsleuten, bei denen sie kaufen, auch verlangen, daß sie in der Arbeiterpresse ihre Waren inserieren, die der Arbeiter und die Arbeiterin kaufen soll. Kauft bei denjenigen, Geschäftsleuten die in Eurer Presse inserieren, dringt in die Geschäftsleute, ihre Inserate dem Arbeiterorgan zu geben!

Gewaltige Erhöhung des Miet-Zinses

Nach einer Bekanntmachung des Sozial-Ministeriums beträgt die Juli-Miete in sämtlichen bayerischen Gemeinden, einschließlich der Pfalz in welchen die gemeindlichen Umlagen zur Haussteuer auf das 4 fache der staatlichen Haussteuer festgesetzt sind, 85 Prozent Friedensmiete. In Gemeinden, in denen die Gemeindeumlagen zur Haussteuer niedriger sind, mindert sich der Hundertsatz der gesetzlichen Miete entsprechend, und zwar derart, daß bei einer Minderung des Umlagensatzes um je 50 Prozent je 1 Prozent am Hundertsatz der gesetzlichen Miete abzurechnen ist. Für **München** beträgt die gesetzliche Friedensmiete **84 Prozent,** also 7 Prozent mehr als im letzten Monat!, Ja, ja, man führt uns immer herrlicheren Zeiten entgegen.

Abgestürzt

In der Ausstellung stürzte ein Malermeister von einem Klost herab und zog sich schwere Verletzungen an den Füßen zu, sodaß er in die chirurgische Klinik gebracht werden mußte.

In der Leipzigerstraße stürzte ein 27 Jahre alter Maler von einer 6 Meter hoheu Leiter und erlitt schwere Prellungen an den Füßen.

Schwer verletzt

wurde in der Dachauerstraße ein Schweißer durch eine zurückschnellende Deichsel. Der Verunglückte wurde vom Rettungsdienst in die chirurgische Klinik gebracht.

Vermischte Nachrichten

Kampfstellung der englischen Bergarbeiter

L o n d o n. Die Bergarbeiterexekutive beschloß, dem Verlangen der Unternehmer nach der 8-Stundenschicht und Lohnherabsetzung den allerschärfsten Widerstand zu leisten. Die Kampfbedingungen der Bergarbeiter sollen auch von der nächsten Sitzung des Generalrats des Gewerkschaftsbundes behandelt werden. — Auch die Eisenbahner lehnen jedwede Verschlechterung der Arbeitsbedingungen entschieden ab.

Ruhrräumung?

Die Stinnesagenturen wissen zu melden, daß die baldige Räumung des Ruhrgebiets in vier Etappen bevorstehe. Die deutsche Regierungspresse wird nicht verfehlen, diese Nachrichten mit dem entsprechenden natio-

Die Menschenfreunde in zerlumpten Hosen

R o m a n v o n R o b e r t T r e s s a l

Bearbeitet von Jessie Pope

Erscheint in Kürze in Buchform im „Neuen Deutschen Verlag", Berlin

(Nachdruck verboten)

6. Fortsetzung.

Wenn er den runden Hut abnahm, um sich den Schweiß abzuwischen, der ihm vom raschen Radfahren auf der Stirn stand, dann sah man, daß seine Stirn flach und eng war. Von den Nüstern seiner langen, fleischigen Habichtsnase zogen sich tiefe Falten bis hinein in den herabhängenden Schnurrbart, der den Mund verdeckte. Die ganze Größe dieses Mundes wurde man erst gewahr, wenn er ihn aufriß und den Arbeitern Kommandos zur größten Eile zubellte. Das Kinn war breit und außergewöhnlich lang. Ueber den wässerig-blauen, eng zusammenstehenden Augen lagen spärliche, fahle Augenbraunen, die eine tiefe, von der Nasenwurzel ausgehende Falte trennte. Sein Schädel, der mit dichten, ungepflegtem Haar bewachsen war, fiel durch den mächtigen Hinterkopf auf. Außerdem hatte er kleine, eng anliegende Ohren.

Im ganzen erinnerte sein Kopf ungemein an einen Sargdeckel. Dieser Mann war seit 15 Jahren bei Hurtig & Co., fast seit Gründung der Firma. Hurtig entdeckte zu jener Zeit die Nützlichkeit des Mannes, den man zu allen Plackereien brauchen konnte, so daß man selber Zeit fand für angenehmere und einträglichere Dinge. Jäger war damals Reisender und wollte gerade anfangen, auf eigene Rechnung zu arbeiten. Da bot ihm Hurtig eine Dauerstellung als Vorarbeiter an mit einem Wochenlohn von 40 Schilling und $2^1/_2$ Prozent vom Gesamtprofit. Das schien ein äußerst anständiges Angebot. Jäger schloß ab, gab den Gedanken an Selbständigkeit auf und warf sich mit der ganzen Kraft ins Geschirr.

War irgendwo ein Kostenanschlag zu machen, — Jäger kalkulierte die Arbeit und machte ihn. Wurde das Angebot angenommen, so überwachte er die Arbeit, tüftelte aus, wo man pfuschen könnte, nahm Lehm, wo Mörtel angesetzt war, und Mörtel, wo Zement berechnet wurde. Blattzink trat an Stelle von Blei und gekochtes Oel an die Stelle von Lack, und wurde es dreimal gestrichen, so ließ man sich für fünfmal bezahlen. Das Pfuschen der Arbeit war bei ihm tatsächlich zur Manie ausgeartet. Es schmerzte ihn ordentlich, wenn etwas anständig ausgeführt wurde. Selbst, wenn es einmal profitlicher war, etwas gut zu machen, folgte er dem Zwange der Gewohnheit und ließ es pfuschen. War ein Architekt zur Beaufsichtigung da, so wurde er von Elend getäuscht und irregeführt, oder wenigstens machte er einen Versuch dazu. Bei allem Aufpassen, Antreiben und Anbrüllen der „Hände" waren seine Geieraugen ständig auf der Suche nach neuer Arbeit. Er steckte seine lange, rote Nase in das Büro jedes Häusermaklers der Stadt, um herauszukriegen, welche Grundstücke kürzlich veräußert worden waren, damit er von den neuen Eigentümern den Auftrag für notwendige Umbauten oder Reparaturen kriegen konnte. Er schloß viele gottlose Verträge mit Krankenpflegerinnen und ähnlichen Leuten, die ihn gegen ein kleines Entgelt wissen ließen, wenn irgend ein armer Dulder im Sterben lag, und die den verlassenen schmerzerfüllten Angehörigen Hurtig & Co. empfahlen. Danach pflegte, nach genauem Studium der Finanzlage der betroffenen Familie „Elend" sein unansehnliches Gerippe in das Haus der Sorge zu schieben und noch im Angesicht des Todes die Interessen von Hurtig & Co. zu fördern, um seine erbärmlichen $2^1/_2\%$ zu verdienen.

Fünfzehn Jahre!

Jäger begriff jetzt, daß Hurtig bei dem Geschäft das bessere Teil erwählt hatte.

Er begriff, daß man ihn nur ausgenutzt hatte, aber er wußte auch, daß es zur Umkehr zu spät war. Er hatte nicht genug gespart, um mit Aussicht auf Erfolg ein eigenes Geschäft aufmachen zu können, selbst wenn er sich geistig und körperlich noch dazu fähig gehalten hätte. Wenn Hurtig ihn heute entließ, so war er sogar zu alt, um wieder eine Stelle als Reisender zu finden. Außerdem hatte er in seinem Eifer für Hurtig & Co. und in dem Bestreben, seine Provision zu verdienen, oft Dinge getan, die ihm die Feindschaft der Konkurrenzfirmen zuzogen. Es war äußerst unwahrscheinlich, daß auch nur eine ihm Beschäftigung geben würde. Und gesetzt den Fall, sie täten es,— „Elends" Herz stockte bei dem Gedanken, eines Tages auf gleichem Fuße den Arbeitern gegenüberzustehen, die er tyrannisiert und bedrückt hatte. Aus allen diesen Gründen lebte Jäger in ebenso großer Furcht vor Hurtig, wie die „Hände" vor ihm.

Neu hinzutretende Abonnenten erhalten die bisher erschienenen Fortsetzungen nachgeliefert.

nalistischen Tamtam zu begleiten. Stresemann wird so weit gehen, diese Räumung für sich als einen „Erfolg“ zu beanspruchen und diese Meldungen dazu ausnutzen, um die Stimmung für die Annahme des Garantiepaktes und den Eintritt in den Völkerbund günstiger zu gestalten.

Dazu ist vor allem zu betonen, daß von einer Räumung Kölns nichts verlautet. Köln soll erst geräumt werden, wenn die militärische Kontrollkommission festgestellt hat, daß die Reichsregierung die Entwaffnungsforderungen getreu erfüllt hat. Aber auch diese Räumung wird überhaupt keine Räumung sein, denn an Stelle der zurückgezogenen Truppen treten als Organe der militärischen Völkerbundkontrolle ständige Militärorgane der Entente.

Die Räumung des Ruhrgebiets bis Mitte August wurde von Frankreich unter englisch-amerikanischem Druck auf der Londoner Konferenz zugesagt, die den Dawespakt sanktionierte und aus ganz Deutschland eine von Ententekommissaren verwaltete Kolonie machte.

Zwischen den Regierungen in Paris, London und Berlin wurde die Lancierung dieser längst fälligen Räumungsnachrichten eben zu diesem Zeitpunkt vereinbart, um die öffentliche Meinung für den vorbereiteten Kriegspakt günstig zu stimmen.

Die Schuld am Reichswehrunglück

Oberleutnant Jordan freigesprochen! Die Schuld der oberen Militärbehörden bestätigt!

Der Oberleutnant Jordan, der beschuldigt war, am 31. März 1925 leichtfertig den Tod von 80 Reichswehrsoldaten verursacht zu haben, wurde heute vom Mindener Gericht freigesprochen. In der Urteilsbegründung heißt es, daß der Konstruktionsfehler der Fähre sowie die nichtausreichenden und sogar verheerenden Vorschriften die Schuld an dem Unglück tragen. Der Oberleutnant Jordan habe seine Pflicht getan.

•

Der Freispruch des Oberleutnants Jordan bedeutet eine vernichtende Verurteilung der oberen Militärbehörden, vor allem des Reichswehrministeriums. Nicht umsonst versuchte der Sachverständige Oberst Stobbe vom Reichswehrministerium so eindringlich den Oberleutnant Jordan für das Unglück verantwortlich zu machen. Denn wenn der Oberleutnant Jordan nicht schuldig ist, so sind die oberen Behörden, ist das System schuldig. Die Militärbehörden haben die Anwendung der bestimmten Fähre angeordnet mit der Vorschrift, bis zu 200 Mann aufzuladen. Es steht fest, daß die Unglücksfähre viel zu viel überlastet war. Diejenigen Behörden, die diese Fähre im Reichsheer einführten, die keine einschränkenden Vorschriften für starken Stromgang machten, die nicht für die nötigen Rettungsapparate sorgten, sind schuldig an dem Tod der 80 ertrunkenen Reichswehrsoldaten. Mit dem Freispruch Jordans ist die Sache nicht erledigt. Die Schuldigen, diejenigen, die das unerhörte Verbrechen an den Reichswehrsoldaten tatsächlich zur Last fällt, müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Weg mit den Soldatenschindern, von den oberen Kommandostellen, weg mit dem General Ludwig, der die Oeffentlichkeit über das Unglück so schamlos belogen hat. Her mit den alten Rechten der Vertrauensleute der Mannschaften, die dazu berufen sind, die monarchistische Offiziersclique zu kontrollieren und das Leben ihrer Kameraden vor verbrecherischer Leichtfertigkeit, Gewissenlosigkeit und Rennomiersucht zu schützen.

An die Mitglieder der Z.d.A.-Opposition.

Werte Kollegen!

Wir machen Euch hiermit auf die am Mittwoch, den 1. Juli stattfindende

Mitgliederversammlung des Z.d.A.

aufmerksam. In dieser Versammlung muß der Ausschluß der Kol. Schlaffer und Wagner behandelt werden. Es erscheint uns jedoch notwendig, daß die Opposition noch vor dieser Versammlung hierzu Stellung nimmt und ersuchen wir Euch daher dringend am **Mittwoch um 6½ Uhr bei der Kol. Schlaffer,** Oberanger 32/3 bestimmt zu erscheinen.

Mit kollegialem Gruß!
Die Opposition.

Arbeitertribüne München

Am Donnerstag, den 2. Juli abends 8 Uhr findet im Gasthaus „Burg Schwaneck“, Morassistr. 16 ein Probeabend statt. Neue Mitglieder werden dort aufgenommen. Der Ausschuß.

Proletarische Freidenker

Mitglieder-Versammlung am Samstag, 4. Juli abends halb 8 Uhr im Kistler-Hof Obersendling Kistlerhofstr. Tagesordnung wird dortselbst bekannt gegeben.

Aus der Partei

Reichs-Agitprop-Konferenz

Anschließend an den Parteitag findet am **Freitag, 17. Juli 1925** nachmittags 5 Uhr im Preußischen Landtag (Festsaal), Berlin, Prinz-Albrechtstraße die Reichs-Agitprop-Konferenz statt.

Tagesordnung:

Die Aufgaben der Agitation u. Propaganda

a) Agitation
(Presse, Verlag, Herstellung, Berichterstattung). Die Führung von Kampagnen. Der Vertrieb der kommunistischen Literatur. Das Agitationsmaterial (Aufmachung, Herstellung und Vertrieb).

b) Propaganda
des Marxismus/Leninismus. Kurse, Zirkel, Parteischule, Lehrbriefe, Archiv, Bibliothek und Referentenmaterial.

Für die einzelnen Punkte der Tagesordnung werden Thesen und Richtlinien vorgelegt. Außerdem erscheint an Material:

Disposition über die Neueinteilung und Ausgestaltung von Versammlungen, Demonstrationen und künstlerischen Veranstaltungen.
Die Aufgaben und Organisation der Agitation und Propaganda.
Die Geschäftsordnung der K.P.D. für Sitzungen und Versammlungen.

Mit dem Parteitag und der Konferenz verbunden ist eine Literatur-Ausstellung und eine Ausstellung über Agitations- und Propagandamaterial. Der Delegationsmodus zu der Konferenz wird den in Frage kommenden Institutionen noch mitgeteilt.

Berlin, 26. Juni 1925.

Zentral-Agitprop
i. A. Engel

Unterbezirks-Konferenz für München, Ingolstadt, Landshut

Die Konferenz für die genannten Unterbezirke findet am Sonntag, den 5. Juli vormittags 9 Uhr in München, „Westendhalle“, Ecke Westend- und Ganghoferstr., statt.

Tagesordnung:

1. **Organisationsberichte**
2. **Kommunalpolitik**
3. **Bauernfrage**
4. **Zeitungsfrage**
5. **Verschiedenes**

Die Ortsgruppen: **München, Planegg, Pasing, Lochhausen, Dachau, Moosburg, Kirchseeon, Freising, Feldmoching, Buchheim, Aubing, Allach, Moosach, Perlach, Milbertshofen, Ingolstadt, Reichertshofen, Landshut, Rohr, Pfeffenhausen, Penzberg, Peissenberg, Hohenpeissenberg, Tutzing, Eching, Olching** sind verpflichtet, einen Delegierten zu entsenden. Gäste haben gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches Zutritt. Ortsgruppen wählen in jeder Zelle einen Delegierten.

Die Bezirksleitung

Achtung!

Heute Mittwoch!

An alle Parteifunktionäre Münchens!

Heute abend ½8 Uhr finden in allen Bezirken Funktionärsitzungen statt. Und zwar für:

Bezirkszelle Neuhausen:	im Restaurant Volkarts Bierhallen, Volkartstraße. Refer. Genosse Millmann.
„ **Westend:**	im Restaurant „Dreihirschen“ Landsbergerstr. Ref. Gen. Sellmayr.
„ **Obersendling**	im Restaurant „Kistler Hof“ Kistlerhofstraße. Ref. Genosse Herrmann.
„ **Untersendling**	im Restaurant „Kyreinhof“, Kyreinstraße Referent Gen. Stiegler.
„ **Altstadt**	im Restaur. „Burg Schwaneck“ Morassistr. 16. Referent Gen. Dressel.
„ **Au-Giesing**	im Restaur. „Wintergarten“, Winterstr, 12. Referent Gen. Thierauf.
„ **Haidhausen**	im Restaur. „Braisacher Hof“ Braisacherstr. 22. Referent Genosse Huber.
„ **Nord**	im Restaur. „Scharfes Eck“, Ecke Schleißheimer- u. Theresienstr. Referent Genosse Beimler.

Jeder Funktionär der Straßenzellen, sowie der Betriebszellen, ist verpflichtet, bestimmt zu erscheinen.

Die Ortsleitung.

An alle Parteigenossen Münchens!

Am Freitag, den 3. Juli abends ½8 Uhr finden in allen Bezirken Bezirkszellen-Mitgliederversammlungen statt. Und zwar:

Neuhausen	im Restaurant „Volkharts Bierhallen“ Volkhartstr. Refer. Gen. Millmann.
Westend	im Rest. „Trompeter von Säckingen“ Trappentreustraße. Ref. Gen. Sellmayr.
Obersendling	im Restaur. „Kistler Hof“, Kistlerhofstr. Referent Genosse Herrmann.
Untersendling	im Rest. „Kyrein Hof“, Kyreinstr. 9. Ref. Gen. Regn.
Altstadt	im Restaur. „Frankenberger“ Ober Anger 33. Ref. Gen. Dressel.
Au—Giesing	im Rest. „Wintergarten“ Winterstr. 12 Referent Genosse Thierauf.
Haidhausen	im Restaurant „Braisacher Hof“, Braisacherstraße 22. Ref. Genosse Huber.
Nord	im Gasthaus „Scharfes Eck“, Ecke Schleißheimer- u. Theresienstr.
Schwabing	im Restaur. „Luitpoldpark“ Clemensstr. Ref. Gen. Koch Georg.

Die Wichtigkeit der Mitgliederversammlungen erfordert, daß jeder Genosse der Straßen- und Betriebszellen erscheint. Mitgliedsbuch dient als Ausweis.

Die Ortsleitung.

Unterbezirk Kempten

Am Sonntag, den 5. Juli findet in Kempten im Bürgersaal, vormittags 9 Uhr

Unterbezirks-Konferenz

statt. Alle Ortsgruppen des Unterbezirks-Gebietes haben einen Delegierten dorthin zu entsenden. Gäste haben gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches Zutritt.

Die Bezirksleitung

Augsburg

Am Donnerstag, den 2. Juli halb 8 Uhr Vollratssitzung im Gewerkschaftshaus. Alle Funktionäre sind verpflichtet zu erscheinen. Mitgliedsbuch dient als Ausweis. Die Ortsleitung.

Bezirk Nordbayern

Nürnberg

Allgemeine Funktionärversammlung

Am Mittwoch, 1. Juli abends 8 Uhr findet im Saale des Cafe Merk allgemeine Funktionärversammlung statt. Tagesordnung:

Die neuen Zölle

Mitgliedsbuch ist als Ausweis mitzubringen, andernfalls kein Zutritt. Bez.-Ltg. Nordbayern.

Spielplan der Münchener Theater

Prinz-Regenten-Theater:
Schauspielferien

National-Theater:
Schauspielferien

Residenz-Theater:
Schauspielferien

Münchener Schauspielhaus
Mittwoch, 1. Juli abends halb 8 Uhr Die Wildente.
Donnerstag. 2. Juli abends halb 8 Uhr Der einsame Weg

Münchener Kammerspiele:
Mittwoch, 1. Juli abends halb 8 Uhr Raubritter vor München
Donnerstag, 2. Juli abends halb 8 Uhr Raubritter vor München

Theater am Gärtnerplatz
Mittwoch, 1. Juli abends halb 8 Uhr Anneliese von Dessau
Donnerstag, abends 8 Uhr Anneliese von Dessau

Münchener Volkstheater
Mittwoch, 1. Juli, abends halb 8 Uhr Die vertauschte Frau
Donnerstag, abends halb 8 Uhr Die vertauschte Frau

Operettenbühne (Lustspielhaus)
Mittwoch, 1. Juli
Abends halb 8 Uhr Die Geliebte seiner Hoheit
Donnerstag abends halb 8 Uhr Die Geliebte seiner Hoheit

Für die Redaktion verantwortlich: Albert Buchmann München / Verlag und Inseratenteil: Wilhelm Olschewski, München / Druck: Hanns Leib, München 50

8. Jahrgang Nr. 114

Einzelpreis 15 Pfg.

Neue Zeitung

Bayer. Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommun. Internationale)

mit der illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der rote Stern"

Die Neue Zeitung erscheint täglich außer Montags. Bezugspreis frei Haus monatlich 2.40 Mk., wöchentlich 60 Pfg. Durch die Post bezogen 2.40 Mk. ohne Zustellgebühr Expedition u. Verlag Neue Zeitung München, Lindwurmstr. 203, Telefon 72024 Geschäftsstelle für Nürnberg, Barbiergasse 8, 1. Stock / Fernsprecher Numm. 20259

Samstag, 1. August 1925

Anzeigenpreis für den Millimeter Höhe und Spalte 10 Pfg., Spaltenbreite 28 mm, für Reklame im Textteil 50 Pfg. Gelegenheitsanzeigen ermäßigte Preise / Postscheckkonto München Nr. 47280, Wilhelm Olschewski, Neue Zeitung / Redaktion München, Lindwurmstr. 203, Telefon 72024 / Erfüllungsort München

Rot Front

GEGEN DEN IMPERIALISMUS!

Krieg dem imperialistischen Kriege!

von N. Lenin

Anläßlich des bevorstehenden 11. Jahrestages des Ausbruchs des Weltkrieges veröffentlichen wir einen Artikel, den der Genosse Lenin im Oktober 1916, also zur Zeit des Höhepunktes des Weltkrieges, über die bürgerlich-pazifistische Losung der „Abrüstung“ und „Entwaffnung“ schrieb. Insbesondere wendet sich Lenin gegen die irrtümliche Auffassung, daß die revolutionären Sozialisten gegen jeden Krieg sein müßten. (Die Redaktion.)

Eines der Hauptargumente zugunsten der Abrüstung ist das nicht immer direkt ausgesprochene Argument: wir sind gegen den Krieg, überhaupt gegen jeden Krieg, und der allerbestimmteste, klarste, unzweideutigste Ausdruck dieser unserer Ansicht ist die Forderung nach Abrüstung. Sozialisten können **nicht gegen jeden Krieg** sein, ohne dabei aufzuhören, Sozialdemokraten zu sein.

Für die gegenwärtige Epoche sind gerade imperialistische Kriege zwischen Großmächten typisch, aber auch demokratische Kriege und Aufstände sind durchaus nicht unmöglich, wie z. B. Kriege unterdrückter Nationen gegen ihre Unterdrücker, für ihre Befreiung von der Unterdrückung. (Marokko, China. Die Red.) Bürgerkriege des Proletariats gegen die Bourgeoisie sind unvermeidlich. Kriege des in einem Lande siegreichen Sozialismus gegen andere, bürgerliche oder reaktionäre Länder sind möglich. (Sowjet-Rußland. Die Red.)

Die Abrüstung ist das Ideal des Sozialismus. In der sozialistischen Gesellschaft wird es keine Kriege geben, infolgedessen wird die Abrüstung verwirklicht werden. Aber derjenige ist kein Sozialist, der ohne die soziale Revolution und die Diktatur die Verwirklichung des Sozialismus erwartet. Diktatur ist Staatsgewalt, die sich unmittelbar auf die Gewalt stützt. Die Gewalt im 20. Jahrhundert — wie überhaupt in der Epoche der Zivilisation — ist weder die Faust, noch der Knüttel, sondern das Heer. Die Abrüstung in das Programm aufzunehmen, das hieße überhaupt sagen: wir sind gegen die Anwendung von Waffen. Darin ist ebensowenig eine Spur von Marxismus zu finden, als wenn wir sagen wollten: wir sind gegen die Anwendung von Gewalt!

Eine unterdrückte Klasse, die nicht danach strebt, zu lernen, die Waffen zu handhaben und Waffen zu besitzen, würde nur verdienen, daß man sie wie Sklaven behandelt. Wenn wir uns nicht in bürgerliche Pazifisten oder Opportunisten verwandelnd wollen, dürfen wir nicht vergessen, daß wir in einer Klassengesellschaft leben und daß es daraus keinen anderen Ausweg gibt und geben kann, als den **Klassenkampf und die Niederwerfung der Macht der herrschenden Klasse:**

In jeder Klassengesellschaft — sei sie nun auf Sklaverei, Leibeigenschaft oder wie jetzt, auf Lohnarbeit aufgebaut, ist die unterdrückende Klasse auch bewaffnet. Nicht nur das jetzige ständige Heer, sondern auch die jetzige Miliz — selbst in den demokratischen bürgerlichen Republiken, wie z. B. in der Schweiz — ist eine Bewaffnung der Bourgeoisie gegen das Proletariat. Die Bewaffnung der Bourgeoisie gegen das Proletariat ist eine der bedeutendsten, grundlegendsten, wichtigsten Tatsachen der kapitalistischen Gesellschaft der Gegenwart.

Und angesichts einer solchen Tatsache schlägt man den Arbeitern vor, die Forderung der Entwaffnung aufzustellen! Das ist gleichbedeutend mit dem vollständigen Verzicht auf den Standpunkt des Klassenkampfes, dem Verzicht auf jeden Revolutionsgedanken. Unsere Losung muß sein: **Bewaffnung des Proletariats**, um die Bourgeoisie zu besiegen, zu expropriieren und zu entwaffnen. Das ist die einzig mögliche Taktik der revolutionären Klasse, eine Taktik, die aus der ganz objektiven Entwicklung des kapitalistischen Militarismus entspringt und durch diese Entwicklung vorgeschrieben ist. Nur nachdem das Proletariat die Bourgeoisie entwaffnet hat es, ohne seiner welthistorischen Aufgabe untreu zu werden, alle Waffen auf den Kehrichthaufen werfen; und das Proletariat wird dies auch unzweifelhaft tun, aber erst dann, und in keinem Falle früher.

Wenn der jetzige Krieg bei den Reaktionären, Christlich-Sozialen und bei den weinerlichen Kleinbürgern nur Entsetzen und Furcht hervorruft, nur Abscheu gegen jeden Waffengebrauch, gegen Blut, Tod usw., so müssen wir sagen: **die kapitalistische Gesellschaft ist und war immer ein Schrecken ohne Ende.** Und wenn der jetzige reaktionärste aller Kriege dieser Gesellschaft ein Ende mit Schrecken vorbereitet, so haben wir gar keine Veranlassung, in Verzweiflung zu geraten. In ihrer objektiven Bedeutung ist die „Forderung“ der Abrüstung — oder richtiger gesagt: der Traum von der Abrüstung — zu einer Zeit, da vor aller Augen durch die Kräfte der Bourgeoisie selbst der einzig gesetzliche und revolutionäre Krieg, und zwar der Bürgerkrieg gegen die imperialistische Bourgeoisie, vorbereitet wird, weiter nichts, als eine Aeußerung eben jener Verzweiflung.

Wer da sagt, daß dies eine weltfremde Theorie sei, den wollen wir an zwei welthistorische Tatsachen erinnern: die Rolle der Trusts und die Fabrikarbeit der Frauen einerseits, die Kommune vom Jahre 1871 und den Dezemberaufstand vom Jahre 1905 in Rußland andererseits.

Es ist Sache der Bourgeoisie, Trusts zu entfalten, Kinder und Frauen in die Fabrik zu jagen, sie dort zu ruinieren und zu schinden, und sie zur äußersten Not zu verurteilen. Wir „fordern“ eine solche Entwicklung nicht, wir „unterstützen“ sie nicht, sondern wir kämpfen dagegen. Aber wie kämpfen wir? Wir wissen, daß Trusts und Fabrikarbeit der Frauen ein Fortschritt sind. Wir wollen nicht rückwärts schreiten, zum Handwerk, zum Kapitalismus ohne Monopolstellung, zur Heimarbeit der Frauen zurück. Vorwärts durch Trusts und anderes, und über die hinaus zum Sozialismus!

Heute militarisiert die imperialistische Bourgeoisie nicht nur das ganze Volk, sondern auch die Jugend. Morgen wird sie vielleicht auch schon zur Militarisierung der Frauen schreiten. Wir können hier nur sagen: um so besser! Desto schneller geht es vorwärts! Und je schneller es vorwärts geht, desto näher sind wir dem **bewaffneten Aufstand gegen den Kapitalismus!**

Was werden aber die proletarischen Frauen tun? Werden sie jeden Krieg und alles militärische Wesen nur verfluchen und allein die Abrüstung fordern? Niemals werden die Frauen einer unterdrückten Klasse, die wirklich revolutionär ist, sich mit einer so schmachvollen Rolle begnügen. Sie werden zu ihren Söhnen sagen:

„Du wirst bald groß sein. Man wird Dir Waffen geben. Nimm sie und übe Dich im Waffenhandwerk. Dieses Wissen ist für den Proletarier notwendig, — nicht, um auf Deine Brüder, die Arbeiter der anderen Länder, zu schießen, wie dies auch in diesem Kriege der Fall ist, und wie die Verräter des Sozialismus es Dir zu tun raten, — sondern um gegen die Bourgeoisie Deines eigenen Landes zu kämpfen, um der Ausbeutung, der Armut und den Kriegen nicht mit frommen Wünschen, sondern durch den Sieg über die Bourgeoisie und ihre Entwaffnung ein Ende zu machen.“

Wenn man auf eine solche Propaganda verzichten will, dann ist es besser, überhaupt keine großen Worte über die internationale Sozialdemokratie, über die soziale Revolution und über den Kampf gegen den Krieg im Munde zu führen.

Englisch-französischer Pakt auf Kosten Deutschlands

London, 30. Juli

Wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Herald“ schreibt, ist es keineswegs unwahrscheinlich, daß die Verhandlungen über die Fundierung der französischen Schulden auf einer viel breiteren Grundlage stattfinden werden, als allgemein angenommen wird. Es sei fast gewiß, daß nicht nur Caillaux, sondern auch Briand selbst in der nächsten Woche nach London kommen würden. Das sei ein klares Zeichen dafür, daß die Schuldenfrage nicht nur als eine besondere Transaktion betrachtet und behandelt werden würde, sondern als Teil eines Programms, in dem sowohl politische als auch finanzielle Erwägungen enthalten seien. Frankreich wünsche außer günstigen finanziellen Bedingungen auch eine britische Rückendeckung in den Paktverhandlungen, sowie in Marokko. Die britische Regierung dagegen wünsche ihrerseits eine französische Rückendeckung in China, in Mesopotamien, sowie in ihrer Politik.

Diese Mitteilungen bestätigen unsere Behauptungen: die deutschen, auf englischen Befehl gemachten Paktvorschläge, bilden eine ausgezeichnete Brücke, über die der englische und französische Imperialismus ihre Schachergeschäfte abschließen können. England rechnet mit Hindenburg-Deutschland bereits als mit einem sicheren Posten in seiner Politik gegen die Sowjetunion. Jetzt sollen noch Konzessionen an Frankreich auf Deutschlands Kosten auch die französische Regierung in diese englischen Kombinationen einzubeziehen helfen. Das Nachsehen soll dabei das deutsche Volk haben, das in eine Feindschaft gegen die Sowjetunion hineinmanöveriert und obendrein vom französischen Imperialismus mit Englands Zustimmung wie bisher bedrückt werden soll. Das ganze heißt dann: nationale Realpolitik, wie sie von der Sozialdemokratie schon immer gewünscht wurde. Die Kommunisten werden nicht ermüden, die Volksmassen über diese verbrecherischen Pläne aufzuklären und sie gegen diese Politik zum äußersten Widerstand zu sammeln. In den Antikriegskundgebungen manifestiert die deutsche Arbeiterschaft ihren Willen, diese Pläne zu bekämpfen!

Einig gegen Deutschland

London, 30. Juli

Daily-Telegraph schreibt: Was das Recht der Alliierten betreffe, gegen Deutschland zu schreiten, wenn es den Vertrag verletze, so gehe die britische Auffassung dahin, daß dieses Recht nicht unbedingt einem Schiedsspruch zu unterliegen brauche.

Havas (französische Regierungsagentur) berichtet aus London: Das Foreign Office (englische Außenamt) sei wie das französische Ministerium der Ansicht, man müsse Deutschland wissen lassen, daß es keine Ausnahme für die Mitgliedern des Völkerbundes zustehenden militärischen Verpflichtungen fordern könne, bevor es nicht dem Völkerbund angehöre. Es müsse tatsächlich zu den durch den Völkerbund festgelegten Bedingungen und ohne Ausnahmestellung eintreten. Erst nachher könne es seinen Fall vor den Völkerbund bringen, der ihn annehmen oder ablehnen werde. Was die Garantien betrifft, die Frankreich den möglichen Schiedsgerichtsverträgen zwischen Deutschland einerseits und Polen und der Tschechoslowakei andererseits geben solle, so sei es ebenfalls falsch, daß England dem widerspreche. Die britische Regierung stelle es vielmehr der französischen frei, zu handeln, wie sie wolle.

Wenn die Engländer und die Franzosen, so führt Temps (französisches Regierungsorgan) aus, einig sind, jede deutsche Forderung einer Abänderung des Besetzungsregimes in den Rheinlanden abzulehnen und Deutschland besondere Garantien hinsichtlich etwaiger durch die Alliierten vorzunehmender Sanktionen zu verweigern, so sieht man nicht ein, auf welche Schwierigkeiten man noch stoßen könnte, wenn es sich darum handelt, die französische Antwort auf die deutsche Note vom 20. Juli festzulegen.

Der Krieg in Marokko

Taza wieder ernstlich bedroht

Madrid, 30. Juli

Den französischen Meldungen aus Marokko wird hier kein Glauben mehr geschenkt, da sie sich oft widersprechen und die Lage der Franzosen viel günstiger darstellen, als sie tatsächlich ist. Spanische Meldungen aus Fez besagen, daß die Franzosen in den letzten Tagen verschiedene Stellungen verloren haben und daß Taza ernstlich bedroht sei. Die Kabylen seien nur noch drei Kilometer von der Stadt entfernt.

Nach Meldungen aus Fez haben die Marokkaner den Posten Ain-bou-Aissa eingeschlossen. Im Norden von Fez haben die Marokkaner einen starken Vorstoß nach Südosten unternommen.

Vertreter der sozialistischen Parteien Frankreichs und Spaniens haben eine Konferenz abgehalten, um eine gemeinsame Haltung (?) gegenüber der Marokkofrage zu verabreden. Einer der spanischen Delegierten erklärte, daß die Friedensbedingungen Abd el Krims, wie sie von den Londoner und Pariser Blätter verbreitet wurden, den Tatsachen zu entsprechen scheinen. Die Sozialisten Spaniens lehnten noch wie vor jedes militärische Unternehmen ab und forderten die vollständige Räumung der spanischen Marokkozone.

Ausdehnung des Beamtenstreiks

Paris, 30. Juli

Aus Marseille wird gemeldet, daß der Beamtenstreik in der Provinz an Ausdehnung zunimmt. In verschiedenen Versammlungen wurde für den Streik gestimmt. In Marseille kam es zu Demonstrationen.

Zankoffs Scheiterhaufen

Neue Mordwelle in Bulgarien

Sofia, 30. Juli

Vor einigen Tagen ist im Keller des Polizeigefängnisses ein Brand ausgebrochen. Bei dem Brande sind die beiden ehemaligen Minister der Stambulinski-Regierung Khrill Palow und Peter Janew lebend verbrannt. Man hat die Vermutung, daß das Feuer angelegt worden ist, um sich auf diese schreckliche Weise der beiden gefährlichen politischen Gegner zu entledigen.

In diesen Tagen wurden neben den von uns gestern gemeldeten Bauernabgeordneten Popow und dem Gen. Wailew, der im Krankenhaus ermordet wurde, in Zirnowo noch der frühere kommunistische Abgeordnete Grabowski und in Stanimaka der Vizebürgermeister Kalinow ermordet.

Der englische Kohlenarbeiterstreik unvermeidlich

Die Gesamtgewerkschaften für volle Unterstützung der Bergarbeiter

Paris, 30. Juli

Vor der Abreise nach England hat der englische Vertreter Cook erklärt, daß der Bergarbeiterstreik ihm unvermeidlich erscheine und daß, wenn er nicht bereits am kommenden Freitag einsetze, der Streik acht oder vierzehn Tage später ausbrechen dürfte.

Der Generalrat des englischen Gewerkschaftskongresses berief für Freitag abend Sitzungen der Vertreter der Arbeiterorganisationen ein, in denen darüber beraten werden soll, wie der Beschluß, den Bergleuten bei Ausbruch eines Streik alle mögliche Unterstützung zuteil werden zu lassen, am besten durchgeführt wird.

London, 31. Juli

Baldwin, der wie die gesamte Regierung die Machtprobe fürchtet, macht die größten Anstrengungen, den Ausbruch des Streiks zu verhindern. Bisher sind alle seine Bemühungen ohne Erfolg geblieben. Vielmehr beschloß gestern die Konferenz des Vollzugsausschusses der Gewerkschaften den Grubenarbeitern volle Unterstützung zu gewähren und billigte die Beschlüsse der Eisenbahner und Transportarbeiter während des Streikes keine Kohlen zu befördern. Die Konferenz übernahm die Verantwortung für die finanzielle Unterstützung des Streiks und setzte einen Sonderausschuß ein, der die Einzelheiten auszuarbeiten hat.

Lohnkonflikt bei den englischen Eisenbahnern

Berlin, 31. Juli

Blättermeldungen zufolge sind die Lohnverhandlungen der englischen Eisenbahnarbeiter, die seit einiger Zeit im Gange sind, auf einem toten Punkt angelangt.

Streikunruhen in Wales

London, 30. Juli

Im Wales'schen Kohlengebiet in der Grafschaft Carmarthenshire kam es zu Streikunruhen. Die Aufständigen besetzten eine Kohlenzeche, worauf Polizei aus der Umgebung herangezogen wurde. An verschiedenen Stellen wurden Sprengungen vorgenommen.

Gestern abend ist es in mehreren Ber[illegible] in Südwales zu Kämpfen zwischen Grubenbeamten und Arbeitern gekommen. Der Streik hat dadurch eine Verschärfung erfahren, daß die Anthrazit Arbeiter die Mannschaften von den Pumpen der Gruben zurückgezogen haben, wodurch diese Gruben zu ersaufen drohten.

Die Saarbergarbeiter beharren im Streik

Saarbrücken, 31. Juli

Die Verhandlungen der Abordnung der streikenden Bergarbeiter mit dem französischen Arbeitsminister sind ergebnislos verlaufen. Die Bergwerksdirektoren erklären, daß sie sich infolge des Streikes nicht mehr an das Lohnabkommen gebunden fühlen. Dadurch hat die Lage eine Verschärfung erfahren und es ist kaum daran zu denken, daß der Streik in absehbarer Zeit zu Ende geht.

Die Angestellten der Saargruben solidarisch

Saarbrücken, 31. Juli

Die Angestellten im Saarbergbau haben durch ihre Organisationen vom Verwaltungsrat der Saargruben sofortige Verhandlungen verlangt, da die Gehälter der Grubenangestellten ebenso wie die Löhne der Bergarbeiter einer Aufbesserung bedürfen. Diese Lohnverhandlungen sind nun gescheitert, sodaß mit dem Streik von mehreren tausend Angestellten zu rechnen ist.

Aus dem Reichstag

Berlin, 29. Juli

Wenn ein Proletarier sich von der positiven Seite des Parlaments überzeugen will, dann muß er gegenwärtig sein im Plenum des Reichstags, wo soeben verschiedene Steuergesetze durch„beraten“ werden. Beraten kann man nicht gut sagen, denn die die Regierungsparteien, die Parteien der Steuerräuber haben dafür gesorgt, daß keine allzu langen Reden gehalten werden. In wenigen Tagen sollen die ungeheuren Massensteuern die Wucherzölle auf die Massen: Konsumartikel, durchgepeitscht werden. Die Einführung der Zölle auf Getreide bringt einer Familie mit vier Köpfen allein eine jährliche Belastung von 52 Mark. Die oppositionellen Abgeordneten der K.P.D. sollen sich mit 10 Minuten Redezeit begnügen, sollen schweigsam zusehen, wie die schandvollste Steuerausplünderung an den werktätigen Massen durchgeführt wird. Die Regierungsparteien, die Deutschnationalen, Volksparteiler, Zentrum, Bayerische Volkspartei, Bauernbund usf. sitzen entweder in den tiefen Sesseln in den Wandelhallen oder hören schweigend zu, wie die Kommunisten mit schneidender

Verteidigungsmittel in die Hand, ohne dafür große Ausgaben im Frieden zu machen. Die Konferenz zur Beschränkung der Rüstungen hat nur die Wichtigkeit der chemischen Kriegsführung vergrößert." (The military Engineer, 1922, S. 247.)

Um eine englische Stimme noch anzuführen, sei ein Zitat aus einer mit einer hohen Auszeichnung bedachten Preisarbeit des bedeutendsten englischen Militärklubs wiedergegeben:

„Es ist sicher, daß das Bestehen einer Uebereinkunft **keine Nation, die um ihr Bestehen kämpft, davon abhalten wird, irgend einen Schritt, der ihr hilft, zu machen.**" (Journal of the Royal Service Institution. Bd. 66, Nr. 470, S. 199.)

Man sieht hier also Erklärungen der führenden Militär-Institutionen, daß sie **nicht daran denken** werden, sich an diese **Verträge zu halten**. Hören wir nunmehr, was die amerikanische Presse zu dem von Amerika selbst befürworteten Beschluß der Waffenhandelskonferenz gegen den Giftgaskrieg zu sagen hat. (Wir entnehmen einen Teil der Zitate der Literary Diges vom 4. Juli 1925).

Bereits die „Washington Post" betont, daß nur eine der Mächte nicht zu ratifizieren braucht, damit die anderen nicht an die Abmachungen gebunden sind. Dann haben sie das offizielle Recht, Giftgasrüstungen zu machen.

Am schärfsten schreibt jedoch die bedeutende amerikanische Zeitung, die „Chigago Tribune":

„Es ist unvermeidlich, daß das Gas im nächsten Weltkrieg angewandt wird, nicht weil es eine verhältnismäßig humane (!) Waffe ist, sondern weil es äußerst wirksam ist. Kein einziger Vertrag der Welt wird eine kriegsführende Nation daran hindern, ihr Aeußerstes daran zu setzen, um den Sieg zu erringen, wie wir das im letzten Krieg deutlich gesehen haben. Man kann den Krieg nicht durch die Beseitigung der chemischen Kriegsführung beseitigen, ebensowenig, wie man den Schlaf durch die Beseitigung der Schlafmittel abschafft."

Der einzige Zweck der Giftgaskonvention ist, dem Proletariat der Welt Sand in die Augen zu streuen. Wir glauben, an den Zitaten, denen andere noch hinzuzufügen wären, gezeigt zu haben, daß in Wirklichkeit die Kapitalisten der Welt sich darüber einig sind, daß im weitesten Umfange die Giftwaffe im nächsten Krieg angewandt werden wird. Das zeigen allein schon die riesigen Subventionen, die alle chemischen Industrien von ihren „Vaterländern" erhalten.

Das Proletariat muß sich rechtzeitig rüsten, den Kampf gegen diese neuen Rüstungen aufzunehmen. Der nächste Krieg darf nicht kommen. Er kommt aber mit Eilesschritten, er kommt mit tödlicher Gewißheit, wenn nicht das Peoletariat der Welt die Macht der Kapitalisten bricht.

Reichsbanner und imperialistischer Krieg

Der Abschluß des Garantiepaktes durch das Hindenburg-Kabinett ist eine weitere Etappe auf dem Wege der Verschärfung der imperialistischen Konflikte. Durch den Sicherheitspakt wird Deutschland in die imperialistische Front gegen Sowjetrußland eingereiht. Der westeuropäische Imperialismus ist jetzt absoluter Herrscher über Deutschland. In den Mobilisierungsplänen des westlichen Imperialismus gegenüber Sowjetrußland ist das deutsche Aufmarschgebiet von entscheidender Bedeutung. Es ist deshalb mehr als je die brennendste Aufgabe der deutschen Arbeiterschaft, gegenüber den Kriegsplänen der Entente gegen Sowjetrußland zu rüsten und alle Abwehrmaßnahmen zu treffen.

Aus dieser Situation heraus hat deshalb die Bundesleitung des Roten Frontkämpferbundes mit vollem Recht vor einigen Wochen einen Offenen Brief an den Vorstand des Reichsbanners mit der Aufforderung zur gemeinsamen Aktion gegen die imperialistische Kriegsgefahr gerichtet. Es ist der deutschen Arbeiterschaft bekannt, daß gerade in der letzten Zeit gegenüber den frechen Provokationen der herrschenden Klasse die proletarischen Kameraden im Reichsbanner und im Roten Frontkämpferverband sich spontan in gemeinsamen Aktionen gegen die Hakenkreuzler zusammengefunden haben. An vielen Orten Deutschlands, wo Stahlhelm, Werwolf und die übrigen faschistischen Banditen die Arbeiterschaft zu provozieren versuchten, sind die Arbeiter — ganz gleich, ob Roter Frontkämpferbund oder Reichsbanner — diesen Burschen gemeinsam entgegentreten. In sehr vielen Fällen haben die Reichsbannerarbeiter mit den Arbeitern des Roten Frontkämpferbundes gemeinsam gegen die Monarchisten gekämpft. Dieser Wille der Reichsbannerarbeiter zum gemeinsamen Kampf gegen den Monarchismus war für den Schritt des Roten Frontkämpferbundes maßgebend.

Diesen gemeinsamen Willen zum Kampf gegen die Reaktion beantwortet die Bundesleitung des Reichsbanners folgendermaßen:

Antwort Hörsings auf den offenen Brief des Roten Frontkämpfer-Bundes

An die

Bundesleitung des Roten Frontkämpferbundes.

Die Bundesleitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hat Ihren „Offenen Brief", in welchem Sie das Reichsbanner zu gemeinsamen Aktionen mit dem Roten Frontkämnferbund gegen Reaktion, Kriegsgefahr usw. aufrufen, zur Kenntnis genommen. Sie lehnt dieses Ansinnen mit Entrüstung aus folgenden Gründen ab:

Als am 11. August 1919 durch die Weimarer Verfassung die Republik gesetzlich verankert wurde, war es Aufgabe aller zielbewußten Republikaner, sich für den Bestand der republikanischen Staatsform einzusetzen. Die Kommunistische Partei, die die Trägerin des heutigen Roten Frontkämpferbundes ist, hat diese staatspolitische Einsicht nicht nur vermissen lassen, sondern in partei-egoistischer Verblendung den Kampf gegen die Republik und die Republikaner mit den schimpflichsten Mitteln geführt. Die Folge war ein Erstarken der reaktionären Kreise innerhalb und außerhalb der Parlamente. Ueberall da, wo das kommunistische Gewaltregiment zu verzeichnen war, traten in natürlicher Rückwirkung die reaktionären Organisationen in Erscheinung. So hat die Kommunistische Partei planmäßig den Boden für die nationale Agitation vorbereitet und zum Erfolg der Reaktion bei der letzten Wahl des Reichspräsidenten geführt.

Angesichts dieser historischen Tatsachen ist es eine geradezu bodenlose Heuchelei, wenn von Ihrer Seite aus Anlaß der Wahl des Reichspräsidenten ein Anwachsen der reaktionären Gefahr festgestellt und zur Abwehr aufgerufen wird. Die Kommunistische Partei und mit ihr der Rote Frontkämpferbund haben das Recht verwirkt, sich über diese Erscheinungen durch die Aufstellung einer von vornherein aussichtslosen Sonderkandidatur Thälmann und ihre wüste Hetze gegen die republikanischen Parteien und das Reichsbanner hervorgerufen. Es ist deshalb eitel Spiegelfechterei, wenn Sie zur Abwehr selbst heraufbeschworener Gefahren aufrufen. Die Kommunistische Partei hat mehr als einmal bewiesen, daß sie den Kampf um und für die Republik nicht ernst nimmt; deshalb werden wir den Aufruf des Roten Frontkämpferbundes zu gemeinsamen Aktion lediglich als Versuch, die Aufmerksamkeit der deutschen Arbeiterschaft von der schweren Schuld abzulenken, die die Kommunistische Partei auf sich geladen hat. Wir müssen es entschieden ablehnen, sie in diesem Beginnen zu unterstützen, benutzen vielmehr diese Gelegenheit, dieses unehrliche Spiel vor aller Oeffentlichkeit zu brandmarken.

Soweit Sie aus dem aggressiven Vorgehen der Rechtsverbände gegen Angehörige des Reichsbanners die Notwendigkeit zu den gemeinsam gewünschten Aktionen herleiten, haben wir Veranlassung, Sie darauf hinzuweisen, daß auf diesem Gebiete der Rote Frontkämpferbund den Rechtsorganisationen nicht nachsteht. Da wo der Rote Frontkämpferbund in Erscheinung getreten ist, sind Beschimpfungen und Tätlichkeiten gegenüber Reichsbannerleuten an der Tagesordnung. In Berlin insbesondere hat dieses Treiben Formen angenommen, die unsere Kameraden zu durchgreifenden Abwehrmaßnahmen zwangen. Ferner machen wir auf die unter Ihrer Führung unternommenen Versuche aufmerksam, die kommunistische Zersetzungsarbeit auch in die Reihen des Reichsbanners hineinzutragen. Beweis: die in unserm Besitz befindlichen Rundschreiben der Bundesleitung des Roten Frontkämpferbundes. Es ist geradezu erstaunlich, daß sie angesichts dieser Tatsachen es wagen, an das Reichsbanner zwecks gemeinsamer Aktionen heranzutreten.

Wenn wir nicht zuletzt aus Gründen der Selbstachtung gezwungen sind, gemeinsame Aktionen mit dem Roten Frontkämpferbund abzulehnen, so wird davon die Stellungnahme des Reichsbanners zur Frage der Kriegsgefahr nicht berührt. Sie ist so bekannt, daß es sich erübrigt, sie hier zu wiederholen. Indem sich das Reichsbanner mit allem Nachdruck für den Schutz der Republik einsetzt und den nationalistischen Strömungen einen starken Damm entgegenstellt, schafft es stärkere Garantien für den Frieden, als es alle Manifestationen der Kommunistischen Partei und des Roten Frontkämpferbundes vermögen.

Ein Wort noch zu ihrem Hinweis auf die neben der monarchistischen Gefahr wahrzunehmende wirtschaftliche Offensive gegen die Arbeiter und Angestellten. Auch nach dieser Richtung hin hat die Kommunistische Partei alles andere getan, als die Arbeiter und Angestellten in ihrem Kampfe gegen Zollwucher, Lohnabbau zu unterstützen. Sie und mit ihr der Rote Frontkämpferbund sind ihnen im Gegenteil in den Rücken gefallen und haben sie durch Versammlungssprengung und wütesten Terror in ihrer Aktivität gehemmt. Deshalb ist auch die Forderung gemeinsamer Aktionen in diesem Punkte aufgelegte Heuchelei.

Unter dieser Würdigung aller dieser Umstände erblicken wir daher in dem Rufe des Roten Frontkämpferbundes nach gemeinsamen Aktionen ein plumpes Agitationsmanöver, durch das Sie ihren schwindenden Einfluß im Volke neu zu befestigen gedenken. Da Sie mit Ihrem Roten Frontkämpferbund, der bei dem kürzlich in Magdeburg abgehaltenen Frontkämpfertag kaum 3000 Teilnehmer aus dem ganzen Reiche auf die Beine brachte, wenig Ehre einlegen können, gedenken Sie das Reichsbanner zu Ihren parteipolitischen Zwecken zu mißbrauchen. Darauf gibt es nur eine Antwort: Mit Organisationen, die wie die Kommunistische Partei und der Rote Frontkämpferbund sich bisher als die besten Bundesgenossen der Reaktion erwiesen haben, gibt es für das Reichsbanner kein Paktieren. Es steht als die Millionenorganisation der deutschen Republikaner auf der Wacht für die Republik bereit, sie gegen alle Angriffe, von welcher Seite sie auch kommen mögen, zu verteidigen.

Frei Heil!

J. A. (gez.) Hörsing, Bundesvorsitzender.

Diese Antwort des Vorsitzenden des Reichsbanners zeigt klar, daß das Reichsbanner von seinen Führern nicht als eine Organisation zum Kampf gegen die imperialistischen Kriege gewertet wird, sondern als eine Organisation zur Unterstützung der imperialistischen Kriege. Jetzt wird vielleicht manchem Arbeiter verständlich werden, warum viele örtliche Organisationen des Reichsbanners den Versuch machen, mit Stahlhelmorganisationen zu fraternisieren und weshalb in manchen Reichsbannerorganisationen der Geist der Kriegervereine dominiert. Es ist zweifellos die Absicht der Reichsbannerführer, diese Organisationen zu einer Prätorianergarde des Hurrapatriotismus im Kriegsfalle gegen Sowjetrußland zu benutzen. Die schamlosen antibolschewistischen Hetzartikel der sozialdemokratischen Presse liefern hierfür den hinreichenden Beweis.

Was hat Hörsing in seiner Antwort den deutschen Arbeitern zu sagen? Der Rote Frontkämpferbund hat einen klaren Weg aufgezeigt im Kampfe gegen den Zollwucher, Steuerraub, Brotverteuerung und die Rüstungen des westeuropäischen Imperialismus gegen Sowjetrußland. Dieser Weg kann von jedem ehrlichen Arbeiter beschritten werden. Jeder sozialdemokratische Arbeiter fühlt instinktiv, daß hier ein Wegweiser aufgerichtet wird, der das Ziel zeigt. Aber die sozialdemokratischen Führer wollen diesen Weg nicht und deshalb muß Hörsing durch eine wüste Kommunistenhetze über seine wahren Absichten hinwegtäuschen. Hörsing ist der Mann, der im mitteldeutschen Aufstand das Wort geprägt: „Der erste Tag muß blutig sein!"

So wie die proletarischen Reichsbannernkameraden im Kampfe gegen die Hakenkreuzler mit den Roten Frontkämpfern gemeinsame Sache gemacht haben, so werden sie auch die Kommunistenhetze ablehnen. Wir sind überzeugt, daß die Arbeiter in dem Reichsbanner innerhalb ihrer Organisation gegen dieses schamlose Dokument aufs schärfste Stellung nehmen werden. Die Antwort der Reichsbannerleute auf die frivole Spaltungsaktion Hörsings kann nur die energische Fortführung der gemeinsamen Aktionen mit den Roten Frontkämpfern sein. Am 2. August, an dem 11. Jahrestage der Wiederkehr des verbrecherischen Völkermordens, müssen die Reichsbannerkameraden, die so gut wie die Arbeiter vom Roten Frontkämpferbund im Dreck und Schlamm der Schützengräben gelegen haben, mit den Roten Frontkämpfern gemeinsam gegen den imperialistischen Krieg demonstrieren. Der 2. August muß beweisen, daß die Roten Frontkämpfer und die Arbeiter des Reichsbanners sich finden auf dem gemeinsamen Boden des Klassenkampfes und die Einheitsfront herstellen — trotz Hörsing und seiner kapitalistischen Auftraggeber!

Was der Weltkrieg kostete:

An Menschen:

Die Gesamtzahl der Toten aller Heere wird schätzungsweise 10 Millionen betragen. Die Zahl der Verwundeten wird vermutlich zwischen 20 und 30 Millionen liegen. Im Verhältnis zur Bevölkerung haben Serbien und Frankreich die größten Verluste.

Land	Tote	Verwundet
Rußland	1700000,	4050000
Deutsches Reich . . .	1824051,	4247105
Frankreich (weiße Trupp.)	1358872,	2560000
Frankreich (farb. Trupp.)	67000,	140000
Oesterreich-Ungarn . .	1200000,	3200000
England (ohne Kolonien)	743702,	1639262
Italien	496921,	949576
Belgien	115000,	—
Rumänien	520000,	—
Serbien	690000,	—
Ver. Staat. v. Nordamerika	56618,	245994
Bulgarien	105000,	—
Türkei	250000,	—

An Geld
(in Millionen Dollars)

Land	Nach Prof. Bogart	Nach Perreau-Prabier Die berücksicht. Zeit	Summe
England	44 029	4. 8. 14 — 31. 3. 19	41 500
Australien	1 423	"	1 400
Indien	601	"	579
Kanada	1 606	4. 8. 14 — 31. 8. 19	1 350
Neu-Seeland	379	4. 8. 14 — 31. 3. 19	366
Süd-Afrika	300	"	154
Uebr. brit. Kol.	125	—	—
Belgien	1 155	2. 8. 14 — 31. 10. 18	1 139
Frankreich	25 813	3. 8. 14 — 31. 3. 19	32 625
Griechenland	270	—	—
Italien	12 313	23. 5. 15 — 31. 5. 19	15 637
Japan	40	—	—
Rumänien	1 600	27. 8. 16 — 31. 10. 18	868
Rußland	22 597	1. 8. 14 — 31. 2. 17	25 482
Serbien	399	28. 7. 14 — 31. 10. 18	617
U. S. A.	32 080	5. 4. 17 — 30. 6. 19	31 138
Uebr. Ententestaaten	500	—	—
Entente	145 231		152 855
Oesterr.-Ung.	20 263	28. 7. 14 — 31. 7. 19	23 996
Bulgarien	815	4. 11. 15 — 31. 11. 18	695
Deutschland	40 150	1. 8. 14 — 31. 10. 19	46 930
Türkei	1 430	3. 11. 14 — 31. 11. 18	1.756
Mittelstaaten	62 658		73 377
Alle Staaten insgesamt	297 889		226 232 Millionen Dollars!

Die Fratze der Mitschuldigen:

Eine unübertroffene Gemeinheit

„An der unvergleichlichen Tapferkeit der deutschen und österreichischen Truppen zerschellen aber die verfluchten Pläne des wort- und treubrüchigen Blutzaren und seiner Alliierten, seien es nun die verschlagenen Japs, die hinterlistigen Briten, die ruhmredigen Franzosen, die verlogenen Belgier, die undankbaren Buren, die Rennomier-Kanadier oder auch die halbwilden verschleppten Indier, Turkos, Zuaven, Neger und anderes Geschmeiß . . .

Schlimm genug, daß sich brave deutsche Soldaten auf dem blutgetränkten Boden Frankreichs mit Halbwilden als französisch-britischem Kanonenfutter herumschlagen müssen. Schlimm genug, daß sich die „revolutionären" und „republikanischen" Franzosen vom russischen zaristischen Verbrechertum leithammeln und die sonst so nüchternen Belgier sich vom feigen perfiden Albion nasführen lassen. Jeder Kriegstag beweist zur Evidenz, wie gerecht die Sache des sich in der Notwehr befindlichen Deutschland ist . . .

Heute weht die deutsche Flagge auf den Türmen Antwerpens, hoffentlich für immer"

„Courier", Organ des Transportarbeiterverbandes, vom 24. Oktober 1914!

Gewerkschaften und S.P.D. als Handlanger des Generalkommandos

Deutscher Metallarbeiterverband
7. Bezirk

Düsseldorf, den 6. Mai 1918

Werte Kollegen!

Das Generalkommando hat unter Mitwirkung der verschiedensten Redakteure der sozialdemokratischen Arbeiterpresse eine Broschüre, betitelt „Tatsachen. Ein Wort zum Nachdenken für den deutschen Arbeiter" herausgegeben . .

Wir unterbreiten die Sache den Ortsverwaltungen und ersuchen, dem Ansuchen des Generalkommandos Rechnung zu tragen, d. h. **jedem Mitglied eine Broschüre zustellen zu wollen.** Um so mehr möchten wir die Verteilung der Broschüre empfehlen, **weil** wir vom Generalkommando bisher erwartet haben, daß **unseren Wünschen** resp. Beschwerden, Anträgen usw. **Rechnung getragen** wird, und nun einem Verlangen **des** Generalkommandos gegenüberstehen, wo von uns auch ein Entgegenkommen gewünscht wird."

Militär-Bordell Bukarest

Manche Frau wird sagen, so was gabs doch in der deutschen Armee nicht. Da ging es doch sittenstreng zu. Das machen doch höchstens die Franzosen. Weit gefehlt. Es marschierten dort viele Feldgraue hin, alte und junge, kranke und gesunde, verdorbene und unverdorbene. Aber mancher Gesunde verließ es krank, und mancher lernte im reinigenden Stahlbad des Krieges so manches, was er sonst nie gelernt. Ich sehe ihn noch vor mir, den mehrstöckigen Hinterbau vom Hotel „Universal" in einer abgelegenen Seitengasse. Auch wer nicht danach lief, lernte es leicht kennen: denn die Ortskommandantnr verteilte in der unmittelbaren Nachbarschaft für vorübergehend Anwesende Quartiere. Ein großer Toreingang. Hier steht der Militär-Kontroll-Posten. In einer Stube eine Sanitäts-Kontrolle, die von den meisten aber nicht benutzt wird. Ist das ein Gelache und Gekreische treppauf treppab und in den langen Korridoren mit den vielen Zimmern. Die Feldgrauen kommen und gehen. Die Freudenmädchen sitzen vor ihren Zimmern, stehen auf den Treppen und in den Gängen. Wer mit geringen Ansprüchen kommt, sieht da schon genug; denn sehr genierlich sind die Mädels und auch die Feldgrauen nicht. Wer mehr wünscht, wandert mit in ein Zimmerchen ab. Alles andere hängt dann von der Bezahlung ab. — Und all das spielte sich ab in Bukarest. Zivilisten wandten sich teils mit Abscheu ab, teils mit geheimer Schadenfreude. Andere bogen sich vor Lachen, wenn sie dann die von Moral und Religiosität triefenden Aufrufe maßgebender Stellen lasen. Das war in einer Stadt, in der das Oberkommando Mackensen lag. Q.

Krieg dem imperialistischen Krieg!

Lenin zeigt uns den Weg zum Kampf gegen den Krieg!

Aus dem Artikel: Lage und Aufgaben der sozialistischen Internationale

Der Zusammenbruch der Internationale liegt auf der Hand. Nicht bloß die linken Sozialdemokraten (Mehring und die „Bremer Bürgerzeitung"), aber auch die gemäßigten Schweizer Blätter („Volksrecht") haben es zugegeben. Kautskys Versuche, diesen Zusammenbruch zu vertuschen, sind eine feige Ausflucht. Und dieser Zusammenbruch ist eben der Zusammenbruch des Opportunismus, der sich als Gefangener der Bourgeoisie erwiesen hat.

Die Position der Bourgeoisie ist klar. Ebenso klar ist auch, daß die Opportunisten einfach blindlings deren Argumente wiederholen. Es sei hier auf das frivole Gerede der „Neuen Zeit" hingewiesen, daß der Internationalismus gerade darin bestehe,

daß die Arbeiter des einen Landes im Namen der Vaterlandsverteidigung auf die Arbeiter des anderen Landes schießen!

Die Frage des Vaterlandes — dies sei den Opportunisten angetreidet! — kann nicht behandelt werden, indem man den konkret historischen Charakter des Krieges übersieht. Dieser Krieg ist ein imperialistischer Krieg, d. h. ein Krieg der Epoche des fortgeschrittensten Kapitalismus, der Epoche des Ausganges des Kapitalismus. Die Arbeiterklasse hat sich zuerst im Rahmen der Nationen „einzurichten", sagt das „Kommunistische Manifest", indem es auf die Grenzen und Bedingungen unserer Anerkennung der Nationalität und des Vaterlandes hinweist. Die Opportunisten verdrehen diese Wahrheit und übertragen das, was für die Epoche des Aufschwunges des Kapitalismus gültig ist, auf die Epoche des Ausganges des Kapitalismus. Aber von dieser Epoche, von den Aufgaben des Proletariats im Kampfe, um die Zerstörung nicht des Feudalismus, sondern des Kapitalismus, spricht Karl Marx klar und deutlich: „Die Arbeiter haben kein Vaterland."

Begreiflich, warum die Opportunisten diese Wahrheit des Sozialismus anzuerkennen fürchten, ja zumeist fürchten, ihr offen Rechnung tragen. Die sozialistische Bewegung kann in dem alten Rahmen des Vaterlandes nicht siegen. Sie schafft neue, höhere Formen der menschlichen Gemeinschaft, da die berechtigten Bedürfnisse und fortschrittlichen Bestrebungen der werktätigen Massen einer jeden Nationalität zum ersten Male befriedigt sein werden in internationaler Einheit, unter Aufhebung der jetzigen nationalen Schranken. Auf die Versuche der jetzigen Bourgeoisie, die Arbeiter durch heuchlerische Argumente der „Vaterlandsverteidigung" zu trennen und zu spalten, werden die klassenbewußten Arbeiter mit neuen und immer wieder neuen und wiederholten Versuchen antworten, die Einheit der Arbeiter der verschiedenen Nationalitäten wieder herzustellen im Kampfe um den Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie aller Nationalitäten.

Die Bourgeoisie betört die Massen und bemäntelt den imperialistischen Raubzug durch die alte Ideologie des „nationalen Krieges". Das Proletariat entlarvt diesen Betrug und verkündet die Losung: Ueberleitung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg. Namentlich diese Losung hatten die Stuttgarter und Baseler Resolutionen gemeint, die nicht den Krieg überhaupt voraussahen, sondern gerade den jetzigen Krieg: sie sprachen nicht von „Vaterlandsverteidigung", sondern von der „Beschleunigung des Zusammenbruches des Kapitalismus", von der Ausnutzung der durch den Krieg geschaffenen Krise, von dem Vorbild der Kommune. Die Kommune bedeutete eine Umwandlung des Völkerkrieges in den Bürgerkrieg.

Eine solche Umwandlung ist natürlich nicht leicht und kann nicht „auf Wunsch" einzelner Parteien vor sich gehen. Aber gerade diese Umwandlung liegt in den objektiven Bedingungen des Kapitalismus überhaupt und der Epoche des Ausganges des Kapitalismus insbesondere. Und in dieser Richtung, lediglich in dieser Richtung haben die Sozialisten zu wirken. Nicht für Kriegskredite stimmen, nicht dem Chauvinismus des „eigenen" Landes (und der verbündeten Länder) Vorschub leisten, aber in erster Linie gegen den Chauvinismus der „eigenen" Bourgeoisie kämpfen, sich nicht auf legale Formen des Kampfes beschränken, wenn die Krise da ist und die Bourgeoisie selbst die von ihr geschaffene Legalität aufgehoben hat, — das ist die Richtung der Arbeit, die zum Bürgerkrieg führt und in diesem oder jenem Moment des europäischen Brandes zum Bürgerkrieg führen wird.

Der Krieg ist keine Zufälligkeit, keine „Sünde", wie die christlichen Pfaffen (die Patriotismus, Humanität und Frieden genau so predigen, wie die Opportunisten) glauben, sondern eine unvermeidliche Stufe des Kapitalismus, eine ebenso berechtigte Form des kapitalistischen Daseins wie der Friede. Der Krieg unserer Tage ist ein Volkskrieg. Aus dieser Wahrheit folgt aber nicht, daß man mit dem „Volksstrom" des Chauvinismus schwimmen soll, sondern daß in Kriegszeiten, auch im Kriege und in Kriegsform die Klassengegensätze, von denen die Völker zerfleischt werden, fortbestehen und in Erscheinung treten werden.

Dienstverweigerung, Militärstreik usw. bedeutet einfach eine Dummheit, einen kläglichen und feigen Traum vom waffenlosen Kampf gegen die bewaffnete Bourgeoisie, eine Phantasterei über die Aufhebung des Kapitalismus ohne den verzweifelten Bürgerkrieg oder eine Reihe von Kriegen.

Die Propaganda des Klassenkampfes bleibt auch im Kriege Pflicht der Sozialisten; die Arbeit, die auf die Ueberleitung des Völkerkrieges in den Bürgerkrieg gerichtet ist, ist im Zeitalter des imperialistischen bewaffneten Zusammenstoßes der Bourgeoisie aller Nationen die einzige sozialistische Arbeit. Nieder mit pfäffisch-sentimentalen und törichten Träumereien vom „Frieden um jeden Preis"! Wir wollen das Banner des Bürgerkrieges erheben.

Der Imperialismus hat das Geschick der europäischen Kultur aufs Spiel gesetzt. Diesem Kriege werden bald — wenn es nicht eine Reihe erfolgreicher Revolutionen geben wird, andere Kriege folgen — das Märchen vom „letzten Kriege" ist ein plattes schädliches Märchen. Heute oder morgen, wenn nicht während des jetzigen Krieges, so nach dem Kriege — in diesem oder im nächsten Kriege wird das proletarische Banner des Bürgerkrieges nicht nur die Hunderttausende der klassenbewußten Arbeiter um sich sammeln, sondern auch die Millionen der jetzt durch den Chauvinismus betörten Halbproletarier und Kleinbürger, die durch die Schrecken des Krieges nicht nur erschreckt und entsetzt, sondern auch belehrt, aufgeklärt, geweckt, organisiert, gestählt und zum Kriege gegen die Bourgeoisie sowohl des „eigenen" Landes wie auch der „fremden" Länder vorbereitet sein werden.

Die 2. Internationale ist tot, vom Opportunismus besiegt. Nieder mit dem Opportunismus und es lebe die sowohl von den „Ueberläufern" wie auch vom Opportunismus gesäuberte Internationale!

Die 2. Internationale hat ihren Teil nützlicher Vorbereitungsarbeit zur Organisierung der proletarischen Massen während der langen „Friedensperiode", der härtesten kapitalistischen Versklavung und des raschesten kapitalistischen Fortschritts im letzten Drittel des 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts getan. Der 3. Internationale steht die Aufgabe bevor, die Kräfte des Proletariats zum revolutionären Ansturm gegen die kapitalistischen Regierungen zu organisieren: zum Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie aller Länder um die politische Macht, um den Sieg des Sozialismus!

1. November 1914.

Antimilitaristische Propaganda der kommunistischen Jugend

Der Geist Lenins und Liebknechts lebt!

Fédération Nationale des Jeunesses Communistes de France

SOLDATS!

Par un ordre criminel les prétendus vainqueurs de la terrible guerre de 1914—19, vous appellent aujourd'hui à aggraver l'esclavage politique et économique de vos frères prolétaires allemands.

SOLDATS! N'oubliez pas que vous êtes au service de la classe bourgeoise, que les capitalistes d'Allemagne et de France ont déjà préparé leurs coffres-forts pour amasser des plus grands profits.

SOLDATS! Pour vous la guerre de 1914 ne s'est pas terminée. La paix depuis l'armistice est devenue par le Traité de Versailles un complot capitaliste, au service des Loucheur, Hugo Stinnes, Schneider, etc., une riche source de profit.

Et vous, PETITS SOLDATS! Jeunes travailleurs de la terre, de l'usine, du bureau! Inconsciemment vous vous rendez complices d'un crime envers vos frères et vos pères de France, que vous priverez du travail car vos frères prolétaires allemands deviendront les esclaves du travail forcé, bêtes de somme des capitalistes français et internationaux, justement parce que par l'occupation des territoires de la Ruhr - vous permettez à vos exploiteurs de les opprimer, pour ensuite les exploiter.

SOLDATS! Si vous avancez dans la Ruhr, pensez que vous êtes destinés à servir d'instrument contre les intérêts du prolétariat d'Allemagne, de France et du monde entier.

Soldats! Travailleurs de la terre!
Soldats! Travailleurs de l'usine!

Les CAPITALISTES de tous les pays sont vos ENNEMIS!
Les PROLETAIRES de tous les pays sont vos FRERES!

Au service de la cause du prolétariat vous appellent

les Jeunesses Communistes de France.

Kommunistischer Jugendverband Frankreichs.

Soldaten!

Ein verbrecherischer Befehl der sogenannten Sieger aus dem Schreckenskrieg von 1914—19 ruft Euch heute, die wirtschaftliche und politische Sklaverei der deutschen Arbeitsbrüder zu verschärfen.

Soldaten! Vergeßt nicht, daß Ihr im Dienste der bürgerlichen Klasse steht, und daß die Kapitalisten Deutschlands und Frankreichs schon ihre Kassenschränke aufgerissen haben zur Anhäufung noch größerer Profite.

Soldaten! Für Euch ist der Krieg von 1914 noch nicht beendet. Der „Frieden" seit dem Waffenstillstand ist durch den Vertrag von Versailles ein kapitalistisches Komplott geworden, im Dienste eines Loucheur, Hugo Stinnes, Schneider usw., eine reiche Quelle neuer Gewinne.

Und Ihr, Soldaten! Junge Arbeiter des Landes, der Fabrik und der Schreibstube! Unbewußt werdet Ihr Mitbeteiligte eines Verbrechens, das an Euren Brüdern und Vätern Frankreichs begangen wird, denen Ihr die Arbeit rauben werdet, denn Eure deutschen Arbeitsbrüder werden Sklaven der Zwangsarbeit. Arbeitstiere werden für die französischen und internationalen Kapitalisten, gerade weil die Besetzung des Ruhrgebietes Euren Ausbeutern es ermöglichen wird, sie zu unterdrücken und dann auszubeuten.

Soldaten! Wenn Ihr in das Ruhrgebiet einrückt, denkt daran, daß Ihr in erster Linie bestimmt seid, als Werkzeug gegen die Interessen des Proletariats von Deutschland, Frankreich und der ganzen Welt zu dienen.

Soldaten! Söhne der werktätigen Klassen!

Denkt daran:

Die **Kapitalisten** aller Länder sind Eure **Feinde!**
Die **Proletarier** aller Länder sind Eure **Brüder!**

Zur Verteidigung der Sache des Proletariats ruft Euch die

Kommunistische Jugend Frankreichs.

Dieses Plakat wurde in der Nacht zum 11. Januar 1923 von französischen und deutschen Jungkommunisten in allen Orten des Ruhrgebietes angeklebt und erregte bei den wenige Stunden später einrückenden französischen Truppen und bei der Bevölkerung großes Aufsehen. Zur gleichen Zeit standen die „antimilitaristischen" Sozialdemokraten und ihre Jugend in der „nationalen Einheitsfront" mit den Grubenkapitalisten.

Die Luftrüstungen der imperialistischen Staaten

Man kann jetzt ohne Uebertreibung sagen, daß bei den Anstrengungen aller Großstaaten, die sich um die Schaffung einer den Verhältnissen am besten entsprechenden bewaffneten Organisation bemühen, die Hauptrolle, die Sorge um die Schaffung einer möglichst mächtigen Luftflotte, sowohl zu Lande, als auch zu Wasser, spielt.

Die Niederwerfung des Gegners in der Luft eröffnet dem Sieger die Möglichkeit eines noch nie dagewesenen, durch nichts behinderten Manövrierens. Die gesamte Etappe des Gegners mit allen für die Kriegsführung so sehr erforderlichen industriellen und technischen Anlagen geraten dann unter seine Schläge. Hauptstädte und große Lebenszentren werden zu einer leichten Beute für den Angreifer. Bei andauernden Wachsen der technischen Entwicklung des Bombenwerfens und bei der bereits erreichten Erhöhung der Tragfähigkeit der Luftfahrzeuge

können Städte, wie London und Paris nach den Feststellungen von Fachleuten durch eine Flotte von 500 Aeroplanen in kürzester Zeit von der Oberfläche weggefegt werden.

Schon dieser Umstand allein, der es ermöglicht, große staatliche Mittelpunkte und Verwaltungszentren durch eine bewaffnete Aktion zu vernichten, bestimmt die zukünftige Rolle der Luftflotte. Man kann voraussehen, daß ihr Auftreten, das bis jetzt eine zweite Rolle spielte und nur hilfsmäßigen Charakter trug, in den künftigen Kriegen die entscheidende Hauptrolle spielen wird. Alle übrigen Truppengattungen werden im Dienste der Aviatik stehen. Schon jetzt erfüllt die Aviatik auf vielen Kriegsschauplätzen diese entscheidende Hauptrolle. So ist uns bekannt, daß die Engländer und die Franzosen die Aviatik in ihren Kolonien als ein entscheidendes Kriegsmittel benutzt haben und dadurch mit größter Leichtigkeit die positivsten und wirksamsten Ergebnisse erzielten.

Die verhältnismäßige Leichtigkeit, mit der die nationale Aeroindustrie organisiert werden kann, muß auch als ein Ansporn zur ungeheuren Entwicklung der Aviatik für ihre Rolle in den künftigen Kriegen angesehen werden. Die Hauptfrage bleibt nur noch der Personalbestand. Es ist schwer, auf einmal die nötige Anzahl Führer und Mechaniker zu finden, die in der Lage wären, eine Flotte zu bedienen, die bei dem gegenwärtigen technischen Stande dieser Industrie innerhalb kurzer Frist als kampfbereiter Faktor bei dieser oder jener Großmacht auftreten könnte.

Aber auch hierin macht sich das Bestreben geltend, die Lücken möglichst schnell auszufüllen. In allen Staaten des Westens werden Aviatik-Ligen organisiert. Selbst Schüler werden im jüngsten Lebensalter eingeladen, diesen Ligen beizutreten, während es den Lehrern zur Pflicht gemacht wird, unter der Jugend die Liebe der Aviatik möglichst auf breiter Basis zu pflegen. Um sich ein Bild von der Konkurrenz, die zwischen England und Frankreich auf dem Gebiete der Aviatik ausgebrochen ist, machen zu können, genügt es, von den Erklärungen und Zeugnissen englischer Politiker, die diese im abgelaufenen Jahre abgegeben haben, Kenntnis zu nehmen.

Die Engländer haben festgestellt, daß der französische Mobilisationsplan die Schaffung von 378 Luftgeschwadern mit 3402 Aeroplanen vorsieht, wobei diese Ziffer leicht bis 4000 erhöht werden kann. Nach demselben statistischen Material sollen die Franzosen innerhalb der abgelaufenen drei Jahre zirka 2400 Kriegsflieger ausgebildet haben. Als aber das englische Parlament angesichts dieser Tatsache das äußerst bescheidene Kontingent der Kriegsflieger um 100 Prozent erhöhte, gingen die Franzosen sofort an eine Erhöhung ihres Kontingents um 20 Prozent.

Angesichts des offenkundigen Bestrebens Frankreichs, über eine Luftflotte zu verfügen, die es zum Beherrscher der Lüfte macht, beschlossen die Engländer in der Mitte des abgelaufenen Jahres, ihre Flotte auf einmal um 34 Geschwader so zu erhöhen, daß die für die Verteidigung der Metropole bestimmten Kräfte aus 52 Geschwadern zu je 12 Apparaten, d. h. aus 624 Apparaten bestehen sollte.

Sofort wurde ein entsprechendes Budget bewilligt. Nach Mitteilungen der französischen Presse werden die britischen Luftstreitkräfte Ende 1925 aus 100 Geschwadern, d. h. 1200 Aeroplanen bestehen.

Fast gleichzeitig mit dem zwischen England und Frankreich ausgebrochenen Wettbewerb um die Beherrschung der Luft machte sich auch in Italien das Bestreben geltend, die Luftflotte zu vergrößern und sie auf 800 Aeroplane zu bringen, die in einer besondern, „Königliche Luftflotte" benannten, Organisation vereint sein sollen.

Das Verbot des Giftgaskrieges

Nachdem die Waffenhandelskonferenz des Völkerbundes beschlossen hat, die Verwendung von Giftgasen im kommenden Krieg abzulehnen, ist diese schreckliche Gefahr beseitigt. Die weniger schrecklichen Dinge wie Granaten, Fliegerbomben, sind bis auf weiteres noch erlaubt, aber was bedeuten sie gegenüber dem herrlichen Friedenswillen, der aus dem Verbot des Giftgaskrieges herausspringt? Wer — außer einem paar Unverbesserlicher — zweifelt, daß auch noch diese Kinderspielzeuge, wie 42-cm-Granaten und Fliegerbomben von 4—5 Tonnen Gewicht verboten werden? Das Proletariat macht sich seine eigenen Gedanken über diese kapitalistischen Verträge. Es erinnert sich daran, daß zur gegebenen Zeit Verträge stets „ein Fetzen Papier" werden, es erinnert sich, daß die so heilig beschworene belgische Neutralität von beiden Seiten gebrochen wurde, da der Durchmarsch durch Belgien für beide Seiten ein strategisches Ziel bildete. Es erinnert sich daran daß der deutsche Generalstabsplan lange vor 1914 den Durchmarsch durch Belgien vorsah, obwohl man ständig die Heiligkeit der Grenzen Belgiens beschwor.

Gerade, was den Giftgaskrieg anbelangt, so liegt bereits eine feierliche Erklärung Amerikas, Englands, Japans, Frankreichs und Italiens vor, von jedem Gebrauch giftiger oder Reizgase oder ähnlich wirkender Stoffe abzusehen (im Washingtoner Abkommen Artikel 5 beschlossen. — Die Giftgasrüstungen dieser Staaten gehen jedoch trotz dieser feierlichen Beschwörung munter weiter. Ganz offen haben kurz darauf die amerikanischen Kapitalisten erklärt, daß sie auf den Gebrauch von Giftgas nicht verzichten können. Aus vielen solchen Erklärungen wollen wir nur einzelne herausziehen. So erklärte der Chef des amerikanischen Chemischen Kriegsdienstes, General A. Frieß:

„Eine Nation mit größeren wissenschaftlichen Kenntnissen wird unzweifelhaft im nächsten Kriege von dieser Wissenschaft vollsten Gebrauch machen." (U.S.A. Infantry Joarnal, 1922, S. 524.)

Ein anderer führender Militärchemiker schreibt in einer anderen amtlichen Militärzeitschrift:

„Durch Verträge kann der Gaskrieg nicht beseitigt werden. Er gibt den Nationen ein mächtiges

Schärfe gegen die Regierung und ihre Parteien Berge von Anklagematerial häufen.

Agrarier und Schwerkapitalisten machen sich nicht einmal die Mühe, ihre eigenen Anträge zu begründen. Sie finden sich nur ein um die Anträge der Opposition kaltlächelnd abzulehnen.

Als der Kommunist Neubauer den Agrariern auf der rechten Seite des Hauses ihre organisierte Steuersabotage vorhält, und ihnen in scharfem Ton verspricht, daß die betrogene Arbeiterschaft diesen Steuerräubern das Handwerk legen wird, kriegt's der Präsident Graef mit der Angst zu tun. Er macht Neubauer darauf aufmerksam, daß er seine Handbewegungen etwas anders einrichten möge. Allgemeines Lachen im ganzen Hause ob dieser Hanswurstiade.

Genosse Höllein brandmarkt in scharfer Weise die S.P.D. als diejenigen, die das schlimmste Schandgesetz, die Lohnsteuern, den Arbeitern aufgehalst haben, nicht im Interesse der Arbeiter, sondern im Interesse der Kapitalisten, zu einer Zeit, wo die Sozialdemokraten noch beteiligt waren a[...] kapitalistischen Reichsregierung. Heute [...]sen die Sozialdemokraten selber zug[...] welches ungeheuere Steuerunrecht die [...]steuer bedeutet und versuchen, in kl[...] Reformwerk diese Schäden auszube[...] Eine Regierung aber, die dieses S[...]deckt, auf der einen Seite die Masse[n]plünderung der Werktätigen, auf der [ande]ren Seite die organisierte Steuersab[otage] der großen Geld- und Kapitalbesitzer, [...] solche Regierung ist nicht wert, einen [...] länger zu existieren.

Aus München.

Wie vor elf Jahren ....

Wie vor elf Jahren brennt der Himmel rot –
In China und Marokko lodern erste Flammen,
Das Kapital schickt seinen Knecht, den Tod,
In Gas und Stahl erstickt der Schrei nach Brot:
Am Geist von vierzehn bricht die Welt zusammen.

Wie damals hängt das Schwert an einem Haar –
verbluten sollt ihr, und sie wollen prassen.
Auf Kreuz und Säbel schwört der Bonzen Schar.
die freudig „in der Stunde der Gefahr“
das – Proletariat im Stiche lassen.

Ihr seid die Sklaven nicht mehr jener Macht,
und der Prolet ist nicht mehr deutscher Michel!
Im Osten steht der Bruder auf der Wacht –
der Sowjetstern führt uns aus dumpfer Nacht
zum Tag des Hammers und der Sichel!

Slang

10 Prozent Mietesteigerung im August

Was wir schon vor Wochen behauptet haben, wird heute nun amtlich bestätigt. Die Hausagrarier und die ihnen willfährigen Behörden drängen mit aller Macht zur Friedensmiete und darüber hinaus. Für Bayern wurde der Mietssatz für den Monat August auf 95 % der Friedensmiete festgesetzt. Der Mieter in München zahlt 1 % weniger, was daher kommt, daß die Münchener Umlage zur Haussteuer etwas geringer als im übrigen Bayern ist. Immerhin zahlt man in München 94 % der Friedensmiete, was gegenüber dem Vormonat eine Steigerung von 10 % bedeutet.

Nachdem die Löhne und Gehälter kaum zur Beschaffung der notwendigsten Nahrungsmittel ausreichen, trifft diese Mietpreissteigerng die weitesten Kreise der Bevölkerung auf das Härteste; und doch ist diese Verteuerung des Lebensunterhaltes, wenn es nach dem Willen der herrschenden Klasse geht, noch nicht die letzte und die schlimmste. Mit den geplanten Zöllen und und Steuern drohen Hunger und Elend. Zur Abwehr derselben giebt es nur Eines:

Unterstützung der Kommunisten in ihrem Kampf gegen Wucher und Ausbeutung!

Massenentlassungen bei Maffei

Die seit Wochen eingesetzten Arbeiterentlassungen bei Maffei gehen weiter. Es sollen im Ganzen

1000 bis 1200 Arbeiter entlassen

werden. Diese Arbeiterentlassungen sind nach verschiedener Richtung hin ein ungeheuerer Skandal und ein Schlag in das Gesicht der organisierten Arbeiterschaft. Denn es muß festgestellt werden, daß man Familienväter auf die Straße wirft, währenddem man die Meistersöhnchen, Werkstudenten, von denen es bei Maffai geradezu wimmelt, und andere Protektionskinder weiter beschäftigt. Ja, nicht genug damit! Es ist eine unleugbare Tatsache, daß in denselben Abteilungen, wo Arbeiterentlassungen erfolgen, **zu gleicher Zeit Ueberstunden auf Ueberstunden geschuftet** werden. Nicht nur an den Werktagen, sondern **auch an Sonntagen** wird dort gearbeitet. Das alles [...]

[...]verband als zuständige Gewerkschaft und darüber hinaus alle freiorganisierten Arbeiter Stellung zu diesem Skandal nehmen.

Es stehen die Lebensinteressen der Arbeiterschaft auf dem Spiele und darüber haben wir zu wachen. Was heute bei Maffei geschieht, kann morgen in jedem anderen Betrieb geschehen. Die Münchner Arbeiterschaft darf so wenig wie die übrige bayerische und deutsche Arbeiterschaft mit sich Schindluder treiben lassen. Als freiorganisierte Arbeiter dürfen wir auch nicht den Verrat an unseren Prinzipien dulden. Darum möge die Verbandsleitung des D.M.V. schleunigst einmal nach dem Rechten sehen. Wir warten auf Rückäußerung des Verbandes.

Ob die Gerüchte, daß die Firma Maffei sich in Zahlungsschwierigkeiten befindet, mit den Arbeiterentlassungen zusammenhängen, [...] wir nicht feststellen. Trotz allen [...] halten sich die Gerüchte von [...]stehenden Pleite (natürlich a la [...]ht.

[...] ihm sämtliche Finger zerfleischt wurden.

In der Adelzreiterstraße kam beim Transport eines Schrankes ein 24 Jahre alter Schreiner zu Fall. Dabei fiel ihm der Schrank auf die Brust, sodaß er eine schwere Brustkorbquetschung erlitt und vom Rettungsdienst in die Chirurgische Klinik gebracht werden mußte.

Unfälle

Ecke Trappentreu- und Westendstraße stießen zwei Motorradfahrer zusammen. Beide Fahrer kamen zu Fall, wobei der eine, ein 56 Jahre alter Obsthändler, einen Schädelbruch erlitt, dem er erlegen ist. Der zweite Motorradfahrer erlitt eine Kopfverletzung.

Mit einem Straßenbahnwagen zusammengestoßen ist in der Dachauerstraße ein radfahrender Student. Derselbe erlitt beim Fall u.a. eine schwere Gehirnerschütterung und mußte vom Rettungsdienst in die Chirurgische Klinik gebracht werden.

Eine dunkle Geschichte!

In die Chirurgische Klinik wurde vom Rettungsdienst ein 23 Jahre alter Kaufmann mit schweren Verletzungen am Kopfe eingeliefert. Der Verletzte gibt an, daß er in einem Familienbad im Süden der Stadt während des Schlafes von einem anderen Badegast überfallen und mit einem Schlagring so zugerichtet worden sei.

Aus Bayern

Die Bayerische Volkspartei gegen die Amnestie!

Die Bayerische Volkspartei, jene Partei, die ihre Regierungsmacht ausübt, unter Ausnützung des hochverräterischen Unternehmens der Kahr, Lossow und Zeißer ist die brutalste Gegnerin jeder Amnestierung der proletarischen Kämpfer. Das mußte die Nürnberger Amnestiedelegation bei ihrer Besprechung mit dem Reichstagsabgeordneten Pfleger, der Bayerischen Volkspartei erfahren.

Auf die Forderung nach Vollamnestie antwortete Pfleger, daß er und seine Partei [...] Gegner auch der jetzigen [...] seien.

[...]ng der Zuchthausstrafen [...]är sie überhaupt nicht in Frage.

[...]amnestierung der Räterepu[...]ner sei völlig aussichtslos

[...] könnten noch einige Einzelbegna[digungen] stattfinden, doch müßten davon [die sc]hweren Fälle unbedingt abgelehnt [we]rden. Herr Pfleger wies dabei besonders [a]uf den Fall Lindner hin.

Gerade dieser Hinweis auf den mutigen Klassenkämpfer Lindner, dessen Schuß auf Auer die Antwort der Ermordung Eisners durch Graf Arco war, der längst amnestiert ist, zeigt wie die Bayerische Volkspartei ihre Macht brutal gegen die Arbeiterschaft anwendet und nicht daran denkt, die Arbeiter aus den Zuchthäusern und Gefängnissen zu lassen.

Die bayerische Arbeiterschaft muß aus diesem Verhalten lernen. Die bayerische Regiernng soll im Gefolge der Reichsamnestie ebenfalls eine Amnestie erlassen. Heute schon müssen die gesamte Arbeiterschaft und alle Werktätigen Bayerns ihre Stimme erheben, daß alle proletarischen politischen Gefangenen amnestiert werden müssen. Insbesondere gilt dies für die Räterepublikaner und für alle Arbeiter, die auf Grund der Kahrverordnungen und ihrer Nachfolgeverordnungen der Regierung Held (Verbot der K.P.D., Ausnahmeverordnungen) wie für die, welche für die Abwehr der faschistischen Terroraktionen verurteilt wurden.

Sammelt weiter Unterschriften!
Verstärkt die Amnestiekampagne.

Die bayerische Amnestiefront

München, 30. Juni

Die am Donnerstag, den 30. Juli zahlreich besuchte Versammlung der Buchdrucker Münchens nahm einstimmig eine Resolution für die Vollamnestie und gegen den Zoll- und Steuerraub an. Der Delegierte zum Gewerkschaftskongreß wurde beauftragt, im Kongreß für die Entsendung einer russischen Gewerkschaftsdelegation einzutreten.

Weiterer Bericht über die Versammlung folgt. Red.

Rosenheim

Eine in der Mehrzahl von S.P.D.-Kollegen besuchte Versammlung des Gewerkschaftsvereins faßte folgende Resolution einstimmig:

Die am 19. Juli 1925 stattgefundene Versammlung des Gewerkschaftsvereins Rosenheim und Umgebung erhebt schärfsten Protest, daß von der Reichsregierung zur Vollamnestierung der politischen Gefangenen bisher nichts veranlaßt worden ist.

Die Versammlung sieht in der Verzögerung eines alle politischen Gefangenen umfassenden Amnestiegesetzes, eine gegen die für ihre Ueberzeugung eintretenden Proleten gerichtete unmenschliche Härte. Die Versammlung ersucht deshalb den A.D.G.B. bei der Reichsregierung energisch darauf zu bringen, eine beschleunigte Durchführung der Amnestie aller politischen Gefangenen herbeizuführen.

Röthenbach a. d. Pegnitz

Der Gesangverein „Eichenlaub“ faßte in seiner Mitgliederversammlung folgende Resolution:

Die am Sonntag, den 26. Juli versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen des Arbeiter-Gesangvereins „Eichenlaub“, fordern von der Reichsregierung nicht nur eine dem Volksempfinden wiedersprechende einseitige Amnestie, die bloß die rechtsstehende Kreise amnestiert, sondern eine Vollamnestie, denn auch die proletarischen Gefangenen haben das Recht, amnestiert zu werden.

Gleichzeitig erhebt die Versammlung schärfsten Protest gegen die Zollvorlage, die den Kapitalisten daß Recht geben, die arbeitende Bevölkerung noch mehr auszubeuten und auszusaugen wie bisher.

Erzwingt die Vollamnestie!

Die Belegschaft der Donau-Ziegelwerke nimmt von dem ungenügenden Amnestiegesetz der Reichsregierung mit schärfster Entrüstung Kenntnis und verlangt die sofortige Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen. Des weiteren verlangt die Belegschaft von allen freien proletarischen Organisationen, daß dieselben alle Mittel anwenden, bis znr Erzwingung einer Vollamnestie für die proletarischen politischen Gefangenen.

Aus der Partei

Mitgliedsbuch Nr. 554 auf dem Namen Gundler Otto, Trappentreustraße 34/II, verloren gegangen. Vor Mißbrauch wird gewarnt.

Augsburg

Roter Tag in Ulm

Genossen welche mit der Bahn fahren, treffen sich am Sontag Früh **halb 7 Uhr** am **Hauptbahnhof. Abfahrt 7¹⁴** beschl. Personenzug.

Die Radler treffen sich am Samstag nachmittag halb 4 Uhr am „Heimgarten“ in Kriegshaber.

Autofahrt findet nicht statt.

Ortsleitung.

Spielplan der Münchener Theater

Prinz-Regenten-Theater:
Samstag, 1. August nachm. 4 Uhr Die Meistersinger von Nürnberg
Sonntag, 2. August nachm. u. abends –

National-Theater:
Geschlossen

Residenz-Theater:
Samstag, 1. August abends ½8 Uhr Lady Windermeres Fächer
Sonntag, 2. August nachm. – abends halb 8 Uhr Die Zauberflöte

Münchener Schauspielhaus
Samstag, 1. August abends halb 8 Uhr Madame Sans-Gene
Sonntag, 2. August nachm. Galante Nacht abends halb 8 Uhr Madame Sans Gene

Münchener Kammerspiele:
Samstag, 1. August halb 8 Uhr Der blaue Vogel
Sonntag, 2. August nachm. halb 4 Uhr Der blaue Vogel / abends halb 8 Uhr Der blaue Vogel

Theater am Gärtnerplatz
Samstag, 1. August halb 8 Uhr Anneliese von Dessau
Sonntag, 2. August nachm. halb 4 Uhr Der fidele Bauer / abends halb 8 Uhr Anneliese von Dessau

Münchener Volkstheater
Samstag, 1. August halb 8 Uhr Die vertauschte Frau
Sonntag, 2. August nachm. halb 4 Uhr Charleys Tante / abends halb 8 Uhr Die vertauschte Frau

Operettenbühne (Lustspielhaus)
Samstag, 1. August halb 8 Uhr Die Geliebte Seiner Hoheit
Sonntag, 2. August nachm. – abends halb 8 Uhr Die Geliebte Seiner Hoheit

Die Menschenfreunde in zerlumpten Hosen

Roman von Robert Tressal

Bearbeitet von Jessie Pope

Erscheint in Kürze in Buchform im „Neuen Deutschen Verlag“, Berlin

(Nachdruck verboten)

30. Fortsetzung.

Hurtig selbst hat ihn anfangen lassen. Er scheint Muster von seiner Arbeit mitgenommen und dem Alten gezeigt zu haben.“

„Kann er denn die Bilder rausstecken?“

„Ja, sagte Craß verächtlich, „aber für glatte Arbeit taugt er nicht. Er kann so'n bißchen malen und zeichnen – aber das wird ja nicht oft gebraucht, und für glatte Arbeit, das ist Sawkins jeden Tag noch soviel wert wie er!“

„Ja, ich glaube auch“, erwiderte Easton, der sich ziemlich beschämt fühlte über seine Rolle bei dieser Unterhaltung.

„Ach, nebenbei“, fügte er kurz, froh dem Gespräch endlich eine andere Wendung geben zu können, hinzu, „weißt du nicht jemand, der ein Zimmer braucht? Wir haben eines mehr als wir brauchen, und meine Frau dachte, wir könnten es gerade so gut vermieten.“

Craß dachte einen Augenblick nach. „Ich könnte es im Moment nicht sagen“, meinte er zweifelnd. Schleim sprach letzte Woche davon, seine alte Wohnung verlassen zu wollen, aber ich weiß nicht, ob er schon eine neue Stelle hat. Du kannst ihn ja mal fragen. Sonst wüßte ich keinen.“

„Ich werde mit ihm reden“, erwiderte Easton. „Wie spät ist es denn? Es muß doch bald Zeit sein?“

„Ja, gerade acht“, rief Craß, zog die Trillerpfeife und blies darauf, damit die anderen es auch wüßten.

„Hat einer Jack Linden gesehen, seit er entlassen wurde?“, fragte Harlow während des Frühstücks.

„Ich, Sonnabend“, sagte Schleim.

„Hat er wieder was?“

„Weiß nicht, hatte keine Zeit mit ihm zu reden.“

„Nein, er hat nichts“, bemerkte Philpot. „Ich sah ihn Sonnabend Abend und er hat mir erzählt, er wäre die ganze Zeit vergebens herumgelaufen.“ Philpot erwähnte nicht, daß er Linden einen Schilling „geliehen“ hatte, den er niemals zurückerwartete.

„Er wird sobald nichts wieder finden, er ist zu alt“, meinte Easton.

„Eigentlich kann man es „Elend“ nicht übel nehmen, daß er ihn entlassen hat“, sagte Craß nach einer Weile, „er war zu langsam für ein Begräbnis.“

„Ich möchte wissen, wie flink du in seinem Alter sein wirst“, sagte Owen.

„Vielleicht will ich dann gar nichts mehr tun“, sagte Craß mit dem Versuch, einen Witz zu machen. „Ich werde von meinen Ersparnissen leben.“

„Für den alten Jack wäre es am Besten, er ginge ins Armenhaus“, sagte Harlow.

„Ja, darauf wird's am Ende wohl auch hinauslaufen“, sagte Easton sachlich.

„Ein großartiges Ende“, erwiderte Owen, „nach einem Leben voll harter Arbeit wird man am Ende wie ein Verbrecher behandelt.“

„Ich weiß nicht, was du wie ein Verbrecher behandelt werden, nennst“, sagte Craß wütend. „Nach meiner Meinung haben sie da eine verdammt gute Zeit und wir müssen das Geld dafür aufbringen.“

„Komm' um Gotteswillen nicht mit weiteren Beweisen“, bat Harlow Owen, „wir haben noch genug von voriger Woche. Du kannst doch schließlich dem Unternehmer auch nicht zumuten, Leute zu beschäftigen, die zu alt zur Arbeit sind.“

Der alte Philpot sagte nichts.

„Natürlich nicht“, bestätigte Craß. „Uebrigens hat das ewige Kritisieren gar keinen Sinn“, fuhr er fort. „Diese Dinge sind nicht zu ändern. Woher soll den die Arbeit für alle kommen, bei all den arbeitsparenden Maschinen, die erfunden werden?“

„Selbstverständlich“, sagte Harlow. Leute, die früher eine Arbeit gemacht haben, zu der man jetzt Maschinen benutzt, müssen sich eben was anderes suchen. Manche kommen beispielsweise in unser Gewerbe. Die Folge davon ist: wir sind zu viele und es ist nicht genug Arbeit für alle da.“

„Ja“, rief Craß eifrig, „das ist ganz meine Meinung. Die Maschinen sind die Ursache von der ganzen Armut. Ich hab's neulich schon gesagt.“

„Der Gebrauch von Maschinen ist sicher oft die Ursache von Arbeitslosigkeit“, sagte Owen, „aber nicht die Ursache der Armut. Das ist ganz was anderes.“

Die anderen lachten spöttisch.

„Das scheint mir beides doch auf dasselbe herauszubekommen“, sagte Harlow und faßt alle stimmten zu.

„Mir scheint es nicht so“, erwiderte Owen.

Saison-Ausverkauf

-.95 M. 1.95 M. 2.95 M.

David Jackowitz (Textilhaus des Ostens)
MÜNCHEN – Weißenburgerstrasse 41
direkt am Ostbahnhof 297

Raucher

werden am solidesten und preiswertesten bedient im
Zigarrenhaus Franz Hörmann
Augustenstraße 103, T. 56975
Billigste Bezugsquelle für Organisationen, Kantinen, Vereine und Wirte
301

Salvator-Keller
am Nockherberg
Jeden Sonn- und Feiertag
Große
Musik-Konzerte
der Kapelle H. Roßmann
Bei schöner Witterung im großen Garten
Bei ungünstiger Witterung im Saal
Anfang 4 Uhr 268 Eintritt frei

Wo kaufe ich meine
SCHUHWAREN
nur Qualitätswaren
bei billigsten Preisen 283
W. ULLMANN
Sendlingerstraße 52

Schuhhaus Knöchel [...] **Ausverkauf**
Nürnberg, Theresienstrasse [...]
Ich bringe außergewöhnlich billige Ang[...] [...]gsstunden zu benutzen.

Kolosseums-Bierhalle
Ecke Hans Sachs- u. Ickstattstr. / Straßenbahnlinien 2 u. 7
Täglich bei schöner Witterung
Große
Garten-Konzerte
Eintritt frei! 267 Eintritt frei!
I. Stock Festsäle Samstag und Sonntag
Tanz-Unterhaltung
Titl. Gewerkschaften und Vereinen empfehle ich meine Säle zur Abhaltung von Versammlungen u. Festlichkeiten

---

LÖWE[...]
Saal [...]
Täglic[...]
Sonn- und [...]
Großes [...]
Im Bräustüberl jeden [...]
Frühschoppen-Konzert
Bei günstiger Witterung finden die Konzerte im Garten statt
Auswahlreicher Mittag- und Abendtisch (244

Inserate
haben in der „NEUEN ZEITUNG“
den größten Erfolg!

[...]ohne Aufschlag Teilzahlung
Lieferung frei ins Haus
Sendlingerstraße 38 (Hof)
284

Uhren rep. u. verkauft für die Bezieher der Neuen Zeitung zu billigen Preisen 255
Schlicht, München
Damenstiftstr. 16/4

[...]**uchstduFarben**
[...]**geh' zu Hollnack**
[...]g Wiesenstraße 132a (frühere Meldestelle Süd)
Fachmännische Bedienung 148
Verkaufsstelle der berühmten Büffelbeize

Braucht ihr Schuhe,
so geht zum
Gostenhofer Schuhwarenhaus
Michael Hofmann, Nürnberg
Gostenhofer Hauptstr. 51
Enorm billige Preise!
Beste Passformen! 216

Wenn ihr
Gardinen, Vorhänge
usw. braucht, empfehlen wir euch als Bezugsquelle nur die Firma

Vertrieb von Erzeugnissen sächsischer
Gardinen-Fabriken
Telephon 2693 NÜRNBERG Ludwigstr. 12
weil diese tatsächlich die besten Qualitäten, die größte Auswahl und die allerbilligsten Preise hat

---

Albert Geng
Nachfolger 239
Nürnberg / Ludwigstr. 40
Fernsprecher Nr. 717
Streichfertige Oelfarben,
sämtliche Tüncherfarben,
Oele usw.
Beste Qualität / billigste Preise

Saison-Ausverkauf 248
zu bedeutend herabgesetzten Preisen

Anzüge	ab M.	25.50
Arbeitshosen	" "	3.50
Manchesterhosen	" "	8.50
Cordhosen	" "	8.50
la Trachtenhosen	" "	8.50
Einsatzhemden	" "	2.40

ferner Knaben- und Burschenhosen und Gummimäntel
Müller, Baaderst. 62

Stehen Sie auf
dem Standpunkt, daß Sie ihr Zimmer schön tünchen wollen, so
setzen Sie sich
mit den durch das
Fortuna-Schablonen
Plakat gekennzeichneten Geschäften in Verbindung und verwenden Sie dazu die
Fortuna-Farben
Wo nicht erhältlich, direkt beim Hersteller: JOSEF WEBER, Farbenspezialhaus, Schablonenfabrik. NÜRNBERG, unt. Grasergasse 17, beim Sternentor. Prima Fußbodenfarben und Lacke, sowie alle strichfertig. Oele u. Lackfarben

---

Fußboden-, Email-, Möbel-
Strohhut-
Lacke
billigst bei
Wilh. Woeckel
Nürnberg, Tetzelgasse 34, Tel. 2534

Warnung!
Warum rennst Du in die Stadt
Die doch nichts zu verschenken hat
Kauf bei mir die Sohl' und Steg
Du ersparst sodann den Weg
Und ersparst noch Geld dabei.
Also bitte sei so frei 181
Lederhaus
Alfred Fleischman, Nürnberg
Scheuerlstr. 25

GEISMANN BIER

Brauerei Geismann A.G.
älteste Braustätte in Fürth, errichtet 1792
Hochfeine helle Biere
Spezialbiere: Geismanns's - Tropfen, Poculator

Urgemütliches Bräustüberl
Größter Saalbau in Fürth
Flaschen-Biere
alle Sorten erhältlich bei unseren sämtlichen Wirten

Wenn ihr gute und preiswerte
Schuhwaren
kaufen wollt, so geht zum
Schuhwarenhaus
Paul Scharold,
Nürnberg, Austraße 78 229)
Große Auswahl
Beste Qualitäten
Billige Preise

Achtung Genossen Nürnberg
Sämtliche
Maler- u. Tüncherarbeiten
werden zu billigsten Preisen, schnell und sauber ausgeführt vom Genossen
Albert Kreutz, Nürnberg
Dekorationsmaler, Maler- und Tünchergeschäft
289 Möbel- und Firmenmalerei
Martin Richterstr. 21 / Postkarte genügt

Tüchtige
Straßenverkäufer
für die „Neue Zeitung“ gesucht.

Neu! Neu!
Die aufsehenerregende Schrift
von R. Temiz
„Wissen meistert das Leben“
Inhalt: Wollen wir Kinder oder keine? Fruchtverhütung
Abtreibungsparagraphen 218—219 u. a. m.
Preis brosch. einschl. Porto u. Verp. 30 Pfg.
Versand gegen Voreinsendung des Betrages
291 auch in Marken
Neudeutscher Volksverlag, München,
Hohenzollernstraße 77, II
Wiederverkäufer od. Mehrabnehmer Rabatt

Marken-Räder
zu den billigsten Tagespreisen 305
Teilzahlungen gestattet
Fahrräder-Reparaturwerkstätte
M. Haerter, Fürth
Blumenstraße 17, Telephon 883

Strumpfwaren
Trikotagen
Arbeitswäsche
zu bekannt unübertroffen billigen Preisen.
Strumpfhaus Ernst Braun
80 Königinstraße 80.

Dult Dult
Einzig dastehend
Circus Sidonie
Die kleinsten Pferde der Gegenwart in vollendeter Dressur.
Liliput
die **Kunstreiterin**
Damen Ring- und Boxkämpfe
Clown und Auguste 302
Raubtierschau
ununterbrochen geöffnet.

20% Rabatt auf alle Artikel
Montag, 3. August
Dienstag, 4. "
Mittwoch, 5. "
anläßlich meines 25jähr. Geschäftsjubiläums
300 **1900 * 1925**

Mößbauer's Kaufhaus für Küchen- und Haushaltungsgegenstände, Weißenburgerstr. 10

Für die Redaktion verantwortlich: Albert Buchmann München / Verlag und Inseratenteil: Wilhelm Olschewski, München / Druck: Hanns Leib, München 50

9. Jahrgang Nr. 44

Einzelpreis 15 Pfg.

Neue Zeitung

Bayer. Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommun. Internationale)

mit der illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der rote Stern"

Die Neue Zeitung erscheint täglich außer Montags. Bezugspreis frei Haus monatlich 2.40 M., wöchentlich 60 Pfg. Durch die Post bezogen 2.40 M. ohne Zustellgebühr. Expedition u. Verlag Neue Zeitung München, Lindwurmstr. 203, / Telefon 72024 Geschäftsstelle für Nürnberg ... / Fernsprecher Numm. ...

Dienstag, 23. Februar 1926

Anzeigenpreis für den Millimeter Höhe und Spalte ... Pfg. Spaltenbreite 28 mm, für Reklame im Textteil 50 Pfg. Gelegenheitsanzeigen ermäßigte Preise / Postscheckkonto München Nr. 47280, Wilhelm Olschewski, Neue Zeitung / Redaktion München, Lindwurmstr. 203, Telefon 72024 / Erfüllungsort München

Schluß mit Verwirrungsmanövern!

Landsbergs Entschuldigungen / Wer ist gewissenlos? / Was die „Münchener Post" verschweigt / Eine Erklärung des Genossen Neubauer

„Kommunistische Gewissenlosigkeit. Die Kommunisten sind mit der Beschuldigung des Verrats ebenso bereitwillig wie die deutschen Staatsanwälte. Gegenwärtig stellen sie ihre geringen Fähigkeiten und ihre große Verlogenheit in den Dienst einer Kampagne, die die Sozialdemokratie als von dem Bestreben beherrscht hinstellen soll, den Volksentscheid abzuwürgen."

Mit diesen Sätzen leitet der Sozialdemokrat **Landsberg** einen Artikel ein, der am Samstag, 20. Februar in der „Münchener Post" erschien, nachdem er bereits in einem großen Teil der übrigen sozialdemokratischen Provinzpresse zum Abdruck gelangt war. Alle diejenigen, die in der vergangenen Woche unsere Mitteilungen über die Landsberg-Clique genau verfolgt haben, werden sich ohne weiteres ein Urteil darüber erlauben können, auf welch einem schwankenden Boden die „Verteidigung" Landsbergs steht. **Wir rufen** noch einmal folgendes ins Gedächtnis zurück: In der Rechtsausschußsitzung vom 11. Februar führte Landsberg als Vertreter der S.P.D. folgendes aus:

„**Es gibt eine Möglichkeit wie der Volksentscheid hinfällig** gemacht werden kann. Diese Möglichkeit besteht in der Rückkehr zu dem ursprünglichen demokratischen Antrag Koch, der die Regelung der Fürstenabfindung **den einzelnen Ländern überläßt**. Er könne für sich persönlich erklären, daß er **die Notwendigkeit des Volksentscheids nicht mehr einsehen** würde, wenn dieser demokratische Antrag vielleicht noch mit einigen Abänderungen angenommen würde."

Eine solche weittragende Aeußerung ist nichts anderes als ein Dolchstoß gegen die Massenbewegung für die Fürstenenteignung und als ein solcher ist sie auch von uns gekennzeichnet worden.

Ebenso „gewissenlos" wie wir **Kommunisten** haben aber auch **sozialdemokratische Zeitungen gegen Landsberg** Stellung genommen; aber davon berichtet die „objektive" und „wahrheitsliebende" „Münchener Post" kein Wort! So bezeichnete die sozialdemokratische „**Dresdener Volkszeitung**" die Bemerkung Landsbergs als „**deplaziert**" und die „**Frankfurter Volksstimme**" schrieb: „es gebe keine Möglichkeit mehr, sich andere Wege zu überlegen, wenn man nicht den **Sieg aufs** Spiel **setzen will!**"

Gegenüber dieser **vereint** kommunistisch-sozialdemokratischen „Gewissenlosigkeit" versucht Landsberg eine Rechtfertigung zu liefern.

Abgesehen von seinen gewohnheitsmäßigen Rüpeleien und Ausfällen gegen die Kommunistische Partei verteidigt er seinen Standpunkt folgendermaßen:

„Es liegt auf der Hand, daß der **demokratische Antrag** den Vorzug vor dem der Kompromißparteien verdient. Gegen eine den Fürsten günstige Entscheidung des Sondergerichts würde es kein Rechtsmittel geben, gegen ein Gesetz, das das beteiligte Land schädigt, **kann der Volksentscheid in diesem Lande** angerufen werden ... Deshalb habe ich für **das Volk Kapital schlagen wollen,** deshalb habe ich im Rechtsausschuß, um die Bedenken der Kompromißparteien gegen den Antrag Koch zu zerstreuen, ausgeführt, daß, wenn es überhaupt ein Mittel gäbe, **den Volksentscheid vorerst entbehrlich zu machen, es nur in der Annahme des Antrages Koch bestehen könnte.**"

Der demokratische Antrag besagt, daß durch Reichsgesetz den **einzelnen Ländern** das Recht gegeben werden soll, die Fürstenabfindung unter Ausschluß des Rechtsweges zu regeln. Herr Landsberg glaubt also, daß die Regierungen und Parlamente Bayerns, Württembergs, Thüringens, Mecklenburgs, Braunschweigs, Preußen usw. die Fürsten enteignen würden. Glaubt Herr Landsberg das? Wohl kaum, denn — so Otto Landsberg in seinem Artikel:

„Ich fügte hinzu, daß selbstverständlich die gesetzliche Regelung der Auseinandersetzungsfrage in dem einen oder anderen der deutschen **Länder** unbefriedigend ausfallen könne und **durch einen Volksentscheid beseitigt werden muß.**"

Also: **Zerschlagung des Volksentscheids fürs Reich mit dem guten „Rat", nachher in jedem einzelnen Lande den Volksentscheid herbeizuführen.** Ist dieser Mann noch bei Sinnen? Aber ja, er ist nur ein routinierter Schieber. Er will **Zeit gewinnen** und damit alles gewinnen, um endgültig dem Volksentscheid den Garaus zu machen. Und so etwas nennt sich dann „für das Volk Kapital schlagen". „**Kommunistische** Gewissenlosigkeit", Herr Landsberg? Aber Sie sind doch nicht Mitglied der K.P.D., sondern der S.P.D.!

Zum Schluß noch aus dem Artikel Landsbergs diesen Satz:

„**Es ist die selbstverständliche Pflicht der Sozialdemokratie, an dem Antrag der Kompromißparteien mitzuarbeiten, — parlamentarische und Volksaktionen** müssen **nebeneinander gehen.**"

Worauf wir ein **Parteiorgan des Herrn Landsbergs** selbst antworten lassen. Es ist die sozialdemokratische „**Volkszeitung**" Plauen, die am 15. Februar zum Vorstoß der Landsberggruppe schreibt:

„... Wenn aber Kleinmut gezüchtet wird, wenn — während draußen im Lande alles arbeitet und wühlt für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten. — **im Parlament eine Taktik verfolgt wird, die mit dem Abbruch der Bewegung** rechnet, **dann muß Verwirrung aufschießen, dann müssen die Kräfte des Angriffs** gelähmt werden ... Der **Abgeordnete Landsberg** hat diese Absicht (den Volksentscheid zu durchkreuzen. Die Red.) im Ausschuß deutlich zum Ausdruck gebracht, ... aber wir glauben, daß uns diese Genossen recht geben müssen, daß in dieser Stellungnahme die **größten Gefahren für die Bewegung** liegen und wir fügen hinzu:

Auch für die Parteibewegung, im Interesse der Sozialdemokratie und der Sozialdemokratie und der Arbeiterbewegung einzig mögliche Stellungnahme scheint die zu sein: **Daß jeder und alle ehrlich und mit ganzer Hingabe für die entschädigungslose Enteignung arbeite. Jede andere Stellungnahme ist, solange der Volksentscheid nicht durchgeführt ist, abzulehnen!... Alles, was geeignet ist, seine erfolgreiche Durchführung zu durchkreuzen, muß unterbleiben!**"

Wir fragen nun die sozialdemokratischen Arbeiter, ob sie, nachdem sie diesen — von der „Münchener Post" verschwiegenen! — Standpunkt eines Teiles ihrer eigenen Presse kennen gelernt haben, von einer „Gewissenlosigkeit" der Kommunisten sprechen wollen?! **Unser Standpunkt und der ihrer eigenen Parteigenossen in Sachsen, in Frankfurt (und auch in anderen Orten) ist der einzig mögliche Standpunkt, um die Volksentscheidsbewegung ihre größtmöglichste Kraft entfalten zu lassen.**

Wenn wir gegen die von der „M. P." aufgestellte Behauptung „Die Kommunisten im Hilfsdienst der Fürsten" polemisieren würden, dann würden wir die sozialdemokratischen Arbeiter beleidigen, da wir nicht annehmen, daß auch nur einer von ihnen, nachdem er ein Bild des wahren Sachverhaltes gewonnen hat, auf diese dumme Demagogie hineinfällt. Wir beschränken uns darauf, den wahrheitswidrigen Behauptungen Landsbergs über die Tätigkeit des Genossen Neubauer, eine Erklärung unseres Genossen gegenüberzustellen.

Erklärung des Genossen Neubauer M. d. R.:

„In einem Artikel sucht der Sozialdemokrat **Landsberg** sich wegen seiner Anbiederung an die Fürstenparteien zu rechtfertigen, indem er eine absolut **unwahre, verlogene Darstellung über Ausführungen gibt, die ich im Rechtsausschuß des Reichstages gemacht haben soll.** Meine Polemik gegen Landsberg und seine „Mitarbeit" an dem Fürstenkompromiß war allerdings nicht eine Schimpfkanonade, wie man sie in solchen Fällen und von Seiten der Sozialdemokraten zu erwarten hätte, sondern bestand darin, daß ich **sachlich nachgewiesen habe, daß irgend eine Mitarbeit zur Verbesserung des Kompromißantrages in keiner Weise möglich ist, weil dieser Kompromißantrag schlechterdings nicht zu verbessern ist.** Derjenige kann also nur an eine solche Mitarbeit denken, der die Absicht hat, den Volksentscheid zu verraten. Dann wies ich nach, daß **der Kompromißantrag in zwei wesentlichen Punkten von dem ursprünglichen Antrag sich unterscheidet,** nämlich hinsichtlich der **Einsetzung und Zusammensetzung eines Sondergerichts** und daß damit der ganze Kompromißantrag steht und fällt. **Hätten die Regierungsparteien die Absicht gehabt, an diesen beiden wesentlichen Punkten etwas ändern zu lassen, so hätten sie bei dem ursprünglichen demokratischen Antrag bleiben können. Daß sie das nicht getan haben, zeigt, daß alles sozialdemokratische Gerede, den Kompromißantrag verbessern zu wollen, Unsinn ist und nur diktiert von dem Bestreben, aus der Front für den Volksentscheid herauszukommen.**

Ich habe **keinerlei Zweifel** daran gelassen, daß **für die Kommunistische Partei irgendeine „Mitarbeit" oder „Verbesserung" an dem Kompromißantrag unmöglich ist** und daß wir gegen alle Schwankungen auftreten und diese als einen Verrat am Volksentscheid betrachten.

Nach diesen Tatsachen charakterisiert sich die verlogene Darstellung Landsbergs von selbst.

Weiteres Steigen der Erwerbslosenziffer

Eine Viertelmillion Hauptunterstützungsempfänger in Berlin

Berlin, 22. Februar 1926.

In der vergangenen Woche ist die Erwerbslosenziffer weiter gestiegen. Die krampfhaften Versuche, in den Massen der werktätigen Bevölkerung Hoffnungen auf eine Wendung zum Besseren zu erwecken, scheiterten an den nackten Tatsachen. In Berlin ist die Erwerbslosenziffer in einer Woche um rund 10 000 auf 242 815 gestiegen. Davon sind 36 000 (rund 15 Prozent) Angestellte.

Friedensmiete am 1. Juli 1926

Die Bourgeoisie fürchtet die Massenbewegung der Mieter

Der Steuerausschuß des Reichstags beriet am Sonnabend über den Antrag der K.P.D. und S.P.D., die Heraufsetzung der gesetzlichen Miete auf 100 Prozent der Friedensmiete, die nach dem Finanzausgleichgesetz bis zum 1. April d. Js. erfolgen sollte, bis zum 1. April 1927 hinauszuschieben.

Finanzminister **Reinhold** wandte sich in äußerst scharfer Weise gegen diesen Antrag. Die Länder und Gemeinden brauchten dringend das Geld, das sich aus der Steigerung der Hauszinssteuer ergibt. Zahlen die Mieter nicht, so könne auch das in Aussicht genommene Wohnungsbauprogramm nicht durchgeführt werden. Bedauerlich sei, daß Preußen und Sachsen die Mieten nicht bereits nahe an hundert Prozent herangebracht haben, so daß jetzt am 1. April die Miete um 16 Prozent der Friedensmiete heraufgesetzt werden müßte. — Die Vertreter der Länder, vor allen Dingen Preußen, aber auch Bayern, Hamburg und Sachsen, forderten in derselben Tonart unbedingt zum 1. April die hundertprozentige Miete.

Genosse **Höllein** zeigte, daß die Mieterhöhung wiederum vor allen Dingen das Proletariat belasten und auch die kleinen Gewerbetreibenden äußerst schwer trifft. Verstärkung des Wohnungsneubaues ist ohne weiteres auch ohne erhöhte Einnahmen aus der Hauszinssteuer zu erreichen, da bisher über 75 Prozent der Hauszinssteuer von Länder und Gemeinden zur Erleichterung der Steuerlasten für die Besitzenden und nur 25 Prozent zur Förderung des Wohnungsneubaues verwendet werden.

Trotzdem noch einmal ein Vertreter der Preußenregierung die rasche Angleichung der Mieten in Altwohnungen an die Miete der neuerstellten Wohnungen, also Verdoppelung der Friedensmieten gefordert hatte, zeigte es sich doch, daß die Bourgeoisie erst Mittel suchen will, um der sich bildenden Kampffront der Mieter entgegentreten zu können. **Ein Antrag wurde angenommen, nach dem die Erhöhung der gesetzlichen Miete auf 100 Prozent der Friedensmiete erst am 1. Juli 1926 überall in Kraft treten soll.**

Die Mordfeme vor dem Preußischen Landtag

Fünf Tage lang hat jetzt bereits der Untersuchungsausschuß zur Aufdeckung der Beziehungen zwischen den Fememorden und den deutschnationalen Abgeordneten Meyer und Behrens getagt und hat, wenn auch keine Klarheit, so doch immerhin aufschlußreiche Kenntnisse über die Hintermänner der Fememörder verschafft. Der erste Zeuge, Ministerialrat Schönner bestätigte, daß sich die deutschnationalen Abgeordneten Meyer und Behrens beim Arbeitgeberverband um

ein Darlehen von 5000 Mark für den Fememörder Schulz

bemüht haben. Nach Aussagen des Syndikus Kenzler haben die Abgeordneten ausdrücklich erklärt, diese Summe sei zu Unterstützungszwecken für Schulz bestimmt.

Der zweite Zeuge, Oberjustizrat Dr. Wirth vom Justizministerium, machte unter anderem die wichtige Aussage, Rechtsanwalt Sack habe für den in Landsberg in Untersuchungshaft sitzenden Schulz wiederholt größere Geldbeträge eingezahlt. Sack ist der gleiche Rechtsanwalt, der im Fememordprozeß Pannier in so unerhörter Weise die Verteidigung zum Schutz der Offiziere und zur Preisgabe der Mannschaften organisiert hatte.

Ein Regierungsassessor Schmidt von der Politischen Polizei gab eine Darstellung der Aufbringung der Gelder zur Befreiung für Schulz. Im Sommer 1925 fand in einem Berliner Weinlokal eine

Sitzung von Vertretern der Unternehmerverbände und sogenannter deutschnationaler Arbeitervertreter statt.

Bei dieser Gelegenheit sollen die Abgeordneten Meyer und Behrens versucht haben, das Darlehen zugunsten von Schulz zu erhalten. Ein näheres Eingehen auf diese außerordentlich wichtigen Fragen, was Genosse Obuch versuchte, wurde von der Mehrheit des Ausschusses verhindert.

Als einer der wichtigsten Zeugen wurde am Mittwoch der deutschnationale Abgeordnete Behrens, der „Ehrenvorsitzende" des christlichen Landarbeiterverbandes vernommen. Behrens hat die Quittung über den Empfang von 5000 Mark von Seiten des Unternehmerverbandes geleistet. Er will das Geld lediglich zur **„Abwicklung eines Kartoffelgeschäftes"** benutzt haben. Weitschweifig mit der Miene des Biedermannes schildert Behrens, wie „harmlos" alles in der [illegible] mosen Leitung des christlichen Landarbeiterverbandes zuging, und wie harmlos die Zusammenkünfte mit den Unternehmern gewesen seien, und wie ganz selbstverständlich es war, daß der Oberleutnant a. D. Schulz, der sich nie zuvor auf diesem Gebiete betätigt hatte, für die „Genossenschaftsarbeit" des Zentralverbandes der Landarbeiter als der geeignete und tüchtigste Organisator genommen werden mußte. Schulz sei „von allen Stellen" aufs wärmste empfohlen. Von Schulz Vorleben, daß ihm „derartig schwere Anklagen" konstruiert werden konnten, will Behrens nichts gewußt haben. Im Gegenteil, er hat den allerbesten Eindruck gehabt, Schulz habe sich im Vertrauen auf ein gutes Gewissen (!) selbst der Berliner Polizei gestellt, nachdem einige Verhaftungsversuche mißglückt waren. Bei der Aufzählung der verschiedenen Unternehmungen des christlichen Landarbeiterverbandes erwähnt Behrens auch die **Bekleidungsstelle**, die angeblich die Landarbeiter mit billiger Kleidung zu versorgen hatte.

Genosse Obuch fragte, ob diese Stelle in engster Verbindung mit der Gesellschaft deutscher Tracht stand.

Der Zeuge bestätigt.

Obuch: Diese Gesellschaft lieferte Anzüge, die sich beim Aufschlagen der Kragen in **Uniformen** verwandelten (Bewegung).

Behrens versucht, der Beantwortung weiterer unbequemer Fragen dadurch auszuweichen, daß er sie als „nicht zur Sache gehörig und als politisch tendenziös" bezeichnet. Seine Freunde im Ausschuß machen wiederholt den Versuch der Entlastung durch Ablehnung bestimmter Fragen.

Darauf folgt die Vernehmung des deutschnationalen Landtagsabgeordneten Meyer und zwar zunächst nur durch den Vorsitzenden. Meyer war **Stellvertreter des Vorsitzenden des Christlichen Landarbeiter-Verbandes** und hat Schulz als Leiter der Landvolk-Genossenschaft angestellt. Auch Meyer will von Schulz Tätigkeit in der Schwarzen Reichswehr nichts gewußt haben. Eines Tages sei in der Abwesenheit von Schulz unter Führung des Feme-Dezernenten des Berliner Polizeipräsidiums Dr. Stumm eine Haussuchung in den Räumen der Landvolk-Genossenschaft vorgenommen worden. Dr. Stumm habe sich wegen dieser Untersuchung entschuldigt. Er habe ihn, Meyer, auch von dem Mordverdacht gegen den damals noch nicht verhafteten Schulz unterrichtet (obwohl Stumm wissen mußte, daß Meyer der erklärte Protektor von Schulz war!). Nach der Verhaftung von Schulz habe Stumm Meyer zum Polizeipräsidium gerufen, wo er

„die Herren gemütlich rauchend angetroffen habe".

Stumm sei in jeder Beziehung entgegenkommend gewesen. Meyer gab weiter zu, nach der Einlieferung von Schulz in Landsberg

monatlich 200 Mark für Selbstverpflegung von Schulz geschickt zu haben, die er von der Vereinigung der Arbeitgeber-Verbände erhielt.

Im Gegensatz zu den Aussagen von Behrens bekundet Meyer ausdrücklich, **Behrens sei vom ersten Tage** an über den Verwendungszweck des Darlehens zur Befreiung des Schulz unterrichtet gewesen.

Die Zeugenvernehmung begann am Donnerstag mit dem Vorsitzenden der Arbeitgebervereinigungen, Geh. Kommerzienrat Borsig. In öffentlichen Zeitungsartikeln hat er behauptet,

die Hergabe des Darlehens habe mit politischen Zwecken nichts zu tun gehabt,

bei der Vernehmung auf dem Polizeipräsidium jedoch hat er angenommen, von Zengen (der Beauftragte der Unternehmerorganisation) habe die christlichen Gewerkschaften von den Arbeitgebern abhängig machen und ihre Klagen über einseitige Bevorzugung der gelben Gewerkschaften durch Geldzuwendungen zum Verstummen bringen wollen; jetzt will Borsig dieser „Annahme" sich nicht mehr erinnern können.

Genosse Obuch stellte Fragen über die Kassenführung des Verbandes, ob es üblich gewesen wäre, daß untergeordnete Angestellte selbständig über gewisse Summe disponieren konnten; der Zeuge sagt, daß zwar die Vorstandsmitglieder und Geschäftsführer im allgemeinen über die Geldverwendung unterrichtet seien, daß aber die Herausgabe Sache der Ressortleiter wäre. Zengen, der auf dem „linken Flügel der Volkspartei" stände, käme als Begünstiger eines Fememordes nicht in Frage. Auf weitere Fragen über den Zweck eines „Propaganda-Ausschusses für die Arbeitszeit" verweigert der Zeuge die Auskunft. Die Deutschnationalen und der Volksparteiler kommen ihm zur Hilfe, indem sie dauernd die Fragen „beanstanden".

Der sodann vernommene Geschäftsführer der Arbeitgebervereinigung, Dr. Meisinger, kann sich des Verwendungszwecks des Darlehens nicht mit Bestimmtheit erinnern. Meisinger charakterisiert das gegebene Darlehen lediglich für wirtschaftliche Zwecke bestimmt. Auf die Frage, ob es ihm denn nicht ungewöhnlich erschienen sei, daß eine Arbeitergewerkschaft sich mit der Bitte um ein Darlehen ausgerechnet an die Unternehmerorganisation gewandt, hat, erklärt der Zeuge, daß dies bei den

engen finanziellen Beziehungen zwischen der Vereinigung der Arbeitgeberorganisationen und dem Vorstand des christlichen Landarbeiterverbandes nicht weiter verwunderlich sei.

(Wegen Raummangels bringen wir den Bericht über die weiteren Verhandlungen in der morgigen Nummer.)

Für den Volksentscheid:

Jungdemokraten, Stadtverordnetenkollegium, Versammlungen

Dessau, 20. Februar 1926.

Eine gemeinsame von 200 Personen besuchte öffentliche Versammlung der K.P.D., des R.F.B. und des Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit in Roslau nahm einstimmig eine Resolution an, in der sie sich für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten einsetzt.

Hamburg, 20. Februar 1926.

Eine Versammlung der Jungdemokraten in Hamburg am 18. Februar beschloß gegen eine Stimme, sich mit allen Kräften für die entschädigungslose Enteignung der ehemaligen Fürsten einzusetzen.

Chemnitz, 20. Februar 1926.

Das Stadtverordnetenkollegium von Heyer beschloß, sich hinter den von der K.P.D. und S.P.D. eingebrachten Volksentscheid zu stellen.

Halle, 20. Februar 1926.

In Mühlberg a. d. E. hat sich ein Einheitskomitee, bestehend aus K.P.D., S.P.D. und Ortsausschuß des A.D.G.B. zwecks Durchführung des Volksentscheids gebildet.

Ueberfüllte Versammlungen des Kuczinsky-Ausschusses

Berlin, 20. Februar 1926.

In **14 Sälen** in verschiedenen Stadtteilen hatte gestern der Ausschuß für entschädigungslose Enteignung der Fürsten (Kuczynski-Ausschuß) **öffentliche Kundgebungen** einberufen. Diese Kundgebungen waren durchweg **überfüllt**. Stellenweise mußten **Parallelversammlungen** abgehalten werden und trotzdem mußten Tausende wieder umkehren. In den Versammlungen wurden Resolutionen angenommen, die den Volksentscheid für entschädigungslose Enteignung der Fürsten fordern.

Das **„Berliner Tageblatt"** und die **„Berliner Volkszeitung"** (demokratische Blätter!) haben gestern in ihrem **redaktionellen** Teil einen Hinweis auf die Versammlungen gebracht. **Der „Vorwärts" jedoch hat nicht nur die Aufnahme einer redaktionellen Notiz, sondern auch die eines bezahlten Inserats im Anzeigenteil verweigert!**

Die Stellung der Demokraten: abwartend

Berlin, 21. Februar 1926.

Ein Vertreter der **„Welt am Abend"** hatte mit dem Vorsitzenden der Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften, dem demokratischen Abgeordneten Erkelenz, eine Unterredung, in der Erkelenz unter anderem erklärte:

„Die demokratische Partei hat keine Veranlassung, gegen das bereits eingeleitete Volksbegehrensverfahren Stellung zu nehmen. Sie wird **keine Parole** für aber auch **keine gegen** eine Beteiligung ausgeben. Sie wird es der **Mitgliedschaft selbst überlassen**, wie weit sie sich daran beteiligt. Wie sich die Partei nachher zur Frage des Volksentscheids stellen wird, kann ich jetzt nicht beantworten. Wir haben ja Zeit, abzuwarten, was sich bis dahin noch ereignet."

Auf die Frage, wie sich die **Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften** zum Volksentscheid stellen werden, erklärte er: „Das ist keine Gewerkschaftsfrage, sondern eine Frage der Parteien." Von den Gewerkschaftsmitgliedern aber meint er: **„Es ist anzunehmen, daß ein großer Teil der Mitglieder sich hinter die Parole stellt.**

Die Frage, die der Volksentscheid aufwirft, ist so populär, daß sich gewiß breiteste Massen für sie lebhaft interessieren.

Ich kann mir, auf die letzten zehn Jahre zurückblickend, keine Frage denken, die so sehr für ein Volksentscheidsverfahren geeignet wäre, wie gerade diese."

Für einen Mietervolksentscheid

Essen, 19. Februar 1926.

In einer öffentlichen Versammlung des Reichsbundes deutscher Mieter wurde in einer einstimmig angenommenen Entschließung von der Leitung der Ortsgruppe Essen die sofortige Anbahnung einer einheitlichen Kampfbasis mit den politischen Arbeiterorganisationen und allen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenorganisationen gegen den vorliegenden Gesetzentwurf zur Abänderung des Mieterschutzes gefordert. — Eine ähnliche Entschließung nahm die Hauptdelegiertenversammlung des Mietervereins Gelsenkirchen an.

Erfolge der Opposition in den Gewerkschaften

Die Generalversammlung des Einheitsverbandes der **Eisenbahner in Hagen** wählte in die Ortsverwaltung fünf Kommunisten, zwei Sozialdemokraten und drei Parteilose.

Im **Baugewerksbund in Wattenscheid** wurden als 1. Vorsitzender und Schriftführer Kommunisten, als Kassier ein Sozialdemokrat gewählt. Unter den Delegierten zur Generalversammlung sind 2 Kommunisten und 1 Sozialdemokrat.

Im **Staats- und Gemeindearbeiterverband** in Ohligs wurden fünf Kommunisten und ein Parteiloser in die Ortsverwaltung gewählt.

Im **Einheitsverband der Eisenbahner in Stargard** wurden in den Vorstand drei Kommunisten, vier Sozialdemokraten und zwei Parteilose gewählt.

In den Vorstand des Ortsausschusses des **A.D.G.B. in Greifswald** wurden drei Kommunisten und ein Parteiloser gewählt. Die zwei Revisoren sind parteilos.

In den Vorstand des **Schuhmacherverbandes** in Zweibrücken wurden drei Kommunisten, zwei Sozialdemokraten und zwei Parteilose gewählt.

Bei den Wahlen zur Ortsverwaltung im Verband der **Maler in Chemnitz** bekam die Opposition einen Sitz mehr als im vorigen Jahr.

Dumm — faul, gefräßig

Vor einigen Tagen beeilten sich die „Bremer Nachrichten" zu melden, daß am Donnerstag, den 18. Februar, Mitglieder der Exekutive der Kommunistischen Internationale in Bremen auf einer geheimnisvollen Konferenz erscheinen und sprechen wollen. Am 18. Februar selbst sah sich dieses Blatt gezwungen, eine längere Erklärung zu veröffentlichen, worin es mitteilt, daß auch in anderen Blättern ähnliche Notizen gestanden hätten u. a. in Leipzig, Hamburg und Rotterdam (und auch in Bayern. D. Red.) Es handle sich um eine grobe Irreführung der Oeffentlichkeit, deren Urheber wahrscheinlich ein in Beziehungen zur Internationalen Kontrollkommission stehender Ausländer, der in Hamburg wegen Spionageverdacht verhaftet gewesen und wegen Spionageverdachts ausgewiesen sei. Inzwischen sei es gelungen, diesen „Raubritter der öffentlichen Meinung" in Berlin zu verhaften.

Bei dieser Gelegenheit sei auch erwähnt, daß das Wolffsche Telegraphenbüro sich gezwungen sieht, eine T.-U.-Meldung über die Verhängung des Belagerungszustandes in Sowjetrußland als völlig jeder Grundlage entbehrend bezeichnet.

Die bürgerliche Journaille ist so dumm, jeden Dreck, — wenn er sich nur gegen das revolutionäre Proletariat richtet — bedenkenlos abzudrucken. Sie ist zu faul, sich rechtzeitig Mühe zu geben, die Wahrheit und die Unterlagen dieser Sensatiönchen nachzuprüfen. Und dumm und faul ist sie, weil sie gefräßig ist nach jeder antibolschewistischen Meldung. Auch wenn sie sich gezwungen sieht, sich selber später zu ohrfeigen.

Das ist die bürgerliche Presse, die leider noch viele Arbeiter in ihren Wohnungen dulden. Heraus mit der Schwindelpresse aus der Proletarierwohnung, **abonniert die kommunistische Zeitung!**

Ausland

Tagung des Generalstabes der Komintern

Moskau, 18. Februar

Gestern wurde im Kreml, in dem zu einem Kongreßsaal umgebauten Kronsaal die Tagung der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale mit einer Rede des Genossen Sinowjew eröffnet. Genosse Sinowjew zerstörte mit deutlichen Worten jede Legendenbildung über eine Kursänderung der Kommunistischen Internationale. In das Präsidium wurden als Vertreter Deutschlands die Genossen Thälmann, Clara Zetkin und Geschke gewählt. Ausführlicher Bericht folgt.

Das Böse gewollt und Gutes geschafft

Auch ein Erfolg der Zankoffmethoden

Sofia, 21. Februar 1926.

Trotz brutalsten Wahlterrors erhielten bei den Gemeindewahlen die Henker-Regierung in Sofia 10 544 Stimmen (34 Prozent), **die Opposition 20 922 Stimmen (66 Prozent)**. In 50 Städten die Regierung 29 024 Stimmen (28 Prozent), **die Opposition 106 267 Stimmen (72 Prozent)**. Darunter für **revolutionäre Losungen 27 100 Stimmen**, für Nationalliberale 25 922 Stimmen, für die Malinowpartei 19 828 Stimmen, für die S.P. Bulgariens 10 404 Stimmen, Radikalsozialisten 9 146 Stimmen.

Die Regierung hat nur in anderen 30 Städten die Mehrheit erringen können.

Konferenz der baltischen Generalstäbe

Moskau, 20. Februar

Wie jetzt bekannt wurde, fand im Dezember in Warschaue ine Konferenz der Vertreter der Generalstäbe Estlands, Lettlands und Polens statt. Wie verlautet, soll diese Konferenz den Beschluß gefaßt haben, ein Abkommen zwischen den baltischen Staaten und Polen ine iner Form zu erzielen, die faktisch ein militärpolitisches Bündnis bedeuten würden, das aber äußerlich einen harmlosen Charakter tragen sollte, so daß die anderen Staaten keinen Anlaß zum Einschreiten bekommen würden.

Immer neue Verhaftungen in Athen

Paris, 20. Februar

Havas meldet aus Athen: Im Laufe des gestrigen Tages wurden weitere Verhaftungen vorgenommen. Sämtliche Verhafteten sollen noch estern abend nach einer

Der Vorsitzende der Amsterdamer Internationale für die I.A.H.!

Das britische Sekretariat der I.A.H. empfing die folgende Zuschrift:

Latimer Lodge
Cinderford Glos.

6. Januar 1926

An den Sekretär der Internationalen Arbeiterhilfe.

Liebe Genossin Crawfurd!

Erlauben Sie mir, daß ich durch [illegible] gegenwärtiges Schreiben meine aufrichtige Bewunderung für das große Werk der Internationalen Arbeiterhilfe ausdrücke, das in unserem Lande durch ihre Mitarbeit organisiert wurde. Ich würde allerdings vorziehen, daß [illegible] dies durch den britischen Trade-Union-Congreß und durch den Internationalen Bund der Gewerkschaften, dessen Teil die obige Körperschaft ist, in die Wege geleitet würde. Da aber die Verwirklichung einer vollständigen internationalen Einheit der Gewerkschaftsbewegung noch nicht vollbracht wurde, erkenne ich, welche große Lücke durch die I.A.H. ausgefüllt wurde.

Ich bin dafür, daß die I.A.H. ihr großes Werk bis zur Erreichung der Einheit der Gewerkschaftsbewegung fortse[illegible] und bis ihre Stelle durch die mächtig geschlossene Organisation der vereinigten Arbei[illegible] aller Rassen und Länder eingenommen wird.

Mit brüderlichen Grüßen
Ihr
A. A. Purcell, Mitglied d. Parlaments.

---

der Cykladen-Inseln gebracht worden sein. Es wird ein außerordentlicher Gerichtshof eingesetzt werden, der in Zukunft all[illegible] Vergehen gegen die Sicherheit des Staates aburteilen wird.

Carol siegt über Bratianu?

Berlin, 20. Februar 1926.

Nach einer Wiener Meldung der „Vo[illegible]ischen Zeitung" steht die Rückkehr des Ex-Kronprinzen Carol nach Rumänien un[d] die Abdankung des bisherigen Ministerpräsidenten Bratianu bevor.

Hungerstreik in Krakau

Krakau, 18. Februar

Im hiesigen Gefängnis sind die politischen Häftlinge in einen Hungerstreik eingetreten. Veranlassung dazu gab der Tod eines Mitgefangenen, Kaluza mit Namen; die Häftlinge behaupten, daß Kaluza keines natürlichen Todes gestorben sei.

Genosse Kabaktschiew frei

Sofia, 18. Februar

In Ausführung des Amnestiegesetzes sind heute hier ungefähr 40 wegen politischer Vergehen Verurteilte aus dem Gefängnis entlassen worden, darunter der Kommunistenführer Christo Kabaktschiew und der frühere Minister im Kabinett Sta[illegible]

Neue Umwälzung in China?

Paris, 22. Februar

In ganz Nordchina machen sich starke Truppenbewegungen bemerkbar. Es besteht die Wahrscheinlichkeit baldiger neuer Umwälzungen, deren Hauptobjekt wiederum Tientsin sein dürfte. Peking ist zurzeit ohne Kabinett und wartet die Entscheidung ab. Die englisch-antikommunistische, ebenso die russisch-kommunistische Propaganda wird erneut stark fühlbar.

Der neue Ministerpräsident

Peking, 21. Februar

Kriegsminister General Tschistehhas hat den Posten des Ministerpräsidenten übernommen.

Partei in Not!

Helft der Partei!

Das Irak-Gebiet bleibt unter englischer Knute

London, 19. Febr.

Das Unterhaus hat den vom Kolonialsekretär Amery zur Genehmigung vorgelegten Vertrag mit dem Irak, wodurch das englische Mandat im Irak um 25 Jahre verlängert wird, mit großer Mehrheit angenommen.

Kongreß der Syrier in Nordamerika

Für Februar ist ein Kongreß der syrischen Emigranten in Nordamerika einberufen worden, der die Lage in Syrien behandeln soll. Da die zahlreichen und zum Teil in angesehenen sozialen Stellungen tätigen syrischen Emigranten in Amerika im allgemeinen nationalistisch und antifranzösisch gesinnt sind, ist nicht ausgeschlossen, daß der Kongreß eine amerikanische Intervention in Syrien fordern wird.

Der Panislamische Kongreß

Das Komitee zur Vorbereitung des Panislamischen Kongresses ist zusammen[getreten, um] die Einberufung dieses Kongresses nach Kairo für die nächste Zeit zu bestimmen und dessen Tagesordnung festzusetzen.

Aus Bayern

Hat die Münchener Polizei

ein Interesse daran, daß über die mehrfach im Ausland und Inland erwähnten

Verbindungen mit den Frankenfälschern

keine Klarheit geschaffen wird? Es ist der Münchener Polizei doch bekannt, daß besondere Hinweise auf Ludendorff gemacht sind? Sollten die durch Ludendorff und

durch Pöhner

hergestellten Verbindungen mit den ungarischen Faschisten auch auf die Frankenfälschungen Bezug

gehabt

haben? Wir warten auf Antwort — ehe Schulze in Berlin oder andere in München sprechen!

Die Kinder rufen: Wir klagen an!

[A]ls Verfasser nachstehendes Gedichtes zeichnet [ein]e Gruppe Kinder proletarischer politischer [Ge]fangener, die auf acht Wochen zur Erholung [im] Rote Hilfe-Kinderheim Worpswede weilen. [Di]e aufrüttelnden Verse zeugen von einem tiefen [pro]letarischen Klassenbewußtsein und zugleich von [ein]er politischen Reife, die manchen erwachsenen [Arb]eiter beschämen könnte. Unter den furcht[bar]en Schlägen der deutschen Klassenjustiz, die [di]e Väter in die Gefängnisse und Zuchthäuser [wa]rf und Not und Elend über die Familien [bra]chte, wurden diese Proletarierkinder zu be[wuß]ten Jungpionieren des revolutionären Klassen[kam]pfes. Sie werden im Befreiungskampfe des [Pro]letariats einmal ihren „Mann" stehen.

Wir klagen an!

Unsere Väter sitzen im Zuchthaus,
Unsere Väter vergossen ihr Blut unter roten Fahnen,
Unsere Väter kämpften für die Freiheit!
Ihr h[ab]t sie geschlagen, gequält, gemartert, erschossen, gehenkt,
Ihr [n]ahmt uns den Vater.
Ihr f[ra]gt nicht, ob wir hungern,
ob [wi]r in Fetzen und Lumpen gehen.
Es [rüh]rt Euch nicht, wenn kleine Kinder immer wieder fragen:
„Wo [ist] mein Vater?"
Ihr ga[ff]t, wenn unsere Mütter schluchzend zusammenbrechen.
Heut noch könnt Ihr uns verhöhnen,
Wenn wir vor Wut mit den Zähnen knirschen.
Doch [e]inst wird die Stunde des Gerichts
für Euch alle kommen, die Ihr schuldig seid.
Zitte[rt] vor dem roten Richter!
Ihr Reichen, Ihr habt Millionen Menschen ausgebeutet,
u[m] Riesensummen in Eure Scheckbücher einzutragen!
Ihr Richter, Ihr habt das Recht gebeugt,
w[eil] Ihr dem Unrecht dient.
Ihr Spitzel, Ihr habt Menschen für Judaslohn verkauft.
Ihr Pfaffen habt zum Mord gehetzt
und habt vergessen, daß Gott die Liebe sein soll.
Ihr Soldaten, Ihr habt die Gewehre gegen Eure Brüder erhoben,
statt mit ihnen zusammen zu kämpfen.
Ihr Proletarier, Ihr duldet noch immer unser und euer Elend,
weil Ihr noch müde oder dumm, oder feige seid.
Euch alle klagen wir an!
Euch alle sprechen wir schuldig!

Gedichtet von den Pionieren
des 12. Transportes im Rote-Hilfe-Kinderheim
Worpswede

Polizei-Spitzel im Reichsbanner

Verschiedene Leute aus der sozialistischen Jugendbewegung Münchens bildeten eine Arbeitsgemeinschaft, um sich Klarheit über alle politischen Fragen zu verschaffen. Es kamen Vertreter aus der Sozialistischen Arbeiterjugend, dem „Reichsbanner", der Kommunistischen Jugend, der Gewerkschaftsjugend und andere. Am Freitag, den 19. Februar, nahm diese Arbeitsgemeinschaft ein jähes Ende. Es wurde bekannt,

daß ein anwesendes Mitglied des Reichsbanners im Herbst des vorigen Jahres eine Versammlung der Opposition aus der Gewerkschafts-Jugend an die Polizei als kommunistische Versammlung denunziert hatte.

Der Reichsbannerheld, „Kamerad" Schiller, verteidigte sich, daß er bloß gesagt habe, er wollte das der Polizei melden usw. Es sei unerhört, daß die Kommunisten ihre Versammlungen unter allerlei Decknamen einberiefen . . .

Er habe es als seine Pflicht angesehen, solche Versammlungen zu verhindern.

Die kommunistischen Jugendgenossen verlangten die sofortige Entfernung des Polizeispitzels. Der Vorsitzende suchte ihn zu decken, es sei ja noch gar nicht erwiesen, er habe eben nur eine unvorsichtige Bemerkung fallen lassen usw. und weigerte sich, den tapferen Reichsbannerheld zu entfernen. Darauf verließen die Kommunisten das Lokal; denn wer sitzt bei politischen Aussprachen mit Leuten zusammen, die alles der Ettstraße zutragen? Mit ihnen gingen die meisten anderen.

Klassengenossen aus dem Reichsbanner, laßt Ihr Euch einen solchen Schimpf gefallen? Duldet Ihr in Euren Reihen Individuen, die eine andere proletarische Organisation an die Polizei verkaufen? Ihr wißt genau, daß gerade die Münchener Polizei gegen Euch genau so brutal vorgeht, wie gegen die Kommunistische Jugend, sowie Ihr nur ernsthaft für die Arbeiterklasse oder auch nur für die Republik eintretet. **Werft solche Lumpen aus Euerer Organisation heraus. Die mögen mit Noske und Lützow** und den anderen Perlacher Mördern eine eigene Organisation zur Bekämpfung der Arbeiterklasse bilden.

Ein infamer Pfaffe

Was jetzt kommt, ist kein Faschingsscherz, sondern die Sache hat sich tatsächlich vollkommen ernsthaft, wenigstens von der Seite des Herrn Pfarrer Heßler zugetragen. Dieser geistliche Herr hat wahrscheinlich von der Polizeidirektion den Auftrag erhalten, den **Kommunismus in der Schule zu bekämpfen.** Er macht das auf folgende originelle Weise. Er schreibt in der Gotzingerschule in der Klasse der Maschinenbauer an die Tafel:

„Lieber Max! Ich bin jetzt bei den Freidenkern und Kommunisten. Da gehen die Burschen ganz zwanglos mit den Mädchen, das ist fein. In Rußland heiraten und scheiden sich die Leute, wie sie wollen. Meine Zenzi ist zwar protestantisch, aber das macht nichts. Nach dem Tode ist alles aus. Schön gelebt, lustig gestorben. Geh' auch mit.
Es grüßt Dich Dein Anderl."

Dann bekommen alle Fortbildungsschüler den Auftrag, einen Aufsatz über Freidenker und Kommunisten anzufertigen. Wir sind sehr gespannt, wie diese Aufsätze aussehen werden. Ihr aber, junge Kollegen, Ihr werdet eine andere Einsicht bekommen, als sie Euch der Herr Pfarrer beibringen wollte. Ihr werdet in die Kommunistische Jugend eintreten und mit uns zusammen gegen Ausbeutung und Unterdrückung für Euere Befreiung kämpfen, nicht, weil man dort „zwanglos mit den Mädeln verkehren kann", sondern, weil **Ihr Euer Leben der Freiheit und dem Glück der Arbeiterklasse weiht.**

Andere pfäffische Erziehungsmethoden

In der Riedlerschule, dritte Mädchenklasse, stellt der Kaplan Gebhard an ein Mädchen die Frage:

„Warum sollen uns unsere Sünden [illegible]

Nat[ür]lich weiß das kleine Mädel auf eine so blödsinnige Frage nicht zu antworten. Der Herr Kaplan steckt darauf die Kleine um 11 Uhr in den Karzer, und wenn, wie uns eine Mitschülerin erzählt, nicht um 1/2 2 Uhr die über das lange Ausbleiben des Kindes verängstigte Mutter gekommen wäre, hätte der saubere Seelsorger sie vielleicht noch länger sitzen lassen.

Proletarische Mütter, sollte dieses Beispiel nicht für Euch eine Lehre sein? Viele von Euch glauben, daß die Kinder religiös erzogen werden müssen, weil sie sonst nicht in den Himmel kommen. Kein Pfaffe glaubt selber diesen Schmarren, und kein aufgeklärter Mensch wird in die Kirche gehen. Aber „dem Volke, den Arbeitern, muß die Religion erhalten bleiben", damit es nicht rebelliert und die „gottgewollte" Herrschaft des Kapitals zerbricht. Schickt Eure Kinder nicht mehr in den Verdummungs(Religions)-Unterricht, tretet auch selbst aus der Kirche aus! Erzieht aber Eure Kinder zu guten klassenbewußten Kämpfern!

Eine Nacht

Eine Erzählung aus der Zeit der ungarischen Räterepublik

von

János Gyetvai

14. Fortsetzung

In seinem glühenden Blick blitzte ein ängstlicher, sich auflehnender Gedanke:

„Muß man denn alles tun, was einem befohlen wird? Gestern hat dieser befohlen und heute befiehlt wieder dieser?"

Für den Gemeindediener stand die Welt endgültig Kopf.

„Was soll das heißen? Du gehorchst nicht? Hast vielleicht Mitleid mit dem Herrn Genossen?"

Ein Schlag klatschte.

Balazs verstand den ganzen Hexentraum nicht, betrachtete mit staunendem, benommenem Blick die hüpfende, tanzende Welt. In seinem Innern war es leer und eiskalt.

„Jetzt! Aber mit einem Schlag!"

Balazs vernahm ein Krachen und ein Schrei würgte seine Kehle.

Dann verschwand und versank alles.

Durch die halbgeöffnete Tür der Kammer gellte ein kurzer, furchtbarer, alles übertönender Todesschrei über das Dorf hinweg, erstarb in der blinden und tauben Stille der schweigenden schwarzen Nacht.

10.

Peter drang mit fünfzehn Mann langsam und vorsichtig durch den Park zum Kastell vor.

Der Park wurde der ganzen Breite nach von einer Schwarmlinie umgeben.

Die zwischen den Bäumen und Sträuchern langsam und wortlos dahinhuschenden Schatten muteten auch selbst wie vom Wind bewegte, geschaukelte Bäume an.

Nur durch Handdruck gaben sie einander die Losung weiter: stehn bleiben — vordringen.

Und im Handdruck pochten die glühenden Köpfe und die von heftigen Gefühlen und Leidenschaften durchtobten Herzen.

„Jetzt, jetzt!"

Jeder fühlte, daß in ihm brenne, was mit ihm im Leben geschehen war, geschieht und noch geschehen wird. Und unvermindert trugen sie vorwärts die stählerne Bewegung ihres Leibes, das auf einen Punkt gerichtete Flammen all ihrer Gefühle und Gedanken, die bis an die Grenzen des Todes schwingende höchste Zusammenfassung des Atems, des verhaltenen Keuchens, des Willens, der Entschlossenheit und Tatbereitschaft.

„Jetzt! Jetzt!" — so ließ das Blut durch die harten Hände die brüderliche Melodie des Klassenkampfes auf Leben und Tod pochen.

Peter fühlte als bebte auf seinen Lippen und auch den Lippen der übrigen ein Marschlied. Vielleicht ein bekanntes, vielleicht ein namenloses neues. Und es tönte und brauste in ihrer wogenden Brust. So gewaltig, so weittönend, so alles umfassend, und fünfzig, hundert, Millionen Leben mit aller Traurigkeit, aller Sehnsucht und aller Siegesfreude widerhallend, daß sich die große Nacht nah und fern mit dieser Melodie zu füllen schien, alles überdröhnend, das Heute und Morgen, kleine Taten und billige Wünsche, Leben und Tod.

Diese Welt muß unser sein.

Peter hätte laut, triumphierend mit der ganzen Wucht seines Daseins etwas in die furchtbare, heimtückische, hinterhältige Nacht hineinrufen mögen.

„Hopp!"

„Hopp!"

„Wir sind's!"

„Was ist im Kastell los?"

„Wir wissen nichts."

„Im Dorf?"

„Als ob alles tot wäre."

„Wieviel Mann beim Gemeindehaus?"

„Sechzig. Auf jeder Straße ein Maschinengewehr. Auf dem Dach des Bankgebäudes zwei."

„Auf der Landstraße nach Budapest?"

„Zwanzig Mann. Zwei Maschinengewehre."

„Anzeichen?"

„Nicht die geringsten. Die Landstraße ist, soweit man hören kann, still."

„Das Szekler Bataillon?"

„Von dem wissen wir das wenigste."

„Es dürfte die Sturmtruppe des Generalstabs sein. Wurde vorgestern von Budapest nach Jaszeg unter dem Vorwand abkommandiert, daß es die Frontreserve bilden sollte. Jeder entbehrliche Mann muß auf die Jaszeger Landstraße. Genügt dies nicht, so gehn noch fünfzig Metallarbeiter hin."

Auf dem kiesigen Sand knirschten die Schritte nach rechts und links.

Die Melodie über dem Menschentanz dröhnte noch gewaltiger.

Fiiju-drrr!

Fiiju-drrr!

Die Schatten zwischen den Sträuchern warfen sich auf die Erde, die Hände griffen mit festem Druck nacheinander, die Lungen bliesen leise, pfeifend, gedämpft.

Einer flüsterte:

„Vom Kastell her."

Ein anderer erwiderte:

„Nein. Von der Jaszeger Landstraße."

(Fortsetzung folgt.)

Durchführung des Volksbegehrens in Bayern

Eine Verordnung des Innenministers

Im „Bayerischen Staatsanzeiger" wurden amtlich Anweisungen über die Durchführung des Volksbegehrens bekanntgegeben. Die Verordnung enthält die näheren Bestimmungen über die Eintragung in die Listen und die Handhabung der Abstimmung in den Gemeinden.

Zu Abstimmungsleitern werden bestellt:

a) für den Stimmkreis (Reichstagswahlkreis) Oberbayern-Schwaben der 1. Bürgermeister der Stadt München,

b) für den Stimmkreis (Reichstagswahlkreis) Niederbayern-Oberpfalz der 1. Bürgermeister der Stadt Regensburg,

c) für den Stimmkreis (Reichstagswahlkreis) Franken der 1. Bürgermeister der Stadt Nürnberg,

d) für den Stimmkreis (Reichstagswahlkreis) Pfalz der 1. Bürgermeister der Stadt Ludwigshafen a. Rh.

Plakate, Flugblätter und Flugschriften, die ausschließlich das Volksbegehren zum Gegenstand haben, unterliegen **für die Zeit von der Anberaumung des Volksbegehrens an bis zum Tage des Ablaufs der Eintragungsfrist nicht den einschränkenden Bestimmungen der** §§ 1 **und** 2 **der oberpolizeilichen Vorschriften vom 12. Dezember 1925** über die öffentliche Verbreitung von Plakaten, Flugblättern und Flugschriften (St. Anz. Nr. 289). Unter den in § 3 dieser oberpolizeilichen Vorschriften erwähnten Volksabstimmungen sind auch Volksbegehren inbegriffen.

Ein vorbildlicher Beschluß auch für Bayern!

Die Gemeindeverordneten von Lichtentanne in Sachsen haben zur Durchführung des Volksbegehrens beschlossen, daß die Einzeichnungslisten im Gemeindeamt während der üblichen Geschäftszeit sowie abends von 6—8 Uhr und Sonntags von 10—12 Uhr zur Einzeichnung ausliegen.

Unsere Gemeindeverordneten sind verpflichtet, in dem Gemeindekollegium ihres Ortes ähnliche Anträge zu stellen.

Küblers vorläufiger Austritt aus dem Bayer. Bauernbund

München, 22. Februar 1926.

Vor ungefähr vierzehn Tagen leitete der „Fränkische Kurier" eine verschärfte Pressekampagne gegen den linken Flügel des Bayerischen Bauernbundes ein, in[illegible] 1925 [illegible] Landau nach Sowjetrußland unternommene Reise, dessen Teilnahme am internationalen Bauernkongreß und eine dort gehaltene kurze Rede zum Anlaß nahm, um Kübler als Kommunisten hinzustellen. Gierig hat die gesamte bürgerliche Presse, vor allem die schwarze, den fetten Happen geschnappt und überall wiedergekaut. Der Zweck ist der, daß die Bauern vor dem „Bolschewismus" graulich gemacht werden sollen, als dessen Vertreter die alten Bauernverführer um Heim, Schlittenbauer u. Co. mit Wonne die ihnen unbequemen Oppositionellen um Gandorfer und Kübler hinstellen wollen. Kübler wie Gandorfer brauchen uns nicht zu sagen, daß sie **keine Kommunisten** und wir halten es umgekehrt nicht für notwendig, offiziell eine Erklärung abzugeben, daß die linken Bauernbündler keine verkappten Kommunisten sind. Die abgefeimten Lügenbeutel, die in der bürgerlichen Presse von dem „Kommunisten Kübler" reden, wissen selbst, daß sie schwindeln. Immerhin hat die Hetze so weite Kreise gezogen, daß am vergangenen Samstag der Landesvorstand des Bayerischen Bauern- und Mittelstandsbundes zusammentrat, um sich mit dem „Fall Kübler" (nach mehr als 2½ Jahren!) zu beschäftigen. Man braucht nicht lange raten, um den Grund für dieses Vorgehen herauszufinden. Dahinter steht das kategorische Entweder — Oder der Bayerischen Volkspartei: entweder ihr sagt euch von Kübler los — oder ihr fliegt aus der Regierung hinaus! Im Laufe der Verhandlungen gab Kübler folgende Erklärung ab:

„Um einer völligen Klärung der durch meine Moskauer Reise gegen mich erhobenen Vorwürfe nicht hindernd im Wege zu stehen, betrachte ich mich bis zum Zeitpunkt dieser Klärung nicht mehr dem Bayerischen Bauern- und Mittelstandsbund als Mitglied angehörig."

Damit hat sich vorläufig Herr Fehr seinen Sitz in der bayerischen Polizeiregierung erhalten, der Bayerische Bauernbund wird sich nicht mehr für „verantwortlich" halten für das, was Kübler sagt und schreibt und Gandorfer . . . ? Aber warten wir ab. Wir werden in den nächsten Tagen Gelegenheit haben, einen gut informierten Teilnehmer am internationalen Bauernkongreß zu Worte kommen zu lassen.

Weg mit der bürgerlichen „Illustrierten"!

Die Arbeiter-Illustrierte gehört in jede Arbeiterfamilie

Soeben erschienen — Neue Nummer gegen die Fürstenabfindung — Soeben erschienen

Photographie und Politik

Die Serienpostkarten, die die Hohenzollern in allen Liebes- und Lebenslagen darstellten, sind uns noch allen in unangenehmer, aber guter Erinnerung. Es war das billigste, primitivste und kitschigste Mittel, die guten Stuben der Untertanen mit monarchistischer Propaganda zu versorgen. Während des Krieges erfüllte im In- und Ausland die Photographie in Zeitungen und Zeitschriften, Original oder gefälschte, seinen Zweck als ausgezeichnetes Hetz- und Agitationsmittel.

Es hat sehr lange gedauert, bis die Arbeiterbewegung die ungeheure propagandistische Möglichkeit der Photographie als Aufklärungs- und internationales Verständigungsmittel erkannt hat und lernte, sich dessen erfolgreich zu bedienen. In Deutschland besitzt die Arbeiterschaft

„Die Arbeiter Illustrierte Zeitung",

deren Entwicklung in inhaltlicher und technischer Hinsicht derart fortgeschritten ist, daß die bürgerlichen illustrierten Zeitungen längst überholt sind.

Wenn man das letzte soeben erschienene Heft der „Arbeiter Illustrierten Zeitung" betrachtet, so findet man darin eine Fülle von Material und in der interessanten und geschickten Zusammenstellung verblüffend wirksame Aufklärung auf den verschiedensten politischen und kulturellen Gebieten. Welche blutige Rolle

der März in der Geschichte

gespielt hat, wird an den verschiedensten Bildern gezeigt. Aufnahmen aus der internationalen Frauenbewegung werden Elendsbildern der sozialen Knechtschaft der europäischen Frau gegenübergestellt. Moderne Riesenmaschinen lassen den Fortschritt der Technik erkennen.

Aufnahmen aus der

Volksbewegung für die Fürstenenteignung

geben eine wirksame Vorstellung von Einheit und Umfang des ersten deutschen Volksbegehrens. Arbeitersport, Kunst, Bühne und Film ergänzen die Aktualität dieser Nummer.

Die Arbeiterschaft muß wissen, daß es in diesen Dingen ein wirksames

Werkzeug des Klassenkampfes

besitzt, das zu verbreiten und zu unterstützen Pflicht jedes Arbeiters ist.

Ein Mahnwort für Sozialrentner

Vom Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands werden wir um Aufnahme folgender Zuschrift ersucht:

War schon die Lage der Sozialrentner vor dem Kriege keine rosige, so haben sich die Verhältnisse durch die während und nach dem Kriege einsetzende Teuerung aller Bedarfsgegenstände wesentlich verschärft. Es wurde deshalb notwendig, daß sich die Rentnerschaft darüber klar wurde, wie sie sich durch eine Organisation vor der weiteren Verelendung schützen zu können. Bestanden vor dem Jahre 1920 bereits verschiedene Einzelorganisationen, so wurde durch die Schaffung des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands eine Einheitsfront geschaffen. In allen Jahren seit Bestehen dieses Zentralverbandes hat derselbe als Interessenorganisation den Kampf zur Verbesserung der Renten- und Fürsorgemaßnahmen geführt. Auch für die Sozialrentner gilt das Wort „vereint ist auch der Schwache mächtig", um zu den Hunderttausenden von Mitgliedern weitere noch außenstehende zu gewinnen. Die Lage der Rentnerschaft ist auch heute noch äußerst mangelhaft. Unter allen möglichen und unmöglichen Begründungen lehnt die Mehrheit der Parlamente die notwendigen Gelder zur Versorgung der Rentner ab, um sie weiter ihrem Elend zu überlassen. Die Gegner der Sozialpolitik sind auch jetzt fleißig an der Arbeit, jeden Fortschritt in der Sozialpolitik zu hintertreiben. Allen Anlaß zur Kritik gibt uns die gegenwärtige Handhabung der Fürsorge, die anstatt sich verbessernd, sich immer weiter verschlechternd auswirkt. Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands hat verschiedentlich schon Veranlassung genommen, Beschwerde bei der Staatsregierung sowie beim Bayerischen Landtag zu erheben.

Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands ist eine Organisation, die auf neutraler Grundlage aufgebaut ist und der jeder Rentner beitreten kann. In letzter Zeit wird nun versucht, dem um seine Rechte kämpfenden Zentralverband in den Rücken zu fallen. Die Personen, die dieses beabsichtigen, sind wohl selbst keine Invaliden, sondern gesunde Menschen in gut bezahlten Stellen, die unter Vorspiegelung falscher Tatsachen versuchen, Invaliden ihren Zwecken nutzbar zu machen. Unter dem Deckmantel „Christliche Invaliden" soll der Kampf geschlagen werden. Ob die nun geübte Agitationsmethode eine besonders „christliche" ist, soll dahingestellt bleiben. Dem Zentralverband der Arbeitsinvaliden ist diese Kampfesweise zu schmutzig. Eine zeitlang konnte man sogar das Schauspiel erleben, daß es besonders „katholische" und „christlich" abgestempelte Invaliden gegeben hat. Ob der Gesetzgeber und die ausführenden Behörden wohl einen Unterschied machen in der Versorgung der Invaliden nach besonderer Weltanschauung, oder sollte die Notlage den christlichen Invaliden nicht so fühlbar sein?! Das wird von uns stark bezweifelt. Würde man alles genau unter die Lupe nehmen, so könnte die Feststellung getroffen werden, daß in den Reihen des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden viel mehr christliche Männer und Frauen zu finden sind, als bei denjenigen, die das Wort so oft im Munde führen. Unter falscher Flagge versuchen einige Personen, die Invaliden ihren Zwecken gefügig zu machen. Die Frage taucht auf, ob auch die Mitglieder des Reichstages, die an der Spitze der Bewegung marschieren, Interesse an den Invaliden hätten, wenn die Revolution den Unterstützungsempfängern das Wahlrecht nicht gebracht hätte.

Auf die Frage, wo diese Männer, die nun ihr „Herz" für die Invaliden entdeckt haben, während der schwersten Zeit der Entbehrung für die Invaliden waren, gab ein Stadtrat der Bayer. Volkspartei in einer Invalidenversammlung Antwort; er sagte nämlich: „Ja, früher haben wir an die Invaliden nicht gedacht." Dieses war für uns ohne weiteres klar, haben wir doch auch die Verhandlungen des Reichstages usw. verfolgt und daraus ersehen, wer für und wer gegen die Invaliden war. Den Invaliden gegenüber glaubt man nun sagen zu dürfen, daß es zweckentsprechender ist, Geldmittel für hohe Beamte und die „notleidende" Industrie zu verausgaben, weil die Invaliden ja so schon den Hunger gewohnt seien. Die Invaliden selbst haben ursprünglich in einer Arbeitsgemeinschaft zusammengearbeitet, bis man geglaubt hat, der Zeitpunkt sei gekommen, den abgebauten christlichen Gewerkschaftsbeamten nach Aussagen ihrer eigenen Mitglieder eine Existenz zu schaffen. Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands hat bis jetzt in ruhiger sachlicher Weise zu all den Fragen Stellung genommen, muß aber unter den gegebenen Verhältnissen die Oeffentlichkeit auf Zustände aufmerksam machen, die nicht verschwiegen werden dürfen. **Soviel als uns die gesetzlichen Bestimmungen bekannt sind, ist es nicht zulässig, daß ein Vorsitzender eines Ortsfürsorgeverbandes die Berechtigung hat, Mitglieder des Zentralverbandes von irgend einer Unterstützung auszuschließen.** Wir könnten darüber mehrere interessante Sachen erzählen. Verlangt muß werden, daß Personen, die eine derartige Stelle bekleiden, ohne Voreingenommenheit nur auf Grund der bestehenden Hilfsbedürftigkeit ihre Aufgabe zu erfüllen haben. Die Notlage der Rentnerschaft ist auch heute noch eine tief traurige und es würde sich kein Volkskreis auf die Dauer eine solche Behandlung gefallen lassen. Wir verlangen deshalb die Mithilfe aller sozialdenkenden Personen, ganz gleich welcher Parteirichtung oder Religion sie angehören. Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands wird trotz aller Anfechtungen den Weg gehen, der ihm auf Grund seiner Satzungen vorgeschrieben ist, und der lediglich im Interesse der hilfsbedürftigen Menschen liegt. Wir ersuchen alle Sozialrentner, soweit sie dem Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands noch nicht angehören, die Mitgliedschaft zu erwerben und an dem weiteren Ausbau mitzuarbeiten. Anmeldungen und Auskunft in allen Rechts- und Fürsorgeangelegenheiten wird schriftlich und mündlich erteilt in München, Augsburgerstraße 14/1.

Bücher und Zeitschriften

Die sozialdemokratischen Parteien, ihre Rolle in der internationalen Arbeiterbewegung der Gegenwart

Herausg. von E. Varga, Verlag Karl Hoym, Hamburg

Unter diesem Titel erschien soeben eine Sammlung von Abhandlungen über die sozialdemokratischen Parteien folgender Länder: Deutschland, Frankreich, England, Italien, Belgien, Oesterreich, Tschecho-Slowakei und Balkan. Die Absicht dieses Buches ist, die Mannigfaltigkeit des Aufbaus und der Methoden der Sozialdemokratie deren Kenntnis für jeden Funktionär, der im täglichem Kampfe mit der Sozialdemokratie steht, sehr wertvoll ist, zu schildern.

Das proletarische Kind

Mit der zunehmenden Bedeutung der kommunistischen Kindergruppenbewegung wachsen auch die Aufgaben ihrer Leiter und Helfer. Sie benötigen immer dringender die bestmöglichste theoretische und praktische Schulung, verbunden mit einem regen Gedankenaustausch mit den Leitern und Helfern aller Länder.

Das Organ für Theorie und Praxis, das Sprachrohr für alle an der Bewegung interessierenden Genossen ist „Das proletarische Kind", die internationale Monatsschrift für Leiter und Helfer der kommunistischen Kindergruppen.

Soeben erschien in neuer guter Ausstattung Heft 1 des 6. Jahrganges. Aus dem reichen Inhalt seien nur folgende Artikel erwähnt: Edwin Hörnle, Die politische Lage und die Aufgaben des Jungspartakusbundes. M. Krup, Leiter und Kinder. Karl Marx über Kinderarbeit. G. Bammater, Umfang und Formen der Kinderarbeit in Amerika. Gorin, Struktur der Pionierorganisationen in der U.d.S.S.R. und ihre Tätigkeit. Berta Lask, Vom Geist der Schule in Deutschland und Sowjetrußland.

Alle Elternräte, kommunistischen Lehrer, Erzieher und Funktionäre der Kinderbewegung sollten Leser und Verbreiter der Zeitschrift „Das proletarische Kind" sein.

Das Heft kostet 20 Pfg. und kann durch die Arbeiter-Buchhandlung und durch die Funktionäre der Jugend bezogen werden.

Spielplan der Münchener Theater

für Montag, 20. Februar

Prinzregenten-Theater „Bonaparte" (7.30 U.)
National-Theater „Der Mikado" (7.30 U.)
Residenz-Theater „Der kategor. Imperativ" (7.30 U.)
Münchener Schauspielhaus „Heinrich IV." (7.30 Uhr)
Münchener Kammerspiele „Der fröhliche Weinberg" (7.30 Uhr)
Theater am Gärtnerplatz „Der Orlow" (7.30 Uhr)
Münchener Volkstheater „Der wahre Jakob" (7.30 U.)

Nürnberger Theater

Neues Stadttheater am Ring: „Die Hugenotten" (7.00 Uhr)
Altes Stadttheater am Lorenzerplatz: „Hans Sachs-Spiele" (7.30 Uhr)

Für die Redaktion verantwortlich: Albert Buchmann, München, Verlag u. Inseratenteil: Wilhelm Olschewski, München, Druck: Hanns Held, München 50.

9. Jahrgang Nr. 69

Einzelpreis 15 Pfg.

Neue Zeitung

Bayer. Organ der Kommunistischen Partei Deuschlands (Sektion der Kommun. Internationale)

mit der illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der rote Stern"

Die Neue Zeitung erscheint täglich außer Montags. Bezugspreis frei Haus monatlich 2.40 Mk., wöchentlich 60 Pfg. Durch die Post bezogen 2.40 Mk. ohne Zustellgebühr Expedition u. Verlag Neue Zeitung München, Lindwurmstr. 203, / Telefon 72024 Geschäftsstelle für Nürnberg Prechtelsgasse 16, 2. St. / Fernsprecher Numm. 20259

Donnerstag, 25. März 1926

Anzeigenpreis für den Millimeter Höhe und Spalte [illegible] Pfg., Spaltenbreite 28 mm, für Reklame im Textteil 50 Pfg. Gelegenheitsanzeigen ermäßigte Preise / Postscheckkonto München Nr. 47280, Wilhelm Olschewski, Neue Zeitung / Redaktion München, Lindwurmstr. 203, Telefon 72024 / Erfüllungsort München

Die Bauerninternationale an die bayerischen Bauern!

Das Präsidium der Bauerninternationale hat an die Bauern des Freistaates Bayern folgenden Offenen Brief gerichtet:

Werte Brüder und Kameraden!

Die Bauerninternationale, der Millionen von Bauern aus 40 Ländern der Welt angeschlossen sind, begrüßt die arbeitende Bauernschaft Bayerns. Sie beobachtet Euren Kampf, den Ihr zu führen gezwungen seid, den Kampf, den Eure Vorfahren schon führen mußten. Seit uralten Zeiten ist es der Bauer, der in harter Arbeit dem Boden die Früchte abringt und durch Jagd die für die Ernährung des Volkes notwendigen Mittel beschafft. In uralter Zeit war der Boden frei, frei war die Arbeit.

Entschwunden ist jene Zeit, wo der freie Bauer die gemeinsame Viehherde auf freie Weide führte, wo die Feldflur gemeinsam bebaut und gemeinsam geerntet wurde.

Heute ist die Jagd ein Privileg der Herren mit dem dicken Geldbeutel, des feudalen Adels, der Industriellen und des Spekulantentums. Den freien Grund und Boden, Acker und Wald unserer Vorfahren haben sie wider Recht und Glauben an sich gerissen. Gegen schweren Pachtzins müßt Ihr Euer Eigentum zurückpachten.

Die vielseitigen Steuern und Abgaben erdrücken Euch schier. Die Schwerindustrie diktiert unerhörte Preise, und Eure Führer in den Parlamenten bewilligen ihnen noch hohe Industriezölle.

Heute sind die Bauern die Unterjochten, die Unterdrückten und die Zahlenden.

Der bürokratische bürgerliche Staat läßt durch seine Finanzämter, durch seine Gerichtsvollzieher gewaltsam beim Klein- und Mittelbauern die Steuern einziehen, die Industrielle und Großgrundbesitzer sich weigern zu zahlen, die das Parlament, der bürgerliche Staat den Bauern auferlegt. Die Notstandskredite, die Ihr wegen der Mißernte 1924 bekommen habt, und hierfür teure Zinsen zahlen mußtet, sollt Ihr einlösen in einer Zeit, wo die Preise für Eure wenigen Produkte, die Ihr verkaufen könnt, in keinem Verhältnis stehen zu den Industriepreisen.

Man scheut nicht davor zurück, dem fleißigen Landmann die letzte Kuh aus dem Stalle zu holen, ihm jede Existenzmöglichkeit zu rauben. Wir erfuhren, daß in verschiedenen Gegenden des Deutschen Reiches diese Rücksichtslosigkeit bereits zu Selbstmorden, zu Verzweiflungsakten von Bauern führten.

„Loset, was ist das für ein Wesen, wir mögen von Pfaff und Adel genesen", das war die Losung Eurer Vorfahren vor mehr als 400 Jahren der damaligen Bundesfreunde in der Bauernorganisation „Bundschuh". Unwillkürlich muß man dieser großen Zeit gedenken, wenn man das heutige „Schinden und Plagen" bei den Bauern beobachtet. Mit Stolz könnt Ihr deutschen Kameraden zurückdenken an Eure ehrlichen Führer Floiran Geyer und Thomas Münzer, desgleichen an die Hunderttausende kämpfender Bauern dieser Zeit.

Der größte Teil der bayerischen Bauern erkennt auch heute, daß er den Kampf zur Erhaltung seiner Existenz führen, daß er innerhalb seiner Organisation die Führer zwingen muß, zu den stehenden [illegible] gen klipp und klar Stellung zu nehmen.

Kameraden! Ihr werdet dabei finden, daß Eure Widersacher, die Industrie- und Agrarkapitalisten, gut organisiert sind, daß sie eine straffe Einheitsfront den arbeitenden Schichten gegenüber gebildet haben, daß sie um Euch buhlen. Ihr aber seid in viele Organisationen zersplittert. Bauern befinden sich im Christlichen Bauernverein, der Bayerischen Volkspartei, im Bayerischen Bauernbund, im Bund freier Bauern und anderen kleinen Organisationen. Hier gilt es einen Weg zu finden, eine starke Einheitsfront der Bauern der Einheitsfront Eurer Unterdrücker entgegen zu setzen. Euer unmittelbares Ziel muß die Verbindung aller arbeitenden Bauern und darüber hinaus die Verbindung aller ausgebeuteten und unterdrückten Schichten sein.

Zu Anfang des Jahres 1514, als in den südlichen Staaten der deutschen Lande die Kapitalsteuer verkündet wurde, berief der Hauptmann der geheimen Bauernorganisation des Armen Konrads eine große Versammlung auf freiem Felde ein und nahm eine große Schaufel, zog einen Ring und rief, indem er sich in den Ring stellte:

> „Der arm' Konrad heiß ich, bin ich, bleib ich, und wer nicht will geben den bösen Pfennig, der trete mit mir in diesen Ring."

Wir sehen hieran, daß Eure Vorfahren schon damals eine Einheitsfront gegen den feudalen Adel schufen. Sie hatten es aber nicht verstanden, darüber hinaus sich mit der arbeitenden Schicht zu verbinden. Diese Unterlassung mußten sie schwer büßen. Die Zeitungen eurer Großgrundbesitzer und Industriellen heulen auf, weil der linke Flügel des Bayerischen Bauernbundes mit den Führern Gandorfer und Kübler ganz bestimmte Forderungen aufstellte. Das bewaffnete Auftreten der Bauern im Moselgebiet ist kein Zufall und hat nicht nur lokale Bedeutung. Diese Tat, die an die Ereignisse des großen Bauernkrieges vor 400 Jahren erinnert, zeigt die unhaltbare Lage des Mittel- und Kleinbauern im ganzen Reiche, und wirklich: es ist ein Alarmruf an die gesamte Bauernschaft Deutschlands, zur Bildung einer **Bauerneinheitsfront**. Es bedeutet:

Bauer wache auf!

Das beweist aber auch, daß ihr diesen Kampf organisieren müßt. In allen Gemeinden müssen Einheitskomitees gegründet werden; dieselben müssen kreis-, bezirks- und landesweise um folgende Forderungen gesammelt werden:

1. Die den arbeitenden Bauern gewährten kurzfristigen Kredite sind zu stunden und der Zinssatz ist zu kürzen.
2. Den arbeitenden Bauern im weiteren ausreichende Kredite zinslos zu gewähren.
3. Den Hochwassergeschädigten sind Steuern und Kredite zu erlassen. Den übrigen schaffenden Bauern sind die Steuern zinslos zu stunden.
4. Wahl eines Steuerausschusses durch die Gemeindemitglieder, denen auch die Steuerveranlagung zu übertragen ist.
5. Beseitigung des Spitzelsystems bei den Finanzämtern und Erhebung der Steuern durch die Gemeinden.
6. Alle Steuerpfändungen bei Bauern sind sofort rückgängig zu machen. Neue Pfändungen dürfen nicht mehr vorgenommen werden.

Die Bauerninternationale versichert euch ehrliche Sympathie und Unterstützung eures gerechten Kampfes durch die Bauern aller Länder.

Präsidium der Bauerninternationale

Gegen die Einheitsfront mit den Imperialisten aller Länder:

Das internationale Kampfbündnis der Arbeiterklasse!

Schluß der Reichstagsrede des Genossen Stöcker

Aus allen diesen Gründen wäre es für die Arbeiterschaft erforderlich, gegen diesen Völkerbund die allerschärfste Kampfstellung einzunehmen. Aber während die ganze Welt darüber klar ist, daß in Genf alle Mächte nur ihre Gewaltziele verfolgten, stellt die **deutsche Sozialdemokratie** die deutschen Delegierten Luther und Stresemann als wahre **Friedensengel** hin, denselben Luther, der durch seine Innenpolitik des Zoll- und Steuerraubes, durch sein Bündnis mit den Deutschnationalen seine arbeiterfeindliche Haltung deutlich genug bewiesen hat, denselben Stresemann, der 1916 noch halb Europa verschlucken wollte.

Auch Luther und Stresemann gingen nur nach Genf, um dort imperialistische Machtpolitik im Interesse der deutschen Kapitalistenklasse zu treiben,

sie wollen in den Völkerbund eintreten, weil sie glauben, im Völkerbund eine bessere Entwicklungsmöglichkeit für den deutschen Kapitalismus als außerhalb zu finden. Im Grunde denken Luther und Stresemann über den Völkerbund genau so wie die übrigen imperialistischen Räuber, wie Coolidge oder Mussolini.

Wenn die **Deutschnationalen** gegen diese Politik „Opposition" markieren, so betreiben sie nur wie üblich **Bauernfängerei** der schlimmsten Art. Die Oppositionsreden Westarps sind lächerlich, wenn feststeht, daß ohne den Willen der Deutschnationalen weder Locarno noch Genf möglich gewesen wären. Auch diesmal hat Westarp keine grundsätzlichen Einwendungen wegen des Eintritts in den Völkerbund erhoben, er hat nur gewünscht, daß er „nicht unter den gegenwärtigen Bedingungen" erfolge. Der Umfall der Deutschnationalen wird noch augenscheinlicher dadurch, daß sie ihre Ansicht, für den Völkerbundseintritt sei eine Zweidrittelmehrheit des Reichstags nötig, aufgegeben haben und, wenn auch verschleiert, zugestimmt haben, daß die Reichsregierung die verfassungsmäßige Ermächtigung zum Völkerbundseintritt bereits bekommen habe. Die Deutschnationalen haben keinen Mißtrauensantrag gegen das Kabinett wegen seiner Völkerbundspolitik eingebracht, und auch ihr Antrag auf Zurückziehung des Eintrittsgesuches ist äußerst schwach begründet worden. Im Grunde sind

die Deutschnationalen, besonders ihr schwerindustrieller Flügel, mit der Stresemannpolitik vollkommen einverstanden.

Sie wollen sich aus agitatorischen Gründen nur nicht mit der Verantwortung dafür beladen; dafür sind ihnen Luther und Stresemann gerade gut genug. Wenn ein Unterschied zwischen der Politik der Deutschnationalen und der der jetzigen Regierung besteht, so nur der, daß die Deutschnationalen noch offenere imperialistische Gelüste haben, eine noch deutlichere Sprache wünschen. In der grundsätzlichen Linie sind sie mit Luther und Stresemann ein Herz und eine Seele.

Wenn die Kommunistische Partei Luther und Stresemann mit erbitterter Feindschaft bekämpft, so steht sie der deutschnationalen Kriegs- und Abenteurerpolitik mit Todfeindschaft gegenüber.

Die arbeitenden Massen Deutschlands wissen, daß der Weg zur nationalen und sozialen Freiheit Deutschlands nicht der Weg imperialistischer Konflikte, sondern nur der des internationalen Klassenkampfes ist.

Trotzdem ihr die Gründe der kommunistischen Ablehnung der Locarnopolitik und die Todfeindschaft der Kommunisten gegenüber den deutschnationalen imperialistischen Plänen bekannt ist, fährt die sozialdemokratische Presse fort, über kommunistisch-deutschnationale Einheitsfront zu lügen. In Wahrheit steht die sozialdemokratische Politik, die sich bei hundert Abstimmungen im Reichstag erwiesen hat, der deutschnationalen bedeutend näher.

Die pseudo-pazifistischen Phrasen der Sozialdemokratie können nicht dar-

Ueber 13 Millionen sicher!

Die bisherigen amtlichen vorläufigen Zählungen der Eintragungen für das Volksbegehren haben ergeben für

29 Wahlkreise = 10 936 852 Unterschriften.

Es stehen noch aus die Wahlkreise: Ostpreußen, Breslau, Magdeburg, Hamburg, Mecklenburg und Niederbayern und aus 24 Bezirksämtern des Wahlkreises Franken. Da bei den fehlenden Wahlkreisen zum Teil noch wichtige Industriebezirke in Frage kommen, kann damit gerechnet werden, daß die Stimmenzahl der K.P.D. und S.P.D. bei der 1. Präsidentenwahl um etwa 30 bis 35 % überschritten ist. Diese Umrechnung würde eine ungefähre Gesamtzahl von über 13 Millionen Eintragungen ergeben.

über hinwegtäuschen, daß in allen Ländern eine Einheitsfront der Sozialisten mit den kapitalistischen Machthabern besteht,

daß sie in jedem Lande die Politik ihrer eigenen Imperialisten unterstützen, und daß die französischen und englischen Sozialisten den Schlächtern Briand und Chamberlain genau so das Vertrauen aussprechen, wie ihre deutschen Kollegen Luther, Stresemann und Geßler.

Die Kommunisten wollen die Einheitsfront der Arbeiterklasse, nach der der „Vorwärts" jetzt auf einmal so schreit. Aber dann müssen die Sozialdemokraten schon die Einheitsfront mit Luther aufgeben. Ein Doppelspiel ist nicht möglich.

Einzelne sozialdemokratische Blätter haben den imperialistischen Charakter des Völkerbundes richtig gekennzeichnet, aber sie haben daraus nicht die richtigen Konsequenzen gezogen, und die Ansicht vertreten, man müsse durch die „Poren" des Völkerbundes eindringen und sich seiner bemächtigen. Welchen Erfolg das hat, das hat der Kampf gezeigt, den die verschiedenen in Genf anwesenden sozialistischen Minister gegeneinander im Auftrag ihrer Herren geführt haben.

Wir Kommunisten sagen: Der Völkerbund ist eine Organisation der kapitalistischen Klasse, eine Organisation, die für den Frieden völlig nutz- und wertlos ist,

in der Arbeiterschaft nur Illusionen nährt, die sie vom wirklichen Klassenkampf abhalten, und außerdem ein gefährliches Instrument gegen die Arbeiterklasse der ganzen Welt darstellt. Nicht Mitarbeit mit der Bourgeoisie, sondern rücksichtsloser Kampf gegen den Räuberbund muß die Losung der Arbeiterschaft sein.

Die Arbeiterklasse hat einen Ausweg: **Stärkung der internationalen, proletarischen Klassenfront, Sammlung der Arbeiter aller Länder in einer Kampfgemeinschaft gegen die Bourgeoisie, Herstellung der Gewerkschaftseinheit und Anlehnung an den ersten proletarischen Klassenstaat der Welt.**

Die proletarische Einheitsfront wird und muß kommen trotz der Sabotage der Sozialdemokraten, trotz der imperialistischen Politik der 2. Internationale.

Nicht von den Massenschlächtern Briand und Chamberlain, nicht von Mussolini, Luther und Stresemann wird der Weltfriede kommen, sondern **nur durch den Klassenkampf des internationalen Proletariats**. Nicht Mitarbeit mit der Bourgeoisie im Völkerbund, sondern Klassenkampf gegen den Räuberbund ist die Losung. Die Arbeiterklasse könnte, wenn die internationale Einheit hergestellt wird, auch heute schon reale Machtpolitik treiben. Sie kann noch nicht den Völkerfrieden sichern, der wird erst kommen, wenn die Kapitalistenklasse niedergeworfen ist. Aber bei einer einheitlichen Klassenpolitik können auch heute schon Erfolge erzielt werden. Darum:

Nicht hinein in den kapitalistischen Räuberbund, sondern heraus aus diesem Machtorgan der Kapitalisten, — hinein in die einheitliche Front des internationalen Proletariats!

Der Locarno-Reichstag will seine Bankrott-Politik fortsetzen

Die S.P.D. rettet Luther und Stresemann

Mittwoch, 24. März. Im Reichstag wurde gestern die Genfer Debatte abgeschlossen. Von den Völkischen sprach R e v e n t l o w gegen die Regierung, B r e i t s c h e i d verteidigte die Politik Luther-Stresemanns wärmer, als diese selbst vermögen, Tirpitz wurde von den Deutschnationalen vorgeschickt, auf den L u t h e r mit einer Verteidigung der bisherigen Locarnopolitik und mit einer Ankündigung ihrer Fortsetzung antwortete. In der zweiten Rednerreihe sprach für die kommunistische Fraktion Genosse M ü n z e n b e r g. Die Abstimmungen zeitigten folgendes Resultat: Der kommunistische Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung wurde gegen Kommunisten, Deutschnationale und Völkische abgelehnt. In namentlicher Abstimmung wurde der deutschnationale Mißtrauensantrag gegen Luther und Stresemann von der gleichen Mehrheit abgelehnt. Ueber den völkischen Vertrauensantrag wurde zur Tagesordnung übergegangen. Darauf wurde **mit den Stimmen der Sozialdemokraten** der Billigungsantrag der Regierungsparteien **gegen Kommunisten**, Deutschnationale und Völkische angenommen.

Alle Anträge auf Zurückziehung des Aufnahmegesuches in den Völkerbund wurden abgelehnt. Das **Gehalt des Reichskanzlers** wird darauf **gegen Kommunisten** und Völkische und unter stürmischer Heiterkeit **mit** den Stimmen der **Deutschnationalen bewilligt**.

Geßler als kommender Diktator

Berlin, 23. März 1926.

Die deutschnational-völkische „Bergisch-Märkische Zeitung" schreibt, daß sie aus unbedingt zuverlässiger Quelle erfahren habe, daß deutschnationale Abgeordnete versuchen wollen, dem jetzigen Reichswehrwehrminister Geßler den Weg zum Reichskanzler zu ebnen.

Diese vorstehende Meldung besagt, daß hinter den Kulissen mit allen Mitteln auf eine weitere Verschärfung der Reaktion hingearbeitet wird. Herr Geßler hat ja noch vor kurzem bei seiner Rede in Bremen gezeigt, daß seine Demokratie längst deutschvölkisch geworden ist, er sich also zum Diktator wohl sehr eignet. In der gleichen Weise des Vormarsches der Reaktion liegt ein Antrag der bayerischen Regierung, den heutigen Reichsrat in ein sogenanntes Reichspräsidium umzuwandeln, was in Wirklichkeit nichts anderes bedeutet, als den alten wilhelminischen Bundesrat wieder aufleben zu lassen. Alle diese Anzeichen sind Alarmsignale für die Arbeiterschaft die Abwehr zu organisieren.

Aufhebung des Schweigegebots über die Schwarze Reichswehr

Berlin, 23. März

Der Beschluß des Schwurgerichts, den Prozeßbeteiligten am Fememordprozeß P a n n i e r die Geheimhaltung der in dem Prozeß zur Sprache gekommenen Tatsachen über die Schwarze Reichswehr und die Arbeitskommandos aufzuerlegen, wurde auf Berufung der Staatsanwaltschaft aufgehoben.

Im Dienste der Bourgeoisie

Berlin, 24. März

Der sozialdemokratische Polizeipräsident Grzesinski verteidigt seine Kommandoverfügung für die Berliner Schutzpolizei in einer Erklärung, in der er behauptet, daß Ueberfälle durch Mitglieder des Roten Frontkämpferbundes dazu Veranlassung gegeben hätten. In dieser Erklärung gibt er zu, daß die Schupo von ihm zum rücksichtslosen Einschreiten bei „Ruhestörungen" veranlaßt sei. Er habe auch sämtliche Fälle, die aus letzter Zeit schweben, der Staatsanwaltschaft überwiesen.

S.P.D. für Mieteerhöhung!

Hamburg, 24. März

Die Senats- und Bürgerschaftskommission beschloß mit den Stimmen der SP.D. die sofortige Erhöhung der Miete von 85 auf 93 Prozent.

90 000 Ruhrbergarbeiter in einem Jahre brotlos geworden

Essen, 24. März

Im Ruhrgebiet waren im Monat Februar 1925 als Bergarbeiter 472 181 Mann beschäftigt, im Februar 1926 nur noch 383 599. Das bedeutet eine Abnahme der beschäftigten Arbeiter von rund 90 000 Mann oder 30 Prozent. Feierschichten gab es im Dezember 1925 insgesamt 165 167, im Januar 1926 384 000 und im Februar 1926 wurde die Zahl von 579 000 Feierschichten erreicht.

Wirtschaftsbeihilfe für Erwerbslose beschlossen — aber nicht in Bayern!

Hamburg, 23. März 1926.

In der Schiffbecker Gemeindevertretung wurde **mit** den Stimmen der **sechs Kommunisten gegen** die vier Stimmen der **sozialdemokratischen** Abgeordneten, bei der **Stimmenthaltung** der **Bürgerlichen** und des **polnischen** Vertreters eine Wirtschafts**beihilfe für Erwerbslose von 50 Mark für Verheiratete, 30 Mark für Ledige und 10 Mark für jedes Kind, beschlossen**. Ueber die Anwesenheit von Polizisten im Tagungslokal verweigerte der Gemeindevorsteher die Auskunft.

Die Vereinsmeier in Köln

Berlin, 23. März 1926.

Ueber die Reden anläßlich des Hindenburgbesuches in Köln, bei denen weder Hindenburg noch Marx und Severing auch nur einmal das Wort Republik erwähnten, schreibt der demokratische „Montag Morgen": „Vergeblich sucht man in allen diesen Reden nach einem einzigen Satz, der sich über das Niveau einer Vereinsrede erheben würde, vergebens irgend eine Bezugnahme auf Fragen der lebendigen Gegenwart, die doch auch voller Sorgen und Probleme sind und die Rheinländer auch schließlich interessieren. Und da ist kein Unterschied zwischen der Rede Hindenburgs und denen des Sozialdemokraten Severing und des Zentrumsmannes Adenauer — die Einheitsfront der wortreichen Inhaltslosigkeit wurde in Köln durch keinen Störenfried gebrochen."

Kommunistischer Bürgermeister

Gotha, 23. März 1926.

In R u h l a wurde am vergangenen Donnerstag der Genosse K o h l r a u s c h mit Unterstützung der sozialdemokratischen Fraktion zum Stadtgemeindevorsteher **(Bürgermeister)** gewählt.

Der Skandal in der sächsischen S.P.D.

Die Rechten höhnen — und die „Linken" führen Lufthiebe

Dresden, 24. März

Die sächsischen „Linken" in der S.P.D.-Landtagsfraktion haben am 22. März einen **Antrag auf Auflösung des Landtages** eingebracht. Die sächsische S.P.D.-Presse sagt in ihren gleichlautenden Artikeln mit keinem Wort zu diesem Antrag, wie sie seine Annahme, angesichts der ablehnenden Haltung der 23 Rechten in der Fraktion erzwingen will und beruft sich nur auf eine angebliche Zustimmung des Zentralvorstandes.

Plauen, 23. März

Die linkssozialdemokratische „V o l k s z e i t u n g" weist darauf hin, daß der Berliner Parteivorstand, als er sich mit der Lage in Sachsen befaßt hatte, die Fraktionsminderheit beauftragt habe, einen Antrag auf Auflösung des Sächsischen Landtages auch selbständig einzubringen falls die Gesamtfraktion die Einbringung ablehnen sollte. Zur Ablehnung des Auflösungsantrags durch die rechten Abgeordneten schreibt die „Volkszeitung":

„Kein Fraktionsmitglied kann deshalb darüber im unklaren sein, was die Ablehnung des Auflösungsantrages bedeutet, zumal jedes Fraktionsmitglied vom Parteivorstand brieflich von dem Beschluß in Kenntnis gesetzt worden ist. Nun gibt es kein Ausweichen mehr! Wer von der Fraktion gegen den Auflösungsantrag stimmt, zerschneidet das Tischtuch zwischen sich und der Partei. Die Gesamtpartei wird dann mit den Verrätern sehr schnell fertig werden und die Partei in Sachsen der Gesundung entgegenführen, die schon lange im Interesse des Proletariats liegt." —

Das Fürstenkompromiß schlechter als der preußische Vertrag

Berlin, 23. März

In der heutigen Sitzung des Rechtsausschusses erklärte der preußische Finanzminister Höpker-Aschoff, daß der vorliegende Kompromißentwurf der Regierungsparteien zur Fürstenabfindung gegenüber dem Vergleich der preußischen Regierung mit den Hohenzollern noch eine Verschlechterung darstelle.

Ausland

Die Einkreisung Sowjetrußlands wichtiger als Deutschlands Völkerbundseintritt

Durch den Zusammenbruch der Genfer Tagung werden jetzt Dinge bekannt, die unsere Auffassung über den Charakter der imperialistischen Gegensätze, wie sie in Genf offen hervorgetreten sind, nur bestätigt werden.

Eine Meldung aus W a r s c h a u spricht von einem **geheimen Abkommen**, das zwischen C h a m b e r l a i n für England und S k r z y n s k i für Polen getroffen sei und das in der Linie von Chamberlains Bestreben läge, **Polen in die antibolschewistische Front einzubeziehen**. Diese Bemühungen hätten vollen Erfolg gehabt. Chamberlain habe Skrzynski auf die Notwendigkeit eines **starken Heeres** für Polen hingewiesen.

Während der Beratungen des Sejmausschusses für Budgetfragen sei beschlossen worden, daß im Haushalt des Kriegsministeriums keine Streichungen vorgenommen werden sollten. Auf Anweisung des Ministerpräsidenten Skrzynski wurden außerdem die **polnisch-russischen Wirtschaftsverhandlungen**, die Mitte März in Moskau beginnen sollten, **plötzlich auf unbestimmte Zeit vertagt**.

Für diese von Polen erhofften — und anscheinend erhaltenen — Zugeständnisse hat Chamberlain die Deutschen vorläufig fallen gelassen, die ihm sowieso nicht weglaufen, so lange Luther und Stresemann im Verein mit der Sozialdemokratie unentwegt „Locarnopolitik" machen.

Senator Borah reist nach Moskau

Moskau, 2.2 März 1926.

Wie die Blätter melden, wird noch im Monat Mai ds. Jrs. die Ankunft des amerikanischen Senators B o r a h in Begleitung von mehreren amerikanischen Senatoren, die Anhänger einer Annäherung der Vereinigten Staaten mit Sowjetrußland sind, erwartet. Der Aufenthalt der amerikanischen Senatoren in Sowjetrußland wird drei Wochen in Anspruch nehmen. In den Moskauer Regierungskreisen wird diesem Besuche der amerikanischen Senatoren eine große Bedeutung für die Regelung der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Sowjetrußland und den Vereinigten Staaten beigemessen.

Der gegen die amerikanische Regierung in Opposition stehende demokratische Senator B o r a h ist ein Vertrauensmann amerikanischer Industriellengruppen. Seine Propaganda für die Anerkennung der Sowjetunion durch Amerika beruht natürlich nicht auf politischer Sympathie für Sowjetrußland, sondern auf den Interessen amerikanischer Industrieller, die von einer Anerkennung Sowjetrußlands eine Intensivierung der russisch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen erwarten.

Jugoslawisch-italienischer Konflikt

Belgrad, 24. März 1926.

Aus Laibach wird über eine Grenzverletzung seitens italienischer Beamten berichtet: In der Nacht zum vergangenen Sonntag kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Finanzwachleuten. **Italienische Beamte** beantworteten die Aufforderung, sich über die von ihnen überschrittene Grenze zurückzuziehen mit **Feuer**, das von den **Jugoslaven erwidert** und von denen **drei schwer verletzt** wurden. **Jugoslavien hat in Rom Genugtuung verlangt**. — Der Besuch des jugoslavischen Königspaares in Rom wurde abgesagt. Auch die von Mussolini ausgehenden Bestrebungen auf Abschluß eines **Balkan-Locarnopakts** werden durch den Zwischenfall noch mehr **in Frage gestellt** als bisher.

Jugoslawisch-österreichischer Schiedsvertrag

Wien, 24. März 1926.

Die „Wiener Neuesten Nachrichten" berichten dieser Tage von dem bevorstehenden Abschluß eines jugoslavisch-österreichischen Schiedsvertrages nach dem Muster des kürzlich abgeschlossenen Vertrages zwischen Oesterreich und der Tschechoslowakei.

Rücktritt des griechischen Präsidenten

Athen, 22. März 1926.

Der Präsident der Republik C o n d o u r i o t i s hat dem Ministerpräsidenten seinen Rücktritt mitgeteilt. Nach einer Erklärung des Generals Pangalos hat der Präsident seinen Rücktritt mit „Gesundheitsrücksichten" begründet. Die Neuwahl soll am 4. April stattfinden.

Admiral Condouriotis ist ein alter Venizelist. Nachdem Venizelos von der politischen Arena verschwunden war, wurde Condouriotis 1923 Präsident der Republik. Nach dem Staatsstreich Pangalos' 1925 paßte er sich kautschukartig dem neuen Kurs an. Die verschärfte militärische Diktatur, die Pangalos vor etwas 2½ Monaten proklamiert hat, schließt eine Verminderung der Vollmachten des Präsidenten ein. Die Proklamation dürfte den formellen Anlaß zu der Demission Condouriotis sein. Der „Temps" schreibt anläßlich des Condouriotis-Rücktrittes: „Man hat das Gefühl, daß in diesem Moment eine tiefe Umwälzung sich im nahen Osten Europas vollzieht, und daß eine Umgruppierung der verschiedenen Einflüsse sich in der Gesamtsituation dieses Weltteils auswirkt." „Temps" weist auf Tatsachen hin, wie: die griechisch-italienische Annäherung, die jugoslawisch-italienischen Verhandlungen und die Unterredungen zwischen Sofia und Belgrad. Das Verschwinden Condouriotis scheint den englischen Einfluß in Athen endgültig zu besiegeln.

Bratianu tritt zurück

Bukarest, 23. März 1926.

Von dem Außenminister D u c a wurde in einem Interview der Rücktritt des Kabinetts Bratianu für den 27. März angekündigt.

Liga zum Kampfe gegen den britischen Imperialismus

Peking, 23. März 1926.

Eine Konferenz, an der zahlreiche gewerkschaftliche und gesellschaftliche Organisationen in S c h a n g h a i vertreten waren, beschloß, eine Liga zum Kampfe gegen den britischen Imperialismus ins Leben zu rufen, der alle Klassen der Bevölkerung angehören sollen. Es wurde ein Aktionsprogramm ausgearbeitet, und ein Schanghaier Komitee gewählt, dem Vertreter der Kuomintang, des Gewerkschaftsrates, des Studentenverbandes, der Frauenliga und des Ausschusses zur Einberufung der Nationalversammlung angehören.

Revolutionärer Umschwung in Peking?

Berlin, 24. März

Aus Peking kommen Alarmnachrichten über die bevorstehende Machtergreifung durch Revolutionäre. Eine Neutralisierung Pekings ist undurchführbar.

Berichtigung!

In dem gestrigen Inserat: Der Film der Internation. Olympiade zu Frankfurt a. M. D i e n e u e G r o ß m a c h t: **Sport** muß es bei Eintrittspreise heißen: **50 und 80 Pfg.**

Aus München

Demonstration trotz alledem!

München, 24. März 1926.

Die Münchener Arbeiterschaft ließ es sich trotz aller verfassungswidrigen Polizeimaßnahmen nicht nehmen, am Reichserwerbslosentag ebenfalls zu demonstrieren.

Schon am Nachmittag hatte die Polizei umfassende Vorbereitungen getroffen, um den Hunger der Erwerbslosen auf ihre Art eventuell mit Gummiknüppeln und blauen Bohnen zu stillen. Wie wir gestern bereits meldeten, **ist der Kommunistischen Partei in München kein Verbot der im Hackerkeller beabsichtigten Demonstrationsversammlung zugegangen.** Erwerbslose und arbeitende Männer und Frauen, welche sich in den Hackerkeller begeben wollten, fanden diesen von Landespolizei besetzt. Fortgesetzt rasselten Autos mit schwer bewaffneter Polizei aller Art durch die Straßen und besetzten die ganze Theresienhöhe. Im **Hackerkeller** und auf dem **Ausstellungsgelände** waren die Reserven untergebracht und alle technischen Mordinstrumente vorbereitet, um den Staat, der wieder mal in Gefahr war, zu retten. Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich zum Versammlungslokal begeben wollten, wurden schon in den Zugangsstraßen brutal mit dem Gummiknüppel bearbeitet. Die Abteilung 6a und die Achtgroschenjungens hatte sich unter die Arbeiter gemischt, um ihre Notwendigkeit zu beweisen.

Die erschienenen Arbeiter ließen sich nicht provozieren, sondern begaben sich in kleinen Trupps nach dem Goetheplatz. Spontan bildete sich hier ein Demonstrationszug, der revolutionäre Lieder singend sich durch die Walther- und Frauenlobstr. in Bewegung setzte. Immer mehr Arbeitende und Erwerbslose schlossen sich dem Zuge an, der allmählich zu einer Stärke von etwa 1500 Personen anschwoll.

In der Frauenlobstraße stürzte plötzlich die Polizei auf die Menge los, in rücksichtsloser Weise fuhr sie mit Zweisitzern in die Arbeitermassen, wahllos griffen sie einzelne Demonstranten heraus und mißhandelte sie. Die auseinandergegangene und sich immer wieder vermehrende Menge wurde immer wieder attackiert, gelangte aber, wenn auch nicht mehr in einem Zug, zum Gewerkschaftshaus. Das Verlangen, den Saal für die demonstrierenden Arbeiter zur Verfügung zu stellen, wurde von den Gewerkschaftsführern abgelehnt, angeblich weil es eine „wilde" Demonstration von „unorganisierten" Arbeitern sei. Nichtsdestoweniger versammelten sich im Hofe des Gewerkschaftshauses einige hundert Arbeiter und Arbeiterinnen. In einer kurzen **Ansprache** wurde des Erwerbslosentages gedacht und für die **Forderungen der Erwerbslosen** eingetreten. Der Redner forderte auf, in die Gewerkschaften zu gehen und die Gewerkschaften wieder zu Kampforganisationen auszubauen, daß mit Hilfe dieser Waffe der Arbeiterschaft auch die **Forderungen der Erwerbslosen zu Kampflosungen der Gewerkschaften** werden. Mit einem Hoch auf die internationale Gewerkschaftseinheit fand diese Kundgebung ihren Abschluß.

Inzwischen hatte die Polizei die ganze Umgebung des Gewerkschaftshauses in ein Heerlager umgewandelt. Berittene Polizei und Landespolizei war aufmarschiert. Das bisher jedem Kampfe so abseits stehende Gewerkschaftshaus hatte das Aussehen, als ob es zu einem Kampfobjekt der Münchener Arbeiterschaft werden sollte. Wie mag es wohl den darin sitzenden Gewerkschaftsführern zumute gewesen sein.

Ein Teil, und zwar der aktivste Teil der Münchener Arbeiterschaft hatte bewiesen, daß sie sich durch keine Maßnahmen der bayerischen Gewaltigen abhalten läßt, ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Auch die Münchener Arbeiter und Erwerbslosen erkennen allmählich, die Macht des gemeinsamen Kampfes für ihre gemeinsamen Interessen. Auch das Recht der Straße wird sich die klassenbewußte Arbeiterschaft Münchens ebenso erkämpfen wie im übrigen Deutschland.

„Von den kommunistischen Führern war nichts zu sehen"

Wenn die bürgerlichen Presseberichterstatter von den kommunistischen Führern nichts gesehen haben wollen, wie ein Teil der Münchener Presse heute ausweist, dann lächelt jeder Arbeiter mitleidig. Aber wenn die „Münchener Post" diesen ausgekochten Schwindel auch noch auftischt, dann muß eine derartige Berichterstattung (Fabrikat Ettstraße) mit schärfstem Protest zurückgewiesen werden. Nicht nur unzählige sozialdemokratische Arbeiter sondern auch eine ganze Anzahl sozialdemokratischer, reformistischer Gewerkschaftsführer hatten Gelegenheit sich von dem selbstverständlichen Gegenteil zu überzeugen. Als einzigste Zeitung in München hat alleine der „Bayerische Kurier "(!!) nicht gewagt, seinen Lesern die erbärmliche Denunziation vorzusetzen; uns deucht, daß darin die vernichtendste unausgesprochene Kritik des Auer-Organs und deren Verleumdungsmethoden liegt.

Aus dem Münchener Stadtrat

In der Sitzung am Dienstag stand ein Dringlichkeitsantrag des Stadtrats Janson (D. N. P.) zur Verhandlung, der den **Karfreitag** als **allgemeinen Feiertag** begangen wissen will. In der Begründung hieß es, der Karfreitag sei kein Festtag, sondern ein Gedenktag, und es sei nicht nur von **protestantischer**, sondern auch von **katholischer** Seite wiederholt der Wunsch geäußert, ebenso wie man zu Ehren der im Felde Gefallenen einen Ruhetag eingeführt habe, auch den Karfreitag als Ruhetag zu begehen; man müsse dem Wunsche weiter Bevölkerungskreise Rechnung tragen und dazu beitragen, das Einvernehmen der beiden Konfessionen zu fördern.

Gegenüber dem R.-R. Heilgemayr und St.-R. Schmid (S.P.D.) betonte die Genossin Stiegler, daß es ja jedem freistehe, Feiertage, die ihm ein persönliches Bedürfnis seien, zu halten, daß die kommunistische Fraktion jedoch den Antrag ablehnen müsse. Die gesetzliche Einführung des Maifeiertages, trotzdem sich auch dafür weite Kreise der Bevölkerung eingesetzt hätten, sei vom Stadtrat ja ebenfalls abgelehnt worden. (Entrüstung bei den Bürgerlichen.)

Nachdem die übrigen Parteien sich zu dem deutschnationalen Antrag zustimmend geäußert hatten, auch zu dem von Schmid (S.P.D.) eingebrachten Zusatzantrag, der den Arbeitgebern „anheim stellt", den bei ihnen beschäftigten Arbeitern den entstehenden Lohnausfall zu ersetzen oder ihnen Gelegenheit zu bieten, die versäumten Arbeitsstunden nachzuholen, wurden der Antrag Jansons sowie der Zusatzantrag gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Münchener Kammerspiele und Münchener Schauspielhaus. Die Direktion der Münchener Kammerspiele teilt uns mit: Die zwischen den Münchener Kammerspielen und dem Münchener Schauspielhaus schwebenden Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Lediglich für den Fall, daß sie zu dem erwarteten Ergebnis führen, welches die Fortführung der Münchener Kammerspiele in der bisherigen Weise im Münchener Schauspielhaus gewährleistet, sind Vorverhandlungen mit Kinointeressenten im Gange.

Circus Krone beendet am 28. März seine Münchener Spielzeit und begibt sich mit seinem ungeheueren Troß von über 200 Spezialwagen, tankartigen Raupenschleppern, Traktoren usw. auf die Reise. Direktor Carl Krone hat in diesem Jahre noch ein Ubelflugzeug gekauft, das den Circus auf seiner Tournee begleiten und hauptsächlich in den Dienst der Presse- und Propaganda-Abteilung gestellt werden wird. Das erste Gastspiel gibt Circus Krone am Ostersonnabend in Breslau, wohin das Unternehmen mittels vier Sonderzügen befördert wird. — Mit Rücksicht auf die frühe Jahreszeit wird Krone in Breslau nicht sein riesiges Sechs-Masten-Zelt aufschlagen, sondern in der Jahrhunderthalle, die ihm in Betracht der anerkannt wissenschaftlichen, künstlerischen und sportlichen Bedeutung seines Unternehmens zur Verfügung gestellt wurde, seine drei Manegen, zwei Bühnen und die riesige Rennbahn aufstellen. — Breslau erwartet bereit mit Spannung und Freude das Eintreffen des gigantischen Circus!

Aus Bayern

Einzelergebnisse aus Niederbayern

Landau: 449 Unterschriften (Reichspräsidentenwahl: Thälmann, Marx 409).

Rammering: 228 Unterschriften (Präsidentenwahl: Thälmann 39, Marx 91, Hindenburg 36 Stimmen).

Metten: 431 Unterschriften (Präsidentenwahl: Thälmann, Marx 362).

In allen drei Orten haben demnach eine große Anzahl bayerischer Volksparteiler für die Fürstenenteignung gestimmt! Trotz Held und Stützel, trotz Kruzifix und Hakenkreuz!

Drohende Stillegung der Deggendorfer Werft- und Eisenbaugesellschaft

Deggendorf. Die Deggendorfer Werft- und Eisenbaugesellschaft hat die Absicht, ihren Betrieb wegen „der schlechten wirtschaftlichen Lage und Mangel an Aufträgen" zu schließen. Bereits vor mehr als einer Woche wurde eine große Anzahl Arbeiter entlassen.

Des Bischofs „göttliche Macht"

(Arbeiterkorrespondenz)

Pfaffenberg. Daß der Bischof von Regensburg große Macht besitzt, hat er erst kürzlich wieder durch den Ausschluß zweier Christen aus der katholischen Kirche bewiesen. Die Arbeitsleute Harrer und Haberstroh gingen vor einigen Wochen eine Ehe ein, jedoch ohne kirchliche Trauung. Das Handeln dieser Katholiken brachte den Bischof von Gottes Gnaden so in Erregung, daß er sie aus der Kirche ausschloß. Am letzten Sonntag vormittag im Amt bestieg sein treuer Diener, der Pfarrer von Pfaffenberg die Kanzel und verkündete mit erregter Stimme den Ausschluß der beiden aus der katholischen Kirche, er bezeichnete die beiden als Unglückliche und glaubte, daß für sie der Ausschluß das Todesurteil bedeute. Wie unglücklich die beiden waren, zeigt dem Pfaffen die Tatsache, daß die beiden daraufhin dem Freidenkerverein beitraten. Das war die richtige Antwort.

Aber jedem denkenden Menschen soll dieser Fall die Augen öffnen über die Dogmatik der Kirche, jeder klassenbewußte Arbeiter sollte freiwillig diesen Schritt tun, durch den ein Pfeiler des kapitalistischen Staates ins Wanken gerät. Deshalb: Heraus aus der Kirche, hinein in den proletarischen Freidenkerverein!

Die Wahrheit über das Passauer Einheitskomitee

(Arbeiterkorrespondenz)

Passau. Am Dienstag, den 16. März brachte das Organ der S.P.D., „Volkswacht", einen Artikel mit der Ueberschrift „Kommunistischer Schwindel", in dem sie schreibt, daß es kommunistischer Schwindel sei, daß in Passau ein „Einheitskomitee zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten" zustande gekommen ist. Wir sehen uns deshalb veranlaßt, auf Anregung eines sozialdemokratischen Arbeiters hin, die demagogische Schreibweise der „Volkswacht" zu entlarven, und allen Arbeitern durch Tatsachen zu zeigen, wie es in Wirklichkeit ist, — sie können sich dann selbst ihr Urteil bilden.

Das Komitee besteht aus 12 Mitgliedern aus den verschiedensten Partei- und Gewerkschaftsorganisationen zusammengesetzt, was aus folgender Aufstellung ersichtlich ist:

Gemeinschaft proletarischer Freidenker: Hetterich (Vorsitzender des Komitees);
K.P.D., Ortsgruppe Passau: Haas;
S.P.D., Ortsgruppe Passau: Haymann (Vorsitzender der S.P.D.)
Gewerkschaftskartell des A.D.G.B.: Pfleger
Heizer und Maschinisten: Doppelhamer
Freidenker: Riedinger.
Bauarbeiter: Schützeneder.
Bekleidungsarbeiter: Rotkopf.
Verkehrsbund: Ortner.
Holzarbeiter: Hausmaninger.
Zimmerer: Dankesreiter.
Erwerbslose: Unholzer.

So ist die Zusammensetzung und ich glaube, damit ist das Schwindelmanöver der „Volkswacht" zur Genüge entlarvt.

Des weiteren möchten wir die S.P.D.-Bezirksleitung in Regensburg noch fragen, wieso sie dazu kommt, wenn doch das Bestehen des Einheitskomitees ein „Schwindel" ist, ihren Vorsitzenden von Passau, als er auf der Durchfahrt von Berlin in Regensburg ausstieg, ihm Vorwürfe zu machen, weil er als S.P.D-Funktionär selbst Mitglied des Komitees sei.

Wir sehen auch hier wieder, die S.P.D.-Mitglieder sind bereit, die Einheitsfront des Proletariats herzustellen, aber die oberen Instanzen sabotieren mit allen zu Gebote stehenden Mitteln.

Auch die „christlichen" Bauernvereine gegen die Kleinbauern und für Entlastung des Großbesitzes

Arbeitende Bauern seht Euren Führern auf die Finger!

Der bayer. Abgeordnete Dr. Schlittenbauer wendet sich nach einer Notiz in der „Deutschen Tageszeitung" vom 17. März „in seiner Eigenschaft als Generalsekretär des 150 000 bayerische Bauern umfassenden **christlichen Bauernvereins** gegen die angebliche Gefährdung der Ernte für das Jahr 1926. Die Landwirtschaft benötigte jährlich 500 000 Tonnen Stickstoff, könne sich aber heute kaum die Hälfte beschaffen. Das bedeute, daß die Ernte des Jahres 1926 um rund 2 Millionen Tonnen Getreide niedriger sein werde. Abg. Prof. Dr. Schlittenbauer fordert deshalb folgende grundsätzliche Reform:

1. Ausbau der indirekten Steuern und Einnahmequellen des Reiches.
2. Abbau der direkten auf der produzierenden Materie ruhenden Steuern.
3. Einen Finanzausgleich, der es den Ländern ermöglicht, ihre staatlichen Bedürfnisse zu decken, ohne durch ungeheuere hohe Ertragsteuern und gewaltige Zuschläge zu denselben die Produktionsfähigkeit der Wirtschaft zu drücken.

Was bedeutet diese angebliche „Reform" für den kleinen arbeitenden Bauern? Sie bedeutet: Ausbau der indirekten Steuern, d. h. Erhöhung der bestehenden Verbrauchssteuern auf Zucker, Bier, Wein, Tabak, Leuchtmittel, ferner der Umsatzsteuer, Verkehrssteuern usw. Wer trägt diese Massenverbrauchssteuern? Das arbeitende breite Volk, denn die sogenannten Luxussteuern bringen nur geringe Summen!

Wer ist das arbeitende Volk? Das sind die Arbeiter, die Bauern, die Angestellten und kleinen Beamten, die kleinen Gewerbetreibenden, Sozial- und Kleinrentner usw.

Der kleine Bauer, der in erster Linie für den Hausbedarf und für die eigene Wirtschaft produziert, wird durch Schlittenbauers Steuerreform genau so hart getroffen wie der Arbeiter. Dazu kommt, daß jede Verteuerung der Lebenshaltung breiter Massen die Absatzstockung für die bäuerlichen Erzeugnisse noch mehr ver-

Die geistlichen Hosenträger

Aus „Thron und Altar ohne Schminke" von Hans Otto Henel. Freidenkerverlag, Leipzig.

(Schluß.)

Der Jesuitenorden war in den 200 Jahren seines Bestehens eine so ungeheure Macht nicht nur im Staate, sondern auch innerhalb der katholischen Kirche geworden, daß ihn Papst Clemens Ganganelli im Jahre 1773 aufzuheben gezwungen war. Der Orden zählte die meisten Kommunikanten in Bayern und war außer vielen ansehnlichen Gütern im Besitz von sechs großen Klöstern und acht Kollegien. Bei der Inventarisierung stellte allein das Ingolstädter Kollegium ein Aktivvermögen von 3 Millionen Gulden auf, was damals einen ungeheueren Schatz bedeutete, abgeschoren natürlich den gläubigen Schafen der Kirche.

Die Pfaffen verfolgten den Kurfürsten, der, sicherlich mehr dem Zuge der Zeit als persönlicher Initiative folgend, das Volk vom Drucke des Aberglaubens und der Dummheit befreien wollte, mit brennendem Haß. Im Jahre 1777 erkrankte er plötzlich unter merkwürdigen Umständen, wie er zuerst glaubte an den Pocken, vor denen er sein Lebtag Angst gehabt hatte. Diese Krankheit behandelte der pfäffisch bigotte, dabei höchst dünkelhafte, alte und grobe Leibarzt Sänfftl, ein Werkzeug des Hofpaters Stadler, dem die Macht seiner Kirche über alles ging. Dieser Dummkopf von Arzt stellte u. a. folgende geradezu klassische Krankheitsberichte aus: „Ihro chrfrl. Durchl. haben diese Nacht eine bassable Nacht passiert, wie es die dermaligen Umstände erlaubten", oder: „Se. chrfr. Durchl. haben Gott zu Dank eine ziemlich gute Nacht gehabt und würde dieselbe besser gewesen sein, wenn die immer mehr abfallende und das Rückengestell sehr wund machende Pocken den Schlaf nicht gestört hätten". Diese Leuchte der Wissenschaft gab dem Kranken als letztes und unfehlbares Mittel ein Muttergottesbildchen zu schlucken und rief dem gerade mit den Sterbesakramenten eintretenden Beichtvater triumphierend zu: „Er schluckt!" Der Kopf war aber, wohl infolge hinzugetretenen Brandes, schon so angeschwollen, daß die Züge des Sterbenden nicht mehr zu erkennen waren. Er starb zwei Tage später, nachdem er Vertrauten noch gesagt hatte, daß er seinen vorzeitigen Tod der Dummheit dieses wahrscheinlich von den erbosten Pfaffen gelenkten Arztes zu verdanken habe. In seinen letzten Worten flüsterte er von Vergiftung.

Mit der Errichtung der Akademie war der Bann der gröbsten Verdummung gebrochen. Gänzlich verhindern konnten die Pfaffen die beginnende Aufklärung nicht, zumal von Frankreich her in den achtziger und neunziger Jahren die freiheitlichen Ideen ihre Wellen auch nach Süddeutschland hinüberspülten. Allmählich wurde nämlich selbst in Bayern das Geröll mittelalterlichen Pfaffenwahns etwas beiseitegeschoben. Daß es aber nie ganz davon frei wurde und daß die Pfaffen ein Land mit einer im allgemeinen der Wissenschaft abgeneigten Bevölkerung am ehesten für ihre Machtgelüste ausnützen zu können glauben, geht daraus hervor, daß die Kirchen gerade heute in Bayern neue Vorstöße unternehmen, die Herrschaft über die Gemüter wiederzugewinnen. Und gelingt es den Dunkelmännern als Kirche nicht, Dumme zu finden, versuchen sie es unter dem Decknamen der okkulten Sekten, des Spiritismus, der Anthroposophie und Theosophie, Gesellschaft ernster Bibelforscher, Christian science und wie diese Feinde einer in der Wahrheit freien Menschheit sich nennen mögen. Immer aber bekämpfen sie Wissen und Wissenschaft und damit — die Wahrheit.

schärft. Schon heute wird in Deutschland weit weniger Roggen, Weizen, Milch, Fleisch, Fett, Gemüse, Obst Wein usw. verzehrt als vor dem Kriege. Ja, selbst der Verbrauch an Kartoffeln, die das Brot des ärmsten Mannes genannt werden, ist zurückgegangen. Herr Dr. Schlittenbauer wünscht, daß dieser Konsum vollends auf ein Minimum zusammenschrumpft.

Die sogenannte „produzierende Materie" soll nicht mehr besteuert werden! Was versteht der gelehrte Herr Professor und Dr. darunter? Versteht er Feld-, Haus- und Betriebsvermögen des kleinen Bauern darunter ,so wäre das eine Forderung, die wir Kommunisten seit Jahren stellen. Bisher haben Zentrum, Bayerische Volkspartei, Deutschnationale usw. gerade diese Forderung der Befreiung des kleinen Bauern von der erdrückenden Steuerlast regelmäßig abgelehnt. Offenbar versteht also Herr Schlittenbauer genau wie die Lutherregierung im Reiche nichts anderes darunter als die Schonung der großen Vermögen, d. h. der großen Grundbesitzer, der großen Industrietrusts und Konzerne und Banken. Sind doch in diesem Jahre von den Großbesitzern mit mehr als 100 Hektar Land sowieso nur 20 Prozent in Preußen zur Einkommensteuer veranlagt. Damit die Großen Millionen auf Millionen häufen können, sollen die Kleinen, Bauern und Arbeiter zahlen, „bis sie schwarz werden".

Beim letzten Punkte bleibt Professor Schlittenbauer recht geheimnisvoll. Der Zweck kann nur sein, was auch der Landbund landauf landab verkündet: größere Steuerautonomie der Länder. Das bedeutet aber nichts anderes als Zerreißung der einheitlichen Front der arbeitenden Bauernschaft gegen die bestehende Steuerungsgerechtigkeit. Man will Bewerbung, Veranlagung, Erhebung, womöglich in jedem Lande anders, damit die werktätige Bauernmasse sich ja nicht zu einer einheitlichen Armee zusammenfindet. Der kleine Bauer zahlt heute vier- bis fünfmal so hohe Steuern pro Morgen als der Großgrundbesitzer, so soll es bleiben, so will es der Großgrundbesitz, so will es der Generalsekretär der christlichen bayerischen Bauernvereine.

Was bleibt dagegen zu tun?

Erstens erkennen, daß Landbund und Christl. Bauernverein an einem Strange ziehen, am Strange der Großgrundbesitzer gegen die Kleinbauern.

Zweitens fordern, daß alle Massenverbrauchssteuern, die die Kaufkraft schwächen und den Markt des Bauern erdrosseln, fortfallen. Dafür energische Besteuerung der großen Kapitalvermögen der Schwerindustrie, der Banken, des Großhandels und des herrschaftlichen Großgrundbesitzes, dieses tragen können. Fort mit der kostspieligen Kleinstaaterei, wodurch eine große „Vereinfachung der Verwaltung" erzielt werden kann.

Arbeitende Bauern! Laßt euch nicht von Professoren und Doktoren wie Heim und Schlittenbauer ins Elend reiten, damit Bankier, Fabrikant und Grundbesitz sich ins Fäustchen lachen. Schafft Ordnung in eueren Bauernvereinen, an deren Spitzen Bauern und nicht Professoren und geistliche Großgrundherren gehören. Kämpft zusammen mit den Arbeitern um eine Steuerreform, die dem kleinen Mann die kleinen, dem Großen die großen Steuern auferlegt.

Landbund und christliche Bauernvereine gegen die Genossenschaften der Kleinbauern

Während die landwirtschaftlichen Großbetriebe, gedrängt von der Wirtschaftskrise und mit Unterstützung der Kredite der Rentenbank dazu übergehen, ihre Betriebe mit den besten modernen Maschinen auszurüsten, um dadurch Zugtiere und menschliche Arbeitskräfte zu ersparen, während neue Methoden der Grünfutterkonservierung von ihnen angewandt werden, um dadurch eine bessere Ausnützung des Grünfutters zu erreichen, und überall großbäuerliche Versuchsringe ins Leben gerufen werden, bleibt der Kleinbauer von allen diesen Fortschritten auf dem Gebiete der Landwirtschaft ausgeschlossen, weil er garnicht in der Lage ist, aus eigenen Kräften sich der modernen Erfindungen zu bedienen.

Im Haushaltsausschuß des Reichstags haben daher die Genossen Hoernle-Ostpreußen, Meyer-Franken anläßlich der Beratung des landwirtschaftlichen Etats folgenden Antrag eingebracht:

„Die Reichsregierung zu ersuchen, ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen, um kleinbäuerlichen Genossenschaften den Erwerb zur kollektiven Benutzung geeigneter landwirtschaftlicher Maschinen, den Bau von Grünfuttersilos, die Einrichtung von kleinbäuerlichen Versuchsringen usw. zu ermöglichen."

Dieser Antrag, den Genosse Hoernle kurz begründete, wurde ohne Debatte von sämtlichen anwesenden Vertretern der deutschnationalen Partei, des Zentrums, der Völkischen und der Wirtschaftlichen Vereinigung abgelehnt. Die Vertreter des Landbundes und der christlichen Bauernvereine befinden sich innerhalb dieser Partei. Landbund und christliche Bauernvereine haben also verhindert, daß die Errungenschaften der modernen Technik und Bodenkultur den Millionen deutscher Kleinbauern zugänglich gemacht werden.

Werktätige Bauern, zieht eine Lehre daraus! Jetzt erst recht muß die Parole heißen:

Genossenschaftlicher Zusammenschluß der werktätigen Bauern:

Bildet Maschinengenossenschaften und kleinbäuerliche Versuchsringe, fordert dazu Staatshilfe! Den Landbundführern und den Großgrundbesitzern im christlichen Bauernverein weist aber die Tür!

Aus der bayerischen Fürstengeschichte

Von Heinrich Rauh

(Schluß.)

Am 21. Mai kam es zum Treffen bei der Hügelsmühle zu Unterheuberg; Heberstorf, der Statthalter, hatte den Henker und genügend Stricke mitgeführt, er wollte wieder aus „Gnade" eine Anzahl Bauern hängen lassen.

Die Bauern bekamen auch die Stricke, aber anders als Herberstorf beabsichtigte. Der den Oberbefehl führende Christoph Zeller ließ durch eine kleine Schar Bauern die Straße absperren, die sich unter leichtem Geplänkel vor den Landsknechten zurückzog. Herberstorf ließ seine Truppen nachstoßen, hatte aber plötzlich Zeller mit dem Hauptaufen der Bauern in der rechten Flanke. Mann gegen Mann kämpfte. Pardon wurde nicht gegeben. Die Landsknechte unterlagen. 700 wurden niedergemetzelt. Mit dem Rest konnte der Statthalter sich nach Linz durchschlagen, wo Tag und Nacht am Ausbau der Befestigung gearbeitet wurde. Die 3 Geschütze mit den vollen Munitionswagen und die mit Stricken beladenen Wagen waren Beute der Bauern.

Zeller und Fattinger wurden von den Bauern nach der Schlacht zu Oberhauptleuten gewählt. Die Bauern überzogen das ganze Land, die Schlösser brechend und Klöster plündernd.

Der Statthalter hatte nur noch 3 Städte in Händen — Linz, Enns und Freistadt. Fattinger hielt 12 bis 15 000 Kriegsknechte zur Niederschlagung der immerhin schlecht bewaffneten Bauern für notwendig. „Zeit gewinnen" — war daher seine Parole. Taktik: Verhandlungen. Er schickte einen Vertreter der Stände ins Bauernlager, Hans Sigmar. Die absolut nicht kriegerischen Bauern waren darüber so erfreut, daß sie weinten. Fattinger schenkte dem Boten dankbar sein Pferd.

Bald erkannten aber die Bauern, daß sie nur betrogen werden sollten. Sie suchten deshalb die Vermittlung des Kaisers in Wien, ließen ihm vorschlagen, durch eine freiwillige Steuer der Bauern die Summe aufzubringen, die der österreichische Kaiser dem bayerischem Kurfürst schuldet, um das Land zurückzukaufen, die bayerische Herrschaft los zu werden. Ein größeres Opfer konnten die Bauern nicht auf sich nehmen und billiger konnte der Kaiser nicht die Fremdherrschaft in seinem Lande ablösen. Was tat aber der Kaiser? Er empfing die am 20. Juni in Wien eintreffenden Boten der Bauern gar nicht, ließ sie unverrichteter Sache wieder abziehen. Aufständische Bauern waren ihm gefährlicher als die fremden Truppen im Lande, denn das waren ja nur Truppen zur Unterdrückung und Aussaugung der Bauern. Was ging ihn das Leid der Bauern an?!

Die Bauern begruben ihre Hoffnungen auf „ihren Landesvater". Die Enttäuschung steigerte ihre Wut. Sie beschlossen die Städte zu stürmen. Am 1. Juli fiel Freistadt in ihre Hände. Linz wurde mit 32 Geschützen beschossen, die Vorstadt ging in Flammen auf. Fattinger wurde vor Linz verwundet. Am 3. Juli bot der Statthalter auf Anregung von Wien einen Waffenstillstand an, auf den die Bauern wiederum eingingen. Fattinger unterschrieb am 5. Juli den Vertrag. Kurz darauf starb der tapfere Bauernführer an seiner Verwundung.

Der Waffenstillstand lief am 15. Juli ab. Sofort begann wieder die Beschießung der Stadt Linz. Schon war Hungersnot in der Stadt. Bürger starben vor Hunger. Die Uebergabe konnte nicht mehr lange auf sich warten lassen. Da kam durch Unachtsamkeit ausgestellter Truppen per Schiff Verstärkung für die bayerischen Truppen an, die am 18. Juli unerwartet auftauchte und Feuer eröffnete. Der erste Schuß streckte den kühnen Zeller nieder.

Am 21. Juli gingen die Bauern zum Sturmangriff über, wurden aber blutig zurückgeschlagen. Zirka 1000 Bauern lagen dort vor den Wällen der Stadt. Nun rückten kaiserliche Truppen in starker Zahl heran. Nicht um den Bauern zur Vertreibung der fremden Herrschaft zu helfen, sondern um die Fremdherrschaft zu unterstützen und die Bauern niederzuschlagen.

Von allen Seiten rückten die Kaiserlichen an. Plündernd und mordend zogen sie vor. Stellung um Stellung mußten die Bauern nach hartnäckigen Kämpfen räumen. Mitte September unterwarfen sich die Bauern, ohne jedoch die Waffen abzuliefern. Jetzt wurde Oberösterreich aber von größeren Truppenmassen des bayerischen Kurfürsten überflutet, die schatzten und metzelten wo es nur ging. Das zwang die Bauern erneut zum Widerstand. Ein Heer der Wittelsbacher von 3100 Fußgängern, 700 Reiter, 6 Geschützen überschritt u. a. die österreichische Grenze von Reid vom Zuvierhl, gaben dort auf die auf dem Berg versammelten Bauern eine Gewehrsalve ab. Bevor die Landsknechte aber ein zweites Mal laden konnten, waren die Bauern mit Beilen und Prügeln unter ihnen, schlugen wütend um sich. 700 Knechte, 19 Offiziere und 41 Unteroffiziere zeugten mit ihrem Tod von der Tapferkeit der Bauern, die als Beute auch die 6 Geschütze, 2400 Musketen und 40 Zentner Pulver eroberten. Wild flohen die übrigen Landsknechte zurück über die bayerische Grenze.

So lieferten die Bauern noch einer Reihe mutiger Kämpfe, bis die Schlacht im Emmlinger Holz bei Eferding die Niederlage der Bauern besiegelte. Dort standen am 9. November 8000 Bauern gegen eine gutbewaffnete Uebermacht. Mit Prügeln und sonstigen Notwaffen stürzten die Bauern auf den Gegner. „Nicht wie Menschen, sondern wie höllische Furien stritten sie" — heißt es im bayerischen Schlachtbericht.

„Es war das wunderbarste Fechten, das vielleicht in langen Jahren geschehen ist. Kein Bauer hat seine Waffen weggeworfen, noch viel weniger ist einer weggelaufen. Obwohl sie weichen mußten, ist es doch nur Schritt für Schritt geschehen. Ohne Ach- und Wehsagen haben sie sich niederhauen lassen." — So berichtete der Führer der bayerischen Truppen, der Freiherr Heinrich v. Pappenheim. 3000 Bauern fielen.

Obwohl der Kampf nun entschieden war, gaben ihn die Bauern nicht auf. 6000 Bauern stellten sich am 14. November bei Pinsdorf gegen die Kaiserlichen, schlugen sie in die Flucht. Nun rückte Pappenheim mit seinem Heer heran. Siebenmal griffen die Bauern an, wurden zurückgeschlagen, und nach vierstündigem Kampf überwältigt. 2000 Bauern fielen im entsetzlichen Gemetzel. „Ich habe nie ein hartnäckigeres, grausameres Fechten gesehen", ruft Pappenheim aus.

Am 17. November schlugen sich wiederum 3000 Bauern gegen die verbündeten Heere bei Vecklabruck. 400 Tote mußten die Bauern auf der Walstätte lassen. Noch einmal stellten sie sich am 20. November 1626 bei Wolfsegg mit 2000 Mann. Einige hundert Tote ließen die Bauern in dieser Schlacht. Jetzt streckten die Bauern die Waffen vor dem 12 000 Mann starken Heer des Gegners. Das Schinden und Schaben der Bauern nahm seinen Fortgang, nicht zum Wohle des bayerischen Volkes, aber zu Nutzen der bayerischen Fürsten. Die bayerischen Bauern durften die Gelder zur Werbung der Söldnerheere aufbringen, mußten ihre Söhne zur Verfügung stellen — alles für die Wittelsbacher.

Durch Bauernschinderei und Vergießen von Bauernblut kamen die Wittelsbacher zu „ihrem Vermögen". Es ist nichts anderes als das mit Bauernblut besiegelte Gut des Volkes und insbesondere der Bauernschaft. Um so mehr muß jeder Werktätige in Stadt und Land dafür sorgen, daß die Sache des Volkes, die Volksabstimmung zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten, zum Siege gelangt.

Arbeitersport

Die Vorrundenspiele der Bundesmeisterschaft im Arbeiter-Turn- und Sportbund

Alljährlich werden die Spiele bis zur **Bundesmeisterschaft** ausgetragen. Sie nehmen ihren Anfang, nachdem die Bezirke und Kreise ihre Besten festgestellt haben. Gegenwärtig wird um die Meisterschaft der Verbände gefochten. Die Besten treffen sich dann in zwei Vorrunden um die Bundesmeisterschaft. Die aus den Verbänden ermittelten Sieger spielen darauf um die Bundesmeisterschaft des Arbeiter-Turn und Sportbundes. Am 28. März finden in den Verbänden die wichtigsten Ausscheidungskämpfe statt. Es spielen im **Mitteldeutschen Verband** in Dresden: Dresdener Sportverein 1910 gegen Freie Turner Braunschweig. In Süddeutschland voraussichtlich in Mannheim: St. Leonhardt-Schweinau gegen Frankfurt-Abt. Westend. Im **Nordwestdeutschen Verband** stehen sich gegenüber in Kassel: **Bochum** Laar gegen Kassel-Bettenhausen 1895, **in** Bremen: Freie Turner Neumünster **gegen Weser 08 Bremen, und endlich im Ostdeutschen Verband:** Stettin **gegen** Forst-Süden.

Als aussichtsreiche Bewerber der **Bundesmeisterschaft** gelten **Dresdener Sportverein 1910** (Bundesmeister 1923 **bis** 1925) **Weser 08 Bremen** und St. **Leonhardt-Schweinau**.

4. Bundestag des Deutschen Arbeiter-Schachbundes

Vom 2.—5. April findet in Jena im Gewerkschaftshaus „Zum Löwen" der 4. Bundestag des Deutschen Arbeiter-Schachbundes statt. Schon durch die jetzt vorliegenden Meldungen wird die Teilnahme eine starke sein. Außer den Verhandlungen findet noch die Austragung der Bundesmeisterschaft statt, welche bereits am 31. März ihren Anfang nimmt. Außer dieser laufen noch Haupt-, Neben- und Jugendturniere, sowie Kreis- und Städtewettkämpfe. Aeußerst spannend dürfte hiervon der Städtewettkampf Nürnberg—Berlin, sowie die Kreiskämpfe werden.

Alle schachlichen Veranstaltungen finden in sämtlichen Räumen des Volkshauses Jena statt. Verbunden ist die Tagung mit einer Ausstellung von Schachmaterial und Schachliteratur. Die offizielle Eröffnung der Tagung erfolgt Freitag, den 2. April, nachmittags 2 Uhr. Sonntag, den 4. April, wird ein Demonstrationszug sämtlicher Teilnehmer Zeugnis ablegen von der erfreulichen Vorwärtsentwicklung unseres Bundes. **Auf nach Jena Ostern 1926 sei die Parole jedes Arbeiterschachspielers.**

Aus der Partei

1. Quittung

Von den Bezirken wurden bisher für den Kampf um die Durchführung des Volksentscheids folgende Beträge gesammelt:

Bezirk		Betrag
Berlin-Brandenburg	Mk.	21 000.—
Pommern	„	880.—
Ostpreußen	„	670.—
Schlesien	„	1 274.16
Oberschlesien	„	400 —
Ostsachsen	„	2 000.—
Erzgebirge-Vogtland	„	23 150.02
Westsachsen	„	4 260.—
Halle-Merseburg	„	7 839.90
Magdeburg-Anhalt	„	1 016.—
Thüringen	„	1 000.—
Niedersachsen	„	4 000.—
Mecklenburg	„	171.60
Wasserkante	„	3 663.—
Nordwest	„	—.—
Ruhrgebiet	„	2 020.—
Niederrhein	„	1 900.—
Mittelrhein	„	1 300.—
Hessen-Waldeck	„	600.—
Hessen-Frankfurt	„	1 400.—
Baden	„	300.—
Württemberg	„	2 873.98
Nordbayern	„	—.—
Südbayern	„	1 419 70
Insgesamt	M.	82 138.36

Von dieser Summe wurden den Bezirken 50 % überlassen.

Außerdem zahlte der A.D.G.B.	Mk	2 500.—
Lederarbeiterverband, Zahlstelle Weinheim	„	100 —
Gesamtsumme:	Mk.	84 738.36

J. K. der K.P.D. Abt. Kasse.

Spielplan der Münchener Theater

für Donnerstag, 25. März

Prinzregenten-Theater „Der Meineidbauer" 7.30 U.
National-Theater „Götterdämmerung" 6.00 Uhr
Residenz-Theater „Der Graf von Gleichen" 7.30 U.
Münchner Schauspielhaus „Zurück zu Methusalem" 7.30 Uhr
Münchner Kammerspiele „Extemporale" 7.00 Uhr
Theater am Gärtnerplatz „Der Orlow" 7.30 Uhr
Münchner Volkstheater „Der wahre Jakob" 7.30 Uhr

Nürnberger Theater

Neues Stadttheater am Ring: „Die Vögel" 7.30 U.
Altes Stadttheater am Lorenzerplatz: „Pygmalion" 7.30 Uhr

Für die Redaktion verantwortlich: Albert Buchmann, München, Verlag u. Inseratenteil: Wilhelm Olschewski, München, Druck: [illegible] Held, München 50.

9. Jahrgang Nr. 100

Einzelpreis 15 Pfg.

Neue Zeitung

Bayer. Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommun. Internationale)

mit der illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der rote Stern"

Die Neue Zeitung erscheint täglich außer Montags. Bezugspreis monatlich 2.40 Mk., wöchentlich 60 Pfg. Durch die Post bezogen 2.40 Mk. ohne Zustellgebühr Expedition u. Verlag Neue Zeitung München, Lindwurmstr. 203, / Telefon 72024 Geschäftsstelle für Nürnberg, Prechtelsgasse 16, 2. St. / Fernsprecher Numm. 20259

Samstag, . Mai 1926

Anzeigenpreis für den Millimeter Höhe und Spalte 10 Pfg., Spaltenbreite 28 mm, für Reklame im Textteil 50 Pfg. Gelegenheitsanzeigen ermäßigte Preise / Postscheckkonto München Nr. 47280, Wilhelm Olschewski, Neue Zeitung / Redaktion München, Lindwurmstr. 203, Telefon 72024 / Erfüllungsort München

Maikampftag des Proletariats

Gruß der Rotarmisten an die Arbeiterschaft der ganzen Welt

Heute, am größten proletarischen Weltfeiertag, senden wir aus der [gro]ßen Schule — der Rotarmistenkaserne — der Arbeiterschaft der ganzen Welt unsere brüderlichen Grüße.

Heute legen die jungen Rotarmisten auf den Straßen und Plätzen in [a]llen Städten, in allen Winkeln der großen Sowjet-Union ihren militärischen Eid, ihr „heiligstes Versprechen“ ab, bis zum letzten Blutstropfen das Proletariat aller Länder zu verteidigen.

Doch was erklären alle Rotarmisten während ihres feierlichen Versprechens:

„Ich bin ein Sohn des arbeitenden Volkes, Bürger der Sowjetistischen Republikanischen Union (SSRU) nehme den Namen „Kämpfer der Roten Arbeiter- und Bauern-Armee“ an.

Vor den Augen der Arbeiterschaft der Sowjet-Union und der ganzen Welt erkläre ich mich für verpflichtet, diesen Namen in Ehren zu tragen, mit Ueberzeugung den Militärdienst zu erlernen und wie die Pupille des Auges das Besitztum des Volkes und der Armee gegen Beschädigung und Zerstörung zu schützen.

Ich erkläre mich für verpflichtet, fest und unerschütterlich revolutionäre Disziplin zu halten und ohne Widerrede alle Befehle, die ich von den Kommandanten erhalten werde und die durch die Macht der Arbeiter- und Bauern-Regierung gestützt werden, zu erfüllen.

Ich erkläre mich für verpflichtet, mich selbst und meine Kameraden vor allen erniedrigenden Handlungen, die die Würde des Bürgers der Sowjet-Union beschämen und herabwürdigen, zu schützen und alle meine Handlungen und Gedanken auf das große Ziel, die Befreiung der gesamten Weltarbeiterschaft, zu konzentrieren.

Ich erkläre mich für verpflichtet, sofort nach dem ersten Aufruf der Arbeiter- und Bauernregierung zur Verteidigung der Sowjetherrschaft im Kampf für die Union sozialistischer Sowjet-Republiken gegen jedwede Angriffe und Attentate von Seiten seiner Feinde übergehen, für den **Sozialismus und die Verbrüderung der Völker meine Kräfte und selbst mein Leben nicht zu schonen.**

Wenn ich in schlechter Absicht dies mein feierliches Versprechen breche, — dann soll mein Los sein: allseitige Verachtung, und dann soll mich eine strenge Hand des revolutionären Gesetzes verurteilen.“

So schwören heute, am 1. Mai, unsere Rotarmisten. Wir wissen, [d]aß in anderen Ländern an diesem Tage die Bajonette und Flintenläufe der Soldaten gegen die Arbeiterschaft gerichtet werden. Aber Rotarmisten-Bajonett und -Flintenläufe sind heute, wie immer, gegen unsere Klassenfeinde — gegen die Bourgeoisie.

Wir haben zu kämpfen!

Der 1. Mai war immer ein Kampftag und wird es bleiben, solange das Proletariat noch nicht die Herrschaft erlangt hat. Und wenn die Arbeiter in allen kapitalistischen Ländern an diesem Tage die Hände in den Schoß legen und die Räder still stehen, so ist das [ein]e Kampfansage und eine droh[end]e Mahnung an die Herrscher der Welt: Ihr seid nichtig, wenn wir es wollen.

Die Herren haben die Mahnung wohl verstanden und am 1. Mai ihre Söldner auf die Straße geschickt, um dem feiernden Proletariat den Revolver ins Gesicht zu halten.

Der 1. Mai ist ein Kampftag. Solange er gefeiert wird, hat man versucht, die Arbeiter zu provozieren. In den ersten Jahren der Feier ist diese Absicht wohl auch gelungen.

Da ist jener Maitag, des Jahres 1886 in Chicago, an dem die Anarchisten für den Achtstundentag demonstrierten und die Polizei mit grausamer Brutalität in die Masse schoß, 6 Personen tötete und viele verwundete. Am anderen Tage fanden Protestversammlungen statt, die völlig ruhig zu verlaufen schienen. Die Redner hatten bereits ausgesprochen, die Menge verlief sich, aber da wurde von unbekannter Hand plötzlich eine Dynamitbombe unter die Polizei geschleudert, es kam zu einem Feuergefecht, alles schoß blindlings durcheinander, vier Arbeiter wurden getötet, fünfzig verwundet. Das Attentat war eine Spitzelarbeit, von den Fabrikanten im Einverständnis mit der Polizei angezettelt, um sich an den Arbeitern zu rächen, die kurze Zeit zuvor gestreikt hatten und jetzt noch neue Demonstrationen wagten. Geendet hat diese Kampagne mit dem scheußlichsten Justizmord Amerikas.

Einige Jahre später wiederholte sich das Blutbad von Chicago auf europäischer Erde. Als die französischen Arbeiter am 1. Mai 1891 in Fournies trotz aller Einschüchterungsversuche die Arbeit niederlegten und sich am Nachmittag ein friedlicher Demonstrationszug durch die Straßen bewegte, erschien Militär auf dem Plan, ließ gar nicht erst einmal die Aufforderung ergehen, auseinanderzugehen, sondern schoß sofort los. Neun Tote wurden vom Platz getragen — Kinder sind unter ihnen gewesen, junge Mädchen, Knaben.

Zur Rechenschaft sind die Mörder nie gezogen worden. Die Arbeit ruhte in Fournies eine Woche lang, ringsum im Lande gab es Proteststreiks, es kam zu Forderungen auf Abkürzung der Arbeitszeit, Abänderung der Arbeitszeit. Das ganze französische Proletariat geriet in Erregung.

Als die Opfer begraben wurden, verwehrten die Arbeiter dem Bürgermeister und den Stadträten den Zutritt zum Friedhof, die Hinterbliebenen wiesen die Almosen zurück, die ihnen die Behörden anboten — die Arbeiter brachten durch Sammlungen selber die Gelder für die Hinterbliebenen auf. Lafargue schrieb: „Das Gemetzel von Fournies wurde als ein nationales Unglück betrachtet.“

Jahrzehnte vergehen. Die kapitalistische Krise treibt zum Weltkrieg. Das Proletariat wird auf die Schlachtbank geführt. Im Jahre 1916 kommt es endlich zu öffentlichen Demonstrationen. In Dresden demonstriert am 1. Mai die Jugend, zieht durch die Straßen, durchbricht mit dem Gesang der Internationale die Schutzmannskette, es gelingt den Tapfer[en] zum Polizeigebäude vorzudringen und d[ie] Freilassung der Gefangenen zu erzwingen. Am selben Tage aber gelingt Kal Liebknecht in den Abendstunden eine Demonstration auf dem Potsdamer Pl[atz]. „Nieder mit dem Krieg!“ „Nieder mit d[e]r Regierung!“ — schallt es laut über d[e]n Platz. Stundenlang dauern die Demonstrationen. Liebknecht wird verhaftet. A[b]er die Polizei wagt nicht zu schießen — zentausend Arbeiter hatten sich angesammelt. Es war der erste große Tag des deutschen Proletariats nach so vielen furchtbaren dunklen Jahren.

Drei Gedenktage des Proletariats rissen wir heraus. Es sind Beweise, daß der 1. Mai kein Festtag ist, an dem man sich an grünen Bäumen und milder Frühlingsluft erfreut. Gerade die Ereignisse des 1. Mai lehren uns, diesen Tag, die Aufgabe des Proletariats verstehen, sie machen sehend, sie zeigen, wie die Frontlinien laufen, und was uns erwartet, wenn wir Jene gewähren lassen. Feste feiern wird man in fe[rnen] Tagen. Feste feiern darf man in Sowjetrußland. Wir sind noch nicht so weit. Wir haben zu kämpfen. Das sagen uns die Erinnerungen an den 1. Mai.

Die Polizeibeamten demonstrieren am 1. Mai

Die Allgemeine Preußische Poizeibeamten-Zeitung, herausgegeben vom Allgemeinen Preußischen Polizeibeamtenverband veröffentlicht an der Spitze ihrer Nummer vom 16. April den Aufuf des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes zur Beteiligung der Beamtenschaft an den Kundgebungen der Arbeiterklsse zum 1. Mai.

Der Aufruf, der am Schlusse betont, daß der diesjährige 1. Mai im Zeichen schwerster Wirtschaftskrise steht, die Deutschland je erlebt hat, sagt in Bezug auf die Lage, die Forderungen der Beamtenschaft und die Verpflichtung, sich am 1. Mai in die Front der Arbeiter zu stellen: „. . . so sind in neuerer Zeit die Angestellten und Beamten nicht minder daran interessiert, den Aufmarsch des großen Heeres der Arbeitnehmer zu verstärken. Auch die Beamtenschaft hat zu einem erheblichen Teil die ihr durch die Staatsumwälzung errungene **achtstündige Dienstzeit** wieder schwinden sehen.“

Dann heißt es weiter: „Auch die Gestaltung der deutschen **Sozialpolitik** kann der Beamtenschaft nicht gleichgültig sein; kämpft sie doch beispielsweise schon seit Jahren um die Einführung der Krankenversicherungspflicht. Die Feier des 1. Mai bietet somit Gelegenheit, erneut und nachdrücklichst vor aller Welt zu bekunden, daß die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten gemeinsam den Zielen nachstreben, die vor mehr als einem Menschenalter von den Vorkämpfern der Gewerkschaftsbewegung aufgezeigt worden sind.“

Die Arbeiterschaft rechnet damit, daß am 1. Mai eine große Anzahl von Polizeibeamten in den Reihen der Arbeiter marschieren wird. Es werden allerdings am 1. Mai wohl die meisten dieser Beamten „dienstlich verhindert“ sein. Von diesen hofft die Arbeiterschaft, sie werden den Kundgebungen und Demonstrationen mit dem nötigen Verständnis, mit ihrer ganzen Sympathie gegenüberstehen und sich nicht von provokatorischen Elementen, monarchistischen Offizieren und anderen Feinden der gemeinsamen Kampffront aller Schaffenden mißbrauchen lassen.

Neue Schandurteile der Niedner-Justiz

Leipzig, 30. April 1926.

Vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts, der die Funktionen des ehemaligen Staatsgerichtshofes übernommen hat, wurde am Dienstag den Genossen Fritz **Gäbler**, Redakteur der Hamburger Volkszeitung und Peter **Maslowski** der Prozeß gemacht. Bei beiden Genossen lautete die Anklage auf Aufforderung zum Hochverrat. In beiden Verhandlungen führte Zuchthaus-Niedner den Vorsitz. Gäblers Verschulden lag darin, daß er anläßlich der Hamburger Kämpfe 1923 einige Artikel in der Hamburger Volkszeitung veröffentlichte, die ihm als Aufforderung zum Hochverrat ausgelegt wurden. Er wurde zu einem Jahre Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe verurteilt.

Peter Maslowski hatte sich wegen eines von ihm am 4. November 1925 im „Klassenkampf“ gezeichneten Artikels zu verantworten, weil er darin ebenfalls zum „Hochverrat“ aufgefordert haben soll, obwohl der Aufsatz lediglich eine historische Analyse aus der Revolution gibt. Der Anwalt beantragte sieben Monate Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe. Straferschwerend sei die Intelligenz des Angeklagten. Das Gericht verurteilte Maslowski wegen Vorbereitung zum Hochverrates zu 9 Monaten Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe.

Die Kaisertreue der Sozialdemokraten ist noch nicht tot

Die Fürstenenteignung vor dem Reichstag

Der Reichstag setzte in seiner Sitzung vom Donnerstag die Beratung des Enteignungsgesetzes fort. Für die sozialdemokratische Fraktion sprach der Abgeordnete **Sänger**, der durch Zitate aus monarchistischen Zeitungen des Jahres 1918 nachwies, wie es damals die Kaisertreuen selbst waren, die die Monarchen in Acht und Bann taten. Aber es stand Herrn Sänger schlecht an, darüber zu reden. Nicht umsonst hatte in der Mittwochsitzung der Reichsinnenminister Dr. **Külz** mit „derzeitiger republikanischer Gesinnung“ den Sozialdemokraten vorgehalten, daß es die Revolutionsregierung und die sozialistischen Regierungen der Revolutionszeit gewesen waren, die damals ebenfalls erklärt hätten, daß das entschädigungslose Eingreifen in das private Eigentumsrecht mit den Grundsätzen des Rechts und der Verfassung unvereinbar sei. Und man braucht nur an jene zahlreichen, damals in dem kleinen revolutionären Teil des Proletariats aufsehenerregende Kaiserartikel des Jahres 1917 zu denken, die damals den sozialdemokratischen Arbeitern das Durchhalten ermöglichen und das Aushalten erreichen sollten. Es war die sozialdemokratische Führerschaft, die noch am 9. November 1918 alles tat, um den Sturz der Monarchie zu verhindern. Unzählige Beweise haben die sozialdemokratischen Führer im Verlaufe der letzten Jahre für ihre Kaisertreue selbst erbracht. Man braucht nur an den Ebert-Prozeß, an den Münchener Dolchstoßprozeß und ähnliche Dinge zu denken.

Aber wer da glaubt, daß die sozialdemokratischen Führer heute über keinen Funken von Liebe zu den Monarchen besitzen, der hat sich geirrt. Herr Sänger bestätigt das, wenn er in seiner Rede sagt: „Nicht alle deutschen Fürsten sind schlechte Herren gewesen . . .“ Eine weitere Bestätigung war die Mitarbeit der sozialdemokratischen Führerschaft an dem bürgerlichen Kompromißentwurf für eine **Fürstenabfindung**. So zeigt sich, daß die sozialdemokratischen Führer immer noch nicht mit beiden Füßen fest auf dem Boden des Enteignungsgesetzes der 12½ Millionen stehen. Sie fest auf diesen Boden der Tatsachen zu stellen, ist die Aufgabe des werktätigen Volkes in Stadt und Land in den nächsten Tagen und Wochen.

Nachdem der Deutschnationale **Schulz**-Bromberg auf Sänger geantwortet hatte, wurde die weitere Debatte auf Freitag vertagt.

Die Staatsstreichrüstungen

Reichswehr und Vaterländische Verbände

Die Kommunistische Partei hat in letzter Zeit mit allem Nachdruck auf die fieberhaften Rüstungen der illegal bewaffneten monarchistischen Verbände hingewiesen. Jetzt ist die „Vossische Zeitung“ in der Lage, Aufsehen erregende konkrete Mitteilungen über die monarchistischen Staatsstreichrüstungen zu machen. Die Vereinigten Vaterländischen Verbände unter Führung des Justizrats **Claß** haben den Plan, die Mitglieder der Verbände an der Peripherie Berlins zusammenzuziehen und sie von dort aus einzusetzen. Das Ziel ist, für die Monarchisten die politische Macht zu erobern und die monarchistische Diktatur aufzurichten. Die Führer der Putschisten sind bereits an die Reichswehr herangetreten und haben äußerst weitgehende Bedingungen gestellt. Sie lehnten es ab, sich irgendwelchen staatlichen Organen unterzuordnen und im Bedarfsfalle unter der Bezeichnung „Hilfspolizei“ aufzutreten. Sie wollen als selbständige Truppe anerkannt werden, diese wohl dem höchsten Oberbefehl der Reichswehr unterstellt, nicht aber die Truppen eingeordnet und nur in selbständigen Formationen eingesetzt werden. Wie die „Vossische Zeitung“ mitteilt, sind die Verhandlungen mit der Reichswehr an diesen zu weitgehenden Bedingungen gescheitert. Die Vaterländischen Verbände haben auch bereits die militärischen Führer für den geplanten Staatsstreich vorgesehen. So soll im Ernstfall der Oberst **Luck** als Gesamtführer der Berliner Arbeitsgemeinschaft fungieren.

Diese Enthüllungen der „Vossischen Zeitung“ zeigen der Arbeiterschaft, wie weit die monarchistischen Staatsstreichpläne schon gediehen sind. Die Tatsache, daß die Verhandlungen mit der Reichswehr nur an den zu weitgehenden Bedingungen der vaterländischen Führer vorläufig gescheitert sein sollen, sagt alles. Auf Grund dieser Vorbereitungen leistet sich Westarp seine Provokationen. Darum muß jetzt die Arbeiterschaft über diejenigen hinweggehen, die in dieser Situation immer noch dem engsten Zusammenschluß der proletarischen Front entgegenarbeiten.

Ausland

Noch keine Entscheidung im englischen Bergarbeiterkampf

London, 30. April 1926.

Der gestrige Tag hat keine Entscheidung gebracht, sie muß heute fallen, da sonst heute nachmittag die Arbeit eingestellt wird. Für heute nachmittag sind weitere Konferenzen angesetzt, Baldwin soll sich entschlossen haben, als Schiedsrichter einzutreten, falls eine Einigung zwischen den Parteien nicht zustande kommt. In parlamentarischen Kreisen glaubt man, daß Baldwin eine staatliche Kontrolle der

DER 1. MAI

Die Geschichte des 1. Mai ist die Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung. Auf dem internationalen Kongreß der alten Sozialistischen Internationale 1889 in Paris als Demonstrations- und Kampftag der internationalen Arbeiterklasse beschlossen, wurde er auch tatsächlich als solcher jahrelang begangen. Die erste Maidemonstration zeichnete sich aus, als einheitlicher, internationaler, für die gleichen Ziele, für den Achtstundentag und für die Verwirklichung des Sozialismus durchgeführter Kampftag des Proletariats. Die Bourgeoisie zitterte vor diesem Tage als einem Tage des Ausbruchs der sozialen Revolution. Besonders in Frankreich und Deutschland traf der geängstigte bürgerliche Staat wahnsinnige militärische Vorbereitungen, um dem roten Gespenst zu begegnen.

Der Sieg des Reformismus und des Opportunismus in den 90er Jahren, der in den Jahren 1906 bis 1914 seine höchsten Triumphe feierte, brach dem revolutionären 1. Mai das Genick. Die Maidemonstrationen sanken herab zu inhaltslosen Maispaziergängen und Feiern mit Tanz, Schaubuden und Fladenonkel. Man erzählt sich heute, daß in den einzelnen sozialdemokratischen Wahlvereinen jedes Mitglied ausgeschlossen würde, das nicht am 1. Mai besoffen war. Das ist vielleicht etwas übertrieben, aber der ganze Inhalt des 1. Mai war erniedrigt zu einem öden und blöden Spießbürgerfest.

Einen guten, alten revolutionären Inhalt bekam der 1. Mai wieder während der Kriegszeit. An den 1. Maitagen der Kriegszeit demonstrierten in allen Ländern die entschiedenen, ehrlichen Sozialisten für den Frieden, gegen den Krieg. Aus einer solchen Demonstration heraus wurde Karl Liebknecht am 1. Mai 1916 am Potsdamer Platz verhaftet und ins Zuchthaus abtransportiert.

Unter Führung der bolschewistischen Partei und der Zimmerwalder Linken wurde der 1. Mai während der Kriegszeit zum Kampftag gegen das Völkerschlachten und gegen die sozial-patriotischen Verräter.

Nach dem Kriege gingen am 1. Mai in Berlin und in den anderen Städten Deutschlands viele Hunderttausende Arbeiter für revolutionäre Forderungen, wie Erweiterung der Betriebsratsrechte, Erhaltung des politischen Mitbestimmungsrechts usw., auf die Straße. Es kam vor, daß sozialdemokratische Minister gegen die 1. Mai-Demonstranten bewaffnete Studenten losschickten.

Die diesjährige Maidemonstration wird sich auszeichnen durch den einheitlichen Willen der Maidemonstranten gegen die Fürstenabfindungen, gegen den faulen Kompromiß, für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten, für die Absetzung der Lutherregierung, für die Auflösung des Reichstages und für die Herstellung einer Arbeiter- und Bauernregierung! Ihr charakteristisches Merkmal wird sein, daß es in vielen Orten Deutschlands trotz Zeter und Mordio der sozialdemokratischen Führerklique doch zu gemeinsamen Kundgebungen der gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiterschaft kommen wird.

Den tiefsten Inhalt haben die Maidemonstrationen in Moskau und Rußland überhaupt. Dort wird der 1. Mai als ein wirklicher Volksfeiertag festlich begangen als das Triumpffest der siegreichen Arbeiterklasse über die kapitalistischen Feinde, als fröhliches Fest der werdenden sozialistischen Gesellschaft. Viele Millionen Arbeiter und Bauern werden am 1. Mai die Straßen von Moskau, Leningrad, Kiew, Odessa, Charkow und Tausenden anderen Städten und Dörfern Rußlands füllen und der ganzen Welt den unerschütterlichen Willen demonstrieren, mit ihren Leibern und ihrem Leben Sowjetrußland und die freiheitlichen Errungenschaften unter dem Sowjetregime zu schützen.

Eine der notwendigsten Aufgabe unserer Maikundgebung wird sein, in Hunderttausenden von Herzen den Funken zu erwecken, gleich wie in Rußland in Deutschland die Fesseln des alten kapitalistischen Staates zu sprengen und Zustände zu schaffen, die es auch uns ermöglichen, den 1. Mai nicht nur als Kampftag, sondern auch als frohen Siegestag festlich zu begehen.

Von Willi Münzenberg
M. d. R.

Der Tag der Musterung

Von Paul Frölich

Als die 2. Internationale 1889 ins Leben trat, schuf sie die Demonstration des Weltproletariats am 1. Mai. Von Hochgefühlen war die Internationale in der Stunde ihrer Geburt geschwellt. Die Depression, die nicht nur das französische, sondern das Proletariat aller romanischen Länder niedergedrückt hatte, war überwunden. Neue Arbeiterparteien waren in diesen Ländern entstanden. In England regte sich der Widerstand gegen den burgfriedlichen Trade - Unionismus. In Deutschland hatte die Sozialdemokratie nach einem Jahrzehnt der Illegalität faktisch das Ausnahmegesetz Bismarcks besiegt. Die Erneuerung der Internationale steigerte das Kraftbewußtsein der Parteien. Ein stolzer Optimismus, angefeuert vom Gedanken an die große französische Revolution und der in ihren Trägern und Mitkämpfern lebendigen Kommune, beherrschte den Pariser Kongreß.

Aus dieser Stimmung ward der 1. Mai geboren. Es war ein genialer taktischer Gedanke. Wohl griffen die unmittelbaren Parolen nicht über den Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung hinaus. Aber Arbeiterschutz und Achtstundentag waren gerade die Losungen, die von den Arbeitern aller Länder als unmittelbares Ziel erfaßt werden konnten und damit eine starke mobilisierende Kraft äußern mußten. Und die Tatsache des internationalen Demonstrationsstreiks an einem Tage mußte das Bewußtsein des Proletariats weit über den Horizont der kapitalistischen Ordnung hinaustragen. Sie warf die Grenzen nieder, die die Arbeiter der einzelnen Länder voneinander trennten. Das Bewußtsein, daß überall, wo der Kapitalismus das Szepter schwang, die Arbeiter ihre Kampfbereitschaft für das gleiche Ziel manifestierten, mußte das Machtgefühl des Proletariats allenthalben gewaltig heben. Schroff, unvermittelt und unverwischt wurde der Gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie aufgerissen und damit der Demonstration für das beschränkte Ziel der revolutionäre Charakter der Generalauseinandersetzung zwischen beiden Klassen aufgedrückt.

Die Ankündigung des Demonstrationsstreiks am 1. Mai war eine Kriegserklärung an die internationale Bourgeoisie. Auf der ganzen Linie durchgeführt, mußte er eine ungeheuere Bedeutung für die Revolutionierung der Arbeiterschaft haben. Es verschlug wenig, daß die Demonstration doch noch schwach war, wo die sozialistischen Parteien eben ihre ersten Schritte machten. Es wirkte nicht viel, daß in Oesterreich die erste Maidemonstration dank günstiger äußerer Umstände ein großer Erfolg war. Auf Deutschland, das Land der stärksten Arbeiterbewegung, kam alles an. Und die deutsche Sozialdemokratie versagte. Statt des Streiks kam ein Sonntagsspaziergang. Es ist schwer, heute ein Urteil über die Taktik des deutschen Parteivorstandes zu fällen. Er hatte wohl Gründe für sich, die nicht leicht wiegen. Wohl war das Ausnahmegesetz bereits zum Tode verurteilt und Bismarck schon gestürzt, aber die Reaktion suchte nur nach einer Gelegenheit, die Sozialdemokratie niederzuschlagen, um sie von neuem fesseln zu können. In einer Situation ohne jedes akut revolutionäre Moment eine neue lange Illegalitätsperiode auf sich nehmen, das hieße tatsächlich die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung hemmen, vielleicht sogar zurückwerfen. Wer mag heute entscheiden, ob die Bebel, Singer und Liebknecht damals die Kraft und Entschlossenheit der Reaktion überschätzt hben ader nicht. Jedenfalls, sie versagten sich die Herausforderung. Sie nahmen der ersten Maidemonstration den revolutionären Charakter und brachen dem 1. Mai damit für die ganze Periode der 2. Internationale das Genick.

Nur ein neuer Impuls konnte dem 1. Mai wieder den Charakter geben, der ihm bei der Schöpfung zugesprochen war. Aber der Impuls blieb aus. Der Reformismus marschierte in Deutschland wie in der Internationale. Daß dem internationalen Maitag das revolutionäre Wesen genommen worden war, buchten die Opportunisten als ihren Erfolg und sie waren nicht gewillt, ihn aufzugeben. Die Maifeier wurde zur Tradition und sie verlor je länger je mehr ihren Schwung. Jeder Parteitag, jeder internationale Kongreß, beschäftigte sich mit der Maifrage. Aber die Parteien konnten dem Maigedanken nicht mehr den revolutionären Odem einblasen, den sie selbst nicht hatten. Zwar die Beteiligung an den Demonstrationen wuchs; mit den wachsenden Gefahren des Imperialismus kamen zu den alten Losungen die des Kampfes gegen den Krieg, mit dem Wachsen des Trustkapitals und seiner politischen und wirtschaftlichen Uebermacht die Losung des Sozialismus als Einheitslosung des unmittelbaren Kampfes (in ihrer revolutionären Bedeutung nur geahnt, aber nicht erfaßt), — aber die 2. Internationale war schon zu sehr vom Opportunismus zerfressen. Sie war eines großen Aufschwunges nicht fähig. Die Arbeiterbewegung mußte eine tiefe Krise, eine Katastrophe durchmachen.

Die Weltkrise ward zur Krise der Internationale. Im Burgfrieden erstickte der Maigedanke. Er ward wiedergeboren in der revolutionären Aktion des 1. Mai 1916, als in Berlin zehntausend Arbeiter dem Rufe Karl Liebknechts folgten und dem Kriege, der stahlgepanzerten Staatsgewalt und dem Sozialverrat den Krieg erklärten. An dieser Wiedergeburt erst hat die Maidemonstration ihren revolutionären Charakter erworben.

Und wenn heute Millionen und aber Millionen Arbeiter in allen Ländern der Welt bis hin in die entlegensten Kolonien am 1. Mai aufmarschieren, dann tun sie es im Bewußtsein ihrer revolutionären Aufgabe. Dann suchen sich ihre Gedanken hin zur heutigen Stadt der Revolution — Moskau. Der Gedanke an das kühne Beispiel des russischen Arbeitervolkes befeuert sie. Und wenn ihre unmittelbaren Losungen wiederum auf das Nächstliegende, auf den Achtstundentag, auf den ersten Schutz der Arbeiterklasse vor dem äußeren Elend gerichtet sind, dann wissen sie, daß nur revolutionäre Aktionen sie vorwärtstragen, daß heute jeder ernste Kampf den Sturz des Kapitalismus als Konsequenz in sich trägt, jeder bedeutsame Sieg die Machtergreifung zur Voraussetzung hat. Am 1. Mai sammeln sich in allen Ländern die Kämpfer. Der 1. Mai ist die Musterung der Heere der Revolution.

Alle Arbeiter der Welt zum 1. Mai

Arbeiter, Arbeiterinnen,
Mit Löchern in den Backen,
Die Euch der Hunger gebohrt hat,
Und mit Schwielen an den Händen,
Hart genug,
Um endlich aus der Fülle der Welt zu schöpfen —
Ihr selbst aber hängt an dem fließenden Band,
Das Ihr bedient,
Von Jahr zu Jahr,
Stückweise zerbrochen . . .

Ihr Kleinbauern, Landarbeiter,
Euer Gesicht ist zu einem Acker geworden,
Darauf das Leid pflügt
Und Euer Weiber Träne der Regen ist —
Keine Wurzel schmeckt so bitter
Wie Eures Alltags Bitternis —

Ihr alle,
Denen der Tod ans Herz gewachsen ist:
Ihr lauft durch die Lebens-Oede
— uferlose Steppe —
Mit versteinerten Augen . . .

Schüttet sich das Leid aus,
Daß die Straße schwarzer Strome wird,
Darüberhin rote Fahnen wie Blutlichter schweben!?
Werfen sich Massengräber auf,
Wellenberg an Wellenberg!? . . .
Antennentürme schwingen im Sturm
Durch alle Arbeiterherzen der Welt vibriert der Funkspruch:
„Marsch!“

Alle Arbeiter der Welt machen sich auf den Weg,
Gesichter: blutnackt, feuerzerfetzt —
Ein schmutziges Eiland,
Verflackernd im Rot-Brand der Welt,
Fern das Elend . . .

„Wir sind nicht dazu da,
Um zu kriechen wie ein lahmer Fluß,
Der unter der Erde im Sumpf sich verkriecht.
Und mehr noch, mehr noch und immer mehr noch!
Wir sind dazu da,
Um im Stahldunst der Großstädte
Vor Schmerz und Empörung glühend zu werden!
Wir wollen — wir —
Denn wir sind es, wir —
Wir: das Proletariat!“

Und es fallen wie Hämmer die Schüsse auf der Straße.
Trommeln hämmern Sturmschritt.
Es ist ein großes Rufen in der Welt, das nicht mehr stille wird.
Langer Marsch auf allen Straßen . . .
Muskeln schwellen.
Der Gehirne Flugbahn
Unendlich im Aether kreist — — —

Hämmern, hämmern die Neue Zeit.

Johannes R. Becher

Der 1. Mai und die Arbeiter-Jugend

Von R. Schüller

Mai 1926 sieht eine schwere Zeit für die Arbeiterjugend: Massenarbeitslosigkeit in Deutschland, England, Oesterreich und anderen Ländern. Allgemeines Vordringen der Kapitalisten gegen Löhne und Arbeitszeit. Krieg in Marokko, Syrien, China, und die Wolken noch größerer Zusammenstöße am Horizont.

Mehr und mehr wird die Arbeiterjugend unter diesen Bedingungen in den Kampf der Arbeiterklasse hineingezogen. Schichten, die früher überhaupt unpolitisch waren, erwachen und machen die ersten politischen Schritte, große Teile der organisierten Arbeiterjugend werden radikalisiert und zeigen eine wachsende Kampfstimmung. Der erste Mai, der in diesem Jahre ganz besonders ein harter Kampftag für die Arbeiterklasse sein wird, kann daher nicht fehlen, einen weiteren Schritt zur Aufrüttelung und Sammlung der Massen der Arbeiterjugend zu führen.

Es ist jedoch notwendig, daß sich alle Arbeiter und Kommunisten eines Umstandes voll bewußt sind: Die Arbeiterjugend wird solange in ihrer gewaltigen Mehrheit nicht ein aktiver Bundesgenosse, ja Mitkämpfer der Arbeiterschaft werden, als sie nicht in den Organisationen der Arbeiterklasse organisiert ist. Heute ist sogar, wenn man die Gewerkschaften, die K. J. J., die sozialistischen Jugendverbände und die Arbeitersportorganisationen zusammen betrachtet, nur ein sehr kleiner Teil der Arbeiterjugend überhaupt organisiert. Die bürgerlichen Organisationen andererseits sind von gewaltiger Ausdehnung und die Kapitalisten beeinflussen auch den übrigen unorganisierten Teil in ihrem Sinne. Solange das so sein wird, wird der Kapitalismus jugendliche gegen erwachsene Arbeiter ausspielen und wird die Lage der jugendlichen Arbeiter die besonders elende bleiben, die sie heute ist. Alle Arbeiter am 1. Mai 1926 müssen sich daher darüber klar werden, daß ihre erste Pflicht in bezug auf die Jugend deren Organisierung zu 100 Prozent in den Gewerkschaften ist.

Die gewerkschaftliche Organisierung der gesamten Arbeiterjugend wird ihrer Ausnutzung zur Drückung der Löhne und Verlängerung der Arbeitszeit der Erwachsenen ein Ende machen, wird sie aus einer wehrlosen Masse zu einer organisierten Kraft machen, die der Arbeiterklasse gewaltige Verstärkung geben wird. Auf diese Weise allein ist auch der wirksame Kampf für den Achtstundentag der Arbeiterschaft, und darüber hinaus für den Sechsstundentag der Jugend möglich. Mit voller Wucht nimmt die arbeitende Jugend aller Länder an der Demonstration des 1. Mai für diese zwei Forderungen teil.

Der erste Mai 1926 ist auch ein Tag der Demonstration und des Kampfes gegen den Imperialismus und den imperialistischen Krieg. In diesem Kampfe steht die Arbeiterjugend mit in der ersten Reihe. Wie immer, wird auch diesmal der Ruf an die Jugend zum Kampf gegen Imperialismus und imperialistischen Krieg begeisterten Widerhall finden. Wie während des Krieges, wie im „Frie-

den", so geht auch heute der zähe Kampf der K. J. J. gegen Militarismus und Krieg vor sich. Unsere französischen Genossen in erster Linie haben gezeigt, daß das Vermächtnis von Liebknecht und Lenin in der Kommunistischen Jugend lebt. Und während die sozialdemokratischen Jugendführer sich in hilflosen und weinerlichen pazifistischen Beschwörungen und Illusionen ergehen, kämpft die K. J. J. wirklich gegen Kriegsgefahr und Krieg. Der 1. Mai soll ein Aufruf an die Massen der Arbeiterjugend sein, sich in diesen Kampf mit aller Macht einzureihen.

Die kommunistische Jugendbewegung wächst langsam, aber beständig, trotz aller Schläge der Reaktion und trotz aller Schwierigkeiten. Auf der ganzen Welt werden jugendliche Arbeiter unter Führung der K. J. J. diesmal den Fahnen der ersten Mai-Demonstrationen folgen. Nicht nur in Europa, sondern auch in China, Japan, Amerika, dem Nahen Orient usw. Und vor allem auch die jugendlichen Arbeiter und Bauern in der Sowjetunion, die ihren Brüdern im Osten und Westen mit Millionenstimme die befreiende Maibotschaft verkünden!

Der 1. Mai in China

Von S. Dalin (1921)

Heut' ist der 1. Mai.

Wo bin ich — in Sowjet-Rußland oder im fernen, am Weltende gelegenen Kanton?

Der Quai. Der Fluß ist wie gewöhnlich mit Hunderten von Booten bedeckt; diese Leute sind meistens mit dem Transport verschiedener Lasten von einem Ufer zum anderen oder vom Dampfer nach dem Ufer beschäftigt.

Heute aber sind alle diese Boote mit roten Fahnen verziert, mit Fahnen, die sonderbare Inschriften tragen.

Ich lasse mir die Schnörkel übersetzen. „Der 1. Mai. Der Verband der Schifferinnen in Kanton."

Arbeiterdemonstrationen marschieren vorbei. Hunderte und Hunderte von Fahnen... Auf jeder Fahne eine Inschrift: Der Name des Verbandes.

An der Spitze einer jeden Gruppe werden an Tragjochen schwere chinesische Pauken geschleppt. Der Paukenschläger schlägt den Takt mit ganzer Kraft.

Die Querpfeifen piepen, die Zimbeln klingen, die Gongs dröhnen.

Unter den Beinen knallt chinesisches Feuerwerk.

Jeder Demonstrant hält ein rotes Fähnchen in der Hand.

Man übersetzt mir die Aufschriften.

„Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!"

„Es lebe der achtstündige Arbeitstag!"

„Es lebe der 1. Mai!"

Wir besteigen das Dach eines der höchsten Gebäude in Kanton, um die Demonstration überblicken zu können.

Ein erstaunlicher Anblick. Alle Straßen sind von Arbeitern erfüllt. Tausende von Fahnen und Handfähnchen. Die Demonstration scheint eine rote Lawine zu sein.

Musik, Paukenschlag, das Knallen der Petarden, symbolische Figuren.

Da kommt der Verband der Schiffer. An der Spitze schwankt ein außerordentlich künstlerisch verfertigtes Schiff von gewaltigem Ausmaße, getragen von mehreren Automobilen, die sich in seinem Inneren befinden. Es ist mit Fahnen und Fähnchen verziert.

Aus allen Enden der Stadt strömen mit ihren Orchestern der Stadt die Schüler der Volks- und Mittelschulen zusammen. Dieses ist der einzige „unproletarische Teil der Demonstration.

Die sozialistische Jugendorganisation marschiert vorbei.

„Es lebe die Kommunistische Internationale!"

„Es lebe die Kommunistische Jugend-Internationale!"

„Es lebe Sowjetrußland!" so übersetzt man mir die Losungen auf den Fahnen.

Wir steigen vom Dach und gehen in den Park, wo die Demonstranten sich versameln.

Die Mitglieder unseres Verbandes werfen Flugzettel, Einzelne von uns „treiben Handel", d. h. verkaufen kommunistische Literatur.

Ich kaufe einiges. An den Bildern erkenne ich, daß dies hier eine Broschüre über Karl Marx und Rosa Luxemburg ist, jenes da ein Buch des Genossen Trotzki: „Oktoberrevolution."

Auf der Rednertribüne die Führer der Kommunistischen Partei Chinas.

Ich spaziere mit einer Gruppe von Genossen durch die Parkalleen. Ich fühle mich außerordentlich beengt, denn mich umringt eine große Menge, die mich aufmerksam betrachtet, jede meiner Bewegungen verfolgt.

Ich frage, was sie wollen.

„Jene staunen, wie ein Ausländer hierher kommt."

Man erklärt ihnen, daß ich ein Ausländer sei, der ein Gegner der Ausländer sei. Ich sei ein Freund der Arbeiter.

Da beginnt aber schon das Meeting. Flammende Reden. Es spricht ein Vertreter der Kommunistischen Partei. Nach ihm die Redner des Sozialistischen Jugendverbandes.

Ich werde nie eine Episode aus diesem Mai-Meeting vergessen.

Auf der Bühne steht ein Arbeiter, ein Delegierter von Nordchina, zur Konferenz der Gewerkschaften.

Seine Rede ist wie Feuer.

„Wir schwören, daß wir alle wie ein Mann gegen die Bourgeoisie und für die Interessen der Arbeiterklasse kämpfen werden."

Er nimmt seinen Zeigefinger in den Mund und beginnt ihn zu zerfleischen.

Es sind schwere Augenblicke.

Es fällt ihm schwer, seinen eigenen Finger aufzubeißen, sein Gesicht zeigt Spuren des starken Schmerzes.

Es wird ganz still. Da schießt Blut aus dem Finger.

Mit Begeisterung erfaßt dieser Enthusiast, dieser Fanatiker des Arbeiterkampfes, ein Stück weißer Leinwand und schreibt mit seinem Blut: „Wir schwören, wir werden kämpfen ..."

Das Meeting ist zu Ende.

Die Demonstration strömt in die Straßen. Ich gehe mit dem aktivsten Teil des Verbandes.

„Fan, laufe schnell, Du mußt auf jenem Meeting reden; Du, Li, beeile Dich, Du mußt da noch reden; ich werde gleich auf dem Straßenmeeting reden." So werden schnell und abgerissen die Anordnungen getroffen.

Es ist bereits 5 Uhr abends. Hungrig eile ich mit mehreren Genossen nach meinem Hotel.

Ich läute.

„Bringen Sie etwas zu essen," sage ich zum Portier.

„Heute streiken unsere Arbeiter, Diener und Köche. Ich arbeite auch nicht. Zu essen ist nichts da. Nicht einmal Tee ist da."

Nichts zu machen. Wieder in der Stadt. In den Straßen herrscht reges Leben. Die Demonstration verwandelte sich des Abends in einen Karneval, der dann bis zum Morgen währte.

Der offizielle Bericht lautet, daß sich an der Demonstration mehr als 50 000 Arbeiter beteiligt haben. Diese Zahl ist entschieden zu niedrig bewertet.

Die ausländischen Zeitungen in Hongkong beantworteten die Kantoner Maidemonstration mit tiefem Schweigen.

Sie wollten ihre Leser durch den Hinweis auf die entstehende Gefahr nicht erschrecken.

Der Münchener Blut-Mai 1919

Die Legende vom Geiselmord

Von Albert Winter

Wenn es wahr ist, was Friedrich Engels in einem seiner Artikel über die deutsche Revolution vom Jahre 1848 schrieb: „Eine Niederlage nach hartnäkkigem Kampfe ist eine Tatsache von ebenso revolutionärer Bedeutung wie ein leicht gewonnener Sieg", dann hat das Münchener Proletariat erst durch die Bluttaufe in den Maitagen 1919 jene revolutionäre E r f a h r u n g gewonnen, die der relativ leichte Sieg im November 1918 nicht vermitteln konnte, die aber eine Vorbedingung für weitere Klassensiege der Münchener Arbeiter ist. Wenn wir die Lage vom November 1918 mit der Lage unmittelbar nach der Niederwerfung der Räterepublik im Mai 1919 und der vom Mai 1926 vergleichen, so verstehen wir erst den tiefen Satz, den Karl Marx in seinem „18. Brumaire" nach der Niederlage der Pariser Arbeiter in der Junischlacht 1848 schrieb: „Die Gesellschaft scheint jetzt hinter ihren Ausgangspunkt zurückgetreten; in Wahrheit hat sie sich erst den revolutionären Ausgangspunkt zu schaffen, die Situation, die Verhältnisse, die Bedingungen, unter denen allein die moderne Revolution ernsthaft wird." In der Tat scheint die bayerische und deutsche Gesellschaft heute hinter ihren Ausgangspunkt vom November 1918 zurückgetreten, aber in Wahrheit hat sie durch die blutigen Erfahrungen der bürgerlich-proletarischen Klassenkämpfe in den Monaten und Jahren nach der Novemberrevolution erst die Bedingungen geschaffen, unter denen eine moderne proletarische Revolution ernsthaft wird. Einen weiteren Satz von Friedrich Engels haben die revolutionären und konterrevolutionären Ereignisse nach dem November 1918 in Deutschland und schon vorher in Rußland bewiesen; daß nämlich die Reaktion sich unter dem Banner der Demokratie gegen die Arbeiterrevolution sammelt. Sie hat sich in der russischen und in der deutschen Revolution nicht nur unter dem Banner der „Demokratie" gesammelt, sondern auch unter dem Banner des „Sozialismus", der Sozialdemokratie. In Rußland ließ sich die Arbeiterklasse von diesen Lügenfahnen der Bourgeoisie und der mit ihr verbündeten Aristokratie nicht täuschen, in Deutschdagegen, wo die Arbeiterklasse noch nicht über eine ähnliche revolutionäre Erfahrung verfügte wie die russischen Arbeiter seit dem Jahre 1905, siegte die bürgerlich-junkerliche Herrschaft unter sozialdemokratischer Führung.

Am 1. Mai 1926 wollen wir uns daher wieder daran erinnern, daß es der sozialdemokratische Reichswehrminister Noske war, der im Einverständnis mit der sozialdemokratischen Regierung Hoffmann-Schneppenhorst die Münchener Räterepublik von den Söldnern der preußischen Militärkaste, den bayerischen und württembergischen Bourgeois-Studenten und den verhetzten Söhnen eines ängstlichen Kleinbürgertums, im Blute von mindestens tausend bestialisch ermordeten Münchener Arbeitern ersticken ließ. Im Perlacher Mordprozeß haben wir wieder erfahren, daß Noske den nach München marschierenden Weißgardisten Blankovollmacht für willkürliche Erschießungen und Abschlachtungen gab, indem er „seinen" Offizieren schon vorher versicherte, er werde nicht gleich jedem kleinen Leutnant den Prozeß machen, wenn er in der Hitze des Gefechtes einmal über die Schnur haue. Noske hatte dem Oberkommandanten von Oven sogar den Befehl gegeben, von der „verfassungsmäßigen" bayerischen Regierung solange keine Weisungen entgegenzunehmen, bis nicht München „fest" in seiner Hand sei. Nach persönlichen Mitteilungen des früheren Ministerpräsidenten Hoffmann hatte sich General von Oven in Ingolstadt verpflichtet, keinerlei willkürliche Erschießungen zu dulden. Danach ermesse man nun den Charakter eines „sozialdemokratischen" Ministerpräsidenten, der trotzdem auf seinem Posten blieb und der, natürlich unabsichtlich, im Auslande war, als eine blutgierige Ordnungsmeute Levine zum Tode verurteilte und ihn auch hinrichten ließ.

Es wird den sozialdemokratischen Führern nicht gelingen, die Verantwortung für die weißgardistischen Schlächtereien in den Maitagen 1919 von sich ab und auf ihre „Ordnungstruppen" zu wälzen. Namhafte Führer der M.S.P. wie Schneppenhorst waren es bekanntlich, die bei der Bildung der ersten Scheinräterepublik in hervorragendem Maße mithalfen und die durch ihren ach so demokratischen Palmsonntagsputsch erst die Kommunisten, die von vornherein gegen die Schaffung einer Räterepublik waren, für die alle wesentlichen Voraussetzungen fehlten, zur Uebernahme der Macht in München zwangen. „Bewährte" Parteiführer mit Biedermannsbärten wie Eduard Schmid, und andere waren es, die in dem Verleumdungschor der „Ordnungspartei" am wildesten schrien, Flugblätter gegen die in München „hausenden Fremden und Ausländer" verbreiteten und sich nicht scheuten, gegen die Räterepublikaner die Denunziation auszustreuen, daß sie die Sozialisierung der Frauen durchführen wollten. Nicht, daß es sich hier um wüste Verleumdungen handelt, die in der Hitze des gegenrevolutionären Kampfes verbreitet wurden. In einem schamlosen Hetzflugblatt „Rettet das Volk", das bei den Märzwahlen 1924 von der Clique Auer, des Urbildes aller Biedermänner ausgegeben wurde und das zu unserem offenen Broschürenkampfe gegen Auer führte, wurden von Leuten, die vorgeben, Internationalisten zu sein und auf deren Konto die Bildung der ersten Scheinräterepublik und die blutigen Metzeleien vom Mai 1919 kommen, dieselben nichtsnutzigen Lügen von den „landfremden Diktatoren" der Räterepublik wiederholt. Dabei ist den ehrenwerten Biedermännern der Auerklique genau bekannt, daß Levine, dieser Sohn eines reichen Großbourgeois freiwillig in deutschen Fabriken gearbeitet hat, um zu wissen, was Lohnarbeit bedeutet.

Die sogenannten standrechtlichen Erschießungen, lies willkürlichen Morde und feigen Schlächtereien, die schon auf dem Vormarsch der Weißen nach München begannen, sind e i n e d i r e k t e F o l g e **jener mehrheitssozialistischen Hetze**, die im amtlichen sozialdemokratischen Auftrag gegen die Räterepublik und ihre Führer betrieben wurde. Es ist so, wie es Karl Marx in seiner Adresse über die Pariser Kommune schreibt: „In jedem ihrer blutigen Triumphe über die selbstopfernden Vorkämpfer einer neuen und bessern Gesellschaft, übertäubt diese auf die Knechtung der Arbeit gegründete schmähliche Zivilisation das Geschrei ihrer Schlachtopfer durch einen Hetzruf der Verleumdung, den ein weiteres Echo widerhallt." Karl Marx konnte im Jahre 1871 allerdings noch nicht voraussehen, daß es im Jahre 1919 die Führer der „internationalen revolutionären" Sozialdemokratie sein würden, die dem Hetzruf der bürgerlichen Zivilisation nicht nur einen weiteren Widerhall verschaffen, sondern die zuerst diesen Hetzruf gegen revolutionäre Proletarier ausstoßen würden.

Nur durch dieses mehrheitssozialistische Hetzgeschrei war es möglich, die Legende vom sogenannten „Geiselmord" im Luitpoldgymnasium in aller Welt zu verbreiten und jene Pogromstimmung des weißen Terrors zu erzeugen, der zur höheren Weihe des 1. Mai 1919 Hunderte von Münchener Arbeitern im Namen einer sozialdemokratischen Regierung vom Leben zum Tode beförderte. Selbst wenn es sich bei den im Luitpoldgymnasium Erschossenen um Geiseln gehandelt hätte, war ihr Leben „aber und abermals verwirkt durch das anhaltende Erschießen von Gefangenen" durch die Regierungstruppen, wie das Karl Marx im ähnlichen Falle der Geiseln in der Pariser Kommune mit Recht feststellte. 20 rote Soldaten, die am 29. April in Starnberg beim Essen unbewaffnet überrascht wurden, drei Sanitäter, die in Possenhofen beim Verwundetentransport waren und ein 68jähriger Mann wurden am Tage vor dem sogenannten Geiselmord niedergeschossen. Darüber entstand bei den Rotgardisten große Erregung und sie verlangten Repressalien. Nicht gegen Geiseln, die es gar nicht gab, sondern gegen Weißgardisten, die im Kampf mit der Waffe angetroffen wurden, und gegen mehrere Mitglieder des „germanischen Ordens", bzw. der Thulegesellschaft, die als Verschwörer festgenommen worden waren, weil man in ihren Klubräumen Waffenlager und gefälschte Stempel mit dem Faksimile des Vollzugsrates wie auch Eisenbahnstempel gefunden hatte. Da man bei diesen Leuten Waffen fand, konnten sie nach der Noskepraxis von der Räteregierung mit gutem Recht sofort erschossen werden, um so mehr, als sie auch Hochverräter vom Standpunkt der Regierung Hoffmann waren. Die Thulegesellschaft war eine Keimzelle des späteren Kapp-Putsches, der hoch- und reichsverräterischen Kahrdiktatur und des Ludendorff-Hitlerputsches. Aber natürlich: Nicht nur in den Augen der Bourgeoisie, sondern auch der Bamberger Regierungssozialisten ist jede Waffe in ihrer Hand gegenüber dem Proletarier gerechtfertigt, während irgendwelche Waffe in der Hand des Arbeiters von vornherein ein Verbrechen ist. Darum regen sich gewisse S.P.D.-Führer auch so sehr über die Leiden der gefangenen und nichtgefangenen russischen „Sozialisten" — Nacht, in der alle Katzen grau sind — auf.

Der sogenannte Geiselmord im Luitpold-Gymnasium ist also reiner Schwindel, der von den mit Trinkgeldern gemieteten M.S.P.-Bravos der Bourgeoisie fabriziert wurde, um die Tatsache zu verdecken, daß niemand anderer als Noske und seine Offiziere die wirklichen Mörder der im Luitpoldgymnasium erschossenen Verschwörer der Thulegesellschaft sind. Welches andere Gegengewicht hatten denn die Räterepublikaner gegen die scheußliche Wildheit der Regierungstruppen, die sich im Gesellenmord so furchtbar ausgetobt hat?! Sollten die Rotgardisten denn wie feige Memmen zum bloßen Gespött werden, die sich lediglich einer Narrenposse hingaben?! Die Schüsse im Luitpoldgymnasium, mag man sie vom Standpunkt der politischen Klugheit beurteilen wie immer, haben der Bourgeoisie und ihren M.S.P.-Bravos jedenfalls ein für alle Mal bewiesen, daß die Arbeiterklasse aufgehört hat, der brave Waisenknabe der herrschenden Klassen zu sein.

Furchtbar genug war die Rache der Bourgeoisie. Noch im Juni 1920 wurde der 17jährige Walleshauser zum Tode verurteilt und auch erschossen, nachdem man vorher die beiden Seidel, Schickelhofer, Wiedl, Pürzer, Fehmer und Kammerstädter wegen Mordes hingerichtet hatte. Noch heute sitzen im Zuchthaus Straubing eine Reihe von Räterepublikanern, die nur deswegen 15 Jahre Zuchthaus bekamen, weil sie als Zuschauer „eventuell bereit waren, selbst zu schießen". Dadurch hätten sie den Mord gefördert.

Die sozialdemokratischen Vertreter im bayerischen Landtag bleiben nur ihrer Rolle der gegen die Arbeiterrevolution vom bürgerlich-reaktionären Staat gemieteten Bravos treu, wenn sie keinerlei ernste Anstrengungen machen, um die Räterepublikaner in Straubing wenigstens durch Einzelbegnadigung zu befreien. Von einem Manne wie Auer, der beim „Maibocktröpfchen" die Bierpolitik der Münchener S.P.D. macht und der den Mörder Eisners im Jahre 1920 mit einer Visitenkarte und Blumen beehrte, kann man nicht erwarten, daß er in der „Münchener Post" für die Freilassung Lindners, der ein Opfer Arcos ist, eintritt. Aber von den sozialdemokratischen Arbeitern, die selber die Zeche für die Noske, Auer und Hoffmannpolitik zu bezahlen haben, muß man das endlich verlangen.

Die Bourgeoisie und ihre Agenten in der S.P.D. mögen über den „Rätesaustall" schreien soviel sie wollen. Von der Räterepublik gelten auch die Schlußsätze aus Marxens Adresse über die Pariser Kommune: „Das Paris der Arbeiter, mit seiner Kommune wird ewig gefeiert werden als der ruhmvolle Vorbote einer neuen Gesellschaft. Seine Märtyrer sind eingeschreint in dem großen Herzen der Arbeiterklasse. Seine Vertilger hat die Geschichte schon jetzt an jeden Schandpfahl genagelt, von dem sie zu erlösen alle Gebete ihrer Pfaffen ohnmächtig sind."

Fügen wir hinzu, daß zu diesen Pfaffen heute auch die Schwindler des deutschen Scheinsozialismus gehören, dann ist die Charakteristik für München-Deutschland 1919/1926 vervollständigt.

Friedensmiete und Wohnungsnot

In den Wohnhöhlen leben die Menschen wie das Vieh beieinander. Tuberkulose blüht und gedeiht, Haß und Zwietracht desgleichen. Die besten Veranlagungen werden erstickt, die gemeinsten Triebe begünstigt. Die Spießer faseln von trautem Familienkreis, der Kapitalismus aber vernichtete die Grundlagen für ein einigermaßen erträgliches Zusammenleben. Mit dem Messer gehen oft die gequälten Menschen aufeinander los — die Qual, sich nicht vom Beieinanderleben befreien zu können, macht sie zu Bestien.

Draußen an der Peripherie werden freundliche Häuschen gebaut, die aber der Prolet nicht bezahlen kann, denn sie kosten 1000 Mark Abstand und 100 Mark Miete.

Gibt es einen Ausweg?

Zur Reichsgesundheitswoche werden allerlei gute Rezepte an die leidende Arbeiterschaft gegeben. . . .

Fort mit dem Ungeziefer!

Aber in den verwanzten Wohnungen Berlins sind Ratten und Mäuse zu Gast. Die unterhöhlten Dielen und durchlöcherten Wände sind wahre Brutstätten für alle Arten Ungeziefer.

Frische Luft dem Kinde!

An den Wänden wachsen Pilze. In einem Zimmer schlafen acht oder zehn Menschen. Die Ausdünstungen der schweißigen Körper bedeuten oft die einzige Heizung.

Alle Schichten in Deutschland sehen in der Wohnungsnot einen haltlosen Zustand. Die Kapitalisten bauen nicht, weil der Häuserbau keinen Profit bringt. Staat und Gemeinden bauen ebenfalls nicht. Sie sind ja kapitalistische Organe, und öffnen den Staatssäckel nur, wenn sie von der Arbeiterschaft gezwungen werden. Die Arbeiterfrauen seufzen unter der Last der steigenden Mieten, aber sie haben es trotzdem versäumt, einen Kampf gegen die Mieterhöhung zu organisieren.

Die Luther-Regierung steigert die Mieten, um ein Lockmittel für die Baulustigen auszuwerfen. Was sagen die Arbeiterfrauen dazu?

Sie finden die Mieten nicht zu billig. Verschlingen sie doch heute schon den vierten Teil des Wochenlohnes. Und doch sind wir erst auf halbem Wege. Die vorgeschlagenen Gesetze sehen noch weitere Verschlechterungen für die Mieter vor.

Muß auch die Friedensmiete im Augenblick noch nicht erreicht werden, so steigern doch die Hauswirte schon kräftig die Mieten, so daß in vielen Fällen der Friedenspreis für eine Wohnung schon erreicht oder überschritten ist.

Ferner kann der Vermieter in Zukunft den Mieter exmittieren, wenn er einen Monat Miete rückständig bleibt — und das Wohnungsamt braucht in solchen Fällen nicht mehr einen „angemessenen", sondern nur einen „ausreichenden" Ersatzraum zur Verfügung stellen.

„Ausreichend" kann auch unter Umständen ein Karnickelstall sein, wir sind hierin schon allerlei gewohnt.

Die geplanten Verschlechterungen werden sich in erster Linie auf die erwerbslose Arbeiterschaft auswirken, sie werden zuerst obdachlos werden. Ein nettes Beispiel aber, wie schon jetzt mit den Obdachlosen umgegangen wird, gibt uns die

Stadt Aachen.

Die Stadt Aachen sorgt nach Ansicht der dortigen Stadtväter ganz ausgezeichnet für die Obdachlosen, die infolge von Erwerbslosigkeit die Behausung verloren haben.

Die „heiligen Familienbande", überall besungen und gepriesen, werden brutal auseinandergerissen. — Die Kinder steckt man ins Waisenhaus. Die Eltern werden in einer für diesen Zweck eigens hergerichteten Gemeindeschule untergebracht, und zwar in getrennten Schlafsälen. Es besteht wenig Hoffnung für die Bedauernswerten, wieder eine Wohnung zu erlangen.

Als unsere Stadtverordnete anregte, wenigstens eine Küche zum Kochen zur Verfügung zu stellen, wurde sie als Krakehler, der nicht ernst zu nehmen sei, abgewiesen.

Schließlich bequemte man sich dazu, eine Gasflamme zum Kaffeekochen zu bewilligen,

denn die Stadt Aachen meint es ja so gut mit seinen Obdachlosen!

Dieselben Menschenschinder brachten es fertig, in einer folgenden Sitzung lang und breit über die Errichtung eines Hundepensionats in Aachen zu diskutieren!

Wann wird die Arbeiterschaft auf diesen Hohn die richtige Antwort finden? Wann wird sie das Unwürdige ihrer Lage begreifen und den Fluch der Gewöhnung abschütteln?

Sie muß die Regierung zum Bauen zwingen — sie muß billige Mieten erkämpfen. — Noch immer stehen die Fürstenschlösser leer — die bürgerlichen Parteien suchen den Volksentscheid totzuschweigen. — An Stelle dessen wollen sie in der Reichsgesundheitswoche die Arbeiterfrauen über das Elend hinwegtäuschen.

Fort mit der Friedensmiete! Her mit menschenwürdigen Wohnungen! Wir fordern Volksentscheid für die Enteignung der Fürsten!

Einmütig muß die Arbeiterschaft in diesen Kämpfen beieinanderstehen, denn sie werden ja gemeinsam heimgesucht vom Elend. Auch die Arbeiterfrau muß sich den Kämpfen anschließen.

Auf die neuen Gesetzentwürfe muß ein Riesenprotest der Arbeiter — vor allen Dingen der Arbeiterfrauen — antworten.

Wie die Arbeiterkonsumgenossenschaft arbeitet

(Orechowo-Sujewo)

Die Wurstproduktion der zentralen Arbeitergenossenschaft in Orechowo-Sujewo, Moskauer Gouvernement, hat während ihrer einjährigen Tätigkeit große Erfolge zu verzeichnen gehabt. Es ist noch nicht lange her, da waren im Wurstbetrieb 20 Leute beschäftigt, jetzt arbeiten darin 43 Personen, eine Erhöhung um mehr als 100 Prozent.

Im Laufe des Jahres wurden verschiedene Wurstsorten, insgesamt in einer Menge von 16 500 Pud erzeugt, was die Nachfrage des lokalen Marktes bis 75 Prozent deckt. Während dieser Zeit wurde eine ziemlich bedeutende Mechanisierung des Betriebes vorgenommen: es wurde ein Elektromotor aufgestellt. Insgesamt wurden auf die Remonte über 8000 Rubel herausgabt. Im Laufe des Jahres warf der Wurstbetrieb 17 000 Rubel Gewinn ab.

Bedeutende Erfolge hatte der Wurstbetrieb auch auf dem Gebiete der Gewerkschaftsarbeit zu verzeichnen. Die Versammlungen werden regelmäßig einberufen und bis zu 100 Prozent besucht. Sehr gut arbeiten die Produktionskonferenzen, deren Beschlüsse ausnahmslos durchgeführt werden. Der monatliche Durchschnittslohn betrug im Jahre 1924 60 Rubel und im Jahre 1925 70 Rubel. Es gab im Laufe des Jahres keinen einzigen Fall, wo auch nur ein Arbeiter oder eine Arbeiterin ihren Mitgliedsbeitrag nicht rechtzeitig eingezahlt hätte. Auch an den sozialen Organisationen beteiligen sich die Arbeiter und Arbeiterinnen sehr stark. So sind 100 Prozent Mitglieder der Kasse der gegenseitigen Hilfe, 90 Prozent Mitglieder der Internationalen Roten Hilfe, 100 Prozent Mitglieder der Gesellschaft der Freunde der Luftflotte und der chemischen Verteidigung, 60 Prozent Mitglieder der Konsumgenossenschaft.

Aber mit der kulturellen Arbeit ist es nicht gut bestellt. Das ist durch das Fehlen eines entsprechenden Raumes zu erklären; immerhin abonnieren alle Arbeiter Zeitungen. Bei der Erweiterung des Betriebes hoffen wir auch einen Raum bekommen zu können.

Solcherart ist unsere Arbeit im Kleinbetrieb.

Gewerkschaft der Lebensmittelarbeiter, Gen. Feluschin, Orechowo-Sojewo (Gouv. Moskau.)

Unsere Lesehalle

Die Lesehalle unseres Dorfes (Abschair) wurde 1923 gegründet. In der ersten Zeit funktionierte sie schlecht, jetzt aber geht die Arbeit gut vonstatten. Die Räume sind groß und schön. In unserem Dorf gibt es unter den Bauern und Bäuerinnen viele Analphabeten, da unter der Herrschaft des Zarismus für die Bildung der Bauern nicht gesorgt wurde. Die Lesehalle hat jetzt mehrere Zirkel gegründet, wo die Bauern und Bäuerinnen das Lesen und Schreiben lernen. Jeden zweiten Tag wird für die Bauern ein Vorlesen der Zeitungen abgehalten. Die Lesehalle ist jeden Tag von Bauern besucht, die dort lernen, die Ereignisse und das sie umgebende Leben zu begreifen. Auch werden „Frage- und Antwortabende" veranstaltet, wo die Bauern und Bäuerinnen dem Agronom, dem Arzte u. a. Kulturträgern verschiedene Fragen stellen, die an Ort und Stelle beantwortet werden. An einem solchen Abend, der am 29. Dezember 1925 stattfand, wurden über 100 Fragen gestellt und beantwortet.

Gibt es bei Euch eine Lesehalle, was wird für die Bildung der Bauern und Bäuerinnen getan?

A. Kirdoba, Dorfkorrespondent.

Verantwortlich für Verlag und Inhalt: Martha Arendsee, M. d. R., Berlin. Verlag: „Rote Fahne", G. m. b. H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 225 — Druck: „Peuvag", Papier-Erzeugungs- und Verwertungs-Akt.-Ges., Abteilung Friedrichstadt-Druckerei, Berlin, Friedrichstraße 225.

Die Kommunistin

Nr. 4 | Berlin, April 1926 | Jahrg. 8

Was wird am 1. Mai?

Nun wird allenthalben für den Frühling gerüstet. Die Proletenfrauen seifen und scheuern ihren dürftigen Hausstand. Wer noch ein paar Groschen verdient, kauft „billigen Voile" für das Pfingstkleid. An den großen Plätzen werden Blumen in Massen feilgehalten. Wirklich, es sieht freundlicher aus.

Die Regierung hat die Reichsgesundheitswoche eröffnet. Plakate, Kino, Rundfunk predigen, wie man kräftige Kinder erzieht und sich selber gesund erhält. Fast will es scheinen, als wären wir nur durch unsere eigene Schuld so ausgehungert und anfällig für Krankheiten und Seuchen.

Verzweifelte Anstrengungen. Die wirkliche Not läßt sich nicht mit guten Lehren, nicht mit Sonnenschein und Frühling fortzaubern. Allzuberedt sprechen die Zahlen des Arbeitsamtes. In den Großbetrieben werden weiter Entlassungen vorbereitet. Dazu ist das Wohnungselend unverändert; ja, es droht infolge der kommenden Mieterhöhungen zuzunehmen. Wer kann in einer solchen Zeit glauben, daß sich die Gesundheit der Bevölkerung verbessern wird?

haltet die Maschinen an — der 1 Mai ist ein Kampftag des Proletariats folgt den roten Fahnen!

Die Gesundheit der Arbeiterschaft ist abhängig von seiner sozialen Lage, und die war zu keiner Zeit schlimmer als augenblicklich. Noch immer zwingt man die Frauen mit dem Paragraphen 218 ihren eigenen Körper zu verpfuschen. Die Kranken wohnen bei den Gesunden. Nicht für Geld und gute Worte ist es möglich, Tuberkulose in Heilstätten unterzubringen, weil sie überfüllt sind. Wie soll es mit der Volksgesundheit besser werden, wenn der Staat nicht einmal die „Isolierung der Kranken" durchführt?

Tatsächlich will die Luther-Regierung der Arbeiterschaft auch gar nicht helfen, sie will wohl einen Teil Proleten als Ausbeutungsobjekte erhalten — sie will ebenfalls die wachsende Unzufriedenheit eindämmen. Ihr Grundziel also ist, den deutschen Kapitalismus zu stärken und dabei sollen ihr die Proleten behilflich sein.

Die Arbeiterschaft sollte sich wie ein Wall geschlossen gegen die fortschreitende Ausbeutung stemmen und für ihre Interessen kämpfen.

Vor uns liegt der 1. Mai. Jahrzehntelang demonstrierten an diesem Tage die Arbeiter für ihre Forderungen. Waren es doch die Gewerkschaften, die 1878 diesem Tag seine historische Bedeutung gaben.

1926 aber lehnen die Gewerkschaften und die SPD. ab, geschlossen aufzumarschieren. Und doch haben wir gerade in diesem Jahre alle Veranlassung, durch eine machtvolle, einheitliche Kundgebung den Willen der Arbeiter auszudrücken.

Die Durchführung des Volksentscheids stockt — Die Regierung versucht ihn zu verschleppen. Auf diese freche Provokation kann es in einem „demokratischen" Staat, dessen Wille vom Volke „ausgehen sollte", nichts anderes geben, als die Massen aufzurufen zur Abwehr gegen dieses Vorgehen.

Die Rationalisierungskrise wird auf dem Rücken der Proleten ausgetragen. Millionen sind erwerbslos —, sollen sich die Arbeiter nicht wehren? Die neuen Wohnungsgesetze werden die Lage der Arbeiter und des Mittelstandes noch mehr verschlechtern. Es ist ein Verbrechen, in dieser Zeit die Kampfenergien des Volkes zu untergraben. Die Arbeiterschaft hat keine anderen Mittel und Wege, seine Lage zu verbessern, als den Kampf gegen die Ausbeuter.

Und daß der Wille zum Kampf in der Arbeiterschaft lebt, das beweisen die Konflikte in der Sozialdemokratie. Die sächsischen Linken haben einen Vorstoß unternommen. Er spiegelt die Unzufriedenheit der sozialdemokratischen Arbeiter wider. Nicht wenig hat das Vorgehen gegen die Rußlanddelegierten zu der starken Empörung unter den sozialdemokratischen Arbeitern beigetragen.

Die SPD. wütet gegen Rußland, das inmitten der kapitalistischen Welt langsam und mühsam den Sozialismus auf-

Land, das die Bedarfswirtschaft vorbereitet, und das im Gegensatz zu allen kapitalistischen Ländern nur wenig von den Krisen des Kapitalismus betroffen wird. Sowjetrußland ist der lebende Beweis, welche Macht die geschlossene Arbeiterschaft haben kann. Bereits beginnt es den alten Mächten gefährlich zu werden. Die Imperialisten schließen sich zusammen, um den stärker werdenden Feind zu vernichten. Getreulich hilft ihnen dabei die Sozialdemokratie, sie verbündet sich zu einem Pakt gegen den ersten und einzigen Arbeiterstaat, und versucht ihren Mitgliedern weis zu machen, daß dieses Bündnis die Vorbereitung zum großen Weltfrieden ist. Das Wettrüsten aller kapitalistischen Staaten, das Auseinanderkrachen des „friedenbringenden" Völkerbundes in Genf, beweist der Arbeiterschaft das Gegenteil. Aus diesem Grunde lehnt auch Sowjetrußland den Eintritt in den Völkerbund ab. Es will kein Bündnis mit den Kapitalisten, sondern

es will einzig und allein ein Bündnis mit den Arbeitern aller Länder.

Bisher sind die Arbeiterdelegierten aus Rußland zuversichtlich wiedergekommen, herausgerissen aus dem niederdrückenden Pessimismus des Kapitals. Rußland und seine Erfolge ermutigen die Arbeiterschaft. Ist es doch auch das einzige Land, in dem die Frauen nicht nur formal, sondern wirklich gleichberechtigt sind. Sie erhalten gleichen Lohn für gleiche Leistung, sie können die höchsten Stellen des Staates einnehmen. Sie leben nicht unter dem furchtbaren Druck des Paragraphen 218.

Bisher haben die deutschen Arbeiterfrauen keine Delegation nach Rußland geschickt, die die Verhältnisse dort prüft. Allein die englischen Gewerkschaften haben eine Frauendelegation entsandt. Es ist Zeit, daß auch die deutschen Arbeiterfrauen das Versäumte nachholen. In den Betrieben, in den Gewerkschaften müssen die Frauen hierzu Stellung nehmen. Der Wunsch, Sowjetrußland kennen zu lernen, lebt schon lange in den Arbeiterinnen. Sie müssen ihn in die Tat umsetzen. Die klassenbewußte Arbeiterin muß lernen, sich nirgends zurückdrängen zu lassen.

Die Kapitalisten halten die Frauen von der Politik fern, weil sie die geschlossene Arbeiterschaft fürchten. Siegen kann aber die Arbeiterschaft in jedem Kampf nur, wenn sie einig ist. Sie kann nirgends die weiblichen Arbeiter missen.

Auch für die Arbeitsruhe am 1. Mai müssen sich die Frauen mit aller Energie einsetzen. Der 1. Mai muß wieder der alte Kampftag des Proletariats werden, an dem es geschlossen auf die Straße zieht. Noch sind die alten Forderungen nicht erfüllt. Und sie werden unerfüllt bleiben, wenn Arbeiter und Arbeiterfrauen hinter den Oefen hocken.

Die klassenbewußte Arbeiterschaft demonstriert geschlossen am 1. Mai!

Die Frauen und das Gemeindebestimmungsrecht

Der Kampf um das Gemeindebestimmungsrecht hat jetzt schärfere Formen angenommen. Von den alkoholgegnerischen Verbänden ist eine Unterschriftensammlung eingeleitet, die in der Reichsgesundheitswoche vom 18. bis 25. April ihren Abschluß finden soll. Diese Kampagne hat das Alkoholkapital auf den Plan gerufen.

Um was handelt es sich nun bei dem Gemeindebestimmungsrecht? Im Jahre 1923 wurde von der Regierung ein Gesetzentwurf vorgelegt, der die Länder ermächtigte, ein Gesetz zu erlassen, wonach in Gemeinden auf Antrag eines Fünftels der Gemeindebevölkerung eine Urabstimmung in folgenden Fragen vorzunehmen ist:

1. Ob weitere Schankkonzessionen über die vorhandenen hinaus in der Gemeinde erteilt und durch Tod oder sonstwie erledigte Konzessionen neu erteilt werden sollen,
2. wie die Zeit des Alkoholausschanks und -verkaufs festzusetzen ist,
3. ob der Ausschank oder Verkauf geistiger Getränke in der Gemeinde ganz oder teilweise untersagt ist.

Wenn drei Viertel aller Wahlberechtigten sich an der Abstimmung beteiligen und zwei Drittel der abgegebenen Stimmen sich dafür aussprechen, soll eine entsprechende Regelung innerhalb der Gemeinde getroffen werden können.

Um die Wiedereinbringung dieses Gesetzes geht der Kampf. Das Alkoholkapital läßt es sich etwas kosten; es bearbeitet mit allen Mitteln die Reichstagsabgeordneten.

Man muß sich klar sein, daß ein solches Gesetz nicht viel mehr als eine Farce ist. Den Alkoholismus kann man nur wirksam durch eine tatkräftige Sozialpolitik bekämpfen: durch Schaffung von sozialen Lebensbedingungen für die werktätigen Massen, die den Arbeiter nicht mehr veranlassen, zu Betäubungsmitteln zu greifen, um über Not und Elend sich für kurze Zeit hinwegzutäuschen.

Dennoch: wir beteiligen uns an dem Kampf um das Gemeindebestimmungsrecht. Worauf es aber ankommt, ist, daß der Kampf gegen den Alkohol bei einer solchen Abstimmung uns Gelegenheit gibt, über die wirklichen Ursachen des Alkoholismus, über die Schäden des Alkohols Aufklärung in weiteste Kreise zu tragen. Es kann deshalb für die Frauen gar keinen Zweifel geben, sie müssen dabei in den vordersten Reihen stehen, weil sie es ja sind, die am meisten unter den traurigen Zuständen zu leiden haben.

Der Unternehmer weiß, warum er bei der Arbeit den Alkoholgenuß verbietet, weil er die Leistungsfähigkeit des Arbeiters herabsetzt. Die klassenbewußte Arbeiterschaft weiß aber auch, warum der Unternehmer nach der Arbeitszeit den Arbeiter gern bei Schnaps und Bier sieht, warum er Bier und Schnaps anfahren läßt, wenn er ihn bei Wahlen oder auch zu anderen Zwecken ködern will: weil der Alkohol den Geist umnebelt, den Arbeiter zum Klassenkampf unfähig macht.

Für die Befreiung des Proletariats vom kapitalistischen Joch ist aber der letzte Arbeiter, die letzte Arbeiterin nötig. In diesem Kampf müssen Opfer an Lebenskraft und auch in materieller Hinsicht gebracht werden. Der Arbeiter aber, der sich dem Alkoholgenuß hingibt, untergräbt nicht nur seine Gesundheit, er wird auch keine Mittel für Partei, Gewerkschaft, für Literatur übrig haben.

Es ist bezeichnend, daß Bayern einen durchschnittlichen Bierverbrauch von 140 Liter pro Kopf der Bevölkerung im Jahre hat, während der Reichsverbrauch 61 Liter beträgt.

Aber auch innerhalb der Familie wird der Arbeiter, der seine Kräfte in den Dienst des Klassenkampfes stellt, Mut und Hoffnung in das Leben der Frau bringen, während der Mann, der infolge des wirtschaftlichen Druckes, des Wohnungselends seine Zuflucht zum Alkohol nimmt, die Not der Proletarierfamilie noch vermehrt.

Von den bürgerlichen Frauenorganisationen wird allgemein das Gemeindebestimmungsrecht gefordert. Diese moralischen Damen wettern furchtbar über den Alkoholteufel, den sie durch ihre Mitwirkung, Unterstützung und Duldung der bürgerlich-kapitalistischen Lohn-, Steuer- und Sozialpolitik, die dem Arbeiter das Dasein in der Hölle beschert und den Junkern und Kapitalisten ein Leben in Ueberfluß, immer wacker züchten und fördern. In ihren Kundgebungen versuchen sie den Alkohol allein als die Ursache des Elends der Arbeiterfrauen hinzustellen und damit die Frauen vom Kampf gegen die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse abzuhalten. Diesen Bestrebungen müssen die proletarischen Frauen scharf entgegentreten. Die Alkoholfrage ist ein Teil der sozialen Frage überhaupt. Sie wird erst wirklich gelöst werden, wenn das werktätige Volk nach Eroberung der politischen Macht die Bahn frei hat zu kulturellem Aufstieg. Mobilisierung und Aufklärung gegen die wirklichen Ursachen des Alkoholismus bedeuten aber heute Stärkung des Klassenkampfes des Proletariats; deshalb muß die proletarische Frau mit allen Kräften eine solche Arbeit leisten und die Unterschriftensammlung für das Gemeindebestimmungsrecht unterstützen.

20 000 Frauen demonstrieren

20 000 Frauen der englischen Bourgeoisie demonstrieren in diesen Tagen gegen die Arbeiterklasse, für den „Frieden in der Industrie" — das heißt für Lohnsenkung, für Arbeitszeitverlängerung, für weitere Knechtung der Arbeiterschaft.

Die englischen Arbeiterfrauen sind ihnen die Antwort nicht schuldig geblieben: in allen Distrikten sind die Bergarbeiterfrauen gegen die Damen aufmarschiert.

Demonstrieren die Damen für den Profit, für ihr sorgenfreies Parasitendasein —, Millionen von Arbeiterfrauen, nicht nur in England, sondern auch in allen anderen kapitalistischen Ländern müssen für ihr und ihrer Kinder Leben und Gesundheit kämpfen. Sie müssen sich fester zusammenschließen in den Gewerkschaften, enger anschließen an die Kommunistische Partei, sie müssen den Kampf der ehrlichen linken Sozialdemokraten gegen die rechten Verräter unterstützen.

Die arbeitenden Frauen müssen angesichts der ungeheuerlichen Provokation der Bourgeoisdamen in England wie in Deutschland den Arbeiterblock aufbauen und festigen helfen

Frauenarbeit und Volksgesundheit

Die Bourgeoisie veranstaltet eine Reichsgesundheitswoche für das „Volk". Sie hat alle Ursache dazu. Denn die Volksgesundheit ist ernstlich gefährdet. Erst ganz kürzlich stellte der Kreisarzt von Sagan, Dr. Jüngling fest, daß die Tuberkulose, daß die Rachitis seit der Massenarbeitslosigkeit der Textilarbeiter seines Kreises ständig wächst. —

Ganz besonders aber sind, außer den Kindern die Frauen gefährdet:

Der Gewerberat Dr. Thiele teilte kürzlich in einer ärztlichen Zeitschrift mit, daß die Tuberkulosesterblichkeit der erwerbstätigen Frauen in Sachsen bedeutend höher sei, als die der Männer, dasselbe berichtet Dr. Hausse aus Chemnitz.

In den Jahren 1916—20 verteilt sich die Tuberkulosesterblichkeit der Männer und Frauen folgendermaßen:

Frauen	202	307	412	351	200
Männer	175	275	347	342	164

In anderen Bezirken dagegen, in denen die Frauenarbeit nicht eine so große Rolle spielt, ist die Tuberkulosesterblichkeit der Männer eine größere.

Diese Tatsachen sind nicht erstaunlich: mehr noch als die Männer leiden die Frauen unter der Fabrikarbeit. Ein ganz geringer Prozentsatz der Frauen gehört zu den qualifizierten Arbeitskräften, die große Masse der Arbeiterinnen gehört zu den Ungelernten, bestenfalls Angelernten. Ihre Arbeit ist deshalb stumpfsinniger, niedriger, aufreibender. Ihre Löhne sind niedriger, erreichen oft nur die Hälfte der Männerlöhne und betragen in vielen Fällen kaum mehr, als die Erwerbslosenunterstützung. Zu alledem kommt noch die doppelte, ja dreifache Belastung durch Haushalt und Kinder — eine Fülle von Arbeit, die ganz umsonst — gewissermaßen außerhalb ihres Lohnarbeiterdaseins — von den Frauen geleistet werden muß.

Mit den Frauen aber wird auch die kommende Generation, mit ihnen wird auch der proletarische Nachwuchs schwer gefährdet. In seiner Arbeit über die Gefahren der Frauenerwerbsarbeit zeigt Dr. Max Hirsch an vielen Zahlenbeispielen, wie mit der Zunahme der Frauenerwerbsarbeit auch die Säuglingssterblichkeit steigt und das Gewicht des neugeborenen Kindes zurückgeht.

„Die Reichsgesundheitswoche will eine öffentliche Meinung erzeugen, für die eine hohe Krankheitsziffer oder eine hohe Sterblichkeitsziffer, besonders auch der Säuglinge und Kleinkinder einfach nicht tragbar ist und für die ein falschgenährtes und schlecht gehaltenes Kind **wie ein persönlicher Vorwurf** wirkt."

Der welke, früh verbrauchte Körper der Arbeiterin-Mutter und -Hausfrau, das blasse krummbeinige Kind — ein persönlicher Vorwurf für die Arbeiterfrau?

Nein, und tausendmal nein! Es ist ein harter Vorwurf, eine bittere Anklage gegen die herrschende Klasse, die Männer und Frauen bei Hungerlöhnen an die Maschinen fesselt, während ihre Kinder verkommen!

Ein Vorwurf für die arbeitenden Frauen, nur soweit sie ihr und ihrer Kinder Leben und Gesundheit dem Moloch Kapital opfern, **ohne sich zu wehren.**

Dieser Vorwurf freilich trifft heute noch viele Arbeiterfrauen. Möge die Gesundheitswoche sie mahnen, sie aufrufen zum Kampf gegen die Verelendung.

Zum Kampf um höheren Lohn!
Um Verkürzung der Arbeitszeit!
Um wirklichen Schutz für Mutter und Kind!
Zum Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse!

Kleister statt Hemden

„Zur Erhaltung der Gesundheit gehört auch eine zweckmäßige und ausreichende Kleidung."

Die sinkenden Löhne, die ungeheure Arbeitslosigkeit, die zunehmende Kurzarbeit aber erlauben es der Arbeiterschaft nicht, auch nur das notwendigste an Kleidung zu ergänzen. Wo es doch geschehen muß, kann nur das billigste, minderwertigste schlechteste gekauft werden.

Zuvorkommend „koulant", wie es sich für den Geschäftsmann seiner Kundschaft gegenüber gehört, paßt sich die Textilindustrie den „besonderen Bedürfnissen" ihrer Arbeiterkundschaft an: kann das Baumwollhemd nicht mehr bezahlt werden — nun, so kann die Textilindustrie auch Kleisterhemden herstellen.

Hören wir die bürgerliche Presse selbst:

„Ein besonders deutliches Beispiel bietet die Fabrikation von Hemdentuch, das heute größtenteils in den billigen und billigsten Qualitäten verlangt und daher in loser Fadeneinstellung mit möglichst geringem Materialverbrauch gewebt werden muß. Um der Ware jedoch für den Verkauf ein besseres Aussehen zu verleihen, muß das Rohgewebe während des Veredlungsprozesses gehörig mit Appreturmasse beschwert werden, wodurch das an sich undichte Gewebe „vollgekleistert" wird, das Aussehen eines festen, soliden Stoffes erhält und das nötige Verkaufsgewicht bekommt. Nach der ersten Wäsche verschwindet die Füllappretur (meist Kartoffelmehl), die dem losen Gewebe beigebracht wurde, um ihm ein solides Aussehen zu geben, das Wäschestück wird lappig und unansehnlich und verliert nach verhältnismäßig kurzer Zeit seinen Gebrauchswert, abgesehen davon, daß ständig Wagenladungen von Kartoffelmehl und anderer Appreturmittel nutzlos mit den Abwässern verloren gehen." (Berl. Tagebl., 18. 4.)

Die Wirtschaft wird „rationalisiert", d. h. die Herstellungsmethoden werden ständig verbessert und verbilligt — statt daß nun aber die Arbeiterschaft immer reichlicher, immer besser mit den nötigen Bedarfsgegenständen versorgt wird, wird sie mit — Hemden-Ersatz abgefunden.

Und die Arbeiterfrauen schweigen dazu?

Gaskrieg gegen Streikende

In den nordamerikanischen Textilindustrieorten Passaic, Paterson, Garfield, Climton tobt seit Anfang Januar ein heftiger Kampf. Den Arbeitern und Arbeiterinnen, die bei 60 bis 70stündiger Arbeitszeit mit ihrem Lohn weit unter dem Existenzminimum blieben, wagte man, den Lohn um weitere 10 Prozent zu kürzen. Das führte dazu, daß die Arbeitermassen den Wert und Nutzen einer Gewerkschaft nun endlich einsahen und über Tausend in einem Einheitsfrontkommitee der Tetilarbeiter sich zur Abwehr gegen die Unternehmer zusammenschlossen. Eine Delegation des Komitees überreichte die Forderung der Rückgängigmachung des Abzuges und die Unternehmer beantworteten das mit der Entlassung aller, die dem Einheitsfrontkomitee angehörten. Tags darauf standen 5000 bis 6000 Arbeiter im Solidaritätsstreik und nach kurzer Zeit waren es 15 000. Das Einheitsfrontkomitee verdreifachte seine Anhänger und die Forderungen sind:

10 Prozent Lohnerhöhung und Anerkennung der Gewerkschaft, um die der Kampf geht.

Der Kampf, der von seiten der Kapitalisten mit Tränengasbomben geführt wird! Als nämlich die Polizeiknüppel nicht imstande waren, die täglich zu Hunderten aufmarschierenden Streikposten zu zerstreuen, da wurde eines Tages auf friedliche Streikende, Männer, Frauen und Kinder, Tränengasbomben geworfen. Der Angriff, von einem im Bürgerkrieg offenbar noch nicht ganz ausgebildeten Offizier ausgeführt, ging aber fehl, die Gaswolken zogen in die Stadt und die ganze Bevölkerung ward heimgesucht. Das hatte eine ungeheure Erregung der ganzen Bewohner zur Folge: Polizeiknüppel und Feuerlöschzüge suchten vergeblich die Massen zurückzuhalten. Zahllose, die gar nichts mit dem Streik zu tun hatten, wurden verprügelt. Am anderen Tag marschierten die Streikenden auf; voran ein Zug ehemaliger Frontsoldaten mit Gasmasken. Die vielgepriesene amerikanische Demokratie zeigt so den Arbeitern der ganzen Welt, wie in kommenden großen Lohnkämpfen die Kapitalisten die Arbeiter bekämpfen werden.

Es waren übrigens von deutschen Kapitalisten gegründete Unternehmungen, von deutschen Betriebsleitern geführte Werke, die das Verbrechen, Gasbomben gegen streikende Arbeiter zu werfen, riskierten. Aus den hohen Profiten, die ihnen die unterbezahlten Arbeiter herbeischanzten, konnten sie auch besondere Anleihen an deutsche Werke geben (wie Stoehr, Leipzig) und den beherrschenden Einfluß in den beliehenen Werken sich dafür geben lassen.

Die Frauen und Mädchen spielen in dem Kampfe drüben eine gar große Rolle. In den Fabriken bestand das Tag- und Nachtschichtsystem. Die Männer und Mädchen arbeiten am Tage und, da die Löhne durchaus nicht reichen, haben die gütigen Unternehmer für die Frauen noch die Nachtschicht zum Verdienen eingerichtet. Erreichten die Löhne der Männer schon nur die Hälfte des Existenzminimums, so sind die Frauenlöhne vielfach knapp die Hälfte der Männerlöhne.

Die große Aktivität und Entschlossenheit der Frauenmassen hält die Kampffront aufrecht. Täglich werden auch Frauen verhaftet, die Hochrufe auf den Kampf ausbringen.

Gebt den Klassenschwestern drüben ein sichtbares Zeichen eurer Sympathie und Solidarität. Leserinnen der „Kommunistin"! Nehmt Stellung in den Betrieben und Gewerkschaften und gebt der Redaktion unseres Blattes sofort davon Bericht.

Die Abstimmung beim Volksentscheid

Von Max Engel-Berlin

Bei der Diskussion, die zur Zeit in der ganzen deutschen Presse über die mit dem Volksentscheid zusammenhängenden Probleme geführt werden, spielen auch die technischen Fragen, die Art und Form der Abstimmung eine gewisse Rolle. Seitens der Regierung ist zu diesen Fragen noch keine Stellung genommen. Die Luther-Regierung hat kein Interesse an einer schnellen Klärung. Für sie ist das Hinauszögern ein wichtiges Sabotagemittel. Aber in der bürgerlichen Presse sind verschiedene Auffassungen vertreten worden, die den gesetzlichen Bestimmungen über die Durchführung des Volksentscheides in wesentlichen Punkten widersprechen. Wir halten es deshalb für notwendig, daß schon jetzt Klarheit geschaffen wird über die Durchführung der Abstimmung, wie sie in der Verfassung und in verschiedenen Reichsgesetzen festgelegt worden ist.

Die Regierung ist nach der Verfassung (Artikel 73) verpflichtet, das durch Volksbegehren angenommene Gesetz „unter Darlegung ihrer Stellungnahme dem Reichstag zu unterbreiten. Der Volksentscheid findet nicht statt, wenn der begehrte Gesetzentwurf im Reichstag unverändert angenommen worden ist“. Der Reichstag wird natürlich nicht zustimmen, so daß der Volksentscheid durchgeführt werden muß. Irgendeine verfassungsmäßige oder gesetzliche Bestimmung über den Zeitpunkt der Durchführung besteht nicht. Es hängt von dem außer- und innerparlamentarischen Druck der beteiligten Organisationen und der Unterzeichner des Volksbegehrens ab, wann die Regierung ihre entsprechenden Anweisungen herausgibt.

In dem „Gesetz über den Volksentscheid“ vom 27. Juni 1921 sind über die Durchführung des Volksentscheids ganz klare Bestimmungen festgesetzt.

„Gegenstand des Volksentscheids ist im Falle des § 1 Nr. 3 (nach einem Volksbegehren) das begehrte und ein vom Reichstag beschlossenes abweichendes Gesetz“ (§ 3).

Daraus geht klar hervor, daß nicht nur der Gesetzentwurf, der zum Volksbegehren stand, zur Abstimmung gestellt wird, sondern außerdem noch ein vom Reichstag beschlossenes abweichendes Gesetz.

Die Auffassung, die manche bürgerlichen Zeitungen äußerten, daß zum Volksentscheid nur das Volksbegehren gestellt wird, über das dann mit Ja oder Nein abzustimmen sei, widerspricht dem klaren Wortlaut des Gesetzes, das außerdem noch in der Erläuterung des Ministerialrat Dr. Kaisenberg im Reichsministerium des Innern in dem von uns gezeigten Sinne ausgelegt worden ist.

Nach der Behandlung im Reichstag muß die Regierung sowohl unser Enteignungsgesetz, wie auch die Abänderungen des Reichstags, resp. den Kompromißentwurf zur Abstimmung stellen. Die Abstimmung wird wie eine Reichstagswahl geregelt, sie ist unmittelbar und geheim — die Abstimmungshandlung und die Ermittlung des Ergebnisses öffentlich. Abstimmungstag ist ein Sonntag. Die Abstimmung erfolgt auf amtlichen Stimmzetteln, auf denen mit Ja oder Nein gestimmt wird. Ueber die Einzelheiten der Ausfüllung des Stimmzettels muß die Reichsregierung entsprechende Anweisungen herausgeben.

Wir zweifeln nicht, daß die Regierung wie auch der Reichstag alle möglichen Mittel anwenden werden, um die Abstimmung zu erschweren, aber es wird auch ihr nicht möglich sein, selbst durch die gewiegtesten juristischen Saltos — den klaren Wortlaut des Gesetzes einen anderen Sinn zu unterschieben, als der von uns gezeigten.

Eine andere Frage, die jetzt im Mittelpunkt der Diskussion steht, ist die Frage — ob das Enteignungsgesetz verfassungsändernd ist. In diesem Falle müßten sich beim Volksentscheid nicht nur etwa 20 Millionen Wahlberechtigte beteiligen sondern auch mit Ja stimmen. Das bedeutet natürlich eine große Erschwerung des Volksentscheids.

Die Entscheidung darüber wird im Reichstag gefällt. Aber der Reichstag und die Reichsregierung können nur durch

Gedenkt der politischen Gefangenen!

einen offenen Verfassungsbruch beschließen, daß unser Enteignungsgesetz verfassungsändernd ist. Der in Frage kommende Artikel 153 der Verfassung lautet:

„Eine Enteignung kann nur zum Wohle der Allgemeinheit und auf gesetzlicher Grundlage vorgenommen werden. Sie erfolgt gegen angemessene Entschädigung, soweit nicht ein Reichsgesetz etwas anderes bestimmt. Wegen der Höhe der Entschädigung ist mit Streitfalle der Rechtsweg bei ordentlichen Gerichten offen zu halten, soweit Reichsgesetze nichts anderes bestimmen.“

Wir müssen untersuchen, ob die Voraussetzung für eine verfassungsrechtliche Enteignung in diesem Falle gegeben ist.

1. „Enteignung zum Wohle der Allgemeinheit“ ist durch unser Gesetz vorgesehen, wonach die Kriegsbeschädigten, Erwerbslosen, landarmen Siedler und Bauern, sowie teilweise die Länder in Besitz des enteigneten Vermögens kommen sollen.

2. „Angemessene Entschädigung“ fällt weg, weil unser Gesetzentwurf, der nach Annahme ein Reichsgesetz ist, „etwas anderes bestimmt“.

3. „Der Rechtsweg bei ordentlichen Gerichten“ braucht nicht offengehalten zu werden, weil wieder das Enteignungsgesetz etwas anderes bestimmt.

Wir sind es gewohnt, daß Regierung und Reichstag nicht über die Verfassungsparagraphen stolpern. Wir wissen, daß wesentliche Bestandteile der Verfassung zerrissen und durchlöchert sind.

Die Regierung, die in unzähligen Fällen nicht für die Durchführung der Verfassung eintritt, sondern selbst vor einem Bruch einzelner Artikel nicht zurückschreckt, verlangt von den Werktätigen strikteste Einhaltung der Gesetze und Verfassungsartikel. Wir werden nicht schweigen, wenn die Regierung ihre eigenen Gesetze bricht, wenn sie ihre eigene Verfassung umbiegt, um ihrem diktatorischen Vorgehen einen Rechtsmantel umzuhängen. Wir werden den breiten Massen an Hand dieser Tatsachen beweisen, daß sich die herrschende Klasse den Teufel um die Verfassung schert, wenn sie ihr unbequem wird.

Auch in der sogenannten demokratischen Republik entscheiden nicht die Paragraphen und Verfassungsartikel, sondern die Kanonen und Gefängnisse, die Justiz und Polizei — die realen Machtmittel.

Mag auch das Vorgehen der Regierung unseren Kampf erschweren, so wird es aber auch dazu beitragen, daß in den Köpfen der Werktätigen die platten bürgerlich-demokratischen Illusionen zerstört werden.

Getreidewucher in Deutschland

Seit einigen Monaten bemühen sich die deutschen Großagrarier im Bunde mit der Getreidespekulation und unter Mithilfe der Regierung, die Getreidepreise zu erhöhen, um die Schutzzollpolitik in Profit für die Junker umzumünzen. Die Spekulanten haben wohl bemerkt, wie geneigt die Lutherregierung ist, alle dahingehenden Pläne willig zu unterstützen, und sie haben durch umfangreiche Vorkäufe bereits jetzt, noch vor Inslebentreten der neuen „Reichsgetreidegesellschaft“ die deutschen Getreidepreise außerordentlich erhöht. Welchen Erfolg diese Wucherpolitik gehabt hat, ist aus nachstehenden Vergleichen der Weltmarktpreise, für die die amerikanischen Getreidebörsen Maßstab sind, mit den Berliner Preisen zu ersehen:

	New York Cents	Berlin Mark	New York Proz.	Berlin Proz.
1.— 6. 2.	$198\frac{3}{4}$	245,75	102,0	98,3
8.—13. 2.	$191\frac{5}{8}$	246,67	98,3	98,7
1.— 6. 3.	$182\frac{1}{2}$	251,—	93,6	100,4
15.—20. 3.	$186\frac{1}{2}$	254.33	95,6	101,7
22.—27. 3.	$181\frac{1}{2}$	262.17	92,9	104,9
29. 3.—3. 4.	$181\frac{7}{8}$	274 50	93,3	109,8
5.—10. 4.	$182\frac{5}{8}$	280.60	93,7	112 2

Während die Weltmarktpreise in drei Monaten also um 8 Prozent gefallen sind, sind die Inlandspreise um mehr als 14 Prozent gestiegen, eine Differenz von mehr als 22 Prozent zu Lasten der deutschen Konsumenten.

Bei Roggen ist das Verhältnis sogar noch ungünstiger, weil die Spekulation erwartete, daß die neue Gesellschaft vor allen Dingen den Roggen verteuern würde. Hier beträgt die Differenz sogar 33 Prozent!

	Winnipeg Cents	Berlin Mark	Winnipeg Proz.	Berlin Proz.
1.—6 2.	$105\frac{5}{8}$	150,67	106,9	99,5
8 —12. 2.	$97\frac{5}{8}$	148,—	98,8	97.7
22.—27. 2.	93	144 67	94,2	95,5
1.—6. 3.	$86\frac{3}{4}$	146,58	87,9	96,8
8.—13. 3.	$89\frac{1}{2}$	154,—	90 2	101,7
15.—20. 3.	$88\frac{3}{4}$	151,25	89 9	103,8
22.—27. 3.	$87\frac{1}{4}$	159,33	88,4	105 2
29 3.—3. 4.	$87\frac{5}{8}$	166,—	88,8	109,6
5 —10. 4.	$88\frac{1}{4}$	173,79	89.3	114,7

Wenn also die Lutherregierung nicht im Bunde mit den Getreidewucherern die Brot- und Mehlpreise in die Höhe getrieben hätte, so würden die Brotpreise gegenüber Anfang des Jahres gesunken sein und der Bevölkerung würde ein billigeres Brot zur Verfügung stehen. Statt dessen erleben wir eine andauernde, rapide Teuerung und diese Wucherpreise werden sich auch schließlich im Brotpreis auswirken müssen und so die gesamte werktätige Bevölkerung aufs schwerste belasten.

Der „Vorwärts“, der zu diesen Vorgängen an den deutschen Getreidemärkten Stellung nimmt, vermag dazu keinen anderen Ratschlag zu erteilen, als daß energische Versuche zur Ausdehnung des Weizenbaues auf Kosten der Roggenbestellung gemacht werden müßten, während doch aus den Zahlen, die er selber anführt, deutlich genug hervorgeht, daß die Roggenpreise durch die Maßnahmen der amtlichen Stellen relativ noch mehr gestiegen sind als die Weizenpreise. Diese ganze Entwicklung zeigt deutlich, wie wenig Glauben jenen Prophezeihungen geschenkt werden kann, die von einer Senkung des Preisniveaus infolge der Rationalisierung sprechen. Solange es durch eine entscheidende Machterweiterung der Arbeiterklasse nicht möglich ist, die deutsche landwirtschaftliche Prodktion durch Organe der Werktätigen zu kontrollieren und zu beeinflussen, kann es nur eine Antwort auf die Wucherpolitik der deutschen Junker und Spekulanten geben: eine ausreichende Erhöhung der Löhne.

Das zweite Sowjetrußland des A.D.G.B.

Liest man die Gewerkschaftszeitungen des A.D.G.B. und der Verbände, die für die breite Masse der Gewerkschaftsmitglieder bestimmt sind, so findet man allenthalben Berichte über die Höllenqualen der Arbeiter in dem „Sowjet-Paradiese“. Einmal taugt die Sozialgesetzgebung nichts, ein anderes Mal wird wieder behauptet, die kärglichen sozialen Bestimmungen werden von den „Sowjet-Machthaber“ gebrochen, um die Arbeiter zugunsten der Bauern und des Kapitalismus zu benachteiligen. Aber der A.D.G.B. kann auch anders. In der Arbeit, seiner theoretischen Zeitschrift, die nur der Auseinandersetzung im Funktionärkörper der Gewerkschaften dient, ist das genaue Gegenteil zu lesen („Die Arbeit“ Nr. 4 „Russische Sozialgesetzgebung“):

„... Durch ihre führende Rolle in der revolutionären Bewegung, durch ihre Stellung im Staat als wichtige Stütze des Sowjet-Regimes besaß die (russische) Arbeiterklasse die politische Möglichkeit, die besten sozialen Gesetze zu erlassen. Dies war auch der Fall, übrigens nicht nur auf dem Gebiete des Arbeiterrechts. Aber durch den Weltkrieg, Bürgerkrieg und Kriegskommunismus war die russische Volkswirtschaft erschüttert, die Produktion katastrophal zurückgegangen. Unter solchen Verhältnissen ist es zum großen Teil wirtschaftlich unmöglich, von den schönen Gesetzen Gebrauch zu machen. Denn es ist doch längst bekannt, daß der Stand der Produktion für die Lebensbedingungen der Arbeiterschaft von bestimmender Bedeutung ist...“

Hierdurch wird zugegeben, daß das Sowjet-Regime die politische Herrschaft der Arbeiterklasse darstellt und in ihrem Interesse liegt. Es wird weiter zugegeben, daß die gesamte russische Sozialgesetzgebung die beste der Welt ist. Ferner wird anerkannt, daß in Rußland eine Besserung der Produktivität der Arbeiterklasse zugute kommt (während sie in kapitalistischen Ländern nur die Taschen der Privatkapitalisten füllt und die Arbeitsbedingungen der Arbeiter eher verschlechtert). Und schließlich geht aus den Ausführungen hervor, daß die volle praktische Erfüllung der guten russischen Sozialgesetzgebung nur verhindert wird durch die noch nicht restlos überwundenen Schäden der Kriegs- und Bürgerkriegsperiode.

Da man annehmen kann, daß der A.D.G.B. in seiner theoretischen Zeitschrift eher seiner wahren Ueberzeugung Ausdruck gibt als in den vielen Dutzenden der Gewerkschaftsblätter, so muß man die dort immer wieder veröffentlichten Anklagen gegen die Sowjet-Regierung und die russischen Gewerkschaften wegen der sozialen Lage der Arbeiterschaft als eine bewußte Irreführung der deutschen gewerkschaftlichen Oeffentlichkeit betrachten.

Generalversammlung des „Vereins der Freidenker für Feuerbestattung“

Die dreitägigen Verhandlungen der Generalversammlung des V. d. F. f. F. Anfang April konzentrierten sich um folgende grundsätzliche Fragen:

1. Schaffung eines Kulturprogramms auf marxistischer Grundlage.
2. Zusammenschluß des Vereins mit der Gemeinschaft proletarischer Freidenker.
3. Anschluß an die Internationale proletarischer Freidenker, Sitz Wien.

Zu den Gästen des Vereins zählte neben unserem Parteivertreter auch ein Genosse vom russischen „Bund der Atheisten“, die beide Begrüßungsansprachen hielten.

5)

Lina

Erzählung aus dem Leben eines Dienstmädchens

Von Hermynia Zur Mühlen

Lina nahm ein Blatt Papier aus ihrem Köfferchen, setzte sich an den wackeligen Tisch, trocknete sich die Augen, die Mutter darf keine Tränenflecken sehen, und schrieb:

„Liebe Mutter,
Bin hier Gott sei Dank gut angekommen, und befinde mich wohl, hoffe auch das gleiche von euch...“

In der Stadt und im Dienst bei Herrschaften kann ein Mädchen wirklich gar vielerlei lernen, so viel, daß es ihr den Kopf verwirrt, ihre roten Wangen blaß werden, und ihr frohes Herz traurig wird. Vor allem wird ihr beigebracht, wer und was sie ist; nämlich: das Dienstmädchen. Und was ist ein Dienstmädchen? Schon das Wort besagt es: jemand, der zum Dienen da ist, unentwegt, von Morgen bis Abend, der keinen Gedanken haben darf, der sich nicht um den Dienst dreht. Dazu gehört auch ein stets freundliches Gesicht, als würde einem die Arbeit die größte Freude machen. Man darf sich auch nicht kleiden, wie man will, muß trotz den heißen Sommertagen ein schwarzes Wollkleid tragen und auf dem glattgebürsteten Haar ein Häubchen.

Zweitens lernt man, wer und was die Herrschaft ist. Auch hier liegt im Wort bereits der Begriff enthalten: die Herrschenden. Der Kaiser beherrscht sein Volk, der Offizier seine Soldaten, die Bürgersfrau ihr Dienstmädchen. Die Herrschaften sind ganz andere Menschen, als die Dienstmädchen; das zeigt sich schon bei den Kindern. Als Lina in ihrer Unschuld dem achtjährigen Karl „du“ sagte, lief der Bengel empört zu seiner Mutter: „Mama, die freche Person sagt mir du!“

Entrüstet erklärte denn auch die Frau Major der armen Lina in strengem Ton, daß sie den „jungen Herrn“ mit „Sie“ anzureden habe. Herrschaften haben auch Nerven und eine „zarte Gesundheit“. Jeden Monat lag die Frau Major zwei Tage im Schlafrock auf dem Sofa und stöhnte beim leisesten Geräusch; als aber Lina einmal bat: „Darf ich vielleicht die Wäsche erst übermorgen waschen, ich habe gerade meine bösen Tage,“ schrie die Frau Major, was das sie angehe, sie wolle davon nichts wissen. Und Lina wusch mit schmerzendem Kreuz, den Leib von Krämpfen zerrissen.

Sie fügte sich in alles, wollte um keinen Preis die Stelle verlieren, denn die Mutter schrieb klägliche Briefe und war hochbeglückt, als Lina die ersten siebzehn Mark fünfzig — zwei Mark fünfzig waren ihr für zerbrochenes Geschirr abgezogen worden — heimschickte.

Die Arbeit allein hätte sie ja ertragen, aber das Heimweh, das ihr nachts trotz aller Müdigkeit den Schlaf raubte, und dann die Einsamkeit! Keinen Menschen haben, der mit einem sprach, nicht nur von der Arbeit, der einen fragte, wie es daheim stehe, ob die Mutter geschrieben habe, ob die Ernte gut sei. Ach, hier in der großen steinernen Stadt wissen die Menschen ja gar nicht, was ein Feld, was die Ernte ist. Hier säen sie auf die Steine nur grimmige Blicke und böse Worte; die freilich reifen und gedeihen, und tragen hundertfache Frucht.

Auch an den freien Sonntagen saß Lina daheim. Sie fürchtete sich, allein auszugehen. Einmal hatte die Anna vom Doktor sie aufgefordert, mit ihr einen Ausflug zu machen, aber die Frau Major hatte es ihr verboten:

„Ich will nicht, daß Sie mit dem leichtfertigen Ding verkehren. Erst unlängst sah ich diese Anna mit einem Mann im Cafee; sie saß am Tisch neben mir und der Frau von Brummer. In einem eleganten Cafee, und trug eine rosaseidene Bluse!“

Die Frau Major fauchte fast vor Empörung.

„Es wird ihr Bräutigam gewesen sein,“ versuchte Lina die Anna vom Doktor zu entschuldigen.

„Bräutigam! Das kennen wir schon! Ich vertrete an Ihnen Mutterstelle“ (Lina machte ein erstauntes Gesicht, das hatte sie bisher wahrlich nicht gemerkt) „und kann Ihnen daher diesen Verkehr nicht gestatten.“

Von den vielen Dingen, die Lina lernte, kränkte sie eines ganz besonders, nämlich, daß die Herrschaften die Dienstmädchen für unehrlich halten. Die Frau Major verschloß nach dem Frühstück und dem Nachmittagskaffee eigenhändig die Zuckerdose im Schrank; sie verschloß überhaupt alles, was man verschließen konnte, und wenn Lina später an sie zurückdachte, glaubte sie immer das Klirren des Schlüsselbundes zu hören, das jeden Schritt der Frau Major mit schrillem Tintin begleitete. Wenn andere Herrschaften zu Besuch kamen, sprachen sie auch ihr Mißtrauen ganz offen aus, sagten vor Lina: „Ja, die Dienstmädchen von heute stehlen alle.“ Und als die kleine Barbara empört rief: „Unsere Lina stiehlt nicht, und unsere Minna hat auch nicht gestohlen!“ wurde sie zur Strafe aus dem Zimmer geschickt.

(Fortsetzung folgt.)

Aus dem Geschäftsbericht mag erwähnt sein, daß der Verein an Mitgliedern jetzt rund 400 000 zählt. Er besitzt ein eigenes Sägewerk mit Tischlerei, außerdem eine Näherei. In diesen Betrieben sind 100 Personen beschäftigt. Das Reinvermögen des Vereins beträgt rund 1 100 000 Mark.

Ganz fehlte in dem Berichte die Angabe, inwieweit die Leitung an die Kulturaufgaben des Proletariats wirklich herangegangen war. In der Diskussion kam deutlich zum Ausdruck, daß die Leitung selber in den letzten zwei Jahren das größte Hindernis für die Entfaltung einer wirklich großzügigen freigeistigen Aufklärungsarbeit, eines wirklich proletarischen Kulturkampfes, gewesen ist. Die freigeistige Arbeit wurde von ihr oftmals offen und hinten herum erschwert. In den entscheidenden Fragen zeigte sich deutlich, daß der überwiegend sozialdemokratische Vorstand die Prinzipien der Freidenkerbewegung ängstlicher Rücksichtnahme auf die S.P.D.-Politik opferte. In der Zeit der Reichspräsidentenwahl konnte er sich zu keiner klaren Absage an den Zentrumsführer Marx, der von der S.P.D. propagiert wurde, entschließen. Er unterstützte die S.P.D., wo es nur immer möglich war, obgleich sie ein einheitliches Vorgehen mit der „Arbeitsgemeinschaft der freigeistigen Verbände" in Berlin in der Frage der Jugendweihen und Elternbeiratswahlen ablehnte, obgleich in deren Zentralorgan, dem „Vorwärts" von den religiösen Sozialisten, ja sogar für die Katholiken spaltenlange Artikel abgedruckt waren, während gleichzeitig der Raum für einen freigeistigen Artikel abgelehnt wurde. Der Verband unterstützte diese Partei, deren Mitglied, der Ministerpräsident in Preußen, Braun, den Katholiken in Berlin ein eigenes Gymnasium verschaffte, das ihnen der Volksparteiler Boelitz abgelehnt hatte. Als Lohn für all dies gegen die freigeistige Bewegung-Arbeiten, ließ der Vorstand das Organ des Vereins den „Freidenker" im „Vorwärts" drucken, ja er gab der Druckerei des „Vorwärts" noch dazu ein Darlehen von 75 000 Mark. Skandalös geradezu war das Schielen der Leitung auf die S.P.D. in den Wochen des Volksbegehrens, als unter nichtigen Gründen von ihr der Anschluß an den Kuczynski-Ausschuß abgelehnt wurde.

Die Opposition in der Generalversammlung gegen diese S.P.D.-Politik des Vorstandes war ziemlich stark (38 Delegierte gegen 59 wirklich „stubenreine" Sozialdemokraten), doch mußte sie an dem Herrschaftswillen dieser Demokraten scheitern, die auch die neue Leitung vollständig für sich beanspruchten. In dem neuen Vorstand sitzen von 11 Personen 10 Sozialdemokraten, nur einen einzigen Genossen hat man der Opposition gnädig zugestanden. In dem siebengliedrigen Aufsichtsrat wurde auch noch die einzige Kommunistin herausgewählt.

Einstimmig angenommen wurde die schleunige Verschmelzung mit der Gemeinschaft proletarischer Freidenker und ebenso einstimmig der sofortige Anschluß an die Internationale proletarischer Freidenker, Sitz Wien.

Das Kulturprogramm soll erst noch im „Freidenker" zur Diskussion gestellt werden, ehe es der Vorstand endgültig annimmt.

Arbeiter-Abstinenten-Bund

Wir bitten nochmals die Unterschriftslisten baldigst zurückzugeben. Abzugeben bei Kebler, Pestalozzistraße 22 und bei Gärtner, Trappentreustr. 29/0

Aus der Partei

Regensburg

Die Mitglieder der K. P. D. beteiligen sich laut Beschluß an der Maidemonstration der Gewerkschaften. Zusammenkunft Samstag, den 1. Mai nachmittags 2¼ Uhr an der Wittelsbacherstraße. Alles Nähere beim Zusammentreffen. Vollzähliges Erscheinen der Partei sowohl als auch der Jugend ist Pflicht.

München

Am Sonntag, 2. Mai, 7 Uhr früh treffen sich alle radfahrenden Parteigenossen und Genossinnen zu einem Tagesausflug auf der Theresienwiese vor der Bavaria.

Vereinskalender

Freie Turnerschaft München, Abt. 2. Am Samstag, den 1. Mai 1926 findet in der Schwabinger Brauerei ein Frühlingsfest mit Tanz statt. Eintritt 50 Pfg., Tanzzeichen 70 Pfg. — Am Dienstag, den 4. Mai 1926 nach der Turnstunde erweiterte Ausschußsitzung in der Schwabinger Brauerei, 1. Stock. Alle Funktionäre, wie auch alle Vorturner werden gebeten, bestimmt zu erscheinen.

Spielplan der Münchener Theater

für Samstag, 1. Mai

Prinzregenten-Theater „Timon von Athen" 7.30 Uhr
National-Theater „Der Postillon von Lonjumeau" 7.30 Uhr
Residenz-Theater „Der Gefällige" 7.30 Uhr
Münchner Schauspielhaus „Das weite Land" 7 Uhr
Münchner Kammerspiele „Menschenfreund" 7.30 Uhr
Theater am Gärtnerplatz „Die große Unbekannte" 7.30 Uhr
Münchner Volkstheater „Die schwebende Jungfrau" 7.30 Uhr

Nürnberger Theater

Neues Stadttheater am Ring: „Martha" 7.30 Uhr
Stadttheater am Lorenzerplatz: „Die Lokalbahn" hierauf „Die Medaille"

Grubenarbeiter auf Grund des Notstands-aktes erklären wird. Dies würde eine Arbeitseinstellung verhindern (?) und der Regierung während der Uebernahme der Administration auf eine bestimmte Frist die Reorganisation der Gruben ermögli-chen. Allerdings wird dazu wieder eine pekuniäre Staatshilfe notwendig sein.

Der Hungermarsch im Horthy-Land

Ein Berliner Abendblatt berichtet:

Auf der Strecke von Salgortajan nach Paszto, also auf dem Wege nach Budapest, liegen jetzt über 8000 Personen auf offenem Felde. Den Bergarbeitern, die sich gestern auf dem Weg nach Budapest machten, schlossen sich ihre Familienmitglieder an. Sie verbrachten die Nacht im Freien und erklärten, daß sie unter keinen Umständen nach Salgotarjan zurückgehen, ehe ihre Abordnung von Budapest mit Brot und Arbeit zurückkommt. Eine kleine Gruppe von kränklichen und älteren Arbeitslosen, einige Hundert an der Zahl, mieteten sich auf dem Hauptplatz von Salgortajan und auf den Straßen der Stadt ein.

Die ersten zwei Tage ihres Kampfes verbrachten die Arbeiter mit ihren Kindern und Frauen ohne Nahrung Frauen und Kinder sammeln in den nahen Wäldern jetzt frisch knospende Blätter, um sie zu essen. Fast alle haben keine ganzen Kleider. Fetzen dienen ihnen notdürftig zur Bekleidung. Der größte Teil der Kinder geht splitternackt herum. Sie sehen wie Skelette aus. Sie haben sich gelobt, daß, wenn sie kein Brot und keine Arbeit bekommen sollten, sie ihre Absicht, nach Budapest zu ziehen, durchsetzen werden, auch wenn es Blut kosten sollte, sie haben nichts mehr zu verlieren.

Die Nachricht von diesem Ereignis verbreitete sich wie ein Lauffeuer in allen Bergwerksgebieten. Die Leute haben sich in ihrer größten Verzweiflung dazu entschieden, die äußersten Schritte zu ergreifen, unbekümmert um die Folgen. In der Umgebung von Budapest und in den Kohlenwerksgebieten wurde die Gendarmerie und Militär zusammengezogen. Es ergingen strenge Befehle, im Falle der geringsten Ruhestörung von den Waffen Gebrauch zu machen.

Schreckensregiment in Peking
Der Einfluß Kantons wächst

Moskau, 28. April 1926.

Sogar englische Blätter Pekings müssen zugeben, daß die Bevölkerung in den Vororten Pekings unter der Herrschaft des Militärs Tschangtsolins und Wupei-fus allen möglichen **Gewalttaten und Plünderungen** ausgesetzt ist und den Abzug der Volksarmee bedauert. Ueber 14 Tausend, durch die Mukdener Plündererhorde terrorisierte werktätige Einwohner der Vororte sammelten sich vor den Toren der Hauptstadt an. Das Kommando Tschangtsolins versucht **das Wüten der Soldateska** durch die Bedrohung der Plünderer mit **Todesstrafe** einzudämmen, doch mußte der sich in Peking befindende Sohn Tschangtsolins, Tschanghsujang, zugeben, daß er die Aufrechterhaltung der Disziplin unter den Mukdentruppen und die Verfolgung der Befehle deren Kommandos bezweifelt.

Gestern wurde der Redakteur der Pekinger Zeitung „Tschen Bao", des Organs der freiheitlich gesinnten Professoren und Intellektuellen, Shao Tscheng Shi, verhaftet und sofort ohne Verhör und Gericht **erschossen.** Das Kommando der Mukden-Armee erklärte, der Erschossene sei der bolschewistischen Propaganda beschuldigt gewesen, die nicht anders bestraft werden könne. Die Studentenschaft, die intellektuellen und werktätigen Kreise der Hauptstadt sind über diesen Terrorakt tief entrüstet. Die Hauptstadt verspürt Lebensmittelnot. Die bürgerliche Presse befürchtet Hungertumulte und fordert das Kommando der Mukdenarmee auf, außerordentliche Maßnahmen zur Versorgung der Bevölkerung zu treffen.

*

Peking, 28. April 1926.

Laut Meldungen aus Kanton haben der Militär- und Zivilgouverneur der Provinz Futschou ihrer Vertreter nach Kanton geschickt, um Verhandlungen zwecks Mitarbeit an der nationalen Bewegung anzuknüpfen. In Futschou soll demnächst ein Kuomintang-Komitee ins Leben gerufen werden.

Der Chef der Militärschule Wampo, Tschangkaischi, über dessen Zerwürfnis mit der Kantonregierung die Imperialistenpresse berichtete, hat an die Sektionen der Kuomintang ein Rundschreiben versandt, in dem er seine Loyalität gegenüber der Kuomintang hervorhebt und sich scharf gegen den rechten Flügel der Kuomintang abgrenzt.

Aus München

Demonstration!
1. Mai

Marsch, marsch, laßt unsre Banner wehn'!"
So klingt es singend durch die Gassen;
Es wälzen sich die Riesenmassen,
Die heute tief im Lichte geh'n.

Der rote Stern im Osten tagt —
Und wir sind tief in Qual zerrissen. —
Tief, tief aus öden Finsternissen
Hat jeder kämpfend sich gewagt.

Mit schelem Blick, mit schwerem Fluch
Blickt der Tyrann auf das Gedränge;
O, wenn er diese Hunde zwänge,
Der roten Banner, rotes Tuch! —

Doch unaufhaltsam, schwer im Gang,
In Schritt und Tritt wälzt sich die Masse;
Und jeder Schritt der Zukunftsklasse
Ist Bruch mit frechem Herrenzwang.

Und über sie die Geisterschor
Der hingemordeten Genossen; —
Voran, von Sonne überflossen
Ein Toter — der einst Liebknecht war! —

Er weist hinan, er weist hinan!
Wild reißt die Menge an den Ketten:
Du Feuergeist, du sollst uns retten,
Auf und empor! Voran, voran!

Wilde

Wer fragt noch: „Was geht vor?"

Wir erhalten folgenden Bericht:

Am vergangenen Sonntag früh mit dem 8 Uhrzug fuhr eine Abteilung Nazi-Sozi nach Biberg. Sie hatten militärisch umgeschnallt, waren mit Hakenkreuz und mit Stahlhelm gekennzeichnet und trugen offen auf dem Rücken einen Karabiner.

Mittags mit dem 1/2 1 Uhrzug fuhr wieder eine Abteilung, ebenfalls nach Biberg. Sie waren folgendermaßen ausgerüstet: 2 Offiziere mit Orientierungskarten und Feldstechern, einige Nazi-Sozi unbewaffnet, 7—8 Mann wieder mit Karabinern. Die Kleidung war: Untergestell Zivil, Obergestell ähnlich wie die Reichswehr.

Im Freidenkerheim erzählten einige Radfahrer, daß sie noch einen Zug per Rad, ebenfalls mit Karabinern ausgerüstet, nach der Richtung Neu-Biberg fahren gesehen hätten. Abends bei der Heimfahrt erzählten einige indifferente Arbeiter, die gerade am Bahnhof standen, daß sie diese Leute beobachtet hätten. Sie entrüsteten sich alle darüber, daß diese Halunken offen in der Stadt und am Bahnhof mit Karabinern herumlaufen könnten, ohne daß sie ein Schutzmann anhält. Das Kapitel "Schwarze Reichswehr" scheint also doch nicht aus der Luft gegriffen zu sein.

Verbot einer „Roten Hilfe"-Zusammenkunft

Am vergangenen Samstag war in das Lokal „Alpe" in der Schellingstraße, eine Zusammenkunft der „Roten Hilfe", Bezirk Norden, einberufen. Die Zusammenkunft wurde von der Polizei mit der bekannten aber nichtsdestoweniger unzutreffenden „Begründung" verboten, die „R. H." sei eine kommunistische Organisation.

Maifeier mit Rußland

Kein Arbeiter versäume den Besuch der letzten, Samstag und Sonntag um 1, 3, 5, 7 und 9 Uhr im Bergpalast stattfindenden Wiederholungen des Kulturfilms: „Das Gesicht des roten Rußlands". Jugendliche über 14 Jahren nachmittags zugelassen.

Maidemonstrationen in Bayern verboten!

Die bayerische Polizeiregierung ist nie verlegen, besonders dann nicht, wenn es sich darum handelt, der Kommunistischen Partei Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Die Verbote von kommunistischen Veranstaltungen zählen Legionen. Was wurde mit ihnen bezweckt? Und was wurde erreicht? Held, Stützel & Co. wollen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Gewaltmitteln die kommunistische Bewegung niederzwingen und haben erreicht, daß wir überall, — in der Stadt wie auf dem Lande — unseren Einfluß stärken konnten! Trotz und z. T. gerade wegen der Regierungsmaßnahmen! Doch die Exekutivorgane der Regierung marschieren in den ausgetretenen Geleisen weiter und verbieten. So liegt uns folgendes vor:

„Nach einem dem Staatsrat vorgelegten Plakat beabsichtigt die K.P.D. am Samstag, den 1. Mai 1926, vorm., nachmittags und abends eine öffentliche Maifeier abzuhalten.

Diese Veranstaltungen werden hiermit auf Grund der Artikel 102 des G. Str.Po. verboten, damit ist auch der Anschlag der darauf bezüglichen Plakate untersagt.

Das Ziel der K.P.D. ist der gewaltsame Umsturz der bestehenden Staatsordnung. Dieses Ziel sucht sie auf jede Art und Weise vorzubereiten und zu fördern, es besteht Grund zur Annahme, daß auch die Feier des 1. Mai geplanten öffentlichen Veranstaltung dessen Zweck dienen sollen, damit ist die Sicherheit des Staates gefährdet, weshalb zu verfügen war, wie geschehen.

Gegen diese Verfügung ist Beschwerde zur Regierung f. N.-Bayern, Kammer des Innern in Landshut zulässig.

Abdruck der Entschließung soll dem Ortgr.-Leiter Ohneis, Landshut, gegen Nachweis sofort ausgehändigt werden.

gez. Lermer."

Wir können nicht behaupten, daß diese „Begründung" irgendwie originell ist. Sie ist dieselbe wie in hundert anderen anderen Verboten und es gilt für sie ebenfalls, da sie einen glatten Verfassungsbruch zu rechtfertigen versucht. Die Landshuter Arbeiter haben alle Veranlassung, gegen das Verbot der Maikundgebung energischen Protest einzulegen. Möglichst geschlossene Arbeitsruhe, Werbung für die Kommunistische Partei, Propaganda für nationale und internationale Gewerkschaftseinheit — das ist die wirkungsvollste Antwort auf das Polizeiverbot!

Der Gipfel der Frechheit!

Nr. 91 Dir. Abschrift Freising, den 26. April 1926.
Bezirksamt Freising

An
den Stadtrat
Freising.

Betreff:
Kommunistische Partei

Alle Versammlungen und Demonstrationen der kommunistischen Partei werden hiermit, gleichgültig ob sie in der Stadt Freising oder im Landbezirk Freising am 1. Mai 1926 oder anläßlich dieses Tages vor oder nachher beabsichtigt sind, hiemit verboten. Allenfallsiger Widerstand wird mit Gewalt gebrochen werden.

gez. Dr. Schels.

Verbotene Maikundgebung auch in Neufahrn

(Arbeiterkorrespondenz)

Neufahrn. Die Arbeiterschaft des Tonwerks Neufahrn beschloß in der letzten Betriebsversammlung einstimmig, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen und verlangten einen öffentlichen Umzug. Der Vorstand des Fabrikarbeiter-Verbandes meldete daraufhin den Umzug beim Bezirksamt Mallersdorf an. Nach zwei Tagen erhielt der Vorsitzende des Verbandes die Nachricht vom reaktionären Bezirksamt Mallersdorf, **daß der Umzug nicht abgehalten werden darf.** In der Begründung des Verbotes führte das Bezirksamt an, daß der geplante Umzug von den Mitgliedern der K.P.D. (!) arrangiert sei, weshalb die Staatssicherheit gefährdet werden könne. Trotzdem die freie Gewerkschaft keine Kommunistische Partei ist, verbietet man ihr die Umzüge! Die Arbeiterschaft wird aber trotz des Verbotes den 1. Mai würdig begehen, in Massen auf die Straße strömen und gegen die Willkür des reaktionären Bezirksamts protestieren.

Die 1. Mai-Ausgabe umfaßt 10 Seiten, für die Abonnenten liegt der „Rote Stern" bei.

Die nächste Ausgabe erscheint Dienstag zur gewöhnlichen Zeit

Der 1. Mai in den Kasematten Frankreichs

Von A. Marty

J.R.H. — Ueber der Gefängniseinfahrt in Clairvaux lasen wir die vielversprechende Ueberschrift:

„Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit."

Du staunst, Leser, Du hast noch nie ein Gefängnis gesehen, in dem das Regime auf so schönen Grundsätzen aufgebaut ist. Gehen wir jedoch weiter.

Vor dem Eingang zum untersten Stockwerk finden wir folgende Ueberschrift:

„Für jede Körperbeschädigung oder Verwundung während der Arbeit wird der Geschädigte nach Verlassen des Lazaretts strengstens bestraft.

Die Gefängnisverwaltung interpretiert also die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit als Sklaverei. Der Mensch muß arbeiten wie eine Maschine, er darf sich nicht einmal verwunden.

Und noch folgende Ueberschrift:

„Für jede Ueberschreitung der Gefängnisordnung trifft den Schuldigen die höchste disziplinarische Strafe."

Dieses Plakat war heute morgen aus Anlaß des 1. Mai angebracht worden. Die Verwaltung erwartet „Unruhen" und droht daher mit „strengster Strafe". Die letzte bedeutet 30 Tage Karzer in Ketten, mit täglicher Mißhandlung und mit Hunger.

„Unruhen" waren heute bereits vorgekommen: in der Zelle Nr. 14 hatten sich die Gefangenen zu einem geselligen Zusammensein eingefunden. Sie erinnerten an das Leben dort draußen, an den Kampf gegen die Klassenbedrücker. Sie hielten ihre Versammlungen nach schwerer 13stündiger Arbeit ab und wurden dabei vom Aufseher „auf frischer Tat" ertappt.

Das Ergebnis war, daß 10 Teilnehmer des friedlichen Zusammenseins in den Karzer kamen. Sie wurden mit schweren, kurzen Ketten an die Wände geschmiedet, jeglicher Schlafunterlage beraubt. Dreißig Tage lang werden sie auf dem nackten Fußboden liegen, den Gestank ihrer eigenen Exkremente einatmen. Dreißig Tage lang wird man sie auf Kopf und Körper mit Knuten schlagen.

Es naht die erste Mainacht. Die Gefangenen versuchen, zu schlafen.

Kommt, Genossen, wir wollen unter die Gewölbe des finsteren Gefängnisses dringen und einen Blick in die Zellen werfen, die wie Käfige für wilde Tiere aussehen.

Es herrscht Totenstille. Von langer Zwangsarbeit ermüdet, ruhen die Gefangenen im Halbschlaf. Es gibt keine Kraft in der Welt, die aus ihrem Bewußtsein den aufregenden Gedanken reißen könnte, daß heute der Tag der Maifeier ist, dieser Feier, die der Sache der Arbeiterschaft gewidmet ist. Dieser Sache, der sie, die Gefangenen des düstersten Gefängnisses im „demokratischen" Frankreich alles geopfert haben: Freiheit, Familie, Leben.

Einer erhebt sich, steckt die Hand unter die Matratze, zieht einen zerknitterten Brief hervor, und hält ihn in das schwache Mondlicht, das durch das Fenstergitter dringt. Zum tausendsten Male liest er diese Zeilen — nein, er liest nicht, den Inhalt des Briefes kennt er auswendig — er betrachtet die einzelnen Buchstaben, sucht aus den einzelnen Linien und Häkchen in das Leben dort draußen, wo dies geschrieben wurde, einzudringen, sucht zu erkennen, was dort in den fernen Arbeitervierteln vorgeht. Er träumt vielleicht in der Grabesstille des Gefängnisses beim schwachen Licht des Maimondes davon, wie dort in zahlreichen Reihen die Weber und Weberinnen am Tage des 1. Mai durch die Straßen ziehen; und zusammen mit ihnen schreitet auch einer, der zwanzigjährige Jean; in der Hand hält er fest den Fahnenstock, während der Weber Thenier mit rotem Schnurrbart und einem wohlwollenden Lächeln um den Mund ein inneres Leuchten in den Augen, sich zu ihm neigt und freudig spricht:

„Sieh zu, Jean, wenn Du Deine Rede hältst, so mach die Sache feurig, damit sie heiß in die Herzen strömt ... und gib jenen für den Krieg, gib ihnen tüchtig. Sag ihnen unsere Wahrheit ..."

Und er wies mit seinem roten Bart auf ein Prunkhotel hin, wo alle Fenster dicht verhängt waren.

Dort aber erhebt sich wieder ein anderer. Setzt sich aufrecht, streckt die Arme zum Fenster empor, zum Gitter, dringt mit den Augen in das Stückchen Sternhimmel und bleibt so unbeweglich erstarrt. Dann geht er zur Wand, klopft:

„Schläfst Du?"

Der Nachbar klopft die Antwort:

„Nein ... Es ist sehr schwer, sehr schwer. Es wäre besser ..."

Er endet nicht.

Und abermals fällt der Gefangene auf seine Pritsche.

Die Anwendung von Ketten ist im „demokratischen" Frankreich eine alltägliche Erscheinung. Die verrosteten Ketten werden an jedem Abend hinter dem Rücken an einem besonderen Ring befestigt. Am Morgen sind die Hände des Gefangenen geschwollen. Ich sah, wie Gefängnisaufseher Handfesseln mit einer Feile öffneten, da bei mehreren Genossen die Hände so anschwollen, daß es unmöglich war, den Ring zu öffnen.

Furchtbar sind die Ketten des „demokratischen" Frankreich.

Es gibt jedoch noch andere Ketten, die sich in das Bewußtsein, in das Herz, in den Willen schneiden. Sie sind unvergleichlich furchtbarer. Unter ihrem Druck erzittert unter unsäglichen Qualen die Seele.

Und nie vielleicht werden sie so schwer empfunden, bedrücken mit so vernichtender Last die Gefangenen wie am Abend und in der Nacht des 1. Mai.

Für die Redaktion verantwortlich: Albert Buchmann, München, Verlag und Inseratenteil: Wilhelm Olschewski, München, Druck: Hanns Leib, München 50.

9. Jahrgang Nr. 129

Einzelpreis 15 Pfg.

Neue Zeitung

Bayer. Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommun. Internationale)

Beilagen: „Der Rote Stern“ / „Kommunistin“ / „Komm. Gewerkschafter“ / „Komm. Genossenschafter“

Die „Neue Zeitung“ erscheint täglich außer Montags. Bezugspreis monatlich 2.40 M., wöchentlich 60 Pfg. Durch die Post bezogen 2.40 M. ohne Zustellgebühr. Verlag: Freier Verlag G. m. b. H., München, Lindwurmstr. 203 / Telefon 72024. Geschäftsstelle für Nürnberg: „Neue Zeitung“, Prechtelsgasse 16, 2. St. / Fernspr.-Nr. 20259

Mittwoch, 9. Juni 1926

Anzeigenpreis für den Millimeter Höhe und Spalte 10 Pfg., Spaltenbreite 28 mm, für Reklame im Textteil 50 Pfg. Gelegenheitsanzeigen halbe Preise / Postscheckkonto München Nr. 47280, Wilhelm Olschewski, „Neue Zeitung“, Redaktion München, Lindwurmstraße 203, Telefon 72024 / Erfüllungsort München

Hände weg!

Was fordert das Fürstengesindel?

Bereits ist eine ganze Flut deutschnationaler und volksparteilicher Flugblätter gegen den Volksentscheid erschienen. Diese Flugblätter sind eine einzige Ansammlung frecher Lügen. Besonders die ausgeplünderten notleidenden Opfer der Inflation, die Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern werden mit falschen Zahlen und verlogenen Darstellungen bearbeitet. Die monarchistische Reaktion weiß ganz genau, daß gerade die ausgeplünderten Mittelschichten gegen das räuberische Fürstengesindel Front machen und in diesem Kampf sich unter die Führung der Arbeiterklasse stellen. Darum auch die Anstrengungen, diese Mittelschichten irrezuführen.

Nach den monarchistischen Flugblättern beanspruchen die Fürsten überhaupt nichts, sondern geben ihr Eigentum fast restlos dem Volke. Greifen wir als Muster ein Flugblatt der Deutschen Volkspartei heraus. Darin heißt es:

„Die Fürsten sollen keine Milliarden erhalten. Wer das sagt, der lügt. Die Hohenzollern sollen nach dem Vergleich, den die sozialistisch-demokratische Regierung mit ihnen abschloß, siebzehn Prozent der strittigen Werte erhalten. Nach dem Kompromiß im Reichstag, das demnächst verhandelt wird und das besonders die Deutsche Volkspartei vertritt, sind diese Werte noch weiter zugunsten des Staates herabgesetzt. Nach dieser Lösung sollen die Hohenzollern für Abtretung großer Besitzungen 12 Millionen in bar erhalten, im übrigen Ländereien, Schlösser usw., die heute mehr Lasten und Steuern verursachen als sie einbringen."

Es ist nötig, diesem frechen Schwindel die wahren Tatsachen gegenüberzustellen. Die hier aufgeführten 12 Millionen Mark sollen die Hohenzollern nämlich allein als Entschädigung für einige Güter bekommen, die unbestritten Staatseigentum sind und trotzdem den Fürsten abgekauft werden sollen. Dieselbe Volkspartei, die obigen Schwindel verbreitet, sagt in einem geheimen Parteirundschreiben selbst, daß nach der Regierungsvorlage allein die Hohenzollern 280 000 Morgen Land erhalten sollen. Damit schlägt die Volkspartei ihren eigenen Schwindel.

Es ist diesen Lügen gegenüber wieder daran zu erinnern, was die Fürsten insgesamt fordern. Ihre Forderungen belaufen sich auf mindestens 3 Milliarden, und zwar Goldmark. Allein aus amtlichen Aufzeichnungen lassen sich 2 600 000 Millionen Goldmark nachweisen. Es handelt sich um 20 vormals regierende Häuser, die abgefunden werden sollen, und ihre Ansprüche an den Staat sehen so aus:

1. Landwirtschaftliche Güter und Forsten: 15 Herrschaften, 3 Krongüter, 24 Rittergüter, 64 Güter, 20 Domänen, 3 Freigüter, 7 Rentämter, 9 Amtsgüter, 21 Oberförstereien, zahlreiche Pachtgüter, Parzellen, Vorwerke, Seen, Mühlen usw. Dazu das lebende und tote Inventar. Insgesamt 2 000 000 Morgen (gleich 500 Tausend Hektar). Mindestens 1000 Millionen Goldmark.
2. Etwa 100 Schlösser: Schloß Bellevue (36 Mill. Goldmark), Schloß Wilhelmshöhe (35 Mill .Goldmark), Schloß Hannover (20 Mill. Goldmark), Schloß Breslau (31 Mill. Goldmark). Mindestwert aller 100 Schlösser 500 Mill. Goldmark.
3. 92 Nutzungsgrundstücke. Mindestwert 200 Millionen Goldmark.
4. Jahresrenten. Mindestwert 100 Millionen Goldmark.
5. Gold-, Silber-, Kunstschätze. Mindestwert 500 Millionen Goldmark.
6. Bargeld. Mindestwert 300 Millionen Goldmark. Insgesamt 260 000 Millionen Goldmark.

Was bedeuten diese Zahlen?

Der Land- und Forstbesitz, von dem die Fürsten sich anmaßen, daß er ihr Eigentum sei — 2 Millionen Morgen gleich 500 Tausend Hektar — umfaßt ein Gebiet, größer als ein Drittel Elsaß-Lothringens: staates Oldenburg. Auf dieser Fläche könnten hunderttausend mittlerer Bauerngüter mit je 20 Morgen Land errichtet werden. Jedes dieser Güter würde eine fünfköpfige Familie voll ernähren. Die Gesamtfläche würde somit Leben und Brot für 500 000 Menschen bieten können. Von dem Warenverbrauch dieser Menschen könnten, wenn man nur 300 Mark Verbrauch pro Jahr und Person rechnet, 50 000 Menschen leben. Durch Herstellung und Verteilung dieser Waren würden, wenn man als Lebensmittelunterhalt 2000 Mark pro Jahr und Familie rechnet, weitere 60 000 Menschen leben können.

Die 100 Fürstenschlösser, in Genesungs- und Versorgungsheime für Kriegsbeschädigte, -witwen und -waisen umgewandelt, würden, wenn man den Lebensunterhalt der Insassen aus dem Mietzins der 92 Nutzgrundstücke bestreiten würde, Leben und Wohnung für weitere 30 000 Menschen bieten. Hier mag eingeschaltet werden, daß im Reichshaushaltplan 1925 für Kriegsinvalidenhäuser im ganzen nur 68 814 Mark eingesetzt worden sind.

Der Barbesitz, auf den die Fürsten Anspruch erheben, — 100 Millionen Mark kapitalisierte Jahresrenten, 500 Millionen Mark Gold-, Silber- und Kunstschätze 300 Millionen Mark Bargeld, — verkörpert einen Wert, in Höhe von 75 Prozent des gesamten Goldbestandes der Reichsbank, auf dem die deutsche Währung basiert ist. Als produktives Kapital angelegt, würde dieser Betrag nach vorsichtiger Schätzung Leben und Brot für 400 000 Menschen bieten können.

Insgesamt bedeuten also die Fürstenforderungen: Leben und Brot für eine Million und vierhunderttausend Menschen.

2600 Millionen Goldmark —, das sind 325 Prozent der Dawes-Anleihe, die 800 993 650 Mark betrug. Erfüllung der Fürstenforderungen bedeutet also Hergabe der gesamten Ersparnisse des deutschen Volkes in Höhe von 1 678 500 000 Goldmark und außerdem Hergabe eines Betrages in Höhe von 115 Prozent der Dawesanleihe, gleich 921 500 000 Goldmark. Die Dawesanleihe mußte in acht außerdeutschen Staaten (Amerika, England, Belgien, Holland, Frankreich, Italien, Schweden, Schweiz) aufgebracht werden. Sie war nach dem Gutachten der internationalen Sachverständigen notwendig zur Ankurbelung der Wirtschaft und zur Verhütung eines vollendeten Zusammenbruchs. Daß die Durchführung des Dawes-Planes den Zusammenbruch nur verlangsamen, daß er den Werktätigen Deutschlands nur Not und Elend bringen würde, haben die Kommunisten vorausgesagt. Die Entwicklung der Dinge hat ihnen recht gegeben. Wertvolle Teile des deutschen Vermögens, darunter die Reichseisenbahn, wurden unter heftigem Widerstand der Kommunisten den Ententeräubern ausgeliefert. Jetzt soll ein mehr als dreifacher Betrag dieser Anleihe an die desertierten und ausgerissenen Landesverräter ausgehändigt werden! Eine Verzinsung der Fürstenforderungen von 2600 Millionen Mark zu 6,45 Prozent würde jährlich 175,5 Millionen Mark einbringen. Die Gesamtrenten 746 400 Kriegsbeschädigten und Rentnern könnten mit diesem Zinsertrag mehr als verdoppelt werden. Denn im Reichshaushaltplan sind für Kriegsbeschädigte und Altersrentner 171 535 000 Mark eingesetzt.

Das sind die wahren Tatsachen! Für diesen Raubzug setzen sich Marx-Regierung und Hindenburg ein, die für die notleidenden Inflationsopfer, für die Kriegsbeschädigten und Erwerbslosen nichts übrig haben.

Gegenüber der monarchistischen Lügenflut gilt es unermüdlich die Wahrheit zu verbreiten. Die Massen der Mittelschichten werden dann mit der Arbeiterschaft marschieren und dadurch den Abstimmungssieg am 20. Juni sichern. Sie werden auch zusammen mit der Arbeiterschaft kämpfen, wenn die Hindenburg-Marx im Interesse der fürstlichen Räuber diktatorisch dem Willen des werktätigen Volkes trotzen.

Hindenburg führt die Monarchistenbande!

Der Reichspräsident „Im Dienste der Könige von Preußen und Deutschen Kaiser"

Berlin, 8. Juni

Hindenburg, der unter dem Jubel der schwarzrotgoldenen Parteien und insbesondere zur Zufriedenheit der S.P.D. vor einem Jahre den Eid auf die republikanische Verfassung abgelegt hat, hat die Maske fallen lassen. Heute früh ist ein Brief Hindenburgs an den Vorsitzenden des Reichsbürgerblocks, von Loebell, veröffentlicht worden, mit dem Hindenburg gegen den Volksentscheid Stellung nimmt. Auf eine diesbezügliche Anfrage Loebells erklärte Hindenburg zwar, „aus staatsrechtlichen sich aus der verfassungsmäßigen Stellung des Präsidenten ergebenden Gründen" eine offizielle Stellungnahme ablehnen zu müssen. Dafür hat er dann dem Briefe eine längere Klarstellung seiner persönlichen Meinung eingefügt, die mit einem Schlage denen, die es bisher noch nicht wahr haben wollten, zeigt, daß der angeblich „republikanische" Reichspräsident, der den Eid auf die schwarzrotgoldene Fahne abgelegt hat,

ein schwarzweißroter Monarchist bis auf die Knochen

ist, der zu allem Ueberfluß noch ausdrücklich betont, daß er sein „Leben im Dienste der Könige von Preußen und der deutschen Kaiser verbracht habe", und deswegen „dieses Volksbegehren zunächst als ein großes Unrecht, dann aber auch als einen bedauerlichen Mangel an Traditionsgefühl und als groben Undank empfinde." Es heißt in dem Brief u. a. weiter:

„Ich sehe in ihm (dem Volksbegehren) einen sehr bedenklichen Vorstoß gegen das Gefüge des Rechtsstaates, dessen tiefstes Fundament die Achtung vor dem gesetzlich anerkannten Eigentum ist. Es verstößt gegen die Grundlagen der Moral und des Rechts. Würde dieses Volksbegehren Annahme finden, so würde einer der Grundpfeiler, auf dem der Rechtsstaat beruht, beseitigt und ein Weg eröffnet, der auf abschüssiger Bahn haltlos bergab führt, wenn es der Zufälligkeit einer, vielleicht noch dazu leidenschaftlich erregten Volksabstimmung gestattet sein soll, verfassungsmäßig gewährleistetes Eigentum zu entziehen oder zu verneinen."

Zum Schlusse schreibt der mit seiner Ueberparteilichkeit protzende republikanische Reichspräsident der Monarchisten:

„Ich hoffe daher zuversichtlich, daß unsere Mitbürger in der Entscheidung vom 20. Juni diesen Erwägungen Raum tragen und den Schaden abwenden werden, der sonst dem ersten Grundsatz jedes Staates, dem Rechte und der Gerechtigkeit erwachsen würde."

Entgegen allen ersten Nachrichten steht fest, daß v. Loebell diesen Brief mit Einverständnis Hindenburgs veröffentlicht hat. Damit wird seine einleitende Ablehnung einer offiziellen Stellungnahme zu einer lächerlichen Geste. Hindenburg hat sich an die Spitze der Monarchistenbande gestellt, sich offen für das Fürstengesindel bekannt.

Worauf es den monarchistischen Staatsstreichlern ankommt zeigt folgende Meldung:

Berlin, 8. Juni

Die Propagandazentrale der Fürsten will in der kommenden Woche ihre Offensive gegen Volksentscheid verstärken. Das Schreiben Hindenburgs an Loebell soll in einer Aufmachung, als wenn es sich um eine amtliche Bekanntmachung handelt,

in Hunderttausenden von Plakaten vor allem an die reaktionären Guts- und Gemeindevorsteher zum Aushang versandt

werden. Dann soll noch ein verlogenes Hetzflugblatt über das „wahre Gesicht des Bolschewismus" und ein Flugblatt über die angebliche Verschleuderung von 5 Milliarden Heeresgut durch die Arbeiter- und Soldatenräte 1918-19 verbreitet werden. Schließlich erwähnt die Lügenzentrale noch als großen Schlag gegen die Kommunisten die angebliche Zustimmung kommunistischer Minister in Sachsen 1923 zu der Abfindung des ehemaligen sächsischen Königshauses. Die Auflagenziffer dieser Produkte der fürstlichen Lügenzentrale geht in viele Millionen.

Der Republikanische Reichsbund für Abstimmung

Am Sonntag hielt in Frankfurt a. M. der Vorstand des Republikanischen Reichsbundes, unter Vorsitz des Bürgermeisters Luppe eine Sitzung ab. Es wurde die Parole herausgegeben, daß die Beteiligung am Volksentscheid Pflicht jedes Republikaners sei.

---

14)

EJUS

Von Lawrence H. Desberry

Autorisierte Uebersetzung aus dem amerikanischen Manuskript von

Hermynia Zur Mühlen

„Sprachen Sie mit Ihren Eltern über die Angelegenheit?"

„Ja. Aber sie lachten mich aus, sagten, ich sei hysterisch."

Ethel begann plötzlich zu schluchzen, zitterte am ganzen Körper. „Ich habe solche Angst, Herr O'Keefe! Nein, nicht für mich sondern für ihn, für Onkel John; ich liebte ihn sehr. Er war immer gütig zu mir und anders als die andern. Und ich habe das Gefühl, es drohe ihm eine Gefahr."

O'Keefe schwieg und dachte einen Augenblick angestrengt nach. War Ethel Bright hysterisch oder hatte sie tatsächlich John Mannister gesehen? Die Sache war äußerst geheimnisvoll; er mußte ihr unbedingt auf den Grund gehen.

„Um welche Zeit sahen Sie gestern den alten Mann?" fragte er.

„Gegen fünf Uhr."

„Ich werde heute um fünf Uhr im Zentral-Park sein. Können Sie hinkommen?"

„Ja."

Ethels Gesicht verriet Erleichterung. „Ich bin so froh, daß Sie mir helfen wollen, Herr O'Keefe. Bin selbst so hilflos, verliere gleich den Kopf. Ich danke Ihnen."

„Danken Sie mir erst, wenn das Rätsel gelöst ist, Fräulein Bright. Ich glaube, es ist ratsamer, Mannister noch nicht zu benachrichtigen. Wir wollen abwarten, was der alte Mann im Zentral-Park zu sagen hat."

Ethel nickte. Sie nahmen voneinander Abschied. Als O'Keefe das Hotel verließ, trat aus einer Nebentür ein hagerer junger Mensch, der dem Reporter nachging und ihn nicht aus den Augen verlor, bis dieser die Wohnung seiner Freunde erreicht hatte. O'Keefe begab sich ins Haus. Der hagere Mann betrat ein gegenüberliegendes Gasthaus, setzte sich an einen beim Fenster stehenden Tisch und bestellte eine Tasse Tee.

Kurz vor fünf Uhr trafen Ethel Bright und Brian O'Keefe einander beim Haupteingang des Zentral-Parkes. Das Mädchen war sehr blaß und sichtlich erregt; O'Keefe hingegen schien seltsam ruhig; nur der gespannte Ausdruck seines Gesichtes verriet, daß seine Gelassenheit nicht ganz echt war.

Sie schritten die breiten Kieswege des Parkes entlang. Als sie zu einem kleinen Teich kamen, auf dem weiße Schwäne majestätisch dahinschwammen, packte Ethel den Arm ihres Begleiters.

„Da ist er!!"

O'Keefe sah auf der Bank vor dem Teich einen alten Mann sitzen, der mit kindlichem Interesse die Schwäne beobachtete.

„Gehen Sie hin," gebot er dem Mädchen, rufen Sie ihn bei seinem Namen."

Ethel gehorchte: „Onkel John, lieber Onkel John!"

Der alte Mann erhob den Kopf, lächelte freundlich und sagte: „Ich kenne Sie nicht."

O'Keefe trat näher. „Dürfen wir uns zu Ihnen setzen?"

Der alte Mann nickte: „Freilich."

„Ein herrlicher Abend", meinte O'Keefe, den alten Mann scharf beobachtend.

„Ja. Ich sitze so gerne hier, die lieben Tiere machen mir viel Freude."

„Welche Tiere?" fragte O'Keefe scharf.

„Nun, die Tiere dort auf dem Wasser."

„Wie heißen sie", fragte O'Keefe.

Der alte Mann schaute ihn erschrocken an: „Wie sie heißen? Die Tiere? Ich weiß es nicht."

„Man vergißt zuweilen Namen", meinte der Reporter, „auch mir geht es manchmal so. Wie heißen Sie selbst, Herr?"

Wieder der erschrockene hilflose Blick der alten Augen.

„Wie ich heiße? Ich weiß es nicht."

„Sie sind aus Newyork, das merke ich an Ihrer Aussprache. Woher kommen Sie?"

O'Keefes scharfe Augen wichen für keinen Augenblick vom Gesicht des alten Mannes.

„Woher ich komme? Ich weiß es nicht."

„Wissen Sie auch nicht, wie der Ort aussah?"

Der alte Mann schüttelte den Kopf.

O'Keefe verstummte und überlegte. Nach einer Weile wandte er sich wieder an den alten Mann. „Ihr Gedächtnis ist schlecht, alter Freund. Es gibt eine gute Uebung für das Gedächtnis: ich sage Ihnen ein Wort und Sie antworten darauf, was Ihnen zuerst einfällt. Es ist wie ein lustiges Spiel. Wollen wir es versuchen?

Der alte Mann nickte kindlich vergnügt. „Ja, ja, wir wollen spielen."

O'Keefe dachte nach. Was für Worte waren geeignet, ihm bei der Lösung dieses seltsamen Rätels zu helfen? Seine Blicke schweiften umher. Unter der Bank lag ein purpurner mit Goldbuchstaben bedruckter Zettel: „EJUS". Halb mechanisch las O'Keefe das eine Wort ab: „Jugend".

„Wahnsinn", entgegnete ohne einen Moment der Ueberlegung der alte Mann.

„Schönheit", las O'Keefe weiter.

„Tod", lautete die seltsame Antwort.

O'Keefe blickte verblüfft auf den grünlich schimmernden Teich und sagte: „Wasser".

„Blau".

Ethel begann zu begreifen, was der Reporter bezweckte. Sie neigte sich vor und sprach: „Nordpol".

Der alte Mann schaute sie an und schüttelte lächelnd den Kopf.

„Schiff", spann O'Keefe den Faden weiter und sofort kam die Antwort:

„Flintenmänner."

„Sohn", versuchte Ethel.

Der alte Mann schüttelte abermals stumm lächelnd den Kopf.

„Heim."

(Fortsetzung folgt.)

Dieser Roman ist in Buchform erschienen im Neue Welt-Verlag, Jena. Preis broschürt M. 2,50, gebunden M. 4,50. Bestellungen nehmen entgegen: Freier Verlag, München, Lindwurmstr. 203 und die Geschäftsstelle der Neuen Zeitung, Nürnberg, Prechtelsgasse 16

Verfassungsänderung in Bayern abgelehnt!

(Nach Redaktionsschluß eingelaufen.)

München, 8. Juni, abends 6 Uhr.

Soeben ist im bayerischen Landtag der Antrag Wohlmuth-Hilpert auf Abänderung des § 92 der bayerischen Verfassung abgelehnt worden. Die Koalitionsparteien und die mit ihnen stimmenden Abgeordneten des Völkischen Blockes und der Freien Vereinigung brachten im ganzen 85 Stimmen, d. h. eine zu wenig auf. Einen Strich durch die Rechnung der Verfassungsräuber machte der Abgeordnete Klarhauser (Bayerischer Bauernbund), der sich der Stimme enthielt, während Kommunisten, Sozialdemokraten und Nationalsozialisten gegen den Antrag stimmten. Für die kommunistische Fraktion sprach Genosse Schlaffer.

Wieder Aufhebung der Immunität von Schlaffer und Götz beantragt!

(Nach Redaktionsschluß mitgeteilt.)

München, 8. Juni

Während der Rede des Genossen Schlaffer gegen den Antrag der Verfassungsräuber wurde im Landtag ein Antrag des Staatsministeriums der Justiz auf Genehmigung der Strafvollstreckung gegen die Genossen Schlaffer und Götz verbreitet. Der Antrag steht bereits auf der Tagesordnung der Mittwoch-Sitzung des Geschäftsordnungsausschusses.

Arbeiter, nehmt sofort in den Betrieben und allen Arbeiterorganisationen gegen diesen schändlichen Streich der racheschnaubenden reaktionären Parteien und ihrer Regierung Stellung.

250000 Arbeitslose in Berlin

Die höchste Ziffer seit Beginn der Krise

Nach dem Bericht des Landesarbeitsamts Berlin hat in der vergangenen Woche vom 30. Mai bis 5. Juni, die Zahl der eingetragenen Erwerbslosen **mit 250 000 die Höchstziffer seit Beginn der jetzigen Krise erreicht.**

Ausland

Schlagende Antwort der Sowjetunion auf Baldwins Frechheit

In Beantwortung einer Verbalnote der britischen diplomatischen Vertretung darüber, daß das Beladen von zwei britischen Dampfern in Batum aufgehalten wurde, weist das Volkskommissariat des Auswärtigen in einer Note darauf hin, daß die Gewerkschaften der Sowjetunion zu Beginn des englischen Generalstreiks beschlossen hätten, nicht nur unter ihren Mitgliedern Geld für die streikenden Mitglieder der Trade Unions zu sammeln, sondern auch, wie die Gewerkschaften anderer Länder, in einen Solidaritätsstreik zu treten. Das Volkskommissariat erklärt ferner, die Gesetzesgebung gewähre den Arbeitern der Sowjetunion die vollste Streikfreiheit. Die Sowjetregierung könne sich daher in einen gewerkschaftlich organisierten Streik, insbesondere in den gegenwärtigen **Solidaritätsstreik der Seeleute und Hafenarbeiter in den Sowjethäfen nicht einmischen.** Was die fraglichen englischen Dampfer betreffe, so habe, wie es in der Note weiter heißt, der eine am 29. Batum mit einer Benzinladung verlassen. Die Abfahrt des anderen sei für den 30. Mai vorgesehen.

Englands bewaffnete Drohung gegen Aegypten

Der ägyptische Ministerpräsident Adly Pascha hatte gestern eine Unterredung mit dem Vertreter Englands, Lord Lloyd. Der englische Vertreter stellte dem Ministerpräsidenten eine Reihe unverschämter Bedingungen zur Regierungsbildung. Sollten diese Bedingungen nicht erfüllt werden, so will England die ägyptische Verfassung aufheben und das Parlament auseinandertreiben. Englische Kriegsschiffe sind nach Aegypten unterwegs.

Aus Bayern

Maßregelung kommunistischer Bürgermeister

In der gestrigen Sitzung des Verfassungsausschusses stand ein kommunistischer Antrag auf Einstellung des Dienststrafverfahrens gegen den Bürgermeister von Zeholfing und den 2. Bürgermeister von Frammering auf der Tagesordnung. Der Antrag wurde gegen die Stimmen unseres Genossen abgelehnt. — Wir kommen noch näher auf die Sitzung zurück.

Die „Münchener Post" verteidigt die Reichsbahngesellschaft

W.S. Die Montagausgabe der „Münchener Post" (7. 6., Nr. 127) enthält wieder einmal eine Monstre-Leistung an journalistischer Verlogenheit und politischer Demagogie. Dem Vertreter der „Münchener Post", der an der Pressekonferenz teilnahm, zu der die Reichsbahn zwecks Abgabe von Erklärungen zum Unglück am Ostbahnhof eingeladen hatte, stecken anscheinend immer noch die Reste des „einfachen Abendessens" im Halse, an dessen Vertilgung er so stark beteiligt war, daß er vergaß, als Vertreter der Interessen der Arbeiter und Angestellten aufzutreten. Jetzt, nachdem einige Tage vergangen sind, dämmert es ihm, daß es immerhin eine peinliche Situation ist, in die er sich hineingegessen hat, da nicht nur der Vertreter der **kommunistischen „Neuen Zeitung"**, sondern auch der Korrespondent der **sozialistischen „Leipziger Volkszeitung"** demonstrativ jede Beteiligung an der Gasterei ablehnten. Als **Demonstration** war die Nichtbeteiligung gedacht — und auch so aufgefaßt. Nach reiflicher Ueberlegung hat man am Altheimereck den Dreh gefunden, mit dem man erstens die Kompromittierung des Vertreters der „M. P." verdecken und zweitens eine Herabsetzung der von uns vertretenen Forderung nach Freilassung des verhafteten Lokomotivführers Aubele erreichen will. Es ist der Redaktion der „Münchener Post" besser als jeder anderen Redaktion bekannt, daß ihr Parteigenosse Albert Winter nicht als Vertreter der „Neuen Zeitung", sondern **als ständiger Korrespondent der „Leipziger Volkszeitung"** an der Konferenz teilnahm und auch dieser Zeitung einen Bericht zusandte, der mittlerweile zum Abdruck gelangt ist. Damit ist die Behauptung der „Münchener Post" wohl genügend als eine **wider besseres Wissen ausgesprochene Lüge** gekennzeichnet.

Doch nun zu dem quasi sachlichen Inhalt der Notiz. Vorausgeschickt sei, daß wir bei der Beurteilung des Charakters der Pressekonferenz und der mit ihr verfolgten Absichten nur von dem Standpunkt ausgehen, den die Verpflichtung zur Wahrung der proletarischen Interessen von selbst bestimmt. Nach der ganzen Sachlage und erst recht nach den Erklärungen, die die Vertreter der Reichsbahndirektion der Presse gegenüber abgaben, war es nur selbstverständlich, daß wir an die Spitze unseres Berichtes die Forderung nach **Freilassung des verhafteten Lokomotivführers** stellten und sie heute mit allem Nachdruck wieder erheben. Daß wir uns dabei wenigstens mit einem sozialdemokratischen Organ, der **„Leipziger Volkszeitung"** treffen, ist höchstens geeignet, die sonderbare Art und Weise zu beleuchten, mit der die **„Münchener Post"** die Interessen der Eisenbahner vertritt. Sie stellt sich an die Seite der **Ausbeutergesellschaft**, die mit scheinheiligen Worten versichert, sie wolle nicht die Schuldfrage aufrollen, das sei Sache des Untersuchungsrichters. Eine Auffassung, die nach der „Münchener Post" **„verständlich und auch nicht zu beanstanden sei"**. Dabei ist, — wir stellen das mit Nachdruck fest, — die im Einverständnis mit dem Untersuchungsrichter erfolgte Absage der Besichtigungsfahrt ein nur zu eindeutiger Beeinflussungsversuch zu ungunsten Aubeles. Jede Versicherung, die Schuldfrage solle nicht aufgerollt werden, ist eine Farce, nachdem die Direktion durch diese **Aenderung des Programmes**, durch die rein **theoretische Vorführung** der **Signalvorrichtungen**, durch das Eingeständnis der Tatsache, **daß das Geleise durch drei Züge verstopft** war und durch die Erklärung der Oberregierungsbaurats Beckh die Möglichkeit einer **Täuschung Aubeles in den Signalvorrichtungen zugegeben und damit die Schuldfrage vielfach einseitig aufgerollt hat.**

Noch eine Bemerkung zu den in der Unglücksnacht und am Tage darnach gegebenen Möglichkeiten zur Besichtigung der Unfallstelle. Die „Münchener Post" will damit die Ueberflüssigkeit einer nochmaligen Besichtigungsfahrt beweisen. Dazu haben wir nur festzustellen, daß

das von uns entsandte Mitglied der Redaktion durch Landespolizei von der Unfallstelle fortgeführt wurde!

Die uns zugegangenen Berichte mußten wir uns auf andere Weise beschaffen.

Im ganzen genommen stellt sich der Angriff der „Münchener Post" gegen uns als eine schamlose Verteidigung der von der Reichsbahndirektion beliebten Methoden der „Aufklärung" dar. Objektiv wird daran auch nichts geändert, wenn die „M. P." „im übrigen" auf die Entgegnung des Einheitsverbandes verweist. Im Gegenteil: gerade die ungeheuerlichen Anklagen, die die gewerkschaftliche Interessenvertretung der Eisenbahner erhoben hat, müßten von jedem Arbeiterblatt zum Anlaß genommen werden, um das Mordsystem bei der Reichsbahn zu beleuchten, das einzig und allein die Ursache für die Katastrophe war.

Ebenso wie die „Münchener Post" es abgelehnt hat, die von uns an anderer Stelle mitgeteilten Einzelheiten über die Zustände bei der städtischen Straßenbahn München zu veröffentlichen, so verhält sie sich auch bei der Vertretung der Eisenbahnerinteressen. In jedem Falle nützt sie den Unternehmern!

Königliche Ahnungen

Das Ferkel quiekt, es grunzt die Sau,
Oele-Willem grunzt zu seiner Frau:
„Mir juckt die Gottesgnadenhand.
Es ist Dir sicherlich bekannt
Das schöne Sprichwort auf der Welt:
Der, dem die Hand juckt, kriegt noch Geld."

Die Frau darauf quiekt ziemlich barsch:
„Mir juckt nun aber grad' der Ar—m,
Und das wird sicher heißen:
Uns werden sie wohl was . . . husten."

Paul Körner

Neue Ausbeutungsmethoden bei der Münchener Straßenbahn

Blumenstrauß und Standuhr für Gigenbach / Die Bierschlacht der Vorgesetzten im Zacherlkeller / „Rasieren und Haarschneiden" — die Sorgen der Direktion / Die „Münchener Post" lehnt die Veröffentlichung ab

Schon einmal hat sich unsere Zeitung mit den Lohn- und Arbeitsbedingungen bei der Münchener Straßenbahn beschäftigt. Jetzt erhalten wir wieder Nachrichten, die die Korruption der aufsichtsführenden Beamten bei der Straßenbahn ins grellste Licht setzen.

Blumenkorb und Standuhr.

Bei der Straßenbahn fanden Ausbildungskurse für Schaffner und Führer statt. Die Kurse für Schaffner wurden von dem Oberkontrolleur Gigenbach geleitet. Dieser Herr ließ sich von den Arbeitern, die sich unter schweren Opfern als Schaffner ausbilden lassen, Schmiergelder geben. Nach Beendigung des Kurses ging unter allen Kursusteilnehmern eine Liste herum, in der sie 2—3 Mark zeichnen sollten. Aus dem Erlös dieser Liste bekam dann Herr Gigenbach einen großen Blumenkorb und eine Standuhr. Die letzte Feier fand im Restaurant „Alt-München" in Schwabing ihren Abschluß.

Diese Methoden des Herrn Gigenbach sind geradezu verbrecherisch, wenn man bedenkt, daß die Anwärter nur 90 Prozent des normalen Gehaltes erhalten, so daß ihnen nach allen Abzügen noch ganze 110 Mark übrig bleiben. Außerdem sind sie größtenteils Familienväter und waren längere Zeit erwerbslos. Herr Gigenbach dagegen erhält schätzungsweise dreimal so viel, trotzdem läßt er sich von den schlechtbezahlten Anwärtern beschenken. Dagegen werden die unteren Beamten an jeder Ecke des Straßenbahnwagens auf die „Tugend der Bescheidenheit" (!) hingewiesen. Dieser Herr scheint vergessen zu haben, daß er früher selbst als Helfer in der Werkstätte arbeitete.

An diesen unsauberen Geschichten sind noch andere Herren beteiligt, die wir heute noch nicht näher bezeichnen wollen. Im Mitteilungsblatt Nr. 3 des Verkehrsbundes wurden die skandalösen Zustände auch an den Pranger gestellt.

Die Kontrollorgane der Führer lehnten von vornherein jede Gratifikation für den Leiter des Kurses ab.

Was sagen die Direktion und der Stadtrat zu diesem Gratifikationsschwindel?

Der gottesgläubige Kontrollmeister Schwab

Eine besonders erwähnenswerte Person ist der Kontrollmeister Schwab, ein von christlicher Nächstenliebe glühend erfüllter Gottesmann, der bei jeder Gelegenheit erzählt, daß er im heiligen Jahr 1925 vom Papst den Segen erhalten hat. Er betätigt sich im Betrieb als Denunziant übelster Sorte, einmal rühmte er sich: „Jetzt hab i wieder ein paar nausg'schickt a 2 Mk., weil sie auf der Plattform beim Ablösen mit dem Führer gesprochen haben." — Dieses Gespräch hörten Fahrgäste an, die im Warteraum standen, und sich nach der Person dieses Denunzianten erkundigten.

Die Denunziantentätigkeit dieses Herrn stützt sich auf die Bekanntmachung Nr. 102 der städtischen Straßenbahn Münchens, nach der auch Dienstgespräche zwischen Schaffnern und Führern verboten sind und unnachsichtlich mit Geldstrafen belegt werden sollen. Herr Schwab, legen Sie jedem einen Maulkorb an, dann ist der Kuli fertig!

2 Mark Strafe für ein Gespräch.

Ein Beispiel, wie Schaffner von den Kontrolleuren behandelt werden, bietet folgender Strafbefehl:

Stadtrat München, betrifft Dienstverfahren an Schaffner X wegen Verfehlungen gegen § 22 V. O. und § 8 d. allg. D. V. usw.

In diesem Falle wurde eine Dienststrafe von 2 Mark ausgesprochen.

Gründe: Bei der Beanstandung durch den diensttuenden Kontrollmeister wurde diesem wiederholt vom Schaffner K **herausfordernd und in barschem Tone (!) erwidert.**"

Daß der Schaffner sich zu verteidigen suchte, wird in der Begründung als besondere Frechheit hervorgehoben. Der Kontrolleur, mit dem diese Auseinandersetzung passierte, ist ein **ehemaliger Feldwebel**, der immer noch glaubt, seine Rekruten vor sich zu haben und keine Rechtfertigung duldet.

Bei der Fällung des Urteils findet eine Vernehmung der Gegenpartei nicht statt. Innerhalb 14 Tagen kann zwar eine Beschwerde bei der Kammer des Innern erfolgen, sie ist aber praktisch zwecklos.

„Rasieren und Haarschneiden".

Die Direktion der städtischen Straßenbahn München hat in der Bekanntmachung Nr. 25 unverschämte Vorschriften für das Personal herausgegeben. In diesen Dienstvorschriften wird den Beamten nach einer langen Predigt über seine Kleidung ganz zum Schluß folgende Vorschrift gemacht:

„Es wird bei dieser Gelegenheit noch darauf hingewiesen, daß das Fahrpersonal **stets sauber** und ordentlich im Dienst zu erscheinen, auch dem Aeußern in Bezug auf **Haarschneiden** und **Rasieren** die nötige Aufmerksamkeit zu schenken hat."

Wie lange wird es dauern, dann schreibt die Direktion der Straßenbahn den Beamten auch noch vor, daß sie Zahnbürste und Nagelscheere bei sich führen müssen.

Auch die Kleiderfrage ist auf dem Papier in dieser Verordnung glänzend gelöst. In der Wirklichkeit sieht es aber anders aus.

Die Führer der „neutralen" Beamten im Schaufenster.

Ein besonderer Geist scheint in der „**neutralen**" **Beamtengewerkschaft** zu herrschen, deren Sektionsführer bei der Straßenbahn angestellt sind. **Krupper**, einer der beiden Helden der Beamtengewerkschaft, (der andere heißt **Bernhard**) hatte unlängst in Landshut das Pech, bei einer Agitationsreise **betrunken in einem Schaufenster** zu landen. In der nächsten Vertrauensmännerversammlung präsentierten sie dann die Rechnung der Polizei für den Schaden. 90 Mk. sollte die Organisation für die Bierfahrt ihrer beiden Führer bezahlen.

Die Bierschlacht der Vorgesetzten im Zacherlkeller.

Einen besonderen Witz leisteten sich die Führer dieser Beamtenorganisation unlängst bei einem **Bierabend**. Früher erhielten die Straßenbahnschaffner und Führer von der Salvatorbrauerei 2 Maß Freibier spendiert. Die Direktion der Straßenbahn hat unlängst die Annahme dieser Spende verboten, weil sie der Würde der Beamten nicht entspräche. Dafür haben dann jetzt die neutralen Gewerkschaftsbonzen eine Bierschlacht im Zacherlkeller veranstaltet, bei der der Gewerkschaftssekretär so manchen der edlen Recken nach Hause tragen mußte.

Die „Münchener Post" lehnt ab.

Wie uns unser Gewährsmann mitteilt, wurden die obigen Mitteilungen auch der „Münchener Post" zur Verfügung gestellt. Die „M. P." hat es **abgelehnt**, die Ausbeutungspraktiken der Straßenbahndirektion an den Pranger zu stellen.

*

Alle neueintretenden Führer und Schaffner fordern wir auf, sich dem **Verkehrsbund** anzuschließen. Alle Beschwerden sollen nicht auf den Bahnhöfen, sondern in den **Versammlungen der Gewerkschaft** vorgebracht werden. Teilt alle Schikanen der Vorgesetzten Euren Vertrauensleuten mit, damit die Gewerkschaften dagegen einschreiten, und jenen, die mit den Beamten Schindluder treiben, das Handwerk legen können.

Woher stammt der „Privatreichtum" der Fürsten

Die republikanische Zeitung „Regensburger Echo" bringt zu dieser Frage einen höchst wertvollen Beitrag, den wir vollinhaltlich nachfolgend zum Abdruck bringen:

Die maßlosen „Abfindungs"-Ansprüche der ehemals regierenden Fürstenhäuser Deutschlands fordern zu einem Vergleich des Verhaltens der nämlichen Fürstenhäuser gegenüber den „Säkularisationen" im Jahre 1803 heraus. Mit diesem Schlagwort hat eine höfische Geschichtsschreibung die brutale Enteignung von Kirchengütern im Werte von vielen hunderten von Millionen Goldmark beschönigt.

Im Grunde genommen unterscheidet sich das, was damals diese hochfürstlichen Herrschaften den damaligen Stiften und Klöstern angetan haben, in nichts von dem, gegen was sie, da es ihnen passiert ist, so jammervoll protestieren und vor die Gerichte laufen.

Die erste Anregung zu den „Säkularisationen", zur Enteignung der Kirchenvermögen, ging vom katholischen Bayern, besser von den katholischen Wittelsbachern aus. Schon 1743 griff der wegen seines üppigen Hoflebens und seiner kostspieligen Kaiserspielerei in ewiger Geldverlegenheit sich befindende Kurfürst Karl Albert den Plan auf, die deutschen Fürstbistümer sowie klösterlichen Stifte usw. ohne Entschädigung einzuziehen. Der Plan fand bei den weltlichen Fürsten, besonders auch bei Friedrich von Preußen begeisterte Zustimmung, wurde aber von Maria Theresia weniger aus religiösen oder rechtlichen Bedenken, als vielmehr aus politischen Erwägungen heraus, vereitelt. Es vergingen noch sechzig Jahre bis zu seiner Verwirklichung. Inzwischen taten sich die bayerischen Wittelsbacher an einem kleineren Brocken, dem Vermögen des 1773 von Papst Clemens 14. aufgehobenen Jesuitenordens gütlich. Die Jesuitengüter sollten zwar nicht „incameriert", sondern für das Schulwesen verwendet werden, man verschob aber die endgültige Regelung immer und immer wieder und als sie endlich der ebenso bigotte wie liederliche Kurfürst Karl Theodor in die Hand nahm, erfolgte sie nicht zugunsten des sehr im argen liegenden Schulwesens, sonders zur Versorgung der vielen unehelichen Kinder des Kurfürsten. Den Schulunterricht überließ man weiter der unentgeltlichen Besorgung durch Klostermönche und dem weltlichen Seelsorgerklerus. Der dritte Teil der Landbewohner konnte damals weder lesen noch schreiben; es gab in Bayern Pflegegerichte von über 20 000 Seelen und kaum 10 Lehrer; die von 48 000 Seelen bewohnten Münchener Vorstädte Au und Giesing hatten zusammen nur zwei Lehrer. Gleichwohl entzog Kurfurst Karl Theodor das ungefähr 8 Millionen Gulden betragende Vermögen des Jesuitenordens, das zum großen Teil in Schul- und Erziehungsanstalten investiert war, dieser Bestimmung, um damit seine unehelichen Kinder zu versorgen.

Den größten Fischzug mit dem Vermögen der Klöster und Stifte machten die weltlichen deutschen Fürsten im Jahre 1803. Für das, was diese auf dem linken Rheinufer unmittelbar oder mittelbar verloren, sollten auf dem rechten, in Deutschland selbst, auf Kosten deutscher Mitfürsten entschädigt werden. Als Entschädigung selbst waren die reichsunmittelbaren Städte insonderheit aber die reichsunmittelbaren Fürstbistümer, die reichsunmittelbaren Abteien und Stifte ausersehen. Also nicht etwa dem modernen Fortschritt, sondern lediglich der Beutegier der weltlichen Schützlinge Napoleons fielen die geistlichen Staaten und Stifte im Reich zum Opfer. Napoleon Bonaparte hieß der Glücksgott, von dessen Hilfe und Gnade es in letzter Instanz abhing, wieviel aus der geistlichen Beute dem einzelnen zufallen sollte. Es begann ein förmliches Wettrennen der weltlichen deutschen Fürsten um die Gunst des ersten Konsuls in Paris und seines Ministers Tayllerand und des letzteren Mätresse, der Madame Legrand. Selbst an die Gunst eines untergeordneten Beamten im Ministerium des Aeußern in Paris, des Elsässers Matthieu, verschwendeten sie ungeheure Summen, die sich aber bezahlt machten. Im Reichsdeputations-Hauptschluß zu Regensburg 1803 wurde endgültig die Verteilung der enteigneten Kirchengüter an die fürstlichen Bewerber vorgenommen. Verteilt wurden die geistlichen Kurfürstentümer Köln und Trier, 26 Fürstbistümer, weit über 100 Klöster und Stifte.

Aus dieser Massenenteignung erhielt: Preußen die Bistümer Paderborn und Hildesheim und die reichsunmittelbaren Abteien Quedlinburg, Elden, Essen und Viersen; das Haus Nassau-Oranien, das Bistum Fulda und die Abtei Corvey; Baden von den Bistümern Konstanz, Speyer, Straßburg und Basel alles, was auf dem rechten Rheinufer lag, dann die Abteien Schwarzbach, Frauenalb, Allerheiligen, Lichtental, Ettenheimmünster, Petershausen und Reichenau; die reiche Abtei St. Blasien kam erst 1805 dazu; Württemberg die Propstei Ellwangen und sieben Abteien; der König von England (als Kurfürst von Hannover) das Bistum Osnabrück; Oesterreich die Bistümer Brixen und Trient; das Haus Toskana das Bistum Eichstätt; Bayern erhielt aus der Beute den reichsten Anteil, nämlich die geistlichen Fürstentümer Würzburg, Bamberg, Augsburg, Freising und einen Teil des Hochstifts Passau und außerdem noch 74 Abteien und Stifte. Der Wert der von Bayern allein enteigneten Kirchengüter wurde auf über 200 Millionen Gulden geschätzt.

Gegen diese Enteignung hatten die weltlichen Fürsten nicht das geringste einzuwenden. Im Gegenteil: wie Haifische schnappten sie, auch die katholischen, nach der reichen Beute. Außer dem Papste Pius 7., protestierte nur **ein** weltlicher Fürst dagegen: der protestantische König Gustav 4. von Schweden als deutscher Reichsfürst und Garant des westfälischen Friedens. Die Franzosen hatten recht, wenn sie behaupteten, die deutschen Fürsten hätten das Werk der französischen Revolution in Deutschland fortgesetzt. Der alldeutsche Historiker Treitschke schreibt: „Wenige unter den großen Staatsumwälzungen in der neuen Geschichte erscheinen so häßlich, so gemein und niedrig wie diese Fürstenrevolution von 1803."

Mit ganz besonderer Rohheit ging man gegen die Klöster und ihre Bewohner im katholischen Bayern, unter den katholischen Wittelsbachern vor, worüber man das Nähere bei Brück, Geschichte der katholischen Kirche in Deutschland im 19. Jahrhundert, nachlesen kann. Ja, die Geschichte ist das Weltgericht.

Aus der Partei

An unsere Nürnberger Genossinnen und die Frauen der Genossen!

Am Mittwoch, den 9. Juni, abends halb 8 Uhr findet im Saale des Cafe Merk, Prechtelsgasse

Frauenmitgliederversammlung

statt, zu der auch sympathisierende Frauen eingeladen werden können. Wir bitten unsere Genossen für diese Versammlung regste Propaganda zu machen.

Tagesordnung: „Die Frau und der Volksentscheid"

Bezirksleitung Nordbayern.

An unsere Nürnberger Genossen!

Wir fordern alle Genossen, die bereit sind, an einem Sprechchor mitzuwirken, auf, sich bis spätestens Freitag, den 11. Juni im Büro beim Genossen Schmidt zu melden.

Bezirksleitung Nordbayern.

Vereinskalender

Zentralverband der Zimmerer. Am Mittwoch, den 9. Juni, abends halb 7 Uhr im Thomasbräusaal, Kapuzinerplatz **Monatsversammlung.**

Arbeiter-Samariter-Kolonne München. Freitag, den 11. Juni abends halb 8 Uhr Stammkolonnenversammlung im Gewerkschaftshaus, Nebenzimmer.

Spielplan der Münchener Theater:

Mittwoch, 9. Juni

Prinzregenten-Theater „Wallensteins Tod" 7.30 Uhr
National-Theater „Das Rheingold" 7.30 Uhr
Residenz-Theater „Ramver" 7.30 Uhr
Münchner Schauspielhaus „Reiner Tisch" 7.30 Uhr
Theater am Gärtnerplatz „Gräfin Mariza" 7.30 Uhr
Münchner Volkstheater „Der Garten Eden" 7.30 U.

Nürnberger Theater

Neues Stadttheater am Ring: Geschl. Vorstellung.
Stadttheater am Lorenzerplatz: „Kater Lampe" 7.30 Uhr

Verein der Freidenker für Feuerbestattung
Zahlstelle München, Franziskanerstr. 13

Unser Mitglied

Max Storch

ist am Dienstag, den 8. Juni gestorben.

Die Feuerbestattung findet am Donnerstag, den 10. Juni im Ostfriedhof statt.

München, 8. Juni 1926

Der Vorstand

Für die Redaktion verantwortlich: Albert Buchmann, München, für Verlag und Inseratenteil: Wilhelm Olschewski, München, Druck: Hanns Leib, München 50.

9. Jahrgang Nr. 242

Einzelpreis 15 Pfg.

Neue Zeitung

Bayer. Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommun. Internationale)

Beilagen: „Der Rote Stern“ / „Kommunistin“ / „Kommunistischer Gewerkschafter“ / „Kommunistischer Genossenschafter“

Die „Neue Zeitung“ erscheint täglich außer Montags. Bezugspreis monatlich 2 Mark 20 Pfennig, halbmonatlich 1 Mark 10 Pfennig. Durch die Post bezogen 2 Mark 20 Pfennig ohne Zustellgebühr. Verlag: Freier Verlag G. m. b. H. München, Lindwurmstr. 203 / Telefon 72024. Redaktion: Lindwurmstr. 203

Samstag, 30. Oktober 1926

Anzeigenpreis für den Millimeter Höhe und Spalte 10 Pfg. Spaltenbreite 28 mm, für Reklame im Textteil 50 Pfg. Gelegenheitsanzeigen halbe Preise / Postscheckkonto München Nr. 47280, Wilhelm Olschewski, „Neue Zeitung“, Redaktion München, Lindwurmstraße 203, Telefon 72024 / Erfüllungsort München

Annullierung aller Fürstenverträge beantragt

Restlose Enteignung aller Fürstenhäuser

Antrag Stoecker, Neubauer und Genossen

Der Reichstag wolle beschließen, folgenden Gesetz-Entwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen:

Entwurf eines Gesetzes

über Aufhebung der Vergleiche zwischen den Fürstenhäusern und den deutschen Länderregierungen und über die Enteignung der Fürstenvermögen

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrates hiermit verkündet wird:

§ 1

Alle vermögensrechtlichen Auseinandersetzungen, Vergleiche usw. zwischen den deutschen Ländern (Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Braunschweig usw.) und den ehemals regierenden Fürstenhäusern, die seit dem 9. November 1918 abgeschlossen wurden, sind ungültig.

§ 2

Das gesamte Vermögen der Fürsten, die bis zur Staatsumwälzung im Jahre 1918 in einem der deutschen Länder regiert haben, sowie das gesamte Vermögen der Fürstenhäuser, ihrer Familien und Familienangehörigen werden zum Wohle der Allgemeinheit ohne Entschädigung enteignet.

Das enteignete Vermögen wird Eigentum des Landes, in dem das betr. Fürstenhaus bis zu seiner Absetzung oder Abdankung regiert hat.

§ 3

Das enteignete Vermögen wird verwendet zugunsten:

a) der Erwerbslosen,
b) der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen,
c) der Sozial- und Kleinrentner,
d) der bedürftigen Opfer der Inflation,
e) der Landarbeiter, Kleinpächter und Kleinbauern durch Schaffung von Siedlungsland auf dem enteigneten Landbesitz.

Die Schlösser, Wohnhäuser und sonstigen Gebäude werden für allgemeine Wohlfahrts-, Kultur- und Erziehungszwecke, insbesondere zur Errichtung von Genesungs- und Versorgungsheimen für Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene, Sozial- und Kleinrentner sowie für Kinderheime und Erziehungsanstalten verwendet.

§ 4

Alle Verfügungen — einschließlich der hypothekarischen Belastungen und Eintragungen —, die mit Bezug auf die nach diesem Gesetz enteigneten Vermögen oder ihre Bestandteile nach dem 1. November 1918 durch Urteil, Vergleich, Vertrag oder auf sonstige Weise getroffen wurden, sind nichtig.

§ 5

Das Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

15 Millionen Mark
200 Tausend Morgen Land
Schlösser
Erlaubniss nach Deutschland zu kommen
10 Millionen Jahresrente
6 Tausend Gemälde
Silbersachen
Juwelen
Goldsachen
Steuer-Befreiung

„Er“ und Ihr

130 Prozent Friedensmiete
Rationalisierung
Ausbeutung
Klassenjustiz
Steuern
Arbeitslosigkeit
Elend

„Herzlich willkommen“

Wie die Arbeiterschaft Wilhelm empfangen will

Frankfurt a. M., 27. Okt.

In einer Riesenversammlung in der Festhalle in Frankfurt a. M., in der der Reichstagsabgeordnete Genosse Stoecker über den Kongreß der Werktätigen sprach, erklärte ein sozialdemokratischer Arbeiter, daß, wenn Wilhelm Hohenzollern es wagen würde, plötzlich in Homburg v. d. Höhe zu erscheinen, die ganze hessische und Frankfurter Arbeiterschaft, gleich viel, ob kommunistisch, sozialdemokratisch oder christlich, im Sturmzuge nach Homburg v. d. Höhe ziehen und Wilhelm zeigen würde, daß er in Deutschland nichts mehr zu suchen habe. Es würde dann dort kein Stein auf dem anderen bleiben. Diese Erklärung wurde von der überfüllten Versammlung mit stürmischem Jubel aufgenommen.

Die Massenbewegung für den Kongreß der Werktätigen

Für den Kongreß der Werktätigen erklärten sich:

Einstimmig die Metallarbeiter in Elsterwerda;
die Mitgliederversammlung des **Fabrikarbeiterverbandes Elsterwerda** (einstimmig 1 S.P.D.-Kollege als Delegierter gewählt);
die Halbjahresversammlung der **Fabrikarbeiter in Penig** (1 Delegierter);
die Belegschaftsversammlung der **Schachtanlage Thyssen 3-7, Hamborn;**
eine Versammlung des **Baugewerksbundes Hamborn;**
eine vom freigewerkschaftlichen **Erwerbslosenausschuß** einberufene Erwerbslosenversammlung in **Witten** (als Delegierter: 1 sozialdem. und ein christl. Arbeiter).

▪

Der Ausschuß zur Vorbereitung des Kongresses der Werktätigen in Königsberg beschloß, zum 21. November eine Erwerbslosenkonferenz für Ostpreußen nach Königsberg einzuberufen.

▪

Bremen, 28. Oktober.

Die Vertrauensmännersitzung der Bremen-Bissingheimer Oelfabrik wählte einstimmig einen Delegierten zum Kongreß der Werktätigen. Die Vertrauensmänner vertreten eine Belegschaft von 700 Mann.

das **A.D.G.B.-Kartell Alsleben** (1 Delegierter);
die **Baustelle** der A.G.F.B. Elisabethkrankenhaus und Stadtgutweg in **Halle** (je 1 Delegierter);
die Vertrauensleute der **Deutschen Werft Tollerort** in Hamburg;
das **Gemeindeverordnetenkollegium** von **Reichenhain,** einstimmig, bestehend aus 4 K.P.D., 3 S.P.D. und 6 bürgerlichen Vertretern (1 Sozialdemokrat als Delegierter);
der Bezirksausschuß des **Reichsbundes deutscher Mieter,** Wirtschaftsbereich Chemnitz, (1 parteiloser Delegierter);
die **Plauener Erwerbslosen** (4 Delegierte, darunter 2 Parteilose);
eine **Versammlung der Textilarbeiter,** des D.E.V., der Arbeitersänger, Arbeiterturner, der Arbeiterradfahrer, der Arbeitersamariter, der Kriegsbeschädigten, der K.P.D. und R.F.B., der J.A.H. und der R.H. in **Falkenau** einstimmig (1 Delegierter);

Auch die Württemberger fordern neue Verträge

Berlin, 29. Oktober.

Wie die „Vossische Zeitung“ aus Stuttgart meldet, führt die württembergische Regierung Verhandlungen mit dem Haus Württemberg über den Abschluß eines neuen Vergleichs.

Kommunisten beantragen Erhöhung der Beamtengehälter

Berlin, 29. Oktober.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat folgenden Antrag auf Erhöhung der Beamtenbesoldung eingebracht:

„Antrag Stoecker, Torgler und Genossen. Der Reichstag wolle beschließen: Der Zuschlag zum Grundgehalt wird für die Besoldungsgruppen I—IV **von 12½ auf 40 von Hundert, für die Besoldungsgruppen** V **und** VI **von 12½ auf 30 v. H. und für die Besoldungsgruppe** VIII **von 10 auf 20 v. H. erhöht. Diese Erhöhungen treten am 1. Oktober d. J. in Kraft.“**

Die Preise steigen weiter

Berlin, 29. Okt.

Die auf den 27. Oktober berechnete Großhandelsindexziffer des statistischen Reichsamts ist gegenüber der Vorwoche um 1,1 Prozent auf 132,4 gestiegen. Von den Hauptgruppen sind die Agrarerzeugnisse auf 137,4 gestiegen, während die Industriestoffe etwas nachgegeben haben.

Erhöhung der Eisenbahntarife

Berlin, 27. Okt.

Nach hiesigen Pressemeldungen werden in nächster Zeit die Eisenbahntarife bedeutend erhöht werden. Die Reichsbahndirektion begründet die kommende Erhöhung mit den Lohnforderungen der Eisenbahner — die noch nicht einmal bewilligt sind.

Verstärkt die Sammlungen!

Mannheim, 29. Oktober.

Die Zahlstelle Mannheim des Holzarbeiterverbandes beschloß, aus der Lokalkasse den kämpfenden englischen Bergarbeitern 200 Mark zu überweisen.

Der neue Reichs-Finanzausgleich

Gemeinde-Steuerzuschläge als Rettungsversuch

Von Wilhelm Koenen-Berlin

II.

Wenn auf solchen Grundlagen ein Finanzausgleich zur Durchführung kommt, haben, wie jedem klar sein wird, die Gemeinden nichts Gutes mehr zu erwarten. Ist die Zeit der Ueberschüsse von 1924 und 1925 schon vorbei, so geht es jetzt überall einer Defizitwirtschaft entgegen. An eine Erhöhung der Einnahmen unter dem von Dr. Reinhold arrangierten Finanzausgleich ist nicht zu denken. Sein Eingriff in die Gewerbesteuer wird natürlich auch ein Sinken der Gemeindeeinnahmen zur Folge haben. Aber Dr. Reinhold ist von Haus aus nicht nur ein studierter Mann, sondern auch ein gerissener Kaufmann, und als heller Sachse glaubt er trotz allem, einen gemütlichen Ausweg gefunden zu haben, der ihm nicht nur die hundertprozentige Freundschaft der Großindustrie, sondern auch die der Kommunalbürokratie bringen soll.

Um diese Kreise zu gewinnen, will er jetzt tatkräftig das solange umstrittene

Zuschlagsrecht der Gemeinden zunächst für die Einkommensteuer

bei der Beratung des Reichsfinanzausgleiches durchführen. Dieses Zuschlagsrecht der Gemeinden sieht so hübsch nach Förderung der Selbstverwaltung aus. Es bringt den Stadträten wieder die ihnen erwünschte Beweglichkeit für ihre finanziellen Experimente und gibt ihnen scheinbar auch wieder einen Teil der Steuerhoheit zurück. Die Kommunalbürokraten sind darum begeistert von der Ankündigung Dr. Reinholds. Das Zuschlagsrecht, das ihnen schon der Finanzausgleich vom Jahre 1925 bringen sollte, und für das sie auf ihren Städtetagen so lebhafte Propaganda machten, soll ihnen jetzt endlich wirklich beschieden werden.

Welches sind die Wirkungen des Zuschlagsrechtes, insbesondere jetzt in den Zeiten der schwankenden Stabilisierung. Da keine der Massenbelastungssteuern aufgehoben, sondern das Zuschlagsrecht darüber hinaus neu eingeführt wird, so

sind die Zuschläge eine Erhöhung der allgemeinen Steuerlasten.

Ganz abgesehen davon, daß solche erhöhte Belastungen eine Produktionsverteuerung, damit aber gleichzeitig eine Produktionseinschränkung und eine Steigerung der Arbeitslosigkeit bringen, bedeutet dieses Zuschlagsrecht einen neuen Versuch der Bourgeoisie, und ihrer Regierungen, in den Zeiten der Krise und der schwankenden Stabilisierung sich **neue Auswege für neue Manöver** zu schaffen. Das Zuschlagsrecht erhöht die Manövrierfähigkeit in finanzieller Hinsicht ganz besonders deshalb, weil es ein für die Steuerzahler ganz unübersichtliches Steuergebaren schaffen wird und statt des einheitlichen Steuerabwehrkampfes im Reichsmaßstabe die Steuerauseinandersetzungen auf das örtliche Gebiet verschiebt und zersplittert.

Daneben wird aber das Steuerzuschlagsrecht noch unmittelbar mit einem **neuen Raubzug auf die Taschen der minderbemittelten Bevölkerung** verbunden sein. Die Industriellen haben in ihren Reden und Kundgebungen keinen Zweifel darüber gelassen, daß das Zuschlagsrecht für die Einkommensteuer sich auch auf den Teil erstrecken soll, der von den Reichssteuern bisher auf Grund der Beschlüsse über ein steuerliches Existenzminimum freigelassen wurde. Es sollen also nach den Wünschen der Industriellen durch das Reinholdsche Steuerzuschlagsrecht zu den **Gemeindesteuern extra auch die noch herangezogen werden, die weniger als 1200 Mark Jahres- oder 100 Mark Monatseinkommen haben!** Wer infolge eines niedrigeren Einkommens bisher lohnsteuerfrei war, soll durch die Gemeindezuschläge, obwohl er

unter dem Existenzminimum liegt, steuerlich erfaßt

werden. Bekanntlich hatten wir diesen Zustand schon in der kaiserlich-königlichen Zeit. Damals waren in Preußen Einkommen bis zu 900 Mark staatssteuerfrei, aber durch die Gemeindezuschläge konnten solche Hungerleider mit geringerem Einkommen in den Städten bis herab zu 660 Mark und in den Dörfern bis herab zu 450 Mark zur direkten Einkommensteuer herangezogen werden. Das ist das Ziel, das sie erstreben, die Herren Reinhold und Reichert, sowie die Herren Kommunalbürokraten, die sich jetzt für das Zuschlags„recht" der Gemeinden so sehr begeistern.

Auch die S.P.D. hat sich bereits in die Front der Zuschlags-Freunde eingereiht. Ihr gibt das Zuschlagsrecht" eine bequeme Möglichkeit, jedem allgemeinen Steuerkampf auszuweichen und überhaupt die ganze Steuerfrage zu verzetteln. Die Kommunisten müssen deshalb rechtzeitig die Arbeiterschaft mit den Gefahren dieses Zuschlagsrechts bekannt machen, um sie in allen Gemeinden zum Kampf gegen diese Steuererhöhungs-Maßnahme zu veranlassen.

Wir haben statt des Zuschlagsrechtes

überall die Erhöhung der Anteile

der Gemeinden an den Steuereinkünften des Reiches zu verlangen. Diese Anteile sind beim letzten Finanzausgleich bekanntlich wesentlich herabgesetzt. Diese Hersetzung führte direkt zu der Finanzmisere in den Gemeinden. Deswegen ist die Erhöhung der Anteile jetzt die konkrete Forderung, die unsere Gemeindevertreter zur Besserung der Finanzlage der Gemeinden rücksichtslos vertreten müssen. Die Forderungen der Anteilserhöhung ist praktisch die beste Antwort auf die Zuschlagsdemagogie.

Bestialische Foltern und meuchlerischer Mord

Martyrium und Tod des Zeitfreiwilligen Gröschke

Berlin, 29. Okt.

In Landsberg a. d. Warthe wurde gestern der vierte Femeprozeß, der Fall der Ermordung des S. R. Mannes Paul Gröschke behandelt. Es ergab sich ganz klar der Beweis, daß eine

geheime Feme, bzw. Mord- und Rollkommandos unter der Führung des Oberleutnant Schulz bestanden.

Durch Auseinanderreißen der Fememorde in mehrere Prozesse und Prozeß-Akten wird ermöglicht, daß sich die Verhandlungen immer nur an der Oberfläche bewegen und daß

die Zusammenhänge und Hintergründe der Geschehnisse nicht vollständig aufgedeckt werden können.

Gröschke wurde im Fort Gorgast, als man ihn im Verdacht hatte, ein „kommunistischer Spitzel" zu sein, **in der bestialischsten Weise gemartert,** um ihn zu Geständnissen zu bringen. Er wurde vom Rollkommando so **furchtbar mißhandelt,** daß ihm die **Kleider in Fetzen vom Leibe fielen** und er **am ganzen Körper blutete:** im Auftrage des Leutnants Raffael! Im Auftrage des gleichen Leutnants wurde Gröschke **vollkommen nackt mit einer Hundepeitsche bearbeitet.**

Der Leutnant gab die Anweisung, die Türe zur Zelle offen zu lassen, damit jeder, der Lust habe, Gröschke verprügeln könne.

Am nächsten Tage wurde Gröschke beim Verhör durch den Leutnant Raffael und den Fähnrich Becker wieder von mehreren Beauftragten mit einem meterlangen **Ochsenziemer** und einem **Gummiknüppel bearbeitet.** Selbst das „Berliner Tageblatt" sieht sich gezwungen, angesichts der schauerlichen Enthüllungen über die furchtbaren Bestialitäten, die tagelang an dem Opfer der weißen Feme begangen wurden, von **„Femebestien"** zu sprechen. Die Angeklagten Schiburr und Grätz berufen sich auf die Befehle ihrer Vorgesetzten. Später übernahm Schulz als Oberkommandeur der Gruppe die Erledigung des unmenschlich gemarterten Gröschke. Von Gift wurde Abstand genommen und

Klapproth und Büsching bekamen den Befehl, den Gröschke „umzulegen".

Büsching wollte Gröschke sofort in der Zelle niederschlagen, aber Klapproth schlug den Mord im Auto vor. (Bekanntes Rezept der bayerischen Fememorde! D. Red.) Zwischen Küstrin und Zorndorf rief Büsching den Klapproth an:

„Wann kannst knallen?" — Klapproth antwortete: „Gleich!" Sofort schoß Büsching den Gröschke zweimal in den Hinterkopf.

An einer Schonung hielt der Wagen und die in zwei Militärmäntel gehüllte **Leiche wurde verscharrt.**

Soweit der der Anklage zu Grunde liegende Tatbestand.

Geßler und Severing:

gerichtsnotorische Väter der Schwarzen Reichswehr!

Zur Verlesung der Eröffnungsbeschlüsse wurde von der Verteidigung beantragt, auch die Gründe des Eröffnungsbeschlusses des Reichsgerichts, und zwar den des 4. Strafsenats vom 24. Juni 1926, zu verlesen. In diesen Gründen wird u. a. ausgeführt:

„Die Arbeitskommandos im Bezirk des Wehrkreiskommandos III waren **mit Zustimmung des Reichswehrministeriums** im Jahre 1922 **errichtet und Reichswehrbehörden unterstellt** worden. Dies war vom Reichswehrminister

auch dem preußischen Minister des Innern gemeldet worden,

der hiergegen **nichts einzuwenden** hatte. Ihre Einrichtung wurde notwendig, weil die aktiven Truppen infolge ihrer zahlenmäßigen Schwäche nicht mehr in der Lage waren, gewisse im Interesse der Landessicherheit notwendigen Arbeiten zu verrichten, ohne Gefahr zu laufen, an ihrer Ausbildung Schaden zu nehmen. Diese Arbeiten bestanden in der Erfassung des noch im Lande verborgenen Kriegsmaterials aller Art, besonders der Waffen, ihrer Heranholung in Garnisonen und ihrer Instandsetzung. **Aus den in der Denkschrift des Wehrkreiskommandos III angegebenen Gründen war es notwendig, die Angehörigen der Arbeitskommandos in militärische Uniformen zu stecken, sie in der Handhabung der in Stand zu setzenden Waffen zu unterweisen und sie militärischer Disziplin zu unterstellen.** Im Zusammenhang hiermit stand die Vorbereitung der Aufstellung von Freiwilligen-Verbänden für einen notwendig werdenden Grenzschutz, die ebenfalls im Auftrag des Wehrkreiskommandos erfolgte. **Die Bezahlung erfolgte zum überwiegenden Teil aus Geldmitteln, die von opferbereiten Leuten gesammelt wurden.** Zur Beratung aller dieser Fragen war vom Wehrkreiskommando der Major a. D. Buchrucker angestellt worden, und ferner als **Dezernent für die Arbeitskommandos der Angeklagte, Oberleutnant a. D. Schulz. Die AK.'s unterstanden den einzelnen Garnisonkommandanturen, sie verfolgten also bei ihrer Begründung keine hochverräterischen Zwecke, sondern solche, die von den erwähnten Ministern gebilligt wurden."**

Dann wird weiter betont, daß Major Buchrucker allerdings, unter Benutzung von Arbeitskommandos, den Küstriner Putsch veranstaltet habe. Wenn das Urteil des Kottbuser Prozesses den Verdacht äußere, daß der damals nicht mitangeklagte Schulz bei seinen nahen Beziehungen zu Buchrucker diesem hochverräterischen Unternehmen nicht fern gestanden habe, so liegen doch keine genauen Anhaltspunkte dafür vor, daß schon im Juni 1923 mit den Arbeitskommandos hochverräterische Zwecke verfolgt wurden, und daß die am 23. Juni 1923 erfolgte **Ermordung von Gröschke** auch nicht entfernt mit solchen Plänen im Zusammenhang zu bringen sei.

Was in anderen Vernehmungen über die angeblichen Pläne der AK. in Gemeinschaft mit der Reichswehr eine Militärdiktatur zu errichten, ausgesagt worden sei, betreffe nur die Zeit von August bis September 1923, komme also für die hier fragliche Zeit von Juni 1923 nicht in Betracht. Wie in der Denkschrift des Preußischen Innenministers zutreffend ausgeführt worden sei,

stamme die Einrichtung der Selbstjustiz aus dem Oberschlesischen Selbstschutz, der entstanden sei, weil es in den damaligen schwierigen Verhältnissen in Oberschlesien unmöglich gewesen sei, Verräter im ordentlichen Rechtswege zur Verantwortung zu ziehen.

(Severing als Verteidiger der Femejustiz!)

Es wurden dann die Gründe der Strafkammer Landsberg verlesen, die das Verfahren an den Staatsgerichtshof abgewiesen hatte. Die Strafkammer stützt sich dabei auf das Urteil im Prozeß Buchrucker und auf die Aussagen des Zeugen v. Albert. **Aus beiden gehe hervor, daß die Fememorde erfolgt seien zur Sicherung des vorbereiteten Hochverrats.**

Darauf folgt die Vernehmung der Angeklagten, die in ihrer Gesamtheit ein noch grauenhafteres Bild der bestialischsten Foltermethoden ergibt, als die Anklageschrift vermuten ließ. (Wir berichten darüber morgen.)

Gummiknüppelterror in der Berliner Stadtverordnetenversammlung

Die halbe kommunistische Fraktion gewaltsam entfernt

Berlin, 29. Okt.

In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung kam es nach den Provokationen der Bürgerlichen und der Sozialdemokraten zu Szenen, wie sie selbst in den Berliner Parlamenten unerhört sind. Die kommunistische Fraktion hatte einen Antrag eingebracht, der gegen den kürzlich abgeschlossenen Hohenzollernvergleich protestiert. Schon bei der Beratung dieses Antrages kam es zu großen Tumulten. Die Erregung steigerte sich, als die

Ergänzungswahlen zum Magistrat

vorgenommen werden sollten. Die Sozialdemokraten hatten hinter den Kulissen mit den bürgerlichen Stadtverordnetenfraktionen eine Abmachung getroffen, nach der die Kommunistische Fraktion bei der Wahl der Magistratsmitglieder ausgeschaltet und damit die sozialistisch-kommunistische Mehrheit im Magistrat zerschlagen werden sollte. Als dieser ungeheuerliche Skandal bekannt wurde, setzte von Seiten der Kommunisten Obstruktion ein. Durch Trommeln, Pfeifen und Schreien wurde die Verhandlung unmöglich gemacht. Magistrat und Stadtverordnetenvorsteher flüchteten. Während der Aeltestenausschuß zusammentrat, wurde die Polizei benachrichtigt.

Als die Sitzung wieder eröffnet werden sollte, setzte von Neuem die Obstruktion ein. Saal und Tribünen vereinigten sich im Gesang der Internationale. Plötzlich mitten im Tumult drang die Polizei des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Zörgiebel in den Saal,

schlug mit Gummiknüppel auf die kommunistischen Fraktionsmitglieder

und schließlich auch auf die Tribünenbesucher ein und räumte Tribünen und Saal. Ueber die Hälfte der über 40 Mann starken kommunistischen Fraktion wurde mit Polizeigewalt hinausbefördert. Unter Protest verließ der Rest der kommunistischen Fraktion den Saal.

Nachdem mit Polizeigewalt die „Ruhe" wieder hergestellt war, konnten die Magistratswahlen vorgenommen werden. Wie vorher mit den Bürgerlichen abgemacht, siegten die Kandidaten der sozialdemokratischen Partei. Die zweitstärkste Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung, die Kommunisten, bekamen durch das schändliche Abkommen der Sozialdemokraten mit den Bürgerlichen keinen Einfluß im Magistrat.

Der Vater des Zensurgesetzes spricht...

Der derzeitige Republikaner und Reichsinnenminister Külz hat auf der demokratischen Parlamentariertagung das **„Schund- und Schmutzgesetz"** mit der Begründung verteidigt, daß der sozialdemokratische Staatsrekretär Heinrich Schulz der Verfasser dieses Gesetzes sei; folglich könne es nicht so schlimm sein. Dem „Vorwärts" und Herrn Schulz ist die Feststellung der Vaterschaft am Zensurgesetz sehr peinlich. Deshalb läßt Schulz eine Erklärung los, in der feierlich beteuert wird:

> Schulz übernehme heute noch für seinen Entwurf die volle Verantwortung. Der Entwurf hätte ursprünglich vorgesehen, daß eine Schrift für einen Schund erklärt werden solle, wenn die Verbände für Volksbildung und Jugendwohlfahrt einerseits, des Buchhandels und der Literatur und Kunst andererseits (also vier Verbände) sich einstimmig dahin aussprechen würden. Außerdem habe Schulz in seinem Entwurf statt der beschlossenen Länderprüfstellen eine einzige Reichsprüfstelle festgelegt. Bei dem Gesetz in seiner heutigen Fassung lehne er jedoch jede Vaterschaft ab.

Als Kommunisten und grundsätzliche Gegner einer jeden Zensur im kapitalistischen Staate stellen wir fest:

Wir haben bereits vor längerer Zeit bei Besprechung des Schandgesetzes die Rolle des sozialdemokratischen Staatssekretärs Schulz in dieser Frage festgenagelt, ohne daß Herr Schulz sich irgendwie gerechtfertigt hätte. Wenn er jetzt jede Verantwortung ablehnt, so sei gewiß zugegeben, daß das Zensurgesetz durch Reichsrat und Bildungsausschuß des Reichstages noch verschlechtert worden ist, inbesondere in der Frage der Länderprüfstellen, der Beteiligung der Kirche bei der Entscheidung und der qualifizierten Mehrheit der Entscheidungen.

Alle Grundzüge des Gesetzes und die gesamte Tendenz sind die ihm vom sozialdemokratischen Staatssekretär Schulz gegebenen geblieben:

1. Der Sozialdemokrat Schulz hält den Kampf gegen Schund und Schmutz im Kapitalismus durch Polizeigesetze möglich; er lehnt den sozialistischen Grundsatz ab, daß Schund und Schmutz notwendige Bestandteile des kapitalistischen Systems sind, und erst durch die siegreiche proletarische Revolution, d. h. durch die einzige politisch, sozial und damit kulturell fortschrittliche Klasse ausgerottet werden kann.

2. Durch seinen Entwurf, von dessen weiterer Verschlechterung Schulz überzeugt war, hat er die Möglichkeit schaffen helfen, daß politisch, sozial und kulturell rückschrittlich zusammengesetzte Prüfstellen jegliche revolutionäre oder auch nur fortschrittliche Literatur als Schund und Schmutz verbieten könne.

Auf Grund dieser beiden Feststellungen ergibt sich die klare Frontstellung: Hie das revolutionäre Proletariat und alle, die mit ihm Schulter an Schulter, für politischen, sozialen und kulturellen Fortschritt kämpfen — da die vereinigte Reaktion, die im Zeichen des schwärzesten Mittelalters kämpft! Für eine dritte Front schwankender Elemente, die für eine Zensur in abgemilderter Form sind, ist kein Platz! Alle fortschrittlichen Schriftsteller, Künstler usw. erkennen mit der Arbeiterklasse:

Jede Zensur im kapitalistischen Staat ist reaktionär!

Gefahr für die Streikenden im Anzug

London, 28. Oktober.

In den **Verhandlungen** zwischen **Regierungsmitgliedern und Vertretern des Generalrats der englischen Gewerkschaften** soll nach dem englischen offiziellen Kommunique lediglich eine unverbindliche **Aussprache** über die Lage im Kohlenbergbau stattgefunden haben. Nach einer Meldung der Reuter-Agentur erklärte Baldwin den Gewerkschaftsführern, daß die **Haltung der Regierung unverändert die gleiche bleiben werde.** Die Verhandlungen waren streng vertraulich. Nach Mitteilungen des parlamentarischen Korrespondenten des „Daily-Expreß“ soll den Verhandlungen ein konkretes Angebot der Gewerkschaftsführer zugrunde gelegen haben. Die Gewerkschaftsdelegation habe der Regierung Vorschläge über die Wiederaufnahme der Arbeit gemacht. Nach der der Arbeitsaufnahme sollen Verständigungsverhandlungen zwischen den Unternehmern und den Gewerkschaften geführt werden. Die Gewerkschaften erklären sich zu einer Verständigung auf der Grundlage von Distriktsverträgen bereit unter der Bedingung, daß die Unternehmer auf ihre übrigen Forderungen weitgehend verzichten.

Der „Daily Herald“ bestätigt die Meldung, daß die Initiative zu den gestrigen geheimen Verhandlungen vom Generalrat ausgegangen sei. Es scheint auch, daß die Verhandlungen des Generalrats mit der Regierung **nicht ohne Wissen, ja sogar mit Einwilligung der Führer des Bergarbeiter-Verbandes zustande gekommen sind.**

Vorbereitung des Verrats

London, 29. Okt.

Der Generalrat der englischen Gewerkschaften, der alles getan hat, um eine energische Solidaritätsaktion für die Bergarbeiter bis in die letzten Tage zu sabotieren, keine Transportsperre und keine großzügige Abführung von Mitteln durch alle Arbeiter für die Bergarbeiter durchzusetzen. sich bemühte, will eine neue Konferenz zwischen Unternehmern und Bergarbeitern herbeiführen. Er hat entsprechende Schritte unternommen.

Streikbruchüberschichten in Belgien

Brüssel, 29. Okt.

Die belgischen Bergbauunternehmer fordern die Zustimmung der Gewerkschaftsführer zum Verfahren einen halbstündigen Ueberschicht, da durch den englischen Streik ein Kohlenmangel entstanden sei, der in wenigen Wochen zur Katastrophe in Belgien führen könne. Die reformistischen Gewerkschaftsführer lehnten dieses Streikbruchangebot nicht sofort ab, sondern erklärten nur, daß sie eine positive Antwort nicht geben könnten und sie erst ihre Mitglieder befragen müßten. In der belgischen Arbeiterschaft herrscht sehr starke Abneigung gegen solche Streikbruchüberschichten.

400 000 Tonnen südafrikanischer Kohlen nach England

Johannisburg, 28. Okt.

Die englischen Eisenbahnen haben bei den südafrikanischen Grubenbesitzern 400 000 Tonnen Kohlen bestellt. In allen Bergwerken Süd- und Ostafrikas wird mit Hochdruck gearbeitet, um die große Nachfrage zu befriedigen.

Kohlenmangel auch in Danzig

Danzig, 29. Okt.

Durch den starken Export polnischer Kohlen nach England und die völlige Verstopfung der polnischen Eisenbahnen droht dem Kohlenmarkt eine Katastrophe. **Die ganze Bevölkerung friert.** Die Brotversorgung Danzigs ist gefährdet, da die Mühlen infolge Kohlenmangel das Korn nicht ausdreschen können. Unter der Bevölkerung herrscht große Erregung.

Monarchistische Verschwörung Pilsudskis

Warschau, 28. Okt.

Pilsudski hatte mit dem monarchistischen Justizminister im Schloß des Führers der Monarchisten, Prinz Radzivill eine **Konferenz mit Vertreter der Aristokratie und der monarchistischen Großgrundbesitzer.** Dabei haben die Führer der Monarchisten Pilsudski bereitwillige Unterstützung zugesagt. Es besteht die Möglichkeit der Bildung einer Großgrundbesitzerpartei. In Warschau selbst gehen Gerüchte von der Ausrufung der Monarchie an deren Spitze Prinz Radzivill als König stehen soll. Die heutige Kabinettssitzung verhandelte vertraulich über diese Zusammenkunft. Der sozialdemokratische Minister Moraczewski hat bisher gegen diese Konferenz noch keine Erklärung abgegeben. Das sozialdemokratische Organ wendet sich heftig gegen Pilsudski.

Volksaufstand in Schanghai

Moskau, 28. Okt.

Aus Charbin wird gemeldet, daß in Schanghai ein Aufstand der Kuomintang-Anhänger ausgebrochen sei. Arbeiter und Studenten versuchten die Polizeidirektion zu erstürmen. Der Aufstand soll nach dieser Meldung niedergeschlagen sein.

Neues aus aller Welt

100 Lepra-Kranke im Sudan. In der Provinz Mongallia ist eine Lepra-Epidemie ausgebrochen. Bisher befinden sich in den Krankenhäusern 100 Kranke. Die Krankheit breitet sich auch in den andern Provinzen aus.

Straßenbahnunglück in Berlin-Neukölln. In Neukölln fuhr ein Arbeitswagen in schneller Fahrt einem Straßenbahnwagen in die Flanke. Die Wagendeichsel ging durch die Seitenwand des Straßenbahnwagens, traf eine Frau im Genick und drückte sie gegen eine Fensterscheibe. Glasscherben zerschnitten der Frau die Halsschlagader, sodaß sie nach wenigen Minuten starb. Zwei weitere Fahrgäste wurden durch Glassplitter verletzt.

Fünffacher Mord. Vor dem Neuwieder Schwurgericht begann eine Verhandlung gegen den Korbmacher Jakob Hoppen aus Breitscheid wegen fünffachen Mordes. Hoppen hat u. a. seinen Vater, seine Frau und sein Kind ums Leben gebracht Im Jahre 1919 hat er am Ramser Berg zwei Männer mit einem Spaten erschlagen und beraubt. Erst im Jahre 1924 gelang es, ihn zu verhaften. Der Angeklagte leugnete vor Gericht. Das Gericht stellte das Verfahren wegen Ermordung des Vaters, der Frau und des Kindes ein und verurteilte Hoppen wegen zweifachen Mordes an den beiden Männern zweimal zum Tode.

15 Scheunen in Pommern niedergebrannt. In Neu-Stettin brach ein Großfeuer aus, das innerhalb kurzer Zeit 15 Scheunen, Speicher und Ställe mit großen Getreidevorräten und zahlreichen landwirtschaftlichen Maschinen vernichtete.

Aus München

Polizeiprovokationen vor dem amerikanischen Konsulat

München, 29. Oktober

Als heute Vormittag eine große Anzahl von Vertretern hiesiger Arbeiter-Organisationen, von Betrieben, Erwerbslosen usw. dem amerikanischen Konsulat eine Protestresolution gegen die Hinrichtung von Sacco und Vanzetti überreichen wollten, verhinderten Polizisten den Zutritt zum Konsulat. Der Abgeordnete Genosse Grönsfelder wurde mit Gewalt zurückgetrieben. Erst auf Anweisung des amerikanischen Konsuls wurden die Delegation in das Konsulat gelassen. Aus technischen Gründen bringen wir erst morgen einen ausführlichen Bericht über diese neue Blamage der Mantel-Polizei.

Wiederherstellung der Immunität von Schlaffer und Götz gefordert!

Die Betriebe protestieren gegen den Terror in Bayern

In einer am 26. Oktober tagenden Betriebsversammlung der Baufirma Ranke wurde folgende Resolution an den Landtag einstimmig angenommen:

„Die heute tagende Betriebsversammlung der Belegschaft der Firma Rank, Baugeschäft protestiert energisch gegen die dauernde verfassungs- und gesetzeswidrige einseitige Unterdrückung der Versammlungsfreiheit gegenüber den linksgerichteten Arbeiterorganisationen und den kommunistischen Abgeordneten. Ebenso protestiert die Versammlung gegen die provokatorische Wegnahme der Mandate der Abg. Schlaffer und Götz.

Die Versammelten verlangen einmütig von der Regierung und dem Landtag die **restlose Herstellung der Versammlungsfreiheit sowie die Wiederherstellung der Immunität der Abg. Schlaffer und Götz.** Die Versammelten sind um so mehr von der Berechtigung ihrer Forderungen überzeugt, als den rechtsgerichteten Organisationen durch die Behörden weitgehendste Unterstützung bei ihrer öffentlichen Arbeiterhetze gewährt wird.“

100 Prozent Friedensmiete im November

München. Die Miete für November beträgt wie im Vormonat 100 Prozent der Friedensmiete. Auch die Zuschläge für gewerblich benutzte Räume bleiben unverändert.

Aus Not mit ihren Kindern in die Isar

München. Am Mittwoch Vormittag wollte sich die Frau eines in Giesing wohnenden Arbeiters bei den Ueberfällen mit ihren beiden Kindern im Alter von 3½ und 2 Jahren in die Isar stürzen. Herbeieilende Passanten verhinderten die Frau an der Ausführung ihres Entschlusses. Sie wurde zur Polizeiwache gebracht, da sie erklärte, daß sie ihr Vorhaben ausführen werde. Als Beweggrund für die Tat gab sie wirtschaftliche Not an. Ihr Mann ist seit 1½ Jahren arbeitslos und außerdem Epileptiker.

Aus Bayern

Die Bayerische Volkspartei und die „Politisierung“ der Jugend

In der klerikalen und bürgerlichen Presse findet man von Zeit zu Zeit lange Epistel über die „sittliche Verkommenheit“ der heutigen Jugend. Lange Predigten folgen, in denen gefordert wird, daß die Jugend von der Politik „unberührt“ bleiben müsse. Es ist klar, daß diese Epistel sich gegen die proletarische und insbesondere die kommunistische Jugendbewegung wenden. Denn in ihrem eigenen Hause erziehen nicht nur die demokratischen und nationalistischen Parteien die Jugend, nach ihrem politischen Parteiprogramm, sondern auch die sogenannten „christlichen“ Parteien haben lange schon durch die Gründung von Jungfrauen- und Jünglingsvereinen den Weg und die politische Beeinflussung der Jugend betreten. Daß dabei nicht gerade die geeignetsten „Erzieher“ für die Jugend ausgesucht werden, bewies unter anderem wieder die sogenannte **Führerkonferenz der Jugendgruppen der Bayerischen Volkspartei,** die am Sonntag den 24. Oktober in Nürnberg tagte. Auf ihr war unter den Vertretern ausgerechnet der „sittenstrenge“ Landtagsabgeordnete der Bayerischen Volkspartei Schäffer erschienen, der mit dem Redakteur des nationalsozialistischen „Eisenhammer“ das saubere Komplottchen geschmiedet hat, das wir unlängst aufdeckten. Dieser Herr ist allerdings außerordentlich geeignet, der proletarischen katholischen

---

Die weiße Pest

37) Ein Femeroman

von Traugott Lehmann

Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten Berlin 1926

IV.

Dr. Knappe wunderte sich ein wenig über die plötzliche Besorgnis, die von Sanden für das Befinden seines Patienten an den Tag legte. Von Sonntag nachmittag an bis Dienstag abend ließ der Herr Oberleutnant fünfmal telephonisch anfragen, wie es dem Patienten gehe. Immer klang durchs Telephon die gleiche weibliche Stimme, die Dr. Knappe als die der „Baronin“ erkannte und immer berichtete Dr. Knappe wahrheitsgetreu, es habe sich im Befinden des Patienten nichts verändert, es gehe ihm gut.

Ilona war der Verzweiflung nahe; weshalb in aller Welt hatte der junge Idiot nicht den Rechtsanwalt benachrichtigt? Worauf warteten denn die Leute? Nun waren seit ihrem Besuch in der Anstalt bereits sechs Tage vergangen: Dresde würde Verdacht gegen sie schöpfen; er hatte ihr eine Woche Zeit gegeben. Vielleicht war dem Burschen etwas zugestoßen. Sie konnte unmöglich länger warten.

Am Nachmittag begab sie sich, dicht verschleiert und in einen großen Mantel gehüllt, der ihre Gestalt völlig verdeckte, ins Büro des Dr. Birnbaum, nur um hier zu erfahren, daß er erst mit dem Nachtzug um elf Uhr vierzig Minuten heimkäme; morgen werde er von drei Uhr an im Büro sein.

Noch ein verlorener Tag! Nein, das durfte nicht sein!

Als Dr. Birnbaum seine Wohnung betrat, meldete ihm das Mädchen, eine Dame sei da, die unbedingt den Herrn Rechtsanwalt zu sprechen wünsche.

„Eine Dame?“ fragte Dr. Birnbaum verblüfft. „Um diese Zeit?“

„Es ist keine Genossin“, sagte das Mädchen. „Sie ist elegant, riecht nach Parfüm, spricht wie eine Ausländerin.“

„Wo ist sie?“

„Sie bat mich, sie irgendwo warten zu lassen, wo niemand sie sehen könne. Ich führte sie daher ins Schlafzimmer.“

Die Sache wurde immer geheimnisvoller. Dr. Birnbaum zog hastig den Mantel aus.

„Der Geza ist auch da“, meldete das Mädchen. „Er sitzt im Wohnzimmer.“

„Sagen Sie ihm, daß ich gleich kommen werde.“ Vor allem mußte er seine geheimnisvolle Besucherin sehen, erfahren, was sie wolle.

Als er das Schlafzimmer betrat, erhob sich eine dicht verschleierte schwarze Gestalt und schritt ihm entgegen.

„Verzeihen Sie, daß ich Sie zu so später Stunde belästige, Herr Doktor. Aber es handelt sich um etwas äußerst Wichtiges.“

„Bitte“, erwiderte der Rechtsanwalt wies auf einen Sessel. „Womit kann ich Ihnen dienen?“

Die verschleierte Dame verschlang nervös die Hände in einander; schmale Hände, dachte Dr. Birnbaum, Nichtstuerhände.

„Ich kann meinen Namen nicht nennen“, sagte die verschleierte Dame, „aber ich komme, um Ihnen einen Dienst zu erweisen.“

Der Rechtsanwalt betrachtete sie mißtrauisch; meist verlangten die Menschen von ihm Rat und Hilfe, nun aber kam ein geheimnisvoller Jemand daher und wollte ihm helfen.

„Selbstverständlich sind Sie mißtrauisch“, fuhr die verschleierte Dame fort „ich wäre es an Ihrer Stelle auch. Aber ich kann dem nicht abhelfen. Hören Sie mich an: Sie suchen nach einem Vermißten, der, Ihrer Ansicht nach, für den Prozeß Schmidt von Wichtigkeit ist.“

Sie verstummte und Dr. Birnbaum sah hinter dem schwarzen Schleier zwei funkelnde dunkle Augen, die sich in die seinen bohrten. Die verschleierte Dame sprach die ganze Zeit über im Flüsterton; dennoch fühlte der Rechtsanwalt in der leisen Stimme eine Kraft und Entschlossenheit, die ihn in Erstaunen versetzten.

„Ich habe tatsächlich ein gewisses Interesse für einen Vermißten“, erwiderte er vorsichtig. Nicht er wird die Karten aufdecken, das soll die Frau tun, einerlei, ob sie Freund oder Feind ist.

Die verschleierte Dame seufzte etwas ungeduldig. „Hat Ihnen in den letzten Tagen niemand die Adresse des Vermißten gegeben?“ fragte sie.

„Nein“, entgegnete der Rechtsanwalt, und aus seiner Stimme klang ehrliches Staunen.

Die verschleierte Dame schien von dieser Antwort äußerst unangenehm berührt zu sein; ihr Atem ging rasch, sie preßte unter dem Schleier die Hände gegen die Stirn. „Wirklich nicht?“ fragte sie mit zitternder Stimme. „Ich bitte Sie, sagen Sie die Wahrheit! Es hängt viel, sehr viel davon ab.“

„Gnädige Frau, ich pflege nur dann zu lügen, wenn es unbedingt notwendig ist“, sprach Dr. Birnbaum etwas ungeduldig. „Und in diesem Fall besteht keine Notwendigkeit; niemand hat mir über den Aufenthaltsort des Vermißten Mitteilung gemacht.“

„Unbegreiflich“, murmelte die verschleierte Dame vor sich hin. „Sollte ich mich dennoch getäuscht haben? Gehörte der Bursche nicht zu diesen, sondern zu den anderen?“

Der Rechtsanwalt schwieg; die Worte der verschleierten Dame waren ihm unverständlich.

„Herr Doktor, und sonst, wurde Ihnen nichts gebracht? Keine … keine Papiere?“

Dr. Birnbaum zögerte einen Augenblick; die Frage erweckte sein Mißtrauen.

„Ich bitte Sie, sagen Sie mir die Wahrheit!“, drängte die verschleierte Dame in flehendem Ton.

Der Rechtsanwalt überlegte; eigentlich konnte er die Frage getrost beantworten; die Papiere befanden sich ja nicht mehr bei ihm, sondern in den Händen des Vorsitzenden; hatte die verschleierte Dame es auf sie abgesehen, so mochte sie sie nur bei dem Vorsitzenden stehlen.

(Fortsetzung folgt.)

Jugend die Grundsätze der christlichen Sittenlehre beizubringen.

Nach einem Referat des Generalsekretärs Dr. Pfeiffer wurden für die Arbeit unter der Jugend folgende Thesen angenommen:

„1. **Die Jugendarbeit der Bayerischen Volkspartei ist ein Teil der Gesamtarbeit der Partei und soll sich in der Form an örtlichen Verhältnissen bilden.**

2. Die Jugendarbeit der Partei soll sich von den örtlichen Verhältnissen ausgehend nach gemeinsamen Richtpunkten in einheitlichem Geiste vollziehen und sich hierfür zum Gedankenaustausche zur Erleichterung der Arbeit eine lose äußere Form geben, nämlich den Landesverband der Jugendgruppen der Bayerischen Volkspartei, dessen Aufgabe es ist, ein Sprachrohr gegenüber der Partei zu sein.

3. Es soll danach gestrebt werden, daß die Form aus den örtlichen Verhältnissen herauswächst und übergeht in eine Selbstverwaltungsform im Rahmen der örtlichen Parteiarbeit.

4. **Die gesamte Jugendarbeit wird zusammengefaßt in einen Landesverband der Bayerischen Volkspartei.**

5. Die örtliche Jugendarbeit kann sich einen Namen wählen, im Zusammenhang mit dem aber bei offiziellen Gelegenheiten die Zugehörigkeit zur Partei deutlich sichtbar werden muß.

Zur Durchführung dieser Beschlüsse wurde ein Ausschuß gewählt, an dessen Spitze natürlich ein Schulmeister, Herr Vetter-Kempten, steht.

Zur selben Zeit fand eine Versammlung des **Landesverbandes der Presse der Bayerischen Volkspartei** statt, auf der auch wieder der berüchtigte Herr Schäffer ein Referat hielt. Herr Schäffer ist wahrlich der geeignete Mann, um sowohl der volksparteilichen Jugend als auch der Presse der Bayerischen Volkspartei Erzieher und Wegweiser zu sein.

Dividenden in Bayern

Die Münchener Export Malzfabrik A. G. berichtet über Abschreibungen von 41 261 Mark und einen Reingewinn von 138 878 Mark. Davon sollen wieder wie im Vorjahre 10 Prozent Dividende verteilt werden. Abschreibungen und Reingewinn haben sich gegenüber dem Vorjahre um etwa 20 000 Mark erhöht.

Amperwerke Elektrizitäts A. G. und Neue Amperwerke A. G. München haben in der letzten Aufsichtsratssitzung beschlossen, der am 3. Dezember 1926 stattfindenden Generalversammlung nach besonders reichlichen Rücklagen die Verteilung einer Dividende von 7 Prozent (im Vorjahre 6 Prozent) auf die Stammaktien und 6 Prozent auf die Vorzugsaktien für beide Gesellschaften vorzuschlagen.

Die Freiherrlich von Tucher'sche Brauerei A. G. in Nürnberg berichtet über das vergangene Geschäftsjahr nach großen Rückstellungen von einem **Reingewinn von 696 629 Mark**, von dem 10 Prozent Dividende verteilt und außerdem 144 000 Mark zu Rückstellungen verwandt und über 56 000 Mark vorgetragen werden.

Brotpreis-Erhöhung in Landshut

(Arbeiterkorrespondenz)

Landshut. Der Semmelpreis wurde in Landshut von 2½ auf 4 Pfennig ab Montag, den 25. Oktober, erhöht. Als Beweggründe wurden von seiten der Bäckermeister einzelne verschuldete Betriebe angegeben und damit eine Erhöhung des Brotpreises für die notleidenden werktätigen Schichten für gerechtfertigt betrachtet.

Jedoch wird diese Semmelpreiserhöhung in Kürze in Landshut zusammenbrechen, weil **selbst große Brotfabriken** die heute noch rentabel sind, **die ungerechte Erhöhung mißbilligen** und ihr Brot um den alten Preis absetzen. Zu bemerken ist noch die Aeußerung vom hiesigen Bürgermeister Dr. Herterich, der in der letzten Stadtratssitzung unter anderem erklärte, Schwarzbrot ist für Kinder gesünder. Die werktätige Bevölkerung Landshuts empfiehlt dem Bürgermeister, daß er selbst seinen Kindern recht viel Schwarzbrot gebe. Nach Bekanntwerden der Brotpreiserhöhung hat die K.P.D. an den A.D.G.B. das Verlangen auf Einberufung einer öffentlichen Versammlung gestellt, in der gegen die Brotpreiserhöhung Stellung genommen werden soll.

Werktätige in Landshut!

Die Brotwucherer haben den Semmelpreis auf 4 Pfennig ohne Euch zu fragen, festgesetzt.

Wollt Ihr 1 Pfennig Lohnerhöhung, so könnt Ihr jahrelang darum kämpfen.

Wehrt diesen neuen Raubzug ab!

Tretet ein in den Konsumverein!

Kauft dort Euer Brot, er behält den alten Preis bei!

K.P.D., Ortsgruppe Landshut.

Kurze Nachrichten

Den Schwiegervater erstochen. — Vilshofen. — Zwischen dem Hochzeitslader Michael Antesberger in Buch und seinem Schwiegersohn Franz Renner kam es zu einem Streit, in dessen Verlauf Renner seinen Schwiegervater mit dem Messer so schwer verletzte, daß er nach kurzer Zeit starb. Der Täter wurde verhaftet.

Brandstiftung. — Oberaudorf. — Nach kurzer Zeit brach hier am 28. Oktober wieder ein Brand in der Scheune des Landwirtes Schwaighofer aus. Das ist in kurzer Zeit der dritte Brand. Alle drei Brände wurden durch Brandstiftung verursacht.

Sittlichkeitsverbrechen an Minderjährigen. — Straubing. — Hier wurde der Maschinengeschäftsinhaber Bayerl wegen Sittlichkeitsverbrechen an minderjährigen Mädchen verhaftet. Bayerl war schon an der berüchtigten Städtischen Sparkassenaffäre beteiligt.

Warum keine Krankenkassen-Wahlen?

Die ehrenamtliche Funktion der Versichertenvertreter in den Krankenkassen ist, wie in allen anderen Körperschaften, an einen gewissen Zeitabschnitt gebunden. Die diesjährige Periode läuft nach den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen mit 31. 12. 26 ab. Bis zu diesem Termin müssen also die Neuwahlen sowohl für die Krankenkassenausschüsse als auch für die Kassenvorstände, die bekanntlich erst durch die neuen Ausschüsse gewählt werden, vollzogen sein.

Zu diesem Zwecke hat die jeweils noch amtierende Vorstandschaft einer jeden Krankenkasse die Pflicht, spätestens sechs Wochen vor dem Wahltage selbst, Ort, Tag, Beginn und Ende der Wahl, öffentlich bekanntzugeben. (§ 4 der W.O.)

Selbst unter der Annahme, daß nach dem Vollzug der Ausschußwahl bis zum Termin für die Wahl der Kassenvorstandschaft nur noch eine Woche vorgesehen wäre, — die A.W.O. benennt hierfür sogar sechs Wochen — ergäbe sich vom 31. 12. 26 zurückgerechnet, sechs Wochen und dazu diese eine Woche sind sieben Wochen, also der 12. 11. 26. Nur wenige Wochen trennen uns darnach noch von diesem für die Arbeiterschaft so außerordentlich wichtigen Zeitpunkt.

Wir sagen deswegen wichtiger Zeitpunkt, weil bei dieser Wahl nicht nur die Versicherten die Gelegenheit bekommen, durch Abgabe ihrer Stimmen fortschrittliche Vertreter ihrer Bedürfnisse in die Krankenkassenausschüsse zu entsenden und dadurch solche, die rückschrittlichen Bestrebungen anhängen, endlich einmal auszuschiffen, sondern, was zum mindesten ebenso wichtig ist, weil aus und von den neu zu wählenden Versichertenvertretern bei den Krankenkassen alle anderen Vertreter bei den sozialen Versicherungskörpern z. B. Versicherungsamt, Versicherungsanstalt, Ober- und Landes-, sowie Reichsversicherungsamt wieder entnommen bzw. gewählt werden müssen.

Allein trotz dieser Tatsache ist nichts davon zu bemerken, daß zu mindestens die Allgemeinen Ortskrankenkassen Veranlassung nehmen würden, ihrer selbstverständlichen Gesetzespflicht gegenüber den Versicherten nachzukommen. Wir verstehen eine solche Zurückhaltung sehr wohl von den Unternehmerbeisitzern in den Kassen und ihren getreuen schwarzen Schildknappen, die als Anhänger des alten Trotts einen frischen freien Luftzug fürchten wie die Pest, aber unverständlich bleibt der Arbeiter- und Angestelltenschaft die stillschweigende Duldung solcher Praktiken durch die **Vertreter der freien Gewerkschaften** in den Kassen.

Nach § 16 der R.V.O. beträgt die Wahlzeit bzw. Amtsdauer der Vertreter bei den Versicherungsträgern, also auch bei den Krankenkassen, vier Jahre.
Diese Zeit ist längst abgelaufen. Ein Gesetz, das eine Verlängerung der Amtsdauer vorsieht, besteht tatsächlich nicht. Nun hat der Reichsarbeits-Minister Brauns, — allen Arbeitern durch seine Unternehmerfreundlichkeit zur Genüge bekannt, — dem Reichsrat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Amtsdauer der Versichertenvertreter **wieder um ein Jahr verlängern will.**

Ein Entwurf, der in allererster Linie den maßgebenden Gesetzesmachern eine Atempause geben sollte, um bis zum nächsten Jahre Gelegenheit zu bekommen, die Arbeiterschaft auch auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung ebenso zu knebeln, wie dies bereits auf allen anderen Gebieten der Fall ist. Erhöhung der Amtsdauer, Beschränkungen des Wahlrechts und des Selbstverwaltungsrechts der Krankenkassen zugunsten der Ersatzkassen und sonstiger reaktionärer Kassengebilde, das sind die Ueberraschungen, die der Herr Reichsarbeitsminister den Versicherten bescheren will. Sein an die Landesregierungen ergangener Wunsch, aus diesen Gründen die fälligen Wahlen aufschieben zu lassen, hat auch bereits gehorsamen Widerhall gefunden in der bayerischen Adjutantur im Sozialministerium. Die Widerborstigkeit bayerischer Behörden gegenüber den Reichsbehörden ist uns allen bekannt, allein die Eigenstaatlichkeit Bayerns ist in dem Augenblick, in dem es gilt, einen Schlag gegen die Arbeiter- und Angestelltenschaft zu führen, bekanntlich noch nie gefährdet gewesen. In solchen Dingen stehen sie alle „treu zum Reich", auch das Sozialministerium.

„Die Wünsche" des Reiches werden zum „Befehl" umgemodelt (Staatsanzeiger Nr. 188/1926). Das Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen mit einer Geste abgetan und die Versicherten, die doch die Zahler sind, — denn auch den Unternehmerbeitrag müssen die Arbeiter verdienen — sie haben zu parieren. Der Ansturm der Reaktion auf die soziale Gesetzgebung findet auch bei den Behörden eifrige Diener und damit beginnen die Absichten der Reaktion bereits eine positiv greifbare Gestalt anzunehmen. Die **leerlaufende Maschine der Sozialgesetzgebung**, wie der Sozialminister Oswald sich so gewählt auszudrücken beliebte (hoffentlich vergißt die Arbeiterschaft diesen freundlichen Ausspruch nicht), soll in eine produktive Quetschmaschine verwandelt werden, produktiv für die Unternehmer. So sieht in rohen Umrissen die Sachlage aus, und wenn die gewählten Organe der Arbeiterschaft bei den Krankenkassen den Dingen mit verbundenen Augen gegenüberstehen, dann müssen eben die Versicherten selbst ihre fordernde und warnende Stimme erheben.

Sie kann nicht anders lauten als „sofortige Vornahme der Wahl" unter der Parole „Wahrung der Rechte der Versicherten". Und wenn unter diesem Gesichtspunkte Kassenvertreter es noch für angängig halten, sich hinter den bloßen „Entwurf" eines Gesetzes mit der Begründung zu verstecken, daß die Wahlen deswegen nicht möglich sind, weil die Aufsichtsbehörden gegen die Vornahme der Wahl sind, dann beweisen solche Leute nicht mehr und nicht weniger, als daß der Begriff des Selbstverwaltungsrechtes für sie nichts anderes ist, als der Deckmantel für die Liebedienerei gegenüber den Unternehmern, gegenüber den Behörden und damit gegenüber der immer mehr erstarkenden Reaktion.

Wir wollen Vertreter in den Organen der Versicherungsträger, die aufrecht zu den Versicherten stehen, frank und frei, ohne innere Hemmung müssen sie gewillt sein, die Forderungen der Versicherten auf völlige Wahrung des Verwaltungsrechtes der Versicherungsträger zu vertreten, zu kämpfen nicht nur für einen wirklichen sozial einsichtigen Ausbau der Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung, sondern auch für eine Anwendung und Auslegung der Sozialgesetze, die den Bedürfnissen der Versicherten wirkliche Rechnung trägt. Einzutreten haben die Versichertenvertreter aber auch für einen restlosen Abbau und Auflösung sämtlicher Betriebs-, Innungs- und Ersatzkrankenkassen, die doch nichts anderes sind als Machtinstrumente der Arbeitgeber und einen dauernden Krebsschaden für die Arbeiter und Angestellten bilden.

Besonders hinsichtlich der Betriebs- und Ersatzkassen für diese Behauptung Beweise zu liefern, wird eine unserer nächsten Aufgaben sein. Im Rahmen dieses Artikels soll lediglich die Frage der Vornahme der Neuwahl im Jahre 1926 beleuchtet werden.

Mögen also die freiorganisierten Versichertenvertreter beweisen, daß sie die Träger des Willens der Versicherten und nicht die Träger der Wünsche einer herrschenden Gemeinschaft von Behörden und Unternehmern sind. **Wir wiederholen und sagen, diesen Beweis erbringen sie nur dann, wenn sie für die sofortige Neuwahl kämpfen.**

Wie schreibt doch die „Gewerkschaftszeitung" des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Nr. 40 v. 10. 26):

„Es müssen Kräfte am Werke sein, die gegen die Versicherten einen Streich planen. — Niemand kann die Krankenkassen hindern, die Wahlen jetzt vorzunehmen. Von ihrem Ausfall hängt der Ausfall weiterer Wahlen ab. Die Krankenkassen müssen über die Steine, die ihnen jetzt in den Weg gelegt werden, hinweggehen und sie können dies am besten, indem sie sobald als möglich die Wahlen ausschreiben. Das ist sogar ihre Pflicht. Und daraus erwächst eine Pflicht für die örtlichen Mitgliedschaften und Ortsausschüsse der Gewerkschaften .— Die Gewerkschaften müssen die Wahlen vorbereiten. — An die Arbeit für die Wahlen zu den Krankenkassen." — —

Der Weg von Berlin nach München in die Pestalozzirstaße ist freilich sehr lang. Aber vom 2. Oktober bis heute zu brauchen, um eine Anweisung der Spitzenorganisation zu befolgen, muß den Gedanken erwecken, als ob im Gewerkschaftshaus niemand zu treffen wäre, der die Interessen der Versicherten vertreten will.

Dies für heute. An uns soll es nicht liegen, im Interesse der Versicherten auch noch deutlicher und wenn nötig derbe zu werden, denn das gute Zureden wird vielleicht auch bei den derzeitigen Vertretern in den Kassenorganen Wunder wirken.

H. B.

Vereinskalender

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität"

Ortsgruppe Augsburg

Sonntag, 7. November in der Gesellschaftsbrauerei die Ortsgruppen-Generalversammlung mit Neuwahl. Beginn nachm. 2 Uhr.

Abt. Lechhausen I. Samstag, 6. November abends halb 8 Uhr Ausschußsitzung. Sonntag, 14. November im Eisernen Kreuz Generalversammlung. Beginn nachm. halb 3 Uhr.

Abt. Augsburg II. Sonntag, 14. November nachm. 2 Uhr im Lokal Generalversammlung mit anschließender Familien-Unterhaltung.

Abt. Pfersee. Samstag, 6. November im Saalbau „3 König" Generalversammlung. Beginn abends 7 Uhr

Spielplan der Münchener Theater

Samstag, 30. Oktober

Prinz-Regenten-Theater: „Paulus unter den Juden" 7 Uhr
National-Theater: „Margarethe„ 6.30 Uhr
Residenz-Theater: „Weekend" 7.30 Uhr
Schauspielhaus: „Gefallene Engel" 7.30 Uhr
Theater am Gärtnerplatz: „Das Schwalbennest" 7.30
Volkstheater: „Das Amorettenhaus" 7.30 Uhr

Für die Redaktion verantw.: Albert Buchmann, München. Für Verlag und Inf.: Wilhelm Olschewski, München. Druck: F. Kaspetzer & W. Olschewski, München.

9. Jahrgang Nr. 268

Einzelpreis 15 Pfg.

Neue Zeitung

Bayer. Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommun. Internationale)

Beilagen: „Der Rote Stern" / „Kommunistin" / „Kommunistischer Gewerkschafter" / „Kommunistischer Genossenschafter"

Die „Neue Zeitung" erscheint täglich außer Montags. Bezugspreis monatlich 2 Mark 20 Pfennig, halbmonatlich 1 Mark 10 Pfennig. Durch die Post bezogen 2 Mark 20 Pfennig ohne Zustellgebühr. Verlag: Freier Verlag G. m. b. H., München, Lindwurmstr. 203 / Telefon 72024. Redaktion: Lindwurmstr. 203

Mittwoch, 1. Dezember 1926

Anzeigenpreis für den Millimeter Höhe und Spalte 10 Pfg., Spaltenbreite 28 mm, für Reklame im Textteil 50 Pfg. Gelegenheitsanzeigen halbe Preise / Postscheckkonto München Nr. 47280, Wilhelm Olschewski, „Neue Zeitung", Redaktion München, Lindwurmstraße 203, Telefon 72024 / Erfüllungsort München

Weg mit Külz und seinem Schundgesetz!

Berlin, 30. November. Die gestern bereits kurz gemeldete Abstimmung zum Schmutz- und Schundgesetz nahm im Einzelnen folgenden Verlauf:

Loebe weist darauf hin, daß er bei einer Beifallskundgebung die Tribünen sofort räumen lassen würde

Für den weitgehendsten **kommunistischen Antrag, den Paragraphen 1 ganz zu streichen, stimmen nur die Kommunisten.** Auch die Sozialdemokraten stimmen **dagegen.** Bei den folgenden stundenlangen Abstimmungen zeigt sich die ganze Zwiespältigkeit und Ungeklärtheit dieses Reichstages. Als Loebe einmal feststellt, daß die Abstimmung zweifelhaft sei, wird ihm mit Recht von den Kommunisten zugerufen:

„Der ganze Reichstag ist zweifelhaft!"

Ein Antrag auf Oeffentlichkeit der Prüfungsverhandlungen wird gegen die Stimmen aller bürgerlichen Abgeordneten, auch gegen alle Demokraten, abgelehnt. Dagegen wird der Antrag, daß zu der Verhandlung der Prüfungsstellen Verfasser und Verleger zuzuziehen sind, mit einer kleinen Mehrheit angenommen, wobei Volkspartei, Zentrum und Demokraten in der Abstimmung gespalten sind.

Unter allgemeinem Halloh und Gelächter und den kommunistischen Zurufen:

„Raus mit Külz! Külz abtreten!"

wird dann der ganze **Paragraph 2 fast einstimmig abgelehnt.** Damit ist eigentlich das ganze Gesetz erledigt und zu Fall gebracht. Man tut aber gut daran, sich keiner Illusion hinzugeben und mit der Möglichkeit zu rechnen, daß irgend ein neues Kompromiß in der Schlußlesung den Dunkelmännern doch noch das Schundgesetz ermöglichen wird.

Auch der Paragraph 3 des Gesetzes wird mit einer Mehrheit von 12 Stimmen abgelehnt!

Die Demokraten zeigen noch einmal, daß sie reaktionärer als die Deutsche Volkspartei sind und stimmen **gegen die Einschränkung, daß Verbote nur bei Einstimmigkeit der Prüfungsstellen Geltung bekommen.**

Trotz der Ablehnung zweier wichtiger Paragraphen will Herr Loebe den übriggebliebenen Gesetzesteil am Mittwoch zur Schlußabstimmung vorlegen.

Brandmarkung der Mucker

Rede des Genossen Hoernle

„Heuchelei in höchster Potenz"

Vor der Abstimmung fand noch eine längere Debatte über die Paragraphen des Schmutz- und Schundgesetzes statt, in der für die bayerische Regierung der Freiherr von Imhoff eine Erklärung abgab, mit der sich Bayern unter Berufung auf die Reichsverfassung (!!) gegen den preußischen Standpunkt verwahrt. (Zurufe der Kommunisten: „In Bayern gibt es ja keine Reichsverfassung;" Genosse Hornle ruft: „Bayern als Hüter der Reichsverfassung, das ist Heuchelei in höchster Potenz!") Für diesen Zuruf bekommt Genosse Hoernle einen Ordnungsruf, auf den er eingangs seiner Rede folgende Antwort gab:

Wenn die bayerische Regierung ein Gesetz befürwortet, dann muß dieses Gesetz zweifellos ein Kind der Kreise sein, deren Beruf nur darin besteht, die Jugend des arbeitenden Volkes zu verdummen und von wirklicher Aufklärung fernzuhalten.

Herunter mit der Maske!

Genosse Hoernle führte dann weiter aus:

Der Schlüssel zum Verständnis dieses Gesetzes liegt in einigen bezeichnenden Worten, die der Herr Regierungsvertreter im Ausschuß ausgesprochen hat. Es handelte sich dort um die Frage, ob das Gesetz auch auf Bilder und Postkarten ausgedehnt werden soll. Der Herr Regierungsvertreter wandte sich dagegen, indem er meinte, es sei besser, vorsichtig und langsam vorzugehen.

Das Gesetz ist nur das erste einer langen Reihe jener „demokratischen" Anschläge auf die Rechte der Arbeiterschaft, die der Demokrat Külz vorbereitet. Ich nenne nur das Gesetz zur Verschlechterung des Wahlrechtes, die Gesetze zur Einengung der Preßfreiheit, das bevorstehende Reichsschulgesetz und die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geführten Vorbereitungen zu einem Reichskonkordat, — alle diese Dinge werden Schritt für Schritt ohne viel Aufhebens vorbereitet. Und so will man allmählich ein System der Knebelung der revolutionären Energien und Gedanken in den Massen der Arbeiterschaft herbeiführen.

Ich verweise auf das Verbot des Potemkinfilms in Württemberg und Bayern. Und in die Hände solcher Länderregierungen soll die Ausführung dieses Gesetzes gelegt werden!

Dieses Gesetz ist ein Waffe der bürgerlichen Klassenherrschaft gegen das Proletariat.

Das klassenbewußte Proletariat kann unter keinen Umständen kampflos hinnehmen, wenn die kleine Minderheit, die heute die herrschende Klasse ist, sich anmaßt, das zu bestimmen, was für die proletarische Jugend gut oder schlecht sein soll.

Es kann für die katholische und christliche Kirche kein größeres Armutszeugnis geben, als wenn hier von einem Redner gesagt wurde, daß die Kirche schon seit 2000 Jahren sich bemühe, Schmutz und Schund und die Unsittlichkeit auszurotten.

Gerade die Kirche verbreitet manches, unter der Jugend, was viel schädlicher für das heranwachsende Geschlecht ist, als vieles, was Sie hochnäsig als Schund oder Schmutz anzusehen belieben.

Wenn einem dreizehnjährigen Mädchen, das sich für die erste Kommunion vorbereitet, Fragen vorgelegt werden, wie in diesem Büchlein, das ich in der Hand halte, mit dem Titel „Beichtgebete":

„Habe ich gesündigt durch unkeusche Gedanken und Begierde, durch Blicke, durch Gebärden, durch Reden, Lieder, habe ich gesündigt durch unkeusche Werke allein oder mit anderen?"

Durch solche schmutzigen Schriften werden doch die Kinder erst auf die Frage hingelenkt: ja, um Gotteswillen, was ist denn „unkeusches Sündigen allein oder mit anderen"? Erst im Beichtstuhl werden sehr viele Kinder auf die Möglichkeit „durch Unkeuschheit zu sündigen" hingewiesen.

Die Arbeiterschaft wird besonders ein Gesetz bekämpfen müssen, in dem von staatswegen den kirchlichen Behörden derartige Gewalt gegeben wird.

Genosse Hoernle zitiert verschiedene katholische Schriftsteller, die sich gegen das Gesetz wenden, weil es nichts gäbe, was heute nicht irgendeinem Teil des Volkes als heilig, dem anderen zugleich als Schund und Schmutz erscheinen kann.

Wir leben in einer Zeit, wo eine neue Klasse emporkommt, mit neuen Forderungen, neuer Weltanschauung, neuen Lebensinteressen und mit einer neuen Auffassung von Moral und Unmoral, von Recht und Unrecht. Sie können niemals über die Interessen des Proletariats und seiner Jugend richten, weil die aufstrebende Arbeiterklasse andere Maßstäbe für Sittlichkeit und Unsittlichkeit hat, weil sie eine eigene Moral hat und ihre eigene Sittlichkeit und ihre eigene Kunst. Wir werden Ihnen niemals ein Urteil darüber zugestehen, was für die Arbeiterschaft gut oder schlecht ist, denn: **Ihre Sittlichkeit, Moral und Kunst wird untergehen, aber unsere Klasse wird siegen.**

Die letzten Worte des Genossen Hoernle werden von dem Beifall der Tribünen und den Bravorufen der Kommunisten begleitet.

Das Spiel mit Menschenleben bei der Eisenbahn

Amtliche Beweise für den schlechten Eisenbahn-Unterbau in Bayern

München, 30. November.

Wir haben, als die Wellen über das Eisenbahnunglück bei Leiferde hoch gingen, einen Artikel von einem Eisenbahner veröffentlicht, in dem von Schienen ohne Schwellen auf dem Rangierbahnhof München-Laim berichtet wird. In aller Erinnerung ist ferner, der frevelhafte Versuch, eine Probeentgleisung zu dem Eisenbahnunglück in Langenbach zu arrangieren.

Auf unsere erste Anschuldigung hat die Eisenbahndirektion geschwiegen. In allen ihren Artikeln versucht sie, die Erregung des Publikums über die Häufung der Eisenbahnunfälle zu beschwichtigen, indem sie erklärt, daß der Unterbau der bayerischen Eisenbahnen in einem ausgezeichneten Zustande sei. Noch vor wenigen Wochen erschien ein Artikel, in dem diese Ansicht vertreten wird.

Wir sind heute in der Lage, diesen amtlichen Schwindel durch amtliches Material selbst an den Pranger zu stellen. Der bekannte günstige Wind wehte uns nämlich folgende Dienstanweisung des Rosenheimer Fahrdienstleiters auf den Tisch:

(Abschrift für den Lokführer.)

Vorsichts-Befehl.

Zug Nr. 977 hat auf der Strecke

1. **von Schachen bis Rott (Inn) (Stelle) Kil. 12,4 bis 15,8 (Signal 5) mit 30 (die Ziffer ist ausgestrichen und dafür 20 hingeschrieben, die Red.) Kilometer Geschwindigkeit zu fahren.**

Grund: schlechtes Gleis.

2. **von Rott (Inn) bis Ramerberg (Stelle) Kil. 16,6 bis 18,0 (Signal 5) mit 30 Kilometer Geschwindigkeit zu fahren.**

Grund: schlechtes Gleis.

3. **von Ramerberg bis Wasserburg Bf. (Stelle) Kil. 21,2 bis 23,9 (Signal 5) mit 30 (Ziffer ausgestrichen, dafür 20 hingeschrieben, die Red.) Kilometer Geschwindigkeit zu fahren.**

Grund: schlechtes Gleis.

4. **von Kraiburg bis Mühldorf (Stelle) Kil. 53,2 bis 58,2 (Signal 5) mit 30 Kilometer Geschwindigkeit zu fahren.**

Grund: schlechte Schienen und Schwellen.

Rosenheim, den 22. November 1926.

Der Fahrdienstleiter:

Wallner (od. ähnlich. Red.)

Wird die Münchener Eisenbahndirektion dieses ihr eigenes amtliches Material auch ableugnen, wird sie es wagen, die Befehle des Rosenheimer Fahrdienstleiters, die selbstverständlich im Gefühl der Verantwortung für die ihm anvertrauten Menschenleben herausgegeben wurden, als falsch zu erklären?

Wir glauben es nicht. Die Münchener Eisenbahndirektion wird, wie immer in solchen Fällen, die Taktik aller ertappten Verbrecher anwenden — sie wird schweigen. Aber dieses Schweigen wird und muß von der Oeffentlichkeit als ein Eingeständnis ihrer Schuld angesehen werden.

Und diese Schuld ist riesengroß.

Denn diese Verhältnisse beim Unterbau der Eisenbahn sind nicht nur auf dieser Strecke, sondern auch auf vielen anderen bayerischen Strecken so, daß täglich Eisenbahnunglücke zu befürchten sind. Wer zum Beispiel die Berliner Strecke Regensburg—Hof benutzt, wird bemerkt haben, daß ein großer Teil der in Bayern zurückgelegten Fahrtstrecke mit einer bedeutend herabgesetzten Fahrgeschwindigkeit durch den D-Zug befahren werden muß.

Ein zweites Kapitel, das in diesem Zusammenhang auch gleich erwähnt werden soll, ist das der sanitären Verhältnisse bei den bayerischen Eisenbahnen. Abgesehen davon, daß besonders viele Personenzüge von Schmutz und Dreck direkt starren, sind die Abortverhältnisse in 50 Prozent aller auf den bayerischen Strecken fahrenden Personenzüge so, **daß die Eisenbahndirektion wegen fahrlässiger Gefährdung der Gesundheit der Reisenden angeklagt werden müßte.** Nur ein Beispiel: In dem Zug, der 3,50 Uhr von München nach Ingolstadt geht und der besonders am Ende der Woche äußerst stark belegt ist, sind die **Aborte einfache mit Schmutz, Kot und Dreck besudelte Kloaken.**

Doch die Eisenbahndirektion hat kein Geld. Ihr Etat, von dem jährlich einige Hundert Millionen an den Reparationsagenten gehen, ist mit Spitzelgeldern, Ausgaben für die Heranzüchtung einer Streikbrechergarde und Korruptionsprämien so belastet, daß sie weder die saumäßigen Gehälter der unteren Beamten und Arbeiter aufbessern, noch den Zustand der Eisenbahn

so verbessern kann, daß die Reisenden ohne Lebensgefahr die Eisenbahn benützen können. Deshalb ist der Kampf der Eisenbahner gegen die weitere Verringerung des Personals bei der Eisenbahn und um die endliche Verbesserung des Unterbaus der Eisenbahn ein Kampf, der alle Schichten der werktätigen Bevölkerung angeht. Und wenn die Eisenbahndirektion schon gegenüber den Rufen der Oeffentlichkeit so abgebrüht ist, daß sie keinen Finger zur Verbesserung der Zustände rührt, dann muß endlich die werktätige Bevölkerung dafür sorgen, daß der Staatsanwalt im Interesse der öffentlichen Sicherheit seine Hand auf die Schuldigen legt!

Kriegsgefahr und Kongreß der Werktätigen

Von H. Albert

II.

Normalerweise ist es immer noch so, daß einem das Hemd näher sitzt als der Rock und daß uns auch die Kriegsvorbereitungen und Rüstungen der deutschen Bourgeoisie stärker interessieren als die der Bourgeoisie anderer Länder. Denn Krieg gegen den Krieg führen wir nur, wenn wir auf die Niederlage der Bourgeoisie im eigenen Lande mit allen Mitteln des revolutionären Klassenkampfes hinarbeiten.

Wie sieht es nun in Bezug auf die Kriegsvorbereitungen der deutschen Bourgeoisie aus? Gewiß, den Rüstungsbestrebungen der deutschen Bourgeoisie sind starke Beschränkungen auferlegt. Dieser ist jedoch ein Netz mit weiten Maschen. Die Locarno- und Völkerbundspolitik der deutschen Bourgeoisie hat diese Maschen noch weiter gemacht, sodaß der deutsche Militarismus schon wieder eine ganz merkliche Bewegungsfreiheit hat.

Bezeichnend ist, daß für die Reichswehr, deren Stärke auf Grund des Friedensvertrages 100 000 Mann beträgt (im Jahre 1913 betrug der Friedensstand der Armee 667 914 Mann), im Jahre 1926 685 Millionen Mark ausgegeben werden; im Jahre 1910, bei einem vielmal größeren Heer dagen 1257 Mill. Mark.

Wofür diese horrenden Ausgaben bei einem Heere von 100 000 Mann? Damit kommen wir auf die „geheimen" Rüstungsbestrebungen der deutschen Bourgeoisie zu sprechen, die alle Spatzen von den Dächern pfeifen. In den letzten Wochen und Monaten ist die gesamte Presse voll von Auslassungen über die Schwarze Reichswehr. Die Fememordprozesse haben trotz aller Vertuschungsmanöver der bürgerlichen Klassenrichter bewiesen, daß eine Schwarze Reichswehr unter dem Deckmantel von Arbeitskommandos mit Wissen der Reichs- und preußischen Regierung existierte — und existiert. Und existiert, trotz aller Dementis des Demokraten Geßler. Die in den letzten Tagen vielbesprochene Denkschrift des Jungdoführers Mahraun erbringt unwiderlegliche Beweise dafür, daß die Schwarze Reichswehr existiert hat und existiert. In den letzten Tagen wurde der Oeffentlichkeit weiteres Material über die Existenz der Schwarzen Reichswehr und deren Aktivität unterbreitet. Sogenannte „Ziviloffiziere" der Reichswehr betätigen sich als „Sportslehrer" zur Ertüchtigung der vaterländischen Jugend. Zu diesem Sport gehört vor allem der Wehrsport mit allem Drum und Dran einschließlich der Felddienst- und Nachtübungen — und das Kleinkaliberschießen. Die Offiziere sind auf Zivilvertrag vom Reichswehrministerium angestellt und die Finanzierung der „Sportskurse" erfolgt durch Agrarier- und Industriellenkreise. In der „Weltbühne" Nr. 47 schreibt „Ein alter Soldat" über „Getarnte Reichswehr" unter anderem:

„Die Organisationen zur Erfassung des Heeresersatzes sind sehr vielfältig. Die lokalen Organismen, das heißt, die Bezirkskommandos, werden von ihren Leitern, den Kreiskommandeuren, naturgemäß „getarnt". So erklärt sich die Existenz der Unzahl kleiner Verbände ausgesprochen lokalen Charakters, die da Kurmark, Pommerntreue, Heimatbund, Wehrbund, Ostmark und ähnlich klangvoll heißen. Sie werden fast ausnahmslos aus Steuergroschen unterhalten, sondern sich stolz von Stahlhelm, Wehrwolf, Jungdo, und heißen sich „reine Wehrverbände".

Eine Spitzenorganisation der Bezirkskommandos ist vorhanden. Sie wechselt von Zeit zu Zeit den Namen, sobald die Tarnung undicht geworden. Auch die lokalen Organisationen tun so. Und wenn Geßler in diesem Zusammenhang nach dem „Bund für Freiheit und Recht" gefragt wird, wird er entrüstet dementieren können. Denn der Bund besorgt zwar bis gestern diese Mobilmachungsvorbereitungen, aber heut schon heißt er wieder anders."

Damit kommen wir auf die bürgerlichen Wehrverbände überhaupt und auf ihre Rolle in Bezug auf die Kriegsvorbereitungen der Bourgeoisie zu sprechen. Unter den bürgerlichen Wehrverbänden haben wir nicht nur die ausgesprochen militärischen Organisationen, sondern auch die Großverbände wie Stahlhelm, Wehrwolf, Jungdo und Reichsbanner zu verstehen.

Diese Organisationen mit Einschluß des Reichsbanners sind die Reservoire aus denen die deutsche Bourgeoisie das Kanonenfutter für kommende imperialistische Kriege, aber auch für den Bürgerkrieg gegen die Arbeiterklasse schöpfen wird. Im März dieses Jahres schrieb ein bürgerlicher Militärfachmann über die Möglichkeit der Ergänzung der Reichswehr und Polizei durch die bürgerlichen Wehrverbände im Falle eines Krieges:

„Auch die Kriegerstärke, der ehemaligen kaiserlichen Armee wäre am ersten oder zweiten Mobilmachungstage annähernd zu erreichen, zumal das Reichsbanner, von wenigen pazifistischen Ortsgruppen abgesehen, jubelnd zu den Waffen unter das Kommando ehemaliger königlicher Offiziere eilen würde. An k.-v.-Mannschaften dürften im Bedarfsfalle

1. die Reichswehr mit	100 000 Mann
2. die Schupo mit	130 000 Mann
3. die nationalen Verbände	1 835 000 Mann
insgesamt:	2 065 000 Mann

zur Hand zu sein. (Das Reichsbanner ist in dieser Aufstellung nicht einmal enthalten, da es immerhin Situationen geben kann, die eine Einberufung der republikanischen Wehr einfach unmöglich machen)."

Aber gerade in der letzten Zeit treibt die Reichsbannerführung eine Politik, die beabsichtigt, die Arbeiter im Reichsbanner vor den Karren der Imperialisten zu spannen. Die Propaganda für Vaterlandsverteidigung und für ein Groß-Deutschland beim Reichsbanner ist nichts anderes, als die schwarzrotgoldene Seite der Medaille des neuerwachenden deutschen Imperialismus. Der Schrei nach Kolonien ist die schwarzweißrote Seite derselben Medaille. Die Einführung des Wehrsports und Kleinkaliberschießens beim Reichsbanner, die Gefallenenehrungen, Bismarckfeiern und Gottesdienste bei republikanischen Tagen, die Fahnenweihen durch Pfaffen — all das soll dazu beitragen, auch unter den Anhängern des Reichsbanners die ideologischen Vorbereitungen zu schaffen, die sie befähigen, ebenso gutes Kanonenfutter bei den kommenden Kriegen abzugeben, wie die Angehörigen der Rechtsverbände.

Gegen die praktischen Kriegsvorbereitungen der deutschen Bourgeoisie, wie sie im System der Schwarzen Reichswehr, in den versteckten Rüstungen, in den letzten Reichswehrmanövern (Einstellung auf modernen Krieg durch Verwendung von Attrappen für Tanks und schwere Artillerie, Uebungen in größeren Verbänden) zum Ausdruck kommen und gegen die ideologische Vorbereitung breitester Massen in den bürgerlichen Wehrverbänden, für neue imperialistische Kriege müssen die Massen der werktätigen Bevölkerung mobilisiert werden.

Der Kampf gegen die Kriegsgefahr ist ein Stück des Existenzkampfes der proletarischen und halbproletarischen Massen. Der Rote Frontkämpferbund, die Kriegsbeschädigten-Organisationen, die Arbeiter im Reichsbanner, müssen ganz besonders unter dem Gesichtspunkt der Mobilisierung breitester Massen gegen Kriegsgefahr und deren Ursachen ihre Vorbereitunegn zum Kongreß der Werktätigen treffen und sie müssen sich mit starken Delegationen an demselben beteiligen.

Der Kongreß der Werktätigen muß der organisierte Ausdruck des Kampfwillens der werktätigen Massen zum Krieg gegen den Krieg sein.

Rücktritt Geßlers?

Die „Zeitnotizen" melden: „Wie wir hören, trägt sich der Reichswehrminister mit Rücktrittsgedanken.

Hierzu erfahren wir aus Kreisen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion: Reichswehrminister Geßler wird heute nur noch von den Wehrverbänden gehalten, die bei seinem Ausscheiden mit Verhängung des Ausnahmezustandes auf Grund des Artikels 48 durch Hindenburg oder, falls sie dies nicht erreichen können, mit einem Putsch drohen. Diese Verbände treten deshalb für das Verbleiben Dr. Geßlers ein, weil er ganz in ihrer Hand ist und ihnen „auf den Pfiff" gehorchen muß. Sie pochen ihm gegenüber auf gewisse, in seinem und des damaligen Kabinetts Einverständnis und mit Geld und anderen Hilfsmitteln des Reiches ausgeführte Taten."

Polizei schießt auf Demonstranten bei Ueberführung von Krassins Urne

Berlin, 30. Nov.

Bei der Ueberführung der Urne mit den sterblichen Resten des verstorbenen Botschafters der Sowjetunion in London, Genossen Krassin, kam es gestern um 9 Uhr Abends auf dem Wedding zu einem blutigen Zusammenstoß. Nachdem in der russischen Botschaft eine Trauerfeier abgehalten war, wurde die Urne unter Begleitung von Hunderttausenden Berliner Arbeitern und Roten Frontkämpfer zum Schlesischen Bahnhof gebracht. Dort hielt Genosse Pieck eine Rede.

Beim Abmarsch der Massen kam es zu einigen Zusammenstößen mit der Polizei. Als auf dem Wedding ein Schutzpolizist in einen Trupp Roter Frontkämpfer ging und einen der Rot Front Kameraden verhaften wollte, sammelte sich eine große Menschenmenge um die Polizisten und die Roten Frontkämpfer. Plötzlich zog einer der Beamten seinen Revolver und gab einen Schuß ab, durch den ein 16jähriger Lehrling verletzt wurde. Darauf sprengten die Schutzpolizisten den Zug der Roten Frontkämpfer und trieben ihn mit Gewalt auseinander.

Hakenkreuzler-Provokation

Berlin, 29. Nov.

Bei der Sonntagskundgebung des Reichsbanners kam es zu einem Zwischenfall. Während der Rede von Loebe fuhr mit eine mit Hakenkreuzler besetzte Elektrische um dem Fehrbelliner Platz. Plötzlich ertönten von der Plattform mehrere Schüsse, durch die ein Reichsbannerarbeiter am Kopf getroffen wurde. Polizei und Reichsbanner holten die Hakenkreuzler von dem Wagen. Als einige von ihnen zu fliehen versuchten, wurden sie verprügelt. Bei den verhafteten Hakenkreuzlern, die vor der Polizei alle leugneten den Schuß abgegeben zu haben, fand man zwei Revolver und verschiedene andere Waffen.

Zentrumseinladung an die S.P.D.

Berlin, 29. Nov.

Nach einem Bericht der „Germania" hat der Zentrumsabgeordnete Stegerwald in einer Rede vor den Vertrauensmännern der Zentrumspartei in Essen erklärt, die Sozialdemokratie solle endlich die Konsequenzen aus der Demokratie ziehen, wenn sie als große Partei fördernd mitarbeiten wolle am Wohle Deutschlands, d. h. also, sie soll in die Regierung eintreten. Gleichzeitig damit sagte er, es müsse auch der Sozialdemokratie gegenüber der Standpunkt vertreten worden, daß es zur Not auch ohne sie gehe. Im übrigen beschäftigte sich Stegerwald mit den „Kulturaufgaben" des Zentrums und kündigte an, daß das Zentrum in der nächsten Zeit aktiv vorgehen würde.

Das stimmt auch mit einer Rede des Vizepräsidenten des Reichstags, des Zentrumsabgeordneten Esser in Bremen überein, der erklärte, daß das Zentrum die Schaffung des Reichsschulgesetzes energisch fordere und fest entschlossen sei, diese Frage in allernächster Zeit zur Lösung zu bringen.

Die Aussperrung in der sächsisch-thüringischen Textilindustrie geht weiter

Die Unternehmer lehnen den Schiedsspruch ab

Leipzig, 30. Nov.

Während die Gewerkschaften den Schiedsspruch für die sächsisch-thüringische Textilindustrie, durch den eine Lohnerhöhung von 6 Prozent eintrat, angenommen haben, ist dieser von den Unternehmern abgelehnt worden. **Ab heute sind damit insgesamt 26 000 Textilarbeiter ausgesperrt.**

Verhaftung eines kommunistischen Redakteurs

Chemnitz, 29. Nov.

Der verantwortliche Redakteur des „Kämpfer" Genosse Hausschild, wurde von der Polizei verhaftet, da angeblich Fluchtverdacht vorliege. Bei den ihm zur Last gelegten Presseyergehen, handelt es sich u. a. um den Abdruck des Gedichtes „Achtung Hunde!"

Bergwerksunglück in Westfalen

Dortmund, 30. Nov.

Auf der Zeche „De Wendel" bei Hamm ereignete sich in der Nacht vom Samstag zum Sonntag eine Schlagwetterexplosion. Bei ihr wurden drei Bergarbeiter getötet, fünf schwer und zehn leicht verletzt. Die Toten und Verletzten konnten geborgen werden. Der gleichzeitig ausgebrochene Grubenbrand ist bisher noch nicht gelöscht.

Ausland

Weitere Bezirksabkommen im Bergarbeiterstreik

London, 29. Nov.

Nach Meldungen der bürgerlichen Presse, die wir mit allem Vorbehalt wiedergeben, sollen bisher in allen Distrikten außer Südwales und Yorkshire, Bezirksabkommen getroffen sein. Mit Ausnahme der Bezirke Nottingham und Derby, wo die Arbeitszeit 7½ Stunden beträgt, wurde sie überall auf 8 Stunden verlängert und eine Lohnherabsetzung vorgenommen. Die Kohlenförderung soll sich gegenüber der Vorwoche vermehrt haben.

Vergebliche Einigungsbemühungen

Genf, 30. Nov.

Wie hier verlautet, sollen vor der am Mittwoch beginnenden Tagung des Ratskomitees die Außenminister von England, Frankreich, Italien und Deutschland eine Konferenz abhalten, um über die Fragen der Abrüstung und Aufhebung der Militärkontrolle, der Rheinlandbesetzung, des Kontrollplanes des Völkerbundes nach Artikel 213 des Versailler Vertrags und der Frage des Artikel 16 des Völkerbundpaktes eine Einigung zu finden.

Englische Flottendemonstration vor Hankau

Ein neuer Generalstreik in China / Rücktritt der Pekinger Regierung

Schanghai, 30. Nov.

Da am 4. Dezember in Hankau ein neuer Generalstreik beginnen soll, wird in den hiesigen englischen Kreisen aufs eifrigste Propaganda für eine Flottendemonstration aller Vertragsmächte gemacht. Die hiesige englische Handelskammer hat sich an die englische Regierung gewandt und um die Einleitung derartiger Maßnahmen ersucht.

Chamberlain sendet Kriegsschiffe

London, 30. Nov.

Chamberlain erklärte gestern im Unterhaus, die Lage in Hankau sei so ernst geworden, daß die englische Regierung ein Flottengeschwader zum „Schutze der bedrohten britischen Untertanen" beordert habe. Nach Meldungen der Londoner Presse ist eine Abteilung britischer Marinesoldaten in Hankau bereits gelandet. Gleichzeitig soll die amerikanische Regierung zwei Zerstörer nach Hankau gesandt haben.

Am Nachmittag erklärte Chamberlain im Unterhaus, daß eine Gewerkschaft von Angestellten der chinesischen Zollverwaltung der englischen Vertretung mitgeteilt habe, daß ihr Ziel darin bestehe, alle ausländischen Elemente aus dem chinesischen Zolldienst zu entfernen und die chinesische Zollverwaltung unter rein chinesischer Kontrolle zu bringen. Das Auswärtige Amt hat die Depesche der englischen Handelskammer in Hankau der englischen Admiralität zur Verfolgung weitergegeben.

Britische Kanonen in Hankau

London, 30. Nov.

Im Hankauer Hafen befinden sich augenblicklich eine britische Korvette, zwei Zerstörer und zwei Kanonenboote. Auf dem Yangtsefluß liegt außerdem eine britische Kanonenbootflottille. Nach Ablauf dieses Monats ist den Kriegsschiffen durch das Fallen des Wasserstandes die Rückkehr abgeschnitten. Dadurch ist die Lage außerordentlich schwierig.

Die Pekinger Regierung tritt zurück

Peking, 30. Nov.

Der bisherige Ministerpräsident Dr. Koo begründet in einem Schreiben an Tschangtsolin den Rücktritt seiner Regierung damit, daß die Zentralregierung nur noch eine Schattenregierung sei. Deshalb sei es ihr nicht gelungen, die Zollkonferenz weiterzubringen. In den Staatskassen befinde sich kein Pfennig, um die Beamtengehälter zu bezahlen. Die ausländischen Mächte haben nicht die geringste Absicht, die Forderungen Chinas zu erfüllen. Deshalb sei die Regierung von ihrem Posten zurückgetreten.

Neues aus aller Welt

Brennende Schiffe explodieren. In der ungarischen Stadt Gjurgewo fing am Samstag ein mit Benzin, Petroleum und anderen Oelen beladener Schlepper durch ein weggeworfenes Streichholz Feuer.

In kurzer Zeit breitete sich das Feuer aus und brachte eine Anzahl in Brand geratener Schiffe zur Explosion. Alle Fensterscheiben der Stadt gingen in Trümmer und die gesamte Hafenanlage wurde zerstört. Eine Anzahl Häuser in der Nähe des Hafens wurden vom Erdboden weggrasiert. Bisher wurden 12 Tote gezählt. Sechs Schlepper wurden durch die Flammen zerstört und zwei stark beschädigt.

Einsturz einer französischen Kirche. Die Bartholomäuskirche in Marmande, die vor 40 Jahren gebaut wurde, ist am Sonntag plötzlich eingestürzt.

Aus München

Der Friedensengel mit dem Pferdefuß

In München wurde aus dem Totenmonat November ein Missionsmonat gemacht. Der Trommler für dieses Werkes schlauer Männer ist ein — „Friedensengel". Derselbe ist in allen Briefkästen gratis erschienen und zeigt von jesuitischem Können. Zeit und Geld haben seine Väter nicht gespart. Bekanntlich wird in Bayern nicht nur Hopfen und Malz, sondern auch die Milch der „frommen" Denkungsart erzeugt. Darauf hat auch dieser Friedensengel spekuliert. Er wird es aber trotzdem nicht verhindern können, daß alle jene, die nicht unter den Paragraphen „Selig sind die Armen im Geiste" fallen, sein Meisterstück als eine eignenartige Bauernfängerei erkennen. Umsomehr, wenn man erfährt, daß die Friedensengeln und die Kirchensteuermahnzetteln so ziemlich gleichzeitig erscheinen. Wahrscheinlich machen die vielen Kirchensteuerrückstände ein Eingreifen des Friedensengels notwendig. Und wenn sich die massenhaft in München erschienenen Jesuiten und ihre Brüder in Christo noch so radikal gebärden, ihre Konjunktur dauert nicht lange. Dafür sorgt schon das System der göttlichen Weltordnung, unter dem wir zu leiden haben. So klagt z. B. u. a. auch eine 70jähr. Frau Ottb. über einen Kirchensteuermahnzettel, den sie in den letzten Tagen zugeschickt bekam. Auf diesem Mahnzettel wurde der vorgedruckte Zahlungstermin von acht Tagen handschriftlich auf drei Tage verkürzt und die übrigen kräftigen Mahnungen noch extra rot unterstrichen. Solche Schreckschüsse sind auch ein Stück des modernen Christentums und zeigen die Widersprüche und Gegensätze zwischen der Kirche und ihrem Stifter Jesus, dessen Laufbahn nicht in der Gehaltsklasse X begann und der es auch nicht bis zum Divisionsgeistlichen mit Stiefeln und Sporen gebracht haben würde. Der Friedensengel — mit und ohne Sporen — sowie der Kirchensteuermahnzettel und seine Erfinder erinnern lebhaft an folgende Sätze unseres unsterblichen Dichters Heine:

„Sie singen das alte Entsagungslied:
Das Eiapopeia vom Himmel;
Womit man einlullt, wenn es greint,
Das Volk, den großen Lümmel.

Ich kenne die Weise — ich kenne den Text,
Ich kenne auch die Verfasser.
Ich weiß, sie trinken heimlich Wein
Und predigen öffentlich Wasser.

Die Ausgesteuerten und die Erwerbslosenfürsorge

Auf Grund des vom Reichstag beschlossenen Gesetzes über die **Krisenfürsorge** für Erwerbslose erhalten folgende Gruppen von ausgesteuerten Erwerbslosen vom 21. November 1926 bis 31. März 1927 Erwerbslosenunterstützung:

1. Erwerbslose, die **nach** dem 21. November 1926 schon 52 **Wochen** Erwerbslosenunterstützung bezogen haben und nach der Reichserwerbslosenverordnung nicht mehr bezugsberechtigt sind.
2. Erwerbslose, die in der Zeit vom 1. April bis 20. November 1926 ausgesteuert wurden, nachdem sie 52 Wochen lang Unterstützung bezogen haben oder soweit sie mit nur 39 **Wochen** Grunderwerbslosenunterstützung ausgesteuert wurden, trotzdem für sie nach § 18/III der R.E.V. die Möglichkeit einer 52wöchigen Unterstützung bestand.

Für die Aufnahme in die Krisenfürsorge ist es vollständig belanglos, ob der Erwerbslose in der Zeit nach der Aussteuerung von der öffentlichen Fürsorge laufend, wiederholt oder überhaupt nicht unterstützt wurde.

Nicht in die Krisenfürsorge aufgenommen werden dürfen alle jenen Personen, die nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht bis zu 52 Wochen unterstützt werden dürfen (z. B. Jugendliche, Hausgehilfen, landwirtschaftliche Arbeiter), ebenso jene Erwerbslose, die nicht wegen Ablauf der Unterstützungshöchstdauer, sondern aus anderen Gründen wie Mißbrauch der Fürsorge, Arbeitsunwilligkeit usw. ausscheiden mußten.

Krisenfürsorge wird nur auf Antrag gewährt.

Jeder Erwerbslose im **Stadtbezirk München**, der die Krisenfürsorge in Anspruch nimmt, muß sich unverzüglich von seinem zuständigen Wohlfahrtsamt einen Ueberweisungsschein für die Krisenfürsorge ausstellen lassen, mit dem er sich dann am Arbeitsamt bei seinem zuständigen Arbeitsvermittlungsschalter meldet. Nach Meldung beim Arbeitsvermittlungsschalter ist der Antrag bei der Aufnahmeabteilung der Erwerbslosenfürsorge zu stellen. Hiebei sind die gleichen Belege mitzubringen, wie seinerzeit bei Antragstellung wegen Aufnahme in die Erwerbslosenunterstützung, außerdem noch der Ueberweisungsschein des Wohlfahrtsamts.

Den Erwerbslosen des Bezirks **München-Land** einschließlich Pasing, die bisher auf Grund der Ausgesteuertenfürsorge von der Bezirksfürsorgestelle München-Land unterstützt wurden, wird der Ueberweisungsschein von dieser Bezirksfürsorgestelle übersandt. Wenn sie diesen Ueberweisungsschein in den nächsten Tagen nicht erhalten, haben sie beim Bezirksamt München-Land Beschwerde zu erheben.

In allen anderen Fällen der ausgesteuerten Erwerbslosen des Bezirks München-Land stellt die Gemeinde den Ueberweisungsschein aus, in Pasing das Wohlfahrtsamt. Druckmuster für Ueberweisungsscheine hat das Arbeitsamt München den Gemeinden oder dem Wohlfahrtsamt bereits überwiesen. Im übrigen vollzieht sich auch beim Bezirk München-Land die Antragstellung auf Gewährung der Krisenfürsorge ebenso wie die Antragstellung für die Erwerbslosenfürsorge teils bei den Gemeinden, teils beim Arbeitsamt München oder dessen Zweigstellen in München und Pasing.

Die Notstandsarbeiter fordern Tariflöhne

München. Am Freitag, den 26. Nov. fand in der Pfalzburg, Reifenstuhlstr. eine Versammlung der beim Brücken- und Wasserbau **Großhesselohe** beschäftigten Notstandsarbeiter statt. Die Versammlung war gut besucht. Ein Arbeiter begründete die Forderungen der Notstandsarbeiter, die eine **Entfernungszulage und Bezahlung der Feier- und Regentage** verlangten. Eine Resolution dieses Inhalts wurde zur Debatte gestellt.

In der Diskussion ging es äußerst lebhaft zu. Im Auftrage der kommunistischen Stadtratsfraktion setzte sich Genosse **Hermann** für die Forderung der Notstandsarbeiter ein. Er schlug vor, eine **Kommission** zu Verhandlungen mit dem A.D.G.B. und dem Stadtrat zu wählen. In der Abstimmung wurde der Antrag, der Entfernungszulagen und Bezahlung der Regen- und Feiertage verlangte, angenommen. Darauf erklärten die anwesenden Gewerkschaftsführer, daß sie diesen Antrag ablehnen müssen. Eine zweite Resolution verlangte darauf **Gleichstellung der Notstandsarbeiter mit den Löhnen der Gemeinde- und Staatsarbeiter.** Für diese Forderungen setzten sich auch die anwesenden Gewerkschaftsführer ein. Drei von ihnen wurden als **Kommission** gewählt, die am Samstag mit dem A.D.G.B. verhandeln sollte und am Montag die Anträge den verschiedenen Stadtratsfraktionen zuleiten sollten.

Quittung

M. 76.65

auf drei Sammellisten für die englischen Bergarbeiter von der Belegschaft der Firma Linde's Eismaschinen.

Die Dezembermiete unverändert

München. Nach einer Bekanntmachung der Regierung beträgt die Dezembermiete wie im Vormonat 100 Prozent der Friedensmiete. Auch die Zuschläge für gewerblich benutzte Räume und alle übrigen Bestimmungen der letzten Mietverordnung bleiben unverändert.

Der Pfarrer von Kirchfeld. Mit dem verfilmten Anzengruberschen Volksstück das eines seiner schwächsten ist, hat der Gloriapalast am Stiglmaierplatz — vis a vis vom Löwenbräukeller seine Pforten geöffnet. Es wird bald mehr Kinos wie Bierlokale in München geben, was immerhin ein Fortschritt wäre. Wollen wir sehen, wer's länger aushält, der Löwenbräukeller oder der Gloriapalast!

Aus Bayern

Keine Wiederherstellung der Immunität der Genossen Schlaffer und Götz

Am Montag tagte der Verfassungsausschuß des bayerischen Landtags um nach einer stundenlangen Debatte über das **Tanzverbot** zu dem kommunistischen Antrag Stellung zu nehmen, mit dem die Staatsregierung ersucht wird, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß der von der kommunistischen Reichstagsfraktion eingebrachte **Entwurf eines Gesetzes über die Gewährung von Straffreiheit zum Gesetz erhoben wird.** Nicht nur der völkische Berichterstatter **Dr. Roth** sondern auch der **sozialdemokratische Mitberichterstatter Dr. Högner** empfahl die Ablehnung des Antrages, da nur der Reichstag für die Angelegenheit zuständig sei. Gegen die kommunistischen Stimmen wurde von dem Ausschuß so beschlossen. — Der kommunistische Antrag auf **Wiederherstellung der Immunität der Genossen Schlaffer und Götz** (Aufhebung des Beschlusses vom 10. Juni 1926, mit dem die Genehmigung zur Strafvollstreckung gegeben wurde) **wurde gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt.**

Die bürgerliche Landtagsmehrheit hat damit nur erneut dokumentiert, daß sie sich den Teufel um die primitivsten staatsbürgerlichen Rechte kümmern will. Im Kampfe gegen die Kommunisten werden Verfassung und Gesetze einfach mißachtet.

Bayerisch-Volksparteilicher Pfeffer für den Bauernbund

Der „**Bayerische Kurier**" berichtet in folgender interessanter Weise über den **Parteitag des Bayerischen Bauern- und Mittelstandsbundes**:

Am Freitag, 26. Nov., fand in München unter dem Vorsitz des Reichstagsabg. Eisenberger der Bundestag des Bayer. Bauern- und Mittelstandsbundes statt. **Eisenberger** bekannte sich in seiner Einleitungsrede zu schwarz-rot-gold. „Wir stehen zur Fahne schwarz-rot-gold, denn schwarz-weiß-rot war das Symbol des preußischen Militarismus und früheren Obrigkeitsstaates." „Wir müssen darüber wachen, daß die Gegner der Republik nicht zu stark werden."

Der Bräutigam

Von W. **Saschtschenko**

In diesen Tagen heiratete Jegorka Bassow. Ein Weib bekam er, gesund und dick, so an die 200 Pfund wiegt sie. Ueberhaupt, er hatte Schwein.

Vorher lief er drei Jahre als Witwer herum — niemand wollte ihn haben. Und er versuchte es mit jeder. Sogar mit der hinkenden Soldatenwitwe aus dem Städtchen. Aber die Sache zerschlug sich durch Nichtigkeiten.

Ueber diesen Fall berichtet Jegorka besonders gerne. Lügen tat er dabei ganz gewaltig und fügte jedesmal neue und außergewöhnliche Einzelheiten hinzu. Alle Bauern kannten seine Geschichte, baten aber bei jeder Gelegenheit Jegorka, es wieder zu erzählen und kugelten sich schon vorher vor Lachen. „Wie war denn das mit dem Freien?" fragten die Bauern zwinkernd.

„So war es eben", sprach Jegorka, „ein schöner Reinfall."

„Gingst wohl zu rasch an's Werk?"

„Stimmt," sagte Jegorka. „Die Zeit drängte — es gab zu mähen und zu schneiden und die Ernte einzubringen. Und da plötzlich stirbt mir mein Weib weg. Heute, sagen wir, wird ihr schlecht und morgen noch schlimmer. Sie quält sich und stöhnt und fällt mir beinahe vom Ofen herunter.

Nun, sag ich, schönen Dank, Katharina Wassiljewna, ohne Messer tötest du mich. Zur schlechten Stunde beschließt du, zu sterben. Gedulde dich doch, sag ich, bis zum Herbst, im Herbst kann du dann sterben.

Aber sie will davon nichts hören.

Nun, da rief ich natürlich den Arzt für ein Pud Hafer. Der Arzt schüttete den Hafer in seinen Sack und sagte:

Die Medizin, sagte er, ist ohnmächtig, was zu machen. Ihr Weibelchen muß sterben.

Und was ist das, frage ich, für eine Krankheit? Entschuldigen Sie die unbescheidene Frage.

Dies, sagte er, ist der Medizin wiederum unbekannt.

Trotzdem gab er Pillen und zog ab.

Wir legten die Pillen hinter die Heiligenbilder — es hilft nichts. Sie stöhnt und quält sich und fällt mir beinahe vom Ofen herunter und in der Nacht starb sie. Ich heulte nun freilich mächtig. Da gibt's zu mähen und zu schneiden. Ohne Weib ist es gar nicht möglich. Was anfangen, weiß ich selber nicht. Von wegen wieder heiraten, zum Beispiel, — so fragt sich wiederum — wen? Es würde sich schon vielleicht eine finden, aber so in der Eile, das geht doch nicht. Und ich brauche sie nun gerade in aller Eile. Ich spanne das Pferd an, zog meine neuen Hosen an, wusch mir die Füße und zog los.

Ich treffe in das „Städtchen" ein, klopfe die Bekannten ab. — Die Zeit drängt — sage ich — da gibt's nicht viel zu sprechen. Gibt's nicht, sage ich, bei euch irgendein ganz dürftiges Weiblein, selbst ein blindes? Ich interessiere mich, sag ich, für's Heiraten.

Das gibt's, sagen sie, aber es ist keine Zeit. Niemand interessiert sich für's Heiraten. Geh du vielleicht zur Ansissja, der Soldatenwitwe. Vielleicht kriegst du sie herum.

Ich ging hin.

Trete ein und sehe: auf einem Kasten sitzt ein Weib und kratzt das Bein.

Guten Tag, sag ich, lassen Sie, sag ich, das Kratzen, ich habe mit ihnen zu sprechen.

Eines, sagt sie, stört nicht das andere.

Nun, sag ich, die Zeit drängt, da will ich mich nicht herumstreiten. Sie und ich — das wären zwei, einen Dritten brauchen wir auch nicht. Wir wollen rasch heiraten und morgen können Sie mit der Feldarbeit beginnen.

Das geht gut zu machen, sagt sie, wenn Sie sich für mich interessieren.

Da schaute ich sie an und sehe — ein Weibelchen, gar nicht schlecht, ist alles da, prall und kann arbeiten.

Ja, sage ich, ich interessiere mich freilich.

Weiter frage ich, als wenn ich ein Fragebogen wäre: Wie alt sind Sie?

Nicht so alt, sagt sie, wie es scheint. Ich habe die Jahre nicht zusammengezählt. Aber geboren bin ich, um die ganze Wahrheit zu sagen, im Jahre Eintausendachthundertundsechsundachtzig.

Nun, sage ich, die Zeit drängt, da wollen wir uns nicht erst lange mit Zählen abgeben. Wenn Sie nicht lügen, ist's recht.

Nein, sagt sie, ich lüge nicht. Gott straf die Lügner. Also, mach ich mich bereit?

Ja, sag ich, machen Sie sich fertig. Wie steht's, haben Sie viel Gepäck?

Das Gepäck, sagt sie, ist nicht sehr groß: ein Loch in der Tasche und eine Laus am Bändchen — im ganzen eine Kiste und ein Federbett.

Wir nahmen die Kiste und das Federbett auf die Fuhre. Ich packte noch einen Topf und ein paar Scheit Holz ein und wir fuhren ab. Ich treibe das Pferd an, habe es eilig und mein Weiblein schüttelt sich auf der Kiste und schmiedet Pläne — wie wir leben werden, was sie kochen würde und daß es nicht überflüssig wäre, mal in ein Badehaus zu gehen nach drei Jahren ....

Endlich sind wir angelangt.

Steigen Sie aus, sage ich.

Das Weibelchen beginnt herauszukriechen. Da merke ich, nicht so ganz appetitlich macht sie es, so seitwärts und hinkend auf beiden Beinen. Teufel, denke ich, eine feine Geschichte.

Was machen Sie da, sage ich, Frauchen, Sie hinken wohl gar?

Ach nein, sagt sie, das ist nur so, ich ziere mich nur ein wenig.

Aber, ich bitte Sie, was soll denn das? Das ist doch eine ernste Sache, wenn Sie hinken. Für die Wirtschaft ist es nix, mit dem Hinken.

Ach nein, sagte sie, es ist nur ein winziges Stückchen am linken Bein. Nur einen halben Zoll lang kürzer.

Ein halbes, sage ich, oder ein ganzes, davon ist nicht die Rede. Die Zeit, sag ich, ist kurz und reicht nicht zum Messen. Aber, sage ich, es ist unmöglich. Wenn beispielsweise Wasser tragen — verspritzen Sie es auf dem Boden. Entschuldigen Sie, sage ich, es ist ein Reinfall.

Nein, sagte sie, die Kiste ist geschmissen.

Nein, sag ich, ich kann nicht. Alles sag ich, paßt. Ihre Physiognomistik gefällt mir und das Alter — eintausendachthundertundsechsundachtzig, aber ich kann nicht, entschuldigen Sie — das Bein habe ich verschwitzt.

Da fing das Weibelchen an zu schreien und zu fluchen, auch zu prügeln begann sie, es war nicht ohne. Inzwischen habe ich ihre Sachen wieder allmählich herausgetragen. Sie haute mir zwei- bis dreimal in die Fresse, ich habe nicht gezählt und sagte dann:

Nun, sagte sie, Pflänzchen, dein Glück, daß du es gemerkt hast. Fahre mich heim.

Wir stiegen wieder ein und fuhren zurück. Aber an die sieben Kilometer vor dem Ziel packte mich ein schrecklicher Zorn:

Die Zeit, denke ich, drängt, es ist nicht mit Schwätzen zu verlieren und da soll ich nun Bräute heimfahren.

Da warf ich nun ihre Sachen von der Fuhre und warte, was nun wird. Da konnte nun das Weibelchen nicht mehr sitzen und sprang auch ab.

Ich drehte um und fort war ich.

So endete die Geschichte.

Wie sie mit der Kiste und dem Federbett angelangt ist, ist mir nicht bekannt. Aber sie kam an. Und nach einem Jahr heiratete sie und steht jetzt vor der Niederkunft.

Auch Landwirtschaftsminister Fehr bekannte sich zur Republik. „Die Partei", sagte er, „stehe auf dem Boden des Parlamentarismus, bekämpfe aber dessen Auswüchse". Im übrigen bekannte sich der Minister als Föderalist. Den nicht ganz mit Unrecht gegen ihn erhobenen Vorwurf, er betrachte sich zu prononziert als Funktionär des Bauernbundes, parierte Fehr mit der Formel: „Für mich gibt es in einer Amtsführung nur bayerische Bauern, für die ich arbeite und wirke." (Bemerk. d. Red. d. „B. K.": Eine ganz erschöpfende Definition der Pflichten und Aufgaben eines Staatsministers ist das allerdings nicht.)

Der Fraktionsvorsitzende Städele sprach im Sinne der Koalitionspolitik über den Finanzausgleich. Bemerkenswert ist der Standpunkt Städeles zur Staatsverwaltungsvereinfachung. Es muß natürlich abgebaut, eingespart werden bei den Beamten und bei den Aermtern. Aber — aber — „unter keinen Umständen werde sich der Bauernbund mit dem Wegfall des Landwirtschaftsministeriums abfinden können". Hier liegt aber der Hase im Pfeffer.

Ferner erfuhr man, daß der Landtagsfraktion des Bauernbundes künftig ein Wirtschaftsbeirat beigegeben werden soll. Exempla trahunt! Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, die dartun soll, daß über allen Wipfeln des Bauernbundes Ruhe herrscht, daß es keine Radikalinskis und keine Gemäßigten, keine Gandorfers, Küblers gibt, sondern nur einige Bauernbündler. Die Bundesmitglieder stehen im vollen Vertrauen zu ihren Führern im Kampfe um den Wiederaufbau der Wirtschaft und des Vaterlandes! Also auch zu Gandorfer und Kübler! —

Ein neuer Schandstreich der bayerischen Polizei

Eine Versammlung eines sozialdemokratischen Rußlanddelegierten verboten

Trostberg. Vor etwa einer Woche sollte hier eine Gewerkschaftsversammlung stattfinden, in der der Vorsitzende der S.P.D. und Führer des Reichsbanners in Perlach, Kollege Thenn, über seine Rußlandreise Bericht erstatten sollte.

Am Tage zuvor fand eine öffentliche Versammlung der Nationalsozialisten statt, in der diese unter den Augen der Polizei ihre umstürzlerischen Gedanken propagieren konnten. Für die Hitlergardisten gab es auch **keine Polizeistunde** bis ⅔1 Uhr konnte der Referent Lauser seine hohlen Phrasen vortragen.

Anders ging es den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern. Sie erhielten vom Bezirksamt Traunstein folgenden Ukas:

Abschrift!
Nr. 10642.

Betreff: Versammlungsverbot.

Beschluß:

Das Bezirksamt Traunstein erläßt auf Grund des Art. 102 des Bayer. Ausf. Ges. zur Strafprozeßordnung nachstehende Anordnung:

1. Der für Samstag, den 20. November in Trostberg anberaumte Vortrag des Bauern Christian Thenn aus Perlach, Mitglied der 2. Rußlandsdelegation über die Zustände der Bauern und Arbeiter in Rußland, wird verboten.
2. Gebühren bleiben außer Ansatz.

Gründe:

Der Vortragende ist zwar in der Versammlungsanzeige offenbar mit bestimmter Absicht als Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bezeichnet, nach den bisher gemachten Erfahrungen, die auch anderwärts zum Verbote des Vortrages geführt haben, besteht aber kein Zweifel, daß der Vortrag selbst nur den Zweck hat, die in Rußland herrschenden kommunistischen Zustände tendenziös gefärbt darzustellen. Er ist so ein Glied in der Kette der auf gewaltsamen Umsturz gerichteten Bestrebungen bestimmter Kreise im Lande und gefährdet die Sicherheit des Staates, weshalb er wie eingangs ausgesprochen, zu verbieten war.

Gegen den Beschluß ist Beschwerde zur Regierung von Oberbayern, Kammer des Innern, zulässig.

Traunstein, den 18. Nov. 1926.

Bezirksamt:
gez.: Ufer.

Herr Ufer ist ein besonders gescheiter Mann unter den bayerischen Polizeigrößen. Sein genialer Verstand ließ ihn entdecken, daß „der Vortragende .... offenbar mit bestimmter Absicht als Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bezeichnet" war. Aber die Logik eines bayerischen Polizeibüttels geht noch weiter. Nach ihr „besteht kein Zweifel, daß der Vortrag selbst nur den Zweck hat, die in Rußland herrschenden kommunistischen Zustände tendenziös gefärbt darzustellen". Welch schlaue Hirne beherbergen doch die Köpfe der bayerischen Polizisten! Sozialdemokratische Führer, die nach ihrem eigenen Geständnis nicht Verfechter des Bolschewismus sind, also die Zustände in Sowjet-Rußland eher tendenziös nach der schlechten als nach der kommunistischen Seite darstellen würden, — diese Sozialdemokraten sind, so bald sie mit der werktätigen Bevölkerung in Berührung stehen und deshalb die Zustände in Sowjetrußland mit den Augen der arbeitenden Bevölkerung sehen, Propagandisten des Bolschewismus. Und deshalb wird eine gewerkschaftliche Versammlung verboten.

Das ist nicht der erste Fall eines solchen Verbots. Aber bisher haben die Gewerkschaftsführer ernstlich noch keinen Finger gerührt, um diese Verbote gewerkschaftlicher Versammlungen zu verhindern. Bisher wurden davon ja nur die Kommunisten oder oppositionell eingestellte Gewerkschaftler betroffen. Doch jeden Tag kann die Welle der Reaktion weitergehen und deshalb müssen endlich die Gewerkschaftsführer die Massen der freien Gewerkschaften zum Kampf gegen die schändliche Polizeipraxis der bayerischen Behörden aufnehmen.

Verhöhnung der Erwerbslosen in Ingolstadt

Die kommunistischen Stadträte sollen mit Polizei aus dem Stadtrat entfernt werden

Ingolstadt. Zur Stadtratssitzung am 19. ds. Mts. hatte die kommunistische Fraktion einen Antrag eingebracht, nach welchem die Erwerbslosen und Armen der Stadt Brennmaterial, Kartoffel und Arbeitskleidung, sowie eine Weihnachtsunterstützung wie schon in Nr. 249 unserer Zeitung berichtet, erhalten sollten.

In der Sitzung begründete Genosse Schreck mit der Not der Arbeitslosen und ihrer unterernährten Kinder die kommunistischen Anträge. Der Oberbürgermeister entblödete sich nicht, die Anträge als Propaganda zu bezeichnen. Er drohte, bei den kommunistischen Stadträten von seinen Machtmitteln Gebrauch zu machen. Der Genosse Lindemeyer erwiderte ihm, er solle nur die Polizei aufmarschieren lassen, die kommunistischen Stadträte würden bis dahin für ihre Forderungen eintreten und nur der Gewalt weichen. Bei den Wahlen haben die bürgerlichen Parteien den Armen und Erwerbslosen alle möglichen Versprechungen gemacht, von denen bisher nicht eines eingelöst wurde.

Stadtrat Ladenburger (Bayerische Volkspartei) lehnte für seine Partei jede Unterstützung der Erwerbslosen ab und ereiferte sich darüber, daß gleich zwei der kommunistischen Stadträte in der Diskussion sprächen. Auch Rechtsrat Schlamm meinte höhnisch, daß der Antrag der kommunistischen Fraktion wohl nicht ernst zu nehmen sei.

Genosse Schmidt erwiderte dem Herrn Ladenberger, daß seine Fraktion sich von ihm nicht vorschreiben lasse, wieviel zu einer Sache sprächen. Mit aller Schärfe müssen wir die Ausführungen des Oberbürgermeisters, daß unsere Anträge nur zu Propagandazwecken eingebracht würden, zurückweisen.

In der Abstimmung wurde der Antrag der kommunistischen Fraktion gegen die Stimmen der kommunistischen Stadträte abgelehnt. Selbst ein Antrag der Sozialdemokraten, der eine Weihnachtsbeihilfe von 12 Mark für Verheiratete, 9 Mark für Ledige und 3 Mark für jedes Kind forderte, wurde abgelehnt, trotzdem der Sozialausschuß diesen Antrag mit Erniedrigung der Sätze auf 9, 6 und 3 Mark angenommen hatte. Rechtsrat Schlamm hat in dieser Sitzung erklärt, daß die Gelder aus Mitteln der Wohlfahrtspflege durch die Verlängerung der Unterstützungsdauer der Erwerbslosenfürsorge auf 52 Wochen frei würden. **Trotzdem zirka 55 000 Mark Ueberschuß in der Wohlfahrtspflege herausgearbeitet wurden, brachte es die bürgerliche Mehrheit nicht über das Herz, 12 resp. 9000 Mark für die Erwerbslosen und Armen zu geben.** Ihr Arbeitslosen und Armen, merkt Euch dieses Verhalten aller bürgerlichen Parteien und gebt ihnen bei der nächsten Wahl die Quittung.

Betriebsversammlung der deutschen Spinnereimaschinenbau-A.-G.

Ingolstadt. Vor einigen Tagen fand eine vom Betriebsrat der Deutschen Spinnereimaschinenbau A. G. einberufene Betriebsversammlung statt, die sich mit der geplanten Auflösung der Versorgungskasse der ehemaligen Deutschen Werke A. G. befaßte und einstimmig folgende Resolution annahm:

Die heute Mittwoch, den 17. November 1926 im Bergbräukellersaale, stattgefundene sehr gut besuchte Betriebsversammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem Vorhaben der „Viag" die Versorgungskasse der ehemaligen Deutschen Werke aufzulösen und protestiert ganz entschieden dagegen.

Sie sieht in dieser Maßnahme nur einzig und allein eine Entlastung der Unternehmer. Da aber auf Grund der Statuten § 36 der Versorgungskasse eine Auflösung in keiner Weise gerechtfertigt werden kann, fordern wir die unbedingte Aufrechterhaltung derselben.

Hohe Krankheitsziffern bei den Arbeitern in der Tonindustrie

(Arbeiterkorrespondenz)

Neufahrn. Im hiesigen Tonwerk beträgt die Zahl der Kranken 26 bei einer Belegschaftsziffer von 203 Arbeitern. Diese hohe Krankheitsziffer, die über 12 Prozent der Belegschaft ausmacht, ist zurückzuführen auf die Unterernährung und die Unfälle, die besonders unter den Arbeitern der Tonindustrie grassieren.

Bürgermeisterwahl in Ergoldsbach

(Arbeiterkorrespondenz)

Ergoldsbach. Am 3. Dezember findet hier die Bürgermeisterwahl statt. Der bisherige berüchtigte 1. Bürgermeister Ziegler, der besonders den Erwerbslosen von der unangenehmsten Seite bekannt ist, ist wegen der Vorwürfe eines Gemeinderatsmitgliedes, daß er einen Meineid begangen hätte, zurückgetreten. **Die Sache selbst wird auch ein gerichtliches Nachspiel haben.**

„Arme" katholische Pfarrer

(Arbeiterkorrespondenz)

München. Der Expositus Georg Pfister von Johanneskirchen bei Vilsbiburg, sagte in seiner letzten Sonntagspredigt: die christlichen Landsleute sollten sich an ihm ein Beispiel nehmen, er habe vierzehn Jahre gelernt und was habe er heute? Er muß auf den Ehestand verzichten, das Familinglück entbehren und werde obendrein noch schlecht bezahlt. Dagegen hätten die anderen Beamten hohe Gehälter, trotzdem sie nicht mehr wie er gelernt haben. Die Erwerbslosen und ein großer Teil des Volkes lassen sich vom Staat erhalten usw., nur er sei ein Mann, der sich sein Geld ehrlich verdiene.

Dieser geistliche Herr, der es wagt, die dem Hungertode preisgegebenen Erwerbslosen zu beschimpfen, hat vergessen zu sagen, daß er im Besitz einer Villa mit großem Obstgarten und schöner Köchin und Dienstmädchen, Radio und Telephon und mit einer Anzahl Schweinen und Hühnern gesegnet ist. Ich meine, da kann man das Familienglück ganz gut entbehren (oder nicht?) und von der warmen Villa aus auf die hungernden und frierenden Erwerbslosen schimpfen.

Um die Gesundheit von Mutter und Kind

Berufsschädigung der Textilarbeiterinnen / Krampfadern, enges Becken, Lungenleiden, Früh- und Fehlgeburten, Blutungen

Der größte Teil der Arbeiterinnen ist in der Textilindustrie tätig. Schon von frühestem Kindesalter an werden sie in den Textilfabriken zu langdauernder schwerer Arbeit gezwungen.

Das Spinnen, Spulen, Haspeln und Weben an großen Spinn- und Webmaschinen wird fast ausschließlich im Stehen verrichtet. So leidet der größte Teil der Textilarbeiterinnen infolge lange anhaltenden Stehens an Krampfadern. Beim langen Stehen an einer Stelle fehlt die Muskelbewegung in den Beinen, die durch den regelmäßigen Wechsel von Muskelzusammenziehung und Erschlaffung bewirkt, daß das Blut in die Höhe getrieben wird. Infolgedessen staut sich das Blut in den Adern der Beine, die Gefäßwände geben der Blutstauung nach und so entstehen die Senenerweiterungen, die wegen ihrer Schmerzhaftigkeit „Krampfadern" genannt werden. Als Folgezustände der Krampfadern entwickeln sich Ekzeme, Zellgewebsentzündungen, Geschwüre, Verstopfungen mit Blutgerinnseln, welch letztere vor allem in der Schwangerschaft und im Wochenbett sehr schwere, ja sogar tödliche Folgen haben können. Bei der arbeitenden Frau kommen Ekzeme und Geschwüre um so häufiger vor, als Schweiß und Staub die Haut bedecken und zum Scheuern und Jucken reizen.

Bei jugendlichen Arbeiterinnen führt das anhaltende Stehen zu Entwicklungshemmungen und Verbildungen der Beckenknochen mit dem Ergebnis des platten und engen Beckens. Durch die frühzeitige Einspannung der Mädchen in den industriellen Betrieben werden die besten Möglichkeiten gesunder, körperlicher Entwicklung verschüttet.

Die Arbeitsräume sind schlecht durchlüftet, staubig, feucht, so daß **70 Prozent der Arbeiterinnen lungenleidend und davon etwa 25 Prozent tuberkulös** sind. Besonders gefährlich ist der Uebergang aus überhitzten Fabrikräumen in die kalte Straßenluft, zumal da die Arbeiterinnen bei ihrem kargen Lohn sich nicht durch warme Kleidung schützen können. Auch sparen die Unternehmer, um den Profit zu erhöhen, an der notwendigen Beleuchtung, unbekümmert darum, daß die Arbeiterinnen dadurch vielfach ihre Sehkraft einbüßen.

Den größten gesundheitlichen Schaden leiden die schwangeren Frauen, denen die Profitsucht der Unternehmer keine Pause gönnt. Das Tempo, in dem die Maschinen der Textilindustrie laufen, wächst ständig. Ein schwerer Tuchwebestuhl macht 90 Touren in der Minute, ein Baumwollstuhl 200 Touren und mehr. Eine Spindel macht bis zu 10 000 Umdrehungen in der Minute. Jede einzelne Person bedient, besonders im „rationalisierten" Betrieb, viele Spindeln und viele Webstühle. Dem schnellen Gang der Maschinen müssen sich die Bewegungen der Arbeiterinnen anpassen, so muß sich auch die Schwangere schnell bücken, drehen, strecken usw. Der schwangere Leib wird dabei ständig gestoßen, gepreßt und gedrückt.

Diese Anstrengung wirkt auf die Muskulatur der schwangeren Gebärmutter erregend, so daß vorzeitige Wehen auftreten und sehr häufig Frühgeburten erfolgen. Bei anderen Frauen wieder treten entgegengesetzte Schäden auf. Dadurch, daß die Gebärmuttermuskulatur ermüdet, können Wehenschwäche bei der Geburt und besonders nach der Geburt lebensbedrohende Blutungen auftreten.

Unter so schweren, gesundheitszerstörenden Bedingungen zu arbeiten, sind Tausende von Frauen gezwungen. Es ist durch ärztliche Untersuchungen festgestellt, daß die neugeborenen Kinder der bis zuletzt arbeitenden Frauen 300 bis 350 Gramm weniger wiegen als Kinder, deren Mütter die letzte Zeit der Schwangerschaft außerhalb der schweren Fabrikarbeit verbracht haben. Der Kampf um den dreimonatlichen, bezahlten Urlaub vor und nach der Geburt geht daher um eine **Lebensfrage der arbeitenden Menschheit.**

Vereinskalender

Zentralverband der Zimmerer

Am Donnerstag, 2. Dezember abends ½7 Uhr im Thomasbräu außerordentliche Mitglieder-Versammlung. — Tagesordnung: Vorgänge in der Bauhütte Münchens. Alle Zimmerer müssen restlos erscheinen.

Spielplan der Münchener Theater

Mittwoch, 1. Dezember

Prinz-Regenten-Theater: „Paulus unter den Juden" 7.30 Uhr
National-Theater: „Hans Heiling" 7 Uhr
Residenz-Theater: „Weekend" 7.30 Uhr
Schauspielhaus: „Die Durchgängerin" 7.30 Uhr
Theater am Gärtnerplatz „Liebe im Schnee" 7.30
Volkstheater: „Ich hab' Dich lieb" 7.30 Uhr

Für die Redaktion verantw.: Albert Buchmann, München. Für Verlag und Inf.: Wilhelm Olschewski, München. Druck: F. Kaspeizer & W. Olschewski, München.

9. Jahrgang Nr 270

Einzelpreis 15 Pfg.

Neue Zeitung

Bayer. Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommun. Internationale)

Beilagen: „Der Rote Stern“ / „Kommunistin“ / „Kommunistischer Gewerkschafter“ / „Kommunistischer Genossenschafter“

Die „Neue Zeitung“ erscheint täglich außer Montags. Bezugspreis monatlich 2 Mark 20 Pfennig, halbmonatlich 1 Mark 13 Pfennig. Durch die Post bezogen 2 Mark 20 Pfennig ohne Zustellgebühr. Verlag: Freier Verlag G. m. b. H., München, Lindwurmstr. 205 / Telefon 72024. Redaktion: Lindwurmstr. 205

Freitag, 3. Dezember 1926

Anzeigenpreis für den Millimeter Höhe und Spalte 10 Pfg., Spaltenbreite 28 mm, für Reklame im Textteil 50 Pfg. Gelegenheitsanzeigen halbe Preise / Postscheckkonto München Nr. 47280, Wilhelm Olschewski, „Neue Zeitung“, Redaktion München, Lindwurmstraße 203, Telefon 72024 / Erfüllungsort München

Werktätige Bayerns! Schließt Euch an

den Forderungen des Kongresses der Werktätigen!

Wir warten auf solidarische Hilfe!

München, 2. Dez.

Morgen tritt in Berlin der Kongreß der Werktätigen zusammen, der den Notleidenden, Ausgebeuteten und Unterdrückten in Stadt und Land durch seine Beratungen Weg und Ziel in den Kämpfen der kommenden Monate weisen soll. Ueber die dem Kongreß im allgemeinen zugewiesenen Aufgaben und über die Hoffnungen, die die Werktätigen Deutschlands auf ihn setzen, brauchen wir heute kein Wort zu sagen. Daß der Kongreß zustande kam, diese Tatsache allein erfüllt uns schon mit Genugtuung und läßt uns hoffen, daß die Erwartungen durch die Verhandlungen erfüllt werden und daß die Einheitsfront der Werktätigen Deutschlands gestärkt und gekräftigt, kampfbereiter und entschlossener, weg- und zielbewußter den Kämpfen entgegengehen wird.

Ueber die bisher allgemein erwarteten Dinge hinaus wenden wir uns aus Bayern ganz besonders an den Kongreß mit dem dringenden **Appell um solidarische Hilfe** in dem Kampfe gegen die weiß-blaue monarchistisch-föderalistische Reaktion in Feme-Bayern. Im Ringen mit einem Gegner, der seit 7 Jahren zielbewußt an der Knechtung der Arbeiterklasse und an der Aussaugung und Auspressung der Werktätigen in Stadt und Land arbeitet sind unsere Kräfte nicht erlahmt. Immer und immer wieder springen die Schweißhunde der Konterrevolution den Arbeitern und werktätigen Bauern an die Kehle: sei es, daß sie als Landsknechte in Noskes Garden dienten, — sei es, daß sie als Fememörder der staatlich subventionierten Einwohnerwehr von der Koppel gelassen wurden, — sei es, daß sie bei tausenden von Gelegenheiten als Schergen der Polizei in Versammlungen stürmten, Wohnungen erbrachen, oder Provokateurdienste leisteten, — sei es, daß sie als Steuereinnehmer dem werktätigen Bauer Pferd und Kuh aus dem Stalle pfändeten!

Seit mehr als sieben Jahren sitzen viele unserer Klassengenossen in der Hölle Straubing und die „christlich-katholische" Regierung Konkordat-Bayerns verweigert jede Amnestie. Dieselbe Justiz die die Perlacher Arbeitermörder freisprach, verurteilt heute eine ganze Anzahl Kommunisten für das „Verbrechen", Funktionäre ihrer Partei zu sein, ohne daß ihnen eine bestimmte strafbare Tat nachgewiesen wird.

Auch in kultureller Beziehung wird die Luft in Bayern von Tag zu Tag muffiger und stickiger. Die ultramontane „Segnung" des Konkordats beginnt sich auszuwirken und wird am besten durch die protegierende Haltung Bayerns zum Schmutz-Külz illustriert, wie auch durch die Verbote des „Potemkin" und des „Schwarzen Sonntags", wohingegen einer Herde von Missionsbrüdern erlaubt wurde, vierzehn Tage lang in den Kirchen Reden zu halten, in denen die arbeitenden Frauen in der unerhörtesten Weise beschimpft und in ihrer wirtschaftlichen Not verhöhnt wurden.

Der Gummiknüppel, die Gefängnisse und Zuchthäuser, die allmächtige Kirche und ihre Diener: das sind die Wahrzeichen und Streiter der bayerischen Reaktion auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet.

In dem Kampfe gegen diese Kräfte haben wir bisher nicht die Unterstützung gefunden, die wir für notwendig gehalten haben. Wir wenden uns deswegen an den Kongreß der Werktätigen, mit dem Appell zur Solidarität! In Bayern werden wir unseren Mann stellen wie bisher, — aber unser Kampf wird um ein Vielfaches erleichtert, wenn die gesamten Werktätigen Deutschlands mit uns verbunden sind! Nicht nur mit Worten sondern auch durch die Tat!

Eröffnung der Reichserwerbslosen-Konferenz

In dem Moment, wo die Vertreter der arbeitenden Massen Deutschlands sich zum Kongreß der Werktätigen in Berlin sammeln, tritt die Reichskonferenz der Erwerbslosen zusammen. Diese Tagung, die als Auftakt zum Kongreß der Werktätigen dient, bildet mit dem Kongreß ein organisches Ganzes, genau so wie die Erwerbslosen, die von der kapitalistischen Profitgier aufs Pflaster geworfen worden sind, und die Arbeiter im Betrieb zusammengehören. Die Beschlüsse der Reichserwerbslosenkonferenz werden dem Kongreß der Werktätigen unterbreitet und in die Forderungen des Gesamtproletariats aufgenommen werden.

In den Germania-Prachthallen im Norden Berlins, einer historischen Stätte der Berliner Arbeiterschaft, wo schon der alte Liebknecht und Bebel sprachen, findet die Reichserwerbslosenkonferenz statt. Der große nüchterne Saal, der nur von einigen roten Transparenten geschmückt ist, ist gefüllt. Weit über 600 Erwerbslosendelegierte aus allen Teilen des Reiches sind vertreten: Mitteldeutschland, Wasserkante, Sachsen, Rheinland usw. haben ihre Vertreter entsandt. Einige Gebiete können aus Mangel an Mitteln nicht vertreten werden. Die Konferenz, die auf Initiative der Erwerbslosenausschüsse Halle, Hamburg und Berlin zusammentritt, steht unter kommunistischer Führung und fast die Hälfte der Delegierten gehört nicht zur Kommunistischen Partei. Die Konferenz ist ein Stück der Einheitsfront des leidenden, des kämpfenden Proletariats.

Nach Eröffnung der Tagung durch den Kollegen Philipp, des Vorsitzenden des Reichserwerbslosenausschusses, durch eine kurze Ansprache wird eine Sympathieresolution für sofortige Befreiung von Max Hölz und der anderen proletarischen Gefangenen einstimmig angenommen. Ebenso wird eine Protestresolution gegen das Wüten des faschistischen Terrors in Italien angenommen. Ein Schreiben der Berliner Obdachlosen begrüßt die Tagung und ersucht sie, für die Forderungen der Obdachlosen einzutreten. Drei Delegierte der Obdachlosen werden von der Konferenz angenommen.

Außer den Delegierten nahmen Vertreter des Z.K., der Bezirksleitung und der Parlamentsfraktionen der K.P.D., sowie Vertreter des R.F.B. und des R.F.M.B. als Gäste an der Tagung teil.

Nach Erledigung der Geschäftsordnung ergreift Genosse Pieck das Wort zu seinem Referat über „Die Bedeutung der Massenarbeitslosigkeit für die deutsche Arbeiterschaft und den Kampf um Arbeit und Brot".

Die Tagung dauert fort.

Die S.P.D.-Führer kuhhandeln über das Notgesetz des ADGB.

Berlin, 2. Dez.

Gestern Nachmittag fanden, nachdem sich die Regierungsparteien über das Arbeitszeitgesetz geeinigt hatten, **zwischen dem Reichskanzler und den S.P.D.-Führern Verhandlungen über das Arbeitszeitgesetz** statt. Die sozialdemokratischen Führer erklärten, daß sie das Resultat der Verhandlungen erst ihrer Fraktion vorlegen müßten, und dann erst zu dem Arbeitszeitgesetz Stellung nehmen können.

Ueberall Lohn- und Arbeitskämpfe

26000 Textilarbeiter ausgesperrt

Gera, 2. Dez.

Bisher sind im sächsisch-thüringischen Textilgebiet 26 000 Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt worden. Auf Betreiben der Unternehmer hat das Reichsarbeitsministerium die Verhandlungen auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs auf Donnerstag vormittag festgesetzt.

Kündigung des Lohnabkommens in der rechtsrheinischen Textilindustrie

München-Gladbach, 2. Dez.

Das Lohn- und Arbeitszeitabkommen für die Textilindustrie im rechtsrheinischen Bezirk ist zum 31. Dezember gekündigt worden.

Schiedsspruch für oberschlesischen Bergbau verbindlich erklärt

Berlin, 2. Dez.

Nach dem „Vorwärts" ist der Schiedsspruch für den oberschlesischen Steinkohlenbergbau, der ab 15. Dezember eine Lohnerhöhung von 4 Prozent vorsieht, durch den Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden.

Auch in Essen Tarifkündigung

Essen, 1. Dez.

Die für die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke Rheinland-Westfalens in Frage kommenden Gewerkschaften haben die Tarifverträge über Löhne und Arbeitszeit zum 31. Dezember gekündigt. **Gefordert wird die Wiedereinführung der achtstündigen Arbeitszeit und eine 15prozentige Lohnerhöhung.**

Vor Massenentlassungen in der Berliner Industrie

Berlin, 1. Dezember.

Der Arbeitsminister hat an die Regierung der einzelnen Länder eine Verfügung gerichtet, in der sie aufgefordert werden, über die voraussichtliche Entwicklung des Arbeitsmarktes in den kommenden Wochen zu berichten. Industrie- und Regierungskreise sehen der ansteigenden Kurve der Erwerbslosenziffer mit Besorgnis entgegen. In der **Berliner Industrie müssen bis Ende Dezember sehr erhebliche Kündigungen vorgenommen werden, da ausländische Aufträge fehlen.**

Vor Arbeitskämpfen in Hamburg

Hamburg, 30. November.

Die Hamburger Seeleute haben ihren Lohntarif gekündigt und eine Lohnerhöhung von 15 Prozent verlangt. Verhandlungen zwischen den beteiligten Organisationen haben bisher noch zu keinem Ergebnis geführt.

Auch die Organisation der Hamburger Hafenarbeiter hat das bestehende Lohnabkommen zum 31. Dezember gekündigt und eine Erhöhung der Löhne von 7,20 Mark auf 8,60 Mark, das sind um 20 Prozent, verlangt. Die Verhandlungen zwischen den Organisationen sind bisher ergebnislos verlaufen.

Die Reichspostarbeiter kündigen den Lohntarif

Berlin, 2. Dez.

Der deutsche Verkehrsbund teilt mit, daß der Lohntarif für die Arbeiter der deutschen Reichspost zum 31. Dezember gekündigt ist. Die Verhandlungen beginnen Anfang nächster Woche.

Vor einem Streik der Frankfurter Straßenbahner

Frankfurt a. M. 2. Dez.

Sowohl von den Gewerkschaften als auch von den Unternehmern ist der Schiedsspruch im Lohnstreit der hiesigen Straßenbahner, der 2 bis 3 Pfennig Lohnerhöhung pro Stunde vorsah, abgelehnt worden. Wenn die angebahnten Verhandlungen zu keiner Einigung führen, ist ein Straßenbahnerstreik unvermeidlich.

Die bayerische Justiz schlägt blindwütig um sich

München, 2. Dez.

Vom Schöffengericht beim Landgericht I München wurden heute die Genossen Dressel, Beimler, Olschewski, Mühlbauer, Jilg, Schindler, Knödler, Wolf zu je 3 Monaten Gefängnis wegen Zugehörigkeit zu einer „staatsfeindlichen Verbindung", als die der Funktionärkörper der K.P. bezeichnet wird, verurteilt. Der Genosse Haas-Passau wurde freigesprochen, da er als extra gewählter Delegierter zu der am 3. 1. 26 ausgehobenen Konferenz nicht als Funktionär angesprochen werden könne. Die Urteilsverkündung wurde von dem Genossen Dressel mit einem Hoch auf die Partei beantwortet, in das Besucher des Zuhörerraums einstimmten. Der Vorsitzende ließ ließ darauf den Saal durch Polizei räumen.

„Potemkin"-Debatte im Reichstag

Berlin, 2. Dez.

In der gestrigen Sitzung des Reichstags kam es bei der Debatte über das Verbot des Potemkin Films durch die bayerische und württembergische Regierung zu einer scharfen Auseinandersetzung. Reichsinnenminister Külz verschanzte sich hinter der Erklärung, daß von der württembergischen Regiernng noch keine Antwort auf seine Anfrage vorliege und er deshalb zu dem Verhalten der württembergischen und bayerischen Regierung nicht Stellung nehmen könne. Diese Ausrede entfesselte einen Sturm auf der linken Seite des Hauses, da der zuständige württembergische Minister Bolz einige Meter vor der Nase des Herrn Külz saß. Ausführlichen Bericht bringen wir morgen.

Ergebnislose Ministerpräsidentenwahl in Sachsen

In der gestrigen Sitzung des Landtages, auf dessen Tagesordnung die Wahl des Ministerpräsidenten stand, kamen zu keinem Ergebnis. Die Linkssozialisten und Kommunisten gaben ihre Stimmen für den sozialdemokratischen Abgeordneten Fleißner ab, während alle übrigen Fraktionen ihren Fraktionsvorsitzenden wählten. Da damit keiner der Kandidaten eine Mehrheit hatte, wurde die zweite Wahl auf Dienstag, den 7. Dezember angesetzt.

Fridericus-Marke ohne Rahmen

Reichspostminister Stingl veröffentlicht in dem Amtsblatt des Reichspostministeriums eine Verordnung, in der die schwarz-rot-goldene Umrahmung der 10-Pfennig Friedericus-Marke als unerlaubt bezeichnet wird. Sendungen, die diesen Bestimmungen widersprechen, sind von der Postbeförderung ausgeschlossen. — Die armen „Republikaner" haben Pech: Nicht einmal den Kampf mit Spucke erlaubt ihnen der Reichspostminister.

Meuterei im Lüneburger Zuchthaus

Lüneburg, 30. November.

Im hiesigen Zuchthaus kam es gestern in der Abteilung Tütenkleberei, in der 52 Zuchthausinsassen beschäftigt waren, zu einer Meuterei. Einer der Gefangenen überfiel den Oberwachtmeister Meier, auf den sich sofort eine weitere Anzahl Gefangene stürzten. Die Gefangenen hatten die Alarmglocke vernichtet, so daß es nur mit Mühe gelang, die Meuterei zu unterdrücken.

Imperialistische Hetze gegen China

Die englischen Truppen in Hankau / Weiteres Vorrücken der Volksarmee

London, 2. Dez.

Die „Times" veröffentlicht an hervorragender Stelle Tartarennachrichten über die Lage in China. Danach soll der kommende Generalstreik einen Versuch der Chinesen darstellen, sich der Konzessionen der Fremden zu bemächtigen und ein entsetzliches Blutbad unter den Ausländern anzurichten. Deshalb müssen die Mächte schnell und entschlossen handeln. Die englische Regierung müsse das ganze Yangtsegebiet blockieren. In der Regierung erwägt man die Zurückziehung aller britischen Staatsangehörigen von jenen Plätzen, wo der Schutz der britischen Kriegsschiffe nicht wirksam ist. Die britischen Kreuzer und Torpedojäger, die in Hankau sind, sollen bis Ende April dort bleiben.

Kanonen in Hankau — „nur eine Vorsichtsmaßregel"

London, 2. Dez.

Das britische Außenministerium betont, daß die Landung britischer Marinesoldaten in Hankau nur eine Vorsichtsmaßregel sei. Sie würde, so ruhig und bescheiden (!?) als möglich ausgeführt. Die Regierung wolle die Entscheidung des großen Kampfes zwischen Kanton und den anderen Generalen abwarten, bevor sie eingreift.

Die Feng-Armee rückt vor

Peking, 2. Dez.

Die Armee des General Feng befindet sich in weiterem Vormarsch. Ein Teil der Provinz Honan ist von ihr besetzt. Der Generalstab Fengs wurde weiter in das Gebiet des früheren Gegners verlegt. Der Kampf zwischen der Armee Fengs und dem rechten Flügel der Nordarmee dauert an.

Das Diktat der englischen Kohlenbarone

Arbeitszeitverlängerung und Lohnkürzung

London, 1. Dez.

Mit Ausnahme der Bezirke Durham (120 000 Bergarbeiter), Cumberland (9000) und einiger kleiner Bezirke wurden von den Bezirksverbänden der Bergarbeiter Abkommen unterzeichnet und die

10. Jahrgang Nr. 3

Einzelpreis 15 Pfg.

Neue Zeitung

Bayer. Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommun. Internationale)

Beilagen: „Der Rote Stern" / „Kommunistin" / „Kommunistischer Gewerkschafter" / „Kommunistischer Genossenschafter"

Die „Neue Zeitung" erscheint täglich außer Montags. Bezugspreis monatlich 2 Mark 20 Pfennig halbmonatlich 1 Mark 10 Pfennig. Durch die Post bezogen 2 Mark 20 Pfennig ohne Zustellgebühr. Verlag: Freier Verlag G. m. b. H. München, Lindwurmstr. 203 / Telefon 72024. Redaktion: Lindwurmstr. 203

Mittwoch, 5. Januar 1927

Anzeigenpreis für den Millimeter Höhe und Spalte 10 Pfg., Spaltenbreite 28 mm, für Reklame im Textteil 50 Pfg. Gelegenheitsanzeigen halbe Preise / Postscheckkonto München Nr. 47280, Wilhelm Olschewski, „Neue Zeitung", Redaktion München, Lindwurmstraße 203, Telefon 72024 / Erfüllungsort München

Neue Todesurteile in Vorbereitung

Berlin, 3. Januar.

Wie uns aus Kowno gemeldet wird, bereitet die Regierung neue Gewaltakte nach der Erschießung der vier Arbeiterführer Pojella, Greifsenberger, Tscherny und Gedris vor.

Täglich erfolgen Massenverhaftungen durch die Kriegsgerichte.

Die Erschießung von 30 angesehenen Führern der Arbeiterorganisationen aus Kowno, Schaulen, Ponnewesch und Memel durch das Standgericht wird vorbereitet.

Das Leben auch dieser Arbeiterführer ist bedroht, wenn es nicht den sofort einsetzenden Protestaktionen der internationalen Arbeiterklasse gelingt, ihre Klassengenossen der Blutjustiz der Machthaber in Neu-Mussolinien zu entreißen.

*

Gleichzeitig bestätigt die „Vossische Zeitung", daß noch 200 bekannte Kommunisten hinter Schloß und Riegel sitzen und ihrer Aburteilung harren. Also noch mehr Bluturteile.

Die „Vossische Zeitung" berichtet weiter, daß der sogenannte Prozeß, in dem die Todesurteile gefällt wurden, eine reine Farce gewesen sein muß. Am 24. Dezember, um 10 Uhr vormittags, trat das Gericht zusammen, und um 2 Uhr, nach knapp vier Stunden, lagen die vier Todesurteile vor.

So sind selbst nach dem Urteil eines bürgerlichen Blattes die vier Urteile als nichts weiter als ein nicht einmal legalisierter Mord anzusehen.

Die Deutschen stützen die die Mörderregierung

Königsberg, 4. Januar.

Aus Kowno wird gemeldet, daß der litauische Ministerpräsident den memelländischen Abgeordneten wegen der „Wahrung der Rechte des Memellandes" beruhigende Versicherungen abgegeben hat, so daß ein Eintreten der Memelländer für die Faschistenregierung erwartet wird (!).

Der kleine Grenzverkehr wieder erlaubt

Die Ausweisung der Redakteure rückgängig gemacht

Berlin, 4. Januar.

Der kleine Grenzverkehr mit dem Memellande ist in vollem Umfange wieder hergestellt. Die Ausweisung der deutschen Redakteure ist rückgängig gemacht und die „Litauische Rundschau" erscheint wieder. Diese Dinge werden als Beweise für die jetzt in die Wege geleitete Unterstützung der Mörderregierung durch die deutsche Minderheit in Litauen betrachtet.

Bewaffneter Aufstand auf Sumatra

Amsterdam, 4. Januar.

Die gestrigen Abendblätter bringen ausführliche Meldungen über einen Aufstand, der in Westsumatra ausgebrochen ist. Die Bewegung ist wohl vorbereitet und über den größten Teil der Padangschen Oberlande ausgebreitet. Im Verlauf des Aufstandes kam es zwischen der Polizei und den Aufständischen, die von Kommunisten geführt werden, zu blutigen Gefechten, die für beide Seiten, insbesondere aber für die Aufständischen mit starken Verlusten verbunden waren. Die Bewegung erstreckt sich bis in die südlichen Teile der Insel Sumatra. In Palenbang gelang es der Regierung, einen vorbereiteten Aufstand rechtzeitig aufzudecken. Die Behörden haben bisher 14 Führer des Aufstandes verhaftet, unter denen sich ein Gemeinderatsmitglied befindet. Die Regierung versichert, die Lage in Südsumatra (also nicht Westsumatra) zu beherrschen.

Eine blutige Schlacht

Batavia (Sumatra), 4. Januar.

Der Distrikt von Siloenkang an der Westküste Sumatras befindet sich teilweise in den Händen der Aufständischen. Im Nagrek kam es zwischen Regierungstruppen und Aufständischen zu einer blutigen Schlacht, bei der die Aufständischen über 30 Tote hatten. Regierungstruppen nahmen eine Anzahl Aufständischer gefangen, darunter den Führer. Eine Anzahl von Eisenbahnstationen, Telephon- und Telegraphenämtern wurde überfallen und befinden sich teilweise in der Hand der Eingeborenen. Die Ortschaften Batoeltabel und Singkarak haben die Regierung um Hilfe ersucht. Die Regierung hat sämtliche verfügbaren Truppen in die aufständischen Distrikte gesandt.

Rückzug Cooligdes aus Nicaragua?

Paris, 1. Januar

„Chicago Tribune" meldet aus Washington, Präsident Coolidge habe gestern dem Staatsdepartement die Beobachtung strengster Neutralität in Nicaragua anempfohlen. Daraufhin habe das Staatsdepartement gestern abend die Zurückziehung der amerikanischen Marinetruppen aus den besetzten Gebieten Nicaraguas angeordnet, mit Ausnahme einiger weniger Punkte, wo schwache Abteilungen zum Schutze des bedeutenden amerikanischen Besitzes zurückgelassen werden.

Die liberalen Truppen Sacazas dringen weiter in das Innere Nicaraguas ein und bedrohen strategisch wichtige Stellungen der Konservativen Partei.

In den letzten Tagen wurden aus Nicaragua **große Erfolge der Washingthon feindlichen liberalen Truppen** und das Zurückweichen der Armee des Washington-Agenten Diaz gemeldet. Es ist nicht unmöglich, daß diese Tatsache zusammen mit der wachsenden Empörung in den lateinamerikanischen Staaten die U.S.A. zum Nachgeben und zu einer Verständigung mit der liberalen Regierung veranlassen wird.

Die Hungerwelle schwillt an

Immer schnelleres Steigen der Erwerbslosenziffer

Die Arbeitslosigkeit in Groß-Berlin hat auch in der vergangenen Woche wieder zugenommen und zwar um 7000. Während im Jahre 1925 die Durchschnittswochenzahl der Berliner Arbeitslosen 57 132 betrug, war sie im Jahre 1926 247 664.

Nach dem Bericht des Landesarbeitsamtes waren 270 323 Personen bei den Arbeitsnachweisen eingetragen, gegen 263 093 der Vorwoche. Darunter befanden sich 172 107 (165 683) männliche und 98 216 (97 410) weibliche Personen.

Unterstützung bezogen 113 467 (110 389) männliche und 61 784 (61 156) weibliche, insgesamt 175 251 (171 545) Personen. Außerdem wurden noch 34 920 (34 207) Personen durch die Erwerbslosenhilfe der Stadtgemeinde Berlin und 13 048 (10 974) Personen von der Krisenfürsorge unterstützt. Bei Notstandsarbeiter wurden 7059 (8377) Personen beschäftigt. Die Zahl der zu gemeinnützigen Pflichtarbeiten Ueberwiesenen betrug 57 gegen 66 der Vorwoche.

Von der staatlichen Erwerbslosenfürsorge waren ausgeschlossen 95 072, ohne jede Unterstützung sind 47 000 Personen.

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit beschränkt sich nicht nur auf Berlin. Im Freistaat Sachsen ist jeder 15. Einwohner arbeitslos. Während am 15. November 193 382 gezählt wurden, waren es am 15. Dezember 206 684. Am 15. Dezember 1925 waren in Sachsen nur 124 600 Arbeitslose registriert.

In Thüringen waren am 20. Dezember 61 210 Arbeitssuchende vorhanden, von denen nur 47 734 Hauptunterstützung erhielten.

Diese furchtbaren Arbeitslosenziffern sind eine Mahnung an die gesamte Arbeiterschaft, mit verdoppelter Energie darauf zu drängen, daß von den freien Gewerkschaften wirksame Kampfmaßnahmen zur Zurückeroberung des Achtstundentages getroffen werden.

Her mit der Arbeitsmöglichkeit für die Erwerbslosen!

Herunter mit der Arbeitszeit!

Die Schuhfabrikanten für den neuen Schiedsspruch

Erhöhung der Verkaufspreise

Frankfurt a. M., 4. Januar.

In der gestrigen Sitzung des Hauptausschusses des Verbandes der deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten wurde beschlossen, unter Aufrechterhaltung der von den Unternehmern bisher gemachten Bedenken und unter Hervorhebung der Unzufriedenheit mit dem am 31. Dezember gefällten Schiedsspruch im Interesse der Aufrechterhaltung des Arbeitsfriedens in der Schuhindustrie dem gesamten Schiedsspruch zuzustimmen. Weiter wurde beschlossen, alle Mitglieder um eine Nachprüfung der Verkaufspreise für Schuhwerk unter Berücksichtigung der im Schiedsspruch festgesetzten Lohnerhöhung zu ersuchen.

Neue Kombinationen

Ein sozialdemokratisches Angebot

Berlin, 4. Januar.

Der deutschnationale „Tag" behauptet, daß seitens maßgebender Mitglieder der B.V.P. ernste Verhandlungen über eine Beauftragung des Abgeordneten Leicht zur Bildung eines Rechtskabinetts geführt werden. Eine sozialdemokratische Korrespondenz bietet einem neuen Kabinett der Mitte die Unterstützung der S.P.D. an, um den Einfluß des Grafen Westarp fernzuhalten. Als vorläufig einzige Bedingung scheint die S.P.D. das Verschwinden Geßlers zu fordern; über das Programm will sie mit sich reden lassen.

Klarheit

Aus dem Gewirr der Nachrichten und Gerüchte über die Krise, die Bildung einer neuen Regierung, treten auch nach außen die von uns am Anfang der „Krise" gezeichneten Konturen hervor.

Nachdem sich die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokraten geäußert haben, ist die grundsätzliche Uebereinstimmung aller erwiesen. Der Kurs der neuen Regierung wird auf ein Haar dem der alten gleichen: außenpolitisch Verstärkung des imperialistischen Kurses, Fortsetzung der Versuche der Eingliederung in eine der imperialistischen Gruppierungen, innenpolitisch weiterer Ausbau der reaktionären Gesetzgebung, Fortsetzung der Rationalisierung, verstärkte Drosselung der Arbeiterschaft durch Ausnutzung des Schlichtungsschwindels und der Arbeitsgemeinschaftspolitik der Gewerkschaften.

Der Inhalt dieser Politik entspricht dem ausschlaggebenden großkapitalistischen Teil der deutschen Bourgeoisie. Mit Recht konnte die „Germania" vor drei Tagen schreiben, daß für das Zentrum eine Rechtskoalition leichter tragbar wäre, als noch vor zwei Jahren. Wobei sie unter „leichter tragbar" natürlich nicht die Stimmung und die Interessen ihrer Wählerschaft, sondern die Bereitschaft der Führer versteht. Ueber den Inhalt der Politik der neuen Regierung bestehen bei der Bourgeoisie keine Meinungsverschiedenheiten. Mit diesem Inhalt sind die Großkapitalisten und die Großagrarier der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen einverstanden.

Meinungsverschiedenheiten bestehen bei den bürgerlichen Parteien über die Methode der Durchführung dieser Politik. Das „Wie" steht zur Debatte. Welche Parteien sollen die Regierung stellen; die Rechten, die Mitte oder eine Große Koalition — das steht zur Diskussion.

Warum?

Weil die Bourgeoisie die Labilität der außerparlamentarischen Kräfteverhältnisse nicht übersehen kann. Eine Linksschwenkung der Arbeiterschaft und die zunehmende Aktivität in der Organisierung der Lohn- und Arbeitszeitkämpfe einerseits, durch die Schranken des neudeutschen Imperialismus, das ist der Widerspruch zwischen Produktionsfähigkeit und der Verwertungsmöglichkeit, andererseits.

Wegen dieses sehr ungewissen, auf die Dauer unhaltbaren, täglich neuen Angriffen ausgesetzten Kräfteverhältnisses „schwankt" die Bourgeoisie, schätzt sie verschieden die Hilfeleistung ein, die ihr von der S.P.D. in der Großen Koalition geleistet werden könnte.

Die Frage der Regierungsbildung steht für die Bourgeoisie nicht so, daß der politische Inhalt der neuen Regierung von den Koalitionspartnern anders bestimmt werden könnte, als es die maßgebenden Teile der Bourgeoisie haben wollen. Die Frage steht anders: erfordert die jetzige Situation die Regierungsteilnahme der S.P.D., um die Arbeiterschaft von Kämpfen zurückzuhalten und zweitens: können die S.P.D.-Führer diese Rolle erfüllen, wenn man sie in die Regierung nimmt?

Darüber „streitet" die Bourgeoisie. In dieser Frage ist sie noch nicht einig. Daher die Pläne eines Rechtskabinetts oder der Versuch einer Regierung der Mitte mit dem Ziel der Großen Koalition.

Nicht Interessengegensätze der einzelnen bürgerlichen Parteien sind die Hauptursache der „Schwankungen" der Bourgeoisie. Die sind in der Zeit einer solchen Monopolisierung des deutschen Kapitals, wie wir sie jetzt erleben, geringer denn je. Die Bourgeoisie ist sich lediglich

nicht einig in der Frage der Taktik bei der Durchführung des gemeinsamen Programms.

Ist die Lage so, wie wir sie geschildert haben, welche Folgerungen hat dann die Arbeiterschaft zu ziehen?

Gegen jede kapitalistische Regierung im allgemeinen und gegen eine Beteiligung der S.P.D. in der Regierung im besonderen aufzutreten.

Die Große Koalition ist nur auf die Bindung der Kräfte der Arbeiterschaft, die Lähmung der Organisationen der Arbeiterschaft, der Gewerkschaften, berechnet. Sie ist lediglich die Deckung, unter der Herr Klöckner neben Herrn Silberberg den Lohn- und Arbeitszeitkampf erfolgreicher abzuwehren oder niederzutrampeln und den Schlichtungsschwindel länger aufrecht zu erhalten hofft. Der politische Inhalt der Großen Koalition wird der gleiche sein wie der einer Rechtsregierung oder eines Kabinetts der Mitte.

Der kapitalistischen Regierung in jeder Form stellt die Arbeiterschaft entgegen die Propaganda für ihre Regierung, die Regierung der Arbeiter und Bauern. Es charakterisiert die Lage, daß diese Forderung immer mehr Anhänger unter den Werktätigen findet.

Der Politik der bürgerlichen Parteien und der mit ihnen Hand in Hand zusammenarbeitenden S.P.D.-Führer stellt die Arbeiterschaft ihre Politik entgegen: die Politik des Klassenkampfes, d. h. des Kampfes für die Forderungen der Klasse.

Die dringendsten Forderungen der Arbeiterklasse sind: Kampf gegen die kapitalistische Nationalisierung. Achtstundentag, höhere Löhne, Arbeitsmöglichkeit für die Erwerbslosen. Um diese Forderungen gruppieren sich die Forderungen aller übrigen werktätigen Schichten: Der Kampf gegen den Mietwucher, die Steuerbelastung, die Auspowerung der armen Bauern, der Landarbeiter, der Mittelständler.

Diese Forderungen können nur im schärfsten Kampf gegen die Bourgeoisie und ihre Steigbügelhalter erkämpft werden.

Die Bourgeoisie „schwankt", weil sie die Labilität, das ungewisse Gleichgewicht der Klassen, sieht. Man muß diese Ungewißheit zur Gewißheit machen. Das Kräfteverhältnis muß zugunsten der Arbeiterschaft verändert werden. Darum: Klarheit in der Arbeiterklasse: Dauernde Aufklärung über die Lage, die Absichten der Bourgeoisie, die Rolle der S.P.D.-Führer. Darum die Propaganda der sozialistischen Lösung der Krise und die Agitation für die dringendsten politischen und wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiterklasse. Darum die stärkste Entfaltung der außerparlamentarischen Kräfte des arbeitenden Volkes, darum die Auflösung des Reichstages, um die Propaganda und die Agitation für die Klassenziele in die breiteste Oeffentlichkeit der Werktätigen zu tragen.

30 prozentige Mietpreiserhöhung

Duisburg, 3. Januar.

Am Sonntag sprach in einer Zentrumsversammlung der preußische Wohlfahrtsminister Hirtsiefer. Er kündigte an, daß infolge der hohen Preise für neue Wohnungen man in Deutschland um eine Steigerung der Mieten um 30 Prozent nicht herumkommen werde.

Bergarbeiter verweigern Ueberschichten

Essen, 31. Dez.

Die Direktion der Zeche „Diergardt 3", Duisburg-Neuenkampf, verlangte vom Betriebsrat die Zustimmung zum Verfahren von wöchentlich zweimal 1½ Schichten. Der Betriebsrat lehnte ab. Die Direktion ordnete daraufhin die Ueberschichten an. Die Belegschaft beschloß aber, **nach der normalen Schichtzeit auszufahren,** was auch restlos erfolgte. **Daraufhin sperrte die Direktion die gesamte Belegschaft aus.**

Hindenburg lobt die Klassenjustiz

Zum 50 jährigen Bestehen des Reichsjustizministeriums

Der Reichspräsident hat am 31. Dezember 1926, dem Tage des 50jährigen Bestehens des Reichsjustizministeriums, an den Reichsjustizminister Dr. Bell einen Erlaß gerichtet, in dem er die 50jährige Tätigkeit „im Dienste des Vaterlandes" lobend hervorgeht, und erklärt, das alle deutschen Stämme umfassende einheitliche Rechte sei ein „Gut von unschätzbarem Wert, daß sich in den Zeiten nationaler Größe, wie in den Jahren schwerster Prüfung als fester und unverrückbarer Grundpfeiler der Reichseinheit erwiesen" habe. Weiter heißt es: „Es ist das bleibende Verdienst des Reichsjustizministeriums, unbeirrt durch die Kämpfe der Zeit treu seiner Ueberlieferung dahin gewirkt zu haben, daß der Rechtsgedanke in der Gesetzgebung lebendig bleibe." Der Erlaß schließt mit dem Wunsch, daß die Arbeit des Justizministeriums „dem deutschen Volke auch fernerhin zum Segen gereichen möge".

Dieser Erlaß ist ein **blutiger Hohn auf die Zustände in der deutschen Klassenjustiz.** Die 50jährige Tätigkeit des Reichsjustizministeriums ist gekennzeichnet durch eine Reihe **ununterbrochener Klassenurteile** von den Zeiten des **Sozialistengesetzes** angefangen **bis heute.** Aber alles was sich die deutsche Klassenjustiz geleistet hat, alle freche Verhöhnung selbst der bürgerlichen Rechtsbegriffe, in dem Augenblick, wo es gegen Arbeiter ging, ja, kaum die Urteile der Militärjustiz während des Krieges erreichen den Grad des unverhüllten Terrors und einer bloßen Rachejustiz gegen das Proletariat, wie jene Urteile, die in den letzten Jahren seit dem Novemberumsturz gegen die Arbeiter gefällt worden sind. **Die gefüllten Zuchthäuser und Gefängnisse der deutschen Republik sind die beste Illustration für die „bleibenden Verdienste des Reichsjustizministeriums".** Allerdings: „Unbeirrt durch die Kämpfe der Zeit treu seiner Ueberlieferung", so hat das Reichsjustizministerium und die gesamte deutsche Justiz „Recht" gesprochen. Das hat sich nicht nur in den Klassenurteilen politischer Prozesse gegen Revolutionäre gezeigt, auch ein Fall wie der **Magdeburger Justizskandal,** oder der **Fall Jürgens** zeigen an unpolitischen Beispielen den **Grad der Verrottung, der Käuflichkeit und Zersetzung der Justiz.** Die gleichen monarchistischen Richter, die zu Wilhelms Zeiten ihre Urteile fällten, sitzen auch heute noch über alles zu Gericht, was auch nur von ferne in den Verdacht kommt, republikanisch oder gar revolutionär zu sein. Die monarchistischen Klassenrichter, gut bezahlt von der Republik, unabsetzbar dank der famosen Weimarer Verfassung, hatten es wirklich nicht nötig, sich „durch die Kämpfe der Zeit beirren zu lassen". Die Arbeiterschaft sendet den guten Wünschen Hindenburgs für die weitere Tätigkeit der Klassenrichter einen Fluch nach.

Die Gilde der Klassenrichter

Eine Krähe hackt der anderen nicht die Augen aus

Berlin, 3. Januar

Wie der „Montag Morgen" meldet, sollen die aus dem **Fememordprozeß Pannier** wegen ihrer **offenen Begünstigung der Fememörder** berüchtigten Richter, Landgerichtsdirektor Bombe und Landgerichtrat Vorbaum auch im neuen Jahr weiter am Landgericht III in Berlin als Richter fungieren. Das bedeutet, daß sie den im Frühjahr stattfindenden Femeprozeß Wilms-Legener, aber auch den Prozeß gegen Jürgens, ihren eigenen engeren Kollegen vom Landgericht III, mit dem sie eng persönlich befreundet waren, Recht sprechen sollen.

Schwunghaftes Aktenbeseitigungsgeschäft

Berlin, 3. Januar

Ein neuer Aktenbeseitigungsskandal ist in Potsdam durch die Verhaftung des Potsdamer Justizobersekretärs Erich Rießner an die Oeffentlichkeit gekommen, der große Aehnlichkeit mit dem Moabiter Aktenskandal hat. Die beseitigten Akten wurden in der Sommerlaube des Sekretärs auf der Freundschaftsinsel in Potsdam eingebudelt gefunden.

Wie es gemacht wird

Berlin, 3. Januar

Wie die „Zeitnotizen" melden, ist die in letzter Minute erfolgte Umarbeitung des Reichswehretats, wonach dieser neuerdings eine Erhöhung um 7,2 Millionen auf insgesamt 475 Millionen Reichsmark erfährt, durch den Regierungsrat Jacobs, dem bisherigen Dirigenten einer Abteilung des Reichsfinanzministeriums erfolgt, der jetzt plötzlich in das Wehrministerium berufen wurde und zwar bezeichnenderweise als Angestellter auf Zivildienstvertrag.

Geßler hat sich also den besten Fachmann für Etatverschleierungen ausgesucht.

„Nationale Kreise" zum Blamieren gesucht

Köln, 3. Januar

Der Arbeiter Harri Domela, der als „Zollernprinz" in Thüringen die nationalen Kreise an der Nase herumführte und zu begeisterten Huldigungen hinriß, ist zwischen Weihnachten und Neujahr in Köln und Umgebung aufgetaucht. Dort trat er, wie schon früher in Heidelberg, diesmal nicht als Zollernprinz, sondern in der Rolle eines russischen Fürsten unter dem Namen „Franz Hubert von Lieven" vom Potsdamer Reiterregiment 4 auf. Auch in Köln und Umgebung hat dieser „Zollernprinz" genau so Gutgläubige gefunden wie in Thüringen, um dann auf Nimmerwiedersehen von der Bildfläche zu verschwinden.

Wer die Wahrheit sagt, fliegt

Gera, 3. Januar

Der sozialdemokratische Jungarbeiter Arthur Schöneburg aus Gera, Teilnehmer an der zweiten Rußlanddelegation der Jungarbeiter, der in einer Versammlung der Geraer S.P.D. gegen den bekannten Menschewisten Abramowitsch auftrat, ist daraufhin ohne weiteres **aus der Sozialdemokratischen Arbeiter-Jugend ausgeschlossen** worden.

Erweiterung des Kinderhilfswerks der J.A.H.

Um das Kinderhilfswerk der J.A.H. zu fördern, wobei die Neueinrichtungen von Kinderheimen und eine großzügige Verschickung von bedürftigen Kindern in Ferien- und Erholungsaufenthalt in Betracht kommt, hat sich ein Kuratorium gebildet, dem namhafte Gelehrte, Künstler, Sozialpolitiker, Wissenschaftler und Schriftsteller angehören, u. a. Käthe Kollwitz, Dr. Helene Stöcker, Gräfin v. Arco, Prof. H. Zille, Alfons Paquet, Prof. Karl Grünberg, Justizrat Dr. Werthauer, Prof. Alfons Goldschmidt und viele andere. Das Katorium erläßt einen Aufruf, der sichın die Gesamtbevölkerung richtet und u Unterstützung des J.A.H.-Kinderhilfswcks bittet.

Erkämpft die 42-Stundenwoche!

Bremsen muß man die Bewegung, doch mit mancher Ueberlegung.

Hier ist die Beruhigungspille. Wir führen's durch, 's ist unser Wille.

Doch [illegible] fällt der „Wisch" glatt unter den Regierungstisch.

Für die 42-Stundenwoche kämpfen heißt der Bonzen Willkür dämpfen

Ausland

Das anglo-sowjetrussische Bergarbeiterbündnis

Moskau, 2. Januar.

Der Führe der Bergarbeiterexekutive der Sowjetunon, Genosse Schwarz, erklärte, daß de Zusammenkunft der Vertreter derenglischen und sowjetrussischenBergarbeiter für Januar oder Februar angesetzt wird. Das Datum ınd der Ort der Zusammenkunft wird ndgültig vereinbart werden, nachdem die englische Bergarbeiterföderation ihre prinzipielle Entscheidung in der Frage der Schaffung eines Anglo-russischen Einheitskomitees der Bergarbeiter getroffen hat.

Neue Niederlage Diaz

Managua, 4. Januar.

Bei Filica erlitten die Truppen des Präsidenten Diaz im Kampf gegen die Liberalen eine neue Niederlage. In der Schlacht bei Las Perlas wurden 302 Mann getötet und 150 verwundet. Die Liberalen machten 300 Gefangene.

Neue englische Truppen in China

Hankau, 4. Januar.

Auf Ersuchen der hiesigen englischen Niederlassung hat die englische Regierung die Landungstruppen verstärkt. Außerdem befindet sich ein englisches Freiwilligenkorps in ständiger Bereitschaft.

Englisch-griechisches Flottenabkommen

London, 31. Dez.

Zwischen dem Führer der britischen Flottenmission in Griechenland und dem griechischen Marineminister sind die Verhandlungen über den Abschluß eines Flottenabkommens abgeschlossen. Die Unterzeichnung der Verträge steht unmittelbar bevor. Die Verträge treten am 15. März 1927 in Kraft und sind drei Jahre gültig.

764 Millionen für polnische Rüstungen

Warschau, 3. Januar.

Der Finanzausschuß des Sejm beschloß, das Militärbudget, das bisher 622 Millionen betrug, um 80 Millionen zu erhöhen.

Neues aus aller Welt

Aus Eifersucht seine Familie und sich selbst ermordet hat am Neujahrstage in Hamburg ein Maschinist. Er würgte seine Frau und schlug sie mit einem Hammer tot. Darauf leitete er in das Zimmer seiner beiden Kinder Gas und vergiftete sie damit. Dann erschoß er sich selbst.

Von einer Frau ermordet wurde in Wien die 72jährige Filialleiterin einer Molkerei, Lustig. Die Tat wurde von einer 28jährigen Bedienerin verübt.

1200 Kilo Dynamit in die Luft geflogen. In Grängesberg in Schweden flog am Sonntag abend ein Depothaus einer Dynamitfabrik in die Luft. Sämtliche Gebäude der Nachbarschaft wurden zerstört und alle Fensterscheiben der Umgebung zertrümmert. Wegen der Arbeitsruhe sind Menschenleben nicht zu beklagen. Die Ursache der Explosion ist wahrscheinlich Selbstentzündung.

Aus München

„Unter das Joch des Kapitalismus gezwungen"

Der bestrafte „Bayerische Kurier"

Wir lesen im „Bayerischen Kurier" folgendes über „Bierpreiserhöhung und Presse":

„Wenn man den Grad abschätzen will, in dem die Presse heute von der Industrie abhängig ist, bzw. von ihr subventioniert wird, so konnte vielleicht als Maßstab dienen, mit welch größerem oder geringerem Eifer sich auch sogenannte „volksfreundliche" Blätter gegen die ungeheuerliche Preiserhöhung wandten, welche das Diktat des Brauerbundes den Wirten und ihren Gästen aufzwingen wollte...

Viele Leute, die auch etwas von der Sache verstehen, meinen, ein Aufschlag von 4 Pfennigen sei gleichfalls noch viel zu hoch. Es ist ja auch undenkbar, wenn einzelne Brauereien 12 Prozent Dividende austeilen und daneben noch Aktien verschenken können, daß dann andere Brauereien Not leiden sollten. Wir sind übrigens überzeugt, daß wenn von unabhängigen Fachmännern die Bilanzen überprüft würden, sich doch noch manche „stille" Werte finden würden, die die „Notlage" der Brauereien in einem anderen Lichte erscheinen ließen. **Wie sich übrigens die Herren Direktoren dafür zu**

rächen wissen, wenn eine unabhängige Presse sich dem Griffe in die Taschen der Konsumenten pflichtgemäß entgegenstellt, mag man daraus ersehen, daß man ihr einfach Inserate abschlägt, die gefügigere Blätter erhalten. So wenigstens wurde der „Bayerische Kurier“ und das „Neue Münchner Tagblatt“ bestraft. Man sieht daraus wieder, wie man es heutzutage macht, um sich eine gefügige Presse zu schaffen und wie damit fortschreitend die Presse unter das Joch des Kapitalismus gezwungen wird. Uns wird man allerdings mit derartigen „Maßregelungen“ nicht unter dieses Joch bringen!“

Das nennt man ein Jesuitenstücklein, wie es besser nicht sein kann! Jeder Arbeiter sollte sich dieses bürgerliche Zeugnis über die Käuflichkeit der kapitalistischen Pressehuren merken. Er darf dabei allerdings nicht vergessen zu sagen, daß der „Bayerische Kurier“ diese Sprache nur riskieren kann, weil er nicht vom Braukapital abhängig ist, sondern weil er seine Existenz auf andere Faktoren gestützt fristet. Er ist immerhin das Organ der schwarzen Regierungspartei und seine Gönner verfügen über andere Werte als — Bräuaktien! Immerhin, die Bosheiten gegen das Braukapital sind sehr wertvoll.

Schlechtes Einschenken im Bavariakeller

München. Vor dem hiesigen Gericht standen der Wirtschaftspächter Zangl, der Kassierer Hegl und vier Schenkkellner, die im Bavariakeller beschäftigt waren, wegen schlechten Einschenkens. Im Bavariakeller waren durch gelegentliche Kontrollen **Fehlmengen beim Bier von 6 bis 18 Prozent** festgestellt worden. Der Pächter erklärte vor Gericht, daß er auf gewissenhaftes Einschenken immer acht gegeben habe und deshalb für die Taten seiner Angestellten nicht verantwortlich sei. Ein eidlich vernommener Gewerkschaftssekretär erklärte, daß er die angeklagten Angestellten schon lange darauf aufmerksam gemacht habe, daß sie lieber höhere Löhne verlangen sollen, als sich durch schwindelhaftes Einschenken strafbar zu machen. Das Gericht verurteilte den Pächter Zangl zu einem Monat Gefängnis und zu 2500 Mark Geldstrafe. Der Kassier erhielt wegen Beihilfe 1000 M. Geldstrafe, evtl. 50 Tage Gefängnis. Die Schenkkellner je 300 Mark Geldstrafe oder je 15 Tage Gefängnis.

Herrn Auers „Miramundumgesellschaft“

München. Nach Mitteilungen der bürgerlichen Presse veranstaltet die „Miramundum“-Gesellschaft, in deren Ehrenausschuß bekanntlich der Chefredakteur der „Münchener Post“, Herr Auer, sitzt, während der Faschingszeit eine Reise nach dem sonnigen Süden. Die Presse berichtet:

„Der erste Aufenthalt ist in Spanien vorgesehen (20. Januar: „Ein Abend in Andalusien“, Odeon-Kasino, Wittelsbacherplatz). Die Reise geht weiter dem sagenhaften Orient entgegen: man sieht sich am 3. Februar „Am Hofe des Fürsten von Birma“ wieder (ebenfalls Odeon-Kasino). Auf der Rückreise ist Gelegenheit „In den Steppen der Pußta“ einem Empfang des Zigeunerhäuptlings Barasz-Bela beizuwohnen (28. Februar, Union-Saal, Barerstraße 7). Die Ankunft in München (1. März) vereinigt die Reiseteilnehmer oder solche, die von dem Erlebten etwas hören wollen, zum Faschingsauskehr im Hotel „Bayerischer Hof“ unter dem Motto: „Die Reklame“. Daß die Liga in der Lage ist, bei ihrem ersten Hervortreten in der Faschingszeit mit einem derartig umfangreichen Programm aufzuwarten, beweist den Anklang, den ihre bisherigen Veranstaltungen gefunden haben.“

Wenn man bedenkt, daß Herr Auer zu den Förderern dieses Klubs der oberen Zehntausend gehört, wird man hoffentlich nicht auf die Idee kommen, daß auch sozialdemokratische Arbeiter diesen Schwindel mitmachen.

Brand in der Großmarkthalle

München. Kurz vor 4 Uhr wurde am Montag Nachmittag von der Großmarkthalle Feuer gemeldet. Durch eine Azetylenlampe war Packmaterial in Brand geraten. Das Feuer dehnte sich schnell aus, so daß zwei Löschzüge der Hauptfeuerwache zur Bekämpfung des Feuers ausrücken mußten. Um $5\frac{1}{4}$ Uhr war der Brand eingeschränkt und um $6\frac{1}{2}$ Uhr die Nachlöscharbeiten beendet. Bei der Bekämpfung des Brandes erkrankten drei Feuerwehrleute an Rauchvergiftung und mußten ins Krankenhaus r. d. Isar gebracht werden.

Aus Bayern

Graf Westarp konferiert mit Dr. Held

München. Wie die bürgerliche Presse meldet, ist vor einigen Tagen der Führer der deutschnationalen Reichstagsfraktion Graf Westarp, in München gewesen, und hat mit dem Ministerpräsidenten Dr. Held eine Unterredung gehabt. In einer Polemik gegen das Organ des Bayerischen Bauernbundes leugnet zwar der „Bayerische Kurier“, daß bei dieser Unterredung der Koalitionsstreit zwischen der Deutschnationalen Volks-Partei und der Bayerischen Volkspartei in Bayern berührt wurde, aber schließlich ist die Frage erlaubt: **Welche Angelegenheiten, wenn nicht bayerische, wurden denn sonst dort besprochen?** Wir glauben allerdings, daß außer der bayerischen Regierungskrise auch die Haltung der Deutschnationalen und der Bayerischen Volkspartei während der Regierungskrise im Reiche besprochen wurde.

Der „Kampf auf Leben und Tod“

Hundert gegen eins war zu wetten, daß die Bayerische Volkspartei durch ihre Korrespondenz das alte Jahr als ein Jahr der Enttäuschungen ins Buch ihrer Geschichte schreiben würde. Ebenso sicher war, daß für das Jahr 1927 „schwere Entscheidungen für das Leben der Länder“ vorausgesagt würden, die in dem Kampf um den Finanzausgleich eingeschlossen seien. Beides ist eingetroffen und damit könnte der Neujahrsartikel der bayerischen Regierungspartei beiseite gelegt werden, wenn er nicht die Linie der Politik mit erfreulicher Offenheit aufzeigen würde, die die B.V.P. einschlagen wird. Verstärkt soll die Annäherung an das Zentrum werden. „Der unmittelbare Kontakt mit verschiedenen Landesorganisationen der deutschen Zentrumspartei“ sei durch den Kampf um den Finanzausgleich hergestellt worden. Als Fortschritt wird gebucht, daß zwischen München, Stuttgart und Karlsruhe wieder mehr „persönliche Fäden“ laufen, um Bundesgenossen außerhalb der weißblauen Grenzpfähle „für eine aktive föderalistische Politik“ zu gewinnen, die „aus der Vereinsamung und aus der defensiven Beharrung herausführen soll“. Da der Sinn dieser politischen Linie zu klar zu Tage liegt, muß ausdrücklich versichert werden, daß kein Mensch so töricht sei **„etwa an der Aufrichtung eines süddeutschen Blocks mit feindseligen Tendenzen gegen den Norden zu denken“**. Gewöhnlich stimmt's dann ...

Es geht um die Bajuwasierung des ganzen Reiches. Die gepriesene „Stabilisierung der Regierungsverhältnisse“ und die „politische Konsolidierung“ in Bayern soll auf das Reich übertragen werden. Was das bedeutet, das müssen die Werktätigen ganz Deutschlands schnell, sehr schnell erkennen, damit an ihrer Einheitsfront die Pläne der bayerischen Reaktion zerschellen. Von der Kommunistischen Partei Deutschlands wird in den nächsten Tagen eine umfassende Kampagne gegen die rechts- und verfassungswidrigen Zustände in Bayern durchgeführt werden, um im Norden, Osten und Westen des Reiches die Werktätigen zur Solidarität mit den Arbeitern und armen Bauern in Bayern aufzurufen. Es soll ein Kampf auf Leben und Tod mit der bayerischen Reaktion werden, bei dem letzten Endes die Weißblauen zur Strecke gebracht werden.

Steigerung der Erwerbslosigkeit in Augsburg

Augsburg. Die Zahl der Erwerbslosen ist bei den männlichen Personen von 7111 in der Vorwoche auf 7303 am 31. Dezember und bei den weiblichen von 1674 auf 1699 am 31. Dezember gestiegen. Von den männlichen erhielten 4783 (in der Vorwoche 4772) und von den weiblichen 921 (913) Erwerbslose Unterstützung. Die Zahl der Familienzuschlagsempfänger ist von 4537 in der Vorwoche auf 4783 am 31. Dezember gestiegen.

Auch in Schwaben und Neuburg Verschlechterung

Augsburg. In der Woche vom 27. bis 31. Dezember hat sich in Schwaben und Neuburg die Zahl der Erwerbslosen stark erhöht. Insbesondere wurden im Baugewerbe, in der Landwirtschaft und in der Forstarbeit Entlassungen vorgenommen. Die Lage in der Maschinenindustrie hat sich etwas gebessert.

Auch in Bayreuth ...

Bayreuth. Im hiesigen Bezirk sind in der letzten Woche 455 Neuzugänge an Erwerbslosen zu verzeichnen. Durch die Krisenfürsorge wurden bisher 152 Erwerbslose erfaßt.

Bauernbündler beschimpfen die Erwerbslosen

(Arbeiterkorrespondenz)

Gangkofen. Am 28. Dezember sprach hier in einer öffentlichen Versammlung des Bauernbundes der Reichstagsabgeordnete Eisenberger. In seinem Referat, das sich mit der Steuerlast der Landwirtschaft und der Erwerbslosenfrage beschäftigte, nannte er die Erwerbslosen Faulenzer, die sich vom Staat ernähren lassen, während die Bauern dafür die hohen Steurn bezahlen müssen. Er rechnete den Bauern vor, daß ein Erwerbsloser mit zwei Kindern eine wöchentliche Unterstützung von 20,60 Mk. erhält. Eisenberger verlangte die Einführung der Arbeitsdienstpflicht. Am Schlusse seines Referates trat er für eine Volksabstimmung über die Abschaffung der Pensionen für jene Offiziere ein, die noch Beamtenstellen bekleiden.

Katholische Pfarrer gegen die Arbeitersportbewegung

(Arbeiterkorrespondenz)

Ergoldsbach. Am letzten Sonntag wandte sich der Pfarrer Fischer von der Kanzel herab gegen den Arbeiterradfahrerbund „Solidarität“ indem er die Anhänger dieser Organisation als Heiden bezeichnete. Am nächsten Sonntag konnte man an den Amtstafel in Ergoldsbach einen Brief lesen, in dem an den Radfahrerbund einige Fragen gerichtet waren. U. a. fragte der Verfasser, hinter dem man den Pfarrer vermutet, weshalb der Radfahrerverein in diesem Jahre gleich zwei Veranstaltungen abhält. Jeder anständige Mensch müsse wissen, daß während der heiligen Adventszeit keine Feste gefeiert werden dürfen. Wer nicht weiß, daß der Silvesterabend ebenso wie der Weihnachtsabend gefeiert werden muß, soll sich zu seinen Genossen ins Tierreich oder zu den Hottentotten begeben und nicht den anständigen Kirchenbesuchern ein Aergernis bereiten. Ueberhaupt müsse man sich in der jetzigen Zeit gegen die Abhaltung von Lustbarkeiten wenden. Einerseits Luxus über Luxus, so daß man einen gewöhnlichen Arbeiter von einem höheren Beamten nicht mehr unterscheiden kann (wie furchtbar!), Fras, Völlerei, Unzucht. Auf der anderen Seite Not und Elend.

Dieser Brief klebt an allen Amtstafeln in Ergoldsbach. Eine Unterschrift enthielt er nicht. Zur selben Zeit erzählt man sich in ganz Ergoldsbach folgendes Geschichtchen: Als der Pfarrer Fischer vor kurzem sein 50jähriges Priesterjubiläum feierte, sah man einige der Kuttenträger in nicht gerade nüchternem Zustand auf den Straßen. **Herr Fischer tanzte mit den Bürgerstöchtern einen flotten Shimmy.** Damals gab es kein Kirchengesetz. Im Gegenteil: Bis 5 Uhr früh wurde bei Bier und Wein durchgezecht.

Und dieselbe Gesellschaft wagt es jetzt, die Arbeiterradfahrer wegen der Veranstaltung eines Vergnügens zu beschimpfen.

Panzerzug Nr. 14—69

Erzählung

20) **von Wssewolod Iwanow**

Der kurzbeinige Mann argumentierte:

„Genossen, der Gewerkschaftsrat will das Beste, man könnte abwarten ...“

„Bis die Japaner wieder jemand gegen uns aufgehetzt haben ...“

„Bis die Bauernbewegung wieder niedergeschlagen ist ...“

„Wir haben genug gewartet!“

Die Versammlung wurde immer aufgeregter. Peklewanow trank schluckweise seinen Tee und beruhigte:

„Immer ruhig, Genossen, immer ruhig!“

Der kurzbeinige Vertreter der Gewerkschaften protestierte:

„Sie rechnen nicht mit der augenblicklichen Lage. Es ist wahr, der Bauer ist fanatisch gestimmt, aber ... Sie haben die Agitatoren schon ausgeschickt, die Bauern ziehen gegen die Stadt, die Japaner verhalten sich neutral ... Es ist wahr! ... Vielleicht wird Werschinin sogar den Panzerzug festhalten ... Und trotzdem werden wir keinen Aufstand haben.“

„Das werden wir ihm beweisen!“

„Ein Demagoge! ...“

„Bitte ums Wort!“

„Genossen!“

Peklawanaw erhob sich, nahm aus seinem Portefeuille ein Papier und las errötend vor:

„Erlauben Sie, Ihnen folgendes mitzuteilen: Laut Beschluß des Rates der Volkskommissare Sibiriens ist der Aufstand auf den sechzehnten September neunzehnhundertundneunzehn, mittags 12 Uhr festgesetzt. Der Ausgangspunkt des Aufstandes — die Kaserne der Artillerie-Division ... Auf Signal ... Der Rat der Volkskommissare ...“

Beim Fortgehen sagte der kurzbeinige Mann zu Peklewanow:

„Wir werden beobachtet! Seien Sie vorsichtiger ... Und Sie hätten den Matrosen nicht in den Landkreis schicken sollen.“

„Warum nicht?“

„Ein geschwätziger Bursche: weiß Gott, was er den Leuten vorerzählen wird! Heutzutage muß man sich die Leute sehr genau ansehen.“

„Er kennt die Bauern sehr gut,“ sagte Peklewanow.

„Die Bauern kennt niemand. Er ist ein expansiver Mensch, und das wirkt allerdings auf die Bauern. Aber immerhin ... Werden Sie auf dem Meeting sein?“

„Wo?“

„Auf der Werft. Die Arbeiter wollen Sie sehen.“

Peklewanow errötete.

Der Kurzbeinige trat dicht an ihn heran und sagte ihm leise ins Gesicht:

„Sie tun mir leid. Aber sie wollen nicht ohne Sie anfangen. Sie glauben nicht an Worte, sie wollen an den Menschen glauben. Sie müssen wissen — Spitzel, allenthalben ... Wenn sie einen festnehmen — Erschießen ohne weiteres. Aber die Arbeiter wollen Sie sehen. Wollen wissen, ob Sie wirklich mit ihnen sind? Sie hätten den ganzen Brei nicht einrühren sollen.“

Peklewanow wischte sich die schweißige, sommersprossige Stirn, steckte die kleinen Hände in die Taschen seines kurzen Jaketts und ging durch das Zimmer. Der Kurzbeinige beobachtete ihn durch die Brillengläser.

„Sentimentalität“, sagte Peklewanow, „wird nichts geschehen.“

Der Kurzbeinige seufzte auf:

„Wie Sie wollen. Also soll ich Sie abholen?“

„Wann?“

Peklewanow errötete noch mehr und dachte:

„Er fürchtet für sich selbst.“

Und dieser Gedanke verwirrte ihn so, daß sogar seine Hände zu zittern begannen.

„Mir ist es gleich. Wann Sie wollen!“

Abends kam der Kurzbeinige in einem Wagen und wartete am Vorgärtchen ... Durch die Sträucher waren sein Strohhut und der gelbe, kurzgeschorene, an eine Zahnbürste erinnernde Schnurrbart sichtbar. Das Pferd schnaufte.

Peklewanows Frau weinte. Sie hatte scharfe Zähne und ein blühendes Gesicht. Tränen waren auf diesem Gesicht ganz überflüssig, es war unangenehm, sie über die rosa Wangen und das weiche Kinn rollen zu sehen.

„Du quälst mich noch zu Tode. Jeden Tag werden einige verhaftet ... Wo kommst du dann hin ... Geh nicht hin, ich bitte dich! ...“

Sie rannte durch das Zimmer, sprang dann plötzlich zur Tür, klammerte sich an die Klinke und flehte:

„Ich laß dich nicht ... Wer wird dich mir zurückgeben, wenn du erschossen bist? Die Partei? Das Revolutionskomitee? Ich pfeife auf alle diese Idioten!“

„Manja! Semjonow wartet doch.“

„Ein Halunke ist er, weiter nichts. Ich sage dir, ich lasse dich nicht! Ich will nicht, daß du hingehst!“

Peklewanaw sah sich um, ging zur Tür. Das Weib krümmte sich wie eine Weidenrute im Winde; unter der nassen Haut ihrer Hand spannten sich die Sehnen.

Peklewanow trat verlegen ans Fenster.

„Ich verstehe Euch nicht!“

„Du liebst niemand, das ist es ... Weder mich, noch dich ... Wasska? Geh nicht!“

Der Kurzbeinige rief heiser aus der Droschke:

„Wassily Maximytsch, kommen Sie bald? Es wird schon dunkel, man wird sonst die Läden bald schließen.“

Peklewanow sagte leise:

„Es ist eine Schmach, Manja. Soll ich wie Podkoljossin aus dem Fenster springen? Ich kann doch nicht absagen — die Leute werden sagen, ich hätte es aus Feigheit getan.“

(Fortsetzung folgt.)

pfen. Wie soll man das nennen: Heuchelei oder Dummheit?

„Aufwertung der Ewigkeitsanleihen"

So bald das Geld im Kasten klingt....

Der katholische Klerus ist über unsere Kritik seiner Presse-Erzeunisse und der Methoden, mit denen die katholische Kirche in Bayern ihre Macht verbreitet, sehr entrüstet. Er hat die Münchener VIa auf die „Neue Zeitung" gehetzt, die sich in unserem Verlag nach der Entstehung und der Auflage unserer Beilage „Aus dem Reiche des Muckertums" erkundigte. Die Herren haben natürlich die — „entsprechende" Antwort erhalten.

Allerdings: was sich manche katholischen Blätter an Verhöhnung ihrer eigenen Religion leisten, das haben selbst die gottesläfternden Kommunisten nicht fertig gebracht. Im „Altöttinger Liebfrauenbote", der von einem Geistlichen geleistet wird, findet man auf Seite 896 folgendes Inserat:

> **„Unerreichtes Angebot. Nur mehr 14 Tage Gültigkeit. Verrechnung aller Schuldbriefe und Hypothekenbelastung, ferner volle Aufwertung deiner Ewigkeitsanleihen und Pfandbriefe gegen billigste Verzinsung gewährt — das internationale Institut: Der Jubiläumsablaß."**

Das „Landauer Volksblatt", dem wir dieses Zitat entnehmen, bemerkt mit Recht. daß jedes andere Organ, wenn es solch ein Inserat gebracht hätte, wegen Religionsverspottung verurteilt worden wäre. Wir sind allerdings weiter der Ansicht, daß die katholische Kirche nur weiterhin „Verrechnung aller Schuldbriefe und Hypothekenbelastung" (welch „mammonistische" Sprache!) und „volle Aufwertung der Ewigkeitsanleihen..... gegen billigste Verzinsung" inserieren soll. Das ist das beste Mittel, um auch den letzten werktätigen Mann und die letzte werktätige Frau dieser „göttlichen Bank" abspenstig machen.

Kurze Nachrichten

Von einem Pferd getötet. — Rosenheim. — Der 19jährige Knecht Benedikt Wagner wollte in Fürstädt einen zweijährigen Hengst auf die Wiese führen. Dabei riß sich das Tier los, ging über Wagner hinweg, der an schweren Verletzungen am Rückenmark gestorben ist.

Auf seine Geliebte geschossen. — Weilheim. — In Kissing gab der ledige Hilfsarbeiter Ludwig B. aus Pittriching auf seine Geliebte Maria Huber aus Kissing mehrere Schüsse ab. Das Mädchen wurde nur leicht an der Nase verletzt. B., der die Tat aus Eifersucht begangen hat, wurde verhaftet.

Furchtbare Folgen eines Scherzes. — Lindau. — In Pfullendorf legte eine Frau im Scherz ein Luftgewehr auf ihren 11jährigen Sohn an. Das Gewehr entlud sich und der Bleibolzen traf das Kind in das Auge. Der Arzt befürchtet, daß dieses verloren ist.

Reichskonferenz der kommunistischen Lehrer

Im Rahmen der Reichstagung des Jungspartakusbundes in Chemnitz traten am 28. und 29. Dezember 1926 auch die kommunistischen Lehrer zu ihrer 4. Reichskonferenz zusammen. Die Verhandlungen, die die volle Einmütigkeit der Beteiligten in der Beurteilung aller grundsätzlichen schulpolitischen Fragen ergaben, müssen als wertvollste Vorarbeit zur verstärkten kulturpolitischen Arbeit innerhalb des gesamten Proletariats bewertet werden.

Einen breiten Raum nahm die Diskussion über die

Stellung zu den weltlichen Schulen

(Sammelschulen) ein. Die bestehenden weltlichen Sonderschulen wurden gekennzeichnet als Schulen, in denen das Proletariat durch die S.P.D. mit sozialpazifistischen, den Klassenkampf verschleiernden und deshalb äußerst gefährlichen Ideen korrumpiert wird und in denen auch in keiner Weise die Stellung des proletarischen Kindes in sozialer Beziehung gebessert wird. Wenn unter kommunistischem Einfluß von ganz vereinzelten weltlichen Sonderschulen ein gewisser proletarischer Charakter angestrebt wird, so handelt es sich hier um Einzelfälle, die für die Beurteilung des allgemeinen Zustandes nicht in Frage kommen. Für die Neugründung weltlicher Schulen muß die Kommunistische Partei ultimative Forderungen stellen, die den proletarischen Klassencharakter dieser Versuchsschulen garantieren.

Aus den Berichten der Reichsfraktionsleitung und der Bezirksdelegationen ergaben sich die ungeheuren

Schwierigkeiten der kommunistischen Schularbeit.

Als wichtigste, sofort überall in Angriff zu nehmende Aufgabe wurde deshalb die Organisierung der engsten Zusammenarbeit zwischen Jungspartakusbund, Elternbeiräten und Lehrern im Orts- Bezirks- und Reichsmaßstabe bezeichnet.

Für die

Gewerkschaftsarbeit der kommunistischen Lehrer

wurde entsprechend der grundsätzlichen Einstellung der Kommunistischen Partei die Forderung einer Einheitsorganisation aller Bildungsarbeiter auf gewerkschaftlicher Grundlage in den Vordergrund gestellt. Mit Empörung stellten die kommunistischen Lehrer fest, wie die Koalition zwischen S.P.D. und Zentrum überall die Unterbindung der freigewerkschaftlichen und proletarischen Zielstellung zur Folge hat, was sich besonders an der zunehmenden religiös-sozialistischen Entwicklung der Gewerkschaft deutscher Volksschullehrer feststellen läßt. Die proletarisch eingestellte Lehrerschaft ist durch die Entwicklung der G.D.V. und auch des Lehrervereins vor eine neue Situation bezüglich ihres Organisationsverhältnisses gestellt.

Die Aussicht, in absehbarer Zeit eine

Zeitschrift für „Proletarische Schulpolitik"

herauszubringen, wurde ebenso begrüßt, wie die Nachricht von einem geplanten deutsch-russisch pädagogischen Kongreß im nächsten Jahre.

Die Besserung der Beziehungen der kommunistischen Lehrer zur internationalen Lehrerschaft, die sich besonders in der Verbreitung der „Lehrerinternationale" und in der Anbahnung von Diskussionen über den evtl. Anschluß deutscher Lehrerorganisationen an die Internationale der Bildungsarbeiter äußerte, konnte festgestellt und durch die Ausführungen anwesender ausländischer Lehrergenossen, noch unterstrichen werden.

THEATER und FILM

München

Mensch unter Menschen (nach dem Roman von Victor Hugo „Les Miserables", die Elenden) in den Regina-Lichtspielen in der Kaufingerstraße und im Marmorhaus an der Leopoldstraße. Die französischen Filme, die wir bis jetzt zu wenig gesehen haben, waren alle gediegen gemacht, wenn sie auch eine breite Ausmalung von Einzelheiten lieben, die oft ermüdend wirken. Aber sie haben fast ohne Ausnahme ein anziehendes menschliches Motiv. Im ersten Teil von „Mensch unter Menschen" — hoffentlich folgt auch der zweite — lernen wir das Schicksal eines Zuchthäuslers und eines armen Mädchens kennen, das für ihr uneheliches Kind sorgen muß. Nach verschiedenen Anläufen gelingt es dem Zuchthäusler, sich in der Gesellschaft — es ist die Zeit der Restauration nach 1815 — eine angesehene Stellung zu verschaffen und Vermögen zu erwerben. Er wird sogar Bürgermeister einer kleineren Stadt. Das Mädel findet in seiner Fabrik Stellung. Ohne daß der frühere Zuchthäusler Jean Valjean, genannt Vater Madeleine, es weiß, wird das Mädchen wieder entlassen, weil sie ein uneheliches Kind hat. Sie verfällt der Prostitution. Einmal soll sie wegen Angriffs auf einen „Kavalier" zu sechs Monaten verurteilt werden. Der Bürgermeister rettet sie und macht sich durch seine Menschlichkeit beim Polizeiinspektor — früher Inspektor in dem Zuchthaus, wo Jean Valjean seine Strafe verbüßte — verdächtig. „Zuchthäusler und Dirne", so sagt sich der Kriminaler, gehören zusammen und liefert damit die gesellschaftliche Brandmarkung, die den Bürgermeister wieder in den Abgrund schleudert. Valjean muß fliehen und sucht das Kind des von ihm geretteten Mädchens auf. In Paris, wo er sich ein Versteck gesucht hat, wird er wieder aufgespürt. Er flüchtet mit dem Kinde, das packend spielt, über die Mauer eines Klosters. Damit endet der erste Teil.

Augsburg

In den neueröffneten Glorialichtspielen läuft zum erstenmal in Augsburg ein echter russischer Film unter dem Titel Diana, dein ist die Rache. Der Film gibt Einblick in den Kampf der kaukasischen Bauern vor der Revolution gegen den Zarismus und Feudalismus. Dina wird vom Gutsherr mit ihrem Geliebten überrascht, er wandert in den Kerker, sie muß ins Bett des Gutsherrn — unter der Vorspiegelung, dadurch ihren Geliebten zu retten. Trotzdem wird dieser mit sadistischer Grausamkeit ermordet. Der ganze Druck des Zarismus wird aufgezeigt, Kämpfe der unterdrückten Bauern. Der Waffenschmied eines Dorfes wird, weil er den zaristischen Henker, der ihm in seiner Abwesenheit die letzte Kuh von der Weide treibt, ihn dafür mit Hilfe der Bauern an den Schwanz seines eigenen Pferdes bindet, in die Berge gejagt. Dort trifft er Dina mit ihrer Tochter Nina, die nach der Ausübung des berüchtigten „Rechtes der ersten Nacht" geboren wurde. Der Widerstand wird organisiert, dem Gutsherr seine eigene Tochter noch früh genug entrissen, sie selbst erdolcht ihn. Die Bauern stürmen das Schloß, von dessen Zinnen Nina den Sieg mit „der Henker Bekio ist tot" verkündet. — Daß man nicht vergißt, daß man in Bayern lebt, läuft noch ein Sechsakter vom Rheinland, in dem selbst ein ganz hartgesottener amerikanischer Spekulant durch die deutsche Treue zum wahren Opferlamm wird.

Freie Bahn dem Wohnungswucher!

München, 3. Januar.

Die Ministerien für Soziale Fürsorge und für Justiz haben ab 1. Januar durch eine Verordnung eine weitere Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft eingeführt. Durch diese Verordnung können sogenannte „hochwertige" Wohnungen, d. h. Wohnungen, deren Jahresfriedensmiete in München 3000, in Nürnberg, Fürth und Ludwigshafen 2000, in Orten der Ortsklasse A 1800, in Ortsklasse B 1500, der Ortsklasse C 1200 und der Ortsklasse D 900 Mark und mehr betragen, vollständig frei vermietet werden. Die Bestimmungen über Mieterschutz und Mietzinsbildung finden auf diese Wohnungen mit Ausnahme der Beamtenwohnungen dieser Kategorie keine Anwendung.

Neben diesen „hochwertigen" Wohnungen wird durch die Verordnung eine zweite Klasse der „teueren" Wohnungen geschaffen, deren Friedensmiete in München 2000—3000 Mark, in Nürnberg, Fürth und Ludwigshafen 1400 bis 2000 Mark bis herunter zur Ortsklasse D mit 360 bis 900 Mark beträgt. Auch diese nungen können nach dem 31. Dezember 1926, so bald sie frei werden, frei vermietet werden. Die Bestimmungen über Mieterschutz- und Mietzinsbildung bleiben für diese Wohnungen aufrecht erhalten.

Kann man noch diese Bestimmungen über die hochwertigen und teuren Wohnungen in Kauf nehmen, weil die werktätige Bevölkerung selten in der Lage ist, selbst bei größter Zahl der Familienmitglieder solch große Wohnungen zu bezahlen, so zeigt die Bestimmung, daß mit dem Zeitpunkt der Neuvermietung für beide Wohnungsgattungen alle Bestimmungen über frühere Beschlagnahmen außer Kraft treten und daß in Zukunft keine Zwangsrationierung dieser Wohnungen mehr eintreten wird, die soziale Tendenz der Verordnung. Außerdem können etwaige Untermieter — und die Zahl dieser ist infolge der ungeheuren Wohnungsnot ungeheuer gestiegen — bei freiwerdender Wohnung von dem neuen Mieter sofort auf die Straße gesetzt werden.

Die beiden bayerischen Ministerien, die so sehr darauf bedacht sind, daß trotz der ungeheuren Wohnungsnot der werktätigen Bevölkerung die Bourgeoisie in der Benutzung ihrer Wohnpaläste ungehindert bleibt, gehen aber noch weiter. **Die Gemeinderäte in Gemeinden unter 2000 Einwohnern bekommen die Erlaubnis, die Vorschriften der Wohnungsmangelverordnung für ihren Bezirk in der Hauptsache außer Kraft zu setzen.** Wenn auch diese Beschlüsse der Genehmigung der Aufsichtsbehörde bedürfen, so ist es doch sicher, daß diese bei dem Geist der bayerischen Regierungsorgane bis hinauf zu dem Ministerpräsidenten Held, der noch vor einigen Tagen erklärte, die Interessen der Hausbesitzer zu vertreten, immer erfolgen wird.

Für gewerblich oder geschäftlich benutzte Räume tritt ab 1. Juli 1927 die freie Wohnungswirtschaft ein. Von diesem Termin ab fallen die Bestimmungen über Mieterschutz- und gesetzliche Mietpreisbildung für diese Kategorie fort. Sie sind also kündbar und können jederzeit in Bezug auf Mietpreis usw. verändert werden. Insofern gewerblich oder geschäftlich benutzte Räume mit einer Wohnung zusammenhängen, deren Miete in München nicht über 1400, in Nürnberg, Fürth und Ludwigshafen nicht über 1200, bis herab zur Ortsklasse D nicht über 360 Mark beträgt, bleiben sie weiter bis zu einem gewissen Grade unter der Wohnungszwangswirtschaft.

Um diese skandalöse Verordnung gewissermaßen zu „begründen", geht durch die ganze bürgerliche Presse ein Artikel unter der Ueberschrift: **„Wohnt man in München geräumiger als vor dem Krieg?"** In diesem Artikel wird vorgerechnet, daß die Zahl der Familienmitglieder, die auf eine Wohnung in derselben Größe wie vor dem Kriege kommt, geringer geworden ist. Als Beispiel werden einige nicht mit Nummern benannte und sicher ausgesuchte Häuser aus der Kazmairstraße, aus der Parkerstraße und aus dem Schlachthofviertel benannt, in denen die Zahl der Haushaltungen und Inwohner gegenüber der Vorkriegszeit zurückgegangen ist. Dabei muß selbst in dem Artikel zugegeben werden, daß **diese „Erscheinung stark zurücktritt hinter der weitaus vorwiegenden Erscheinung der Verschlimmerung der Wohnungsnot seit 1910".**

Die Herren, die diesen Artikel schrieben, haben mit Absicht vergessen zu erwähnen, daß in der Nachkriegszeit hunderttausende junger Ehepaare ihr Elternhaus verlassen haben und irgendwo möbliert oder in einem leeren Zimmer einer kleinbürgerlichen Familie wohnen. Diese wohnen fürwahr „geräumiger", als vor dem Kriege: sie bewohnen zu zweien und oft mit kleinen Kindern ein enges Zimmer.

So sieht die Pflege des Familiengeistes im „christlichen" Bayern aus. Auf der einen Seite wird selbst durch Regierungsorgane die „furchtbarste Wohnungsnot" der werktätigen Bevölkerung festgestellt. Auf der anderen sorgen die Minister dafür, daß durch die Freigabe größerer Wohnungen eine große Anzahl eben erst geschlossener Ehen mit ihren Säuglingen aus ihren Zimmern geworfen werden können.

Wir sind sicher, daß unter der Wohnungszwangswirtschaft das Baukapital und die das Baukapital unterstützenden Banken mit voller Absicht den Wohnungsbau sabotieren. Aber die Aufgabe einer Regierung, die es ernst nimmt mit ihrer Pflicht zur Versorgung der Bevölkerung mit Wohnungen, die sie auch bezahlen können, besteht nicht darin, dieser Sabotage entgegenzukommen, sondern sie mit allen Mitteln zu brechen. Daß diese Aufgabe die bayerische Regierung nicht begriffen hat, und wenn sie sie begriffen hat, nicht erfüllen wird, das beweist wieder diese neue Wohnungsverordnung.

Graph. Block Nr. 16 ist erschienen!

Arbeitersport

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität"

Ortsgruppe München

Mittwoch, den 5. Januar abends halb 8 Uhr im Ebersbergerhof Verwaltungs-Sitzung. Am 6. Jan. (Dreikönigstag) früh 10 Uhr im Ebersbergerhof Schiedsrichterkurs. Die Genossen der Abteilung 9 treffen sich am 6. Jan. bei Gen. Graf. Samstag, den 8. Jan. Abteilungs-Versammlung im Aignerhof. Freitag, den 7. Jan. außerordentliche Versammlung der Rennfahrer im Ebersbergerhof. Ferner am Freitag Versammlung der Abt. 2 im Rieblergarten, Sommerstraße 25. Die Versammlung der Abt. 6 findet am Mittwoch statt; am Samstag treffen sich die Sportgenossen bei dem Faschingsball der Naturfreunde. Donnerstag, den 6. Jan. (Dreikönigstag) findet bei der Abteilung 1 im Ebersbergerhof Kinderbescherung und Kaffeekränzchen statt. Kaffeetassen bitte mitbringen.

Wegen großem Erfolg und auf vielseitiges Verlangs führt die Theatergruppe der Abt. 17 am Donnerstag den 6. Jan. im Steinickesaal, Adalbertstr. 15 nochmals den Pfarrer von Kirchfeld auf. Anfang abends 7 Uhr.

Vereinskalender

Wohlfahrts- und Waisenpfleger. Sitzung am Mittwoch, 5. Januar abends 1/2 8 Uhr in der kleinen Ratstrinkstube im Rathaus.

Spielplan der Münchener Theater

Mittwoch, 5. Januar

Prinz-Regenten-Theater: „Der Traum ein Leben" 7.30 Uhr
National-Theater: „Undine" 7 Uhr
Residenz-Theater: „Tod und Leben / Crainquebille" 7.30 Uhr
Schauspielhaus: „Peterchens Mondfahrt" 3.30 Uhr „Neidhardt von Gneisenau" 7.30 Uhr
Theater am Gärtnerplatz „Schneewittchen und die sieben Zwerge" 3 Uhr „Die Zirkusprinzessin" 7.30 Uhr
Volkstheater: „Zündholzkarlchen und das Christkindl" 3.30 Uhr „Adieu Mimi" 7.30 Uhr

Für die Redaktion verantw.: Albert Buchmann, München. Für Verlag und Ins.: Wilhelm Olschewski, München. Druck: F. Kaspeizer & W. Olschewski, München.

10 Jahrgang Nr. 53

Einzelpreis 15 Pfg.

Neue Zeitung

Bayer. Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommun. Internationale)

Beilagen: „Der Rote Stern“ / „Kommunistin“ / „Kommunistischer Gewerkschafter“ / „Kommunistischer Genossenschafter“

Die „Neue Zeitung“ erscheint täglich außer Montags. Bezugspreis monatlich 2 Mark 20 Pfennig, halbmonatlich 1 Mark 10 Pfennig. Durch die Post bezogen 2 Mark 20 Pfennig ohne Zustellgebühr. Verlag: Freier Verlag G. m. b. H., München, Lindwurmstr. 203 / Telefon 72024. Redaktion: Lindwurmstr. 203

Samstag, 5. März 1927

Anzeigenpreis für den Millimeter Höhe und Spalte 10 Pfg. Spaltenbreite 28 mm, für Reklame im Textteil 50 Pfg. Gelegenheitsanzeigen halbe Preise / Postscheckkonto München Nr. 47280, Wilhelm Olschewski, „Neue Zeitung“, Redaktion München, Lindwurmstraße 203, Telefon 72024 / Erfüllungsort München

Fünf Monate Gefängnis für Aubele

Verteidigungsrede des Staatsanwalts für die Reichsbahn / Auch der Vorsitzende nimmt die Reichsbahndirektion in Schutz
Drohungen gegen das Publikum

München, 3. März

Der heutige letzte Verhandlungstag im Prozeß Aubele begann wieder damit, daß der Vorsitzende versuchte, Aubele zur Teilnahme an den Verhandlungen zu bringen.

Aubele ersuchte darauf den Vorsitzenden, keine weiteren Fragen an ihn zu richten.

Vorsitzender: „Ich wollte nur das Aeußerste nicht versäumen, Ihnen Gelegenheit zu geben, zu tun, was nach meiner Ansicht das einzig Richtige in Ihrem Interesse ist. Im übrigen werde ich Sie nicht mehr belästigen.“

Darauf werden die sachverständigen Zeugen und Sachverständigen über die

technischen Einrichtungen in Berg am Laim

vernommen.

Reichsbahnoberrat Hentsch-München sagte aus, daß das Blocksignal in Berg am Laim auf „Halt“ gestanden hätte. Reichsbahnoberrat Mühl versuchte zu beweisen, daß Aubele nicht durch übermäßige Dienstzeit in Anspruch genommen wurde. Aubele habe sich seit 25 Jahren im Dienste straffrei geführt.

Auch Reichsbahnoberrat Taschinger erklärt, daß **Aubele ein außerordentlich tüchtiger und fleißiger Beamter sei**, der in seinem Fach schon Großes geleistet habe. Der Zeuge meint, daß es unzulässig sei, daß ein Beamter, der sich krank fühle, im Dienst erscheine. (Der Herr scheint vergessen zu haben, daß die Beamten aus Angst vor Abbau sich nicht krank melden. Die Red.)

Eine sehr wichtige Aussage macht dann der Sachverständige Mühl, der erklärt,

daß das Blocksignal in Berg am Laim erst am 15. Mai, also neun Tage vor dem Unglück, in Betrieb genommen wurde.

Früher stand dieses Signal immer auf freie Fahrt und brauchte von keinem Lokomotivführer beachtet zu werden. Aubele selbst hat die Strecke seit dem 15. Mai nur vier Mal befahren. Ueberdies war das Signal in der Unglücksnacht von 11,40 Uhr nachts bis 4,30 Uhr nicht bedient.

Der Sachverständige, Oberingenieur Lauber, erklärt, daß es möglich sei, daß Aubele anstelle des für ihn maßgebenden Vorsignals das sehr nahe liegende zweite Signal, das auf freie Fahrt stand, gesehen habe. Nach Vernehmung des Sachverständigen, Geheimer Baurat, Dr. Canner, verteidigt sich der Vorsitzende noch einmal, indem er erklärt, daß die Gutachten der Sachverständigen so erschöpfend seien, daß sie durch Fragen eines Anwalts kaum geändert werden können.

Dr. Canner erklärt, daß es infolge der zeitweisen Außerbetriebsetzung des Blocksignals **durchaus nicht notwendig sei, bei Aubele Fahrlässigkeit anzunehmen.**

Professor Dr. Gerstenberg-Braunschweig, weist darauf hin, daß es möglich sei, daß die Laternen des Vorsignals nicht gebrannt hätten. Sachverständiger Professor Halter, erklärt, **daß zwar die Gleisanlage am Ostbahnhof den modernen Grundsätzen nicht mehr entspreche und daß es am Ostbahnhof sogenannte Gefahrenpunkte gebe**, daß aber bei Funktionieren der Sicherungseinrichtung Zusammenstöße ausgeschlossen seien.

In seiner

Anklagerede

erklärte Staatsanwalt Vogt, daß die Schuld des Angeklagten erwiesen sei. Der Angeklagte sei auch daran schuld, daß er ohne Verteidigung vor dem Gericht stehe. Der Staatsanwalt hielt dann eine lange **Verteidigungsrede, in der er die Vorwürfe der Presse gegen die Reichsbahngesellschaft wegen Ueberlastung des Personals als unberechtigt zurückwies.**

Die Zustände bei der Reichsbahn seien nicht so schlimm, wie sie in der Presse hingestellt würden. In Bezug auf das Strafausmaß wies der Ankläger auf die schweren Folgen des Unglücks hin. Auch der Angeklagte sei sich der Schwere des Vergehens bewußt gewesen, weil er sich geweigert habe, sich ohne Anwalt zu verteidigen. Als Milderungsgründe sah der Staatsanwalt die gute Führung Aubeles und die späte Inbetriebsetzung des Blocksignals in Berg am Laim an. Der Staatsanwalt beantragte am Schluß seiner Rede gegen Aubele

2 Jahre 6 Monate Gefängnis.

Vorsitzender: Obwohl ich in der Presse heruntergerissen wurde, will ich zeigen, daß ich ein objektiver Richter bin. Ich will mich nicht groß machen, ich möchte dem Angeklagten nur menschlich näher treten. Aubele, stellen Sie wenigstens den Antrag auf Freisprechung oder mildere Strafe.

Aubele: **„Ich nehme eine solche Strafe nicht an. Ich weiß, so wahr mich Gott erschaffen hat, daß ich unschuldig bin.“**

Der Vorsitzende meint darauf, daß es auf der einen Seite sehr viele Feinde und auf der andern viele Freunde für Aubele gebe. Das Gericht aber nicht gefühlsmäßig zu urteilen. **Er mache darauf aufmerksam, daß er eine Kritik an dem Urteil, wenn es gefällt wird, nicht dulden werde. Die Schutzmannschaft habe den Auftrag, die Personalien der Zuwiderhandelnden festzustellen.**

Nach nur halbstündiger Beratung verkündete der Vorsitzende

das Urteil,

nach dem Aubele wegen Transportgefährdung, fahrlässiger Tötung und Körperverletzung zu **fünf Monaten Gefängnis**, unter Anrechnung von drei Monaten Untersuchungshaft, verurteilt wird. Das Gericht hielt es für erwiesen, daß Aubele das auf „Halt“ stehende Signal überfahren hat. Die Beantwortung der Frage der persönlichen Wahrhaftigkeit Aubeles ließ das Urteil offen.

In der Urteilsbegründung beschäftigte sich das Gericht ebenfalls mit einer

Verteidigung der Reichsbahndirektion gegen die Angriffe der Presse.

Das Gericht habe nicht zu prüfen, ob Ueberlastung im Allgemeinen vorgekommen seien. Strafmildernd komme in Betracht, daß der Zug 820, auf den Aubeles Zug auffuhr, zu lange gehalten habe.

Aubele erklärte darauf, daß er die Strafe nicht annehmen werde.

Kampf dem bayerischen Regierungsfaschismus!

Der Parteitag gegen den Terror in Bayern

Essen, 3. März

In der weiteren Debatte zu den Referaten der Gen. Thälmann und Dengel ergriff in der Donnerstagsitzung des Parteitages

Gen. Gürtner

das Wort. Er führte u. a. folgendes aus:

„Seit Erscheinen des Offenen Briefes ist es uns auch in Bayern möglich gewesen trotz des dort herrschenden Terrors auf der Grundlage der Einheitsfronttaktik wieder an die Massen der Arbeiter und Bauern heranzukommen. Dieses Herankommen an die Massen ist nur möglich auf der Linie, wie sie die Partei seit dem Offenen Brief eingeschlagen hat.

Genossen! Es ist notwendig, an dieser Stelle etwas über die besonderen Verhältnisse zu sagen, unter denen unsere Partei in Bayern zu kämpfen hat.

Wir haben immer und immer wieder darauf hingewiesen, daß die Methoden, mit denen der bayerische Regierungsfaschismus die Arbeiterbewegung unterdrückt, übertragen werden auf das gesamte Reich. Das hat gerade in diesen Tagen der Buchhändlerprozeß in Leipzig gezeigt.

Wir müssen von dieser Stelle aus der Partei sagen: Die Partei hat viel zu wenig die Arbeiter aufmerksam gemacht, auf das was in Bayern vorgeht. Die Partei hat viel zu wenig Alarm geschlagen gegen die Gefahr des bayerischen Faschismus. Die ganze Partei muß erkennen, daß bei uns wirklich ein entscheidender Unterschied gegenüber den Verhältnissen im Reich besteht.

Angefangen hat es mit Verboten von öffentlichen Versammlungen, darauf wurden die Mitgliederversammlungen der Partei verboten und heute werden unsere Genossen nicht nur deshalb verurteilt, weil sie Funktionäre der Partei sind, sondern in diesen Tagen sind neuerdings 19 Genossen lediglich deshalb angeklagt worden, weil sie **Anwärter auf Funktionen in der Partei seien.** (Stürmische Pfui-Rufe.)

Genossen! Vor wenigen Tagen versuchte die Abgeordnete Genossin Aschenbrenner in einer öffentlichen Versammlung des Bauernbundes in der Diskussion zu sprechen. Das wurde ihr von den Behörden verboten. Als die Gen. Aschenbrenner daraufhin mit Einverständnis der Versammlung eine Erklärung abgeben wollte, wurde sie von anwesenden Gendarmen in der brutalsten Weise gefesselt! (Hört! Hört! Stürmische Pfuirufe.)

Genossen! Das sind die Methoden, gegen die wir zu kämpfen haben.

Der Redner begründet darauf einen Zusatzantrag der nord- und südbayerischen Delegation zur politischen Resolution der die Gesamtpartei zur stärksten Unterstützung des Kampfes der bayerischen K. P. verpflichtet. Gen. Gürtner schließt mit folgenden Worten:

Genossen! Die bayerischen Genossen fordern Euch auf: „Gebt diesen Anträgen Eure Zustimmung und beweist damit, daß Ihr die Bedeutung unseres Kampfes um die Legalität erkannt habt. Ihr kämpft um die Erhaltung und wir kämpfen um die Zurückgewinnung der Legalität. Die Schläge des Faschismus in Bayern sind nicht nur gegen die K.P.D., sie sind gegen die gesamte Arbeiterschaft gerichtet. Die gesamte Partei muß uns in diesem Kampf unterstützen! (Beifall.)

Der Fall Aubele — ein Fall der Klassenjustiz

München, 4. März

Es ist so gekommen, wie wir erwartet haben. In zweitägiger Verhandlung hat das Strafgericht Aubele zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Der Angeklagte ist schuldig und damit die Reichsbahndirektion von den Anklagen der Presse und der Oeffentlichkeit freigesprochen. Das ist der Sinn des Urteils, das gestern der Vorsitzende Eibecker verkündete.

Erinnern wir uns des Tatbestandes: In der Nacht des Pfingstmontags, nach einem wunderschönen Frühsommertag, als Tausende von Pfingstausflüglern von Berchtesgaden nach München kamen, fuhr am Ostbahnhof der Zug Nr. 814 auf den sich gerade in Bewegung setzenden Zug 820 auf. 28 Tote und über 200 Verletzte lagen auf der Strecke. Unbeschreibliche Erregung erfaßte die Münchener Bevölkerung. Tausende zogen hinaus, um ihre Lieben zu suchen, die vielleicht nur einmal im Jahre — zu Pfingsten — die Möglichkeit hatten, in die Alpen zu fahren. Am Bahnhof gab es furchtbare Szenen. Die Empörung der Bevölkerung wandte sich vor allen Dingen gegen die Reichsbahn, die man als die Schuldige dieses Unglücks bezeichnete.

Lokomotivführer Aubele, der an diesem Abend den Zug führte und wie durch ein Wunder, heil davongekommen war, wurde verhaftet. Man sperrte ihn monatelang in Untersuchungshaft, später in eine Irrenanstalt, um ihn klein zu kriegen. Doch Aubele blieb fest. Er und seine Organisation wußten, daß es in diesem Fall um Größeres ging, als nur um die Abwehr einiger Monate Gefängnis.

Aubele wurde freigelassen. **Das war schon das halbe Eingeständnis dafür, daß er unschuldig war.**

Wir wollen die Frage, ob das Signal auf „Halt“ oder auf „Freie Fahrt“ gestanden hat, vollständig beiseite lassen. Das wird sich wahrscheinlich nie mit absoluter Sicherheit feststellen lassen. Eine Anzahl Zeugen sagten, es hatte auf Halt gestanden, die beiden Nächstbeteiligten erwiderten: auf „Freie Fahrt“. Und das bürgerliche Gericht urteilt, wenn zehn gegen zwei stehen, zu Gunsten der zehn, mit Ausnahme, wenn die zwei Kriminalbeamte sind. Aber selbst das Gericht mußte feststellen, daß die kurz vor dem Unglück stattgefundene Wiederinbetriebnahme der Signale die Möglichkeit schuf, daß der Lokomotivführer, zumal bei dem Gewühl am Pfingstmontag, es überfuhr. Die Ueberfüllung des Bahnhofes war auch die Ursache dafür, daß der Zug 820 nicht einfahren konnte.

Wir sind im Gegensatz zu dem Richter der Auffassung, daß die Frage der Stellung der Blocksignale nicht ausschlaggebend ist. Nehmen wir selbst einmal an, es wäre so, daß die Signale auf „Halt“ gestanden hätten. Wenn der Mann, der auf der Lokomotive steht, durch Ueberanstrengung oder durch sonstige übermäßige körperliche Inanspruchnahme nicht mehr in der Lage ist, seine Pflicht völlig zu erfüllen, dann sitzt nicht er, sondern jene auf der Anklagebank, die das **Antreibersystem geschaffen** haben. Und des-

halb mußte die Aufgabe des Richters darin bestehen, diese Zustände bei der Reichsbahn zu untersuchen und damit die Unterlagen für die Ueberanstrengung des Eisenbahnerpersonals zu suchen, die zu der bedeutenden Steigerung der Unglücksfälle im letzten Jahre geführt hat.

Doch das Gericht fühlte sich ebenso wie der Staatsanwalt als **Verteidiger der Reichsbahndirektion.** Schon am ersten Tag lehnte es ab, trotzdem der Angeklagte keinen Verteidiger hatte, den Prozeß zu vertagen. Solch einen Skandal kennt sicherlich die an Skandalen nicht arme deutsche Rechtsprechung kaum. Die Sachverständigen: Alles höhere und höchste Beamte der Reichsbahndirektion. Daß die natürlich die Anlagen, für die sie selbst verantwortlich sind, als vorbildlich bezeichnen, ist selbstverständlich. Hinzu kamen die Drohungen des Richters gegen Aubele und schließlich die Drohungen gegen das Publikum, die beide davon zeugten, daß der Vorsitzende selbst fühlte, daß er sich im Gegensatz zu der öffentlichen Meinung, die zu Gunsten Aubeles sprach, befand. Das kam auch darin zum Vorschein, daß der Vorsitzende gleich zu Anfang in höchst eigener Person die **Objektivität seines Vorsitzes (!)** rühmte. Wer sich (unbefragt) verteidigt, klagt sich an!

Der Vorsitzende duldete mit Ausnahme weniger Sätze keine Schilderung der **Arbeitsverhältnisse** bei der Reichsbahn. Das gehöre nicht zur Zuständigkeit des Gerichts, die Beamten sollen sich an die Reichsbahndirektion wenden. Zur selben Zeit hielten es sowohl der Staatsanwalt als auch der Vorsitzende für notwendig, in amtlicher Eigenschaft die Angriffe gegen die private Reichsbahngesellschaft abzuwehren.

Es hat, wie wir wissen, unter den Eisenbahnern Optimisten gegeben, die glaubten, daß Aubele freigesprochen würde. Man braucht nur weiter denken, daß in dem Augenblick, wo die Unschuld Aubeles gerichtlich festgestellt würde, die Reichsbahndirektion auf der Anklagebank saß, um zu wissen, daß ein **Freispruch Aubeles unmöglich** war. Daß ein bürgerliches Gericht sich in einem solchen entscheidenden Fall gegen die Reichsbahngesellschaft aussprechen wird, das bedeutet, von einem Beamten des bürgerlichen Staates zu verlangen, daß er als Richter die Nationalisierungsmethoden des deutschen Kapitalismus brandmarkt.

Aber es gibt Eisenbahner, die da sagen, daß das niedrige Urteil im Verhältnis zu dem hohen Strafantrag einem Freispruch Aubeles gleichkommt. Diese Arbeiter vergessen, daß das Gericht es nicht wagen konnte, gegen die ganze öffentliche Meinung Münchens, die mit wenigen Ausnahmen für Aubele Stellung nahm, ein hohes Gefängnisurteil zu fällen. So hat es Aubele schuldig gesprochen und die Reichsbahndirektion für einen unschuldigen Engel erklärt. Damit hat es der Reichsbahndirektion vielleicht sogar die Möglichkeit geschaffen, die in die Millionen gehenden Entschädigungsansprüche auf Aubele abzuwälzen.

Das Gericht hat nur seine Klassenpflicht erfüllt. Hier saßen, wenn auch dem Beteiligten nicht bewußt, der Verteidiger des Nationalisierungsfeldzuges, dem Opfer der Nationalisierung gegenüber. Und da in dem Nationalisierungsfeldzug die Arbeiter geschlagen sind, wurden sie auch vom Gericht als schuldig erklärt. In diesem Sinne reiht sich das Urteil gegen Aubele würdig an die Urteile der deutschen Klassenjustiz in politischen Prozessen an.

Marx-Rede für den Bürgerblock

Berlin, 3. März.

Der Berliner Verband der auswärtigen Presse hielt gestern einen Empfangsabend ab, auf dem der Reichskanzler eine im allgemeinen inhaltlose Rede über den Kurs der neuen Regierung hielt. Mit dem Satz „die deutsche Republik soll ihr Leben hernehmen und Kräfte schöpfen aus echter, tiefempfundener (!) nationaler Gesinnung", betonte Marx nochmals ausdrücklich, **daß er rückhaltlos auf dem Boden des Bürgerblockprogramms** einschließlich der besonderen Erklärungen der Deutschnationalen stehe. Deutschlands Politik gegenüber dem Konflikt zwischen England und der Sowjetunion sei festgelegt durch die Verträge von Locarno und den Berliner Vertrag. Ueber Schritte, die unternommen wurden, Deutschland in den Kreis Englands und Frankreichs gegen die Sowjetunion hineinzuziehen, schwieg sich der Reichskanzler wohlweislich aus.

Keudells neues Schulgesetz

Berlin, 5. März.

In der gestrigen Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages erklärte der deutschnationale Innenminister von Keudell, er sehe als besonders wichtige Aufgabe seines Ministeriums die **beschleunigte Einbringung des Reichsschulgesetzes** an. Er habe die Absicht, einen **völlig neuen Gesetzentwurf** herstellen zu lassen.

Der Fall Aschenbrenner vor dem Hauptausschuß des Reichstages

Berlin, 5. März.

In der gestrigen Sitzung des Hauptausschusses des Reichstags hielt Genosse Rosenbaum im Auftrag der kommunistischen Reichstagsfraktion eine **scharfe Abrechnung mit der bayerischen Reaktion und den neuesten Plänen der schwarzen Dunkelmänner im Reiche.** Der Redner zeigt an Hand zahlreicher Beispiele, die selbst nach bürgerlichen Begriffen verfassungswidrigen Zustände, die in Bayern herrschen. Kommunistischen Abgeordneten wird das durch die Verfassung garantierte Recht mit ihren Wählern in Verbindung zu treten, genommen. Sie dürfen überhaupt nicht sprechen. Der Reichsinnenminister habe keinen Finger gerührt, um die reaktionären Verfassungsbrüche in Bayern unmöglich zu machen. Die Krone dieser Schandstreiche der bayerischen Reaktion wird allerdings durch die letzten

Mißhandlungen der Genossin Aschenbrenner

erreicht. Genosse Rosenbaum schildert ausführlich die Versammlung in Ettling, bei der die Genossin Aschenbrenner von einem Gendarmen am Reden in der Diskussion verhindert, blutig verletzt, gefesselt und erst auf den Protest der anwesenden Bauern wieder befreit wurde. Dem Proletarischen Gesangverein „Freiheit" wurde in Bayern sogar das Singen verboten. Das schwarze Bayern fürchtet wohl, daß sein Staat durch das Singen der Arbeiter zusammenstürzen werde.

Genosse Rosenbaum wandte sich dann gegen die drohende Wahlrechtsverschlechterung und das geplante Ausführungsgesetz zum Diktaturparagraphen 48. Das Bürgerblockkabinett bereite ein Reichskonkordat vor, dessen Wirkungen man heute in Bayern schon sehen kann. In Bayern sieht man, wohin ein Konkordat führt. Dort hat das Konkordat dazu geführt, daß die philosophischen Lehrstühle an sämtlichen bayerischen Universitäten nur noch mit Genehmigung der Kirche besetzt werden dürfen. So sieht die berühmte „Freiheit der Wissenschaft" aus! Alle Grundschulgesetze helfen nichts mehr, wenn das Konkordat kommt, weil dann die Abmachungen des Konkordats jede weltliche Schule unmöglich machen. Die Kommunistische Partei tritt für die **Weltlichkeit des gesamten Schulwesens** ein. Wenn sie zwar niemand die Ausübung des Religionsunterrichts verbieten will, so ist sie doch kompromißlos für die **schärfste Trennung zwischen Staat und Kirche.** Nur sie bedingt die Weltlichkeit aller Schulen. Genosse Rosenbaum beendet seine Rede mit einer Kampfansage gegen die bayerische Reaktion, die, wie sich jetzt gezeigt hat, der Vorkämpfer der Reaktion im Reiche ist.

Lebenslänglichen Kerker für politische „Verbrecher"

Die Drohung des neuen Strafgesetzbuches der Marx-Regierung

Berlin, 3. März.

Im Rechtsausschuß des Preußischen Landtages wurde gestern die Beratung über den Entwurf des neuen Strafgesetzbuches der Reichsregierung zu Ende geführt. Es zeigte sich bei der Aussprache, daß bei derartig schrankenlosen Machtbefugnissen, wie sie der Strafrichter nach dem Regierungsentwurf erhalten soll, selbst die bürgerlichen Parteien befürchteten, daß dies zu unerträglichen Folgen führen würde und damit die Angriffe auf die Justiz sich noch erheblich verstärken würden. Die lebenslängliche Sicherungsverwahrung nach einer dritten Verurteilung zu einer Freiheitsheitsstrafe bei sogenannten Gewohnheitsverbrechern wurde als unannehmbar bezeichnet, wenn nicht mindestens eine genaue Begriffsbestimmung dieses Ausdrucks „Gewohnheitsverbrecher" im Gesetz erfolgt. Auf nochmalige ausdrückliche Anfrage des Genossen Obuch, ob auch der aus Ueberzeugung handelnde politische Täter als Gewohnheitsverbrecher betrachtet und demnach lebenslänglich in Sicherungsverwahrung genommen werden könnte, bejahte Ministerialrat Schäfer die Frage. Die ungeheuerliche Tatsache, **daß wegen politischer Ueberzeugung bei Konflikten mit dem Gesetz eine dauernde Einsperrung nach Abbüßung der Strafe möglich sei,** suchte der Vertreter der Regierung dadurch schmackhaft zu machen, daß er erklärte, sie würde wohl nur bei Fanatikern Anwendung finden. Als Beispiel führte er den Fall eines rückfälligen Fememörders an, dessen Einsperrung wohl jeder gerechtfertigt finden würde. Der Herr Ministerialrat vergaß nur, daß Fememörder in den meisten Fällen überhaupt nicht verurteilt werden, sicherlich aber nicht dreimal! Der Strafvollzugspräsident Schmid vom Zentrum mußte als Fachmann zugeben, daß die geplante Sicherungsverwahrung nichts anderes als verstecktes Zuchthaus sei und zeigte an Hand eines Entwurfes des Strafvollzugsgesetzes, daß das Strafgesetzbuch in keinem Falle losgelöst von diesem Gesetze für sich allein in Kraft treten könnte.

Die Aussprache fand ihren Abschluß in der Annahme eines Antrages, nach welchem die Vertreter Preußens im Reichsrat angewiesen wurden, „nach Möglichkeit" den vorgetragenen Bedenken bei den weiteren Beratungen Berücksichtigung zu verschaffen. Trotzdem lehnten die übrigen Parteien die Anträge der kommunistischen Vertreter ab. Abgelehnt wurde auch der Antrag des sozialdemokratischen Berichterstatters, genau bezeichnete Richtlinien zu geben. Die werktätige Bevölkrung allein wird daher den schärfsten Kampf gegen dieses neue Strafgesetzbuch zu führen haben.

Der Buchhändlerprozeß vertagt

Ein neuer steigt

Leipzig, 4. März.

Die vor dem Reichsgericht in Leipzig heute angesetzte Verhandlung gegen den Buchhändler Franz Pfaffenhäuser aus Frankfurt a. M. wegen angeblicher Vorbereitung zum Hochverrat wurde vertagt, da noch weitere Ermittlungen über die politische Stellung und Betätigung des Angeklagten angestellt werden sollen. — Für Freitag ist ein neuer Prozeß gegen einen Buchhändler anberaumt.

6000 oberschlesische Bergarbeiter entlassen

Breslau, 4. März.

Zum 1. März wurden bisher insgesamt 3643 Bergarbeitern in ostelbischen Gruben die Kündigung zugestellt. Die Gesamtzahl der Entlassungen im März wird nach den bisherigen Meldungen etwa 6000 betragen.

Kampferfolg einer Belegschaft

Solingen, 4. März.

Die Belegschaft der Firma Wüstoff in Solingen hat beschlossen, mit derselben über die Einführung der **48-Stundenwoche** zu verhandeln. Daraufhin forderte die genannte Firma die Abarbeitung der 48-Stunden in fünf Tagen. Nachdem eine Belegschaftsversammlung beschloß, daß die 48 Stunden in sechs Tagen abzuarbeiten sind, erklärte sich die Firma unter dem Druck der Belegschaft nach neuen Verhandlungen damit einverstanden, sodaß nunmehr der Achtstundentag eingeführt ist.

Volksbegehren für Aufwertung beantragt

Berlin, 3. März

Die Reichsarbeitsgemeinschaft der Aufwertungsgeschädigten und Mieterorganisationen hat dem Reichsinnenminister den Entwurf eines Gesetzes für Aufwertung überreicht und den Antrag gestellt, daß dieser zum Gegenstand eines Volksbegehrens gemacht wird. Die Unterschriftensammlung für den Antrag hat weit mehr als die nach der Verfassung notwendige Zahl von Unterschriften ergeben.

Rücktritt der mecklenburgischen Regierung

Schwerin, 4. März.

Nach dreitägiger Verhandlung hat der Mecklenburger Landtag den Haushaltsplan auf Grund eines Antrages der Kommunisten mit 25 gegen 23 Stimmen (Demokraten und Sozialdemokraten) abgelehnt. Nach der Abstimmung brachten die Kommunisten ein Mißtrauensvotum ein, mit der Begründung, daß die von den Sozialdemokraten und Demokraten gestellte Regierung die Interessen der Arbeiterschaft preisgegeben habe und deshalb von ihrem Platze weichen müsse. Für dieses kommunistische Mißtrauensvotum stimmte dieselbe Mehrheit von 25 Abgeordneten, wie vorher gegen den Etat. Die Regierung gab darauf die Erklärung ab, daß sie zurücktrete.

Ein kommunistischer Bürgermeister in Oelsnitz i. V.

Chemnitz, 4. März.

Die Stadtverordnetensitzung in Oelsnitz im Vogtland, beschäftigte sich am Montag mit der Wahl des Bürgermeisters. Im ersten Wahlgang erhielten der Regierungsrat Clauß-Annaberg (Kandidat der Bürgerlichen) 12 Stimmen, Genosse Bachmann-Berlin (Kandidat der K.P.D.) 8 Stimmen und Dr. Fischer-Werdau (Kandidat der S.P.D.) 5 Stimmen. In der Stichwahl zwischen Bachmann und Clauß stimmten die Sozialdemokraten für den Kandidaten der K.P.D., der somit mit 13 gegen 12 Stimmen gewählt wurde.

Weitere Erfolge in den Gewerkschaften

Im Einheitsverband der **Eisenbahner Niederlahnstein** sind in diesem Jahr **drei** Kommunisten gewählt gegenüber zwei im Vorjahre. Außerdem wurde in die **Bezirksleitung** des Einheitsverbandes **Bezirk** Mainz ein Kommunist delegiert.

Im **Staats- und Gemeindearbeiterverband Trier** wurden zwei Kommunisten und außerdem ein Kommunist in **das** Ortskartell gewählt.

Im **Metallarbeiterverband Stollberg** wurde ein Kommunist in den Vorstand und ein Kommunist in das Ortskartell gewählt.

Im **Gastwirtsgehilfenverband Köln** wurde bei der diesjährigen Wahl der Vorstand außer einem Sozialdemokraten **nur** von Kommunisten und Sympathisierenden, sowie der Vorsitzende von einem Kommunisten besetzt.

Im Deutschen **Nahrungs- und Genußmittelarbeiterverband Köln** wurden diesmal vier Kommunisten einschließlich des 1. Vorsitzenden gegenüber zwei Kommunisten im Vorjahre gewählt.

Im **Fabrikarbeiterverband Köln** gelang es uns, in diesem Jahre zwei Kommunisten in den Vorstand zu entsenden, während im Vorjahre wir im Vorstand gar nicht vertreten waren.

Auch im **Dachdeckerverband Köln** wurde neben dem 1. Vorsitzenden noch ein weiterer Kommunist in den Vorstand delegiert.

Im **Fabrikarbeiterverband Birgis** setzt sich der neugewählte Vorstand aus **vier** Kommunisten und einem Parteilosen zusammen.

Im **Metallarbeiterverband Bendorf** ist das Wahlergebnis ebenfalls ein günstiges, indem die Mehrheit der neugewählten Leitung aus Kommunisten und Sympathisierenden besteht. Außerdem kamen zwei Kommunisten ins Ortskartell.

Im **Metallarbeiterverband Neuwied** wurden diesmal vier Kommunisten gegenüber drei im Vorjahre in den Vorstand gewählt, so daß sich jetzt die Mehrheit aus Kommunisten und Sympathisierenden zusammensetzt.

Bei der Neuwahl des Vorstandes der **Baugewerkschaft, Ortsgruppe Ahrweiler,** wurden zwei Kommunisten, ein Sympathisierender und ein Parteiloser gewählt.

Die nochmalige Neuwahl im **Fabrikarbeiterverband Bitterfeld** ergab zur großen Enttäuschung der Reformisten einen Mehrheitssieg für die oppositionelle Liste.

Diese Ergebnisse beweisen, daß trotz aller Ableugnungsversuche der Reformisten das Wachstum des oppositionellen Einflusses in den Gewerkschaften **nicht** aufzuhalten und auf dem Vormarsche begriffen ist.

Die Kreditschwindeleien des Ehepaars Jürgens

Berlin, 3. März

In der gestrigen Verhandlung im Jürgensprozeß sagte die Modistin Grützmacher aus, daß sie von der Frau Jürgens mit einem wertlosen Scheck bezahlt worden sei. Auch die Frau des Amtsgerichtsrats König wurde von der Frau Jürgens um ein Darlehen angeschnorrt. Der Juwelier Jasseg, bei dem die Angeklagte für 1000 Mark Silberwaren kaufte, mußte sehr lange Zeit auf die Bezahlung warten.

Direktor Lütke von der Kreissparkasse Stargard erhielt einmal einen Scheck in Höhe von 240 Mark mit der Unterschrift der Frau Jürgens, für den keine Deckung vorhanden war. Bankdirektor Meyer-Stargard hat Frau Jürgens im Laufe der Zeit 2300 Mark geliehen, für die sie 120 Oelgemälde als Sicherheit gab.

Jürgens erklärt, daß der Wert dieser Gemälde, die größtenteils Kopien waren, sehr hoch war und **daß der Oberstaatsanwalt und seine Frau doch seine Wohnung und damit die Gemälde kenne.**

Oberstaatsanwalt Jordan: **„Ich verstehe nicht, daß ich und meine Frau von dem Angeklagten immer hineingezogen werden."**

Stadtbaudirektor Ulrich aus Stargard berichtet von Wechseln, unter denen der Namenszug Jürgens von der Frau

Jürgens täuschend nachgeahmt wurde.

Generaldirektor Litwin, der Leiter jener Gesellschaft, die die Kugel'schen Patente kaufte, berichtet, daß Frau Jürgens schon am 10. Mai des fraglichen Jahres wußte, daß die Patente 300 000 Mark wert sind, während die am 14. Mai das Gegenteil beschworen hat.

Der Sohn des Kommerzienrats Litwin berichtet, daß **Jürgens selbst einmal bei der Gesellschaft gewesen sei.**

Die Verhandlung wird darauf auf Freitag vertagt.

Der Generalsekretär der Roten Hilfe Deutschlands hat an den Landgerichtsdirektor Bombe ein Schreiben gerichtet, in dem er in Anbetracht der Vorwürfe Jürgens gegen die Rote Hilfe um seine Vernehmung ersucht. In Stargard fand eine Massenversammlung statt, in der die Nachprüfung aller Urteile, an denen Jürgens mitgewirkt hat und die Freilassung von Max Hölz gefordert wurde.

„Europäischer Krieg gegen den Bolschewismus"

Rechberg und Stresemann rufen zum Kampf gegen die Sowjetunion

London, 4. März.

Die „Morning-Post" bringt in einem Leitartikel über die „bolschewistische Pest", in dem es heißt; daß es absurd wäre, anzunehmen, daß „die bolschewistische Pest" der Regierung gleichgültig sei. Das Zögern der Regierung betreffe lediglich die Wahl der Methode für die Erreichung des beabsichtigten Zieles. Die Kündigung des Handelsabkommens habe keinen praktischen Wert.

Wirklich von Nutzen würde, wenn sie erreichbar ist, die europäische Verständigung sein, die darauf abzielen würde, die Welt von dem Bolschewismus zu desinfizieren. Wenn die britische Regierung das übrige Europa veranlassen könnte, sich mit ihr in einer solchen Politik zu vereinigen, dann würden wir in Wahrheit an die Arbeit gehen können.

Rußlanddebatte im Unterhaus

London, 4. März

Gestern fand im Unterhaus die Debatte über die Beziehungen Englands zur Sowjetunion statt. Die konservativen Redner verlangten in äußerst scharfen Worten: **Abbruch der Beziehungen zur Sowjetunion.** Linclair äußerte sich als Redner der Liberalen gegen ein solches Vorgehen Bedenken. Macdonald verurteilte im gegenwärtigen Augenblick den Abbruch der Beziehungen.

Macdonald in Chamberlains Kriegsfront

London, 4. März.

Macdonald, auf dessen frühere Argumentationen sich die Note Chamberlains mit Recht hätte berufen dürfen, will hinter Chamberlain auch jetzt nicht zurückstehen. In den Spalten des „Daily Herald" stützt er die Sowjethetze Chamberlains durch folgende Ausführungen:

„Ich muß sagen, daß die Aktionen der 3. Internationale in der Tat nicht als vollkommen außerhalb der Verantwortlichkeit der Sowjetregierung stehend betrachtet werden können ..... Ich wünsche keineswegs, daß irgendein fremdes Land die Freiheit hat, mit unseren (!) Interessen in der Welt Schindluder zu treiben."

Mit diesen Ausführungen Macdonalds stimmen nicht nur die Hetzartikel der englischen Presse, sondern auch z. B. die Ausführungen des Poincaristischen „Temps" überein, der schreibt, niemand werde sich durch das Argument irreführen lassen, daß die Sowjetregierung nicht für die Aktionen der Exekutive der 3. Internationale verantwortlich wäre.

Der offizielle „Daily Telegraph" erwartet von dem englisch-sowjetrussischen Notenwechsel mittelbare Ergebnisse für die englische Antisowjetpolitik. Und zwar erstens, daß die Staaten, die eine Anerkennung der Sowjetunion beabsichtigen (genannt werden Belgien und die Tschechoslowakei), von dieser Anerkennung Abstand nehmen; und zweitens, daß nun die leitenden politischen Kreise Deutschlands eingesehen haben würden, daß eine englisch-deutsche Verständigung nur durch eine entschiedene **Frontstellung gegen die Sowjetunion** ermöglicht werden könnte.

Deutschland und die Antisowjethetze

Rechberg für einen Krieg gegen die Sowjetunion

Berlin, 4. März.

Der bekannte deutsche Industrielle und Befürworter eines deutsch-französischen Militärbündnisses, Rechberg, schreibt in einer Berliner Mittagszeitung über die sowjetrussische Frage:

„Ich erfahre von autoritativer Entente-Seite, daß England und Frankreich, sobald die Entscheidung in greifbare Nähe rückt, Deutschland in ultimativer Form vor die Entscheidung, Bündnis oder offene Entscheidung stellen wollen. Sie beabsichtigen dabei, Deutschland, falls es sich für das Bündnis mit England und Frankreich entscheidet, sehr erhebliche greifbare Vorteile zu konzedieren. Die Ententemächte glauben, Neutralität nicht anerkennen zu können, ebensowenig, wie Deutschland im Jahre 1914 die Neutralität Belgiens anerkennen konnte."

Auch Stresemann ...

Stresemanns „Tägliche Rundschau" schreibt:

„Man hat in England allzulange geglaubt, daß die russische Bolschewistenherrschaft nur von kurzer Dauer sein würde und daß die einem Sturze der Bolschewisten folgenden inneren Wirren England die so sehr benötigte Atempause verschaffen würde. Nun beginnt man einzusehen, daß man nicht länger warten darf und hat sich mit der englischen Note an die Sowjetregierung zum Gegenschlag entschlossen. **Die englische Note ist ein heute noch versteckt formulierter Aufruf zu einer englischen Einheitsfront.** Die Note an Rußland war nichts als das erste Signal an die Engländer, sich für die kommenden Dinge bereitzuhalten. Es werden noch eine ganze Reihe derartiger Signale folgen, ehe der Entscheidungskampf um das „Empire" beginnt.

England will Schanghai besetzen

Schwere englische Artillerie und Panzerwagen gelandet

London, 4. März

Nach hiesigen Pressemeldungen wird die Verteidigungslinie, die englische Truppen auf chinesischem Boden in Schanghai eingenommen haben, in den nächsten Tagen erweitert werden. Die englischen Militärbehörden beabsichtigen ganz Schanghai zu besetzen. Am Mittwoch wurden in Schanghai zwei englische Batterien, schwere Artillerie und am Donnerstag eine Panzerautoabteilung gelandet.

Reuter meldet, daß die britischen Truppen nicht gestatten werden, daß chinesische Truppenteile in die von ihnen besetzten Gebiete eindringen. In den nächsten Tagen sollen von London 40 000 Mann englischer Truppen nach Schanghai abgehen, wo für sie Quartier für drei Jahre bestellt ist.

Im Bunde mit England befindet sich Italien. Italienische Truppen haben zusammen mit englischen außerhalb der internationalen Niederlassung in Schanghai Stellung gezogen. Auch die französische Regierung hat ihren Militärbefehlshabern in Schanghai weitgehende Vollmachten zu enger Zusammenarbeit mit den englischen Behörden gegeben. Japan hat am Mittwoch einen Kreuzer und drei Torpedoboote im Hafen von Hongkong erhalten.

Auflösung der Schanghaifront

Schanghai, 4. März

Es bestätigt sich, daß der General Meng, einer der führenden Untergeneräle Suns, mit seinem ganzen Stabe und 20 000 Mann zur Kantonarmee übergegangen ist. Angesichts der völligen Auflösung der Armee Suns wurden die letzten Truppenteile Suns in Stärke von 24 000 Mann zurückgezogen und durch Truppen des General Tschangtschuntschang ersetzt. Die rückwärtigen Verbindungen der Armee Tschangs sind durch die Kantonarmee vollständig abgeschlossen.

Wupeifu von Tschangtsolin umzingelt

Nach hiesigen Meldungen sollen die Truppen Tschangtsolins, die Truppen des General Wupeifu in Stärke von 50 000 Mann in der Stadt Tschanghau in der Provinz Honan eingeschlossen haben.

Die Kosten des Chinakrieges

London, 4. März

Die Höhe des englischen Kriegsbudget für das Jahr 1927/28 beträgt 41 565 000 Pfund. (Etwa 850 Millionen Mark.) Für das laufende Jahr wird ein neuer Kredit von 950 000 Pfund (über 20 Millionen Mark) angefordert.

Russisch-türkischer Handelvertrag

Stambul, 4. März

Die Verhandlungen zwischen Rußland und der Türkei über den Abschluß eines Handelsvertrages haben nach vierjähriger Dauer zu einer **Einigung** geführt. Die Türkei erkennt die **Exterritorialität der** russischen Handelsvertretung an und bewilligt Rußland **unbeschränkte Ausfuhr** nach der Türkei. Dagegen ist die Aus- der Türkei nach Rußland für das erste Jahr auf 15 Millionen Mark beschränkt.

Bauerndemonstration gegen Pilsudski

Warschau, 3. März.

Trotz aller Unterdrückungsmaßnahmen wächst die Empörung in der Bevölkerung gegen die Verfolgungen der weißrussischen Bauern und Abgeordneten. In Slonim formierten die zum Markt kommenden Bauern einen riesigen Demonstrationszug, an dem — wie die bürgerlichen Blätter berichten — 10 000 Bauern teilnahmen. Sie zogen unter den Parolen: „Nieder mit der faschistischen Regierung! Hoch das sowjetistische Weißrußland! Gebt uns unsere Abgeordneten wieder!" durch die Stadt. Die Polizei griff den Demonstrtaionszug an, verwundete 15 Bauern und verhaftete 20.

In Sedlitz, Lockow, Sokolow, Radzimir und Konstantinow sind in diesen Tagen wiederum 41 Personen verhaftet worden, angeblich wegen kommunistischer Tätigkeit. Im Lokal der Buchdruckergewerkschaft wurde eine Haussuchung vorgenommen. Obgleich nichts gefunden wurde, wurde der Vorsitzende, Warschawski, sowie drei Mitglieder der Gewerkschaft verhaftet.

Eine „christliche" Wahlbombe in Oesterreich

Wien, 3. März

Unter großem militärischen Aufgebot wurde gestern Abend im früheren Arsenal ein **Waffenlager,** das dem republikanischen Schutzbund, der von der Sozialdemokratie geleitet wird, gehören soll, **ausgehoben.** Ein riesiges Polizeiaufgebot umstellte das Arsenal und einige Kompagnien, die auf ihre Zuverlässigkeit besonders ausgewählt worden waren, geleiteten die Autos, auf denen etwa 1000 Gewehre und eine Anzahl Maschinengewehre waren, im Dunkel der Nacht in die militärischen Depots. Unter der Bevölkerung Wiens herrscht über diesen Schandstreich der christlich-sozialen Regierung unbeschreibliche Empörung.

Bethlen macht „kommunistische Putsche"

Wien, 3. März

Die Zahl der Verhafteten in Budapest und in fünf größeren Provinzstädten Ungarns hat bereits 100 überschritten. Die phantastischsten Schauermärchen über kommunistische Aufstände und über Riesensummen aus Moskau werden in die Welt gesetzt, um eine Pogromstimmung gegen die verhafteten Kommunisten und Linkssozialisten zu erzeugen. Dazu gehört auch die Meldung, daß der verhaftete Genosse Szanto zwei ungarische Offiziere während der Rätediktatur ermordet hat. Damit will man den Boden für ein Todesurteil vorbereiten. Während die Regierung meldet, daß die Verhafteten über ihre Verbindung mit Moskau Aus-

Auf dem Wege zum Marxismus

8)

Erinnerungen eines Arbeiterrevolutionärs

Von A. Schapowalow

Solange ich in der kleinen Werkstatt für mittlere und laufende Reparaturen blieb, wo es nur eine Drehbank gab, wo ich die Dreherei einigermaßen erlernte, wo ich auf Tagelohn unter unmittelbarer Aufsicht des alten Monteurs, des Deutschen namens Jannicke, arbeitete, wußte ich noch nicht, was die „wahre Hölle" ist, von der die alten Arbeiter sprachen. Ich konnte noch in meiner Art das Handwerk lieben, von der Entwicklung des russischen Maschinenbaus, von dem Leben in einer großen, ausgesprochenen Fabrikstadt träumen, mit einem Wald von Essen, mit einem Rauch, der den Himmel verdunkelte. Jannicke, der in Deutschland Friseur gewesen war und in Rußland nur theoretisch den Bau einer Lokomotive, nur theoretisch die Kunst gelernt hatte, sie mit der Lokomotivwinde hochzuheben und auf die Räder zu stellen, den Dampfschieber und den Regulator zu prüfen, der weder Säge noch Meißel zu gebrauchen verstand, der nichts von all dem wußte, was ein Schlosser oder Monteur wissen muß und nichts von der Dreharbeit, war trotzdem Leiter unseres ganzen Betriebes. Er trank nach deutscher Sitte alle halbe Stunde ein Gläschen Wodka und war gegen Abend so betrunken, daß er rot wie eine Rübe wurde und sich kaum mehr auf den Beinen halten konnte. Gewöhnlich begnügte er sich damit, mir von Zeit zu Zeit zuzurufen: „Saschka, schnell, die Lokomotive wartet!"

Meine Vorstellungen vom Leben änderten sich gründlich, als ich in die große Dreherwerkstatt kam, wo Akkord gearbeitet wurde. Diese Art der Entlohnung ist bekanntlich für den Kapitalisten die vorteilhafteste. Beim Akkord kann er die Aufsicht über die Arbeiter bis auf ein Minimum reduzieren und zugleich den Stücklohn drücken.

Die russische Bourgeoisie, die die Errungenschaften der Technik fertig von Westeuropa übernahm, kümmerte sich nicht im mindesten um die Vervollkommnung der Produktion. Die Herabsetzung des Stücklohnes geschah rücksichtslos und führte zu einer dauernden Verschlechterung der Lage des Arbeiters. Der Mensch versteht es aber, sich auch der schlimmsten Lebenslage, den ungünstigsten Lebensbedingungen anzupassen. Unter den Arbeitern gibt es stets einen kleinen Bruchteil besonders fähiger Menschen, die es auch beim niedrigsten Stücklohn verstehen, die festgesetzte Norm zu erreichen. Dann muß die große Maße der anderen Arbeiter ihnen nachstreben, und darunter gibt es eine Minderheit, die, so sehr sie ihre Kräfte anspannt, stets zurückbleibt, und diese Minderheit muß die Unzufriedenheit der Meister und allerlei Strafen über sich ergehen lassen.

Als ich zur Akkordarbeit überging, zeigte es sich, daß ich weniger anpassungsfähig als die anderen war, und so rechnete man mich zur Kategorie der mittleren, ja vielleicht der schlechteren Arbeiter. Allmählich verlor ich alle Illusionen. Erst in dieser großen Dreherwerkstatt lernte ich die richtige Plackerei kennen. Das zwang mich, über den Sinn des Lebens nachzudenken.

Religiöse Erlebnisse

Der Frühling 1887 kam. Ich war sechzehn Jahre alt. Die Osterwoche war eben vorbei. Ich fühlte mich krank. Der schroffe Uebergang von der strengen Fastendiät während der großen, siebenwöchigen Fasten zu der reichlichen Feiertagsnahrung während der Osterwoche brachte mir eine sehr starke Magenverstimmung. Die poetische Stimmung der Ostersonntagsnacht mit ihren Lichtern, mit ihrem lustigen, im Dunkel schwingenden Glockengeläute, mit dem naiven Glauben an den auferstandenen Gott, — wurde mir durch den Kesselschmied Anton verdorben. Er stellte sein Osterbrot und den Osterkuchen aus Käse auf der Straße vor sich hin und zerstörte meine fromme Stimmung durch Bemerkungen wie: „Guck, Saschka, da kommen die Langhaarigen! Guck mal, was der Pope für'n Bauch hat! Und was für 'ne rote Fresse! Er wird bald platzen! Und der Diakon! Guck nur mal den Diakon an! Wie 'ne dicke Sau!" Der Pope und der Diakon waren wirklich sehr dick. Der Diakon ging durch die Reihen der Osterbrote und sprach: „Opfert, Rechtgläubige, gebt reichlich, die Hand des Gebenden wird nie leer!"

Dieser Anton, der die Popen nicht leiden konnte, dem die Mutter aber den Auftrag gegeben hatte, die Osterbrote einweihen zu lassen, trat am Sonntag um drei Uhr, als ich nach Schluß der Arbeit mir die Hände wusch, an mich heran: „Komm, Saschka, trinken wir ein Glas!" — „Hab' keine Lust", antwortete ich, „mir ist schlecht". — „Unsinn! Sei doch kein Frauenzimmer! Bist du denn ein schönes Mädchen, daß du dich nicht traust, einen Schnaps zu trinken?", so setzte er mir zu.

In der Kneipe goß mir Anton Schnaps in das Bier. Die widerliche Mischung stieg mir zu Kopf. Mein durch schwere Arbeit, durch Fasten und Krankheit geschwächter Körper leistete keinen Widerstand. Sehr bald war ich so betrunken, daß ich nicht verstand, was Anton mit einem dazugekommenen Kameraden sprach. Um meine Mutter nicht durch den widerwärtigen Anblick meiner Besoffenheit zu betrüben, folgte ich Anton wie ein Automat. Wir passierten den Jamajlowski-Prospekt und bogen in die Straße ein, wo Anton wohnte. Da der Rausch nicht weichen wollte, beschloß ich, etwas bei Anton zu bleiben. Als seine alte Mutter mich sah, fing sie an zu jammern: „Mit solchen Säufern treibst du dich herum! Schämst du dich nicht, Anton?"

(Fortsetzung folgt.)

sagen gemacht haben, steht es fest, daß keiner von ihnen irgend eine Aussage gemacht hat, die diese Meldung bestätigt.

Bezeichnend ist es, daß z. B. die „Bayerische Staatszeitung" sich nicht entblödet, zu melden, daß „der Sowjetkomissar Borodin vor einigen Monaten den Führer der Bewegung Szanto in Moskau besuchte, um ihm Weisungen der Sowjetunion zu überbringen". Dabei ist Borodin bekanntlich schon seit mindestens zwei Jahren in Kanton.

Weitere Kommunistenprozesse in Italien

Rom, 3. März.

Außer den beiden großen Kommunistenprozessen sind weitere Massenprozesse gegen 54 Angeklagte im Prozeß Togliatti-Damen angesetzt. Auch in Lecce findet ein Prozeß gegen 80 Kommunisten und in Sizilien ein solcher gegen 50 Kommunisten, darunter dem Abgeordneten Losardo vor dem Ausnahmegericht statt.

Griechenlands S.P. löst sich auf

Athen, 3. März.

Die Zentrale der bisher vollkommen bedeutungslosen Sozialdemokratischen Partei Griechenlands empfiehlt seiner Mitgliedschaft den **Eintritt in die Kommunistische Partei Griechenlands,** die die einzige Partei des griechischen Proletariats sei, „da die Periode der reformistischen Ideologie vorbei sei". Diese Bankrotterklärung ist eine Wiederspiegelung der starken Radikalisierung der Arbeiterschaft, die sich auch in einem wachsenden Widerstand gegen die reformistische Gewerkschaftspolitik äußert. Der Kongreß der griechischen Lebensmittelarbeiter hat den Anschluß an die R.G.J. beschlossen.

Amerikanote gegen Mexiko

London, 4. März.

Die amerikanische Regierung hat der mexikanischen eine neue Note überreicht, deren Inhalt streng geheim gehalten, aber sicher mit den neuesten Ereignissen in Nicaragua zusammenhängt.

Aus München

Das Münchner Wohlfahrtshauptamt

(Arbeiterkorrespondenz)

München. Zu ihrer Notiz vom 22. Februar ist noch nachzutragen, daß eine Pflegerin des Münchener Wohlfahrtsamts sogar den falschen Bericht erstattete, der Unterstützungsempfänger gehe immer spazieren. Auch im hiesigen Wohlfahrtshauptamt passieren erbauliche Dinge. Als ein Erwerbsloser dem Beamten K. gegenüber äußerte: „Ich kann nicht länger warten, Sie halten es freilich noch aus, weil Sie Ihr Essen und Geld haben," schleuderte der völlig unbeteiligte aber desto gröbere und scheinbar sehr ungebildete bäuerliche Beamte B. dem Mann die Redewendung entgegen: **„Das ist eine Unverschämtheit!"** Es wäre interessant, von den Bürgermeistern oder den Rechtsräten des Stadtrates zu erfahren, in welchem Treibhaus derartige Blüten des Anstandes, wie man sie auf den Wohlfahrtsämtern öfters trifft, gezüchtet werden.

Hitler darf wieder reden

Kommunistische Abgeordnete nicht

München. Bei der Regierung finden augenblicklich Verhandlungen des Ministers des Innern mit den Nationalsozialisten über die Aufhebung des Redeverbots für Hitler statt. Die Regierung zeigt sich geneigt, das Redeverbot für Hitler aufzuheben und schmollt nur noch etwas. Sie verlangt als Vorbedingung die formelle Aufhebung der Hitlerschen Selbstschutzorganisationen. Die nationalsozialistische Fraktion des Landtages hat in einer Sitzung diese Bedingungen besprochen. Da die Regierung schließlich die Ziele Hitlers nur auf legalem Wege verwirklicht, so ist es so gut wie sicher, daß es zu einer Einigung kommen wird.

Das Redeverbot für kommunistische Abgeordnete bleibt in Bayern natürlich weiterhin bestehen.

Während die Regierung von den Kommunisten die Anerkennung der Verfassung verlangt, ist bei den Nationalsozialisten mit keinem Worte davon die Rede. Sie dürfen in Zukunft wie außer Hitler bisher alle, nationalsozialistischen Führer, die Massen weiterhin belügen und faschistische Putsche vorbereiten.

Aus Bayern

Bauernversammlung über Hochwasserschäden und Bierstreik

(Arbeiterkorrespondenz)

Straubing. Die am 26. Februar im Kronensaal tagende Volksversammlung, wo Gandorfer und Fritz referierten, war wieder überfüllt. Gandorfer berichtete, daß die Delegation der Hochwassergeschädigten unter seiner Führung trotz zahlreicher Versammlungen von Held nicht empfangen wurde, und sich später bei einem zweiten Versuch dasselbe wiederholte. Der Referent schilderte die Notlage der Bauern, hervorgerufen durch die Hochwasserkatastrophe und schilderte im Gegensatz zu den Weihnachtsgratifikationen für hohe Beamte die Untätigkeit der Regierung gegenüber den Hochwassergeschädigten.

In Bezug auf die Bierpreisfrage erklärte er, daß der Aufruf der Straubinger Arbeiterschaft ihn sehr erfreut habe und der Bierpreis durch gemeinsame Anstrengungen wieder auf den alten Stand gebracht werden müßte.

Der zweite Redner Fritz wandte sich auch gegen Held, der den Grundsatz der Verfassung, daß die Gewalt vom Volke ausgehe, mit der Ablehnung des Empfangs der Gandorfer-Delegation nicht respektiert habe.

In der Diskussion begrüßte Genosse Schindler den Kampf gegen das Braukapital, der zu einem Kampf gegen das gesamte Kapital ausgebreitet werden müsse. Aber die Bauern, die diese Aktion mitmachen, müssen vor allen Dingen dafür sorgen, daß die Koalition der Bauernbundsführer mit der Volkspartei und den Deutschnationalen gesprengt werde. Zu der Frage der Hochwassergeschädigten habe die kommunistische Fraktion alles getan, um diese zu unterstützen, aber der Bauernbündler Wartner hatte nur die Worte: „Da seht's, wie radikal die Bauern sind." Aber die Anträge der kommunistischen Fraktion hat er nicht unterstützt. Während für die Regierungsräte 1,6 Millionen ausgeworfen werden, wurden für die Hochwassergeschädigten nur 160 000 Mark bewilligt. Die Arbeiter sind bereit, mit den Bauern zusammen zu kämpfen.

Als der Redner auf die faschistischen Regierungsmethoden zu sprechen kam, wurde er am Weitersprechen verhindert. Er schloß mit der Aufforderung der Bildung einer Arbeiter- und Bauernregierung.

Gandorfer erklärte am Schluß, der Bierstreik müsse über ganz Bayern ausgedehnt werden, zumal die **Führer der Bayerischen Volkspartei (Heim, Schlittenbauer) die Sachverwalter des Brauereikapitals seien.**

Neue Lohnregelung im oberpfälzischen Braunkohlenbergbau

München. Durch freie Vereinbarung erhöht sich der Durchschnittslohn im oberpfälzischen Braunkohlenbergbau Wackersdorf auf 4.80 Mark. Die neue Lohnregelung ist erstmals zum 31. März 1928 kündbar.

„Freie Volksbühne e. V. Augsburg"

Uns wird geschrieben:

Die Freie Volksbühne eröffnet ihre Frühjahrsspielsaison am 13. März im Saalbau Elysium. Zur Uraufführung steht ein Drama aus dem Arbeiterleben in 3 Akten (6 Aufzügen) von A. Reichenzeller und betitelt sich: „Geschlagen?"

Der Autor versucht in diesem Drama einen neuen Weg einzuschlagen, indem er den letzten Aufzug, der eine Betriebsversammlung darstellt, im Zuschauerraum spielen läßt. Auch sonst weicht das Drama von der uns sonst in dergleichen Stücken vorgesetzten Sentimentalitätsduselei ab und läßt das ganze Geschehen in rein naturalistischen Bildern an unserem Auge vorüberziehen. Das Drama zeigt die Wirklichkeit, wie sie an uns alle schon herangetreten ist und in ihrer brutalen Häßlichkeit. Es zeigt den Kampf des Kapitals dem alle Machtmittel zur Verfügung stehen gegen seine Lohnsklaven, den Kampf der Frau, die den unsinnigen Streik nicht versteht, gegen den Mann, das Elend und die Not, läßt aber auch die Macht der **Arbeiterschaft durchblicken, wenn sie — einig ist. Es ist im Grunde genommen eine Anklage gegen uns selbst, die wir auch in vollem Maße verdienen.**

Dieses Drama wurde im Interesse unserer Gesamtarbeiterschaft geschrieben und sollte darum auch kein Arbeiter versäumen, dasselbe sich anzusehen, insbesondere unsere Gewerkschaftskollegen, für die es ein Aufruf ist, die indifferente Arbeiterschaft für die Sache des Gemeinschaftsgedankens zu gewinnen. Karten sind im Vorverkauf bei sämtlichen Mitgliedern und an der Abendkasse zu haben. Der Beginn der Vorstellung ist auf abends sieben Uhr festgesetzt. Der Eintrittspreis beträgt mit Steuer nur 50 Pfennig, um es jedermann zu ermöglichen, sich dieses Drama anzusehen.

Kurze Nachrichten

Blutiges Faschingsende. — Viechtach. — Während des letzten Faschingsballes entstand in einem Gasthaus in Kollburg eine Rauferei, wobei alles in Trümmer geschlagen wurde. Sechs Personen erhielten durch Messer- und Wurfgeschoße zum Teil sehr schwere Verletzungen.

Folgen einer Verhaftung. — Eger. — In Mühltroff brannte das Gut eines Landwirtes ab. Der Besitzer wurde unter dem Verdacht, das Haus selbst angezündet zu haben, verhaftet, aber bald wieder freigelassen. Seine 38jährige Frau nahm sich die Verhaftung so zu Herzen, daß sie sich ertränkte.

Selbstmord auf den Schienen. — Plattling. — Der 21jährige Kaminkehrer Gutsmiedl aus Rüfingen wurde beim Einfahrtsignal des hiesigen Bahnhofs tot aufgefunden. Aus aufgefundenen Briefen geht hervor, daß er freiwillig aus dem Leben schied.

Der Meßner streikt. — Ebermannstadt. — In Schönfeld ist der Meßner in Streik getreten, so daß die Bewohner nicht mehr wissen, wie viel Uhr es ist, weil die Turmuhr nicht mehr geht. Alle Glocken sind durch den Streik verstummt.

THEATER und FILM

„Iwan, der Schreckliche" im Phöbuspalast. Nach dem „Sohn der Berge" und dem „Schwarzen Sonntag", alles im Verhältnis zum Potemkin-Film Filme zweiten Ranges, sehen wir jetzt in München das Filmwerk der Sowkino-Gesellschaft „Iwan der Schreckliche". Während sonst die bekannten russischen Filme vollständig auf Massenwirkung eingestellt sind, sieht man bei diesem einige großartig herausgearbeitete Typen. Da ist der Zar aller Reußen, bei dem bei jeder schlechten Laune ein oder auch mehrere Menschenleben zum Opfer fallen. Neben ihm die Zarin, hoheitsvoll, dabei doch blutdürstig und brünstig wie ihr Gemahl. Um diese beiden Gestalten herum der kriechende, auf dem Boden liegende, jeder Laune seines Gebieters folgende Hof. Auf der anderen Seite der „Deutsche" Martin und seine Braut Fatima. Dieser Deutsche hat einen Apparat erfunden, den er auf seinen Rücken schnallen und damit fliegen kann. Er wird von einem Bojaren, den russischen Junkern, nach einem Ueberfall auf sein Dorf, verschleppt, auf die Folter gespannt. Iwan der Schreckliche erfährt von dem Ueberfall, schickt seine Reiter zu dem Bojaren, die das Gut desselben überfallen, rauben und plündern, Frauen und Mädchen schänden und schließlich den Bojaren selbst zum Zaren bringen. Der ist gerade bei einem Gelage. Der Bojar, der in den Kerker geworfen wurde, wird an die Tafel geführt und zum Hofnarren erhoben. Und der Hofnarr tanzt. Ein wahnsinniger, blutrünstiger Tanz, bei dem das ganze Hofgesindel mit dem Zaren selbst mitmacht. Doch der Bojar wird um die Ecke gebracht. Von einem Vertrauten des Zaren wird ihm eine geheimnisvolle Tür angeblich zur Flucht gewiesen, durch die er geht und durch eine Falltüre im Strom ertrinkt. Die Zarin hat eine Flachsspinnerei errichtet. Nach einigen Drehungen des Rades steht die Maschine still. Niemand weiß zu helfen. Die Zarin läßt in ihrer Wut eine Anzahl Arbeiter und Arbeiterinnen die Köpfe abschlagen. Der Zar will ihr mit einem neuen Massaker folgen. Da gibt ihm jemand den Rat, den „Deutschen" zu holen. Der macht einige Schrauben fest, tut einige Hammerschläge und das Flachsrad geht. Die Zarin ist begeistert. „Bitte Dir eine Gnade." Der „Deutsche" (Martin) will fliegen und — heiraten. Die Zarin ist wütend und will den Sklaven, der ohne die Genehmigung des Herrn nicht heiraten kann, erst heiraten lassen, wenn er geflogen ist. Auch diese Stunde kommt. Bei einem Besuch englischer Kaufleute läßt der Zar Martin holen und befiehlt ihm, vom höchsten Gebäude zu fliegen. Unter dem Schrecken und später unter der Begeisterung des Volkes fliegt er. Der Flug gelingt. Doch der Zar ist erst recht nicht befriedigt. „Das ist Teufelswerk", „Sklaven haben keine Flügel". Er zerschlägt den Apparat und läßt den Sklaven in den Kerker abführen. Sein Leben ist verwirkt. Er hat es gewagt, als Sklave klüger zu sein als die von Gottes Gnaden. Doch die Zarin hat ein Auge auf den schönen Sklaven geworfen. In der Nacht befreit sie ihn in einer packend dargestellten Szene, führt ihn durch die labyrinthischen Gänge des Gefängnisses, nachdem sie vorher ihren bisherigen Liebhaber, der Gefängniswärter war, mit eigener Hand ermordet hat. Doch zu spät. Martin kommt, als seine Brüder, die die Flucht verabredet haben, mit seiner Geliebten schon fort sind. Die Häscher des Zaren fangen ihn, entdecken einen Ring der Zarin an der Hand und bringen diesen zum Zaren. Der wahnsinnig eifersüchtigt gewordene Zar geht in das Schlafgemach seiner Frau, nachdem er vorher den Popen bestellt hat, erwürgt sie, tritt vor die Kammer, schlägt das heilige Kreuzeszeichen und sagt: „Es hat Gott gefallen, die Seele der Zarin zu sich zu rufen". Er liest eine Messe und weiter geht es zu neuen Morden. Das alles ist so geschichtlich treu und menschlich wahr dargestellt, daß selbst die bürgerlichen Zeitungen schreiben mußten, daß die Regie dieses Films alle deutschen Leistungen in den Schatten stellt. Aber nicht nur die film- und massentechnische Leistung, sondern vor allem der Ruf der Freiheit, der durch diesen Film, wie durch alle andern russischen geht, macht ihn für die Arbeiterklasse wertvoll.

E. B.

Im Münchener Lichtspielhaus Ecke Auen- und Klenzestraße gelangt bis Montag, den 7. März der russische Film Der Wolgaschiffer zur Vorführung, worauf wir unsere Leser ganz besonders hinweisen. Näheres enthält das Inserat in unserer gestrigen Ausgabe.

Vereinskalender

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität" Ortsgruppe München. Samstag, 5. März abends 7.30 Uhr Versammlung der Abt. 9 im Aignerhof, Aignerstr. 26. Sonntag, den 6. März nachm. 3 Uhr außerordentliche Versammlung der Abteilung 8 im Restaurant Goldnes Roß. Der Ausschuß hat eine Stunde früher zu erscheinen. Die Genossen der Jugend treffen sich am Sonntag früh 10 Uhr in der Neuhauserstr. 51 bei der Akademie der Wissenschaften zum Besuch derselben, Eintritt frei. Donnerstag, den 10. März Versammlung der Abteilung 7 im Restaurant Linderhof Sedanstr. 21. Anschließend Verteilung der Wertungspreise. Freitag, 11. März Versammlung der Abteilung 2 im Riedlebergarten, Sommerstraße.

Arbeiter-Sängerkartell München. Die Generalversammlung des Arbeitersängerkartells findet am Montag, den 7. März abends 8 Uhr im Thomasbräu mit folgender Tagesordnung statt: 1. Wahl einer Mandatprüfungskommission. 2. Verlesen des Protokolls. 3. Berichte des Ausschusses. 4. Genehmigung der vorgelegten Statuten. 5. Anträge. 6. Neuwahl. 7. Verschiedenes. Die Vereine werden ersucht ihre Delegierten mit Ausweis zu versehen.

Spielplan der Münchener Theater

Samstag, 5. März

Prinz-Regenten-Theater: „Das Wintermärchen" 7.30
National-Theater: „Martha" 7.30 Uhr
Residenz-Theater: „Dover—Calais" 7.30 Uhr
Schauspielhaus: „Was sollen wir spielen" oder „Hokuspokus" 7.30 Uhr
Theater am Gärtnerplatz: „Paganini" 7.30 Uhr
Volkstheater: „Die fünf Karnickel" 7.30 Uhr

Für die Redaktion verantw.: Albert Buchmann, München. Für Verlag und Inf.: Wilhelm Olschewski, München. Druck: F. Kaspeizer & W. Olschewski, München.

10 Jahrgang Nr. 146

Einzelpreis 15 Pf.

Neue Zeitung

Bayer. Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommun. Internationale)

Beilagen: „Der Rote Stern" / „Kommunistin" / „Kommunistischer Gewerkschafter" / „Kommunistischer Genossenschafter"

Die „Neue Zeitung" erscheint täglich außer Montags. Bezugspreis monatlich 2 Mark 20 Pfennig, halbmonatlich 1 Mark 10 Pfennig. Durch die Post bezogen 2 Mark 20 Pfennig ohne Zustellgebühr. Verlag: Freier Verlag G. m. b. H., München, Lindwurmstr. 203 / Telefon 72024. Redaktion: Lindwurmstr. 203

Dienstag, 28. Juni 1927

Anzeigenpreis für den Millimeter Höhe und Spalte 10 Pf., Spaltenbreite 28 mm, für Reklame im Textteil 0 Pfg. Gelegenheitsanzeigen halbe Preise / Postscheckkonto München Nr. 47280, Freier Verlag G.m.b.H. Redaktion München, Lindwurmstraße 203 / Telefon 72024 / Erfüllungsort [illegible]

Gewerkschaften gegen Zollwucher

Eine Protestresolution des A.D.G.B. Berlin

Die Plenarversammlung des ADGB.-Ortsausschusses **Berlin** nahm zur Zollwuchervorlage des Bürgerblocks folgende Resolution an:

„Die freien Gewerkschaften, die im Ortsausschuß zusammengeschlossen sind, haben auch im Vorjahre mit äußerster Kraftanstrengung, trotz heftigsten Widerstand des Unternehmertums die Interessen der Arbeitnehmerschaft vertreten. Ohne Rücksicht auf ihre weitgestreckten Aufgaben haben sie in erster Linie ihre ganze Kraft dafür eingesetzt, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern und mit den immer weiter steigenden, die Lebenshaltung der Arbeiterschaft drückenden Ausgaben beeinflußt durch die Zoll- und Steuerpolitik der Reichsregierung, in Einklang zu bringen.

Die am [illegible] März 192[illegible] [illegible] Plenarversammlung des Ortsausschusses Berlin des ADGB. erhebt gegen diese räuberische und ausbeuterische Zoll- und Steuerpolitik heftigsten Protest. Sie richtet an die parlamentarische Vertretung der Arbeiterschaft das dringende Ersuchen, mit allen parlamentarischen Mitteln solcher Politik entgegenzutreten.

Die Plenarversammlung als Vertretung der organisierten Arbeitnehmerschaft Berlins fordert, daß die Zölle und Steuern auf den Lebensbedarf nicht nur nicht weiter gesteigert, sondern abgebaut werden, damit ihr die Lebensmöglichkeit und der Lebensraum nicht noch mehr erschwert wird.

Wird dieser Forderung nicht entsprochen, so versprechen die Delegierten, in ihren Organisationen dahin zu wirken, auch die Anwendung aller außerparlamentarischen Mittel zu erwägen, um diese unerträgliche und wucherische Zoll- und Steuerpolitik der Rechtsregierung abzuwehren."

Der Berliner Ausschuß des ADGB. spricht unter dem Druck der Arbeiterschaft aus, daß nur eine gemeinsame Aktion der Arbeiter die Wucherzölle des Bürgerblocks zu Fall bringen kann. Aber, obwohl er an anderer Stelle von eventueller Anwendung außerparlamentarischer Kampfmittel spricht, fordert er für die Gegenwart nur das Einsetzen aller parlamentarischen Mittel, was die Hungerblockregierung nicht abhalten wird, die Forderungen der Großagrarier zu erfüllen. **Sollen die Wucherzölle wirklich abgewehrt werden, dann muß die außerparlamentarische Aktion der Arbeiterklasse sofort einsetzen.**

Gewerkschaften gegen den Krieg

Berlin, 27. Juni

Die Chemiearbeiter von Wiesdorf und Leverkusen protestierten gegen die englischen imperialistischen Kriegstreibereien. Sie sprachen sich für die Verteidigung der Sowjetunion aus und erklärten:

„Ebenso deutlich erklären wir aber, daß die Sowjetunion nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet ist, gegenüber den von den englischen Imperialisten bezahlten Terrorangriffen auf den proletarischen Staat und die sozialistische Wirtschaft mit allen revolutionären Machtmitteln der proletarischen Diktatur zu antworten."

Weiter wurde Stellung genommen und Beschlüsse gefaßt gegen die imperialistischen Kriegstreiber und für die revolutionäre Solidarität mit der Sowjetunion von folgenden Betriebsräte- und Gewerkschaftsfunktionär-Versammlungen:

Freigewerkschaftliche Gewerkschaftsversammlung des Vieh- und Schlachthofes Berlin,

Betriebsversammlung Wolfferts und Wittmers,

Betriebsversammlung der Filmwerke Staaken, Berlin.

Alle Resolutionen fordern von den A.D.G.B.-Führern die Einsetzung des gesamten Gewerkschaftsapparates gegen die imperialistischen Kriegsprovokationen und Kriegstreiber. Sie heben mit besonderer Unterstreichung die Pflicht und das Recht der Sowjetunion zur revolutionären Verteidigung hervor.

Die Klassenjustiz verbietet Unterstützung Ausgesteuerter!

Ein neues Schandurteil gegen den Textilarbeiterverband

Wie die „Rote Fahne" meldet, ist dem Deutschen Textilarbeiterverband, Filiale Brandenburg und ihrem Geschäftsführer vom Landgericht Potsdam eine einstweilige Verfügung zugegangen, in der dem Textilarbeiterverband unter Androhung von einer Haftstrafe von sechs Monaten für jeden einzelnen Fall untersagt wird, an die von der Jutefabrik ausgesperrten Arbeiter irgendwelche Unterstützung auszuzahlen.

Der Vorgang, der zur Aussperrung in der Jutefabrik Brandenburg führte, ist folgender: Am 11. Mai ds. Js. wurde unter Mitwirkung des Schlichters Wissel, mit der Belegschaft eine Vereinbarung getroffen, wonach Ueberstunden von der 51. bis zu der 53. Stunde nur mit Zustimmung des Betriebsrats erfolgen dürfen. Trotzdem verlangte die Firma jetzt die 54-Stundenwoche, die auch von der Schlichtungskommission nach Ablehnung durch den Betriebsrat mit drei gegen zwei Stimmen widerrechtlich festgesetzt hat. Als Antwort auf diesen Tarifbuch verließ die Belegschaft seit dem 1. Juni geschlossen nach 8 Stunden den Betrieb. Die Folge war die Aussperrung.

Das Urteil des Potsdamer Gerichts stellt alle bisherigen Angriffe der Klassenjustiz auf das Streikrecht in den Schatten. Wir kennen die Urteile des Hamburger und des Leipziger Gerichts, die die Unterstützung streikender Textilarbeiter durch die Gewerkschaft untersagten. Wenn schon diese Urteile einen Verstoß gegen das verfassungsmäßig garantierte Streikrecht darstellten, so liegt im Potsdamer Fall ein noch krasserer Rechtsbruch vor. **Die Justiz unterstützt hier offen den Tarifbuch des Unternehmers** und will von der Gewerkschaft sogar erreichen, daß die Auszahlung von Unterstützung an Arbeiter, die durch Schuld des Unternehmers auf die Straße geflogen sind, unterbleibt.

Deutlicher kann der Vorstoß der Unternehmer und ihrer willfähigen Justiz gegen die elementarsten Rechte der Arbeiterschaft nicht dokumentiert werden. Bisher haben die Gewerkschaften auf diese Vorstöße der Bourgeoisie lediglich dadurch geantwortet, daß sie **auf dem Rechtswege Berufung eingelegt** haben. Jeder Arbeiter sieht, daß eine solche Maßnahme überhaupt kein Gegenmittel gegen diese für den weiteren Kampf der gesamten Arbeiterschaft bedeutsamen Vorstöße der Reaktion sein kann. **Die Gewerkschaften müssen sich mit dem Einsatz all ihrer Kampfmittel zur Wehr setzen.** Es kann auf einen solchen Vorstoß der Justiz nur eine einzige wirksame Antwort geben: **Die sofortige Verweigerung jeglicher Ueberstunden und darüber hinaus die Arbeitsniederlegung durch alle Arbeiter des betreffenden Ortes.** Solange die Gewerkschaften diese Machtmittel nicht einsetzen, macht sich ihre Führung mitverantwortlich für den durch die Bürgerblockregierung beabsichtigten mit Hilfe der Klassenjustiz durchgesetzten **planmäßigen Raub des Streikrechts.**

STÜRZT
DIE KRIEGS- UND HUNGER-REGIERUNG!

Gescheiterte Verhandlungen in der sächsischen Textilindustrie

Chemnitz, 26. Juni.

Die in Chemnitz geführten Verhandlungen über die Neuregelung des Ueberstundenzuschlages und der Mehrarbeitsstunden für die mittelsächsische, westsächsische und ostthüringische Textilindustrie sind ergebnislos verlaufen. Die Verhandlungen, die drei Tage dauerten, sind daran gescheitert, daß eine Uebereinstimmung über die Höhe des Zuschlages und die Zahl der Mehrarbeitsstunden nicht erzielt werden konnte. Der sächsische Landesschlichter hat die Vertreter der Unternehmer und Gewerkschaften zu Einigungsverhandlungen zu Anfang Juli nach Dresden geladen. Von diesen Verhandlungen werden 250 000 Textilarbeiter betroffen.

Eineinhalb Milliarden aus den Taschen des Volkes

Berlin, 25. Juni.

Nach den neuesten Veröffentlichungen des Reichsfinanzministeriums hat das Reich im April und Mai bei den Einnahmen aus Zoll- und Steuerabgaben gegenüber den gleichen Monaten des Vorjahres ein **Mehreinkommen von 350 Millionen Mark** erzielt. Nach den Reichstagsbeschlüssen sollen aber im ganzen laufenden Wirtschaftsjahr, also von April 1927 bis April 1928 nur 375 Millionen Mark aus diesen Einnahmequellen mehr kommen. In zwei Monaten des Wirtschaftsjahres allein hat also das Reich mehr als die Hälfte des veranschlagten Mehreinkommens eingetrieben. Das bedeutet, daß das Reich am Ende des Jahres nicht 575 Millionen mehr vereinnahmt haben wird, sondern die ungeheuerliche Summe **von 1,5 Milliarden** Mark zuviel aus der Bevölkerung herausgezogen haben wird.

Die „Iswestija" antwortet Stresemann

Moskau, 26. Juni.

„Iswestija" schreibt zur Reichstagsrede Dr. Stresemanns, die Rede sei ein überaus wichtiges Dokument in der Geschichte der deutschen Außenpolitik der letzten Jahre. Das Blatt begrüßt die Erklärung Stresemanns über die Absicht der deutschen Regierung, eine Politik strikter Neutralität zu wahren und die Bekräftigung dessen durch die Erklärung der Regierungsparteien als auf einer richtigen Erkenntnis der wahren Interessen der deutschen Außenpolitik und Volkswirtschaft beruhend und mit der Entwicklungslinie der sowjet-deutschen Beziehungen in Einklang stehend.

Vor Chamberlains Wagen

Indessen stehe die Behauptung Stresemanns, [illegible] worden sei, Deutschland zu bewegen, die Neutralitätspolitik aufzugeben, **in logischem Widerspruch zur Erklärung der Regierungsparteien** über die entschiedene Verwerfung jedes Gedankens einer Einbeziehung Deutschlands in die **aggressive Front gegen die Sowjetunion.** Sofern es sich als notwendig erwies, einen derartigen Gedanken entschieden abzuwehren, sei es vollkommenn klar, daß **dieser Gedanke bestand und besteht.** Wenn dem nicht so wäre, hätte die Erklärung der Regierungsparteien eines so entschiedenen Tones nicht bedurft. Man könne Stresemann gern glauben, daß ihm niemand ernstlich vorschlug, sich der Offensivfront gegen die Sowjetunion anzuschließen. Eine derartige offen Aufforderung sei deshalb nicht ergangen, weil bei den Vorberatungen die deutsche Stellungnahme deutlichst genug umrissen war und eine offene Aufforderung unnütz machte „Iswestija" unterstützt vollkommen das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten als Grundlage der Außenpolitik.

Zur Erklärung Stresemanns über die Abwehr der Propaganda der Komintern betont das Blatt, diese Losung könne in geschickten Händen sehr leicht gegen die Sowjetunion mißbraucht werden. Der Beitritt Deutschlands zu einer derartigen Front wäre sehr reich an Folgen, vor denen die Führer der deutschen Außenpolitik zu warnen seien. Zum Schluß wendet sich das Blatt entschieden **gegen die Erklärung der Regierungsparteien, daß sie sich der Entrüstung über die letzten Todesurteile anschließen.** Der Sowjetunion stehe das natürliche Recht zu, sich gegen konterrevolutionäre Tätigkeit zu wehren. Der Charakter dieser Abwehr sei eine innere Angelegenheit der Sowjetunion.

Herr Stresemann, der sich bei seiner letzten Reichstagsrede auf die „Iswestija" zu berufen beliebte, wird jetzt aus dem vorstehenden Artikel erkennen, daß man in Moskau seine Versicherungen als das versteht, was sie sind: Manöver, um die Spuren zu verwischen. Das wird zwar durch die „Iswestija" höflicher, aber nicht minder bestimmt gesagt.

*

Eine neue Lügenmeldung der „Tel.-union". Die Telegraphenagentur der Sowjetunion teilt mit, daß die aus Warschau datierte Nachricht einiger Blätter über ein angebliches Attentat auf den Vorsitzenden des Volkswirtschaftsrates, Kujbyschew, frei erfunden ist.

Neuer Fürstenskandal in Preußen

Sozialdemokrat Braun für die Abfindung der Standesherren

Berlin, 27. Juni

Bekanntlich weigert sich die Bürgerblockregierung, das am 30. Juni ablaufende Sperrgesetz, wonach die Weiterführung der Fürsten- und Standesherrnprozesse verboten ist, zu verlängern. Sie stützt sich dabei auf das **Beispiel der sozialdemokratischen preußischen Regierung,** die den Hohenzollern freiwillig Millionen in den Rachen geworfen hat. Aber damit nicht genug, hat die preußische Regierung, wie aus einem „Vorwärts"-Bericht hervorgeht, ein **grundsätzliches Uebereinkommen mit der Bürgerblockregierung geschlossen,** wonach eine Verordnung erlassen wird, auf Grund deren in den Ländern die **Abfindung der Standesherrn nach den gleichen Gesichtspunkten geregelt** werden soll wie die der ehemals regierenden Fürsten. Diese Verordnung bedeutet gerade für Preußen, wo die Standesherrn **allein über 400 Prozesse gegen den Staat** angestrengt haben, die Sicherung eines neuen Millionenraubes für die hochadligen Herrschaften.

Zur selben Zeit, wo sich die Finanzminister der Länder weigern, eine auch nur annähernd angemessene **Erhöhung der Beamtengehälter durchzuführen,** zur selben Zeit wo die Ausgaben für die dringendsten Kulturbedürfnisse, insbesondere für die Volksgesundheit in der unerhörtesten Weise beschränkt werden, sollen neue Millionen aus den Taschen der Werktätigen den Standesherrn zugeschanzt werden.

Die Hohenzollernabfindung in Preußen hat seinerzeit auch in den Reihen der Sozialdemokratischen Partei helle Empörung ausgelöst. Das ist sogar auf dem Kieler Parteitag, in den Reden der sonst so zahmen Oppositionellen deutlich zum Ausdruck gekommen. Wenn jetzt dieselbe preußische Regierung unter sozialdemokratischer Führung dem ersten Fürstenskandal einen zweiten hinzufügen will, wenn sie so erneut zum **Schrittmacher der Bürgerblockregierung** wird, die diesen Plan im Reichsmaßstab durchsetzen will, dann muß eine **gewaltige Protestbewegung aus den Massen der Werktätigen und nicht zuletzt aus den sozialdemokratischen Arbeitern heraus** diesen schändlichen Plan zunichte machen.

Zusammenstöße im Stuttgarter Prozeß

Der Spitzel Diener trotz Zuchthausstrafe in Freiheit

Stuttgart, 26. Juni

Der 6. und 7. Verhandlungstag im Stuttgarter Prozeß enthüllt mehr als seinen Veranstaltern lieb ist, die wahre Praxis der deutschen Klassenjustiz. Das zeigte sich erstens, als Niedner dem aus dem Leipziger Tschekaprozeß als Kronzeuge gegen die Kommunisten bekannten Polizeispitzel Diener, vorlud. Diener wurde bekanntlich 1925 in Leipzig zu 5½ Jahren Zuchthaus verurteilt, um damit der Oeffentlichkeit zu „beweisen", daß er kein Polizeispitzel sei. Heute im Jahre 1927, wo also Diener noch zwei bis drei Jahre Zuchthaus abzusitzen hätte, stellt sich bei der Zeugenvorladung heraus, **daß Diener sich überhaupt nicht mehr im Zuchthaus befindet.** Diener beantwortete nämlich die Vorladung mit einem Brief, aus seiner Wohnung!

In einem andern Fall wurde nur durch ein plötzliches Eingreifen Niedners eine völlige Bloßstellung der württembergischen Regierung verhindert. Es wurde nämlich der Zeuge Schönleber vernommen, einer jener Studenten, die 1923 die schwarzen Polizeiformationen bildeten. Nun hat der württembergische Innenminister Bolz vor dem Landtag feierlich erklärt, es habe niemals schwarze Polizeitruppen gegeben. Schönleber weist nun aber ein Schreiben des Stuttgarter Polizeipräsidenten vor, wonach der **„Hilfswachtmeister" Schönleber „in innerdienstlichen Angelegenheiten" nichts aussagen dürfe.** Reichsgerichtsrat Helber will daraufhin feststellen, wie lange Schönleber, der heute Diplomlandwirt ist, „Hilfswachtmeister" war. Kaum hat er diese Frage gestellt, als Niedner dazwischen fährt, mit den Worten: **„Zeuge Schönleber, halten Sie es für nötig, diese Frage zu beantworten?"** Und prompt antwortet Schönleber mit der **Zeugnisverweigerung.**

Der Angeklagte Stegmaier fragt den als Zeugen erschienenem Polizeikommissar Schwaderer, ob er sich entsinnen könne, in seiner polizeilichen Vernehmung gesagt zu haben, **„auch wenn wir Ihnen nichts nachweisen können, werden wir doch dafür sorgen, daß Sie bestraft werden".** Der Zeuge Schwaderer schweigt. Hätte er diese Aeußerung bestritten, so wäre das nur durch einen Meineid möglich gewesen.

Am 7. Verhandlungstage lehnt der Niedner-Senat auf Antrag des berüchtigten Tschekareichsanwalts Neumann die Beweisanträge der Verteidigung, die durch eine Vernehmung des Stuttgarter Polizeipräsidenten, des württembergischen Innenministers und des württembergischen Staatspräsidenten die gemeinsamen **Vorbereitungen der legalen Reichswehr und Polizei mit den illegalen Verbänden zu einer Rechtsdiktatur** nachweisen wollen, als „unerheblich" ab. Diese Beweisanträge sind aber die einzige Möglichkeit für die Angeklagten, die Berechtigung ihrer Abwehrmaßnahmen gegen die faschistische Gefahr nachzuweisen.

Genosse Hepperle enthüllt die Rolle des Polizeiprovokateurs König bei dem Anschlag auf die „Süddeutsche Arbeiterzeitung". König bestellte am Abend des Anschlags 20 Genossen in die Nähe des Gebäudes der Zeitung, um angebliches wertvolles Material herauszuschaffen. Das Leben dieser Genossen war durch die Sprengung sehr gefährdet. Am selben Abend aber verlegte die Polizeiwache im Gebäude der „Süddeutschen Arbeiterzeitung" ihre Lagerstätte, von dem durch die Sprengung gefährdeten Zimmer in ein abseits liegendes Hinterzimmer, jedenfalls nach vorheriger Verständigung mit König. Als Genosse Hepperle scharfe Angriffe gegen die Unobjektivität Niedners erhebt, **verlangt das Gericht eine Erklärung der Verteidigung (!), daß sie diese Vorwürfe nicht billige. (!)** Genosse Obuch lehnt im Namen der Verteidigung diese Zumutung ab mit den Worten: **„Die Aufdeckung der Wahrheit steht höher, als die Formalitäten des Niednergerichts."** Die von der Verteidigung beantragte sofortige **Vernehmung des Polizeiprovokateurs König** wird von Niedner abgelehnt, der daraufhin die Verhandlung kurzerhand abbricht. Mit dem Ruf des Genossen Hepperle **„der Niednersenat nimmt die Polizeispitzel in Schutz!"** verlassen die Zuhörer den Saal.

Fortsetzung der Verhandlung am Montag.

Ein Stahlhelm-Mörder freigesprochen!

Berlin, 26. Juni.

Vor dem Reichsgericht fand Freitag die Revisionsverhandlung gegen den Stahlhelm-Mörder Magiera aus Kottbus statt, der in der Nacht zum 29. August vorigen Jahres den Reichsbannermann Felix Doktor auf der Straße niedergeschossen hatte und dafür von der Stahlhelmjustiz natürlich freigesprochen worden war. In der Revisionsverhandlung vor dem Reichsgericht warf sich der Reichsanwalt zum Verteidiger dieses Stahlhelmmannes auf und forderte die Verwerfung der Revision. Die monarchistischen Reichsgerichtsräte verwarfen die Revision und bestätigten den unerhörten Freispruch des völkischen Mörders.

Die Pest der „Landesverrats"prozesse

Leipzig, 26. Juni

Am Freitag fand hier ein Landesverratsprozeß statt, der sicher zu den merkwürdigsten zählt, die in Deutschland stattfanden. Wegen Verrats militärischer Geheimnisse war der Schlosser Lippold-Duisburg angeklagt, der seit 1926 15 Monate in Untersuchungshaft gesessen hat. Aus dummer Renommiersucht hatte er sich gegenüber Bekannten gebrüstet, daß er dem belgischen Nachrichtendienst wichtiges Material geliefert habe. Bei der Untersuchung stellte sich heraus, daß Lippold in Wahrheit nur fingierte Nachrichten ausgeliefert und dafür Geld erhalten hatte. Sonst konnte dem Angeklagten nicht das Geringste nachgewiesen werden. Um seine Blamage zu verdecken, verurteilte der Senat den Angeklagten zu **einem Jahr sechs Monaten Gefängnis** unter Anrechnung der 15-monatigen Untersuchungshaft und ließ ihn sofort frei.

Wehrwolfbanditen überfallen Reichsbannerarbeiter

Frankfurt a. Oder, 27. Juni

Gestern wurde hinter Müncheberg ein mit Reichsbannerarbeitern besetztes Auto von einer Horde Werwolfanhängern überfallen. Zuerst wurde von zwei Mitgliedern des Werwolfs ein Radfahrer des Reichsbanners, der hinter einem mit Reichsbannerleuten besetzten Auto herfuhr, überfallen, vom Rade gerissen und verprügelt. Als die Reichsbannerkameraden dem Ueberfallenen zu Hilfe eilen wollten, stürzten eine große Anzahl Werwolfanhänger hinzu und schossen auf die Reichsbannerleute. Es kam zu einer wüsten Schlägerei. Als die Reichsbannerleute nach Beendigung der Schlägerei das Auto besteigen wollten, gab der Gutsbesitzerssohn August Schmelzer vier Gewehrschüsse auf die Arbeiter ab, bei denen der Reichsbannermann Karl Tietze aus Erkner bei Berlin getötet wurde. Zehn weitere Reichsbannerleute wurden ebenfalls verletzt. Der Mörder und zwei weitere Werwolfmitglieder wurden verhaftet.

Trotz des klaren Sachverhalts versucht auch in diesem Fall die bürgerliche Presse die Werwolfmitglieder als schuldlos hinzustellen. Dabei ist das Dorf, in dem der Mord geschah, in der ganzen Umgebung als vom Werwolf verseucht berüchtigt. Aber es genügt nicht, wenn nur der Mörder und zwei seiner Komplizen verhaftet wurden, die ganze Bande, die diesen Ueberfall, wie aus der Meldung hervorgeht, organisierte, gehört hinter Schloß und Riegel. Darüber hinaus werden die Reichsbannerarbeiter auch aus diesem Fall erkennen, daß zur Abwehr faschistischer Mordtaten auch ein sozialdemokratischer Innenminister nicht genügt, sondern nur der gemeinsame Kampf der gesamten Arbeiterklasse die faschistische Gefahr beseitigen kann.

Ausland

Kriegsparade der englischen Luftflotten

London, 26. Juni

Am kommenden Sonnabend findet in Hendon, wie alljährlich, die Luftparade der englischen Luftstreitkräfte statt. Ueber 100 000 Zuschauer werden infolge der umfassenden Vorbereitungen des Luftministeriums in der Lage sein, dem Schauspiel beizuwohnen, das von weiten Kreisen der englischen Oeffentlichkeit als eine Verherrlichung des Krieges und des kriegerischen Geistes bekämpft wird. Das Königspaar und fast alle Mitglieder des Kabinetts werden anwesend sein, ebenso alle Botschafter, Gesandten, Militär- und Luftattachees der in London vertretenen Länder. Unter den anwesenden Missionen wird sich auch eine italienische unter Führung des Unterstaatssekretärs für Luftfahrt, General Balbo, befinden. Eine deutsche Delegation wird ebenfalls erwartet.

Flottenabkommen zwischen Amerika und Japan?

Die Genfer Flottenkonferenz

Paris, 27. Juni

Die ganze hiesige Presse berichtet sehr pessimistisch über die Genfer Flottenkonferenz. Das einzige praktische Resultat ist bisher eine **Verschärfung des Gegensatzes zwischen England auf der einen und Amerika und Japan auf der anderen Seite.** Der hiesige Berichterstatter des „Newyork Herald" meldet sogar, daß die Verhandlungen zwischen Amerika und Japan über ein Separatabkommen unmittelbar vor dem Abschluß stehen.

Blutige Straßenschlacht in London

Faschisten überfallen demonstrierende Gewerkschaftler

London, 25. Juni

Gestern fanden in ganz England große Kundgebungen gegen die Annahme des Gewerkschaftsgesetzes statt. In London, wo eine riesige Demonstration im Hydepark

stattfand, kam es im Anschluß an die Kundgebung zwischen den demonstrierenden Gewerkschaftlern und provozierenden Faschisten zu einer großen Schlägerei, bei der es eine große Anzahl Verletzter gab. Die Polizei jagte schließlich die Kämpfenden auseinander.

Zuspitzung im Aegypten-Konflikt

London, 26. Juni

Das ägyptische Parlament hat vor der Annahme des Militäretats einige Posten, deren Aufnahme in den Etat von England gefordert wurde, gestrichen. Die für den englischen Oberbefehlshaber vorgesehenen Gelder wurden nur mit Vorbehalt bewilligt. Die endgültige Entscheidung soll von der Annahme des Berichtes der parlamentarischen Kriegskommission abhängen. Die Vereinigung der Küsten- und Grenzwache zu einem Etatsposten, die ebenfalls von England verlangt wird, wurde mit starker Mehrheit abgelehnt.

Diese Beschlüsse des ägyptischen Parlaments stehen in Widerspruch zu der Kompromißbereitschaft der Regierung und des rechten Flügels der Nationalisten und schaffen erneut eine Zuspitzung des ägyptisch-englischen Konflikts.

Mussolinis Terrorjustiz

Rom, 26. Juni

Das Außerordentliche Gericht zum Schutze des Staates hat im Prozeß gegen 24 toskanische Kommunisten drei der „Verschwörung gegen den Staat" schuldig erklärt und zu 7 bis 12 Jahren Gefängnis verurteilt. Vier Angeklagte wurden ebenfalls der „Teilnahme am Aufruhr" schuldig befunden und acht von ihnen zu drei bis sechs Jahren Zuchthaus und drei Jahren Polizeiaufsicht verurteilt, die übrigen neun zu je einem Monat Zuchthaus und einem Jahr Poltzeiaufsicht.

Daudet aus dem Gefängnis befreit

Paris, 26. Juni

Gestern nachmittag ist der Führer der französischen Faschisten Leon Daudet aus dem Gefängnis befreit worden. Seine Anhänger haben zu seiner Befreiung einen genialen Plan ausgeheckt, dessen Durchführung zu einer Riesenblamage der Regierung führte. Eine Anzahl Faschisten besetzten [illegible] Fernsprecher in der Nähe des Innenministerium. Den zwölften — letzten — Draht benutzte ein Faschist, um dem Gefängnisdirektor mitzuteilen, daß das Ministerium eben die Freilassung der beiden Faschisten Daudet und Delest und des Kommunisten Semard beschlossen habe. Um unnötige Demonstrationen zu vermeiden, verlange das Ministerium sofortige Freilassung. Als der Gefängnisdirektor, verwundert über die Freilassung Semards — nicht Daudets —, noch einmal beim Ministerium anfragte, erhielt er von dem am Apparat sitzenden Faschisten dieselbe Antwort. Darauf wurden beide freigelassen.

Dieser gelungene Streich der Faschisten — bei dem natürlich die Freilassung Semards nur eine Deckung war, — hat die ganze Stadt in Aufregung gebracht. Daudet ist mit seiner Frau verschwunden. Die Regierung ist in einer äußerst peinlichen Lage.

Ausbreitung des Bauernaufstandes

London, 26. Juni

In Südchina wurden Truppen der Kantonesen von den Hankauern geschlagen und ziehen sich auf Kanton zurück. Die Hankau-Truppen unternehmen einen Vorstoß auf Kanton und nähern sich bereits der Grenze der Provinz Kwantung. Anderseits soll General Yangtsen, der von den Handelskammern 250 000 Dollar erhalten hat, die Offensive gegen Hankau von dem Yangtsekiang her wieder aufgenommen haben.

In Kanton und der Provinz Kwantung herrschen bekanntlich seit dem Umsturz des Verräters Tschangkaischek seine Noske-Banden. Ein neues Blutbad dieser Noske-Helden unter den chinesischen Arbeitern wird in der Millionenstadt Ningpo angekündigt, wo Tschangkaischek die schonungslose Niedertrampelung der imperialistenfeindlichen Boykottbewegung angeordnet hat.

Sowohl dem Verräter Tschangkaischek als dem nördlichen Weißgardisten Tschangtsolin macht die **mächtig anwachsende Bewegung der revolutionären Bauernorganisationen** große Sorgen. Im Gebiet Tschangtsolins sind nach englischen Berichten über eine viertel Million gutbewaffneter und wohlorganisierter Mitglieder der „Roten-Lanzen"-Organisation tätig. Sie besitzen Feuerwaffen, Maschinengewehre, Artillerie und genügende Munition und liefern den Weißgardistentruppen regelrechte Gefechte. Ihre Vorstöße zwangen die Weißgardisten, die Provinz Honan zu räumen. Gegenwärtig kämpfen sie in der Provinz Tschili. Die englischen Berichterstatter vergleichen diese Bauernbewegung, die auch einen ausgesprochen antiimperialistischen Charakter angenommen hat, mit der Boxerbewegung 1910.

Die chinesische Nationalagentur meldet: Das politische Departement der Wuhan-Armee reorganisiert eifrigst die Bauernvereinigungen von Südchili, Nord-Honan und West-Schantung. Gestern fand eine Konferenz der Führer der Bauernorganisationen (meistens Rote Lanzen) statt, in der die Mitgliederzahl auf eine halbe Million angegeben wurde. Es wurde beschlossen, daß sich die Organisationen dem allchinesischen Bauernbund anschließen, ferner, daß sie als Vorhut für die revolutionären Truppen kämpfen sollen. Man rechnet damit, bald Paotingfu (Hauptstadt Chilis) ohne schwere Kämpfe einnehmen zu können.

Moskau, 26. Juni

Als Antwort auf ein Telegramm des „Vereins zur Unterstützung der Wuhan-Soldaten", in dem auf die äußerste Not der verwundeten Soldaten der Wuhan-Armee hingewiesen wurde, beschloß das Präsidium des Zentralrates der Gewerkschaften der Sowjetunion, aus den eigenen Mitteln 30 000 Rubel zuzuwenden und die Genossenschaften der Sowjetunion aufzufordern, dem Hilfsverein der Wuhan-Soldaten ebenfalls eine finanzielle Unterstützung zu leisten.

Geht Feng zu Nanking?

London, 26. Juni

Der Sonderberichterstatter der „Times" in Schanghai meldet: Die chinesischen Politiker sind noch immer im Zweifel über die wirkliche Haltung Fengjuhsiangs. Ein Telegramm an die Hankauer Führer deutet darauf hin, daß er seine Freiheit zu wahren beabsichtigt, während er sich öffentlich Tschangkaischek anschließt. Vor dem Vorrücken nach Norden wünscht Fengjuhsiang die Kommunisten und die Ueberbleibsel der Streitkräfte Wupeifus in Nanking zu überwinden. Danach werde der allgemeine Vormarsch unternommen werden. Fengjuhsiang werde mit der Nanking-Regierung zusammenwirken und auch Munition erhalten.

Eine Bestätigung dieser und ähnlicher Meldungen über die Absicht Fengs, sich dem Verräter Tschangkaischek anzuschließen, liegt nicht vor. Nach dem chinesischen Berichterstatter des „Lokalanzeigers" forderte Feng von der revolutionären Wuhan-Regierung die Ausschaltung des Genossen Borodin und einiger — wohl der kommunistischen — Minister aus der Regierung, ferner die Verschmelzung der Wuhan-Regierung mit der Tschangkaischeks in Nanking. Nach demselben Berichterstatter hat die **Wuhan-Regierung die Forderungen Fengs strikte abgelehnt.**

•

Hankau, 25. Juni
(Chinesische Nationalagentur.)

Die Truppenteile des 14. Armeekorps Fengjuhsiangs haben einen Sieg über die Wupeifu-Truppen im Gebiete Nanyang (Südwest-Honan) errungen und Tenschow erobert. Der Gegner zog sich nach Sinyehsien zurück. Mit dem Uebertritt Tschanglienschins, dem früheren Chef der 9. Sonderdivision Wupeifus, zu Fengjuhsiang ist für Wupeifu der Rückzug nach Süden abgeschnitten.

Nach anderen Meldungen aus China haben die Truppen des Generals Feng den Gelben Fluß bei Tungming überschritten und setzen ihren Vormarsch nach dem Norden fort.

Massendemonstration in Kanton

Kanton, 26. Juni

Anläßlich des Jahrestages des englischen Blutbades in Shameen fanden in Kanton Massendemonstrationen statt. Die Redner wandten sich in schärfster Weise besonders gegen den englischen Imperialismus und forderten die Massen zum Kampfe gegen das imperialistische Joch auf. Die französische Konzession in Kanton war durch Marinetruppen abgesperrt. Die Hauptstraßen der Stadt waren von Polizeitruppen Tschangkaischeks mit Panzerautos und Maschinengewehren besetzt. Nach den bisher vorliegenden Meldungen ist es zu keinen größeren Zusammenstößen gekommen.

Die Reservistendemonstrationen in Frankreich

Paris, 26. Juni

Wie die Blätter berichten, ist einer der Reservisten in Bourges, wo antimilitaristische Kundgebungen stattgefunden hatten, vom Kriegsgericht zu einem Jahre Gefängnis mit Bewährungsfrist verurteilt worden. Es handelt sich um denjenigen, der auf dem Truppenübungsplatz einen Offizier tätlich angegriffen hatte und deswegen in Arrest gekommen war. Gegen diese Maßnahme hatten seine Kameraden in der Kaserne protestiert.

Die Klassenjustiz hat angesichts der ungeheuren Empörung unter den Reservisten nicht gewagt, ein schwereres Urteil zu fällen.

Neues aus aller Welt

Freispruch im Grosawesku-Prozeß. In Wien wurde nach tagelanger Verhandlung im Prozeß gegen Frau Grosawesku, die ihren Mann, einen berühmten Sänger, aus Eifersucht erschossen hatte, das Urteil gefällt. Die Geschworenen haben die Frage auf Mord einstimmig verneint, die auf Totschlag einstimmig bejaht, und die auf Sinnesverwirrung mit 8 gegen 4 Stimmen bejaht. Infolgedessen verkündete der Vorsitzende den Freispruch.

Massenerkrankungen an Typhus. In Schafstädt bei Merseburg sind plötzlich etwa 20 Personen, meistens Kinder, am Typhus erkrankt. Ein Knabe schwebt in Lebensgefahr. Die Erkrankungen sollen auf den Genuß von Speiseeis zurückzuführen sein. Alle Typhusverdächtigen wurden zur Isolierung nach Halle und Merseburg gebracht.

Folgenschweres Autounglück. In Lübeck ereignete sich am Bahnübergang der Mecklenburgerstraße in der Ratzeburger Allee ein furchtbares Unglück. Ein von Ratzeburg kommendes Auto wurde von einem beschleunigten Personenzug erfaßt und hierbei auf die Eisenbahnschienen geschleudert. Alle fünf Insassen wurden auf der Stelle getötet und bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt. Ihre Personalien sind noch unbekannt.

Aus München

„Nichtstun höher bezahlt als arbeiten"

Unter dieser Ueberschrift bringt der „Bayer. Kurier" eine Notiz der „Deutschen Bergwerkszeitung", nach der ein Zechenarbeiter im Ruhrgebiet neben seiner Knappschafts- und Unfallrente auch noch Erwerbslosenunterstützung bezog, so daß er insgesamt 230 Mark monatliches Einkommen gehabt habe. Die „Bergwerkszeitung" und auch der „Kurier" bemerken zu dieser Tatsache, daß ein im Dienst Dienst verkrüppelter Arbeiter täglich 9 Mark zum Lebensunterhalt seiner Familie hatte, daß es sich um einen Ausnahmefall handelt, der nicht verallgemeinert werden dürfe. In diesem Fall befinden wir uns im Gegensatz zum „Bayer. Kurier"; denn es ist nicht ein Ausnahmefall, sondern eine tägliche Erscheinung, daß das „Nichtstun" der Kapitalisten höher bezahlt wird als die Arbeit der Werktätigen.

Familie „Raffke"

Herr Glade und Frau
(Arbeiterkorrespondenz)

München. Unter dem Begriff der Familie „Raffke" versteht man gemeinhin jenen Typ der Neureichen, die es verstanden haben, während des Krieges und besonders auch im Zeitraum der Inflation Gelder zusammenzuraffen, ganz bedenkenlos, ob sie inländisches Kriegsmaterial an das feindliche Ausland verramschten oder mit Lebensmittel- und sonstigen Lieferungen an das Heer, durch Verschiebung aller möglichen Gebrauchsartikel und durch übelsten Kettenhandel Geld „machten". Darunter fallen auch jene Subjekte, die später mit Hilfe des Schutzes der Republik Barmat- und Kutiskerbutter an das ausgehungerte Volk lieferten, oder als Schutzpatrone dieser „Lieferanten" sich

---

Auf dem Wege zum Marxismus

94)

Erinnerungen eines Arbeiterrevolutionärs

Von A. Schapowalow

Friedrich Lengnik erlernte die russische Sprache an der Realschule in Jekaterinoslaw, wo sein Vater Lehrer war. Er mied nie die Russen, die nach Ansicht der meisten in Rußland ansässigen Westeuropäer „Barbaren und Wilde" waren; er lernte vielmehr schon in der Schule das russische Volk kennen und lieben. Die melodischen südrussischen Volkslieder voll nachdenklicher Melancholie gefielen ihm schon damals. In Petersburg absolvierte er mit Auszeichnung das Technologische Institut und trat dann als Student unserer Partei bei (das war bereits nach der Verhaftung Lenins). Nachdem er eine Zeitlang als revolutionärer Marxist gearbeitet hatte, wurde er 1896 im Gouvernement Jekaterinoslaw verhaftet, als er zu Besuch bei seinen Eltern war. Seine Mutter stammte wie sein Vater aus Deutschland. Trotz des langen Aufenthaltes in Rußland war sie den deutschen Familientraditionen treu geblieben. Als der Sohn verhaftet wurde und ihr Mann starb, war die pekuniäre Lage für sie und ihre beiden Töchter sehr schwierig. Lengnik machte den Eindruck eines Menschen, den viel höhere und wichtigere Dinge beschäftigten als das kleinlich geschäftige Leben, das uns in Tessi umgab. Sein Blick schien stets auf höhere Dinge gerichtet, sein Geist mit der Lösung großer Weltprobleme beschäftigt. Da er eine vorzügliche Bildung besaß, kannte er die deutsche Philosophie besser als wir alle. Er wußte auch gründlich Bescheid in der russischen und ausländischen Literatur und war außerdem ein begabter Mathematiker.

Lenins Bekanntschaft machte er 1899, als dieser zusammen mit seiner Frau nach Tessj kam. Lengnik wechselte regelmäßig Briefe mit Lenin über theoretische und philosophische Fragen. Das Geld, das er verdiente (er gab Stunden und schrieb Korrespondenzen für Zeitungen), schickte er der Mutter und den Schwestern nach Jekaterinoslaw.

Mir gab er täglich mathematische, deutsche und andere wissenschaftliche Stunden und übte überhaupt einen sehr guten Einfluß auf mich aus.

Wenn wir die Bücher satt hatten, sattelten wir die kleinen, flinken sibirischen Pferde und ritten in die Steppe. Unser Ziel war gewöhnlich Schoschino, wo Kurnatowski oder Kuraginskoje, wo Lepeschinski und Kowalewski lebten.

Eines Tages bekamen Krschischanowski und Starkow mit ihren Frauen aus Minussinsk und Kurnatowski nach Tessj. Auf drei Bauerwagen fuhren wir in den Wald an einen großen See.

Wir wählten eine Stelle neben einer Gruppe hoher Birken, deren weiße Stämme sich vom rotgoldenen Hintergrund der Tannenstämme abhoben.

Die Birken sind in dieser Gegend, wie die eingeborenen Tataren versichern, verhältnismäßig vor kurzem, im achtzehnten Jahrhundert gleichzeitig mit der neuen russischen Bevölkerung aufgetaucht.

Der Wald, an dem der See lag, war ein winziger Ueberrest der Taiga, die vor noch nicht allzu langer Zeit die ganze Steppe von Tessj und alle Bergabhänge der Gegend bedeckt hatte. Die alten Einwohner von Tessi zeigten mir Häuser aus ungewöhnlich dicken Baumklötzen, die noch aus der alten Taiga stammten.

Die erbarmungslose Art des Bauern, die barbarische Verfügung eines Machtgewaltigen in Minussinsk, der vor etwa hundert Jahren die ganze Taiga abholzen ließ, führten dazu, daß ganze Dorfbezirke um Minussinsk herum keinen Wald mehr besitzen. Die Taiga beginnt erst hundert Kilometer weiter, am Oberlauf des Jenissej; von dort aus wird die Minussinsker Gegend mit Holz versorgt.

Ungeheure Mengen Pilze, schwarze Johannisbeeren, Himberen, Preißelbeeren usw. wachsen auf den Bergabhängen und in den Tälern der Taiga. Auf seiner Wanderung durch den endlosen Urwald nascht der Bär von den Himbeeren, indem er den von unzähligen roten Beeren strotzenden Strauch mit der Pfote umfaßt, zusammendrückt und den herausgepreßten Saft aussaugt. Die Bauern finden in der Taiga das Harz der sibirischen Tanne und Zedernnüsse, die hier als Delikatesse gelten. Im Frühling pflücken sie eine Zwiebelpflannze namens Tscheremscha, die in den Sümpfen wächst. Sie riecht scharf wie Knoblauch. Sobald die Wagen mit dieser Pflanze in den Dörfern erscheinen und die Händler „Tscheremscha" rufen, stürzt die ganze Bevölkerung aus den Häusern, um zu kaufen. An solchen Tagen kann man das Haus eines sibirischen Bauern kaum betreten; der ungewöhnlich scharfe Geruch der Tscheremscha benimmt einem den Atem. Erst wenn man selber von der Pflanze ißt, merkt man den Geruch nicht mehr so sehr. Bei den Bergwerksarbeitern in der Taiga gilt die Pflanze als das beste Mittel gegen Skorbut. Schwer mitgenommen von dieser Krankheit gehen die Arbeiter im Frühling zu den Sümpfen und erholen sich sehr bald wieder durch den Genuß der Pflanze.

Das Harz der sibirischen Tanne, das die ganze Bevölkerung kaut, ist ein vorzügliches Desinfektionsmittel für die Zähne.

In dem Wald, den wir aufsuchten, gab es weder die sibirische Tanne noch Zedernbäume, weder Beeren noch Pilze. Bären zeigen sich hier nicht. Selten begegnet man einem Wolf; er hält sich im Dickicht verborgen und meidet möglichst die Menschen.

Trotzdem war der Aufenthalt im Schatten der ewig grünen Bäume und der harzduftenden Luft für uns ein großes Vergnügen. Die Jagdliebhaber griffen zu den Gewehren und gingen auf die Suche nach Hasen, Rebhühnern usw. Da ich keine besondere Vorliebe für die Jagd hatte, ging ich nur selten mit und zog es vor, bei den Pferden zu bleiben. Ich spannte sie aus, führte sie zur Tränke, gab ihnen zu fressen und lauschte auf die Stimme des Waldes.

(Fortsetzung folgt.)

goldene, wenn auch benutzte, Zahnstocher zum weiteren Gebrauch schenken ließen und goldene Zigarettenetuis, Oberbürgermeisterposten, Protektionsposten für „gute" Walchenseepapiere usw. usw., als das kleinere Uebel betrachteten, um die freie Republik zu Nutz und Frommen der Arbeiterschaft auszubauen und zu festigen. Sie alle sind „Raffkes", denn auch die, neben dem Zusammenraffen von Geld- und Goldeswert zum persönlichen Nutzen eben unerläßliche weitere Eigenschaft der mangelnden Bildung haben sie alle samt und sonders; wenn dieses Manko auch nur in Bezug auf Herzensbildung und ehrlichem Eintreten für die werktätige Bevölkerung bestünde.

Solch würdige Vorbilder reizen zur Nachahmung an, noch dazu wenn die „Vorbilder" den eigenen Reihen entstammen. Freilich trägt eine Nachahmung nie so viel ein, wie die Originale verdient haben. Dafür sind d i e s e Raffkes aber auch b e s o n d e r e Originale.

Nach Raffke-Lorbeer lechzte nun anscheinend auch unser Freund G l a d e vom Gewerkschaftshaus mit seinem gesamten familiären Anhang. Wie dies bei der SPD.-Führerschaft mit ihren tausenderlei Posten, Nebenposten, Ehrenposten allenthalben der Fall ist, so schwimmt auch Freund Glade mit zufriedenem Geplätscher unter anderem im A u f s i c h t s r a t einer Genossenschaft herum. Aber beileibe nicht wegen der Dividenden oder anderer Bezüge, sondern einfach „zweg'nan billig'n Bau'n, damit d' Arbeiter billi' wohna". Ueber seine Tätigkeit wird folgende hübsche Raffkegeschichte erzählt:

Der Posten eines Büroarbeiters dieser Genossenschaft, welcher bisher stets zur Zufriedenheit aller Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder von einem älteren Angestelltenkollegen zum größten Teil ehrenamtlich versehen wurde, sollte wegen erhöhten Arbeitspensums hauptamtlich besetzt werden. Der bisherige ehrenamtliche Inhaber der Stelle, ein wie gesagt fleißiger älterer Kollege, und mit ihm eine große Anzahl von Aufsichtsrats- und Vorstandsmitgliedern waren nun der reichlich naiven Auffassung, daß der Posten demjenigen zugeteilt werden solle, der bisher überwiegend umsonst gearbeitet hatte, noch dazu da er verheiratet war und sein Ehrenamt zum Unterschied von anderen Ehrenämtern recht schmal dotiert war. Aber weit gefehlt. Glades gewerkschaftliche Moral entdeckte gerade noch in letzter Stunde ein schweres Manko an dem Bewerber. Glade, der Untadelige, hatte über die „Vergangenheit" des Mannes Erkundigungen eingezogen — in Augsburg usw. Ob auch eine polizeiliche Strafliste auflag, ist nicht bekannt. Aber fest stand für Glade, daß die Augsburger „Recherchen" den für einen Gewerkschaftskollegen unverzeihlichen Vorwurf des S t r e i k b r u c h e s ergeben haben sollen. Jeder Leser dieser Zeilen wird wohl oder übel das Verhalten des „Kollegen" Glade als einwandfrei bezeichnen, ja ihm sogar Lob zollen. Aber nun kommt der bekannte Pferdefuß, und diesmal ein ganz übler. Es war leider nicht die gewerkschaftliche Stubenreinheit Ursache zur Glade-Aktion, sondern als der Aufsichtsrat und Vorstand der Genossenschaft noch ganz konsterniert über diese „Enthüllungen dasaß, brachte Glade mit generöser Bewegung — — s e i n e F r a u für den Posten in Vorschlag. Sie allein hätte alles das, was dem „Streikbrecher" abgeht. Sie allein arbeitet sauber. Sie allein ist auch billig. Nur etwas vergaß er zu sagen; der Herr Protege. Nämlich daß sich inzwischen der Vorwurf des Streikbruches gegen den Kollegen als V e r l e u m d u n g herausgestellt hatte.

Ja, und noch was vergaß er. Nämlich daß seine Frau noch eine besondere Eigenschaft hat: „Sie gehört zur Familie Raffke", die nie genug bekommt.

Die Fahrradeinstellhalle bei Weiß & Freitag

(Arbeiterkorrespondenz)

München. Eines Montags fingen zirka 30 Mann, durch das Arbeitsamt vermittelt, bei der Firma Weiß und Freitag zu arbeiten an. Wie bekannt ist, befindet sich dort in unmittelbarer Nähe der Bogenhausenerbrücke eine Fahrradeinstellhalle. Dort wird den Arbeitern als Einstellgebühr pro Monat gleich e i n e M a r k abgeknöpft. Doch die Einstellgelegenheit dauerte nur einen Tag. Während der anderen Tage war die Halle stets g e s c h l o s s e n. Das kann man doch nur als einen D i e b s t a h l bezeichnen. So waren die Arbeiter, trotzdem sie ihre Mark bezahlt hatten, gezwungen, ihr Fahrrad in den Feldbahnen zu verstauen, wo die Fahrräder äußerst gefährdet sind. Wir möchten der Firma anheim stellen, daß sie nach diesen Zuständen sieht und den Arbeitern die bezahlte Mark zurückgibt. Andernfalls muß sie für die Räder haftbar gemacht werden, die manchmal auch durch den Transport der Feldbahn beschädigt werden.

Aus Bayern

Schmelzle, der kommende Finanzminister

München. Wie verlautet, haben sich die Koalitionsparteien endgültig auf Dr. S c h m e l z l e als Nachfolger für den verstorbenen Finanzminister Dr. K r a u s n e c k geeinigt. Schmelzle gilt allgemein als ein **Vertrauensmann des Ministerpräsidenten Held** und hat seit 1920 auf die Politik in Bayern h e r v o r r a g e n d e n E i n f l u ß gehabt. Er ist der Verfasser jener bayerischen Denkschrift, die eine Revision der Weimarer-Verfassung im föderalistischem Sinne erstrebte.

Lohnerhöhung im südbayerischen Mühlengewerbe

Auf Grund eines verbindlich erklärten Schiedsspruch des Landesschlichters erhöhen sich die Löhne für Arbeiter im südbayerischen Mühlengewerbe um s e c h s P r o z e n t und ab 1. Oktober die Spitzenlöhne um eine Mark. Die Lohnregelung ist erstmals zum 31. März 1928 kündbar.

Gemeinden gegen die gemeindliche Biersteuer

(Arbeiterkorrespondenz.)

Prittlbach. Auf Antrag der kommunistischen Fraktion wurde die **Einführung der gemeindlichen Biersteuer** vom Gemeinderat e i n s t i m m i g a b g e l e h n t. In der Debatte über diesen Antrag wurde darauf hingewiesen, daß die Regierung mit allen Mitteln die Preise für Industrieprodukte hochhält.

In einem Rundschreiben drohte die Kammer des Innern daß, wenn die gemeindliche Biersteuer bis zum 1. Oktober 1927 nicht eingeführt ist, sie vom B e z i r k erhoben wird, wobei dann im höchsten Fall nur die Hälfte der Einnahmen in die Gemeindekasse fließen soll. Auf dieses Schreiben hin ließ dann der Gemeindeschreiber auch alle Minen springen, um die Biersteuer durchzusetzen. Aber die Bauern blieben in diesem Fall fest auf der Seite der Kommunisten und lehnten die Steuer ab.

In der Nachbargemeinde E b e r t s h a u s e n hat die Gemeinde dem einzigen ansässigen Wirt sogar angedroht, eine eigene Flaschenbierabgabestelle zu errichten, wenn der Bierpreis nicht billiger wird. Und siehe da! Der Flaschenbierpreis wurde auf 36 und 38 Pfennig ermäßigt. Und als Kriegskontribution wurden obendrein noch zwei Hektoliter Freibier verzapft.

Noch schöner war es in R ö h r m o o s. Dort ging der Bürgermeister in eigener Person von Haus zu Haus, um Unterschriften für die Einführung der Biersteuer zu sammeln. Viel Glück soll er aber damit nicht gehabt haben.

In der Gemeinde D a c h a u ließen sich sogar sechs S o z i a l d e m o k r a t e n fangen und stimmten für die Einführung der Biersteuer mit der Erklärung, daß sonst für die Armen kein Geld da ist. Wo bleibt da der sozialdemokratische Programmpunkt, der die Abschaffung aller indirekten Steuern und die Einführung einer progressiven Einkommensteuer vorsieht?

Dawesbahn und Polizei

Neben der Strafe noch ums Brot gebracht

Treuchtlingen. Ein Arbeiter, der zu einer Festungshaft wegen politischer Tätigkeit verurteilt wurde, trat bei der Bahn-Betriebswerkstätte Treuchtlingen als Dreher in Arbeit. Nachdem er einen Tag gearbeitet hatte, bekam er folgendes Schreiben:

„Herr Franz Liebl in Suffersheim, Hammermühle.

Auf Grund Ihres Strafregisterauszuges sind wir beauftragt, von Ihrer Einstellung Abstand zu nehmen.

Treuchtlingen, den 19. 11. 23.

Betriebswerkstätte.
Z o t t m a n n."

Dieselbe Werkstätte stellte ein Vierteljahr früher einen Schreiner, der wegen eines S i t t l i c h k e i t s d e l i k t s dreiviertel Jahre Gefängnis hatte, ein, ohne Bedenken zu äußern. Dieser Zustand charakterisiert die Reichsbahn treffend in Bezug auf ihren „Qualitätsgeschmack". Daß aber eine Reichsbahn mit solchen Methoden arbeitet, beweist ihren reaktionären Charakter deutlich genug. Den Arbeitern bleibt kein anderer Weg, als den Kampf gegen diese Reichsbahngesellschaft zu führen.

Gewerkschaftliches

Verbandstag der Textilarbeiter

Zum Bericht über den ersten Verhandlungstag ist noch nachzuholen, daß Z e h m s im Kassenbericht die M i t g l i e d e r z a h l e n bekanntgab. Danach hatte der Verband am Schlusse des Jahres 1923 608 158 Mitglieder. Durch **die** wahnsinnige K o m m u n i s t e n h e t z e und die arbeitsgemeinschaftliche Politik ging die Mitgliederzahl bis Ende 1926 auf 284 773 zurück.

Zu Beginn des zweiten Verhandlungstages berichtete D r e s s e l über die Presse. Sein Bericht wird wie der der übrigen Vorstandsmitglieder von den Delegierten mit großer Gleichgültigkeit aufgenommen. Etwas mehr Leben kommt in den Verbandstag durch die Ausführungen des Vorsitzenden des Verbandsausschusses S c h r a d e r, der in seinem Bericht über Tätigkeit des Ausschusses eine große **Hetze gegen die Kommunisten** losließ.

Zu Beginn der Vormittagssitzung protestiert Genosse B e c k e r dagegen, daß den Delegierten des Verbandstages nur die Hamburger SPD.-Zeitung ausgehändigt werde, obwohl auch die kommunistische „Hamburger Volkszeitung" dem Büro zur Verteilung zugeteilt wurde. Schrader vom Verbandsvorstand unterbricht den Redner. Als Becker weiterhin die Resolution gegen die Verurteilung der amerikanischen Gewerkschaftsführer S a c c o und V a n z e t t i zur Annahme empfiehlt, erklärt Schrader, das ginge den Verbandstag nichts an.

Der Redakteur des „Textilarbeiter", D r e s s e l, erklärte in seinem Bericht, die Zeitung, die die Politik des Hauptvorstandes durchzuführen habe, **könne in der gegenwärtigen Zeit nicht so schreiben wie in der Vorkriegszeit.** Das Verbandsorgan habe Angriffe auf Arbeiterinstanzen zu unterlassen. (Gestattet sind nur solche auf die Kommunistische Partei. Die Red.)

Die Verbandssekretärin R i e t s c h e berichtet über die bisherige Arbeit und hält gleichzeitig für den abwesenden Jäckel das Referat über „Probleme der Zukunft". In der letzten Zeit sei vor allem die F r a u e n a r b e i t erheblich gestiegen. Der Verband zählt heute über 200 000 weibliche Mitglieder. Es ist die vornehmste Aufgabe des Verbandes, durch gesetzliche Maßnahmen einen ausreichenden Schutz für Arbeiterinnen zu schaffen. Ein Erfolg sei der im vorigen Jahr in Gera stattgefundene Textilarbeiterinnenkongreß gewesen. Nicht zu verstehen sei allerdings, daß auf dem Verbandstag nicht eine Kollegin in die Statutenkommission gewählt worden sei. (Zurufe bei den Frauen: Wir haben uns nicht durchgesetzt. Das ist die Gleichberechtigung der Frau!) Als Probleme der Zukunft sieht diese Sekretärin des Textilarbeiterverbandes nur die Er[illegible]häusern.

H ü b s c h gibt bekannt, daß **Wahlproteste aus Berlin und Hamburg** und vom Berliner Arbeiterrat ein Schreiben für Wiederaufnahme der Gruppe Textil-Berlin eingelaufen seien.

Nach dem Referat Schraders, der in zynischer Weise die Ausschlüsse von Kommunisten damit rechtfertigt, daß der Verbandsvorstand Ruhe in der Organisation geschaffen habe, erklärt in der Diskussion ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, daß dieses keine Anweisung an den Schlichter gegeben habe, weniger als 25 Prozent Ueberstundenzuschlag zu bewilligen.

In der N a c h m i t t a g s s i t z u n g rechnet Genosse B e c k e r-Langensalza mit der bisherigen Tätigkeit des Verbandsvorstandes, die vor allem im Hinausschmiß von Kommunisten bestand, ab. Die Unparteilichkeit des Verbandsvorstandes zeige sich vor allem in der Zusammensetzung des Ausschusses und in der **Wahlpropaganda des „Textilarbeiter" für die Sozialdemokratie.**

Als die Gen. M i t t a g-Plauen eine Erklärung im Namen der Opposition abgibt, wird sie nach einigen Minuten von Schrader mit der Bemerkung unterbrochen, daß auf dem Verbandstag wie im Parlament keine Rede abgelesen werden dürfe. Das sagt Schrader, obgleich alle Vorstandsmitglieder ihre Berichte ablasen und der Verbandstag sogar einige Minuten unterbrochen werden mußte, weil bei einer Rede von Feinhals diesem einige Blätter seiner aufgeschriebenen Rede vom Pult herunterfielen.

Nachdem G ö r n e r-Chemnitz die Ausschlüsse verteidigt, brandmarkt Genosse B e c k e r noch einmal das rigorose Vorgehen des Verbandsvorstandes gegen die Opposition.

S i m o n weist auf die Riesengewinne der Unternehmer hin, und L a n g-Langenbiehlau verlangt schärfere Maßnahmen gegen die Kommunisten. Damit ist der zweite Tag geschlossen und die Delegierten sehen sich noch einige Filme über die Textilindustrie an.

Am d r i t t e n V e r h a n d l u n g s t a g kamen nur noch zwei Redner in der Diskussion zum Wort. W o l f r a m-Zschopau heißt die Ausschlüsse von Kommunisten gut und B o r g e o l d-Leipzig bestreitet die Berechtigung der Kritik an der Tätigkeit der Frauenkommissionen. Darauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Im Schlußwort erklärt S c h r a d e r gegenüber den Angriffen des Genossen Becker, daß die Mitglieder des Verbandsausschusses nicht gewußt hätten, ob die beschwerdeführenden ausgeschlossenen Kollegen K o m m u n i s t e n wären. (Solch einen Schwindel wagt man dem Verbandstag vorzusetzen!)

Bei der A b s t i m m u n g werden die Ausschlüsse gegen drei Stimmen gebilligt. Die Anträge der Opposition auf Schaffung der internationalen Gewerkschaftseinheit und Erweiterung des Wöchnerinnenschutzes ebenso wie ein Antrag, nachdem der Textilarbeiterverband die Beseitigung der Lohnarbeit durch Ueberleitung der privatkapitalistischen Produktionsweise in die sozialistische erstrebt, werden a b g e l e h n t. Die Mandatsprüfungskommission weist alle Proteste aus dem Reich gegen die Wahlen zurück.

Darauf gibt Schrader einen langweiligen Bericht über die Forschungsreise nach Indien, in dem er kein Wort über den revolutionären Kampf, den das indische Proletariat um seine Befreiung führt, berichtet. Nach ihm spricht der Vertreter der Textilarbeiterinternationale, der sich gegen die zu starke Politisierung der indischen Gewerkschaften wendet.

Eine Diskussion über das Referat Schraders fand nicht statt. Am Nachmittag besichtigten die Delegierten den Hagenbeckschen Tierpark.

Arbeitersport

Die sozialdemokratische Presse stiftet Preise für den bürgerlichen Sport

Die „Süddeutsche Arbeiter-Zeitung" bringt in ihrer Nr. 117 vom 21. Mai folgenden interessanten Bericht eines Arbeiterkorrespondenten:

„Am Sonntag findet das Solitude-Motorradrennen (in Stuttgart) statt. Die ganze Veranstaltung ist eine exklusive Angelegenheit exklusiver Motor- und Automobilsportverbände der Motorrad- und Automobilindustriellen und sonstiger Interessenten des bürgerlichen Sportbetriebes. Praktischen Wert für die Allgemeinheit hat das Rennen nicht. Es läuft letzten Endes auf eine blöde Sportfexerei und Rekordhascherei hinaus. Die „Schwäbische Tagwacht" hat das selbst früher wiederholt festgestellt. Das hindert sie aber nicht, einen E h r e n p r e i s i n G e s t a l t e i n e r g o l d e n e n U h r für die Matadoren des Rennens zu stiften. Dabei befindet sie sich in lauterer Gesellschaft der Stuttgarter bürgerlichen Presse und bildet sich sicher noch weiß Gott was darauf ein.

Was werden die Arbeiterleser der „Tagwacht" und vor allem die Arbeitersportler dazu sagen? Die Arbeitersportler z. B. müssen, wenn sie ein Fest arrangieren, oder einen Wettstreit planen, bei der „Tagwacht" ihre Anzeigen sehr teuer bezahlen. Ihnen eine Stiftung zu machen, würde ihnen nie einfallen. Sie dürfen bloß inserieren, damit die „Tagwacht" dem bürgerlichen Sport Preise stiften kann. Wie lange wird es noch dauern, dann verkaufen die SPD.-Führer und die von ihnen beherrschte SPD.-Presse die ganze Arbeitersportbewegung an die Bürgerlichen, so wie sie es während und nach dem Kriege um das Linsengericht einiger Ministerposten mit dem Sozialismus getan haben.

Die Arbeiterschaft kann aus diesem Beispiel wieder einmal sehen, wie es um den politischen Charakter der „Tagwacht" bestellt ist. Die „Tagwacht" ist vielleicht bei ihrer Preisstifterei der opportunistischen Meinung, daß sie auf diese Weise einige hundert Abonnenten bei den bürgerlichen Sportlern gewinnen könnte. „Non olet" — „Geld stinkt nicht"! Das ist die Devise dieses Auch-Arbeiterblattes.

In dieser Angelegenheit wird das letzte Wort noch nicht gesprochen sein. Die A r b e i t e r s p o r t l e r insbesondere werden sich mit ihr noch zu befassen haben, da es nicht der erste Fall der Unterstützung bürgerlichen Sportes durch die Tagwacht ist. Die „Süddeutsche Arbeiterztg." ist im Gegensatz zur SPD.-Presse das einzige von Arbeitern gelesene Blatt Württembergs, welches ohne Kompromiß die Interessen des Arbeitersports rückhaltlos vertritt."

Vereinskalender

Holzarbeiter! Dienstag, den 28. Juni abends halb 8 Uhr findet im Thomasbräu Mitgliederversammlung des Holzarbeiterverbandes statt. Sämtliche Genossen werden aufgefordert, bestimmt zu erscheinen.

Spielplan der Münchener Theater

Dienstag, 28. Juni

Prinz-Regenten-Theater: —
National-Theater: „Götterdämmerung" 6 Uhr
Residenz-Theater: „Ein besserer Herr" 7.30 Uhr
Schauspielhaus: „Der Diktator" 8 Uhr
Theater am Gärtnerplatz: „Frühlingsluft" 8 Uhr
Volkstheater: „Glück in der Liebe" 8 Uhr

Für die Redaktion verantw.: Albert Buchmann, München. Für Verlag und Inf.: Wilhelm Olschewski, München. Druck: F. Kaspeizer & W. Olschewski, München.

10 Jahrgang Nr. 158

Einzelpreis 15 Pfg.

Neue Zeitung

Bayer. Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommun. Internationale)

Beilagen: „Der Rote Stern" / „Kommunistin" / „Kommunistischer Gewerkschafter" / „Kommunistischer Genossenschafter"

Die „Neue Zeitung" erscheint täglich außer Montags. Bezugspreis monatlich 2 Mark 20 Pfennig, halbmonatlich 1 Mark 10 Pfennig. Durch die Post bezogen 2 Mark 20 Pfennig ohne Zustellgebühr. Verlag: Freier Verlag G. m. b. H., München, Lindwurmstr. 203 / Telefon 72024. Redaktion: Lindwurmstr. 203

Dienstag, 12. Juli 1927

Anzeigenpreis für den Millimeter Höhe und Spalte 10 Pfg., Spaltenbreite 25 mm, für Reklame im Textteil 30 Pfg. Gelegenheitsanzeigen halbe Preise / Postscheckkonto München Nr. 47280, Freier Verlag G. m. b. H. Redaktion München, Lindwurmstraße 203 / Telefon 72024 / Erfüllungsort München

273 gegen 134 Stimmen für den Zollwucher

Endgültige Annahme der Zollerhöhung / 56 Stundenwoche für die Bäcker / Keine Untersuchung der Noskemorde
Nach der Volksausplünderung in die Reichstagsferien

Berlin, 10. Juli.

Die letzte Sitzung des Reichstags vor den Sommerferien am Samstag vollendete den Zollwucher. Die Sozialdemokraten hatten jede Obstruktion mit der famosen Begründung abgelehnt, daß bei Anwendung dieses Mittels angeblich noch höhere Zölle in Kraft treten würden. (!)

Nach einer Rede des Sozialdemokraten Hertz, der in der Tatsache, daß die Regierungsparteien das Wort nicht ergreifen, ein Zeichen „ihrer Unsicherheit und Schwäche" sieht, und zum Schluß die große Koalition empfiehlt, spricht im Namen der Regierungsparteien der Deutschnationale Thomsen.

Dieser Vertreter der Junker erklärt mit größter Unverfrorenheit, die **Zölle seien ein Mittel gegen die Verschuldung der Klein- und Mittelbetriebe** und gegen die Erwerbslosigkeit. Sie kämen überhaupt **in jeder Beziehung den Konsumenten zugute (!).** Der Redner bringt es fertig, mit der ernstesten Miene auszurechnen, daß die Zollbelastung durch die Zollerhöhung — geringer würde!

Schiele, der Unterernährungsminister, rät der SPD., alle Hoffnung auf das Zentrum fahren zu lassen; dieses stehe voll und ganz auf dem Boden der Zollerhöhung.

Darauf spricht für die Kommunistische Partei

Genosse Koenen.

Wenn sich Schiele heute hinter dem Zentrum versteckt, so ist das nur ein Beweis für das **schlechte Gewissen der Regierung,** für ihre Angst vor den Massen. Die Politik des Zentrums ist heuchlerisch. Diese Partei ist im Reich für Zölle, in Preußen dagegen. Aber auch die Sozialdemokratie hat 1922 in der Weimarer Koalition die Industriezölle als die ersten Zölle geschaffen. Selbstverständlich wollen nun die Großagrarier dasselbe Recht. Zum Ueberfluß hat die SPD. oft genug erklärt, daß sie nicht grundsätzlich gegen alle Zölle ist.

Die Zollrüstungen stehen im engsten Zusammenhang mit den imperialistischen Kriegsrüstungen. Es ist kein Zufall, daß die Zollerhöhung im gleichen Augenblick einsetzt, in dem die Reichswehr verdreifacht und die Industrie auf Kriegsbedarf umgestellt werden soll. SPD. und Zentrum wollen die Arbeitermassen für eine solche Politik unter der Parole „Schutz der Republik" gewinnen. Aber diese Republik wird kaum noch ihrer Staatsform wegen ernsthaft angegriffen. Heute steht die Frage nicht: Republik oder Monarchie, sondern bürgerliche oder proletarische Republik. Der schamlose Zollwucher wird diese Klärung noch beschleunigen.

Genosse Koenen behandelt dann die einzelnen wichtigsten Positionen der Zollvorlage und weist die **ungeheure Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel** nach. Die Genfer Politik der Chamberlain, Briand und Stresemann auf der Weltwirtschaftskonferenz hat sich als pure Heuchelei erwiesen.

Es ist unerhört, daß die SPD. jede Obstruktion ablehnt. Die Arbeiterklasse hat die Pflicht, **alle Kräfte zum Kampf gegen den Zollwucher** einzusetzen. Ein solcher kann nur **außerhalb des Parlaments,** in den Betrieben und Gewerkschaften geführt werden. Es darf heute keine Belegschaftsversammlung mehr geben, in der nicht die Lohnforderung als erster Punkt auf der Tagesordnung steht.

Durch **intensive Mobilisierung der Massen,** durch lang andauernde Kampagnen gegen den Zollwucher und die Steuerbelastung, gegen Kriegsrüstungen und Volksausplünderung, für ausreichende Löhne und für Ausbau der sozialen Fürsorge wird die Kraft der proletarischen Einheitsfront erwachsen, die **aus dem bürgerlichen Deutschland das Deutschland der Arbeiter und Bauern machen wird.** (Lebhafter Beifall bei den Kommunisten.)

In der weiteren Debatte erklärt Fehr für den Bayer. ~~Bauernbund, die~~ Preise seien noch zu niedrig, die Landwirtschaft müsse mehr geschützt werden. Ihm antwortete für die Kommunistische Partei Genosse Putz, der die Demagogie Herrn Fehrs ins rechte Licht setzt. In die Enge getrieben, verrät Fehr seine eigentlichen Pläne in einem Zuruf, „unsere **Bauernorganisation, die Groß- und Kleinbauern gemeinsam umfaßt, soll ein Schutzwall sein gegen Ihre Pläne".** Das heißt nichts anderes, als daß die **Kleinbauern im Interesse der Großbauern geopfert** werden sollen.

Nach einer Reihe weiterer Redner folgt die

Abstimmung der Zollvorlage in dritter Lesung.

Alle kommunistischen und sozialdemokratischen Anträge werden abgelehnt.

In namentlicher Abstimmung wird die ganze Zollvorlage mit 273 gegen 134 Stimme angenommen.

Der Rennomierlinke des Zentrums, Dr. Wirth, stimmt gegen die Zölle.

Ein kommunistischer Antrag auf Einsetzung eines **parlamentarischen Ausschusses zur Untersuchung der Gräberfunde aus der Zeit der Noske-Schlächtereien im Ulap** wird infolge Widerspruchs unter höhnischen Zurufen der Sozialdemokraten gar nicht auf die Tagesordnung gestellt. Darauf ~~erfolgt in dritter~~ Lesung ~~die Erledigung~~ der Vorlage, ~~betreffend~~ die

Arbeitszeit der Bäcker.

Mit 210 gegen 190 Stimmen wird die Sonntagsarbeit für die Bäcker abgelehnt, die 56 **Stundenwoche jedoch mit 237 gegen 142 Stimmen agenommen.** Nachdem noch eine Reihe kleinerer Vorlagen erledigt sind, wünscht Präsident Loebe den Abgeordneten, nachdem sie in schwerer Arbeit den Zollwucher unter Dach und Fach gebracht haben, erholungsreiche Ferien. Im übrigen behält er sich vor, eine Septembertagung zur Beratung des Reichsschul-Gesetzes einzuberufen.

Reformistische Sowjethetze

Thomas will Chamberlain übertrumpfen

London, 10. Juli

In einer vor der Konferenz der Eisenbahner in Carlisle gehaltenen Rede verurteilte der Arbeiterführer Thomas mit scharfen Worten das **„russische Eingreifen in die britischen Angelegenheiten"** und die **„russische Unterstützung der revolutionären Aufwiegler".** Es sei notwendig, sagte er weiter, daß die Russen auf „diese unsinnige, wahnwitzige und absurde Methode verzichten und sich endlich davon überzeugen, daß weder das Vorgehen einer Minderheit noch die kommunistische Propaganda die große Masse der britischen Arbeiter dazu verleiten werden, zur Erreichung der gewünschten Ziele den verfassungsmäßigen Weg zu verlassen.

Die Ausführungen des Reformisten Thomas hätten auch von Chamberlain oder Hicks gemacht werden können. Sie zeigen, wie kräftig die Reformisten an der Schaffung einer Kriegsatmosphäre gegen die Sowjetunion mitarbeiten.

Nationalitätenfreiheit in der Sowjetukraine

Moskau, 9. Juli

Die ukrainische Regierung hat die Sprachen aller in der Ukraine lebenden Nationalitäten für gleichberechtigt erklärt. Regierungsdekrete werden von nun an in ukrainischer Sprache sowie in den Sprachen der Minderheiten veröffentlicht werden. In den Schulen soll außer der ukrainischen Sprache und Kultur russisch als Pflichtfach eingeführt werden. Gleichzeitig hat die Regierung Maßnahmen getroffen, um einen Aufschwung der ukrainischen Kultur herbeizuführen. Die Leitung der Ukrainisation ist einem ukrainischen Zentralausschuß übertragen worden mit dem Vorsitzenden des Volkskommissarenrats der Ukraine an der Spitze.

Nationalitätenknebelung in Polen

Warschau, 9. Juli

In einer Unterkommission des Verfassungsausschusses des polnischen Landtages, die seinerzeit gebildet worden war, um über eine **Aenderung der Wahlordnung** für Sejm und Senat zu beraten, wurde gestern mit den Stimmen der Rechten und der Großbauernpartei Piast gegen die Minderheiten — Sozialdemokraten und radikale Bauern waren überhaupt nicht erschienen — ein Beschluß gefaßt, der eine Verminderung der Zahl der Abgeordneten von 444 auf 412 und der der Senatoren von 111 auf 103 vorsieht. und zwar soll die Reduktion der Mandate ausschließlich die in Ostgalizien, Polesien und in der Wojwodschaft Nova Grodek befindlichen Wahlkreise betreffen, also Landschaften, die fast ausschließlich von nationalen Minderheiten bewohnt sind.

Wendung der bayerischen Regierungspolitik?

Zur Rede des neuen Finanzministers Schmelzle

H. F. Die Rede des Nachfolgers des Finanzministers Krausneck, Schmelzle, über die wir am Donnerstag in der „Neuen Zeitung" berichteten, hat in der gesamten bürgerlichen Presse auch außerhalb Bayerns große Beachtung gefunden. Wir glauben mit Recht. Herr Dr. Schmelzle, der Mann, der seinerzeit die bayerische Denkschrift zur Aenderung der ~~Weimarer Verfassung fertiggestellte, der Mann,~~ den die bayerische Regierung sofort nach seiner Ernennung zum Finanzminister zum Bevollmächtigten Bayerns im Reichsrat machte, ist nicht irgend jemand. Und wenn ein Mann in seiner Stellung über die schwebenden Fragen der bayerischen Politik bei der ersten sich bietenden Gelegenheit seinen Standpunkt mit solcher Bestimmtheit darlegt, so tut er das nicht, um seine persönliche Meinung zum Ausdruck zu bringen, sondern **um den offiziellen Standpunkt der bayerischen Regierung in aller Oeffentlichkeit klarzulegen.**

Die Arbeiterschaft hat also alle Ursache, die Rede Schmelzles aufmerksam auf ihren politischen Inhalt zu prüfen. Denn von ihr wird die weitere Gestaltung der Politik des bayerischen Regierungsfaschismus wesentlich beeinflußt werden.

Wir haben an dieser Stelle mehr als einmal auf die inneren Zusammenhänge zwischen der offiziellen Regierungspolitik und den wirtschaftlichen Interessen jener Kreise hingewiesen, die ihre große organisatorische Vertretung in den bayerischen Wehrverbänden und, parlamentarisch, in der Bayerischen Volkspartei haben. Darin eben besteht das Wesen des bayerischen Regierungsfaschismus, daß die Politik dieser Regierung viel weniger von der rein parlamentarischen Konstellation im bayerischen Landtag als von einem dauernden Einfluß der hinter der Bayer. Volkspartei und in einem gewissen Sinne über ihr stehenden Wehrverbände geleitet wird. Wir haben auch auf jenen Widerspruch hingewiesen, der **zwischen den großbäuerlich-agrarischen Interessen der Richtung Dr. Heims und denen des industriellen Flügels der Bayer. Volkspartei.** besteht. Der agrarische Flügel, der in den Wehrverbänden zweifellos die Oberhand hat, hat ein viel stärkeres Interesse am Föderalismus und sogar am Partikularismus, an einer möglichst großen **Unabhängigkeit Bayerns vom Reich** in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht, als der industrielle Flügel. Wenn auch langsamer als im übrigen Reich vollzieht sich doch auch in Bayern der **Prozeß der Industrialisierung** unter dem maßgebenden Einfluß der großen Konzerne Nord- und Westdeutschlands. Es ist eine Tatsache, daß im Gesamtprozeß der Rationalisierung beispielsweise die Metallindustrie — und gerade hier ist die wirtschaftliche Abhängigkeit der bayerischen Industrie von den nord- und westdeutschen Konzernen besonders deutlich — die **Abhängigkeit ihrer bayerischen Unter-**

nehmungen durch einen bewußt verlangsamten technischen Ausbau der bayerischen Betriebe **verstärkt** hat. Das bedeutet, daß eine auf mehr oder weniger starke Loslösung vom Reich gerichtete bayerische Politik nicht im Interesse der maßgebenden industriellen Kreise Bayerns liegen kann.

Anders steht die Frage für die Großagrarier. Auch diese Kreise sehen den fortschreitenden Prozeß der Industrialisierung, dessen unausbleibliche Folge die Verstärkung der wirtschaftlichen Abhängigkeit Bayerns vom übrigen Reich ist. Aber sie betrachten diese Entwicklung nicht als eine volkswirtschaftlich notwendige, sondern vielmehr als eine ihren rein agrarischen Interessen zuwiderlaufende und daher zu bekämpfende Tendenz.

Das ist der tiefere Grund, weshalb der mehr agrarisch orientierte Teil der Bayerischen Volkspartei und vor allem der Wehrverbände auch heute noch den Gedanken der **Restauration der Wittelsbacher und in weiterer Perspektive der Bildung einer Donaumonarchie** durchaus nicht nur als ein ideales Wunschbild, sondern als ein konkretes Ziel ihrer praktischen Politik betrachtet. Von diesem Gedanken ausgehend, ist der Widerstand dieser Kreise gegen jedes schnellere Tempo der industriellen Konzentration, des modernen Ausbaus der bayerischen Großindustrie, zu verstehen. Und auch im Rahmen des Reichs, selbst wenn der Gedanke einer Loslösung Bayerns aufgegeben sein sollte, bedeutet eine solche Politik im engsten standesmäßigen Sinne eine Vertretung jener agrarischen Interessen.

Es schien nun in letzter Zeit, als habe der **fortschrittliche**, die moderne Industrieentwicklung unterstützende Teil der Bayer. Volkspartei den maßgebenden Einfluß auf die bayerische Regierungspolitik gewonnen. Insbesondere seit Zusammenkommen der Bürgerblockregierung war allgemein, besonders in einer Reihe von Reden des bayerischen Ministerpräsidenten Held, dessen gelegentliche Differenzen mit der Heim-Richtung bekannt sind, eine deutliche Mäßigung des polemischen Tons bayerischer Regierungserklärungen gegen das Reich zu spüren. Die Reden beispielsweise, die gelegentlich der Anwesenheit des Innenministers v. Keudell in München gewechselt wurden, schienen eine solche These zu rechtfertigen.

Gerade bei Berücksichtigung dieser Entwicklung ist die Rede Schmelzles erstaunlich und überraschend. Wir reden hier weniger von der sozialpolitischen Seite dieser Rede, von der strikten Weigerung, aus Mitteln des bayerischen Staates irgend eine Verbesserung der Beamtenbesoldung durchzuführen, von der offenen Erklärung, die Regierung sei nicht in der Lage, den buchstäblich vor dem finanziellen Zusammenbruch stehenden Gemeinden durch Ueberweisung aus Mitteln des Landes helfend beizustehen. Wir haben auf die Folgen dieser Ankündigung in anderem Zusammenhang genügend hingewiesen.

Aber im Zusammenhang mit dem oben Gesagten bedeutet das, das Dr. Schmelzle über die Frage des **Verhältnisses von Bayern zum Reich**, über Unitarismus und Föderalismus und über die Bestrebungen der **Vereinheitlichung der Steuerpolitik** ausgeführt hat, eine so deutliche Unterstützung der Politik jener in der letzten Zeit anscheinend etwas zurückgedrängten rein agrarisch orientierten Kreise, daß die Frage berechtigt ist, ob die Rede Schmelzles als die **offizielle Ankündigung einer neuerlichen Wendung in der Politik der bayerischen Regierung** angesehen werden soll.

„Die Entwicklung ist blind." Dieser Satz der Rede Schmelzles im direkten Zusammenhang mit der Betonung Bayerns als „landwirtschaftlicher Kraftquelle" für das „überindustrialisierte Deutschland" zeigt so deutlich die Tendenz des **bewußten Widerstandes gegen die „blinde Entwicklung" zur Industrialisierung Bayerns**, daß ein Zweifel über den wirtschaftlichen Sinn der Rede Schmelzles ausgeschlossen ist. Der „Untergang Bayerns", wie ihn Schmelzle als Folge der „unitarischen" Finanzpolitik des Reiches prophezeit, ist in Wirklichkeit die gefürchtete Zurückdrängung der agrarischen Interessen durch die Industriellen. Gerade die klügsten Vertreter der bayerischen Politik sehen das Unaufhaltsame dieser Entwicklung, und wenn Schmelzle in diesem Zusammehang die Befürchtung ausspricht, jene Leute, die 1871 den Eintritt Bayerns in den Bund als den Anfang vom Ende und das größte Unglück bezeichneten, könnten Recht behalten, wenn er darauf hinwies, daß eine solche Politik des Reiches „auch auf die Stammverwandten jenseits der Grenze zurückwirken" müsse, so ist das schon mehr als Föderalismus. Das liegt schon in jener Linie der Bildung der Donau-Föderation, von der wir eingangs als dem auch heute noch nicht aufgegebenen Ziel der in den Wehrverbänden maßgebenden Kreise gesprochen haben.

Wenn diese Kreise künftig wieder den entscheidenden Einfluß auf die bayerische Politik ausüben sollen, so hat das nicht nur wirtschaftlich, sondern auch innenpolitisch notwendigerweise eine unerhörte **Verschärfung des reaktionären Kurses des bayerischen Regierungsfaschismus** zur Folge. Der vor drei Tagen gemeldete **Zusammenschluß der bayerischen Wehrverbände** in einer neuen zentralen Organisation liegt ganz in dieser Linie.

Gegen diese Politik der bayerischen Reaktionäre muß die Arbeiterschaft den Kampf mit verdoppelter Kraft auf allen Gebieten, in erster Linie aber in den Betrieben und Gewerkschaften, im Kampf gegen die mörderischen Folgen der reaktionären Sozialpolitik aufnehmen.

Furchtbare Unwetterkatastrophe in Sachsen

Bisher 148 Tote / Entsetzliche Verwüstungen / Die K.P.D. fordert im Reichstag praktische Hilfe / S.P.D. und Bürgerblock verhöhnen die Opfer

Dresden, 10. Juli.

In der Nacht vom Freitag zum Samstag ging an der sächsisch-böhmischen Grenze über die Täler der Müglitz und der Gottleuba ein furchtbares Unwetter nieder. Ungeheure Wassermassen stürzten von den Bergen mit rasender Gewalt in die Täler. Mehrere Ortschaften sind völlig verwüstet. Die Zahl der Toten beträgt bisher 148. Die gesamte Ernte ist vernichtet, das Vieh größtenteils ertrunken. Im südlichen Teil Ostsachsens ruht der Zugsverkehr. Der Rote Frontkämpferbund Dresdens wurde sofort zur Hilfeleistung in das Katastrophengebiet abkommandiert.

Besonders in den Ortschaften Berggieshübel, ferner in Glashütte und Gottleuba, Lauenstein, Neuendorf, Rottwernsdorf, Wiesenstein und Dohna hat die Katastrophe die Ortschaften so gut wie völlig vernichtet. In Berggieshübel stand das Wasser vier Meter hoch. Hier beträgt die Zahl der Toten allein 64. 18 Tote sollen noch unter den Trümmern liegen. Da das ganze Vieh tot ist und die Bäckereien zerstört wurden, herrscht großer Lebensmittelmangal. Wie die Reichsbahndirektion Dresden mitteilt, sind sämtliche Gleisanlagen der von Pirna ausgehenden Bahnen zerstört.

Die Nachricht über dieses furchtbare Unwetter traf während der Zollwucherdebatte im Reichstag ein. Während Während Loebe nichts als die üblichen Beileidsworte übrig hatte, **verlangten die Kommunisten die Uebernahme aller Schäden durch die Regierung, die der Bevölkerung des betroffenen Gebiets vollen Ersatz zu leisten habe, die Bereitstellung einer ersten Rate von 10 Millionen Mark und die Verteilung dieser Mittel sowie die Feststellung der Schäden unter Kontrolle des zuständigen Gewerkschaftskartells.** Vorher bereits hatten die **Sozialdemokraten gemeinsam mit den Bürgerblockparteien einen Antrag** eingereicht, der es mit einer tatsächlichen Hilfe überhaupt nicht ernst nahm. In dem Antrag heißt es, „die Regierung möge erwägen (!) ob (!) zur Milderung der durch die Katastrophe hervorgerufenen Schäden eine **Notstandsaktion notwendig ist.** Erforderlichenfalls (!) möge die Reichsregierung die erforderlichen Mittel bereitstellen".

Genosse Stöcker verlangt Verbindung der Beratung dieses Antrags mit der Beratung des kommunistischen Antrags. Präsident Loebe erklärt, dadurch werde die sofortige Hilfe verzögert (?!). Genosse Stöcker wendet sich empört gegen dieses **Schwindel- und Betrugsmanöver an den von der Katastrophe Betroffenen**, was stürmische Protestrufe hervorrief.

Darauf begründet Genosse Hoernle den kommunistischen Antrag, der nunmehr als Abänderungsantrag eingebracht wird. In Hunderten von Fällen ähnlicher Art, wo es sich um große Unglücksfälle gehandelt hat, haben die bürgerlichen Parteien ähnliche Anträge wie hier eingebracht. **Niemals ist den Arbeitern und Kleinbauern dabei die geringste Hilfe zuteil geworden.** Alles haben die Großgrundbesitzer geschluckt. (Lärm, vor allem bei den Sozialdemokraten.) Die bürgerlichen Zollwucherer diese Berufsverbrecher am deutschen Volk, geben der Bürgerblockregierung anheim, (Präsident Loebe entzieht dem Redner auf Veranlassung Stampfers das Wort, wegen „schwerer Beleidigung des Reichstags"). Genosse Hoernle fährt fort: **Diese Berufsverbrecher am deutschen Volk geben der Bürgerblockregierung anheim, zu erwägen, ob den Geschädigten überhaupt geholfen werden soll.** Zu dieser Regierung der Zollwucherer haben wir nicht ein Jota Vertrauen. (Präsident Loebe schwingt andauernd die Glocke und unterbricht den Redner mit dem Hinweis auf die Hausordnung.) Genosse Hoernle: **Ich schere mich den Teufel um Ihre Hausordnung. Ich werde hier aussprechen, was im Interesse des arbeitenden Volks zu sagen ist.** (Präsident Loebe erklärt den Genossen Hoernle für ausgeschlossen.) Genosse Hoernle: **Wir werden den Kampf gegen diese Regierung und diesen Reichstag des Zollwuchers außerhalb dieses Hauses in schärfster Form weiterführen.** (Stürmischer Beifall bei den Kommunisten, Wutgeheul bei den Sozialdemokraten.) Die Sitzung wird unterbrochen.

Nach zehn Minuten eröffnet Präsident Loebe die Sitzung wieder und teilt den Ausschluß Hoernles mit. Die Genossen Dengel, Münzenberg und Meyer rufen Loebe zu: „Sie sollten sich schämen!", was den drei Genossen sofort einen Ordnungsruf einträgt.

Anstelle des Genossen Hoernle begründet Genosse Putz den kommunistischen Antrag, und verlangt nochmals **Kontrolle der Verteilung durch die Arbeiterschaft.** Darauf wird der nichtssagende sozialdemokratische Antrag, von dem Hermann Müller die Frechheit hat, zu behaupten, er sei weitergehend als der kommunistische, gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen, der kommunistische abgelehnt.

Die Opfer der furchtbaren Katastrophe in Sachsen können sich bei den Bürgerblockparteien und bei den Sozialdemokraten bedanken.

Bürgerblock gegen Mutterschutz

S.P.D. gegen die Forderung des Textilarbeiterverbandes

Im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags wurde am 6. Juli der Gesetzentwurf der Regierung über die Beschäftigung der Frauen vor und nach der Niederkunft im Zusammenhang mit der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens behandelt. Der Entwurf ist vollkommen ungenügend und **nimmt die Land- und Forstwirtschaft sowie die Hauswirtschaft von allen Schutzbestimmungen aus.**

Die Methode, mit der die bürgerlichen Parteien, die eben dabei sind, die Zollvorlage durchzupeitschen, diese wichtige Frage behandelten, ist bezeichnend für den Zynismus, mit dem das Bürgertum die Fragen des Mutterschutzes betrachtet. Deutschnationale und Volkspartei beteiligen sich überhaupt nicht an der Beratung, vom Zentrum wird Andre vorgeschickt, um die Vorlage zu begründen.

Genossin Arendsee kennzeichnet dieses Verhalten und begründet kommunistische Abänderungsanträge, die die **Einbeziehung von Land-, Forst- und Hauswirtschaft in die Schutzbestimmungen,** sowie das **Verbot der Beschäftigung von Frauen, drei Monate vor und zwei Monate nach der Niederkunft** fordern. Im fünften und sechsten Monat darf die Arbeitszeit vier Stunden nicht überschreiten. Diese kommunistischen Forderungen stimmen überein mit dem vom Textilarbeiterverband auf Grund eingehender Untersuchungen über die Frauenarbeit aufgestellten Forderungen.

Trotzdem lehnten die Sozialdemokraten diese Vorschläge ab und forderten lediglich ein Verbot der Beschäftigung von Frauen für die letzten zwei Wochen (!) vor der Niederkunft. In den übrigen vier Wochen soll es Schwangeren überlassen bleiben ob sie die Arbeit aufgeben wollen. Genossin Arendsee stellt weiter fest, daß ein wirklicher Mutterschutz nur bei Vergütung des Arbeitsverdienstes während der Schonfrist durchgeführt werden kann. Nach Ablhenung dieses Antrags verlangt die kommunistische Fraktion Erhöhung der Wochenbeihilfen auf die Höhe des tatsächlichen Arbeitsverdienstes. Auch dagegen stimmen die Sozialdemokraten.

Abgelehnt werden weiter die kommunistischen Anträge auf Einrichtung von Stillkrippen und Gewährung von Stillzeit.

In der Plenumsitzung des Reichstags am Donnerstag wurde dann nach einer ausführlichen Rede der Genossin Arendsee, die eine Fülle von Beispielen für die Ausbeutung von Arbeiterinnen in Industrie und Landwirtschaft bis kurz vor der Entbindung anführte, die Regierungsvorlage gegen die Stimmen der K.P.D. angenommen.

Die angeklagten Kommunisten gegen die S.P.D.-Presse

Stuttgart, 10. Juli

Die Berichterstattung der sozialdemokratischen Presse hat jetzt die im Kommunistenprozeß Angeklagten zu einem aufsehenerregenden Schritt gezwungen.

Das Stuttgarter S.P.D.-Organ, die „Schwäbische Tagwacht", hat während der ganzen Prozeßperiode die Angeklagten in der gemeinsten Weise beschimpft, verleumdet und denunziert. Natürlich begründete das Blatt diese Schurkerei damit, daß es auch die „Schuldigen von der K.P.D.-

Achtung! Lederarbeiter

der Gaue Sachsen, Thüringen, Bayern und Württemberg

Bis 16. Juli 1927 wird in den Zahlstellen der Gaue Sachsen, Thüringen, Bayern und Württemberg des Deutschen Lederarbeiter-Verbandes die

Stichwahl

zwischen Ebert (Gera) und Fischer Metzingen)

(Kandidaten zum Internationalen Schuh- und Lederarbeiter-Kongreß) vorgenommen.

Jeder Lederarbeiter,

der mit der arbeitsgemeinschaftlichen Politik der Nürnberger Internationale Schluß machen will,

stimmt für Fischer (Metzingen).

Jeder Lederarbeiter,

der die internationale Einheit der Leder- und Schuharbeiter der ganzen Welt herstellen will,

stimmt für Fischer (Metzingen).

Jeder Lederarbeiter,

der den rücksichtslosen Kampf für die Verkürzung der Arbeitszeit und höhere Löhne führen will,

stimmt für Fischer (Metzingen).

Kollegen, geht alle zur Wahl! Gebt Eure Stimme für den revolutionären Klassenkampf ab!

Leitung" festgestellt wissen wolle. Aufgefordert, ihr „Material" gegen die Führung der K.P.D. restlos auszupacken, wußte die „Schwäbische Tagwacht" nichts ins Feld zu führen. Trotzdem setzte sie ihre infame Verleumdung der Angeklagten fort.

Jetzt haben die 13 Angeklagten spontan folgende gemeinsame Erklärung vor Gericht abgegeben:

„Wir verurteilen aufs schärfste die Berichterstattung der „Schwäbischen Tagwacht" in dem Prozeß Baikhardt und Genossen und erklären uns alle, ohne Ausnahme, mit der Berichterstattung und der Stellungnahme der „Süddeutschen Arbeiterzeitung" solidarisch.

Wir verbitten uns ausdrücklich, jedes übrigens nur scheinbare, Eintreten für unsere Interessen in dem Prozeß Baikhardt, wie es in der „Schwäbischen Tagwacht" zu lesen ist.

Die Stellungnahme der „Schwäbischen Tagwacht" betrachten wir alle samt und sonders als einen glatten Verrat, nicht nur an unseren, sondern auch an den Interessen des gesamten Proletariats."

Höherer Ueberarbeitszuschlag in der Leipziger Metallindustrie

Auf Grund des § 6a des Arbeitszeitnotgesetzes hatte der Metallarbeiter-Verband Leipzigs die Forderung den Metallindustriellen zugestellt, etwaige **Ueberstunden von der neunundvierzigsten bis einschließlich einundfünfzigsten wöchentlichen Arbeitsstunde mit 25 Prozent Zuschlag zu vergüten.** Stattgefundene Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis. Der von den Industriellen angerufene Schlichter hat nunmehr durch verbindlichen Schiedsspruch festgelegt, daß der Zuschlag für oben angeführte Ueberstunden **20 Prozent gegenüber bisher 10 Prozent beträgt.** Die übrige Regelung des bestehenden Arbeitszeitabkommens bleibt in Geltung. Der neue Zuschlag gilt ab 1. Juli 1927.

Ausland

Terror in Kwantung

Kanton, 10. Juli

Der General Li Schi Scheng führt den Kampf gegen Tschangkaischek fort. Gleichzeitig gibt Li Schi Scheng dem Drucke der Reaktion nach. Er hat aus der Provinz Kwantung den linksstehenden Gewerkschaftsführer Tschen Fu Mo ausgewiesen. Viele Arbeiterverbände wurden geschlossen. Als Arbeiterdelegationen sich friedlich zum Arbeitsamt begeben wollten, um dort ihre Forderungen vorzutragen, wurden sie durch das Feuer der Polizei zerstreut. Es gab Tote und zahlreiche Verletzte.

Ein Streik der Seeleute dürfte in den nächsten Tagen ausbrechen. Die Arbeiterbewegung im Osten der Provinz Kwantung entwickelt sich weiter.

Innerhalb der reaktionären Elemente der Kuomintang entwickeln sich innere Kämpfe. Das Komitee der linken Kuomintang-Mitglieder verstärkt seine Tätigkeit.

Revolutionärer Widerstand in Kanton

Kanton, 10. Juli

Der Widerstand der Arbeitermassen gegen die Konterrevolution wächst trotz des Terrors der herrschenden Klique an. **Die Arbeitermassen gehen bereits zu Angriffen gegen die Reaktion über.** Die Gewerkschaften haben ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Es werden Protestdemonstrationen gegen die Verfolgungen der Arbeiter, gegen die Einkerkerungen und Hinrichtungen veranstaltet. Diese nehmen oft einen blutigen Ausgang, da Polizei und Militär in die Demonstranten hineinschießen. Es wurden neue Streikkomitees organisiert.

Die Reaktion versucht ohne Erfolg die **Auflösung der Streikenden von Hongkong,** deren Zahl 40 000 erreicht, herbeizuführen.

Die Behörden gehen immer mehr zu Kriegsmethoden bei der Unterdrückung der Arbeiterklasse über. **In den Arbeiterbezirken wurde der Kriegszustand erklärt.** Es finden dort Massenverhaftungen und Erschießungen statt.

Druschilowski-Prozeß in Moskau

Chamberlains Dokumentenfälscher gesteht

Moskau, 10. Juli

(Meldung der Telegraphen-Agentur der Sowjetunion.)

Vor dem Kriegskollegium des Obersten Gerichtshofes begann heute der Prozeß gegen den der Spionage gegen die Sowjetunion und der Herstellung gefälschter Dokumente der Sowjetregierung und der Kommunistischen Internationale beschuldigten Druschilowski. Der Angeklagte gab die ihm zur Last gelegten Straftaten zu. Als Zeuge war u. a. Kollarow, ein bekannter bulgarischer Kommunist und Mitglied der Exekutive der Kommunistischen Internationale, mit dessen Namen Druschilowski die gefälschten Dokumente unterzeichnet und der bulgarischen Regierung verkauft haben soll, geladen. Bei seiner Vernehmung hab der Angeklagte wiederholt hervor, daß er nur die **Aufträge von Vertretern ausländischer Mächte ausgeführt** habe.

Druschilowski wird beschuldigt, daß er, im Dienste der zweiten Abteilung des polnischen Generalstabes stehend, am Spionagedienst gegen die Sowjetunion teilgenommen hat, und daß er im Auftrage der Spionageorgane fremder Staaten für diese gefälschte Dokumente herstellte, welche angeblich von der Sowjetregierung und der Komintern ausgingen.

Nachdem Druschilowski im Jahre 1919 aus der Roten Armee desertierte, begab er sich in die Armee Judenitschs. Nach Vernichtung der Judenitsch-Armee trat Druschilowski in den Dienst der zweiten Abteilung des polnischen Generalstabes, wo er verschiedene Agentenaufträge des Spionagedienstes verrichtete. Ende des Jahres 1923 hat sich Druschilowski in Berlin niedergelassen, wo er eine „Fabrik“ der gefälschten Dokumente errichtete. Die Aufträge zur Herstellung der Fälschungen wurden ihm nicht nur von Agenten verschiedener Spionagedienste, sondern auch von Gesandten erteilt. So hatte z. B. der bulgarische Gesandte in Berlin, Popow, sich mehrmals an Druschilowski mit verschiedenen Aufträgen gewandt. Eine dieser Bestellungen war der „Direktivbrief der Komintern“, welche im Gerichte neben anderen Fälschungen in der Sache über die Sprengung der Sofia-Kathedrale figurierte und zur Begründung von Todesurteilen und einem ungeheuren weißen Terror verwendet wurde. Diese Dokumente wurden der Botschafterkonferenz in Paris als echt vorgelegt, worauf der bulgarischen Regierung Erlaubnis erteilt wurde zur Erhöhung ihrer Bewaffnung.

Mitte des Jahres 1925 bot ein Mitarbeiter des polnischen Spionagedienstes in Berlin, Rettinger, dem Druschilowski an, ein Falschdokument herzustellen, welches beweisen sollte, daß die Zugentgleisung im Danziger Polenkorridor von deutschen Kommunisten veranstaltet wurde. Druschilowski hatte keine Zeit, dieses Dokument herzustellen, da er von der Berliner Polizei verhaftet wurde. Auf Fürbitte des bulgarischen Gesandten Popow hin ist er befreit worden, jedoch wurde er bald danach wieder verhaftet und verblieb in Haft bis November 1925. Er wurde entlassen unter Aufforderung, das Gebiet Preußens zu verlassen. Ende Juni 1926 hat Druschilowski auf illegale Weise die Sowjetgrenze überschritten und wurde von der Staatlichen politischen Verwaltung verhaftet.

Die im Prozeß zutage tretenden Tatsachen sind in der gegenwärtigen Lage von besonderer Bedeutung, da sie die Methoden beleuchten, mit denen Chamberlain und Co. ihre Kriegshetze gegen die Sowjetunion betreiben.

Severing spricht beim Reichsbanner

Schwarz-rot-gold ist besser als rot

Am vergangenen Samstag sprach im Bürgerbräusaal in einer Kundgebung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold der langjährige frühere preußische Innenminister Karl Severing.

Er zeichnete die innerpolitische Entwicklung Deutschlands seit 1918, wie sie sich in dem Kopf eines Reformisten reinsten Wassers, eines gleich Noske für Ruhe und Ordnung begeisterten Sozialdemokraten malt.

Es gibt einen besonders dunklen Punkt in Severings Vergangenheit, das ist seine Tätigkeit als **Zivilkommissar im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet 1919,** das er nach den von Noske so erfolgreich ausprobierten Methoden „befriedete“.

Herr Severing aber scheint sich gern an diese Zeit zu erinnern. Damals erklärte er, habe er die Wehrverbände als ein Element der Beunruhigung empfunden und damals schon habe er die Ansicht vertreten, daß der Staat den Schutz des Einzelnen übernehmen müßte, **daß man den Wehrorganisationen wie etwa damals Escherichs Einwohnerwehr schon deshalb keine Waffen habe geben können, weil man sie dann in den großen Industriestädten die immer die „Hauptgefahrenquellen“ bildeten (!), den Arbeiterorganisationen nicht hätte verwehren dürfen.** Heute sei er nun selbst Redner einer Wehrorganisation, eben des Reichsbanners, dessen Gründung leider notwendig geworden sei, nachdem auf der einen Seite die Rechtsorganisationen wie der Stahlhelm und der Jungdeutsche Orden und dann seit 1923 auf der anderen Seite die **„verschlimmböserten Vorgänger der Roten Frontkämpfer, die proletarischen Hundertschaften“** sich polizeiliche Rechte angemaßt hätten. „Ich sage verschlimmbösert“, fuhr Severing fort, „weil die proletarischen Hundertschaften von damals doch **bedeutend mehr Dynamit (!) und Gewehre** hatten als heute die Roten Frontkämpfer.“

Nach dieser Hetze sang Severing ein **Loblied auf „seine“ preußische Polizei.** In Preußen könne man heute sagen, **daß die Polizei „wahrhaft ein Freund des Volkes sei“ (!).** Daß sei in Süddeutschland und zumal in Bayern offenbar noch nicht in dem Maß der Fall. (Die Arbeiter in Preußen werden sich für die „Freundschaft“ der Severing-Polizei bedanken. Die Redaktion.

Dann kam Severing auf die Entstehung des Reichsbanners, das „zur Abwehr des linken und rechten Terrors“ gegründet worden sei, zu sprechen. Es habe Kreise in der S.P.D. gegeben, die das Ersetzen der roten Parteifahne durch die schwarz-rot-goldene für einen Rückschritt gehalten hätten. Aber dem sei nicht so. **Auch die nicht-sozialdemokratischen Mitglieder des Reichsbanners müßten zugeben, daß die Sozialdemokraten heute gute Verteidiger der schwarz-rot-goldenen Fahne geworden seien.** Wenn heute jede Partei wieder ihre Parteifahne aufpflanzen wolle, so müsse das die einheitliche republikanische Bewegung schwächen. Das sei auch die Ansicht der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. **Während die Fraktion früher beantragt habe, den ersten Mai und den neunten November zum Nationalfeiertag zu erklären, habe die Fraktion heute bewußt nur noch den Antrag gestellt den elften August von Staatswegen zu feiern.**

Ganz in dieser Linie der unbedingten Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie formulierte Severing dann das Wesen des Reichsbanners das der Inbegriff der **„Sehnsucht aller deutschen Stämme nach Freiheit, Einheit und Ordnung (!)“** sei.

Uebergehend zur außenpolitische Stellung des Reichsbanners richtet Severing eine klare **Absage an alle pazifistischen Bestrebungen.** Mit der Redensart „Nie wieder Krieg“ könne man nicht anfangen, wenn die anderen nicht dasselbe sagten. Man müsse die Wiederkehr des Krieges im Voraus verhindern (Ueber das Wie schwieg sich Herr Severing sicherheitshalber aus.) Das Ziel sei die Abrüstung aller Wehrverbände, aber das Reichsbanner könne damit nicht anfangen, solange noch Stahlhelm und Rote Frontkämpfer an ihren militärischen Zielen festhielten.

Mit dem Hinweis auf die Wahlen, bei denen man auch in Bayern dafür sorgen müsse, daß die Fenster im Bayerischen Landtag aufgemacht würden und eine bessere Luft hineinkäme, schloß Herr Severing.

Diejenigen, die **vielleicht ein scharfes Wort gegen die bayerische Regierung erwartet** hatten, sahen sich getäuscht. Herr Severing, der ordnungsliebende, ist ein wohlerzogener Mann, der sich als norddeutscher „Ausländer“ nicht in die „inneren Angelegenheiten Bayerns“ mischt. Als er eine gar zu zahme Andeutung machte, daß es „doch manchmal den Anschein habe, als ob von Seiten der bayerischen Behörden gewisse militärische Verbände immerhin geduldet“ würden und ihm ein etwas weniger diplomatischer Zuhörer dazwischen rief „unterstützt“, da entschuldigte sich der Weltmann Severing mit dem klassischen Satz: **„Ich bin hier Gast und habe auch zur Zeit meiner Tätigkeit als preußischer Innenminister immer auf freundnachbarliche Zusammenarbeit mit meinem bayerischen Ressortkollegen gehalten. Ich möchte diesen Faden nicht zerreißen.“ (!)**

Keine roten Fahnen mehr, denn das stößt ab! Schwarz-rot-gold ist die Parole! Und der Kampf für die Republik mit dem Stimmzettel. So sehen sie aus die „tapferen Kämpfer für den republikanischen Gedanken“, wie Herr Dichtl vom Reichsbannervorstand Severing in einer zwei Minuten langen Begrüßungsrede, in der er dreimal (!) stecken blieb (zur nicht geringen Heiterkeit seiner Mannen) bezeichnete. Die Uebergabe zweier Fahnen, begleitet von den edlen Worten [illegible] billigten den Beschluß. Arme Republik, wenn Deine Schützer so aussehen!

Severings Schwarze Reichswehr

Severing muß die kommunistischen Anklagen bestätigen

Berlin, 10. Juli

In der gestrigen öffentlichen Sitzung des Femeausschusses des Reichstags wurde der frühere preußische Innenminister Severing und Staatssekretär Dr. Abegg als Zeugen über **den Verkehr preußischer Dienststellen mit dem Reichswehrministerium und den Reichswehrkommandos in Angelegenheiten der Arbeitskommandos der Schwarzen Reichswehr** vernommen. Severing versuchte vergeblich, die konkreten vor den kommunistischen Vertretern im Ausschuß gestellten Fragen zu umgehen.

Auf dem Wege zum Marxismus

106)

Erinnerungen eines Arbeiterrevolutionärs

Von A. Schapowalow

Ich stürzte mich in den Kampf gegen den Zaren, die Kapitalisten, die Guts-den Zaren, die Kapitalisten, die Gutsbesitzer und die Religion. Wie ein phantastischer Traum rauschten jene Kampftage an mir vorbei. Das Gefängnis, ein furchtbares, drohendes Ungeheuer, verschluckte mich für zwei qualvolle Jahre. Und dann die langen Jahre der Verbannung.

Hier lernte ich aber die Schönheit der Natur, die Schönheit unserer russischen Literatur in Puschkins, Lermontows, Njekrassows, Gogols, Turgenjews, Tolstois, Korolenkos und Gorkis Werken kennen.

Ganze Tage brachte ich auf irgend einer entfernten Tabainsel zu, ohne Menschen, ganz allein, im dichten Gras, im Schatten der Bäume und hörte auf die Stimmen der Natur. Ich hörte die Tuba unaufhörlich rauschen, und wieder stand vor mir die Frage: Erde, im Frühling wie im Herbst, im Sommer wie im Winter bist du schön. Warum aber lebt der Arbeiter auf dir so schwer, so unendlich schlecht?

Ich erinnerte mich an Petersburg, an die breite Fläche der Newa, die ihre Wasser gen Westen wälzte. An den Granitquai, an die Sphinxe, die man 1832 aus Aegypten herbeigeschafft hatte.

Ich erinnerte mich an die Petersburger Museen, an die großen Werke der Raphael, Leonardo da Vinci, van Dyck, Rembrandt usw. Mein Herz zog sich zusammen bei dem Gedanken an unseren Kampf. Tränen traten mir in die Augen, und der Wunsch flammte in mir auf, besser zu werden, heldenhaft zu kämpfen, für die große Sache des revolutionären Marxismus zu leiden und zugrunde zu gehen! Wieder auf dem proletarischen Schlachtfeld sein, wieder der Gefahr des Kampfes trotzen, das ist das Glück, das ist der Sinn des Lebens.

Mein Pferd stolperte. Ich wäre fast kopfüber aus dem Sattel gestürzt. Mit Mühe behielt ich das Gleichgewicht und sah mich nach den Genossen um. Ich zuckte auf, als ich neben dem Weg eine Art kleine Kapelle entdeckte. Sie hatte keine Wände. Das Dach ruhte auf vier Pfeilern und das Kreuz war ganz verbogen.

Hier hatten wir uns an manchen Tagen versammelt, hier sangen Lengnik und Baramsin ihre großrussischen und ukrainischen Lieder.

Als die Tochter der Frau Okulow, eine Studentin, zu Besuch gekommen war, lernte ich gerade hier kennen, was unvermeidlich einmal jedem begegnen muß. Doch es war aussichtslos ... Ohne Hoffnung auf Erwiderung meiner Gefühle brachte ich einen Herbst und einen Winter in furchtbaren seelischen Qualen zu; erst im Frühling und im Sommer fühlte ich, daß ich dieses für einen Revolutionär so verderbliche und verführerische Liebesgefühl allmählich los wurde.

Als ich dies überstanden hatte, fiel mir das stille, schläfrige Leben in Tessi besonders schwer; ich brannte vor Sehnsucht, nach Rußland zu kommen und mich in die Revolution zu stürzen.

Wir hatten die Steppe passiert und mußten nun durch mehrere Dörfer. In Gedanken versunken, stieg ich automatisch vom Pferde, öffnete die Tore des die Dörfer umgebenden Zaunes, ließ die Genossen durch und machte die Tore wieder zu.

Die Dörfer schienen die gleichen zu sein wie immer. Nur waren sie ungewöhnlich leer. Auf den Straßen sah man keinen einzigen Menschen. Sogar die Hunde hatten sich vor der Hitze unter den Haustoren verkrochen und lagen dort, ohne zu bellen. Nur einmal sah ich, wie ein altes Weib aus dem Fenster blicken wollte und sofort wieder verschwand, als wäre es durch irgend etwas erschreckt. Auch ein kleiner Junge kam zwar zum Vorschein, verschwand aber gleich.

Nun, dachte ich, es ist ja gerade Erntezeit. Alle sind eben auf den Feldern.

Das war zu der Zeit, als in China die Volksbewegung gegen die ausländischen Ausbeuter begann — der sogenannte Boxeraufstand. Die Zarenregierung ergriff natürlich Partei für die westeuropäischen und amerikanischen Kapitalisten, die das chinesische Volk plünderten, und entsandte nach dem Vorbild der anderen kapitalistischen Regierungen Truppen gegen die Aufständischen. Es begann ein Krieg zwischen Rußland und China. Gleich zu Beginn der Feindseligkeiten bedeckte sich die Zarenregierung mit unauslöschlicher Schmach, indem sie Zehntausende friedlicher Chinesen aus der Stadt Blagoweschtschensk im Amurfluß ertränkte. Die Leichen der Ertrunkenen trieben auf dem Fluß in so dichten Massen, daß die Räder der Dampfer sich nicht drehen konten.

Das Minussinsker Gebiet lag hart an der chinesischen Grenze. Die Grenze selbst stand jedoch nicht genau fest. Drangen in diesem wenig bevölkerten Gebiet russische Bauern und Goldgräber auf der Suche nach herrenlosem Land weiter vor, so verschob sich auch die Grenze. Was Wunder, wenn ein mongolischer Nomadenstamm seine Zelte damals auf russischem Territorium aufgeschlagen hatte, das er augenscheinlich für chinesischen Boden hielt.

Die erschreckten Minussinsker Behörden dachten schon, daß eine ganze chinesische Armee die Grenze überschritten habe, und erließen einen strengen Befehl; in jedem Amtsbezirk müssen scharf die Wege beobachtet werden, ob nicht irgendwo chinesische Auskundschafter auftauchen.

Nichts ahnend, schloß ich das letzte Zauntor, überholte weit die Genossen und erreichte schließlich die große Minussinsker Landstraße. Ringsum stand ein alter, schweigsamer Fichtenwald. Vorne, ganz dicht an der Straße erhob sich ein mächtiger Grabhügel. (Forts. folgt.)

Er mußte aber zugeben, daß zur Zeit des Ruhreinbruchs zwischen der preußischen Regierung und der Reichswehr **Vereinbarungen über die Erfassung von Heeresgut** (so lautet offiziell die Aufgabe der Arbeitskommandos der Schwarzen Reichswehr, die Redaktion.) getroffen worden seien.

Ueber diese Dinge habe man aber **im Interesse der Landesverteidigung (!) Akten nicht geführt.** Weiter erklärte Severing auf Anfrage der kommunistischen Vertreter, ob ein Abkommen Ebert-Severing zum Zwecke des Grenzschutzes bestanden habe, es habe sich um einen „Entwurf“ gehandelt. (!)

Staatssekretär Abegg erklärte, ein ständiges Zusammenarbeiten habe nicht stattgefunden. Das preußische Innenministerium habe sich aber „von Fall zu Fall“ mit der Reichswehr über die Tätigkeit einzelner Organisationen verständigt.

▪

Diese Aussagen Severings und seines engsten Mitarbeiters während seiner Ministertätigkeit in Preußen bedeuten das **volle Eingeständnis der von kommunistischer Seite wiederholt aufgestellten Behauptung, daß Severing als sozialdemokratischer preußischer Innenminister von der Tätigkeit der Femeorganisationen der Schwarzen Reichswehr der sogenannten „Arbeitskommandos“ gewußt und diese Tätigkeit sogar unterstützt habe.**

Am vergangenen Samstag hat Herr Severing in einer Veranstaltung des Reichsbanners in München gesprochen. Offenbar als Einleitung hat er vor einigen Tagen in der „Münchener Post“ einen Artikel veröffentlicht, in dem er „nachzuweisen“ versucht, daß die Tätigkeit der Schwarzen Reichswehrkommandos in Oberschlesien sich nicht auf die Zeit seiner Ministertätigkeit erstreckt habe.

Seine Aussagen vor dem Femeausschuß stehen dazu in strikten Widerspruch. Mag Herr Severing seine Unschuld beteuern so viel er will. Nach diesen Aussagen im Femeausschuß kann kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß auch er zu den **Verantwortlichen für den Femeskandal der Schwarzen Reichswehr gehört.**

Wird Bettel bestraft?

Ein Kapitel über die katholische Jugendfürsorge

(Jungarbeiterkorrespondenz)

Wenn ein armer Teufel, ohne Geld und Obdach, von den Schergen der bürgerlichen Gesellschaft beim Bettel erwischt wird, dann bekommt er „freie Verpflegung und Obdach auf längere Zeit“, jedoch starren ihn dabei graue Wände an...

Wenn die Leitung der katholischen Jugendfürsorge Flugblätter verteilen läßt: „Wir bitten Sie herzlichst...“ und dabei empfiehlt, am „Jugendsonntag“ die Sammelbüchse nicht zu übersehen und nicht ohne

„ein Vergeltsgottbildchen für 50 Pfg.“

von der Kirche nach Hause zu gehen, dann ist das ein Werk „christlicher Nächstenliebe“ oder so.

Wir sind im Besitz eines solchen Flugblattes und staunen über die großen Wohltaten, die auf dem Flugblatt nachgewiesen werden. Ganz abgesehen davon, mit welcher Deutlichkeit diese Herren Jugendfürsorger, Pfarrer Stritter, Dr. streitet sich lieber mit seinen Arbeitskollegen. Hier findet sich niemand, der diesen Zuständen ein Ende machen will.

Junibericht des Konsumvereins

Der Konsum-Verein Sendling-München berichtet über Umsatz und Mitgliederbewegung usw. im Monat Juni 1927 wie folgt:

Der Gesamt-Umsatz im Monat Juni 1927 beträgt RM 1 351 845.— gegenüber im Monat Juni 1926 RM 1 086 350. mithin eine Steigerung von RM 265 495 oder 24 Prozent.

Der Zugang an neuen Mitgliedern beträgt 328.

Die Zahl der Verteilungsstellen hat sich um eine erhöht und beträgt somit 113.

Die Sparkassen-Einzahlungen betrugen RM 214 582.—, die Sparkassen-Rückzahlungen betrugen RM 149 235.—.

Mit dem 30. Juni hat das 41. Geschäftsjahr abgeschlossen und weist dasselbe einen Gesamt-Umsatz von rund RM 15 600 103.— gegenüber im Vorjahre RM 13 561 237.— mithin eine Steigerung von RM 2 038 866.— oder 15 Proz.

auf.

setzung und ihrer Stärke erhöhte Unterstützungsbeiträge zu überweisen?

Der Weg der Hausfrau

kann bei dem **genossenschaftlichen Wirken** für den materiellen Vorteil ihrer kleinen Wirtschaft **beginnen,**

er muß **enden** mit dem Kampf gegen die bürgerliche Ordnung, mit dem Kampf für die Eroberung der Staatsmacht als Mittel zur Umwälzung der Wirtschaft und Gesellschaft.

(Klara Zetkin)

Vereinskalender

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“ Ortsgruppe München. Heute Dienstag im Ebersbergerhof Jugendversammlung. Ebenso werden sämtliche Jugendleiter der Abteilungen gebeten, dortselbst zu erscheinen. Donnerstag, 14. Juli Versammlung der Abteilung 7 im Restaurant Linderhof Sedanstraße 21. Freitag, den 15. Juli im Ebersbergerhof Ausschuß-Sitzung, sämtliche Abteilungen werden gebeten, unbedingt anwesend zu sein. **Voranzeige:** Sonntag, den 17. Juli 6 Uhr Radrennen der Rennabteilung: Start 7 km Perlach, von dort über Höhenkirchen, Siegertsbrunn, Egmating, Glonn, Oberpframmern, Putzbrunn mit Ziel 7 km Stein Putzbrunnerstraße. Vorverkaufskarten zum Reichsarbeitersporttag welche bis Mittwoch abend nicht zurückgegeben sind gelten als verkauft und sind zu zahlen, da dieses der letzte Zahlungstermin ist.

Arbeiter-Samariter-Kolonne München e.V. Dienstag, 12. Juli abends 7 Uhr Prüfung für sämtliche Abteilungen in der Blumenschule. Mittwoch, den 13. Juli abends 8 Uhr letzter Vortrag über Krankenpflege im Gasthaus zum Goldenen Anker.

[illegible]

Dienstag, 12. Juli

Prinz-Regenten-Theater: —
Künstlertheater im Ausstellungspark: „Ein Theaterskandal oder Der gestiefelte Kater“ 8 Uhr
Residenz-Theater: „Der Kammersäng. / Erster Klasse“ 7.30 Uhr
Schauspielhaus: „Wetterleuchten“ 8 Uhr
Theater am Gärtnerplatz: „Ich hab mein Herz in Heidelberg verloren“ 8 Uhr
Volkstheater: „Mädels, die man liebt“ 8 Uhr

Aus München

Protestversammlung der Aussteller vom Schützenfest

München, 11. Juli

Am Montag fand in Gabriels Reitbahn eine **Protestversammlung sämtlicher Schausteller** gegen die Geschäftsleitung des Schützenfestes statt. Es wurde eine Kommission gewählt, die bei der Geschäftsleitung die folgenden Mindestforderungen vertreten soll:

1. sofortige **Aufhebung des Eintrittsgeldes für Kinder, freier Eintritt für Erwachsene in der Vorwoche von Montag bis Freitag;**
2. sofortige **Reduzierung der Standgelder** entsprechend der Wirtschaftslage der Aussteller;
3. **Verstärkung der Propaganda** für das Schützenfest, da die Aussteller von den 300 Schützen allein nicht leben können.

Sollte die Geschäftsleitung diesen Wünschen der Aussteller nicht Rechnung tragen, sind sie entschlossen, sofort abzubrechen und München den Rücken zu kehren.

Auch vom Standpunkt der Arbeiterschaft sind diese Forderungen, die den kleinen Ausstellern ebenso wie dem breiten Publikum zugute kommen, nur zu unterstützen.

[illegible] wird bestraft

(Arbeiterkorrespondenz)

München. Von einem Münchner Arbeiter wird uns geschrieben:

Daß die Polizei nicht nur die Aufgabe hat, freiheitlich gesinnte Arbeiter hinter Schloß und Riegel zu bringen, beweist der folgende Vorfall, den im am letzten Sonntag an der Würm beobachten konnte. Mehrere Münchener Ausflügler badeten in der Würm. Plötzlich erschien die Polizei, mit Gummiknüppel bewaffnet und von Polizeihunden (!) beschützt, nachdem sie den Badenden eine Weile hinter den Büschen aufgelauert hatte, und forderte von jedem Badenden die sofortige Bezahlung einer Strafe von 2 bis 3 Mark.

Daran, daß es nicht jedem Arbeiter möglich ist, die hohen Bade- und Kabinenpreise zu bezahlen, ganz zu schweigen von den Erwerbslosen, scheint die Polizei nicht zu denken. Das Freibaden ist verboten und selbst das Lagern an Waldeändern wird schon bestraft. Man möchte wirklich glauben, man lebt im Mittelalter. Wie lange wird der Arbeiter diese Eingriffe in seine persönlichen Rechte noch dulden?

Brem und Dr. Kendler zum „Spenden“ auffordern (50 Pfg. für ein Vergeltsgottbildchen!) beweisen die aufgeführten Zahlen noch gar nichts, denn die katholische Jugendfürsorge arbeitet zum großen Teil mit staatlichen Zuschüssen und dürfte also diese Einrichtung vielleicht mehr für die Herren Fürsorger „segensreich“ sein, als für die armen Teufel.

Die „Jugendsonntag-Sammlung“ der Katholischen Jugendfürsorge und Jugendpflege gibt uns Veranlassung, die Arbeit dieser Verbände etwas ans Licht zu rücken.

Wie den meisten Münchener noch bekannt sein dürfte, entrollte sich vor einigen Jahren vor einem Münchener Gericht ein Prozeß gegen die Leitung der katholischen Jugendfürsorgeerziehungsanstalt Neuherberg bei München. Daß von den geistlichen Würdenträgern ein junger Mensch zugrunde gerichtet wurde, daß in Neuherberg ganz barbarische Erziehungsmethoden in Gebrauch waren, daß die Verpflegung haarsträubend war, das konnte man seinerzeit in fast allen Münchener Zeitungen, mit Ausnahme einiger klerikaler Blätter, lesen.

Und unter ähnlicher Leitung stehen sämtliche katholische Jugendfürsorgeheime usw. Tausende von armen Kindern werden dort zu Trotteln erzogen. Und dafür wird ganz unverschämt gebettelt.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Diesen Bettel müßt Ihr bestrafen, indem Ihr, falls einer in der Kutte kommt, sofort wieder die Tür schließt, wenn Ihr Mitleid habt mit den Menschenkindern, die von diesen „Dienern Gottes“ verdummt werden.

[illegible]

(Baustelle Unterführung)

(Arbeiterkorrespondenz)

München. Trotz der großen Arbeitslosigkeit arbeiten bei der Baustelle Unterführung die Arbeiter heute noch in Doppelschichten von 16 Stunden. Es handelt sich hier um städtische Arbeit, bei der jeder Arbeiter nur 13 Wochen beschäftigt werden darf. Diese Bestimmungen werden aber häufig durchbrochen. Einige Arbeiter arbeiten 17 und 18 Wochen. Daß das nicht gerade die Klassenbewußtesten sind, kann man sich vorstellen. Die andern werden oft mit den unverschämtesten Begründungen entlassen (wegen „ungenügender Arbeitsleistung“, oder „wegen Arbeitsmangel“). Leider ist der Betriebsrat Josef Huber, nicht der Mann, sich der Arbeiterangelegenheiten anzunehmen. Er rauft und

Kommunistischer Vorstoß für die Strafentlassenen

München, 6. Juli

Die kommunistische Landtagsfraktion hat den folgenden Antrag eingebracht:

Der Landtag wolle beschließen:

1. Allen aus den Strafanstalten **Entlassenen,** soweit nicht bereits für sie eine Arbeitsstelle vorhanden ist, **ist sofort durch das Arbeitsamt Arbeit zuzuweisen.**
2. Ist eine Arbeitsvermittlung in **Privatbetrieben** auf Grund des Berufes nicht möglich, dann hat sofort **Ueberweisung zu einer Notstandsarbeit** zu erfolgen.
3. Ist in der Heimats- oder Aufenthaltsgemeinde Notstandsarbeit nicht vorhanden, so hat sofort die **Unterstützung durch die öffentliche Wohlfahrt** zu erfolgen.
4. Ist eine gesicherte Unterkunft für die Entlassenen nicht vorhanden, so hat, soweit **Ledigenheime** in dem Aufenthalts- oder Heimatsort vorhanden sind, deren **Aufnahme bis zur Arbeitsvermittlung kostenlos** zu erfolgen. Die Unterhaltskosten trägt in diesem Falle der Staat.

Ein weiterer Antrag lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

In der Strafanstalt Frankenthal (Pfalz) wird bis zum 1. Oktober 1927 eine vorschriftsmäßige Lichtanlage eingerichtet.

Kommunisten für die Arbeitersportvereine

München, 8. Juli

Die kommunistische Fraktion des bayerischen Landtags stellte vor einigen Tagen an die Regierung die folgende kurze Anfrage.

Bei Verteilung der im Kultusetat eingesetzten Mittel für Turnwesen führen die Arbeiter-Sportvereine allgemeine Klage über ihre Zurücksetzung.

1. Ist die Staatsregierung bereit, darüber Auskunft zu geben, welche Körperschaften bisher Unterstützungen erhalten haben? Wie hoch sich der Betrag für die einzelnen Körperschaften beläuft?
2. Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um bei der weiteren Verteilung der Mittel den Arbeitersportvereinen entsprechend ihrer sozialen Zusammen-

Für die Redaktion verantw.: Albert Buchmann, München. Für Verlag und Inf.: Wilhelm Olschewski, München. Druck: F. Kaspeizer & W. Olschewski, München.

11. Jahrgang Nr. 14

Einzelpreis 15 Pfg.

Neue Zeitung

Bayer. Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommun. Internationale)

„Die Neue Zeitung“ erscheint täglich außer Sonntags. Bezugspreis monatlich 2 Mark 20 Pfennig, halbmonatlich 1 Mark 10 Pfennig. Durch die Post bezogen 2 Mark 20 Pfennig ohne Zustellgebühr. Verlag: Freier Verlag G. m. b. H. München, Lindwurmstr. 203 / Telefon 72024. Redaktion: Lindwurmstr. 203

Mittwoch, 18. Januar 1928

Anzeigenpreis für den Millimeter Höhe und Spalte 10 Pfg., Spaltenbreite 28 mm, für Reklame im Textteil 30 Pfg. Gelegenheitsanzeigen halbe Preise / Postscheckkonto München Nr. 47220, Freier Verlag G.m.b.H. Redaktion München, Lindwurmstraße 203 / Telefon 72024 / Erfüllungsort München

Bayerische Metallarbeiter — heraus!

Uebt Solidarität mit den mitteldeutschen Metallarbeitern / Fort mit der reformistischen Niederlagenstrategie!

50000 mitteldeutsche Metallarbeiter im Streik

Halle, 17. Jan. (Eig. Drahtber.)

Entsprechend dem Beschluß der sehr gut besuchten Versammlung der Metallarbeiter am Sonntag nahmen Montag früh die Metallarbeiter in den Betrieben Stellung gegen den Schandschiedsspruch mit dem Ergebnis, daß überall geschlossen die Arbeit niedergelegt und der Streik aufgenommen wurde. In allen Großbetrieben wurde eine Urabstimmung für die sofortige Kampfaufnahme durchgeführt. In Betrieben wie Lindner-Ammendorf stimmten etwa 1300 Arbeiter für den Streik, 38 dagegen. Ein ähnliches Verhältnis, zum Teil einstimmige Artsniederlegung ist aus anderen Betrieben zu verzeichnen.

Die Arbeiter der Metallindustrie zogen in gewaltigen Demonstrationszügen durch die Stadt nach dem festgesetzten Versammlungslokal. Um 11 Uhr fand eine von etwa 6- bis 7000 Personen besuchte Streikversammlung im Volkspark statt. Die Kampfstimmung der aufmarschierenden Metallarbeiter war glänzend. Den Ausführungen des Bevollmächtigten, den Kampf bis zum siegreichen Ende zu führen, stimmten alle Arbeiter begeistert zu. Bemerkenswert ist, daß auch die Betriebe, wo das Organisationsverhältnis ein sehr schlechtes ist, geschlossen die Arbeit einstellten. Streikbrecher sind so gut wie nicht zu verzeichnen. Die Arbeit in der Metallindustrie in Halle ruht vollkommen.

Magdeburg, 17. Jan. (Eig. Drahtber.)

Am Montag, den 16. Januar, traten die Metallarbeiter sofort in den ausschlaggebenden Großbetrieben in den Streik. In Magdeburg legten Montag nachmittag 3 Uhr die Arbeiter bei Krupp, Otto Gruson, Maschinenfabrik Buckau, Schäffer und Bodenberg und Wolff-Konzern die Arbeit geschlossen nieder. Die Abstimmungen ergaben eine fast 100prozentige Zustimmung für den sofortigen Kampf. Für Streik stimmten bei Schäffer u. Bodenberg, Manometerfabrik, 96 Prozent (Belegschaftsstärke 2000); bei Krupp 96 Prozent, (Belegschaft 3500); bei Gruson 99,4 Prozent (Belegschaft 1000); Maschinenfabrik Buckau 97,5 Prozent (Belegschaft 1000); bei R. Wolff 98 Prozent (Belegschaft 2000). In den kleineren Betrieben ist das Abstimmungsergebnis ebenso.

In den Staßfurter größeren Betrieben sind die Arbeiter geschlossen in den Streik getreten. In Bernburg, Zerbst und Thale haben sich die Metallarbeiter ebenfalls für den Kampf entschieden.

In Dessau, wo bei den Metallarbeitern noch das Kündigungswesen vorherrscht, versuchen die Unternehmer mit dem Hinweis auf die Kündigungsfrist die Metallarbeiter vom Kampf zurückzuhalten. Belegschaftsversammlungen lassen sie im Betrieb nicht zu. **Die Metallarbeiter verlassen jedoch spontan die Betriebe und halten in den Straßen und auf den freien Plätzen Dessaus ihre Betriebsversammlungen ab. Die Abstimmungen in diesen Versammlungen ergeben 100prozentige Zustimmung für den Streik. Die Kampfstimmung der Metallarbeiter ist durch die freche Unternehmerprovokation auf das höchste gestiegen.**

*

Unser Bruderorgan der „Klassenkampf“ in Halle schreibt zu dem Kampf der mitteldeutschen Metallarbeiter:

„Der Kampf ist ausgebrochen! Während wir diese Zeilen schreiben, durchziehen in geschlossenen Zügen die hallischen Metallarbeiter die Straßen der Stadt, um sich im „Volkspark“ zur nochmaligen Besprechung der Kampfmaßnahmen zu versammeln. Fieberhaft wird agitiert, geworben, organisiert. Begeisterung, echte Kampfbegeisterung überall.

Jeder fühlt: Das Eis ist gebrochen. Die modrige Luft, die aus den Verhandlungen drang, ist gewichen. Alles atmet auf:

Kampf, offener Kampf! Streik!

Der revolutionäre Arbeiter fühlt sich in seinem Element. Endlich können wir den Unternehmern beweisen, daß wir eine unüberwindliche Macht sind, wenn wir einig und geschlossen im offenen Kampfe stehen, sagt und fühlt auch der Kollege, der sonst indifferent abseits am Schraubstock stand. Der letzte fühlt, hier kommt es nicht mehr auf gerissene Schiebermethoden am Verhandlungstisch an, sondern es kommt auf mich an, ich bin ein notwendiges und wertvolles Glied in der Kampffront, die die Metallarbeiter jetzt den nimmersatten Profitherren entgegenstellen.

Aber nicht nur der Wille zum Kampf, sondern auch die Not verbindet alle. Keiner hat etwas vor dem anderen zu verbergen. Allen geht es traurig, alle sind mit Schulden überladen, haben hungrige Kinder, kranke oder überarbeitete Frauen.

*

Die Fragen des Lohnes und der Arbeitszeit sind Machtfragen, die in offenem Kampfe der Klassen ausgetragen werden müssen.

In Mitteldeutschland ist der Kampf entbrannt. Die reformistischen Führer haben unter dem Druck der Massen ihre Zustimmung zur Kampfaufnahme gegeben. Sie taten dies nur ungern, und ihnen wäre es lieber gewesen, wenn diese offenen Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit durch einen einigermaßen annehmbaren Schiedsspruch hätten verhindert werden können.

Die reformistischen Führer des DMV. in Bayern sind eifrig daran, die Verhandlungen mit den Unternehmern fortzusetzen, um zuletzt einen Schiedsspruch zu erreichen, der in seinem Wesen genau so aussehen wird, wie der Schiedsspruch der für die mitteldeutsche Metallarbeiterschaft gefällt wurde.

Der Verlauf der Schlichtungsverhandlungen in Mitteldeutschland hat bewiesen, daß wir recht hatten, wenn wir schrieben: Nur im offenen Kampfe wird es der Arbeiterschaft möglich sein, wirkliche Lohnerhöhungen zu erreichen. Alle Schlichtungsverhandlungen, dieses von den reformistischen Gewerkschaftsführern im Interesse der Erhaltung des „Wirtschaftsfriedens“ so gepriesene Mittel, wirken sich immer nur zu Gunsten der Unternehmer aus.

Der Schiedsspruch für die mitteldeutsche Metallindustrie war eine Provokation. Die unverschämten Forderungen, die die bayerischen Metallindustriellen auf der Zusammenkunft in Nürnberg stellten, können ebenfalls nur als Provokation gewertet werden. **Es darf nicht sein, daß die mitteldeutschen Metallarbeiter ihren Kampf isoliert führen müssen.**

Jeder bayerische Metallarbeiter muß wissen, daß der Ausgang des Kampfes in Mitteldeutschland auch für die bayerischen Metallarbeiter entscheidend ist.

Es ist Pflicht der bayerischen Metallarbeiterschaft, den mitteldeutschen Streik durch praktische Solidarität zu unterstützen, ebenfalls unverzüglich in den offenen Kampf zu treten um die Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen.

Bayerische Metallarbeiter! Laßt Euch von den reformistischen Gewerkschaftsführern nicht länger zurückhalten.

Heraus aus den Betrieben!

Uebt Solidarität mit den Streikenden in Mitteldeutschland!

General „Hundsfott“ im Anmarsch

Die Ursachen des Geßlerschen Rücktritts / Nochmals Millionen für den Phöbusskandal

In der Wiener „Neuen freien Presse“ wird von einer Unterredung ihres Berliner Korrespondenten mit einem dem Reichswehrminister Geßler überaus nahestehenden „Freund“ berichtet, von der man annimmt, daß sie mit Geßler selbst stattgefunden hat und die in aufschlußreicher Weise die wahren Hintergründe des Geßler'schen Rücktritts offenbart.

Danach habe Geßler bereits im Juni 1927 gehen wollen. Lediglich aufgrund dringenden Ersuchens des Bürgerblockkanzlers Marx sei er, da der Chef der Heeresleitung, General Heye, in Amerika weilte und die Reform der Beamtenbesoldung noch nicht erledigt war, auf seinem Posten geblieben.

„Ein Hauptgrund für die Demission des Ministers sei die Phöbus-Affäre gewesen. Dieser Fall habe den Minister schwer getroffen. Hinter dem Rücken des Ministers und ohne Wissen seiner anderen Vorgesetzten, habe ein zum Reichswehrministerium gehöriger Marineoffizier, Kapitän Lohmann, sich in die Geschäfte mit der Phöbus-Filmgesellschaft eingelassen. Für diese Geschäfte habe er nicht nur die Fonds verausgabt, die ihm zur Verfügung standen, sondern er habe auch namens des Ministeriums Bürgschaften übernommen, die Millionenbeträge ausmachen und für die keine andere Deckung vorhanden ist, als diejenige, die der Kapitän Lohmann selbst gewährt.

Die Millionen, für die sich der Kapitän Lohmann verbürgt hat, sind verloren, und das Reichswehrministerium wird genötigt sein, in einem Nachtragsetat vom Reichstag die Bewilligung dieses Millionenbetrages zu verlangen.“

Dieser inhaltsreiche Aufschluß über die Art und Weise der Durchführung der Verwaltung und der Geschäfte des Reichswehrministeriums, stellt in drastischer Weise fest, daß Geßler im Reichswehrministerium überhaupt nichts zu sagen hatte und die gesamten Geschäfte von den monarchistischen Offizieren erledigt wurden. Die Skandal- und Korruptionsaffären der Reichswehr werden somit erklärlich, als auf einem Boden gewachsen, für den Geßler absolut und in jeder Weise verantwortlich ist.

Geßler traut sich nicht diese Korruptionsaffäre vor dem Reichstag zu vertreten. Er glaubt, daß „sein Nachfolger sagen könne, was er selbst nicht hätte sagen können: nämlich, daß der Minister ungenügend und unrichtig informiert worden ist,“ und Geßler gewissermaßen nichts anderes war, als eine Marionette in der Hand der monarchistischen Generäle. Dabei bleibt freilich die Frage offen, warum sich Geßler zu einer derartigen Marionette hergab.

Geßler geht!

In der weiteren Unterredung kam das Gespräch auch auf die Nachfolgerschaft Geßlers. Und hier wird nun erklärt:

„Geßler sei dafür, daß zu seinem Nachfolger General Gröner ernannt werde.“

General Gröner ist sicherlich der Mann, der den Geßlerkurs in der Reichswehr zielbewußt weiterführen wird. Von ihm stammen die Worte, an die streikenden Eisenbahner: „Ein Hundsfott wer streikt.“ Damit allein ist nicht nur Gröner charakterisiert, der voraussichtliche Nachfolger Geßlers, sondern auch Geßler selbst, der ausgerechnet diesen Arbeiterfeind für geeignet hält, seine Nachfolgeschaft anzutreten.

Zentrumsminister Brauns gegen ein Wohnungsbauprogramm

Eine kommunistische Entschließung

In der gestrigen Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages wurde die Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums fortgesetzt. Auf der Tagesordnung stand der Abschnitt „Wohnungs- und Siedlungswesen". Lipinski (SPD.) beantragt ein Wohnungsbauprogramm auf zehn Jahre. Der Reichsarbeitsminister selber polemisiert gegen diesen sozialdemokratischen Antrag.

Eine längere Debatte löste die Siedlungsfrage aus. Es hat sich im vergangenen Jahr wieder gezeigt, daß die zur Verfügung gestellten Gelder für Siedlungszwecke nur an schon kapitalkräftige Bewerber gegeben wurden. Bei der Aufteilung der Güter mußten deshalb sehr oft die Landarbeiter in die Großstädte ziehen, da keine Arbeitsmöglichkeit mehr für sie vorhanden war und sie als Besitzlose nicht die nötigen Summen hatten, um als Mitbewerber mit den bessergestellten Großbauernsöhnen standzuhalten.

Die kommunistische Fraktion brachte folgende Entschließung ein:

„Der Ausschuß wolle beschließen, der Reichstag wolle beschließen: die Reichsregierung zu beauftragen,

1. sofort ein Wohnungsbauprogramm aufzustellen, das bis auf weiteres die jährliche Erstellung von 320 000 Neuwohnungen durch die Gemeinden und Gemeindeverbände und wirklich gemeinnützige Baugenossenschaften sicherstellt;

2. die Finanzierung dieses Wohnungsbauprogramms sicherzustellen durch

a) Schaffung reichsgesetzlicher Vorschriften, wonach das gesamte Aufkommen an Hauszinssteuer, solange sie besteht, für den Wohnungsbau zu verwenden den Gemeinden und Gemeindeverbänden zinslos zu überlassen ist;

b) Heranziehung aller verfügbaren, über den Eigenbedarf hinausgehenden Mittel der Sozialversicherungsanstalten zu möglichst niedrigem Zinssatz;

c) die Aufnahme langfristiger Anleihen, deren Verzinsung durch eine Zweckbesteuerung der großen Einkommen und Vermögen erfolgt.

Die Genossin Arendsee fordert in der Begründung unseres Antrages von dem Minister, daß, wenn er schon das Wohnungsbauprogramm auf zehn Jahre ablehne, die Regierung doch wenigstens für eine kürzere Periode mit einem Programm vor den Reichstag treten solle. Mit Recht verlangte sie, daß jährlich mindestens 320 000 neue Wohnungen erstellt werden müßten. Scharf bekämpft unsere Genossin die Methode der Regierung aus Mitteln der Sozialversicherungen der Industrie und dem Großgrundbesitz Kredite zu geben. Wenn schon Geld überflüssig sei, dann müßte es wenigstens für die Zwecke des Kleinwohnungsbaus verwendet werden. Gerade bei diesem Kapitel „Siedlungsfrage" zeige sich die ganze Unfähigkeit des Reichsarbeitsministers und seiner Regierung.

Nachdem in der Abstimmung der kommunistische wie auch der sozialdemokratische Antrag abgelehnt worden und der Etat des Rechnungshofes erledigt war, vertagte sich der Ausschuß.

Wilhelm packt die Koffer

Er will in Schloß Homburg einziehen / Verhandlungen in London

Berlin, 17. Jan.

Die „Welt am Abend" berichtet:

Die rechtsstehenden „Leipziger Nachrichten" veröffentlichen eine aufsehenerregende Meldung über Reisepläne des Exkaisers in Doorn. Das Blatt läßt sich von seinem Londoner Korrespondenten melden, daß in der letzten Zeit einflußreiche Stellen, insbesondere auch in England, sich dafür eingesetzt hätten, daß Wilhelm seinen Wohnsitz verlege. Es wird auch von einer Umfrage in verschiedensten Kreisen in Deutschland gesprochen, die nach dieser Richtung hin geführt worden sein soll. In der Meldung wird gesagt, dem früheren Kaiser solle erlaubt werden, gelegentlich andere europäische Länder zu besuchen und sich eventuell in einem anderen Lande niederzulassen.

Wir haben bereits wiederholt vor längerer Zeit auf derartige Pläne des Exkaisers hingewiesen. In dem Abfindungsvertrag mit dem preußischen Staat hat sich Wilhelm bekanntlich ausdrücklich das Recht bedungen, in Schloß Homburg v. d. Höhe residieren zu können. Er tat dies offensichtlich in dem Glauben, daß die Zeit zur Rückkehr nicht mehr allzufern sei.

Es kann sich heute selbstverständlich für den Schloßherrn von Doorn nur darum handeln, nach Deutschland zurückzukehren, da einem Aufenthalt etwa in Spanien schon heute gar keine Widerstände entgegenstehen würden und man darüber erst nicht lange verhandeln müßte. Jene Aktion der Hohenzollernschen Hausdiplomaten, die von den „Leipziger Neuesten Nachrichten" angedeutet wird, verfolgt also sicherlich den Zweck, die Einreise nach Deutschland zu ermöglichen.

Die ganze Aktion muß, nach dieser Meldung zu urteilen, bereits vor dem Abschluß stehen, so daß es als nicht unwahrscheinlich erscheint, daß wir Wilhelm im Frühling bereits als Gast in Homburg werden begrüßen können.

Die Rebellion der Zentrumsarbeiter

Kein Rücktritt Stegerwalds / Der Friede im Parteivorstand gesichert

Die von uns gestern gebrachte Rede des Zentrumsführers Imbusch hat insbesondere in den Zentrumskreisen, die dem Bürgerblockkanzler Marx nahestehen, Entrüstung hervorgerufen. Die „Germania" schreibt: „Ton und Form der gegen Marx erhobenen Angriffe schießen weit über das Ziel hinaus und können in keinem Falle gebilligt werden." Aber auch dieses Blatt kann nicht verheimlichen, daß zwischen der Zentrumsleitung und der christlichen Arbeiterschaft schwere Differenzen bestehen und muß zugeben, daß diese Differenzen in der Hauptsache aus der sozialen Lage der Arbeiterschaft entsprungen sind, für die der Bürgerblock die ausschließliche Verantwortung trägt.

Schon seit Wochen nehmen die Führer der christlichen Gewerkschaften, vor allem Stegerwald und Imbusch gegen die Zentrumsparteileitung Stellung, mit dem ausgesprochenen Zweck, die christliche Arbeiterschaft auch weiterhin beim Zentrum festzuhalten. In raffinierter Weise versuchte Imbusch eine gewisse beamtenfeindliche Stimmung der Zentrumsarbeiter zu diesem Zweck auszunützen.

Schon seit Jahren betreibt Wirth eine „Opposition" gegen die Politik des Zentrums, ohne daß es bisher zu wirklichen Entscheidungen gekommen wäre. Durch diese Taktik verstehen es die christlichen Gewerkschaftsführer glänzend, mit scheinbar radikalen Phrasen den Unwillen der katholischen Arbeiter gegen die Zentrumspolitik und den Bürgerblockkanzler Marx in unschädliche Bahnen zu lenken.

Die christlichen Gewerkschaftsführer sind zu einer derartigen Taktik gezwungen, weil die Linksbewegung, die sich auch unter den katholischen Arbeitern vollzieht, immer größer wird und mit zunehmender Radikalisierung der christlichen Arbeiterschaft auch das Klassenbewußtsein wächst.

Daß die Differenzen innerhalb der Zentrumsbewegung nicht allzutief gehend sind, geht auch aus Meldungen hervor, daß zwar Stegerwald der Vorsitzende der christlichen Gewerkschaften, sein Amt als 2. Vorsitzender der Zentrumspartei niederlegen will, ohne diesen Entschluß jedoch bisher der Parteileitung definitiv mitzuteilen. Der Parteivorstand des Zentrums wird sich nunmehr am Mittwoch mit der durch das Auftreten der christlichen Arbeiterführer geschaffenen Lage beschäftigen. Eine völlige Einigung ist zu erwarten.

Auch die bayerische christliche Arbeiterschaft befindet sich in starker Opposition zur Leitung der Bayerischen Volkspartei. Dies kam auf einer Parteikonferenz der Landesgruppe der Arbeiter und Angestellten der Bayerischen Volkspartei die am vergangenen Sonntag in München tagte, zum Ausdruck. Der Abgeordnete Schwarzer mimte genau wie Imbusch mit starker Entrüstung Opposition gegen die Parteileitung und erklärte, **„die christliche Arbeiterschaft habe bereits manches Opfer auf sich genommen. Man möge aber vor lauter Ueberhebung und Selbsteinschätzung nicht die große Bedeutung der christlichen Arbeitnehmer übersehen, ohne welche die Bayerische Volkspartei nicht ihre heute ausschlaggebende Bedeutung hätte".** Die Tagung fordert dann, ebenfalls wie Imbusch, die Aufstellung eigener Arbeiterkandidaten und verlangt für Oberbayern allein im künftigen Landtag 3 Mandate. Durch den Baron Hirsch, dem Vorsitzenden des Kreisverbandes Oberbayern, wurde lediglich der christlichen Arbeiterschaft eine auf alle Fälle sichere Kandidatur Oswalds versprochen. Voraussetzung sei allerdings, daß Oswald außer im Stimmkreis Ingolstadt auch im Stimmkreis Ebersberg aufgestellt werde, was die Parteileitung jedoch noch nicht zugesichert habe.

Aus diesen Meldungen geht hervor, wie groß bereits die Differenzen zwischen der Führung der Bayerischen Volkspartei und des Zentrums und der christlichen Arbeiterschaft ist. **Das gemeinsame Ziel aller Arbeiter, gleichgültig ob es sich um christliche, sozialdemokratische, kommunistische oder indifferente handelt, kann nur erreicht werden, wenn sich die uns heute noch fern stehenden Arbeiter, ganz besonders aber die christliche Arbeiterschaft, mit uns vereinigt zu einer gemeinsamen proletarischen Offensive gegen die Ausbeuter und gegen den Bürgerblock.**

Die Länderkonferenz in Berlin

Die Vorschläge, die Petersen am Schlusse seines Referats am ersten Verhandlungstag machte, decken sich im Allgemeinen mit den im „Notprogramm" und im Programm des „Bundes zur Schaffung des neuen Reiches" bereits verkündeten Diktatur-Programms der deutschen Bourgeoisie: Stärkung der Stellung des Reichspräsidenten, der Reichsregierung, Abbau der Parlamentsrechte, Stärkung der Reichsgewalt usw.

Im Anschlusse an das Referat des Hamburger Bürgermeisters sprach der württembergische Staatspräsident, der Deutschnationale Bazille. Seine Ausführungen bewegten sich hauptsächlich in den Gedankengängen, die die bayerische Arbeiterschaft zur genüge als die partikularistischeschen Gedanken des bayerischen Regierungsfaschismus kennt. Er machte sich auch die Forderungen der bayerischen Regierung auf Herstellung einer eigenen Finanzhoheit der Länder und Wiederherstellung der Steuerhoheit zu eigen und glaubte nachweisen zu können, daß die Krankheit unter der die Steuerzahler zu leiden haben, nicht in der Existenz der Länder und den kostspieligen Einrichtungen ihrer Verwaltung liegt, sondern allein in der Reichsverfassung, die abgeändert werden müsse. Er stellte eine Reihe von Forderungen auf, die sich gegen das unitarische und für das föderative Staatsprinzip erklären.

Nach ihm sprach der bayerische Ministerpräsident Held über das Thema: „Reich und Länder". Er stehe auf einem völlig entgegengesetzten Standpunkt, wie der erste Referent. Held suchte nachzuweisen, daß die Kosten der Länderregierungen auch bei einer Vereinheitlichung nicht wesentlich geringer würden. Man solle sich zunächst damit befassen, die Mängel der Weimarer Verfassung zu beseitigen. Auf die Erhaltung der Eigenstaatlichkeit in einem Lande müsse Rücksicht genommen werden. Held stellte folgende Forderungen auf: **Verfassungsautonomie der Länder und ihre Sicherung, Gebietsautonomie der Länder, Einschränkung der Gesetzgebungsrechte des Reiches, Sicherstellung der Länderverwaltung gegen Eingriffe der Reichsverwaltung, Wiederherstellung einer größeren finanziellen Selbstständigkeit** der Länder durch eine Ausscheidung der Steuerquellen und Rückübertragung der Steuerverwaltung, ein Finanzausgleich, der die Erhaltung der Länderselbstständigkeit ermögliche, Ausbau des Reichsrates als Gesetzgebungsfaktor und verfassungsmäßige Sicherung aller dieser Rechte der Länder. Held hält aber eine durchgreifende Revision der Verfassung in diesem föderalistischem Sinne zurzeit noch nicht für möglich. Er will sich mit einem Mindestprogramm das ohne Verfassungsänderung durchzuführen ist, begnügen. Das Hauptgewicht legt er dabei auf eine Verbesserung des Finanzausgleiches und den Ausbau der Zuständigkeiten der Länder. Seine Gedankengänge erschöpfen sich in der Hauptsache in dem öden und wenig neue Gedanken verratenden Aufruf: „Der Kampf um Bayern" zu dem wir bereits gestern Stellung nahmen.

Nach Held sprach der Sozialdemokrat und preußische Ministerpräsident Braun, der den von der Sozialdemokratie propagierten Einheitsstaat in jeder Beziehung vertrat.

In der Diskussion, die gestern vormittag aufgenommen wurde, nahm als erster Redner der sächsische Ministerpräsident Heldt das Wort zu längeren Ausführungen. Er ist ebenfalls Anhänger des Einheitsstaates. Nach ihm sprach der thüringische Staatsminister Leuthäußer, der hessische Staatspräsident Ulrich, der badische Staatspräsident Remmele und die Vertreter Preußens, Oldenburgs und am Schluß der preußische Finanzminister Höpker-Aschoff.

Die Konferenz soll noch drei Tage dauern. Wir werden nach ihrem Abschlusse eingehend zu ihren Ergebnissen Stellung nehmen.

Moskau in Sibirien

Bürgerlich-sozialdemokratische Geographie

Die große „Sensation" der bürgerlichen und sozialdemokratischen Zeitungen über die „Verschickung der Opposition nach Sibirien" nimmt, nachdem sie die tollsten Blüten gezeitigt hat, ein schmähliches Ende. Sie enthüllt sich als ein antibolschewistischer Schwindel. Uebrig bleibt von ihr nur eine Reihe gänzlich unsensationeller Tatsachen, in erster Linie die, daß eine Reihe oppositioneller Führer von der Sowjetregierung an verschiedenen Orten der Sowjetunion Verwaltungsposten und Anstellungen untergeordneten Grades erhalten haben. Die bürgerlichen Zeitungen müssen jetzt zugeben, daß ihre Meldungen über die „Verbannung" „übertrieben" gewesen seien. So meldet die „Kölnische Zeitung" in ihrer Abendausgabe vom Samstag, daß sowohl Trotzki als auch Sinowjew sich noch in Moskau befinden. Trotzki habe um die Ausreiseerlaubnis ins Ausland nachgesucht, aber noch keine Antwort auf sein Gesuch erhalten, während Sinowjew krank darniederliegt. Selbst der „Vorwärts" gibt in seiner Freitag-Morgen-Ausgabe zu, daß es Trotzki garnicht so schlecht gehe. Vor allem seine materiellen Verhältnisse seien nicht so dürftig. Er habe Einkünfte vom Staatsverlag, in dem seine Werke erschienen sind, von denen er bis zu 200 Rubel (gleich 400 Mark) im Monat beziehe. Der „Vorwärts" muß auch zugeben, daß sich Radek ebenfalls noch in Moskau befindet und in seiner Wohnung sogar Besuche empfange.

Diese Meldungen stehen in schroffem Gegensatz zu denen, die die bürgerliche und sozialdemokratische Presse noch vor wenigen Tagen mit großem moralischem Pathos in die Welt posaunt haben und nach denen Trotzki in Astrachan, Kamenew und Radek in Tobolsk, Sinowjew im Ural usw. sich befinden sollten.

Durch die ganze sozialdemokratische Provinzpresse ging in den letzten Tagen ein Bild, das eine sibirische Eislandschaft darstellt, durch die die Oppositionellen von peitschenschwingenden Rotarmisten gejagt werden. Nun ist es mit der ganzen Hetze Essig, was natürlich nicht bedeutet, daß nicht in den nächsten Tagen wieder neue Schwindelmeldungen erscheinen werden, die vor allem vom Suhler „Volkswillen", dem gestohlenen Organ der Maslow-Leute, das den antibolschewistischen Nachrichtendienst der bürgerlich-sozialdemokratischen Presse übernommen hat, geliefert werden.

Die Hetze ist noch nicht zu Ende und sie wird auch nicht zu Ende gehen, sie ist ein Lebenselement aller Antibolschewisten, Noskesozialisten und Maslow-Renegaten. Die Sowjetunion wird sich davon nicht stören lassen, sie wird die notwendigen und gerechten Maßnahmen gegen alle jene weiter zur Durchführung bringen, die das Werk des sozialistischen Aufbaues und der Verteidigung des Sowjetstaates gegen Imperialismus und Konterrevolution gefährden.

Glänzender Erfolg

der [illegible]

Naumburg, 16. Jan.

Am Sonntag wurden 3 KPD. und 1 SPD.-Mann in den Vorstand des Bauarbeiterverbandes gewählt. Bisher war die SPD. am Ruder. Die Steinarbeiter, Metallarbeiter, der Verkehrsbund und die Schuhmacher sind von der Opposition besetzt.

Scharnagl und Geßlers Korruptionsunternehmen

Ein städtisches Darlehen von 50000 Mark für das Osterkorn'sche Archiv für Politik und Wirtschaft

München, 16. Jan.

In unserer Nummer vom 3. Januar **haben** wir eine Meldung des Berliner „Montag Morgen" gebracht, nach der Herr Geßler seit den Inflationsjahren in München den „Süddeutschen Zeitungs-Dienst" mit Geldern des Reichswehrministeriums unterstützt hat. Der Leiter dieses Zeitungsdienstes war der ehemalige demokratische Generalsekretär Osterkorn. Der „Süddeutsche Zeitungsdienst" lieferte 120 bayerischen und außerbayerischen Blättern, darunter **sämtliche Organe der Bayerischen Volkspartei**, sein Material. Herr Osterkorn verhandelte des öfteren mit Geßler in Berlin und an anderen Orten und brachte jedesmal Schecks in Höhe von Zehntausenden von Mark nach Hause.

Im Sommer 1926 gab es dann zwischen Geßler und seinem Münchener Vertrauensmann Osterkorn einen Krach, der zum Bruch zwischen den beiden führte. Die Summen die Geßler insgesamt an das Osternkorn'sche Unternehmen zahlte, erreichten die Höhe von über **200 000 Mark.**

Diese Meldung des „Montag Morgen" wurde durch eine Erklärung des Reichswehrministeriums in allen Teilen bestätigt. Danach steht es fest, daß mit Geldern des Reichswehrministeriums ein Korrespondenz-Büro unterstützt wurde, das seit den Jahren der Gründung bis noch in die allerletzte Zeit hinein **den schärfsten Kampf gegen die Reichseinheit** geführt hatte.

Nachdem Herrn Osterkorn durch den Krach mit Geßler die Goldströme aus dem Reichswehrministerium verschlossen waren, suchte er nach anderen Quellen herum. Er fand sie dort, wo bisher seine größten Abnehmer waren: Bei der Bayerischen Volkspartei. Wir erfahren folgende Tatsachen, die ein bezeichnendes Schlaglicht auf die Korruptionunternehmungen der Herren Geßler und Osterkorn und ihren Beziehungen zur Bayerischen Volkspartei werfen:

Der ehemalige Generalsekretär Osterkorn hatte außer seinem „Süddeutschen Zeitungsdienst" noch ein zweites Unternehmen, das unter dem Namen **„Zentral-Archiv für Politik und Wirtschaft"** mit einem außerordentlich großen Stab von Mitarbeitern arbeitete. Infolge des Kraches mit Geßler sah sich Osterkorn gezwungen, auch für dieses Archiv eine neue Finanzbasis zu suchen. Unter Führung des Münchener Oberbürgermeisters Scharnagl fand Anfangs des Jahres 1927 in der Handelskammer vor geladenen Gästen aus Handel, Industrie und Behörden eine Aussprache statt, in der man sich darüber einigte, dem Osterkornschen Unternehmen

ein Darlehen in Höhe von 50 000 Mark

zu gewähren. Damals traten beide Bürgermeister in öffentlichen Kundgebungen für die Güte des Osterkorn'schen Unternehmens ein. Bei der Finanzlage beider Unternehmen, sowohl des „Süddeutschen Zeitungs-Dienstes" als auch des „Zentral-Archivs für Politik und Wirtschaft" scheint uns aber, daß auch diese 50 000 Mark genau so, wie die 200 000 Mark des Reichswehrministeriums zur Korrumpierung der öffentlichen Meinung hinausgepulvert worden sind.

Nachdem in der vorhin erwähnten Interessentensitzung grundsätzlich die Bewilligung des Darlehens beschlossen war, hat auch der **Sparkassenausschuß des Münchener Stadtrats in einer Sitzung im März 1927 auf einen Antrag des Zentralarchivs für Politik und Wirtschaft um Bewilligung eines Kredits von 60 000 Mark auf Vorschlag des Referenten einstimmig beschlossen, aus Mitteln der städtischen Sparkasse (!!) dem Unternehmen 50 000 Mark als Darlehen zu gewähren.**

Diese Tatsachen beweisen die engen, Verbindungen die zwischen der B. V. und den von Geßler finanzierten und unterstützten Unternehmungen bestehen. Denn trotzdem Geßler seinem Freunde Osterkorn Kredite und Freundschaft kündigte, verfolgt dieser natürlich die alte gegen das Reich gerichtete Politik weiter. Diese Politik wird nicht nur, wie das zum Beispiel bei der „Staatszeitung" der Fall ist, aus staatlichen, sondern wie das in diesem Falle ist, aus Gemeindemitteln finanziert. Daß Scharnagl, der Münchener Bäckermeister, sich persönlich für dieses Korruptionsunternehmen einsetzte, beweist, wie er seine Aufgabe betrachtet.

Aber nicht nur Scharnagl, auch der Münchener Stadtrat, der mindestens der Sparkassenausschuß ist für dieses zum Fenster hinaus geworfene Darlehen verantwortlich. Wir richten an den Stadtrat die Frage:

Mit welchen Gegenwerten hat der Stadtrat die ausgeliehenen Sparkassengelder bei dem Osterkorn'schen Unternehmen gesichert?

Hat der Stadtrat sich irgend welchen Einfluß auf die Geschäftsführung des ihm verschuldeten Unternehmen gesichert?

Wir glauben es nicht. Denn so wie Geßler seine 200 000 Mark, so gab Scharnagl die 50 000 Mark aus den Sparkassengroschen der Münchener Bevölkerung an das Osterkorn'sche Archiv. **Herr Scharnagl und seine Freunde bezahlen nicht die 50 000 Mark.** Aber die Münchener Bevölkerung, aus deren Taschen die 50 000 Mark für dieses Korruptionsunternehmen gezogen wurden, verlangt in aller Oeffentlichkeit Rechenschaft über die Verhandlungen in der Dunkelkammer des Ausschusses, damit die Schuldigen für diese Verschleuderung ihrer Gelder zur Verantwortung gezogen werden können.

Amerikanische Bomben gegen Nicaragua

WTB. Managua, 15. Jan.

Bei dem Angriff eines Marinefluggeschwaders auf die Festung des Generals Sandino, El Chipote, bei der die Flugzeuge teilweise Handgranaten benutzten, wurden 40 Aufständische getötet.

WTB. Managua, 16. Jan.

Die amerikanischen Operationen in Nicaragua gegen Sandino sollen vorzugsweise mit Hilfe von Flugzeugen fortgeführt werden, da man befürchtet, das Marinekorps werde, falls es eingesetzt würde, in einen Hinterhalt geraten.

Herr Coolidge der Präsident des Dollarimperialismus, ist mit einer großen Delegation zu der panamerikanischen Konferenz nach Havana gereist. Um seiner Reise die nötige Sensation zu geben, hat er vorher veranlaßt, daß in Havana ein angebliches „Attentat" gegen ihn entdeckt worden sein soll, bei dem auf seine Anweisung angeblich 3 Russen verhaftet wurden. Außerdem hat sich Coolidge mit einer riesigen Schutzwache umgeben.

In der ganzen südamerikanischen Presse wird die panamerikanische Konferenz sehr rege diskutiert. Die Amerikaner fürchten, daß von Seiten kleinerer süd- und mittelamerikanischer Staaten Angriffe gegen die imperialistische Politik der Vereinigten Staaten gerichtet werden können. Doch die nordamerikanische Delegation, die aus 86 Personen besteht, ist bereit, mit allen wirtschaftlichen und diplomatischen Druckmitteln eine solche Diskussion zu verhindern.

Englisch-amerikanischer Petroleumkrieg

Neuyork, 16. Jan.

Zwischen der Standard Oil-Gesellschaft und der englischen Royal-Shellgruppe, ist ein offener Wirtschaftskrieg ausgebrochen. Die amerikanische Standard-Oil gibt eine Erklärung heraus, in der es heißt, daß sie sich von dem indischen Markt nicht verdrängen lassen und ihre **Abkommen mit dem russischen Petroleum-Syndikat** einhalten werde.

Deutsch-französisches Ausfuhrsyndikat gegen die Sowjetunion

Paris, 16. Jan.

Die Ausführungen des früheren Ministers de Monzie über die Notwendigkeit der Beseitigung der Konkurrenz zwischen deutschen und französischen Kapitalisten bei dem Geschäft mit der Sowjetunion, werden dahin berichtigt, daß de Monzie erklärte, daß zurzeit Verhandlungen über die Bildung eines deutsch-französischen Ausfuhrsyndikats für die Sowjetunion bestehen. Die Verhandlungen, die schon sehr weit gefördert sind, stehen unter der Leitung des französischen Ministers Clementel.

Kommunistenrazzia in Kowno

Berlin, 16. Jan.

Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung" aus Kowno hat die litauische Polizei in den letzten Tagen umfangreiche Haussuchungen bei Kommunisten vorgenommen. Angeblich soll wieder einmal eine kommunistische Geheimorganisation aufgedeckt worden sein. Die Verhafteten, deren Zahl zusammen mit den in der Provinz verhafteten 27 beträgt, sollen vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

Arbeitskämpfe in der englischen Industrie

London, 17. Jan.

Nach einer Meldung des „Times" finden gegenwärtig in der Schiffsbau- und Metallindustrie Verhandlungen über Lohnforderungen der Arbeiter statt. Die Unternehmer verlangen eine Verlängerung der Arbeitswoche auf 52¼ Stunden und eine Verkürzung der Löhne um 25 Prozent.

Die Sitzung des I.G.B.-Ausschusses

Berlin, 17. Jan.

Heute vormittag trat im Bundeshaus des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes der Vorstand des „Internationalen Gewerkschafts-Bundes" zu seiner ersten Sitzung in Berlin zusammen. Anwesend waren Jouhaux von Frankreich, Mertens von Belgien, Madsen von Dänemark, Tayerle von der Tschechoslowakei, Leipart von Deutschland und als Sekretär des Amtsterdamer Büros Sassenbach.

Der „Vorwärts" bemerkt dazu: „Die Verhandlungen sind natürlich nicht öffentlich und dürften hauptsächlich der Vorbereitung der morgen vormittag beginnenden Ausschußsitzung dienen, an der auch die Internationalen Berufssekretäre teilnehmen werden."

Nun beginnt also hinter den Kulissen die Schieberei zur Besetzung des Internationalen Sekretär-Postens und zur Bestimmung des neuen Sitzes des Sekretariats. Gleichzeitig werden in den vertraulichen Besprechungen jene Maßnahmen beraten, die auf einen verschärften Kampf gegen die wachsenden Linksströmungen in den internationalen Gewerkschafts-Organisationen und auf die rücksichtslose Bekämpfung jeglicher Verbindungen mit den Sowjet-Gewerkschaften hinzielen.

Faschistenprovokation in Breslau

Breslau, 17. Jan.

Im Anschluß an eine Versammlung des Tannenbergbundes, kam es durch Provokationen der Mitglieder des Tannenbergbundes gegen die zahlreich anwesenden Arbeiter nach Schluß der Versammlung auf der Straße zu Zusammenstößen. Die Polizei ging ebenfalls gegen die Arbeiter vor und hieb mit Gummiknüppeln wahllos auf die sich gegen die faschistische Provokation wehrenden Arbeiter ein. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen, doch liegt bis jetzt keine Meldung darüber vor, daß auch die Urheber des Zusammenstoßes von der Polizei verhaftet worden wären.

Dorfsowjet in Urleika

Von O. P. Runowa und S. J. Tschugunow

27)

Unsere Waren werden billiger. Das bedeutet, daß wir mehr Waren haben und ihre Produktion billiger wird, weniger Rohmaterial und Heizstoffe verbraucht werden. Der Arbeiter produziert mehr als früher. Und auf diesem Wege werden wir eben weitergehen.

Bulanow kehrte immer wieder zu dem Thema zurück, das ihn am meisten interessierte. — Ja so... das kann man verstehen, aber manche sagen, daß die Arbeiter die ersten sein wollen, um uns Bauern in ihre Faust zu bekommen. Das heißt, sie wollen, daß wir nicht lernen sollen, daß wir nackt und barfuß bleiben und nur für die Arbeiter arbeiten.

Seid ihr aber komisch! Denkt doch nur nach: wer würde unsere Maschinen, unsere Manufakturen, alle unsere Produkte kaufen, wenn ihr nackt und bettelarm wäret. Nein, Genossen! Nur zusammen! Nur zusammen werden wir ein schönes, frohes Leben erreichen! Je mehr ihr Getreide, Fleisch, Leder, Hanf erzeugen werdet, umso besser werdet ihr leben können und umso billiger wird auch das Leben für den Arbeiter sein. Und wenn sich das Leben verbilligen wird, und ihr eure Rohprodukte den Fabriken billiger liefern könnt, so werden auch die fertigen Produkte billiger werden. Beide gewinnen nur dabei. Uns geht es schlecht ohne euch, aber auch euch geht es nicht gut ohne uns.

Der Arbeiter kann ohne den Bauer nicht leben, aber der Bauer kann ohne Arbeiter existieren so lange er will, erwiderte Bulanow.

— Wenn man das so verstehen kann, daß der Arbeiter sich nicht von eisernen Nägeln ernähren kann, die er fabriziert, der Bauer aber selbstgewebte Stoffe anziehen und mit einem Holzpflug die Erde aufpflügen kann, so ist das richtig und wahr. Was hätte aber der Bauer für ein Leben, wenn er alles, was er braucht, selber produzieren würde? Und wieviel Zeit brauchte er zu dieser Arbeit? Das hieße, nicht nur nicht vorwärts kommen, sondern zu der Zeit zurückkehren, in der die Menschen noch halbwild waren und keine Maschinen kannten.

Warum antwortest du nicht, Bulanow? Hat dir Jeliferij Konstantinowitsch nicht gesagt, was du zu antworten hast?

Aber nein, Genossen. Jeliferij Konstantinowitsch kann mir wirklich einmal erklärt haben: niemals werdet ihr mit den Arbeitern einig werden; die Arbeiter müssen und wollen ihre Ware so teuer wie möglich verkaufen, und bei dir möchten sie möglichst billig einkaufen, ja, fast umsonst... und du, Bauer, du wünschest das Gegenteil: deine Ware möglichst teuer und seine möglichst billig zu kaufen.

Und wer ist dieser Jeliferij Konstantinowitsch? Ist er Kaufmann?

Ja selbstverständlich. Wie hast du das erraten?

Es ist nicht schwer zu erraten. Ihr versteht doch selber, was für einen Unsinn er schwätzt. Nein, Genossen, das ist nicht wahr. Schon vor zwanzig Jahren haben die Führer unseres Proletariats gelehrt, daß die Arbeiter und Bauern nur in engster Freundschaft und in engstem Zusammenschlusse sich von den Gutsbesitzern und Kapitalisten befreien werden, um ein wirkliches, gutes Leben aufzubauen.

Die Versammlungen und Unterhaltungen mit den „Paten" wurden von Tag zu Tag lebhafter und lehrreicher. Die Bauern interessierten sich immer wieder für dieselben Fragen: für den Arbeitslohn, für die hohen Preise der Industrieprodukte und dafür, wer leichter und besser lebe, der Bauer oder der Arbeiter. Die Arbeiter antworteten auf alle Fragen.

— Wie habt ihr von uns erfahren? Wieso seid ihr nach Urleika gekommen? fragten die Bauern.

Jede Fabrik hat jetzt die Patenschaft über ein Dorf übernommen, und wir kennen den Genossen Golubinow, wir haben über euren Dorfsowjet viel gehört und gelesen und sind deshalb hergekommen.

Die jungkommunistischen Arbeiter arbeiteten emsig, sie hielten Vorträge und machten die Bauernjugend mit der jungkommunistischen Arbeit bekannt. Mit vereinten Kräften arrangierten sie zwei Abende und einen Maskenzug, etwas, was Urleika noch nie gesehen hatte. Das ganze Dorf versammelte sich, um diese Maskerade anzuschauen. Hundertjährige Männer und Weiblein krochen aus ihren Hütten. Alle unterhielten sich und lachten darüber, wie ein Polizist mit seinem Säbel, ein Herr mit seinem Zylinder, ein dickbäuchiger Kaufmann und ein rothaariger, dicker Pope auf ärmlich angezogenen Bauern und Arbeitern herumritten, wie die Armen stöhnten und ächzten, sich duckten, aber sie immer nur zur Hälfte hinunter warfen.

Der Pope, der Herr, der Kaufmann, der Polizist sprangen immer wieder auf die Schultern der Bauern und Arbeiter. Endlich warf man alle vier, von einem Höllengelächter begleitet, in einen Schneehaufen und bombardierte sie mit Schneebällen. Sie rissen sich los und liefen davon.

Die jungkommunistischen Arbeiter hatten den Jungkommunisten von Urleika vor, sich der elternlosen und verwahrlosten Kinder anzunehmen. Die Jahre des imperialistischen und des Bürgerkrieges, Hunger, Typhus und Zerrüttung verschiedenster Art hatten Hunderte und Tausende verwahrloster Kinder auf die Straße geworfen. Der Staat und die Gesellschaft mußten sich ihrer annehmen. Es waren auch in Urleika heimatlose Kinder, aber in der Stadt waren noch viel, viel mehr. Und die Urleiker Kommunisten beschlossen: den Bauern vorzuschlagen, die Urleiker verwahrlosten Kinder und einige aus der Stadt in ihre Familien aufzunehmen, sie zu ernähren, zu unterrichten, sie zu kleiden — wie ihre eigenen Kinder. Dafür sollten die Kinder ihren Pflegeeltern in allen landwirtschaftlichen und Hausarbeiten behilflich sein.

(Fortsetzung folgt.)

Der Etat der Kulturreaktion

Aus den Verhandlungen des bayerischen Landtages

Im Staatshaushaltausschuß des bayerischen Landtages nahm Freitag vormittags die Beratung des sehr umfangreichen Etats des Ministeriums für Unterricht und Kultus ihren Anfang.

Von den bürgerlichen Parteien wurden die Verdienste des zurückgetretenen Ministers Matt herausgestrichen und der neue Minister Goldenberger wurde mit ermunternder Anerkennung begrüßt. Auch der Vertreter der Sozialdemokratie fügte seiner im ganzen ablehnenden Kritik einige Artigkeiten und Komplimente für den alten und neuen Minister hinzu.

Im Namen der kommunistischen Fraktion erklärte Genosse **Mager**, daß wir dem neuen Minister dasselbe Mißtrauen entgegenbringen, wie dem alten, da er ebensowenig wie der frühere etwas anders sein könne, als ein Vertreter der Bayerischen Volkspartei, die unter allen bürgerlichen Parteien die ärgste Widersacherin jedes Kulturfortschritts sei. Die Tatsache, daß der neue Minister gerade von den Anhängern der Konkordatsschule nämlich vom katholischen Elternverein, so hoffnungsfroh und so vertrauensvoll begrüßt werde, sei für uns ein ganz besonderer Grund zum Mißtrauen. Wir müßten ihm deswegen ebenso wie seinem Vorgänger das Gehalt verweigern. Außerdem aber lehnen wir den Gesamtetat ab, da er deutlich den Stempel des Klassenstaates und des Konkordats trage.

Das Gehalt des Ministers wurde dann gegen die Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und christlich-sozialen Partei **bewilligt**.

Zum Kapitel Landesuniversitäten lag ein Antrag unserer Fraktion auf Errichtung je eines Lehrstuhles für Gesellschaftswissenschaft auf der Grundlage des historischen Materialismus an jeder der drei Landesuniversitäten vor.

Bei der Begründung dieses Antrages führte Genosse Mager aus, daß in Sowjetrußland die Wissenschaft gefördert werde, wie in keinem anderen Lande der Welt. Unsere Universitäten dagegen seien rückständig ganz besonders auf dem Gebiete der neuesten und für die Politik wichtigsten Wissenschaft, der Gesellschaftslehre oder Soziologie. Die Angst der bürgerlichen Gesellschaft vor dieser Wissenschaft sei allerdings nicht unbegründet, denn gerade diese Wissenschaft entreißt der bürgerlichen politischen Ideologie jede Beweiskraft und führe zwingend zum Kommunismus. Die bisherige Behandlungsart der Geschichte an unseren Universitäten sei die längst veraltete, die der feudalen Zeit angepaßt war. Diese Geschichtsauffassung die sogenannte idealistische oder heroische sei gerade durch den Weltkrieg glänzend widerlegt und seitdem unhaltbar geworden. Ein Institut, das auf diesem längst überwundenen Standpunkt verharrt, könne keinen Anspruch auf Wissenschaftlichkeit machen und diene statt dem wissenschaftlichen Fortschritt der Kulturreaktion. Die Herrschaft dieser altmodischen Geschichtsmethode an unseren Schulen sei der Grund für die reaktionäre politische Gesinnung unserer sogenannten gebildeten Jugend und der Grund ihrer Verständnislosigkeit für die Rolle des Proletariats in der neuesten Geschichte, was ja auch durch unsere Schulen bezweckt werden soll.

Die bayerischen Metallarbeiter dürfen nicht mitreden!

Glade verhindert Stellungnahme zu den Lohnverhandlungen

München, 17. Jan.

Seit dem Stattfinden des Verbandstages im Jahre 1926 hatten die Münchener Mitglieder des DMV. keine Gelegenheit, in einer **Mitgliederversammlung** zu den Lohn- und Arbeitszeitbedingungen Stellung zu nehmen. Jetzt befinden sich seit über zwei Wochen 60 000 bayerische Metallarbeiter in einer Lohnbewegung, deren Ausgang für alle in der Metallindustrie und darüber hinaus in anderen Industrien beschäftigten Arbeiter von ausschlaggebender Bedeutung ist. Man sollte glauben, daß angesichts dieser Tatsachen die Aufgabe des DMV. darin bestände, seine Mitglieder mobil zu machen, damit diese selbst über die einzuschlagende Taktik beschließen können. Doch wer diese Selbstverständlichkeit annahm, wurde durch den Verlauf der am Montag, den 16. Januar im Mathäser tagenden Mitgliederversammlung des DMV. eines besseren belehrt.

Gleich zu Beginn der Versammlung beantragte der Genosse **Beer**, daß nach dem Referat des Verbandsvorsitzenden **Brandes** zu der Lohnbewegung in der bayerischen Großeisenindustrie Stellung genommen würde. Der Bevollmächtigte **Glade** brachte es fertig, diesen Antrag mit der Begründung abzulehnen, daß in der Mitgliederversammlung auch andere Branchen vertreten seien, die an einer solchen Debatte **kein Interesse** haben. Trotz dieser Ablehnung ergab sich bei der Abstimmung eine Mehrheit **für** den Antrag. Aber Glade fühlte sich wieder einmal veranlaßt, die Abstimmung zu korrigieren und erklärte den Antrag für **abgelehnt**.

Und nun stieg die Attraktion des Tages. **Brandes** hielt eine lange **Wahlrede** für die SPD., ohne auch nur etwas Neues über den Kampf der Metallarbeiter im Reich und in Bayern zu berichten. Er betonte ausdrücklich, daß er über die im bayerischen Metallarbeiterkampf einzuschlagende Taktik **nichts sagen** könne, da auch Kollegen von einer anderen Richtung anwesend seien.

In der **Diskussion** kennzeichnete Genosse **Beimler** den ganzen Bankrott der sozialdemokratischen Gewerkschaftspolitik. Solange die Ortsverwaltung der Ansicht ist, daß eine Lohnbewegung in der bayerischen Großeisenindustrie die Mitglieder anderer Branchen nicht interessiert, ist es kein Wunder, wenn jede Bewegung im Sande verläuft. Es ist ein billiges Argument, immer wieder zu erklären, daß die geringe Zahl der Organisierten die Einleitung einer Bewegung verhindert. Man muß den Verbandsvorstand schon fragen, was er getan hat, als der Verband in der Hüttenindustrie 147 000 Mitglieder zählte. Wenn man sich auf den Standpunkt des Referenten stellt, dann muß man sagen: „Heute können wir nicht streiken, weil zu wenig organisiert sind; damals konnten wir es nicht, weil zu viele organisiert waren."

Der Redner wies weiter auf den Ausspruch **Leiparts** auf dem Verbandstag der Metallarbeiter hin, nachdem die Gewerkschaftsführer „jederzeit bereit waren und sind, **die besonderen Interessen der Arbeiterschaft zurückzustellen, zu Gunsten der allgemeinen Interessen des ganzen Volkes**". Mit diesen „allgemeinen Interessen" des ganzen Volkes, begründen die Unternehmer in ihrem **Notprogramm** auch die Notwendigkeit des Abbaues der sozialen Lasten. Bei einer solchen Einstellung kam der Verbandsvorstand auch dazu, den Beschluß der erweiterten Beiratssitzung, den Achtstundentag auch mit dem „Mittel der **Arbeitsniederlegung**" zu erreichen, nicht durchzuführen. Aber heute stellt sich Brandes hin und erklärt, daß der Schiedsspruch „ein **Fortschritt** für die Arbeiterschaft sei, der nur ausgebaut zu werden brauche".

Nachdem der Genosse Beimler seine Rede unter stürmischem Beifall beendet hatte, stellte Kollege **Ott** den Antrag auf Schluß der Debatte, um wenigstens jetzt noch Stellung zu dem Lohnkampf zu nehmen. Genosse Beer wies noch darauf hin, daß die Opposition nur für Schluß der Debatte ist, wenn tatsächlich danach über unsere Verbandsangelegenheiten gesprochen wird. Die Erklärung Glades, daß der Antrag Beer am Anfang bereits abgelehnt wurde, veranlaßte die überwiegende Mehrheit, **gegen** den Schluß der Debatte zu stimmen. Und wieder brachte Glade den Mut auf, den Antrag für Schluß der Debatte für angenommen zu erklären. Auf diese ungeheuerliche Provokation hin, bemächtigte sich des größten Teiles der Versammlung eine **große Erregung**.

Spontan verließ die Hälfte der versammelten Metallarbeiter den Saal.

In seinem Schlußwort sprach der Referent noch über nebensächliche Fragen, ohne auch nur mit einem Wort auf die Kritik des Genossen Beimler einzugehen.

*

Diese Stellungnahme der Verbandsbürokratie beweist, daß sie mit allen Mitteln einen Kampf der bayerischen Metallarbeiter **verhindern** will. Dazu ist Glade und seinen Freunden jedes Mittel recht, und wenn es selbst eine **Fälschung der Abstimmungsresultate** ist. Aber nun erst recht müssen die Metallarbeiter von sich aus zu ihrer Lohnbewegung Stellung nehmen. In allen Betrieben müssen jetzt **Betriebsversammlungen** organisiert werden, in denen von der Leitung des DMV. die Herausgabe der **Streikparole** verlangt wird. **Nicht in den Dunkelkammern der Schlichtungsausschüsse, sondern in den Großbetrieben der bayerischen Metallindustrie, wird die Lohnbewegung der bayerischen Metallarbeiter entschieden.**

Bayerische Metallarbeiter! Gebt den Saboteuren Glade und Konsorten die rechte Antwort! Organisiert Betriebsversammlungen! Verlangt Urabstimmung! Arbeitet, um auch die Unorganisierten für den Kampf zu begeistern! Seht auf das Beispiel Euerer Kollegen in Mitteldeutschland, von denen 50 00 wegen Lohnerhöhungen im Kampf stehen. Streik ist die Parole!

Stützels Versammlungsfreiheit

Die Rote Hilfe Deutschlands, Ortsgruppe **München** hatte durch Handzettel und eine Mitteilung in der „Neuen Zeitung" ihre Mitgliedschaft zu einer am Donnerstag, den 5. Januar 1928 stattfindenden **Mitgliederversammlung** in „Kolosseums-Bierhallen" eingeladen, um dort u. a. die an Weihnachten mit einer Bewährungsfrist bis 1935 „amnestierten" Genossen **Lindner** und **Huber** in der „Freiheit" des kgl. republikanischen Freistaates Bayern zu begrüßen. Dabei hatte sich die Rote Hilfe „erlaubt", den Einladungszetteln, die nur an Mitglieder selbst durch die Einkassierer zur Verteilung kamen, den Passus anzuhängen, daß **Nichtmitglieder als Gäste willkommen** seien, um so auch den Familienangehörigen unserer Mitglieder Gelegenheit zu geben, sich an dieser Begrüßungskundgebung zu beteiligen. Wer aber nun glaubt, daß die Worte des Innenministers Stützel über Versammlungsfreiheit ernst zu nehmen seien, der kennt eben Stützel-Manieren noch nicht. Die Polizei hatte nichts Eiligeres zu tun, als ihre Notwendigkeit und Tüchtigkeit dadurch zu beweisen, daß sie diese Versammlung **verbot**, mit einer Begründung, die lange nicht mehr ernst genommen wird und die anmutet wie ein Sprachfehler, der unbewußt immer wieder heruntergeleiert wird.

Die Genossen **Karl** und **Fischer** wurden sofort beim Ministerialrat Zettlmaier vorstellig, der kurzen Prozeß machte und beide an die **Polizeidirektion** verwies. Diese selbst wand sich um eine Begründung zu diesem rigorosen Vorgehen mit einer „geistigen Ueberlegenheit" die ihresgleichen sucht, bis man schließlich doch darauf bestehen blieb, daß eine Versammlung, mit oben bezeichnetem Vermerk eingeladen, unbedingt eine öffentliche Versammlung darstelle, die im Interesse der „Ruhe und Ordnung" zu verbieten sei. Selbst eine Versammlung, durchgeführt mit genauer Mitgliederkontrolle könne man für den gleichen Tag nicht genehmigen, weil sie ja der Roten Hilfe zuviel Schwierigkeiten verursache. Als ob es einer bayerischen Polizeibehörde um unsere Schwierigkeiten zu tun wäre.

Der Abend brachte natürlich das übliche **Polizeiaufgebot**. Diese Beamten dürften sich wohl davon überzeugt haben, daß die Angaben ihres Inspektors am Mittag von 370 Mitgliedern unserer Ortsgruppe München nicht recht stimmen können, denn dauernd kamen und gingen Arbeiter und endlich um ½9 Uhr konnte die Polizei wieder abziehen, während unsere Roten Helfer das Gewerkschaftshaus füllten.

Gerade die vielen **Neuaufnahmen** an diesem Abend geben uns die Gewähr, daß nicht der Kampf der Polizei, sondern der stete Kampf der Roten Hilfe gegen diese Polizeipraktiken, sowie überhaupt die Tätigkeit der Roten Hilfe im Kampfe um die Amnestie, sowie der Unterstützung der Opfer des Klassenkampfes letzten Endes siegreich sein wird. So, wie bis jetzt die Rote Hilfe sowohl in ihrer Leistungsfähigkeit, als auch organisatorischen Stärke gestiegen ist, wird sie weiter erstarken trotz Stützel und Kumpanei.

Jeden Tag eine Zeitungs-Ente

Das ist die Parole der von amtlichen Geldern unterstützten „Bayerischen Staatszeitung". Wohl kein bayerisches Blatt bringt so viel völlig aus den Fingern gesogene Lügen, wie die halbamtliche „Bayerische Staatszeitung".

Einige Beispiele: In ihrer Nummer vom 11. Januar bringt die Staatszeitung folgenden angeblichen Drahtbericht aus Berlin:

„Wie die „**Rote Fahne**" meldet, haben sich die bisherigen **Vorbesprechungen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten über eine gemeinsame taktische Führung des nächsten Wahlkampfes zerschlagen.**"

Die Meldung war vollständig **aus den Staatsfingern gesogen.**

Am nächsten Tag eine neue Ente. Dieses Mal war sie für die Kommunisten etwas schmeichelhafter, aber nichtsdestoweniger völlig aus der Luft gegriffen. Die Staatszeitung meldet nämlich unter ihrer Rubrik: „Das neueste vom Tage", daß die „Kommunistische Partei **Großbritanniens** nach ihrem Jahresbericht für 1927 **1,1 Millionen Mitglieder** umfaßt". Wir bedauern, daß wir diese Zahl berichtigen müssen. Aber in Großbritannien hat bekanntlich die Labour Party noch kaum 10 000 Einzelmitglieder. Und auch die Konservative Partei bringt es kaum auf einige Zehntausend. Aber solche Selbstverständlichkeiten kann man von einem Redakteur einer Staatszeitung nicht verlangen.

Einen Tag später, am 13. Januar, der dritte Schwindel. Diesmal soll es **Kamenew** sein, der „als ihn die Tscheka zur Verschickung abholte, einen **Selbstmordversuch** unternommen" hat. Auch diese Meldung, die übrigens keine der sonst an Schwindelmeldungen über die Sowjetunion nicht arme bürgerliche Presse bringt, ist völlig aus den Fingern gesogen.

Und solch eine amtliche Schwindelfabrik wird von den Geldern der bayerischen Steuerzahlern unterhalten.

An alle Parteigenossen!

Die Adresse des Reichstagsabgeordneten Albert Buchmann lautet nicht wie bisher, Westermühlstraße 29, sondern nunmehr Nymphenburgerstr. 32/34 Rgb. part. lks.

Brand. — **Augsburg.** — In Batzenhofen brach in einem großen Oekonomiestadel der Landwirte Joseph Wagner und Ortel Feuer aus, der diesen und einen kleineren Stadel einäscherte. Ein stark gefährdetes Wohnhaus konnte mit Mühe gerettet werden. Der sehr beträchtliche Schaden ist teilweise durch Versicherung gedeckt. Die Brandursache ist unbekannt.

Im Tode vereint. — **Hollfeld.** — Die Büttnerseheleute Stenglein in Hohenpölz sind innerhalb wenigen Stunden gleichzeitig eines natürlichen Todes gestorben.

Spielplan der Münchener Theater.
Mittwoch, 18. Januar 1928

Prinz-Regenten-Theater: —
National-Theater: „Salome" 8 Uhr
Residenz-Theater: „Filmromantik" 7.30 Uhr
Schauspielhaus: X. Y. Z. 7.30 Uhr
Theater am Gärtnerplatz: „Der Himmelsschäffler 7.30
Volkstheater: „Broadway" 8.00

Für Redaktion, Verlag und Inserate verantwortlich: Albert Buchmann, München. Druck: Kaspeizer & Olschewski, München.

Einzelpreis 15 Pfg.

Neue Zeitung

Bayerisches Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)
Mit den Beilagen „Der Rote Stern" / „Die Energie" / „Wirtschaft"

Nr. 69 | „Neue Zeitung" erscheint tägl. Verantwortl. für Redaktion Alb. Buchmann, für Anzeigen O. Epple. Verleger: Freier Verlag G.m.b.H., Druck: Bajuvarendruck G.m.b.H., alle in München, Nymphenburgerstr. 32. Telefon 50463. Postscheckkonto: Freier Verlag Nr. 4728 | Samstag, 23. März 1929 | Der Bezugspreis beträgt durch die Post bez. monatl. 2.50 Mk. ohne Zustellgebühr, durch Träger wöchentl. 60 Pfg. halbmonatl. 1.25 Mk., monatl. 2.50. – Anzeigenpreise: die zehnspaltige Millimeterzeile 10 Pfg., die Millimeterzeile im Textteil 50 Pfg. Rabatt nach Tarif | 12. Jahrg.

Giftgas und Tuberkelbazillen die Waffen des kommenden Krieges!

Deutschlands Giftgasrüstungen / Die Rede des Genossen Stöcker im Reichstag

Berlin, 21. März.

Gähnende Leere, als Präsident Löbe die Donnerstag-Sitzung des Reichstages eröffnet und zur Beratung das Gesetz über das Genfer Protokoll wegen Verbot des Gaskrieges stellt. Die bürgerlichen Parteien und auch die Sozialdemokraten ziehen es vor, im Reichstagsrestaurant die Zeit zu verbringen, als sich die Phrasen des Herrn Crispien oder Dr. Külz über die neue „Friedensära" anzuhören. Um überhaupt einige Abgeordnete ins Plenum zu locken, vertagt Löbe die Sitzung um einige Minuten, läßt sämtliche Sirenen im Hause ertönen und erreicht damit wirklich, daß ein paar Dutzend Abgeordnete erscheinen, denen man den Aerger wegen des gestörten Mittagsschläfchens ansieht. Dann steigt der „feierliche" Moment.

Graf Westarp eröffnet den Reigen und bittet die Angelegenheit von der Tagesordnung zu setzen, da Deutschland nicht eher Ursache habe das Protokoll zu unterzeichnen, bevor nicht die anderen Staaten alle unterzeichnet hätten.

Dann besteigt Crispien (Soz.) das Rednerpult. Es fiel diesem Wandlungsfähigen offensichtlich schwer, seine halbe Stunde Redezeit auszufüllen. Was soll auch ein Sozialdemokrat zu einem heuchlerischen Giftgasverbot der imperialistischen Mächte sagen, wenn alle Welt weiß, daß zu gleicher Zeit in bisher nie gekanntem Maße Giftgas hergestellt wird. Nach einigen der üblichen Friedensphrasen war daher das Konzert des Herrn Crispien zu Ende, aber daß er dann doch im Ganzen 20 Minuten durchhalten konnte, verdankt er einem Antrag der Nationalsozialisten, die von der Regierung besondere Ausgaben zum Gasschutz forderten.

Es war verhältnismäßig nicht schwer für den

Genossen Stöcker,

in dieser Situation das ganze Theater vom Giftgasverbot zu charakterisieren. Er führte u. a. aus:

Gegenüber etwaigen Illusionen möchte ich aus der Fülle von **militärischen Aeußerungen** über die **Frage des Giftgaskrieges** auf zwei kurze, aber kennzeichnende Aeußerungen hinweisen. Der Leiter des amerikanischen chemischen Kriegsamtes, der General Fries, schrieb vor nicht langer Zeit: **„Diejenigen Generäle und Generalstabe werden im Krieg der Zukunft gewinnen, die den größten Gebrauch von den chemischen Waffen machen können."**

Wenn Herr Crispien eben wiedereinmal eine sogenannte Friedensrede gehalten hat, so darf ich wohl auf eine interessante Auseinandersetzung in der französischen Kammer bei Beratung des Luftflottenetats im Dezember v. J. hinweisen. Da war es Herr Renaudel, einer der Führer der 2. Internationale, der eine **Erhöhung der Ausgaben der Luftflotte** forderte (Hört, hört, bei den Komm.). Sie, Herr Crispien, schwatzen hier vom Kampf gegen den Krieg und Ihr Parteiminister Hilferding erhöht in seinem Etat die Ausgaben für die deutsche Luftflotte, die ebenfalls für imperialistische Kriegszwecke ausgenutzt werden wird.

Gerade die deutsche Bourgeoisie, die während des Weltkrieges führend war in der Anwendung der Giftgasmethoden, bereitet sich auch jetzt mit allen Mitteln für die Anwendung dieser Giftgasmethoden vor. Einer der bekannten Kriegschemiker, jetzt ein republikanischer Chemiker, Professor Meyer, bereitet in seinem Buch über den chemischen Krieg die Anwendung des Giftgases im Interesse des deutschen Imperialismus ideologisch und moralisch vor, wenn er wörtlich schreibt:

„Es ist nicht einzusehen, warum gerade an den Gaskampf ein anderer Maßstab angelegt werden soll, als an die älteren und heute durchaus als zulässig betrachteten Kampfverfahren. Wenn dem deutschen Heer im Gaskampf und im Gasschutz so große Erfolge beschieden gewesen sind, so spricht das nur für seine geistige Ueberlegenheit, hat aber mit Sitte und Moral nicht das Geringste zu tun. (Hört, hört! bei den Komm.) Der Kampf mit chemischen Mitteln ist humaner, als der mit den älteren Waffen. (Hört, hört! bei den Komm.). Wir kommen also zu dem Schlusse, daß die Gaswaffe sittlich genau so berechtigt ist, wie jede andere Waffe, daß sie aber vor diesen den Vorteil der größeren Humanität hat." (Hört, hört! bei den Kommunisten.)

So äußert sich einer der [illegible] republikanischen Sachverständigen auf dem Gebiet des Kriegswesens, der sich mit diesen Aeußerungen vollkommen in Einklang befindet mit der These des Herrn Ludendorff: **Je grausamer, je humaner!** Er befindet sich mit diesen Ausführungen auch in Uebereinstimmung mit dem französischen Sozialdemokraten Renaudel, der in der französischen Kammer (Abg. Crispien ruft: „Sie Verleumder!" Herr Präsident Löbe: erteilt Crispien einen Ordnungsruf.) Herr Abgeordneter Crispien, Sie können nachprüfen, was ich sage. Ich verlese in der wörtlichen Uebersetzung die Ausführungen des Herrn Renaudel bei der Beratung im Dezember:

„Ich wünsche keineswegs, daß der Krieg humaner gestaltet wird. Ich bin im Gegenteil der Ansicht, daß, je schrecklicher und grausamer er scheinen wird, je mehr nicht nur Menschenleben, sondern auch Güter bedroht werden, ihn alle Welt nicht mehr wünschen wird."

Das ist dieselbe Begründung, die der amerikanische Dollarimperialismus anwendet, um selbst die Ratifizierung dieses Gesetzes abzulehnen. (Sehr gut! bei den Komm.)

Wir sehen bei der gewaltigen deutschen chemischen Industrie, die heute 25 Prozent der chemischen Produktion in der Welt erzeugt, wie sie mit allen

SPD.-Führer spalten DMV.

Diktatorische Absetzung Niederkirchners / Heraus zur Gegenwehr
Wählt überall rote Betriebsräte

Die sozialdemokratischen Führer des DMV. führen Schritt für Schritt das Verbrechen der Spaltung durch. Der langjährige Branchenleiter der Berliner Rohrleger Genosse Niederkirchner, erhielt jetzt folgendes Schreiben:

Werter Kollege! Wiederholt ist in den Körperschaften der Verwaltung die Frage der **Richtlinien der KPD.** welche zur Betriebsratswahl herausgegeben worden sind, behandelt worden. Dabei ist auch an Dich die Frage gerichtet worden, eine Erklärung abzugeben, wie Du Dich zu diesen Richtlinien stellst. In nicht mißzuverstehender Weise hast Du mitgeteilt, daß Du die Richtlinien der Kommunistischen Partei unterstützt. Ferner hast Du in der Verwaltung mitgeteilt, daß die Resolution, die in der Branchenversammlung der Rohrleger angenommen worden ist, von Dir verfaßt sei.

Diese Handlungsweise ist mit unserem Statut § 4, Abs. 1 nicht in Einklang zu bringen und **wirst Du infolgedessen nach § 33 Abs. 4 f. auf Beschluß der Verwaltung Deines Postens als Funktionär enthoben.**

Ich ersuche Dich, mir bis Freitag früh **Deine Funktionärausweise übermitteln** zu wollen.

(Stempel) Mit kollegialem Gruß!

Ortsverwaltung Berlin, Deutscher Metallarbeiter-Verband

gez. Urich. Eckert.

Die sozialdemokratischen Bevollmächtigten Urich und Eckert, die dieses ungeheuerliche Dokument zeichnen, wissen ganz genau, welche Verbrechen sie damit begehen. **Sie wollen bewußt die Abspaltung der Berliner Rohrleger vom Verband,** denn die sozialdemokratischen Spalter wissen ganz genau, daß die Berliner Rohrleger geschlossen zu ihrem Führer stehen, der seit 10 Jahren an ihrer Spitze kämpft.

Die Urich und Ziska hatten es besonders eilig mit ihrem Anschlag, weil sich zur Zeit die Rohrleger in einer **Lohnbewegung** befinden und zweifellos die **Unternehmer** die rascheste Beseitigung Niederkirchners verlangt haben. Aber auch die Unternehmer werden sich verrechnen, **denn die Berliner Rohrleger lassen sich von dem Spalter Urich keine schändlichen Bedingungen aufzwingen.**

Der Anschlag gegen die Einheit der Berliner Rohrleger ist **ein Alarmsignal für die Gesamtarbeiterschaft!**

Mit solchen Methoden wollen die sozialdemokratischen Führer überall die Reihen der Arbeiter spalten. Damit wollen sie die Arbeiterschaft **schwächen und unfähig** machen, sich gegen das Unternehmertum und gegen die Raubzüge der Koalitionsregierung zur Wehr zu setzen. Darum gilt es, gegen die sozialdemokratischen Spalter eine geschlossene Arbeiterfront zu bilden. Die Massen der Arbeiter dürfen sich nicht spalten lassen! Unter Führung der revolutionären Opposition muß der Kampf gegen das Unternehmertum, gegen die Koalitionsregierung und gegen die sozialdemokratischen Spalter verstärkt werden.

Die Spaltungsanschläge der sozialdemokratischen Führer können zuschanden gemacht werden, wenn sich alle ehrlich denkenden Arbeiter gegen dieses sozialdemokratische Verbrechen erheben. Heraus zum Protest! Nehmt aktiv teil am Kampf gegen die sozialdemokratischen Verräter!

Vereinigt euch in dem Ruf:

Jetzt erst recht überall rote Betriebsräte!

Diktatur-Gefahr wächst!

„Die sozialistische Front sturmreif geworden", signalisiert die Bourgeois-Presse

Die sozialdemokratischen Führer begründen die Notwendigkeit der Koalitionspolitik damit, eine Bürgerblockregierung oder eine faschistische Diktatur zu verhindern. Unzählige Male haben wir nachgewiesen, daß **gerade die Koalitionspolitik dem Faschismus den Weg ebnet.** Ein Artikel der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" **„Bürgerliche Erneuerung"** bestätigt diese Tatsache erneut.

In dem Artikel wird die Sozialdemokratische Partei richtig charakterisiert als eine bürgerliche Arbeiterpartei, die in immer größerem Maße sich zu dem offenen imperialistischen Programm der Trustbourgeoisie bekennt.

„Bürgerliche und Sozialisten gehen zusammen gegen eine besonders radikale Abart des Sozialismus, nämlich den Kommunismus." Die sozialistischen Führer beschreiten den Weg der „Versöhnung mit der bürgerlichen Welt." Von besonderer Wichtigkeit erscheint der „DAZ.", daß Hilferding von der Mehrwerttheorie offen abrückt und sich zu den bürgerlichen Tugenden der steuerlichen Entlastung und der Kapitalbildung bekennt. Schlußfolgerung:

„Die sozialistische Front, deren Vorkämpfer selbst nicht mehr von der Festigkeit ihrer Stellung überzeugt sind, ist doch wohl sturmreif geworden."

Daß die deutschen Volksparteiler nur Vernunftsrepublikaner sind, ist genügend bekannt. Sie bekennen sich zwar zu der republikanischen Staatsform, aber die „DAZ." verspricht dieser Form keinen Bestand für etliche Jahrzehnte und „um sie erträglich und segensreich zu gestalten, **bedarf es einer gewaltigen Offensive, für die der Augenblick gekommen scheint."**

Offen faschistisch ist der Ruf nach einem neuen Führer, der die latent vorhandenen Kampfenergien sammelt und:

„Das Bürgertum muß sich hinter eine große Idee scharen, die den Gesamtbelangen der Nation dient und auch die Arbeiterschaft materiell und kulturell weiterzubringen geeignet ist."

Alle faschistischen Aktionen, die auf eine brutale Diktatur gegen die revolutionäre Arbeiterklasse gerichtet waren, begannen mit einem ähnlichen Programm. Berücksichtigt man in diesem Zusammenhang die Bestrebungen der Jungdofaschisten, der Stahlhelmer, die letzten Aeußerungen der „Kölnischen Zeitung" die sich genau in ähnlicher Richtung bewegten, die Verfassungsänderungen, Wahlrechtsverschlechterungen, die Stärkung der Macht des Reichspräsidenten und ähnliches, dann ist eine Verstärkung faschistischer Tendenzen unverkennbar.

Am 20. Mai warfen sich die sozialdemokratischen Führer nach ihrem Wahlsieg in Heldenpose. Seit drei Vierteljahren sind sie stolz darauf, in der Koalitionsregierung die Politik des Trustkapitals zu führen. Und das Ergebnis? Für die Arbeiterklasse einfach niederschmetternd. Infolge der jämmerlichen Koalitionspolitik wachsen die faschistischen Bestrebungen in einem Maße, daß sich selbst die jüngsten Blätter der Bourgeoisie für eine faschistische Erneuerung einsetzen.

Für die Arbeiterklasse ist es höchste Zeit zu erkennen, daß sie mit größter Entschiedenheit die sozialdemokratisch geführte Koalitionspolitik bekämpfen müssen, wenn sie verhindern wollen, daß Deutschland in eine faschistische Diktatur hineinschlittert.

Letzte Weisheit der Reparations-Konferenz

Deutscher Kapitalist: **Und wenn wir unseren Proleten die letzte Hose vom Hintern ziehen — wir** werden unsere Schulden bezahlen . . . .

Mitteln den Giftgaskrieg vorbereitet. In den Giftgasfabriken der Anilinwerke, der Leverkusener Werke der Werke in Höchst und der anderen chemischen Werke wird auch heute Phosgen produziert. **Man benutzt dort als Versuchsobjekte Kühe, Hunde, Katzen, Ratten usw., um unter der Maske der Schädlingsbekämpfung in der Landwirtschaft alle** möglichen Versuche mit Giftgas zu machen.

Das vorliegende Gesetz sieht auch vor das **Verbot des sogenannten bakteriologischen Krieges.** Doch wie wir erfahren haben, wird in dem **Laboratorium der badischen Anilinwerke seit Jahren die Züchtung der gefährlichsten Bazillenkulturen vorgenommen.** (Hört! hört! bei den Komm.) **Es werden gezüchtet die Erreger von Eiter, von Rauschbrand, von Typhus, von Tollwut, von Tuberkulose.** Werden diese Versuche etwa aus Spielerei angestellt? Nein, lediglich um sie in den Dienst der Kriegführung zu stellen, wie wir das ja auch schon während des Weltkrieges gesehen haben. Haben wir nicht außerdem in den letzten Monaten gesehen, **welche ungeheure Giftlager in Deutschland vorhanden sind?** Ich erinnere nur an Hamburg, Radebeul bei Dresden, an Magdeburg, an die Warner Heide bei Köln.

Die deutsche Bourgeoisie versucht mit allen Mitteln ihrer Klassenjustiz **eine Aufklärung über und eine Propaganda gegen den Giftgaskrieg zu verhindern.** Nicht weniger als drei deutsche Dichter und Künstler haben das in den letzten Monaten spüren müssen. George Grosz, der auf seine Weise den Giftgaskrieg durch eine künstlerisch wertvolle Darstellung bekämpfte, wurde bestraft und seine Zeichnung verboten. (Hört! hört! bei den Komm.) Der Dichter Johannes Becher, der in einen ausgezeichneten Roman, „Levisite" genannt, auf die Gefahr des Giftgaskrieges aufmerksam macht, wurde in ein Hochverratsverfahren verwickelt und sein Buch unterdrückt. In den beiden letzten Wochen haben wir gesehen, daß ein anderes künstlerisches Produkt, das Schauspiel des **Dichters Lampel, „Giftgas über Berlin"**, von dem **sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Zörgiebel und dem sozialdemokratischen Innenminister Preußens verboten wurde. Auch hier stehen führende sozialdemokratische Minister** in der Front **der Unterdrückung** selbst dieser künstlerischen **Aufklärungsarbeit** über den Giftgaskrieg und den imperialistischen Krieg.

Der Gipfelpunkt dieser Justiz ist wohl ein Hochverratsverfahren, das vor einigen Wochen gegen unsere „Rote Fahne" eingeleitet wurde, weil sie einen Aufruf der Zentrale unserer Partei gebracht hatte, der mit folgenden Worten schloß:

„Die Bourgeoisie und ihre sozialdemokratischen Helfer bereiten einen neuen 4. August vor. Fallt den Kriegstreibern in den Arm! Bereitet den 7. November auch für Deutschland vor, den Tag, von dem an Deutschland keinen imperialistischen Krieg mehr kennen wird, den Tag, an dem die Arbeiter die Herrschaft des Sozialismus und des Friedens errichten werden!"

Wegen dieses Aufrufs wurde ein Hochverratsverfahren der Klassenjustiz dieser sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalitionsregierung eingeleitet. Dieses Hochveratsverfahren soll uns nicht hindern, im Sinne und mit den Worten dieses Aufrufs die deutsche Arbeiterklasse und die Arbeiter der übrigen Länder in gesteigertem Maße zum Kampf gegen der imperialistischen Krieg aufzurufen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Kommunisten).

Der Marxismus soll verboten werden

Gerade in der Zeit, in der das bürgerliche Deutschland zu einem „Tag des Buches" rüstet, **bekundet die Koalitionsregierung durch ihre Justizorgane den Willen, die Literatur, die der Aufklärung der Massen dient, rücksichtslos zu unterdrücken.** Das Amtsgericht **Berlin-Mitte** hat die Beschlagnahme der Schrift „Zum Weltprogramm des Kommunismus — Methodische Anleitungen zum Studium des Programms für Zirkel und Kurse", erschienen im Internationalen Arbeiter-Verlag, auf Grund des Hochverrats-Paragraphen des Strafgesetzbuches, auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik und schließlich noch auf Grund eines Pressegesetzes aus dem Jahre 1874 (!) beschlagnahmt.

Es handelt sich hier, wie der Untertitel der Broschüre besagt, um nichts weiter als um populäre Erläuterungen zum Programm der Kommunistischen Internationale, das in vielen tausenden Exemplaren in allen Ländern der Welt verbreitet wird. Wie dieses Programm selbst enthalten auch die Erläuterungen dieses Programms nichts anderes als die Darstellung der wissenschaftlichen Theorie des Kommunismus, des Marxismus-Leninismus, der, wie ja selbst das Amtsgericht Berlin-Mitte wissen sollte, die Grundlage der ganzen modernen Arbeiterbewegung ist. Die Begründung für dieses Verbot des Marxismus faßt das hohe Amtsgericht in folgenden lapidaren Satz zusammen:

„Die Druckschrift „Zum Weltprogramm des Kommunismus" dient in ihrem gesamten Inhalt der Vorbereitung des Bürgerkrieges, den die KPD. als ein bestimmtes Ereignis betrachtet, mit allen Mitteln — besonders durch eine intensive Zersetzung des Heeres und der Polizei — herbeizuführen bestrebt ist und in jeder Weise — namentlich auch durch eine planmäßige Verbreitung revolutionärer Schriften vorbereitet."

Was kann man mit dieser trefflichen Begründung nicht alles verbieten! Daß der Bürgerkrieg als „ein bestimmtes Ereignis" zu betrachten ist, das ist wohl nicht nur die Meinung der Kommunisten, sondern jedes denkenden Menschen, der den Gang der Geschichte kennt. Die Tätigkeit des Amtsgericht Berlin-Mitte z. B. beruht — wenn das auch dieser hohen Behörde nicht bewußt sein sollte — auf den Ergebnissen des Bürgerkrieges. Oder wo wäre das Gesetz zum Schutze der Republik, auf Grund dessen das Amtsgericht jetzt die Verbreitung revolutionärer Schriften verbieten will, wenn nicht im November 1918 durch den Bürgerkrieg die Monarchie gestürzt worden wäre und wenn nicht 1919 die Bourgeoisie mit Hilfe der Noske-Truppen im Bürgerkrieg gegen das Proletariat das Fundament ihrer Weimarer Republik gelegt hätte. Vorbereitung zum Bürgerkrieg, das ist z. B. [illegible] Aufstellung und Bewilligung **des Etats für Reichswehr und Polizei, die Straßenkampfmanöver der Reichswehr und der Polizei, die Demonstrationsverbote und die Gummiknüppelattacken,** durch die Zörgiebel **seine Polizei gegen das Proletariat einexerziert. Das alles sind Vorbereitungen der Bourgeoisie zum Bürgerkrieg.** Dagegen jeder politische Gedanke, jede Arbeit für die proletarische Organisation, jeder Streik und jeder Wahlkampf, der von klassenbewußten Arbeitern durchgeführt wird, ist Vorbereitung des Proletariats für den Bürgerkrieg. **Will das Amtsgericht Mitte die Vorbereitung zum Bürgerkrieg verbieten, dann müßte es die ganze bürgerliche Gesellschaft mit ihrem unversöhnlichen Klassengegensatz, die Existenz von Proletariern und Kapitalisten verbieten.**

Die Justiz erweist dem revolutionären Proletariat nur einen Dienst, wenn sie an dem „Tag d. Buches", der der Propaganda für die bürgerliche Hirnverkleisterung dienen soll, die Arbeiterschaft darüber belehrt, daß die Verbreitung von revolutionärer Literatur ein gefährliches Mittel zur Vorbereitung des Sturzes der bürgerlichen Klassenherrschaft ist. Kein Amtsgericht wird die KPD. hindern können; die revolutionären Gedanken unserer großen Lehrer Marx und Lenin in den Arbeitermassen zu verbreiten. Kein Amtsgericht wird uns verbieten, das Programm der proletarischen Weltrevolution in alle Herzen und Hirne zu tragen. Die demokratische Republik mit ihren sozialistischen Ministern soll es nur versuchen, nach dem Beispiel von Horthy-Ungarn die gesamte marxistische Literatur zu verbieten. **Desto rascher** werden die Arbeiter begreifen, wie recht Engels hatte, als er schrieb, daß die demokratische Republik nicht minder als die Monarchie ein Werkzeug zur Unterdrückung der Arbeiterklasse ist. Sie werden desto rascher die Meinung von Marx beherzigen.

„Die Waffen der Kritik kann die Kritik der Waffen nicht ersetzen, aber die Theorie wird zur Gewalt, wenn sie die Massen ergreift."

Die Junker gehen auf's Ganze!

Berlin, 21. März.

Die Führer der landwirtschaftlichen Spitzenorganisationen haben das in ihrer **Kundgebung** vom 20. Februar angekündigte gemeinsame **Programm** der deutschen Landwirtschaft der **Reichsregierung** und dem Reichspräsidenten überreicht. In einem Schreiben an den Reichskanzler fordern sie die schleunige Durchführung des Programms.

Es wird in dem Programm gefordert: **die Unabhängigmachung der Nahrungsmittelversorgung vom Ausland, Zollschutz für die Landwirtschaft. Insbesondere wird gefordert eine Beschränkung der Einfuhr von Agrarprodukten, Sicherstellung einer stabilen Preisbildung für das inländische Getreide, ferner einheitlichen Seuchenschutz, Erhöhung der Fleischzölle, Aufhebung der Vorzugszölle für Speck und Schmalz und Erhöhung der Zölle für milchwirtschaftliche Produkte, verstärkten Zollschutz des inländischen Kartoffelbaus, Aenderung des Zuckerzollgesetzes usw. Andererseits eine Senkung der Steuer, insbesondere der Realsteuern und der sonstigen öffentlichen Lasten, sowie Staatskredite.**

Die Agrarier gehen aufs Ganze. Die aufgestellten Forderungen bedeuten eine unerhörte Verteuerung der Lebenshaltung der breiten Massen.

Die sozialdemokratische Trustregierung ist durch das dem handelspolitischen Ausschuß des Reichstages am Dienstag vorgelegte Zollgesetz bereits an die Erfüllung der unverschämter Forderungen der Großagrarier gegangen.

Polizeispitzel von Dokumentenfälschern bestochen

Der Sachverständige des Sozialdemokraten Zörgiebel ein Kumpan Orloffs Mussolinis antisowjetistische Agenten in Berlin

Berlin, 21. März.

Die „Rote Fahne" bringt heute neuerdings interessante Einblicke in das Verbrechernest, das sich um Orloff und die von dem Sozialdemokraten Zörgiebel und dem Ordnungskommissar Weismann ausgehaltenen russischen Emigrantenkreise gruppiert.

Der Sozialdemokrat Zörgiebel hat bisher noch nicht abzustreiten versucht, daß im Dokumentenfälscherskandal der vor kurzem noch mit Orloff unter einer Decke steckende Spitzel Sievert als Sachverständiger beauftragt wurde. Ueber das Zusammenarbeiten Sieverts mit Orloff werden interessante Einzelheiten gebracht. Die „Rote Fahne" fragt:

Ist es wahr, daß Orloff die Summe von 2000 Dollar Sievert zuerst nicht übergeben wollte, aber von Sievert mit dem Revolver in der Hand dazu gezwungen wurde, wobei Sievert damit prahlte, daß die Idee der Dokumentenfälschung ihm gehöre?

Ist es wahr, daß eine Anzahl weiterer, der Polizei genau bekannter weißgardistischer Emigranten auf die Verhaftung Orloffs hin schleunigst geflüchtet bzw. umgezogen sind?

Ist es wahr, daß unter diesen Emigranten sich ehemalige hohe Offiziere befinden, die mit Mussolini in engem Kontakt stehen und an die Berliner italienische Botschaft gefälschte Dokumente gegen die Sowjetunion verkauft haben?

Ueber die in dieser Affäre in anderen Städten im Reich stattgefundenen Haussuchungen wird berichtet, daß bei drei Emigranten in Hamburg verschiedenes Material beschlagnahmt wurde. Es ist heute kein Geheimnis mehr, daß die Organisation Orloffs, eine ausgesprochene Spitzel- und Fälscher-Organisation, sich über ganz Deutschland erstreckte. Auch bei den in Hamburg vernommenen Personen handelt es sich um im Dienste der Polizei stehende Leute, die fast ausschließlich dazu verwendet wurden, Nachrichten über die Arbeiterbewegung und die Sowjetunion herbeizuschaffen.

Wie sicher verlautet, sollen Fäden dieser Organisation auch nach Bayern gehen, wo sich längst eine antisowjetistische Nachrichtenzentrale, die ihren Sitz meist in bayerischen Kurorten hat und fast ausschließlich aus russischen Emigranten besteht, aufgemacht hat.

Wäre dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten in Berlin an der Aufdeckung dieser Affäre wirklich etwas gelegen, so würde er nicht den Spitzel Sievert, der Mitschuldiger ist, als Untersuchungsrichter einsetzen. Doch der sozialdemokratische Polizeipräsident will im Interesse des Kampfes gegen die Sowjetunion keinen seiner Mitarbeiter preisgeben, weder den Orloff noch den Sievert.

Revolutionäre Betriebsräte im Ruhrgebiet

Essen, 22. März.

Auf der Zeche Shamrock, Wanne-Eickel, fanden die Betriebsrätewahlen statt. Von den 2948 Mann Belegschaft sind 2802 wahlberechtigt, von diesen haben 2481 ihr Stimmrecht ausgeübt. An Stimmen erhielten: Liste des Bergarbeiterverbandes 2006, Christen 369, Hirsch-Duncker 93, ungültig 13. Mandate erhielten BAB. 11 Betriebsräte und 2 Ersatzmänner. Von den BAB.-Betriebsräten sind 10 Mitglieder der KPD.

Reichsbannerfaschisten überfallen Arbeiter

In der Nacht vom vergangenen Freitag zum Samstag passierte ein Kamerad des RFB. die Thüringerstraße in Leipzig-Lindenau. Ein Reichsbannermann pöbelte ihn an. Da der RFB.-Kamerad darauf nicht reagierte, wurde er von diesem Reichsbannerfaschisten niedergeschlagen und ihm der Arm ausgekugelt, so daß er vollständig arbeitsunfähig ist.

Als Haupttäter wurde das Mitglied des Reichsbanners der Maler Max Meier Leipzig-Lindenau, Salzstraße 17 festgestellt.

Das ist die Auswirkung der Politik Hörsings, der bei den Unternehmern um Bettelpfennige schnorrt.

Mit dem Jungdo zur befreienden Tat!

Volkspartei und Zentrum liebäugeln mit den Jungdofaschisten Stresemann als Parteigründer?

Die volksparteiliche „Kölnische Zeitung", bekannt als eines der klügsten Blätter der Großbourgeoisie, beschäftigt sich in ihrer Sonntagsausgabe in einem großangelegten Leitartikel „Umschau und Ausschau — Der Vormarsch der Jugend — Neugruppierung der Mitte — Appell an den Führer" mit den Bestrebungen der verschiedenen faschistischen Verbände, aktiv in die Politik einzugreifen. Das Blatt schreibt:

„Nach und nach hat sich der Aufmarsch der politischen Jugend des Bürgertums vollzogen. Die einzelnen politischen Gruppen im Reich suchen jetzt miteinander mit den Bünden und Verbänden Fühlung, um eine gemeinsame Front zu bilden. Vor etwa 10 Tagen hat die politische Vereinigung „Front 1929" in Berlin eine Art Arbeitsgemeinschaft mit dem Jungdeutschen Orden geschlossen. Ihr Führer, Rochus Freiherr v. Rheinbaben, Mitglied der Deutschen Volkspartei und der Liberalen Vereinigung, hat eine junge Gruppe demokratischer, volksparteilicher und jungkonservativer Richtung vereint... Die Aktion der Jugend darf nur mit der Gewähr des vollen Erfolgs eingesetzt werden. Sie darf auf die Mithilfe der Führer der alten Partei nicht verzichten, wenn sie wirklich die Gegensätze im Volk schließen und nicht weiter auseinanderreißen will. Die Jugend muß die Parteien vor ein Ultimatum stellen, das ist ihr gutes Recht.. Die Führung kann nur ein deutscher Staatsmann übernehmen, dessen Ansehen schon heute weit über die Parteigrenzen hinausreicht. Dr. Stresemann... Er hat bisher eine vorwiegend außenpolitische Mission erfüllt, jetzt wird er vor die große innerpolitische Aufgabe gestellt: Mit Hilfe der Jugend das Volk aus dem kleinlichen Parteihader heraus und zur einigenden, befreienden Tat zu führen."

Am gleichen Sonntag nimmt auch das führende Blatt des Zentrums, die „Germania", in einem Leitartikel „Demokratie und Parlamentarismus" zu denselben Problemen Stellung. Auch die „Germania" konstatiert die Krise des Parlamentarismus. Sie schreibt:

„Das System muß zum Zerrbild werden — und deshalb ergeht der Ruf an alle Gutgesinnten, an die Besten, die sich der Folgen voll bewußt sind, diesen Wirrwarr zu beenden... Heute ist offenkundig, daß starke außerparlamentarische Kräfte im Anmarsch ins Politische begriffen sind. Mit Recht erhebt die Kriegsgeneration endlich Anspruch auf aktive Mitbestimmung... Der „Stahlhelm", dessen Vorgehen und Tendenzen wir entschieden ablehnen, bleibt dennoch eine Realität. Der „Jungdeutsche Orden" unter Artur Mahraun bereitet, herausdrängend aus der Verkapselung aus der Ideologie, ein staatspolitisches Programm vor... Die Volkspartei will, daß ein Kabinett, nachdem es das Vertrauen erhalten hat, aus Gründen der Stabilität nur durch eine Zweidrittelmehrheit gestürzt werden kann... Wir zweifeln nicht, daß der Antrag der Deutschen Volkpartei, trotz des offenkundigen Schielens nach dem Stahlhelm, politisch ernst genommen werden muß... Aus der Demokratie wird allmählich eine Geheimdiplomatie und Geheimwissenschaft, die nur Eingeweihte kennen und die im Volke nicht Wurzel fassen kann."

Ganz deutlich zeichnet sich in diesen beiden Auslassungen führender Organe der bürgerlichen Parteien der **Umschwung in den Herrschaftsmethoden der Bourgeoisie ab, wie er sich aus den Bedürfnissen des Imerialismus in der Periode wachsender Klassengegensätze, steigender Kriegsgefahr herausbilden muß.** Der Stahlhelm und die deutschnationale Presse schreit nach der Diktatur. Der Jungdo und große Teil der volksparteilichen und Stresemännlichen Organe konstatieren die Krise des Parlamentarismus, verlangen die Aktion der Jugend, die Einigung aller staatserhaltenden Kräfte außerhalb der parlamentarischen Parteien, proklamieren die „befreiende Tat", die gelegentlich als „Stunde des Reichspräsidenten", neuerdings auch als „Stresemanns Stunde" formuliert wird. Das Zentrum gibt die letzte Oelung, indem es sich zwar gegen die Diktaturpläne, gegen den Abbau der „Demokratie" sanft sträubte, ja selbst vom Stahlhelm „abrückt", zugleich aber das Auftauchen der sogenannten „Kriegsgeneration" begeistert begrüßt.

So offenbart jede neue grundsätzliche Aeußerung aus allen Lagern der Bourgeoisie die Richtigkeit jener Feststellungen der KPD., daß die **Koalitionspolitik der SPD. den Weg in den Faschismus darstellt.** Stresemann, das Idol der SPD., als Kandidat der nationalen Diktatur, Seite an Seite mit Severing, der schon vor Wochen seine Bereitschaft zum Ausnahmezustand, zum Paragraphen 48 erklärt hat, — dies **Bild der Koalitionsdiktatur zeigt der deutschen Arbeiterschaft, woher der Wind weht.**

Die Zusammenstellung aller klassenbewußten Kräfte des Proletariats zur geschlossenen Front, die wachsende Erkenntnis über den sozialfaschistischen Charakter der Hermann-Müller- und Severing-Partei, das sind die Voraussetzungen für die Abwehr der Diktaturpläne der Bourgeoisie, für den Vormarsch des Proletariats gegen die Klassenherrschaft des Kapitalismus mit dem Ziel der proletarischen Diktatur und des Sozialismus!

Probemobilmachung Pilsudskis

Warschau, 22. März.

Pilsudski hat für den 21. März in der Wojwodschaft Bialystok eine Probeeinberufung von Reservisten und Pferden anberaumt. Diese Probeeinberufung soll die Schlagkraft des polnischen Heeres stärken. Ihre Spitze gegen die Sowjetunion ist unverkennbar.

Sozialdemokratische Betriebsräte als Spitzel

Die kommunistische Betriebszelle des **Kraftwerkes** Zschornewitz und Grube Golpa hatte **eine Betriebszeitung „Mehr Licht" herausgegeben, die den** ganzen Betrieb in Aufruhr brachte **und eine lebhafte** Diskussion unter der Belegschaft **auslöste.** „Mehr Licht" hat Tausenden **Arbeitern wirklich** ein Licht aufgesteckt. Die Wut der **Direktion kannte** keine Grenzen. Sie veröffentlichte **eine Bekanntmachung** in der alle Angehörigen des **Kraftwerkes** „denen darum zu tun ist, mit der Betriebsleitung ersprießlich „zusammenarbeiten", aufgefordert werden, die Direktion darin zu unterstützen, die Urheber des Schriftstückes festzustellen. Die Direktion setzte eine Belohnung von 500 **Mark** für die Feststellung der Hersteller und Verbreiter des Flugblattes **aus. Und diese Aufforderung zum Judasverrat ist mit unterschrieben von dem sozialdemokratischen Betriebsrat Nutsch!** Darauf gibt es nur eine Antwort: **Wahl roter Betriebsräte!**

Einreiseverweigerung für deutsche Kommunisten

London, 21. März.

Auf eine Anfrage des Genossen **Saklatvala** teilte der englische Staatssekretär des **Innern mit,** daß die Genossin Alma Ewert, **die als Delegierte** zur Frauenkundgebung nach **England am** 8. März nach Harwith reisen wollte, **die Einreise** verweigert worden ist. Der englische **Staatssekretär des Innern begnügte sich,** als **Begründung anzugeben,** die Landung der Genossin **Ewert** sei im britischen Interesse nicht „wünschenswert" gewesen

Beilage zu Nr. 69

Der proletarische Reporter
Mit Feder und Kamera quer durch die Welt

Lenin über Räte-Ungarn

„Die Kugel ist das gerechte Los des Feigen im Kampfe"

Lenin warnt die ungarischen Arbeiter vor den sozialdemokratischen Verrätern

Der folgende Artikel des Genossen Lenin erschien zum erstenmal in der „Prawda" am 29. Mai 1919 unter dem Titel: „**Gruß an die ungarischer Arbeiter.**"

Die Mehrzahl der sozialistischen Führer in Europa — sowohl die Sozialchauvinisten wie auch die Kautskyaner — sind **im Sumpfe der spießbürgerlichen Vorurteile,** die sie sich während der Jahrzehnte des verhältnismäßig „friedlichen" Kapitalismus und bürgerlichen Parlamentarismus angeeignet haben, so tief gesunken, daß sie die Sowjetmacht und die Diktatur des Proletariats nicht begreifen können. **Das Proletariat wird seine weltgeschichtliche befreiende Mission nicht erfüllen können, so lange es diese Führer nicht beiseite schiebt.**

Die **ungarische proletarische Revolution** wird auch den Blinden die Augen öffnen. Das Wesen der Sowjetmacht springt jetzt um so klarer in die Augen: eine Regierung, die von den Werktätigen, mit dem Proletariat an ihrer Spitze, unterstützt wird, ist nunmehr nirgends in der Welt anders möglich als in der Form der **Sowjetmacht,** der Diktatur des Proletariats.

Diese Diktatur setzt eine **schonungslos strenge, rasche und energische Gewaltanwendung** zur **Unterdrückung des Widerstandes der Ausbeuter, der Kapitalisten, Gutsbesitzer und ihres Anhanges voraus.** Wer das nicht begriffen hat, der ist kein Revolutionär, der muß vom Posten eines Führers oder Beraters des Proletariats enthoben werden.

Aber nicht allein in der Gewalt und nicht hauptsächlich in der Gewalt besteht das Wesen der proletarischen Diktatur. Der Wesenskern der proletarischen Diktatur besteht in der **Organisiertheit und Diszipliniertheit der Vorhut,** der einzigen Führerin **der Werktätigen des Proletariats.**

Hier helfen die Phrasen über die „Demokratie", über die „Einheit" oder über die „Einheit der werktätigen Demokratie", über die „Gleichheit aller Arbeitsleute" usw., usw. — diese Phrasen, die die verspießerten Sozialchauvinisten und Kautskyaner so gerne gebrauchen — gar nichts.

Die Vernichtung der Klassenunterschiede kann nur das Werk eines langen, schweren, hartnäckigen **Klassenkampfes** sein, der **nach** dem Sturze der Macht des Kapitals, **nach** der Zerstörung des bürgerlichen Staates, **nach** der Errichtung der Diktatur des Proletariats **nicht verschwindet** (wie sich das die faulen Köpfe des alten Sozialismus und der alten Sozialdemokratie vorstellen), sondern ändert nur seine Formen, wird aber in vielen Beziehungen noch verzweifelter geführt als vorher.

Genossen! Ungarische Arbeiter! Ihr habt der Welt ein **noch** besseres Beispiel gezeigt als Sowjetrußland, indem ihr es verstanden habt, auf der Plattform der wirklichen proletarischen Diktatur alle Sozialisten sofort zu vereinen. Ihr steht nun vor der dankbarsten und schwierigsten Aufgabe, in schwerem Kampfe gegen die Entente Euren Mann zu stehen. Haltet aus!

Sollten sich unter den Sozialisten, die sich erst gestern Euch, der Diktatur des Proletariats angeschlossen haben, oder unter der Kleinbourgeoisie Zeichen des Schwankens zeigen, — so müßt ihr schonungslos jede Schwankung unterdrücken. Die Kugel ist das gerechte Los des Feigen im Kampfe.

Euer Kampf ist der einzig gerechte, rechtmäßige, wirklich revolutionäre Kampf, der Kampf der Unterdrückten gegen die Unterdrücker, der Kampf der Werktätigen gegen die Ausbeuter, der Kampf um den Sieg des Sozialismus. In der ganzen Welt steht jeder ehrliche Mensch aus der Arbeiterklasse an Eurer Seite.

„Die Schwankenden über den gleichen Verrat wie die offenen Verräter"

. . . Wie ungeheuer, wie unermeßlich groß die Gefahr eines derartigen Uebels ist, das beweist besonders anschaulich der Untergang der ersten Räterepublik in Ungarn (der ersten zugrunde gegangenen **wird die siegreiche** zweite folgen). Eine Reihe von Artikeln in der „Roten Fahne" (Wien), dem Zentralorgan der österreichischen Kommunistischen Partei, hat eine der Hauptursachen dieses Unterganges aufgedeckt: den Verrat der „Sozialisten", die **erklärten,** daß sie zu Bela Kun übergehen und sich für Kommunisten erklärten, **in der Tat aber nicht eine der Diktatur des Proletariats entsprechende Politik durchführten,** sondern zauderten, kleinmütig waren, mit der Bourgeoisie anbandelten, oft direkt die proletarische Revolution sabotierten und sie verrieten. Die die ungarische Räterepublik umgebenden mächtigen Räuber des Weltimperialismus (d. h. die bürgerlichen Regierungen von England, Frankreich usw.) verstanden natürlich diese Schwankungen **innerhalb** der Regierung der ungarischen Rätemacht auszunutzen und erwürgten sie aufs grausamste durch die Hand der rumänischen Henker.

Es ist zweifellos, daß ein Teil der ungarischen Sozialisten **aufrichtig** zu Bela Kun überging und sich **aufrichtig** zu den Kommunisten bekannte. Doch das Wesen der Sache ändert sich dadurch durchaus nicht: ein Mensch, der sich „aufrichtig" zum Kommunismus **bekannt** hat, der aber in Wirklichkeit **zaudert,** anstatt eine **erbarmungslose feste, standhaft entschiedene, hingebend kühne und heldenmütige Politik zu vertreten — nur eine solche Politik entspricht der Anerkennung der proletarischen Diktatur — ein solcher Mensch vollzieht durch seine Unentschlossenheit den gleichen Verrat wie ein unmittelbarer Verräter. In persönlichem Sinne ist der Unterschied zwischen einem Verräter aus Schwäche und einem Veräter aus Absicht und Berechnung groß; in politischer Beziehung ist das tatsächliche Geschick von Millionen Menschen, gibt es diesen Unterschied nicht, denn die Politik und dieses Geschick ändert sich nicht dadurch, ob Millionen Arbeiter und arme Bauern von Verrätern aus Schwäche oder Verrätern aus Eigennutz verraten wurden.**

(Aus Lenins „Notizen eines Publizisten", veröffentlicht in der „Kommunistischen Internationale", Nr. 9,, September 1920.)

Im Nordostsee-Kanal

Der russische Eisbrecher „Jermak" ist, nachdem alle Panzerschiffe der Reichsmarine vollkommen versagt haben, von der deutschen Regierung zur Hilfeleistung in Eisnot geratener Schiffe gerufen worden. Das gefährliche Packeis in der Ostsee treibt die eingefrorenen Schiffe ab, zermalmt sie bzw. bringt sie zum Straden. Hunderte Seeleute sind bisher vom „Jermak" gerettet worden. „Jermak" ist ein Schwesterschiff des „Krassin".

„Colonel Sir Victor Barker"

Die abenteuerliche Geschichte einer seltsamen Frau

Eine Sensation, in deren Mittelpunkt eine ungewöhnliche seltsame Frau steht, hält gegenwärtig London und darüber hinaus ganz England in Aufregung. Der englische Faschistenhäuptling, Colonel Sir Leslie Ivor Victor Blight Barker, der in Großbritannien etwa dieselbe Rolle spielte wie Seldte oder Erhardt in Deutschland, ist dieser Tage durch einen Zufall als — Frau entlarvt worden. Man kann sich die Wirkung dieser Entdeckung ungefähr vorstellen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß sich plötzlich herausstellen würde, daß Ludendorff eine Frau ist . . .!

Und in der Tat ist das Leben dieser Frau seltsam und abenteuerlich genug. Als Tochter eines angesehenen Bürgers in Jersey geboren, übersiedelte sie nach dem Tode ihres Vaters nach London, bewohnte hier bis 1914 mit ihrer Mutter eine vornehme Wohnung im Hyde-Park, ging dann als Krankenpflegerin nach Frankreich und übte diese Tätigkeit auch bis 1917 aus. Während ihres Aufenthaltes in Frontlazaretten heiratete sie einen australischen Soldaten, Robert Smith, der aber später verschollen ist.

Nach ihrer Heimat zurückgekehrt, betreibt sie in den Jahren 1918/19 Hundezüchterei unter dem Namen einer Frau Pearce Crouch und erlangt einen außerordentlichen Ruf als Züchterin wertvoller Rassehunde. In diese Zeit fallen die ersten Ansätze zu einer Neigung, Männerkleider anzulegen die sich schließlich soweit entwickeln, daß sie zuletzt nur noch Männerkleider trägt und ihr Geschlecht überhaupt verleugnet. Sie geht sogar so weit, daß sie am 13. November 1923 unter dem Namen eines Oberst Victor Barker eine Apothekerstochter ehelicht.

Unter diesem Namen führt sie eine für die Außenwelt absolut normale Ehe und gelangt zu höchsten Ehren in der faschistischen Bewegung. Bis zu ihrer kürzlich erfolgten Entlarvung als Frau war sie Führer der Londoner Faschisten und ließ sich nie anders als mit einer ganzen Reihe hoher Orden und Auszeichnungen bei Demonstrationen und sonstigen Anlässen sehen.

Die Feststellung ihres tatsächlichen Geschlechts ist nur einem für sie allerdings unglücklichen Zufall zu verdanken. Sie wurde zur Erzwingung des Offenbarungseides in das Gerichtsgefängnis eingeliefert, und hier enthüllte der Gerichtsarzt das Geheimnis dieser seltsamen Frau.

Vieles aus ihrem Leben ist bis heute noch reichlich unklar und wird wahrscheinlich auch kaum je restlos geklärt werden können. Eine Tatsache ist jedenfalls, daß diese Frau, in der viele wertvolle Anlagen schlummerten, die sie nur auswerten konnte, weil sie sich als Mann verkleidete, für ihren „Frevel" kaum wird bestraft werden können. Sie ist denn auch nach einer kurzen Haft wieder entlassen worden. Und Tausende von Menschen erwarteten vor dem Gerichtsgebäude in London ihre Freilassung. Was aber soll nun der „Herr Oberst a. D." beginnen? Die Londoner Faschisten dürften kaum darauf brennen, sie wieder als ihren Führer mit allen Orden und Ehrenzeichen durch die Straßen zu geleiten.

Bäume, die Affen fressen

Es gibt bekanntlich Menschen, die es weit von sich weisen würden, wenn man ihnen zumutete, irgendein Fleischgericht zu sich zu nehmen. Sie wollen als Vegetarianer nach ihrer Fasson selig werden. Man lasse ihnen ihr Vergnügen. Daß es aber Pflanzen gibt, die nicht damit zufrieden sind, sich an Tau und Regen zu erquicken, und die zu ihrem Gedeihen ausgesprochene Fleischkost benötigen, wird doch nicht allgemein bekannt sein. Und doch gibt es fleischfressende Bäume.

Mariano da Silva, ein brasilianischer Forscher, ist kürzlich von einer langen Expedition zurückgekehrt, die ihn in bestimmte Gegenden von Brasilianisch-Guyana geführt hatte. Er hat auch das Siedlungsgebiet der Yatapu-Indianer aufgesucht und erklärt, dort einen Baum gesehen zu haben, der sich von Tieren nährt.

Sein Stamm hat einen Durchmesser von etwa drei Fuß und ist ungefähr zwanzig Fuß hoch. An seinem unteren Teil befinden sich Blätter, die drei bis fünfzehn Fuß breit und etwa daumendick sind. Der Baum selbst strahlt einen eigenartigen scharfen Duft aus. Aber wehe dem, der sich dadurch anlocken läßt!

Oft kommt es vor, daß Affen auf dieses Parfüm hereinfallen. Dann ist es um sie geschehen. Wenn sie nur an dem Stamm entlang klettern, dann können sie schon Abschied vom Leben nehmen. Sehr schnell werden sie von den Blättern vollkommen eingeschlossen. Man hört und sieht nichts mehr von den unglücklichen Tieren. Aber drei Tage später öffnen die Blätter sich wieder und lassen einige Knochen auf die Erde fallen, die vollkommen abgenagt sind. Man kann wohl sagen, daß diese fleischfressenden Bäume der Schrecken des Urwaldes sind.

Autounfall

SCB. **Ansbach,** 21. März.

Die Frau des Regierungssekretärs Saumweber erlitt bei einem Autounfall einen schweren Schädelbruch. Der Wagen geriet an einer vereisten Stelle unweit Rothenburgs ins Schleudern und überschlug sich. Auch die anderen fünf Insassen des Wagens mußten mit leichteren Verletzungen ins Rothenburger Krankenhaus übergeführt werden.

Die teueren Flitterwochen der Kaiserschwester

Frau Zoubkoff in Konkurs / Von Weißgardisten geneppt

Ueber das Vermögen der Frau Viktoria Zoubkoff, ehemaligen Prinzessin von Schaumburg-Lippe und Schwester Wilhelms des Getürmten, ist auf Veranlassung der Vermögensverwaltung des Fürsten zu Schaumburg-Lippe der Konkurs eröffnet worden.

Mit dieser Maßnahme ist beabsichtigt, Frau Zoubkoff aus den Händen einer Bande russischer Weißgardisten zu befreien, die jetzt die Vermögensverwaltung innehaben. Unter diesen weißgaristischen Banditen, die sich in der ehemaligen Prinzessin ein würdiges Objekt ausgesucht haben, spielt ein gewisser Iwanow, angeblich ehemaliger russischer Advokat, eine große Rolle.

Bisher sind etwa 225 000 Mark Forderungen an Frau Zoubkoff bekannt geworden. Während Proletarierfrauen von den Hundelöhnen ihrer Männer nicht einmal für ihre Familien Fleisch kaufen können, hat Frau Zoubkoff u. a. Verpflichtungen in Höhe von 137 000 Mark für den Ankauf eines Rennstalles, und Wechselverpflichtungen, soweit bisher bekannt, in einer Höhe von 70 000 bis 80 000 Mark. Eine Verschuldung von 16 000 Mark an den Bückedorfer Hof rührt daher, daß die Hofverwaltung eine Perlenkette im Werte von 32 000 Mark veräußerte und Frau Zoubkoff daraufhin ein Darlehen von 16 000 Mark gewährte.

Der **würdige Gemahl** dieser Frau, der durch seine ausschweifenden Saufgelage, sowie durch sein **gegen Arbeiter angewandtes Rowdytum** unrühmlichst bekannt ist, besorgte für das „junge Glück" seiner Ehe die nötigen Moneten durch Verkauf von Juwelen seiner Frau. Dieser Bursche trug **Millionenwerte** lose in seinen Taschen herum. und bot sie in **Caféhäusern zum Kauf aus. Einmal fand ein Hotelpage ein wertvolles Schmuckstück, das er Zoubkoff zurückgab. Der „Kavalier" zahlte ihm großzügig einen Finderlohn von 50 Pfennigen.** Wie bekannt, fand die Ehe zwischen dem Millionenjäger und der ehemaligen Prinzessin nach sehr kurzer Dauer, in der Frau Zoubkoff von dem gerissenen Russen tüchtig geneppt wurde, durch seine Ausweisung ein Ende. Er hinterließ ihr aber als „Trost" eine ganze Anzahl **von den russischen Arbeitern und Bauern davongejagter Offiziere,** die, da sie jede **Arbeit scheuen,** die Neppereien des Herrn Zoubkoff an seiner trauten Gemahlin, wie die obige Meldung zeigt, tüchtig fortsetzten.

Der „Rote Rübenredner“ Scharnagl

In Berchtesgaden fand am Josephitag ein Bayerntag statt, bei dem der Bäcker- und Oberbürgermeister Scharnagl, der Forstrat Escherich und ein Redakteur Kenkel aus Königsberg sprach.

Scharnagl wies in seinen Ausführungen den Vorwurf zurück, „daß man deshalb ein schlechter Deutscher sei, wenn man für die Erhaltung der bodenständigen Art und des Rechtes auf den eigenen Staat einwirke“. „Nur an dem Festhalten an der Heimaterde wachse unsere Kraft.“ Auch aus wirtschaftlichen Gründen wäre man gezwungen, für die Erhaltung der Eigenstaatlichkeit einzutreten, denn nur dann sei es möglich, die Be[illegible] der bayerischen Wirtschaft so zu regeln, wie sie es bedürfen.

Der Bürger- und Bäckermeister, der um den Exkronprinzen stets Sorge hat und bei allen festlichen Gelegenheiten hinter diesem einhertanzt, hat wohl von der Kapitalistenklasse und der Bayerischen Volkspartei den speziellen Auftrag, dem nationalistischen Anhang gegenüber noch Propaganda für die Eigenstaatlichkeit Bayerns zu machen. In Wirklichkeit aber sind diese Herren längst in die Front des deutschen Trust- und Finanzkapitals eingeschwenkt und sie besorgen im Auftrage der Herrschenden nur noch das Rückzugsgefecht gegenüber ihrem nationalistischen Anhang, der eine Generalkur ohne Krise nicht bestehen könnte. Dafür wird Herr Scharnagl durch eine Aufwandsentschädigung von 30 000 Mark als Oberbürgermeister und die Landtagsdiäten reichlich entschädigt.

Eine deutlichere Sprache führt Escherich, der unter anderem ausführte „Daß die plötzliche Gefahr des Bolschewismus akut werden könne, das habe der 17. Juli 1927 in Wien gezeigt. Auch bei uns gelte es, die Kräfte zusammenzufassen, die bereit sind, die Heimat und das Vaterland gegen diese Gefahr zu schützen.

Unter Heimat und Vaterland ist natürlich nichts anderes zu verstehen, als die Profitinteressen der Trust- und Bankhyänen. Diese Ausführungen müssen für die Arbeiterschaft ein Signal sein dafür, wie notwendig es ist, die revolutionäre Einheitsfront herzustellen, da die Konterrevolution Tag für Tag zum Bürgerkrieg rüstet, die organisatorischen Vorbereitungen für die Niederknüppelunge der Arbeiterschaft trifft und die ganze nationalistische Propaganda nur zu dem Zweck treiben, um die heutige Ausbeuterordnung sicherzustellen und die Arbeiter unter das Joch des Kapitals bringen zu können.

Wiederum 50 000 Mark fürs Nationaltheater

Durch einen Schiedsspruch wurde den Sängern und Sängerinnen des Nationaltheaters die Gagenzahlung für die Uebertragung der Opern für den Rundfunk zugesprochen. In den letzten Monaten bewilligte der Stadtrat als Nachzahlung für die Staatstheater 87 000 Mark. In der letzten Plenarsitzung wurden neuerdings 50 000 Mark für das Staatstheater bewilligt. Trotzdem wurde die Mitteilung bekannt, daß die Künstler die Gagennachzahlung nicht bekommen hatten, obwohl von der Stadt für diesen Zweck die Nachzahlung verlangt wurde. Nach den Ausführungen des Referenten sei es darauf zurückzuführen, weil von seiten des Finanzministeriums die Darlehensanweisungen noch nicht erfolgt sind. Rechtsrat Hörburger gab folgendes bekannt, daß der Schiedsspruch erst gegen Ende 1928 gefällt worden sei (im November). Die Direktion der Staatstheater habe aber bis dahin die Gebühren, die der Rundfunk für die Opernübertragung zahlt, für andere Zwecke verwendet. Es sei deshalb kein Geld mehr vorhanden gewesen, mit dem die Gagenzahlungen auf Grund des Schiedsspruches hätten bezahlt werden sollen. Aus diesem Grunde sei von der Stadt zur Deckung des inzwischen wieder angefallenen Defizits und für Gagennachzahlungen 87 000 Mark und 50 000 Mark laut Vertrag gefordert worden. Von den 67 000 Mark Gagennachzahlungen für Oktober 1927 bis November 1928 seien aus Mitteln der Stadt 37 000 Mark ausbezahlt worden. Von den restierenden 30 000 Mark wurden durch die Stadt nochmals 9000 Mark gedeckt. 21 000 Mark muß der Staat bezahlen, der jedoch noch keine Zahlungsanweisung genehmigt hat.

Der Genosse Huber forderte vom Stadtrat, daß diese Mittel nicht zur Verfügung gestellt werden, zumal von seiten des Reiches und des Landes die Anteile an den Reichssteuern ständig gekürzt und den Gemeinden immer größere Aufgaben überwälzt werden. Wenn der Staat, der die Leitung des Staatstheaters stellt und dessen Aufgabe somit die Aufrechterhaltung des Staatstheaters ist, glaubt, es nicht für notwendig zu finden, die Mittel zur Verfügung zu stellen, so hat angesichts der ungeheuren sozialen Notlage breiter werktätiger Bevölkerungsschichten die Stadtgemeinde keine Veranlassung, hier zu Gunsten des Staates helfend einzugreifen.

Darüber hinaus ist von besonderer Bedeutung, daß die Arbeiterschaft, die werktätige Bevölkerung, auf Grund der hohen Eintrittspreise nicht in der Lage ist, das Staatstheater zu besuchen. Von besonderer Bedeutung ist für uns Kommunisten jedoch die reaktionäre kulturpolitische Einstellung des Staatstheaters, die nur der Ideologie, der reaktionären Bourgeoisieklasse dient. Wir sind deshalb nicht in der Lage, diesem Antrag zuzustimmen und fordern, daß der Betrag von 50 000 Mark nicht zur Verfügung gestellt wird.

Unbekannte weibliche Leiche in Neufinsing

SCB. München, 21. März.

Die Persönlichkeit der am 12. März 1929 beim Kraftwerk Neufinsing aus dem Kanal geborgenen weiblichen Leiche konnte bis jetzt nicht festgestellt werden.

Beschreibung: 25—30 Jahre alt, 150 Zentimeter groß, kräftig, brauner Bubikopf, gute Zähne, trug grauen Filzhut (Bienenkorbform), langes schwarzes Jackett aus geripptem Stoff mit grauem Pelzbesatz, blaues Plüschkleid mit blauem Gürtel, grünseidenen Unterrock, gebliche Florstrümpfe, schwarze Tuchspangenschuhe, schwarze Ueberschuhe, Trikotunterhose, weißes Hemd, weißer Büstenhalter, braune Lederhandschuhe, am linken Kleinfinger einen schmalen goldenen Ring mit drei roten Steinchen, ferner eine silberne Uhr an einem Lederarmband mit den Reparaturzeichen G. H. 5/27 und 16077 B. Lichtbild ist vorhanden.

Wertvolle Geige gestohlen

SCB. München, 21. März.

Vor einigen Tagen wurde aus dem Orchesterraum eines hiesigen Lichtspielhauses eine auf 650 Mark gewertete Geige gestohlen. Es handelt sich um eine Mittenwalder, sogenannte Meistergeige von hellgelber Farbe. Der Boden ist geteilt und weit geflammt.

Ein verunglückter Versicherungsbetrug

SCB. Kochel, 21. März.

In der letzten Zeit gingen Meldungen durch die Blätter, daß im Walchensee ein Bauer aus der Hollebau im Eise eingebrochen und ertrunken sei. Die Gerichtsbehörden vermuteten, hinter den Aussagen seines Begleiters, eines Handwerksburschen, einen versuchten Versicherungsbetrug. Nun hat der so plötzlich Verschwundene das Rätsel durch seine Wiederkehr selbst gelöst. Er hatte sich zum Sterben nach Tirol verzogen und sich dort bei einem Bauern verdingt, um Todeserklärung und Versicherungssumme zu erwarten. Da aber die Behörden und die Versicherungsgesellschaft nicht darauf hereinfielen, brach er sein Vorhaben unbeendet ab.

Schon wieder Fahrraddiebstähle

SCB. Schliersee, 21. März.

Am Josephitag fuhr ein Schlierseer Lokomotivführer nach Wall und kehrte auf der Rückfahrt in Miesbach im Gasthaus Wendelstein ein, wo er sein Rad im Hausgang hinterstellte. Als er wieder aufbrechen wollte, war sein Rad verschwunden.

Der Abgang des Eisstoßes in Deggendorf

SCB. Deggendorf, 21. März.

Am Josephitag ist nun auch in Deggendorf der Eisstoß abgegangen, ohne, wie der „Deggendorfer Donaubote“ berichtet den geringsten Schaden anzurichten. Die kolossalen Eismassen hatten nach neunwöchiger Dauer endlich weichen müssen. Bereits am Montag abends hatten sich die Eismassen bei Mariaposching in Bewegung gesetzt und am Dienstag früh gingen sie durch die hiesigen Donaubrücken hindurch, wo viele Menschen dem Naturschauspiel zusahen. Seitens des Straßen- und Flußbauamtes Deggendorf waren alle Vorsichtsmaßnahmen getroffen worden. Die Donauuferanwohner sind nun von einem schweren Alp befreit. Wohl stehen an beiden Ufern noch größere Massen von Landeis, doch bedeutet dasselbe keine Gefahr mehr und wird in einigen Tagen gleichfalls verschwinden. Die Donaudampfer in Regensburg, Passau usw. stehen bereits unter Dampf und dürfen baldigst wieder ihre Fahrten aufnehmen, um die Versäumnisse der letzten Monate nachzuholen. Auch die unterbrochenen Dammbauarbeiten werden in den nächsten Tagen wohl wieder fortgesetzt werden.

Waldbrand

SCB. Günzburg, 21. März.

Am Josephitag brach im Stadtwald, Abteilung Leibi an der Donau ein Brand aus, der zirka acht Tagwerk Streu und Jungholz vernichtete. Nur dem raschen Eingreifen der anliegenden Bewohner ist es zu verdanken, daß das Feuer nicht auf den Hochwald übersprang. Der Brand ist wahrscheinlich dadurch entstanden, daß Spaziergänger leichtsinnigerweise mit Zündhölzern und brennenden Zigarren umgingen.

Der Zeugnisdieb von Aschaffenburg — ein Obersekundaner

SCB. Aschaffenburg, 22. März.

Der Dieb, der die Zeugnisse im Aschaffenburger Gymnasium entwendet hatte, ist in der Person eines 16jährigen Obersekundaners festgestellt worden. Der Junge gab bei der polizeilichen Vernehmung zu, das Zimmer erbrochen, sämtliche 500 Zeugnisse entwendet und in dem Ofen eines Schulzimmers verbrannt zu haben.

Aus der Partei

Parteigenossen!

Zum Bezirksparteitag brauchen wir eine große Anzahl Quartiere. Jeder Genosse der für eine bis zwei Nächte Quartier geben kann, wird aufgefordert, bei seinem Orgleiter dies zu melden.

Jeder Zellorgleiter muß dafür Sorge tragen, daß die vorhandenen Quartiere der BL. gemeldet werden.

BL., Abt. Org.

KJVD., Zelle Schwabing. Heute abend, alle, die am Sprechchor teilnehmen, um 7 Uhr in Amannsbierhallen (kein Treffpunkt). — Sonntag Treffpunkt 8 Uhr früh für Radfahrer am Schwabinger Trambahnhäusl, Feilitzschstraße. Fahrt nach dem Deininger Weiher. Alle anderen 9 Uhr Ostfriedhof oder ½10 Uhr Grünwald.

[illegible]

Samstag, den 23. März veranstaltet die IAH. abends 7 Uhr im „[illegible]“ einen Lichtbildervortrag „[illegible]“.

Viel ist und wird in unseren Reihen über den Kampf der Metallarbeiter im rheinisch-westfälischen Industriegebiet gesprochen. Es wird sicher auch für jedes Parteimitglied von Interesse sein, die Kämpfenden und ihre Hilfsorganisation, die IAH., im Bild zu sehen.

KJVD., Augsburg. Am Samstag Abend Besuch des Lichtbildervortrages im Fronhof. — Am Sonntag nachmittags 4 Uhr im „Blauen Krügle“ Gründung der Gruppe 3. Erscheinen Pflicht.

Augsburg. Achtung! Parteiarbeiter! Mittwoch, den 27. März abends ½8 Uhr im Gasthaus „Simbel“ (Georgengasse) Parteiarbeiter-Versammlung. Tagesordnung: Reorganisation der Straßenzellen.

Sämtliche Pol- und Orgleiter, sämtliche Haupt- und Unterkassierer müssen erscheinen. Die Unterbezirksleitung.

Roter Frontkämpferbund

RFB., Abteilung 3. Am Samstag, den 23. März nachmittags ¼4 Uhr treten sämtliche Kameraden der Abteilungen in Uniform zum Propagandamarsch an. Der Sammelplatz ist Ecke Mars- und Blutenburgstraße (Marsplatz). Die Schalmeienkapelle tritt mit Instrumenten an. Antreten sämtlicher Kameraden Pflicht. Anschließend Unterhaltungsabend im Theresienhof.

RFB., Abtlg. II. Sämtliche Kameraden am Samstag, den 23. März, in Bundeskleidung punkt ½3 Uhr in der Hohenburg zum Abmarsch. Kontrolle wird geübt.

RFB., Abteilung 3. Am Samstag, den 23. März nachmittags 4 Uhr treten sämtliche Kameraden der Abteilung in Uniform zum Propagandamarsch an. Der Sammelplatz ist Ecke Mars- und Blutenburgstraße (Marsplatz).

Oeffentliche Freidenker-Versammlung

am Samstag, den 23. März, abends 8 Uhr im Kolosseum, Eingang Jahnstraße.

Thema: „Kapitalismus — Kirche — Sozialismus (Eine brennende Angelegenheit der Jetztzeit)

Referent: „Der Gotteslästerer“ Paul Stangl. Prominente der Kirche sind besonders eingeladen worden. Freie Aussprache. Erscheint alle zu dem wichtigen Thema. Einberufer: Bund für Volksaufklärung, München. — Zur Deckung der Unkosten Eintritt 50 Pfg., Erwerbslose 15 Pfg.

Freie Fußballspielvereinigung

Um die süddeutsche Meisterschaft

I. F. C. Dachau gegen F. C. Ludwigshafen

morgen nachmittags 3 Uhr im Dantestadion

Zum drittenmale startete der FC. Dachau als Meister von Südbayern morgen in den Schlußspielen. Zwei Spiele gingen bisher verloren und zwar wie bekannt gegen Weiden 3:1 und gegen Böckingen 2:0. Wohl waren diese die stärksten Gegner der fünf Vereine umfassenden Gruppe und dann war Dachau auch durch die lange Winterpause stark gehandikapt, doch morgen müßte es endlich zu einem Siege reichen.

Ludwigshafen steht ebenfalls ohne Gewinnpunkt, aber mit schlechterem Torverhältnis hinter Dachau in der Tabelle. Die Elf verfügt über eine technisch gute, äußerst faire Spielweise doch fehlt ihr die zum Siegen nötige Durchschlagskraft. In der bisherigen Spielen verlor die Mannschaft gegen Böckingen 3:1 und gegen Mörfelden 5:1.

Die Aufstellungen lauten:

Dachau:

Glas
Seid Geier
Böck Doll Kraut
Orthuber Hölzl Schmidhofer Winkler Traunfelder
Maie Martin Adelsinger Hermann Blech
Dopler Schmid Blech II
Bayler Letten
Albert

Ludwigshafen:

Für die Arbeitersportler Münchens muß morgen die Parole lauten „Auf zum Dantestadion. München steht mit seinen Zuschauerzahlen immer noch weit hinter anderen Kreisen zurück. So brachte beispielsweise das rote Mörfelden ein Ort von knapp 20 000 Einwohnern am vergangenen Sonntag nicht weniger als 2000 Zuschauer auf die Beine. Auch in München muß es anders werden. Mehr Solidarität.